DIE VERWALTUNG
DER
STADT WIEN

1983

M. Abt. 66
Statistisches Amt
der Stadt Wien
BIBLIOTHEK

Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien · Wien 1984

Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Wien
Nachdruck nur mit Quellenangabe

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Magistrat der Stadt Wien
Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H. · 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Kommissionsverlag: Jugend und Volk Verlagsgesellschaft m. b. H.
1010 Wien, Tiefer Graben 7—9

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort ... 7

Verfassung und Verwaltungsorganisation ... 9
Veränderungen in den Vertretungskörpern ... 9
Magistratsdirektion ... 11

Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz ... 38
Allgemeine Personalangelegenheiten ... 38
Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens ... 44
Marktamt ... 46
Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ... 53
Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten ... 59
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten ... 61
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens ... 63
Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten ... 65
Statistisches Amt der Stadt Wien ... 67
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten ... 71

Finanzen und Wirtschaftspolitik ... 73
Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben ... 73
Finanzwirtschaft und Haushaltswesen ... 75
Rechnungsamt ... 81
Zentraler Einkauf ... 85

Bildung, Jugend und Familie ... 92
Jugendamt ... 92
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung ... 103
Städtische Schulverwaltung ... 109

Kultur und Sport ... 117
Kulturamt ... 117
Wiener Stadt- und Landesarchiv ... 121
Wiener Stadt- und Landesbibliothek ... 122
Museen der Stadt Wien ... 123
Sportangelegenheiten ... 124

Gesundheit und Soziales ... 127
Sozialamt ... 127
Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung ... 140
Gesundheitsamt ... 147
Anstaltenamt ... 159

Stadtentwicklung und Stadterneuerung ... 173
Stadtstrukturplanung ... 173
Stadtgestaltung ... 177
Druckerei und technische Dokumentation ... 180
Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ... 182
Städtischer Wohnhausbau ... 184
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung ... 186
Erhaltung städtischer Wohnhäuser ... 187
Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten ... 188
Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei ... 191
Baupolizei ... 194
Technische Grundstücksangelegenheiten ... 196
Stadtvermessung ... 198

Seite

Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung ... 201
Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude ... 205
Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten ... 207

Umwelt und Bürgerdienst ... 213
Umweltschutz ... 213
Kanalisation und Entsorgungsbetrieb ... 216
Wasserwerke ... 218
Stadtgartenamt ... 223
Bäder ... 224
Wasserbau ... 225
Stadtreinigung und Fuhrpark ... 226
Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ... 229
Presse- und Informationsdienst ... 233
Feuerwehr und Katastrophenschutz ... 235

Bauten ... 244
Errichtung von Nutzbauten ... 244
Straßenverwaltung und Straßenbau ... 251
Brückenbau und Grundbau ... 257
Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft ... 259
Öffentliche Beleuchtung ... 264
Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte ... 265
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien ... 268
Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ... 269

Verkehr und Energie ... 278
U-Bahn-Bau ... 278
Städtische Friedhöfe ... 279
Wiener Stadtwerke ... 281
Elektrizitätswerke ... 287
Gaswerke ... 292
Verkehrsbetriebe ... 294
Städtische Bestattung ... 299

Fremdenverkehrsverband für Wien ... 301

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ... 306

Sachverzeichnis ... 309

Bildnachweis: Landesbildstelle Wien, „Amtsblatt der Stadt Wien" (15), „Wien aktuell" — Wochenblatt (8), MA 18 (3), MA 20 (1), MA 42 (2), MA 53, Fotoarchiv (1), MA 68 (1), Bildarchiv der städtischen Bestattung (2), Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, Lichtbildstelle (2), Wiener Stadtwerke — Gaswerke (1).

Verzeichnis der Magistratsabteilungen

1 — Allgemeine Personalangelegenheiten
2 — Personalamt
3 — Besoldungsamt
4 — Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
5 — Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
6 — Rechnungsamt
7 — Kulturamt
8 — Wiener Stadt- und Landesarchiv
9 — Wiener Stadt- und Landesbibliothek
10 — Museen der Stadt Wien
11 — Jugendamt
12 — Sozialamt
13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
14 — Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung
15 — Gesundheitsamt
17 — Anstaltenamt
18 — Stadtstrukturplanung
19 — Stadtgestaltung
20 — Druckerei und technische Dokumentation
21 — Flächenwidmungs- und Bebauungsplan
22 — Umweltschutz
23 — Gebäude des Sozial- und Gesundheitswesens und verschiedene Nutzbauten
24 — Städtischer Wohnhausbau
25 — Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
26 — Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten
27 — Erhaltung städtischer Wohnhäuser
28 — Straßenverwaltung und Straßenbau
29 — Brückenbau und Grundbau
30 — Kanalisation und Entsorgungsbetrieb
31 — Wasserwerke
32 — Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft
33 — Öffentliche Beleuchtung
34 — Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte
35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten
36 — Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei
37 — Baupolizei
38 — U-Bahn-Bau
39 — Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

40 — Technische Grundstücksangelegenheiten
41 — Stadtvermessung
42 — Stadtgartenamt
43 — Städtische Friedhöfe
44 — Bäder
45 — Wasserbau
46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
48 — Stadtreinigung und Fuhrpark
49 — Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
50 — Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung
51 — Sportangelegenheiten
52 — Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude
53 — Presse- und Informationsdienst
54 — Zentraler Einkauf
56 — Städtische Schulverwaltung
58 — Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens
59 — Marktamt
60 — Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx
61 — Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten
62 — Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
63 — Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens
64 — Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten
66 — Statistisches Amt der Stadt Wien
68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz
69 — Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten
70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Vorwort

Dieser mit Bildern und Karten ausgestattete Bericht gibt einen Überblick über das Verwaltungsgeschehen des Jahres 1983. Er läßt bereits bei flüchtigem Durchblättern in Fülle und Vielfalt die hinter uns liegenden Ereignisse erkennen. Wen darüber hinaus Einzelheiten des Haushaltes, des U-Bahn-Baues, der Stadterneuerung, der sozialen Betreuung oder gar des Entscheidungsprozesses interessieren, findet in den Berichten der einzelnen Ämter viel Wissenswertes in Text und Bild.

Die zentralen Themen des Jahres 1983 waren die „Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 24. April", der Rammschlag zur U-Bahn-Linie U 6 anläßlich des Beginnes der 2. Bauphase des Wiener U-Bahn-Netzes und das Wiener Sonderbeschäftigungsprogramm. Stellvertretend für viele seien noch einige weitere Ereignisse und Leistungen als Beispiel, aber auch zur Erinnerung genannt: die Eröffnung des Hallenbades Brigittenau, der Baubeginn der 150.000. städtischen Wohnung, die nach 1945 errichtet wurde, die 1. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien, ferner die Eröffnung des Mittelteils Süd der Donauinsel, das große Ausstellungsereignis „Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683" mit einem Besucherrekord von 413.545 Personen, die Präsentation „100 Jahre Wiener Rathaus" und schließlich aus dem Grünbereich die Wiedereröffnung des Laaer Waldes und die Aufforstung des Stadtwäldchens Simmering.

Die seit langem erwarteten Anzeichen einer Konjunkturbelebung in den westlichen Industriestaaten haben sich mit Beginn des Jahres verstärkt. Ein deutlicher Aufwärtstrend hatte auf Österreich und damit auch auf Wien seine Auswirkungen. Ein Vergleich z. B. der Arbeitslosenrate zeigt deutlich, daß es gelungen ist, die Auswirkungen der Wirtschaftsstagnation in den vergangenen Jahren zu überwinden. Während die Arbeitslosenrate in Österreich 4,5 Prozent betrug, konnte sie in Wien mit 4 Prozent noch unterschritten werden, womit das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik, die Sicherung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten, auch im Jahre 1983 erreicht werden konnte.

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 66 — Statistisches Amt

Wien, im Oktober 1984

Verfassung und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Am 24. April 1983 fanden in Wien die Wahlen in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen statt. Als neue Mitglieder zogen in den Gemeinderat ein:
von der SPÖ Elisabeth *Dittrich*, Ilse *Forster*, Robert *Freitag*, Dr. Michael *Häupl*, Erich *Huber*, Werner *Jank*, Hans *König*, Franz *Nekula*, Maria *Paul*, Otto *Pramel*, Hans *Schiel*, Herbert *Schmidtmeier*, Ernst *Steinbach*, Erika *Stubenvoll*, Dr. Johannes *Swoboda*, Johann *Wimmer* und Mag. Herbert *Zima*;
von der ÖVP Jovan *Cvetkovic*, Rudolf *Czerny*, Ing. Günther *Engelmayer*, Dkfm. Robert *Hotter*, Ingrid *Korosec*, Dr. Ferdinand *Maier*, Ing. Konrad *Mandahus*, Dr. Ernst *Neubert*, Mag. Eva *Petrik*, Erich *Putz*, Robert *Stratil*, a. o. Univ.-Prof. Dr. Otto *Wagner*, o. Univ.-Prof. Dr. Manfried *Welan* und Ing. Alfred *Worm*.

Aus dem Gemeinderat schieden aus:
von der SPÖ Franz *Ascherl*, Otmar *Emerling*, Franz *Gawlik*, Heinrich *Haberl*, Josef *Hala*, Kurt *Holubarz*, Gertraud *Marchfeld*, Josef *Michalica*, Franz *Mrkvicka*, Dr. Erwin *Nowak*, Dipl.-Vw. Karoline *Pluskal*, Rudolf *Pöder*, Roman *Rautner*, Otto *Schweda*, Walter *Seeböck*, Friederike *Seidl*, Maria *Szöllösi* und Gabrielle *Traxler*;
von der ÖVP Bruno *Alram*, Markus *Bittner*, Dr. Erhard *Busek*, Walter *Eberhardt*, Dkfm. Dr. Erich *Ebert*, Anton *Fürst*, Dr. Matthias *Glatzl*, Maria *Hampel-Fuchs*, Dr. Jörg *Mauthe*, Wilhelm *Neusser*, Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang *Strunz* und Ernst *Uhl*;
von der FPÖ Friedrich *Kuchar*.

Am 27. Mai 1983 fanden die konstituierenden Sitzungen des Gemeinderates und des Landtages statt. Zu Vorsitzenden des Gemeinderates wurden an die 1. Stelle Leopold *Mayrhofer* (SPÖ), an die 2. Stelle Josef *Arthold* (ÖVP), an die 3. Stelle Ing. Walter *Hofstetter* (SPÖ), an die 4. Stelle Margarete *Tischler* (SPÖ), an die 5. Stelle Leopold *Schneider* (ÖVP) und an die 6. Stelle Leopold *Wiesinger* (SPÖ) gewählt, zu Schriftführern Eveline *Andrlik* (SPÖ), Hans *Brosch* (SPÖ), Dr. Marilies *Flemming* (ÖVP), Albert *Holub* (SPÖ), Ing. Otto *Kreiner* (ÖVP), Maria *Kuhn* (SPÖ), Dr. Wolfgang *Petrik* (ÖVP), Franz *Rosenberger* (SPÖ) und Elisabeth *Schindler* (SPÖ).

Zum Bürgermeister wurde mit 61 Stimmen Leopold *Gratz* (SPÖ) gewählt. Als Stadträte gingen aus der Wahl Dr. Erhard *Busek* (ÖVP), Gertrude *Fröhlich-Sandner* (SPÖ), Anton *Fürst* (ÖVP), Maria *Hampel-Fuchs* (ÖVP), Johann *Hatzl* (SPÖ), Ing. Fritz *Hofmann* (SPÖ), Dr. Jörg *Mauthe* (ÖVP), Hans *Mayr* (SPÖ), Franz *Mrkvicka* (SPÖ), Wilhelm *Neusser* (ÖVP), Roman *Rautner* (SPÖ), Friederike *Seidl* (SPÖ), Peter *Schieder* (SPÖ) und a. o. Univ.-Prof. Dr. Alois *Stacher* (SPÖ) hervor.

Zu Vizebürgermeistern wurden die Stadträte Gertrude *Fröhlich-Sandner* (SPÖ) und Dr. Erhard *Busek* (ÖVP) gewählt.

Folgende 9 Verwaltungsgruppen wurden bestimmt und amtsführende Stadträte als Leiter dieser Geschäftsgruppe gewählt:

Verwaltungsgruppe — Geschäftsgruppe:	Amtsführender Stadtrat:
Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz	Friederike *Seidl*
Finanzen und Wirtschaftspolitik	Hans *Mayr*
Bildung, Jugend und Familie	Vizebürgermeister Gertrude *Fröhlich-Sandner*
Kultur und Sport	Franz *Mrkvicka*
Gesundheit und Soziales	a. o. Univ.-Prof. Dr. Alois *Stacher*
Stadtentwicklung und Stadterneuerung	Ing. Fritz *Hofmann*
Umwelt und Bürgerdienst	Peter *Schieder*
Bauten	Roman *Rautner*
Verkehr und Energie	Johann *Hatzl*

In die Gemeinderatsausschüsse wurden gewählt:

Gemeinderatsausschuß für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz — die Gemeinderäte Ing. *Engelmayer* (ÖVP), *Freinberger* (SPÖ), *Hirsch* (SPÖ), *Holub* (SPÖ), *Jank* (SPÖ), *Kneisler* (SPÖ), *Kopfensteiner* (SPÖ), Ingrid *Korosec* (ÖVP), Dr. *Krasser* (ÖVP), *Peska* (SPÖ), Elisabeth *Schindler* (SPÖ), *Schneider* (ÖVP), o. Univ.-Prof. Dr. *Welan* (ÖVP) und Mag. *Zima* (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik — die Gemeinderäte *Dinhof* (SPÖ), *Edlinger* (SPÖ), Dr. *Goller* (ÖVP), *Hahn* (ÖVP), *Haubenburger* (ÖVP), Ing. *Hofstetter* (SPÖ), *Kneidinger* (SPÖ), *Mayrhofer* (SPÖ), *Pelzelmayer* (ÖVP), *Sallaberger* (SPÖ), Christine *Schirmer* (SPÖ), *Schmidtmeier* (SPÖ), *Wiesinger* (SPÖ) und Dkfm. Dr. *Wöber* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend und Familie — die Gemeinderäte *Hanke* (SPÖ), Dr. *Häupl*

(SPÖ), *Helmer* (ÖVP), *Kremnitzer* (SPÖ), Mag. Eva *Petrik* (ÖVP), Leopoldine *Pfauser* (SPÖ), *Prochaska* (ÖVP), *Putz* (ÖVP), *Steinbach* (SPÖ), Gertrude *Stiehl* (SPÖ), *Strangl* (SPÖ), Erika *Stubenvoll* (SPÖ), *Traindl* (ÖVP) und Hildegard *Wondratsch* (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport — die Gemeinderäte Dkfm. Dr. *Aigner* (SPÖ), *Arthold* (ÖVP), *Brosch* (SPÖ), *Czerny* (ÖVP), *Hanke* (SPÖ), Mag. *Kauer* (ÖVP), *Ludwig* (SPÖ), *Nekula* (SPÖ), Dr. *Neubert* (ÖVP), *Prochaska* (ÖVP), Gertrude *Stiehl* (SPÖ), *Wimmer* (SPÖ), *Windhab* (SPÖ) und Hildegard *Wondratsch* (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales — die Gemeinderäte Eveline *Andrlik* (SPÖ), *Dinhof* (SPÖ), Dr. Marilies *Flemming* (ÖVP), Ilse *Forster* (SPÖ), Dr. *Hawlik* (ÖVP), *Huber* (SPÖ), *König* (SPÖ), Erika *Krenn* (SPÖ), *Lacina* (SPÖ), Dkfm. Dr. Sigrun *Schlick* (ÖVP), Dr. *Swoboda* (SPÖ), *Traindl* (ÖVP), a. o. Univ.-Prof. Dr. *Wagner* (ÖVP) und *Windhab* (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung — die Gemeinderäte *Freitag* (SPÖ), *Haas* (SPÖ), Dr. *Hawlik* (ÖVP), Rosa *Heinz* (SPÖ), Ing. *Hofstetter* (SPÖ), *Lustig* (SPÖ), Dr. *Maier* (ÖVP), Dr. *Mayr* (ÖVP), *Neumann* (ÖVP), *Oblasser* (SPÖ), Dr. *Petrik* (ÖVP), Ing. *Svoboda* (SPÖ), Dr. *Swoboda* (SPÖ) und Margarete *Tischler* (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Bürgerdienst — die Gemeinderäte *Arthold* (ÖVP), Elisabeth *Dittrich* (SPÖ), Ing. *Engelmayer* (ÖVP), *Freinberger* (SPÖ), Dr. *Häupl* (SPÖ), Dkfm. *Hotter* (ÖVP), *Jedletzberger* (ÖVP), *Ludwig* (SPÖ), *Nußbaum* (SPÖ), *Outolny* (SPÖ), Maria *Paul* (SPÖ), Ing. *Riedler* (SPÖ), *Vejtisek* (SPÖ) und o. Univ.-Prof. Dr. *Welan* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß für Bauten — die Gemeinderäte *Brosch* (SPÖ), *Cvetkovic* (ÖVP), *Daller* (ÖVP), *Hengelmüller* (SPÖ), *Kremnitzer* (SPÖ), Ing. *Mandahus* (ÖVP), Dr. *Mayr* (ÖVP), *Pramel* (SPÖ), *Rosenberger* (SPÖ), *Schiel* (SPÖ), *Sevcik* (SPÖ), Ing. *Svoboda* (SPÖ), *Vejtisek* (SPÖ) und Ing. *Worm* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie — die Gemeinderäte *Eder* (SPÖ), *Glück* (ÖVP), *Haubenburger* (ÖVP), *Hengelmüller* (SPÖ), *Hirsch* (SPÖ), *Kopfensteiner* (SPÖ), Ing. *Kreiner* (ÖVP), Maria *Kuhn* (SPÖ), *Oblasser* (SPÖ), *Peska* (SPÖ), Mag. Dipl.-Ing. *Regler* (ÖVP), Ing. *Riedler* (SPÖ), *Strangl* (SPÖ) und *Stratil* (ÖVP).

Der Landtag wählte Abgeordneten Hubert *Pfoch* zum 1. Präsidenten, Abgeordneten Fritz *Hahn* zum 2. Präsidenten und Abgeordnete Erika *Krenn* zum 3. Präsidenten. Die Schriftführer des Gemeinderates versehen diesen Dienst auch im Landtag.

In das Immunitätskollegium wurden die Abgeordneten *Dinhof* (SPÖ), Ing. *Hofstetter* (SPÖ), Dr. *Krasser* (ÖVP), *Nekula* (SPÖ), *Pelzelmayer* (ÖVP), *Peska* (SPÖ), *Rosenberger* (SPÖ), Margarete *Tischler* (SPÖ) und o. Univ.-Prof. Dr. *Welan* (ÖVP), in den Unvereinbarkeitsausschuß die Abgeordneten Dr. Marilies *Flemming* (ÖVP), *Kneisler* (SPÖ), Dr. *Krasser* (ÖVP), *Ludwig* (SPÖ), Dr. *Mayr* (ÖVP), *Outolny* (SPÖ), Elisabeth *Schindler* (SPÖ), Hildegard *Wondratsch* (SPÖ) und Mag. *Zima* (SPÖ) entsendet.

Als Vertreter des Landes Wien wurden in den Bundesrat entsendet:

1. Stelle: Reinhold *Suttner* (SPÖ)
2. Stelle: Dkfm. Dr. Karl *Pisec* (ÖVP)
3. Stelle: Kurt *Heller* (SPÖ)
4. Stelle: Johann *Schmölz* (SPÖ)
5. Stelle: Rudolf *Sommer* (ÖVP)
6. Stelle: Dkfm. Alfred *Hintschig* (SPÖ)
7. Stelle: Dr. Erika *Danzinger* (ÖVP)
8. Stelle: Norbert *Tmej* (SPÖ)
9. Stelle: Walter *Strutzenberger* (SPÖ)
10. Stelle: Dr. h. c. Manfred *Mautner-Markhof* (ÖVP)
11. Stelle: o. Univ.-Prof. Dr. Harald *Ogris* (SPÖ)
12. Stelle: Rudolf *Nürnberger* (SPÖ).

Als Ersatzmänner wählte der Landtag für die

1. Stelle: Abgeordneten Leopold *Wiesinger* (SPÖ)
2. Stelle: Abgeordneten Dr. Peter *Mayr* (ÖVP)
3. Stelle: Abgeordneten Leopold *Mayrhofer* (SPÖ)
4. Stelle: Bezirksvorsteher Max *Eder* (SPÖ)
5. Stelle: Abgeordneten Dr. Günther *Goller* (ÖVP)
6. Stelle: Abgeordnete Eveline *Andrlik* (SPÖ)
7. Stelle: Abgeordneten Ing. Günther *Engelmayer* (ÖVP)
8. Stelle: Abgeordneten Herbert *Dinhof* (SPÖ)
9. Stelle: Bezirksvorsteher Rudolf *Bednar* (SPÖ)
10. Stelle: Abgeordneten Werner *Haubenburger* (ÖVP)
11. Stelle: Abgeordnete Elisabeth *Schindler* (SPÖ)
12. Stelle: Abgeordneten Ing. Walter *Hofstetter* (SPÖ).

In der Sitzung der Wiener Landesregierung am 31. Mai 1983 wurden die Vizebürgermeister Gertrude *Fröhlich-Sandner* (1. Landeshauptmann-Stellvertreter) und Dr. Erhard *Busek* (2. Landeshauptmann-Stellvertreter) als Vertreter des Bürgermeisters als Landeshauptmann bestimmt.

Am 27. Mai 1983 wählte der Gemeinderat an Stelle der Gemeinderäte Dr. *Nowak* (SPÖ), *Seeböck* (SPÖ) und *Eberhardt* (ÖVP) die Gemeinderäte *Jank* (SPÖ), *Kopfensteiner* (SPÖ) und Ing. *Engelmayer* (ÖVP) und am 27. Juni mit Wirkung vom 1. Juli an Stelle der Gemeinderäte *Eder* (SPÖ), *Hirsch* (SPÖ), *Pfoch* (SPÖ) und Mag. *Kauer* (ÖVP) die Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ), *Kneisler* (SPÖ), Mag. *Zima* (SPÖ) und Ingrid *Korosec* (ÖVP) in die Gemeinderätliche Personalkommission.

Am 10. Juni 1983 wählte der Gemeinderat für die neue Wahlperiode die Gemeinderäte *Hanke* (SPÖ), *Kremnitzer* (SPÖ), Leopoldine *Pfauser* (SPÖ), *Prochaska* (ÖVP), *Putz* (ÖVP), *Steinbach* (SPÖ), Gertrude *Stiehl* (SPÖ), Erika *Stubenvoll* (SPÖ) und *Traindl* (ÖVP) zu Mitgliedern des Kuratoriums des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk".

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt wurden am 27. Juni 1983 Gemeinderat *Daller* (ÖVP), Bezirksvorsteher *Deistler* (SPÖ), Gemeinderat *Edlinger* (SPÖ), Direktor *Kadits* (SPÖ), Generaldirektor Dr. *Kirchweger* (SPÖ), Gemeinderat *Pelzelmayer* (ÖVP), Direktor Dkfm. Dr. Maria *Schaumayer* (ÖVP), Gemeinderat Elisabeth *Schindler* (SPÖ) und Gemeinderat Ing. *Svoboda* (SPÖ) gewählt.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück: Anton *Windhab* (SPÖ) mit Wirkung vom 20. Oktober und Otto *Pelzelmayer* (ÖVP) mit 30. November.

Folgende Ersatzmänner wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt: Alfred *Hummel* (SPÖ) am 21. Oktober und Peter *Langhammer* (ÖVP) am 5. Dezember.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen: Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport — Gemeinderat Leopoldine *Pfauser* (SPÖ) am 21. Oktober für Gemeinderat *Windhab* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales — Gemeinderat *Schiel* (SPÖ) am 21. Oktober für Gemeinderat *Windhab* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Bauten — Gemeinderat *Hummel* (SPÖ) am 21. Oktober für Gemeinderat *Schiel* (SPÖ).

Das Mitglied des Bundesrates Dr. Erika *Danzinger* (ÖVP) und dessen Ersatzmann Abgeordneter Ing. *Engelmayer* (ÖVP) legten ihre Mandate mit 11. November zurück. An ihre Stelle wurden am 25. November Maria *Rauch* (ÖVP) zum Mitglied und Stadtrat Maria *Hampel-Fuchs* (ÖVP) als dessen Ersatzmann gewählt.

Vor den am 24. April 1983 durchgeführten Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen ergaben sich bei den Vertretern Wiens im Bundesrat folgende Änderungen:

Dr. Franz *Skotton* (SPÖ) legte mit 7. März sein Mandat als Mitglied des Bundesrates zurück. Am 4. Februar wurde o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald *Ogris* (SPÖ) mit Wirkung vom 7. März zum Mitglied gewählt und die von der SPÖ vorgeschlagenen Mitglieder wie folgt gereiht:

1. Stelle: Reinhold *Suttner*
2. Stelle: Kurt *Heller*
4. Stelle: Johann *Schmölz*
6. Stelle: Dkfm. Alfred *Hintschig*
7. Stelle: Elisabeth *Dittrich*
9. Stelle: Norbert *Tmej*
10. Stelle: Walter *Strutzenberger*
12. Stelle: o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald *Ogris*

Der Gemeinderat trat zu 11 öffentlichen und 8 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 8 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 28, die Landesregierung 26, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 2 und das Immunitätskollegium 4 Sitzungen ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.019, der Landtag 23, der Stadtsenat 3.073, die Landesregierung 891, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5 und das Immunitätskollegium 6 Geschäftsstücke.

Magistratsdirektion

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Juni 1983, MD-1243-1/83, wurden die Aufgabenbereiche einiger Referate der Magistratsdirektion aus praktischen Erwägungen geändert. So wurde die Aufgabe „Führung des Dienstkraftwagenbetriebes mit Ausnahme der technischen Angelegenheiten", die bisher vom Büro des Magistratsdirektors wahrgenommen wurde, dem Referat Verwaltungsorganisation übertragen. Weiters wurde das Referat Ehrenzeichenkanzlei (MDE) als eigenes Referat aufgelassen und dem Präsidialbüro (MDP) angeschlossen. Ab dem 1. Juli 1983 bestand die Magistratsdirektion aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automati-

sche Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie Stadtbaudirektion.

Im Jahre 1983 sind dem **Präsidialbüro** wieder gegen 7.000 Geschäftsstücke zugegangen.

Das Repräsentationsreferat hatte 427 gesellschaftliche Veranstaltungen, 41 Eröffnungsfeierlichkeiten, Grundsteinlegungen und Spatenstichfeiern sowie 29 sonstige Veranstaltungen verschiedenster Art vorzubereiten und durchzuführen. Bei den 427 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden insgesamt 55.305 Besucher gezählt, wovon 22.845 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf die Zahl der Teilnehmer sind besonders der Empfang anläßlich der Angelobung von 1.300 Jungmännern, die Jungbürgerbälle mit 2.080 Besuchern, die Empfänge anläßlich der Jahreskonferenz der IFA mit 1.280 Besuchern, des Hygiene-Kongresses mit 800 Besuchern, des Internationalen Kongresses für Kunstgeschichte mit 760 Besuchern und des Internationalen Kongresses für Kriminologie mit 900 Besuchern hervorzuheben.

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters sowie des Besuches ausländischer Delegationen und deren Betreuung während des Aufenthaltes in Wien waren wieder ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1983 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein: am 17. Februar S. E. der Ministerpräsident der hellenischen Republik Prof. Andreas *Papandreou*, am 1. Juni der Oberbürgermeister von Berlin (DDR) Erhard *Krack*, am 8. Juli der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Johannes *Rau*, am 7. November S. E. der Ministerpräsident von Spanien Felipe Gonzalez *Marquez* und am 10. November S. E. der Premierminister der Arabischen Republik Ägypten Dr. Ahmed Fuad *Mohieddin*.

Außerdem standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm: vom 20. bis 24. Mai die offizielle Einladung nach Israel (Tel Aviv) zur Eröffnung des Heinz-Nittel-Verkehrskindergartens, vom 15. bis 18. Juni die Einladung nach Finnland (Helsinki) und vom 30. Oktober bis 2. November die Einladung nach Bulgarien (Sofia).

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fanden nachstehende Ausstellungen statt: vom 8. September bis 16. Oktober „ARS SACRA" (21.795 Besucher) und vom 19. November bis 26. Dezember die Weihnachtsausstellung (221.100 Besucher).

Folgende E r ö f f n u n g e n , Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden im Jahre 1983 vorbereitet und durchgeführt:

24. Februar: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 16, Liebhartsgasse 54—56;

24. Februar: Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „Roßau" in 9, Seegasse 11;

23. März: Spatenstichfeier für die Grünbrücke „Islam-Zentrum" im Zuge des Ausbaues der Donauuferautobahn A 22;

24. März: Spatenstichfeier für die städtische Wohnhausanlage in 10, Hebbelplatz;

24. März: Grundsteinlegung für die städtische Wohnhausanlage in 22, Wagramer Straße 96;

25. März: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 12, Meidlinger Hauptstraße 8—14, in „August-Fürst-Hof";

5. April: Eröffnung der vierten Außenstelle des Wohnungsberatungszentrums und der Wohnbeihilfenstelle sowie Feierstunde anläßlich 15 Jahre Wohnberatung in Wien;

5. April: Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage in 11, Eisteichstraße 17—27;

6. April: Eröffnung und Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 10, Sahulkastraße 3—5, in „Karl-Wrba-Hof";

7. April: Eröffnung des 275. Kindertagesheimes der Stadt Wien in 22, Kalmusweg 57;

7. April: Spatenstich für die städtische Wohnhausanlage in 16, Schinnaglgasse 8—12;

8. April: Eröffnung der Hauptfeuerwache Liesing;

11. April: Spatenstich für die städtische Wohnhausanlage in 14, Huttengasse 2—4;

12. April: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 11, Rinnböckstraße 35—43, in „Wilhelm-Weber-Hof";

14. April: Eröffnung und Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 10, Laxenburger Straße 90 a, in „Hermine-Fiala-Hof";

16. April: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 12, Münchenstraße 31—35, in „Johann-Resch-Hof";

18. April: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 11, Lorystraße 35—37, in „Alfred-Wunsch-Hof";

20. April: Spatenstichfeier anläßlich des Baubeginns der 150.000. städtischen Wohnung, die nach 1945 errichtet wurde, in 11, Oberleitengasse—Ecke Trinkhausstraße;

21. April: Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage in 2, Engerthstraße 249—253;

4. Mai: Eröffnung der Ausstellung „Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683";

26. Mai: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 21, Arnoldgasse 2;

20. Juni: Bestimmungsübergabe des neuerrichteten Turnsaales der öffentlichen Volksschule in 22, Eßling, Hauptstraße 97;
23. Juni: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 23, Basler Gasse (Wiener Flur);
17. Juli: Eröffnung des Festivals „Japan in Wien";
26. August: Verkehrsfreigabe der Anschlußstelle Nordbrücke S 2—B 10—B 14;
7. September: Rammschlag zur U-Bahn-Linie „U 6" anläßlich des Beginnes der zweiten Bauphase des Wiener U-Bahn-Netzes;
8. September: Einweihung der wiedererrichteten Marienstatue auf der Marienbrücke;
12. September: Eröffnung der Seniorenwoche 1983;
16. September: Eröffnung der Fußgängerbrücke Überfuhrstraße;
27. September: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 11, Geiselbergstraße 16—24, in „Gustav-Fuchs-Hof";
4. Oktober: Grundsteinlegung für ein Budo-Europacenter;
6. Oktober: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 10, Laxenburger Straße 90 a;
20. Oktober: Eröffnung der Städtischen Bücherei Am Schöpfwerk;
20. Oktober: Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „Hetzendorf" in 12, Hermann-Broch-Gasse 3;
22. Oktober: Eröffnung des Bezirksmuseums Donaustadt in 22, Kagraner Platz 53—54;
19. November: Eröffnung der Weihnachtsausstellung in der Volkshalle;
19. November: Illumination des Weihnachtsbaumes und Eröffnung des Christkindlmarktes;
15. Dezember: Eröffnung der Volksschule in 10, Neilreichgasse 111;
16. Dezember: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 10, Laxenburger Straße 94, in „Anton-Hölzl-Hof";
20. Dezember: Spatenstichfeier für den Erweiterungsbau zum Pensionistenheim „Maria Jacobi" in 3, Würtzlerstraße 25;
22. Dezember: Grundsteinlegung für ein Wiener Pensionistenheim in 23, Breitenfurter Straße 271.

An 1.400 Neunzigjährige, 152 Fünfundneunzigjährige und an 57 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.609 Wiener Geburtstagsjubilare, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsgaben der Stadtverwaltung überreicht.

Insgesamt wurden 1.248 Hochzeitsjubelpaare in das Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen und ihnen die Erinnerungsdiplome überreicht. Darunter war 1 Gnadenhochzeitspaar, 3 von ihnen feierten die steinerne, 17 die eiserne, 179 die diamantene und 1.048 die goldene Hochzeit.

Das Stenographenbüro erstellte die Stenographischen Protokolle bei 8 Landtags- und 11 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.497 Druckseiten sowie bei 28 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates mit insgesamt 748 Maschinschreibseiten.

Die Gesamtzahl der vom Übersetzungsdienst bearbeiteten Geschäftsstücke betrug 1.117, wobei 25 Sprachgebiete vertreten waren. Wie in den vergangenen Jahren wurde der Übersetzungsdienst für Dolmetschdienste bei Empfängen, Fachgesprächen, Führungen, offiziellen Besuchen, Verhandlungen usw. von verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Magistrates herangezogen.

Die im Sommer 1983 dem Präsidialbüro eingegliederte Ehrenzeichenkanzlei hat 296 Prüfungsverfahren für Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien durchgeführt sowie 290 Akten über Bundesauszeichnungen bzw. die Verleihung von Berufstiteln bearbeitet.

Von den überreichten Stadt- bzw. Landesauszeichnungen seien insbesondere folgende angeführt:

Den Ehrenring der Stadt Wien erhielten: Hans *Weigl,* Kammerschauspielerin Paula *Wessely,* Kammerschauspielerin Käthe *Gold* und Kammerschauspieler Josef *Meinrad;* die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold Dorothea *Neff,* Hellmuth *Andics* und Marika *Rökk;* die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich *Woess* und Reg.-Rat Prof. Karl *Walter;* das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Sektionschef Dipl.-Ing. Dr. Otto *Raschauer;* das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Obersenatsrat Dr. Alois *Widhalm,* Sektionschef Dipl.-Ing. Hans Schratt und Obersenatsrat i. R. Dipl.-Ing. Franz *Swaty;* das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Franz *Antel,* Kommerzialrat Ing. Walter *Flöttl,* Kommerzialrat Dkfm. Dr. Ludwig *Richard,* Prälat Dr. Karl *Strobl,* Direktor Hofrat Franz *Rauscher* und o. Univ.-Prof. Dr. Otto *Novotny;* das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Generaldirektor Kommerzialrat Karl *Kornis* und Primarius i. R. Med.-Rat Dr. Herbert *Peloschek;* das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien Kommerzialrat Heinz Georg *Simonis* und Handelsdelegierter Dr. Egon *Winkler;* das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien Funktionäre des Österreichischen Touristenclubs und Mitarbeiter der Kinobetriebeaktiengesellschaft (KIBA).

Insgesamt wurden vier Ehrenringe der Stadt Wien, drei Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold, zwei Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber, eine Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien, eine Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien, ein Großes Goldenes Ehrenzeichen, drei Große Silberne Ehrenzeichen, 22 Goldene Ehrenzeichen, 19 Silberne Ehrenzeichen, 33 Goldene Verdienstzeichen, 43 Silberne Verdienstzeichen, drei Rettungsmedaillen des Landes Wien, 28 Einsatzmedaillen des Landes Wien, ein Feuerwehrehrenzeichen in Silber und fünf Feuerwehrehrenzeichen in Bronze überreicht. Außerdem wurde eine Hausgehilfinnenehrung durchgeführt. Darüber hinaus wurde dem Ersuchen von Bundesdienststellen, die regelmäßig an den Herrn Landeshauptmann bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herantreten, Insignien oder Dekrete auszufolgen bzw. zu überreichen, entsprochen. In diesem Zusammenhang wird bemerkt, daß es sich dabei sowohl um Dekrete, die die Verleihung von Berufstiteln, wie z. B. „Hofrat" oder „Regierungsrat", betreffen, als auch um die Insignien sichtbarer Bundesauszeichnungen handelt. Die Kosten für Insignien, in diesem Fall für die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien, konnten wieder gesenkt werden.

Im Jahre 1983 wurde im Präsidialbüro eine den modernen Erkenntnissen der Bürotechnik entsprechende Organisationsänderung vorgenommen. Es wurde eine automatische Textverarbeitung, verbunden mit einer EDV-gespeicherten Datei, eingerichtet, wodurch es möglich ist, die Zeit von Erledigungen zu verkürzen und das Protokoll effizienter zu gestalten.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des **Büros des Magistratsdirektors** lag auch im Jahre 1983 wieder auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes. Die Wiener Stadtverfassungskommission (WStV-K), die im Büro des Magistratsdirektors eingesetzt worden war, um eine umfassende Überarbeitung der Wiener Stadtverfassung — vor allem hinsichtlich der Gesetzessprache, Systematik und Übersichtlichkeit — vorzunehmen, hatte im Jahre 1983 21 Sitzungen.

Im Rahmen des Legistischen Dienstes waren 126 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 18 Landesgesetzen, 9 Verordnungen der Landesregierung, 11 Verordnungen des Landeshauptmannes und 10 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Im Hinblick auf die steigende Bedeutung des Umweltschutzes und die damit verbundene vielschichtige Problematik sind in diesem Zusammenhang der Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend allgemeine Vorschriften über den Schutz gegen gefährliche Umweltbelastungen (Immissionsschutzgesetz) sowie der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umweltverträglichkeit von Waschmitteln (Waschmittelgesetz) zu erwähnen. Wegen der Komplexheit und des Umfanges der Materie erweisen sich der Entwurf eines neuen Wiener Naturschutzgesetzes, der Entwurf einer Novelle zum Wiener Sozialhilfegesetz, der Entwurf einer Novelle zum Wiener Behindertengesetz und der Entwurf einer Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz von besonderer Bedeutung. Einen wesentlichen Anteil an der Begutachtungstätigkeit hatten auch die zahlreichen Novellen zu den Sozialversicherungsgesetzen, die wegen der Kompliziertheit des Regelungsinhaltes eine besonders intensive Befassung mit der Sachmaterie erforderten. Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1983 vom Landtag beschlossen wurden, sind eine Novelle zum Wiener Schulgesetz sowie das Gesetz zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen hervorzuheben.

Den Vorarbeiten für den Abschluß von Vereinbarungen nach Art. 15 a B-VG kam auch im Jahre 1983 Bedeutung zu. So wurde in mehreren Beratungen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und den Ländern der Entwurf einer Änderung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15 a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl ausgearbeitet, der den Intentionen Wiens, betreffend die Herabsetzung des Schwefelgehaltes, weitgehend Rechnung trägt.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes wurden wie in den Vorjahren auch 1983 zahlreiche Anfragen beantwortet. Einen breiten Raum nehmen stets auch die vom Büro des Magistratsdirektors auszuarbeitenden Rechtsgutachten ein, die vor allem von politischen Funktionären angesprochen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors lag auch 1983 in der Herausgabe von Erlässen. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 135 Erlässe herausgegeben. So wurde z. B. mit Erlaß vom 12. Dezember 1983, MD-2184-8/82, die Erfassung, Übernahme und schadlose Beseitigung von Sonderabfällen einer Regelung unterworfen. Zu erwähnen ist auch, daß nach sechsmonatiger Erprobung mit Erlaß vom 11. November 1983, MD-716-2/83, festgelegt wurde, daß die MD-Verwaltungsorganisation für die Aufteilung der schriftlichen Meldungen magistratsfremder Behörden über Beschädigungen vom Eigentum an die in jeweiligen Dienststellen der Stadt Wien stehenden Einrichtungen zuständig ist.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgangsweise und zur Hintanhaltung von finanziellen Nachteilen wurden Richtlinien für den Abschluß und die Anwendung von Versicherungsverträgen, MD-488-2/82, vom 30. Mai 1983 erlassen.

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 12. Dezember 1983, MD-800-39/81, wurde die Zuständigkeit bei der Vollziehung des Fernwärmeförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 640/1982, festgelegt.

3.118 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle der Bundesländer an den Herrn Landesamtsdirektor beziehungsweise an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors

— in den meisten Fällen nach Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Fachdienststellen — erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 8.740 Geschäftsstücke zu protokollieren.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei Landeshauptmännerkonferenzen, eine Landtagspräsidentenkonferenz, vier Landesamtsdirektorenkonferenzen — zwei ordentliche und zwei außerordentliche — sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellt die Dienstaufsicht über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, über Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt Wien dar. Mit Stichtag 31. Dezember 1983 waren dies 346 Bedienstete, wovon 212 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Jahre 1983 erfolgten im Dienstaufsichtsbereich 16 Aufnahmen in den städtischen Dienst, 13 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und 27 Versetzungen. Ausgeschieden sind 12 Bedienstete.

Hinsichtlich der Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat waren die Vorarbeiten für eine Neubestellung (Gruppenleiter für Gesundheitswesen und Sozialversicherungsrecht) zu leisten.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von fünf Posten von Dienststellenleitern des Magistrates und drei Leiterdienstposten der Wiener Stadtwerke durchzuführen. Außerdem wurde eine interne Postenausschreibung vorgenommen.

Die Prüfung für den rechtskundigen Dienst haben elf Bedienstete mit Erfolg abgelegt.

Der Disziplinarkommission lagen 85 Fälle, der Berufungskommission in Disziplinarsachen fünf Fälle zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates hatte das Büro des Magistratsdirektors vier Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten und einzuberufen. Für elf leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenstalten mußten 39 Bewerber begutachtet werden. Dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge jeweils ein Gutachten über diese Bewerber zu erstatten.

Im Jahre 1983 wurden an das Referat für Auszeichnungen und Remunerationen 666 Anträge auf Förderungen und 9.588 Anträge auf Gewährung von Remunerationen gestellt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte das Büro des Magistratsdirektors auch im Jahre 1983 zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen vorzubereiten und durchzuführen.

Im Rahmen der Fachaufsicht über die Schlichtungsstellen wurden drei Schlichtungsreferentenbesprechungen abgehalten.

Der Rechnungshof hat folgende Berichte übermittelt, die dem Stadtsenat zur Beschlußfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen beziehungsweise dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden:

— Ergebnis der Überprüfung der Einrichtungen der Innenrevision der Stadt Wien, Beschluß des Gemeinderates vom 30. September 1983, Pr.Z. 2718;
— Ergebnis der Gebarungsüberprüfung bei der Tauernkraftwerke AG, Salzburg, und der Kesselfall Alpenhaus Gesellschaft m. b. H., Salzburg, Beschluß des Stadtsenates vom 15. November 1983, Pr.Z. 3383;
— Ergebnis der Gebarungsüberprüfung bei der Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG (IAKW) hinsichtlich der Jahre 1971 bis 1981, Beschluß des Stadtsenates vom 5. Juli 1983, Pr.Z. 2196;
— Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Austria Wochenschau Gesellschaft m. b. H., Beschluß des Stadtsenates vom 15. November 1983, Pr.Z. 3382;
— Ergebnis der Überprüfung von Teilgebieten der Gebarung der Jahre 1977 bis 1981 bei der Bundeshauptstadt Wien, Beschluß des Stadtsenates vom 22. November 1983, Pr.Z. 3461.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind im Jahre 1983 181 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich damit auf 2.405 erhöht. Von den 294 in den acht Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen im Jahre 1983 beurteilten Vorschlägen konnten 107 für eine Realisierung geeignet befunden und mit Prämien bedacht werden. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 267.550 S, das ist die höchste Jahresprämiensumme seit Bestehen des Betrieblichen Vorschlagswesens der Stadt Wien. Die höchste Einzelprämie betrug 40.000 S.

Die Beratende EDV-Kommission hat die Aufgabe, sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates zu befassen und hiebei insbesondere die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit von EDV-Vorhaben zu prüfen, Prioritäten und zeitliche Abläufe festzulegen und die Durchführung der genehmigten Projekte zu verfolgen. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet in die Hand zu geben. Die Kommission hat im Jahre 1983 zehnmal

getagt. In den beiden letzten Sitzungen wurde auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzeptes um ein weiteres Jahr beraten.

Von der **Magistratsdirektion-Koordinationsbüro (MD-KOB)** wurden im Jahre 1983 neben einer Fülle von ressortübergreifenden Einzelproblemen insbesondere Fragen der Stadtentwicklung und Stadterneuerung, der Koordination der Grundlagen-, Rohstoff- und Energieforschung, der Koordination der Aktivitäten im Donaubereich sowie von Angelegenheiten, die die Stadt Wien und den Bund bzw. internationale Organisationen betreffen, bearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Anfechtung des Ergebnisses der Volkszählung 1981 beim Verfassungsgerichtshof wurden sowohl in der Vorbereitungsphase als auch in der Durchführungs- und Nacherhebungsphase alle bei den Fachdienststellen des Magistrates erforderlichen Aktivitäten federführend koordiniert. Diese Tätigkeiten fanden ihren Höhepunkt am 18. Februar 1983, als das Österreichische Statistische Zentralamt die revidierten endgültigen Ergebnisse der Volkszählung 1981 publizierte. Die Wiener Einwohnerzahl wurde auf 1,531.346 berichtigt, was um 15.680 Einwohner mehr sind, als Wien ursprünglich zuerkannt worden waren. Die Bemühungen, eine Korrektur des wegen unrichtiger Angaben über den ordentlichen Wohnsitz nicht entsprechenden Zählungsergebnisses zu erreichen, waren damit erfolgreich abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang ist zu berichten, daß bereits bei der Vorbereitung der Volkszählung 1981 offenbar geworden war, daß eine Reihe von Wiener Zweitwohnungsbesitzern beabsichtigte, sich an den Ferienwohnsitzen zählen zu lassen. Es wurden aus diesem Grund bereits beim Zählvorgang der Einwohner, die ihr Personenblatt in ihrer Zweitwohnsitzgemeinde abgaben, jene Merkmale erhoben, die auf einen Mittelpunkt der Lebensbeziehungen in Wien schließen lassen. Insgesamt wurden bei 30.636 Personen entsprechende Wahrnehmungen gemacht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt darüber berichtet. Anläßlich der Kundmachung der Volkszählungsergebnisse am 30. Jänner 1982 durch das Österreichische Statistische Zentralamt mußte die Stadt Wien feststellen, daß die von ihr geltend gemachten Reklamationsfälle bei der Endauswertung nicht entsprechend berücksichtigt worden waren. Im Hinblick auf die weitreichenden Folgen sah sich die Stadt Wien veranlaßt, die Ergebnisse der Volkszählung 1981 beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Von der Gemeinde und vom Land Wien wurden beim Verfassungsgerichtshof eine Klage nach Artikel 137 B-VG wegen Leistung von Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesausgaben und ein Antrag der Wiener Landesregierung nach Artikel 139 B-VG auf Aufhebung der Kundmachung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes über die Bürgerzahl in den einzelnen österreichischen Bundesländern und die Kundmachung des Bundesministers für Inneres über die Zahl der auf jeden Wahlkreis entfallenden Mandate für die Wahl des Nationalrates eingebracht.

Den Bemühungen der Stadt Wien, eine Richtigstellung der Ergebnisse der Volkszählung 1981 zu erreichen, trug der Verfassungsgerichtshof durch sein Erkenntnis vom 18. Dezember 1982 Rechnung, mit dem die obzitierten Kundmachungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Bundesministers für Inneres als gesetzwidrig aufgehoben wurden. Im Gefolge dieses Erkenntnisses hat das Österreichische Statistische Zentralamt eine Überprüfung aller Reklamationsfälle eingeleitet. Durch diese neuerliche Überprüfung, in deren Zuge die betroffenen Gemeinden gehört wurden, hat sich die Einwohnerzahl Wiens um 15.680 auf 1,531.346 erhöht. Für Wien bedeutet dies, daß es wieder das Bundesland mit der höchsten Einwohner- und auch Bürgerzahl (Inländer) ist. Weiters bewirkt die Rückgewinnung von über 15.000 Wienern, daß eines der vier verlorenen Nationalratsmandate nach Wien zurückkehrt und Wien aus dem Finanzausgleich für die Dauer der gesamten zehnjährigen Volkszählungsperiode jährlich zirka 111 Millionen Schilling zusätzlich an Ertragsanteilen erhalten wird. Auch in anderen Verteilungsschlüsseln, in denen die Volkszahl eine Rolle spielt (z. B. bei der Verteilung der Wohnbauförderungsmittel), wird sich dieses Ergebnis für Wien günstig auswirken.

Um ähnliche Schwierigkeiten bei der nächsten Volkszählung hintanzuhalten, wurden von der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro gemeinsam mit anderen Fachdienststellen Überlegungen für eine Neudefinition des Begriffes des ordentlichen Wohnsitzes im Volkszählungsgesetz angestellt und ein Vorschlag für eine Neuformulierung erarbeitet. In Zukunft sollen ausschließlich objektive Kriterien für die Bestimmung des ordentlichen Wohnsitzes herangezogen werden.

Durch die Leitung des „Arbeitsausschusses Stadtentwicklungsplan" ist dem Koordinationsbüro eine entscheidende Mitwirkung in Fragen der Stadtentwicklungspolitik übertragen. 1983 wurde der nunmehr fertiggestellte Entwurf des Stadtentwicklungsplanes allen in Frage kommenden Institutionen und Interessenvertretungen und in Form einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse auch allen Wiener Haushalten zur Verfügung gestellt. Die gesamte Öffentlichkeit war eingeladen, zum Entwurf des Stadtentwicklungsplanes Äußerungen abzugeben. Insgesamt sind rund 100 Stellungnahmen von Bezirks- und Interessenvertretungen sowie von sonstigen Institutionen und etwa 1.400 Äußerungen von Wiener Bürgern eingelangt. Sämtliche Anregungen wurden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachdienststellen geprüft und zum Teil in den Entwurf des Stadtentwicklungsplanes eingearbeitet.

Einen wichtigen Aufgabenbereich des Koordinationsbüros bildeten Fragen der Stadterneuerung. Unter anderem hat das Koordinationsbüro 1983 den „Tätigkeitsbericht Stadterneuerung" überarbeitet und auf den letzten

Der Wiener Stadtsenat

Leopold Gratz, SPÖ
Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien

Gertrude Fröhlich-Sandner, SPÖ
Vizebürgermeister
Amtsführender Stadtrat für
Bildung, Jugend und Familie

Dr. Erhard Busek, ÖVP
Vizebürgermeister
Stadtrat

Friederike Seidl, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Personal, Rechtsangelegenheiten
und Konsumentenschutz

Hans Mayr, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Finanzen und Wirtschaftspolitik

Franz Mrkvicka, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Kultur und Sport

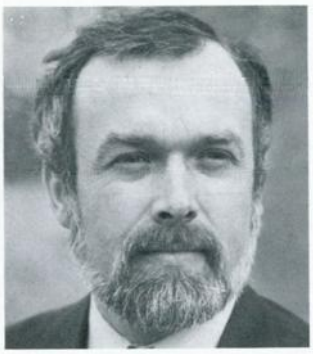
a.o. Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Gesundheit und Soziales

Ing. Fritz Hofmann, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Peter Schieder, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Umwelt und Bürgerdienst

Roman Rautner, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für Bauten

Johann Hatzl, SPÖ
Amtsführender Stadtrat für
Verkehr und Energie



Anton Fürst, ÖVP
Stadtrat

Maria Hampel-Fuchs, ÖVP
Stadtrat

Dr. Jörg Mauthe, ÖVP
Stadtrat

Kommerzialrat Wilhelm Neusser, ÖVP
Stadtrat

Der Premierminister der Arabischen Republik Ägypten, Dr. Ahmed Fuad Mohieddin, wird bei seinem Besuch im Rathaus von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt

Magistratsdirektion

Der Ministerpräsident von Spanien, Felipe Gonzalez Marquez, wird von Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner im Rathaus empfangen

Stand gebracht. Dieser Tätigkeitsbericht gibt einen umfassenden Überblick über alle bestehenden Initiativen, die als Maßnahme zur Erneuerung der Bausubstanz im dichtbebauten Stadtgebiet angesehen werden können. Er enthält Darstellungen über den Umfang der Erneuerungstätigkeit in den einzelnen Assanierungsgebieten, Informationen über den Umfang der Altstadterhaltung, des Wohnhausneubaues, der Wohnungsverbesserung, der Wohnhäusererhaltung sowie der Maßnahmen der städtischen Dienststellen im Bereich der Infrastruktur. Dieser „Tätigkeitsbericht zur Stadterneuerung" dient darüber hinaus als wichtige Grundlage für weitere Entscheidungen.

Das Koordinationsbüro hat im Jahre 1983 auch seine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) über städtische Probleme fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe hat ihre Vergleichsstudie über die Entwicklung der Großstädte in den Industrieländern mit einer internationalen Ministerkonferenz abgeschlossen. Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe wurden den in Frage kommenden städtischen Dienststellen zur Verfügung gestellt. Derzeit befaßt sich die Arbeitsgruppe mit den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten und insbesondere damit,. wie die nationalen Regierungen den Städten bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung behilflich sein können.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Koordinationsbüros bildete auch die magistratsinterne Abstimmung von wichtigen bzw. grundsätzlichen Fragen vor der Verhandlung mit Bundesdienststellen. Insbesondere galt es, im Jahre 1983 den Standpunkt Wiens an dem beim Bund anhängig gemachten wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren bezüglich des Donaukraftwerkes Hainburg zu vertreten. In diesem Zusammenhang hat das Koordinationsbüro allen in Betracht kommenden Dienststellen die Planungsunterlagen dieses Bauvorhabens zugänglich gemacht und die Auswirkungen der Staustufe Hainburg auf die Stadt Wien gemeinsam mit den Fachdienststellen einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Auf Grund dieser Überprüfung hat die Stadt Wien in dem beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abgeführten Wasserrechtsverfahren vor allem zum Schutze der Trinkwassergewinnung in der Lobau und zum Schutze des Landschaftsbildes die Vornahme von Projektsänderungen verlangt.

Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Umweltfonds beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat das Koordinationsbüro im Jahr 1983 an einer Erhebung der umweltbelastenden Betriebe in Wien mitgewirkt. Hiebei wurden vor allem jene Betriebe und Einrichtungen erfaßt, bei denen in nächster Zeit vorrangig Investitionen zur Verringerung der Luftverunreinigung und der Schallemissionen erforderlich sein werden.

Vertreter der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro nahmen im Jahre 1983 an den Koordinierungsgesprächen, die regelmäßig zwischen Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen stattfinden, teil. In diesen Gesprächen wurden unter anderem auch Überlegungen hinsichtlich einer eventuellen Erweiterung des in Realisierung befindlichen Schienenverbundprojektes (Vorortelinie) angestellt.

Aus der Fülle von Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Koordination des Geschehens im Donaubereich Wien gesetzt wurden, sind vor allem die Verhandlungen mit dem Bund über die Realteilung des Grundeigentums im Donaubereich Wien zu erwähnen. Ende 1983 haben, nach rund zwei Jahre dauernden Verhandlungen, die zuständigen Dienststellen des Bundes dem Vorschlag der Stadt Wien zugestimmt, das gemeinsame Eigentum von Bund und Stadt Wien im Donaubereich in Realeigentum überzuführen. Im einzelnen sieht diese Übereinkunft für das rund 1.000 ha große Gebiet vor, daß die Stadt Wien nunmehr alleiniger Eigentümer der künftigen Donauinsel selbst, der Böschungen bis zur wasserseitigen Vorderkante der Treppelwege, der hochwasserfreien Flächen am linken Ufer der Neuen Donau (linker Donaudamm) und der hochwasserfreien Flächen am rechten Donauufer (rechter Donaudamm) wird. Vom Eigentum der Stadt Wien ausgenommen sind jene Flächen im Gesamtausmaß von rund 35 ha, die der Bund aus dem bisherigen gemeinsamen Eigentum für eigene Zwecke benötigt. Das sind einige Flächen auf der Donauinsel selbst, die für sportliche Zwecke genutzt werden sollen (im Bereich Floridsdorfer Brücke — Brigittenauer Brücke und im Südteil bei der Ostbahnbrücke), sowie Flächen am rechten Ufer für das DDSG-Gebäude und das Polizeikommissariat Mexikoplatz, für die Strompolizei und für einen kleinen Bauhof des Bundesstrombauamtes. Am linken Ufer will der Bund vor Kaisermühlen auf rund 5 ha kulturelle Einrichtungen unterbringen.

Die Neue Donau selbst bleibt im gemeinsamen Eigentum von Bund und Stadt Wien. Mit dem nun akzeptablen Lösungsvorschlag ist auch gesichert, daß das Nutzungskonzept leichter realisiert werden kann, da die Stadt Wien über den Großteil der Flächen das alleinige Verfügungsrecht hat. Die Stadt Wien konnte unter anderem deshalb so große Flächen im Erholungsbereich für sich erhalten, weil sie mehrere Grundflächen im Bereich der Trasse der Donauuferautobahn, die der Bund für den Bau dieser Autobahn benötigt hat bzw. benötigen wird, eingetauscht hat.

Mit der Fixierung eines neuen Standortes für die am rechten Donauufer gelegenen und wegen Errichtung der rechten Hochwasserkante zu verlegenden Gebäude der Strompolizei, des Bundesstrombauamtes und des Amtes für Schiffahrt konnte in einer weiteren wichtigen Frage mit dem Bund Übereinstimmung erzielt werden. Auf Grund der nunmehr getroffenen Vereinbarung kann, bei Baubeginn Frühjahr 1984, mit der Fertigstellung dieser Objekte Mitte 1986 und gleichzeitig mit der Vollendung der Arbeiten am Hochwasserschutzdamm in die-

sem Bereich gerechnet werden. Im wesentlichen wurden 1983 auch die Verhandlungen in der Frage der Gleisfreimachungen am rechten Donaudamm und des Abbruches der Lagerhallen abgeschlossen, was für die termingerechte Durchführung der weiteren Arbeiten in diesem Bereich von großer Bedeutung ist.

Mit der Österreichischen Donaukraftwerke AG (DoKW) konnte eine Vereinbarung hinsichtlich jener Maßnahmen getroffen werden, die über das Hochwasserschutzprojekt hinaus für die künftige Staustufe Wien (insbesondere Dichtungsmaßnahmen, Höhenlage, Treppelwege usw.) benötigt werden. Es wurde sichergestellt, daß diese Baumaßnahmen gleichzeitig mit den Arbeiten am Hochwasserschutzdamm durchgeführt und von der DoKW vorfinanziert werden. So werden volkswirtschaftliche Nachteile und unnötigen Belästigungen der Bevölkerung durch zweimaliges Bauen am rechten Donaudamm vermieden. Darüber hinaus wurde auch im Jahre 1983 von der Koordinationsstelle Donaubereich eine Vielzahl von Maßnahmen zur besseren Benutzbarkeit der fertiggestellten Abschnitte bzw. zur besseren Erreichbarkeit der Donauinsel getroffen.

Die Koordinierung der Grundlagenforschung innerhalb des Magistrates der Stadt Wien wurde fortgeführt. In gemeinsamen Besprechungen wurde mit den auf dem Gebiet der Grundlagenforschung tätigen Dienststellen ein Jahresforschungsprogramm 1984 ausgearbeitet. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation wurde in diesen Gesprächen darauf geachtet, daß nur die unbedingt notwendigen Forschungsvorhaben durchgeführt werden. Im Gespräch mit den Dienststellen wurden außerdem die Schwerpunkte der Forschungstätigkeit des Magistrates in den nächsten fünf Jahren erfaßt. Diese Schwerpunkte werden auch in Zukunft Fragen der Stadtentwicklung und Stadterneuerung, des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Die vom Koordinationsbüro geführte Auftragsevidenz über die Forschungsarbeiten der einzelnen Fachabteilungen wurde 1983 fortgeführt. Um allen interessierten Dienststellen einen Überblick über die vorhandenen Forschungsarbeiten zu geben, wurde die Zusammenstellung der fertiggestellten Aufträge, die nach Sachgebieten gegliedert ist, auf den neuesten Stand gebracht.

Eine wichtige Aufgabe des Koordinationsbüros war 1983 auch die Funktion als Geschäftsstelle des Koordinationskomitees Bund/Land Wien für Rohstofforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung. Unter der geschäftsstellenmäßigen Betreuung des Koordinationsbüros wurden im Rahmen dieses Komitees von den Dienststellen des Bundes und des Landes Wien gemeinsame Forschungsprojekte ausgearbeitet und in Auftrag gegeben. Diese Forschungsprojekte erstrecken sich insbesondere auf Fragen des Untergrundes und des Naturraumpotentials von Wien, auf Fragen der biogenen Rohstoffe, des alternativen Landbaues und alternativer Formen der Energieversorgung.

Wie schon in den vergangenen Jahren war das Koordinationsbüro auch 1983 mit der Aufbereitung von Grundlagenmaterial für wichtige, die Stadtentwicklung betreffende Fragen befaßt. Schwerpunktmäßig wurden die Bereiche Bevölkerung, Wirtschaft und Wohnen behandelt.

Mit Stichtag 30. September 1983 wurde bei allen wichtigen Wohnbauträgern Wiens eine Erhebung der für eine Wohnbebauung vorgesehenen und zum Stichtag bereits im Besitz der Bauträger befindlichen Flächenreserven durchgeführt. Die Ergebnisse dieser „Wohnbauerhebung", die für viele Dienststellen eine wichtige Planungsgrundlage darstellt, werden allen interessierten Fachabteilungen des Magistrates als Arbeitsgrundlage zur Verfügung stehen.

Der vom Koordinationsbüro betreute Arbeitskreis Energie befaßte sich mit grundlegenden Fragen der Energieeinsparung und der Erforschung alternativer Formen der Energieverwertung und der Energieversorgung.

In diesem Zusammenhang wurde begonnen, in einem Fernwärmeatlas, dessen Planoperat nach Fertigstellung etwa 200 Stadtkarten im Maßstab 1 : 2.000 beinhalten wird, alle städtischen Wohnhausanlagen, Genossenschaftsbauten und öffentlichen Gebäude (Amtshäuser, Schulen, Bäder usw.) nach Heizungsart, Anschlußwert und Wärmeverbrauch zu erfassen, wobei bisher die Pläne für neun Bezirke erstellt wurden. Der in Arbeit befindliche Fernwärmeatlas wird für das gesamte Stadtgebiet genaue Daten in wärmeenergetischer Hinsicht und in bezug auf die Energieversorgung mit Strom, Gas und Fernwärme enthalten und somit als Entscheidungsgrundlage für energiepolitische Maßnahmen dienen können.

In verschiedenen Versuchsreihen wurden bisher mehrere Sonnenkollektoren entwickelt und erprobt. Im Jahre 1983 wurde in der Heizwerkstätte in 10, Theodor-Sickel-Gasse, ein neuer Kollektor aufgestellt, der automatisch dem Sonnenstand nachgeführt wird. In einer vergleichenden Meßreihe, die sich bis Ende 1984 erstrekken wird, werden die Meßwerte des nachgeführten Sonnenkollektors denen eines fest ausgerichteten Kollektors gegenübergestellt, um einwandfreie Aussagen über Wirkungsgrad und Wärmeertrag zu erhalten.

In der städtischen Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse 18, wurden Vergleichsmessungen zwischen den mit herkömmlicher und den mit Solarenergie versorgten Wohnungen durchgeführt. Dabei konnten bereits wesentliche Erkenntnisse über den Wirkungsgrad des neuen Kollektors, eine neuartige Wärmepumpe, die Isolierung des Speichers sowie die Steuerung der Anlage durch Rechner gewonnen werden.

Seit Beginn des Jahres 1983 läuft im Theresienbad eine Energieflußmessung durch eine Registriereinheit, die in der Lage ist, alle 20 Minuten eine große Anzahl von Wärmemessungen, Ölmengenmessungen usw. aufzuzeichnen. Aus diesen Meßergebnissen können Schlüsse für die Verbesserung des gesamten Energieverbrauches und Energieablaufes gezogen werden. Für das Jahr 1984 wird ein ähnlicher Versuch für das elektrisch versorgte

Hietzinger Hallenbad vorbereitet, um die Wirtschaftlichkeit und die Abrechnung der einzelnen Komponenten des Verbrauches exakt darstellen zu können.

Gegenstand eingehender Untersuchungen war auch die eventuelle Ausnützung der hohen Temperatur der Heilquelle Oberlaa zur Versorgung umliegender Objekte mit Wärme und Warmwasser durch eine Elektrowärmepumpe. Dadurch wäre es möglich, jährlich den Bezug von rund 2 Millionen m^3 Erdgas einzusparen. Um die Kosten einer solchen Anlage exakt zu erfassen, wurde im Jahre 1983 eine internationale Ausschreibung über die Installierung einer Wärmepumpe durchgeführt. Diese Ausschreibung hat die hohe Wirtschaftlichkeit der Anlage voll bestätigt. Nach Abschluß der erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Stellen könnte die Wärmepumpe bereits in absehbarer Zeit in Betrieb genommen werden.

Zur Aufbereitung von Warmwasser bei Fernwärmebezug wurde ein neues System entwickelt, das den Wärmebedarf für die Warmwasserbereitung aus den Heizungsleitungen deckt. Dieses System der Warmwasserbereitung soll noch durch Tests abgesichert werden und könnte dann auf breitester Basis beim Anschluß von Altwohnungen an Fernwärme Verwendung finden.

Zur Energiesicherung der Stadt wurde auf Grund von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Südafrika und in der Bundesrepublik Deutschland die Frage der Herstellung von Synthesegas durch Kohlevergasung von vorhandener Braunkohle in Österreich ventiliert. Durch die Vergasung der Kohle werden sämtliche Schwierigkeiten, die bei der direkten Verbrennung der Kohle auftreten, vermieden, wobei die Kohle zu einem sehr hohen Ausmaß energetisch wie auch chemisch ausgenützt werden kann. Außerdem würde hiedurch die Importabhängigkeit Österreichs von Erdgaslieferungen wesentlich reduziert werden können. Die Gesamtaspekte, insbesondere die Kalkulation der Herstellung von synthetischem Erdgas, sind allerdings noch näher zu untersuchen.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie (MD-VA)** der Stadt Wien, die seit dem Jahre 1977 als eigene Dienststelle im Rahmen der Magistratsdirektion geführt wird, konnte ihre Stellung auch im Jahre 1983 weiter ausbauen und ihrer Aufgabe als der zentralen Bildungseinrichtung für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie für die Schulung von Führungskräften in verstärktem Maße nachkommen.

Im Rahmen des Ausbildungs- und Prüfungswesens werden Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen geführt, zum Teil von der Verwaltungsakademie selbst, zum anderen Teil im Auftrag der Verwaltungsakademie von der Stadtbaudirektion und der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke. An diesen 35 Dienstprüfungskursen für Beamte des höheren technischen Dienstes, Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, Fachbeamte des technischen Dienstes, für Kanzleibedienstete und technische Bedienstete (Werkmeister, Betriebsbeamte), die im Herbst 1983 begannen, nahmen rund 800 Bedienstete teil. Die Dienstprüfungen, die nach Beendigung der Kurse stattfinden, werden ebenfalls von der Verwaltungsakademie organisiert. Die Vorbereitungskurse, die im Jahre 1982 begonnen wurden, wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1983 mit den Dienstprüfungen abgeschlossen. Um notwendige Maschinschreibkenntnisse zu erreichen, wurden in der Verwaltungsakademie für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes vor ihrer Einteilung zum Dienstprüfungskurs fünf Ausbildungslehrgänge für Maschinschreiben geführt, die von 102 Bediensteten mit Erfolg besucht wurden.

In der von der Verwaltungsakademie durchgeführten berufsorientierten Fortbildung nahmen die Veranstaltungen wieder breiten Raum ein, deren Besuch allen städtischen Bediensteten ohne Unterschied auf ihre berufliche Stellung grundsätzlich offensteht. Diese Veranstaltungen wiesen in thematischer Hinsicht eine sehr breite Streuung auf und wurden in Form von Vorträgen, Kursen und auch in Kurzseminaren gestaltet, wobei letztere maximal einen halben Tag dauerten. Über diese Veranstaltungen werden die Bediensteten durch Erlässe der Magistratsdirektion und durch Plakate, die in den Dienststellen zum Aushang kommen, sowie durch das Wochenblatt „wien aktuell" informiert. Diese Veranstaltungen dienen dem Zweck, Informationen, die sich zur Hebung des Wissenstandes der Mitarbeiter eignen, weiterzugeben, um diese in die Lage zu versetzen, im dienstlichen Bereich gesellschaftliche, rechtliche, wirtschaftliche und technische Zusammenhänge besser zu erkennen. Über den Einsatz von Computern in der Stadtverwaltung wurde ebenso informiert wie über wirtschaftliche Probleme oder über Erkenntnisse auf dem Energiesektor. Tätigkeiten der Stadtverwaltung auf den Gebieten der Stadtplanung, des Verkehrs- und Bauwesens waren Themen von Vorträgen. Einblick zu geben in die Tätigkeit des Gesundheits- und des Sozialdienstes sowie das Aufzeigen der Aktivitäten gehörten ebenfalls zum allgemeinen Fortbildungsprogramm der Verwaltungsakademie.

Im Herbst 1983 wurde zu den bestehenden Veranstaltungszyklen eine neue Veranstaltungsreihe mit der Bezeichnung „Grundsätze der Kommunalpolitik" geschaffen. In dieser werden Fragen und Probleme, die für die gesamte Stadtverwaltung von Bedeutung sind, behandelt. Zielgruppe dieser Veranstaltungsreihe sind die leitenden Bediensteten der Stadt Wien. Als Vortragende fungieren die amtsführenden Mitglieder des Stadtsenates und der Magistratsdirektor, die im Rahmen dieses Zyklus in bezug auf die Verwaltung ihre Vorstellungen, Absichten und Ziele darlegen, zu denen die leitenden Bediensteten Stellung nehmen können, sowie es ihnen auch möglich ist, in diesen Meinungsaustausch ihre Erfahrungen einzubringen. Die ersten zwei Veranstaltungen dieser Reihe beschäftigten sich mit den Fragen „Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung" und „Bürgernahe Verwaltung — Wege und Ziele".

In einer Stadt wie Wien als Ort internationaler Begegnungen und Sitz internationaler Organisationen hat die Verbesserung der Sprachkenntnisse der städtischen Bediensteten einen hohen Stellenwert. Neben der Möglichkeit, Maschinschreib-, Stenographie-, Deutsch- oder Erste-Hilfe-Kurse zu besuchen, wurden den Bediensteten wieder englische, französische und russische Sprachkurse angeboten. Obwohl diese Sprachkurse ausschließlich in der Freizeit abgehalten werden, mußten — und das weist besonders auf die Bildungswilligkeit der Bediensteten hin — im Herbst des Jahres 1983 18 Sprachkurse eingerichtet werden, an denen insgesamt rund 370 Personen teilnahmen.

Besondere Bedeutung im Fortbildungsprogramm der Verwaltungsakademie haben jene Veranstaltungen, die für Bedienstete bestimmter Organisationseinheiten, bestimmte Bedienstetengruppen oder Bedienstete mit bestimmten Funktionen durchgeführt werden und die das Wissen, die Kenntnisse und die Verhaltensweisen vermitteln, die zur Erfüllung der jeweils gestellten dienstlichen Aufgaben gefordert werden müssen. Sie stellen den Kern der beruflichen Fortbildungstätigkeit dar. So wurden rechtskundige Bedienstete von Mitgliedern der Höchstgerichte des öffentlichen Rechtes über die neueste Judikatur auf den Gebieten des Verfassungsrechtes und Verfahrensrechtes sowie über die Grundsätze und Erwägungen, die zu dieser Judikatur geführt haben, informiert. Weiters wurden gezielte Fortbildungsveranstaltungen für die verschiedensten Bereiche durchgeführt, wie z. B. ein Arbeitstechnikseminar für Bedienstete der MD-ADV, ein Kommunikationstraining für Kindergartenleiterinnen, ein Fortbildungskurs für Bedienstete der Magistratsabteilung für Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung, über Fragen der Wohnbauförderung, ein Fortbildungskurs für Bedienstete der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten über schwierige Rechtsgebiete und Schulung von Sicherheitsvertrauenspersonen und Brandschutzwarten.

Im Laufe der letzten Jahre verstärkt sich in der Wiener Stadtverwaltung der Einsatz von Mikrocomputern, die es ermöglichen, Text- und Datenverarbeitungsvorgänge zu integrieren. Neben den herkömmlichen Aufgaben der Schriftgutverarbeitung und der Verwaltung kleinerer Suchdateien bieten diese Geräte die Möglichkeit, auch Anwenderprogramme für die Teilprobleme kleiner Verwaltungseinheiten zu bewältigen. Sie eignen sich darüber hinaus aber auch als Kommunikationsinstrument zu Großrechnern und Datenbanken. Um bei den städtischen Bediensteten das Verständnis für diesen wesentlichen Schritt zur Büroautomation zu wecken und Grundkenntnisse der EDV sowie ihrer Einsatzmöglichkeiten zu vermitteln, hat die Verwaltungsakademie neben den bereits erwähnten Kursen zur Einführung in die Datenverarbeitung weitere Fortbildungsveranstaltungen in ihr Programm aufgenommen:

Die Vortragsserie „Textverarbeitung mit Mikrocomputern" informiert grundlegend über das breite Anwendungsspektrum der Mikroelektronik in Geräten der neuesten Bauart. Im Rahmen von Textverarbeitungsschulungen werden Bedienstete, und zwar vorderhand aus dem Bereich der magistratischen Bezirksämter, in der Handhabung von Textautomaten unterwiesen. Weiters besteht die Möglichkeit, in einem Einführungskurs in die Programmiersprache „BASIC" die Kenntnisse im Umgang mit dem Computer zu vertiefen und die elementaren Grundlagen zum Erstellen kleiner Programme zu erlernen. Die Kurse haben überaus regen Zuspruch gefunden und tragen dazu bei, daß in den einzelnen Dienststellen das Verständnis für jene Aufgaben und Probleme wächst, die die schrittweise Einbindung automationsunterstützter Vorgänge in einzelne Fachbereiche nach sich ziehen.

Neben der beruflichen Aus- und Fortbildung wurde auch auf die Ausbildung auf dem Gebiet der menschlichen Verhaltensweisen und der Persönlichkeitsbildung besonderer Wert gelegt. In diesem Fall lagen die Schwerpunkte insbesondere auf der Schulung von Bediensteten, die Parteienverkehr haben, und auf dem Führungskräftetraining für Dienststellenleiter und Zwischenvorgesetzte. Hiebei wurden Erkenntnisse, Erfahrungen und Methoden der angewandten Psychologie praxisnahe vermittelt. Bedienstete, die im Parteienverkehr stehen, lernen, wie man auch mit schwierig zu behandelnden Bürgern im Sinne einer bürgernahen Verwaltung umgeht. Bedienstete mit Führungsaufgaben werden mit Fragen eines zeitgemäßen Führungsstils, mit der Bedeutung des Gesprächs als Führungsmittel, mit der Wichtigkeit der Teamarbeit und mit der Motivation der Mitarbeiter vertraut gemacht.

Die Einschulung der neu aufgenommenen Bediensteten in Kursen wurde auf weitere Beamtengruppen ausgedehnt, so daß nunmehr alle Akademiker, die Absolventen der höheren Schulen und Bedienstete, die für Verwendungen im technischen Dienst der Verwendungsgruppen C und D vorgesehen sind, erfaßt werden. In dem Kurs, der eine Woche dauert, werden die in den Dienst der Stadt Wien neu aufgenommenen Personen mit der verfassungsrechtlichen Stellung der Stadt Wien und ihrer Organe, den Grundzügen ihrer Organisation, den Aufgaben der Dienstaufsicht und mit den Rechten und Pflichten der Bediensteten vertraut gemacht. Sie werden in die Technik des geistigen Arbeitens eingeführt und auf dem Gebiet des menschlichen Verhaltenswesens und der Persönlichkeitsbildung geschult. Im Jahre 1983 wurden von der Verwaltungsakademie 15 derartige Kurse durchgeführt.

In weiterer Folge schließen sich als Ausbildungsmaßnahmen für diese Bediensteten der Besuch des Vorbereitungskurses für die Dienstprüfung sowie die gezielte Unterweisung und Schulung am Arbeitsplatz an. Im

Zusammenwirken mit der MD-Verwaltungsorganisation und der MD-Stadtbaudirektion wurden in Dienststellen Einschulungsreferenten und Einschulungsverantwortliche bestellt, deren Aufgabe es ist, für die Ausbildung und Integration neu zugeteilter Bediensteter in der Dienststelle zu sorgen.

Im Jahre 1983 wurden erstmals die neu entwickelten Seminare für diese Einschulungsreferenten und Einschulungsverantwortlichen durchgeführt. In diesen Seminaren werden die Teilnehmer durch die Vermittlung didaktischer und methodischer Hinweise in die Lage versetzt, für einen bestimmten Dienstposten einen sogenannten „Einschulungsplan" zu erstellen, der den zeitlichen Ablauf und den Inhalt einer Einschulung für neu aufgenommene bzw. in die jeweilige Abteilung versetzte Bedienstete regelt. Dieser Einschulungsplan wird von den Seminarteilnehmern selbst erstellt, damit spezifische Anforderungen an einen bestimmten Dienstposten bzw. Dienstnehmer Berücksichtigung finden können. Wegen der vielfältigen Aufgaben, die die neu zugeteilten Dienstnehmer zu bewältigen haben, und der sich ständig verändernden Anforderungen an die Verwaltung soll auch die Flexibilität der für die Einschulung verantwortlichen Bediensteten gefördert werden.

Durch eine zielführend durchgeführte Einschulung am Arbeitsplatz können Leerläufe vermieden und der einzuschulende Bedienstete kann rascher zu einem brauchbaren Mitarbeiter werden. Hiedurch wird auch die Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit der Verwaltung verstärkt. Ebenso sind die in diesen Seminaren erarbeiteten Grundsätze und Methoden geeignet, den Dienststellen zu helfen, neue Aufgaben besser bewältigen zu können. Diese Seminare fördern auch die Organisationsentwicklung in den Dienststellen, indem sie die Aufgaben, die mit dem Dienstposten verbunden sind, herausarbeiten und sich mit Arbeitsabläufen auseinandersetzen.

Im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien — Baumgartner Höhe wurde eine Schulung der Führungskräfte in Angriff genommen. Ziel dieser Schulungsmaßnahmen ist es, die Zusammenarbeit zwischen Primarärzten, Oberärzten, Oberschwestern und Oberpflegern zu intensivieren und die Arbeit im Krankenhaus zu verbessern. In den Seminaren, die im Herbst 1983 durchgeführt wurden, wurden vor allem psychologische Führungsstrategien und Führungstechniken sowie Konfliktlösungsstrategien behandelt.

Um die für die Lehrabschlußprüfung erforderlichen Kenntnisse zu vertiefen sowie die Lehrtätigkeit der Berufsschulen und die Arbeit der Lehrlingsausbildner zu unterstützen, führte die Verwaltungsakademie gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision auch Stützkurse für die Bürokaufmannslehrlinge in Rechtschreiben und Maschinschreiben sowie zur Auffrischung des Prüfungsstoffes entsprechende Vorbereitungskurse durch. Jedem neu aufgenommenen Bürokaufmannslehrling und technischen Zeichnerlehrling wurden sogenannte Bildungsschecks im Nennwert von 5 × 100 Schilling überreicht, mit denen der Besuch von Veranstaltungen nach freier Wahl an den Wiener Volkshochschulen und beim österreichischen Stenographenverband aus Mitteln der Verwaltungsakademie der Stadt Wien finanziert werden können. 1983 wurden Gutscheine im Wert von über 58.000 Schilling eingelöst.

Den Bediensteten wird von der Verwaltungsakademie auch die Möglichkeit geboten, Fortbildungsveranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen zu besuchen, wenn der Besuch im dienstlichen Interesse liegt und eine derartige Veranstaltung im Programm der Verwaltungsakademie nicht vorgesehen ist. Hiefür wurden im Jahre 1983 fast 650.000 Schilling aufgewendet.

Neben den schon bisher in Wien vorhandenen 19 Kurs- und Seminarräumen der Verwaltungsakademie konnte im Juni 1983 im neuen Amtshaus in 20, Dresdner Straße 75, ein weiterer Kurssaal für Dienstprüfungskurse eingerichtet und in Betrieb genommen werden; er wurde — wie alle anderen Kurssäle — mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattet.

Gegenwärtig stehen 109 verschiedene Skripten den Bediensteten zur Verfügung. Bei der Neuauflage von Skripten der Verwaltungsakademie wird auf Aktualität und auf einen klaren Aufbau der Skripten besonderes Augenmerk gelegt. 1983 wurden 12.346 Skripten, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für die dienstliche Tätigkeit dienen, den städtischen Bediensteten kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden 6.833 Exemplare an Dienststellen über deren Ersuchen ausgegeben.

Auf dem Gebiete der Rechtsbereinigung konnten im Jahre 1983 weitere wesentliche Fortschritte erzielt werden. Die älteste Wiener Rechtsvorschrift, nämlich das Hofdekret über die Einhebung der Lizitationsarmenprozente aus dem Jahre 1750, wurde durch ein neues Versteigerungsabgabegesetz ersetzt. Weiters wurde gerade im Bereich des Finanzrechtes auf Grund der Vorarbeiten an der Rechtsbereinigung der Anstoß zur Wiederverlautbarung von zahlreichen Landesgesetzen gegeben.

Um die Bereinigung des materiellen Rechtes einleiten zu können, bedurfte es vor allem eines Überblickes über den geltenden Wiener Rechtsbestand. Zu diesem Zweck hat die Verwaltungsakademie mittlerweile sämtliche derzeit in Kraft befindlichen Wiener Rechtsvorschriften mit allen ihren Änderungen in einem Fundstellen- und Schlagwortindex mittels Mikrocomputer gespeichert. Ein Ausdruck dieses Index ist allen städtischen Dienststellen im Erlaßwege zugegangen. Die einzelnen Dienststellen und damit auch die Rathausinformation und der Bürgerdienst haben somit die Möglichkeit, sich rasch über ein bestimmtes Rechtsgebiet zu informieren und an Hand des Index den rechtsuchenden Bürgern die entsprechenden Auskünfte zu geben. Damit wird der Zugang zum Recht für den Bürger wie auch für die städtischen Dienststellen wesentlich erleichtert.

Als logische Fortentwicklung dieser Dienstleistung der Verwaltung wird eine Loseblattausgabe des Wiener Rechtes vorbereitet. Sie wird den Volltext aller geltenden Wiener Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung aller späteren Änderungen und Novellen enthalten. Die Texte der Rechtsvorschriften aus dem Bereich des Verfassungs-, Finanz- und Sozialrechtes wurden mittels Textverarbeitung bereits vollständig erfaßt und in eine Datenbank der MD-Automatische Datenverarbeitung übertragen, wovon sie im On-line-Verfahren über ein Photosatzgerät bei der Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation ausgedruckt werden sollen. Schon jetzt besteht aber bei Bedarf die Möglichkeit, den Text der bereits erfaßten Rechtsvorschriften für den dienstlichen Gebrauch zu nutzen. Dies kann entweder durch Anforderung von Ausdrucken des Textverarbeitungsgerätes oder von Diskettenkopien für kompatible Geräte erfolgen. Darüber hinaus ist es aber auch technisch bereits möglich, auf die gespeicherten Texte der Vorschriften über zahlreiche Terminals zuzugreifen, die bei städtischen Dienststellen schon für andere Zwecke im Einsatz stehen. Hiefür steht ein Abrufsystem in Erprobung, das das Auffinden von Schlagworten und Suchbegriffen in den einzelnen Vorschriften zuläßt. Damit wird nicht nur das Auffinden der Rechtsvorschriften erleichtert, sondern auch in erhöhtem Maße eine Rechtsvergleichung, eine Vereinheitlichung der Rechtssprache und damit qualifiziertere legistische Arbeit möglich.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR)** hatte am 31. Dezember 1983 die Dienstaufsicht über 93 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 10 Beamte des höheren Archivdienstes, 15 Beamte des höheren Bibliotheksdienstes, 14 Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.175 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes (davon ein Teilzeitbeschäftigter), 477 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher, 32 Psychologen des Jugendamtes, 519 Sozialarbeiter (davon 32 Teilzeitbeschäftigte), 197 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete (davon 14 Teilzeitbeschäftigte), 103 Bedienstete der automatischen Datenverarbeitung, ferner über 2 Ärzte, 2 Tierärzte, 3.605 Kanzleibeamte (davon 30 Teilzeitbeschäftigte), 540 Amtsgehilfen, schließlich über 425 Bedienstete der Magistratsdirektion, Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw., 662 Bürokaufmannslehrlinge, 40 bautechnische Zeichnerlehrlinge und 6 Kfz-Mechanikerlehrlinge.

Von den 8.917 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1983 177 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 21 leisteten zu diesem Zeitpunkt den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und 198 wurde ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 1.997 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstesentsagung, Kündigung oder Tod schieden 475 Bedienstete aus.

Auch im Jahre 1983 stieg das Interesse für den Gemeindedienst. Da weit mehr Bewerber für den Fachverwaltungsdienst als freie Dienstposten vorhanden waren, wurde der bisher bewährte Aufnahmetest als Auswahlkriterium herangezogen. Unter Bedachtnahme auf notwendige Personalmaßnahmen wurden schließlich die 140 am besten geeigneten Bewerber aufgenommen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde überwiegend aus den Reihen der ausgelernten Bürokaufmannslehrlinge gedeckt.

806 Jugendliche wurden nach ihrer Bewerbung zum Aufnahmetest für Bürokaufmannslehrlinge beim Magistrat der Stadt Wien eingeladen. 709 Bewerber sind angetreten, wobei 277 die Prüfung bestanden haben und zur Aufnahme vorgeschlagen wurden. 238 Jugendliche haben ihre Ausbildung im August und September begonnen. Von den 59 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnische Zeichnerlehrlinge sind 52 zur Prüfung angetreten. 16 haben die Prüfung bestanden, 14 wurden im September aufgenommen.

Erstmals kamen heuer 6 Kfz-Mechanikerlehrlinge nach der einjährigen Ausbildung in einer Lehrwerkstätte in die Hauptwerkstätte der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark, um dort bei der Reparatur und Wartung der Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks die für ihren Beruf erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse zu erlernen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1983 708 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut wurden, in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Davon sind 662 Bürokaufmannslehrlinge (238 im ersten, 210 im zweiten und 214 im dritten Lehrjahr), 40 bautechnische Zeichnerlehrlinge (14 im ersten, 12 im zweiten und 14 im dritten Lehrjahr) und 6 Kfz-Mechanikerlehrlinge. 210 Bürokaufmannslehrlinge und 8 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten 1983 ihre Ausbildung. 43 Bürokaufmannslehrlinge schlossen die Lehrzeit mit „ausgezeichnetem Erfolg", 39 Bürokaufmannslehrlinge und 2 bautechnische Zeichnerlehrlinge mit „sehr gutem Erfolg" ab.

In der zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 209 Bürokaufmannslehrlinge und 12 bautechnische Zeichnerlehrlinge in 14tägigen Turnussen unterwiesen. Zur Vervollständigung ihrer Ausbildung wurden sie mit dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht, hörten Vorträge entsprechend den Ausbildungsrichtlinien, nahmen an Exkursionen teil und wurden zu einschlägigen Übungen und Arbeiten herangezogen.

Zur Förderung der Berufsausbildung wurde so wie alle Jahre ein Stenographie- und Maschinschreibwettbewerb für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 1.729 abgegebenen Arbeiten wurden 1.015 mit Diplomen bedacht; 161 Bediensteten wurden Preise verliehen.

Auch im Jahre 1983 nahmen Bedienstete der MD-Verwaltungsrevision an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil bzw. führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 937 Einzeleinsätze erforderlich waren. Auf Grund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden.

Zu Jahresbeginn war jede der rund 700 Kassen des Magistrates auf Grund des Vorjahresumsatzes einer von 8 Gefahrenklassen zuzuordnen, um damit die Höhe der Kassierzulagen für jene Bediensteten festsetzen zu können, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen betraut sind. Weiters war über Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren, wie Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie Mehrdienstleistungsvergütungen, zu entscheiden. Im Jahre 1983 waren rund 3.500 derartige Anträge, um rund 500 mehr als im Vorjahr, auf ihre Berechtigung zu prüfen.

In Kilometergeldangelegenheiten wurden 503 Anträge behandelt. Ohne den Dienstbetrieb zu beeinträchtigen, konnte die Gesamtzahl der im dienstlichen Interesse zurückgelegten Kilometer neuerlich gesenkt werden. Die Tendenz der vermehrten Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel hält an.

Etwa 1.000 Einzelanträge für Dienstreisen in das In- und Ausland wurden überprüft.

Für das Jahr 1983 wurden die Budgetmittel für Dienstreisen um 15 Prozent reduziert. Mit diesen Mitteln konnte trotz Steigerung der Kosten für die einzelnen Dienstreisen das Auslangen gefunden werden.

Für die Durchführung der Nationalratswahl, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 24. April 1983, der Personenstands- und Betriebsaufnahme sowie der agrarstatistischen Erhebungen wurde den magistratischen Bezirksämtern und der Magistratsabteilung für Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten das erforderliche Personal zur Verfügung gestellt. Anläßlich der Wahlarbeiten mußten 16.316 städtische Bedienstete erfaßt werden, von denen einschließlich der erforderlichen Reserven schließlich etwa 8.500 in 2.765 Wahlsprengeln tatsächlich eingesetzt wurden. Zur Bewältigung der agrarstatistischen Erhebungen wurden 54 städtische Bedienstete als Zählorgane beigestellt.

Bis 20. April 1983 waren zur Mithilfe bei den Sonderaktionen vorübergehend bis zu 190 Aushilfsbedienstete für Büroarbeiten zugeteilt.

Die Volksanwaltschaft hat 168 Beschwerden dem Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien zur Kenntnis gebracht. Die MD-Verwaltungsrevision hat diese Beschwerden überprüft, bearbeitet und der Volksanwaltschaft jeweils Mitteilung erstattet. In den überwiegenden Fällen konnten Beschwerden mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. Bei lediglich einem geringen Prozentsatz der Beschwerden waren diese als berechtigt anzusehen, der Beschwerdegrund wurde durch entsprechende Anordnungen beseitigt.

Im Jahre 1983 waren insgesamt 131 Dienstaufsichtsbeschwerden zu behandeln. In der Mehrzahl der Fälle wurde hiebei von der Bevölkerung ein unsachliches, schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen — oft in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch eruiert werden. Es konnten hiebei kleine Unzukömmlichkeiten unmittelbar abgestellt sowie Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufgeklärt werden. In einigen Fällen war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Insgesamt wurden 20 Kontrollamtsberichte bearbeitet. Hiebei wurden besonders problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt.

In Vollziehung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes wurde die Schulung der Sicherheitsvertrauenspersonen fortgesetzt, wobei insbesondere auf die Veranstaltung von Brandschutzseminaren verwiesen werden kann. Einzelne, von Sicherheitsvertrauenspersonen aufgezeigte Mängel bzw. verbesserungswürdige Situationen wurden aufgegriffen und unter Einschaltung der zuständigen technischen Dienststelle Abhilfemaßnahmen getroffen.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der MD-Verwaltungsrevision teilt sich aus arbeitstechnischer Sicht in die Bereiche „Sofortmaßnahmen" und „Mobiler Bürgerdienst". Dem Referat für Sofortmaßnahmen obliegt es, den Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Wiener Stadtverwaltung herangetragen werden, nachzugehen, sie zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen. Bei der Behebung von Unzukömmlichkeiten, die durch Zeitungsmeldungen oder andere Massenmedien aufgezeigt wurden, stand eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund.

Insgesamt 804 Geschäftsstücke fielen im Bereich der Sofortmaßnahmen an, wobei die Zahl der eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben ist. Der größte Teil der Beschwerden bzw. Anregungen wurde dem Referat im Wege von an den Bürgermeister, an diverse Ombudsmann-Redaktionen oder an Bezirksvorsteher gerichtete Schreiben zur Kenntnis gebracht. In vielen Fällen gaben auch eigene Wahrnehmungen oder Zeitungsartikel Anlaß zum Einschreiten. Im Jahre 1983 konnten 732 Geschäftsfälle erledigt werden, davon 667 (91%) positiv. Die Beschwerdeführer bzw. Betroffenen wurden meist durch ein persönliches Gespräch von der Erledigung benachrichtigt. Wegen ihrer Breitenwirkung und des Arbeitsaufwandes sind besonders die Hilfestellung bei der Beschaffung von Ersatzquartieren nach Bränden in Wohnhäusern, z. B. in 2, Vivariumstraße 4,

die Koordinierung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abbruch des Kommunikationszentrums Gassergasse, Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Säureunfall eines iranischen Lastkraftwagens in 11, Kimmlergasse, sowie insgesamt 32 notstandspolizeiliche Räumungen von Wohnungen nach § 12 Reinhalteverordnung hervorzuheben.

Die Koordination zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit den diversen Ombudsmann-Redaktionen der Tageszeitungen werden auch 1984 die zentralen Arbeitsbereiche des Referates für Sofortmaßnahmen sein. Gleichzeitig ist vorgesehen, in diesem Referat eine zentrale Beschwerdedatei einzurichten, die die Koordinierung von Dienststellen des Magistrates ermöglichen soll, die mit Beschwerden und Anregungen befaßt sind. Die Bediensteten des Referates für Sofortmaßnahmen sind auf Grund ihrer Ausbildung und Ausstattung in der Lage, auch auf Grund eigener Wahrnehmungen Sofortmaßnahmen zu treffen, wodurch verschiedene Beschwerden im vorhinein vermieden werden können.

Die 6.493 Wahrnehmungen (Meldungen) und 6.289 Erledigungen des Mobilen Bürgerdienstes betrafen in erster Linie nach wie vor kennzeichenlose Autos, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens abgestellt waren. Durch die Erhöhung der Gebrauchsabgabe und durch die Verschärfung der bei einer Verkürzung der Gebrauchsabgabe drohenden Strafen konnte im Jahre 1983 wieder eine weitere Reduktion der Zahl an Beanstandungen gegenüber den Vorjahren erreicht werden. Der gleiche Effekt trat bei den beanstandeten Baustofflagerungen in den Straßen Wiens ein. Der Abtransport der kennzeichenlosen Kraftfahrzeuge sowie die Beseitigung verkehrsbehindernder Baustellen wurden in allen Fällen veranlaßt, wobei in 314 Fällen gleichzeitig ein Strafverfahren eingeleitet werden mußte. Zur Sicherung von Baustellen hatte der Mobile Bürgerdienst insgesamt 146 notstandspolizeiliche Maßnahmen zu veranlassen. 1.031 Meldungen kamen aus der Bevölkerung, davon ein Großteil über die Stadtinformation und die Bürgerdienstaußenstellen.

Obwohl durch die Einschaltung des Referates für Sofortmaßnahmen bei Verfahren nach § 12 Reinhalteverordnung und § 17 Feuerpolizeigesetz eine Reduktion der Zahl der Wahrnehmungen des Mobilen Bürgerdienstes entstand, mußte eine große Anzahl von Maßnahmen, wie z. B. das Verschließen von Bunkereingängen im 23. Bezirk zum Schutze der dort spielenden Kinder, die Errichtung von Leitschienen in 12, Altmannsdorfer Straße, zum Schutze der Fußgänger, die Behebung von umweltbelastenden Emissionen bei verschiedenen Betriebsanlagen und die Überprüfung des Salzstreuverbotes mit Hilfe des Silbernitrat-Tests, veranlaßt bzw. durchgeführt werden.

Die Aktionen des Mobilen Bürgerdienstes, die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend vorbeugend und schwerpunktmäßig angesetzt werden, sind von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So soll einerseits durch Information Verständnis in der Bevölkerung hervorgerufen, andererseits durch deren Mitarbeit eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erwirkt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, daraus Maßnahmen abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung der Zahl ähnlicher Mängel beitragen. Für 1984 ist eine Fortsetzung der Bezirksschwerpunktprogramme, aber auch der Ausbau möglicher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf einlangende Bürgerwünsche reagieren zu können. So werden die Funkfahrer des Mobilen Bürgerdienstes mit Lärmmeßgeräten ausgestattet, um Lärmbeschwerden möglichst schnell objektiv feststellen zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Bürgerdienst im Presse- und Informationsdienst soll im Jahre 1984 weiter ausgebaut werden.

Im Jahre 1983 erhöhte sich der dienstpostenplanmäßige Personalstand der **Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO)** von 29 auf 33 Bedienstete. Dieser Zuwachs ist auf die im Jahre 1983 erfolgte Übernahme des Dienstkraftwagenbetriebes zurückzuführen. Von den insgesamt 33 Bediensteten waren 15 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrates (Zentralexpedit), 4 im Dienstkraftwagenbetrieb bzw. in der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark eingesetzt, während für die eigentlichen Organisationstätigkeiten weiterhin 14 Bedienstete, davon 4 Mitarbeiter im Kanzleibereich, zur Verfügung standen. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war größtenteils mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bereichsleiters für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im Rahmen der Magistratsdirektion standen. Ein weiterer Fachbeamter des Verwaltungsdienstes wurde der MD-Verwaltungsorganisation über dem Stand des Dienstpostenplanes zugeteilt. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung sehr geringen Personalstandes die umfangreichen Arbeiten der Dienststelle im wesentlichen erfüllt werden.

An größeren Organisationsuntersuchungen wurden im Jahre 1983 folgende Vorhaben in Angriff genommen bzw. abgeschlossen:

— Die Organisationsuntersuchung im Bereich der Baupolizei wurde weitergeführt und mit der Festlegung der neuen Aufbauorganisation sowie dem Entwurf des Dienstpostenplanes abgeschlossen; die Neuorganisation trat mit 6. Juni 1983 in Kraft. Weiters wurde für die Baupolizei ein Organisationshandbuch ausgearbeitet, das detaillierte Stellenbeschreibungen aller Dienstposten, Hinweise und Muster zur Einführung eines Delegationsprinzips, die Beschreibung des zukünftigen EDV-Einsatzes, ein Texthandbuch sowie ein Fachwörterlexikon beinhaltet. Im Rahmen der Neuorganisation der Baupolizei wurden auch Richtlinien für die zukünftige Aus- und Fortbildung aller Bediensteten ausgearbeitet.

— Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision und der MD-Verwaltungstechnik wurden Soll-Vorstellungen über eine Neuorganisation der Magistratsabteilung für rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten entwickelt. Diese Vorstellungen umfassen eine neue Aufbauorganisation für diese Dienststelle und zahlreiche ablauforganisatorische Maßnahmen, die das Resultat der Aufarbeitung des im Rahmen der Organisationsuntersuchung erstellten Schwachstellenkataloges darstellen. Gemeinsam mit der Abteilung wird nun die Umorganisation durchgeführt.

— Im Zuge der Bearbeitung eines Verbesserungsvorschlages hat die MD-Verwaltungsorganisation die Funktion einer zentralen Verteilstelle für schriftliche Meldungen magistratsfremder Behörden, insbesondere der Bundespolizeidirektion Wien, über Beschädigungen von Gemeindeeigentum bei Verkehrsunfällen u. dgl. übernommen, um so im Einzelfall die Weiterleitung an alle betroffenen Dienststellen und damit die lückenlose Geltendmachung aller Schadenersatzforderungen sicherzustellen. Im Rahmen der Einführung des Integrierten Büroverwaltungssystems wurde in Zusammenarbeit mit der MD-ADV ein EDV-Programm für eine weitgehende automatische Zuordnung dieser Schadensmeldungen entwickelt.

— Eine Erhebung, inwieweit die mehrfache Erfassung von Personalunterlagen bzw. Personaldaten — insbesondere bei Anwendung der automatischen Datenverarbeitung — vermieden werden kann, wurde eingeleitet. Ziel dieser Überlegungen ist, die Mehrfacherfassung jener personalbezogenen Informationen, die von mehreren Dienststellen benötigt werden, zu vermeiden.

— Für die endgültige Entscheidung, in welchen Bereichen eine Ausweitung, eine Weiterführung oder eine Einstellung des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden erfolgen soll, wurden die Ergebnisse für den Zeitraum Jänner—November 1983 statistisch ausgewertet; Anfang 1984 werden die weiteren Veranlassungen getroffen.

— Organisatorische und rechtliche Probleme mit den von der Stadt Wien verwalteten Stiftungen führten zur Einleitung einer eingehenden Untersuchung.

— Um die Möglichkeiten einer Integration der magistratischen Bezirksämter sowie der Magistratsabteilung für technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei in bereits vorhandene und zukünftige EDV-Projekte des Rechnungsamtes, der Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten und der Baupolizei zu erfassen, wurde unter Federführung der MD-Verwaltungsorganisation eine Arbeitsgruppe konstituiert. Diese wird auch zukünftige organisatorische und technische Probleme, wie beispielsweise die Übernahme und Nutzung von automationsunterstützt erfaßten und verarbeiteten Datenbeständen, klären.

— Da der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 27. Mai 1983 neun neue Verwaltungsgruppen festgesetzt hat, war es notwendig, eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien zu erlassen. Der entsprechende Antrag an den Gemeinderat und an den Herrn Bürgermeister wurde von der MD-Verwaltungsorganisation ausgearbeitet. Mit dieser Geschäftseinteilung wurde eine Neuverteilung der Dienststellen auf die nunmehr neun Geschäftsgruppen vorgenommen, wobei danach getrachtet wurde, die Dienststellen nach ihrer Zusammengehörigkeit sowie nach ihrem Zusammenwirken bei der Erfüllung von wichtigen Aufgabenschwerpunkten in jeweils einer Geschäftsgruppe zusammenzufassen. Aufgabenverschiebungen zwischen einzelnen Dienststellen wurden, um die Kontinuität in der Verwaltung zu wahren, nur in Ausnahmefällen vorgenommen, und zwar insbesondere in solchen Fällen, in denen es aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung oder auch Zweckmäßigkeit notwendig war. Darüber hinausgehende Veränderungen gegenüber der bisher geltenden Geschäftseinteilung erfolgten nur in Detailpunkten und nur insoweit, als dies zur Anpassung an die geänderte Rechtslage, zur Klarstellung bzw. Fehlerbereinigung sowie aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung geboten erschien.

In der Geschäftsgruppe „Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz" wurden die Dienststellen der Personalverwaltung, die vorwiegend mit behördlichen und administrativen Aufgaben betrauten Rechtsabteilungen sowie die Dienststellen des Konsumentenschutzes vereinigt.

Die Geschäftsgruppe „Finanzen und Wirtschaftspolitik" blieb im wesentlichen unverändert. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde die Kompetenz der Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei Beteiligungen der Stadt Wien, die bisher der Magistratsabteilung für Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens zustand, wieder der Magistratsabteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen zugeordnet, die zuletzt nur die finanziellen Interessen bei Beteiligungen wahrzunehmen hatte.

Die Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend und Familie" blieb ebenfalls im wesentlichen unverändert; ihr wurden jedoch die Agenden der Fremdenverkehrspolitik und Fremdenverkehrsangelegenheiten zugeordnet.

Die Geschäftsgruppe „Kultur und Sport" weist gegenüber der bisherigen Geschäftsgruppe „Kultur und Bürgerdienst" insoferne eine Veränderung auf, als die neue Geschäftsgruppe auch die Sportagenden wahrnimmt. Der Bürgerdienst wurde an die neue Geschäftsgruppe „Umwelt und Bürgerdienst" abgegeben, die Angelegenheiten des Fremdenverkehrs, mit Ausnahme der Fremdenführerprüfung, kamen zur Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend und Familie". Als neue Agende übernahm die Geschäftsgruppe „Kultur und Sport" auch die Aufgabe der Pflege der Kontakte mit den Wiener Universitäten.

Die Geschäftsgruppe „Gesundheit und Soziales" blieb unverändert.

In der neuen Geschäftsgruppe „Stadtentwicklung und Stadterneuerung" wurden die Dienststellen der Stadtplanung, der Baupolizei, des städtischen Wohnungsbaues, des städtischen Wohnungswesens sowie die Dienststellen des Grundstückswesens vereint. Durch die Zusammenfassung der Planung mit den Grundstücksangelegenheiten, den Agenden der Baupolizei, der Wohnbauförderung und Wohnungsverbesserung und dem städtischen Wohnungswesen in einer Geschäftsgruppe soll ein effizienteres Vorgehen bei der Stadterneuerung gewährleistet werden.

In die Geschäftsgruppe „Umwelt und Bürgerdienst" wurde die mit dem Ver- und Entsorgungswesen und den Recyclingaufgaben befaßten Dienststellen einbezogen, wodurch ein umfassendes Umweltressort gebildet werden konnte. Der Magistratsabteilung für Umweltschutz wurden überdies alle bisher von der Städtischen Versuchs- und Forschungsanstalt wahrgenommenen Umweltschutzagenden übertragen. Das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb wurden aus Gründen der Verwaltungsökonomie wieder zu einer Dienststelle zusammengelegt. Außerdem wurde eine Verknüpfung des Bürgerdienstes mit dem Informationsdienst vorgenommen.

Der Geschäftsgruppe „Bauten" wurden die Baudienststellen für öffentliche Gebäude, für Haustechnik, für den Straßen- und Brückenbau, für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten sowie die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien zugeordnet. Die Magistratsabteilung für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten wurde in die Geschäftsgruppe Bauten wegen der engen Verflechtung mit den Dienststellen des Straßenbaues, insbesondere der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau, einbezogen. Die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurde dieser Geschäftsgruppe zugeordnet, da ihr nach Abgabe der Umweltagenden an die Magistratsabteilung für Umweltschutz im wesentlichen bautechnische Untersuchungen obliegen.

Die Geschäftsgruppe „Verkehr und Energie" wurde in der neuen Geschäftseinteilung aus den Dienststellen U-Bahn-Bau, Städtische Friedhöfe und aus den Wiener Stadtwerken gebildet. Die Friedhofsverwaltung wurde dieser Geschäftsgruppe im Hinblick auf das enge Zusammenwirken mit der Teilunternehmung Städtische Bestattung zugeteilt. Außerdem hat diese Geschäftsgruppe in der Energiepolitik auch auf die Belange der Fernwärmeversorgung Bedacht zu nehmen.

Nach dem Wirksamkeitsbeginn der neuen Geschäftseinteilung wurde auch ein Organigramm zur Darstellung der Zusammenhänge in der Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien entworfen.

— Die auf Grund der neuen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien erforderliche Aufteilung der Geschäfte zwischen der Magistratsabteilung für Umweltschutz und der Magistratsabteilung Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurde durchgeführt. In diesem Fall waren vor allem Personal-, Raum und Sachmittelfragen zu klären.

Neben diesen als Großprojekte zu bezeichnenden Vorhaben wurden noch zahlreiche andere Organisationsuntersuchungen durchgeführt bzw. begonnen und wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Verfügungen getroffen. Von diesen Tätigkeiten werden beispielsweise folgende genannt:

— Auf Grund eines Berichtes der MD-Verwaltungsrevision wurde überprüft, ob das „Schadenstelefon" nicht von der Magistratsabteilung für Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude zur Magistratsabteilung für Erhaltung städtischer Wohnhäuser verlegt werden sollte, die die auf Grund der Anrufe erforderlichen Maßnahmen direkt durchführen könnte. Das Prüfungsergebnis war positiv; die Übertragung ist bereits erfolgt.

— In Zusammenarbeit mit der MD-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, der Magistratsabteilung für allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, dem Rechnungsamt und der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke wurde eine praktikable Lösung für jene Fälle, in denen Forderungen der Stadt Wien Forderungen von Kontrahenten gegen die Wiener Stadtwerke bzw. umgekehrt gegenüberstehen, erarbeitet.

— Die MD-Verwaltungsorganisation hat eine Aufstellung derjenigen städtischen Dienststellen, die Bereitschaftsdienste anläßlich des Katholikentages bzw. des Papstbesuches eingerichtet hatten, erstellt und allen interessierten Dienststellen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurde von der MD-Verwaltungsorganisation selbst Dienst versehen, um allenfalls den städtischen Dienststellen organisatorische Hilfestellung zu gewähren.

— Über Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien wurden Maßnahmen gesetzt, um die Einvernahme von Sicherheitswachebeamten als Zeugen so durchzuführen, daß die Polizeiorgane nur möglichst kurze Zeit von ihrer Dienststelle abwesend sind.

— Die Anforderung von Kanzleierfordernissen durch die Gebietsgruppen und Außenstellen der Baupolizei wurde probeweise neu geregelt.

— Zur Realisierung der schwerpunktmäßigen Überprüfung chemischer Putzereien und metallverarbeitender Betriebe wurde eine Kommission unter Federführung der Magistratsabteilung für technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei eingesetzt.

— Im Zusammenhang mit der zunehmenden Durchdringung verschiedenster Verwaltungsbereiche des Anstaltenamtes mit EDV-Organisationen wurde die Vorgangsweise bei der zukünftigen Aufbewahrung von EDV-Datenbeständen eingehend geprüft. Dabei wurde auch der Problemkreis einer allfälligen Auslagerung von elektronisch gespeicherten Daten auf Mikrofilm erörtert. Die weiteren Schritte zur Realisierung im Bereich des Anstaltenamtes werden im Rahmen einer hiefür eingesetzten Arbeitsgruppe festgelegt werden.

— Im Einvernehmen mit der MD-Stadtbaudirektion wurde eine Neuregelung der Zuständigkeiten für die Verwaltung, Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbauwerken vorgenommen.

— Mit der Einführung des EDV-Büroverbundsystems in der MD-Verwaltungsorganisation selbst wurde begonnen. Erste Möglichkeiten des Einsatzes dieses Systems — über den Bereich der Schriftguterstellung hinaus — wurden gemeinsam mit der MD-Automatische Datenverarbeitung entwickelt.

— Der organisatorische Ablauf bei der Erteilung von Enterdigungsbewilligungen wurde neu festgelegt.

— Um den Bestimmungen des Bundesgesetzes zum Schutz vor gefährlichen Produkten (Produktsicherheitsgesetz) Rechnung tragen zu können, wurden Schritte dahingehend unternommen, den Vorgang der Meldung gefährlicher Produkte innerhalb des Magistrates zu vereinheitlichen.

— In einer Amtsbesprechung wurde eine einvernehmliche Vorgangsweise der grundverwaltenden Dienststellen im Zusammenhang mit dem Auftreten von Schäden durch Bäume vereinbart. Insbesondere wurden alle Dienststellen auf das Bestehen einer Gemeindehaftpflichtversicherung aufmerksam gemacht und aufgefordert, bei entsprechenden Schadensfällen — bereits vor Beginn von Gesprächen mit den Geschädigten — die Schadensmeldungen der Magistratsabteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen zu übermitteln.

— In Zusammenarbeit mit der MD-Automatische Datenverarbeitung, der MD-Verwaltungstechnik und der Magistratsabteilung für allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten konnte für das Gesundheitsamt-Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt eine organisatorische Lösung gefunden werden, mit der es dieser Dienststelle möglich sein müßte, die erforderlichen Wassergutachten für Freibäder zeitgerecht zu erstellen.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Dienst- und Organisationsvorschriften für verschiedene Verwaltungsbereiche, die von der MD-Verwaltungsorganisation entweder vorbereitet oder genehmigt wurden. Beispielsweise werden hier angeführt:

— Der Erlaß der Magistratsdirektion vom 20. Juli 1983, MD-1082-1/83, der die Verwahrung, Abfuhr und Verwertung von Altpapier im Bereich des Magistrates der Stadt Wien festlegt, wurde ausgearbeitet.

— Der Erlaß der Magistratsdirektion vom 28. Juni 1979, der die Berechtigung einzelner Dienststellen zur selbständigen Beschaffung von Spezialerfordernissen regelt, wurde überarbeitet.

— Die Arbeiten am Schadstoffeinsatzplan wurden weitergeführt.

— Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 1. März 1983, MD-838-3/82, wurde die Vollziehung der Luftreinhaltenovelle 1982 geregelt.

— Die MD-Verwaltungsorganisation hat den Erlaß über die Arbeitsweise und die Aufgaben der Zentralen Liegenschaftsevidenz mit dem Ziel überarbeitet, daß künftig die Zuordnung der Verwaltungszuständigkeit — unter Festlegung eines Stichtages — in jedem Fall durch die Magistratsabteilung für technische Grundstücksangelegenheiten erfolgt.

— Die Verfügung des Herrn Bürgermeisters bzw. der Erlaß der Magistratsdirektion über die Einschaltung der Magistratsabteilung für Umweltschutz in alle den Umweltschutz berührenden Verfahren und Vorhaben wurde ausgearbeitet.

— Der Erlaß der Magistratsdirektion vom 12. Dezember 1983, MD-800-39/81, über die Vollziehung des Fernwärmeförderungsgesetzes wurde erstellt.

— Zur beabsichtigten Neufassung der Dienstvorschrift für das Verwaltungsstrafverfahren (VStG-DV) wurde eine umfassende Stellungnahme an die MD-Rechtsmittelbüro übermittelt.

Die MD-Verwaltungsorganisation war darüber hinaus auch mit verschiedenen Kontrollamtsberichten befaßt. Neben verschiedenen anderen Veranlassungen wurden zum Beispiel auf Grund eines Kontrollamtsberichtes die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zur Beseitigung von Sicherheitsmängeln an der Kälteanlage im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen gesetzt.

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume bildete, wie in den vergangenen Jahren, eine wichtige Tätigkeit im Bereich der MD-Verwaltungsorganisation. Im Zuge der Wahrnehmung dieser Agende wurden folgende größere Projekte bearbeitet:

Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, mußten in mehreren Amtsgebäuden größere Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden. Davon waren die Objekte in 1, Rathausstraße 14—16, 1, Schottenring 22—24, 1, Schottenring 25, 10, Laxenburger Straße 43—47, 12, Schönbrunner Straße 259, 13, Hietzinger Kai 1—3, 15, Gasgasse 8—10, 20, Dresdner Straße 75, 21, Am Spitz 1 und 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, betroffen.

Ferner wurde innerhalb des Rathauses die Übersiedlung des Büros der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie, des Büros der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung, des Büros der Geschäftsgruppe Bauten, des Klubs der FPÖ-Abgeordneten sowie einzelner Dezernate der MD-Stadtbaudirektion vorgenommen.

— Weiters wurde die Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung in das Amtshaus nach 1, Rathausstraße

14—16, sowie die Baupolizei und die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten nach 20, Dresdner Straße 75, übersiedelt.

— Die vorbereiteten Maßnahmen für die Übersiedlung des Dezernates II des Anstaltenamtes (Budget- und Wirtschaftsreferat) in das Mietobjekt 1, Schottenring 25, wurden getroffen.

— Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Baupolizei wurden in folgenden städtischen Amtshäusern weitere Außenstellen dieser Abteilung eingerichtet, und zwar in 3, Am Modenapark 1—2, 7, Hermanngasse 24—26, 8, Lerchenfelder Straße 4, und in 20, Dresdner Straße 75.

— Das Sozialreferat für Nichtseßhafte des Sozialamtes wurde in Räumlichkeiten des Stadtbahnbogens Josefstädter Straße untergebracht.

— Von der Amtsraumlenkung wurde ein Arbeitskreis unter der Federführung der Magistratsabteilung für die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude mit dem Ziel eingerichtet, organisatorische Maßnahmen auszuarbeiten, um die Reinigung in städtischen Objekten effizienter zu gestalten und Personaleinsparungen zu erreichen. Durch die von diesem Arbeitskreis bisher in drei städtischen Amtshäusern getroffenen Maßnahmen wurden trotz eines verhältnismäßig geringen Sachaufwandes wesentliche Einsparungen auf dem Personalsektor, und zwar Arbeitsstunden des Reinigungspersonales, erzielt.

— Im Zusammenhang mit der Übernahme von Agenden durch die Magistratsabteilung für Umweltschutz von der Versuchs- und Forschungsanstalt mußten verschiedene räumliche Probleme im Objekte 11, Rinnböckstraße 15, geklärt und entsprechende Festlegungen getroffen werden.

— Bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1984 für die städtischen Amtsgebäude wurde mitgewirkt.

In der MD-Verwaltungsorganisation ist auch die Drucksortenkommission eingerichtet, die weiterhin alle generellen und individuellen Angelegenheiten der Drucksorten bearbeitet. Da eine weitere Verbesserung der Formulare, die verwendet werden, nicht durch die Tätigkeit der MD-Verwaltungsorganisation allein, sondern nur durch eine entsprechende Schulung der Mitarbeiter in den einzelnen Dienststellen erreicht werden kann, wurde unter dem Titel „Rationalisierungsmöglichkeiten durch Neugestaltung von Drucksorten" ein Vortrag im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie gehalten. Über Einladung des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation des Österreichischen Städtebundes wurde gleichfalls zum Thema „Formulare als Organisationsmittel" referiert.

Dem Betrieblichen Vorschlagswesen, das als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von organisatorischen Schwachstellen anzusehen ist, wurde wieder große Aufmerksamkeit zugewendet. So wurden rund 180 Vorschläge neu eingebracht, die die MD-Verwaltungsorganisation zum Großteil bereits vorbeurteilt und der MD-Büro des Magistratsdirektors übermittelt hat. Wichtige, von der MD-Verwaltungsorganisation bearbeitete und vorbeurteilte Verbesserungsvorschläge, die im Jahre 1983 prämiiert wurden, waren unter anderem:

— Aufstellung eines öffentlichen Kopierautomaten im Wohnungsberatungszentrum;
— bessere Gestaltung des Informationsblattes über Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe;
— Vereinfachung der Aktenführung in den Bezirksjugendämtern;
— Einsparung von Mikrofilmfiches in der Mietenverrechnung;
— Entwurf eines Anmeldescheines und eines Merkblattes für die amtsärztliche Untersuchung;
— raschere Einbringung gestundeter Baukostenbeiträge;
— Unfallverhütung im Bereich der Straßenreinigung;
— bessere Steuerung der Aufzüge in der Krankenanstalt Rudolfstiftung;
— Einsparung von Heizkosten;
— beschleunigte Ausstellung von Sach- und Referatskreditblättern;
— Anregung zur besseren Kontrolle von Wertmarkenverlägen;
— Weiterbildung der Bediensteten der Standesämter und der Städtischen Bestattung in Pensions- und Versicherungsfragen;
— bessere Gestaltung einer Drucksorte des Gesundheitsamtes;
— verstärkte Kontrolle der Einhaltung von Brandschutzbestimmungen;
— bessere Gestaltung von Drucksorten des Jugendamtes;
— Umgestaltung von Teilbereichen des Familienheimes Gänsbachergasse;
— bessere Gestaltung einer bei der Ausscheidung von Gebrauchsgütern verwendeten Drucksorte;
— bessere Gestaltung einer im Verwaltungsstrafverfahren verwendeten Drucksorte;
— bessere Gestaltung einer Ladungsdrucksorte;
— Vereinfachung der Reparatur von Bürsten an Straßenkehrmaschinen;
— Verlängerung der Haltbarkeit von Messern an den Schneepflügen;
— Entwicklung von Plombierverschlüssen für Wasserzähler;
— konstruktive Verbesserungen an Fahrzeugen der Stadtreinigung;
— bessere Gestaltung der Verlautbarungen über die Benennung von Verkehrsflächen;

— Kosteneinsparung beim Austausch von Schleißblechen an den Müllfahrzeugen;
— kostengünstigere Gestaltung der Dachkonstruktionen städtischer Bauten;
— Einsparung bei Buchbinderarbeiten;
— feuersichere Verwahrung einer Personenstandsevidenz;
— Einsparung von Beleuchtungskosten;
— Markiergerät für das Aussetzen von Pflanzen;
— bessere Gestaltung von Drucksorten, die in technischen Dienststellen verwendet werden;
— Vereinfachung der Entrichtung von Abgaben im eisenbahnrechtlichen Verfahren;
— bessere Gestaltung eines Zahlungsbeleges;
— bessere Gestaltung einer Drucksorte der Wohnhäuserverwaltung;
— deutlichere Ampelsignale für Radfahrer;
— vereinfachter Aktenlauf im Berufungsverfahren;
— bessere Gestaltung einer Drucksorte des Rechnungsamtes;
— weitere Sicherheitsvorkehrungen für Personalwohnhäuser;
— kostensparende Gestaltung von Wechselblink-Signalanlagen;
— Einsparungen bei der Erstellung von Materialgutachten;
— Energieeinsparung in der Hauptkläranlage Kaiserebersdorf;
— Entwurf einer Drucksorte für die terminliche Planung von Bauarbeiten;
— raschere Auskunftserteilung über Personenstandsfälle;
— wirksamere Bearbeitung von Meldungen über Schäden an städtischem Eigentum;
— aussagekräftigere Gestaltung von Einladungen zu Amtsbesprechungen;
— Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung städtischer Wohnhochhäuser;
— Verringerung der Unfallgefahr bei Reinigungsarbeiten in Schulen;
— Orientierungshilfe für Besucher des Amtshauses Niederhofstraße;
— Verkürzung von Wegzeiten im Außendienst;
— Einsatz der Textverarbeitung zur Erstellung von Aufgabescheinen;
— Auflage einer Drucksorte für die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung;
— Hebung der Verkehrssicherheit im Bereich der U-Bahn-Haltestelle „Alte Donau".

Durch Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Juni 1983, MD-1243-1/83, wurde der MD-Verwaltungsorganisation zusätzlich zu den bereits wahrgenommenen Agenden aus dem Bereich des Kraftfahrzeugwesens „Genehmigung der Anschaffung von Personen- und Kombinationskraftwagen" sowie „Führung des Systemisierungsplanes für Kraftfahrzeuge" auch die Aufgabe „F ü h r u n g d e s D i e n s t k r a f t w a g e n b e t r i e b e s m i t A u s n a h m e d e r t e c h n i s c h e n A n g e l e g e n h e i t e n" zugeordnet. Durch die Übertragung dieser neuen Aufgaben erfuhr der Zuständigkeitsbereich der MD-Verwaltungsorganisation eine organisatorisch zweckmäßige Ergänzung. Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben ist folgendes festzuhalten: Bei der Festsetzung des Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien für das Jahr 1984 wurde eine rigorose Überprüfung des Kraftfahrzeugeinsatzes, insbesondere jener Fahrzeuge, die in erster Linie dem Transport von Personen dienen, in die Wege geleitet. Auf Grund der strengen Prüfungsmaßstäbe wurde der Bestand an Kraftfahrzeugen der vorgenannten Art nicht unbeträchtlich reduziert. Die Maßnahmen werden 1984 konsequent fortgesetzt.

Die MD-Verwaltungsorganisation führt auch das Z e n t r a l e x p e d i t der Stadt Wien als Postleitstelle des Magistrates. An interner Dienstpost wurden im Jahre 1983 über vier Millionen Poststücke befördert. Der gesamte Postein- und -ausgang betrug rund zehn Millionen Poststücke. Mehrmals wöchentlich wird auch der Transport von Drucksorten zu den diversen Verbrauchsstellen durchgeführt.

Die MD-Verwaltungsorganisation hat mit dem Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, BGBl. Nr. 67/1983, am 1. März 1983 die Funktion der Zentralen Behörde des Bundeslandes Wien für die Vollziehung dieses Übereinkommens übernommen. Im Jahre 1983 waren 163 Zustellungsersuchen ausländischer Verwaltungsbehörden im Sinne dieses Übereinkommens zu bearbeiten und rund 650 Zustellungsersuchen von Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien zu prüfen und im Wege des Zentralexpedites weiterzuleiten.

Der Referatsleiter der MD-Verwaltungsorganisation ist auch als Bereichsleiter für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im Rahmen der Magistratsdirektion tätig. In diesem Zusammenhang erscheinen insbesondere folgende Entwicklungen bzw. Maßnahmen erwähnenswert:

— Im Jahre 1983 wurde für das Budgetjahr 1984 wie schon in den Vorjahren für die beiden Versuchsbezirke wieder ein „Bezirksbudget" erstellt. Diesmal wurden erstmals auch Budgetansätze aus dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke, soweit sie den beiden Versuchsbezirken zuordenbar waren, erfaßt.
— Die Frage der winterlichen Betreuung der Haltestellenbereiche der Kraftfahrlinien der öffentlichen und

privaten Autobusunternehmungen, die in die Tarifgemeinschaft mit den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe einbezogen sind, wurde einer Erörterung unterzogen.

— Für die Entscheidungen über die künftige Vorgangsweise gegen die wilden Siedlungen in der Lobau wurde die Ausarbeitung weiterer Unterlagen veranlaßt.

— Um den Problemen, die aus dem wilden Campieren auf Lagerwiesen in den Versuchsbezirken erwachsen, entgegenzutreten, wurden Informationstafeln mit den wichtigsten nach einschlägigen Rechtsvorschriften geltenden Verboten entworfen und die Aufstellung veranlaßt.

— Zur Vermeidung einer von verwahrlosten Grundstücken ausgehenden Rattenplage — was gerade in den Versuchsbezirken mehrmals vorkam, wobei der bisherige Strafrahmen ein wirkungsvolles Durchgreifen der Behörde erheblich erschwert hat — wurde eine Erhöhung des Strafsatzes der Verordnung vom 12. August 1964 über die planmäßige Bekämpfung der Ratten in Wien (MA 16-475/64), verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 69/1964, entriert.

Vertreter der MD-Verwaltungsorganisation nahmen an einigen Tagungen teil, so an den Sitzungen des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation des Städtebundes, in deren Rahmen von Vertretern der MD-Verwaltungsorganistion auch verschiedene Referate gehalten wurden. Es wurde z. B. über die Schaffung eines Informationspools über Organisationsvorhaben berichtet, ferner wurden entsprechende Unterlagen über die von der MD-Verwaltungsorganisation bereits durchgeführten großen Organisationsvorhaben zur Verfügung gestellt. Zur Fachtagung „Neue Informationstechnologien und Verwaltung" der Österreichischen Computergesellschaft wurden gleichfalls Vertreter der MD-Verwaltungsorganisation entsendet. Mitarbeiter der MD-Verwaltungsorganisation nahmen auch an verschiedenen Seminaren teil, wie z. B. an einer einwöchigen Organisationsausbildung des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft oder an dem Seminar „Ist unsere Organisationsarbeit noch aktuell?" der Österreichischen Akademie für Führungskräfte.

Wie in den vergangenen Jahren lagen die Aufgabenschwerpunkte der **Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV)** in der Entwicklung, Konsolidierung, Durchführung und dem Ausbau der Dienststelle übertragenen Projekte, in der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hard- und Softwareeinrichtungen und in der Weiterentwicklung und Verbesserung von in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeugen.

Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:

Auf dem Gebiet der Personalverwaltung gelang es erstmals, durch die Einführung eines automationsgeführten Zentralindex, alle städtischen Bediensteten in einer Datenbank zu erfassen und somit täglich den aktuellen Personalstand ausweisen zu können. Über Bildschirme sind die personalverwaltenden Dienststellen, einschließlich der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke, an dieses System angeschlossen, wodurch ein rasches Auffinden von Bediensteten, eine automatische Personalnummernvergabe und eine Unterstützung bei den Aufgaben der Erfassung der Jubiläumsstichtage und Urlaubsstichtage, Ausländerpässe und Angelobungen ermöglicht werden. Ergänzend zu diesem Zentralindex wird ein zentrales Personalinformationssystem aufgebaut, das von der Aufnahme eines Bediensteten über das Personalamt bis zur Bezugsverrechnung und Zuweisung an die Dienststelle die Verwaltungsarbeiten nachhaltigst unterstützt. Es handelt sich um zwei Projekte, und zwar um den Zentralindex und das Personalinformationssystem, die in logischer Fortsetzung der Automation im Personalwesen, begonnen mit der Bezugsverrechnung, erstellt wurden und zu einer sehr modernen und effizienten Personalverwaltung der Stadt Wien führen.

Im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens wurde aufbauend auf die bekannten Programmsysteme für Patientenaufnahme und -abrechnung sowie Patientenverwaltung, weiters für Kostenrechnung, Lagerverwaltung, Apothekenverwaltung, Bestellwesen usw. die sinnvolle Unterstützung der Arbeiten im Spitalsgeschehen fortgesetzt.

Hervorzuheben ist für das Jahr 1983 die Entwicklung von Programmsystemen für Ambulanzen und Labors sowie Röntgen. Diese Systeme unterstützen in erster Linie die Betreuung der Patienten, fördern eine geordnete und auswertbare Dokumentation, die wieder zum Vorteil der Patienten von den Ärzten ausgewertet wird. Da diese Systeme mit den Verwaltungssystemen gekoppelt sind, wird auch zusätzlich noch ein Rationalisierungseffekt im administrativen Aufwand erzielt.

Sehr wesentlich für die Unterstützung des Arztes bei der gezielten Behandlung von Patienten ist der Zugriff auf eine zentrale Patientenidentifikation. In dieser Datenbank sind wichtige Informationen über Patienten enthalten, wie Voraufenthalte, Risikofaktoren und medizinisch bedeutende Informationen. Diese sind bei einer Wiederaufnahme für den Arzt von eminenter Bedeutung. Die zentrale Datenbank „Patientenidentifikation" ist EDV-technisch realisiert, und in diese fließen von allen Spitälern die dafür relevanten Patientendaten ein. Es handelt sich in diesem Fall aber nicht um eine Dokumentation der Krankengeschichte eines Patienten — das muß ausdrücklich erwähnt werden —, sondern nur um die wichtigsten Informationen über einen Patienten.

Ein weiteres großes Projekt ist der Datenträgeraustausch mit den verschiedenen Krankenkassen, insbesondere mit der Wiener Gebietskrankenkasse. Die Arbeiten wurden in Angriff genommen und werden sich etwa

über einen Zeitraum von zwei Jahren erstrecken. Es handelt sich um sehr komplizierte Arbeitsvorgänge, die durch die EDV unterstützt werden müssen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz benötigt für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bestimmte signifikante Daten über die Leistungen der Spitäler. Mittels der Kostenrechnung und ergänzender Programmsysteme, die im Jahre 1982 entwickelt wurden, können diese umfangreichen Berichte weitgehend automatisch erstellt werden. Dadurch ist es möglich, den Verwaltungsaufwand sehr stark zu reduzieren und die Berichte zeitgerecht und unter Vermeidung von Überstunden zu erstellen.

Die Arbeiten im Allgemeinen Krankenhaus wurden auf der Basis eines Arbeitsübereinkommens zwischen der MD-ADV und der VAMED (VOEST-Alpine Medizintechnik GesmbH) auf der Grundlage eines mittelfristigen Planes fortgesetzt.

Im Bauwesen, dem Verantwortungsbereich der Baudirektion, findet die Datenverarbeitung zunehmende Verbreitung. So wird das System WIBUS (Wiener Integriertes Bauverwaltungssystem), das über Ausschreibung und Angebot bis zur Abrechnung von Baustellen reicht, mehr und mehr eingesetzt. Mit diesem System WIBUS wird nicht nur die administrative Arbeit reduziert, sondern es sind auch die Angebots- und Leistungsbeurteilung, die Preiskontrollen, die Termine und der Arbeitsverlauf besser überprüfbar.

Im Jahre 1983 wurde ein weiterer Schritt in Richtung der Dezentralisierung der EDV gesetzt, indem im Bereich des U-Bahn-Baues der Einsatz von Mikro-Computern für die Planung, Abrechnung und Kontrolle von Bauabschniten vorbereitet wurde. Besonders der Einsatz in der neuen österreichischen Tunnelbauweise wird zufolge der begleitenden Kontrollmessungen und computerunterstützten Berechnungen zu einer fühlbaren Kostenreduktion führen.

Eine weitere wichtige Anwendung der EDV auf technischem Gebiet war der Beginn der Umstellung aller Kartenwerke der Stadt Wien, ausgehend von der Computer-Stadtkarte, auf ein elektronisch geführtes Kartenwerk, das unter der Bezeichnung „Mehrzweckkarte" innerhalb von fünf Jahren entstehen soll. Die Mehrzweckkarte wird neben der herkömmlichen Stadtkarte in verschiedensten Maßstäben auch den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie die Einbautenpläne enthalten.

Auf dem Gebiete der Verrechnungsprojekte sind besonders die Mietenverrechnung und die Mündelgeldverrechnung hervorzuheben. Im Projekt „Mietenverrechnung" wurden in Erfüllung des neuen Mietengesetzes unter anderem die objektsweise Abrechnung und die Mieterverständigung realisiert, was nicht nur eine ordnungsgemäße Zuordnung der Betriebs- und Erhaltungskosten auf das einzelne Mietobjekt, sondern auch in Form der detaillierten Bekanntgabe der einzelnen Kostenkomponenten an den Mieter eine bemerkenswerte Verbesserung des Bürgerservice mit sich brachte. Die Einführung der automatisierten Mündelgeldverrechnung in den Bezirksjugendämtern und in der Zentrale des Jugendamtes stellt eine bedeutende Erleichterung für die komplizierten Verrechnungsvorgänge dar, die vom Jugendamt im Rahmen seiner Obliegenheiten als Amtsvormund abzuwickeln sind.

Hard-/Software-Entwicklung: Entsprechend dem Aufgabenzuwachs bei den einzelnen EDV-Projekten mußte auch der Maschinenpark der MD-ADV sowohl zentral wie auch dezentral erweitert werden. Den Schwerpunkt bildeten der Ausbau einiger und die Installation weiterer Subsysteme, die Erweiterung des Datenverarbeitungsnetzes (Bildschirme, Terminaldrucker, nachrichtentechnische Geräte), die Inbetriebnahme eines leistungsfähigen Massenspeichers sowie der Einsatz eines modernen Großrechensystems vom Typ IBM 3081. Zu nennen sind auch der weitere Ausbau der Direktspeichereinheiten (Magnetplattenlaufwerke) und die Aufnahme des Echtbetriebes mit dem Rechnerverbundsystem Hyperchannel.

Die Anzahl der sowohl an die Großanlagen wie auch an die Subsysteme angeschlossenen Terminals betrug Ende des Jahres über 1.340 Geräte. Insgesamt umfaßt der Maschinenpark der MD-ADV einschließlich der nachrichtentechnischen Einrichtungen und der Mikrofilmgeräte derzeit annähernd 3.200 Geräte.

Im Softwarebereich waren folgende Schwerpunkte gegeben:

- Implementierung des Betriebssystems MVS/Sp. 1.3 an den IBM-Großrechenanlagen, verbunden mit dem Einsatz von VTAM/V 2 zur Verbesserung des Online-Betriebes;
- Installation des Programmsystems „All-in-one" auf den DIGITAL-Subsystemen als Voraussetzung für die Einführung eines integrierten Büroverbundsystems (Textver- und -bearbeitung, Protokollierung, Karteiverwaltung, Terminevidenz usw.);
- Einsatz von Software-Produkten zur Vorbereitung und als Grundlage für das Projekt „RZ-Automation";
- Fortsetzung der Tuning- und Optimierungsmaßnahmen im Datenbankbereich sowohl bei den Großanlagen wie auch bei den Subsystemen.

Interne Organisation: Die mit Jänner 1983 vorgenommene Strukturänderung der MD-ADV hat sich — abgesehen von kleinen Problemen in der Umstellungsphase — voll bewährt und sichert insbesondere eine noch bessere Betreuung der Benutzer (Fachabteilungen) durch den EDV-Bereich als bisher. Im Herbst 1983 wurde mit konkreten Strukturverbesserungen in der Produktion begonnen, die das Ziel haben, Rechenzentrumabläufe weitestgehend zu automatisieren, die Verfügbarkeit der Systeme weiter zu erhöhen und den Betrieb den für 1984 zu erwartenden Budgetkürzungen anzupassen.

Das für den Betrieb, die Verwaltung, die Verrechnung und die Dokumentation der gesamten Hardwarebestände entwickelte EDV-System SIGNAL wurde nun auch hinsichtlich des Verwaltungsteiles fertiggestellt, wobei neben der Hardware auch die Software sowie die gesamte Einrichtung der MD-ADV in dieses System einbezogen wurden. Zur Zeit werden über 11.000 inventarisierte Gegenstände über SIGNAL verwaltet.

Die Fachausbildung der ADV-Mitarbeiter wurde im geplanten Umfang fortgeführt. So wurden — teilweise in Zusammenarbeit mit der MD-Verwaltungsakademie — über 400 Kursteilnehmer in annähernd 60 Kursveranstaltungen in den verschiedensten Bereichen der Organisation, der Datenverarbeitung und in der Persönlichkeitsbildung geschult.

Der Mitarbeiterstand der MD-ADV erhöhte sich von 315 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1983 auf 332 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1984 weist 358 Posten auf, von denen 51 Posten bei anderen Magistratsabteilungen geführt werden. Im Jahre 1983 wurden mit 200 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt, 18 Personalabgängen standen 35 Neuaufnahmen gegenüber.

Zum Abschluß darf noch auf die Arbeiten des Datenschutzreferenten sowie auf die Aktivitäten des Referates Betriebswirtschaft und Kontrolle hingewiesen werden, die einen wichtigen Faktor hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit und Qualität der von der MD-ADV erbrachten Leistungen darstellen.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahre 1983 an: in Bauangelegenheiten 724 Rechtsmittelsachen, darunter 6 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 48 des Verwaltungsgerichtshofes; in Strafsachen 792, darunter eine Verfügung des Verfassungsgerichtshofes und 9 des Verwaltungsgerichtshofes; in sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) 1.119 Akten, davon 13 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 32 des Verwaltungsgerichtshofes. Die Abgabe von Äußerungen, z. B. zu Gesetzentwürfen, die Erstattung von Berichten und die Teilnahme an Amtsbesprechungen betrafen 497 Rechtsachen. 16.966 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Bei dem vom Rechtsmittelbüro selbst zu erledigenden Rechtsmittelakten sowie bei Äußerungen, Berichterstattungen und Teilnahmen an Amtsbesprechungen war gegenüber 1982 eine Zunahme von 962 Akten oder 44 Prozent zu verzeichnen, bei der Überprüfung von Akten anderer Dienststellen war ein Mehranfall von 1.944 Akten oder 13 Prozent festzustellen.

Im übrigen hielten Angehörige des Rechtsmittelbüros Vorträge in der Verwaltungsakademie der Stadt Wien und waren als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat, Landesagrarsenat) und Prüfungskommissionen sowie bei legistischen Beratungen tätig.

Der schon in den vergangenen Jahren zu beobachtende Mehranfall von Akten — in den letzten zehn Jahren kam es insgesamt zu einer Verdoppelung des Arbeitsanfalles — war im Jahre 1983 besonders groß, wurde aber wie in den vergangenen Jahren bei gleichbleibender Anzahl an Juristen und mit nur einer zusätzlichen Kanzleikraft bewältigt. Auffallend war der Mehranfall an Abgaben- und Abgabenstrafsachen sowie an Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofbeschwerden. Der Mehranfall in Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofbeschwerden (+ 55 % gegenüber 1982) dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß seit Inkrafttreten der letzten Novelle zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (1. März 1983) die Parteien in den letztinstanzlichen Bescheiden auf die Möglichkeit von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofbeschwerden hingewiesen werden. Der Mehranfall an Akten in Abgabesachen ist zu einem erheblichen Teil auf das Inkrafttreten des Wiener Landesgesetzes über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen zurückzuführen. Obwohl die Vollziehung dieses Gesetzes erst anläuft und es in diesem Fall noch zu keiner Abgabenvorschreibung der Behörde erster Instanz gekommen ist, ist auf diesem Gebiet schon eine große Zahl von Berufungen angefallen, die sich gegen verfahrensrechtliche Bescheide richten, die die Auskunfts- und Anzeigepflicht betreffen.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT)** hat im Bereich der Vermittlung moderner Managementmethoden ihre Seminartätigkeit intensiviert und über Wunsch verschiedener Dienststellen — die Bandbreite der Interessenten erstreckt sich von den Krankenanstalten bis zu den Elektrizitätswerken — mehrere dienststelleninterne Veranstaltungen durchgeführt. Die Strategie der Verwaltungsreform durch individuelle Einstellungsänderung wird von den Teilnehmern mit zunehmendem Interesse angenommen. Um die Umsetzung der im Seminar angebotenen Konzeption zu erleichtern und den Transfereffekt zu erhöhen, wurde ein Literaturdienst eingerichtet, in dessen Rahmen den Teilnehmern der Seminare einschlägige Fachartikel und Literaturauszüge periodisch zugesandt werden.

Die Arbeiten bzw. Verhandlungen für den Entwurf eines zeitgemäßen B e u r t e i l u n g s s y s t e m s ü b e r M i t a r b e i t e r konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Das System wird derzeit in einer Reihe von Abteilungen für die Dauer eines Jahres probeweise verwendet, um auch große Praxiserfahrungen in das endgültige Konzept einbinden zu können.

Wesentliche Neuerungen der neuen Dienstbeschreibung sind die Verlegung des Hauptgewichtes der Beurteilung von den persönlichen Eigenschaften des Mitarbeiters auf die Qualität bei der Erfüllung seiner Hauptaufgaben sowie auf die verpflichtend vorgesehene Mitwirkung des zu beurteilenden Mitarbeiters. Von einer bloß retrospektiven Beschreibung der Eigenschaften des Mitarbeiters auf Grund seines Arbeitsverhaltens im vergan-

Der Ministerpräsident der Hellenischen Republik, Prof. Andreas Papandreou, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold Gratz empfing den Gast

Magistratsdirektion

Bürgermeister Leopold Gratz begrüßte im Rathaus die Vertreter des Treffens ehemaliger Staats- und Regierungsoberhäupter, das in Wien stattfand

Frau Amtsführender Stadtrat Friederike Seidl besucht den Augustinermarkt in Wien-Landstraße

Konsumentenschutz

Rechtsangelegenheiten

Rund 11.000 Bedienstete haben bei der Vorbereitung und Durchführung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 24. April 1983 mitgearbeitet

genen Beschreibungszeitraum wird der Beurteilungsbogen zu einem Instrument der Personalentwicklung. Die Verantwortung für die arbeitsplatzbezogene Entwicklung des Mitarbeiters wird auf den Vorgesetzten und den Mitarbeiter gleichermaßen partnerschaftlich verteilt.

Ende November 1983 wurde in den magistratischen Bezirksämtern nach einem Zeitraum von zwei Jahren neuerlich eine interne Meinungsumfrage durchgeführt. Da Vergleichsergebnisse aus dem Jahre 1981 vorliegen, kommt dieser Umfrage gegenüber der ersten Untersuchung noch größere Aussagekraft zu. Darüber hinaus sind die befragten Mitarbeiter mit der Art der Umfrage bereits vertraut, was sich in der Offenheit der gegebenen Antworten deutlich ausdrückt. Den Leitern der befragten Dienststellen werden mit dem Instrument der internen Meinungsumfrage Informationen über Aspekte der Arbeitszufriedenheit in ihrer Organisationseinheit zugänglich gemacht, die ihnen auf herkömmliche Weise nicht zur Verfügung stehen. Die mit der Umfrage verbundene Auflage an den Dienststellenleiter, das Ergebnis der Untersuchung mit den Mitarbeitern zu besprechen und Maßnahmen zur Beseitigung von Störfaktoren zu vereinbaren, setzt einen Kommunikationsprozeß in Bewegung, der im Zusammenwirken mit der neuen Form der Mitarbeiterbeurteilung geeignet ist, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Vorgesetzten und den Mitarbeitern entscheidend zu beleben.

Im Zusammenhang mit einer Organisationsuntersuchung in der Magistratsabteilung für rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten wurde auch in dieser Abteilung eine interne Meinungsumfrage durchgeführt; die gewonnenen Erkenntnisse bilden eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage für das Organisationskonzept, das auszuarbeiten ist.

Die Textverarbeitungsstelle der MD-VT konnte ihren Arbeitsbereich ausdehnen und ihre Leistung erneut steigern. Erstmals seit Bestehen dieser Servicestelle wurde mit 53.380 A4-Seiten die „50.000-Marke" überschritten. Dies bedeutet bei 249 Arbeitstagen eine durchschnittliche Tagesleistung von 214,37 Seiten. In der Textverarbeitungsstelle sind drei Bedienstete tätig, die für rund 40 Dienststellen des Magistrates arbeiten.

Durch den in jüngster Zeit erkennbaren Trend zum vermehrten Einsatz von Mikrocomputern als multifunktionelle Teile von Informationssystemen und -netzen sowie durch neue Software-Angebote wurde es erforderlich, das Konzept der Ausstattung peripherer Dienststellen mit Textsystemen (insbesondere der magistratischen Bezirksämter) in neue Überlegungen einzubeziehen. Die entsprechenden Untersuchungen wurden gemeinsam mit der MD-Verwaltungsorganisation und der MD-Automatische Datenverarbeitung begonnen und sollen 1984 abgeschlossen werden. Der Ausbau der Textverarbeitung wird entsprechend den Ergebnissen dieser Untersuchungen fortgesetzt.

Im Bereich des Dienstpostenplanes wurden die mit der Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung aus 1981 verbundenen zahlreichen Neueinstufungen von Bediensteten abgeschlossen. Die im Jahre 1983 vorgenommenen Änderungen in der Geschäftseinteilung für den Magistrat wurden vollständig in den Dienstpostenplan eingearbeitet. Insgesamt wurden im Dienstpostenplan rund 1.000 Änderungen (Vormerkungen, Streichungen, Umwandlungen usw.) durchgeführt und die entsprechenden Verständigungen veranlaßt.

Neuaufnahme, Versetzungen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter erfordertern rund 53.000 Eintragungen und Vormerkungen.

Mitarbeiter des Dienstpostenplanes wirkten regelmäßig bei Revisionen mit.

In Verbindung mit der EDV-unterstützten Neuerfassung der Daten des Dienstpostenplanes war die intensive Mitarbeit an der Projektentwicklung erforderlich, um eine geeignete Programmierung zu erarbeiten. Als erstes Teilergebnis konnte der Zugriff auf die up-to-date erstellten Personalnummern mittels eines Mikrofiche-Gerätes ermöglicht werden.

Am 1. Mai ist die Zivilverfahrens-Novelle 1983, BGBl. Nr. 135/1983, in Kraft getreten, die die von der Dienststelle **Magistratsdirektion-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MD-Z)** zu betreuenden Verfahren wesentlich verändert hat. In diesem Zusammenhang sind vor allem die im Interesse einer Entlastung des Obersten Gerichtshofes vorgesehenen Beschränkungen bei der Zulässigkeit von Revisionen zu erwähnen.

Zu einigen in Vorbereitung stehenden Gesetzentwürfen, wie etwa zu den Entwürfen einer Lohnpfändungsgesetznovelle 1983 oder zu einem Bundesgesetz über die Rechtsfürsorge für psychisch Kranke in Krankenanstalten, wurden vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben.

Die MDZ hat wie in den Vorjahren sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrates durch mündlich oder telephonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 353 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten. Diese Hilfestellung wurde weiters durch Unterstützung bei der Gestaltung von Verträgen sowie durch Lösung strittiger Rechtsfragen gegeben, die etwa im Zusammenhang mit der Errichtung von Wasserbauanlagen, Verkehrsbauwerken und Anlagen des Hochbaues, mit der Übernahme von Bürgschaften durch die Stadt Wien, mit Abschleppen von Kraftfahrzeugen, Immissionen, Verlassenschaftsangelegenheiten und Schadenersatzansprüchen aus verschiedensten Anlässen anfielen.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 58 neue Geschäftsstücke, unter anderem Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, Vergaben von Geschäftslokalen, Hilfsmaßnahmen für durch den U-Bahn-Bau beeinträchtigte Gewerbetreibende, angefallen, im Bereich der Vertretung städtischer

Interessen vor Gericht 19 Strafsachen, 9 Besitzstörungsklagen, 171 Klagen wegen Hereinbringung von Eigenmittelersatzdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und 627 Mahnklagen, die, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, positiv erledigt werden konnten. Ferner sind 338 sonstige Klagen oder vergleichsweise Ansprüche, 19 Verlassenschaftssachen und 605 Entscheidungen über die Vertretbarkeit der Entbindung städtischer Bediensteter von ihrer Amtsverschwiegenheit für Einvernahmen vor Gericht oder Verwaltungsbehörden neu anhängig geworden. Bei 269 Realexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, bei 52 auf Grund von Verwaltungsbescheiden einzuleitenden Exekutionen und bei 505 Insolvenzfällen war zu intervenieren. Im Rahmen von Exekutionen ist es im Jahre 1983 gelungen, rund 2,5 Millionen Schilling hereinzubringen. Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchstechnischen Abwicklung und Realisierung von liegenschaftsrechtlichen Fällen waren 479 Verträge, 3.276 Löschungs-, Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen sowie 41 Schuldscheine im Zusammenhang mit der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu verbüchern. Überdies waren 257 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 552 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen. Schließlich sind noch 232 sonstige Geschäftsstücke angefallen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (MD-BD)** umfaßte die Koordination der umfangreichen Aufgabenstellungen im technischen Bereich bei Bauvorbereitung und Baudurchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanweisungen sowie einschlägige Erlässe haben dazu beigetragen, ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Anstehende Probleme genereller Art wurden durch die MD-Stadtbaudirektion bzw. deren Dezernate, spezielle Gruppenprobleme durch die Gruppenleiter, die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien als Bedienstete mit Sonderaufgaben bestellt sind, behandelt.

Die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen diverser Bauvorhaben oblag der MD-Stadtbaudirektion. Dabei wurde besonders darauf Bedacht genommen, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, funktionelle und wirtschaftliche Aspekte optimiert und insbesondere deren spätere Erhaltung sowie dessen Betrieb in zweckmäßiger Weise geplant wurden. Dem Energiespardenken wurde bei allen Bauvorhaben des Hochbaues der ihm zukommende Stellenwert beigemessen; so wurde immer wieder versucht, in diesem Sinne neue Impulse zu geben.

Im Jahre 1983 wurde das Bezirkshallenbad Brigittenau fertiggestellt und das im Anschluß an das im Bau befindliche Bezirkshallenbad Großfeldsiedlung situierte Sommerbad begonnen. Die umfangreiche koordinierende Tätigkeit wurde durch einen Projektkoordinator der MD-Stadtbaudirektion wahrgenommen.

Für eine einheitliche Vorgangsweise der technischen Dienststellen bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit war es notwendig, für die Einhaltung der ergangenen Richtlinien und Weisungen Sorge zu tragen. Dem Bereichsleiter für Fragen des Behindertenwesens wurde bei der Durchführung seiner Aufgaben für die Magistratsabteilungen für Stadtgestaltung, für Gebäude des Sozial- und Gesundheitswesens und verschiedene Nutzbauten, für städtischen Wohnhausbau und Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten die erforderliche Unterstützung gegeben und bei der Beurteilung der Bauvorhaben einer behindertengerechten Planung wesentliches Augenmerk geschenkt. Die Verfolgung dieser Zielsetzungen wurde auch durch die Teilnahme an der Planungskommission für Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der Durchführung von stichprobenartig vorgenommenen Baustelleninspektionen wurden Vorschläge und Hinweise über die dabei getroffenen Feststellungen ausgearbeitet. Grundsätzliche Überlegungen und Veranlassungen zur Koordination von Maßnahmen im Straßenbereich wurden fortgeführt und die Koordination zur Schaffung einer Mehrzweckkarte weitergeführt.

Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu laufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wurde an der Ausarbeitung von Erlässen des Magistratsdirektors mitgewirkt. Bestehende Erlässe für den eigenen Bereich wurden auf ihre Gültigkeit überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet.

Für den Bereich „Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung" (AVA) wurde zu Jahresbeginn im Rahmen der Bauverwaltung mit einer EDV-unterstützten Verarbeitung auf der Grundlage des „Wiener integrierten Bauverwaltungs- und Überwachungsystems" (WIBUS) für alle Dienststellen des technischen Bereiches begonnen. Derzeit sind zehn standardisierte Leistungsbeschreibungen, und zwar für Hochbauten, Kabel- und Rohrbauten, Gleisbauten, Signalanlagen, Straßenbauten, Brückenbauten, U-Bahn-Bauten, Instandhaltungsarbeiten, Gas- und Wasserinstallationen und Elektroinstallationen, abgespeichert. Diese werden von der MD-Stadtbaudirektion im Einvernehmen mit den Anwendern laufend den aktuellen Erfordernissen angepaßt und stellen die Grundlage für jede weitere Verarbeitung dar. Ein Großteil dieser standardisierten Leistungsbeschreibungen entspricht bundeseinheitlichen Entwicklungen. Die MD-Stadtbaudirektion ist aus diesem Grund in den im Rahmen des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines bestehenden Arbeitsgruppen für Hochbauten (Baumeister- und Bauprofessionistenarbeiten), Elektrotechnik und Heizung-Lüftung-Sanitär sowie in den einschlägigen ÖNORM-Ausschüssen zur Erarbeitung der EDV-Grundlagen maßgeblich vertreten. Im Jahre 1983 wurden mit den standardisierten Positionstexten der vorangeführten Leistungsbeschreibungen 1.165

objektbezogene Leistungsverzeichnisse erstellt und 753 Ausschreibungen mit dem EDV-unterstützten Rechenprogramm einer Angebotsprüfung unterzogen, wobei insgesamt 6.532 Einzelangebote auszuwerten waren.

Für den Straßenbau wird im Zweimonatsrhythmus ein Preisspeicher geführt, der der Marktbeobachtung, Prüfung von Angeboten und Erstellung von amtlichen Kostenvoranschlägen dient.

Im Jahre 1983 wurden weiters die Massenberechnung und Kontrollfakturierung für 70 Bauaufträge zu meist monatlichen Terminen nach den österreichischen Richtlinien für die elektronische Bauabrechnung (ÖREB) durchgeführt.

Entsprechend der Funktion als Abstimmungsinstanz zwischen den technischen Fachdienststellen und der MD-Automatische Datenverarbeitung wurden Änderungswünsche und Erweiterungen zum bestehenden Programmumfang gesammelt und projektführend weiterbetrieben. So wurde z. B. mit den Projekten Bauabrechnung auf Microcomputer, Verarbeitung von Kontrahententarifen, Angebote nach dem Auf- und Abschlagsverfahren, Preisspeicher für Hochbauten usw. begonnen.

Die Großbauprojekte der Stadt Wien wurden netzplantechnisch betreut. Die regelmäßige Aktualisierung der Daten ermöglichte es, Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen rechtzeitig bereitzustellen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 1983 die Terminüberwachung im Bereich des U-Bahn-Baues weitergeführt. Dabei konnten für die U-Bahn U 1 und U 4 diese Arbeiten im Laufe des Jahres 1983 weitestgehend abgeschlossen werden.

Die Bauvorbereitungsarbeiten für die U-Bahn U 3 und U 6 sind nun für sämtliche Bauabschnitte netzplantechnisch erfaßt. Dabei wurde auf eine vollständige Detaillierung der Grundstücksangelegenheiten in jedem einzelnen Bauabschnitt besonderes Augenmerk gelegt. Diese Detaillierung war Ende 1983 allerdings für Bauabschnitte mit einem späteren Baubeginn noch nicht abgeschlossen. Für die Bauabschnitte „Pottendorfer Straße" und „Philadelphiabrücke" wurden, da der Baubeginn schon erfolgte, Bauablaufnetzpläne erstellt und in die periodischen Durchrechnungen miteinbezogen.

Die sechs Dampfkesselprüfungskommissäre des Landes Wien haben die in der Dampfkesselverordnung vorgeschriebenen Untersuchungen und Prüfungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit dieser Anlagen darstellen, vorgenommen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 2.277 äußere Untersuchungen, 992 innere Untersuchungen, 591 Feuerzuguntersuchungen und 527 Wasserdruckproben durchgeführt. Außerdem wurden insgesamt 123 Bescheinigungen ausgestellt und 83 Betriebswärterprüfungen abgenommen, davon waren 45 für Dampfkesselwärter, 22 für Motorenwärter und 16 für Maschinenwärter.

An den Grundlagen für eine praxisgerechte und sinnvolle Vollziehung des Dampfkesselemissionsgesetzes und deren Durchführungsverordnung, die sowohl für die Dienststellen der Stadt Wien als auch für die Dampfkesselprüfungskommissäre als Sachverständige nach dem Dampfkesselemissionsgesetz von Bedeutung sind, wurde mitgearbeitet. Die Entwürfe der 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkesselemissionsgesetz wurden zusammen mit den zuständigen Magistratsabteilungen begutachtet und Stellungnahmen abgegeben.

An der Erstellung eines Müllkonzeptes wurde mitgewirkt und dabei eingehende Untersuchungen über die Situation der Müllentsorgung Wiens durchgeführt. Daneben wurde auch an der Fertigstellung und Beseitigung der Ursachen von Grundwasserverunreinigungen mitgewirkt.

Weiters wurde eine zentrale Kartei zur Erfassung sämtlicher Bediensteter, die in Normenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes als Mitglieder fungieren, geführt und die Mitgliedschaft von technischen Dienststellen in Vereinen und vereinsähnlichen Einrichtungen evident gehalten.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Schienenverbundprojektes hatte die MD-Stadtbaudirektion die Probleme, die bei der Planung und Bearbeitung offengeblieben sind, einer Klärung zuzuführen bzw. grundsätzliche politische Entscheidungen vorzubereiten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen konnten bei den Besprechungen, die in periodischen Abständen stattgefunden haben, weiter vertieft und für beide Teile in fruchtbringender Weise gestaltet werden.

Die Vorbereitung und Durchführung von Aufschließungsarbeiten für Betriebsbaugebiete wurden koordiniert, für zukünftige Betriebsansiedlungen in Aussicht genommene Flächen aus technischer Sicht geprüft sowie mit den in Frage kommenden Dienststellen beraten.

Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig, entsprechende Dienstanweisungen herauszugeben und dafür vorzusorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften in Einklang standen. Für eine Novellierung der Bauordnung wird ein eigener Problemkatalog geführt. In allen Angelegenheiten der Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden die notwendigen Koordinierungen und Abstimmungen durchgeführt. In jenen Angelegenheiten, die die Nutzung und Verwendung städtischer Grundstücke sowie deren Freimachung betreffen, hat die MD-Stadtbaudirektion eine koordinierende Aufgabe innerhalb des Magistrates zu erfüllen. Unter diesen Auspizien wurden mit den Dienststellen intensive Kontakte aufgenommen, Besprechungen abgehalten und die Abstimmung der Auf-

gaben vorgenommen, die von diesen Dienststellen zu erfüllen sind. Koordinierend wurde unter anderem bei der Gestaltung und Realisierung von Erholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen sowie bei Hochwasserschutzprojekten gewirkt.

Weiters erfolgte die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-Stadtbaudirektion und der Dienststellen des technischen Bereiches. Dazu gehörten alle Vorarbeiten über die Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages. Alle diese Daten sind in der von der MD-Stadtbaudirektion auch im Jahre 1983 neu erstellten Zusammensetzung uber die „Baulichen Investitionen" für die Jahre 1984 bis 1988 enthalten. Diese Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1983 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1984 in Angriff genommen werden sollen. Weiters sind Angaben über Gesamtkosten, Sachkredite, voraussichtliche Ausgaben bis 1983 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1988 enthalten.

Außerdem weist die Vorschau die in Zusammenarbeit mit den Projektkoordinatoren ermittelten Daten aller notwendigen Budgetmittel für Großprojekte, die im Voranschlag als „Projektsausweise" enthalten sind, auf. Es handelt sich dabei um die Hochbauvorhaben „östlich Neilreichgasse", „Am Schöpfwerk", „Aderklaaer Straße" und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost", um das Tiefbauprojekt „Philadelphiabrücke" sowie um eine Zusammenfassung der Budgetansätze für die einzelnen Geschäftsgruppen.

Diese Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen" bildet einen wesentlichen Bestandteil des Finanz- und Investitionsplanes 1984 bis 1988, der dem Gemeinderat bei der Budgetdebatte mit dem Voranschlag 1984 vorgelegt wurde.

Für die Erfüllung des Straßenbauprogramms (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1984 Gesamtkostenermittlungen durchgeführt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen anfallenden Kosten (einschließlich Stadtwerke) zusammengefaßt. Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt.

Ferner wird in der MD-Stadtbaudirektion ein Auftragnehmerkataster geführt, in dem jene Firmen erfaßt sind, denen Aufträge durch die technischen Abteilungen des Magistrates übertragen werden. Die zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Auftragnehmer hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Gleichzeitig werden auch die Aufzeichnungen über die Ansässigkeit der Firmen auf Grund der betriebswirtschaftlichen Angaben geführt. Die Umstellung des Auftragnehmerkatasters auf EDV konnte abgeschlossen und damit eine größere Effizienz erzielt werden.

Monatlich wurden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt, in den Wintermonaten alle 14 Tage eine Zählung der Arbeitskräfte durchgeführt, wodurch es möglich ist, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendige Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen großen Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Baunebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-Stadtbaudirektion ist die Bearbeitung aller Vergebungsakte des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Befassung und Erfahrung ermöglicht es der MD-Stadtbaudirektion, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1983 wurden 1.783 protokollierte Akte bearbeitet und dabei ein Gesamtersparnis von rund 60,7 Millionen Schilling erzielt. Des weiteren gehören freihändige Vergebungen schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten, Raumplaner und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-Stadtbaudirektion; auch in diesen Fällen konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1983 wurden in Form von drei „Verständigungen", die einen Umfang von 248 Seiten hatten, Arbeitsbehelfe für Baupreis- und Verdingungsangelegenheiten sämtlichen Dienststellen des technischen Bereiches sowie der Finanzverwaltung und diversen anderen Magistratsdienststellen zur Verfügung gestellt. Diese „Verständigungen" bezogen auch 58 amtliche und halbamtliche Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Die Gesamtauflage je „Verständigung" betrug 1.250 Stück.

Ferner konnten auf Grund des bereits erwähnten Abschlusses der EDV-Umstellung des Auftragnehmerkatasters die Dienststellen mit jeweils aktuellen und übersichtlichen Verzeichnissen sämtlicher registrierter Auftragnehmer versorgt werden. Hiezu wurden zwei Verzeichnisse mit je 285 Seiten und sieben Verzeichnisse mit je 50 Seiten an 70 Dienststellen bzw. der Stadt Wien nahestehende Stellen versandt. Die Auflagezahl je Verzeichnis betrug etwa 400 Stück. Damit hat jede Dienststelle des technischen Bereiches sehr rasch eine Zugriffsmöglichkeit auf den gesamten aktuellen Stand des Auftragnehmerkatasters.

Im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt die MD-Stadtbaudirektion die Stadt Wien, wodurch bei allen Beratungen und Abschlüssen

Im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt die MD-Stadtbaudirektion die Stadt Wien, wodurch bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien vertretbare Ergebnisse erzielt werden konnten. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt.

Außerdem ist die MD-Stadtbaudirektion in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch (AGÖST) vertreten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-Stadtbaudirektion bilden auch die Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und die Koordinierung aller baulichen Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang stehen. Bei der Erfüllung des Wohnbauprogramms war es unter Mithilfe aller beteiligten Dienststellen gelungen, mit dem Bau von 1.509 Wohnungseinheiten zu beginnen. Von den im Jahre 1983 begonnenen Wohnbauvorhaben kann der überwiegende Teil der Stadterneuerung zugerechnet werden bzw. liegen diese im dicht verbauten Gebiet. Naturgemäß ergibt sich damit ein längerer Vorbereitungszeitraum, da die Absiedlungen, insbesondere jene von Lokalen und Firmen, sehr langwierig sind.

Die Hochbauvorhaben in 10, östlich Neilreichgasse, in 12, Am Schöpfwerk, und in 22, südlich Aderklaaer Straße, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise" enthalten sind, wurden zeit- und kostenmäßig weiterverfolgt.

Sämtliche Wohnbauvorhaben werden nunmehr netzplanmäßig erfaßt, um eine bessere Kontrolle über die Ablaufplanung bis zum Baubeginn zu erhalten. Damit können kritische Situationen zeitgerecht erkannt und rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Weiters werden mit Hilfe der Datenverarbeitung die Kosten der äußeren Aufschließung der in Bearbeitung stehenden Wohnbauprojekte behandelt, um so die Ver- und Entsorgung sowie die straßenmäßige Erschließung sicherstellen zu können.

Die MD-Stadtbaudirektion nahm im Jahre 1983 insgesamt 365 Befähigungsprüfungen ab, 276 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 35 Kandidaten 22 das Befähigungszeugnis, 13 mußten zurückgestellt werden. Bei der Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden von 15 Kandidaten 10, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 15 von 21 Geprüften. Bei Ziviltechnikerprüfungen kamen 66 von 85 Kandidaten durch. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe A haben von 62 Kandidaten 58 und für die Verwendungsgruppe C und D von 57 Kandidaten 56 erfolgreich bestanden. Die Abschlußprüfung für bautechnische Zeichnerlehrlinge wurde von allen 8 Kandidaten erfolgreich abgelegt. Außerdem wurde die Ausbildung von 40 bautechnischen Zeichnerlehrlingen überwacht und die Einschulung bzw. Weiterbildung von 81 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien" eingeteilt sind, sowie die Zusammenstellung der Routen durchgeführt.

Am 31. Dezember 1983 unterstanden der Dienstaufsicht der MD-Stadtbaudirektion insgesamt 9.349 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter. Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 310 Anträge für Dienstreisen im Inland und 85 für Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Die Reisekostenrechnungen für das Ausland sowie die der 2.392 genehmigten Inlandsdienstreisen wurden nach Überprüfung der formalen Erfordernisse des Besoldungsamtes zur Anweisung zugeleitet.

Während der Sommermonate 1983 waren 60 inländische Ferialpraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Schließlich wurden 3.018 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben.

Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

Allgemeine Personalangelegenheiten

An wesentlichen Tätigkeiten im Bereich der allgemeinen Personalangelegenheiten können für das Jahr 1983 die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten der Gemeinde Wien ab 1. Februar 1983, Neuregelungen und Ergänzungen bei den Nebengebühren, Dienstbekleidungen und bei der Dienstvorschrift für Lehrlinge, der weitere Ausbau der gleitenden Arbeitszeit, Änderungen und Ergänzungen der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA), der Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1967 sowie die Neufassung und Änderung von Kollektivverträgen, die für einen Teil der Bediensteten der Stadt Wien Geltung haben, angeführt werden.

Die Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über die Besoldungsregelung für 1983 brachten das Ergebnis, daß die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten mit Ausnahme der Haushaltszulage ab 1. Februar 1983 bei einer Laufzeit bis 31. Dezember 1983 um einen stufenweise abnehmenden Prozentsatz zwischen 5,1 und 4 Prozent erhöht wurden. Die rechnerische Ermittlung der neuen Gehaltsansätze erfolgte dabei durch Anhebung jedes Ansatzes um 3,85 Prozent. Das Ergebnis dieser Berechnung, vermehrt um den Betrag von 81,80 S, bildete den ab Februar 1983 geltenden Gehaltsansatz. Bei einer Einreihung in Dienstklasse III, Gehaltsstufe 1, der Verwendungsgruppe E entspricht dies beispielsweise einer Erhöhung um 5,1 Prozent, bei Einreihung in Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2, einer Erhöhung um 4,42 Prozent und bei Einreihung in Dienstklasse IX, Gehaltsstufe 6, einer solchen um 4 Prozent.

Nach dem angeführten Verhandlungsergebnis wurden des weiteren auch die bestehenden Dienstzulagen um 4,42 Prozent angehoben. Diese Regelungen für die Beamten der Gemeinde Wien wurden durch die 22. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, LGBl. für Wien Nr. 21/1983, eingeführt. Für die Vertragsbediensteten wurde die Erhöhung der Gehaltsansätze durch eine 5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, LGBl. für Wien Nr. 16/1983, realisiert.

Eine generelle Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst wirkt sich im Bereich der Gemeinde Wien nicht nur auf die Gehaltsansätze der Beamten und Vertragsbediensteten, sondern auch auf Zulagen und Entschädigungen aus. Von einer solchen Erhöhung sind regelmäßig neben den Ruhe- und Versorgungsbezügen nach der Pensionsordnung 1966, den Ruhe- und Versorgungsgenußzulagen nach dem Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 und den Versehrtenrenten und sonstigen Geldleistungen nach dem Unfallfürsorgegesetz 1967 auch bestimmte Zulagen oder sonstige Entschädigungen (wie zum Beispiel die Ausgleichszulage und die Verwendungsgruppenzulage im Schema II L/IV L) und die in Einzelsonderverträgen und in Gruppensonderverträgen normierten Entgelte, die Bezüge von Aushilfs- und Saisonbediensteten, die Entschädigung der teilbeschäftigten Aufseher in den Museen sowie vor allem die Nebengebühren betroffen. Es mußten daher die zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Änderungen notwendigen Maßnahmen (Berechnung, Antragstellung an die zuständigen Organe usw.) gesetzt werden. Bei einem großen Teil der Nebengebühren (Mehrdienstleistungsvergütungen) ergab sich die Erhöhung bereits aus den geänderten Gehaltsansätzen. Daneben bestehen jedoch zahlreiche Nebengebühren, deren Höhe betragsmäßig fixiert ist. Diese Nebengebühren wurden ebenfalls mit Wirkung vom 1. Februar 1983 um 4,42 Prozent erhöht.

Abgesehen von dieser generellen Erhöhung, wurden im Jahre 1983 durch Beschlüsse des Stadtsenates zahlreiche Änderungen auf dem Gebiet der Nebengebühren vorgenommen. So konnten unter anderem eine einheitliche Gebühr für den Aufsichtsdienst bei Veranstaltungen geschaffen und Neuregelungen der Betriebszulage für die Betriebsbeamten der städtischen Bäder unter Bedachtnahme auf die in den letzten Jahren eingetretenen umfangreichen Änderungen im Bäderbetrieb getroffen werden. Des weiteren werden auszugsweise folgende Neuerungen angeführt: Erweiterung der Anspruchsberechtigung auf Infektionszulage für Bedienstete des Sozialamtes des Schemas I/III in einigen Sozialreferaten, Gewährung einer Erschwerniszulage für Sonderkindergärtnerinnen, die die logopädische Behandlung von sprachgestörten Kindern in Kindergärten durchführen, Anpassung der Mehrleistungsvergütungen der Bediensteten des Jugendamtes an Reorganisationsmaßnahmen im Bereich dieser Dienststelle, Änderung der Zulagen für den Permanenz-, Inspektions- und Bereitschaftsdienst im Bereich des Jugendamtes und des Anstaltenamtes, Zuerkennung von Nebengebühren für die Betreuung geistig schwer behinderter Kinder und Jugendlicher im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe auch für Kindergärtnerinnen, Erzieher und Sozialarbeiter in Anlehnung an die für das Krankenpflegepersonal geltenden Nebengebühren, Ausdehnung der Regelung hinsichtlich zusätzlicher Dienstleistungen im Rahmen des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden auf Bedienstete der Magistratsabteilung für Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten, Gewährung einer Gefahrenzulage auch für das Pflegepersonal in der neurochirurgischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung sowie Zuerkennung einer Schmutzzulage für die mit Über-

prüfungsarbeiten in der Landesfahrzeugprüfstelle der Magistratsabteilung für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten betrauten Bediensteten.

Auch im Bereich der Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1967, in der die Aufteilung der Beamtengruppen auf die einzelnen Verwendungsgruppen und Schemata festgesetzt ist, wurden im Jahre 1983 einige Änderungen vorgenommen. So wurde beispielsweise die Bedienstetenkategorie „Fürsorgeassistenten mit Reifeprüfung" gestrichen, da im Rahmen der Sozialfürsorge ausreichend Bewerber mit absolvierter Akademie für Sozialarbeit zur Verfügung stehen. Die Ernennungserfordernisse der Bedienstetengruppe „Oberfeuerwehrmänner" wurden auf Grund der bisherigen Erfahrungen bei Einsätzen und der immer rascher fortschreitenden Technisierung den geänderten Gegebenheiten angepaßt. In Anbetracht der Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes über die Tätigkeit des betriebsärztlichen Dienstes wurde des weiteren bei den Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke die Bedienstetenkategorie „Direktionsärzte" in „Direktions-(Betriebs-)Ärzte" umgewandelt.

Breiten Raum nahmen im Jahre 1983 auch die Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über den Entwurf eines Wiener Personalvertretungsgesetzes ein. Da auf Grund der bestehenden Verfassungsrechtslage nunmehr die Möglichkeit besteht, ein einheitliches Personalvertretungsrecht für die Bediensteten der Gemeinde Wien zu schaffen, konnte bei diesen Verhandlungen ein rascher Fortschritt erzielt werden und der Entwurf — mit Ausnahme weniger Problembereiche (zum Beispiel des wirtschaftlichen Mitspracherechtes der Personalvertretung) — magistratsintern fertiggestellt werden.

Um Härtefälle zu beseitigen, wurde im Jahre 1983 mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses für Personal und Rechtsangelegenheiten vom 29. April 1983, AZ 59, auch die Möglichkeit geschaffen, Beamten der Gemeinde Wien, deren Dienstverhältnis aufgelöst wird und die die Anwartschaft auf das Arbeitslosengeld nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 nicht erfüllen, diese Anwartschaft jedoch erfüllen würden, wenn sie die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis verbrachte Zeit als Vertragsbedienstete zurückgelegt hätten, eine außerordentliche Zuwendung in der Höhe des Arbeitslosengeldes, auf das sie nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 Anspruch hätten, zu gewähren. Eine außerordentliche Zuwendung in der Höhe der Sondernotstandshilfe kann auf Grund des genannten Beschlusses auch alleinstehenden weiblichen Bediensteten der Gemeinde Wien nach dem Enden des Anspruchs auf die Ersatzleistung bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes gewährt werden, wenn sie wegen Betreuung ihres Kindes, dessen Geburt Anlaß für die Gewährung einer Ersatzleistung war, die Dienstleistung nicht aufnehmen können, weil erwiesenermaßen für dieses Kind keine Unterbringungsmöglichkeit besteht. Dies ist jedoch nur möglich, sofern mit Ausnahme der Anwartschaft und der Arbeitswilligkeit die übrigen Voraussetzungen für die Gewährung der Notstandshilfe nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 erfüllt werden.

Wie in den Vorjahren wurden wieder zahlreiche Begutachtungen und Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes vorgenommen. Als Beispiel seien die Begutachtung des Entwurfes eines Sozialgerichtsgesetzes sowie die Änderungsentwürfe des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Angestelltengesetzes, des Gutsangestelltengesetzes, des Landarbeitsgesetzes, des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, des Schulorganisationsgesetzes, der Reisegebührenvorschrift 1955, des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, des Gehaltsgesetzes 1956 sowie des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 angeführt. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die Stellungnahme zum Entwurf eines „Zeitsoldatengesetzes" hingewiesen, die schließlich zu einer gegenüber der in diesem Entwurf beabsichtigten Regelung wesentlich sinnvolleren Gestaltung des Wehrdienstes als Zeitsoldat im Rahmen des außerordentlichen Präsenzdienstes durch den Entwurf zum Wehrrechtsänderungsgesetz 1983 führte. Erwähnenswert ist auch die Mitwirkung an der Neufassung des Landeslehrerdienstrechtes im Zuge der Verhandlungen, die im Bundesministerium für Unterricht und Kunst unter Teilnahme der Länder als Dienstgeber mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst geführt wurden und die nunmehr zu einem Entwurf des Bundes zu einem neuen „Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz" führten. Dieser Gesetzentwurf, der nach Beschlußfassung durch den Bundesgesetzgeber auch für die Wiener Landeslehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen gelten wird, trägt der Zielsetzung Rechnung, einerseits eine mögliche Vereinheitlichung des Lehrerdienstrechtes durch Anpassung der Rechtsvorschriften für Landeslehrer an den bereits der Dienstrechtsreform durch das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 unterzogenen gleichartigen Normenbereich für Bundeslehrer herbeizuführen und anderseits auf die besonderen Verhältnisse im Pflichtschulwesen, insbesondere auch auf die durch die Ausführungsgesetzgebung geschaffene unterschiedliche Behördenorganisation der Länder, Bedacht zu nehmen. Durch die Entwicklung auf dem Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung war es notwendig geworden, die für die Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien geltenden Bestimmungen den geänderten Gegebenheiten anzugleichen. Neben einer Angleichung an die letzten Novellen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (z. B. die Festsetzung eines Bestattungskostenbeitrages in einheitlicher Höhe) wurden mit den Beschlüssen des Gemeinderates vom 10. Juni 1983, Pr.Z. 1392, und vom 30. September 1983, Pr.Z. 2700, auch eine Anpassung der Satzungen der KFA an die Möglichkeit der Gewährung von außerordentlichen Zuwendungen in der Höhe des Arbeitslosengeldes oder in der Höhe der Sondernotstandshilfe für alleinstehende Mütter und eine Verbesserung der Angehörigeneigenschaft von Kindern vorgenommen.

Soweit für städtische Bedienstete Kollektivverträge gelten, ergaben sich im Jahre 1983 folgende Änderungen:

1. Die im Kollektivvertrag für die Lehrkräfte der Musiklehranstalten der Stadt Wien festgesetzten Gehälter wurden an das ab Februar 1983 für die Beamten geltende Gehaltsabkommen angepaßt.
2. Für die ständigen Arbeitskräfte des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien gilt ein Kollektivvertrag, der sich an den für private Gutsbetriebe geltenden Vertrag anlehnt. Da die Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft mit dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber mit Wirksamkeit vom 1. März 1983 eine Änderung des Kollektivvertrages vereinbart hatte, wurde im Bereich der ständigen Arbeitskräfte des Landwirtschaftsbetriebes eine ähnliche Regelung verhandelt und schließlich mit Beschluß des Gemeinderates vom 10. Juni 1983, Pr.Z. 1393, eine Anhebung der Löhne und Zulagen um 5 Prozent mit Wirksamkeit vom 1. März 1983 genehmigt. In Anpassung an die Landarbeitsgesetz-Novelle 1982 wurde hiebei auch die Bestimmung über den Urlaub neu gefaßt.
3. Neben den ständigen Arbeitskräften werden im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien auch landwirtschaftliche Saisonarbeiter verwendet, die vor allem in den Anbau- und Erntezeiten eingesetzt werden und vorwiegend nach einem Akkordsystem arbeiten. Für die Dienstnehmergruppen gilt ein Kollektivvertrag, der alljährlich mit der Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft abgeschlossen wird und der dem für die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter im Burgenland und in Wien geltenden Kollektivvertrag angepaßt ist. Für die Saison 1983 wurde zwischen dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und der Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft ein Kollektivvertrag abgeschlossen, der gegenüber dem für die Saison 1982 geltenden eine Erhöhung aller Bezugsansätze um durchschnittlich 5 Prozent aufweist. Für den Bereich des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien wurde eine gleichartige Regelung mit Beschluß des Gemeinderates vom 10. Juni 1983, Pr.Z. 1394, genehmigt.
4. Das Dienstrecht der Forstarbeiter der Gemeinde Wien ist ebenfalls durch einen Kollektivvertrag geregelt, der sich hinsichtlich der Entlohnungsbestimmungen eng an den Mantelvertrag für die Forstarbeiter in der Privatwirtschaft anlehnt. Auf Grund einer von der Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft mit den Dienstgebern der Forstarbeiter vereinbarten Lohnerhöhung wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 10. Juni 1983, Pr.Z. 1804, auch eine Änderung des Kollektivvertrages für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien genehmigt und mit Wirksamkeit vom 1. April 1983 eine Lohnerhöhung im Ausmaß von 4,53 Prozent und eine entsprechende Anhebung einzelner Entschädigungen vorgenommen. Gleichzeitig wurden auch in diesem Fall die Bestimmungen über den Urlaub der Landarbeitergesetz-Novelle 1982 angepaßt.
5. Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehenden Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien werden nach einem Kollektivvertrag behandelt, der sich im wesentlichen an den Kollektivvertrag für die Gutsangestellten der Privatwirtschaft anlehnt. In Anlehnung an eine mit den Dienstgebern der Gutsangestellten in der Privatwirtschaft vereinbarte Bezugserhöhung von 4,5 Prozent wurde unter anderem nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Privatangestellten ab 1. Mai 1983 mit dem Beschluß des Gemeinderates vom 30. Juni 1983, Pr.Z. 1927, auch für die Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien eine entsprechende Erhöhung genehmigt.
6. Für die Arbeitnehmer des Bäckereibetriebes der Stadt Wien gilt ein Kollektivvertrag, dem als Bestandteil ein Lohnanhang beigefügt ist. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 31. Jänner 1977, Pr.Z. 84, war der Magistrat ermächtigt worden, Änderungen dieses Lohnanhanges jeweils dann vorzunehmen, wenn sich die Löhne in der Brotindustrie ändern. Die im Lohnanhang vorgesehenen Löhne wurden daher ab 1. August 1983 entsprechend der Koppelung an die Löhne der Brotindustrie um durchschnittlich 3,7 Prozent angehoben.

Mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses I vom 13. Oktober 1958, AZ 460, war festgelegt worden, daß die als Redakteure der Stadt Wien verwendeten Sondervertragsbediensteten jeweils die gleichen Bezugserhöhungen erhalten sollen, wie sie nach den Sätzen des Tarifvertrages für Journalisten von Tageszeitungen und Nachrichtendiensten vorgesehen sind. Der Verband österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger hat mit der Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe, Sektion Journalisten, mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1982 ein Tarifübereinkommen erzielt, nach welchem ab diesem Zeitpunkt die festen Monatsgehälter (Ist-Gehälter) um 3,815 Prozent, die kollektivvertraglichen Tarifgehälter um 5,55 Prozent, mindestens jedoch um 925 S erhöht werden. Nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe, Sektion Journalisten, und der Personalvertretung der Redakteure der Stadt Wien wurde mit den Beschlüssen der gemeinderätlichen Personalkommission vom 20. Jänner 1983, PK 51, und des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten vom 20. Jänner 1983, AZ 14, die entsprechende Anhebung der Sondervertragsbezüge der Redakteure der Stadt Wien gemäß § 49 der Vertragsbedienstetenordnung 1979 genehmigt.

Für jene städtischen Bediensteten, deren Bezüge entweder durch Sonderverträge für bestimmte Gruppen durch die „Gruppensondervertragsnormen 1981" oder durch Dienstverträge nach der „Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete" oder der „Dienstvorschrift für teilbeschäftigte Aufseher in den Museen" geregelt sind, ist eine Valorisierung ihrer Bezüge jeweils in dem Zeitpunkt und Ausmaß vorgesehen, in dem sich bei einem Beamten des Dienststandes der Gehalt der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V ändert. Da sich nach dem

Gehaltsabkommen vom 29. November 1982 ab 1. Februar 1983 die Bezugsansätze der übrigen Gemeindebediensteten degressiv von 5,1 bis 4 Prozent erhöhten und eine Anhebung um einen einheitlichen Prozentsatz zu einer Verzerrung der Bezugsansätze für die genannten Bediensteten geführt hätte, wurden nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten die neuen Gehaltsansätze ab 1. Februar 1983 durch Anhebung jedes Ansatzes um 3,85 Prozent und durch Vermehrung des Ergebnisses dieser Berechnung um den Betrag von 81,80 S rechnerisch neu ermittelt. Diese Berechnungsmethode wurde auch bei der Neufestsetzung der nicht einer Gruppenregelung unterliegenden Gehälter der Sondervertragsbediensteten (ausgenommen die Redakteure) angewendet. Diese Bezugserhöhung wurde mit den folgenden Beschlüssen genehmigt:

1. der gemeinderätlichen Personalkommission vom 20. Dezember 1982, PK 1440, und des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten vom 20. Jänner 1983, AZ 1, hinsichtlich der „Gruppensondervertragsnormen 1981" für die Sondervertragsbedienstetengruppen der Haus- und Siedlungsinspektoren, Sport- und Spielplatzaufseher, Ärzte und Fachärzte, Fürsorgerinnen in den Mütterberatungsstellen, der mobilen Krankenschwestern und der Zeremonienleiter bei den Wiener Stadtwerken — Städtische Bestattung;
2. des Gemeinderates vom 28. Jänner 1983, Pr.Z. 124, hinsichtlich der „Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete" für die Betreuerinnen eines Pensionistenklubs und die Aushilfstierärzte des Veterinäramtes;
3. des Gemeinderates vom 28. Jänner 1983, Pr.Z. 125, hinsichtlich der „Dienstvorschrift für teilbeschäftigte Aufseher in den Museen";
4. der gemeinderätlichen Personalkommission vom 20. Dezember 1982, PK 1442, und des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten vom 20. Jänner 1983, AZ 9, hinsichtlich der nicht einer Gruppenregelung unterliegenden Gehälter der Sondervertragsbediensteten (Einzelsonderverträge).

Die „Dienstvorschrift für Lehrlinge" enthält eine zusammenfassende Normierung der für das Dienstverhältnis der Lehrlinge geltenden Vorschriften. Ab Herbst 1982 werden neben den bis dahin vorgesehenen zehn Lehrberufen auch Lehrlinge in den Lehrberufen „Betriebsschlosser" und „Kraftfahrzeugmechaniker" ausgebildet. Die entsprechende Änderung der „Dienstvorschrift für Lehrlinge" wurde mit dem Beschluß des Gemeinderates vom 28. Jänner 1983, Pr.Z. 123, genehmigt.

In Anlehnung an die für Bundesbedienstete und Landeslehrer durch das Bundesgesetz vom 23. Juni 1976, BGBl. Nr. 314, geschaffene Regelung über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten im Bereich des Schulwesens für den Entfall der früheren Prüfungstaxen wurde bereits seinerzeit für städtische Bedienstete, die als Prüfer oder Mitglied einer Prüfungskommission an einer von der Gemeinde Wien erhaltenen Privatschule tätig sind, eine gleichartige Regelung getroffen, in die jedoch die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien nicht einbezogen war. Nunmehr wurde die für die Prüfungstätigkeiten an den Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Frauenberufe, an der Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidermacher, an der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen der Stadt Wien, am Institut für Heimerziehung der Stadt Wien und an der Modeschule der Stadt Wien geltende Regelung um den Bereich der Akademie für Sozialarbeit erweitert und zusammenfassend nach dem Stand vom 1. September 1983 als „Regelung über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten an städtischen Privatschulen" mit dem Beschluß des Stadtsenates vom 12. April 1983, Pr.Z. 1029, genehmigt.

Im Jahre 1983 konnte erstmals mit dem im Inland gegebenen Personalangebot auf dem Gebiet des qualifizierten Krankenpflegepersonals (diplomierte Krankenschwestern) das Auslangen gefunden werden, 1982 dagegen war zur Überbrückung von Personalengpässen in diesem Sektor noch die Aufnahme von 89 ausländischen Krankenschwestern notwendig gewesen.

Ferner konnte der Ausbau der gleitenden Arbeitszeit kontinuierlich fortgesetzt werden. Im Jahre 1983 wurde diese bewährte Art der Arbeitszeitregelung im Rechnungsamt-Zentralbuchhaltung, Buchhaltungsabteilung für die Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung und Stadtkasse 3/11, im Anstaltenamt — Zentrale Gebührenverrechnung und in der Feuerwehr-Zentrale eingeführt. Derzeit sind insgesamt 70 Dienststellen von den Bestimmungen über die gleitende Arbeitszeit erfaßt.

Das Besoldungsamt der Stadt Wien hat im Jahre 1983 mit der Installierung der Bildschirmtechnologie auf breiterer Basis einen bedeutsamen Schritt in Richtung Modernisierung, mehr Transparenz und Rationalisierung in der Personalverwaltung vollzogen.

Die Zielvorstellung einer EDV-mäßigen Speicherung der Daten eines Dienstnehmers unmittelbar beim Eintritt in den Dienst der Stadt Wien wurde zu Beginn 1983 realisiert. Die Aktualität der Personaldaten konnte dadurch wesentlich verbessert werden. Die an das Personalinformationssystem des Besoldungsamtes angeschlossenen Benützer können nach Eingabe der Personaldaten sofort auf diese Daten zurückgreifen. Dieses System kommt in erster Linie zentralen Dienststellen, wie z. B. der MD-Verwaltungsrevision, MD-Verwaltungstechnik, dem Personalamt usw. zugute. Es wäre vorstellbar, den Zugriff auf das Personalinformationssystem schrittweise auf alle Personalstellen bezüglich ihres eigenen Wirkungsbereiches auszudehnen.

Durch die 22. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, LGBl. für Wien Nr. 21/1983, die 5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, LGBl. für Wien Nr. 16/1983, die 40. Gehaltsgesetz-Novelle 1956, BGBl. Nr. 49/1983, und die 33. Vertragsbediensteten-Novelle, BGBl. Nr. 50/1983, wurden zum 1. Februar 1983 die

Bezüge von zirka 81.000 Aktivbediensteten und Pensionisten mit einer grundsätzlichen Erhöhung von 3,85 Prozent zuzüglich 81,80 S neu berechnet.

Mit 1. Jänner 1983 sind auf Grund einer Novelle zum Einkommensteuergesetz 1972 diverse Änderungen beschlossen worden. Das Abgabenänderungsgesetz 1981 vom 30. Dezember 1981, BGBl. Nr. 620/1981, hat bereits festgesetzt, daß in einer 2. Etappe mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1983 der allgemeine Steuerabsetzbetrag von 4.800 auf 5.100 S, der Arbeitnehmerabsetzbetrag von 3.500 auf 4.000 S, der Pensionistenabsetzbetrag von 2.000 auf 2.400 S und der Alleinverdiener- bzw. Alleinerhalterabsetzbetrag von 3.200 auf 3.900 S angehoben wird. Die Bagatellgrenze für die Lohnsteuer von sonstigen Bezügen wurde von 180 auf 210 S geändert.

Auf Grund der 38. Novelle zum ASVG 1955 haben sich ab 1. Jänner 1983 folgende Werte geändert: Die Kranken- und Arbeitslosenversicherung wurde von 18.000 auf 18.600 S und die Pensions- und Unfallversicherung von 21.600 auf 22.800 S angehoben. In der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 30. Dezember 1982, BGBl. Nr. 19/1983, wurde die Geringfügigkeitsgrenze von 1.995 auf 2.105 S, mit der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 4. Februar 1983, BGBl. Nr. 75/1983, der Arbeitslosenversicherungsbeitrag mit 1. März 1983 von 3 auf 4 Prozent angehoben.

Auf Grund des Wiener Bezügegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 17/1983, wurden ab 1. Februar 1983 die Pensionsbeiträge für Funktionäre auf 13 Prozent (bisher 7%) bzw. 16 Prozent (bisher 9%) erhöht. Mit Stadtsenatsbeschluß vom 21. Dezember 1982, Pr.Z. 3712, wurden die im § 13 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien festgelegten Tages- und Nächtigungsgebühren um durchschnittlich 15,5 Prozent angehoben.

Am 1. Jänner 1983 führte das Besoldungsamt insgesamt 81.126 Verrechnungsfälle im Stand. In der Zeit vom 1. Jänner 1983 bis zum 31. Dezember 1983 sind 268 Funktionäre, 643 Beamte, 1.529 Vertragsarbeiter, 2.103 Vertragsangestellte und 2.554 Saisonarbeiter zugegangen und 296 Funktionäre, 476 Beamte, 1.522 Vertragsarbeiter, 1.964 Vertragsangestellte und 2.520 Saisonarbeiter abgegangen. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 1.266 Bedienstete pragmatisiert und 710 in den dauernden Ruhestand versetzt. Am 31. Dezember 1983 wurden im Stand des Besoldungsamtes (in Klammern darunter Frauen) 938 (178) Funktionäre, 25.590 (13.171) Beamte, 10.939 (7.983) Angestellte, 11.249 (6.565) Arbeiter, 9.302 (7.201) Lehrer, 797 (457) Saisonarbeiter, 18.677 (12.220) Magistratspensionisten und 4.059 (3.221) Lehrerpensionisten geführt.

Ohne Einbeziehung der separat zur Auszahlung kommenden Vortragshonorare, Reisegebühren usw. hatte das Besoldungsamt für die Bezugsverrechnung insgesamt 1,644.318 Änderungen (= Eingabedatensätze) zu administrieren. Per 31. Dezember 1983 erhielten 2.200 Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger des Magistrates und 392 Landeslehrerpensionisten Hilflosenzulagen. Davon entfallen auf die Stufe I 1.183, auf die Stufe II 1.024 und auf die Stufe III 385 Zulagen. Die Anzahl der Bezieher hat sich gegenüber 1982 um 84 verringert. Der Anteil der Hilflosenzulagen am Gesamtstand der Pensionen ist gegenüber 1982 von 11,79 auf 11,40 Prozent gesunken. Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1983 wurden 135 Anträge von Ruhe- und Versorgungsgenußempfängern auf Gewährung einer einmaligen Aushilfe eingebracht, wofür ein Betrag von 234.000 S aufgewendet wurde. Für die Gewährung von Bezugsvorschüssen an städtische Bedienstete und Wiener Landeslehrer stand im Jahre 1983 ein Budgetrahmen von 44 Millionen Schilling zur Verfügung.

Zusätzlich zu den Bezügen wurden vom Besoldungsamt noch verschiedene Entschädigungen angewiesen: Insgesamt 18.644 Inlandsdienstreisen mit einem Betrag von 4,737.919 S und 315 Auslandsdienstreisen mit einem Betrag von 2,132.252 S wurden einer Überprüfung und Abrechnung zugeführt. Gegenüber 1982 hat sich die Zahl der abgerechneten Inlandsdienstreisen um 1.184 und die Zahl der Auslandsdienstreisen um 146 verringert. Ferner erhielten städtische Bedienstete, die in eine oder aus einer Dienstwohnung übersiedelten, Übersiedlungsgebühren in der Gesamthöhe von 46.923 S. Für die Beförderung der Bediensteten mit Wohnsitz im Burgenland zu ihren Arbeitsplätzen beim Stadtgartenamt und bei der Magistratsabteilung für Städtische Friedhöfe wurden von den dazu beauftragten Autobusunternehmungen Rechnungen über einen Gesamtbetrag von 5,635.872 S gelegt und nach Überprüfung bzw. Korrektur angewiesen. Für die im § 44 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien angeführten Veranstaltungen von Heimen und ähnlichen Einrichtungen des Jugendamtes und von Schulen mit Gruppen von Kindern und Jugendlichen wurden Entschädigungen von 3,052.708 S ausbezahlt. Für die Teilnahme als Sachverständige bei Lenkerprüfungen bzw. Kraftfahrzeugkontrollen mußten 220.976 S an städtische Bedienstete ausbezahlt werden. Mit Wirksamkeit 1. Oktober 1983 wurde das Kilometergeld gemäß § 10 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien um 6,25 Prozent erhöht, wovon 1.132 Bedienstete betroffen waren. Weiters wurden 13,221.509 S an Vortragshonoraren 2.750 Bediensteten für ihre Vortragstätigkeit überwiesen.

An Überweisungsbeträgen gemäß § 311 ASVG wurden für 366 aus dem pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis zur Stadt bzw. zum Land Wien ausgeschiedene Personen insgesamt 20,056.418 S geleistet, und zwar für 305 ehemalige Beamte an die PVA Angestellte 15,282.962 S, für 18 ehemalige Beamte an die PVA Arbeiter 1,080.695 S, für 6 ehemalige Beamte an das Bundesrechenamt 615.543 S, für einen ehemaligen Beamten an das Land Burgenland 23.384 S, ferner für 26 ehemalige Landeslehrer an die PVA Angestellte 1,695.568 S, für 4 ehemalige Beamte an das Bundesrechenamt 1,075.068 S, für einen ehemaligen Landeslehrer

an das Land Niederösterreich 44.953 S, für zwei ehemalige Lehrer an das Land Oberösterreich 152.574 S, für einen ehemaligen Lehrer an das Land Kärnten 6.152 S und für zwei ehemalige Lehrer an das Land Steiermark 79.500 S. Dem stehen von den Sozialversicherungsträgern gemäß § 308 ASVG geleistete Überweisungsbeträge von 56,599.686 S für 1.496 Personen gegenüber.

Nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 sind im Falle einer Abwesenheit wegen Verkehrsbeschränkungen die entfallenen Bezüge über Antrag zu ersetzen. In dem Rechtsstreit zwischen der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ging es darum, ob die Netto- oder die Bruttobezüge zu refundieren sind. Das vom Besoldungsamt angestrengte Berufungsverfahren, über das bereits im Vorjahr berichtet wurde, wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz dahin gehend erledigt, daß dem Standpunkt des Besoldungsamtes vollinhaltlich Rechnung zu tragen ist. Der Stadt Wien sind daher nicht die Netto-, sondern die Bruttobezüge zu refundieren. Im Jahre 1983 wurde auf Grund dieser Entscheidung in 46 Fällen ein Vergütungsbetrag von insgesamt 459.283,75 S an die Stadt Wien überwiesen. Von dem im Jahre 1983 getroffenen Maßnahmen sind die Dienstgeberbelege über Auszahlung auf Bildschirm, die Erweiterung der Bildschirmtechnologie, die dezentrale Personaldatenverwaltung, die Neuorganisation des Fahrtkostenzuschusses, die Beschleunigung des Informationsflusses in Angelegenheiten der Haushaltszulage, die Vorlegung der Auszahlung der Landeslehrernebengebühren, der Einsatz der Lasertechnik beim Druck von Formularen und die Anhebung der Anzahl von Suchkriterien im Personalinformationssystem hervorzuheben.

Seit Juni 1983 werden die Abrechnungsdaten sowohl für Aktivbedienstete als auch für Pensionisten rollierend für einen Zeitraum von eineinviertel Jahren gespeichert und können über den Bildschirm jederzeit abgerufen werden. Der derzeitige Dienstgeberbeleg, der bisher als Unterlage im Besoldungsamt verbleibt, kann daher in weiterer Folge entfallen.

1983 wurden zwei von fünf Verrechnungsgruppen komplett mit Bildschirmen und Druckern ausgerüstet. Das Besoldungsamt verfügt mit Stand 31. Dezember 1983 somit über 22 Bildschirme und 6 Drucker. Die Geräte werden vorwiegend für die Aktenbearbeitung, die interne Revision und für die Erfassung von Neuzugängen bei Saisonarbeitern, Landeslehrern und in den Pensionsgruppen eingesetzt.

Die Neuorganisation der Erfassung einzelverrechneter Nebengebühren mittels Bildschirm wird in 34 Dienststellen mit sehr gutem Erfolg praktiziert. Die Verbesserung der Terminsituation, die Vorgabe bestimmter Daten, wie Personalnummern und Nebengebührenkennzahlen, und der Wegfall des Postweges haben sich sehr positiv ausgewirkt. Die Einbeziehung weiterer Großdienststellen, wie der Magistratsabteilung für Kanalisation und Entsorgungsbetrieb, der Wasserwerke, des Stadtgartenamtes, der Magistratsabteilung für Städtische Schulverwaltung sowie der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes, wäre wünschenswert.

Bezüglich der Erweiterung des Systems zur Erfassung der Krankenstände und Urlaube ist das Projekt fertig programmiert und steht unmittelbar vor dem ersten Einsatz. Zentral werden die Neuzugänge im Aufnahmedienst des Personalamtes erfaßt und die Personalnummern automatisch zugeordnet. Dem Aufnahmedienst steht dabei der Zentralindex einschließlich aller Personalbewegungen seit 1978 zur Auskunft zur Verfügung. Die erfaßten Daten werden nach der Eingabe sofort auf den zentralen Index übernommen, so daß alle Benützer des Zentralindex unmittelbar danach auf die Personaldaten zurückgreifen können.

Vom Besoldungsamt werden zur Zeit an zirka 2.000 Bedienstete monatlich durchschnittlich 630.000 S an Fahrtkostenzuschüssen gemäß § 29 Besoldungsordnung 1967 zu den Kosten der Fahrten zwischen Wohnung und Dienststelle ausbezahlt. Die Verwaltung dieses Sachgebietes wird ab Mai 1983 mit dem bestehenden System BVR zentral durchgeführt. Das System bietet außer dem Vorteil einer zentralen Verwaltung eine Vereinfachung bei generellen Fahrpreisänderungen, weil die Durchführung im Sinne einer rechtzeitigen Auszahlung viel rascher erfolgen kann.

Zur Wahrnehmung der Fristen in Angelegenheiten der Haushaltszulage sind Termine eingespeichert. Ab August 1983 werden auf Grund dieser Daten automatisch zwei Monate vorher Verständigungsschreiben an die betroffenen Bediensteten erstellt. Diese Serviceleistung führte zu einer wesentlichen Verbesserung der Verwaltung dieses Sachgebietes, so daß es nahezu zu keinen Korrekturzahlungen mehr kommt.

Die Nebengebühren der Wiener Landeslehrer wurden bisher im Rhythmus von zwei Monaten nach Leistung ausgezahlt. Auf Grund einer Anweisung des damaligen Stadtrates für Personal- und Rechtsangelegenheiten wurde die Auszahlung der Nebengebühren ab September 1983 auf einen Monat nach Leistung umgestellt.

Die Lasertechnik wird vorwiegend im Druckbereich eingesetzt, wobei die Möglichkeit besteht, einen Formularraster zusammen mit dem Inhalt in einem Arbeitsgang auszudrucken. Das Besoldungsamt ist bestrebt, alle noch in Verwendung stehenden Formulare soweit als möglich durch das moderne Verfahren zu ersetzen. Ab Oktober 1983 wird die SD 5002 — Nettoauszahlungsliste ausschließlich mit Lasertechnik erstellt.

Im Bestreben, das Personalinformationssystem so zu gestalten, daß möglichst alle Stellen, soweit sie Personaldaten verwalten, das Personalinformationssystem sinnvoll verwenden können, wurde die Anzahl der Suchkriterien auf 57 Möglichkeiten erweitert.

Trotz des ständig steigenden Arbeitsanfalles war infolge einer konsequenten Weiterführung von Rationalisierungsmaßnahmen kein zusätzliches Personal erforderlich, und die Zahl der Dienstposten wurde von 136 auf 134 vermindert.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Im Jahre 1983 fielen insgesamt 5.885 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 5.644 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 106 Agenden der Agrarbehörde und 7 Berufungen in Baumschutzangelegenheiten; 107 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 21 betrafen Unfallmeldungen.

1.858 Geschäftsstücke bezogen sich auf Wasserrechtsangelegenheiten, darunter betrafen 63 Einleitungen in obertägige Gewässer, 343 Versickerungen und 284 Grundwasserentnahmen; 112 Geschäftsstücke bezogen sich auf Baggerungen, Anlagen im Hochwasserabflußbereich bzw. Brücken und dergleichen, weitere 213 Geschäftsstücke auf Beanstandungen, Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Ölunfälle u. dgl.

Im Wasserbuch wurden 62 Neueintragungen und 21 Löschungen vorgenommen. 20 Wasserbuchänderungsbescheide wurden erlassen und 60 Wasserbuchbescheidentwürfe (vorläufige Eintragungen) ausgearbeitet. Am 31. Dezember 1983 betrug der Stand an aufrechten Wasserbucheintragungen 2.068, an Lagerbucheintragungen 1.143.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies wurden gemäß § 31 a Wasserrechtsgesetz 1959 680 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1983 15.168 aufrechte Bewilligungen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 2.583 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 126 Geschäftsstücke auf Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 568 auf Ausstellung oder Änderung von Schiffspatenten, 61 auf Ausstellung von Fahrtüchtigkeitszeugnissen sowie Überprüfungen und 1.402 auf die Zuweisung oder Zurücklegung von Kennzeichen. 408 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen sowie die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten. Zur Schiffsführerprüfung wurden 333 Bewerber zugelassen, wovon 32 eine Erweiterung ihrer Berechtigung anstrebten. Bei elf abgehaltenen Prüfungen wurden 286 Kandidaten geprüft, davon bestanden 269 die Prüfung.

Mit Ende des Jahres 1983 hatten 9.187 Motorboote ihren Standort in Wien, wovon 168 Boote im öffentlichen Dienst standen. Außerdem wurde der Überprüfung der Verkehrssicherheit vor allem älterer Boote wieder ein verstärktes Augenmerk gewidmet.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 267 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

Die im Vorjahr begonnene Gewässerbeschau des Wienflusses wurde fortgesetzt.

Die Abteilung hat wieder in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden und vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechtes vertreten sowie die Magistratsabteilungen Brückenbau und Grundbau, Kanalisation und Entsorgungsbetrieb, Wasserwerke und Wasserbau und die Wiener Stadtwerke beraten. Die wichtigsten Projekte waren die Hochquellenleitungen und Quellschutzgebiete, die III. Wiener Wasserleitung, der „Verbesserte Donauhochwasserschutz für Wien" sowie der Beginn von Verhandlungen über das Donaukraftwerk Hainburg.

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 406 Kontrollen in 358 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Betroffen waren 215 Gartenbau- sowie 101 Weinbaubetriebe, 26 gemischte bäuerliche Betriebe, 3 Forstbetriebe und 13 sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Bei den Kontrollen wurden insgesamt 267 Beanstandungen getroffen. Zur Abstellung der festgestellten Mängel und sicherheitstechnischen Gefahren wurden 161 Aufträge erteilt.

Zur Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion an 57 baubehördlichen Genehmigungsverfahren teilgenommen und 17 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen schriftliche Gutachten abgegeben.

In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 10 Lehrlingskontrollen durchgeführt und bei der Anerkennung von Lehrherren und Lehrbetrieben an 4 kommissionellen Überprüfungen teilgenommen.

Wegen der alljährlich hohen Anzahl von tödlichen Arbeitsunfällen durch Gärgas in der österreichischen Landwirtschaft wurde unter Mitwirkung der Wiener Landwirtschaftskammer und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern eine gezielte Schwerpunktaktion durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktion wurden in den Wiener Weinbaugebieten während der Zeit der Weinlese bzw. Gärzeit 68 Weinbaubetriebe und 56 Gärkeller auf die Wirksamkeit der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen gegen die Gefahren von Gärgas kontrolliert. Zur Aufklärung über diese Gefahren wurden durch Mithilfe der örtlichen Weinbauvereine 600 Merkblätter und selbstklebende Warnschilder an den betroffenen Personenkreis verteilt.

Im Jahre 1983 ereignete sich in den Wiener land- und forstwirtschaftlichen Betrieben kein tödlicher Arbeitsunfall.

Auf Grund des Art. III der Landarbeitsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 82/1983, die eine Änderung der urlaubsrechtlichen Bestimmungen zum Inhalt hatte, war ein entsprechendes Landesausführungsgesetz zu erlassen. Der Wiener Landtag hat daher am 30. September 1983 die Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1983 beschlossen. Dieses Gesetz wurde im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 39/1983 kundgemacht.

Entsprechend der Geschäftsordnung der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz hat am 10. Mai 1983 die 3. Sitzung dieser Kommission stattgefunden.

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden 136 Gutachten für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben. Davon entfielen 8 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes, 15 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 24 auf die Zuverlässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald-und-Wiesen-Gürtel bzw. Grünland-Ländliches Gebiet, 22 auf Grundabteilungen in diesen Gebieten, 17 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 38 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 12 auf Gutachten zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen. Für die Befundaufnahme dieser Gutachten waren 111 Ortserhebungen bzw. Lokalaugenscheine erforderlich.

Bei der in der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz waren 106 (1982: 69) Anträge auf Anerkennung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahmen nach dem Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetz anhängig. Im Zuge dieser Verfahren hat das agrartechnische Referat 151 Betriebserhebungen, Ortsaugenscheine und sonstige Ermittlungen durchgeführt und 98 gutachtliche Stellungnahmen abgegeben.

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet.

Für die am 6. März 1983 abgehaltene Wahl der Mitglieder für die Vollversammlung der Wiener Landwirtschaftskammer hat die Abteilung die Bürogeschäfte der Landeswahlbehörde geführt und auch einen großen Teil der Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Dabei waren innerhalb kurzer Zeit rund 260 Eintragungs- und Streichungsbegehren im Zuge des Reklamationsverfahrens zu bearbeiten und zu erledigen.

Einvernehmlich mit der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle wurden bei der Wiener Landwirtschaftskammer eine Ausbildungsvorschrift und eine Prüfungsordnung für das Sondergebiet „Gartenbau" ausgearbeitet, die am 25. Mai 1983 von der Wiener Landesregierung genehmigt und im „Amtsblatt der Stadt Wien" Nr. 27/1983 kundgemacht wurden.

Der Ablauf der Funktionsperiode der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Einigungskommission und der Obereinigungskommission nach der Wiener Landarbeitsordnung machte eine Neubestellung erforderlich, die mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 8. November 1983 durchgeführt wurde.

Im Veterinärwesen wurden wie alljährlich in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen für Nutzschweine und die halbjährlichen für Geflügel ausgearbeitet. Weiters waren verschiedene Tarifregulierungen im Bereich des Veterinärwesens sowie des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx vorzubereiten, die in dem auf Grund des Fleischuntersuchungsgesetzes, BGBl. Nr. 522/1982, ausgearbeiteten Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes über tierärztliche Untersuchungsgebühren sowie in dem Entwurf eines Entgeltetarifes, betreffend die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen in St. Marx, und im Entwurf einer Kundmachung des Magistrates der Stadt Wien über die Entgelte für die Dienstleistungen des städtischen Markthelferpersonals auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx und dem Wiener Kontumazmarkt ihren Niederschlag gefunden haben. Auf Grund des Fleischuntersuchungsgesetzes wurde darüber hinaus der Entwurf einer Verordnung über die Kontrolluntersuchung ausgearbeitet, der dem Begutachtungsverfahren unterzogen und vom Herrn Bürgermeister am 23. März 1983 genehmigt wurde. Die Kontrolluntersuchungsverordnung wurde im „Amtsblatt der Stadt Wien" Nr. 14/1983 verlautbart.

Mit Verordnungen des Landeshauptmannes vom 22. April 1983, LGBl. für Wien Nr. 24/1983 und LGBl. für Wien Nr. 25/1983, wurden Untersuchungen von Rinderbeständen auf Rinderleukose und von bangfreien Rinderbeständen auf Brucellose (abortus bang) angeordnet.

Der Abteilung oblag bis 9. Juni 1983 im Rahmen der Vollziehung des Wiener Baumschutzgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 27/1974, die Erledigung allgemeiner und grundsätzlicher Angelegenheiten sowie die Bearbeitung von Berufungen und die Vorlage von Erledigungsentwürfen an den Berufungssenat.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1983 37 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 19.946 ha. Die Jagd ruht auf einer Fläche von 2.839 ha (Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen).

Für die neue Jagdperiode, die vom 1. Jänner 1984 bis zum 31. Dezember 1992 dauern wird, waren die Jagdgebiete neu festzusetzen.

Schon zu Beginn des Jahres 1983 traten drei Verordnungen in Kraft, die im Gefolge der vorjährigen Novellierung des Wiener Jagdgesetzes notwendig geworden waren. Es sind dies die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 21. Dezember 1982, betreffend die Jagdprüfung und die Jagdaufseherprüfung sowie Dienstausweis, Dienstabzeichen und Gelöbnis von Jagdaufsehern, LGBl. für Wien Nr. 1/1983, die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 21. Dezember 1982, betreffend die Kennzeichnung der Greifvögel, LGBl. für Wien Nr. 2/1983, und die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 21. Dezember 1982, betreffend den Abschußplan und die Abschußliste, LGBl. für Wien Nr. 3/1983. Die Entwürfe einer Verordnung, betreffend die Schonzeiten der jagdbaren Tiere, und einer Verordnung, betreffend die Mindestversicherungssummen für die Jagdhaftpflichtversicherung, wurden ausgesendet.

In Wien bestehen derzeit 34 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.141,60 ha.

Im Jahre 1983 wurde der Entwurf einer Novelle zum Wiener Fischereigesetz fertiggestellt. In diesem Entwurf wurde eine Reihe von Bestimmungen dem derzeitigen Stand der Rechts- und Verfassungslehre entsprechend gestaltet und darüber hinaus in sachlicher Hinsicht eine Anpassung an die heute maßgebenden Erfordernisse vorgenommen. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die Neufassung des gesamten Abschnittes über die Regelung der Fischereiaufsicht, auf die Einführung einer obligatorischen Fischereiaufseherprüfung und auf die Übertragung der Ausstellung von Fischerkarten und Fischergastkarten an den Wiener Fischereiausschuß hingewiesen. Des weiteren soll durch die Möglichkeit der Ausübung der Fischerei durch Kinder ab dem sechsten Lebensjahr den Fischereivereinen die Gelegenheit geboten werden, eigene Jugendgruppen aufzubauen.

Gleichzeitig wurden drei Verordnungsentwürfe ausgearbeitet, die eine Neuregelung der Schonzeiten und Mindestmaße der Fische und Krebse, eine Überarbeitung der bisherigen Bestimmungen, betreffend den Fischereikataster und die Fangstatistik, sowie neue Vorschriften hinsichtlich der Prüfung, der Legitimation, des Dienstabzeichens sowie des Gelöbnisses von Fischereiaufsichtsorganen beinhalten.

Die 1980 begonnenen Arbeiten an einer Novelle zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978, LGBl. für Wien Nr. 2/1978, wurden fortgesetzt, ebenso die an einer neuen Gartenschutzkundmachung.

Marktamt

Im Jahre 1983 traten folgende gesetzliche Bestimmungen in Kraft, die von der Abteilung bei ihrer Tätigkeit zu beachten waren:

Bundesgesetz vom 7. Oktober 1982 über die Schlachttier- und Fleischuntersuchung (Fleischuntersuchungsgesetz), BGBl. Nr. 522/1982;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 9. Dezember 1982 über den Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe des Großhandels mit Drogen und Pharmazeutika, BGBl. Nr. 10/1983;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 1. Dezember 1982 über die Zulassung von pharmakologisch wirksamen Stoffen für kosmetische Mittel, BGBl. Nr. 12/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 14. Jänner 1983 über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltswäschetrocknern, BGBl. Nr. 38/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 14. Jänner 1983 über die Kennzeichnung netzbetriebener Farbfernsehgeräte mit und ohne Bereitschaftsstellung, BGBl. Nr. 39/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 24. Jänner 1983, mit der die Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung geändert wird, BGBl. Nr. 68/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Februar 1983, betreffend ordnung über die Ausübungsregeln für Immobilienmakler geändert wird, BGBl. Nr. 69/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Jänner 1983, mit der die Verordnung über die Kennzeichnung flüssiger händischer Geschirrspülmittel geändert wird, BGBl. Nr. 70/1983;

Bundesgesetz vom 3. Februar 1983 über die wöchentliche Ruhezeit und die Arbeitsruhe an Feiertagen (Arbeitsruhegesetz — ARG), BGBl. Nr. 144/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Februar 1983 betreffend, Änderung der Verordnung, mit der die Herausgabe von Preisempfehlungen untersagt wird, BGBl. Nr. 145/1983;

Bundesgesetz vom 2. März 1983, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz — VStG 1950 geändert wird, BGBl. Nr. 176/1983;

Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Herstellung und das Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz), BGBl. Nr. 185/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 7. April 1983 über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Hohlglasveredler einschließlich der Glasgraveure, BGBl. Nr. 258/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 22. April 1983, mit der die Waschmittelkennzeichnungsverordnung 1974 geändert wird, BGBl. Nr. 267/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Februar 1983 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Kraftfahrzeugmechaniker (Kraftfahrzeugmechaniker-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 278/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 5. Mai 1983, mit der die Grundpreisauszeichnungsverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 279/1983;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 3. Mai 1983 über die Hygiene bei der Gewinnung und Verarbeitung von Fleisch (Fleischhygieneverordnung), BGBl. Nr. 280/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 28. Juni 1983 über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Berater in Versicherungsangelegenheiten, BGBl. Nr. 374/1983;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 12. Juli 1983 über die Ausbildung von Aufsichtsorganen, BGBl. Nr. 397/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Juli 1983, mit der die Verordnung über die Kennzeichnung verpackter kosmetischer Mittel geändert wird, BGBl. Nr. 418/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 5. August 1983, mit der die Verordnung über die Einbeziehung von Bier und Hühnereiern in das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis geändert wird, BGBl. Nr. 426/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983 über die Kennzeichnung von Gas-Haushaltsbackrohren, BGBl. Nr. 490/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983 über die Kennzeichnung von Gas-Haushaltswarmwasserspeichern, BGBl. Nr. 491/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983, mit der die Verordnungen über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltsbacköfen, über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltsgeschirrspülmaschinen für Kaltwasseranschluß und über die Kennzeichnung automatischer Elektro-Haushaltswaschmaschinen für Kaltwasseranschluß geändert werden, BGBl. 492/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 14. Juli 1983 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Kraftfahrzeugelektriker (Kraftfahrzeugelektriker-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 551/1983;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 31. Oktober 1983, mit der die Lebensmittelimportmeldeverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 553/1983;

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 17. Oktober 1983, mit der die Dampfkesselverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 578/1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Jänner 1983, betreffend Preisbestimmung für Zucker, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 25 vom 1. Februar 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. März 1983, betreffend Preisbestimmung für Gasöl für Heizzwecke (Ofenheizöl), Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 63 vom 17. März 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. März 1983, betreffend Preisbestimmung für Gasöl für Heizzwecke (Ofenheizöl), Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 71 vom 26. März 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. Juni 1983, mit der feste mineralische Brennstoffe befristet von der Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 149 vom 30. Juni 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. Juni 1983, mit der Motor- und Getriebeöl befristet von der Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 149 vom 30. Juni 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 30. Juni 1983, mit der Fahrbenzin und Superfahrbenzin befristet von der behördlichen Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 150 vom 1. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Milch, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 152 vom 3. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Vorzugsmilch (Kindermilch, roh), Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 152 vom 3. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1983, betreffend Regelung der Erzeugerpreise und der Handelsspannen für Roggen und Weizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 158 vom 10. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1983, mit der die Verordnung betreffend Preisbestimmung für importierten Durumweizen aufgehoben wird, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 158 vom 10. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1983, betreffend Preisbe-

stimmung für inländischen Durumweizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 158 vom 10. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Mahlprodukte aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 171 vom 26. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. Juli 1983 betreffend, Preisbestimmung für Schrote, Vollmehle und Grahammehl, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 171 vom 26. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Steinmetz-Spezialmehl aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 171 vom 26. Juli 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Schwarzbrot, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 176 vom 31. Juli 1983;

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 28. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 182 vom 7. August 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 28. Oktober 1983, mit der die Verordnung betreffend Preisbestimmung für Gasöl für Heizzwecke (Ofenheizöl) aufgehoben wird, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 251 vom 29. Oktober 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Schrote, Vollmehle und Grahammehl, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Vorzugsmilch (Kindermilch, roh), Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Milch, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Steinmetzmehl und Steinmetz-Spezialmehl aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Schwarzbrot, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Mahlprodukte aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 292 vom 18. Dezember 1983;

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Zucker, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 296 vom 23. Dezember 1983;

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 19. Dezember 1983, betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, Amtsblatt zur „Wiener Zeitung" Nr. 1 vom 1. Jänner 1984;

Gesetz vom 10. Dezember 1982, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 8/1983;

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 17. Februar 1983, betreffend Änderung der Verordnung, mit der Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbe der Blumenbinder in Verkaufsstellen auf Bahnhöfen getroffen werden, LGBl. für Wien Nr. 13/1983;

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 30. März 1983, MA 63 — Allg. 125/83, mit der die Marktgebiete und Markttage der im Jahre 1983 stattfindenden Kirchweihmärkte festgelegt werden (Kirchweihmärkteverordnung 1983), „Amtsblatt der Stadt Wien" vom 28. April 1983, Heft 17;

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 4. November 1983, MA 63 — Allg. 670/83, mit der die Marktgebiete der Adventmärkte im Stadtgebiet von Wien für das Jahr 1983 festgelegt werden (Adventmärkteverordnung 1983), „Amtsblatt der Stadt Wien" vom 1. Dezember 1983, Heft 48.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 4. November 1983, MA 63 — Allg. 700/83, mit der die Marktgebiete für bestimmte Gelegenheitsmärkte festgelegt werden (Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1983), „Amtsblatt der Stadt Wien" vom 1. Dezember 1983, Heft 48.

Im Jahre 1983 bestanden in Wien rund 19.047 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Kontrolltätigkeit der Lebensmittelpolizei war grundsätzlich auf den Revisions- und Probenplan des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz abgestellt. 45.767 Revisionen, davon 4.023 von der Magistratsabteilung für das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt und den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx (MA 60) wurden durchgeführt. Auf Grund des Lebensmittelgesetzes wurden 16.664 Proben, davon 203 von der MA 60, von Lebensmitteln, Verzehrprodukten, Zusatzstoffen, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen gezogen.

Die Untersuchungen der öffentlichen Wiener Trinkwasserversorgung und von Einzelversorgungsanlagen

(Siedlerbrunnen) führte die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien durch, und zwar bei ersterer täglich, bei letzteren in bescheidmäßig festgesetzten Abständen. Im Jahre 1983 fielen insgesamt 7.058 hygienische Trinkwasseruntersuchungen an, so daß sich die Probenziehung durch Organe der Abteilung auf 39 Fälle (Mineralwasser) beschränken konnte.

Über Ersuchen von Gewerbetreibenden wurden 5.220 Warenproben (davon rund 55% Importwaren) gezogen, wodurch diese Waren noch vor ihrer Inverkehrsetzung einer Untersuchung zugeführt werden konnten.

Von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung und von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien wurden 4.792 Proben beanstandet, die zum Teil schon im Jahre 1982 entnommen worden waren. Dabei wurde in 499 Fällen der Verdacht auf Gesundheitsschädlichkeit, in 1.290 Fällen auf Verdorbenheit, in 115 Fällen auf Nachmachung, in 1.286 Fällen auf Verfälschung, in 688 Fällen auf Falschbezeichnung, in 170 Fällen auf Wertminderung, in 743 Fällen auf Übertretung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung und in 367 Fällen auf Übertretung sonstiger lebensmittelrechtlicher Vorschriften ausgesprochen. Öfters wurden Proben aus mehreren Gründen beanstandet. Wie in den vorangegangenen Jahren ergaben sich die meisten Beanstandungen, nämlich 1.818, bei Fleisch- und Wurstwaren.

Wegen des Verdachtes strafbarer Handlungen nach dem Lebensmittelgesetz wurden an die Staatsanwaltschaft bei den zuständigen Gerichten 2.305 und an Verwaltungsbehörden 984 Anzeigen erstattet.

Im Jahre 1983 sind Verurteilungen mit einem Strafbetrag von insgesamt 1,769.380 S durch Gerichte bekanntgeworden. Im Verwaltungsstrafverfahren wurden Geldstrafen in der Höhe von 337.840 S verhängt.

Großbetriebe wurden vorwiegend mit den vier der Abteilung zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeugen revidiert. Andere Lebensmittelbetriebe wurden, wenn es notwendig war, in den Abendstunden, Gastgewerbebetriebe, Buschenschenken und Nachtwürstelstände usw. auch in den Nachtstunden kontrolliert. Bei insgesamt 764 Fahrten wurden 4.552 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und auf Grund unmittelbarer Wahrnehmungen 1.315 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Außerdem wurden wegen hygienischer Mißstände 302 Organstrafmandate verhängt.

Im Rahmen eines Schwerpunktprogramms wurden nach dem Lebensmittelgesetz 1975 von Fleischspeisen und Waren in Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung 252 Proben entnommen, 63 davon beanstandet. Von den gleichgenannten Produkten wurden in Gastgewerbebetrieben 235 Proben gezogen und 94 davon beanstandet. In 57 Proben wurde rohes Faschiertes in Fleischhauereien wegen des Verdachtes auf Verdorbenheit kontrolliert, davon mußten 18 beanstandet werden. Von Frankfurtern, Feiner Extra und Knackern wurden in Fleischhauereien wegen des Verdachtes der Verarbeitung von Separatorenfleisch 206 Proben gezogen, 28 waren zu beanstanden. Selchwaren wurden in Fleischhauereien und im Lebensmittelhandel zur Osterzeit wegen des Verdachtes auf überhöhten Wassergehalt bzw. auf Verdorbenheit in 38 Proben geprüft, 14 davon beanstandet. Geflügel wurde in den einschlägigen Betrieben und auf Landparteienplätzen wegen des Verdachtes auf Verdorbenheit in 190 Proben kontrolliert, 42 mußten beanstandet werden. In 60 Proben wurden Feinbackwaren mit Nuß- und Mohnfüllen in den einschlägigen Betrieben wegen des Verdachtes auf Verdorbenheit geprüft, keine Probe war jedoch zu beanstanden. Speiseöle und Speisefette wurden in Betrieben des Gastgewerbes wegen des Verdachtes auf Verdorbenheit in 261 Proben kontrolliert, 52 Proben davon beanstandet. Sauce Tatare wurde in gleich genannten Betrieben wegen des Verdachtes auf Verfälschung in 30 Proben geprüft, wovon keine zu beanstanden war. Zur Weihnachtszeit wurden Fische wegen des Verdachtes auf Befall von Nematoden bzw. auf Verdorbenheit in 224 Proben geprüft, davon waren 7 zu beanstanden. Von Studentenfutter, Nüssen und Trockenobst wurden in einschlägigen Betrieben wegen des Verdachtes auf Verdorbenheit 100 Proben gezogen, 3 davon mußten beanstandet werden. In 18 Proben wurden ausländische Biersorten in Betrieben von Importeuren hinsichtlich des Stammwürzgehaltes kontrolliert, wovon 2 zu beanstanden waren. Slibowitz wurde in 35 Proben wegen des Verdachtes der Verfälschung geprüft, dabei war jedoch keine Beanstandung auszusprechen. Von Orangensaft wurden 10 Proben wegen des Verdachtes der Überstreckung der Konzentrate gezogen, davon mußte eine Probe beanstandet werden. Bei Gemüse wurde in 160 Proben der Nitratgehalt überprüft, dabei kam es zu keiner Beanstandung. Karfiol wurde nach dem Qualitätsklassengesetz in 893 Revisionen kontrolliert, dabei mußten 127 Verwarnungen ausgesprochen und 41 Anzeigen gemacht werden. In einem Schwerpunktprogramm wurden nach § 20 Lebensmittelgesetz 1975 Brot und Gebäck in 313 Revisionen überprüft und dabei 47 Verwarnungen erteilt, 25 Organstrafmandate verhängt und 2 Anzeigen erstattet.

Desgleichen wurden Faschingskrapfen, die auf der Straße verkauft wurden, in 85 Revisionen überprüft, dabei 6 Verwarnungen ausgesprochen, 4 Organstrafmandate verhängt und 7 Anzeigen gemacht. Außerdem wurden 12 Proben zur radiologischen Untersuchung abgenommen. Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden nach dem Qualitätsklassengesetz 327, dem Bazillenausscheidergesetz 1.170, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 519 und der Speiseeisverordnung 62 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Alle lebensmittelführenden Betriebe mußten von 0 bis 24 Uhr mit Revisionen des Marktamtes rechnen.

Im Laboratorium des Marktamtes wurden 43 Proben für das Beschaffungsamt begutachtet. Bei kommissionellen Überprüfungen wurden 664 Wurstproben und 284 Weinproben einer Voruntersuchung unterzogen. Auf Grund der Begutachtung wurden nur solche Proben der Untersuchung durch die Bundesanstalt für Lebensmit-

teluntersuchung und -forschung bzw. durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien zugeführt, die voraussichtlich zu beanstanden waren.

Bei den ständigen Kontrollen des Marktamtes wurde wie bisher auf die Hygiene im Lebensmittelverkehr in hohem Ausmaß Bedacht genommen. Im Jahre 1983 wurden 1.362 Organstrafmandate verhängt und 320 Anzeigen an die Verwaltungsbehörden erstattet.

Mit Vertretern des Gesundheitsamtes, des Veterinäramtes, der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung wurden weiterhin gemeinsam Revisionen durchgeführt. Auf Grund telephonischer Verständigungen der Bezirksgesundheitsämter, daß in Lebensmittelbetrieben Salmonellenausscheider festgestellt wurden, erfolgten durch die zuständigen Marktamtsabteilungen unverzüglich entsprechende Kontrollen. Dabei wurden 36 Proben entnommen; es war jedoch keine mit Salmonellen kontaminiert.

Durch die Amtstierärzte des Veterinäramtes wurden 211 Fleischhauerbetriebe, vor allem auf die Einhaltung der Bestimmungen des § 20 Lebensmittelgesetz 1975 hin, überprüft. In 79 Betrieben wurden keine Hygienemängel festgestellt. In 132 Betrieben mußten Beanstandungen ausgesprochen werden, die, je nach Lage des Falles, sofort oder nach festgesetzten Fristen — mit Ausnahme derjenigen Fälle, deren Fristablauf im Jahre 1984 liegt — behoben wurden. In zwei Fällen wurden Anzeigen wegen Übertretung des § 20 Lebensmittelgesetz 1975 erstattet. Mit den Amtstierärzten wurden 21 Kontrollen gemeinsam durchgeführt. Gemäß § 39 Abs. 7 Lebensmittelgesetz 1975 mußten in 112 Fällen Waren vernichtet und gemäß § 40 Lebensmittelgesetz 1975 in 17 Fällen beschlagnahmt werden. Auf Grund entsprechender Verfügungen der Gerichte bzw. Verwaltungsbehörden und über Ersuchen von Parteien wurden 821,28 kg animalische Lebensmittel, 239.897,7 kg vegetabilische Lebensmittel, 227 kg Pilze und 375 kg sonstige Lebensmittel außer Verkehr gesetzt.

In 260 Amtshandlungen wurden auf Märkten 7654,50 kg Pilze beschaut. Im Jahre 1983 suchten wieder Pilzsammler bei den Dienststellen der Abteilung um Rat. Es wurden 1.717 Pilzbegutachtungen durchgeführt, dabei rund 881 kg Pilze beschaut. 82 Fälle mit Giftpilzen und 663 Fälle mit ungenießbaren, wertlosen bzw. verdorbenen Pilzen konnten festgestellt werden.

Im Jahre 1983 trat keine Massen-Lebensmittelvergiftung auf.

In 30 Vorträgen von Vertretern der Marktamtsdirektion wurden 514 Personen, darunter leitende Angestellte der Lembacher-GesmbH, Konditoren vor Ablegung der Meisterprüfung, Lehrer der berufspädagogischen Akademie des Bundes, Schüler frauenwirtschaftlicher Anstalten und Lehrlinge der Stadt Wien, mit den Aufgaben des Marktamtes wie mit den Problemen und der Hygiene im Lebensmittelverkehr vertraut gemacht.

Im Rahmen des Österreichischen Städtebundes wurde am 17. und 18. Mai in Bregenz und am 18. und 19. Oktober in Wels über aktuelle lebensmittelpolizeiliche Probleme und Angelegenheiten der Marktverwaltung beraten. Im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung fanden am 16. Juni in Wien und am 15. September in Eisenstadt Expertenbesprechungen statt, an denen Vertreter der Bundesländer teilnahmen.

Die Abteilung verfügt bei vollem Personalstand über 94 gemäß § 35 Lebensmittelgesetz 1975 bestellte Aufsichtsorgane. Bewirkt durch Personalabgänge, stand, wie auch schon in den Jahren 1980, 1981 und 1982, der Abteilung diese Zahl von ausgebildeten Aufsichtsorganen nicht das ganze Jahr über zur Verfügung. Im Jahre 1983 befanden sich in den Reihen der Marktamtsbeamten 14 Bedienstete ohne entsprechende Ausbildung nach dem Lebensmittelgesetz 1975.

Zur Intensivierung der Lehrlingsausbildung wurden neun Lehrlinge über die Tätigkeit der Abteilung informiert und die Einrichtungen des Großmarktes Wien-Inzersdorf besichtigt.

Für die ständige Ausstellung des Marktamtes herrschte weiterhin reges Interesse.

Im Zuge der Preisbeobachtung und Preisüberwachung sowie anderer Maßnahmen des Konsumentenschutzes wurden neben den ständigen Kontrollen im Sinne der Bestimmungen des Preisgesetzes — meist über Weisung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie — Preiserhebungs- und Überprüfungsaktionen, zum Teil gemeinsam mit der Wirtschaftspolizei, durchgeführt und dabei insgesamt 4.555 Einzelkontrollen vorgenommen: So wurden im Februar in 397 Blumenfachgeschäften Preisanschreibungskontrollen durchgeführt, dabei 15 Anzeigen gemacht. Im März erfolgten Kontrollen in 1.050 Friseurbetrieben, wobei es zu 124 Anzeigen kam. Zu Preiserhebungen und -kontrollen in 792 Gastgewerbebetrieben kam es im Mai, wobei 16 Anzeigen erstattet wurden. Im Juni wurden in 65 Versorgungsbetrieben im Bereich von Bädern und Wildbadeplätzen Überprüfungen durchgeführt und dabei 4 Anzeigen gemacht. Im September kam es bei Erhebungen in 361 Fleischerbetrieben zu 15 Anzeigen, im November im Zuge von Kontrollen in 931 Blumenverkaufsstellen zu 7 Anzeigen. Im Dezember wurden wieder Kontrollen über die Preisausschreibung in den Wiener Hauptgeschäftsstraßen in 959 Betrieben durchgeführt, wobei 37 Anzeigen erstattet werden mußten.

Für die Herausgabe der Marktamtsausweise waren überdies weitere Preiserhebungen erforderlich, die wöchentlich bzw. monatlich in einer für die Wiener Preissituation repräsentativen Anzahl von Lebensmittel- und Fleischerbetrieben (rund 170 Lebensmittel- und 135 Fleischerbetriebe) sowie zusätzlich in etwa 140 auf den großen Märkten etablierten Viktualienbetrieben durchgeführt wurden. Im Dezember 1983 wurden aus diesen

Preiserhebungen einzelne gängige Lebensmittel für Preisvergleiche nach Einführung der erhöhten Umsatzsteuer herausgezogen und außerdem für den gleichen Zweck in zwei Bezirken Preiserhebungen im Gastgewerbe sowie in Parfümerien und Drogerien durchgeführt; die Kontrollüberprüfung wird im Februar 1984 vorgenommen werden. In weiteren 303 Betrieben wurden gleichfalls für statistische Zwecke, nämlich für die Berechnung des Verbraucherpreisindex, monatlich die Verbraucherpreise für eine große Anzahl verschiedener Produkte (rund 550 Warenpositionen) erhoben.

Verschiedene Unzukömmlichkeiten und Mißstände, die sich im Zusammenhang mit den im Raum des Mexikoplatzes im 2. Bezirk etablierten Kleinhandelsbetrieben ergaben, machten wieder eine besondere marktamtliche Überprüfung erforderlich. Im Juni wurden durch eine Einsatzgruppe insgesamt zwei Kontrollaktionen durchgeführt, in deren Verlauf 26 Betriebe überprüft und 25 Anzeigen, davon 8 Anzeigen nach dem Preisgesetz, erstattet wurden.

Im Einvernehmen mit der Wirtschaftspolizei wurden die von der Abteilung anläßlich des Papstbesuches bewilligten 205 Straßenstände sowie die sonstigen Verkaufs- bzw. Verabreichungseinrichtungen im Bereich der Veranstaltungsorte überprüft. Hiebei wurden 11 Anzeigen, davon 2 Anzeigen nach dem Preisgesetz, erstattet.

An den vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie am 28. und 29. April in Linz sowie am 3. und 4. November in Wien veranstalteten Frühjahrs- und Herbsttagungen der Landespreisbehörden nahm auch ein Vertreter der Abteilung teil, über dessen Anregung bei diesen Tagungen auch verschiedene Fragen der Preisüberwachung diskutiert wurden.

Neben der Preisbeobachtung und -überwachung wurden auch verschiedene Überprüfungen im Sinne der diversen Konsumentenschützvorschriften — das sind z. B. die auf Grund des § 32 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) erlassenen Verordnungen (beispielsweise Kosmetikakennzeichnungsverordnung, Textil- und Textilpflegekennzeichnungsverordnung, Waschmittelkennzeichnungsverordnung, Grundpreisauszeichnungsverordnung usw. — sowie manche Bestimmungen des Nahversorgungs- und des Konsumentenschutzgesetzes durchgeführt.

Im Jahre 1983 waren 590 Straßenstandangelegenheiten (1982: 640) anhängig. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurden 202 Augenscheinsverhandlungen (1982: 216) durchgeführt. Ferner erhöhte sich die Gesamtzahl der von der Abteilung genehmigten transportablen Straßenstände auf öffentlichen Verkehrsflächen von bisher 440 auf 478; die Anzahl der Würstelstände und Straßenbüffets stieg von 166 auf 171. Außerdem wurden anläßlich des Aufenthaltes des Papstes in Wien weitere 205 kurzzeitige Straßenstandbewilligungen für die Versorgung der Besucher der Veranstaltungen erteilt.

Zur Prüfung der Bedarfslage im Taxigewerbe wurden über Antrag des Verwaltungsgerichtshofes im Juni Erhebungen durchgeführt.

Die vier in Wien bestehenden Funktaxigemeinschaften wurden durch 213 fingierte Fahrtaufträge überprüft und bei den Taxistandplätzen 939 Erhebungen vorgenommen.

Insgesamt waren im Jahre 1983 33.046 Gewerbeangelegenheiten anhängig (1982: 31.741). Im Zuge der gewerbepolizeilichen Überwachung und Überprüfung der einschlägigen Betriebe wurden insgesamt 2.958 Anzeigen erstattet (1982: 3.026).

Im Rahmen der normalen Kontrolltätigkeit wurden die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Maße, Gewichte und Meßgeräte überprüft. Wegen Übertretung der Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes mußten 338 Strafanzeigen (1982: 393) erstattet werden.

Die Vorarbeiten für den Bau der U-Bahn-Linie 3 wurden im Streckenabschnitt zwischen den Stationen Kundmanngasse und Landstraße intensiviert und mit Jahresende zum Abschluß gebracht, so daß im Jänner 1984 planmäßig die eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden können. Da durch die Errichtung dieser U-Bahn-Teilstrecke die im 3. Bezirk befindlichen Detailmärkte betroffen waren, war mit den Vorbereitungsarbeiten ein größerer Arbeitsaufwand verbunden. So wurde im Landstraßer Markt die zur Platzbeschaffung für die Errichtung der Ersatzkühlräume im Marktobergeschoß erforderliche Absiedlung einer Reihe von Ständen planmäßig durchgeführt, mit den eigentlichen Bauarbeiten für das Kühlhaus zeitgerecht begonnen und die Neuaufteilung der Ersatzkühlräume im Einvernehmen mit den betroffenen Marktparteien vorgenommen. Für die im Zuge der U-Bahn-Bauarbeiten gleichfalls geplante Anbindung des Marktes an das Verteilergeschoß der U-Bahn-Station Landstraße durch den Bau eines bis ins Obergeschoß dieses Marktes führenden Liftes wurde die baubehördliche Bewilligung bereits erteilt.

Die Verlegung des Augustinermarktes in ein gegenüber seinem bisherigen Standort gelegenes Provisorium ist im Jahre 1983 ebenfalls in ein konkretes Stadium getreten. Hinsichtlich der Zuweisung und Ausgestaltung der provisorischen Marktstände konnte ein weitgehendes Einverständnis mit allen betroffenen Marktparteien erzielt werden. Mit den eigentlichen Vorarbeiten für die Errichtung des Marktprovisoriums wurde termingemäß begonnen, so daß mit einer planmäßigen Übersiedlung des Marktes im April 1984 gerechnet werden kann.

Die Arbeiten an der Umgestaltung des Gersthofer Platzls wurden auch 1983 nicht beendet, eine wesentliche Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Gersthofer Marktes trat durch diese Bautätigkeit nicht ein. Erst

1984 wird die im Zuge der Neugestaltung des Marktes geplante Übersiedlung von drei Marktständen und des Expedites der Wiener Verkehrsbetriebe abgeschlossen sein.

Neben diesen umfangreichen Maßnahmen wurden 1983 noch Planungsvorbereitungen für eine Reihe kleinerer, vorwiegend das Erscheinungsbild von Märkten betreffende Vorhaben (Baumpflanzungen auf Marktgebieten, Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit Fußgängerzoneneinrichtungen in Marktbereichen, Neuaufteilung von Marktplätzen usw.) auf einigen Wiener Detailmärkten, wie dem Karmelitermarkt, Kutschkermarkt und Meidlinger Markt, durchgeführt. Wie in den vergangenen Jahren standen insgesamt 24 Detailmärkte (offene Märkte und Markthallen), 5 temporäre Märkte und der Flohmarkt sowie die jährlich wiederkehrenden Märkte (Fasten-, Allerheiligen- und Christkindlmarkt) und die Gelegenheitsmärkte (Firmungs-, Kirchweih-, Advent-, Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkte) in Verwaltung der Abteilung. Auch die vier auf verschiedenen Wiener Märkten betriebenen öffentlichen Brückenwaagen mußten überwacht werden. Wegen Übertretung der Bestimmungen der Marktordnung der Stadt Wien wurden 1.652 (1982: 1.963) Strafanzeigen erstattet.

Im Gegensatz zur noch immer regen Nachfrage nach Marktplätzen in der Blumenhalle des Großmarktes Wien-Inzersdorf ist das Interesse an Ständen auf dem Lebensmittelgroßmarkt eher rückläufig. Nach Insolvenzen frei gewordene Marktstände können oft nur unter Schwierigkeiten weiter vermietet werden. Dazu kommt, daß die Wiedervermietung dieser Objekte durch die meist längere Zeit in Anspruch nehmende Verwertung privater Einbauten (Bürokojen, Kühlhäuser, Aggregate usw.) oft verzögert wird, wodurch die Stadt Wien nicht unbeträchtliche Einnahmeeinbußen hat. Einnahmenausfälle ergaben sich aber vor allem durch nicht einbringliche Marktzinsrückstände, wobei im Jahre 1983 allgemein ein Anwachsen der Marktentgeltrückstände festzustellen war.

1983 waren auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf 128 Großhandels- und Importfirmen etabliert, die sich aus 91 Obst- und Gemüse-, 9 Kartoffel- und Zwiebel-, 6 Pilze-, 6 Eier- und Geflügel-, 1 Molkereiprodukten-, 2 Süßwaren-, 2 Fleisch- und Wurstwaren-, 1 Obst- und Gemüsekonserven-, 4 Lebensmittel-, 1 Getränke- und 5 Nichtlebensmittelgroßhandelsbetrieben zusammensetzten.

Der Anschlußbahnbetrieb des Großmarktes verzeichnete mit 2.821 Einheiten ein gegenüber 1982 um 329 Einheiten niedrigeres Waggonaufkommen. Die Rangiergleise der Anschlußbahn des Großmarktes wurden von einer Waggonleihanstalt mit 8.191 Verrechnungseinheiten (1982: 14.274 Einheiten) mitbenützt.

Nach mehr als zehnjähriger Betriebszeit werden nun umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den bestehenden technischen Einrichtungen des Großmarktes notwendig. Die finanzielle Situation ermöglicht nur die Behebung der Schäden, die sehr dringend notwendig sind. Die laufende, kostenaufwendige Erneuerung der Rigolrinnen auf dem Marktgelände wurde fortgesetzt.

Im Jahre 1983 wurden auf den Großmarkt Wien-Inzersdorf rund 194.294,8 t Viktualien angeliefert, das sind um 3.713,2 t (— 1,8%) weniger als im Vorjahr. Im einzelnen zurückgegangen sind die Zufuhren an Agrumen um 4.797 t (— 14,3%) auf 28.739 t, an Kartoffeln um 1.951 t (— 9,5%) auf 18.585 t und an Zwiebeln und Knoblauch um 179 t (— 2,2%) auf 7.974 t. Zugenommen haben die Zufuhren an Obst um 2.460 t (+ 3,2%) auf 79.550 t, an Gemüse um 407 t (+ 0,7%) auf 57.683 t und an Pilzen um 347 t (+ 24,5%) auf 1.764 t.

Die nach wie vor recht rege Nachfrage nach freien Marktplätzen, die auf gut funktionierenden Märkten gelegen sind, kam wieder primär von Ausländern und eingebürgerten Personen, für die ein Marktstand eine sehr erstrebenswerte Exstenzgrundlage darstellt. Dagegen ist das Interesse von Inländern offenbar auf Grund der erschwerten Arbeitsbedingungen (Nacht- und Schwerarbeit, Wetterabhängigkeit) noch immer sehr gering, so daß sich für frei werdende Stände oft nur ausländische Bewerber finden. Auf Märkten mit schlechtem Geschäftsgang, wie z. B. dem Volkertmarkt im 2. Bezirk, sind leerstehende Stände fast nicht anzubringen.

Die für das Jahr 1983 im Rahmen des langfristigen Programms zur Rationalisierung der Müllabfuhr auf Märkten vorgesehene Aufstellung weiterer Müllpressen konnte wegen der hohen Kosten für Strom-, Wasser- und Kanalanschlüsse aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden. Die Abteilung wird versuchen, entsprechend der finanziellen Situation, die aufgeschobenen Vorhaben auf dem Meidlinger Markt, Karmeliter- und Vorgartenmarkt im Jahre 1984 durchzuführen.

Die sich in den letzten Jahren abzeichnende negative Entwicklung des temporären Marktes in 22, Bernoullistraße, hat sich noch verstärkt, so daß die Herausnahme dieser Verkaufsveranstaltung aus der Marktordnung gerechtfertigt erscheint und mit Inkrafttreten der 11. Marktordnungsnovelle im Frühjahr 1984 wirksam werden wird. Die Marktstände, die noch in Betrieb sind, werden als Straßenverkaufsstände weitergeführt werden können. Der temporäre Markt „Rennbahnweg" hat sich etwas konsolidiert, die übrigen temporären Märkte haben einen zumindest zufriedenstellenden Geschäftsgang. Den Straßenständen, die im Jahre 1982 in der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk als mögliche Vorstufe zu einem temporären Markt jeweils an Wochenenden aufgestellt worden sind, wird jedenfalls in naher Zukunft nicht der Status eines Marktes zuerkannt werden können, da die mit der Etablierung eines Marktes verbundenen hohen Investitionskosten (Strom- und Wasserzuleitungen, Befestigungs- und Verkehrsmaßnahmen für die Marktfläche usw.) eine derartige Maßnahme nicht rechtfertigen würden.

Die Beliebtheit des Flohmarktes bei Käufern und Verkäufern hielt an. Verschiedene Maßnahmen, wie z. B.

die 1982 geschaffene Möglichkeit zur Einbringung schriftlicher Bewerbungen für Tagesplätze, haben sich bewährt und wurden beibehalten.

In Fortsetzung des langjährigen Investitionsprogramms für die Wiener Detailmärkte wurde 1983 die Herstellung eines Kanal- und Wasserleitungssystems auf dem Naschmarkt im 4. Bezirk abgeschlossen.

Für die Behebung von Gebrechen an markteigenen Wasserleitungen auf dem Simmeringer Markt, Hannovermarkt und Floridsdorfer Markt mußten im Jahre 1983 rund 700.000 Schilling aufgewendet werden. Hohe Kosten verursachte der Betrieb des Landstraßer Marktes im 3. Bezirk. Nach fast fünfjähriger Betriebszeit werden die Wartung und Instandsetzung der technischen Einrichtungen (Heizung, Rolltreppen, Aufzüge, Kühl- und Tiefkühlräume) immer aufwendiger.

Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx

Die Abteilung gliedert sich in das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt sowie den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx. Ein Teil der veterinäramtlichen Aufgabe wird sowohl vom Veterinäramt als auch vom Markt- und Schlachtbetrieb vollzogen, wie Tierseuchenbekämpfung, Ein- und Ausladeuntersuchungen von Tieren, die Schlachttier- und Fleischuntersuchung, die Kontrolluntersuchung und Auslandsfleischuntersuchung. Diese gemeinsamen Aufgaben werden den später folgenden Leistungen der einzelnen Teilbereiche vorangestellt.

Vom Veterinäramt mit den zehn Veterinäramtsabteilungen und einer Expositur in den magistratischen Bezirksämtern werden alle veterinärbehördlichen Aufgaben und Tätigkeiten, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen den Gemeinden, den politischen Bezirksbehörden und den Veterinärdirektionen der Ämter der Landesregierungen zukommen, vollzogen. Außer den zahlreichen Agenden, die in Zusammenhang mit Tierhaltung, Tiertransporten, anzeigepflichtigen Tierseuchen, Tierschutz, Kontrolle und Aufsicht über den Import und Export von Tieren und tierischen Rohstoffen sowie der Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft u. ä. stehen, sind vor allem die Untersuchungen des Fleisches und die Hygienekontrollen in den einschlägigen Betrieben als wichtige Maßnahmen des vorbeugenden Konsumentenschutzes hervorzuheben. So wurden in den Bezirken 26,7 Millionen Kilogramm Fleisch der Schlachttier- und Fleischuntersuchung, der Kontrolluntersuchung oder der Auslandsfleischuntersuchung unterzogen. Außerdem fielen noch 15,9 Millionen Kilogramm Importuntersuchungen von Geflügel, Wild und Tierfutterkonserven an. In 211 Betrieben wurden 306 Betriebsrevisionen nach dem Lebensmittelgesetz im Hinblick auf die Arbeits-, Betriebs- und Personalhygiene durchgeführt.

In der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, in der veterinäramtliche Untersuchungen und Untersuchungen von Lebensmitteln tierischer und nichttierischer Herkunft vorgenommen werden, konnte im Jahre 1983 mit 11.306 Lebensmittelproben eine neuerliche Steigerung verzeichnet werden. Der Schwerpunkt dieser Untersuchungen liegt nach wie vor bei Fleisch und Fleischwaren.

Der Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx mit seinen Teilbereichen Viehmarkt, Schlachthof und Fleischgroßmarkt erfüllt nicht nur seine Funktion als Fleischversorgungsbasis der Großstadt Wien, sondern er weitet als größter und bedeutendster Exportschlachthof Österreichs seine Fleischausfuhren immer mehr aus. Über den Markt- und Schlachtbetrieb gingen im Jahre 1983 116,9 Millionen Kilogramm Fleisch, und zwar durch Schlachtung, durch den Fleischgroßmarkt und die direkte Kontrolluntersuchungsstelle; davon wurden mehr als 3,9 Millionen Kilogramm, vor allem Rindfleisch, von St. Marx aus exportiert.

Von neuen gesetzlichen Bestimmungen, die in den Wirkungsbereich der Abteilung fallen, sind zunächst folgende Bundesgesetze anzuführen: Verordnung über die Änderung der Gebühren an den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchungen, BGBl. Nr. 111/1983, Änderung der Lebensmittel-Importmeldeverordnung, BGBl. Nr. 163/1983, Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 187/1983, Futtermittelverordnungsnovelle, BGBl. Nr. 226/1983, Suchtgiftverordnungsnovelle, BGBl. Nr. 248/1983, Fleischhygieneverordnung, BGBl. Nr. 280/1983, Änderung der Lebensmittelfarbstoffverordnung, BGBl. Nr. 311/1983, Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume, BGBl. Nr. 372/1983, Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Fleischuntersuchern und Trichinenschauern, BGBl. Nr. 396/1983, sowie Verordnung über die Ausbildung von Aufsichtsorganen nach dem Lebensmittelgesetz, BGBl. Nr. 397/1983, weitere Änderung der Lebensmittel-Importmeldeverordnung, BGBl. Nr. 553/1983, Geflügelhygieneverordnung, BGBl. Nr. 609/1983, und Wiederverlautbarung des Viehwirtschaftsgesetzes 1976, BGBl. Nr. 621/1983; weiters die Bundesverwaltungsabgabeverordnung 1983, BGBl. Nr. 24/1983, mit der nach vielen Jahren, in denen die Sätze gleichgeblieben sind, etwa die Hundezeugnisse mit 90 S, die Kleintierzeugnisse mit 20 S festgesetzt wurden. Von besonderer Bedeutung und erheblichen Auswirkungen auf den Dienstumfang der Amtstierärzte ist die bereits angeführte Fleischhygieneverordnung, da sie eine beträchtliche Ausweitung der Hygienekontrollen in den Bezirken bringen wird.

An landesgesetzlichen Vorschriften sind zu nennen: Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh (Wiederverlautbarung), LGBl. für Wien Nr. 9/1983, Gebühren für die Auslandsfleischuntersuchung, LGBl. für Wien Nr. 14/1983, Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1983 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, LGBl. für Wien Nr. 20/1983, Anordnung der periodischen Untersuchungen auf Rinderleukose und Abortus Bang, LGBl. für Wien Nr. 24 und 25/1983, und Kennzeichnung gefährdeter Arten freilebender Tiere und Pflanzen, LGBl. für Wien Nr. 29/1983. Als Folge des neuen Fleischuntersuchungsgesetzes wurde die Kontrolluntersuchungsverordnung, eine Verordnung des Bürgermeisters der Stadt Wien vom 23. März 1983, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 14 vom 7. April 1983, erlassen.

Mehrere Kundmachungen und zahlreiche Erlässe, zumeist vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, regelten veterinärbehördliche, lebensmittelrechtliche oder andere einschlägige Belange. Davon sind die wichtigsten: Regelungen zur Bekämpfung von Milzbrand, Rinderleukose und Deckseuchen der Rinder; Neuzulassung von Impfstoffen gegen die Wutkrankheit, die Marekssche Krankheit, die infektiöse Bronchitis und die infektiöse Bursakrankheit des Geflügels; Impfungen von Exportrindern für die BRD gegen Maul- und Klauenseuche; Wutschutzimpfungen von Rindern für den Export nach Italien; Hygienerichtlinien für die Schutzimpfung von Klauentieren; Verkehrsbeschränkungen wegen Schweinepest bei der Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten aus Italien; neue englische Einfuhrbestimmungen für Pferde; Ausnahmeregelungen für die temporäre Einfuhr von Pferden in die USA anläßlich der Olympischen Spiele 1984; Tierschutzbestimmungen für den Transport von lebenden Tieren nach Italien; Rückstandsuntersuchungen auf östrogene Wirkstoffe bei Schlachtkälbern; ergänzende Erlässe zum Fleischuntersuchungsgesetz: Festsetzung von Schlachttagen und Untersuchungszeiten; Aufarbeiten der geschlachteten Tiere; Enthäuten der Rinderköpfe; ferner Neufassung der EG-Richtlinien für Fleischexportbetriebe; Verzeichnis der Fleischexportbetriebe in die Länder der EG; Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren nach England, zugelassene Exportbetriebe; zugelassene Fleischverarbeitungsbetriebe für den Export von Fleischwaren nach Italien; Ergänzung des Lebensmittelkodex, Kapitel „Fleisch und Fleischwaren"; Wartezeiten für Medikamente, die Rückstände bilden, bei der Anwendung an Schlachttieren entsprechend § 15 Lebensmittelgesetz (LMG); und amtstierärztliche Überwachung der Gewinnung und Verarbeitung von pasteurisierter Frischmilch „Baby".

Auch im Jahre 1983 wurden mehrere anzeigepflichtige Tierseuchen festgestellt und die entsprechenden veterinärpolizeilichen Maßnahmen getroffen. Wie alljährlich trat Rotlauf der Schweine bei Schlacht- und Nutztieren auf. Bei Nutztieren wurde diese Tierkrankheit in 2 Bezirken in 4 Gehöften festgestellt, wobei bei einem infektionsfähigen Tierbestand von 13 Schweinen 6 Tiere erkrankt waren. Bei Schlachttieren wurden 8 Seuchenfälle mit zusammen 9 bakteriologisch rotlaufpositiven Schweinen ermittelt, davon waren 4 verendete Tiere. Der infektionsfähige Tierbestand betrug 324 Schlachtschweine. Psittakose, seit der Tierseuchengesetznovelle 1978 eine anzeigepflichtige Tierkrankheit, trat in 6 Bezirken in 8 Fällen auf. Insgesamt waren 40 Tiere erkrankt oder an der Krankheit verendet. Der infektionsfähige Tierbestand betrug 255 Sittiche oder Papageienvögel. Der Psittakose muß vor allem deshalb besondere Bedeutung geschenkt werden, da sie auf den Menschen übertragbar ist. Eine ansteckende Brutkrankheit der Bienen, die Bösartige Faulbrut, besteht in einem Falle seit dem Jahre 1982, im Jahre 1983 ist ein weiterer Bienenbestand dazugekommen. Neben diesen festgestellten Tierseuchen gab es noch Seuchenverdachtsfälle, die erst einer Klärung zugeführt werden mußten; außerdem wurden die Amtstierärzte häufig in Seuchenfragen um Auskunft gebeten.

Eine tierärztliche Untersuchung (Kraftfahrzeug- und Bahnbeschau) ist bei der Ein- oder Ausladung anläßlich der Beförderung von Einhufern, Wiederkäuern und Schweinen mit Kraftfahrzeugen, Eisenbahnen, Flugzeugen oder Schiffen gesetzlich vorgeschrieben. Diese Untersuchungen haben den Zweck Tierseuchen rechtzeitig zu erkennen, kranke oder sonstige transportunfähige Tiere vom Transport auszuschließen sowie eine fach- und tierschutzgerechte Versendung der Tiere zu gewährleisten. Insgesamt wurden in Wien von den Amtstierärzten 193.747 Tiere untersucht, davon 189.190 Schlachttiere im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx und weitere 4.557 Zucht-, Nutz- und Schlachttiere in den Bezirken. Darüber hinaus waren zur Ausfertigung von Tierpässen zahlreiche weitere landwirtschaftliche Haustiere auf Seuchenunbedenklichkeit und ihren Gesundheitszustand zu untersuchen; es wurden 894 Tierpässe ausgestellt, davon 708 in St. Marx.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Abteilung, was sowohl den Umfang als auch die Bedeutung betrifft, zählt die Untersuchung des gesamten gewerblich in den Verkehr gebrachten Fleisches. Diese Untersuchungen und Begutachtungen, die in Wien von den Amtstierärzten vorgenommen werden, sind auch als bedeutende Maßnahme des angewandten, vorbeugenden Konsumentenschutzes zu werten und werden bei den Schlachtungen in Form der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen, bei den Inlandszufuhren von Fleisch als Kontrolluntersuchung und bei den Importen von Fleisch aus dem Ausland durch die Auslandsfleischuntersuchung durchgeführt. Sie dienen der veterinärpolizeilichen Seuchenerkennung, der Erhaltung der menschlichen Gesundheit, dem Schutz des Verbrauchers vor Übervorteilung sowie der Hygiene im Lebensmittelverkehr.

Die Schlachttier- und Fleischuntersuchung wird im öffentlichen Schlachthof des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx, in einigen privaten gewerblichen Schlachtstätten in den Bezirken und fallweise bei Hausschlachtungen vorgenommen. Im Jahre 1983 wurden in Wien insgesamt 730 Pferde, 33.183

Rinder, 3.260 Kälber, 157.818 Schweine und 296 Stück sonstiges Stechvieh (vorwiegend Lämmer) von den Tierärzten der Stadt Wien untersucht und beurteilt. Der überwiegende Teil davon, nämlich 288 Pferde, 32.955 Rinder, 3.233 Kälber, 152.401 Schweine und 245 Lämmer, wurden im Schlachthof St. Marx geschlachtet und untersucht. Von diesen stammten 2.009 Kälber, 33.498 Schweine und 230 Lämmer aus dem Ausland (Oststaaten), die übrigen Schlachttiere waren inländischer Herkunft. In privaten gewerblichen Schlachtstätten in den Bezirken sind 442 Pferde, 224 Rinder, 26 Kälber, 5.128 Schweine und 47 Stück sonstiges Stechvieh geschlachtet und untersucht worden. 4 Rinder, 1 Kalb, 289 Schweine und 4 Schafe entfielen auf untersuchte Hausschlachtungen. Alle geschlachteten Schweine wurden auch der Trichinenschau unterzogen, die einen festen Bestandteil der Fleischuntersuchung darstellt.

Auf Grund der vorgenommenen Untersuchungen wurden 316 ganze Tierkörper, 183.135 Kilogramm Tierkörperteile sowie 2.176 Stück Mägen und 2.036 Stück Därme beanstandet und konfisziert. Von den beanstandeten ganzen Tierkörpern gingen 52 schwachfinnige Rinder nach vorschriftsmäßiger Brauchbarmachung wieder frei (tauglich nach Brauchbarmachung). Über die Freibank gelangten 1 Pferd, 16 Rinder, 6 Kälber und 154 Schweine als minderwertig beurteilt sowie 2 Schweine als minderwertig nach Brauchbarmachung beurteilt zum Verkauf. Die Tierkörperverwertungsanstalt erhielt als untauglich beurteilte 4 Rinder und 81 Schweine, außerdem alle angeführten Tierkörperteile sowie Mägen und Därme. Beanstandungsgründe, die zur Untauglichkeit führten, waren unter anderem Salmonellose, Rotlaufseptikämie, Coliseptikämie, hochgradiger Befall mit Sakrosporidien, Starkfinnigkeit, hochgradige Geruchs- und Geschmacksabweichung, hochgradige Gelbsucht und hochgradige Abmagerung. Ursachen zur Erklärung „minderwertig" waren unter anderem geringgradiger Geschlechtsgeruch, geringgradige Geruchs- und Geschmacksabweichungen, mäßige Wäßrigkeit, mäßige Gelbsucht, unvollkommenes Ausbluten und ausgebreitete Krankheitsprozesse. Aus Notschlachtungen stammten 654 Tiere, davon waren 27 Pferde, 22 Rinder, 1 Kalb und 604 Schweine. Häufigste Ursachen, die zu Notschlachtungen führten, waren Mattigkeit, Marschunfähigkeit, Kreislaufschwäche, Knochenbrüche, Koliken und Festliegen.

Das nach Wien aus anderen Bundesländern gewerblich eingebrachte Fleisch unterliegt der Kontrolluntersuchung, das aus dem Ausland eingeführte Fleisch der Auslandsfleischuntersuchung. Die Kontrolluntersuchung wird am Fleischgroßmarkt, in der zentralen Kontrolluntersuchungsstelle des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx sowie in den amtlichen und anderen zugelassenen Stellen in den Bezirken durchgeführt. Auslandsfleischuntersuchungsstellen sind die jeweiligen Bestimmungsorte, die für die durchzuführenden Untersuchungen eingerichtet und genehmigt sein müssen. Für gefrorenes Fleisch sind dies die großen Kühllagerhäuser.

Eine Übersicht nach Warenart und Menge der im Jahre 1983 in Wien durchgeführten Auslandsfleischuntersuchung und Kontrolluntersuchung gibt die nachfolgende Tabelle:

Tierkörper und Tierkörperteile	Kontrolluntersuchung	Auslandsfleischuntersuchung	Gesamt
		in Stück	
Rinderviertel	250.016	9.570	259.568
Kälber	27.978	5.459	33.437
Schweinehälften	1,293.441	1.212	1,294.653
Schafe	716	–	716
Ziegen	107	–	107
Lämmer	14.360	22.849	37.209
Kitze	569	377	946
Ferkel	8.274	–	8.274
Pferdeviertel	687	–	687
Fohlen	9	–	9
Sorte		in Kilogramm	
Rindfleisch	5,218.781	1,345.470	6,564.251
Kalbfleisch	191.983	52.408	244.391
Schweinefleisch	13,150.870	41.331	13,192.201
Schaffleisch	1.635	–	1.635
Lammfleisch	5.220	232.149	237.369
Kitzfleisch	11	–	11
Pferdefleisch	–	458.040	458.040
Rohspeck	1,585.890	124.025	1,709.915
Innereien	1,257.585	1,790.150	3,047.735
Knochen	283.059	–	283.059

Sorte	Kontroll-untersuchung	Auslandsfleisch-untersuchung	Gesamt
		in Kilogramm	
Därme	220.639	1,847.313	2,067.952
Würste	5,126.711	372.541	5,499.252
Zubereitetes Fleisch	3,368.854	10.161	3,379.015
Zubereitetes Fett	17.590	–	17.590
Konserven	–	176.230	176.230

Tierkörper und Tierkörperteile sind in Stück, zerteiltes Fleisch, Fleischwaren usw. in Kilogramm entsprechend dem Zustand bei der Untersuchung und der Art der Vergebührung ausgewiesen.

Auf die einheitliche Kilogrammbasis umgerechnet, betrug die gesamte untersuchte Ware 119,017.690 Kilogramm, davon entfielen 8,288.267 Kilogramm auf die Auslandsfleischuntersuchung und 110,729.423 Kilogramm auf die Kontrolluntersuchung.

Über die Untersuchung des Fleisches und der Fleischwaren der schlachtbaren Haustiere hinaus unterliegen noch weitere tierische Lebensmittel und Produkte der Auslandsfleischuntersuchung. So wurden im Rahmen dieser amtstierärztlichen Importkontrollen 7,207.035 Kilogramm Geflügel, 439.600 Kilogramm Wild, 8,226.404 Kilogramm Tierfutterkonserven, 451 Kilogramm Sonstiges, also insgesamt 15,873.490 Kilogramm, der Auslandsfleischuntersuchung unterzogen.

Bei der Durchführung der Kontrolluntersuchung und Auslandsfleischuntersuchung beanstandeten die Amtstierärzte 573 Tierkörper und 85.335 Kilogramm Tierkörperteile. 374 Tierkörper waren minderwertig, 7 Tierkörper minderwertig nach Brauchbarmachung und 162 Tierkörper untauglich. Die untauglichen Tierkörper und sämtliche Tierkörperteile erhielt die Tierkörperverwertung, die übrigen beanstandeten Tiere gelangten über die Freibank zum Verkauf.

Da durch die Fleischuntersuchung, Kontrolluntersuchung und Auslandsfleischuntersuchung das gesamte in Wien gewerblich in den Lebensmittelverkehr gelangende Fleisch erfaßt wird, erhält man einen umfassenden Überblick über die Fleischaufbringung in Wien.

Im Jahre 1983 ergab die Summe des gesamten untersuchten Fleisches (ohne Geflügel, Wild usw.) 143,6 Millionen Kilogramm; diese war um nahezu 20 Prozent höher, als sich aus dem Pro-Kopf-Verbrauch der Ernährungsbilanz ergibt. Aus diesem beträchtlichen Überhang ist die Bedeutung Wiens im überregionalen Fleischversorgungsgeschehen klar zu erkennen, die durch Exportschlachtungen, Transitschlachtungen, Zufuhr von Auslandstieren, deren Fleisch nach der Schlachtung auch in andere Bundesländer kommt, ferner durch die wirtschaftliche Ausstrahlung des Fleischgroßmarktes, den Umschlag ausländischer Ware und die beachtliche Fleischwarenproduktion in Wien bedingt ist. Diese 143,6 Millionen Kilogramm setzten sich aus 24,6 Millionen Kilogramm in Wien erschlachtetem Fleisch, aus 110,7 Millionen Kilogramm aus den Bundesländern zugeführtem Fleisch und aus 8,3 Millionen Kilogramm aus dem Ausland importiertem Fleisch zusammen.

In den Veterinäramtsabteilungen der magistratischen Bezirksämter hatten die Amtstierärzte außer den bereits abgehandelten Bereichen Tierseuchenbekämpfung, Transportuntersuchungen, Schlachttier- und Fleischuntersuchung, Kontrolluntersuchung und Auslandsfleischuntersuchung noch viele weitere amtliche Tätigkeiten, Dienstleistungen, Kontrollen oder Beratungen vorzunehmen. Ein Teil der veterinären Maßnahmen diente dem vorbeugenden Seuchenschutz mit dem Ziel, das Auftreten von Tierseuchen oder Tierkrankheiten zu verhindern oder deren Einschleppung nach Österreich aus dem Ausland hintanzuhalten. An dieser Stelle sind die von den Amtstierärzten vorgenommenen Schutzimpfungen gegen die Maul- und Klauenseuche an 923 Klauentieren anzuführen sowie 178 Malleinisierungen und 102 Blutabnahmen zur serologischen Untersuchung bei Einhufern auf Rotz, bei weiblichen Tieren auch auf Beschälseuche, vorwiegend bei der Einfuhr. Weiters ist die Observation von mehreren Sendungen importierter Tiere und die Vornahme des Schalmtests zur Feststellung von Euterkrankheiten bei Kühen in Melkviehbeständen zu nennen. Im Jahre 1983 wurde seit Beginn dieser Aktionsuntersuchungen im Jahre 1966 die elfte Untersuchung der Rinderbestände Wiens auf Brucellose (Ansteckendes Verwerfen) durchgeführt. In 28 Beständen mit 161 untersuchungspflichtigen Tieren sind, nach vielen Jahren mit negativem Untersuchungsergebnis, vier Brucellosereagenten festgestellt worden, die kurzfristig zur Schlachtung abgegeben werden mußten. Erstmals sind auch die Rinder Wiens, 22 Bestände mit 113 Tieren, im Rahmen der staatlichen Aktionsuntersuchungen auf Leukose untersucht worden. Alle Befunde waren negativ. Von den Impfungen, die von Freiberufstierärzten vorgenommen werden, sind die Wutschutzimpfungen an 14.977 Hunden und 2.131 Katzen hervorzuheben, was bei einem Bestand von 59.129 Hunden in Wien eine hohe Immunisierungsquote ergibt.

Die Bezirkstierärzte stellten 8.193 amtstierärztliche Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse für Hunde, Katzen und andere Kleintiere als Begleitpapiere für Auslandsreisen, Tierausstellungen oder die Ausfuhr von Tieren aus. Als Transportbescheinigungen für Nutztiere waren 159 Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse, 186 Tier-

pässe und 259 Abtriebsscheine auszufertigen. Für Fleisch, Fleischwaren, Wild, Molkereiprodukte, tierische Produkte und Rohstoffe wurden 13.111 amtstierärztliche Begleitscheine, Befundscheine, Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse sowohl für das Inland als auch für das Ausland ausgestellt.

88 nach dem Wiener Tierschutzgesetz angezeigte Fälle wurden, zumeist mit Erhebungen an Ort und Stelle verbunden, begutachtet. Darüber hinaus wurden zahlreiche Interventionen und Beratungen in Tierschutz- und Tierhaltungsangelegenheiten sowie in Tierhandlungen, weiters Überprüfungen von Tierhaltungen im Zusammenhang mit Anzeigen über sanitäre Übelstände durchgeführt. In zahlreichen Amtshandlungen gewerberechtlicher oder anderer einschlägiger Art haben Amtstierärzte als Amtssachverständige mitgewirkt, so bei Betriebsanlagen der Fleischwarenproduktion, bei Tierstallungen sowie Veranstaltungsstätten bei Veranstaltungen mit Tieren. Amtstierärzte sind weiters in das Bewilligungsverfahren zur Haltung bestimmter Tiere (Raubsäugetiere, Großechsen und Schlangen) und bei der Genehmigung und Überwachung von Versuchstierhaltungen nach dem Tierversuchsgesetz in bestimmten Fällen eingeschaltet. Alle öffentlichen Veranstaltungen, an denen Tiere beteiligt sind, wie Tierausstellungen und Zirkusse, werden veterinärbehördlich überwacht und betreut; im Jahre 1983 waren dies 35 derartige Veranstaltungen. Die drei in Wien bestehenden und veterinärbehördlich bewilligten Tierschutzhäuser und Katzenheime unterliegen ebenfalls einer ständigen amtstierärztlichen Kontrolle. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit Tieren, der Tierhaltung, dem Tierhandel, der Erzeugung von Futtermitteln sowie der Verarbeitung oder Manipulation von tierischen Rohstoffen 1.345 Kontrollen, Überwachungen oder Beratungen vorgenommen.

Von den Veterinärdienststellen der Bezirke werden auch die freiberuflich tätigen Tierärzte evident gehalten, deren Seuchen- und Impfmeldungen entgegengenommen, teilweise im Zusammenwirken mit anderen Stellen die tierärztlichen Ordinationen auf den vorgeschriebenen Mindeststandard sowie die tierärztlichen Hausapotheken periodisch überprüft. Im Rahmen der Überwachung der Fleischuntersuchung, Kontrolluntersuchung, Auslandsfleischuntersuchung sowie in ihrer Funktion als Kontrollorgane nach dem Lebensmittelgesetz führten die Amtstierärzte 3.594 Revisionen, vor allem in Fleischhauereien, Fleischverkaufsstellen, bei Fleischwarenherstellern, Marktständen, in Großküchen, Gaststätten sowie Wild-, Geflügel- und Fischhandlungen, durch. Darüber hinaus wurden zur Überprüfung der Hygienebestimmungen nach § 20 des Lebensmittelgesetzes in 211 größeren Fleischverarbeitungsbetrieben 306 niederschriftlich festgehaltene Betriebsrevisionen vorgenommen. In 132 Betrieben fanden sich Hygienemängel, die in der Regel sofort oder nach gesetzter Frist behoben wurden, so daß durch diese gezielten Aktionen eine wesentliche Verbesserung des hygienischen Standards der Betriebe und des Hygieneverständnisses der Betriebsangehörigen erreicht werden konnte. Nur in zwei Fällen mußte Anzeige nach dem Lebensmittelgesetz § 20 erstattet werden. Hygienekontrollen werden ab dem Jahre 1984 auch nach der Fleischhygieneverordnung, BGBl. Nr. 280/1983, in Schlachtbetrieben, Geflügelschlächtereien, Fleischbe- und Fleischverarbeitungsbetrieben, Wildzerlege- und Wildverarbeitungsbetrieben sowie Kühlhäusern anfallen, so daß es insgesamt zu einer beträchtlichen Zunahme der Zahl an Hygienekontrollen kommen wird. In Betrieben, die das Wiener Gütesiegel für Fleischwaren besitzen, sind 28 Hygienekontrollen vorgenommen worden. Von den Amtstierärzten der Abteilung sind insgesamt 203 amtliche Lebensmittelproben gezogen worden, wozu noch 2.415 amtliche Fleischproben für Hemmstoff- und Rückstandsuntersuchungen kamen. Anzeigen nach dem Lebensmittelgesetz wurden von der Abteilung in 58 Fällen erstattet.

Die Tierkörperverwertung und Thermochemische Fabrik hat ab 1982 aus wirtschaftlichen Gründen die Verarbeitung der Tierkörperbeseitigungsanstalt Tulln übertragen und wirkt seither vorwiegend als Sammelstelle. Insgesamt fielen in Wien im Jahre 1983 18.719 Stück verendete, getötete oder nach der Schlachtung untauglich befundene Tierkörper oder Kadaver sowie andere Konfiskate und tierische Abfälle mit einem Gesamtgewicht von 2,626.014 Kilogramm an. Die Anstalt steht unter veterinärbehördlicher Überwachung. Bei 169 angelieferten Tieren wurden aus tierseuchenrechtlichen Gründen oder über Wunsch der einsendenden Tierärzte Sektionen vorgenommen, wobei 31 Proben zur Untersuchung auf Wutkrankheit an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung übermittelt wurden.

Am Viehmarkt des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx wurden 5.811 Rinder, 1.915 Kälber und 42.500 Schweine vermarktet. Außerdem gelangten 288 Pferde, 27.152 Rinder, 1.319 Kälber, 109.960 Schweine und 245 Lämmer, die bereits für die schlachthofbenützenden Firmen bestimmt waren, ohne Vermarktung als sogenannte Direkteinbringung zur Anlieferung. Von diesen Tieren stammten 2.009 Kälber, 33.498 Schweine und 230 Lämmer aus dem Ausland. Sämtliche Schlachttiere wurden mit 824 Waggons, 6.871 Kraftfahrzeugen und 734 Anhängern zugeführt. Am Viehmarkt sind 1.092 Rinder nach dem Mastkreditgesetz entpfändet worden. Zur Feststellung der Todesursache und Seuchenausschließung wurde bei 412 Schweinen und zwei Kälbern, die während des Transports oder im Stall verendeten, Sektionen vorgenommen. Die meisten Tiere verendeten an Herz- und Kreislaufschwäche, drei Schweine an Rotlauf. In der Autoreinigungs- und Desinfektionsanlage St. Marx sind 8.256 Kraftfahrzeuge oder Anhänger nach Tier- oder Fleischtransporten gereinigt und desinfiziert worden. Am Viehmarkt waren von den Amtstierärzten 708 Tierpässe und 32 amtliche Schlachtungsbestätigungen auszustellen. Der bei der Reinigung angefallene Stalldünger mit einem Gewicht von 1,276.625 Kilogramm wurde an der Düngerstätte gepackt, gelagert, gekalkt und entgeltlich abgegeben.

Im Schlachthof St. Marx schlachtete das gemeindeeigene Fachpersonal 288 Pferde, 32.955 Rinder, 3.233 Kälber, 152.401 Schweine und 245 Lämmer. Die Schlachtanlage ist für die wichtigsten Exportländer sowie die Länder der EG zugelassen und wird ständig von Veterinärbeamten dieser Länder kontrolliert: Im Jahre 1983 wurde vom Schlachthof vor allem Rindfleisch nach Italien ausgeführt, und zwar 3,662.178 Kilogramm, weiters in die BRD 195.611 Kilogramm Rindfleisch, 39.727 Kilogramm Schweinefleisch sowie 14.363 Kilogramm Bauchspeicheldrüsen und 227 Kilogramm Rinderalbumin. Bei importierten Schlachtkälbern wurden stichprobenweise Untersuchungen auf Östrogene durchgeführt, bei Exportfleisch auf Östrogene, Thyreostatikas und Hemmstoffe zur Erfüllung der ausländischen Anforderungen. Für die Abfuhr von Fleisch und Schlachtnebenprodukten im Inland sowie für den Export von Fleisch ins Ausland waren 116 Beschauscheine und 354 Gesundheitsbescheinigungen für Frischfleisch auszustellen. Nach dem Qualitätsklassengesetz wurden von Bediensteten der Abteilung 5.477 Schweinekörper nach dem LSQ-Verfahren (Lendenspiegelquotient) qualitätsbeurteilt. Auf Grund der EG-Forderungen wurde eine Reihe bautechnischer, schlachttechnischer sowie personalhygienischer Maßnahmen vorgenommen, so die Kanalisierung der Abflüsse der Wasch- und Desinfektionsbecken, Verzinkungsarbeiten im Kühlraum- und Schlachthofbereich, die Anschaffung einer Zerlegesäge für Rindfleisch, die Anschaffung und der Einbau von beheizbaren Handwasch- und Desinfektionsbecken, die Installierung elektrischer Insektenfänger, der Bau einer Schleuse zur Rindfleischexportverladung sowie die Anhebung des Personalstandes. Nach einer EG-Kontrolle am 18. November 1983 wurden weitere umfangreiche Auflagen in technischer und hygienischer Hinsicht gestellt. Neben der Schlachtung obliegen dem Schlachthof auch das fachgerechte Zerfällen der erschlachteten Tierkörper, die Zurichtung des Fleisches und Verladung desselben für den Export oder für den Inlandsbedarf. Dem Schlachthof angegliedert ist die Trichinenschaustelle, in der Trichinenschauerinnen 157.208 Schweine und 2.595 Wildschweine untersuchten. In die städtische Freibank wurden 817 Tiere mit 72.304 Kilogramm angeliefert, wovon 62.197 Kilogramm verwertet werden konnten.

Der Fleischgroßmarkt St. Marx verzeichnete einen Fleischumsatz von 50,3 Millionen Kilogramm. Davon stammten 38,4 Millionen Kilogramm aus den Bundesländern (Landware), 1,0 Millionen Kilogramm aus dem Ausland, und 10,9 Millionen Kilogramm kamen aus Schlachtungen des Schlachthofes St. Marx. In der zentralen Kontrolluntersuchungsstelle St. Marx erreichte die untersuchte Warenmenge mit 53,6 Millionen Kilogramm einen neuen Höchststand. Am Fleischgroßmarkt werden auch alle marktbehördlichen Agenden wahrgenommen, wobei dem Revisions- und Probenplan entsprechend sämtliche Verkaufs- und Lagerstätten des Marktes laufend überwacht und die vorgeschriebenen Proben gezogen werden. Es waren dies im Jahre 1983 insgesamt 108 Lebensmittelproben, ferner 1.305 Proben von Schweinen und Kälbern für einen Antibiotikanachweis sowie 123 Revisionen und 123 Hygienekontrollen nach dem Lebensmittelgesetz.

Im Jahre 1983 gestaltete sich die Preisentwicklung folgendermaßen: Am Lebendmarkt betrug der Durchschnittspreis für Rinder pro Kilogramm 27,28 S (1982: 26,21 S), für Inlandsschweine 21,35 S (20,46 S), für Auslandsschweine 21,82 S. Am Fleischgroßmarkt notierten durchschnittlich Rinderviertel Landware 44,65 S (43,90 S), Rinderviertel Wiener Ware 48,44 S (47,43 S), Schweinehälften Landware 27,59 S (26,52 S), Schweinehälften Wiener Ware 28,94 S (28,08 S). Die Inlandskälber stiegen von 67,27 S auf 71,07 S, die Auslandskälber (Holland) auf 66,90 S (65,36 S).

Im Zusammenhang mit der Betriebsanlagenbewilligung des Markt- und Schlachtbetriebes nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz waren Verbesserungen der NH_3-Anlage zur Sicherheit der Arbeitnehmer zu beantragen, weiters sollte die Sicherheit der Energiezentrale noch verbessert werden. Am 27. Oktober 1983 fand die Übergabe der als Parkplatz ausgebauten Fläche unter der Südosttangente A 20 an die Abteilung statt. Im Maschinenhaus erhielten die Kältemaschinen automatische Leistungsregelungen. Eine Fernwärmeleitung wurde vom Verteiler vom Maschinenhaus zur Autodesinfektion verlegt, die nach Aufstellung der Umformer das Warmwasser durch die Heizbetriebe beziehen wird.

Im Jahre 1983 wurden 21 Führungen durch den Markt- und Schlachtbetrieb veranstaltet, darunter befanden sich 10 Auslandsdelegationen.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien führt veterinäramtliche Untersuchungen und Lebensmitteluntersuchungen nach dem Lebensmittelgesetz durch; sie ist außerdem die Zentrale für die Hygienekontrollen. Schließlich fallen noch sonstige Tätigkeiten an, wie andere Begutachtungen, die Abhaltung von Kursen und Vorträgen, die Teilnahme an Besprechungen, die Mitwirkung bei Kommissionen sowie wissenschaftliche Arbeiten.

Veterinäramtliche Untersuchungen werden für die eigene Abteilung im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung, der Kontrolluntersuchung, der Auslandsfleischuntersuchung und Tierseuchenbekämpfung vorgenommen. Diese Untersuchungen dienen der Erkennung von Tierseuchen und Tierkrankheiten und zur Prüfung von Fleisch auf seine Tauglichkeit als Lebensmittel. Im Jahre 1983 fielen bei der Schlachttier- und Fleischuntersuchung 714 bakteriologische Untersuchungen, 715 Hemmstoffuntersuchungen, 19 Gallenfarbstoffuntersuchungen, 247 Kochproben, 714 pH-Wert-Messungen, 50 Untersuchungen auf Finnen und 10 sonstige Untersuchungen an. In 582 Fällen waren tierseuchengesetzliche Untersuchungen durchzufüh-

ren. Im Zusammenhang mit der Auslandsfleischuntersuchung und Einfuhrkontrolle waren 2.063 bakteriologische Untersuchungen, 946 Kochproben, 1.390 pH-Wert-Messungen und 10 sonstige Untersuchungen vorzunehmen. Unter anderem konnten dabei in 114 Fällen Salmonellen, in 33 Fällen Rotlauf der Schweine, in 5 Fällen Tuberkulose, in 10 Fällen Coliseptikämie, in 50 Fällen Rinderfinnen, bei 94 Proben Hemmstoffe (Antibiotika), davon 18 in Muskelproben, und in einem Fall Streptokokkensepsis ermittelt werden.

Lebensmitteluntersuchungen und Begutachtungen nach dem Lebensmittelgesetz wurden bei insgesamt 11.306 Lebensmittelproben tierischer oder nichttierischer Herkunft, die vom Marktamt, Veterinäramt, von Privatpersonen, Herstellern, Importeuren usw. eingesendet worden waren, vorgenommen. Davon waren 7.698 amtlich eingesendet worden, 3.434 waren privat eingebrachte Proben. Dazu kamen noch 174 Informationsproben. Ab dem Jahre 1983 wird die Aufteilung der Proben in 23 Warengruppen nach dem Einteilungsschema des Probenplanes des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz vorgenommen. Der Großteil der Proben entfiel auf Fleisch, Fleischwaren, Fleischkonserven, auf Geflügel, Wildpret, Eier und auf Rückstandsprüfungen (Hemmstoffe). Von den 7.542 abgeschlossenen amtlichen Proben waren 1.596 Proben (21,2%) als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht, falsch bezeichnet oder wertgemindert zu beanstanden. Außerdem gab es Beanstandungen nach § 28 (Gebrauchsgegenstände), § 20 (Hygiene), § 11 (Zusatzstoffe) und § 10 LMG sowie der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung. Bei diesen Untersuchungen waren auch 53 Salmonellenfunde zu verzeichnen. Da es sich bei den Proben teilweise um vorbegutachtete Waren oder auf Grund von Verdachtsfällen gezogene Proben handelte, kann aus dem Ergebnis nicht der Schluß gezogen werden, daß die im Handel befindlichen Lebensmittel im selben Prozentsatz zu beanstanden wären.

Als besonders wirksam haben sich wie in den früheren Jahren die gemeinsam mit dem Marktamt oder als Bundesauftrag schwerpunktmäßig durchgeführten Untersuchungsaktionen erwiesen. Sie betrafen Antibiotika, Separatorenmaterial, Gemeinschaftsverpflegung, Faschingskrapfen, Selchfleisch zu Ostern, Fritteröl, Fische, Extrawurst und Frankfurter auf Separatorenmaterial und Calcium.

Das Gütezeichen der Stadt Wien für Fleischwaren besitzen 7 Firmen für 35 Wurstsorten. Voraussetzung ist eine vierteljährliche Qualitätskontrolle der Produkte, Hygienekontrollen des Betriebes sowie der Nachweis, daß das Fleisch überwiegend vom Wiener Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx stammt. Weiters anzuführen sind die ständigen Kontrollen und die hygienische Überwachung einer Fertigmenüfabrik sowie die Warentests für den Verein für Konsumenteninformation.

Der Fremdeiweißnachweis in Würsten ist nach wie vor sehr wesentlich. Auf dem Gebiet der Rückstände werden zukünftig gleichzeitig vorbeugende Kontrollen, marktüberprüfende Kontrollen und Rückstandskontrollen anzuwenden sein.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt ist auch die Zentrale der Hygienekontrollen des Veterinäramtes, wobei Hygienekontrollen nach § 20 des Lebensmittelgesetzes, Hygienekontrollen nach der Fleischhygieneverordnung des Fleischuntersuchungsgesetzes, spezielle Hygienekontrollen von Großküchen und der Konservenindustrie sowie Hygiene- und Produktionskontrollen im Rahmen des Gütesiegels der Stadt Wien für Fleischwaren durchgeführt werden. Insgesamt erfolgten 376 diesbezügliche niederschriftlich festgehaltene Revisionen. An sonstigen Untersuchungen sind weiters 77 bakteriologische Wasseruntersuchungen für Fleisch- und Fleischwarenexportbetriebe anzuführen.

Schließlich ist noch auf die Vortrags-, Fortbildungs- und auf die wissenschaftliche Tätigkeit der Anstalt hinzuweisen, wobei vor allem die Mitwirkung an der Aus- und Fortbildung der Lebensmittelpolizeiorgane, der Physikatsprüfung für Ärzte und Tierärzte sowie die Beteiligung an einschlägigen Kommissionen und Beiräten zu nennen sind. Die Anstalt hat ferner auch mehrere wissenschaftliche Arbeiten publiziert.

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten

Die Tätigkeit der Abteilung war wesentlich von der Staatsbürgerschaftsgesetznovelle 1983, BGBl. Nr. 170, bestimmt, die am 1. September 1983 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz wurde Ende März 1983 im Bundesgesetzblatt kundgemacht, so daß für die Vorbereitungsarbeiten, die angesichts der weitreichenden Änderungen des bestehenden Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 besonders umfangreich waren, nur rund fünf Monate zur Verfügung standen. In dieser Zeit mußten z. B. fast sämtliche Vordrucke für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten geändert und neu aufgelegt oder gänzlich neu entworfen werden. Für die Vordrucke (Staatsbürgerschaftsnachweise, Verleihungsbescheide usw.), die von der österreichischen Staatsdruckerei herzustellen waren, ergingen erst am 2. August 1983 die entsprechenden Verordnungen des Innenministers (BGBl. Nr. 432 und 433).

Das wohl wichtigste Anliegen dieser Reform des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechtes war die Angleichung der Rechtsstellung der ehelichen Mutter an die des ehelichen Vaters bei der Weitergabe ihrer Staatsbürgerschaft an die Kinder: Ab dem 1. September 1983 erwerben daher ehelich geborene Kinder mit ihrer Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft auch dann, wenn der Vater Fremder ist und sie gleichzeitig seine fremde Staatsangehörigkeit erhalten; bis dahin war ein derartiger Staatsbürgerschaftserwerb nach der österreichischen ehelichen Mutter nur in Ausnahmefällen möglich. Für die vor dem 1. September 1983 ehelich geborenen oder

legitimierten Kinder, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erlangt bzw. verloren haben, sieht die Übergangsbestimmung des Art. II der Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983 eine auf drei Jahre befristete Möglichkeit vor, die Staatsbürgerschaft durch Erklärung der Eltern zu erwerben bzw. wieder zu erwerben. Überdies hat die österreichische Mutter dann ein eigenes Erklärungsrecht, das nicht an die Zustimmung des Vaters gebunden ist, wenn das Kind in Österreich geboren wurde und hier seit Geburt seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

Eine weitere bedeutsame Änderung des bestehenden Staatsbürgerschaftsrechts ist die Schaffung von gleichen Bedingungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Ehepartner von österreichischen Staatsbürgern. Diese Personen haben auf Grund der Novelle einen Rechtsanspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, wenn sie die allgemeinen Einbürgerungsbedingungen (Unbescholtenheit, Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband usw.) erfüllen, wobei die vom Gesetz gestellte Bedingung einer bestimmten Mindestdauer des ununterbrochenen ordentlichen Inlandswohnsitzes und des Bestandes der Ehe die Eingehung von Staatsbürgerschaftsehen erschwert und darüber hinaus bewirken soll, daß sich der ausländische Ehegatte mit den österreichischen Lebensverhältnissen einigermaßen vertraut gemacht hat.

Die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983, von der an dieser Stelle nur die wichtigsten Veränderungen kurz dargestellt werden können, verursachte für die Abteilung einen erheblichen Verwaltungsaufwand und eine Mehrbelastung, die auch noch in den nächsten Jahren spürbar sein werden.

Am 1. März 1983 trat neben der Novelle zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1950, BGBl. Nr. 199/1982, und dem Zustellgesetz, BGBl. Nr. 200/1982, auch das Europäische Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, BGBl. Nr. 67/1983, in Kraft, welches — offenbar entgegen den in der Präambel ausgedrückten Intentionen — nicht unerhebliche Verkomplizierungen des Schriftverkehrs der Magistratsabteilung mit Behörden der Signatarstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Luxemburg mit sich gebracht hat.

Im Hinblick auf das am 1. Jänner 1984 in Kraft tretende Personenstandsgesetz, BGBl. Nr. 60/1983, wurden im Jahre 1983 die mit dieser Materie beschäftigten Mitarbeiter der Abteilung, einschließlich der Mitarbeiter in den Standesämtern, auf dieses umfangreiche Gesetzeswerk vorbereitet, zu welchem Zweck abteilungsinterne Einschulungskurse abgehalten wurden.

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten im einzelnen wird durch die folgenden Zahlenangaben dargestellt, die sich auf das Jahr 1983 beziehen und denen zum Vergleich die prozentuellen Veränderungen gegenüber dem Jahre 1982 angefügt sind.

Die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle wurde von 48.048 Personen (+4,2) aufgesucht, für die unter anderem 37.493 Staatsbürgerschaftsnachweise (+8,4), 65 Auszüge aus der Heimatrolle (—25,3) und 2.609 Staatsbürgerschaftsbestätigungen zum Amtsgebrauch für verschiedene Behörden (—3,3) ausgestellt wurden.

Noch bis zum 31. August 1983 konnten ausländische Frauen, die einen Österreicher geehelicht hatten, die österreichische Staatsbürgerschaft durch Abgabe einer Erklärung, daß sie der Republik Österreich als getreue Staatsbürgerinnen angehören wollen, erwerben; diese Bestimmung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 wurde durch die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983 aufgehoben und durch einen Einbürgerungsanspruch ersetzt (siehe oben). 1.054 Frauen machten bis Ende August 1983 von dieser Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft auf einfache Weise zu erwerben, Gebrauch; im gesamten Jahre 1982 waren es 1.082 Frauen.

Für zwei österreichische Staatsbürger, die den Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit anstrebten und bei der zuständigen Behörde dieses Staates den damit verbundenen Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft nachzuweisen hatten, wurden Bescheinigungen über das Ausscheiden aus dem Staatsverband ausgestellt. Darüber hinaus wurden im Parteienverkehr und telephonisch zahllose Auskünfte in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten erteilt, wobei selbstverständlich die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes beachtet wurden.

Die Staatsbürgerschaftsevidenz umfaßte Ende des Jahres 1983 rund 2,426.000 Karteiblätter, der Zuwachs betrug im Jahre 1983 rund 75.000 Karteiblätter. Um diese Kartei, die die wesentlichen Staatsbürgerschaftsdaten hauptsächlich der Wiener Bevölkerung enthält, ständig auf dem aktuellen Stand fortzuführen, wurden 76.120 Mitteilungen (—2,5) von anderen Staatsbürgerschaftsevidenzstellen, Standesämtern, österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und von anderen Behörden vor allem über ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise, über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle, ferner 5.062 sonstige, nicht gesondert protokollierte Aktenvorgänge (+51,1) vorgemerkt. Andererseits wurden 5.693 Mitteilungen über in Wien ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise (+15,6) an die Staatsbürgerschaftsevidenzstellen in anderen Bundesländern abgefertigt. 60.051 Katasterblätter der ehemaligen Wiener Heimatrolle wurden durchgesehen und jene Staatsbürgerschaftsdaten, die noch von Bedeutung sind, in die Staatsbürgerschaftsevidenz übertragen.

Daß die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ebenfalls zu den wesentlichen Aufgaben der Abteilung zählt, zeigt der außerordentliche Zuwachs an neuen Staatsbürgern im Jahre 1983 besonders deutlich. Die Zahl der eingelaufenen Gesuche um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft (5.504 Aktenstücke) nahm gegenüber dem Jahre 1982, in dem wie schon in den Jahren davor ein

starker Anstieg zu verzeichnen war, um 53,4 Prozent. Auf Grund von Ansuchen, Abgaben von Erklärungen oder Anzeigen erwarben insgesamt 4.891 Personen (+45,1) die österreichische Staatsbürgerschaft, hauptsächlich Ausländer, die schon mehrere Jahre ihren Wohnsitz in Wien haben und in erster Linie aus den Nachbarstaaten nach Österreich übersiedelt waren.

3.179 Ausländern (+40,6) wurde auf deren Ansuchen nach aufwendigen Ermittlungsverfahren die Staatsbürgerschaft nach Ablegung der Gelöbnisse durch Aushändigung der Verleihungsbescheide verliehen. In dieser Zahl sind 34 Personen (−8,1) enthalten, denen die Bundesregierung bestätigt hatte, daß die Einbürgerung wegen erbrachter außerordentlicher Leistungen, insbesondere auf wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen oder sportlichen Gebieten, im Interesse der Republik Österreich gelegen war. Ferner sind in dieser Zahl 379 Ehefrauen und zum geringen Teil auch Ehemänner (+64,8) und 837 minderjährige Kinder (+48,1) enthalten, auf die die Verleihungen erstreckt wurden.

Von dem oben dargestellten Rechtsanspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Ehegatten von Österreichern machten seit 1. September 1983 schon 85 Frauen und Männer Gebrauch. Welche Bedeutung der ebenfalls oben geschilderten Möglichkeit zukommt, daß vor dem 1. September 1983 geborene Kinder ausländischer Väter und österreichischer Mütter die Staatsbürgerschaft leichter erwerben können, zeigt der Umstand, daß seit diesem Tag nicht weniger als 634 Kinder durch Erklärung ihrer Eltern österreichische Staatsbürger wurden. 15 ehemalige Österreicher (unverändert), die ihre Heimat in der Zeit von 1938 bis 1945 aus rassischen oder politischen Gründen verlassen und während ihres Aufenthaltes im Ausland eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hatten, erlangten die österreichische Staatsbürgerschaft durch Abgabe einer Anzeige über die Begründung des Wohnsitzes im Inland wieder. Neun Kinder von Hochschulprofessoren, die ihrerseits die Staatsbürgerschaft durch Dienstantritt an einer inländischen Hochschule erworben hatten, bekamen die österreichische Staatsbürgerschaft durch Erklärung der Eltern. Die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbes einer fremden Staatsangehörigkeit wurde 13 meist im Ausland lebenden Österreichern (−13,3) mit Bescheid bewilligt.

Neun Österreicher, die überdies eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen und schon jahrelang im Ausland lebten, verloren die Staatsbürgerschaft durch Verzicht (−25,0), was bescheidmäßig festgestellt wurde. Erfreulich war der Rückgang der Zahl an Fällen, in denen über ungeklärte und schwierige Staatsbürgerschaftsverhältnisse auf Ersuchen von Personen und Behörden oder von Amts wegen zu entscheiden war; diese Problemfälle haben ihren Ursprung vielfach noch in den Kriegs- und Nachkriegsereignissen; es handelt sich um 322 Geschäftsstücke (−10,5).

In den Wiener Standesämtern wurden 10.716 Trauungen abgehalten und in den Familienbüchern beurkundet (+8,7). Bei der Zahl der Geburten war wieder ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen, und zwar wurden 16.701 Geburten (−4,9) in die Geburtenbücher eingetragen.

Außerdem wurden 24.777 Sterbefälle registriert (+0,6), was insgesamt ein Geburtendefizit von 8.076 ergab, das auch durch die Zuwanderung nicht ausgeglichen werden konnte. Die Eintragungen in den Personenstandsbüchern der Standesämter (Geburten-, Familien- und Sterbebücher) wurden durch 16.302 Randvermerke (+26,5) und durch 46.785 Hinweismitteilungen (+15,7) auf den aktuellen Stand gebracht; in 3.034 Fällen (+108,1) wurden abgeschlossene Eintragungen in diesen Büchern durch förmliche Berichtigungen geändert.

92 Personen (−47,7) wurde auf deren Antrag die Änderung ihres Familiennamens nach Durchführung von Ermittlungsverfahren bescheidmäßig bewilligt. Für 1.211 Personen (+1,4), die im Ausland eine Ehe eingehen wollten, wurden die hiefür erforderlichen Ehefähigkeitszeugnisse ausgefertigt.

Schon bisher verständigten die Wiener Standesämter die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ADV-unterstützt über die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle; seit 2. Mai 1983 werden auch die Staatsbürgerschaftsevidenzstellen in den anderen Bundesländern über diese Personenstandsfälle unter Mitwirkung der Automatischen Datenverarbeitung der Magistratsdirektion informiert, wodurch diese Mitteilungen wesentlich schneller erledigt werden können.

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Das Jahr 1983 war für die MA 62 insofern ein ganz besonderes Wahljahr, als erstmals wieder seit 1949 die gleichzeitige Durchführung der Nationalratswahl mit den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen angeordnet wurde. Schon vor der Ausschreibung dieser für den 24. April 1983 angesetzten Wahlen (am 24. bzw. am 25. Februar 1983) war eine Reihe von organisatorischen und legistischen Problemen einer Lösung zuzuführen, wobei insbesondere die mit 24. Februar 1983 in Kraft getretene Änderung der Wiener Gemeindewahlordnung (LGBl. Nr. 6/1983) hervorgehoben werden muß. Für die im Raume von Wien jeweils zu vergebende Zahl von Mandaten konnte bereits das auf Grund der erfolgreichen Anfechtung durch das Land Wien berichtigte Ergebnis der Volkszählung 1981 als rechnerische Grundlage herangezogen werden. Gegen das Wählerverzeichnis wurden insgesamt 4.898 Einsprüche eingebracht, wovon 2.667 auf Eintragungsbegehren, 1.786 auf Streichungsbegehren und 445 auf Berichtigungsbegehren entfielen. Dies bedeutet gegenüber früheren Wahlen eine deutli-

che Reduzierung der Zahl an Einsprüchen (Nationalratswahl 1979 — 8.516 Einsprüche, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1978 — 9.986 Einsprüche) und läßt auf eine wesentliche Steigerung der Effizienz bei der Führung der Wählerevidenz in den vergangenen Jahren schließen. Nach Abschluß des Reklamationsverfahrens waren in Wien 1,141.971 Personen wahlberechtigt, was gegenüber 1979 (1,179.919 Wahlberechtigte) eine Abnahme von 3,22 Prozent bedeutet. In Wien wurden ferner 53.931 Wahlkarten ausgestellt.

Für die Nationalratswahlen kandidierten im Wahlkreis Wien acht Parteien: die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ), die Alternative Liste Österreichs (ALÖ), die Ausländer-Halt-Bewegung (AUS) und die Österreich-Partei (OLAH). Für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen kandidierten sechs Parteien, und zwar außer den oben genannten ersten vier Parteien noch die Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz (WBU) und die Alternative Liste Wien (ALW). Nicht alle sechs Parteien kandidierten jedoch in allen Wahlkreisen und Bezirken, da die nicht im Gemeinderat vertretenen Parteien nicht in jedem Wahlkreis (in jedem Bezirk) die erforderliche Zahl von Unterstützungserklärungen beibringen konnten. Somit kandidierten für die einzelnen Wahlkreise und Bezirke unterschiedlich zwischen vier und sechs Parteien. Dies führte vor allem bei der Erstellung der Stimmzettel zu Schwierigkeiten, da 46 verschiedene Mutationen berücksichtigt werden mußten.

Für die Nationalratswahl wurden in Wien 993.790 Stimmen abgegeben, davon waren 980.535 gültig. Das ist eine Wahlbeteiligung von 87,0 Prozent (1979: 86,2%). Damit lag Wien etwas unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt — 1983: 92,6 Prozent, 1979: 92,2 Prozent. In Wien entfielen auf die SPÖ 554.663 Stimmen (56,6%), auf die ÖVP 329.883 Stimmen (33,6%), auf die FPÖ 42.948 Stimmen (4,4%) und der Rest auf die fünf kleineren Parteien. Auf die SPÖ entfielen in Wien 20, auf die ÖVP 12 Grundmandate und auf die FPÖ 1 Grundmandat, 3 Reststimmenmandate wurden im 2. Ermittlungsverfahren zusammen mit 3 weiteren Restmandaten aus dem Burgenland und Niederösterreich vergeben, wobei auf SPÖ, ÖVP und FPÖ noch je 2 Mandate entfielen.

Für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen wurden 972.773 Stimmen abgegeben, wovon 960.065 gültig waren. Die Differenz zur Nationalratswahl ergibt sich daraus, daß über 21.000 Wahlkartenwähler ihre Stimme außerhalb Wiens abgaben und daher nur für den Nationalrat abstimmen konnten. Die Wahlbeteiligung betrug 85,2 Prozent, was gegenüber 1978 (72,2%) eine ganz erhebliche Steigerung bedeutet. Bei der Gemeinderatswahl entfielen auf die SPÖ 532.992 Stimmen (55,5%), auf die ÖVP 334.251 Stimmen (34,8%), auf die FPÖ 51.767 Stimmen (5,4%) und der Rest auf die kleineren Parteien. Im ersten Ermittlungsverfahren entfielen auf die SPÖ 58 und auf die ÖVP 34 Grundmandate. Von den im zweiten Ermittlungsverfahren zu vergebenden 8 Restmandaten entfielen je 3 auf die SPÖ und ÖVP und 2 auf die FPÖ.

Bei den Bezirksvertretungswahlen erreichte die SPÖ in 13 Bezirken die absolute Mehrheit (davon in drei sogar die Zweidrittelmehrheit) und in einem die relative Mehrheit; die ÖVP erreichte in sechs Bezirken die absolute und in drei Bezirken die relative Mehrheit. Die FPÖ erreichte in jeder Bezirksvertretung mindestens ein Mandat (in sieben Bezirken zwei Mandate), während die KPÖ nur noch in zwei Bezirken (Floridsdorf und Donaustadt) mit je einem Mandat vertreten ist. Die erstmals kandidierende ALW konnte in den Bezirken 1 bis 10 je ein Mandat erringen.

In der Personendatenbank der Wählerevidenz wurden 1983 insgesamt 215.813 Transaktionen durchgeführt. Davon waren 14.338 Zuzüge aus den Bundesländern, 1.195 Zuzüge aus dem Ausland, 66.278 Übersiedlungen innerhalb Wiens, 1.229 Abwanderungen ins Ausland, 13.594 Wegzüge von Wien in die Bundesländer, 7.044 Wegzüge nach unbekannt, 3.208 Eintritte in ein Pflegeheim, 3.216 Erwerbe der österreichischen Staatsbürgerschaft, 45 Verluste der österreichischen Staatsbürgerschaft, 1.952 Wahlausschlüsse wegen gerichtlicher Verurteilungen oder Entmündigungen, 22.577 Neuzugänge, 25.550 Sterbefälle, 28.866 allgemeine Personendatenänderungen, 1.839 Löschungen von Personensätzen, 19.338 Protokollierungen ADV-unwirksamer Belege und 5.544 sonstige Veränderungen. Als Unterlagen für die oben angeführten Arbeiten liefen bei der Abteilung im gleichen Zeitraum insgesamt 339.205 Belege ein. Das bedeutet, daß zusätzlich 123.392 Belege überprüft und bearbeitet werden mußten, die keine Veränderungen in der Personendatenbank nach sich zogen.

In der zweiten Jahreshälfte waren wieder die Arbeiten zur Erstellung der Jahresliste nach dem Geschworenen- und Schöffenlistengesetz in Angriff zu nehmen. Wenn dabei auch ein großer Teil der Arbeit von den Bezirksämtern bzw. vor allem von den Bezirksvorstehungen zu leisten war, lag doch die organisatorische Leitung bei der Abteilung, was von der Erstellung und Versendung von Richtlinien und Drucksorten über Hilfestellung mannigfaltigster Art bis zur Übernahme der von den Gemeindebezirkskommissionen ausgewählten Formblätter besonders geeigneter Personen reicht. Diese Formblätter, deren Anzahl pro Bezirk nach dessen Größe differiert und vom Landesgericht für Strafsachen Wien bekanntgegeben wird, sind nach dem Einlangen bei der Abteilung nochmals zu sichten und zu kontrollieren sowie nach vorheriger Vereinbarung dem Landesgericht zusammen mit den Gemeindebezirkslisten zu übermitteln. Insgesamt wurden im Jahre 1983 dem Landesgericht für Strafsachen, Wien, 9.979 Formblätter besonders geeigneter Personen übergeben. In diesem Zusammenhang müssen auch die Arbeiten für die jährliche Neubestellung der Gerichtshofkommission erwähnt

werden. Weiters sind nach jeder Gemeinderatswahl auch die Mitglieder der Gemeindebezirkskommissionen und der Gemeindevermittlungsämter neu zu bestellen. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten waren 1983 noch im Laufen.

An legistischen Arbeiten wurden die Besprechungen zur Schaffung eines Wiener Prostitutionsgesetzes intensiv fortgesetzt, wobei ein gangbarer Weg in Richtung weitestgehende Eindämmung der Wohnungsprostitution und gleichzeitige Vermeidung der in anderen Bundesländern vorgesehenen Bordellösung gefunden werden konnte. Am 7. Dezember 1983 wurde das Wiener Prostitutionsgesetz vom Wiener Landtag beschlossen.

Von den im Jahre 1983 anhängig gewordenen 2.493 Verfahren entfielen 991 auf Anfragen nach dem Zivildienstgesetz, 931 auf Berufungen, 403 auf Genehmigungen nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz und 168 betrafen Ausspielungen.

Von den Berufungsverfahren wurden im Jahre 1983 60 betreffend Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Wehr- und Zivildienst anhängig gemacht. Das Kernproblem dieser Verfahren liegt darin, daß trotz mitunter sehr aufklärungsbedürftiger Unterlagen eine rasche Entscheidung getroffen werden soll, um dem Wehr- bzw. Zivildienstpflichtigen ehestmöglich zu den ihm zustehenden Leistungen zu verhelfen.

Die Einführung eines vierwöchigen Grundkurses für Zivildienstleistende, der ab 1. Jänner 1984 hätte stattfinden sollen, wurde auf 1. Jänner 1985 verschoben. Der beträchtliche Umfang des Kurses im Bereich der Stadt Wien brachte 1983 zahlreiche Vorarbeiten mit sich, wobei allerdings derzeit auch für den Termin 1. Jänner 1985 noch keineswegs alle jene Schwierigkeiten, die zur Aufschiebung des Termins führten, behoben erscheinen. So liegen z. B. noch immer keine genauen Lehrpläne vor, die vorgesehenen Lehrblöcke werden nicht ohne beträchtlichen Aufwand an Lehrmitteln durchzuführen sein (etwa das Unterrichtsfach Technische Hilfeleistung — Gebrauch von Bergegeräten), und der Umfang des Kurses sowie der Umstand, daß ein Internatsbetrieb vorgesehen ist, schaffen große organisatorische Probleme.

Von den im Jahre 1983 insgesamt anhängig gewordenen Berufungen entfielen weiters 497 Fälle auf Anstandsverletzungen und Lärmerregung (Art. VIII EGVG 1950), 47 auf Übertretungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes und 173 auf „Schwarzfahren" im Sinne der Art. IX EGVG 1950.

Die Anzahl der genehmigten Ausspielungen, und zwar 168 Glückshäfen und Juxausspielungen, ist gegenüber 1982 fast gleichgeblieben. Das Gesamtspielkapital ging jedoch auf 7,070.670 S zurück. Nach den Bestimmungen des Wiener Sammlungsgesetzes wurden für das Jahr 1983 zwölf Sammlungen bewilligt, wobei es sich bei den meisten um jährlich wiederkehrende Sammlungen (Rotes Kreuz, Schwarzes Kreuz, Domkirche St. Stephan) handelte.

Auf Grund der beträchtlichen Anzahl größtenteils telephonisch erteilter Auskünfte kann festgestellt werden, daß das Bedürfnis zur Abhaltung von Sammlungen im Steigen begriffen ist. Um die Bereitwilligkeit der Wiener Bevölkerung zur Leistung von Spenden für wohltätige Zwecke nicht über Gebühr zu beanspruchen, wird im Zuge des Genehmigungsverfahrens in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 12 auch die Person (oder die Organisation) des Sammlers dahin gehend geprüft, ob auch eine entsprechende Erfüllung des als Grund der Sammlung angegebenen wohltätigen Zweckes erwartet werden kann.

Im Jahre 1983 konnte weiters ein verstärktes Interesse an der Errichtung neuer Stiftungen und Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit festgestellt werden. Ferner wurde in der Abteilung ein Textverarbeitungsgerät installiert, dessen Einsatz sich für bestimmte Arten gleichförmiger Erledigungen, aber auch zur einfacheren Konzipierung von Berufungsbescheiden für die bloße Bekämpfung der Strafhöhe bereits bewährt hat. Es ist zu erwarten, daß dieses Gerät auch für die Erstellung von Wahldrucksorten und Wahlinstruktionen wertvolle Hilfsdienste leisten wird.

Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung unter anderem in Form von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur vielfach die Interessen des Landes Wien wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen geben. Zur Begutachtung standen die Entwürfe zum Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz, zum Bundesgesetz, mit dem das Patentanwaltsgesetz geändert wird, zur Weingesetznovelle 1983, zum Waschmittelgesetz, zum Immissionsschutzgesetz, zum Gesetz, mit dem ein Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz geschaffen wird (Novelle des Bundesministeriengesetzes 1973), zum Gesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird, zum Gesetz, mit dem das Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz geändert wird, zum Umweltfondsgesetz, zum Gesetz über das Wappen, das Siegel, die Farben und die Flagge der Republik Österreich, zum Gesetz über das Wappen, das Siegel, die Farben und die Flagge der Bundeshauptstadt Wien, zum Protokoll 1983 über die weitere Verlängerung des Übereinkommens betreffend Weizenhandel 1971, zum Budapester Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, zur Änderung der

Verordnung über die tarifmäßige Festlegung der Gebühren für die von den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung vorzunehmenden Untersuchungen und Begutachtungen zur Verordnung über eine nichtlandwirtschaftliche Bereichszählung 1983, zur Änderung der Verordnung, mit der die statistischen Erhebungen über die Standortentwicklung der gewerblichen Gütererzeugung und Dienstleistungen angeordnet werden, zur Verordnung auf Grund des § 6 Abs. 1 Güterbeförderungsgesetz, zur Änderung der Verordnung betreffend die Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung, zur Verordnung des Landeshauptmannes von Salzburg über die Ersichtlichmachung von Preisen durch Aussteller auf Messen und messeähnlichen Veranstaltungen im Bundesland Salzburg, zur Änderung der Lebensmittelfarbstoffverordnung, zur Änderung der Verordnung über die Kennzeichnung von Kunststoffrohren, zur Änderung der Grundpreisauszeichnungsverordnung, zur Änderung der Waschmittelkennzeichnungsverordnung 1974, zur Änderung der Verordnung über die Kennzeichnung verpackter kosmetischer Mittel, zur Änderung der Verordnung über den Befähigungsnachweis für die gebundenen Gewerbe der Aufstellung von Niederdruckzentralheizungsanlagen und Warmwasserbereitungsanlagen der Oberstufe und von Hochdruckzentralheizungsanlagen sowie der Aufstellung von Niederdruckzentralheizungsanlagen und Warmwasserbereitungsanlagen der Unterstufe, zur Änderung der Verordnung über den Befähigungsnachweis für die gebundenen Gewerbe der Aufstellung von Lüftungsanlagen (einschließlich Klimaanlagen) der Oberstufe sowie der Unterstufe, zur Änderung der Verordnung über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltswäschetrocknern, zur Verordnung betreffend Änderung von Ausbildungsvorschriften für die Lehrberufe, zur Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Aufsichtsorganen zur Überwachung des Verkehrs mit den durch das Lebensmittelgesetz 1975 erfaßten Waren, zur Verordnung betreffend Neuregelung des Befähigungsnachweises für das gebundene Gewerbe der Hohlglasveredler einschließlich der Glasgraveure, zu vier Verordnungen über die Durchführung von Meisterprüfungen für einzelne Handwerke, zur Verordnung betreffend Sonderabfälle, deren schadlose Beseitigung besondere Umsicht und besondere Vorkehrungen erfordert, zur Verordnung betreffend die Nachweispflicht für Sonderabfälle (Sonderabfallnachweisverordnung), zur Verordnung betreffend Änderung der Qualitätsklassenverordnung, zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Einbeziehung von Bier und Hühnereiern in das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis, zur Änderung der Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl, zur Änderung der Verordnung über die Ermächtigung der Zollämter zur Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen in vereinfachter Form und zur Änderung der Verordnungen, mit der die Herausgabe von Preisempfehlungen untersagt wird (Nettopreisverordnung).

An Tarifen, die im Jahre 1983 auszuarbeiten waren, sind der Kehrtarif, der Taxitarif, der Fremdenführertarif und der Tarif für das Bestattergewerbe zu nennen.

Die Landesinnung Wien der Rauchfangkehrer hat im Jahre 1983 zwei Anträge gestellt, die Ansätze des geltenden Kehrtarifes zu erhöhen. Nach Prüfung des ersten Antrages im Begutachtungsverfahren wurde eine Anhebung der Tarifansätze im Ausmaß von allgemein 5,5 Prozent zugestanden. Dieser Tarif wurde mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 17. Februar 1983, LGBl. für Wien Nr. 12, als Kehrtarif 1983 erlassen. Im zweiten Tarifverfahren hat die Landesinnung Wien der Rauchfangkehrer lediglich beantragt, bei Anhebung des Umsatzsteuersatzes von 18 auf 20 Prozent mit 1. Jänner 1984 den Höchsttarif für das Rauchfangkehrergewerbe entsprechend anzupassen. Die gesetzliche Erhöhung der Umsatzsteuer auf 20 Prozent legitimiert die Unternehmer nicht, die auch die Nebenkosten enthaltenden Tarifansätze von Höchsttarifen zu überschreiten. Mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 30. November 1983, LGBl. für Wien Nr. 48, wurden daher die Tarifansätze im Ausmaß von 1,7 Prozent erhöht, wobei die Anhebung des Umsatzsteuersatzes von 18 auf 20 Prozent berücksichtigt worden war.

Auch die Änderung des Höchsttarifes für das Bestattergewerbe in Wien durch die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 30. November 1983, LGBl. für Wien Nr. 46, diente lediglich der Anpassung der Tarifansätze in dem durch die Anhebung des Umsatzsteuergesetzes von 18 auf 20 Prozent vorgezeichneten Ausmaß.

Hinsichtlich des Taxigewerbes stellte die Fachgruppe für das Beförderungsgewerbe mit Personenkraftwagen einen Antrag auf textliche Neugestaltung des Wiener Taxitarifes 1982, um Tarifbestimmungen für über Funk bestellte Fahrten neu zu regeln. Nach den zum Teil negativen Stellungnahmen der Interessenvertretungen wurde in mehreren Büroverhandlungen die Übereinstimmung erzielt, daß eine Zuschlagsregelung für die Zufahrt von über Funk bestellten Taxis die bestmögliche Übergangslösung darstellt. Die Zuschlagsregelung, nach der für über Funk bestellte Fahrten zu dem vom Fahrpreisanzeiger angezeigten Entgelt ein Betrag von 8 S hinzuzurechnen ist, soll nicht nur eine weitere Wettbewerbsverzerrung im Taxigewerbe zuungunsten der Gewerbetreibenden, die sich an den Tarif halten (der eine freie Zufahrt nicht vorsieht), hintanhalten, sondern liegt auch im Interesse der Konsumenten. Die sonstigen Abänderungen entsprechen dem Wunsch der antragstellenden Fachgruppe, die Verbindlichkeit des Tarifes zu verdeutlichen. Die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 24. November 1983, verlautbart im „Amtsblatt der Stadt Wien", Nr. 50, beinhaltet daher grundsätzlich keine Tariferhöhung.

Zur Abgeltung der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der mit 1. Jänner 1984 eintretenden Erhöhung der

Angelobung neu in den Dienst der Stadt Wien aufgenommener Mitarbeiter durch Frau Amtsführenden Stadtrat Friederike Seidl (Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz)

Personalangelegenheiten

Freisprechungsfeier für Lehrlinge der Stadt Wien im Festsaal des Rathauses

Amtsführender Stadtrat Hans Mayr (Finanzen und Wirtschaftspolitik) bei der Eröffnung der Wien-Ausstellung in Tokio

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Durch die Aktion „Wiener Lehrplatzförderung" wurde im Jahr 1983 die Errichtung von 1.000 neuen Lehrplätzen ermöglicht

Umsatzsteuer um 2 Prozent von 18 auf 20 Prozent wurde der Fremdenführertarif 1978 durch die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 10. November 1983, LGBl. für Wien Nr. 34, um durchschnittlich 5,85 Prozent angehoben. Dieses Ergebnis fand die Zustimmung aller dazu gehörten Interessenvertretungen und Dienststellen.

Auf dem Gebiet des Preisrechtes sind die Landeshauptmänner auf Grund einer Delegierung, die bereits im Jahre 1974 durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie veranlaßt wurde, ermächtigt, die höchstzulässigen Verbraucherpreise für Fleisch, Fleischwaren und Schlachtprodukte zu bestimmen. Auf Grund dieser Kompetenz hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien im Jahre 1983 zwei Anträge auf Neufestsetzung der amtlich geregelten Höchstpreise für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren gestellt. Die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 28. Juli 1983, betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, verlautbart im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung", Nr. 182, sah eine Erhöhung der Verbraucherpreise auf dem Fleisch- und Wurstwarensektor um durchschnittlich 3,4 Prozent vor. Mit der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 19. Dezember 1983, verlautbart im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung", Nr. 1/1984, wurden die Verbraucherpreise für die amtlich geregelten Fleisch- und Wurstwaren im Hinblick auf die Erhöhung des Steuersatzes für Nahrungsmittel von 8 auf 10 Prozent um durchschnittlich 1,85 Prozent angehoben.

Auf dem Gebiet des Marktrechtes wurde am 30. März 1983 die Kirchweihmärkteverordnung 1983, verlautbart im „Amtsblatt der Stadt Wien", Nr. 17, erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte im Gebiet der Stadt Wien festgelegt. Durch die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1983 und die Adventmärkteverordnung vom 4. November 1983 wurden die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die jährlichen Änderungen unterliegen, listenmäßig erfaßt und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt. Ferner wurde mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 17. Februar 1983, LGBl. für Wien Nr. 13, die Geltungsdauer der Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbe der Blumenbinder in Verkaufsstellen auf Bahnhöfen bis 30. Juni 1984 verlängert.

Im Bereich des gewerblichen Prüfungswesens konnte wieder eine zunehmende Belastung der Gewerbeverwaltung festgestellt werden. In den Gewerben Berufsdetektive, Reisebürogewerbe, Immobilienmakler, Immobilienverwaltung, Waffengewerbe, Personalkreditvermittlung, Drogistengewerbe, Mietwagengewerbe (Pkw) und Fiakergewerbe wurde je ein Prüfungstermin angesetzt. Für den Bereich der Bewachungsgewerbe, Ausflugswagengewerbe, Mietwagengewerbe (O-Busse) und Taxigewerbe wurden je zwei und für den Bereich der konzessionierten Gastgewerbe fünf Prüfungstermine festgesetzt. Die Prüfungen sind vor Kommissionen abzulegen, die vom Landeshauptmann zu bestellen sind. Sie bestehen üblicherweise aus einem mit einschlägigen Angelegenheiten befaßten Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und, je nach der Zahl der besonderen Fachgebiete des Gewerbes, aus zwei bis fünf anderen Fachleuten, von denen mindestens zwei Personen im betreffenden Gewerbe tätig sein müssen. Vor der bescheidmäßigen Zulassung der Kandidaten muß in jedem einzelnen Fall das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen geprüft werden. Dies ist bei den vorangeführten Gewerben im Jahre 1983 in insgesamt 833 Zulassungsverfahren geschehen. Es traten 706 Kandidaten zu den schriftlichen und mündlichen Prüfungen an. Hievon entfiel der größte Teil, nämlich 509 Kandidaten, auf das Gastgewerbe. Von den Kandidaten, die zur Prüfung angetreten sind, haben knapp zwei Drittel bestanden.

Im Zentralgewerberegister wurden 6.535 neu begründete Gewerberechte eingetragen und in 6.409 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Änderungen an bestehenden Gewerberechten, wie die Verlegung des Standortes, weitere Betriebsstätten, Geschäftsführerbestellungen und -änderungen, Übertragungen an Pächter, Weiterbetriebe, Nebenbetriebe usw., haben sich in 29.307 Fällen ergeben. Im handelsrechtlichen Bereich wurden 9.266 Zentralblattverlautbarungen behandelt. Insgesamt mußten 28.330 Anfragen schriftlich beantwortet werden, wovon 7.781 das handelsrechtliche Gebiet betrafen. Der Sozialversicherungsanstalt wurde in 1.567 Fällen Rechtshilfe gewährt. Im Verwaltungsstrafkataster kam es zur Neuaufnahme von 15.249 Personen, aus den Aufzeichnungen des Verwaltungsstrafkatasters waren 20.358 Auskünfte zu geben. Für die Verlautbarung im „Amtsblatt der Stadt Wien" wurden 6.607 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen mußten bei 3.197 Personen Nachforschungen angestellt werden, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die wesentlichen Aufgaben der Abteilung im Jahre 1983 waren die Weiterführung der auf dem Sektor der Legistik aufgenommenen Arbeiten sowie die behördliche Betreuung der in Wien laufenden Großbauvorhaben von Hochbauten des Bundes sowie des U-Bahn-Baues.

Auf dem Sektor der Legistik ist die Überarbeitung des Entwurfes eines Gesetzes über die Lagerung und Verfeuerung brennbarer Flüssigkeiten sowie über Tankstellen auf Grund der Stellungnahmen der technischen Abteilungen zu erwähnen.

Auf Grund der Novelle des Wiener Feuerpolizeigesetzes (Luftreinhaltenovelle 1982) wurde der Entwurf einer Verordnung über die Reinigung und Überprüfung von Feuerungsanlagen, die die Kehrverordnung aus 1957 ablösen soll, ausgearbeitet und dem externen Begutachtungsverfahren unterzogen. Mit dieser Verordnung sollen die näheren Regelungen über eine praxisgerechte Durchführung der Reinigung und Überprüfung auf bau- und feuerpolizeiliche Übelstände bei Rauch- und Abgasanlagen getroffen werden. Desgleichen wurde der Entwurf einer Verordnung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl erarbeitet und zur externen Begutachtung ausgesendet. Die Herabsetzung des Schwefelgehaltes stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Umweltbelastung und zur Verbesserung der Luftqualität dar. Zur weiteren und wirksamen Verbesserung der Luftqualität sind auch im Sinne der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie die Begrenzung der Abgasverluste und eine Festlegung der Grenzwerte der Emissionen der Feuerstätten erforderlich. Die Beratungen für die Ausarbeitung dieser Verordnung, die auch die Grundlage für die Tätigkeit der zu Überprüfungsorganen bestellten Personen darstellt, wurden aufgenommen und ein Magistratsentwurf erstellt. Ebenso wurde der Entwurf einer Verordnung über die Kenntnisse, die von zu Überprüfungsorganen zu bestellenden Personen nachzuweisen sind, magistratsintern beraten.

Weitere Tätigkeiten der Abteilung auf dem Gebiet der Legistik erstreckten sich auf eine Verordnung über den Maßstab, die Ausfertigung und Beschaffenheit der Baupläne, auf eine Änderung der Aufgrabungskundmachung, auf die Erlassung von Verordnungen über Verbindungsstücke, Abluftfänge und Zuluftschläuche usw. nach den §§ 113, 114 und 115 der Bauordnung für Wien. In diesem Zusammenhang ist auch die Verordnung der Wiener Landesregierung zu erwähnen, mit der die Zulassung des Werkstoffes Asbestzement für Rauchfänge, Lüftungs- und Dunstschläuche und die Zulassung von Formsteinen für Rauchfänge aufgehoben wurden.

Eine kleine Novelle zur Bauordnung für Wien, für die das verfassungsmäßige Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wurde, bringt neue formalrechtliche Bestimmungen über die Bauoberbehörde entsprechend einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes.

Auf dem Sektor der Hochbauten des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, sind die Ausfertigung der Baubewilligung für die Lüftungsanlagen im Neubau des Juridikums der Universität in 1, Helferstorferstraße, sowie die Erteilung der Benützungsbewilligung für Teile des Gebäudes anzuführen. Für den Neubau des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen in 2, Schiffamtsstraße, den Neubau der Höheren Technischen Lehranstalt für Körperbehinderte samt Krankenanstalt und Hallenbad in 3, Ungargasse 67—69, wurden die Bauverhandlungen durchgeführt. Nach der Generalsanierung des Palais Rottal in 1, Singerstraße 17—19, in dem die Finanzprokuratur untergebracht ist, wurde die Benützungsbewilligung erteilt. Weiters konnte der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland die Benützungsbewilligung für den Neubau des Ortsamtes Leopoldau in 21, Leopoldauer Straße 169, ausgesprochen werden. Für den Neubau einer Doppelturnhalle für die Höhere Technische Bundeslehranstalt in 10, Pernerstorfergasse 79—83, den Umbau der Turnsäle in der Höheren Internatsschule des Bundes in 3, Boerhaavegasse 15, die Generalsanierung des großen Schwurgerichtssaales sowie für den Häftlingstrakt und den Historischen Amtstrakt des Landesgerichtes für Strafsachen in Wien wurden gleichfalls die Baubewilligungen nach Durchführung des baubehördlichen Verfahrens erteilt. Als besonders umfangreiches Bauvorhaben sind die Zubauten zur Höheren Technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt in 3, Leberstraße 4 c, zu erwähnen. Trotz der schwierigen rechtlichen Konstellation konnte binnen kurzer Zeit das Bauverfahren für den Zu- und Umbau der Höheren Technischen Lehranstalt Nord in 22, Donaustadtstraße 45, durchgeführt werden, so daß im September 1983 die Benützungsbewilligung erteilt werden konnte. Weiters wurden noch für rund 60 kleinere Bauvorhaben, wie Umbauten oder Zubauten des Bundes, die Bauverfahren eingeleitet und die Bauverhandlungen durchgeführt.

Der größte Teil der nach dem Eisenbahngesetz durchzuführenden Verfahren betraf U-Bahn-Bauten. So wurden die Baugenehmigungen für die U 3 für den Abschnitt Gigergasse—Erdberg, den Teilabschnitt in der Landstraßer Hauptstraße und für die Betriebsgleisverbindung U 3—U 4 erteilt. Ebenso wurden der Abschnitt Gumpendorfer Straße—Tscherttegasse der U 6, die Station Michelbeuern (AKH) der U 6 und die Schnellbahnstation Atzgersdorf-Mauer eisenbahnrechtlich genehmigt. Weiters wurden für verschiedene Bauten der U 1 und U 4 sowie im Bereich des Zentralverschiebebahnhofes Kledering die Bewilligungen erteilt.

Mehrere Enteignungsverfahren waren zu verhandeln und konnten teilweise abgeschlossen werden, und zwar betreffend die E.Z. 2144, Kat.Gem. Leopoldstadt, für den Ausbau der B 8 (Angerer Straße), die E.Z. 1016, Kat.Gem. Innere Stadt, zur bauordnungsgemäßen Bebauung der Liegenschaft, die E.Z. 2136, Kat.Gem. Leopoldstadt, für eine Gehsteigherstellung, die E.Z. 76, Kat.Gem. Hietzing, für den Ausbau der Weidlichgasse, die E.Z. 454, Kat.Gem. Dornbach, für die Errichtung einer Wohnhausanlage, ferner die E.Z. 70, Kat.Gem. Hernals, für die Errichtung des Bezirkszentrums Hernals, die E.Z. 75, Kat.Gem. Eßling, für die bauordnungsgemäße Bebauung der Liegenschaft, die E.Z. 2374, Kat.Gem. Inzersdorf, für den widmungsgemäßen Ausbau der Traviatagasse, die E.Z. 1425, Kat.Gem. Atzgersdorf, für den straßenmäßigen Ausbau der Atz-

gersdorfer Straße und die E.Z. 160, Kat.Gem. Mauer, wobei über die Entschädigungssumme für bauliche Abänderungen ein Verfahren durchzuführen war. Für den Bau der U 6 mußten mehrere Enteignungsverfahren eingeleitet werden, und zwar betreffend die E.Z. 214, Kat.Gem. Gaudenzdorf, E.Z. 1753, Kat.Gem. Meidling, E.Z. 91, Kat.Gem. Meidling, E.Z. 22, Kat.Gem. Meidling, und die E.Z. 347, Kat.Gem. Meidling.

Nach § 30 Abs. 3 Zif. 15 des Mietrechtsgesetzes hatte die Abteilung in mehreren Verfahren festzustellen, ob Neu- bzw. Umbauten im öffentlichen Interesse liegen. Damit kann der Gebäudeeigentümer bei Gericht die Mietverhältnisse aufkündigen und das Gebäude abbrechen bzw. umbauen. Hievon waren die Objekte in 2, Schmelzgasse 4 und 6 sowie Engerthstraße 203, in 4, Belvederegasse 13 und Brucknerstraße 4, in 8, Kochgasse Nr. 34 und Josefstädter Straße 32, und in 10, Quellenplatz 4, Humboldtgasse 36, Ettenreichgasse 13 und 14, betroffen.

Ferner war noch eine Reihe von Agenden zu erfüllen, die für die Öffentlichkeit nicht so bedeutungsvoll in Erscheinung treten, jedoch für den einzelnen Bürger positive Auswirkungen zeigen, wie etwa die Genehmigung der Parzellierung von Grundstücken in etwa 1.100 Fällen, die Genehmigung der Aufgrabung von öffentlichen Verkehrsflächen für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung sowie des Kabelbauamtes, weiters die Genehmigung aller Leitungslegungen vom Elektrizitäts- und Gaswerk in etwa 830 Fällen, die Abgabe von Rechtsgutachten, insbesondere für die Baupolizei in etwa 500 Fällen, und die Stellungnahme und Begutachtung im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen in etwa 150 Fällen. Weiters wurden bei der Abteilung insgesamt rund 370 Berufungsverfahren anhängig gemacht, wovon etwa 220 Fälle Verwaltungsstrafverfahren waren. In etwa 690 Fällen mußte das Ersatzvornahmeverfahren eingeleitet werden, damit der gesetzmäßige Zustand von Baulichkeiten und von Versorgungsleitungen hergestellt wird. Weiters waren die Agenden der umfassenden Landesverteidigung (geistige, wirtschaftliche, militärische und zivile) wahrzunehmen, wobei rund 120 Geschäftsfälle zu bearbeiten waren.

Von Magistrats- oder Bundesdienststellen sind 258 Einladungen zu Besprechungen übermittelt worden, an denen Vertreter der Abteilung teilgenommen haben.

Bei einer Reihe von Bauansuchen, in denen nach § 69 der Bauordnung für Wien für die Erteilung der Baubewilligung die Zustimmung der örtlich zuständigen Bezirksvertretungen zu Abweichungen von den Bestimmungen des Bebauungsplanes einzuholen ist, oblag der Abteilung die rechtliche Begutachtung; im Jahre 1983 wurden insgesamt 296 derartige Anträge vorgelegt.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Im Rahmen der Volkszählung 1981 führte die Frage nach dem ordentlichen Wohnsitz der Einwohner zu einem Rechtsstreit zwischen den Gemeinden. Von dem Land und der Gemeinde Wien wurde das vom Österreichischen Statistischen Zentralamt ermittelte Volkszählungsergebnis 1981 wegen Nichtberücksichtigung der 30.636 von Wien reklamierten Einwohner beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Die Aufhebung des Volkszählungsergebnisses 1981 durch den Verfassungsgerichtshof am 18. Dezember 1982 hatte zur Folge, daß das Österreichische Statistische Zentralamt die Wohnsitzangaben aller reklamierten Personen (53.348 Fälle in Österreich) einer nochmaligen Bearbeitung zuführen mußte. Die Angaben der Zensiten über den ordentlichen Wohnsitz sind nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes keineswegs unangreifbar und unumstößlich, wenn auf Grund objektiver Merkmale ein anderer als der von dem Zensiten angegebene Wohnort als ordentlicher Wohnsitz festgestellt wird. Für die Zuordnung der Einwohner zu einem ordentlichen Wohnsitz waren nunmehr objektive Merkmale, wie überwiegende Benützung der Wohnung, Ort des täglichen Antritts des Weges zum Arbeits- bzw. Studienplatz, Schulort der Kinder, gemeinsamer Familienverband, Eintragung in die Wählerevidenz für die Nationalratswahl usw., ausschlaggebend. Im Jänner und Februar 1983 mußten 1.162 gegen Wien vorgebrachte Reklamationen anderer Gemeinden abgewehrt und in 1.797 Fällen ergänzende Erhebungen durchgeführt werden. Um diese Nacherhebungen effizient zu vollziehen, wurde neuerlich ein Volkszählungsteam von 85 Mitarbeitern unter der Leitung der MA 66 eingerichtet.

Durch das revidierte Ergebnis der Volkszählung 1981 erhöhte sich die Einwohnerzahl (Volkszahl) Wiens von ursprünglich 1,515.666 Personen um 15.680 auf 1,531.346 Personen.

Wohnbevölkerung nach Bundesländern

Bundesland	Wohnbevölkerung laut Volkszählung				
	1971[1])	aufgehobenes Ergebnis 1981	revidiertes Ergebnis 1981	Veränderung: revidiertes ± aufgehobenes Ergebnis	Veränderung: revidiertes Ergebnis 1981 ± 1971
Burgenland	272.119	272.274	269.771	— 2.503	— 2.348
Niederösterreich	1,414.161	1,439.137	1,427.849	—11.288	+ 13.688
Wien	1,614.841	1,515.666	1,531.346	+15.680	— 83.495
Ostösterreich	3,301.121	3,227.077	3,228.966	+ 1.889	— 72.155
Kärnten	525.728	536.727	536.179	— 548	+ 10.451
Oberösterreich	1,223.444	1,270.426	1,269.540	— 886	+ 46.096
Steiermark	1,192.100	1,187.512	1,186.525	— 987	— 5.575
Innerösterreich	2,941.272	2,994.665	2,992.244	— 2.421	+ 50.972
Salzburg	401.766	441.842	442.301	+ 459	+ 40.535
Tirol	540.771	586.139	586.663	+ 524	+ 45.892
Vorarlberg	271.473	305.615	305.164	— 451	+ 33.691
Westösterreich	1,214.010	1,333.596	1,334.128	+ 532	+120.118
Österreich	7,456.403	7,555.338	7,555.338	—	+ 98.935

[1]) Ausschließlich anwesende ausländische Arbeitskräfte (35.123 in Österreich)

Diese Veränderung der Wiener Volkszahl hatte auch eine jährliche Erhöhung der an Wien zu leistenden Ertragsanteile des Bundes um rund 111 Millionen Schilling im Rahmen des Finanzausgleiches zur Folge. Auch in anderen Verteilungsschlüsseln, in denen die Volkszahl eine Rolle spielt, wird sich dieses Ergebnis für Wien günstig auswirken. Die Korrekturen der Einwohnerzahlen hatten auch Veränderungen der Bürgerzahlen (Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft und ordentlichem Wohnsitz innerhalb Österreichs) zur Folge. Die Veränderungen bei den Bürgerzahlen bewirkten, daß nicht mehr Niederösterreich — wie ursprünglich auf Grund des aufgehobenen Ergebnisses —, sondern Wien das Bundesland mit der größten Bürgerzahl ist. Während die Bürgerzahl des aufgehobenen Ergebnisses für Wien 1,402.261 betrug, erhöhte sie sich infolge des revidierten Ergebnisses auf 1,417.923. Da die räumliche Verteilung der Bürgerzahlen als Grundlage für die Berechnung sowohl der Zahl der Mandate, die auf die Nationalratswahlkreise entfallen, als auch der Zahl der Mitglieder, die von jedem Bundesland in den Bundesrat zu entsenden sind, dient, war die Neuverteilung der Bürgerzahlen auch von staatspolitischem Interesse. Nach den aufgehobenen Ergebnissen der Bürgerzahlen hätte der Wahlkreis Wien gegenüber der vorher gültigen Berechnungsgrundlage (Volkszählung 1971) vier Nationalratsmandate verloren. Die Neuermittlung der Bürgerzahlen führte im Wahlkreis Wien zu einer Verringerung um nur drei Nationalratsmandate, im Wahlkreis Steiermark dagegen zum Verlust von einem Nationalratsmandat.

Bürgerzahl und Mandate für den National- und Bundesrat 1971 und 1981

Bundesland	Bürgerzahl		Veränderung 1971—1981		Mandate für den Nationalrat		Mandate für den Bundesrat	
					auf Grund der Volkszählung			
	1971	1981	absolut	in %	1971	1981	1971	1981
Wien	1,552.125	1,417.923	—134.202	—8,7	39	36	12	12
Niederösterreich	1,396.646	1,392.061	— 4.585	—0,3	35	35	11	12
Burgenland	272.020	267.750	— 4.270	—1,6	7	7	3	3
Steiermark	1,175.952	1,171.572	— 4.380	—0,4	30	29	9	10
Kärnten	518.570	528.023	+ 9.453	+1,8	13	13	4	4
Oberösterreich	1,203.427	1,236.040	+ 32.613	+2,7	30	31	9	10
Salzburg	387.567	420.149	+ 32.582	+8,4	10	11	3	4
Tirol	521.859	559.083	+ 37.224	+7,1	13	14	4	5
Vorarlberg	251.464	271.289	+ 19.825	+7,9	6	7	3	3
Österreich	7,279.630	7,263.890	— 15.740	—0,2	183	183	58	63

Um bei einer künftigen Volkszählung die Auslegungsschwierigkeiten bei der Wohnsitzfrage von vornherein hintanhalten zu können, ist eine Novellierung des Volkszählungsgesetzes, die die Festlegung des ordentlichen Wohnsitzes betrifft, anzustreben. Innerhalb des Magistrates wurde bereits in einem internen Arbeitskreis von Beamten ein Entwurf für eine neue Definition des Wohnsitzbegriffes erarbeitet.

Auf Grund des Bundesstatistikgesetzes war eine Reihe von statistischen Erhebungen durchzuführen.

Die agrarstatistischen Erhebungen umfaßten im Jahre 1983 nachfolgende Erhebungen:

— Bodennutzungserhebung und Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte (Vollerhebung) mit Stichtag 3. Juni;
— Schweinezwischenzählungen (Stichprobenerhebungen) mit Stichtag 3. März, 3. Juni und 3. September;
— Rinderzwischenzählung (Stichprobenerhebung) mit Stichtag 3. Juni;
— Allgemeine Viehzählung (Vollerhebung) mit Stichtag 3. Dezember;
— Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität (Vollerhebung) mit Stichtag 30. November.

Für die Mitwirkung an diesen Zählungen wurden der Gemeinde Wien vom Bund je erhobenen Betrieb bzw. Auskunftspflichtigen pauschale Kostenabfindungen gezahlt, die bei der Bodennutzungserhebung, der Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte und der Allgemeinen Viehzählung je Betriebsbogen 33,60 S, bei gleichzeitig durchgeführter Rinder- und Schweinezählung je Tierhalter 22,40 S, bei der Schweinezählung je Tierhalter 16,80 S und bei der Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität je Weinbaubetrieb 5,60 S ausmachten.

An Sonderzählungen wurden die vierteljährlichen Mikrozensuserhebungen (Stichprobenumfang: 3.300 Wohnungen) mit immer gleichbleibendem Grundprogramm und mit folgenden Themen der Sonderprogramme, wie

— erweiterte Wohnungserhebung und Energieverbrauch,
— Lebensverhältnisse der weiblichen Bevölkerung (Berufstätigkeit, Haushaltsführung, Kinderbetreuung),
— Verkehrserhebung und
— Gesundheitserhebung (Behinderungen, Erkrankungen, Medikamentenkonsum, Arztbesuche),

durchgeführt. Als Zusatzprogramm des Magistrates wurde im September 1983 eine Verkehrserhebung mit speziellen Fragen über die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel vorgenommen. Die Erhebungen wurden von der Interviewerorganisation des Mikrozensus durchgeführt, die im Jahre 1983 111 Interviewer umfaßte.

Für die Revision des Verbraucherpreisindex wird im Jahre 1984/85 eine Konsumerhebung durchgeführt. Mit den Vorbereitungsarbeiten für die Konsumerhebung 1984/85 wurde im Jahre 1983 begonnen. In einem Arbeitskreis aus Vertretern des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der MA 66 wurde das von den privaten Haushalten durch einen Monat zu führende Haushaltsbuch erarbeitet. In einer Probeerhebung im April 1983 wurde das Haushaltsbuch getestet. Da die Mitarbeit der privaten Haushalte an der Konsumerhebung (Stichprobenerhebung) auf freiwilliger Basis beruht, ist eine finanzielle Entschädigung vorgesehen. Die Betreuung der bei der Konsumerhebung mitwirkenden privaten Haushalte obliegt den Interviewern des Mikrozensus.

Im Jahre 1983 wurden vom Referat für Bevölkerungsstatistik etwa 58.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeborene, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen bearbeitet. Um die händische Auswertung der 58.000 Zählkarten durch eine automationsunterstützte Bearbeitung zu ersetzen, wurden erste Schritte gesetzt. Die aus den Zählkarten gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese dienen in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichungen im Statistischen Jahrbuch, werden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Für die Fortschreibung der Bevölkerungszahl ist die Erfassung sowohl der Geburten- und Sterbefälle als auch der Zu- und Abwanderung notwendig. Um unplausible Angaben im Bereich der Wanderungsstatistik zu beheben, wurde mit der Neuorganisation des Erfassungsvorganges der Wanderungsfälle begonnen.

Die monatlichen Berichte von den 52 Wiener Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten stellen die Grundlage für die Erstellung der entsprechenden Monats- und Jahresstatistik dar. Alle das Kranken- und Anstaltenwesen betreffenden Fragen, wie die Zahl der Betten, der Ärzte, der Pflegepersonen, Zu- und Abgang sowie Aufenthaltsdauer von Pfleglingen, Art ihrer Erkrankung usw., sind dieser Krankenanstaltenstatistik zu entnehmen. Ihre Ergebnisse werden im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt in monatlichen und jährlichen Berichten zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Wohnbaustatistik wurden die im Jahre 1983 fertiggestellten Wohnungen (4.448) nach zahlreichen Merkmalen, wie Bauherr, Nutzfläche, Ausstattung, Finanzierungsart, aufgearbeitet. Als Kostenbeitrag für die Durchführung der Wohnbaustatistik wurde für jede Bauführung vom Bund ein Betrag von 67,20 S gewährt.

Die monatlichen Meldungen der Wiener Fremdenverkehrsbetriebe (280 gewerbliche Betriebe, 30 Studenten-

heime) wurden für den Fremdenverkehrsbericht bearbeitet, in dem die Gäste nach Herkunftsland, Zahl der Ankünfte und Nächtigungen gegliedert sind. Diese Statistik wird dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie zahlreichen interessierten Stellen monatlich übermittelt und in den Publikationen der Abteilung veröffentlicht. Für die Führung der Fremdenverkehrsstatistik 1983 wurde der monatliche Kostenersatz des Bundes für den Gemeindebogen mit 33,60 S, je gewerblichen Beherbergungsbetrieb mit 8,40 S und je sonstige Fremdenunterkunft mit 2,80 S festgesetzt.

Für die amtliche österreichische Preisstatistik wurden monatlich 3.500 Preismeldungen auf 800 Erhebungsformularen bearbeitet und in 350 Karteikarten übertragen. Die Meldungen werden dem aus Vertretern der Kammern und der Gemeindeverwaltung bestehenden örtlichen Preiskomitee vorgelegt und danach dem Österreichischen Statistischen Zentralamt für den Verbraucherpreisindex übermittelt. Die der Stadt Wien durch die Preisstatistik erwachsenen Kosten wurden vom Bund mit einem Betrag von 290.000 S abgegolten.

Das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1982 erschien im Dezember 1983 mit einer Auflage von 1.000 Stück. In 26 Kapiteln wird auf 426 Seiten ein Zahlenüberblick über die verschiedensten Bereiche der Stadt Wien gegeben. Die Herstellung besorgte das Druckhaus G. Gistel GesmbH, der kommissionsweise Verkauf wurde dem Verlag Jugend & Volk übertragen, der Preis je Stück beträgt 400 S.

Die Verwaltung der Stadt Wien 1982 wurde in einer Auflagenhöhe von 700 Stück ebenfalls im Dezember 1983 veröffentlicht. Der Verwaltungsbericht gibt auf 306 Seiten Auskunft über die Tätigkeit der gesamten Stadtverwaltung einschließlich der städtischen Unternehmungen. Die Drucklegung des Verwaltungsberichtes führte die Druckerei Vorwärts GesmbH durch, der kommissionsweise Verkauf obliegt dem Verlag Jugend & Volk, der Preis je Stück machte 200 S aus.

Das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1982 wurde in einer Auflage von 2.056 Stück herausgegeben und ist seit Mai 1983 über den Kommissionsverlag Jugend & Volk um 40 S je Stück erhältlich. Das Statistische Taschenbuch ist eine gekürzte Ausgabe des Statistischen Jahrbuches und vermittelt auf 111 Seiten die wichtigsten Zahlen über Wien.

Die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" wurden in einer Auflage von 800 Stück von der Ueberreuterschen Buchdruckerei hergestellt, die auch den kommissionsweisen Verkauf (je Heft 30 S) besorgt. In den Heften werden neben dem Tabellenteil und den Buchbesprechungen auch ausführliche Artikel mit statistischen Analysen gebracht. Im Jahre 1983 erschienen nachfolgende Artikel:

- Die Säuglingssterblichkeit in Wien;
- Die Wiener Land- und Forstwirtschaft 1951—1980;
- Veränderung der Einwohnerzahlen der Volkszählung 1981 auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes;
- Ergebnisse der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1982 in Wien;
- Wanderungsbewegung im Wiener Raum 1982;
- Vornamen in Wien;
- Die Nationalratswahl, die Gemeinderatswahl und die Bezirksvertretungswahlen am 24. April 1983 in Wien;
- Die Wohnungen in Wien (Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung 1981);
- Die Arbeitsstättenzählung 1981 in Wien.

Mit den Arbeiten für zwei Sonderpublikationen (Die Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 24. April 1983 in Wien; Die Häuser- und Wohnungszählung vom 12. Mai 1981 in Wien, Heft 1) wurde Ende 1983 begonnen, deren Fertigstellung wird aber erst Anfang 1984 erfolgen.

An statistischen Schnellberichten wurden die vierteljährlich erscheinenden Informationen über die Ergebnisse des Mikrozensus, die Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung und Bevölkerungsentwicklung veröffentlicht. Die Monatskennziffern zur Bevölkerungsentwicklung enthalten Daten über die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten, Todesfälle, Eheschließungen) und das Alter und die Todesursache der Verstorbenen. Die Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung bringen die jeweils aktuellsten Daten über den Arbeitsmarkt, die Produktion, den Handel, den Fremdenverkehr, die Einkommen und Preise für Wien und Österreich einschließlich der jährlichen Veränderungsraten.

Die MA 66 hat auch im Jahre 1983 in zahlreichen Fällen die Beschaffung von statistischem Material für städtische Mandatare und Dienststellen besorgt. Außer der täglichen telephonischen Auskunftserteilung wurden zahlreiche schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet.

Da die MA 66 an das „Integrierte Statistische Informationssystem" (ISIS) des Österreichischen Statistischen Zentralamtes angeschlossen ist, wurden viele Anfragen mittels Bildschirmabfrage beantwortet. Für die zu erstellenden Sonderpublikationen, die die Ergebnisse der Volkszählung, der Häuser- und Wohnungszählung sowie der Arbeitsstättenzählung enthalten, wurden zahlreiche Daten auf kleinster räumlicher Ebene (Zählbezirk und Zählgebiet) bereitgestellt.

Wie jedes Jahr, wurden zahlreiche Datenunterlagen für den Gesundheitsbericht der Stadt Wien zur Verfügung gestellt, Zeitschriften neu katalogisiert. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf,

der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz des Amtes. Mit 550 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßiger Tauschverkehr unterhalten.

Im statistischen Archiv wurden wieder statistische Unterlagen für die Publikationen der MA 66 sowie zur Information von öffentlichen Dienststellen, Mandataren und privaten Auskunftspersonen gesammelt, geordnet und abgelegt.

An den Sitzungen der Statistischen Zentralkommission, deren Fachbeiräten und Arbeitsgruppen sowie an Sitzungen des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der MA 66 waren im Jahre 1983 bei folgenden Tagungen vertreten:

— 65. und 66. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 28. April in Klagenfurt und am 11. Oktober in Innsbruck;
— Seminar über Volkszählungsfragen in Salzburg vom 6. bis 9. Juni;
— Wirtschaftswissenschaftliche Tagung 1983 in Bad Ischl vom 25. bis 27. September;
— Statistische Woche '83, die vom Verband Deutscher Städtestatistiker und der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltet wurde, in Wuppertal vom 26. bis 30. September;
— 23. Kommunalstatistische Tagung in Innsbruck am 12. und 13. Oktober;
— 4. Dienstbesprechung über die Koordination der Bundes- und Landesstatistik in Salzburg am 16. November.

Um die Erhebung, Übermittlung und Verarbeitung von Daten auf Landesebene zu regeln, wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Wiener Statistikgesetz begonnen.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag wieder bei der Erledigung von Berufungsentscheidungen, wobei im wesentlichen über Verkehrsstrafsachen, Führerscheinentziehungen und Vorschreibungen von Abschleppkosten zu entscheiden war. In dieser Funktion als Berufungsbehörde hatte die Abteilung den größten Arbeitsaufwand mit 13.323 Berufungsfällen zu bewältigen. So konnte von 1982 auf 1983 eine weitere Zunahme der Zahl der Berufungsakten um 1.680 festgestellt werden.

Durch den weiteren Ausbau des Rechtsschutzes ist es notwendig geworden, noch genauer als bisher die Berufungsbescheidkonzepte zu erarbeiten und die Ermittlungsverfahren im Interesse der Parteien unter besonderer Berücksichtigung der entlastenden Umstände zu führen. In der Praxis bedeutet dies, daß die zu führenden Verfahren immer umfangreicher gestaltet werden müssen, damit im Falle einer höchstgerichtlichen Beschwerde den gesteigerten Erfordernisssen hinsichtlich Genauigkeit Genüge getan wird. Die Zahl der Gegenschriften, die an den Verfassungsgerichtshof bzw. an den Verwaltungsgerichtshof erstattet wurden, erhöhte sich auf 420 Fälle.

Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden im Jahre 1983 wegen Übertretungen von Straßenverkehrsvorschriften 165 Millionen Schilling an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien für Zwecke der Straßenerhaltung sowie zur Anschaffung und Erhaltung von Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung abgeführt.

Für Sachbearbeiter der Abteilung wurden wieder zwei Fortbildungsseminare veranstaltet. Diese fachspezifischen Seminare, die von der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie durchgeführt wurden, haben sich bestens bewährt. Im Rahmen der Veranstaltungen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien wurde vom Abteilungsleiter-Stellvertreter ein Vortrag über „Neuerungen auf verkehrsrechtlichem Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der 10. Novelle zur StVO 1960" gehalten sowie auf Einladung des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung über „Den Kraftfahrzeuglärm im Spiegel der Judikatur" und über „Praktische Möglichkeiten zur Bestrafung der Lenker und Ausschaltung von übermäßig lauten Kraftfahrzeugen" referiert.

Die bestehende automatische Textverarbeitung wurde laufend weiter ausgebaut. Zur Zeit gibt es nicht nur Textprogramme für die Erledigung von Einsprüchen gegen die Strafhöhe, für bestimmte Angelegenheiten von Fahrschulen sowie für Verfahrenseinstellungen in Verwaltungsstrafen, sondern es werden nunmehr auch die Entziehung der Lenkerberechtigung betreffende Berufungen, die nur gegen die Dauer der Entziehungsfrist erhoben werden, mit einem speziell dafür entwickelten Textprogramm erledigt. Kostenvorschreibungen in Abschleppsachen wurden bereits gleichfalls mit einem eigens dafür ausgearbeiteten Textprogramm entschieden.

Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs wurden im Kraftfahrlinienverkehr Linienführungen geändert, aber auch neue Autobuslinien errichtet, wodurch eine Vielzahl von Kommissionierungen von Haltestellen durchgeführt werden mußte. Diese betrafen unter anderem die Fahrtstreckenerweiterung der Autobuslinien 24 A und 26 A und die Weiterführung der Fahrtstrecke der Postautobuslinie 52 B zur Siedlung Kordon und zur Jägerwaldsiedlung. Die Autobuslinien 53 B, 54 B und 55 B wurden von der Hietzinger Hauptstraße zur U-Bahn-Station Ober St. Veit verlängert. Neu errichtet wurden in Wien-Landstraße die Autobuslinien 74 A an Stelle der Straßenbahnlinie T sowie die Autobuslinie 75 A statt der Straßenbahnlinie J; diese neuen Linienführungen mußten wegen der Bauarbeiten für die neue U 3 eingerichtet werden. Weiters wurden infolge der Neugestaltung der Verkehrsorganisation im Bereich des Reumannplatzes die Fahrtstrecken der Autobuslinien 7 A, 14 A und 68 A geändert; schließlich wurde die Fahrtstrecke der Autobuslinie 18 A in Wien-Donaustadt erweitert.

Auf legistischem Gebiet wurde der Entwurf einer 8. KFG-Novelle, betreffend das Problem der verwaltungsstrafrechtlichen Sanktion des Nichtanlegens von Sicherheitsgurten bzw. des Nichttragens von Sturzhelmen, begutachtet. Zu dem vom Bundesministerium für Verkehr ausgesandten Entwurf einer auf Grund des Gefahrengütergesetzes — Straße ausgearbeiteten Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf bestimmten Straßenstrecken wurde unter Zuziehung aller betroffenen Dienststellen eine Stellungnahme verfaßt.

Auf straßenpolizeilichem Gebiet ist die 10. StVO-Novelle, BGBl. Nr. 174/1983, mit 1. Juli 1983 in Kraft getreten. Auf Grund der 9. StVO-Novelle, BGBl. Nr. 275/1982, wurde zum Entwurf einer Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung — diese trat an die Stelle der nunmehr formell derogierten Parkscheiben-Verordnung — eine ausführliche Stellungnahme erstattet.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Gleichzeitig mit dem Voranschlag für das Jahr 1984 wurde dem Gemeinderat auch ein Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1984 bis 1988 vorgelegt, um einen Überblick darüber zu geben, mit welcher Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien in den kommenden fünf Jahren auf der Basis des Voranschlages für das Jahr 1984 zu rechnen sein wird. Bei den Berechnungen wurde davon ausgegangen, daß das nominelle Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in den Jahren 1985 bis 1988 durchschnittlich 5 Prozent betragen wird.

Die Schätzung der Einnahmen und Ausgaben zeigt, daß der Betrag, der bei ausgeglichenem Haushalt für Investitionen bereitgestellt werden kann und der damit eine wichtige Kenngröße für die strukturelle Entwicklung des Wiener Haushaltes darstellt, von 4.727 Millionen Schilling im Jahre 1984 bis 1988 kontinuierlich auf 1.540 Millionen Schilling zurückgehen wird. Dies bedeutet, daß es trotz der in den letzten Jahren sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite getroffenen Maßnahmen nicht gelungen ist, die sich schon in den früheren Finanzplänen abzeichnenden negativen Trends zu stoppen. Die Ausgaben werden, sofern nicht einschneidende weitere Maßnahmen getroffen werden, weiterhin stärker zunehmen als die Einnahmen, wobei als besondere Problembereiche die städtischen Krankenanstalten, der Sozialaufwand und der Schuldendienst anzusehen sind.

Mit dem Gesetz vom 30. September 1983 über die Einhebung einer Abgabe von den in Wien stattfindenden freiwilligen öffentlichen Versteigerungen (Versteigerungsabgabegesetz), kundgemacht im LGBl. für Wien Nr. 45, wurden die auf das Jahr 1750 zurückgehenden „Lizitations-Armenprozente" auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt und gleichzeitig die Abgabepflicht auf freiwillige Versteigerungen beweglicher Sachen ausgedehnt. Versteigerungen beweglicher Sachen sind jedoch nur dann abgabepflichtig, wenn deren Durchführung den Bestimmungen der Gewerbeordnung 1973 unterliegt. Der bisher geltende Steuersatz von 2 Prozent des Versteigerungserlöses wurde beibehalten. Während die Abgabe bei unbeweglichen Sachen weiterhin mit Bescheid vorzuschreiben ist, wurde ihre Berechnung und Einhebung bei Versteigerungen beweglicher Sachen den nach § 295 Gewerbeordnung 1973 tätigen Versteigerungsbetrieben überbunden.

Mit Gesetz vom 30. September 1983, kundgemacht im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 38, wurde die Wiener Abgabenordnung — WAO geändert. Die Änderung beinhaltet die Anpassung sowohl an die allgemeinen Bestimmungen des Zustellgesetzes, BGBl. Nr. 200/1982, als auch an die besonderen verfahrensrechtlichen Zustellbestimmungen der Bundesabgabenordnung — BAO. Weiters berücksichtigt die Novelle die zwischenzeitige Judikatur, wobei in vielen Fällen eine Anpassung an die Formulierungen der BAO-Novelle 1980 vorgenommen wurde.

Von den Grundlagenstudien des Referates 3 der Abteilung ist die an das Institut für Gewerbeforschung in Auftrag gegebene Untersuchung über „Die Situation des Gewerbes in den Wiener Außenbezirken (mit Schwerpunkt auf neuem Wohngebiet)" zu nennen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden zwei klassische Stadterneuerungsgebiete, das Wohngebiet „Ziegelhofstraße" und die Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk", durch Begehung und Befragung auf ihre tatsächliche Versorgungsqualität hin überprüft. Es stellte sich heraus, daß das Problem der Flächenplanung für Versorgungseinrichtungen im Rahmen großer Wohnbauten bzw. Siedlungen unter anderem darin besteht, daß der Bedarf und damit die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Wohngebietes für Geschäfte im Zeitablauf zunehmen und erst nach einigen Jahren den vollen Umfang erreichen. Aus diesem Grund werden eingeplante Flächen erst nach und nach besiedelt bzw. stehen unter Umständen relativ lange frei, so daß vorerst eine Unterversorgung besteht. Es wird empfohlen, sowohl bebaute als auch unbebaute Flächen einzuplanen, die vielseitig genutzt werden können und auch vom Kostenstandpunkt für eine verzögerte Besiedlung geeignet sind. Als Richtwert für die Größenordnung der Geschäftsflächen werden 80 m² Geschäftsfläche je 10.000 m² Wohnfläche empfohlen. Eine „Grundlagenstudie zur Entwicklung eines Wiener Konzeptes für den sozialen Wohnbau" wurde 1983 begonnen. Es handelt sich dabei um eine sehr umfangreiche Untersuchung, die gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro gemacht wird. In die Betrachtungen werden die vorhandenen Wohnwertuntersuchungen sowie die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Objektivierung der für das Wohnen zu beachtenden Bedürfnisse einbezogen, der Katalog objektivierter Wohnbedürfnisse wird auch auf seine Kostenrealität an konkreten Wohnbeispielen überprüft.

Das Referat 3 veröffentlichte im Jahre 1983 auch wieder die „Wiener Wirtschaftsberichte" mit einer Darstellung der fertiggestellten Forschungsaufträge sowie einem Bericht über die Wiener Wirtschaftslage.

Die im Jahre 1983 erstmals erhobene Abgabe auf unvermietete Wohnungen erbrachte ein Jahresaufkommen von nur 2,498.619 S, das ist rund die Hälfte der Voranschlagsziffer von 5 Millionen Schilling. Dazu ist zu sagen, daß bei der Festsetzung des Präliminars von keinerlei vergleichbaren Werten ausgegangen werden konnte. Der geringe Abgabenerfolg ist darauf zurückzuführen, daß die Abgabe im Mai 1983 erstmals fällig war und die Revisionstätigkeit erst im Anlaufen ist.

Auf Grund der Grundlagenerhebung über den gesamten Wiener Liegenschaftsbestand wurden im April 1983

bei den zuständigen Stadtkassen für rund 25.000 Gebäude Abgabenkonten eröffnet. Die für die Grundlagenerhebung erforderliche Auskunftserteilung durch die Liegenschaftseigentümer bzw. Verwalter konnte in rund 800 Fällen erst nach Androhung bzw. Verhängung von Zwangsstrafen erreicht werden. In einigen Fällen, in denen die Auskünfte bisher trotz allem nicht oder unvollständig erteilt wurden, wurden weitere Erzwingungs- bzw. Strafmaßnahmen in die Wege geleitet.

Im Zuge der Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften wurde das Wiener Ankündigungsabgabegesetz vom 23. Jänner 1948, LGBl. für Wien Nr. 7, im LGBl. für Wien Nr. 19/1983 unter der neuen Bezeichnung „Wiener Ankündigungsabgabegesetz 1983" wiederverlautbart.

Auch das Anzeigenabgabegesetz vom 3. Oktober 1946, LGBl. für Wien Nr. 14, wurde wiederverlautbart, und zwar im LGBl. für Wien Nr. 22/1983 unter der Bezeichnung „Wiener Anzeigenabgabegesetz 1983". Dieses Gesetz wurde in der Folge im LGBl. für Wien Nr. 40/1983 vom 20. Dezember 1983 wieder kundgemacht und dahin gehend abgeändert, daß ausschließlich im Ausland zur Verbreitung gelangende Druckwerke von der Abgabepflicht ausdrücklich ausgenommen werden.

Die 9. StVO-Novelle, BGBl. Nr. 275/1982, hat die Kennzeichnung von Kurzparkzonen und die Verordnungsermächtigung neu geregelt. Durch die 7. Kraftfahrgesetz-Novelle, BGBL. Nr. 631/1982, wurde der § 103 Abs. 2 a KFG 1967 insofern geändert, als die Auskunftspflicht (Lenkerauskunft) nicht nur den Zulassungsbesitzer, sondern jeden trifft, der einer dritten Person das Lenken eines Kraftfahrzeuges überläßt.

Die 10. StVO-Novelle, BGBl. Nr. 174/1983, schließlich brachte eine Ausweitung der Befreiungsbestimmungen für gehbehinderte Personen.

Durch diese gesetzlichen Änderungen mußte das Wiener Parkometergesetz, LGBl. für Wien Nr. 47/1974, den nunmehrigen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrgesetzes angepaßt werden. Diese formalen Anpassungen haben im Gesetz vom 30. September 1983, mit dem das Parkometergesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 42/1983, ihren Niederschlag gefunden.

Die fortschreitende Erweiterung der Kurzparkzonen sowie der Einsatz von zusätzlich 20 Straßenaufsichtsorganen durch die Bundespolizeidirektion Wien ab Mai 1983, die sich überwiegend mit der Überwachung von Kurzparkzonen beschäftigen, haben im Jahre 1983 zu einer etwa 80prozentigen Steigerung der Straffälle gegenüber 1982 geführt. Um den quantitativen und qualitativen Mehraufwand ohne Personalvermehrung bewältigen zu können, werden die Verwaltungsstrafverfahren seit Beginn des Jahres 1983 weitgehend EDV-unterstützt durchgeführt. Diese EDV-unterstützte Bearbeitung konnte in der weiteren Folge auch auf den Strafvollzug ausgedehnt werden.

Hinsichtlich der Grundsteuer kamen im Jahre 1983 die Bestimmungen der Bewertungsgesetznovelle 1982 und des Abgabenänderungsgesetzes 1982 zum Tragen. Abschnitt XII, Artikel II, des Abgabenänderungsgesetzes 1982, BGBl. Nr. 570/1982, bestimmt, daß die nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes 1955 in der Fassung des Art. I des Bundesgesetzes vom 24. November 1972, BGBl. Nr. 447, ermittelten Einheitswerte des Grundvermögens sowie der Betriebsgrundstücke im Sinne des § 60 Abs. 1 Z. 1 des Bewertungsgesetzes 1955 ab 1. Jänner 1983 um 35 Prozent zu erhöhen sind. Diese Bestimmungen haben bewirkt, daß die vorgeschriebenen Grundsteuerjahresbeträge bis zum 1. Jänner 1983 neu festzusetzen waren, was auch ein Ansteigen der Zahl der Berufungen gegen Grundsteuerbescheide nach sich zog.

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 10. Dezember 1982, Pr. Z. 3528, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien vom 16. Dezember 1982, Heft 50, wurde die Wasserbezugsgebühr ab 1. Jänner 1983 von 8.80 S auf 9.80 S je Kubikmeter angehoben, wodurch ein annähernd ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht werden konnte.

Der Wiener Landtag hat am 17. November 1982 einstimmig die Änderung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 beschlossen. Mit dieser Gesetzesnovelle, LGBl. für Wien Nr. 5/1983, wird der Gemeinderat ermächtigt, für die Herstellung oder Verstärkung einer Abzweigleitung von einem städtischen Wasserrohrstrang eine Abgabe auszuschreiben, wobei das Ausmaß dieser Anschlußabgabe nach dem Innendurchmesser bestimmt wird. Von dieser Ermächtigung hat der Gemeinderat mit Verordnung vom 10. Juni 1983, Pr. Z. 1378, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien vom 30. Juni 1983, Heft 26, Gebrauch gemacht und den Einheitssatz für die Berechnung der Abgabe für die Herstellung oder Verstärkung einer Abzweigleitung von einem städtischen Wasserrohrstrang mit 1.250 S festgesetzt.

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 7. Dezember 1983, Pr. Z. 3601, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien vom 22. Dezember 1983, Heft 51, wurde die Kanalgebührenordnung 1978 abgeändert. Soweit es sich um Leistungen der Stadt Wien bzw. um die Beistellung von Geräten durch die Stadt Wien selbst handelt, wurde bei der Festsetzung der einzelnen Tarifposten nur auf den zu erwartenden erhöhten Personal- und Sachaufwand Bedacht genommen. In jenen Fällen, in denen die Leistungen Dritter in Anspruch zu nehmen sind, war bei der Gebührenfestsetzung die zu erwartende Preisentwicklung zu berücksichtigen. Die mit 1. Jänner 1984 erfolgte Erhöhung der in den Grundbeträgen der Müllabfuhrabgabe, der Wassergebühr und der Abwassergebühr enthaltenen Umsatzsteuer von 8 auf 10 Prozent wird zur Gänze von der Stadt Wien getragen.

Im Jahre 1983 ist die Vorbereitung von zwei Gesetzen besonders hervorzuheben, durch die das Getränke-

steuergesetz für Wien 1971 und das Gefrorenessteuergesetz für Wien 1983 authentisch interpretiert und vom Wiener Landtag am 30. September 1983 beschlossen wurden. Es konnte der bisherige unbefriedigende Zustand der Unsicherheit, was alles zum steuerpflichtigen Entgelt für das steuerpflichtige Getränk oder Gefrorene zu rechnen ist, beseitigt und für die Abgabenbehörde, aber auch für die Abgabepflichtigen und Steuerberater wünschenswerte Klarheit geschaffen werden. Während nämlich im § 3 des zitierten Getränkesteuergesetzes nur beispielhaft die zum Entgelt für das Getränk zählenden üblichen Beigaben aufgezählt waren, sagt die authentische Interpretation aus, daß § 3 so auszulegen ist, daß das gesamte vom Verbraucher zu entrichtende Entgelt einschließlich der mitverkauften Gefäße und Trinkhalme der Getränkesteuer unterliegt. Die authentische Interpretation des § 2 Gefrorenessteuergesetz, der das Gefrorene einschließlich der nicht gesondert in Rechnung gestellten üblichen Beigaben der Gefrorenessteuer unterzieht, stellt nun klar, daß das gesamte vom Verbraucher für die mit Gefrorenem verbundene Spezialität zu entrichtende Entgelt, unabhängig vom mengen- und wertmäßigen Verhältnis der anderen Teile zum Gefrorenen und einschließlich des Wertes der mitverkauften Gefäße und Löffel, der Gefrorenessteuer unterliegt.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1983, der im Sinne der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1974, BGBl. Nr. 493, in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, nach funktionellen Gesichtspunkten erstellt wurde, wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 6. bis 9. Dezember 1982 genehmigt. Formell erfolgte die Erstellung des Voranschlages auf Grund des § 86 der Verfassug der Bundeshauptstadt Wien und der Haushaltsordnung (MD-217/69, MD-2228/71 und MD-1032/78), wobei letztere hinsichtlich der Erstellung des Voranschlages mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Mai 1979, Zl. MD-1083-1/79, der VRV angepaßt worden war. Die Unternehmungen der Stadt Wien stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wurden. Es wurde davon ausgegangen, daß bei der Entwicklung der österreichischen, insbesondere der Wiener Wirtschaft, mit einer Wachstumsrate von etwa 6,5 bis 7,0 Prozent zu rechnen wäre. Auf Grund dieser Prognosen und unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Ergebnisses für 1982 wurde bei der größten Einnahmepost des vorliegenden Voranschlages, den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, mit Einnahmen in Höhe von 16.033,6 Millionen Schilling gerechnet, das sind um 611,6 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Die eigenen Steuern und Abgaben wurden mit 9.152,6 Millionen Schilling angenommen, wovon 6.414,7 Millionen Schilling auf Landes- und Gemeindeabgaben, 1.130,1 Millionen Schilling auf die Wassergebühren, 753,2 Millionen Schilling auf die Abwasserbeseitigungsgebühren und 840,0 Millionen Schilling auf die Müllabfuhrabgabe entfallen.

Die Schwerpunkte auf der Ausgabenseite bilden Wohnungsbau und Stadterneuerung, Soziales und Gesundheit, Freizeit und Umwelt sowie der öffentliche Verkehr. Davon entfallen auf den Wohnungsbau 3.320,0 Millionen Schilling, auf Wohnbauförderungs- und Wohnungsverbesserungsmaßnahmen 5.475,2 Millionen Schilling, auf die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser 1.154,0 Millionen Schilling, auf städtische Wohlfahrts- und Krankenanstalten 10.482,4 Millionen Schilling, auf Soziales 2.690,1 Millionen Schilling und auf den öffentlichen Verkehr einschließlich U-Bahn-Bau 7.703,3 Millionen Schilling.

Bei den Gesamteinnahmen ergab sich gegenüber dem Voranschlag 1982 eine Steigerung um 5,6 Prozent auf 60.602,020.000 Schilling, bei den Gesamtausgaben eine solche um 5,8 Prozent auf 65.638,631.000 Schilling. Der unbedeckte Abgang erhöhte sich auf 5.036,6 Millionen Schilling, das sind 7,7 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 7,5 Prozent der Gesamtausgaben im Jahre 1982. Dieser Abgang war durch Mehreinnahmen und Minderausgaben bzw. durch Kreditoperationen zu finanzieren. Unter Berücksichtigung der Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe in Höhe von 1.909,6 Millionen Schilling verminderte sich der Abgang auf 3.127,0 Millionen Schilling, das sind 4,8 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 4,5 Prozent im Vorjahr.

Nachstehende Übersicht zeigt die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen funktionellen Gruppen:

	Einnahmen	Ausgaben
	in Millionen Schilling	
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	1.058,7	5.181,3
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	31,6	828,1
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.923,0	6.528,1
3 Kunst, Kultur und Kultus	20,3	804,0
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	6.073,2	10.566,6
5 Gesundheit	5.679,5	10.759,5
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	1.274,8	3,270,0
7 Wirtschaftsförderung	138,8	674,4
8 Dienstleistungen	17.077,0	22.437,5
9 Finanzwirtschaft	25.325,1	4 589,1

Die wichtigsten Einnamearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigene Steuern und Abgaben	9.152,6	15,1
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	16.033,6	26,5
Einnahmen aus Leistungen	10.193,5	16,8
Einnahmen Wohnbauförderung 1968	4.530,8	7,5
Eigene Fremdmittelaufnahmen	2.772,5	4,6
Fremdmittelaufnahme für Dritte	1.647,0	2,7
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	2.246,0	3,7
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	3.512,5	5,8
Sonstige Einnahmen	10.513,5	17,3
	60.602,0	100,0

Der prozentuelle Anteil der eigenen Steuern und Abgaben erhöhte sich um 0,8 auf 15,1 Prozent, wobei mit Mehreinnahmen von 932,2 Millionen Schilling gerechnet wurde. Mehreinnahmen wurden insbesondere bei den Landes- und Gemeindeabgaben sowie bei den Wassergebühren, der Abwasserbeseitigungsgebühr und bei der Müllabfuhrabgabe erwartet. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sollten einen Mehrertrag von 611,6 Millionen Schilling erbringen, obwohl sich der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen um 0,4 auf 26,5 Prozent verringerte.

Durch höhere Rückersätze für den Lehrerpersonalaufwand und durch Mehreinnahmen bei den Gebührenersätzen der Wohlfahrts- und Krankenanstalten stiegen die Einnahmen aus Leistungen nominell um 931,4 auf 10.193,5 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil stieg von 16,2 Prozent im Jahre 1982 auf 16,8 Prozent.

Die Einnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 fielen geringfügig um 0,1 auf 7,5 Prozent. Gerechnet wurde mit 3,9 Milliarden Schilling an Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und mit 620,4 Millionen Schilling an Rückflüssen, Erträgnissen und sonstigen Einnahmen.

Die eigenen Fremdmittelaufnahmen fielen anteilsmäßig von 4,8 Prozent im Vorjahr auf 4,6 Prozent. Vorgesehen war die Aufnahme von Hypothekardarlehen mit 704,8 Millionen Schilling, von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Kanal- und Wasserbauten mit 180,9 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 46,4 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 1.159,8 Millionen Schilling (Vorjahr 1.282,0 Millionen Schilling), von Darlehen zur Erhaltung und Verbesserung der städtischen Wohnhäuser mit 50,0 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz mit 591,4 Millionen Schilling, von Darlehen aus dem Stadterneuerungsfonds mit 12,7 Millionen Schilling, von Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG mit 20,0 Millionen Schilling und von sonstigen Darlehen mit 6,4 Millionen Schilling.

Durch einen wesentlich geringeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke sanken die Fremdmittelaufnahmen für Dritte um 766,0 Millionen Schilling auf 1.647,0 Millionen Schilling, wobei der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen von 4,2 Prozent um 1,5 auf 2,7 Prozent absank. Davon entfielen 1.607,0 Millionen auf die Gaswerke und Elektrizitätswerke und 40,0 Millionen Schilling auf ein weiterzugebendes Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung erhöhte sich geringfügig von 3,6 auf 3,7 Prozent. Sie betrifft die Weitergabe der für andere Dienststellen aufgenommenen Darlehen, wie Hypothekardarlehen, Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser, Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bundesdarlehen für den Wohnbau, sowie die Beiträge anderer Verwaltungszweige zum Schuldendienst.

Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst blieben anteilsmäßig mit 5,8 Prozent gegenüber 1982 mit 5,9 Prozent nahezu unverändert. Von den Gesamtbeiträgen in Höhe von 3.512,5 Millionen Schilling entfielen allein 3.453,1 Millionen Schilling auf die Wiener Stadtwerke.

Bei den sonstigen Einnahmen ergab sich sowohl anteilsmäßig als auch nominell ein Anstieg um 0.8 Prozent bzw. 1.042,0 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Mit Mehreinnahmen wurde insbesondere bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, bei den Pensionsbeiträgen, beim Beitrag bzw. Zuschuß des Bundes zum U-Bahn-Bau sowie bei den Beiträgen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerechnet.

Nachfolgende Tabelle gliedert die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Leistungen für das Personal	14.516,1	22,1
Pensionsaufwand	4.348,0	6,6
Instandhaltungsaufwand	2.788,7	4,3
Aufwendungen Wohnbauförderung 1968	5.020,8	7,7
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	1.647,0	2,5
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	2.246,1	3,4
Eigener Schuldendienst	2.577,3	3,9
Schuldendienst für Dritte	3.530,7	5,4
Investitionen	9.021,5	13,7
Sonstige Ausgaben	19.942,4	30,4
	65.638,6	100,0

Die Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen stiegen anteilsmäßig um 0,8 auf 28,7 Prozent und nominell um 1.548,4 Millionen Schilling. Berücksichtigt wurde ein allgemeiner Vorrückungszuschlag von 2,0 Prozent sowie die Vermehrung der Dienstposten um 794, wovon 33 Posten auf Landeslehrer entfielen.

Die Anzahl der Pensionisten wurde mit durchschnittlich 18.650 gegenüber 18.600 im Vorjahr angenommen.

Der Instandhaltungsaufwand stieg gegenüber 1982 nominell um 191,7 Millionen Schilling, der prozentuelle Anteil um 0,1 auf 4,3 Prozent.

Der Anteil der Aufwendungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 betrug 7,7 Prozent, das ist um 181,8 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln entfielen 3.910,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Bundes, 620,4 Millionen Schilling auf die Rückflüsse und Erträgnisse und 490,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Landes Wien.

Für die Weitergabe von Fremdmitteln an Dritte waren analog den Einnahmen 1.647,0 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke und ein weiterzugebendes Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG ausgewiesen.

Auch die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung, also die Weiterverrechnung der für andere Verwaltungszweige aufgenommenen Darlehen bzw. die Beiträge anderer Dienststellen zum Schuldendienst, wurde analog zu den Einnahmen veranschlagt.

Der Anteil des eigenen Schuldendienstes erhöhte sich um 0,2 auf 3,9 Prozent, wobei der nominelle Anstieg 262,4 Millionen Schilling betrug.

Auch der Schuldendienst für Dritte, der fast zur Gänze ersetzt wird, stieg nominell um 140,1 Millionen Schilling auf 3.530,7 Millionen Schilling, sank jedoch anteilsmäßig um 0,1 auf 5,4 Prozent.

Die sonstigen Ausgaben stiegen sowohl nominell um 1.607,7 Millionen Schilling auf 19.942,4 Millionen Schilling als auch anteilsmäßig um 0,8 auf 30,4 Prozent. Wesentliche Mehraufwendungen gegenüber dem Voranschlag 1982 waren insbesondere für Energiekosten mit 105,9 Millionen Schilling, für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge mit 107,7 Millionen Schilling, für Entgelte für Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen mit 156,6 Millionen Schilling, für öffentliche Abgaben mit 295,6 Millionen Schilling, für die Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr mit 100,5 Millionen Schilling und für die Sozialhilfe mit 456,1 Millionen Schilling erforderlich. Für die Verstärkungsmittel wurden wie bereits im Vorjahr 200,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Für Investitionen standen insgesamt 9.021,5 Millionen Schilling, das waren um 273,8 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, zur Verfügung, der prozentuelle Anteil sank um 0,4 auf 13,7 Prozent ab.

In der Aufwandgruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, standen 5.181,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfielen auf die Vertretung der Stadt 222,0 Millionen Schilling, auf die Leistungen für das Personal und den Sachaufwand der Hoheitsdienststellen 2.322,0 bzw. 326,8 Millionen Schilling, auf die Errichtung und Erhaltung der Amtsgebäude 108,6 Millionen Schilling, auf Mietzinse für die Unterbringung städtischer Dienststellen in fremden Gebäuden 151,6 Millionen Schilling, auf Subventionen sowie Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen 325,3 Millionen Schilling, auf die Stadtstrukturplanung bzw. für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 354,8 Millionen Schilling und auf die Pensionen im Rahmen der Hoheitsverwaltung 735,0 Millionen Schilling.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wurde mt Gesamtausgaben von 828,1 Millionen Schilling gerechnet, das ist um 81,7 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. 20,1 Millionen Schilling waren für das Veterinäramt und 803,5 Millionen Schilling für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz bestimmt. Von letzteren entfielen 711,8 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen, 7,1 Millionen Schilling auf die Erneuerungen der Nachrichtenanlagen und 29,6 Millionen Schilling auf Fahrzeuge.

6.528,1 Millionen Schilling, das sind 10 Prozent der Gesamtausgaben, waren für die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, vorgesehen. Der Aufwand der Schulen wurde mit 4.779,7 Millionen Schilling angenommen, wovon 2.939,6 Millionen Schilling auf die Leistungen für das Personal einschließlich Landeslehrer, 1.158,3 Millionen Schilling auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 179,0 Millionen Schilling auf den Instandhaltungsaufwand, 127,4 Millionen Schilling auf Investitionen und 375,5 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben entfielen. Die Gesamtzahl der Schüler verringerte sich auch weiterhin um 6.240 auf 119.079. Im Rahmen der Investitionen waren 41,1 Millionen Schilling für die Errichtung bzw. Fertigstellung von acht allgemeinbildenden Pflichtschulen, 40,7 Millionen Schilling für Bauvorhaben bei den Berufsschulen und 41,4 Millionen Schilling für Einrichtung und Lehrmittel bestimmt. Für Sportangelegenheiten wurden insgesamt 236,8 Millionen Schilling, und zwar 31,6 Millionen Schilling für das Sportamt, 60,5 Millionen Schilling für Sportplätze, 32,5 Millionen Schilling für Turn- und Sporthallen, 1,4 Millionen Schilling für Wintersportanlagen und 110,7 Millionen Schilling für die Sportförderung, bereitgestellt. Der Aufwand der Kindertagesheime stieg um 161,2 auf 1.215,3 Millionen Schilling. Für die Errichtung von weiteren Kindertagesheimen waren 36,0 Millionen Schilling bestimmt, davon 15,0 Millionen Schilling für die Errichtung des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße, und 7,0 Millionen Schilling für die Generalrenovierung des Kindertagesheimes in 17, Dornbacher Straße 53. Überdies war im Rahmen des Wohnbaues die Errichtung von fünf weiteren Kindertagesheimen vorgesehen. Ferner wurden 77,5 Millionen Schilling für die Volksbildung, 3,1 Millionen Schilling für Studienförderung, 17,2 Millionen Schilling für die Förderung von Forschung und Wissenschaft und 10,9 Millionen Schilling für die Förderung medizinisch-wissenschaftlicher Arbeiten zur Verfügung gestellt.

Für Kunst, Kultur und Kultus, Gruppe 3, wurden insgesamt 804,0 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar unter anderem 106,1 Millionen Schilling für die Musiklehranstalten, 59,6 Millionen Schilling für Musikpflege, 246,0 Millionen Schilling für die Förderung der darstellenden Kunst, 40,2 Millionen Schilling für die Wiener Festwochen und 61,5 Millionen Schilling für die Museen, weiters 73,6 Millionen Schilling für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, 89,6 Millionen Schilling für die kulturelle Jugendbetreuung sowie 41,0 Millionen Schilling für die Förderung aus dem Erträgnis des Kulturschillings.

In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, stiegen die Gesamtausgaben auch weiterhin von 9.652,3 auf 10.566,6 Millionen Schilling, das sind 16,1 Prozent der Gesamtausgaben. Allein für Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe mußten um 456,0 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, somit insgesamt 2.690,1 Millionen Schilling, bereitgestellt werden. Bestimmt waren unter anderem für die allgemeine Sozialhilfe 1.441,3 Millionen Schilling, für die Behindertenhilfe 287,8 Millionen Schilling, für Blindenbeihilfen 155,3 Millionen Schilling, für die Pensionistenheime 150,0 Millionen Schilling, für die Aktion „Essen auf Rädern" 47,6 Millionen Schilling und für die Heimhilfe 447,3 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufwand für die Pflegeheime in der Höhe von 1.309,3 Millionen Schilling entfielen 738,2 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal, 79,3 Millionen Schilling auf die Instandhaltung und 54,6 Millionen Schilling auf die Investitionen, davon 2,6 Millionen Schilling auf die Adaptierung des Pavillons II im Pflegeheim Baumgarten, 10,5 Millionen Schilling für die Erneuerung der Sanitäranlagen in den Pavillons IX, XII und XVI sowie 4,0 Millionen Schilling für die Adaptierung von zwei Krankenstationen im Pflegeheim Lainz und 2,5 Millionen Schilling für die Modernisierung und Vergrößerung der Patientenbäder sowie der Schwesterndienstzimmer im Pflegeheim Liesing. Die Gesamtausgaben der Erziehungsheime wurden mit 466,2 Millionen Schilling festgesetzt, wovon 262,5 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal, 82,1 Millionen Schilling auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 16,7 Millionen Schilling auf die Instandhaltung, 15,7 Millionen Schilling auf Investitionen und 89,2 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfielen. Mit einem Aufwand von 420,0 bzw. 50,3 Millionen Schilling wurden 4.491 Pflegekinder versorgt sowie rund 13.000 Kinder im Rahmen der Erholungsfürsorge betreut. Für die Wohnbau-Sonderprogramme wurden 263,0 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 224,5 Millionen Schilling für Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues und 8,0 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen. Für Förderungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 standen die Leistungen des Bundes mit 3.910,0 Millionen Schilling, die Leistungen des Landes mit 490,0 Millionen Schilling sowie die Rückflüsse, Zinsenerträge aus Veranlagung und sonstige Einnahmen mit 620,9 Millionen Schilling, also insgesamt 5.020,9 Millionen Schilling, zur Verfügung. Von diesem Betrag wurden 3.541,3 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, 1.000,0 Millionen Schilling für Zuschüsse gemäß § 15 a WBFG 1968 und 470,0 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen bereitgestellt. 9,5 Millionen Schilling entfielen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane und für die Inanspruchnahme von Bürgschaften. Im Rahmen der Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz wurden Zuschüsse und Wohnbeihilfen in Höhe von 129,0 bzw. 14,9 Millionen Schilling präliminiert.

In der Gruppe 5, Gesundheit, wurde mit einem Aufwand von 10.759,5 Millionen Schilling gerechnet, das sind 16,4 Prozent der Gesamtausgaben. Für das Gesundheitsamt wurden 30,6 Millionen Schilling und für Untersuchungen, Subventionen und sonstige Aufwendungen im Rahmen des Umweltschutzes 18,9 Millionen Schilling bereitgestellt. Bei den Krankenanstalten standen den Gesamteinnahmen von 4.541,8 Millionen Schil-

ling Ausgaben in Höhe von 10.482,4 Millionen Schilling gegenüber, so daß sich einschließlich der auf den eigenen Sozialhilfeträger entfallenen Pflegegebühren in Höhe von 534,2 Millionen Schilling ein Abgang von 6.474,8 Millionen Schilling ergab. An Einnahmen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden 1.100,0 Millionen Schilling veranschlagt. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 10.482,4 Millionen Schilling entfielen 5.677,3 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 366,0 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der Krankenanstalten, 1.484,7 Millionen Schilling auf Investitionen und 2.954,4 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben wie Arzneien, Lebensmittel und dergleichen. Von den zahlreichen Investitionen sind insbesondere der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit 1,0 Milliarden Schilling, der Umbau und die Adaptierung des Pavillons II a in der Urologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz mit 12,0 Millionen Schilling, die Schaffung des Herzkathetermeßplatzes an der 4. Medizinischen Abteilung mit Kardiologie ebenfalls im Krankenhaus Lainz mit 6,4 Millionen Schilling, der Neubau des Pflegeheimes bzw. die Planung des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit 6,0 bzw. 70,0 Millionen Schilling, der Umbau und die Instandsetzung des Pavillons 17 im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe mit 16,0 Millionen Schilling sowie die Adaptierung der Primariate V und VII ebenfalls im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe mit 10,0 Millionen Schilling hervorzuheben.

Der Beitrag des Landes Wien an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde mit 145,0 Millionen Schilling präliminiert.

Für die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, standen insgesamt 3.269,9 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Ausgabenrahmen für den Straßenbau betrug 434,8 Millionen Schilling, wovon 116,4 Millionen Schilling auf die Instandhaltung von Straßenbauten und 260,9 Millionen Schilling auf Neu- bzw. Umbauten entfielen. An größeren Projekten waren der Umbau des Mexikoplatzes mit 6,0 Millionen Schilling, der Straßenbau in 2, Praterstern—Aspernbrückengasse, von Praterstern bis Untere Donaustraße mit 13,0 Millionen Schilling, die Bauarbeiten am Liechtenwerder Platz mit 5,0 Millionen Schilling, die Instandsetzung des Gersthofer Platzls mit 6,0 Millionen Schilling, die Straßenbauten bei der U-Bahn-Endstelle Kagran mit 7,0 Millionen Schilling und die Unterfahrung der Südbahn im Zuge der Atzgersdorfer Straße von Endemanngasse bis Breitenfurter Straße mit 10,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner entfielen auf die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen 6,7 Millionen Schilling, auf die Behebung von Frostschäden 23,0 Millionen Schilling, 16,0 Millionen Schilling auf Straßenbauten bei städtischen Wohnhausanlagen und auf Projektierungen 52,0 Millionen Schilling. Dem Straßenbau zuzurechnen wären noch Zinsenzuschüsse und Baukostenzuschüsse an den Bund im Rahmen von Vorfinanzierungen von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten mit 109,9 Millionen Schilling. Für den Brückenbau wurden insgesamt 181,1 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 70,0 Millionen Schilling für den Neubau der Abfahrtsrampe Reichsbrücke — Donauinsel, 17,0 Millionen Schilling auf den Bau der Roßauer Brücke, 15,0 Millionen Schilling auf die Brückenausrüstung Nordbergbrücke, 26,1 Millionen Schilling für die Instandhaltung von Brückenbauten und 45,2 Millionen Schilling für Baukostenbeiträge an den Bund für die Reichsbrücke, für die Brigittenauer Brücke, die Ameisbrücke und für die Laxenburger Brücke. Der Beitrag des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds betrug 106,0 Millionen Schilling. Beim Wasserbau, dem ein Ausgabenrahmen von 63,9 Millionen Schilling zur Verfügung stand, erforderten die Instandhaltungsarbeiten 24,4 Millionen Schilling und die neuen Wasserbauten — insbesondere die Regulierung des Schwechat-Wildbaches im Unterlauf mit 14,0 Millionen Schilling — 31,6 Millionen Schilling. Die Gesamtausgaben für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes betrugen 388,3 Millionen Schilling, wovon 77,5 Millionen Schilling auf das rechte Donauufer, 272,5 Millionen Schilling auf das linke Donauufer entfielen. Für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten wurden 157,6 Millionen Schilling veranschlagt, davon 51,9 bzw. 81,2 Millionen Schilling für die Instandhaltung bzw. den Neubau von Verkehrslichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und dergleichen. Für den weiteren U-Bahn-Bau einschließlich der Anschaffung von U-Bahn-Wagen standen 1.551,9 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 420,5 Millionen Schilling für das Grundnetz Linie U 1, U 2 und U 4 sowie für die Verlängerung nach Kagran, und 1.131,4 Millionen Schilling für die Linien U 3 und U 6. Für den Ankauf von U-Bahn-Wagen wurden 250,4 Millionen Schilling, davon 220,0 Millionen Schilling für Triebwagen der Typen E 6 bzw. C 6, bereitgestellt.

Für die Wirtschaftsförderung, Gruppe 7, ergab sich durch geringere Erfordernisse bei der Aufschließung von Betriebsbaugebieten und bei den Kapitaltransferzahlungen an den Bund bzw. an sonstige Unternehmungen eine Verringerung der Ausgaben von 815,8 Millionen Schilling im Vorjahr auf 674,4 Millionen Schilling. 21,5 Millionen Schilling waren für fremdenverkehrsfördernde Kreditaktionen in den Wiener Beherbergungsbetrieben, 96,3 Millionen Schilling für Fremdenverkehrsförderung und 171,5 Millionen Schilling für wirtschaftspolitische Maßnahmen bestimmt. Von letzteren entfielen 159,7 Millionen Schilling auf die Aufschließung von Betriebsbaugebieten. Für die Förderung der Wiener Wirtschaft wurden 369,9 Millionen Schilling bereitgestellt, davon unter anderem 114,0 Millionen Schilling für Darlehen zur Investitionsförderung, 70,0 Millionen Schilling für die Wiener Strukturverbesserungsaktion, 10,0 Millionen Schilling für Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion, 20,0 Millionen Schilling für die Förderung nach dem Wiener Garagengesetz und 83,7 Millionen Schilling als Investitionskostenzuschüsse an private Unternehmungen.

Die Ausgaben der Gruppe 8, Dienstleistungen, waren mit 22.437,5 Millionen Schilling, das sind 34,2 Prozent der Gesamtausgaben, die umfangreichsten aller Aufwandgruppen. Für die Ver- und Entsorgung standen 3.641,8 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar 737,5 Millionen Schilling für die Wasserversorgung, 130,0 Millionen Schilling für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, 207,2 Millionen Schilling für Märkte, 1.059,7 Millionen Schilling für die Abwasserbeseitigung, 28,6 Millionen Schilling für Bedürfnisanstalten, 908,5 Millionen Schilling für die Müllbeseitigung und 570,3 Millionen Schilling für die Straßenreinigung.

Im Rahmen der umfangreichen Investitionen der Ver- und Entsorgungsbetriebe wurden unter anderem 13,5 Millionen Schilling für die Fortsetzung der Bauarbeiten an der III. Wasserleitung, 25,7 Millionen Schilling für den Ausbau des Wasserrohrnetzes, 57,9 Millionen Schilling für sonstige Kanalbauten und 62,0 Millionen Schilling für den Entlastungskanal des rechten Hauptsammelkanals bereitgestellt. Ferner wurden in dieser Gruppe für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze 521,7 Millionen Schilling, für die Friedhöfe 300,3 Millionen Schilling, für die öffentliche Beleuchtung und für öffentliche Uhren 260,9 Millionen Schilling sowie für die Stadtforste 136,6 Millionen Schilling präliminiert. Für die Bäder war ein Gesamtaufwand von 505,5 Millionen Schilling erforderlich, davon 143,1 Millionen Schilling für Investitionen. An größeren Bauvorhaben sind der Neubau des Hallenbades Kagran mit 17,5 Millionen Schilling, der Neubau des Hallenbades Brigittenau mit 28,0 Millionen Schilling, der Neubau des Hallen- und Sommerbades Großfeldsiedlung mit 49,3 Millionen Schilling und die Sanierung des Amalienbades mit 34,0 Millionen Schilling hervorzuheben. Für die Erwerbung von Grundstücken und für Grundfreimachungen standen 270,0 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch den Ankauf des Amtshauses Lerchenfelder Straße im Jahre 1982 bedingt. Für die städtischen Wohnhäuser waren 3.682,5 Millionen Schilling erforderlich, wovon 1.154,0 Millionen Schilling auf die Erhaltung der Wohnhäuser, 591,7 Millionen Schilling auf den Schuldendienst bzw. auf Beiträge zum Schuldendienst, 675,9 Millionen Schilling auf Steuern und Abgaben sowie 294,4 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Zur Weiterführung des vorgesehenen Wohnbauprogramms beim städtischen Wohnhausbau wurden 3.320,0 Millionen Schilling bereitgestellt. Die insbesondere mit dem Wohnbau in Zusammenhang stehenden Ausgaben für das Baugewerbe und das Baunebengewerbe ergaben einen Betrag von 13.788,7 Millionen Schilling, das sind 21,0 Prozent der Gesamtausgaben. Für die Wiener Stadtwerke verringerten sich die Aufwendungen durch einen geringeren Fremdmittelbedarf von 9.923,1 Millionen Schilling im Voranschlag 1982 auf 9.382,2 Millionen Schilling. Davon entfielen unter anderem 1.909,6 Millionen Schilling auf die Abgangsdekkung für die Verkehrsbetriebe, 55,0 Millionen Schilling auf den Bundeszuschuß für den Nahverkehr, 126,1 Millionen Schilling auf den Anteil der Kraftfahrzeugsteuer für die Verkehrsbetriebe, 1.607,0 Millionen Schilling auf die Weitergabe von Anleihen und Darlehen, 3.453,1 Millionen Schilling auf den Schuldendienst und 2.144,6 Millionen Schilling auf die Übernahme der Pensionslasten.

Für die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, standen 4.589,1 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind 7,0 Prozent der Gesamtausgaben. Für Beteiligungen waren 60,1 Millionen Schilling bestimmt, davon unter anderem 5,0 Millionen Schilling für die Flughafen Wien Betriebs-GesmbH, 7,5 Millionen Schilling für die Stadion-Renovierungs- und Betriebsgesellschaft und 43,0 Millionen Schilling für die Wiener Stadthalle. 69,6 Millionen Schilling wurden für den Ankauf von Wertpapieren bereitgestellt. Für die Weiterverrechnung der für eigene Dienststellen aufgenommenen Darlehen wurden insgesamt 1.590,2 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar 4,0 Millionen Schilling für Bundesdarlehen für den Wohnbau, 46,4 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, 180,9 Millionen Schilling für Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, 704,8 Millionen Schilling für Hypothekardarlehen, 591,4 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz, 12,7 Millionen Schilling für Darlehen des Stadterneuerungsfonds und 50,0 Millionen Schilling für Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser. Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Investitionsdarlehen und Anleihen erforderte 2.460,8 Millionen Schilling, wovon 643,6 Millionen Schilling auf Tilgung und 1.817,2 Millionen Schilling auf Verzinsung entfielen. Als Verstärkungsmittel wurden ebenfalls 200,0 Millionen Schilling wie im Jahre 1982 vorgesehen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 27. bis 30. Juni 1983 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1982 ergab bei Gesamteinnahmen von 62.064,6 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 65.568,5 Millionen Schilling einen Abgang von 3.503,9 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1982 ausgewiesene Abgang von 4.668,4 Millionen Schilling um 1.164,5 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges von 3.503,9 Millionen Schilling wurden Fremdmittel in Höhe von 3.372,0 Millionen Schilling aufgenommen, der restliche Fehlbetrag von 131,9 Millionen Schilling wurde auf Rechnung des Jahres 1984 vorgetragen. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 3.873,7 Millionen Schilling.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1984, der in der Sitzung des Gemeinderates vom 5. bis 7. Dezember 1983 beschlossen wurde, rechnet bei Gesamteinnahmen von 63.861,2 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 69.334,8 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 5.473,6 Millionen Schilling, das sind 7,9 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr 7,7 Prozent). Der Gebarungsgang ist, soweit er

nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen, einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen, ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verwaltungsjahres zu veranschlagen.

Rechnungsamt

Der Voranschlag 1984 wurde erstmals mit Hilfe der EDV erstellt. Dabei wurden die im Voranschlag aufscheinenden Haushaltskonten bzw. Haushaltsstellen durch die Abteilung in einer speziellen Voranschlagstextdatei erfaßt, über die auch die Gliederungstiefe des Voranschlages gesteuert wird. Diese Voranschlagstextdatei soll künftig auch für die Erstellung der Zwischenbilanzen und der Rechnungsabschlüsse herangezogen werden. Im zweiten Halbjahr 1983 wurden für sämtliche im Bereich der Abteilung geführten Kreditorenkonten (rund 40.000) Branchenkennzeichen erfaßt. Die Vergabe der Branchenschlüssel erfolgte auf der Grundlage der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebenen Grundsystematik der Wirtschaftstätigkeiten (Betriebssystematik 1968). Durch diese Erfassung der Branchenkennzeichen wird erstmals zum Rechnungsabschluß 1983 eine Auswertung nach Branchen und Regionen vorgenommen werden können. Die Abteilung war im Jahre 1983 bestrebt, Fachgebiete, die auch außerhalb des Rechnungsamtes von Interesse sein könnten, durch Vorträge im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie den Bediensteten anderer Dienststellen näherzubringen. Diese Vorträge bzw. Vortragsreihen mußten wegen der hohen Teilnehmerzahlen zum Teil mehrmals wiederholt werden. Unter anderem wurden Vorträge zu folgenden Themen gehalten:

— Inventarführung in der Praxis (eine Wiederholung);
— Grundlagen der Bauabrechnung (bisher drei Wiederholungen);
— Anwendung der Steuergesetze (bisher drei Wiederholungen);
— Bessere Dienststelleninformation aus den Daten der Buchhaltungsabteilungen.

Die „Interne Dienstvorschrift für den Buchhaltungsdienst über die systemgerechte Verarbeitung der Geschäftsfälle nach den Bestimmungen der VRV" (Verarbeitungsvorschrift — VV) wurde im Juli 1983 unter Berücksichtigung der seit dem 1. Jänner 1980 gewonnenen Erkenntnisse gänzlich neu gestaltet. Die Herausgabe dieser Dienstvorschrift in fünf Bänden trägt den speziellen Anforderungen der verschiedenen Benutzergruppen (z. B. Systembedienungskräfte, Dienststellenreferenten, Revisionsorgane) im Bereich des Buchhaltungsdienstes Rechnung.

Derzeit besteht die VV aus folgenden Bänden:

Band 1: Organisation.
Band 2: Bedienung.
Band 3: Prozeduren.
Band 4: Listbilder.
Band 5: Programmierung.

Der Gesamtumfang der VV beträgt derzeit rund 1.300 Seiten. Durch diese klare Trennung der Thematik in einzelne Bände hat sich die VV auch als ausgezeichnetes Hilfsmittel für Dienststellen außerhalb des Buchhaltungsdienstes bei der Behandlung der Geschäftsfälle nach den Bestimmungen der VRV erwiesen.

Die gestiegenen Anforderungen im Bereich der Verrechnung der Wohnbauförderung in der Buchhaltungsabteilung für Finanzwesen und Wohnbauförderung hat die Entwicklung einer EDV-Organisation zur Lösung dieses Aufgabengebietes erforderlich gemacht. Der Einsatz dieser EDV-Organisation ist ab 1984 vorgesehen. Bis Ende Dezember 1983 wurden rund 24.000 Stamm- und Verrechnungsdaten übernommen und ein umfangreicher Testbetrieb eingerichtet.

In der Buchhaltungsabteilung Sozialwesen und Jugendamt brachte die Umstellung der Heimhilfen (Soziale Dienste) auf EDV wesentliche Verbesserungen mit sich. So ist es nun z. B. möglich, im Bereich der Rückstandsbetreuung laufend Zahlungserinnerungen automatisch auszudrucken, wodurch die laufenden Rückstände auf rund 40 Prozent abgesenkt werden konnten. Durch die weitgehende Automatisierung der Verrechnung (automatische monatliche Gebührenstellung, Einzahlungsverrechnung über Datenträgerausstausch mit der Zentralsparkasse, automatische Erstellung der Zahlungserinnerungen) bei den rund 8.000 aktiven Heimhilfebeziehern kann in diesem Bereich wieder erhöhtes Augenmerk auf die qualitative Tätigkeit (Rückstandsbetreuung, Aufklärung von Sonderfällen, Dienststelleninformationen und -kontakte, Beantwortung von Parteianfragen usw.) gelegt werden.

Im Herbst 1983 konnte nach den Mietbeihilfen im Jahre 1982 mit der Umstellung weiterer in der Buchhaltungsabteilung Sozialwesen und Jugendamt verrechneter Beihilfen begonnen werden; vorerst sind es die Blindenbeihilfen und Behindertenbeihilfen. Auch in diesen Fällen wird die Anweisung der Beihilfen über Datenträgeraustausch mit der Zentralsparkasse vorgenommen. Der Echtbetrieb konnte in diesem Bereich bereits im Oktober 1983 aufgenommen werden.

Für die Buchhaltungsabteilung Stadtreinigung und Fuhrpark wurden die erforderlichen EDV-Programme zur Umstellung der dienststellenbezogenen Gebarungen „Zusätzliche Müllabfuhr" und „Kfz-Steuer" erstellt. Durch den Programmkomplex „Zusätzliche Müllabfuhr" konnten folgende Tätigkeiten automatisiert werden:

— Überrechnung der Vorschreibungsdaten von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark;
— Fakturierung mit Druck von vorcodierten Zahlscheinen;
Mahnung;
— Erstellung von Anträgen auf versuchsweise Einhebung;
— Erstellung von Dienststellenverständigungen von erfolglosen Einhebungsversuchen;
— Urgenz der Abschreibungsanordnung:
— Erstellung einer Rückstandsliste.

Durch den Einsatz der „Kfz-Steuer"-Programme werden die Rechnungen und die Liste an das Finanzamt automatisch erstellt und gedruckt. Mit dieser Rationalisierung konnten die nunmehr freiwerdenden Kapazitäten für die Betreuung der in den letzten Jahren stark gestiegenen Kfz-Abschleppungen eingesetzt werden; 1982 waren es 12.037, 1983 14.230, was einer Zunahme von 18 Prozent entspricht.

In der Buchhaltungsabteilung für Friedhöfe wurde die Abwicklung der dienststellenbezogenen Gebarung „Vorauszahlung für mehrjährige Ausschmückungen" automatisiert. Der komplette Ablauf von der Aktenanlage, der Dienststellenverständigung und der Verrechnung bis zum Jahresabschluß wird EDV-mäßig durchgeführt, womit der steigenden Belastung durch die Zunahme der Zahl der Verträge über mehrjährige Ausschmückungen entgegengewirkt werden konnte.

Im Jahre 1983 wurde erstmals die Hausabrechnung nach dem Mietrechtsgesetz durch die Buchhaltungsabteilung für die Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung EDV-unterstützt durchgeführt. Als Nebenprodukt dieser Hausabrechnung für 2.000 Häuser wurden an rund 250.000 Gemeindemieter Hausabrechnungen übermittelt. In weiterer Folge nahmen 220 Mieter Einsicht in die Originalrechnungen zur Hausabrechnung. Diese Einsichtnahmen erforderten die Neuorganisation der Rechnungsablage sowie zeitaufwendige Vorbereitungsarbeiten. Um die im Verkehr mit den Mietern notwendige Auskunftsbereitschaft zu gewährleisten, wurden die Mietzinsreferenten in einem buchhaltungsinternen Schulungsprogramm eingehend mit den Grundsätzen der Hauptmietzinsbildung vertraut gemacht.

Die im Bereich der Buchhaltungsabteilung Zentraler Einkauf bestehende Zweigstelle für die Lagerwaren- und Bäckereiverrechnung in 16, Hasnerstraße 123—125, wurde im August 1983 aus organisatorischen Gründen in die Räumlichkeiten der Stammbuchhaltung rückgeführt. Durch diese Organisationsänderung werden Kosteneinsparungen bei Raumkosten und Kosten für Datenleitungen erzielt. Darüber hinaus konnte der Personalstand in der Buchhaltungsabteilung Zentraler Einkauf bereits ab 1. Jänner 1983 um einen Dienstposten reduziert werden.

Für die Buchhaltungsabteilung Schulverwaltung wurden EDV-Programme erstellt, um die dienststellenbezogene Gebarung „Materialverrechnung für Berufs- und Fachschulen" besser überprüfen und der Magistratsabteilung für städtische Schulverwaltung bessere Informationen liefern zu können. In Entsprechung eines Wunsches des Anstaltenamtes führt die Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen seit 1. Jänner 1983 eine Bestands- und Erfolgskontenreihe (Doppik) für das Mautner-Markhof'sche Kinderspital. Der Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen wurden vom Anstaltenamt folgende Daten aus der Anlagenbuchführung bzw. Kostenrechnung zur Verfügung gestellt:

— die Buchwerte des Anlagevermögens (Postenklasse 0) zum 1. Jänner 1983;
— die zum 1. Jänner 1983 festgestellten Vorräte an geringwertigen Wirtschaftsgütern sowie an nichtmedizinischen und medizinischen Verbrauchsgütern;
— alle in der Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen nicht erfaßten Forderungen aus Pflegeleistungen und Ambulanzleistungen.

Durch die Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen wurde unter Einbeziehung dieser Daten die Eröffnungsbilanz erstellt. In weiterer Folge wurde durch entsprechende Gliederung der Bestands- und Erfolgskonten die Erstellung einer Bilanz für das Mautner-Markhof'sche Kinderspital ermöglicht.

Um aufgetretene Kapazitätsprobleme insbesondere bei Bildschirmeingabe und -abfrage zu beseitigen, wurde in der Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen an Stelle der Philips-Anlage ein VAX-Subsystem installiert. Nach einem auf Teilbereiche der in der Buchhaltungsabteilung Gesundheitswesen verrechneten Gebarungen beschränkten Testbetrieb wurde am 19. September 1983 der Echtbetrieb aufgenommen. Damit wurde der erste Schritt im Hinblick auf eine generelle Umrüstung der Buchhaltungsabteilung getan.

In der Buchhaltungsabteilung Garten- und Forstwesen, Liegenschaftsverwaltung und Umweltschutz wurden die Konten der dienststellenbezogenen Gebarung „Mieten- und Pachtzinsvorschreibung" auf Computer übernommen. Auf Grund dieser Umstellung konnten folgende Arbeiten in der Buchhaltungsabteilung Garten- und Forstwesen, Liegenschaftsverwaltung und Umweltschutz teilweise bzw. vollständig automatisiert werden:

— Ausdruck von Kontoauszügen mit Stammdaten und Bewegungen;
— Vorschreibung und Mahnung mit Druck von vorcodierten Zahlscheinen;
— Rückstandsmeldung an die Dienststelle.

Damit konnte die Mehrbelastung durch die Kontenvermehrung, die gegenüber 1982 ein Plus von 10 Prozent ausmacht, aufgefangen werden.

Auf dem Abgabensektor wirkte sich die bereits im Jahre 1982 beschriebene Tendenzmehrarbeit durch diverse Gebührenveränderungen bzw. Neueinführungen von Abgaben im Jahre 1983 verstärkt aus.

Dabei war die größte Mehrbelastung durch die Einführung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen gegeben. Von den 1982 ausgesandten 46.000 Erhebungsbögen wurden Anfang 1983 die restlichen 20.000 abgegeben und erfaßt, wobei bei rund 5.000 eine händische Nacherfassung notwendig war. Nach Abstimmung der Daten aus den Fragebögen mit dem Grundsteuerdatenbestand wurden rund 25.000 Konten und ebenso viele Bemessungsakten angelegt und die entsprechenden Fragebögen samt zwei Karteikärtchen für die Magistratsabteilung für allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, Referat 2, eingearbeitet. Die für die Einbringung der fehlenden Erhebungsbögen verhängten 700 Zwangsstrafen mußten in der Abgabenhauptverrechnung händisch verrechnet werden. Im Zuge der zur Abgabe der fehlenden Beiblätter eingeleiteten Zwangsmaßnahmen wurden weitere 1.820 Strafen in den Stadtkassen vorgeschrieben. Der präliminierte Abgabenerfolg von 5 Millionen Schilling wurde mit 2,324.000 Schilling wesentlich unterschritten und deckt bis jetzt bei weitem nicht den für die Verrechnung der Abgabe notwendigen administrativen Aufwand. Um den Abgabenerfolg zu intensivieren, wurden alle 25.000 Bemessungsakten durchgearbeitet und hievon rund 1.500, bei denen in den Erhebungsbögen leerstehende Wohnungen ausgewiesen waren, der Revisionsstelle übermittelt.

Die im Vorjahr begonnene Erhöhung der gebührenpflichtigen Objekte bei der Gebrauchsabgabe konnte abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Abgabenerfolg von rund 65 auf 136 Millionen Schilling angehoben. Die Einnahmensteigerung war mit einer Fülle von Reklamationen (verspätete Abmeldungen) und Einhebungsmaßnahmen verbunden. Die Zahl der Vollstreckungsanträge nahm von 3.249 auf 11.939 zu. Gleichzeitig wurde aus ökonomischen Gründen (automatische Abstattungsüberrechnung mit den Buchhaltungsabteilungen) die Verrechnung der städtischen gebrauchsabgabepflichtigen Objekte in der Abgabenhauptverrechnung konzentriert.

Die Auswertung der im Zuge der Personenstands- und Betriebsaufnahme abgegebenen 100.000 Hundeanmeldeblätter erbrachte bei der Hundeabgabe durch Überprüfung aller Hundehaltungen 3.792 Nachbemessungen mit einem Abgabenerfolg von 1,516.800 S für 1983.

Bei der Grundsteuer kam es an Stelle der vorgesehenen Hauptveranlagung zum 1. Jänner 1983 zu einer generellen Erhöhung der Einheitswerte von 1973 um 35 Prozent. Gleichzeitig wurden alle Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens um 5 Prozent angehoben. Dies bedeutete eine Bearbeitung aller 130.000 Grundsteuerkonten mit Bescheidausfertigung und Vollständigkeitskontrolle. Es konnte dadurch ein Abgabenmehrerfolg von 72 Millionen Schilling erzielt werden.

Bei der Umstellung der Abgabenstrafenverrechnung in der Abgabenhauptverrechnung wurde 1983 mit den Parkometerstrafen begonnen. Vor der Einführung waren umfangreiche Bilanzierungsarbeiten notwendig, da die neue Art der Verrechnung nur für Strafen ab 1983 wirksam wird, hingegen alle Vorjahrsstrafen nach der bisherigen Verrechnungsart auslaufen. Die Umstellung der Strafenverrechnung auf EDV ermöglicht einen vollautomatischen Ablauf von der Protokollierung in der Magistratsabteilung für Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten bis zur Vorschreibung und Abstattung in der Abgabenhauptverrechnung. Nur durch diese Umstellung war es möglich, die angefallenen 72.000 Strafen — rund 25.000 mehr als 1982 — trotz Einsparung von vier Dienstposten in der Abgabenhauptverrechnung ordnungsgemäß und termingerecht zu verrechnen. Da sich dieses System äußerst bewährt hat, werden 1984 auch die übrigen Abgabenstrafen mit Hilfe der EDV verrechnet werden.

Bei der Verrechnung der Einmaligen Kanalbenützungsgebühren wurde die Möglichkeit geschaffen, zusätzlich zum Einschreiter auch einen Zustellungsbevollmächtigten zu speichern, so daß für die Hausverwaltung eine übersichtlichere Berücksichtigung der Vorsteuer möglich wird.

Im Jahre 1983 wurde auch die Möglichkeit geschaffen, Auskünfte aus der zentralen Personendatenbank direkt über die Bildschirme der Abgabenverrechnung in den Stadtkassen bzw. in der Abgabenhauptverrechnung zu erhalten, wodurch Meldeauskünfte und Nachforschungen wesentlich erleichtert bzw. beschleunigt werden konnten.

Auf Grund des neuen Zustellgesetzes und des europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland wurde die Zustellung von Zahlscheinen, Lastschriften und Bescheiden, die bisher automatisch kuvertiert und versandt wurden, wesentlich erschwert. Alle diese Zuschriften in die Bundesrepublik Deutschland müssen aussortiert und mit einem eigenen Zustellersuchen im Wege der MD-VO an die betreffende zuständige deutsche zentrale Behörde gesandt werden, die ihrerseits die Zustellung nach deutschem Recht vornimmt. Neben dieser Mehrarbeit ergeben sich empfindliche Verzögerun-

gen bei der Zustellung, die besonders bei den terminbezogenen Lastschriften durch händische Eingriffe in die automatischen Arbeitsabläufe ausgeglichen werden müssen.

Die automationsunterstützte Verarbeitung der Abgabenerklärung mußte neu konzipiert werden, da die im Einsatz befindlichen Codiermaschinen nicht mehr zu reparieren waren. Diese Neuorganisation, die durch Erweiterung der Erfassungsprogramme in der Datenerfassung der Abteilung realisiert wird, ermöglicht nun die Erfassung aller Abgabenerklärungen, wodurch die Bearbeitung in den Stadtkassen vereinheitlicht und beschleunigt werden konnte.

Vom Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden 1983 rund 176.000 Akten erledigt, das ist gegenüber 1982 eine Steigerung um 10 Prozent. Dabei wurden von den Vollstreckungsbeamten ein Betrag von rund 163 Millionen Schilling eingehoben. Um den Erhebungs- und Vollstreckungsdienst teilweise zu entlasten, wurde die Aussendung der vor Einleitung einer Vollstreckungshandlung vorgesehenen Rückstandsnachweisungen den Stadtkassen übertragen. Diese Serviceleistung der Stadt Wien veranlaßt rund 40 Prozent der säumigen Abgabepflichtigen zur Einzahlung.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der einzelnen Dienstgruppen des Rechnungsamtes im Jahre 1983.

Buchhaltungsdienst

	Stück
Eingangsrechnungen	553.800
Einnahmenbelege	52.300
Buchungsposten	
EDV-Subsysteme	1,724.900
sonstige	1,006.200
Stammdatenanlagen und Änderungen	276.100
Bildschirmabfragen und Programmaufrufe	273.800
Mahnungen, Pfändungen, versuchsweise Erhebungen	26.800
Posten aus Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsberechtigungen; Prüfung und Vergebührung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons u. dgl.	9,536.700
Bearbeitete Dienststücke	260.300

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

	Stück
Kontenzahl	580.000
Eingelangte Einzahlungsbelege	1,371.000
Klarschriftdruckereingaben	540.000
Lochvorlagen	137.000
Dateneingaben	372.000
Codierte Erklärungen	42.000
Eingelangte Abgabenerklärungen	123.000
Stammdatenänderungen über Bildschirm	58.000
Kontoabfragen über Bildschirm	1,053.000
Mahnungen	11.000
Zugestellte Zahlscheine wegen verspäteter Zahlung	10.400
Vollstreckungsanträge	76.000
Aktenstücke	1,603.000
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	50.000
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	4.900
Strafanträge wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	3.200

Stadthauptkasse

	Stück
Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	525.000
Ausgefertige Bar-Empfangsanweisungen	9.200
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	133.000
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	692.000
Bearbeitete Verbote	102.000

Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	Schilling
Geldgebarung	486,470.000
Wertmarkenverkauf	47,023.000
Drucksortenverkauf an Parteien	737.000
Gebarung in der Drucksortenstelle:	
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von	23,332.000
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrscheine im Werte von	4,000.000
	Stück
Ausgegebene allgemeine Drucksorten	11,936.00

Zentraler Einkauf

Der Abteilung obliegt gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen insbesondere Sportgeräte, Kraftfahrzeuge, klimatechnische Anlagen, Elektroanlagen und die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzten Spezialerfordernisse. Außerdem besorgt sie den Ankauf und die Einlagerung von Bau- und Werkstoffen sowie deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen. Ferner stehen ihr noch die Verbrauchsüberwachung und die Bedarfsprüfung einer Reihe von Sacherfordernissen zu.

Für die Warenlagerung standen das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, und der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, zur Verfügung. Darüber hinaus werden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufsichtigt. Weiters obliegt der Abteilung die Führung des Werkstättenbetriebes im Zentrallager, das heißt der Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserei. In der Abteilung sind rund 170 Bedienstete beschäftigt.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG, BGBl. Nr. 223, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahmen und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) werden auf dem Ansatz „Zentraler Einkauf" veranschlagt; der allgemeine Sachaufwand für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung wird jedoch getrennt auf einer besonderen Ausgabenpost veranschlagt. Allgemein anordnungsberechtigt ist nur die Abteilung, der grundsätzlich die Beistellung der Sacherfordernisse für die Dienststellen obliegt. Die Abteilung ist gemäß der Geschäftseinteilung außerdem mit der Führung der Städtischen Bäckerei beauftragt, die als Betrieb gewerblicher Art gilt.

Durch die mit Wirksamkeit vom 3. Dezember 1982 erfolgte Senkung des Zinssatzes für die Bankrate von 5,75 auf 4,75 Prozent und vom 18. März 1983 auf 3,75 Prozent verringerten sich die Kosten bei der Verzinsung der Anlagewerte. Der Gesamtumsatz der Abteilung betrug im Jahre 1983 rund 1.089,000.000 S. In allen genannten Geldbeträgen ist die Mehrwertsteuer enthalten.

Um wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Wien beim Einkauf zu erzielen, wurden die Kontakte zwischen der Abteilung und der Einkaufsabteilung der Wiener Stadtwerke weiter intensiviert. Grundsätzlich werden nur Gespräche über jene Artikel durchgeführt, für deren Beschaffung einer der Gesprächspartner einen die Wertgrenze nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung übersteigenden Betrag, derzeit 1,030.000 S, aufwenden wird. Die Kontakte werden gepflegt, um zum Teil gemeinsam Ausschreibungen durchzuführen, vor allem aber um Preise und Qualität bei einzelnen Artikeln vergleichen zu können. Da von der Abteilung größere Mengen beschafft und dadurch günstigere Preise und Konditionen erzielt werden, ergeben sich daraus auch Vorteile für die Wiener Stadtwerke.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 111/1979, sind Dienstgebern, die Aufträge an Einrichtungen erteilen, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind, 30 Prozent des Jahresrechnungsbetrages der Aufträge auf die Summe der für das entsprechende Kalenderjahr vorzuschreibenden Ausgleichstaxe anzurechnen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Abteilung sämtliche Aufträge an Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 in Evidenz zu halten und die entsprechenden Unterlagen der Magistratsabteilung für allgemeine Personalangelegenheiten jeweils zu Jahresbeginn vorzulegen. Wie aus den Arbeits- und Bestellscheinen zu ersehen ist, hat die Abteilung im Jahre 1982 Aufträge im Werte von insgesamt 345.084 S der Behindertenhilfe der Stadt Wien in 16, Seeböckgasse 12—14, den Lehrwerkstätten Jugend am Werk in 20, Lorenz-Müller-Gasse 3, und dem Österreichischen Blindenverband, Landesgruppe Wien, in 6, Mariahilfer Gürtel 4, erteilt.

Mit Rücksicht darauf, daß bei Vergaben ab einer Wertgrenze von 200.000 S öffentliche Ausschreibungen gemacht werden müssen, erhöhte sich bei einzelnen Referenten der Arbeitsumfang. Es wurden im Jahre 1983 insgesamt Ausschreibungsunterlagen in einem Gesamtwert von 126.200 S verkauft.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurde begonnen, die Altpapierverwertung auf eine neue Basis zu stellen. Dementsprechend mußten bei der letzten öffentlichen Ausschreibung

die Ausschreibungsunterlagen grundsätzlich geändert werden. Es ist beabsichtigt, auch Dienststellen mit einem geringeren Altpapieranfall in eine Sammelaktion einzubeziehen.

Um Verwechslungen bei Materialrückgaben von Dienststellen zu vermeiden, wurde zusätzlich zu dem bisher verwendeten roten Materialrückgabeschein ein grüner Materialrückgabeschein aufgelegt. Der rote Schein AD 1139 B dient für nicht skartierte, der grüne Schein AD 1139 B/1 für skartierte Gebrauchsgüter.

Auf Grund des Erlasses der Magistratsdirektion vom 2. Dezember 1980, MD-2294-1/80, wurde im Jahre 1983 eine neue Niederschrift für die Ausscheidung von Gebrauchsgütern, AD 1136 C, in Verwendung genommen. In diesem Zusammenhang hat sich die Drucksorte AD 1136 D über die Ausscheidung von Gebrauchsgütern, Skartierungsausweis, bestens bewährt.

Die städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime wurden mit lagerfähigen Lebensmitteln beliefert, außerdem waren für die städtische Bäckerei die notwendigen Rohmaterialien zu besorgen. Im Jahre 1983 wurden 5.980 Bestellscheine ausgestellt und mit einem Aufwand von 61,119.658 S insgesamt 3,083.643 kg Lebensmittel eingekauft.

Im Rahmen der „Ersten Hilfe" wurden sämtliche Dienststellen des Magistrates mit Verbandstoffen, Verbandpflastern und Medikamenten versorgt. Diese Artikel wurden mit 271 Bestellscheinen um einen Betrag von 436.286 S gekauft.

Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten im Rahmen von Faschings- und Muttertagsfeiern Lebensmittel im Wert von 143.413 S. Anläßlich des Weihnachtsfestes wurden 8.500 Dauerbefürsorgte mit Lebensmittelpaketen im Wert von 825.387 S beschenkt. Außerdem wurden im Rahmen der Weihnachtsfeiern der diversen Pensionistenklubs rund 16.500 Briocheblocks im Wert von 251.846 S gekauft.

Obwohl die Paritätische Lohn- und Preiskommission bei Gemüsekonserven eine Preiserhöhung genehmigt hat, konnte z. B. bei Salaten (roten Rüben, Paprika- und Pußtasalat) durch eine Ausschreibung eine Preisermäßigung zwischen 4 und 9 Prozent erreicht werden. Auch bei Apfelmus und Zwetschkenröster wurden niedrigere Preise erzielt. Gleichbleibende Preise waren bei Bohnenkaffee, Schokolade, Senf in Großgebinden, Trockengemüse, Kartoffelprodukten, Diabetikersüßstoffen usw. festzustellen. Preiserhöhungen gab es z. B. bei Backhilfsmitteln, Kindernährmitteln, Grieß- und Eierteigwaren, Marmeladen, Fruchtsäften, Fetten, Salz, Zucker, Hülsenfrüchten, Reis und Gemüsekonserven.

Textilien und Leder wurden für städtische Dienststellen im Wert von 88,925.802 S bestellt, und zwar:

		Schilling
36.250 m	Woll- und Mischgewebestoffe	6,837.420
400 Stück	Anstalts- und Kinderdecken	163.070
9.000 Stück	Säuglingsdecken	420.550
60.530 m	Leinenstoffe	5,089.240
620.660 m	Baumwollstoffe	26,835.910
88.794 Stück	Frotteewaren	5,367.470
265.750 Stück	Windeln	2,974.800
4.385 m	Futter- und Einlagestoffe	133.910
8.225 kg	Garne, Spagate und Seile	1,146.260
479.250 m	Litzen, Bänder, Gurten und Schnüre	427.380
Zwirne, Schlingwolle und Nähseide		1,291.100
Nadlerwaren, Reißverschlüsse		735.700
Knöpfe und Abzeichen		461.929
209.080 Stück	Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche)	8,376.365
35.610 Paar	Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger	945.095
67.799 Stück	fertige Berufskleidung und Wäschestücke	13,908.019
5.922 Stück	fertige Oberbekleidung	2,824.555
Diverse Textilien		989.440
6.893 Stück	Federn- und Kunstfaserpölster, Steppdecken	1,224.305
Vorhangstoffe		2,178.343
Möbelstoffe		342.803
Teppiche und Bodenbeläge		391.091
Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe		3,936.830
Lederwaren, Leder in Stücken		1,248.820
750 Stück	Regenmäntel und Regenschutzbekleidung	192.145
Plastikwaren		483.252

Lohnarbeiten gelangten in der Höhe von 10,551.136 S zur Vergabe, und zwar:

6.282 Stück	Oberbekleidung	2,906.074

		Schilling
50.638 Stück	Wäsche und Berufsbekleidung	1,351.068
4.281 Stück	Dienstkappen	538.437
1.228 Stück	Fahnen	381.421
36.930 m	Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten	618.390
Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen)		1,267.852
Reparaturen von Uniformen		322.056
Reinigung von Vorhängen, Wäsche, Teppichen und Uniformen		2,843.888
Reparaturen von Schuhen und Stiefeln und dazugehöriges Leder		295.000
Reparaturen von diversen Fahnen		26.950

Die Anzahl an Artikeln, die gekauft werden, ist groß; so wurden unter anderem Woll-, Baumwoll- und Leinenstoffe, Windeln, Decken, Strick- und Wirkwaren, Frotteewaren, Ober- und Berufsbekleidung, Uniformen, Vorhänge, Teppiche und Schuhe beschafft. Obwohl die Preistendenz allgemein steigend ist — so ist z. B. der Preis für Rohbaumwolle von Jahresbeginn bis Jahresmitte um rund 30 Prozent gestiegen —, konnten durch gezielten Einkauf die Preise teilweise gehalten werden, in Einzelfällen wurde sogar billiger eingekauft. So sind z. B. die Preise für Leinenstoffe und Frotteewaren um rund 7 Prozent, für Metallabzeichen und Kunstleder um 5 Prozent und für Windeln um 3 Prozent gesunken. Für Wollstoffe, Anstalts- und Kinderdecken, Futterstoffe, bestimmte Strickwaren, Parkajacken, bestimmte Möbelstoffe, Tapeziererarbeiten, Schuh- und Taschenreparaturen, Teppichreinigung und Ausrüstung von Stoffen konnten die Vorjahrespreise gehalten werden. Die übrigen Artikel waren Preiserhöhungen von durchschnittlich 5 Prozent, in zwei Fällen bis 13 Prozent unterworfen.

Die Warengruppe „Textilien und Leder" führte auch im Jahre 1983 für die einzelnen Magistratsabteilungen Testreihen durch bzw. wurden nach Beendigung der probeweisen Anwendung andere Artikel angeschafft. Die Vorarbeiten für die Neueinkleidung der Feuerwehr konnten abgeschlossen werden. So wurde mit der Ausgabe der neuen Einsatz-Uniformen im November begonnen. Nach langen Testreihen mußte ein neuer, flammhemmender Stoff für die Uniform beschafft werden. Der Schnitt wurde den derzeitigen Erfordernissen und der Stoffart angepaßt. Das benötigte flammhemmende Nähmaterial und die flammhemmenden Reißverschlüsse wurden besorgt, Kappen, Hemden, Krawatten und Abzeichen waren ebenfalls in Form und Farbe der neuen Uniform entsprechend abzuändern. Die neue Einsatzuniform soll größtmögliche Bewegungsfreiheit und optimalen Schutz gewährleisten.

Für das Anstaltenamt konnte die probeweise Verwendung von Frotteedecken für die Intensivstationen und von wasserdichten Damenarbeitsschuhen positiv abgeschlossen werden. Ferner wurde für die Rettung im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für allgemeine Personalangelegenheiten mit der Erprobung von neuen Jacken, Blousons und Hemden begonnen. Für das Forstamt und den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien wurden neue Schnittschutzanzüge entwickelt, die die Forstarbeiter vor Unfällen mit Kettensägen besser schützen sollen.

Die Zusammenstellung der einzelnen Artikel im Säuglingspaket der Stadt Wien wurde gemeinsam mit dem Jugendamt neuerlich den Wünschen der Mütter angepaßt. So wurde ab Juli 1983 nur mehr jeweils eine Sorte Säuglingswäschepakete bzw. Kleinkinderwäscheausstattungen ausgegeben. Insgesamt belief sich die Zahl der Säuglingswäschepakete und Kleinkinderwäscheausstattungen auf 8.059 bzw. 5.685; insgesamt wurden 13.744 Pakete ausgegeben.

Für Wirtschaftswaren und Dienstleistungen wurde ein Gesamtbetrag von 164,532.068 S ausgegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht dies einer Ausgabensteigerung von 21,629.389 S oder rund 15 Prozent. Die Bestellungen wurden mit 8.431 Bestellscheinen vorgenommen, wobei im Zusammenhang mit der Vergabe dieser Aufträge insgesamt 1.169 Ausschreibungen durchzuführen waren.

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel	10,834.182
Streusalz, künstliche Streumittel („Plantabon Eis-Ex")	15,492.481
Chemikalien und chemische Produkte	21,523.576
Eisen- und Haushaltsartikel	8,344.417
Geschirr aller Art, Küchengeräte	4,930.441
Glüh- und Leuchtstofflampen	9,732.780
Elektrowaren	2,254.960
Gummiwaren	1,909.095
Holzwaren	1,341.249
Bürsten, Besen, Pinsel, Reinigungstücher und Reinigungsmaterialien	7,282.452
Maschinen und Werkzeug	10,871.771
Waagen	419.490
Spielwaren und Beschäftigungsmaterial	4,882.495

	Schilling
Feuerlöscher, Ankauf und Reparaturen	3,244.900
Reinigungsarbeiten und Schädlingsbekämpfung	48,093.072
Transporte, Autobusbeistellungen	6,901.109
Kunststoffartikel	2,722.977
Schaumstoffe, Matratzen, Roßhaar	1,912.976
Diverse Waren	1,837.645

Bedingt durch die Vielfalt der Artikelgruppen war eine einheitliche Preisentwicklung nicht erkennbar. Auf dem Sektor der Dienstleistungen erhöhten sich die Preise, für Reinigungsarbeiten um 4,9 Prozent, für Autobusbeistellungen um 4,5 sowie für Transport- und Übersiedlungsarbeiten um 2,5 Prozent. Um rund 5 Prozent stiegen die Preise für Chemikalien, Glüh- und Leuchtstofflampen, Küchengeräte, Maschinen, Werkzeug sowie für Email- und Chromnickelgeschirr. Wasch- und Reinigungsmittel verteuerten sich um durchschnittlich 4 Prozent. Um rund 7 bis 8 Prozent wurden die Preise für Porzellangeschirr österreichischer Herkunft (Firma ÖSPAG — Lilienporzellan) angehoben.

Vergleicht man nun die Umsatzziffern der Jahre 1982 und 1983 bei einzelnen Artikelgruppen, sind beträchtliche Unterschiede, wie nachstehend angeführt, ersichtlich.

Artikelgruppen	Umsatz in Schilling	
	1982	1983
Streusalz, künstliche Streumittel	880.000	15,500.000
Chemikalien und chemische Produkte	16,900.000	21,500.000
Eisen- und Haushaltsartikel	9,800.000	8,300.000
Geschirr aller Art, Küchengeräte	3,800.000	4,900.000
Glüh- und Leuchtstofflampen	8,600.000	9,700.000
Schaumstoffe, Matratzen, Roßhaar	3,000.000	1,900.000

Im Jahre 1982 haben die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark und auch andere Dienststellen auf Grund der Umstellung von herkömmlichem Streusalz zu umweltfreundlicheren künstlichen Streumitteln (Plantabon Eis-Ex) sowie infolge des milden Winters kaum Anschaffungen getätigt. Der Bedarf wurde somit erst im abgelaufenen Jahr gedeckt, wodurch sich auch die starke Ausgabensteigerung erklären läßt. Ferner war das Produkt „Plantabon Eis-Ex" rund dreimal so teuer als das bisher verwendete Streusalz. Die Zunahme des Umsatzes bei Chemikalien und den chemisch-technischen Produkten hat seine Ursache darin, daß die Entsorgungsbetriebe Simmering (MA 30 — EBS) nun ihren gesamten Bedarf über die Abteilung beziehen. Die Entwicklung des Umsatzes bei Eisen- und Haushaltsartikeln, Geschirr, Küchengeräten sowie Glüh- und Leuchtstofflampen ist jeweils von der Nachfrage abhängig und somit von Jahr zu Jahr größeren oder kleineren Schwankungen unterworfen. Der rückläufige Umsatz an Roßhaar, Schaumstoffen und Matratzen ist darin begründet, daß die diversen Spitäler und Pflegeheime der Stadt Wien weniger Artikel dieser Art brauchen.

Im Jahre 1983 war durch die angespannte wirtschaftliche Situation ein härterer Konkurrenzkampf unter den Firmen in einzelnen Branchen erkennbar. Die Folge war, daß bei Ausschreibungen äußerst knapp kalkulierte Angebote gelegt wurden, um Aufträge zu erhalten. Die Abteilung kaufte aus diesem Grund oftmals zu günstigeren Konditionen als bisher ein, was den einzelnen Dienststellen zugute kam. Dieser Umstand konnte vor allem bei den Reinigungsarbeiten deutlich beobachtet werden. Auf dem Sektor der Glüh- und Leuchtstofflampen waren die Einkaufskonditionen um 5 bis 8 Prozent günstiger als bisher. Die Rabatte bewegten sich in einer Größenordnung von 55 bis 58 Prozent.

Von dem im Jahre 1983 gekauften 1,130.100 kg Papier im Wert von 19,452.200 S entfielen auf holzfreies Schreib- und Zeichenpapier 433.800 kg, mittelfeines Schreib- und Zeichenpapier 261.800 kg, auf Kartone und Deckel 58.000 kg, auf Packpapier 34.100 kg und auf Toilettepapier 342.400 kg. Für die Herstellung von Schulheften wurde ein Betrag von 2,092.100 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte eine Preiserhöhung für hygienische Papierwaren ab 1. Oktober 1983 um 5 Prozent.

Für diverse Bürobedarfsartikel, wie z. B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner, Papiersäcke und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumsstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw., wurden 12,580.000 S ausgegeben.

70.868 B ü c h e r , Broschüren, Lehrbehelfe, Setzkästen, Spiele, Notenhefte, Arbeitsblätter, Spruchtafeln, Elektronikbaukästen, IBM-Literatur, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter wurden unter anderem zu einem Betrag von 5,324,662 S angekauft. Die Ausgaben für 16.788 Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern usw. betrugen 3,655.761 S. Für die Fachzeitschrift „Der Aufbau", insgesamt 885 Stück, wurden 557.550 S aufgewendet. Die Paritätische Kom-

mission genehmigte ab 1. April 1983 für Zeitschriften und Zeitungen eine 3,5prozentige und für Broschüren und Bücher eine 3,2prozentige Preiserhöhung. Für Plastikwaren, wie Kunststoffsäcke für Spitalsmüll bzw. Wäsche, Kunststoffbecher, Einweggeschirr, Tragtaschen und Folien sowie Hygieneartikel, wurden 11,950.797 S benötigt. Für Mullbinden genehmigte die Paritätische Kommission eine Erhöhung ab 1. Oktober 1983 um 4,5 Prozent. Der Ankauf von Büromaschinen zuzüglich Zubehör und EDV-Zubehör erforderte 5,180.880 S. So wurden 81 mechanische Schreibmaschinen, 193 Kugelkopf- und Typenradschreibmaschinen, 5 Speicherschreibmaschinen, 1 Schreibautomat, 219 Rechenmaschinen, 174 Diktiergeräte, weiters 32 Schneidemaschinen, 60 Schriftpräger, 56 Vervielfältigungsmaschinen, 7 Thermokopiergeräte, 1 Falzmaschine, 3 Paginiergeräte, 4 Aktenvernichter und 1 Registrierkasse beschafft. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen beliefen sich auf 5,024.205 S. Das Kopiervolumen betrug rund 14,800.000 Kopien zu einem Gesamtbetrag von 4,497.589 S. Die Kopienpreise wurden mit 1. Juli 1982 auf Grund einer Ausschreibung neu festgelegt und betragen rund 0,31 S pro Kopie.

Von der Abteilung wurden 3.163 Druckaufträge vergeben, 2.087 Aufträge an das Gewerbe und 1.076 Aufträge an die Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation (MA 20).

Für die Aufträge an das Gewerbe wurde ein Betrag von 35,096.396,62 S aufgewendet. Ab 1. April 1983 wurde von der Paritätischen Kommission einer 3,2prozentigen Erhöhung für Druckerzeugnisse zugestimmt. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren wurden 1.400 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von 737.377 S vergeben.

Von den 940 Buchbinderaufträgen wurden 322 an die MA 20 und 618 Aufträge an das Gewerbe vergeben, letztere zu einem Gesamtbetrag von 3,876.318 S. Von den 4.461 Vervielfältigungsaufträgen sind nur zwei an das Gewerbe vergeben worden, und zwar zu einem Gesamtbetrag von 129.250 S.

Im Jahre 1983 konnte die Versorgung der städtischen Dienststellen mit festen und flüssigen Brennstoffen sichergestellt werden. Bedingt durch das ungewöhnlich warme Wetter in den Monaten Jänner bis April sank der Verbrauch an festen und flüssigen Brennstoffen um rund 14,5 Prozent. Ebenso war ein Rückgang der Fernwärmelieferungen von den Heizbetrieben-Wien-GesmbH um etwa 15 Prozent zu verzeichnen. Die Entsorgungsbetriebe Simmering hingegen wiesen mit einem Gesamtverbrauch von 20.170 Tonnen Heizöl schwer und mit 524.418 Litern Ofenheizöl einen um 25 Prozent größeren Verbrauch auf. Die Preise bei den festen Brennstoffen blieben ebenso wie bei Heizöl leicht, Heizöl mittel und Ofenheizöl infolge der um rund 10 Prozent gesunkenen Zustellungskosten unverändert. Lediglich der Preis von Heizöl schwer stieg innerhalb des abgelaufenen Jahres um 9,85 Prozent. An Brennstoffmengen wurden 1,305.956 Liter Ofenheizöl, 61.946 Tonnen Heizöl schwer, mittel, leicht und STI ausgeliefert, ferner 4.860 Tonnen Hüttenkoks, 217 Tonnen Rekord-Briketts, 145 Tonnen polnische Steinkohle, 137 Tonnen Inlandsbraunkohle, 60 Tonnen Brennholz, 20 Tonnen Sägespäne, 8 Tonnen Schmiedekohle und 18 Tonnen Unterzünder. Der Aufwand betrug hiefür 283,949.000 S. Für Fernwärmelieferungen der Heizbetriebe-Wien-GesmbH an diverse Amtsstellen wurden rund 17,480.000 S bezahlt.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung mit Einrichtungsgegenständen in den einzelnen Dienststellen sowie in Krankenanstalten und Pflegeheimen wurde fortgesetzt. Im Rathaus mußten nach der Gemeinderatswahl und den damit zusammenhängenden neuen Ressortaufteilungen Umbauten sowie Neueinrichtungen von Repräsentations-, Amts- und Büroräumen durchgeführt werden. Die Abteilung für Stadtstrukturplanung übersiedelte in das Amtshaus 1, Rathausstraße 14—16, wobei die Magistratsdirektion-Baudirektion einen Teil der ehemaligen Räumlichkeiten übernahm. Ein Großteil der vorhandenen Einrichtungen war überaltet und reparaturbedürftig und wurde ausgeschieden oder erneuert. Nach baulichen Renovierungen wurden auch Bezirksvorstehungen und Wohnungsberatungszentren mit entsprechendem Mobiliar versorgt, wobei die Beratung über die optimale Raumnützung unter Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte oft das Hauptproblem war. Auf die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde ebenfalls Bedacht genommen, außerdem waren die Kindertagesheime in 2, Engerthstraße 249—253, in 21, Prager Straße 92, und 16, Roterdstraße 12—14, neu einzurichten. Reparaturen fielen ebenfalls wieder an und wurden fast ausschließlich von der Tischlerei der Abteilung ausgeführt. Neu auszustatten war das Institut für Sozialtherapie und Scheidungsberatung in 9, Sobieskigasse 31. In den übrigen Jugendämtern und Mutterberatungsstellen wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Besondere Schwierigkeiten machte die Ausstattung der Heime für Kinder und Jugendliche, da die verantwortlichen Psychologen immer Wert auf familiengerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Für das Sozialamt waren einige Außenstellen unter denselben Gesichtspunkten einzurichten. Außerdem wurde das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs überholt oder erneuert. Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, die ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich auf Grund von Empfehlungen des Kontrollamtes immer öfter beraten und müssen auch die Rechnung zur Prüfung des angemessenen Preises vorlegen. Das bedeutet einen erheblichen Aufwand, der von den betreuten Institutionen aber geschätzt wird, da die Abteilung bei der Anschaffung ihre Vorteile nützen kann und dadurch oft wesentliche Einsparungen macht. In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Bildung und außerschulische Jugendbetreuung wurde die Bücherei in 10, Troststraße 45,

geplant und ausgestattet. Für die Einrichtung des ersten und zweiten Bauabschnittes im Haus der Begegnung Brigittenau standen etwa 6,3 Millionen Schilling zur Verfügung.

In den Objekten des Gesundheitsamtes mußten zahlreiche Reparaturarbeiten durchgeführt werden, die von den Werkstätten der Abteilung ausgeführt wurden. Die Neuausstattung der Jugendzahnklinik für den 10. Bezirk und eines Labors der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt standen ebenfalls auf dem Programm. Im Bereich des Anstaltenamtes waren durch Änderung der Organisationsform zahlreiche Verwaltungs- und Büroräume neu einzurichten bzw. deren Ausstattung zu ergänzen. In den einzelnen Anstalten wurden zahlreiche Sitzmöbel ausgetauscht, Büroausstattungen erneuert und ergänzt. Im Allgemeinen Krankenhaus wurde die Inneneinrichtung eines Teiles der Räume im Schwesternwohnhaus renoviert. Die Belieferung des Wilhelminenspitals, des Pulmologischen Zentrums und des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgarten sowie der Pflegeheime Lainz, Baumgarten und Liesing mit Schrankwänden zur Teilung von Pflegezimmern sowie mit Garderobeschränken für das Personal war ebenfalls durchzuführen. In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für städtischen Wohnhausbau waren auf Grund des Postgesetzes Hausbrieffachanlagen im Werte von rund 320.000 S anzuschaffen und zu montieren. Ferner wurden städtische Wohnhausanlagen mit verglasten Anschlagsvitrinen für Mieternamen und amtliche Ankündigungen ausgestattet. 1983 mußten hiefür 1,478.900 S aufgewendet werden. Eine Reihe von technischen Abteilungen, wie z. B. die MA 27, 29, 32, 34, 35, 36, 37 und 46, erhielten zusätzlich Personal und Räumlichkeiten, wurden neu organisiert bzw. gründeten neue Gruppen, für deren Ausstattung zu sorgen war. Für die Magistratsabteilung für städtischen Wohnhausbau, für Erhaltung städtischer Wohnhäuser, für das Stadtgartenamt und für die Magistratsabteilung für Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude wurden etwa 1.850 Gartenbänke gekauft und ausgeliefert. Veraltete Einrichtungen in den Dienststellen der Straßenreinigung wurden zum Teil ausgetauscht und erneuert. Die Wiener Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für städtische Schulverwaltung mit dem notwendigen Mobiliar unter besonderer Bedachtnahme auf die ÖNORM A 1650, die körpergerechte Schulmöbel empfiehlt, versorgt. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von 12,021.750 S vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel auszuschreiben und nach Begutachtung durch Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen. Anläßlich der Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl waren die Wahllokale, in denen insgesamt 2.756 Sprengel untergebracht waren, mit Tischen, Sesseln, Wahlzellen und Wahlurnen zu versorgen. Auch der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte waren zu veranlassen. Die Preiserhöhungen hielten sich in dem Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgegeben war: So stiegen die Preise für Holzmöbel um rund 3,5 Prozent, für Metallmöbel um 2,2 Prozent.

Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden (ohne Schulbedarf) 71,107.665 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6,824.420 S. Für die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln wurden 24,842.671 S ausgegeben, für die Reparaturen von Schulmöbeln und Lehrmitteln 12,021.748 S. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 5,408.785 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit B a u s t o f f e n aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. So wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 592.840 Tonnen beschafft, wofür 230,445.701 S erforderlich waren. Insgesamt wurden 841 Anträge gestellt und 12.655 Rechnungen erledigt. Die angeschafften Materialmengen setzen sich wie folgt zusammen:

	Tonnen	Schilling
Kalk, Sand, Stahl, Steinzeug, Beton- und Eisenwaren	89.846,65	87,302.746
Zement, Ziegel, Granitmaterial, Schotter, chemische Produkte, Holzwaren	502.992,89	143,142.995
Nach Bedarfsträgern gegliedert, entfielen auf:		
Nutzbauten	540,16	8,146.013
Wohnhausbauten	16.482,93	47,066.842
Kultur-, Schul- und Sportwesen	677,98	10,732.695
Straßenbau	112.937,13	33.915.039
Brückenbau	18,18	500.425
Kanalisation	39.383,28	15,240.992
Wasserwerke	166.302,11	19,917.252
Stadtreinigung und Fuhrpark	53.982,27	8,236.412
Wasserbau	128.203,76	26,675.742
Sonstige Abteilungen	24.640,40	23,351.798
Wiener Stadtwerke	496,87	1,111.430
Sonstige Unternehmen	49.174,47	35,551.061

Preiserhöhungen, die von der Paritätischen Kommission genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden.

Von den Be- und Entladearbeitern des Lagerplatzes in 3, Erdberger Lände 90, wurden 3.902 Tonnen Natursteinmaterial umgeschlagen, Hauptabnehmer war die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau. Das gelieferte Material wurde auf Qualität und Menge überprüft, sortiert, gelagert und inventarisiert. Der Ausschreibung nicht entsprechende Materialien wurden nicht übernommen, sondern wieder zurückgeschickt.

Der Städtischen Bäckerei obliegt die Versorgung der Städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime und einiger Penionistenheime mit Brot und Gebäck. Im Jahre 1983 wurden insgesamt 1,452.556 kg Backwaren erzeugt, und zwar an Schwarz- und Weißbrot 879.740 kg, an Gebäck, schwarz und weiß, 417.956 kg sowie an Milchgebäck 154.861 kg. Hiebei wurde ein Umsatz von 28,979.773 S erzielt. Auf Grund der Mehlpreiserhöhung ab 1. August 1983 um rund 5 Prozent und der mit gleichem Zeitpunkt wirksam gewordenen Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie mußten die Backwarenpreise neu kalkuliert werden. Die neuen Preise sind mit 1. September 1983 in Kraft getreten.

Für die Mischhalle wurde ein Spiralkneter mit einstellbarem, automatisch ablaufendem Programm samt Reserveschale gekauft. Weiters wurden 200 Transportkisten aus Kunststoff angeschafft. Die Fassade der Städtischen Bäckerei wurde restauriert; neue Außenfenster mußten eingesetzt werden.

An Rohmaterialien wurden unter anderem 657.841 kg Mehl W 700, 172.533 kg Mehl R 960, 111.986 kg Mehl W 1600, 28.568 kg Hefe, 18.550 kg Speisesalz und 10.441 kg Back-Aroma-Sauer verbraucht.

Sämtliche Objekte des Zentrallagers wurden untereinander brandgeschützt getrennt. Im Verwaltungsgebäude konnte das gesamte Stiegenhaus als geschlossener Brandabschnitt ausgebildet werden. Das Hofareal wird ab 1983 während der Nachtstunden durch eine neu installierte Scheinwerferanlage ausgeleuchtet und läßt sich dadurch auch leichter überwachen. Die denkmalgeschützte Fassade in der Hasnerstraße 123 (Objekt 2) konnte im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt komplett saniert werden; sie zeigt die Ansicht des Ersten Wiener Consumvereins zu Beginn unseres Jahrhunderts.

Da im Chemielager das Sortiment auf chemische Reinigungsmittel und Waschmittel beschränkt wurde, konnte es durch Rationalisierungsmaßnahmen in das bestehende Wirtschaftslager eingegliedert werden. Papier- und Wirtschaftslager stellen nach Abschluß der bereits 1982 begonnenen Adaptierungsarbeiten nun eine gemeinsame Lagereinheit dar. Der verstärkte Einsatz von Palettenlagerung schaffte vor allem im Möbellager neue freie Lagerflächen, die für andere Waren nun zur Verfügung stehen. Die Reinigung der großen Lagerflächen kann durch einen neuen, elektrisch angetriebenen Reinigungsautomaten problemlos bewältigt werden.

Die Transportarbeiten von Wahlbehelfen für die Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl 1983 wurden erstmals zur Gänze von Bediensteten der Abteilung durchgeführt. So mußten 5.953 Wahlgeräte vor der Wahl in die diversen Wahllokale transportiert und insgesamt 4.141 nach der Wahl in das Zentrallager zurückgeholt werden.

Die Anschaffung einer neuen Handkreissäge, zweier elektrischer Schrauber und diverser Handwerkzeuge schließen die Modernisierung der Handwerkzeugausstattung der Werkstättenbetriebe (Tischlerei, Schlosserei, Anstreicherei) zunächst ab. Der Werkstättenbetrieb konnte 1983 insgesamt 618 Aufträge für die Stadt Wien erledigen. Im Bereich des Papier- und Wirtschaftslagers wurde in mehreren Lagerräumen mit der Erneuerung der Elektroinstallationen begonnen, die den neuesten gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Arbeiten werden 1984 fortgesetzt werden. Blitzschutz und E-Sicherheit wurden überprüft, um den Dienstnehmern optimale Sicherheit zu gewährleisten.

Bildung, Jugend und Familie

Jugendamt

Als Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler nach dem Ersten Weltkrieg das Wiener Jugendhilfswerk einrichtete und damit die öffentliche Erholungsfürsorge auf breiter Basis gründete, stand die gesundheitliche Vorsorge für die Jugend im Vordergrund. Lange Zeit wurde der Erfolg eines Erholungsaufenthaltes mit der Waage gemessen. Erst in den fünfziger Jahren verlor die Ernährungsfrage allmählich ihre vorrangige Bedeutung in der Erholungsfürsorge. Es setzte sich die Überzeugung durch, daß Kinder ebenso ein Recht auf einen jährlichen Erholungsurlaub haben sollten wie Erwachsene, besonders Kinder in der Großstadt, und dies nicht nur aus medizinischen Gründen. Heute sind die pädagogischen Möglichkeiten der Erholung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, und zwar das Erholungsheim als gemeinschaftsbildendes Modell auf Zeit, in dem in entspannter Atmosphäre wichtige soziale Lernerfahrungen gemacht werden, vom „Freundschaften schließen" bis zum „Mitbestimmen" und „gemeinsame Entscheidungen treffen". Vielfach wird von einem neuen „offensiven" Erholungsbegriff gesprochen: Erholung sollte danach nicht mehr nur „reaktiv", sondern „innovativ" und „kreativ" sein. Das Leben im Ferienheim könnte so zu einem Minimodell für das Leben „draußen" entwickelt werden.

Die Freizeitpädagogik im Ferienheim soll den Kindern Hilfestellungen und Hinweise für eine spätere Konfliktbewältigung im Alltag vermitteln. Die Lern- und Erfahrungsfähigkeit der Kinder wird auch durch Kurzzeitprozesse im Erholungsheim intensiv beeinflußt. Innovatives Lernen soll zu verändertem Denken und Handeln anregen. Die Stadt Wien hat nun für die moderne Jugenderholung auch eine neue organisatorische Struktur geschaffen, die es erleichtern soll, die aktuellen Aufgaben zu bewältigen. Die Durchführung der Erholungsfürsorge für den Bereich des Jugendamtes der Stadt Wien gehörte bis zum Jahre 1982 zu den Agenden der Geschäftsstelle des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk", einem Dezernat der Abteilung. Mit 1. Jänner 1983 erfolgte in diesem Bereich eine grundlegende organisatorische und rechtliche Umgestaltung. Gemäß einem Beschluß des Gemeinderates übergab die Geschäftsstelle des Fonds den gesamten Umfang der bisher für das Jugendamt geleisteten Arbeit an den neu konstituierten Verein „Wiener Jugenderholung". Dieser hat mit gleichem Datum nahtlos die Rechtsnachfolge angetreten und führt seither in engster Zusammenarbeit mit dem Jugendamt alle festgelegten Aktivitäten durch. Die Tätigkeit des Jugendamtes in diesem speziellen Teilgebiet der Jugendarbeit hat durch die Umstellung auf Vereinsbasis keine Unterbrechung erfahren. Die „Städtische Erholungsfürsorge" wurde zwar zur „Städtischen Jugenderholung", diese vermittelte aber weiterhin dem Bedarf entsprechend Erholungsaufenthalte für sozial- und erholungsbedürftige Wiener Kinder. Der Kontakt mit den Eltern, die Verpflichtung der Kinder und die Abrechnung der Elternbeiträge wurden wie bisher von den Sozialarbeitern in den zuständigen Bezirksjugendämtern durchgeführt. Der Stellenwert des Kinderurlaubes und die Bedeutung der Jugenderholung in der Sozialarbeit des Jugendamtes blieben damit unverändert erhalten. Lediglich die Durchführung der notwendig erscheinenden Aktionen wurde einem selbständigen Verein übertragen. In einem Vertrag zwischen der Stadt Wien und dem Verein wurden alle Rechte und Pflichten auf Gegenseitigkeit verbindlich festgelegt.

Ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit wird es auch sein, bei der Planung von Erholungsaufenthalten das Kind nicht isoliert zu sehen, sondern als Bestandteil der Familie. Es wird versucht werden, stärker auf Bedürfnisse von Familien einzugehen und auch ganzen Familien vermehrt Angebote zu machen. Schon in diesem Jahr ermöglichte der Verein Wiener Jugenderholung erstmals Sozialpädagogischen Pflegefamilien und Großpflegefamilien Familienurlaube. Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter gestalteten außerdem für Familien mit sozialen Problemen Familienurlaube, die neben dem Erholungseffekt auch Verbesserungen der erzieherischen Situation in den Familien brachten. Auf diesem Weg werden in Zukunft im Interesse der Wiener Jugend und der Wiener Familien noch weitere Initiativen gesetzt werden.

Die Rechtsfürsorge profiliert sich immer mehr als Serviceeinrichtung für die Familie in Rechts- und Unterhaltsfragen und verliert dadurch das Image der traditionellen „Amtsvormundschaft", die vor allem uneheliche Kinder zu vertreten hatte. Immer öfter wenden sich die Eltern um Rat und Hilfe an die Rechtsfürsorge in den Bezirksjugendämtern. Dies wird auch dadurch erleichtert, daß die Referenten praktisch während der gesamten Dienstzeit zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung stehen. Durch das Serviceangebot für alle Familien mit Unterhaltsproblemen, die Kinder betreffen, erhöhte sich die Zahl der von den Bezirksjugendämtern geführten Sachwalterschaften und Kuratelen um 3 Prozent auf 21.297.

Nach der derzeit noch bestehenden Rechtslage wird das zuständige Bezirksjugendamt Amtsvormund der unehelich geborenen Kinder, doch werden die Bezirksjugendämter die Übertragung der Vormundschaft an alle Mütter veranlassen, wenn entsprechende Voraussetzungen gegeben sind. Selbstverständlich unterstützten die Bezirksjugendämter die Mütter bei den Aufgaben der gesetzlichen Vertretung ihrer Kinder, besonders natürlich bei der Einbringung der Unterhaltsbeiträge. Die Zahl der Amtsvormundschaften sank dadurch weiter auf nunmehr 2.760. Auch bei der Erlangung von Unterhaltsvorschüssen erhalten Eltern Unterstützung. Bei 39 Prozent

aller Fälle der Rechtsfürsorge wurde Unterhaltsvorschuß gewährt, insgesamt für 9.380 Kinder. Die Umstellung der Verrechnung der über die Rechtsfürsorge transferierten Unterhaltsbeiträge auf automatische Datenverarbeitung ist bereits so weit fortgeschritten, daß in drei Bezirksjugendämtern bereits teilweise über EDV verrechnet wird.

Erstmals veranstalteten das Jugendamt der Stadt Wien und die Vereinigung österreichischer Richter, Fachgruppe Jugendrichter, am 27. Oktober 1983 im Wiener Rathaus gemeinsam eine Enquete, bei der über „Methoden und Strategien zur Sozialisierung Jugendlicher" diskutiert wurde. Ziel der Enquete war es, zunächst unabhängig von rechtlichen Grundlagen und bestehenden Einrichtungen darüber zu beraten, worauf es ankommt, damit jungen Menschen das Hineinwachsen in unsere Gesellschaft gelingt, auch gefährdeten Jugendlichen möglichst ihre Lebenschancen gesichert werden und ihre Integration in die Gesellschaft nicht behindert wird. An der Enquete nahmen Jugendrichter, Mitarbeiter des Jugendamtes, Vertreter des Justizministeriums, der Jugendgerichtshilfe, der Jugendpolizei und der Bewährungshilfe teil. Durch diese Enquete sollten die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen sozialer Jugendbetreuung und Jugendgerichtsbarkeit verstärkt werden. Die gesetzlichen Grundlagen für diese beiden Bereiche sollen in absehbarer Zeit neu geregelt werden: Jugendamt und Jugendrichter schlugen bei der Enquete vor, daß diese Neuregelungen möglichst gleichzeitig erfolgen und aufeinander abgestimmt werden sollen. Die Tendenz geht dahin, möglichst Beratung, Betreuung und Hilfe vorrangig vor der Bestrafung Jugendlicher einzusetzen.

Im Bereich der Sozialarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien führten die 20 Elternschulen im Kursjahr 1982/83 insgesamt 119 Kurse für werdende Eltern durch. Pro Abend kamen im Durchschnitt 18 Teilnehmer. Erfreulicherweise stieg der Anteil der Männer, die daran teilnahmen, von 29 (1982) auf 32 Prozent.

Neun Sozialarbeiterinnen hielten Kontakt zu den Entbindungskliniken, in denen 1983 16.562 (1982: 17.462) Kinder geboren wurden, von denen 2.509 (1982: 2.407), also 15 Prozent, unehelich waren. Bei 72 Kindern, die die Mütter nach der Geburt nicht selbst versorgen konnten, wirkten die Sozialarbeiter bei der Unterbringung mit. 51 Kinder kamen direkt von der Entbindungsklinik zu Adoptiveltern, 14 zu Pflegeeltern. Die Sozialarbeiter im Verbindungsdienst gaben 7.034 Säuglingsausstattungen und 5.765 Ausstattungen für Kleinkinder aus und informierten dabei die Mütter über die Angebote des Jugendamtes, wie z. B. über Mutterberatung und Beratungsbesuche durch Sozialarbeiter oder Kinderpflegerinnen. Das Jugendamt gab in diesem Jahr erstmals die geschlechtsspezifische Gestaltung der Ausstattungspakete (Mädchen rosa, Buben blau) auf und gibt nunmehr nur eine „neutrale" Pakettype aus.

Die Sozialarbeiter betreuten in den Entbindungskliniken insgesamt 4.689 Wöchnerinnen bzw. deren Angehörige bei sozialen oder familiären Problemen. Dabei machten sie 60 Hausbesuche. Mit 350 Müttern nahmen die Sozialarbeiter bereits während der Schwangerschaft Kontakt auf, nachdem sie von den Schwangerenambulanzen auf die bei diesen Frauen bestehenden sozialen Probleme aufmerkam gemacht worden waren.

Die Sozialarbeiter hielten auch Kontakt zu den Kinderspitälern. Mit 1.141 Kindern bzw. deren Angehörigen befaßten sie sich näher. Darunter waren 30 Kinder, die nach einer Mißhandlung oder einem Unfall ins Spital aufgenommen worden waren. Bei 21 Kindern, die nach der Spitalsbehandlung nicht mehr zu ihren Eltern zurückkehren konnten, veranlaßten die Sozialarbeiter eine Unterbringung in einer Pflegefamilie oder einem Heim.

Die 60 Mutterberatungsstellen betreuten an 3.418 Beratungstagen insgesamt 70.314 Kinder, pro Beratungstag also im Durchschnitt 21 Kinder. 24 Prozent davon waren 1983 geboren worden. Eine neue Mutterberatungsstelle konnte in 2, Engerthstraße, im Rahmen eines Familienzentrums in Betrieb genommen werden. Die Bezirksjugendämter überreichten den Eltern erstgeborener Kinder 6.598 Elternfibeln I und 5.385 Elternfibeln II. Sozialarbeiter führten auf Wunsch der Eltern 1.340 Beratungsbesuche nach der Geburt eines Kindes durch.

Die Zahl der Kinderpflegerinnen, die eine wichtige prophylaktische Arbeit verrichten, wurde von zehn auf zwölf erhöht. Sie kommen nun regional von den Bezirken aus zum Einsatz. Kinderpflegerinnen wirken in Mutterberatungsstellen mit und besuchen auf Wunsch auch Mütter und Väter in der Wohnung, um sie in Fragen der Ernährung und Pflege von Säuglingen mit praktischen Unterweisungen zu beraten. Insgesamt wurden 3.444 solcher Hausbesuche durchgeführt; es handelte sich dabei um 172 Beratungsbesuche nach der Geburt eines Kindes, die übrigen ergaben sich aus Beratungen in den Mutterberatungsstellen bzw. auf Ersuchen der Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern.

Die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern betreuten zum Jahresende insgesamt 11.962 Kinder, Jugendliche bzw. Familien. Die meisten Betreuungen sind im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten möglich. Die Zahl der Erziehungshilfen auf Grund eines Gerichtsbeschlusses sank gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent und betrug zum Jahresende 1.406. Die Maßnahme der sogenannten „Fürsorgeerziehung" betraf nur noch drei Kinder bzw. Jugendliche. Sozialarbeiter hatten in 1.488 Fällen Stellungnahmen in einem Pflegschaftsverfahren und in 1.673 Fällen eine solche in Strafverfahren an die zuständigen Gerichte abzugeben.

Die Zahl der Anträge um Unterstützungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz stieg weiter an, und zwar um

10,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 30.036. Aus Stiftungsmitteln erhielten überdies 114 Kinder und 41 Jugendliche Unterstützungen.

Im Juni 1983 begann ein neuer Abschnitt in der Kooperation von Jugendamt und Schule in Wien: In Floridsdorf fand das erste regionale Koordinationsgespräch statt, an dem Vertreter des Jugendamtes, der Schulbehörden, der Beratungsstellen des Bezirkes und der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters teilnahmen. In der Folge wurde mit solchen regelmäßig stattfindenden Koordinationsgesprächen in zwei weiteren Bezirken begonnen. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß sich diese regionalen Teambesprechungen sehr gut bewähren. Es gelingt dadurch, bei Schulschwierigkeiten alle bestehenden Hilfs- und Förderungsmöglichkeiten, ganz gleich, von wem sie angeboten werden, besser zu nützen, um möglichst allen Schülern gute Bildungschancen zu geben und Maßnahmen wie Bestrafung beim Schulschwänzen, Schulausschluß oder Heimunterbringungen zu vermeiden. Die Einführung der Regionalschulgespräche ist ein Ergebnis der Arbeit einer Kommission, die im Anschluß an die Enquete „Schulverweigerung als gesellschaftliches Problem" eingesetzt wurde. Weiters plant die Kommission, Informationsunterlagen für Lehrer und Eltern über die psychologischen und sozialen Hintergründe von Schulproblemen und die möglichen Hilfestellungen auszuarbeiten.

Die Stadt Wien ist besonders bestrebt, zur Verbesserung der sozialen und pädagogischen Situation von Familien in Neubesiedlungsgebieten Angebote zu machen. Das Modellprojekt „Rennbahnweg", in dem versucht wird, unter Einbeziehung aller privaten und öffentlichen Einrichtungen ein vielfältiges und gut abgestimmtes Freizeit- und Sozialangebot für ein Neubesiedlungsgebiet am Stadtrand zu erstellen, wurde weiter fortgeführt. Außerdem sind seit Jänner 1983 fünf Sozialarbeiter zusätzlich in Neubesiedlungsgebieten im 10., 12., 21., 22. und 23. Bezirk tätig, um die soziale Betreuung zu intensivieren. Im Rahmen des Projektes „Rennbahnweg" wurden bereits Verbesserungen für die Bewohner in Form von Spielplatzbetreuung, Spielbus, „Fahrt zum Spiel", Festen, Wettbewerben, Tischtennistischen, verbesserten Hilfen durch Sozialarbeiter des Bezirksjugendamtes, einer neuen Sozialpädagogischen Beratungsstelle des Jugendamtes, einer Familienberatungsstelle der Wiener Kinderfreunde, einer Litfaßsäule für Bewohner, eines Jugendhauses der Pfarre St. Christoph und eines Schulpavillons für Gruppentreffen vorgenommen. Im Rahmen des Projektes wurde auch eine Befragung der Bewohner durchgeführt, die interessante Ergebnisse brachte: 87 Prozent der befragten Familien erklären, den Wohnungswechsel in die Rennbahnsiedlung als Verbesserung ihrer Wohnsituation erlebt zu haben. Es hat auch interessiert, worüber sich die Bewohner der Siedlung aufregen und was aus ihrer Sicht als echt empfundene Mißstände anzusehen sind. Die Probleme liegen deutlich primär im zwischenmenschlichen Bereich. Interaktion ist sichtlich bedeutsamer als die oftmals als Hauptproblemstellung angesehene Baustruktur. Nur 4,3 Prozent beklagten die Bauweise der Siedlung, während „Schmutz" 23,4 Prozent und „aggressive Bewohner" 19,1 Prozent als störend ansahen. 19,1 Prozent gaben auf die Frage, was regt Sie in der Siedlung auf, „nichts" zur Antwort. 53 Prozent der Befragten äußerten ihre Bereitschaft, aktiv an Verbesserungen mitwirken zu wollen, was bedeutet, daß hier eindeutig eine wichtige potentielle Mitarbeitergruppe vorhanden ist, die in die Weiterarbeit einbezogen werden kann.

Im 22. Bezirk hielten Sozialarbeiter eigene Kindersprechstunden in 22, Kaisermühlen, Schüttaustraße, und in Kagran, Lenkgasse 5—7, ab. Erstmals wird seit Oktober 1983 auch im 18. Bezirk, Scherffenberggasse 5, eine Kindersprechstunde abgehalten.

Die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern bearbeiteten 94 Meldungen über K i n d e s m i ß h a n d l u n g e n. Diese betrafen 3 Säuglinge, 26 Kleinkinder, 54 Schulkinder und 11 Jugendliche. In einem Fall war es zu tödlichen Verletzungen gekommen; 6 Mißhandlungen wurden als schwer, 23 als mittelschwer, 51 als leicht beurteilt. In fünf Fällen konnte festgestellt werden, daß keine Mißhandlung vorlag. Acht Fälle blieben ungeklärt. 22 Kinder bzw. Jugendliche mußten in ein Heim aufgenommen werden, in vier Fällen wurde für Mutter und Kind eine Krisenwohnung zur Verfügung gestellt, in zwei Fällen zogen Mutter und Kind in das Frauenhaus, in einem Fall wurde eine Spitalsunterbringung veranlaßt. Bei den meisten übrigen Fällen kam es in der Folge zu Beratungen und Betreuungen der Kinder und Eltern.

In drei Orten der Steiermark, und zwar in Laßnitztal, Strallegg und Turnau, wurden von Sozialarbeitern der Bezirksjugendämter Urlaubsaufenthalte mit finanziell und sozial bedürftigen Wiener Familien organisiert. Die Kinderbetreuung während des Aufenthaltes erfolgte vorwiegend durch eine pädagogische Fachkraft. Den erwachsenen Familienangehörigen widmeten sich Sozialarbeiter, die in gelöster Urlaubsatmosphäre Familienprobleme aufzuarbeiten versuchten. Zielsetzung war, durch soziale Gruppenarbeit eine Stärkung der Erziehungskapazität der Familien zu erreichen. Durch den unmittelbaren Einblick in die Familiensituation war es den Sozialarbeitern möglich, eventuell vorhandene Spannungen innerhalb der Familie zu verringern und damit das Familienklima positiv zu beeinflussen. Eine weitere Erholungsaktion wurde in Mautern in Niederösterreich in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Internen Kinderabteilung mit Psychosomatik im Wilhelminenspital, Herrn Primarius Dr. *Zimprich,* durchgeführt. Während zweier Urlaubswochen betreuten unter Anleitung des Arztes Sozialarbeiter, Pfleger und Studenten Familien, in denen psychosomatische Störungen auftreten bzw. die psychosomatisch gefährdet sind.

Für Kinder aus den Familienherbergen Gänsbachergasse und Kastanienallee veranstalteten Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter insgesamt 10 Erholungsaktionen, die vom Verein Wiener Jugenderholung finanziert wurden. Die Aktionen fanden entweder auf einem Bauernhof, in der Pension oder in Form eines Zeltlagers statt.

Der von ehrenamtlich wirkenden Mitarbeitern getragene Verein „Chance für das Kind" hat mit Hilfe vieler Spender einen Bauernhof in Eschenau, Niederösterreich, vor allem für Kinder aus Familienherbergen adaptiert und erhielt dafür 1983 auch den „Leopold-Gratz-Preis". Mehrere der Erholungsaktionen fanden auf diesem Bauernhof statt.

Im Rahmen der Anglo-Austrian-Society wurde im Sommer für 15 vom Jugendamt betreute Kinder ein Englandaufenthalt ermöglicht. Die Kinder wurden bei Gasteltern untergebracht und konnten ihre Sprachkenntnisse vertiefen.

Für Schulkinder, Jugendliche, Eltern und Pflegeeltern koordinierten Sozialarbeiter 34 Gruppen. Es kam dabei die Methode der Sozialen Gruppenarbeit zur Anwendung, bei der die Förderung der Eigenaktivität, des zwischenmenschlichen Kontaktes und des gemeinsamen Problemlösens im Vordergrund steht. 27 Sozialarbeiter und 16 Erzieher betreuten im Rahmen der ehrenamtlichen Intensivbetreuung 39 Burschen und 27 Mädchen einerseits, um ihnen bei Eingewöhnungsschwierigkeiten nach einem Heimaufenthalt zu helfen, andererseits, um bestehende soziale Probleme oder Verhaltensschwierigkeiten ohne Heimaufenthalt zu überwinden. Außerdem stehen sechs Sozialarbeiter hauptberuflich als Intensivbetreuer zur Verfügung, die im Durchschnitt je 15 Kinder bzw. Jugendliche betreuen und auch die Krisenhilfe für Mütter durchführen.

Um Säuglinge und Kleinkinder in Krisensituationen nicht von ihrer Mutter trennen zu müssen, hat das Jugendamt der Stadt Wien diese umfassende Krisenhilfe eingerichtet. Wenn Mütter von Säuglingen oder Kleinkindern plötzlich ohne Existenzgrundlage dastehen, weil eine Partnerschaft mit großen Konflikten zu Ende geht oder es plötzlich Zerwürfnisse mit den eigenen Eltern gibt, stellt das Jugendamt eine vorübergehende Unterkunft zur Verfügung. Außerdem betreuen Sozialarbeiter die Mütter und unterstützen sie dabei, sich selbständig eine Existenz aufzubauen. 1983 konnte die Zahl der Krisenunterkünfte von elf auf 15 erhöht werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß es durch die umfassende Hilfe gelingt, einen verhängnisvollen Kreislauf zu durchbrechen: Oft kommen die Mütter aus schwierigen familiären Verhältnissen, und ohne die angebotene Krisenhilfe würde auch ihren Kindern ein ähnliches Schicksal bevorstehen. Durch die Krisenhilfe gelingt es oft, eine sonst früher oder später notwendige Heimunterbringung der Kinder zu vermeiden und die Bindung zwischen Mutter und Kind zu festigen und stärken.

In den eineinhalb Jahren war es möglich, 34 Müttern auf diese Weise zu helfen. Die unmittelbare Ursache für die Notlage der Mütter ist in vielen Fällen ein Konflikt mit dem Lebensgefährten, der die Frau mit dem Kind auf die Straße setzt, oder es kommt auch vor, daß die Mütter vor Drohungen und Schlägen flüchten. Seltener kommt es bei jungen Müttern zu Auseinandersetzungen mit den Eltern, worauf ein Zusammenleben in den meist beengten Wohnverhältnissen nicht mehr möglich ist.

Ein Intensivbetreuer hielt Kontakt zur Notschlafstelle der Bewährungshilfe. Arbeitslose oder obdachlose Jugendliche können in der Notschlafstelle drei Wochen bleiben und werden von Mitarbeitern, die zum Teil ehrenamtlich mitwirken, betreut. Diese Hilfestellungen konnten in vielen Fällen ein Abgleiten in die Kriminalität verhindern. Die Notschlafstelle nahm 1983 168 Jugendliche auf, für die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter die weitere Versorgung bzw. Betreuung übernahmen.

In der Jugendberufshilfe lag der Schwerpunkt der Arbeit darauf, gefährdete Arbeitsplätze durch Interventionen zu sichern und Lehrstellen auf Grund der bestehenden Kontakte zu den Firmen zu finden. Weiters versuchten die fünf Sozialarbeiter der Jugendberufshilfe, Lehrlingen bei sozialen oder familiären Problemen durch therapeutisch orientierte Gespräche zu helfen. Sie arbeiteten außerdem in einem multiprofessionellen Team mit, dem neben den Sozialarbeitern die Schulberater, Psychologen des Schulpsychologischen Dienstes, ein Psychiater, ein Logopäde und Vertreter des Arbeitsamtes für Jugendliche angehörten.

Weiters wurden in besonderen Notlagen auch finanzielle Unterstützungen gewährt. Im Durchschnitt erhielten monatlich vier Jugendliche einmalige finanzielle Zuwendungen von 1.000 S und 79 Jugendliche laufende Lehrlingsbeihilfen im Ausmaß von 400 S monatlich. Auf Antrag der Bezirksjugendämter gab die Jugendberufshilfe auch Bekleidung an Lehrlinge im Wert von insgesamt 419.195 S aus.

Im Rahmen des Wohnungsreferates des Jugendamtes hielt ein Sozialarbeiter Kontakt zum Wohnungsamt. Für 405 von Sozialarbeitern der Bezirksjugendämter betreute Familien oder für Jugendliche, die aus den Heimen des Jugendamtes entlassen worden waren, konnte auf Grund der sozialen Bedürftigkeit bevorzugt die Zuweisung einer Wohnung erreicht werden. 294 kamen in Althäusern unter, 111 in Neubauten. Es gelang 1983, die zugewiesene Wohnung den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Klienten anzupassen, und zwar was die Größe, Lage, Ausstattung und Mietkosten der Wohnung betraf. 23 Wohnungsbeihilfeanträge übernahm das Wohnungsreferat zur Weiterleitung an das Wohnungsamt. Es konnte erreicht werden, daß bei der Wohnbeihilfenberechnung erhaltene Unterhaltszahlungen unberücksichtigt bleiben.

Die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter erhielten die Verständigung über 322 Räumungsklagen und über 282 Anträge auf zwangsweise Räumung, damit sie eventuell Hilfsmaßnahmen ergreifen konnten. Auch 1983

wurde mit Einsetzen der Heizperiode von den Wiener Heizbetrieben wieder die Heizkostenrückstandsliste übersandt. In einer Reihe von Gesprächen mit der „Heizbetriebe Wien-GesmbH" wurde neuerlich versucht, Interesse und Verständnis für Familien mit Kindern zu wecken, wobei ein gewisses Verständnis für soziale Probleme festgestellt werden konnte.

Ein Sozialarbeiter ist mit dem Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien betraut und übermittelte 1.647 Verständigungen von Strafverfahren an die Bezirksjugendämter. Diese gaben in 272 Fällen eine schriftliche Stellungnahme ab, wobei wie bisher in rund 50 Prozent der Fälle Bewährungshilfe vorgeschlagen und zum Großteil in der Hauptverhandlung auch ausgesprochen wurde. Vereinzelt wurde Intensivbetreuung im Rahmen des Jugendamtes angeboten oder Heimunterbringung sowohl im Rahmen des Jugendamtes als auch bei bereits bestehender Bewährungshilfe in einem Heim der Bewährungshilfe vorgeschlagen.

Im Jahre 1983 wurden 815 Kinder bzw. Jugendliche in Heime der Stadt Wien aufgenommen, 203 kamen direkt zu Pflegeeltern. Bei den Aufnahmegründen überwog weitaus der Erziehungsnotstand vor Krankheit oder Haft der Pflegeperson, Obdachlosigkeit, gesundheitlicher Gefährdung, körperlichen oder geistigen Gebrechen. 1.146 Kinder bzw. Jugendliche wurden aus der Gemeindepflege entlassen oder erreichten die Fähigkeit, sich selbst zu erhalten. Zum Jahresende befanden sich 1.824 Kinder bzw. Jugendliche in Heimen und 2.305 Kinder bzw. Jugendliche bei Pflegeeltern. Von den 2.305 Kindern befanden sich 984 bei Pflegefamilien in Wien und 1.321 Kinder bei Pflegefamilien in den Bundesländern. In Wien gab es Ende 1983 686 Pflegefamilien, wovon 369 in einem Verwandtschaftsverhältnis zu dem Kind standen, jedoch wegen sozialer Bedürftigkeit ein Pflegegeld von der Stadt Wien bekamen. In den Bundesländern waren es 823 Pflegefamilien, von denen 15 mit den aufgenommenen Wiener Kindern verwandt waren.

In Wien sind 22 Großpflegefamilien tätig und betreuen insgesamt 81 Kinder. In den Bundesländern sind 47 Großpflegefamilien eingesetzt, die insgesamt 209 Kinder betreuten. Großpflegefamilien werden auch in Hinkunft in erster Linie für die Unterbringung von Geschwistern herangezogen. In Wien waren Ende 1983 vier Sozialpädagogische Pflegefamilien tätig und betreuten insgesamt 9 Kinder.

Im Wiener Bereich betreuten 10 Familien insgesamt 10 Kinder in Form einer deklarierten vorübergehenden Pflege (Passagere Pflegefamilien). In den Bundesländern gab es vier Familien, in denen insgesamt 7 Kinder passager untergebracht waren.

Insgesamt kamen im Jahr 1983 355 Kinder neu zu Pflegefamilien, wovon 267 direkt in die Pflegefamilie kamen ohne Zwischenaufenthalt in einem Heim. Diese Direktvermittlungen erforderten eingehende Vorbereitungsarbeit in kurzer Zeit.

Für 347 Kinder bzw. Jugendliche endeten 1983 die Pflegeverhältnisse: 135 wurden selbsterhaltungsfähig, 22 wurden adoptiert, 102 kamen in ihre eigene Familie zurück, 20 mußten die Pflegefamilien wechseln, 44 kamen in ein Heim, bei 24 waren sonstige Gründe maßgebend (z. B. Übersiedlung).

Im Wiener Bereich sind 6 Gruppen für Pflegeeltern eingerichtet, und zwar in den Bezirken 9, 11, 12, 21 und 22, eine Gruppe besteht für Sozialpädagogische Familien im 9. Bezirk. Die Pflegeelterngruppen, die für bereits als Pflegeeltern tätige Familien und auch für Bewerber offenstehen sowie zum Teil Betreuung für die Kinder anbieten, sind durchwegs stark frequentiert.

Seit Jänner 1983 gibt es für Pflegefamilien eine eigene Beratungsstelle, in der in Pflegefamilienfragen erfahrene Sozialarbeiter, Psychologen und Psychiater Rat und Hilfe anbieten. Das Jugendamt der Stadt Wien unterstrich mit der Errichtung einer eigenen Beratungsstelle die gestiegene Bedeutung der Pflegefamilien in der Sozialarbeit.

Eine weitere Aktion zur Unterstützung von Pflegefamilien wurde 1983 gestartet: die Aktion „Familienurlaub". Familien, die vier und mehr Pflegekinder betreuen, also den sogenannten Großpflegefamilien, und den Sozialpädagogischen Pflegefamilien ermöglicht das Jugendamt der Stadt Wien zusammen mit dem Verein Wiener Jugenderholung einen erholsamen Familienurlaub von 14 Tagen: Den Familien werden die Fahrtkosten für ihre Kinder ersetzt, außerdem erhalten sie pro Kind und Tag einen Zuschuß zu den Urlaubskosten.

Das Pflegegeld, das die Familien für jedes Pflegekind erhalten, wurde ab Mai 1983 auf 2.600 S erhöht, Großpflegefamilien, die einen größeren Haushalt führen müssen und dadurch Mehrkosten haben, bekommen 3.000 S. Das Pflegegeld wird vierzehnmal ausbezahlt, außerdem noch zwei Bekleidungsbeiträge in der Höhe eines Pflegegeldes. Die Erziehung von Kindern in Pflegefamilien statt in Heimen spielt in Wien eine immer größere Rolle. Wenn Säuglinge oder Kleinkinder untergebracht werden müssen, dann werden sie möglichst nur noch zu Pflegefamilien gegeben, außer eine schwere Behinderung macht dies unmöglich.

Das Jugendamt der Stadt Wien veranstaltete 1983 auch ein Expertengespräch über Sozialpädagogische Pflegefamilien, an dem Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen, Juristen sowie Pflegeeltern und Vertreter von Pflegeelternvereinigungen teilnahmen. Die bestehenden Modelle dieser modernen Form sozialpädagogischer Betreuung in Graz, Innsbruck und Wien wurden vorgestellt und diskutiert. Das Ergebnis dieses Gespräches besteht darin, daß das Jugendamt der Stadt Wien die Förderung Sozialpädagogischer Pflegefamilien verstärken sowie versuchen wird, mehr Pflegefamilien für diese Aufgabe zu gewinnen. Sozialpädagogische Pflegefamilien

Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (Amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend und Familie) eröffnet ein neues städtisches Kindertagesheim in der Wohnhausanlage Wiener Flur im 23. Bezirk

Jugendamt

Das neue Kindertagesheim im 22. Bezirk, Kalmusgasse 57, bietet 36 Krippenkindern und 75 Kindergartenkindern in fünf Gruppen Platz

Bürgermeister Leopold Gratz und Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner beim „Osterspaß am Rathausplatz"

Jugend und Bildung

Eine neue städtische Bücherei wurde im 12. Bezirk, Am Schöpfwerk 29, eröffnet

bieten Kindern, die bisher auf Grund ihrer Behinderung, ihrer Erziehungsschwierigkeit oder wegen außergewöhnlicher Probleme im Verhältnis zu den leiblichen Eltern nur in Institutionen von professionellen Sozialpädagogen betreut werden konnten, die Vorteile einer Familienerziehung. Sozialpädagogische Pflegefamilien vereinen sozialpädagogische Arbeit mit den Vorteilen der Familienerziehung. Die Sozialpädagogischen Pflegeeltern haben eine Ausbildung im Bereich Sozialarbeit bzw. Pädagogik oder längere Erfahrung als Pflegeeltern, oder sie haben sich für diese schwierige Aufgabe besonders qualifiziert. Durch die Sozialpädagogischen Pflegefamilien soll der Kreis der Kinder, vor allem auch im Schulalter, denen durch Familienerziehung und besondere therapeutische Betreuung die Chance für eine gute Integration in die Gesellschaft gewährt wird, erweitert werden. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, konnten trotz großer Schwierigkeiten und Belastungen die Sozialpädagogischen Pflegefamilien sehr gute Erfolge erzielen. Zur Information der Pflegeeltern erschienen 1983 drei Ausgaben des Pflegeelternbriefes, weiters eine Sonderausgabe mit Informationen für Bewerber um eine Pflegebewilligung, die in den Bezirksjugendämtern aufliegt.

Die Adoptionsstelle vermittelte 78 Kinder zu Adoptiveltern (1982: 86). Dabei handelte es sich um 75 Säuglinge und 3 Kleinkinder. Von den 75 Säuglingen kamen 44 direkt aus Geburtskliniken, 17 aus Frühgeburtenabteilungen beziehungsweise Kinderspitälern, 1 aus passagerer Pflege, 1 von den Eltern direkt und 1 aus dem Säuglingsheim Lainzer Straße. Von den drei Kleinkindern hatten sich zwei ausländische Kinder wegen massiver rechtlicher Probleme in Heimpflege befunden, ein Mädchen war nach einer Pflegerückstellung zur Beobachtung im Zentralkinderheim, von dem es zu Adoptiveltern in unentgeltliche Pflege gegeben werden konnte.

Im Laufe des Jahres 1983 waren 122 neue Adoptionswerber in Vormerkung genommen worden, so daß bei Jahreswechsel die Zahl der vorgemerkten Ehepaare 298 betrug. Die durchschnittliche Wartezeit von zwei bis drei Jahren gilt weiterhin für durchschnittlich belastbare Adoptionswerber unter 35 Jahren. Die im Interesse der Kinder meist schnell durchgeführten Direktvermittlungen brachten eine Zunahme von Widerrufen der Adoptionsfreigabe mit sich. Erstmals innerhalb eines Jahres wurden zwei Kinder tatsächlich von Adoptiveltern den Angehörigen zurückgegeben.

Großes Interesse fand in Fachkreisen die vom Jugendamt der Stadt Wien und vom Institut für Ehe- und Familientherapie am 19. Mai 1983 veranstaltete Enquete „Systemische Familientherapie", da es erstmals in Wien diese neue erfolgreiche Therapieform einem größeren Teilnehmerkreis vorstellte. Der völlig neuartige Ansatz dieser Therapie, der viele Therapeuten zu einem Umdenken veranlaßt, kam auch im Titel des Hauptreferates des Schweizer Familientherapeuten Dr. Gottlieb *Guntern* zum Ausdruck: „Systemtherapie — ein neues Welt- und Menschenbild und eine neue Therapie." Mitarbeiter des Wiener Institutes für Ehe- und Familientherapie gestalteten das weitere Programm mit dem Titel „Was ist anders an der systemischen Familientherapie?". Die systemische Familientherapie konzentriert sich auf die gegenwärtige Situation in der Familie und ihre Veränderbarkeit, während die von der Psychoanalyse beeinflußten Therapiemethoden besonderen Wert auf die „Vorgeschichte", auf die Entstehung von Problemen in der Vergangenheit und die Aufdeckung damit zusammenhängender unbewußter Motive legten. Die Familie wird bei der systemischen Familientherapie als Ganzes gesehen: Persönliche Probleme oder Symptome einzelner Familienmitglieder, wie z. B. Eifersucht, Aggression, Inaktivität, depressive Stimmung usw., werden in ihrer Verbindung zum „Funktionieren" des gesamten Systems „Familie" betrachtet; für die therapeutische Hilfe werden auch die Möglichkeiten des gesamten Systems genützt. Die Therapie stützt sich deshalb auf die aktive Mitarbeit der gesamten Familie; so werden etwa auch „Hausaufgaben" für die Zeit zwischen den Therapiestunden gegeben.

Das Institut für Ehe- und Familienberatung verzeichnete insgesamt 165 Zuweisungen, wobei die meisten durch Angehörige sozialer Berufe erfolgten (21%), weiters von psychiatrischen und psychosomatischen Abteilungen (16%), auf Grund von Eigeninitiative (11%) und von anderen medizinischen oder psychosozialen Einrichtungen bzw. von Ärzten. Die Therapiesitzungen teilten sich in 436 Paar- und 432 Familiensitzungen, wobei an 136 bzw. 173 Sitzungen ein Kotherapeut teilnahm. 241 Sitzungen wurden abgesagt. Die Mitarbeiter des Institutes führten Fortbildungsveranstaltungen für die Berater der Ehe- und Familienberatung der Stadt Wien, die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter, die Sozialpädagogen des Jugendamtes und an der Akademie für Sozialarbeit durch. Weiters hielten sie Vorträge und publizierten wissenschaftliche Arbeiten. Die wichtigste Publikation war das im Verlag für Medizinische Psychologie Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienene Buch von Dozent Dr. Ludwig *Reiter* „Gestörte Paarbeziehungen", das sich unter anderem auf Forschungsarbeiten des Institutes stützt.

Die Ehe- und Familienberatungsstellen der Stadt Wien besuchten insgesamt 2.026 Personen, nämlich 1.018 Frauen, 360 Paare und 288 Männer. Es erfolgten insgesamt 1.952 Beratungen, 831 durch Juristen, 736 durch Sozialarbeiter, 194 durch Psychiater und 191 durch Psychologen. Die Beratungen bezogen sich zum größten Teil auf Partnerschaftsprobleme von Ehegatten (886mal), gefolgt von Ehescheidungsproblemen (749mal), Alimentationsproblemen (401mal) und anderen Rechtsproblemen, Lebensschwierigkeiten, Sexualproblemen, Familienproblemen. Es wurde eine wissenschaftliche Untersuchung hinsichtlich der Meinung der

Klienten über die Beratung durchgeführt, um Aufschlüsse über eventuelle weitere Verbesserungen des Serviceangebotes zu bekommen.

Die sechs Beratungsstellen für Familienplanung verzeichneten einen Besuch von 3.453 Personen. Es handelte sich überwiegend um Frauen, außerdem kamen 38 Männer, 149 Paare und 57 Familien. Sozialarbeiter führten 2.375 und Gynäkologen 3.191 Beratungen durch. Die Beratungen bezogen sich hauptsächlich auf Fragen der Empfängnisregelung (1.951), auf einen Schwangerschaftsabbruch (1.897), auf wirtschaftliche und soziale Belange (1.058), auf Sexualprobleme (210) und andere Fragen.

Die Institute für Erziehungshilfe verzeichneten mehr Zuweisungen von Bezirksjugendämtern, was als Ergebnis einer verstärkten Information der Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter über das Institut anzusehen ist. Auch die Zusammenarbeit mit den Sozialpädagogischen Beratungsstellen, den Instituten für Sozialtherapie und Heimen konnte verbessert werden. Die fünf Institute führten insgesamt 664 Anmeldungsgespräche, 483 Anamnesegespräche und ebenso viele psychologische Untersuchungen, 10 psychiatrische Untersuchungen und 81 Begutachtungen durch Legasthenikerlehrer bzw. Logopäden durch. 215 Kinder erhielten Therapien. Weiters fanden 7 Familientherapien, Eltern- und Mütterrunden, Legasthenikerbetreuungen und zahlreiche Beratungsgespräche statt.

Die Streetworker haben die Hilfeleistungen bei Drogenproblemen verstärkt. Im Jahre 1983 stieg die Zahl der von ihnen betreuten drogensüchtigen oder drogengefährdeten jungen Leute auf 632 gegenüber 441 im Vorjahr. 34 Prozent davon waren noch nicht 20 Jahre alt. Die Streetworker führten hauptsächlich Beratungen und Nachbetreuungen durch, außerdem halfen sie bei der Arbeits- und Wohnungssuche und vermittelten Klienten zu Entzugs- oder Therapieeinrichtungen. Die Streetworker, die alle ausgebildete Sozialarbeiter sind, sehen sich als ein Bindeglied zwischen den Drogenkonsumenten der „Szene" und den Behandlungseinrichtungen. Sie besuchen regelmäßig Lokale und Plätze der Drogenszene und haben auch zu den Behandlungseinrichtungen Kontakt. Den Streetworkern gelingt es, jene Gruppe von Drogenkonsumenten anzusprechen, die aus Schwellenangst oder anderen Gründen den Weg zu einer anderen Beratungsstelle scheuen. Bei vielen jungen Menschen war es möglich, ihnen die Angst vor einer Behandlung zu nehmen und sie an eine geeignete Stelle weiterzuvermitteln. Im Jahre 1983 führten die Streetworker insgesamt 184 Vermittlungen dieser Art durch. Andere Drogenkonsumenten, die nicht weitervermittelt werden können, betreuen die Streetworker oft längere Zeit selbst. Ein Teil der Jugendlichen meldet sich nur dann, wenn besondere Schwierigkeiten auftreten. Die Streetworker versuchten auch ihr Wissen und ihre Erfahrung aus der Arbeit in der Drogenszene für die Vorbeugung einzusetzen. Sie hielten Diskussionen in Schulen oder mit Jugendgruppen über die Problematik des Drogenkonsums ab. Sie arbeiteten dabei auch eng mit Jugendzentren der Stadt Wien zusammen. Weitere Schwerpunkte der Streetworker waren die Arbeit mit Fußballfans und Kontakt- und Hilfsangebote für Jugendliche, die soziale Schwierigkeiten haben, oft von Delinquenz bedroht sind, aber von sich aus keine der bestehenden Hilfseinrichtungen in Anspruch nehmen.

In 9, Sobieskigasse 31, in den neu adaptierten Räumen des ehemaligen Karolinen-Kinderspitals, hat das Jugendamt der Stadt Wien ein Beratungszentrum eingerichtet, das Beratungs- und Therapieangebote für Kinder, Jugendliche und Familien bereitstellt. Das Beratungszentrum umfaßt ein Institut für Sozialtherapie, das Institut für Bewegungs- und Konzentrationstraining, das sich impulsiver und konzentrationsgestörter Kinder annimmt. 4 bis 7 Prozent aller schulpflichtigen Kinder leiden an den Folgen motorischer Unruhe und Impulsivität. Reizüberflutung durch Medien und Umweltlärm tragen dazu bei. Das Institut bietet hier gezielte Hilfe an. Die Psychologische Beratungsstelle in Scheidungsfragen, die sich bereits bewährt hat und von 26 Eltern mit 35 Kindern in Anspruch genommen wurde, leistete bei der Klärung der persönlichen Beziehungen — vor allem bei der Regelung der Besuchskontakte — Hilfestellung. Die Beratungsstelle für Fragen im Pflegekinderwesen, ein neues regionales Familienzentrum, das eine Mutterberatung, eine Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle und Räumlichkeiten für Soziale Gruppenarbeit umfaßt, nahm in der neu errichteten Wohnhausanlage in 2, Engerthstraße 249—253, ihre Arbeit auf.

Das Jugendamt sieht es als wichtige Aufgabe der Vorbeugung an, besonders auch Kindern in Familienherbergen Unterstützung und Förderung anzubieten und damit deren Chancen für ihr zukünftiges Leben zu verbessern. Es wurde in diesem Jahr eine Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle direkt in der Herberge Kastanienallee eingerichtet.

Mit 1. Jänner 1983 erfolgte die organisatorische Zusammenlegung der „amtlichen Erziehungsberatung" und der Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen in der Form, daß die amtliche Erziehungsberatung in die Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen integriert wurde. Diese haben nun insofern eine Doppelfunktion, als die dort tätigen Psychologen die Begutachtung von Kindern durchführen, die sich aus den gesetzlichen Aufgaben des Jugendamtes ergeben, aber sie stehen auch all jenen Eltern zur Verfügung, die psychologische Beratung aus eigener Initiative in Anspruch nehmen wollen. Insgesamt wurden in den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen im Jahre 1983 2.447 Kinder und Jugendliche begutachtet und betreut bzw. deren Eltern beraten. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit eine Steigerung um 16 Prozent an Beratungsfällen.

Die Telephonische Erziehungsauskunft verzeichnete 324 Anrufe, womit sich die Zahl der Anrufer über Jahre relativ konstant hält.

In einer Mutterberatungsstelle im 11. Bezirk konnte wieder „Psychologische Betreuung in der Mutterberatung" angeboten werden. 70 Mütter nützten diese Hilfe ein- oder mehrmals für eine Beratung aus.

Die Psychologen der Kinderpsychologischen Station führten bei 128 Kindern eine eingehende Persönlichkeitsdiagnostik bzw. Aufhellung der Ursachen von Verhaltensstörungen durch. Im Zentralkinderheim wurden 33 Kleinkinder eingehend begutachtet. In den meisten Fällen war die Genese von Verhaltensauffälligkeiten im Hinblick auf die weitere Versorgung des Kindes — primär Unterbringung in einer Pflegestelle — zu klären.

In der Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstelle in 3, Baumgasse 12, haben zwei Psychologen Gruppen für Adoptiveltern eingerichtet, in denen diese die Möglichkeit haben, Probleme zu besprechen, die sich auch aus ihrem Status als Adoptiveltern ergeben, ohne daß akute Schwierigkeiten bestehen.

Für 100 Bewerber um die Aufnahme in die Akademie für Sozialarbeit führten Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes Auslese- und Eignungsuntersuchungen durch. Außerdem wirkten Psychologen des Psychologischen Dienstes in den Heimen und in anderen Einrichtungen des Jugendamtes begutachtend oder beratend mit.

Die Sozialpädagogische Grundlagenforschung führte eine Reihe von Untersuchungen durch.

Die 30. Arbeitstagung der österreichischen Jugendamtspsychologen fand in der Zeit vom 5. bis 7. November 1983 im Wiener Rathaus statt. Unter dem Rahmenthema „Von der Erziehungsberatung zur Familienberatung" wurden theoretische und praktische Aspekte der systemischen Familientherapie erörtert. Das Hauptreferat hielt Frau *Walter-Enderlin* vom Institut für Ehe und Familie in Zürich.

In den Heimen der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche waren zum Jahresende 1.395 Plätze systemisiert und 1.150 belegt. Außerdem waren 535 Kinder bzw. Jugendliche in Vertragsheimen und 167 in der Form von Einzeleinweisungen untergebracht.

Mit Schulschluß 1982/83 beendeten fünf Jugendliche aus zwei Heimen und der Wohngemeinschaft Handelskai ihre Ausbildung in weiterführenden Schulen. 84 Jugendliche aus neun Heimen hingegen schlossen ihre Lehrzeit in verschiedenen Berufen ab. In Vertragsheimen beendeten fünf Jugendliche ihre Lehrausbildung.

Viele Kinder in den Heimen erhielten sprachtherapeutische, heilgymnastische und ergotherapeutische Förderungen. Das Dr.-Adolf-Lorenz-Heim führte mit elf behinderten Kindern einen Therapieschikurs durch. Zwölf Kinder verbrachten einen vierwöchigen Aufenthalt bei englischen Gastfamilien, um ihre Englischkenntnisse zu verbessern.

Zahlreiche Freizeit- und Sportaktionen fanden statt, z. B. Schiwettkämpfe der Heime für Jugendliche in Hohentauern. Auch in vielen anderen Sportarten wurden Wettkämpfe durchgeführt. Begeistert begrüßten die Kinder des Heimes Hohe Warte die Kampfmannschaft der österreichischen Spitzenfußballmannschaft Austria-Wien, die mit Geschenken zu einer vorweihnachtlichen Feier kam.

Aus Anlaß des 100-Jahr-Jubiläums des Kinderheimes Biedermannsdorf fand im November 1983 in der Jubiläumshalle Biedermannsdorf eine Festveranstaltung statt.

Im Zuge der Wiener Heimreform wurden auch im Kinderheim Biedermannsdorf die Kinderzahlen pro Gruppe auf acht bis zwölf herabgesetzt, Koedukation und verstärkt individuelle Betreuung eingesetzt und die Räume im Sinne der Wohnungsähnlichkeit erneuert. Das pädagogisch-therapeutische Konzept des Heimes erfuhr eine Differenzierung und Konkretisierung, die sich mit dem Begriff „Polytherapeutische Heimerziehung" zusammenfassen läßt. Diese Erziehungsmethode läßt sich in vier Thesen formulieren:

1. größtmögliche Gemeinsamkeit von Kindern und Erziehern: gemeinsam leben, Beziehung finden durch gemeinsame Aufgaben;
2. gemeinsames Spiel und größtmögliche Vielfalt von Erlebnissen im Tages- und Jahresablauf;
3. eine einfache, transparente Ordnung, die vom gemeinsamen Verstehen und Wollen der Kinder und Erzieher getragen wird;
4. keine Festlegung auf eine pädagogisch-therapeutische Methode, sondern Offenheit über die Vielzahl der Methoden, die heute von der modernen Erziehungswissenschaft angeboten werden.

Mit dieser Methodenvielfalt, die den Begriff Polytherapeutische Heimerziehung begründet, wurden in den letzten Jahren schöne Erfolge erzielt. So wurden etwa in den letzten fünf Jahren 28 Kinder vom Heim und der angeschlossenen Allgemeinen Sonderschule so gefördert, daß sie in die öffentliche Volks- und Hauptschule rückgeführt werden konnten. Viele andere Erfolge lassen sich leider nicht so konkret auflisten, doch ist wohl der schönste Erfolg der, daß sich heute die Kinder im Heim tatsächlich „daheim" fühlen können.

Zwei neue Kinder-Wohngemeinschaften richtete das Jugendamt in 10, Troststraße, und 22, Melangasse, ein. Acht Schulkinder werden dort jeweils von vier Erziehern betreut, besuchen Schulen der Umgebung, spielen mit Kindern aus der Umgebung und können Freunde einladen. Insgesamt hat das Jugendamt der Stadt Wien damit sechs Wohngemeinschaften eingerichtet. Mit diesen modernen pädagogischen Einrichtungen als Alternative zur herkömmlichen Heimerziehung konnten sehr gute Erfahrungen gemacht und Kinder fami-

lienähnlich und lebensnah gefördert werden. Kinder im Vorschulalter oder überhaupt Kinder, die in Pflegefamilien vermittelt werden können, kommen für die Aufnahme in Wohngemeinschaften nicht in Betracht. Das pädagogische Ziel der Erzieher in den Wohngemeinschaften ist es, den Kindern und Jugendlichen ein realitätsbezogenes Verhältnis zur Umwelt zu vermitteln, damit sie sich entsprechend ihren Fähigkeiten in die Gesellschaft integrieren können. In der ersten 1977 gegründeten Wohngemeinschaft im 18. Bezirk konnte man bei den acht dort untergebrachten Kindern neben der gutgelungenen Integration im sozialen Umfeld vor allem auch einen auffälligen Erfolg im Ausbildungsbereich feststellen. Vier Kinder konnten von der Allgemeinen Sonderschule in die Volks- bzw. Hauptschule überstellt werden und hatten einen guten Schulerfolg. Drei der Wohngemeinschaftsbewohner sind nun schon auf Lehrstellen untergebracht. Eine Bewohnerin ist bereits erwachsen, hat kürzlich ihre Gesellenprüfung als Friseurin abgelegt und ist in die eigene Wohnung eingezogen.

Im Bereich der Sondereinrichtungen der Stadt Wien veranstaltete das Jugendamt das Symposion „Offene Sozialpädagogik", bei dem neben wissenschaftlichen Experten Mitarbeiter der Institute für Sozialtherapie, der Sozialpädagogischen Beratungsstellen und der Jugendinformationszentren über ihre Arbeit referieren konnten. Der theoretische Teil des Symposions war einem aktuellen Thema gewidmet: dem Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe einerseits und der institutionellen bzw. professionellen Hilfe andererseits. Die offene Sozialpädagogik sucht den Gegensatz durch eine Synthese zu überbrücken, worauf auch der Untertitel des Symposions — Lebens- und Arbeitsformen in der beruflichen Beziehung zu Klienten — hinwies; Sozialpädagogen und Sozialarbeiter versuchen, näher an jene Menschen heranzukommen, die in schwierigen Situationen Hilfe brauchen. Sie versuchen, Rat und Unterstützung in Wohnnähe, im Stadtteil, in der Nachbarschaft anzubieten. Die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Lösung von Problemen basiert damit auch auf einer Art Zusammenleben, vor allem auf der unmittelbaren Erfahrung des Lebensraumes der betroffenen Menschen.

Im Institut für Sozialtherapie im 10. Bezirk begannen im September 1983 im Rahmen der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Sozialtherapie dreijährige Sozialtherapieseminare. Weiters startete das Institut in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung und dem Berufsförderungsinstitut das Projekt „Reliefskulptur" als Schulungsmaßnahme und Beschäftigungstherapie für sechs resozialisierungsbedürftige, schwer integrierbare Jugendliche. Die Jugendinformationszentren führten zwei Selbsterfahrungsgruppen für Lehrlinge, veranstalteten regelmäßige Gruppengespräche mit Lehrlingen der Zentralen Ausbildungsstelle der Gemeinde Wien, fortlaufende Zusammenkünfte eines Jugendfreizeitklubs und einer Kontakt- und Gesprächsgruppe sowie weiter eine Sommer-Selbsterfahrungswoche.

Im Jahre 1983 wurde unter anderem der 275. Kindergarten der Stadt Wien feierlich eröffnet. Aus diesem Anlaß konnte die erfreuliche Bilanz gezogen werden, daß in den letzten fünf Jahren die Zahl der Wiener Kindertagesheime um 30 Häuser gestiegen ist. Neun Kindertagesheime wurden außerdem in diesem Zeitraum generalrenoviert. Insgesamt wurden 1983 fünf neue Kindertagesheime mit insgesamt 18 Gruppen fertiggestellt. Zum Jahresende standen schließlich 283 Kindertagesheime zur Verfügung, die in 1.230 Gruppen insgesamt 31.590 Kindern Platz boten. Eine Untersuchung bestätigte, daß es gelungen ist, mit den Kindergärten der Stadt Wien eine integrative Bildungseinrichtung zu schaffen, in der Kinder aus allen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten zusammen gefördert werden, ohne daß dies der Beliebtheit dieser Einrichtung Abbruch tut. Bei der genannten Untersuchung wurde an die Eltern die Frage gestellt, ob ihr Kind den Kindergarten gern besucht, was 96 Prozent bejahten. 90 Prozent der Eltern sind mit ihrem Kindergarten zufrieden, die übrigen sind es teilweise, ein verschwindend kleiner Prozentsatz (0,5%) verneinte die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Kindergarten. Drei Viertel der Eltern erwarten vom Kindergarten auch Unterstützung bei ihrer Aufgabe als Eltern in den Bereichen Erziehung, Freizeit und Anschaffung von Spielmaterial. Der Kindergarten erweist sich nach diesen Aussagen als eine sehr stark in den Familienalltag integrierte Bildungseinrichtung, die von den Eltern als hilfreich erlebt wird. Auch das Ausmaß des Kontaktes mit der Kindergärtnerin spricht für eine gute Beziehung der Eltern zum Kindergarten. So hat mehr als die Hälfte (57%) häufig Kontakt mit der Kindergärtnerin, 36 Prozent manchmal, und nur 6 Prozent bezeichnen ihre Kontakte als selten.

1983 wurde in den neu adaptierten Räumen des ehemaligen Karolinen-Kinderspitals Österreichs erstes Kindertagesheim für autistische Kinder eingerichtet, dem eine Sonderpädagogische Ambulanz zur Beratung und Hilfe für Familien mit behinderten Kleinkindern angeschlossen ist. Von 10.000 Kindern sind etwa vier bis fünf autistische Kinder, bei denen durch Frühförderung gute Erfolge erzielt werden können. Die Kinder werden aber immer schwieriger, wenn sie nicht betreut werden, so daß die Eltern oft nur die Anstaltsunterbringung als letzten Ausweg sehen. Durch entsprechende frühe Förderung und Beratung der Eltern werden autistische Kinder, die sonst als schwerst geistig behindert gelten, zumeist in Sonderschulen, aber auch in Volksschulen förderbar. In zwei Kindergarten- und zwei Hortgruppen können insgesamt 56 Kinder Aufnahme finden. Dem breitgefächerten Therapieangebot entsprechend gibt es außer einem Raum für Sprachtherapie, Physiotherapie, Musiktherapie, Arbeitstherapie, Sonderpädagogische Einzeltherapie sowie einem Lernraum Mehrzweckräume und einen großen, gutausgestatteten Turnsaal, der den Kindergarten- und Hortkindern zweimal in der Woche zur Verfügung steht.

Ein Anliegen der Kindergärten ist die Integration behinderter Kinder. Während die Meinung kompetenter

Fachleute und auch die Erfahrung in den Kindertagesheimen der Stadt Wien zeigt, daß geistig und körperlich schwerstbehinderte Kinder besser in speziellen Einrichtungen (Sonderkindergartengruppe) gefördert werden, ist die große Gruppe lern- und leistungsbehinderter sowie verhaltensgestörter Kinder vorwiegend in den Regelgruppen untergebracht. Es hat sich immer wieder erwiesen, daß im Falle der verhaltensgestörten Kinder die Hilfe für Kind und Erzieherin dann die größten Chancen auf Erfolg hat, wenn sie im sozialen Feld, in dem das Kind Schwierigkeiten zeigt, unmittelbar gegeben wird. Daher wurde eine „Mobile Ambulanz" eingerichtet: Drei Sonderkindergärtnerinnen unter der Anleitung einer Psychologin werden so lange in einer Gruppe mit einem oder mehreren besonders schwierigen Kindern eingesetzt, bis es der Kindergärtnerin der Gruppe gelingt, Strategien im Umgang mit diesen schwierigen Kindern zu entwickeln, die deren Integration in die Gruppe fördern. Es konnten mit dieser Einrichtung gute Erfolge erzielt werden.

Seit Jahren bemühen sich die jugoslawischen Behörden, ihren im Ausland aufwachsenden jungen Staatsbürgern auch eine Förderung in ihrer Muttersprache angedeihen zu lassen. Nach den Erfolgen des Förderungsunterrichtes in den Schulen ist man nun bemüht, die Kinder auch schon im Vorschulalter mit ihrer Kultur und Sprache vertraut zu machen. Zwei Kindergärtnerinnen aus Jugoslawien verbringen einige Stunden der Woche in jenen Kindertagesheimen, in denen mehrere jugoslawische Kinder eingeschrieben sind, um ihnen in ihrer Muttersprache Spiele, Tänze und Lieder zu vermitteln und dadurch ihren Wortschatz und ihre sprachliche Ausdrucksfähigkeit zu fördern. Sollte dieses Angebot entsprechende Erfolge zeigen, sind die jugoslawischen Behörden an einer Ausweitung des Projektes interessiert.

Die Firma Gustana belieferte die Kindertagesheime der Stadt Wien im Jahre 1983 mit insgesamt 3,263.840 Essensportionen. 433.313 Essen stellten Kindertagesheime selbst her.

Der Verein Wiener Jugenderholung führte 1983 insgesamt 501 Erholungsaktionen für 15.719 Kinder durch. Das im Einvernehmen mit dem Jugendamt ausgearbeitete und bereitgestellte Programm umfaßte wieder eine vielfältige Auswahl der verschiedensten Erholungsmöglichkeiten in Österreich, Meeraufenthalte an der Adria in Italien und die Tagesunterbringung von Kindern in einigen Tageserholungsstätten am Stadtrand von Wien. Neben den traditionellen Ferienaktionen mit viel Spiel und Sport sowie einer möglichst abwechslungsreichen aktiven Kinderbeschäftigung wurden auch Aktionen mit gesonderter Zielsetzung angeboten. So gab es Erholungsaufenthalte für schwerst- und körperbehinderte Kinder, einen Lernturnus für Pflichtschüler, Familienurlaube mit Betreuung durch einen Sozialarbeiter und erstmals auch Familienurlaube für Groß- und Sozialpädagogische Pflegefamilien, spezielle Sportwochen und Wanderferien, Schikurse und den beliebten Kinderurlaub auf dem Bauernhof. Begünstigt durch das ungewöhnlich schöne Wetter im Sommer, konnte ein Großteil der verfügbaren Ferienfreizeit in freier Natur und guter Luft verbracht werden.

In den drei größeren Erholungsheimen Sulzbach/Bad Ischl, Lehenhof und Tribuswinkel fanden im Sommer wieder „Tage der offenen Tür" statt. Neben der Ortsbevölkerung wurden auch die Eltern eingeladen, sich die Situation in einem Erholungsheim und verschiedene Kinderaktivitäten anzusehen.

Im Rahmen des Wiener Internationalen Jugendmusikfestes gastierten im Juli in den Heimen Tribuswinkel und Lehenhof je ein Blasmusikorchester mit Kindern und Jugendlichen aus Dänemark und England. Im Anschluß an die Darbietungen der jungen Gäste wurde in beiden Heimen gemeinsam ein freundschaftlicher Spielnachmittag verbracht. Alle Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahre, die an den Ferienaktionen teilnahmen, bekamen ein kleines Taschenbuch mit dem Titel „Ferienheftl 1983", das interessanten Lesestoff und zahlreiche Anregungen für Spiele enthielt. Es konnte zum Teil auch als Tagebuch verwendet werden.

Eine Untersuchung der Sozialpädagogischen Grundlagenforschung im Anschluß an eine Fragebogenerhebung bei den Kindern, die an den Sommeraktionen teilnehmen, erbrachte folgendes Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Kinder gab an, die Initiative für den Erholungsaufenthalt sei von der Mutter ausgegangen. Allgemein entschieden sich Mädchen öfter (28 Prozent) als Knaben (10 Prozent) selbst für einen Ferienaufenthalt. Einen weiteren Urlaub gemeinsam mit den Eltern machten 37 Prozent der Knaben und 32 Prozent der Mädchen. Die Häufigkeit der Verschickung zur Erholung nimmt mit dem Alter konstant zu. Von den 7- bis 8jährigen waren 4 Prozent, von den 13- bis 14jährigen Kindern 44 Prozent bereits öfter als fünfmal auf Erholung. 12 Prozent der Mädchen und 16 Prozent der Knaben über 14 Jahre waren schon öfter als zehnmal in einem Erholungsheim. Nach den Angaben der Kinder wohnen mehr als die Hälfte bei ihren Eltern, etwa 33 Prozent wohnen bei der alleinstehenden Mutter. Nur jedes zehnte Kind wohnt beim Vater oder bei Großeltern. 10 Prozent der befragten Kinder waren Einzelkinder in der Familienstruktur. Diese werden im Schnitt weniger oft auf Erholung geschickt als Kinder mit Geschwistern. Familien mit mehr als zwei Kindern (40 Prozent) nehmen die Möglichkeit für einen Erholungsaufenthalt durch das Bezirksjugendamt weit häufiger in Anspruch.

Die überwiegende Mehrheit der Kinder erlebte den Erholungsaufenthalt positiv. Nur ein Anteil zwischen 1 und 7 Prozent (Jugendliche über 14 Jahre) äußerte Kritik. Am häufigsten lobten die Kinder sportliche Aktivitäten und Einrichtungen, Spielmöglichkeiten, örtliche Gegebenheiten, Betreuer, andere Kinder und das Ausmaß an Freiheit. Selten geäußerte Kritik betraf Mißfallen am Heimleiter, an Erziehern und anderen Kindern, an der Schlafenszeit und an den vorgegebenen Aktivitäten. Die Mehrzahl der Kinder (53 bis 67 Prozent, je nach Alter) äußerte den Wunsch nach einem weiteren Erholungsaufenthalt. Das von den Kindern am häufigsten

gewünschte Menü für den Speisezettel war übrigens Schnitzel mit Pommes frites. Die ermittelten Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß der Erholungsaufenthalt neben dem sicherlich gegebenen gesundheitlichen Effekt auch einen echten psychischen Erholungswert im Sinne von Kennenlernen neuer Freizeitaktivitäten, Spielmöglichkeit und Sportarten sowie das Erleben positiver mitmenschlicher Beziehungen bietet.

In der Akademie für Sozialarbeit ergaben sich 1983 verschiedene Änderungen: Direktor Dr. Maria *Simon* trat in den Ruhestand, und Dr. Heinz *Wilfing* ist als ihr Nachfolger vorgesehen. Inhaltlich versuchten die Lehrer in der Ausbildung didaktische Verbesserungen zu erzielen: So etwa unterrichteten die Lehrer für „Pädagogik" und für „Kinder-, Jugend- und Familienwohlfahrt" erstmals zusammen in Kleingruppen, wodurch sie das Zusammenwirken von Wissenschaft und praktischer pädagogischer Tätigkeit in Familien im Rahmen der Jugendwohlfahrt verdeutlichten. Die Studenten konnten dazu passende Wahlfächer (zum Beispiel „Systemische Familientherapie") belegen. Entsprechend der zu erwartenden Bedarfssituation im sozialen Bereich setzte die Akademie weitere Unterrichtsschwerpunkte im Bereich des allgemeinen Gesundheitswesens und der berufspädagogischen Arbeit, wobei jeweils ein kombinierter Unterricht von je einem Vertreter der Grundlagenwissenschaft und einem in diesem Feld praktisch tätigen Sozialarbeiter angestrebt wurde. Einige Projekte konnten abgeschlossen und zum Teil auch durch Publikation dokumentiert werden (zum Beispiel „Frauenprojekt"). In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde ein Projekt mitgestaltet, bei dem in einer Stadtrandsiedlung (Rennbahnweg) neue Formen einer systemorientierten prophylaktischen Sozialarbeit angewendet wurden. Dabei konnte auch von der Akademie eine kleine wissenschaftliche Begleituntersuchung durchgeführt werden. Die Akademie startete auch neue Projekte, so etwa einen Kinderladen für behinderte Kinder oder ein soziales Trainingsprogramm für psychisch behinderte Rechtsbrecher.

Im Rahmen eines weiteren Unterrichtsschwerpunktes „Sozialarbeit und Politik" richtete die Akademie ein Gesprächsforum ein, bei dem es zu Kontakten zwischen praktisch tätigen Sozialarbeitern, Studenten und Lehrern der Akademie sowie politischen Funktionären aus dem Gewerkschafts- und Kommunalbereich gekommen ist.

Bei einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren der Akademien für Sozialarbeit im Mai 1983 wurde der neue Leiter der Akademie der Stadt Wien zum gesamtösterreichischen Delegierten bei der Internationalen Organisation der Schulen für Sozialarbeit (IASSW) gewählt; er vertrat Österreich auch erstmals bei einem Treffen dieser Organisation im August 1983 in Wien, wobei die Akademie der Stadt Wien auch als Gastgeber fungierte.

Alle Akademien gemeinsam führten auch 1983 weitere Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, um eine Ausbildungsverlängerung auf drei Jahre zu erreichen. Es wurden ein Lehrplan und eine Praktikumseinteilung entworfen und dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst übergeben; eine Entscheidung steht noch aus.

Im Jahre 1983 haben 58 Studierende die Diplomprüfung erfolgreich abgelegt (39 Frauen und 19 Männer), davon 18 mit ausgezeichnetem und 21 mit gutem Erfolg. Im Herbst 1983 begannen 29 Frauen und 15 Männer mit dem Studium an der Akademie.

An der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen legten 81 Schülerinnen die Befähigungsprüfung ab, davon 21 mit ausgezeichnetem und 17 mit gutem Erfolg. 51 Schülerinnen erhielten auch die Befähigung zur Horterzieherin. 12 Kindergärtnerinnen bestanden die Befähigungsprüfung zur Sonderkindergärtnerin. Damit wurde der 1981 begonnene Lehrgang, der als viersemestriger berufsbegleitender Kurs lief, erfolgreich abgeschlossen. Aufbauend auf den Erfahrungen dieses Kurses hat die Bildungsanstalt einen Vorschlag für einen neuen Lehrplan ausgearbeitet, den das Bundesministerium für Unterricht und Kunst im wesentlichen schon akzeptiert hat.

Der Bildungsanstalt ist ein Übungskindergarten mit 5 Kindergarten- und 2 Hortgruppen angeschlossen. Mit dem Team des Übungskindergartens wird besonders eng zusammengearbeitet. Reger Erfahrungsaustausch, gemeinsame Innovationsbestrebungen, Festlegung der Aufgabenstellungen, Übermittlung des neuesten Standes der Fachdidaktik und die Erstellung von Beiträgen zur Leistungsbeurteilung der Schüler waren 1983 die Schwerpunkte der Zusammenarbeit. Es war auch die gegenseitige Unterstützung mit verschiedenen Bildungsmitteln (Musikinstrumente, Bilderbücher, Spielgaben) für den Unterricht und die praktische Arbeit möglich. Der Übungskindergarten wurde vorwiegend zum Hospitieren der Schüler der 1. Klassen genützt; im Hort wurden Schüler ab der 3. Klasse für das Hortpraktikum eingesetzt. Die Betreuung der Außenpraxis führten insgesamt 7 Praxislehrer durch, sie besuchten jedes Praxishaus mehrmals und konnten in gezielten Besprechungen mit Leitern und Praxiskindergärtnerinnen beziehungsweise -horterzieherinnen sehr viel gegenseitiges Verständnis und die Orientierung an den Ausbildungserfordernissen erreichen. Auch die Schule erzielt wertvolle Einblicke in die aktuelle Erziehungswirklichkeit. Die Schüler der Bildungsanstalt hospitieren und praktizieren gemäß dem Lehrziel ihrer Ausbildungsstufe und arbeiteten in den 3. und 4. Klassen nach Absprache mit dem Praxislehrer fallweise weitgehend selbständig mit den Kindergruppen. Die Schüler waren in vielen Gruppen eine echte Bereicherung. Sie waren vielfach auch sehr gut in das gesamte Team eines Kindergartens eingegliedert, nahmen teil an Festen und Feiern beziehungsweise an Ausgängen und Exkursionen und planten oder

gestalteten diese ihren Fähigkeiten entsprechend selbst. Viele Schüler nahmen auf Einladung des Hauses an Elternabenden teil und leisteten ihren Beitrag zur Mitgestaltung zum Beispiel im musischen Bereich. Einige Schüler höherer Klassen fuhren bei Urlaubs- und Ferienaufenthalten mit Klein- oder Schulkindern mit und lernten dadurch diesen wichtigen und aktuellen Bereich der späteren Berufsarbeit kennen. Eine engere Verbindung zum Anna-Freud-Kindergarten der Stadt Wien ermöglichte auch dort das Praktizieren in den Gruppen beziehungsweise die Teilnahme von Schülern und Praxislehrern an Team-Gesprächen, woraus sich manche neuen Impulse ergaben. Ausgänge in die Sonderkindergärten halfen, die Einsicht in die Arbeit mit behinderten Kindern zu bilden, und begründeten ein vertieftes Verständnis für die Verhaltensweisen des gesunden Kindes beziehungsweise für mögliche Formen der Integration Behinderter in die Regelgruppen. Im Rahmen des Gegenstandes „Dramatisches Spiel" wurden zusammen mit den Lehrern für Deutsch und Praxis enge Verbindungen mit interessierten Hortgruppen gepflegt. Schüler konnten Kinder in den Hortgruppen agieren sehen, oder es wurden Hortgruppen zu Vorführungen in die Schule eingeladen, in der sie die Entstehung eines Theaterstückes verfolgen und mitdiskutieren konnten.

Am Institut für Heimerziehung bestanden 28 Studierende die Befähigungsprüfung, 13 mit ausgezeichnetem und 5 mit gutem Erfolg. Weiters legten auch 23 Externisten die Befähigungsprüfung ab. Ein Schikurs und eine Schullandwoche wurden abgehalten.

14 Schüler der Kinderpflegeschule der Stadt Wien beendeten mit dem Schuljahr 1982/83 ihre Ausbildung und erhielten im Rahmen einer Feier die Befähigungszeugnisse. Zwei Absolventen wurden im Kinderheim Lainzer Straße und elf im Zentralkinderheim der Stadt Wien angestellt. Einzelne Schüler betreuten wieder Kinder von Pflegeeltern während der Elternrunden, außerdem unterstützten Schüler der 3. Klasse zweimal wöchentlich drei Pflegefamilien. Während eines Familienurlaubes kümmerten sich zwei Schüler um 28 Kinder im Alter zwischen 2 und 16 Jahren. Zum Wochenendseminar für Pflegeeltern mit 78 Kindern fuhren 9 Schüler mit nach Feichtenbach, um während des Seminars die Pflegekinder zu betreuen. Die Schüler gestalteten ein Faschings- und ein Sommerfest, sie erstellten ein Programm für ein vorweihnachtliches Beisammensein und nahmen erfolgreich am Schultheaterfestival teil.

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Laut Geschäftseinteilung 1983 ist die Magistratsabteilung 13 für Bildung, außerschulische Jugendbetreuung und Angelegenheiten des Fremdenverkehrs zuständig.

Das Referat „Bildungswissenschaftlicher Dienst", nunmehr „Bildungs-Projekte", initiierte und betreute im Jahre 1983 Aktionen und Projekte, die der aufbauenden Entwicklung der Erwachsenenbildung in Wien dienten.

Die Seniorenarbeit umfaßt Aktivitäten, die in enger Zusammenarbeit mit dem Verband Wiener Volksbildung, aber auch mit dem Kuratorium Wiener Pensionistenheime durchgeführt werden. So konnten laufende Kurse, unter anderem in Gymnastik und Gesang, sowie Projekte, wie der Einsatz von Tonfilmen und Diareihen, weitergeführt werden. Ferner wurde der Ankauf von Großdruckbüchern für neue Heime im 6., 12. und 21. Bezirk fortgesetzt, ebenso die Bildungsarbeit für und mit Heimbewohnern im Rahmen von Seminaren, die Gesprächsgruppe der Volkshochschule Ottakring im Pensionistenheim „Alszeile" mit dem Thema „Betagte erzählen für junge Leute" und die „Hörtrainingskurse" des Bildungszentrums Aktiv in den Heimen. Für Mitarbeiter in den Pensionistenheimen, die mit der Durchführung von Bildungs- und Lernangeboten betraut sind, wurden Veranstaltungen zur Weiterbildung abgehalten.

Auf Initiative und mit besonderer Förderung der Abteilung führte der Verband Wiener Volksbildung 1983 erstmals das unterhaltsame „Bildungsquiz für Senioren" „Wer weiß, gewinnt" durch. Zahlreiche Rateteams, bestehend aus je vier Personen, bestritten im 14-Tage-Rhythmus öffentlich zugängliche Ausscheidungswettkämpfe in Häusern der Begegnung, Pensionistenheimen und dergleichen, wobei Fragen unter anderem aus den Bereichen Heimatkunde, Geschichte und Politik, Natur, Musik, Literatur, Theater, Film und anderen Wissensgebieten gestellt wurden. Die jeweiligen Siegerteams traten in insgesamt 15 Veranstaltungen so lange gegeneinander an, bis anläßlich der 16. Veranstaltung, die als Finale im Rathaus konzipiert war, das End-Siegerteam feststand: Es war dies ein Team, gebildet aus Vertretern der Volkshochschule Hietzing und des Pensionistenheimes Rosenberg. Moderiert wurden sämtliche Quizspiele von Günter *Tolar,* der nicht nur für den Inhalt verantwortlich zeichnete, sondern auch für die Auswahl der prominenten Interviewgäste: Es waren dies Prof. Fritz *Muliar,* Prof. Franz *Stoß,* Kammerschauspieler Prof. Fred *Liewehr,* Hans *Weigl,* Univ.-Prof. Dr. Ludwig *Prokop,* Kammerschauspielerin Gusti *Wolf,* Prof. Otto *Koenig* und viele andere. Die musikalische Betreuung des Ratespiels besorgte Prof. Norbert *Pawlicki* gemeinsam mit verschiedenen Ensembles des Konservatoriums der Stadt Wien, denen somit bedeutende Auftrittsmöglichkeiten geboten wurden. Ausschnitte aus den 16 Veranstaltungen waren im Radio auf Ö Regional, Landesstudio Wien, zu hören. Laut Auskunft des ORF lag die Einschaltziffer bei jeweils 97.000 Personen pro Sendung.

Für die Pfleglinge des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe, des Pflegeheimes Baumgarten und seit 1983 auch des Pflegeheimes St. Rochus, aber auch für die Angestellten sowie für Angehörige organisierte die Volkshochschule Penzing mit besonderer Förderung der Abteilung schon das zweite Jahr spezielle Bildungsprogramme in den genannten Anstalten, wie Lichtbildvorträge, Filmnachmittage, Musikveranstaltungen, Lesungen und Theaternachmittage. Die jeweiligen Angebote fanden regen Zulauf: Insgesamt konnten 1982/83 rund 3.000 Besucher verzeichnet werden. Eine Ausweitung auf das Pulmologische Zentrum der Stadt Wien in spezifischer Form wurde durchgeführt

Für die Bewohner des Pflegeheimes Lainz organisierte die Volkshochschule Hietzing ebenfalls mit Förderung der Abteilung ein Bildungs- und Veranstaltungsprogramm. Diese Aktivitäten fanden in der ehemaligen Kapelle des Spitales, die jetzt ein von den Patienten in Selbstverwaltung betriebenes Patienten-Café ist, statt. Vorträge, Filme, Lesungen und Konzerte wurden ebenso abgehalten wie Kurse einer Sitztanz-Gruppe sowie einer Gruppe von Rollstuhlfahrern. Weiters arbeiten junge Historiker gemeinsam mit den Pflegeheimbewohnern an einer lebendigen Dokumentation der von ihnen selbst erlebten Geschichtsperioden.

Bei dem von der Abteilung initiierten und geförderten Bildungsexperiment „Fernlehrtest Freizeitfächer Wien" konnten weitere Fortschritte erzielt werden. So wurde beispielsweise für die Teilnehmer des Batik-Fernlehrganges im Frühjahr ein erfolgreiches Wochenendseminar in der Volkshochschule Margareten organisiert. Im Frühsommer 1983 konnte in Zusammenarbeit mit dem Interuniversitären Forschungsinstitut für Fernstudien im Studienzentrum Wien erstmals ein sogenannter „Allgemeinbildender Orientierungsbaustein für Erwachsene" im Fernlehrgang erprobt werden. Zwei völlig neuartig gestaltete und mit ansprechenden Graphiken illustrierte Fernlehrbriefe zu den Themen „Sanfte Gymnastik" und „Gesunde Ernährung" lösen als Paket kombiniert mit einem attraktiven „Alternativ-Kochbuch" und einer Tonkassette den bisher verwendeten Gymnastikkurs ab und fanden bereits lebhaften Zuspruch. Der österreichische Fernschulverband hat im Sinne einer Ausweitung seiner Bildungsaktivität 1983 neuerlich versucht, mit Einrichtungen in den Bundesländern zu konstruktiven Übernahmegesprächen zu gelangen. Die Gesamtteilnehmerzahl pro Jahr betrug 2.000, die Subventionshöhe im Jahre 1983 belief sich auf 300.000 S.

Im Projekt „Musische Laienbildung" hat der Schauspieler Herbert *Adamec* Interessenten Schauspielunterricht in Form eines emanzipatorischen Freizeittheaters erteilt. Die „Akt I" und „Akt II" genannten intensiven Workshops brachten interessante Ergebnisse, und einige der „Unterrichteten" sollten in der Lage sein, als Multiplikatoren bzw. Kursleiter in Bildungseinrichtungen ihre beim Projekt „Schauspielunterricht für Laien" gewonnenen Erfahrungen entsprechend zu verwerten. Der wissenschaftliche Abschlußbericht zu dem 1982 beendeten Gesamtprojekt „Musische Laienbildung" wurde 1983 wie geplant vom Soziologischen Institut der Universität Wien unter der Leitung von Dr. Rudolf *Richter* ausgearbeitet und vorgelegt.

Im Bereich Volksbildung wurden etwa 60 Subventionsanträge über einen Gesamtbetrag von rund 65 Millionen Schilling gestellt. Die weitaus höchste Förderung erhielt wie jedes Jahr der Verband Wiener Volksbildung, und zwar insgesamt 43,127.600 S, zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Wiener Volkshochschulen. Für die Instandsetzung der von ihm verwalteten Volksbildungsbauten der Stadt wurden darüber hinaus 2,7 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. An Projekten des Verbandes wurden das Quiz „Wer weiß, gewinnt" mit 550.000 S, „Bilden heißt verändern" mit 39.000 S, „Bildungsarbeit in Wiener Krankenanstalten und Pensionistenheimen" mit 200.000 S, „Musische Laienbildung" mit 35.000 S, „Offener Hochschulzugang" und „Dezentrale Zielgruppenarbeit" mit 300.000 und „Fernlehrtest" mit 300.000 S gefördert.

Für den Ausbau der Volkshochschule Brigittenau zu einem Haus der Begegnung standen an Bauraten 24,050.000 S zur Verfügung, für die Aufstockung der Volkshochschule Hietzing 4 Millionen Schilling. Der Baufortschritt stimmte in beiden Objekten mit den festgelegten Terminen überein. Die Volkshochschule Brigittenau konnte bereits im Herbst 1983 den Betrieb in den adaptierten Räumlichkeiten des Hauses Raffaelgasse 11 aufnehmen. Der Gesamtkomplex wird voraussichtlich im Sommer 1984 fertiggestellt sein. Die Anschaffung des Inventars konnte trotz großer Schwierigkeiten im Detail bisher zeitgerecht bewerkstelligt werden. Auch in der Volkshochschule Hietzing konnten die vorgesehenen Bauarbeiten trotz Rücksichtnahme auf den Kursbetrieb programmgemäß durchgeführt werden. Mit der Fertigstellung ist ebenfalls im Sommer 1984 zu rechnen.

Im Bereich der konfessionellen Erwachsenenbildung wurde das Katholische Bildungswerk mit 300.000 S, das Bildungswerk der Lutherischen Diözese Wien mit 30.000 S gefördert.

Aus dem Alternativbereich ist zu berichten, daß das Kommunikationszentrum in der Gassergasse geräumt und geschlossen, das Objekt in der Folge abgebrochen wurde. Diesen Maßnahmen war eine Zeit vorausgegangen, in der das Zentrum durch die Anhäufung sozialer Problemfälle eine Entwicklung in eine Richtung nahm, die weder mit den Aufgaben eines autonomen Jugendzentrums in Einklang zu bringen war noch von den Engagierten im Haus bewältigt werden konnte. Dem Zentrum war für das Jahr 1983 zu Jahresbeginn eine Subvention von 2,1 Millionen Schilling gewährt worden. Zum Zeitpunkt der Schließung waren etwa 1,126.000 S angewiesen, der Rest von rund 974.000 S wurde auf Antrag der Abteilung unverzüglich umgewidmet, wodurch es möglich wurde, rasch und flexibel die intakten Gruppen aus der „Gassergasse" abzusiedeln.

Die beiden älteren autonomen Zentren „Arena" und „Amerlinghaus" setzten trotz der Beunruhigung, die

durch die Schließung der „Gassergasse" im gesamten Alternativbereich hervorgerufen worden war, im großen und ganzen unberührt ihre jeweils spezifische Arbeit fort, was auch auf die besonders intensiven Gesprächskontakte, die in der kritischen Zeit geführt wurden, zurückzuführen sein dürfte. Der Verein Forum Wien Arena erhielt im Jahre 1983 insgesamt 1,337.000 S an Förderungsmitteln. Zusätzlich übernahm die Stadt Wien ab April 1983 die monatliche Leasing-Rate für die neue Musikübertragungsanlage in der Höhe von insgesamt rund 270.000 S. Das Hauptproblem für den Verein stellt die aus Vorjahren stammende große Schuldenlast dar. Der Betrieb im „Amerlinghaus" hat sich zu einem Treffpunkt für rund 40 Initiativgruppen verschiedener Art entwikkelt. An Mitteln erhielt der Verein Kulturzentrum Spittelberg für das Jahr 1983 2,335.000 S.

Die bewährten Aktionen für die außerschulische Kinder- und Jugendbetreuung wurden vom Landesjugendreferat Wien erfolgreich weitergeführt und durch neue Initiativen ergänzt. Im Rahmen der Aktion „Familiensonntag" wurden an jedem der zehn Familiensonntage mindestens eine Großveranstaltung und mehrere Kleinveranstaltungen mit Animationscharakter angeboten sowie neue Veranstaltungsformen mit zum Teil experimentellem Charakter durchgeführt. Die insgesamt 122 Einzelveranstaltungen besuchten 92.588 Kinder und Erwachsene.

Am „Wiener Ferienspiel", das zum elften Mal veranstaltet wurde, nahmen 360.000 Kinder und 150.000 Erwachsene teil, wobei zu bemerken ist, daß die Zahl der Teilnehmer größer war als die Zielgruppe Wiener Schüler im Pflichtschulalter. In den Monaten Juli und August wurden den Sechs- bis Vierzehnjährigen verschiedene Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung angeboten. Das Ferienspiel 1983 wurde mit zwei Großveranstaltungen in der Wiener Stadthalle, die insgesamt 18.000 Personen besuchten, abgeschlossen. Während der Februarferien wurde den Kindern und Jugendlichen, die nicht wegfahren konnten, ebenfalls ein umfangreiches Ferienprogramm angeboten. Insgesamt 72.500 Kinder und Jugendliche zeigten dafür reges Interesse.

Als „Mitspielfest" wurde das früher als „Maifest" bezeichnete Aktivitätenangebot am Nachmittag des 1. Mai konzipiert. An dieser neuen Aktion, in die auch der Rathauspark miteinbezogen wurde und die Schwerpunkte im Bereich spielerisch-kreativer Aktivitäten aufwies, konnten sich rund 25.000 Wiener Kinder, Jugendliche und Erwachsene beteiligen.

Die Jungbürgerfeiern wurden zum 21. Mal von der Stadt Wien durchgeführt und zum 18. Mal vom Landesjugendreferat Wien organisiert. Die Jungbürger des Geburtsjahrganges 1963 konnten zwischen dem Musical „Cats" im Theater an der Wien, zwei Jungbürgerbällen in den Festräumen des Wiener Rathauses und einem Konzert im Wiener Musikverein wählen. Rund 11.000 Jungbürger machten von diesen Angeboten Gebrauch. Jeder Jungbürger erhielt außerdem das „Wiener Rathausbuch".

Die Aktion „Schülerklubs", die zur Betreuung der Kinder an Volkshochschulen mit einer Fünf-Tage-Schulwoche veranstaltet wird, wurde weitergeführt, wobei vorhandene Akzente im kreativitätsfördernden Bereich verstärkt werden konnten. Die eingerichteten Klubs wurden im Schuljahr 1982/83 von insgesamt 14.048 Schulkindern besucht, wovon 3.201 an den Aktivitäten der Klubs, die für Kinder aus türkischen Gastarbeiterfamilien zu Beginn des Jahres 1981 eingerichtet wurden, teilnahmen. Mit Beginn des Schuljahres 1983/84 konnte die Zahl der vom Landesjugendreferat betriebenen Schülerklubs auf insgesamt 29 Standorte erweitert werden. Diese Klubs wurden im Zeitraum September bis Dezember von rund 8.600 Kindern besucht. Diese gegenüber dem Vorjahr gestiegene Besucherfrequenz bestätigt die zunehmende Beliebtheit dieses Freizeitgestaltungsangebotes am Samstagvormittag.

An 20 Sonntagen nahmen insgesamt 2.010 Wiener Kinder an der Aktion „Malen im Museum", die im Museum moderner Kunst im Palais Liechtenstein angeboten wird, teil.

Die aus den ehemaligen „Wiener Jugendkunstklassen" hervorgegangenen Mal- und Zeichenkurse des Landesjugendreferates konnten im Jahre 1983 beachtlich erweitert werden. Das derzeit bestehende Kursnetz stellt eine weitgehende Annäherung an das bestehende Grundkonzept zur Erlangung eines flächendeckenden Kursangebotes dar. Im Schuljahr 1982/83 nahmen 400 Wiener Kinder an den insgesamt 17 Kursen teil, die in zehn Wiener Schulen abgehalten wurden und deren pädagogische Leitlinien kreativitätsfördernde Schwerpunktsetzungen beinhalten.

Die Aktion „Treffpunkt Schule", die aus der Aktion „Offene Schulen" der Semesterferienaktivitäten entstanden ist, wurde erfolgreich weitergeführt und konnte im Schuljahr 1982/83 eine Gesamtbesucherzahl von 12.737 Kindern aufweisen. Die derzeit an sieben Standorten betriebenen „Treffpunkt-Schulen" verzeichneten an jedem Aktionstag, das heißt am Donnerstagnachmittag, im Durchschnitt den Besuch von 54 Kindern.

Die „Internationalen Jugendtheatertage" wurden 1983 zum sechstenmal abgehalten, und zwar wieder im „Treffpunkt Petersplatz". Vom 17. bis 26. Juni waren insgesamt 15 Gruppen aus Bulgarien, den Niederlanden, der ČSSR, der Bundesrepublik Deutschland, aus Jugoslawien, den USA und den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Steiermark zu sehen. Insgesamt 1.214 Besucher wurden registriert.

Am Schultheater-Festival nahmen 21 Theatergruppen, die aus allen Schultypen in Wien kamen, teil. Spielort an den fünf Abenden war das Konservatorium der Stadt Wien. Bei der Abschlußveranstaltung im Rathaus wurde jeder Gruppe ein Förderungspreis übergeben.

Beim Volkstanzfest konnten bei schönem Wetter vor dem Schloß Belvedere (Teichhof) 400 Volkstänzer

sowie 3.000 Zuseher gezählt werden. In der Pause wurden Wiener Kontratänze gezeigt, auf dem Spielplatz Tänze für Kinder zum Mitmachen veranstaltet.

So wie in den vergangenen Jahren wurde die Mittagsaufsicht für die Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Lehrgänge organisiert und durchgeführt, wobei erstmals alle Polytechnischen Lehrgänge in Wien erfaßt werden konnten.

Die Flugmodellbau-, Photo- und Werkkurse wurden an 20 Schulen durchgeführt und von über 300 Schülerinnen und Schülern besucht. Am 31. Redewettbewerb, der gemeinsam mit dem „Kuratorium österreichischer Redewettbewerb" veranstaltet wurde, nahmen 260 Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, 107 werktätige Schüler der Berufsschulen sowie neun Präsenzdiener des Bundesheeres teil. Die Wiener Schlußveranstaltung fand im Gemeinderatssitzungssaal statt.

An den Kursen für Haltungsturnen, die 1982/83 in Zusammenarbeit mit der Abteilung durchgeführt wurden, nahmen 5.013 Wiener Kinder in 159 Wiener Pflichtschulen teil, wofür die 155 Lehrkräfte insgesamt 7.309 Kursstunden aufwendeten.

Zum Bezirksjugendsingen, das anläßlich der Festwocheneröffnung an 174 Orten, wie Schulen, Betrieben, Plätzen und Parkanlagen, veranstaltet wurde, fanden sich 1.250 Gruppen mit 30.929 Mitwirkenden ein. Mehr als 30.000 Zuhörer konnten zusätzlich gezählt werden. Am Landesjugendsingen, das in dreijährigem Rhythmus stattfindet, beteiligten sich 34 Chöre aller Schultypen, beim Festlichen Singen im Rathaus zeigten 15 Chöre ihr Können. Zum ebenfalls alle drei Jahre stattfindenden Bundesjugendsingen, das diesmal in Salzburg veranstaltet wurde, wurden sechs Wiener Chöre entsandt.

In der Wiener Jugendleiterschule, die für Mitarbeiter aus allen Bereichen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung steht, wurden 18 Fachkurse, ein Grundkurs, diverse Diskussionsveranstaltungen, darunter Erörterungen über die geplante Novelle des Wiener Jugendschutzgesetzes, sowie „Schnupperseminare" und ähnliche Kontaktveranstaltungen abgehalten. Die Einrichtungen und Kurse der Jugendleiterschule wurden von insgesamt 1.150 Interessenten in Anspruch genommen.

Der Wiener Ferienclub, als Angebot für die 14- bis 19jährigen, wurde im Jahre 1983 bis zum August geführt und dann von der Aktion „Jugend in Wien" abgelöst. Das Angebot umfaßt kulturelle, sportliche, mediale und freizeitpädagogische Veranstaltungen. Insgesamt machten 68.891 Jugendliche von diesem Angebot Gebrauch, was eine Steigerung von fast 70 Prozent gegenüber 1982 bedeutet.

Der Bandwettbewerb „pop-odrom" wurde zum neuntenmal in den Sparten Rock, Folk und Jazz durchgeführt. Insgesamt hatten sich 117 Gruppen bzw. Einzelmusiker angemeldet. Bei dieser Aktion können jugendliche Gruppen zum erstenmal ihr Können in der Öffentlichkeit zeigen, Kontakte mit anderen Musikern herstellen und Vergleiche machen. Die Veranstaltungen des „pop-odrom", einschließlich der Abschlußveranstaltung, besuchten 6.400 Jugendliche.

Im Rahmen der Internationalen Jugendkontakte besuchten Mitarbeiter der außerschulischen Jugendarbeit aus Wien die Städte Amsterdam im April und Hamburg im September 1983, um die Jugendarbeit in diesen Städten kennenzulernen. In Wien konnten aus verschiedenen Ländern Europas und Amerikas Experten begrüßt werden, die sich für die Arbeit der Stadt Wien im Kinder- und Jugendbereich interessierten. Vom 12. bis 18. Juni nahmen 20 Experten aus europäischen Ländern und aus Österreich an der Internationalen Konferenz, die mit dem Thema „Zielsetzungen der Jugendfreizeitarbeit am Beispiel Wien" veranstaltet wurde, teil.

In der Arbeitsgemeinschaft Medienerziehung konnte die 1982 aktivierte Lehrerarbeitsgemeinschaft für Medienerziehung ihre Tätigkeit fortführen und neue Projekte im Bereich der Videoarbeit initiieren.

Die Vorführungen pädagogisch wertvoller Filme im Filmsaal des Planetariums konnten einen wesentlichen Anstieg des Interesses verzeichnen: Während des Schuljahres 1982/83 besuchten 15.800 Schüler und Lehrer die Vorführungen, was einer Steigerung von 41 Prozent gegenüber dem letzten Berichtszeitraum gleichkommt.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Sportangelegenheiten wurden die Aktionen „Sportplätze der offenen Tür" (35.203 Kinder), „Jugendeislaufen" (31.045 Teilnehmer)., „Fahrt zum Schnee" (2.831 Teilnehmer), „Semester- und Weihnachtsskikurs" (136 Teilnehmer), „Fahrt zum Spiel" (6.841 Teilnehmer) sowie der „Skiverleih an Wiener Pflichtschüler für Skikurse" (2.306 Entlehnungen) durchgeführt. An den Sportaktionen wie z. B. unter anderem Tennis, Tischtennis und Wasserskilaufen, die im Rahmen des Wiener Sommer-Ferienspieles angeboten wurden, beteiligten sich 22.062 Wiener Kinder.

In insgesamt 443 Einsätzen konnten die Mitarbeiter des Medienzentrums 5.977 Personen ansprechen und für die direkte Teilnahme an den einzelnen Projekten interessieren. In mehr als 20 einzelnen Projekten erhielten Wiener Schüler die Gelegenheit, praktische Medienarbeit kennenzulernen. Dokumentationen über Ausstellungen und Veranstaltungen sowie die Mitwirkung des Videobusses beim „Tag der offenen Tür" und anderen Veranstaltungen der Stadt Wien ergänzten den Aktivitätenrahmen dieser Institution. In 49 Studioeinführungen wurden interessierte Gruppen mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten und Studioeinrichtungen vertraut gemacht.

Im Jahre 1983 wurden im Landesjugendreferat Wien insgesamt 94 Subventionsanträge behandelt. Größter Subventionsempfänger war der Verein „Jugendzentren der Stadt Wien", dem Förderungsmittel in Gesamthöhe

von 57,862.000 S gewährt wurden. Damit konnte der Verein sein begonnenes Konzept weiterführen, das Jugendzentrum Zeltgasse nach seiner Adaptierung wieder in Betrieb nehmen, die Arbeiten zum Bau des Jugendzentrums Grinzing weitgehend fertigstellen und mehrere Zentren mit einer modernen, jugendgerechten Einrichtung ausstatten. Die Aktivitäten des Vereines „Wiener Jugendkreis" wurden mit insgesamt 19,771.000 S gefördert. Diese Subvention ermöglichte dem Verein die wirtschaftliche und teilweise organisatorische Durchführung der Aktionen des Landesjugendreferates Wien. Die Arbeit der im Bundesjugendring repräsentierten Wiener Jugendorganisationen wurde mit Subventionsmitteln von insgesamt 3,244.000 S unterstützt. Für die Ausrichtung der Jungbürgerfeiern und der Ausgabe des 1983 aufgelegten Jungbürgerbuches anläßlich des 100jährigen Bestandes des Wiener Rathauses stand ein Sachkredit in Höhe von 5,473.000 S zur Verfügung. Zahlreiche Jugendvereinigungen, animatorische Gruppen, Kindertheater-Ensembles und Vereinigungen zur Förderung des Musikverständnisses unserer Jugend wurden mit Förderungsmitteln von insgesamt 3,889.000 S unterstützt, wobei die vom Verein der „Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien" betreute Aktion „Musik hören — Musik verstehen" besonders zu erwähnen ist. An dieser Aktion konnten 1982/83 mehr als 34.000 Kinder und Jugendliche teilnehmen.

Die Städtischen Büchereien konnten im Jahre 1983 trotz längerer Sperre der zwei großen Zweigstellen in 21, Brünner Straße (Umstellung auf EDV), und in 15, Hütteldorfer Straße (Umbau und Umstellung auf Freihand), mit 3,187.393 Entlehnungen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Entlehnfrequenz um 2 Prozent erreichen. Die Anzahl der eingeschriebenen Leser betrug 104.949.

Die Umstellung des Verbuchungssystems auf EDV in der Zweigstelle 21, Brünner Straße 36, konnte abgeschlossen werden. Das neue System ist seit September 1983 in Betrieb. In den Zweigstellen 15, Schwendergasse 39—43, und 2, Zirkusgasse 1—3, wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung begonnen. Die Übersiedlung der zu klein gewordenen Zweigstelle in 12, Hetzendorfer Straße 43—45, in die neuen Räumlichkeiten in der Wohnsiedlung „Am Schöpfwerk" konnte abgeschlossen werden. Mit einer Pressekonferenz wurde die Bücherei im Oktober 1983 von Frau Vizebürgermeister *Fröhlich-Sandner* offiziell eröffnet. Die Einrichtung der beiden neuen Büchereien in 10, Laxenburger Straße 90 a, als Ersatz für die zu klein gewordene Bücherei Raxstraße und in 21, Marco-Polo-Gründe, konnte fertiggestellt werden. Die Bücherei Laxenburger Straße wird 1984 am Andersentag eröffnet. Für die Bücherei Marco-Polo-Gründe wurde 1983 mit dem Aufbau des Buchbestandes begonnen, der 1984 weitergeführt wird. In der Bücherei 15, Hütteldorfer Straße 81 a, wurden die baulichen Arbeiten weitergeführt und ein Großteil der Einrichtung fertiggestellt. Mit einer Eröffnung dieser Bücherei ist im März 1984 zu rechnen. Als Ersatz für den seit 1965 in Betrieb stehenden Bücherbus II wurde ein neues Fahrzeug angeschafft, wobei durch die Einrichtung von WC, Warmwasserboiler und Kühlschrank darauf geachtet wurde, für das Personal optimale Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der bewährte Hauslesedienst wurde weitergeführt.

Die Schülerbewegung in den Musiklehranstalten ergab für das Schuljahr 1982/83 folgendes Bild: Am Konservatorium waren 729 ordentliche und 346 außerordentliche Studierende, insgesamt 1.075, inskribiert. Darunter befanden sich 274 Ausländer aus 41 Nationen. An 18 Musikschulen lernten 3.899, in den 4 Jahrgängen der Kindersingschule 3.577 Schüler. Der Gesamtschülerstand betrug somit 8.551.

Am Konservatorium wurden 6 Diplom-, 29 Reife-, 13 Abschluß-, 16 Seminar- und 18 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 57 Schülern der Musiklehranstalten wurden Schulgeldermäßigungen bzw. -befreiungen gewährt, 16 Studierende erhielten Stipendien im Gesamtwert von 266.000 S.

Unter den zahlreichen Veranstaltungen sind vor allem das Chor- und Orchesterkonzert des Konservatoriums unter der Leitung von Direktor Prof. *Müller* im Großen Musikvereinssaal (zwei Aufführungen) mit Verdis „Requiem" zu erwähnen. Das gleiche Konzert wurde im Rahmen einer Bundesländertournee in Linz, Eisenstadt und Graz mit großem Erfolg wiederholt. Die Opernschule gastierte mit Lortzings Spieloper „Der Wildschütz" an zwei Abenden im Theater an der Wien sowie in Wimpassing, Waidhofen/Ybbs, Baden, Wiener Neustadt, Berndorf, Amstetten, St. Pölten und Hollabrunn. Weiters wurden Opernfragmente im Collegium Hungaricum, in Alt-Erlaa, im Zentrum Simmering und im Studio Molière aufgeführt. Zu erwähnen sind ferner 1 Solistenkonzert im Großen Konzerthaussaal, 1 Chorkonzert in der Lichtentaler Kirche, 3 Professorenkonzerte, 3 Konzertstunden, rund 100 Klassen- und Übungsabende sowie 10 Operettenabende im Konservatorium, in den Häusern der Begegnung Döbling und Liesing, in der Volkshochschule Margareten und im Pensionistenheim Roßau. Die Jugendblasmusik spielte am „Tag der offenen Tür", gab zwei Konzerte im Psychiatrischen Krankenhaus und wirkte zusammen mit der Gardemusik Wien bei einer Fernsehaufnahme für den „Musikantenstadl" vor dem Schloß Schönbrunn mit. Die Jazzabteilung gab zwei Konzerte im Konservatorium, die Big Band wirkte bei einer Veranstaltung der Modeschule in Berlin mit, von der auch eine Fernsehaufzeichnung ausgestrahlt wurde. Die Musikschulen veranstalteten 2 Lehrerkonzerte, 17 Jahreskonzerte sowie zahlreiche Klassen- und Übungsabende. Ein Konzert der Musikschulen hat im Schubertsaal des Konzerthauses stattgefunden. Schüler der Musikschulen bildeten das Orchester bei der Kinderoper „Pollicino", das in der Volksoper mit Ausnahme von zwei Vorstellungen nur von Kindern dargestellt wurde. Das Experiment einer „Musikschule für Erwachsene" hat sich bewährt, es fand 59 Teilnehmer. Das Seminar für Militärmusik umfaßt nunmehr 48 jordanische

Musikstudierende, denen in ihrem jeweiligen Instrument Unterricht erteilt wird und die in Musiktheorie und praktischen Orchesterübungen unterwiesen werden. Einige Studierende wirkten bei Klassen- und Übungsabenden mit. Sechs Angehörige der Gardemusik des österreichischen Bundesheeres nahmen ihr Studium am Konservatorium auf. Das „Festliche Singen und Musizieren" der Kindersingschule hat im Großen Konzerthaussaal unter dem Motto „Märchen und Lügen" stattgefunden. Die Kinder der Kindersingschule wurden vom Schulorchester des Konservatoriums und einem Blockflöten- und Schlagwerkensemble der Musikschulen begleitet. Die Räume des Konservatoriums standen auch 1983 wieder für die „Wiener Meisterkurse" zur Verfügung, im Großen Saal wurde das 10. Schultheaterfestival des Landesjugendreferates abgehalten. Das Robert-Stolz-Stipendium, gewidmet von der australischen APEX-Organisation, wurde fortgeführt. Der Organist Christopher Wrench legte die Reife- und Diplomprüfung erfolgreich ab und gab mehrere Konzerte. Im Rahmen der Aktion „Musik hören — Musik verstehen" für die Wiener Schuljugend fanden 1982/83 folgende Veranstaltungen statt: Für das Modell A (Musikhörstunden) mit 616 Veranstaltungen fanden sich 18.480 Interessenten, für das Modell B (Vormittagskonzerte) mit 19 Veranstaltungen 12.711 Interessenten und das Modell C (Abendkonzerte) mit 36 Veranstaltungen 2.251 Interessenten. Am Landeswettbewerb Wien der Aktion „Jugend musiziert", der von den Musiklehranstalten gemeinsam mit der Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien durchgeführt wurde, nahmen 130 Schüler in den Sparten Violine, Viola, Violoncello, Klavier, Gitarre, Tuba, Klarinette, Fagott, Oboe, Querflöte, Posaune und Trompete teil. 16 Preisträger wurden zum Bundeswettbewerb dieser Aktion, der in Leoben im Oktober 1983 stattfand, delegiert. Im Objekt in 1, Johannesgasse 4 a, konnten zwei Stockwerke für Zwecke des Konservatoriums der Stadt Wien adaptiert werden.

Neben der Erfüllung des lehrplanmäßig vorgeschriebenen Unterrichtes hat die Modeschule der Stadt Wien im Juni die Sommermodeschau, die alljährlich im Schloßpark stattfindet, durchgeführt und im Oktober anläßlich der 130. Berliner Durchreise eigene Modellentwürfe im Theater am Kurfürstendamm präsentiert. Darüber hinaus hat die Schule an den von namhaften Firmen ausgeschriebenen Entwurfswettbewerben teilgenommen. Das Lehrerkollegium umfaßte 40 Personen, davon waren 19 Lehrer vollbeschäftigt und 21 teilbeschäftigt. Der Stand des Verwaltungspersonals betrug 15 Personen (einschließlich eines behinderten Bediensteten, der über den Stand zugeteilt war). Der Schülerstand betrug im Jänner 212 Schüler, im Dezember 218 Schüler, wovon 110 aus Wien kamen, 83 aus den Bundesländern und 25 aus dem Ausland.

Im Hinblick auf die von der Schulbehörde geforderten Ausbildungsziele wurde die Modernisierung der technischen Ausstattung im Rahmen der budgetären Möglichkeiten fortgesetzt. Unter anderem wurden Spezialnähmaschinen für die Fachabteilung für Modeentwurf und Damenkleidermachen sowie ein Hutdehner für die Fachabteilung für Modell-Modisterei angeschafft.

Für die Magistratsabteilungen für Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten, für Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft sowie für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte in Auftrag gegebene Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sind 1,046.000 S aufgewendet worden. Hievon wurden unter anderem ein Lagerraum für brennbare Flüssigkeiten errichtet und bestehende Bauprovisorien einer definitiven Raumadaptierung zugeführt.

Im Jahre 1983 konnten wieder Veranstaltungen mit besonderem Charakter durchgeführt werden: Mit den Materialien, die von mehreren Firmen unentgeltlich überlassen wurden, konnten Modellentwürfe realisiert werden, so daß es im Juni möglich war, die Modeschau „Neo 83" und die Kreppapier-Revue der 2. Klassen mit dem Titel „A Hetz im Dorf" mit großem Erfolg zu zeigen. Im Oktober wurde gemeinsam mit dem Ensemble der Jazzabteilung des Konservatoriums der Stadt Wien die Veranstaltung „Junge Mode — Junge Musik aus Wien" in Berlin abgehalten. Darüber hinaus haben Schülerinnen beim Internationalen Hair-Festival in Innsbruck, Wien sowie Frankfurt mitgewirkt.

Das Ansehen der Schule in der Fachwelt konnte bei zahlreichen Entwurfsaufträgen und Ideenwettbewerben in- und ausländischer Firmen wieder einmal unter Beweis gestellt werden. Neben den bereits erwähnten Arbeitsaufträgen aus der inländischen Modewirtschaft (Fa. Eybl, Fa. Triumph, Fa. Bayer-Austria) wurde eine Trendkollektion für die Fa. Licona sowie eine funktionelle Sportmode für die Fa. Anba entworfen. Ferner hat sich die Schule an mehreren Wettbewerben beteiligt, so unter anderem am SAGA-Pelzwettbewerb, bei dem einige Modelle mit einem Preis bedacht wurden. Durch die Teilnahme am Wettbewerb der Fa. Steffner sowie am Entwurfswettbewerb für Lederaccessoires der Fa. Unger konnte das hohe Ausbildungsniveau der Modeschule bestätigt werden. Beim Entwurfswettbewerb des Modeteams wurde von einer internationalen Jury einer der Hauptpreise, ein Aufenthaltsstipendium bei Pierre Cardin, einem Hetzendorfer Schüler verliehen.

Der Landesbildstelle Wien obliegt die Beschaffung von audiovisuellen Medien (Software und Hardware) für die Wiener Pflichtschulen und die Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien. Im Rahmen der budgetären Möglichkeiten werden auch Diareihen und Filme selbst produziert. Die Landesbildstelle Wien ist ferner auch Geschäftsstelle der Film-Koproduktion der österreichischen Bundesländer. Im Rahmen der Dia-Koproduktion wurde 1983 die Diareihe „Konsum" fertiggestellt und in rund 440 Serien an Schulen in allen Bundesländern verkauft, wodurch Einnahmen von 176.000 S erzielt werden konnten.

Als Eigenproduktion wurden die Diareihen „Instrumentenkunde", „Beeren am Strauch", „Schloß und Park

von Schönbrunn", „Der Schönbrunner Tiergarten" und die Bezirksbildreihe „Der 17. Wiener Gemeindebezirk" hergestellt. Für den Musikunterricht wurden außerdem die Diareihen „Zauberflöte" und „Hänsel und Gretel" in Angriff genommen. Im Rahmen der Filmproduktion wurde der Film „Der Wiener Volksprater" hergestellt. Für das Filmprojekt „Fußgängerzone" konnten die Dreharbeiten abgeschlossen werden. Neu begonnen wurden im Jahre 1983 die Filme „Die neue österreichische Tunnelbaumethode" und „Die Otto-Wagner-Brücke über das Wiental" im Zuge der Bauarbeiten für die U-Bahn-Linie U 6. Fertiggestellt wurden die Filmaufnahmen für die Filmdokumentation über den Bau der „Roßauer Brücke". Außerdem wurde 1983 mit dem Filmprojekt „Wasserversorgung" begonnen.

Für die entgeltlichen Photoarbeiten wurde eine neue Gebührenliste vom Wiener Gemeinderat beschlossen, in der auch bereits Gebühren für die Farbausarbeitung enthalten sind. Seit 1983 werden auch Farbaufträge von der Landesbildstelle selbst ausgeführt. Vom Farblabor konnten Einnahmen von rund 450.000 S erzielt werden.

Der politische Dokumentationsbereich, das sind Aufträge für die Büros der amtsführenden Stadträte, das Präsidialbüro und die Bezirksvorstehungen, wurde photographisch im gewünschten Umfang betreut. Die Fiktivbewertung dieser Arbeit ergab Einnahmen von rund 550.000 S. Der Verleih der Landesbildstelle konnte klaglos alle an ihn herangetragenen Wünsche erfüllen. Die fiktive Bewertung des Gesamtverleihvolumens ergab einen Betrag von 8,261.000 S. Die audiovisuellen Geräte der Wiener Pflichtschulen wurden im erforderlichen Ausmaß von den Bediensteten des technischen Dienstes betreut. Diese Arbeiten erbrachten Einnahmen von 317.754 S. Außerdem wurden die audiovisuellen Geräte der Privatschulen und der Dienststelle des Magistrates repariert und dabei Einnahmen von rund 42.000 S erzielt. Entsprechend einer langjährigen Praxis wurden auch die Geräte der Landesbildstelle des Burgenlandes repariert und Einnahmen von 15.831 S erbracht. Im Rahmen des Kursprogramms konnten neben den bestehenden audiovisuellen Kursen auch wieder audiovisuelle „Auffrischungskurse", „Ergänzungskurse" und „Grundinformation" über das „Wiener Bildstellenwesen" angeboten werden. Bei den „Medientagen in der Landesbildstelle" wurde den Wiener Lehrern die Gelegenheit geboten, die neu angekauften Medien noch vor dem Einsatz im Unterricht kennenzulernen. Im Jahre 1983 konnte durch die Übersiedlung der Außenstelle Südwest in das Amtshaus für den 12. Bezirk in 12, Hufelandgasse 2, die Entlehnsituation für die Schulen des 12., 13., 14., 15. und 23. Bezirkes wesentlich verbessert werden.

Im Bereich des Fremdenverkehrs wurden zahlreiche Gutachten zu Kreditansuchen von Gastgewerbe- und Beherbergungsbetrieben erstellt. Die nach dem Fremdenverkehrsförderungsgesetz erforderliche Bestellung der Landesfremdenverkehrskommission und die Wahl ihres Präsidenten für die Periode 1983 bis 1988 wurde in die Wege geleitet sowie bei der Vorbereitung des österreichischen Fremdenverkehrstages 1984 mitgewirkt. Alle Maßnahmen wurden im engsten Einvernehmen mit dem Fremdenverkehrsverband Wien durchgeführt.

Städtische Schulverwaltung

Die Zahl der öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen ist im Schuljahr 1982/83 auf 377 gesunken, und zwar auf 210 Volks-, 112 Haupt- und 42 Sonderschulen sowie auf 13 Polytechnische Lehrgänge. Die Volksschulen wurden von 45.688 Schülern in 1.848 Klassen besucht, 31.593 Hauptschüler waren in 1.210 Klassen untergebracht, 5.753 Sonderschüler in 530 Klassen, und die Polytechnischen Lehrgänge haben 3.567 Schüler in 135 Klassen besucht.

Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse an den öffentlichen Schulen betrug für Volksschulen 24,7 (im Vorjahr 25,7), für Hauptschulen 26,1 (im Vorjahr 27,2), für Sonderschulen 10,8 (im Vorjahr 11,3) und in den Polytechnischen Lehrgängen 26,4 (im Vorjahr 26,2).

In den 57 privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnischen Lehrgängen wurden in 424 Klassen 11.760 Schüler unterrichtet.

Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse an den Privatschulen betrug in den Volksschulen 28,6 (im Vorjahr 29,8), in den Hauptschulen 29,01 (im Vorjahr 30,2), in den Sonderschulen 9,8 (im Vorjahr 10,0) und in den Polytechnischen Lehrgängen 28,0 (im Vorjahr 29,0).

Die Lehrtätigkeit übten mit Stichtag 31. August 1983 353 Direktoren, 6.170 klassenführende Lehrer, 418 Lehrer für Werkerziehung, 285 Religionslehrer und 166 Sprachlehrer, insgesamt 7.392 Lehrpersonen, aus.

Am 31. Dezember 1983 befanden sich in städtischer Schulverwaltung 330 Gebäude, und zwar 296 Gebäude, die Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen dienen, sowie 27 Gebäude, die verschiedenen Zwecken dienen (allgemeinbildende höhere Schulen, Bundesfachschulen und Polizei). 7 Gebäude (Widmungsgebäude) wurden dem Bund für Zwecke der allgemeinbildenden höheren Schulen überlassen, in 12 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren Räume für Zwecke der allgemeinbildenden Pflichtschulen gemietet.

Für Bauzwecke und Erhaltung wurden im Jahre 1983 180 Millionen Schilling aufgewendet. Zu den wichtigsten Herstellungen gehörten die Fertigstellung der Turnsäle bei den Schulen in 21, Aderklaaer Straße, und in 22, Eßling, Hauptstraße 97, sowie der Beginn bzw. die Fortsetzung der Bauarbeiten an den Schulen in 7, Zieglergasse 21—23 (2. Bauteil der 16klassigen Volksschule als Ganztagsschule), und in 20, Gerhardusgasse (16-

M. Abt. 66
Statistisches Amt
der Stadt Wien
BIBLIOTHEK

klassige Volksschule, Kindertagesheim und Sanitärstation). Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten wurden für Schulneubauten in 2, Schönngasse (Turnsaal), in 13, Hietzinger Hauptstraße (Turnsaal) und in 18, Köhlergasse (8klassige Volksschule als Ganztagsschule) geleistet.

An 8 Schulgebäuden wurden Instandsetzungsarbeiten in größerem Umfang durchgeführt. 13 Schulgebäude waren wieder auszumalen, in 6 Schulgebäuden veraltete Heizungen umzubauen bzw. mit einer modernen Zentralheizung auszustatten. In 28 Schulen mußten die Fenster, in 17 die Dächer, in 16 die WC-Anlagen, in 12 die Fassaden, in 10 die Turnsäle, in 6 die Fußböden und in 5 die Spielplätze instand gesetzt werden.

An neuen Einrichtungsgegenständen wurden 100 Buchwandtafeln, 280 Kästen, 1.800 Schülertische, 3.600 Schülersessel, 100 Lehrerzimmertische, 400 Lehrersessel, 250 Garderobenbänke und 300 Overheadtische beschafft. Mit diesen Möbeln wurden unter anderem 100 Klassenzimmer, 5 Musikzimmer und 6 Werkstätten eingerichtet. Für neue Möbel wurden insgesamt 14,778.000 S, für Möbelinstandsetzung und -ergänzung sowie für Lehrmittel- und Gerätereparaturen 20,011.000 S ausgegeben.

Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 24,384.000 S.

Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 3,200.000 verschiedene Hefte, 3,100.000 Zeichenblätter, 750.000 Bleistifte, 15,650.000 S ausgegeben, für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 120.000 m Stoffe, 240.000 Strähne Strick- und Häkelgarne, wurden 5,231.000 S bezahlt. Der Restbetrag war für die Schulpauschalien bestimmt.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen 19.000 Exemplare des Buches „Die Geschichte der Stadt Wien" im Wert von rund 19 Millionen Schilling zur Verfügung. Für Klassenlesestoffe, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbücherei wurden 3,173.000 S aufgewendet.

Im Jahre 1983 wurden für die allgemeinbildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.), Werkzeuge, audiovisuelle Geräte, Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 8,249.000 S angeschafft.

Den Ganztagsschulen wurde für die Führung der Hobbygruppen Bargeld in der Höhe von rund 1,3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Ferner wurden noch vorhandene Stummfilmprojektoren gegen Tonfilmprojektoren ausgetauscht und auch bereits veraltete Tonfilmprojektoren erneuert.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1982/83 18 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Anzahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Versuchsvorhaben können nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Vorschulklassen dienen primär der Herstellung annähernd gleicher Schulstartchancen für jene Kinder, die trotz normaler Intelligenz aus verschiedenen, häufig in ihrer sozioökonomischen Situation begründeten Ursachen zum Zeitpunkt des Schuleintrittes noch nicht die Schulfähigkeit erlangt haben und daher vom Schulbesuch zurückgestellt werden müssen. Darüber hinaus werden in Vorschulklassen auch Kinder aufgenommen, die auf Grund ihres Lebensalters für eine vorzeitige Aufnahme grundsätzlich in Betracht kommen, jedoch noch nicht voll schulfähig sind. Schulpflichtige Kinder, deren Sonderschulbedürftigkeit erwiesen ist, werden nicht in Vorschulklassen aufgenommen. Der Besuch der Vorschulklasse ist freiwillig, die Aufnahme kann nur in der Zeit bis 31. Dezember erfolgen.

Mit rund 100 Vorschulklassen an Volksschulen und 6 Vorbereitungsklassen an Sonderschulen waren im Schuljahr 1982/83 die Voraussetzungen dafür gegeben, daß nahezu alle für den Besuch einer Vorschulklasse in Betracht kommenden Kinder in eine solche Klasse aufgenommen werden konnten. Dieser Schulversuch wurde 1982/83 letztmals durchgeführt, seit 1983/84 sind Vorschulklassen ein Element des Regelschulwesens.

Mit der fremdsprachlichen Vorschulung sollen dem Volksschüler ab der dritten Schulstufe unter Ausnützung der dieser Altersstufe eigenen Sprachfreudigkeit und Aufnahmefähigkeit grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten im Gebrauch einer lebenden Fremdsprache vermittelt werden. Dabei soll die Fähigkeit zum bewußten Spracherwerb, die mit zunehmendem Alter verlorengeht, ausgenützt werden, um eine Beziehung zur fremden Sprache auf lustvolle Art herzustellen, die richtige Aussprache zu sichern, den Erwerb eines einfachen Wortschatzes zu erleichtern und die Sicherheit im Gebrauch der häufigsten grammatikalischen Formen anzubahnen. Mit diesem Schulversuch, bei dem es sich nicht um Sprachunterricht im herkömmlichen Sinn handelt, soll den Schülern aber auch der Übertritt in die weiterführenden Schulen, und zwar in allgemeinbildende höhere Schulen oder Hauptschulen, mit ihrem Fachunterricht erleichtert werden.

Der Schulversuch setzt in der dritten Volksschulklasse ein und wird in der vierten Schulstufe fortgeführt. Das Unterrichtsausmaß beträgt eine Wochenstunde, die nach Möglichkeit auf zwei Halbstunden aufgeteilt wird.

Die fremdsprachliche Vorschulung wird in Wien als einzigem Bundesland bereits seit mehreren Jahren an allen Volksschulen durchgeführt, und zwar in 10 Klassen in Französisch, in allen übrigen Klassen in Englisch. Dieser Unterricht wird von Lehrern mit entsprechender Ausbildung durchgeführt. Auch dieser Schulversuch wurde im Schuljahr 1982/83 letztmals durchgeführt und wird ab 1983/84 in das Regelschulwesen übernommen.

Der Schulversuch integrierte Gesamtschule strebt die Erprobung eines gesamtschulartigen Schultyps ohne Trennung nach Hauptschule und Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule für alle Schüler der 5. bis 8. Schulstufe an. Dieser Schultyp soll eine größere Zahl von Schülern der oberen Begabungs- und Leistungsschicht befähigen, nach Abschluß der Mittelstufe einen weiterführenden Bildungsweg einzuschlagen und erfolgreich abzuschließen.

Weiters sollen die Schüler der mittleren Begabungs- und Leistungsschicht unter stärkerer Berücksichtigung ihres individuellen Begabungsgefüges zu einer optimalen Entfaltung ihrer Anlagen geführt werden.

Unterdurchschnittlich begabten Schülern wird durch einen ihre Schwierigkeiten besonders berücksichtigenden Unterricht in kleineren Gruppen sowie durch ein Angebot an zusätzlichen Förderungs- und Stützungsmaßnahmen wenigstens in einzelnen Leistungsbereichen zu einem besseren Anschluß an die Mittelgruppe verholfen.

Gleichzeitig soll unter teilweiser Auflösung des Jahrgangsklassensystems ein differenziertes und individualisiertes Bildungsangebot erstellt werden, das auch Schülern mit einseitiger oder stark unterschiedlicher Begabung bessere Bildungschancen eröffnet.

Die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen sollen die sozialen Anpassungsleistungen der Schüler begünstigen und den Prozeß der sozialen Integration als Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft fördern.

In Wien wurden 12 Schulen mit 213 Klassen, in denen etwa 6.000 Schülern der Unterricht erteilt wurde, als Integrierte Gesamtschule geführt. In der Schule in 23, Anton-Krieger-Gasse 25, und 22, Polgarstraße, waren es je 24 Klassen, in der Schule in 14, Spallartgasse 18, 20 Klassen, in 21, Pastorstraße 29, 18 Klassen, in 22, Anton-Sattler-Gasse 93, und 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, je 17 Klassen, in 10, Herzgasse 27/I, 11, Enkplatz 4/I, 22, Plankenmaisstraße 30, und 23, Steinergasse 25, je 16 Klassen, in 10, Wendstattgasse 5/I, 15 Klassen und in 23, Dirmhirngasse 29, 14 Klassen. Die Schule in 22, Anton-Sattler-Gasse 93, wurde auch als Ganztagsschule geführt.

Der Schulversuch Differenzierte Sonderschule verfolgt das Ziel, durch einen leistungsdifferenzierten Unterricht in den Pflichtgegenständen Deutsch und Mathematik günstigere Möglichkeiten für eine Individualisierung des Unterrichtes zu eröffnen und den Schülern bessere Bildungs- und Berufschancen zu bieten. Den dafür geeigneten Schülern sollen außerdem günstigere Möglichkeiten für den Übertritt in die Hauptschule sowie in den Polytechnischen Lehrgang geboten werden, insbesondere aber auch in den Schulversuch „Einjähriger Lehrgang zur Erlangung des Abschlusses der 4. Hauptschulklasse (Zweiter Klassenzug) für Schüler der Allgemeinen Sonderschule". Der Schulversuch wurde an den Allgemeinen Sonderschulen in 2, Holzhausergasse 5, und 17, Kastnergasse 29, mit je 4 Klassen, in 3, Petrusgasse 10, mit 3 Klassen und in 21, Adolf-Loos-Gasse 2, mit 13 Klassen geführt.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagsschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, daß sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem Schüler die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Fertigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von Lehrern. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den Schülern die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung angeboten. Der Schüler erhält dabei Gelegenheit, eigene Entscheidungen zu treffen. Die Schulzeit beginnt in der Regel um 8.00 Uhr und endet für Volksschüler um 15.30 Uhr, für Hauptschüler um 17.30 Uhr. Für Volksschüler besteht die Möglichkeit, in der Ganztagsschule unter der Aufsicht der Lehrer bis 17.30 Uhr zu verbleiben, sofern die Eltern dies wünschen. Der Samstag ist schulfrei. Unter Berücksichtigung der pädagogischen Gegebenheiten und Erfordernisse können lehrplanmäßige Unterrichtsstunden über den gesamten Schultag verteilt werden.

Der Schulversuch wurde an 13 öffentlichen Pflichtschulen durchgeführt, so an der Integrierten Gesamtschule in 22, Anton-Sattler-Gasse 93, mit 17 Klassen, an der Hauptschule in 11, Hasenleitengasse 7—9, mit 8 Klassen, in 14, Hochsatzengasse 22—24, mit 9 Klassen, in 16, Roterdstraße 1, mit 13 Klassen, in der Volksschule in 12, Am Schöpfwerk 27, mit 12 Klassen, in 20, Spielmanngasse 1/II, in 21, Dopschstraße 25/II, mit 9 Klassen und in 2, Aspernallee 5, 7, Zieglergasse 21, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, in 15, Reichsapfelgasse 30, in 21, Irenäusgasse 2, in 23, Wohnpark Alt-Erlaa, mit je 8 Klassen. In den 125 Klassen nahmen rund 3.600 Schüler am Schulversuch Ganztagsschule teil.

Der Schulversuch „Sprachliche Förderkurse für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache" wurde für schulpflichtige Kinder ausländischer Arbeitnehmer eingerichtet. Dieser

Schulversuch soll den Kindern zu einer besseren Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache verhelfen und dadurch ihre Integration in die Klassen- und Schulgemeinschaft fördern.

Den an den einzelnen Schulstandorten gegebenen Erfordernissen entsprechend, werden sprachliche Förderkurse eingerichtet, in denen im Wege der direkten Methode die Schüler zunächst einmal im Hinblick auf das Verstehen der gesprochenen und geschriebenen Sprache sowie auf das eigene freie Sprechen gefördert werden. Es handelt sich dabei um ein unterrichtsbegleitendes Sprachtraining in kleinen Gruppen von 8 bis 12 Schülern im Ausmaß von zwei Wochenstunden mit flexiblem Kursbeginn und flexibler Kursdauer. Im Schuljahr 1982/83 wurden rund 540 Förderungskurse an rund 200 Standorten durchgeführt.

Das Projekt „Begleitlehrer" verfolgt das Ziel, Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache an Wiener Pflichtschulen den Erwerb elementarer Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erleichtern. Die Begleitlehrer werden an Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache eingesetzt. Der Begleitlehrer „begleitet" den jeweiligen Klassenlehrer im Unterricht und betreut speziell die ausländischen Kinder. Dadurch wird einerseits der jeweilige Klassenlehrer deutlich entlastet, gleichzeitig wird den Kindern mit Sprachschwierigkeiten ein Intensivsprachkurs angeboten. Im Volksschulbereich wurden von 16 Lehrern an 42 Volksschulen in 86 Gruppen insgesamt 890 Schüler erfaßt. Ferner unterrichteten die 12 Begleitlehrer an 30 Hauptschulen in 51 Gruppen insgesamt 425 Schüler.

Der Schulversuch „Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder jugoslawischer Gastarbeiter" verfolgt das Ziel, im Wege eines zusätzlichen Unterrichtsangebotes die muttersprachliche Bildung der Kinder soweit zu fördern, daß im Falle einer Rückkehr nach Jugoslawien die Integration dieser Kinder in jugoslawische Schulen ohne nennenswerte Schwierigkeiten und ohne die Ablegung von besonderen Prüfungen gewährleistet ist.

Der Schulversuch umfaßt daher für Schüler aller Schulstufen einen muttersprachlichen Unterrichtsbereich sowie einen heimatkundlichen und einen geographisch-geschichtlichen Unterricht. Der Unterricht wird nach einem österreichischen Lehrplan durchgeführt, der auf der Grundlage eines jugoslawischen Lehrprogramms vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst erlassen wurde. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel werden durch die jugoslawische Unterrichtsverwaltung kostenlos beigestellt. Der Unterricht wird in der Regel von jugoslawischen Lehrern erteilt, die jedoch der österreichischen Schulaufsicht unterstehen und für jeweils ein Schuljahr als Sondervertragslehrer angestellt werden.

Der Schulversuch wurde im Schuljahr 1982/83 mit 35 jugoslawischen Lehrern an 160 Standorten in rund 320 Gruppen durchgeführt, wobei etwa 3.800 Schüler erfaßt wurden.

Der Schulversuch „Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder türkischer Gastarbeiter" verfolgt das gleiche Ziel wie der für die jugoslawischen Gastarbeiterkinder. Er umfaßt für Schüler aller Schulstufen einen Unterricht in türkischer Sprache und Sozialkunde (türkische Geschichte, türkische Geographie und Staatsbürgerkunde) sowie Religions- und Moralunterricht. Der Sozialkundeunterricht wird in der 1. und 2. Schulstufe mit dem Sachunterricht verbunden und erst ab der 3. Schulstufe als herausgehobener Bereich des Sachunterrichtes geführt. Der Unterricht erfolgt nach gruppenspezifischen Lehrstoffverteilungen auf der Grundlage eines vom Bundesministeriums für Unterricht und Kunst erlassenen Lehrplanes, dem ein von türkischer Seite zur Verfügung gestellter Lehrplan zugrunde liegt. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel werden vom türkischen nationalen Erziehungsministerium kostenlos zur Verfügung gestellt und nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst an die Schulen geliefert.

Die unterrichtsbegleitenden Kurse wurden im Ausmaß von vier Wochenstunden für jeweils sieben bis 15, in der Regel zehn bis zwölf Schüler eingerichtet. Dieser Schulversuch wurde im Schuljahr 1983/84 von sieben türkischen Lehrern an 41 Standorten in 68 Gruppen durchgeführt.

Der Schulversuch „Einjähriger Lehrgang zur Erlangung des Abschlusses der 4. Hauptschulklasse (Zweiter Klassenzug) für Schüler der Allgemeinen Sonderschule" verfolgt das Ziel, besonders erfolgreiche Schüler der Allgemeinen Sonderschule im letzten Jahr ihrer gesetzlichen Schulpflicht oder in einem freiwilligen zehnten Schuljahr in die Hauptschule zurückzuführen, um ihnen mit dem Abschluß der vierten Hauptschulklasse im Zweiten Klassenzug bessere Berufsstartchancen zu eröffnen. Die Schüler werden zu diesem Zweck in eigenen Hauptschulklassen mit mindestens 15 und höchstens 20 Schülern zusammengefaßt und von Hauptschullehrern nach den Lehrplanbestimmungen für den Zweiten Klassenzug unterrichtet. Dieser Schulversuch wurde an neun Hauptschulen mit zehn Klassen erfolgreich durchgeführt.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahre 1983 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 2.785,558.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird.

Im Schuljahr 1982/83 wurden in 35 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen 1.033 Klassen mit 30.640 Schülern geführt.

Die Gesamtschülerzahl an den Berufsschulen hängt nicht nur mit der Stärke der entsprechenden Geburts-

Unterricht in einem Klassenzimmer der neuen städtischen Volksschule im 10. Bezirk, Neilreichgasse 111

Schulwesen

Die Volksschule Eßling im 22. Bezirk, Eßlinger Hauptstraße 97, erhielt einen neuen Turnsaal

Amtsführender Stadtrat Franz Mrkvicka (Kultur und Sport) bei der Eröffnung der Ausstellung „Gastarbeiterkinder zeichnen"

Kultur

Der Margaretenhof im 5. Bezirk, Margaretenplatz, wurde mit Mitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds der Stadt Wien renoviert.

jahrgänge, sondern auch mit der Arbeitsmarktlage zusammen. Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Die speziellen Raum- und Ausstattungserfordernisse der einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen. Die 35 Berufsschulen sind in 16 Schulgebäuden untergebracht.

Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird im allgemeinen ganzjährig geführt, an gewerblichen Berufsschulen jeweils mit einem ganzen Tag in der Woche und an kaufmännischen Berufsschulen mit zwei halben Tagen in der Woche.

Die Verfachlichung des Unterrichts wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen wurde in den fachtheoretischen Gegenständen eine Gruppenteilung eingerichtet, nur in wenigen Gewerben wurden auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt. Darüber hinaus wurden Lehrlinge in bestimmten Splitterberufen aus mehreren Bundesländern auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Jahre 1983 41 Lehrgangsklassen mit 876 Schülern in den Lehrberufen Gärtner, Blumenbinder und -händler (Floristen), Musikinstrumentenerzeuger, Holz- und Steinbildhauer, Drechsler, Kunststoffverarbeiter, Verpackungsmittelmechaniker, Reisebüroassistenten und Textilmechaniker. Andererseits besuchten 130 Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher, Vulkaniseure, Dachdecker, Hotel- und Gastgewerbeassistenten, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Auf Grund der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle werden an neun Berufsschulen in über 50 Klassen mit rund 1.520 Schülern Schulversuche durchgeführt. Die Schulversuche dienen der Erprobung neuer möglicher Organisationsformen hinsichtlich der Zusammenfassung der Schüler nach ihren Leistungen in Leistungsgruppen in einzelnen Unterrichtsgegenständen. Das Ziel der Schulversuche ist einerseits die Förderung der leistungsschwächeren Schüler, damit ein größerer Teil von Berufsschülern das lehrplanmäßige Jahresziel erreichen kann, andererseits die Förderung der leistungsstärkeren Schüler, denen eine Vertiefung bestehender Lehrplaninhalte oder zusätzliche Unterrichtsgegenstände angeboten werden können. Bei der Bildung von Leistungsgruppen sind die Schüler mit überdurchschnittlichen Leistungen in die Leistungsgruppe I, die Schüler mit durchschnittlichen Leistungen in die Leistungsgruppe II und die leistungsschwächeren Schüler in die Leistungsgruppe III einzuordnen. Den Schülern in der Leistungsgruppe III werden Förderkurse angeboten, damit das lehrplanmäßig vorgesehene Jahresziel und eventuell die höhere Leistungsgruppe erreicht werden können. Die angebotenen Förderkurse werden mit geringen Ausnahmen von den Schülern besucht. Insgesamt stehen drei Modellvarianten mit zwei Leistungsgruppen zur Auswahl.

Durch die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle wurden auf Grund von Ergebnissen, die man bei den Schulversuchen gemacht hat, Neuerungen hinsichtlich der Bildung von Leistungsgruppen, Vertiefung bestehender Lehrplaninhalte und des Angebotes zusätzlicher Unterrichtsgegenstände in das Regelschulwesen eingeführt, die mit Beginn des Schuljahres 1984/85 wirksam werden.

Im Jahre 1982 hat die Pädagogische Arbeitsstelle der Wiener Berufsschulen in neuer personeller Zusammensetzung ihre Arbeit aufgenommen und sich zum Ziel gesetzt, für die Unterrichtspraxis relevante Informationen zu sammeln, Unterrichtsmaterialien zu erstellen und diese den Lehrern zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus soll diese Arbeitsstelle auch den Austausch von Erfahrungen aus dem Unterrichtsalltag ermöglichen, damit gute und erprobte Ideen zur Unterrichtsplanung und -gestaltung möglichst rasch allen Interessierten zur Kenntnis gebracht und von diesen auch angewendet werden können. Einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht die Arbeitsstelle in der Erarbeitung von Unterrichtsprojekten, die die Verbindung der einzelnen Fachgruppen untereinander vermehrt ermöglichen soll.

Das größte Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, stammt aus dem Jahre 1908 und muß den heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes angepaßt werden. Diese Anpassung erfolgt schrittweise im Zuge eines umfassenden Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramms. Nach Abschluß der Arbeiten an der Zentralheizungsanlage wurden die Arbeiten zur Sanierung der Wasserinstallation und des Kanalnetzes ebenfalls abgeschlossen. Im Jahre 1983 wurde mit der Modernisierung im dritten Obergeschoß begonnen, außerdem wurden etwa zwei Drittel des Traktes an der Wienzeile fertiggestellt und der Bau der Werkstättenhalle I für die Berufsschule für Schlosser begonnen. Die Kosten betrugen rund 17 Millionen Schilling. Die Gesamtkosten der Umbauarbeiten einschließlich des Neubaues von Werkstättenhallen werden voraussichtlich 200 bis 250 Millionen Schilling betragen.

Die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Zentralberufsschulgebäudes in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, wurden im Jahre 1983 mit einem Betrag von rund 18 Millionen Schilling fortgesetzt, im September 1983 konnten zwei Geschosse des Erweiterungsbaues in Betrieb genommen werden. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 220 Millionen Schilling betragen.

Die Adaptierung des Volksschulgebäudes in 15, Meiselstraße 19, als Berufsschule für Bürokaufleute wurde

1983 abgeschlossen. Die Baurate für 1983 betrug rund 8 Millionen Schilling. Die Gesamtkosten betrugen 21,2 Millionen Schilling.

Im Jahre 1983 wurde der Zubau im Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, mit Mobiliar (Wandverbauten in Direktionskanzleien, Lehrerzimmern und Klassenzimmern usw.) ausgestattet. Die Ausgaben betrugen rund 1,855.000 S.

Neben der Fortführung der Ausstattung der Klassen mit Önorm-Mobiliar sind noch die Möbel für die EDV-Lehrsäle in den Berufsschulen für Industriekaufleute in 16, Panikengasse 31, Büro- und Industriekaufleute in 5, Castelligasse 9, Großhandel I und II in 15, Kauergasse 3 und 5, mit je 106.000 S pro Schule sowie die Ausstattung der Verwaltungsräume in der Berufsschule für Großhandel I mit Wandverbauten usw. in der Höhe von 326.000 S hervorzuheben, aber auch die Ausstattung der anderen Berufsschulen mit Maschinen und Geräten wurde modernisiert.

So wurden der Berufsschule für Baugewerbe Werkzeuge für Hafner und Fliesenleger im Wert von 50.000 S, ein Hubstapler um 28.000 S sowie Schleif- und Bohrmaschinen um 42.000 S beigestellt. Die Berufsschule für chemische, leder- und papierverarbeitende Berufe sowie Tapezierer erhielt je eine Stichsäge, Fugenfräse, Tischbohrmaschine sowie ein Schweißgerät, einen Spezialkühlschrank und 8 Sätze Prägetypen im Gesamtwert von 100.000 S. Für die Berufsschule für Goldschmiede wurden eine Videokamera mit Monitor, eine Werkzeugmaschine mit Zubehör, diverse Werkzeuge im Gesamtwert von 280.000 S, für die Berufsschule für Bäcker, Konditoren und Fleischer ein Backofen und eine Rühr- und Schlagmaschine im Werte von 286.000 S, ferner ein Eisflockenerzeuger, 50 Kettenhandschuhe, 10 Stichschutzschürzen im Wert von 95.000 S gekauft. Die Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik erhielt eine Schweißausrüstung um 11.000 S und Werkzeuge um 109.000 S, die Berufsschule für Schlosser und Glaser Werkbänke um 400.000 S und Glaswerkzeug um 100.000 S, die Berufsschule für Technische Zeichner und Zahntechniker Geräte für Zahntechniker im Wert von 220.000 S, die Berufsschule für Maschinenschlosser und die Berufsschule für Festigungstechnik einen CNC-Übungsplatz um 150.000 S und Werkzeuge für 50.000 S. Der Berufsschule für Gärtner und Floristen wurde eine Videoanlage im Gesamtwert von 50.000 S, der Berufsschule für Einzelhandel I ein Filmapparat im Gesamtwert von 30.000 S, der Berufsschule für Einzelhandel II ein Kopiergerät (Miete) beigestellt. Die Berufsschule für Einzelhandel III erhielt 20 Schreibmaschinen, 1 Kopiergerät (Miete), 1 Abziehgerät, 2 Filmapparate, 3 Dunkelkammerleuchten, 1 Getreidemühle, 3 Radiorecorder, 1 Videoanlage im Gesamtwert von 270.000 S, die Berufsschule für Einzelhandel IV 1 Episkop, 2 Radiorecorder, 1 Videoanlage, 1 Papierschneidemaschine im Gesamtwert von 80.000 S, die Berufsschule für Friseure I und II Arbeitsplätze und Trockenhauben im Wert von 240.000 S, die Berufsschule für Bekleidungs- und Textilgewerbe 2 Pelzmaschinen im Wert von 57.000 S, Maschinen und Werkzeuge um 118.000 S sowie einen Overheadprojektor und eine Schweißausrüstung um 25.000 S. Die Berufsschule für Bürokaufleute bekam 1 Sprechanlage, 1 Kupfertafel, 1 Typenraddrucker, 1 VV-Maschine, 1 Brenngerät, 4 Schulmaschinen, 2 Projektionstische und 2 Radiorecorder im Gesamtwert von 320.000 S, die Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute eine Mikrocomputeranlage im Wert von 600.000 S, die Berufsschule für Gastgewerbe diverses Geschirr, diverses Besteck und 1 Flockeneisbereiter im Gesamtwert von 280.000 S und die Berufsschule für Großhandel I und II eine Mikrocomputeranlage im Wert von 600.000 S. Für die Berufsschule für Elektromechaniker wurde ein Brenngerät im Wert von 18.000 S angeschafft, für die Berufsschule für Industriekaufleute eine Mikrocomputeranlage im Wert von 600.000 S, für die Berufsschule für Elektrotechnik I 8 Meßgeräte im Wert von 33.000 S, 5 Motoren und ein Trafo im Wert von 7.000 S und für die Berufsschule für Elektrotechnik II Versuchs- und Demonstrationsgeräte um 40.000 S.

In der Berufsschule für Kfz-Technik I wurden für Maschinen und Werkzeuge 52.000 S aufgewendet, in der Berufsschule für Kfz-Technik II für Versuchs- und Demonstrationsgeräte 40.000 S, in der Berufsschule für Nachrichtentechnik für diverse Meßinstrumente und Laboreinrichtungen 2 Millionen Schilling, in der Zentralen Lehrwerkstätte für Werkbänke 205.000 S, für Maschinen und Werkzeuge 245.000 S. Der Berufsschule für Graphische Gewerbe wurden ein Offsetverbau im Wert von 170.000 S, eine Photosatzanlage um 165.000 S, Vergrößerungs-, Kopier- und Photogeräte um 265.000 S beigestellt, der Berufsschule für Maler Werkzeuge und Maschinen für Keramiker im Wert von 322.000 S, Leitern und Stapelgeräte um 90.000 S, Werkzeuge und Maschinen um 50.000 S, der Berufsschule für Mechaniker und Optiker 1 Dekupiersäge, 2 Schubladenböcke samt Zubehör, 1 Maschinenzubehörschrank, 1 Etagenwagen, 1 Biegegerät, 2 Tesameter, 1 Graviermaschine und diverses Werkzeug im Gesamtwert von 300.000 S und der Berufsschule für Holzbearbeitung 1 Kantenschleifmaschine, 1 Bandschleifmaschine, Hobelbänke, 1 Kreissäge, 1 Schleif- und Poliermaschine samt diversem Werkzeug im Gesamtwert von 900.000 S.

Insgesamt wurden im Jahre 1983 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen 11,880.000 S aufgewendet.

Für den praktischen Unterricht im Jahre 1983 wurden 9,531.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,703.000 S aufgewendet. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 433,980.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1979 vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Die beiden Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Frauenberufe bieten eine fundierte praktische Ausbildung für die Tätigkeit im Haushalt, für hauswirtschaftliche Frauenberufe in größeren Familienhaushalten sowie in Anstalts- und Fremdenverkehrsbetrieben. Die Fachschule der Stadt Wien für Mode- und Bekleidungstechnik bildet Mädchen in einem vierjährigen Bildungsgang zu Damenkleidermachern aus. In der Ausbildung nimmt die Arbeit in der Werkstätte einschließlich der Fachkunde und der Modetechnik breiten Raum ein. Der Lehrplan umfaßt darüber hinaus Schnittzeichnen und Modellarbeit, Entwurf und Modezeichnen, Materialienkunde und Textilchemie. Die drei Fachschulen sind Privatschulen der Stadt Wien und führten im Schuljahr 1983/84 zusammen 30 Klassen mit 702 Schülerinnen.

Die Abteilung deckt auch den Lehrerbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den elf Krankenpflegeschulen der Stadt Wien. Der Gesamtstand der Lehrer betrug 135, davon standen 42 nur in den Krankenpflegeschulen und fünf sowohl an den Krankenpflegeschulen als auch an den Fachschulen in Verwendung.

In der Fachschule in 12, Dörfelstraße, wurde für die Modernisierung der Verwaltungsräume und der Schulwartwohnung sowie für den Einbau neuer Fenster ein Betrag von 1,400.000 S aufgewendet. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1983 rund 40,491.000 S.

Das Pädagogische Institut veranstaltete auch im Jahre 1983 Vorlesungen, Übungen und Einzelveranstaltungen zur Fortbildung und Vorbereitung auf die Dienstprüfung für Lehrer aller Kategorien, für Kindergärtnerinnen und Erzieher.

Zu den ständigen Vorlesungen kamen neu hinzu Vorträge über Kinder- und Jugendliteratur im Unterricht unter Berücksichtigung der differenzierten Lektüre, moderne Jugendliteratur im Unterricht, allgemeine Sonderpädagogik, „Das sprachbehinderte Kind", Gesprächsführung als pädagogisches Handeln, Rollenspiel und Lehrerverhalten; ferner über „Neue Wege der Pädagogik", Musik und Bewegung als Kommunikation, zwischenmenschliche Beziehungen in der Schule, Wege und Irrwege der Kinderentwicklung, Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters I und II, Buchpädagogik im Kindergarten und eine psychoanalytisch orientierte Fallbesprechungsgruppe. An weiteren Veranstaltungen sind Vorlesungen über „Darstellendes Spiel", „Werken in Kindergarten und Hort", Erste Hilfe für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen, „Die Arbeit auf der Unterstufe der Schwerstbehindertenschule", „Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache an Wiener Schulen" und „Schulalltag mit Gastarbeiterkindern" zu nennen. Weiters wurde ein Photographie-Grundkurs, ein Photographie-Aufbaukurs, Englisch für Anfänger, ein kommunikativer Englischunterricht mit besonderer Berücksichtigung des Lehrwerks „Ticket to Britain" abgehalten und Kurse in Basketball für Lehrerinnen und Lehrer, Kooperationstraining, „Teamwork im Lehrerteam", „Lernhilfe Museum" und in Entwurfslehre geboten.

Für die Lehramtsprüfung für Hauptschulen (2-Fächer-System) wurden Vorlesungen über Humanwissenschaften und das erste Wahlpflichtfach (Deutsch, Englisch, Mathematik) sowie ein Lehrerverhaltenstraining abgehalten. Im Jahre 1982/83 fanden die Vorlesungen zur Vorbereitung für die Zusatzprüfung für Lehrer der Werkerziehung statt, die von 804 Lehrern besucht wurden.

Die Vorlesungen über Heilpädagogik dienten der Prüfungsvorbereitung und Fortbildung. Das Heilpädagogische Seminar wurde durch Vorträge und Diskussionen mit erfahrenen Fachleuten ergänzt.

An der Institutsvolks- und an der Institutshauptschule wurden an 26 Nachmittagen Unterrichtsvorführungen abgehalten. An den Unterrichtsvorführungen für die Volksschule nahmen 3.094, an den Unterrichtsvorführungen für die Hauptschule 574 Lehrerinnen und Lehrer teil. Darüber hinaus fanden Veranstaltungen verschiedener Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Unterrichtsvorführungen statt.

Sehr viele Junglehrerinnen und -lehrer, die von den Pädagogischen Akademien kommen, beginnen sich sofort nach dem Eintritt in den Schuldienst auf Prüfungen vorzubereiten. Das Pädagogische Institut bietet Vorbereitungskurse für die Lehrbefähigungsprüfung für Sonderschulen, für die Volks- und Hauptschulen sowie für die Polytechnischen Lehrgänge in fast allen Gegenständen an.

Bei den Lehramtsprüfungen für die Hauptschule treten die Fremdsprachkurse immer mehr in den Vordergrund. Das Pädagogische Institut bietet Sprachkurse für Englisch, Esperanto, Französisch, Italienisch, Latein, Russisch und Türkisch an. Weiters finden Kurse für Serbokroatisch, ein Seminar für jugoslawische und türkische Lehrer sowie ein Deutschkurs für ausländische Lehrer statt. Diese Kurse dienen vor allem jenen Lehrern, die Kurse für Gastarbeiterkinder führen, und sollen eine Hilfestellung bei der Verständigung geben. Alle Sprachkurse wie auch alle anderen Kurse können selbstverständlich auch zur Fortbildung besucht werden, wovon eine große Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern Gebrauch machten.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Wien veranstaltete das Pädagogische Institut auch im Jahre 1982/83 wieder Vorlesungen, Übungen und Vortragsreihen für Kindergärtnerinnen und Erzieher, wobei diese im gleichen Umfang wie bisher weitergeführt wurden.

Die Unterrichtsvorführungen, Seminare, Vorlesungen und Übungen sowie das Seminar für Berufspraxis an allgemeinbildenden höheren Schulen wurden gleichfalls fortgesetzt. Besonders reges Interesse herrschte für das physikalische Experimentierpraktikum der Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen. Starken Anklang fand auch der Kurs „Die audiovisuellen Lehrmittel im Unterricht".

Zu den ständigen Veranstaltungen auf dem Gebiet der sportlichen Lehrerfortbildung des Pädagogischen

Instituts gehören ein Eislaufkurs am Wiener Eislaufverein und auf der Kunsteisbahn Engelmann sowie ein Schwimmkurs im Wiener Stadthallenbad. Weiters fand vom 20. bis 27. Jänner ein Lehrerschikurs in Mariazell statt.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1983 hatten 5.493 Hörer inskribiert. Dazu kamen noch zahlreiche Teilnehmer an Veranstaltungen, die nicht inskriptionspflichtig sind.

Der Bücherzuwachs der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Jahre 1983 rund 2.300 Bände, so daß sich der gegenwärtige Bücherbestand auf 174.300 Bände (Bücher und Zeitschriften) beläuft. Im Lesesaal lagen 142 Zeitschriften zur Einsichtnahme auf, neue Nachschlagwerke wurden eingestellt. Die Bücherei wurde von rund 7.700 Entlehnern in Anspruch genommen, die 38.300 Bücher entlehnten. Der Lesesaal wurde von 3.500 Lesern besucht, die 17.300 Bücher und Zeitschriften benützten. Die Gesamtausgaben für das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei betrugen im Jahre 1983 11,841.000 S.

Kultur und Sport

Kulturamt

Im Rahmen der Wissenschaftsförderung bewarben sich von rund 70 Interessenten nach Informationsgesprächen und individuellen Beratungen 53 Personen um ein Wissenschaftsstipendium. Von den eingereichten Forschungsvorhaben wurde an 48 Personen je ein Wissenschaftsstipendium vergeben, wobei die Gesamthöhe der Stipendien 920.000 S betrug. 76 Institutionen, wissenschaftliche Gesellschaften und Vereine, darunter die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, der Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, das Institut für Stadtforschung, das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, das Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz in Linz, einschließlich 9 internationaler Veranstaltungen und Ausstellungen, wurden mit einem Gesamtbetrag von 22,442.700 S gefördert.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Karl-Popper-Symposiums vom 24. bis 26. Mai 1983 wurde mitgearbeitet.

Die Literaturförderung bestand auch 1983 in der Unterstützung der zeitgenössischen österreichischen Literatur, in deren Rahmen insgesamt 6.333 Bücher (56 verschiedene Titel) und 14 Zeitschriften (722 Abonnements) mit einem Gesamtbetrag von 1,399.468 S unterstützt wurden. Ferner wurden 11 Verlagen Druckkostenbeiträge in der Höhe von 270.000 S gewährt. Sieben literarische Vereine, und zwar die Grazer Autorenversammlung in Wien, der Hauptverband der Österreichischen Buchhandlungen, der Literaturkreis Podium, der Österreichische PEN-Club, die Österreichische Gesellschaft für Literatur, der Österreichische Schriftstellerverband und der Verein „Wespennest", erhielten insgesamt 300.000 S an Subventionen. 11 Schriftsteller wurden durch die Gewährung eines Arbeitsstipendiums (insgesamt 220.000 S) gefördert, 2 Autoren erhielten Förderungspreise der Stadt Wien (80.000 S), einem Autor und einem Journalisten wurde der Würdigungspreis der Stadt Wien (150.000 S) verliehen.

Vom 4. bis 12. März fand unter dem Motto „Sinnversuche" die Veranstaltung „Literatur im März" statt. Am 12. März wurde die Preisverleihung des Lyrik-Wettbewerbes, der zur Förderung junger Talente durchgeführt wurde, abgehalten. Vom 21. bis 28. März konnte die Woche „Literatur für junge Leser" mit dem Thema „Lesen im Schloß" veranstaltet werden. Am 21. April wurde der Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien verliehen. Vom 4. bis 8. Mai fand die Veranstaltung „Literatur und Macht" mit dem Thema „Bücherverbrennung" statt. Ein Kafka-Symposium wurde anläßlich seines 100. Geburtstages vom 16. bis 19. Mai, ein Hebbel-Symposium wurde aus Anlaß seines 170. Geburts- und 120. Todestages am 28. und 29. November abgehalten.

Der „Musikalische Sommer", der in den zentralen Aufgabenbereich der Musikpflege fällt, erfreute sich beim in- und ausländischen Publikum größter Beliebtheit. Von den 17 Arkadenhofkonzerten mußten drei wegen Schlechtwetters in den Festsaal des Wiener Rathauses verlegt werden; insgesamt wurde eine Besucherzahl von fast 28.000 erreicht. Die Konzerte in der Großen Galerie des Schlosses Schönbrunn konnten wieder durchgeführt werden. Zu den 14 Veranstaltungen, die vor allem beim ausländischen Publikum nichts an Beliebtheit eingebüßt haben, kamen 6.681 Besucher. Die 18 Palaiskonzerte hatten 3.379, die 4 Konzerte an Gedenkstätten, von denen zwei im Haydn-Haus und je eines im Schubert-Geburtshaus und im Palais Kinsky stattfanden, 367 Besucher. Diese Konzerte waren zu 100 Prozent ausgelastet. Das in den letzten drei Jahren zunehmende Interesse für Kirchenkonzerte wurde von 2.100 Besuchern, die zu den 8 Konzerten kamen, bestätigt. Nicht ganz so gut verliefen die vier Veranstaltungen „Tage der Chormusik" mit 1.715 Besuchern sowie die zwei im Jahre 1983 erstmals durchgeführten Ballettabende im Arkadenhof, von denen einer wegen Schlechtwetters in den Festsaal des Rathauses verlegt werden mußte. Die Besucherzahl belief sich auf 1.559 Personen. 100prozentige Auslastung hatten hingegen die vier Schrammelabende. Ebenso erfolgreich verliefen die Konzerte auf dem Rathausplatz und die Veranstaltungen im Garten des Oberen Belvedere, die bei freiem Eintritt fast 14.000 Besucher hatten. Dem Gesamtaufwand von 10 Millionen Schilling standen Einnahmen von rund 4,2 Millionen Schilling gegenüber. Die „Gedenkstättenkonzerte", die wieder an den bewährten Spielorten im Schubert- und Haydn-Haus (6 Doppelveranstaltungen), aber auch in den Sträussel-Sälen des Theaters in der Josefstadt und im Figaro-Saal im Palais Palffy (je 2 Konzerte) stattfanden, waren ausverkauft. Als „Advent in Wien" wurden über Initiative des Kunstvereines Wien in den Bezirken Veranstaltungen durchgeführt, für die gemeinsam Werbung (Plakate, Prospekte) gemacht wurde. Finanziell wurden sie mit einer Ausfallshaftung teilweise vom Kulturamt der Stadt Wien getragen. Die Zusammenarbeit mit erprobten Veranstaltern und Agenturen, wie der Musikalischen Jugend Österreichs, dem Musikverein, Konzerthaus, Kunstverein Wien und den „Stimmen der Welt", für die das Kulturamt der Stadt Wien als Initiator und gegebenenfalls als Ausfallshafter fungiert, hat sich in allen Fällen bewährt. So wurden „Tage der Sakralmusik", „Jazz- und Pop-Frühling", „Wiener Schubert-Tage", „Show-Herbst" und Konzerte im Künstlerhaus im Rahmen von Ausstellungen geboten. Die im Jahr der Behinderten eingeführten Konzerte in Krankenanstalten und Pflegeheimen wurden fortgeführt. Den traditionellen Jahresabschluß bildete wieder das Silvester-Turmblasen. Diese Veranstaltung wurde von rund 1.200 Per-

sonen besucht. Subventionen wurden in der Höhe von insgesamt 63,668.000 S vergeben, wovon allein die Wiener Symphoniker 61,380.000 S bekamen, während der Hauptanteil der Restsumme an die Wiener Konzerthaus-Gesellschaft, die Gesellschaft der Musikfreunde und die Wiener Meisterkurse ging.

Das Gesamtbudget im Bereich des Filmes von 1,5 Millionen Schilling wurde für den Dokumentarstreifen „Unsere große Stadt" aufgewendet. Dieser Farbfilm von 45 Minuten Dauer zeigt ein kulturell und gesellschaftlich überaus lebendiges Wien, in dem Vergangenheit und Gegenwart eine harmonische Verbindung eingegangen sind. Der Film wurde mit großem Erfolg im Fernsehen gezeigt. Die Jungfilmerförderung und die Förderung von Videoprojekten mit einem Ansatz von 600.000 S wurden voll ausgeschöpft: So konnten 17 Spiel- bzw. Experimentalfilme unterstützt werden. Alle Filme wurden fertiggestellt. Der Film „Malaria" von Niki List erhielt sogar den „Max-Ophüls-Preis 1983". Der Wiener Filmförderungsfonds wurde wieder mit einem Betrag von 5 Millionen Schilling dotiert. Daraus wurde der von der Arion-Film produzierte Streifen „Johnny Morgengrauen" gefördert.

In Theaterangelegenheiten wurde die bisherige Subventionstätigkeit für die Wiener Groß- und Mittelbühnen im üblichen Rahmen fortgeführt, wobei wie in den vergangenen Jahren die gestiegenen Lohn- und Sachkosten nach Überprüfung durch das Kontrollamt Berücksichtigung fanden.

Im Raimundtheater wurden schon im Vorjahr umfangreiche Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Im Hinblick auf den schlechten baulichen Zustand wurden auch im Jahre 1983 durch behördliche Auflagen bedingte dringende Renovierungs- und Umbauarbeiten vorgenommen. Es handelte sich dabei nicht um die gesamte Generalsanierung des Theatergebäudes, sondern um unaufschiebbare Installationen und Erneuerungen von Heizungs-, Beleuchtungs- und Lüftungsanlagen. Die Wiener Kammeroper befand sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Die Generalsanierung des Gebäudes, die im Jahre 1981 begonnen wurde, konnte 1983 mit Unterstützung der Stadt Wien fortgesetzt werden. Im „Theater im Zentrum", das vom Theater der Jugend benützt wird, wurden im Sommer 1983 die Sanierung der Heizungsanlage und kleinere Reparaturen an der Lüftungsanlage durchgeführt. Im Serapionstheater und im International Theatre wurde die Neuinstallierung einer Bühnenlichtsteueranlage ebenso dringend notwendig wie die Anschaffung eines Tonsystems. Der zu den „Freien Gruppen" zählende Theaterverein „Gruppe 80" hat in den Räumlichkeiten des ehemaligen Kinos in 6, Gumpendorfer Straße 67, eine ständige Veranstaltungsstätte gefunden. Umfangreiche Umbauarbeiten und die Adaptierung dieser neuen Spielstätte wurden erst durch eine erhebliche finanzielle Unterstützung der Stadt Wien ermöglicht. Dem Theaterverein „Theater Brett" stehen nach umfangreichen Umbauarbeiten in 6, Münzwardeingasse 6, geeignetere Räumlichkeiten für einen regelmäßigen Theaterbetrieb zur Verfügung. Mit diesen beiden Bühnen, die mit Hilfe der Stadt Wien entstanden sind, finden beide Gruppen nun adäquate Spielmöglichkeiten, die auch „Freien Gruppen" zur Verfügung gestellt werden sollen. Die im Jahre 1982 begonnene Generalsanierung des „Zentrums 22", das vom Kulturverein Donaustadt als kulturelles Veranstaltungszentrum betrieben wird, wurde 1983 durch weitere Unterstützung der Stadt Wien abgeschlossen. Auf Grund weiterer Baukostenzuschüsse waren auch Renovierungsarbeiten in der Intimen Bühne, der Tribüne und im Theater-Forum möglich.

Diverse Aktivitäten der „Wiener Festwochen" sowie die Vorbereitungsarbeiten für das Wiener Internationale Ballettfest „Tanz 84" wurden von der Stadt Wien finanziell unterstützt. Die kulturellen Sommeraktivitäten verschiedener Wiener Bühnen waren durch Subventionen erst möglich; so standen auch für diese Aktionen wie im Vorjahr 3,420.000 S zur Verfügung. Zahlreichen Wiener Theatern konnten für die Aufführung von Werken österreichischer Autoren wieder Prämien in der Gesamthöhe von 600.000 S gegeben werden. Wenn diese Zuschüsse Werke lebender Autoren betrafen, so wurde den Theatern vorgeschrieben, Teilbeträge dem Autor weiterzugeben. Sehr erfolgreich wurde auch das „Wiener Stadtabonnement" fortgeführt; von 4.000 aufgelegten Abonnements konnten 3.817 verkauft werden.

Im Jahre 1983 befaßte sich ein Arbeitskreis, der aus Theaterkritikern, Dramaturgen und anderen Theaterfachleuten besteht, mit der Erstellung eines neuen Kleinbühnenkonzeptes, das auf Grund von bestimmten Kriterien eine leistungsorientierte und gezieltere Förderung der Kleinbühnen und Freien Gruppen ermöglichen soll. Die für die Bewertung zuständige Jury wurde vergrößert, wodurch mehr Personen zur Verfügung stehen, die eine objektivere Vergabe der Prämien gewährleisten sollen. Für die Aktivitäten des österreichischen Filmarchivs, des österreichischen Filmmuseums, die Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs — Wiener Filmclub und die Gesellschaft für Filmwissenschaft sowie für die Vorbereitung der Viennale 1984 wurden beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Über Initiative bzw. unter Mitwirkung und Förderung des Kulturamtes wurden im Rahmen der bildenden Kunst verschiedene Aktionen durchgeführt: Die Ausstellung „Karl Valentin" fand vom 15. November 1982 bis 31. Jänner 1983 im Österreichischen Kulturzentrum statt. Vom 13. Jänner bis 6. Februar wurde in der Wiener Secession die Ausstellung „Freiplatz Kunst", vom 15. Februar bis 23. März Werke von Arik Brauer gezeigt. Vom 9. März bis 2. April präsentierte die Galerie Insam im Rahmen des Bundesländerprogramms „Zum Beispiel Steiermark". In der Secession waren ferner vom 6. bis 30. April die Ausstellung „Der heilige Berg" von Harald Oroschakoff zu sehen, vom 9. August bis 1. September eine Präsentation der Jungen Szene

Wien und Wien-Vienna von Michael Freund. Vom 9. September bis 16. Oktober wurde in der Volkshalle „Ars sacra" gezeigt, vom 24. September bis 20. November im Palais Auersperg eine Ausstellung von Henry Moore sowie vom 7. bis 11. November die 5. Aktion „Künstler malen und zeichnen in Betrieben", die in Zusammenarbeit mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund durchgeführt wurde und in vier Betrieben des graphischen und papierverarbeitenden Gewerbes stattfand. Ferner konnten 20 Künstler zwei Wochen in diesen Betrieben arbeiten. Im Rahmen des Bundesländerprogramms waren weiters vom 29. November bis 23. Dezember in der Galerie Insam Werke von Heinz Greissing zu sehen. Der Weihnachtskunstmarkt wurde vom 24. November bis 23. Dezember abgehalten.

Die Artothek, die Leihbilder der Stadt Wien zur Verfügung stellt, wurde weitergeführt. Im Jahre 1983 war wieder eine zunehmende Anzahl an Leihnehmern festzustellen. Die Aktion „Galerie im Krankenhaus" wurde in Zusammenarbeit mit dem Anstaltenamt im Krankenhaus Rudolfsstiftung durchgeführt, in dem im Jahre 1983 fünf Ausstellungen zu sehen waren. Gefördert wurden weiterhin die Galerie in der Künstlerhauspassage und die Galerie in der Alten Schmiede, die vor allem für junge Künstler geschaffen wurden. Am Alternativprogramm der Wiener Festwochen hat sich das Kulturamt ebenfalls beteiligt. Der Referent für bildende Kunst besuchte ferner 150 Ateliers.

Im Rahmen der Bezirksaktivitäten wurden insgesamt 150 Veranstaltungen vom Kulturamt mit einem Budget von 4,3 Millionen Schilling gefördert. Für die Subventionierung von Institutionen, darunter das Künstlerhaus, der Kunstverein, die Wiener Secession, der Berufsverband der bildenden Künstler Österreichs, das Österreichische Kulturzentrum und das Österreichische Photoarchiv, standen 19,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Plakatwertungsaktion 1983 wurde wieder gemeinsam mit der GEWISTA durchgeführt. Der Preis des Kulturamtes betrug 20.000 S. Die Prämien für Wiener Kleingalerien machten insgesamt 240.000 S aus. Für Bildankäufe, insgesamt 300 Werke, wurden 1,5 Millionen Schilling ausgegeben.

Als Verleihungsbehörde erteilte das Kulturamt 20 Theaterkonzessionen einschließlich der für die Stegreifbühne und die Sommerarena, weiters 48 Kino- und 3 Zirkuskonzessionen. Im Laufe des Jahres wurden außerdem 15 Bewilligungen für Schaustellungen und ambulante Volksvergnügen, 22 für Tierschauen und 72 für Publikumstanz und Varieté vergeben. Zum Betrieb von Unterhaltungs- und Geldspielapparaten wurden 1.260 Berechtigungen erteilt. Nach § 6 des Wiener Veranstaltungsgesetzes langten bei der theaterpolizeilichen Anmeldestelle 2.569 und im Wege der Magistratischen Bezirksämter für den 22. und 23. Bezirk 142 Anmeldungen ein. Wegen Lärmbelästigungen wurden 74 Verfahren durchgeführt, außerdem 2.305 Verwaltungsstrafen verhängt. Ferner waren 14 Filmvorführerlegitimationen auszustellen. In der Filmvorführstelle wurden dem Filmbeirat 275 Filme gezeigt.

Auf legistischem Gebiet ist die am 10. Dezember 1982 im Landtag einstimmig beschlossene Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz zu nennen, die im LGBl. für Wien Nr. 8/1983 verlautbart wurde. Diese Novelle leitet den Übergang zu dem in eng kontrollierbaren Grenzen zugelassenen Münzgewinnspiel ein. Bestimmte Typen von Unterhaltungsspielapparaten, die oft zu großen Hasardspielen mißbraucht wurden, dürfen nur noch so lange in Verwendung bleiben, bis die bestehenden Konzessionen — alle sind zeitlich befristet, manche bis 1984 oder 1985 — abgelaufen sind. Neue Konzessionen hingegen werden nur mehr für Unterhaltungsspielapparate, die im Falle einer automatischen Spielverlängerung höchstens fünf Freispiele vorsehen, ausgestellt. Münzgewinnspielapparate sind nur in solchen Veranstaltungsstätten zu bewilligen, die von Schulen, Schülerheimen, Horten und Jugendzentren mehr als 150 m entfernt sind.

Die auf Grund der Novelle LGBl. für Wien Nr. 17/1981 zum Wiener Veranstaltungsgesetz erlassene, inzwischen dritte Musizierplatzverordnung ist für das Jahr 1983 nach Vorberatungen mit den Bezirksvorstehern des 1., 4., 7., 10. und 12. Bezirkes sowie der Bundespolizeidirektion Wien am 21. Dezember 1982 erlassen und im Amtsblatt Nr. 52/1982 kundgemacht worden. Änderungswünsche wurden gegen Jahresende von verschiedenen Seiten vorgebracht, so daß das Anhörungsverfahren für die Verordnung 1984 erst im neuen Jahr abgeschlossen werden kann.

Die Wiener Betriebsansiedlung und Wiener Verkehrs-Verein GesmbH, die über Auftrag der Stadt Wien das Jugendgästehaus Hütteldorf und die Campingplätze der Stadt Wien durch mehrere Jahre geführt hat, übergab mit Jahresende die Führung an die WIGAST GaststättenbetriebsgesmbH., die 1984 die Modernisierung des Jugendgästehauses fortsetzen wird. Im Studentenheim Döbling wurden die Verbesserungen des Brandschutzes im Jahre 1983 fertiggestellt.

Ehrungen und Preise dienen der Würdigung der Verdienste einzelner Persönlichkeiten. Die Stadt Wien vergab im Jahre 1983 fünf Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung in der Gesamthöhe von 600.000 S, zwölf Würdigungspreise von je 75.000 S, insgesamt 900.000 S, weiters elf Förderungspreise von je 40.000 S, insgesamt 440.000 S, je einen Kleinkinder-, Kinder- und Jugendbuchpreis sowie einen Illustrationspreis von insgesamt 110.000 S, wobei für Ankauf und Lektorenhonorare zusätzlich 90.000 S zur Verfügung gestellt wurden; ferner zwei Elias-Canetti-Stipendien in der Höhe von je 10.000 S 12 Monate hindurch. Die Gesamtdotierung der Preise samt Ankauf betrug 1983 insgesamt 2,380.000 S. Darüber hinaus wurde 1983 der Nestroy-Ring der Stadt Wien zwei Persönlichkeiten zuerkannt. Die Förderungspreise und Arbeitsstipendien sowie die Elias-

Canetti-Stipendien der Stadt Wien wurden auch 1983 offiziell ausgeschrieben. Es kam zu 148 bzw. 33 persönlichen Bewerbungen.

Im Jahre 1983 wurden wieder 120 laufende, außerordentliche Zuwendungen, die die Stadt Wien derzeit ehrenhalber vergibt, sowie 12 Ehrenpensionen ausbezahlt. Der Betrag für die fünf Widmungsplätze der Stadt Wien im Heim der Aktion „Künstler helfen Künstlern" in Baden wurde auf je 108.000 S hinaufgesetzt. Ferner konnten wieder einmalige Beihilfen — in der Regel bis zu 10.000 S — sowie Begräbniskostenbeiträge gewährt werden.

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien wurden 37 Arbeitsstipendien an bildende Künstler, Komponisten und Autoren in der Höhe von insgesamt 775.000 S, ferner zahlreiche Schul-, Studienbeihilfen und Stipendien im Gesamtbetrag von 2,880.000 S vergeben.

Im Bereich der Denkmalpflege wurde das Liebenbergdenkmal restauriert, beim Lessingdenkmal ein Poller mit Ketten angebracht, am Vermählungsbrunnen die Renovierungsarbeiten fortgesetzt und beim Denkmal für Marco d'Aviano die Beleuchtung restauriert und instand gesetzt. Im Volksprater war am „Calafatti" und an der „Fortuna" eine Generalüberholung durchzuführen. An der Marienbrücke konnten die Arbeiten zur Wiedererrichtung der Marienfigur abgeschlossen werden. Für die Wiederaufstellung des Nestroydenkmals mußten Fundamentierungsarbeiten vorgenommen und der Sockel wieder errichtet werden. Ferner wurde das Staatsgründungsdenkmal im 3. Bezirk renoviert. Am Friedhof St. Marx wurden laufend Arbeiten am Gräberhain durchgeführt. Das Denkmal für Andreas Hofer im 4. Bezirk konnte restauriert, die Renovierung der Fillgraderstiege im 6. Bezirk abgeschlossen werden. Vor St. Ägydius im 6. Bezirk wurde ein Brunnen errichtet, am Mariahilfer Gürtel Leuchtobelisken renoviert und im Esterházypark ein Ensemble von vier Barockfiguren restauriert. Im 7. Bezirk konnte vor dem Haus Spittelberggasse 18 eine Mosaikpflasterung um den Brunnen angelegt werden. Ferner wurde im 7. Bezirk ein Urban-Loritz-Denkmal errichtet, das Guido-Holzknecht-Denkmal und das Auer-von-Welsbach-Denkmal im 9. Bezirk restauriert sowie die Renovierung der Strudlhofstiege in Angriff genommen. Am Zentralfriedhof wurde bei der Gedenkstätte für die Opfer des Ringtheaterbrandes eine Gedenktafel errichtet. Am Schöpfwerk wurde eine Kapelle „umgedreht", im 13. Bezirk die Statue des Hl. Johannes von Nepomuk am Haus Glasauergasse 15 sowie die Mariensäule und das Denkmal für Kaiser Maximilian von Mexiko am Hietzinger Platz restauriert. Das Kriegerdenkmal in Weidlingau im 14. Bezirk wurde restauriert, in der Mauerbachstraße 36 eine Statue des Hl. Johannes von Nepomuk nach einem Verkehrsunfall instand gesetzt. Im 15. Bezirk wurde das Hesserdenkmal saniert. Die Renovierungsarbeiten am Montleartmausoleum in der Savoyenstraße im 16. Bezirk konnten abgeschlossen werden. Die barocken Steinfiguren des „Singenden Quartetts" sowie eine Steinvase im Pötzleinsdorfer Schloßpark wurden restauriert. Im Kahlenbergerdorf wurde ein Bildstock mit Mosaik errichtet, am Cobenzl das Denkmal für Dr. Karl Lueger, am Leopoldsberg eine Steintafel an der Burgmauer und das Heimkehrerdenkmal restauriert. Ferner wurde dort auch eine Steintafel angebracht und ein Wandbrunnen renoviert. Das Denkmal „Der Löwe von Aspern" wurde renoviert ebenso wie das Kriegerdenkmal in Atzgersdorf, die Statue des Hl. Johannes von Nepomuk an der Ecke Gütenbachstraße — Breitenfurter Straße und ein Bildstock in 23, Seybelgasse 1. Am Hameau wurde das Kriegerdenkmal abgetragen, die Generalsanierung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Aus Anlaß des Türkenjahres wurde eine große Anzahl von Objekten, wie Gedenktafeln, Inschrifttafeln samt Türkenkugeln, Türkenkreuzen usw., renoviert. Schließlich sind noch Reinigungsarbeiten an Denkmälern und Gedenktafeln zu nennen, die nach Beschmierungen laufend durchgeführt werden müssen.

Aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden insgesamt 143 Objekte durch Gemeinderatsbeschluß gefördert, ferner Subventionen in der Höhe von 93,9 Millionen Schilling genehmigt. Seit dem Jahre 1972 konnten somit insgesamt 1.791 Objekte mit 556,1 Millionen Schilling unterstützt werden. Darunter befanden sich bekannte Objekte, wie das Künstlerhaus, das Palais Ferstl, die Kuffner-Sternwarte im 16. Bezirk sowie die Stephanskirche, Karlskirche, die „Russenkirche" in 21, Wagramer Straße, und die Pfarrkirche Maria Geburt in 3, Rennweg 91.

Die 23 Wiener Bezirksmuseen und die der Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen angeschlossenen 4 Sondermuseen — das sind das Museum Alte Schmiede, Österreichisches Circus- und Clownmuseum, Museum Aspern 1809 und Wiener Ziegelmuseum — wurden von 180.000 Personen besucht, wovon fast 23.000 Schüler waren. Neben dem normalen Museumsbetrieb wurden zahlreiche Sonderausstellungen zu bestimmten Themen bzw. zu besonderen Anlässen veranstaltet. In verstärktem Maße wurde die Präsentation außerhalb der eigentlichen Museumsräumlichkeiten, so z. B. in Bankinstituten und Theaterpausenräumen, vorgenommen. Das Bezirksmuseum Ottakring organisierte in der Thaliastraße eine Straßengalerie, das Circus- und Clownmuseum zeigte seine erweiterte Wanderausstellung anläßlich der großen ATA-Show in der Wiener Stadthalle. Im Jahre 1983 eröffneten die Bezirksmuseen Wieden und Donaustadt, die Bezirksmuseen Mariahilf und Josefstadt übersiedelten in neue, größere Räumlichkeiten, und das Bezirksmuseum Floridsdorf konnte erweitert werden.

Unter den eigenen Veranstaltungen des Kulturamtes ist die Betreuung von rund 100 Gruppen mit rund 6.500 Personen aus dem In- und Ausland zu nennen, wobei vor allem das kulturelle Wien präsentiert

wurde. Die 17. Wiener Walzerkonkurrenz im Rahmen der Mitteleuropameisterschaft in den Lateinamerikanischen Tänzen wurde in der Halle B der Wiener Stadthalle durchgeführt. Über 150 Aktivitäten, wie z. B. Straßentheater, Aufführungen von Chören, Musikensembles usw., fanden in den Fußgängerzonen und im Kurpark Oberlaa statt. Ferner wurden einige UNESCO-Seminare veranstaltet, zu denen Studenten aus allen Bundesländern und aus Südtirol eingeladen waren. Vom 5. bis 8. Mai fanden auf dem Rathausplatz die „Südtiroler-Tage" statt, die auch auf anderen Plätzen der Stadt abgehalten wurden und etwa 10.000 Besucher anzogen. Vom 2. bis 5. Juni wurde das 4. Österreichische Blasmusikfest in Wien durchgeführt, bei dem von der Polizei rund 60.000 Wienerinnen und Wiener sowie Gäste der Bundeshauptstadt registriert werden konnten. Der traditionelle Weihnachtsbaum kam aus Niederösterreich; die Illuminierung war auch Auftakt für die Weihnachtsausstellung in der Volkshalle. Zu dieser Veranstaltung wie auch zu den Aktivitäten „Lebendige Weihnacht", die in den Festsälen des Wiener Rathauses vom 20. November bis 26. Dezember abgehalten wurden, kamen rund 221.000 Besucher. Anfang August 1983 fand die 20. Europeade für Folklore in Wien statt, bei der die 5.000 Aktiven vor über 120.000 Besuchern Attraktionen boten.

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Den Archivaufgaben im engeren Sinn entsprechend, haben die Referate Stadt- und Landesarchiv archivreife Registraturbestände von magistratischen Dienststellen sowie von Bundesdienststellen in Verwahrung genommen, wobei die Übernahmen von Bezirksgerichten und einzelnen Magistratsabteilungen bereits einen größeren Umfang erreicht haben. Der wichtige Bestand der Patrimonialherrschaften wurde zu einem großen Teil in Kartons umgelegt und neu aufgestellt. Im Bereich der Sammlungen erfuhren die Biographische Sammlung und die Photosammlung einen kontinuierlichen Zugang. An bemerkenswerten Einzelstücken konnten eine Urkunde des 15. und zwei Handschriften des 18. Jahrhunderts erworben werden. Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden mikrofilmierte Meldeunterlagen der Jahre 1942 bis 1947, die sich im Original schon im Archiv befanden, nunmehr zur Auskunftserteilung übernommen. Die Zahl der Anfragen — überwiegend in Pensionsversicherungsangelegenheiten — stieg dadurch gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent. Die Sammlung der Verträge und Schuldscheine verzeichnete einen Zuwachs von insgesamt 1.195 Stück, die erfaßt und indiziert werden mußten. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um gesamtmagistratische kanzleiorganisatorische Verbesserungen wurden die Arbeiten an einer Skartierungsordnung fortgesetzt und Vorstudien zur Errichtung eines Zwischenarchivs getätigt.

Die Historische Kommission betrieb mit Erfolg den Sammlungsschwerpunkt Sport.

Die Archivbibliothek verzeichnete im Jahre 1983 einen Zuwachs von 3.610 Bänden, wovon 11 Prozent im Tauschverkehr erworben werden konnten, und erreichte einen Gesamtbestand von 59.222 Bänden.

Die Dokumentation des 20. Jahrhunderts setzte neben der laufenden Tätigkeit die Erschließung der Sitzungsprotokolle von Landtag und Gemeinderat fort, wobei das Schwergewicht auf der Vorbereitung des Index der Periode 1978 bis 1983 für die Drucklegung lag.

In der Kanzlei waren neben der administrativen Betreuung der Meldeanfragen und Aktenentlehnungen 1.023 Protokollierungen vorzunehmen, 506 Rechnungen und 8.048 Poststücke abzufertigen.

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit kommt der Benützerberatung die größte Bedeutung zu. 1983 suchten 1.201 Personen insgesamt 3.999mal das Archiv auf. 132 (11%) der Besucher kamen aus dem Ausland, 34 davon aus Übersee. 154 (12,8%) kamen als Ratsuchende in persönlichen rechtlichen Angelegenheiten. Neben dieser direkten Beratung mußten 2.031 telephonische und schriftliche Anfragen, 1.169 Aktenentlehnungen sowie 4.659 Meldeanfragen erledigt werden. Die Gesamtfrequenz belief sich damit auf 11.858.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der vom Archiv betriebenen Erwachsenenbildung nimmt die Ausstellungstätigkeit ein. Kleinausstellungen, als Wanderausstellungen konzipiert, sind nicht nur im Rathaus, sondern auch in Bezirksmuseen, Volkshochschulen, Amtsgebäuden usw. zu sehen. Dabei werden Themen der Wiener Geschichte — oftmals aus aktuellem Anlaß — exemplarisch behandelt. 1983 wurden insgesamt 13 Ausstellungen an 22 Orten, darunter in Linz und Wildalpen, gezeigt. Mit Leihgaben war das Archiv bei einer Reihe von Großausstellungen des In- und Auslandes vertreten. Neben den Ausstellungen sind die Vortragstätigkeit — so fand eine Vortragsreihe zur Wiener Geschichte in Linz statt — und wissenschaftliche Veröffentlichungen zu erwähnen. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Geschichte der Stadt Wien konnten unter anderem drei Bände der Reihe „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte" herausgebracht werden, und zwar Band 11: Industriestadt Wien, Band 12: Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit sowie Band 13: Die Türkenkriege in der historischen Forschung. Der Band 12 war ebenso wie der Bezirkskulturführer „Erinnerungen an Wiens Türkenjahre" Grundlage für eine Kleinausstellung.

Im Zusammenwirken mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung gingen die Arbeiten an den Historischen Atlanten weiter, wobei die Fertigstellung der zweiten Lieferung des „Histori-

schen Atlasses von Wien", die im Herbst 1984 herauskommen wird, im Vordergrund stand. Die Ausstellungs- und Publikationstätigkeit fand ein bemerkenswert reges Echo in den Medien.

Die wissenschaftlichen und archivfachlichen K o n t a k t e auf österreichischer und internationaler Ebene wurden durch die Teilnahme an Tagungen und Symposien gepflegt, so in Kleve, München, Münster, auf der Reichenau, in Saarbrücken, Ulm, Linz und Salzburg, wobei in Kleve, auf der Reichenau, in Ulm und Linz Archivmitarbeiter Vorträge hielten.

Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Nach Abschluß der Vorarbeiten konnte 1983 die neu geschaffene A u d i o t h e k ihrer Bestimmung übergeben werden. Alle von der Bibliothek gesammelten Tonträger, die bisher nach Inhalt (Musik- und Sprachdarbietungen) getrennt in der Musik- und Handschriftensammlung aufbewahrt wurden, sind nun in einem gemeinsamen Archivraum untergebracht. Gleichzeitig wurden in diesem Bereich alle vorhandenen Absprechgeräte, wie Studiobandgeräte, Plattenspieler und Kassettenrecorder, zusammengefaßt aufgestellt. Dadurch ergeben sich für den Benutzer große Vorteile: Er hat einen leichteren und schnelleren Zugang zum gesamten Bestand und kann überdies die unterschiedlichen Tonträger sofort abhören und gegebenenfalls auf andere Tonträger überspielen. Die Schallträgersammlung der Bibliothek umfaßt derzeit rund 6.000 Tonbänder, 350 Kassetten und 800 Schallplatten. Es handelt sich hiebei um Dokumente zur Zeit- und Kulturgeschichte, Stimmporträts bedeutender Wiener Persönlichkeiten, Reden, die bei Ehrungen der Stadt Wien gehalten wurden, und um charakteristische Wiener Musik- und Kompositionsbeispiele.

Für die bisher unzulänglich im Depot untergebrachte K o p i e r s t e l l e konnte im 2. Stock ein Raum freigemacht werden. Dadurch ergeben sich nicht nur verbesserte Arbeitsbedingungen für das Personal; da die neue Kopierstelle auch für Bibliotheksbenützer zugänglich ist, können Bestellungen rascher ausgeführt werden.

Durch eine Vereinbarung mit der Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation, nach der die Abteilung bestimmte Mikroverfilmungsanlagen mitbenützen kann, konnte das Dienstleistungsangebot bei Mikroverfilmungen wesentlich verbessert werden. In diesem Zusammenhang muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der vorhandene Readerprinter, der eine Rückvergrößerung von Mikrofilmen ermöglicht, nicht mehr den Anforderungen entspricht. Die Abteilung bemüht sich derzeit um einen Ersatz für dieses Gerät.

Die zentrale Ausstellung zur Erinnerung an die Belagerung Wiens durch die Türken im Jahre 1683 wurde von der Abteilung für Museen der Stadt Wien veranstaltet. Die Abteilung war mit ihren umfangreichen Beständen an „Türkendrucken" an dieser Ausstellung beteiligt. Obwohl für eine weitere Ausstellung zu diesem Thema noch ausreichend Material vorhanden gewesen wäre, hat die Abteilung auf eine eigene Ausstellung verzichtet und versucht, in einer ihrer Wechselausstellungen ganz allgemein die Beziehungen Wiens zum Orient aufzuzeigen. Ferner wurde, eine alte Tradition der Stadt Wien aufgreifend, zur dauernden Erinnerung an dieses Jubiläum ein Faksimiledruck herausgebracht. Dieser enthält zwei Werke: eine Relation (tagebuchartiger Bericht) über die Belagerung und Befreiung Wiens sowie ein Werk, das untrennbar mit der Legendenbildung um die Entstehung des Wiener Kaffeehauses und seinen angeblichen „Erfinder" Kolschitzky verbunden ist. Ein Teil der Auflage wurde in besonderer Ausstattung hergestellt.

Gemeinsam mit den Museen der Stadt Wien und dem Wiener Fremdenverkehrsverband gestaltete die Abteilung unter dem Titel „200 Jahre Musik in Wien" eine Ausstellung, die in Tokio und Nagoya gezeigt wurde und in der an Hand von Autographen, ergänzt durch gegenständliches und bildliches Material, die musikalische Entwicklung Wiens in den vergangenen 200 Jahren dargestellt wurde.

Die Ausstellung war nach den zugegangenen Informationen ein großer Erfolg und hat nach Mitteilung des Wiener Fremdenverkehrsdirektors auch zur Steigerung der Zahl japanischer Besucher Wiens beigetragen. Die nicht unbeträchtlichen Kosten für diese Ausstellung wurden zur Gänze vom japanischen Veranstalter getragen.

Die Reihe der im Bibliotheksgang gezeigten W e c h s e l a u s s t e l l u n g e n , die ausschließlich aus bibliothekseigenem Material zusammengestellt werden und die die Besucher zur Auswertung dieses Materials anregen sollen, wurde fortgesetzt und erfreute sich großen Interesses. Vor allem die zu den Ausstellungen aufgelegten Kataloge, die gleichzeitig eine Dokumentation des jeweiligen Bestandes darstellen, werden vom Publikum sehr geschätzt. So waren im Jahre 1983 die A u s s t e l l u n g e n „Alfons Petzold zum 100. Geburtstag", „Wien und der Orient" (als Begleitausstellung für die große Türkenausstellung der Magistratsabteilung für Museen der Stadt Wien) sowie „Alt-Wiener Tanzmusik in Originalausgaben" zu sehen.

Überdies wurden in einer Sonderausstellung die N e u e r w e r b u n g e n der Bibliothek aus den Jahren 1982 und 1983 an „Türkendrucken" — das sind Druckwerke, die die Belagerung Wiens durch die Türken sowie deren Feldzüge zum Inhalt haben — gezeigt.

Obwohl die Beteiligung an Ausstellungen fremder Veranstalter zum Teil außerordentlich zeitaufwendig ist, hat die Abteilung nicht zuletzt im Interesse einer entsprechenden Wien-Werbung an folgenden 21 in- und ausländischen Veranstaltungen mitgewirkt: „200 Jahre Tageszeitungen in Österreich" — Wien; „Auf Ehre und Kredit. Mozart und das Geld seiner Zeit" — Salzburg, „Faust und Musik" — Wien, „Peru durch die Jahrtausende"

— Schloß Schallaburg und unter anderem in Essen, „Lueger-Ausstellung" — Wien, „1000 Jahre österreichisches Judentum" — Eisenstadt, „Was von den Türken blieb" — St. Pölten, „Johannes Brahms in Karlsruhe und Baden-Baden" — Karlsruhe und Baden-Baden, „Josef Matthias Hauer — zum 100. Geburtstag" — Wien, „Elisabeth, Kaiserin von Österreich" — Schloß Ebelsberg, „1000 Jahre Oberösterreich" — Wels, „Hans Kudlich und die Bauernbefreiung in Niederösterreich" — Wien, „Alfons Petzold 1882—1923" — Bezirksmuseum Rudolfsheim-Fünfhaus, „Vienna 1900" — Edinburgh, „150 Jahre Schoellerbank" — Wien, „Papst Pius VI. in Wien 1782" — Wien, „Der Hang zum Gesamtkunstwerk" — Wien, „Laurentius von Schnifis, 1633—1702. Zum 350. Geburtstag des Dichters und Musikers" — Schnifis, Vorarlberg, „400 Jahre Marktgemeinde Deutsch-Feistritz" — Deutschfeistritz, „100 Jahre Wiener Rathaus 1883—1983" — Rathaus, und „Wien in Dijon" — Dijon.

Im Jahre 1983 konnten die Bestände der Bibliothek durch A n k ä u f e und zum Teil durch Schenkungen wieder systematisch ergänzt werden. Besonders hervorzuheben sind der Erwerb von Autographen und Briefen von Nestroy, Grillparzer, Doderer, Schönberg und Müller.

Die vor etwa zehn Jahren begonnene systematische Ergänzung alter Bestände der Druckschriftensammlung wurde fortgesetzt; in diesem Bereich gelang insbesondere der Erwerb einer großen Anzahl sogenannter „Türkendrucke".

Um vor allem Studenten und Schüler der letzten Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen über den Bestand der Bibliothek und die Arbeitsmöglichkeiten zu informieren, wurde ein einfach gestalteter, jedoch informativer F a l t p r o s p e k t aufgelegt, der über die in Frage kommenden wissenschaftlichen Institute sowie über den Wiener Stadtschulrat verteilt wurde. Der Prospekt fand großes Interesse, und die Auflage ist bereits fast vergriffen. Außerdem werden für Absolventen der allgemeinbildenden höheren Schulen laufend Führungen durch die Bibliothek veranstaltet, um die Schüler über die Arbeitsmöglichkeiten, die eine Bibliothek bietet, zu informieren. Der Türken-Faksimiledruck der Abteilung wurde überdies über den Stadtschulrat allen Wiener Schulen zur Verfügung gestellt.

Am 3. Dezember 1983 hätte Anton von Webern seinen 100. Geburtstag gefeiert. Zur Erinnerung an diesen großen Wiener Komponisten und um die Verbreitung seines Werkes zu fördern, hat die Wiener Stadt- und Landesbibliothek einen Faksimiledruck seines Werkes „Sechs Stücke für Orchester, op. 6" veranstaltet, dessen Herstellungsprozeß äußerst kompliziert war, da der Komponist unter anderem an zahlreichen Stellen Überklebungen vorgenommen hat, die ebenfalls dem Original entsprechend reproduziert wurden.

Die B i b l i o t h e k wurde 1983 von 22.912 Personen besucht, die insgesamt 108.807 Objekte benutzten. Die Ausstellungsbesucher wurden statistisch nicht erfaßt.

Museen der Stadt Wien

Im Jahre 1983 wurden im Historischen Museum der Stadt Wien die Bibliothek, die Photosammlung und die Restaurierwerkstätte für Ölgemälde und Graphik mit einer neuen Rieseldecke und Beleuchtung ausgestattet. Damit sind die Erneuerungen aller Rieseldecken im Gebäude 4, Karlsplatz, und die Installierung von neuen Beleuchtungen in diesem Bereich abgeschlossen.

Die Ausgrabungen auf dem Areal in 1, Wildpretmarkt 8, wurden im Juni beendet. Es gelang erstmals, die Größe der römischen Kasernen zu bestimmen und eine ungestörte Schichtenfolge festzustellen, mit der der Beweis erbracht werden kann, daß die Innenstadt vom 6. bis zum 12. Jahrhundert unbesiedelt gewesen ist. Beim Neubau des Hotels in 1, Parkring 12, ist die südliche Hälfte der Braunbastion im Februar freigelegt und aufgenommen worden. Eine Erhaltung des eindrucksvollen Festungsmauerwerks war leider nicht möglich. Im November wurde beim Neubau des Hotels in 1, Fleischmarkt 1, ein römischer Kanal, der 9 Meter lang und an einer Stelle noch 2,2 Meter hoch erhalten war, mit 18 gestempelten Ziegeln der 13. Legion gefunden.

Bei der Ausstellung „Oskar Kokoschka — Die frühen Jahre" im H i s t o r i s c h e n M u s e u m der Stadt Wien wurden vom 2. Dezember 1982 bis 30. Jänner 1983 25.308 Besucher gezählt. Es folgte die Sonderausstellung „Josef Matthias Hauer — zum 100. Geburtstag am 19. März 1983" vom 10. Februar bis 3. April. Am 30. November wurde die Ausstellung „Richard Gerstl (1883—1908)" eröffnet.

Die Ausstellung „Ver Sacrum — Die Zeitschrift der Wiener Secession 1898—1903", die vom 3. April 1982 bis 6. März 1983 in der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten zu sehen war, hatte 74.201 Besucher. Am 25. März 1983 wurde die Ausstellung „Heinrich von Ferstel — Bauten und Projekte für Wien" eröffnet. Im Otto-Wagner-Pavillion auf dem Karlsplatz wurde vom 25. Mai bis 24. Juli die Ausstellung „Wiener Exlibris um 1900" gezeigt. Die nächste Ausstellung, die vom 4. August bis 30. Oktober zu sehen war, hatte den Titel „Walter Zednicek photographiert Architektur von Otto Wagner". Das große Ereignis in Wien im Jahre 1983 war jedoch die Ausstellung „Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683", veranstaltet vom Historischen Museum im Künstlerhaus und im Sonderausstellungsraum des Museums. Schon das Echo in der Presse, das sehr bald einsetzte, zeigte, wie zeitgemäß die Bearbeitung des vorgegebenen Themas gelungen war. Diese Schau, die vom 5. Mai bis 30. Oktober täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet war — sie mußte ab 26. Oktober bis 20 Uhr verlängert werden — wurde von o. Hochschulprofessor Architekt Hans *Hollein* gestaltet und hatte

einen Besucherrekord von 413.545 Personen. Darunter waren 112.489 Personen, die insgesamt an 3.431 Führungen teilgenommen haben. 1.878 Objekte wurden präsentiert, 130 Leihgeber aus 15 europäischen Ländern haben diese Ausstellung unterstützt, 16.945 Kataloge wurden verkauft.

Die wertvollste Neuerwerbung war das Ölgemälde „Entsatzschlacht 1683", das aus Privatbesitz für die Türkenausstellung im Künstlerhaus als Leihgabe zur Verfügung gestellt worden war. Dem Museum ist es gelungen, dieses Gemälde nach Schluß der Ausstellung anzukaufen. Außerdem wurden ein Porzellanbild „Ansicht von Wien, 1821", von Adalbert Stifter das „Seestück bei Mondbeleuchtung", Öl/Papier, das Ölgemälde von *Babion* „Justizpalastbrand", das Ölgemälde von Oskar *Moll* „Anton Kuh" und das Selbstbildnis von *Stemolak,* Öl/Leinwand, das Ölgemälde von Sergius *Pauser* „Freudenau" und das Porträt „Josefine Dornhart" — das war die erste Frau von Otto Wagner —, erworben. Ferner wurden Aquarelle von *Hütter,* Skizzenbücher und illustrierte Bücher von *Wacik,* Vorzeichnungen in Feder/Tusche von *Bauriedl* zu E. T. A. Hoffmanns „Nußknacker und Mausekönig" und die Bleistiftzeichnung von *Boeckl* „Blick vom Atelier in die Argentinierstraße" angekauft. Von *Lefler* wurden Vorzeichnungen zur Novelle „Mozart auf der Reise nach Prag" erworben, weiters ein Seidenkleid aus 1895, ein Baumwollkleid von 1910, 15 Hüte der bekannten Firma Adele *List,* 1 Spiegel der Firma *Klinkosch* sowie eine Handgranate aus Glas aus dem Jahre 1683.

Die Museen der Stadt Wien wurden von 426.207 Personen besucht. Zählt man die Besucher der Türkenausstellung dazu, so waren es 839.752 Personen. In das Uhrenmuseum kamen 44.044, in die Mozart-Wohnung 50.316 und in das Pratermuseum 28.952 Besucher. 608 Führungen wurden im Historischen Museum abgehalten, 295 im Uhrenmuseum, 64 in den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt, 35 in der Virgilkapelle und 46 bei den Neidhart-Fresken.

Das Historische Museum der Stadt Wien war wieder durch Leihgaben in vielen Ausstellungen vertreten: „Matthias Corvinus und die Renaissance in Ungarn" in der Ungarischen Nationalgalerie, Budapest; „Theaterkult" im Österreichischen Theatermuseum in Wien; „Lueger" im Lueger-Institut in Wien; „1000 Jahre Oberösterreich", Landesausstellung in der Burg zu Wels; „300 Jahre Kaffeehaus" in der Galerie über dem Café Mozart in Salzburg; „Niederösterreich im Türkenjahr 1683" im Schloß Pottenbrunn bei St. Pölten; „650 Jahre Patronat und Pfarre Ebreichsdorf" im Schloß Ebreichsdorf; „Johann Nepomuk Passini" in der Neuen Galerie in Graz; „Sissis Schönheitsalben" in der Wiener Hofburg; „Mittelalterliche Glasmalerei aus Österreich" in der Österreichischen Galerie; „Vienna 1900" im Schottischen Nationalmuseum in Edinburg; „Adolf Loos" in der Akademie der Künste in Berlin; „Joseph Maria Olbrich" in Darmstadt, Mathildenhöhe; „Fritz Zerritsch" im Künstlerhaus in Wien; „Der Papst in Wien 1782 und 1983" in der Österreichischen Länderbank in Wien; „Geschichte der Medizin in Wien" im Palais Schwarzenberg; „Gewerbeausstellung der Landesinnung Wien der Schuhmacher" auf dem Messegelände in der Halle 27; „Johannes Brahms und Anton Bruckner; Gegensätze — Gemeinsamkeiten" im Anton-Bruckner-Institut in Linz; „Trauung Kaiser Leopolds I. mit Claudia Felicitas" im Schloß Eggenberg in Graz; „Peter *Dressler* — Photographie" im Photohof in Salzburg; „Gregor Mendel" in den Universitäten Salzburg, Linz, Wien, Graz, Klagenfurt und Innsbruck und „Friedrich Hebbel — Leben und Werk in Wien 1845—1863" im Palais Palffy in Wien.

Sportangelegenheiten

Eine der wesentlichen Tätigkeiten des Sportamtes sind die Durchführung von Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten.

Das Investitionsprogramm in den Sportanlagen, die der Stadt Wien von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GesmbH im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betrieben werden, wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Der Bau der Jugendsportanlage in 10, Franz-Koci-Straße, der im vergangenen Jahr begonnen wurde, konnte im Jahr 1983 mit einer Baurate von 15 Millionen Schilling zügig fortgesetzt werden. Die Sportanlage wird neben dem Garderobengebäude einen kleinen Turnsaal, einen Rasenplatz als Hauptspielfeld, einen Trainingsplatz mit halbharter Decke, eine Trainingswiese, eine Schulleichtathletikanlage sowie vier Tennisplätze enthalten. Die Generalsanierung der Sporthalle in der städtischen Wohnhausanlage in 21, Jedleseer Straße — Karl-Seitz-Hof, die im Frühjahr 1980 begonnen wurde, konnte fortgesetzt werden. Diese Generalinstandsetzung besteht in der Renovierung der großen und der kleinen Turnhalle sowie im Einbau eines Mehrzweckraumes in das ehemalige Brause- und Wannenbad.

In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurde dem ASKÖ-Landesverband Wien eine weitere Baurate in den Höhe von 10 Millionen Schilling für die Eissportanlage in 10, Windtenstraße — „Eisring Süd" zur Verfügung gestellt, die im Jahre 1982 eröffnet wurde.

Über Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ist es möglich, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisie-

rung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation, die den Wiener Landessportrat, das Landessportpräsidium, den Wiener Landessportfachrat sowie deren Fachausschuß umfassen, stellen eine geeignete Plattform für alle Beratungen dar, die für die Lösung der Probleme des Wiener Sports notwendig sind. Dem Wiener Landessportrat obliegt die Verteilung von Subventionsmitteln für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, insgesamt 1,2 Millionen Schilling. Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt war, der Gesamtbetrag belief sich auf 200.000 Schilling. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 550.000 Schilling angewiesen. Für die im Jahr 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern wurden im Jahre 1983 insgesamt 550.000 Schilling aufgewendet. Im Jahr 1983 fanden zwei Sitzungen des Präsidiums sowie vier Sitzungen des Landessportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 13. September 1983 seine Vollversammlung ab, während sein Fachausschuß dreimal zusammentrat.

Im Rahmen des gesamten Sportförderungspakets der Stadt Wien stellt die Aktion „Komm zum Sport" eine Besonderheit dar. Diese Aktion wurde im Jahre 1983 in veränderter Form durchgeführt. An Stelle der Möglichkeit, die Spiele im Rahmen dieser Aktion bei freiem Eintritt zu besuchen, wurden erstmals verbilligte Karten aufgelegt. Der Erlös aus dem Kartenverkauf konnte wieder anderen Vereinen zugeführt werden. Auf diese Weise gelang es, die im Voranschlag vorgesehenen Mittel in der Höhe von 4,6 Millionen Schilling um rund 800.000 Schilling zu erhöhen. Außerdem war es dadurch möglich, den Gedanken der Solidarität zwischen den Vereinen zu fördern. So konnten erstmals auch andere Sportarten außer Fußball, Handball und Judo, und zwar Basketball und Volleyball, unterstützt werden.

Die Abteilung betrieb 19 Jugendspielplätze und 23 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Die acht von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainings- und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb kostenlos zur Benützung überlassen. Weitere sieben Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisatoren zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, und Laxenburger Straße—Heubergstättenstraße, in 16, Kendlerstraße 38, und in 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt. Seit dem Jahr 1966 führt die Stadt Wien einen Schleppbetrieb in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese) durch, der sich bei den Wintersportlern größter Beliebtheit erfreut.

Auf dem Cobenzl wird vom Landesskiverband Wien für die Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Für die Benützer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden für die Stadt Wien im Jahr 1983 im Prater ab Ecke Hauptallee—Kaiserallee, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, im Gelände des Böhmischen Praters, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GesmbH verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Sportorganisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- bzw. für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Jugendschwimmaktion", „Talent-Leistungsschwimmen" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" sowie diversen Fachverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen konnten von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet werden. Weiters waren die organisatorischen Arbeiten, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorzunehmen und die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter, wie Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer, zu überwachen.

Beim „Sportplatz der offenen Tür" haben Kinder und Jugendliche, auf einigen Anlagen abends auch Erwachsene, die Möglichkeit, unter Anleitung erfahrener Sportlehrer Leichtathletik, Ballspiele, Wasserskilauf, Rollschuhlauf und Tennis zu betreiben. Die Aktion fand vom 16. Mai bis 2. September auf 17 Sportanlagen bei einer Gesamtbeteiligung von 32.216 Jugendlichen und 2.987 Erwachsenen statt. Der „Sportplatz der offenen Tür" war auch eine Aktion des Wiener Ferienspiels und des Wiener Ferienklubs.

Bei der „Jugendeislaufaktion" in der Wiener Donauparkhalle wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum 6. Lebensjahr, Mutter-und-Kind-Kurse für Mütter mit Kindern im Vorschulalter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs angeboten und im Zeitraum vom 8. November bis 18. März 1983 von insgesamt 31.045 Teilnehmern besucht.

Die „Fahrten zum Schnee" sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der außerschulischen Jugendsportförderung. Vom 16. Jänner bis 6. März fanden an sechs Sonntagen Fahrten in die nähere Umgebung Wiens statt. Die Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren, die daran teilnahmen, wurden von Sportstudenten und Sportlehrern in Kursen betreut. Begleitpersonen war es wieder möglich, an den Fahrten teilzunehmen. Insgesamt beteiligten sich an den „Fahrten zum Schnee" 2.831 Personen.

In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 8. November 1982 bis 11. April 1983 in vier Wiener Hallenbädern die Jugendsportaktion „Talent-Leistungsschwimmen" durchgeführt. Teilnahmeberechtigt waren Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren, die bereits schwimmen können mußten. In Fortsetzung zu dieser Aktion wurden die besten Schwimmer aus allen vier Bädern in dem Kurs „Talent-Spezial" zusammengefaßt und noch bis Ende Juni in einem Hallenbad betreut. Beim „Spielschwimmen" hingegen wurden Kinder ab vier Jahren in spielerischer Form in das Schwimmen eingeführt. An der Aktion „Talent-Leistungsschwimmen" nahmen 6.422 Kinder, an der Aktion „Talent-Spezial" 1.406 Kinder und an der Aktion „Spielschwimmen" 2.596 Kinder teil.

In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent-Turnen" durchgeführt. Die Auswahl und Aufnahme der Kinder in Leistungsriegen erfolgen jährlich nach der Wiener Meisterschaft. Vier Trainerinnen und Trainer betreuten 13.222 Turnerinnen und Turner.

Ein Großteil der aufgezählten Aktionen bildeten eine Spielstation des Wiener Ferienspiels 1983 und rundeten auch das Programm des Wiener Ferienklubs ab.

Während der Semesterferien vom 7. bis 11. Februar wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung, dem Landesskiverband Wien und dem Verein „Wiener Jugendkreis" ein spezielles Sportprogramm angeboten. In den städtischen Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen in der Wiener Stadthalle und der Donauparkhalle, auf der Langlaufloipe, auf den Skipisten Hohe-Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese sowie zu den täglichen „Fahrten zum Schnee" fanden sich insgesamt 32.225 Kinder ein.

Anläßlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wie alljährlich in ganz Österreich Fitmärsche und Fitläufe durch. Die Abteilung koordinierte die Veranstaltungen für den Wiener Raum.

Gesundheit und Soziales

Sozialamt

Die Arbeit des Sozialamtes ist im wesentlichen durch die Aufgaben im Zusammenhang mit der Allgemeinen Sozialhilfe, durch die der Behindertenhilfe, durch die der sozialen Dienste und durch die Tätigkeit der Sozialarbeiter bestimmt.

Im Rahmen des Systems der sozialen Sicherheit, basierend vornehmlich auf der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, hat die Sozialhilfe die Aufgabe, als letztes Hilfsmittel (subsidiär), wenn keine versicherungsrechtlichen Ansprüche bestehen, den notwendigen Lebensbedarf zu sichern: Darunter versteht man den Lebensunterhalt (Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Hausrat, Beheizung, Licht, Gas usw.), die Pflege für pflegebedürftige Personen innerhalb und außerhalb von Anstalten, die Krankenhilfe (ambulant und stationär), die Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen sowie die Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung, soweit dafür nicht die Jugendwohlfahrt vorsorgt.

Vor Beginn des Ausbaues der Sozialversicherung in der Zweiten Republik hatte die Fürsorge die volle Last der materiellen Versorgung hilfsbedürftiger Personen zu tragen. Das sozialpolitische Ziel aber war der Ausbau der Sozialversicherung, d. h. die Sicherung von Rechtsansprüchen nach dem Versicherungsprinzip, also ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage des Betroffenen, im Gegensatz zur Fürsorge bzw. Sozialhilfe, bei der heute noch die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse geprüft werden. Nach dem Ausbau der Sozialversicherung fungierte die Sozialhilfe daher nur mehr als Sicherheitsnetz für individuelle einzelne Notfälle, die vom System der Sozialversicherung nicht mehr erfaßt werden konnten. Seit einigen Jahren ist allerdings eine Trendumkehr in der sozialpolitischen Entwicklung, und zwar im Zusammenhang mit der schlechter werdenden wirtschaftlichen Situation festzustellen. Die Sozialhilfe beginnt wiederum im verstärkten Ausmaß, die Aufgabe der Sicherung des Lebensbedarfes zu übernehmen, weil die Grundleistungen der Sozialversicherung nicht mehr ausreichend sind. Die Gründe dafür bestehen darin, daß die Leistungen hinter der allgemeinen Kostenentwicklung zurückgeblieben sind (z. B. bei den Wohnkosten) oder daß sie dem Versicherungsprinzip entsprechend befristet sind und an entsprechende Vorleistungen geknüpft werden (z. B. die Befristung der Arbeitslosenunterstützung).

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Entwicklung am Arbeitsmarkt erklärt unmittelbar die quantitative und qualitative Ausweitung der Aufgaben der Allgemeinen Sozialhilfe. Mit finanziellen Aushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes wurden im Jahre 1983 rund 30.000 Personen mit 20.000 Angehörigen unterstützt und dadurch der Mindeststandard ihres Lebensbedarfes gesichert. Für Sozialhilfeempfänger typisch ist die Kumulation von sozialen und persönlichen (familiären) Gründen, die zur Verarmung führen, wie z. B. teure Neubauwohnungen, kinderreiche Familien, Verlust des Familienerhalters, Verschuldung, Arbeitslosigkeit sowie unwirtschaftliches und unangepaßtes Verhalten. Bezeichnend ist ferner auch, daß die „Aushilfen" nicht mehr nur für vorübergehende Notstände geleistet werden. Fast 50 Prozent der Fälle laufen länger als ein Jahr. Es liegen Notstände vor, die immer wieder auftreten. Besorgniserregend ist, daß unter den Hilfesuchenden immer mehr junge Menschen zu finden sind. Noch 1978 waren 10,5 Prozent der Frauen und 16,6 Prozent der Männer unter 30 Jahre. 1982 waren bereits 18 Prozent der Frauen und 30,5 Prozent der Männer unter 30 Jahre. Aufgewendet wurden vom Sozialamt für Aushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes im Jahre 1983 annähernd 300 Millionen Schilling. Auf Grund der Arbeitsmarktvorschau 1984, herausgegeben vom Bundesministerium für soziale Verwaltung, ist mit einer Veränderung des Trends noch nicht zu rechnen. Möglicherweise kommt es zu einer leichten Tendenzabschwächung.

Die Behindertenhilfe hat gleichfalls subsidiären Charakter spezifischen Problemen der Behinderten gegenüber, Problemen, die keiner generellen Lösung zugeführt werden können. Im Aufgabenbereich der Behindertenhilfe war das Jahr 1983 in erster Linie durch die Verbesserung bereits bestehender Leistungen gekennzeichnet.

Als Ausgleich für die nicht oder nur zum Teil behindertengerechte Ausstattung öffentlicher Verkehrsmittel wurde der Fahrtendienst durch eine erhebliche Aufstockung der Budgetmittel zum erstenmal in die Lage versetzt, den bestehenden Bedarf weitestgehend zu decken.

Die schwierige Situation am Arbeitsmarkt betrifft besonders behinderte Arbeitsuchende. Als ein Teil eines Konzeptes für diese Problematik wurde die zu gleichen Teilen aus Mitteln der Stadt Wien und des Bundes nach den Richtlinien des Ausgleichstaxfonds geschaffene Geschützte Werkstätte, das Werkstättenzentrum, in Betrieb genommen, wie auch die bei der Firma Wagner-Biró im Jahre 1982 eingerichtete Werkstätte schrittweise vergrößert wurde. Zur Verbesserung der Wohnsituation für Behinderte wurden im Zuge des geplanten Ausbaues von kleineren Wohneinheiten für geistig Behinderte zwei weitere Wohnheime eröffnet.

Ein seit 1981 besonders forcierter Schwerpunkt der Arbeit für Behinderte des Sozialamtes ist die Beseitigung baulicher Barrieren. Bei der Planung öffentlicher Verkehrsmittel, insbesondere der neuen U-Bahn-Linie 3, wird vermehrt auf die Bedürfnisse behinderter Fahrgäste Rücksicht genommen. Der Stadtführer für Behinderte, ein

Verzeichnis aller öffentlich zugänglichen Objekte, wurde neu aufgelegt. Der Stadtführer dient der Information, wieweit diese Objekte behindertengerecht gestaltet sind und welche Zugangsmöglichkeiten für Behinderte bestehen. In die Frage der behindertengerechten Ausgestaltung wurden auch die Neubauten von Pflichtschulen mit einbezogen. So wurde vom Wiener Gemeinderat am 30. September 1983 die Bildung einer aus Mitgliedern des Gemeinderates bestehenden „Behindertenkommission" beschlossen, die sich mit allen Fragen der Behindertenhilfe beschäftigen wird. Diese Kommission hat festgestellt, daß Schulneubauten in Hinkunft behindertengerecht ausgeführt werden.

Dem Zielplan 1975 entsprechend folgten zwei Phasen der Entwicklung der s o z i a l e n D i e n s t e. In der ersten Phase wurden die Sozialdienste quantitativ und qualitativ ausgebaut, in der zweiten mit der Dezentralisierung der Standorte der Einrichtungen begonnen. So wurden regionalisiert soziale Stützpunkte geschaffen, die zusammen mit den psychosozialen Stationen und den Stützpunkten der mobilen Schwestern ein Grundnetz ambulanter Hilfen ergaben. Im Jahre 1983 wurde die Dezentralisierung der sozialen Dienste mit nunmehr zehn sozialen Stützpunkten abgeschlossen. Der soziale Stützpunkt ist für einen Versorgungssektor zuständig und soll alle Anfragen um soziale Hilfe (ausgenommen die finanzielle Hilfe, für die die Sozialreferate zuständig sind) entgegennehmen. Seine Aufgabe ist die Organisierung der entsprechenden Hilfe in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen, die für die Stadt Wien einzelne soziale Dienste durchführen.

Die quantitative Entwicklung der sozialen Dienste dürfte ihren Höhepunkt erreicht bzw. teilweise überschritten haben. Dies gilt im besonderen für den Heimhilfedienst. Der Nachholbedarf an ambulanten Hilfen in der derzeitigen Form hat bis 1981 bestanden und konnte durch den Ausbau dieser Dienste befriedigt werden. Insgesamt werden durch soziale Dienste, ausgenommen Pensionistenklubs, rund 30.000 Personen pro Jahr betreut. Darunter ist mit etwa 15.000 Betreuten pro Jahr der Heimhilfedienst von besonderer Bedeutung. Die Schwerpunkte des Jahres 1983, betreffend die sozialen Dienste, waren die Durchführung von Ausbildungsprogrammen für die Mitarbeiter und die Intensivierung der Kontakte zwischen den verschiedenen Einrichtungen, die dem Gesundheits- und Sozialbereich Dienste anbieten. Darunter wurde die Zusammenarbeit mit den Krankenanstalten besonders gefördert, um die Nachbetreuung hilfsbedürftiger Patienten zu sichern. Aus den Krankenanstalten wurden im Jahre 1983 rund 8.000 Anträge für soziale Dienste als Hilfe nach der Entlassung gestellt.

Zwei Schwerpunkte kennzeichnen den Arbeitsbereich der S o z i a l a r b e i t e r des Referates für Spezielle Individualhilfe und Erwachsenenbetreuung: Ambulante Sozialarbeit wird in den sechs dezentralisierten Außenstellen angeboten, stationäre Sozialarbeit umfaßt den Verbindungsdienst zu Kranken- und Pflegeanstalten und anderen Institutionen (wie z. B. Einrichtungen der Behindertenhilfe).

Dem Sozialamt gehörten am 31. Dezember 1983 367 Bedienstete an. Diese Zahl umfaßt auch die Bediensteten des Behindertenzentrums und der Sozialreferate. Zusätzlich standen aus dem Stand der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision noch 19 Bedienstete und 35 Bürokaufmannslehrlinge zur Verfügung. In den Pensionistenklubs sind jeweils in den Monaten Jänner bis April und September bis Dezember Betreuerinnen tätig. Am 31. Dezember waren es 400 Betreuerinnen.

Die F a c h a u f s i c h t überprüfte die Tätigkeit der Sozialreferate. In Zusammenarbeit mit dem Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung IV wurden in allen Sozialreferaten Kassenskontrierungen durchgeführt und die Abrechnungen der Pensionistenklubs bzw. der Ausflugsaktion stichprobenweise geprüft. Die Fachaufsicht verfaßt in Zusammenarbeit mit den Hauptreferenten die Dienstbeschreibungen aller Bediensteten der Sozialreferate, einschließlich der zugeteilten Lehrlinge. Eingebrachte Verbesserungsvorschläge wurden hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit und auch dahingehend wieweit sie tatsächlich eine Verbesserung darstellen, überprüft. Bei baulichen Änderungen im Bereich der Sozialreferate wurde weiterhin besonderes Augenmerk auf Einrichtungen zu deren Sicherheit gelegt.

Das Sozialreferat für Nichtseßhafte übersiedelte vom 12. Bezirk in den Stadtbahnbogen in 8, Josefstädter Straße. In den Sozialreferaten 1/8/9, 2, 3, 10, 12, 13/14, 15, 16, 20, 21, 22 wurde der Parteienverkehr am Donnerstagnachmittag bis 17.30 Uhr weiterhin durchgeführt, um der Bevölkerung ein besseres Service bieten zu können. Der Fachaufsicht obliegen außerdem diverse Organisationsangelegenheiten, der Dezentralisierungsversuch im 21. und 22. Bezirk, der verlängerte Parteienverkehr sowie Fortbildungsseminare. Die Fachaufsicht sorgte weiterhin für die Koordination mit dem Jugendamt und den Magistratsabteilungen für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung und für die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude bei Delogierungen (222 Fälle, die ausschließlich in den Aufgabenbereich des Sozialamtes fielen) aus Gemeindewohnungen sowie bei der Zusammenarbeit mit den Herbergen. Sie ist in ihrem Aufgabenbereich ferner Verbindungsstelle zum Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit, zur Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe, zum Bahnhofssozialdienst und zur SOS-Gemeinschaft der Caritas.

In der a l l g e m e i n e n S o z i a l h i l f e wurden durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 30. November 1982, LGBl. für Wien Nr. 32/1982, die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhöht und betrugen ab 1. Jänner für den Alleinunterstützten 2.931 S, für den Hauptunterstützten

Amtsführender Stadtrat Franz Mrkvicka begrüßt den 400.000. Besucher der Ausstellung „Die Türken vor Wien" und überreicht der „Jubilarin" ein Erinnerungsgeschenk

Kultur

Das Künstlerhaus während der Türkenausstellung

Im Pflegeheim Lainz wurde ein Patientencafé eröffnet

Sozialwesen

Wiens neuestes Pensionistenheim befindet sich im 12. Bezirk auf dem Marschallplatz

2.858 S, für den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 1.466 S und für den Mitunterstützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe 879 S. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und betrug ab 1. Jänner 1983 für den Alleinunterstützten 1.147 S und für den Hauptunterstützten 1.515 S.

Sozialhilfe als Dauerleistung an alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1983 in 5.692 Fällen 6.073 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1982 ergibt sich eine Abnahme um 460 Fälle und 544 Personen. Davon waren 25 Personen Kriegsgeschädigte, 1.876 Personen Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 3 Personen Kleinrentner, 216 Ausländer und 3.572 sonstige Dauerleistungsempfänger. Bemerkenswert ist die Zahl von 1.870 Pensionisten, die nur deshalb eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als 506 S zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes wurden in 116.668 Fällen gegeben. Darüber hinaus erhielten 7.675 Pensionswerber und 6.482 arbeitsfähige Mütter Aushilfen. In 131 Fällen wurden Hinterbliebenen Beiträge zum Bestattungsaufwand für verstorbene bedürftige Personen gegeben. Die Zahl dieser Geldaushilfen stieg von 103.797 im Jahre 1982 auf 130.956 im Jahre 1983.

Die Zahl der Aushilfen an Flüchtlinge stieg von 10.170 im Jahre 1982 auf 18.780 im Jahre 1983, der Aufwand von 27,170.169 S im Jahre 1982 auf 57,378.255 im Jahre 1983. Wochenhilfe wurde in 69 Fällen mit einem Aufwand von 201.627 S gegeben.

Aus dem Titel der Gewährung der Krankenhilfe verrechnete die Wiener Ärztekammer 40.642 Kranken- und Überweisungsscheine für Sozialhilfeempfänger. Für ärztliche Behandlung, Heil- und Hilfsmittel und Arzneimittelversorgung wurden 32,613.093 S ausgegeben. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen der Zahnärzte und Dentisten betrug 5,245.230 S.

Kostenersatzansprüche Dritter wurden gemäß § 31 Wiener Sozialhilfegesetz in 3.483 Fällen mit einem Aufwand von 2,491.890 S gewährt. In 42 Fällen wurden vom Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit 23.662 S aufgewendet, in 1.003 Fällen belief sich die Unterstützung des Bahnhofsozialdienstes auf 312.778 S, die Caritas der Erzdiözese Wien und die Krisenintervention beanspruchten in 2.417 Fällen insgesamt 2,127.052 S. Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen konnten zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände in 1.526 Fällen einmalige Aushilfen im Betrag von 5,822.744 S gewährt werden. Die Stadt Wien und der Bund haben in einer gemeinsamen Aktion an Ausgleichszulagen- und Dauerleistungsbezieher im Februar 1983 insgesamt 9,538.500 S an Heizkostenzuschüssen ausbezahlt.

Bei der Aufnahmestelle langten 6.871 Anträge um Aufnahme in Pflegeheimen ein, wovon 5.790 bewilligt wurden. 3.556 Personen wurden in ein Pflegeheim der Stadt Wien aufgenommen, 609 Personen gegen gänzliche oder teilweise Kostenübernahme in private Pflegeheime eingewiesen. In 1.887 Fällen mußten Antragsteller Ende 1983 infolge der angespannten Bettenlage Wartezeiten hinnehmen. In einigen Fällen verzichteten die Patienten trotz positiver Erledigung ihres Antrages auf die Aufnahme in ein Pflegeheim, da sie bei Verwandten oder in privaten Heimen Unterkunft gefunden hatten oder sich ihr Zustand mittlerweile gebessert hat. 1.494 Hausbesuche des Amtsarztes zur medizinischen Begutachtung der Aufnahmewerber wurden durchgeführt. Auf Grund des Übereinkommens mit dem Institut „Haus der Barmherzigkeit" samt seiner Zweiganstalt „Clementinum" in Kirchstetten befanden sich in diesem Privatpflegeheim Ende 1983 568 Personen, bei denen das Land Wien die nichtgedeckten Verpflegungskosten übernahm.

Die Zentralaufnahmestelle für Heilstätten- und Kurbedürftige bewilligte 177 hilfsbedürftigen Personen aus Sozialhilfemitteln Kosten- bzw. Teilkostenersatz für einen Kuraufenhalt bzw. für einen Aufenthalt in einem Rekonvaleszentenheim. Die Bewilligung der Kostenübernahme für Aufenthalte in Rekonvaleszentenheimen kann in jenen Fällen erteilt werden, in denen nach Abschluß einer nichtchirurgischen Krankenhausbehandlung eine spezielle medizinische Betreuung und Wartung zur Wiederherstellung notwendig erscheinen, die in einem normalen Haushalt nicht gewährt werden können.

Das mit 1. Jänner 1982 in Kraft getretene Mietrechtsgesetz brachte im Jahre 1983 kein weiteres Ansteigen der Anträge. Die Zahl der Ansuchen um Mietzinsbeihilfe zeigte sogar eine rückläufige Tendenz. Mit 1. April 1983 wurde die Aktion der Bezahlung von Vorschüssen auf die Mietzinsbeihilfen des Bundes beendet. Die Zuerkennung der Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1983, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1983 wurden 5.656 Anträge auf Gewährung einer Mietbeihilfe eingebracht. Davon konnte in 4.537 Fällen eine Beihilfe zuerkannt werden, in 1.119 Fällen mußte das Ansuchen auf Grund mangelnder Voraussetzungen abgelehnt werden. Mit 31. Dezember 1983 standen insgesamt 8.817 Personen im Bezug einer Mietbeihilfe.

Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 6.197 neue Erstattungsanträge in der geschlossenen Sozialhilfe und 396 in der offenen Sozialhilfe bearbeitet. Ferner wurden 1.778 neue Kostenanerkenntnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und Pflegeheimen abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1983 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 1.840 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 110 Fälle, mit Kuranstalten 123 Fälle anhängig. In 740 Fällen wurden Ambulanzge-

bühren für nichtstädtische Anstalten, in 3.514 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste, wie Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund, übernommen. In 78 Fällen wurden Kostenzuschüsse zu den Aufenthaltskosten in der B-Station eines Heimes des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime gewährt. Der Aufwand betrug 3,184.426 S.

Für insgesamt 911 pflegebedürftige Personen wurde im Institut „Haus der Barmherzigkeit" ein Kostenzuschuß für den Aufenthalt bzw. zur Sicherung eines Taschengeldes in Höhe von 20 Prozent ihres monatlichen Einkommens gegeben. Unter Berücksichtigung von 343 Sterbefällen und Entlassungen befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 1983 568 Personen in dieser Pflegeanstalt. Der Kostenaufwand betrug insgesamt 63,050.899 S. 239 Personen wurden in sonstigen privaten Wohn- oder Pflegeheimen neu aufgenommen, für die ein Kostenzuschuß geleistet wurde, um ihnen den Heimaufenthalt zu ermöglichen bzw. ihnen ein Taschengeld in Höhe von 20 Prozent ihres monatlichen Einkommens zu sichern. In diesen Heimen befanden sich im Jahre 1983 insgesamt 846 Personen. Der Kostenaufwand betrug 33,065.736 S.

In 834 Fällen konnten aufgelaufene Sozialhilfekosten (Dauerleistungen, Pflegegebühren usw.) zur Verlassenschaft angemeldet und den Erben ganz oder teilweise aufgerechnet werden. In 102 Fällen wurde Regreß gegen unterhaltspflichtige Angehörige und Erben geltend gemacht. In 179 Fällen mußten Sozialhilfekosten mit einem fremden Sozialhilfeträger laufend verrechnet werden. In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Feststellung von Fremdverschulden, z. B. bei Verkehrsunfällen usw. In 12 Fällen wurde eine Verrechnung mit einem verpflichteten Dritten (Versicherung) durchgeführt. Weiters waren Überprüfungen von Pensionsansprüchen, Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger, Erledigung von Amtshilfeersuchen und Überprüfungen der Aufrechnung fremder Sozialhilfeträger durchzuführen. Zur Sicherstellung von aufgelaufenen Sozialhilfekosten wurden 37 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von 3,576.591 S zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt. In 97 Fällen konnte auf Grund der Rückzahlung des gewährten Sozialhilfeaufwandes die grundbücherliche Sicherstellung gelöscht werden. In 127 Fällen wurde ein Regreßverfahren eingeleitet, in 6 Fällen wurden Verfahren vor Zivilgerichten anhängig gemacht, in einem Fall mußte ein Exekutionsverfahren gegen einen säumigen Zahler durchgeführt werden. In 73 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten (Pflegegebühren usw.) vom Dezernat IV im Verlassenschaftsverfahren bei den zuständigen Bezirksgerichten angemeldet. In 61 Fällen wurde vom Dezernat IV den Erben ein Kostenersatz vorgeschrieben. In 8 Fällen hat das Sozialamt in einem im Jahre 1983 neu eingeleiteten Verfahren vor dem Schiedsgericht der Sozialversicherung auf Zuerkennung einer Pension ihren Beitritt als Nebenintervenient erklärt und am Verfahren teilgenommen. An 31 Gerichtsverhandlungen nahm ein Vertreter des Sozialamtes teil. In 17 Fällen wurde der Pensionsanspruch durchgesetzt, in 14 Fällen der Anspruch auf Ersatz von Pflegegebühren gegen Krankenkassen angemeldet. In 4 Fällen war zur Durchsetzung des Anspruches des Sozialhilfeträgers die Einbringung einer Klage gegen den Krankenversicherungsträger beim Schiedsgericht der Sozialversicherung erforderlich. In 11 Fällen konnte eine zusätzliche Kostenübernahme von Pflegegebühren durch den Krankenversicherungsträger erreicht werden.

Ende 1983 standen dem Referat für Spezielle Individualhilfe und Erwachsenenbetreuung insgsamt 87 Sozialarbeiter zur Verfügung.

Im Rahmen der bezirksbezogenen Sozialarbeit wandten sich wieder viele Menschen um Hilfe an die Außenstellen. Bedingt durch die andauernde Wirtschaftskrise stand auch in diesem Jahr die finanzielle Versorgung bei jenen Klienten im Vordergrund, die erstmals auf Arbeitssuche waren oder wegen zu geringer Versicherungszeiten noch keine Ansprüche im Rahmen der Sozialversicherung erworben hatten. Es wurde festgestellt, daß unqualifizierte Arbeiter, Frauen und Männer ab dem 45. Lebensjahr, wenn sie gekündigt werden, wenig Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz haben, ebenso können junge, alleinstehende Mütter kaum mit einem Arbeitsplatz rechnen. Geringe finanzielle Mittel führen nicht selten zu Obdachlosigkeit, da die Kosten für Wohnung und Beheizung nicht mehr aufgebracht werden können. Durch die wirtschaftliche Not entstehen wieder vermehrt soziale Probleme. Zerrüttete Ehen, Scheidungen, somatische Erkrankungen usw. sind oft die Folgen, und nicht selten gilt es, das Abgleiten in die Kriminalität zu verhindern. Aus diesen Gründen sind langdauernde und intensive Beratungen notwendig, um diesen Menschen in ihrer materiellen und psychischen Not zu helfen.

Ein wichtiger Aufgabenbereich in den Außenstellen ist nach wie vor die Arbeit mit alten Menschen. Im Rahmen des Kontaktbesuchsdienstes stehen Sozialarbeiter bei Gruppenbesprechungen oder in Einzelgesprächen den Kontaktbesuchern persönlich oder telephonisch zur Verfügung. In den sechs dezentralisierten Außenstellen wurden in der ambulanten Einzelfallhilfe 3.682 neue Fälle und 9.914 Wiederholungsfälle intensiv betreut. Dafür waren 4.577 Hausbesuche, 5.436 Dienstwege und 50.288 Aussprachen erforderlich. In 22.421 Fällen wurden Kurzberatungen im Sinne einer Krisenintervention geleistet.

Mehr als die Hälfte der Sozialarbeiter ist im stationären Bereich, in den Verbindungsdiensten, tätig. Die Sozialarbeiter stehen dort Patienten und deren Angehörigen zur Verfügung und sollen ihnen Hilfestellung bei der Bewältigung von Problemen geben, die durch Erkrankungen entstanden sind. In Zusammenarbeit mit dem Personal in den Anstalten, den Familienangehörigen und sonstigen Betreuungspersonen wird das Ziel einer beruflichen und sozialen Rehabilitation angestrebt. In 16.149 neuen und 7.890 Wiederholungsfäl-

len erfolgte eine intensive Betreuung. Hinzu kamen noch 17.034 Kurzberatungen. Ferner waren 833 Dienstwege und 474 Hausbesuche durchzuführen. Insgesamt waren im gesamten Verbindungsdienst 59.513 Aussprachen erforderlich.

In den Pflegeheimen Klosterneuburg und Lainz wurden die bereits 1982 von Sozialarbeitern initiierten Patientencafés auch 1983 weitergeführt. Diese Einrichtungen erfreuen sich bei den Pfleglingen großer Beliebtheit, so daß im Herbst 1983 auch im Pflegeheim Ost mit den Vorbereitungen für ein Patientenkaffeehaus begonnen wurde. Analog zur Organisationsform im Pflegeheim Lainz wurde auch im Pflegeheim Ost ein Verein von Pfleglingen gegründet. Einen geeigneten Raum und die Einrichtung stellten die Verwaltung des Pflegeheimes zur Verfügung. Die Eröffnung des Kaffeehauses ist im März 1984 geplant. Die Einrichtung von Kaffeehäusern innerhalb von Pflegeheimen bringt nicht nur Abwechslung in den Alltag der Heiminsassen, sie trägt auch zu einer aktiven Betätigung der Patienten durch Mitgestaltung und Teilnahme an verschiedenen Angeboten bei. Je nach den Bedürfnissen und realen Möglichkeiten werden Kaffee, Kuchen und alkoholfreie Getränke angeboten sowie Gesellschaftsspiele, Geschicklichkeitsübungen, Filmvorführungen, Diavorträge, Lesungen, Musikveranstaltungen und Diskussionen durchgeführt. Im Pflegeheim Lainz werden diese Veranstaltungen auch in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Hietzing veranstaltet. So haben sich verschiedene Arbeitsgruppen gebildet:

— Die Gruppe der Rollstuhlfahrer mit zirka 15 Teilnehmern kommt einmal wöchentlich zusammen;
— die Tanzgruppe trifft sich alle 14 Tage;
— die Projektgruppe „So haben wir gelebt — erlebte Geschichte" wurde im Laufe des Jahres beendet;
— bei der Zeitschrift „Caféhaus-Kurier" arbeiten die Sozialarbeiter mit;
— für junge Behinderte im Pflegeheim wurde eine Gruppe, die etwa zehn Teilnehmer umfaßt, mit dem Ziel gebildet, diesen Behinderten die Entlassung aus dem Pflegeheim zu ermöglichen und sie zu verselbständigen;
— für Schwerstbehinderte wird seit Jahren ein Freizeitklub geführt und dessen Teilnehmer kreativ gefördert;
— da sich herausstellte, daß einige Pfleglinge nicht schreiben und lesen können, wurde das Projekt ABC vorbereitet. Ab Februar 1984 unterrichten eine Sonderschullehrerin und ein Zivildiener die Analphabeten.

Als Alternative zum Pflegeheim wurde 1983 mit dem Projekt „Miteinander wohnen" begonnen. Es soll alten Menschen die Möglichkeit bieten, aus dem Pflegeheim wieder austreten zu können und trotzdem nicht allein in einer Wohnung leben zu müssen. So hat sich eine Gruppe von Pfleglingen gebildet, die nach Wiedergenesung oder Besserung ihres Gesundheitszustandes Interesse zeigt, wieder aus dem Pflegeheim auszutreten. Es wird eine größere Wohnung angemietet und vorderhand sollen vier Pfleglinge — zwei Damen und zwei Herren — in diese Wohnung ziehen. Inwieweit eine Betreuung erforderlich sein wird, wird die Erfahrung weisen.

Von der Außenstelle II wurden noch weitere Aktivitäten angeboten: So arbeiten zwei Sozialarbeiter bei einer Selbsthilfegruppe im Volksheim Inzersdorf mit. Diese Gruppe wird von 20 bis 30 Behinderten besucht und die Sozialarbeiter üben eine beratende Funktion aus.

Zwei Sozialarbeiter besuchen auch regelmäßig den „Klub Bassena", der für Bewohner der Gemeindebauten „Am Schöpfwerk" vor Jahren eingerichtet wurde. Auch diese Gruppe wird beratend unterstützt. Das Siedlungsgebiet „Am Schöpfwerk" ist ein äußerst krisenreiches Zentrum geworden. Es gibt bei den Familien große Probleme, die teilweise finanzieller Natur sind, aber auch unter den Familienmitgliedern und den einzelnen Bewohnern bestehen. Um eine Koordination der Arbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen zu erreichen, wurde ein Regionalteam geschaffen, das sich im Abstand von zwei Monaten trifft. Von jeder beteiligten Institution (Bezirksjugendamt für den 12. Bezirk, Sozialamt, Jugendzentren, Club Bassena, Nachbarschaftszentrum, Pfarre, Psychosozialer Dienst, Städtische Bücherei) kommen zwei Mitarbeiter, die an den Besprechungen teilnehmen.

Eine wesentliche Aufgabe des Referates ist die Betreuung der geistig und körperlich Behinderten. Diese wird sowohl in Einzelfallhilfe als auch im Verbindungsdienst zu Institutionen im Behindertenbereich durchgeführt. Drei Sozialarbeiter sind bei den Untersuchungen der Behinderten im Behindertenzentrum der Stadt Wien anwesend und haben dadurch die Möglichkeit, die sozialen Probleme dieser Menschen und ihrer Familien aufzugreifen. In einem interdisziplinären Team werden gemeinsam die Betreuung und Förderung jedes einzelnen festgelegt. Eine wichtige Aufgabe ist es, den Behinderten in seine Familie, aber auch in die Gemeinschaft nach Möglichkeit zu integrieren.

An der Gestaltung der Broschüre über das Behindertenzentrum der Stadt Wien haben die im Verbindungsdienst stehenden Sozialarbeiter ebenfalls mitgearbeitet. Kontakte zu Einrichtungen des Gesundheitsamtes haben die Sozialarbeiter des Referates zur Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik in 10, Gellertgasse 42 bis 48, und in 18, Währinger Gürtel 141, sowie zur Abteilung für Neonatologie und angeborene Störungen im Allgemeinen Krankenhaus. Zu diesen Einrichtungen besteht hauptsächlich telephonischer Kontakt, der sich an dem jeweiligen Bedarf der einzelnen Institution orientiert.

Der Verbindungsdienst zum „Ambulatorium für körper- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche" in 15, Märzstraße 122, hat sich so sehr bewährt, daß auch zum neuen Ambulatorium in 21, Jara-Benes-Gasse 16,

das mit derselben Aufgabe befaßt ist und die Patienten der östlichen Wiener Bezirke versorgt, mit 1. Oktober 1983 ein Verbindungsdienst aufgenommen wurde. Die Schwerpunkte der Sozialarbeit liegen bei Beratungen hinsichtlich Unterbringungsmöglichkeiten für behinderte Kinder und Jugendliche (Sonderkindergarten, Wohnheime), Beschäftigungstherapie, Arbeitsmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen sowie finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten. Eng damit verbunden sind die Kontakte zu den verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen, die im Behindertenbereich tätig sind. Von großer Bedeutung sind weiters die soziale Betreuung von Familien und von Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem Therapeutenteam und die sich daraus ergebenden regelmäßigen Besprechungen.

Im Jahre 1983 ist die durchschnittliche Besucherzahl im Club 21 von 22 auf 24 pro Tag gestiegen. Sehr hohe Besucherzahlen sind bei den Discoabenden, die regelmäßig stattfinden, zu verzeichnen. An diesen Tagen sind bis zu 60 Clubbesucher anwesend. Programmhöhepunkte bildeten ein Faschingsfest, eine Grill- und Tanzveranstaltung im Grünen und nach der Sommerpause das Wochenende im Schweizerhaus. Zu den bereits traditionellen Aktionen gehört das Tischtennisturnier, das jährlich stattfindet. Großer Beliebtheit erfreut sich der Kochkurs, der aus Platzmangel in der Außenstelle III abgehalten wird. Den Abschluß des Klubjahres 1983 bildete die Weihnachtsfeier, deren Höhepunkt die Aufführung eines von Klubteilnehmern erarbeiteten Theaterstückes darstellte.

1983 wurde eine 100 m² große, behindertengerechte Wohnung vom Wohnungsamt zur Verfügung gestellt, die nach Adaptierung als Trainingswohnung für Behinderte verwendet werden soll. In dieser Wohnung können zwei bis drei Behinderte, auch Rollstuhlfahrer, untergebracht werden. Diese Behinderten sollen durch Training die selbständige Bewältigung des Alltags erlernen.

Die Unterbringung von Personen in Prekariumswohnungen hat sich so gut bewährt, daß weitere Wohnungen zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt wurden. In Prekariumswohnungen werden jene Klienten untergebracht, die neben ihrer Obdachlosigkeit noch viele andere Probleme haben, die sie nicht ohne fremde Hilfe bewältigen können. Intensive psychosoziale Betreuung ist notwendig, um das Ziel einer sozialen Integration zu erreichen. Vorwiegend werden einzelne Personen betreut. In den größeren Wohnungen, mit mehreren Wohnräumen, müssen aus ökonomischen Überlegungen auch mehrere Personen untergebracht werden. Das Zusammenleben von mehreren, meist äußerst schwierigen Menschen in einer Prekariumswohnung bringt viele Probleme mit sich und bedarf auch eines anderen methodischen Arbeitsstils. Die Zahl der Wohnungen konnte im Laufe des Jahres 1983 von 17 auf insgesamt 59 erhöht werden. Der Zuwachs von 42 Wohnungen stellte für die Tätigkeit der Sozialarbeiter eine sehr große Arbeitsbelastung dar. Die Instandsetzung und Einrichtung dieser Wohnungen waren mit Ende 1983 noch nicht zur Gänze abgeschlossen. Die Fertigstellung aller neu hinzugekommenen Wohnungen wird aber Anfang 1984 beendet sein. In den bereits 27 adaptierten Wohnungen konnten insgesamt 60 Klienten untergebracht werden. Die Verweildauer lag im Durchschnitt zwischen drei und 18 Monaten. In 20 Fällen konnte anschließend an das „Wohnen-Lernen" eine Gemeindewohnung vermittelt werden. Vereinzelt fanden diese Klienten andere Wohnmöglichkeiten. Auch die zehn vom Wiener Zuwandererfonds 1982 zur Verfügung gestellten Wohnungen wurden 1983 weiterhin von Klienten des Referates bewohnt.

Die verhaltenstherapeutisch geführte Wohngemeinschaft in der Lainzer Straße wird ebenfalls weiterhin von einer Sozialarbeiterin des Referates betreut.

1983 waren die Sozialarbeiter des Referates wieder mit der Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Fremden beschäftigt. Noch immer kamen Polenflüchtlinge nach Wien, da sie sich hier größere Arbeitschancen und somit bessere Lebensbedingungen erhofften. Vordringlich waren die Sozialarbeiter mit der Sicherung des Lebensbedarfes sowie der Gewährung von Krankenhilfe befaßt. Erstmals war es nicht mehr möglich, finanzielle Mittel zur Wohnraumbeschaffung bereitzustellen. Untermietwohnungen sind in der Regel nur am freien Wohnungsmarkt erhältlich und mit hohen Kautionen, Provisionen und Mietenvorauszahlungen verbunden. Aus Magel an Arbeitsplätzen ist auch die finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensbedarfes nach dem Wiener Sozialhilfegesetz notwendig, aber nicht nur eine vorübergehende, sondern langandauernde Belastung des Finanzbudgets. Viele Flüchtlinge, die eine gute berufliche Ausbildung haben, würden aber langfristig finanziell nicht unterstützt werden müssen, wenn genügend Arbeitsplätze vorhanden wären. 1983 konnten insgesamt 10.741 Flüchtlinge und Fremde gezählt werden, wobei 4.081 eine Intensivbetreuung benötigen. Insgesamt 17.126 Gespräche, 151 Hausbesuche und 176 Dienstwege wurden durchgeführt. Hervorzuheben ist, daß Sozialarbeiter in ungezählten Fällen Beratungs- und Informationsgespräche führten und vor allem für „Fremde", die keinen Konventionsstatus zuerkannt erhielten, eine wichtige Funktion zu erfüllen hatten.

Die im September 1982 begonnenen Deutschkurse für Polenflüchtlinge (Anfänger und mäßig Fortgeschrittene) wurden noch bis Juni 1983 fortgesetzt. Die Einstellung der Kurse erfolgte nach Absprache mit dem Bundesministerium für Inneres, da ab Sommer 1983 in den Einrichtungen des Bundes (Lager und Pensionen) Deutschkurse eingeführt wurden. Ebenso erübrigte sich im Laufe des Jahres die Tätigkeit des stundenweise zur Verfügung gestellten Dolmetschers.

Nach wie vor erfolgt die Betreuung der lateinamerikanischen Flüchtlinge im Referat durch Sozialarbeiter, da diese Personengruppe besondere Integrationsprobleme hat.

Die Sonderbetreuung von „nichtseßhaften jungen Erwachsenen" wurde fortgesetzt. Mit Dezember 1983 wurde ein Sozialarbeiter des Referates für die Betreuung junger Erwachsener, die keinen festen Wohnsitz haben, abgestellt. Nötig wurde diese Maßnahme auf Grund der Situation in der Alternativszene, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1983 entwickelte. Durch die Schließung des Jugendzentrums „Gassergasse" wanderten junge Nichtseßhafte — vorwiegend Punks — in das „Offene Werkstätten- und Kultur-Haus" (WUK) in 9, Währinger Straße 59, ab. Da sie sich in die bestehenden, funktionierenden aktiven Gruppen nicht integrieren wollten, wurde ihnen letztlich der Zugang zum WUK untersagt. Das Zusammentreffen der Punks setzte sich daraufhin im Lokal des Vereins „Stadtwerkstatt" in 6, Mollardgasse 8, fort. Bei den jungen nichtseßhaften Erwachsenen handelt es sich um sozial und psychisch gestörte Menschen, die zum Teil drogen- oder alkoholabhängig, fast immer arbeitslos und nicht seßhaft sind. Sie logieren teilweise bei Freunden oder in Hausgemeinschaften innerhalb der Alternativszene, wechseln diese Quartiere auch häufig und kommen nicht nur aus dem Wiener Raum, sondern vielfach auch aus den Bundesländern. Der Einstieg in diesen Bereich der Sozialarbeit durch intensive Einzelfallhilfe hat als vorrangiges Ziel, ein weiteres soziales Abgleiten zu verhindern. Eine Eingliederung in die Gesellschaft ist durch ihr zum Teil provozierendes Aussehen, ihre geringe Frustrationstoleranz und ihr mangelndes soziales Empfinden ihrer Umwelt gegenüber vorerst nicht zu erwarten.

Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt ist auch in der Beratungsstelle für junge Paare im Rahmen der Familienplanung in 18, Währinger Gürtel, weiterhin aufrecht. Ebenso werden die Aufklärungsgespräche in den Berufs- und Schwesternschulen von zwei Sozialarbeitern des Sozialamtes gemeinsam mit Gynäkologen weiterhin durchgeführt. Die Jugend ist an Gesprächen bezüglich Partnerschaft und Sexualität interessiert, und es zeigt sich immer wieder, wie wenig Gelegenheit sich bietet, mit Fachleuten über wichtige Probleme zu diskutieren. Auch das Interesse der Schulbehörden ist größer geworden. So sind aus zwei Mittelschulen und einer Volksschule Anfragen gekommen, ob Sozialarbeiter in einer Diskussionsrunde mit den Schülern soziale Probleme besprechen könnten. In der Mittelschule Hegelgasse wurde in der 7. Klasse eine Diskussion über die Arbeitslosigkeit geführt, in einer Mittelschule im 15. Bezirk jeweils in einer Unterstufen- und einer Oberstufenklasse über das Thema „Außenseiter in der Gesellschaft" berichtet. Besonders interessant war die Diskussion in einer Volksschule zum Thema „Ältere Menschen".

Die Lehrtätigkeit in den Krankenpflegeschulen wurde fortgesetzt. An den drei Sozialakademien wurden insgesamt 34 Studenten in praktischer Sozialarbeit unterwiesen und hatten Gelegenheit, die Arbeit im Referat kennenzulernen.

Am 25. Juni des Vorjahres hat amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. *Stacher* in Erweiterung des Angebotes an sozialen Diensten in einer Pressekonferenz Osterreichs erstes Geriatrisches Tageszentrum vorgestellt. Dieses Zentrum im Sozialmedizinischen Zentrum Ost ist eine von Sozialarbeitern geleitete Betreuungseinrichtung und dient der optimalen sozialen und gesundheitlichen Rehabilitation alter hilfsbedürftiger und/oder behinderter Menschen aus dem 21. und 22. Bezirk in Wien. Durch gezielte Maßnahmen wird die Aufnahme in ein Pflegeheim hinausgezögert und die Mobilisierung älterer Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt durchgeführt. Das Geriatrische Tageszentrum steht mit seinen Einrichtungen auch den Bewohnern des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost zur Verfügung. Die Teilnahme an allen Aktivitäten im Rahmen des Geriatrischen Tageszentrums ist kostenlos. Auch körperbehinderte Senioren und Rollstuhlfahrer suchen das behindertengerecht ausgestattete Tageszentrum gerne auf. Nicht oder schwer gehfähige Tagesbesucher werden mit dem Hausabholdienst abgeholt, die Kosten trägt das Sozialamt.

Das umfangreiche Tagesprogramm wechselt von Montag bis Freitag. Für den Tagesbesucher beginnt der Tag nach dem Eintreffen zwischen 8.30 und 9 Uhr. Das Frühstück wird im Speiseraum gemeinsam eingenommen und umfaßt Tee oder Milch, Gebäck und Aufstrich. Nach dem Frühstück wird anschließend eine kurze Gedächtnisübung abgehalten, dann erfolgt die Aufteilung in aktivierende Gruppen: Bewegung, Keramik, Werken usw. Zusätzliche Angebote sind das Lesen von Tageszeitungen, ein Besuch beim Friseur im Haus, Pediküre oder Psyikotherapie. Alle Gruppen werden um 11.30 Uhr abgeschlossen. Anschließend an die Informationsversammlung wird um 12 Uhr das reichhaltige Mittagessen eingenommen. Wahlweise gibt es auch Diätkost. Für dieses Mittagessen ist ein Kostenbeitrag zu leisten. Rekonvaleszente Patienten mit medizinischer Indikation ruhen nach dem Mittagessen im Ruheraum auf bequemen Liegen aus. Andere erholen sich in komfortablen Fauteuils oder werden zu Spaziergängen begleitet. Ab 13.10 Uhr bieten die Fachkräfte des Tageszentrums wieder Bewegungs- und Spielgruppen, Musizieren, Singen, Werken usw. an. Einmal wöchentlich findet ein Konzert, Vortrag, Kinofilm, Videofilm, Diavortrag und anderes mehr statt, teilweise gemeinsam mit den Bewohnern des Pflegeheimes.

Die Anmeldung zum Besuch im Geriatrischen Tageszentrum erfolgt persönlich oder über Intervention von Angehörigen und Mitarbeitern der Sozialen Dienste. Nach der — meist telephonischen — ersten Kontaktaufnahme wird die Interessentin oder der Interessent für einen ersten Probetag eingeladen. Auf Grund des ausführlichen Erstgespräches und des Erhebens der Sozialanamnese sowie des ersten Eindruckes des Interessierten

werden die weiteren Besuchstage vereinbart. Pro Tag können bis zu 35 externe Besucher, einschließlich der Bewohner des Pflegeheimes, bis zu maximal 60 Besucher betreut werden. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen ist der Besuch jeden Tag möglich. Im Jahre 1983 wurden 127 Tagesbesucher neu ins Geriatrische Tageszentrum aufgenommen. Vier davon verstarben, fünf mußten ins Pflegeheim übersiedeln. Zwei Tagesbesucher wurden von ihrem Hausarzt ins Geriatrische Tageszentrum geschickt, 61 kamen selbst und auf Grund eines Fernsehfilmes, 29 wurden durch die Sozialdienste, 35 von Bekannten oder Nachbarn auf diese Institution aufmerksam gemacht. Während der Einrichtungsphase waren es nur einzelne, die betreut werden konnten. Im Herbst 1982 stieg die Anzahl auf 75 Tagesbesucher pro Woche. Ein Film über das Geriatrische Tageszentrum in der WIR-Sendung des ORF brachte einen weiteren Anstieg auf 125 Tagesbesucher pro Woche. Im Herbst erhöhte sich die Frequenz nochmals auf 175 Tagesbesucher pro Woche.

Im Geriatrischen Tageszentrum erledigen drei Diplom-Sozialarbeiterinnen und eine Diplom-Ergotherapeutin die betreuungsintensiven Aufgaben. Sie werden von verschiedenen Teilzeitmitarbeitern unterstützt, und zwar von einer Bibliothekarin (6 Wochenstunden), einer Musiktherapeutin (2 Wochenstunden), einer Keramikerin (6 Wochenstunden), einer Sportlehrerin (3 Wochenstunden), einer Diplom-Krankenschwester zur Körperpflege (halbtags), einer Altenhelferin und einem Kanzleilehrling (28 Wochenstunden).

Das gesellige Programm umfaßt verschiedene Feiern je nach Jahreszeit, und zwar ein Faschingsfest, ein Sommerfest, einen Heurigen, eine Vorweihnachtsfeier, ein Krampuskränzchen und eine Weihnachtsfeier usw. Darüber hinaus gibt es Veranstaltungen verschiedenster Art, wie Gesangsdarbietungen, Jugendorchester, Volksmusik, Musik und Tanz. In den Sommermonaten wurden vier Ausflüge mit 170 Teilnehmern, einschließlich der Rollstuhlfahrer, zu reduzierten Unkostenbeiträgen veranstaltet. Ganztägige Reiseziele waren: Dopplerhütte, Hochegg, Au am Kracking, Laxenburg. Zusätzlich werden Kurse spezieller Art angeboten, wie zum Beispiel das Binden von Gewürzsträußchen, Glasritzen, Tauchlackarbeiten usw. Im Jahre 1983 registrierte die Bibliothek 1.049 Besucher und 2.873 Entlehnungen. Die bettlägerigen Patienten im Pflegeheim werden wöchentlich einmal mit einem „rollenden Angebot" in ihren Zimmern besucht. Die Kosten für eine Tagesverpflegung betrugen 1983 je Tag und Person 21,60 S einschließlich Mehrwertsteuer. Insgesamt wurden 5.682 Portionen Mittagessen, die aus der Küche des Pflegeheimes angeliefert wurden, ausgegeben.

Bezüglich der Hilfe für Behinderte wurden 1.523 Anträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht, und zwar wurde in 492 Fällen Eingliederungshilfe, in 61 ein Zuschuß zur geschützten Arbeit, in 26 Hilfe zur Unterbringung, in 667 Pflegegeld, in 73 Beschäftigungstherapie und in 204 Fällen ein Behindertenausweis beantragt. Bis Jahresende waren 1.514 der am 31. Dezember noch offenen sowie im Jahre 1983 neu eingelangten Anträge zu erledigen. Gewährt wurde in 484 Fällen Eingliederungshilfe, in 73 geschützte Arbeit, in 22 Hilfe zur Unterbringung, in 653 Pflegegeld, in 81 Beschäftigungstherapie und an 201 Personen ein Behindertenausweis ausgestellt. Mit Stichtag 31. Dezember 1983 waren in 4.099 Fällen die Maßnahmen der Behindertenhilfe auf Dauer bewilligt, und zwar 1.636 Kostenbeitragsleistungen zu Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapie sowie zur Unterbringung in Wohneinheiten (Behindertenzentrum 82, Jugend am Werk 888, Lebenshilfe Wien 294, Lebenshilfe Niederösterreich 50, Bandgesellschaft 102, Wiener Geschützte Werkstätten 120, sonstige Institutionen 100), ferner 1.902 Pflegegeldbezüge und 561 Beiträge zu anderen Leistungen, wie Hilfe zur Erziehung (Betreuung) von behinderten Kindern in den Kindertagesheimstätten der Lebenshilfe und des Kuratoriums für künstlerische und heilende Pädagogik (38 Fälle), Hausunterricht, Kursbesuche, Schulbildung anderer Art (66 Fälle), Hilfe zur beruflichen Eingliederung in der Lehrwerkstätte der Lebenshilfe (23 Fälle), Heimunterbringung zur beruflichen und medizinischen Rehabilitation (27 Fälle), Hilfe zur geschützten Arbeit (348 Fälle), Hilfe zum Lebensunterhalt (2 Fälle) und persönliche Hilfe (32 Fälle).

Auch im Jahre 1983 wurde an sieben private Vereinigungen, die Beratungs- und Betreuungsdienste durchführen und als Interessenvertretungen wirken, Zuschüsse von insgesamt 2,200.000 S geleistet, wobei erstmals auch der Organisation „Regenbogen — Verein zur gegenseitigen Hilfe" eine Unterstützung für die Betreuung psychisch behinderter Menschen gewährt wurde. Insgesamt wurden von diesen Einrichtungen etwa 10.000 Behinderte erfaßt. Zur Durchführung der im Wiener Behindertengesetz vorgesehenen Maßnahmen hat das Sozialamt mit weiteren sieben Vereinen Übereinkommen abgeschlossen. Diese Verträge garantieren den Vereinen für ihre Betreuungsdienste den Ersatz der Kosten in der vom Gemeinderat genehmigten Höhe.

Die Vereinigung zugunsten körper- und mehrfach behinderter Kinder und Jugendlicher konnte durch Inbetriebnahme eines zweiten Ambulatoriums im Raume Wiens ihr Behandlungsangebot erweitern.

Das Platzangebot konnte 1983 in Beschäftigungstherapiewerkstätten um 30 auf 1.100 und in Wohnheimen um 24 auf 330 erweitert werden. Vom österreichischen Verein für Spastiker — Eingliederungstraining — wurde Anfang 1983 eine spezielle Einrichtung zur Förderung junger spastisch gelähmter Menschen in Betrieb genommen, in der 12 Behinderte betreut wurden. Darüber hinaus trägt das Sozialamt die laufenden Kosten der vom Verein „Die Lebenshilfe-Wien" geführten Lehrwerkstätte. Die Zahl der in den Berufen Tischler und Schlosser in Ausbildung stehenden geistig behinderten Jugendlichen konnte 1983 auf insgesamt 23 erweitert werden. Diese Initiative soll behinderten jungen Menschen verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Ein wichtiger Teil der nichtstationären psychiatrischen und psychosozialen Versorgung der Wiener Bevölkerung wird durch das Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien wahrgenommen. Für die vom Kuratorium betriebenen Wohnheime trägt das Sozialamt die Kosten, die sich 1983 auf 12,727.137 S beliefen. In der „Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH.", deren Gesellschafter mit einer Beteiligung von 90 Prozent das Kuratorium und mit 10 Prozent die Wiener Handelskammer sind, erhalten psychisch behinderte Personen je nach Maßgabe Hilfe zur beruflichen Eingliederung, Hilfe zur geschützten Arbeit oder Beschäftigungstherapie. 1983 haben 186 Personen die Werkstätte besucht. Den größten Teil der Aufwendungen des Rehabilitationszentrums trägt das Sozialamt. 1983 wurden dafür 13,822.355 S geleistet.

Im März 1983 begann das von der Stadt Wien und dem Bund je zur Hälfte finanzierte „Werkstätten-Zentrum" der Geschützten Werkstätten für Wien GesmbH. zu arbeiten. Im Laufe des Jahres wurden schrittweise die Abteilungen Näherei, Wäscherei, Tischlerei, Spritzlackiererei, Elektro- und Schuhreparaturwerkstätte in Betrieb genommen. Per 31. Dezember 1983 standen 36 behinderte Arbeitnehmer in Beschäftigung, die trotz behindertenbedingter Minderleistung einen vollen Lohn erhalten, da die Stadt Wien 50 Prozent der Lohnkosten übernimmt.

Der Beförderungsdienst, der Behinderte mit Kleinbussen in die Tagesheimstätten und Schulen führt, hat in seinem Umfang weiter zugenommen: 1983 haben im Durchschnitt 394 Behinderte diesen Dienst in Anspruch genommen. Der Kostenaufwand hiefür betrug 11,300.000 S. Der mit Hilfe des Clubs Handicap organisierte Beförderungsdienst für Freizeitfahrten schwerst gehbehinderter Menschen wurde 1983 von 2.000 Personen in Anspruch genommen. Erstmals wurden neben Spezialbussen auch gewöhnliche Taxi eingesetzt. Die ausgegebenen Fahrtenbons verursachten Kosten von 9,750.000 S. Damit konnte die Nachfrage weitgehend gedeckt werden. An den mit Hilfe des Roten Kreuzes zwischen April und Oktober 1983 abgehaltenen 122 Ausflugsfahrten nahmen 710 Behinderte teil. Die Kosten betrugen 258.494 S.

Fahrtbegünstigungen für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien erhielten 3.493 Blinde und 97 Gehbehinderte.

Auf Gewährung von Blindenbeihilfe nach dem Wiener Blindenbeihilfengesetz wurden 982 Anträge gestellt. Die Anzahl der Bezieher von Beihilfen stieg um 56. Am 31. Dezember 1983 standen 4.162 Personen im Bezug einer Blindenbeihilfe, davon waren 1.640 Blinde und 2.522 schwerst Sehbehinderte (1982: 4.106, 1.674, 2.432). Durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 30. November 1982, LGBl. für Wien Nr. 33/1982, waren die Bezüge mit Wirkung vom 1. Jänner 1983 für Blinde auf 3.445 S und schwerst Sehbehinderte auf 2.237 S monatlich erhöht worden.

Als „Hilfe in besonderen Lebenslagen" erhielten 33 Behinderte, die blind und taub sind, neben der Blindenbeihilfe eine weitere monatliche Geldleistung. Die Kosten betrugen insgesamt 537.306 S. Aushilfen für Zivilinvalide wurden in einer Gesamthöhe von 80.658 S geleistet.

Schwerst Körperbehinderte, die für die Gestaltung ihres Urlaubes vermehrte Ausgaben haben, erhielten 1983 abermals einen Zuschuß. Die Summe von 1,000.000 S, die zur Verfügung stand, wurde 1.000 Behinderten ausgezahlt.

Die Beratungsstelle für Behinderte war an 94 Tagen, und zwar Montag und Donnerstag jeweils von 15.00 bis 18.30 Uhr, zugänglich. Im Jahre 1983 haben insgesamt 298 Behinderte die Einrichtung in Anspruch genommen.

Die sehr gefragte Broschüre „Wegweiser für Behinderte" wurde 1983 in einer dritten, auf den aktuellen Stand gebrachten Auflage neu herausgegeben. Die Auflagezahl betrug 25.000 Stück.

In der für leichter behinderte und gleichzeitig sozial gefährdete junge Männer eingerichteten Wohngemeinschaft „Villa Kellermann" in 14, Sophienalpenstraßte 11, wurden 17 Behinderte stationär und 10 ambulant betreut. Einige schieden nach einem kurzen Probeaufenthalt wieder aus. Von den Männern jedoch, die seit eineinhalb bis zwei Jahren in der Wohngemeinschaft lebten, konnten sieben, da sie sich bereits ausreichend verselbständigt und beruflich Fuß gefaßt hatten, die Einrichtung verlassen. Bei Bedarf werden sie ambulant weiterbetreut. Es ist gelungen, für fünf der Betreuten mit Hilfe des Wohnungsamtes kleine Gemeindewohnungen zu erhalten.

In der verhaltenstherapeutischen Wohngemeinschaft in 13, Lainzer Straßte 38, deren Aufgabe die Nachbetreuung von Patienten nach Ablauf des stationären Aufenthaltes in der Psychiatrischen Universitätsklinik ist, hielten sich 21 Patienten, 8 Männer und 13 Frauen, auf. Der Druck, der auf dem Patienten liegt, die nach ihrem Klinikaufenthalt einen Arbeitsplatz finden oder aufrechterhalten müssen, führt dazu, daß sie die Therapie in der Wohngemeinschaft stärker in Anspruch nehmen. Sie sind durch ihre neurotische Symptomatik derart beeinträchtigt, daß sie nicht imstande sind, ihre ökonomische, soziale oder psychophysische Lebenssituation allein aufrechtzuerhalten. Wesentlich erschwert wurde die Tätigkeit der Betreuer durch die schwierige Situation am Arbeitsmarkt. Infolge des Überangebotes an Arbeitskräften und der daraus resultierenden gesteigerten Leistungsansprüche von seiten der Arbeitgeber ist es in vielen Fällen nicht mehr möglich, einen Arbeitsplatz zu finden oder zu halten. Gerade für die neurotischen Patienten stellt jedoch der Erfolg am Arbeitsplatz einen

wichtigen Schritt für deren soziale und psychische Rehabilitation dar. Um der Isolation und Entmutigung der Patienten durch Arbeitslosigkeit bzw. dem erhöhten Leistungsdruck entgegenzuwirken, wurde das Freizeitprogramm, das von Sozialarbeitern und Patienten gemeinsam gestaltet wurde, intensiviert.

Das Behindertenzentrum nahm im Rahmen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse 410 (1982: 511) Begutachtungen vor. Die Zahl der Personen, die sich für einen Kurs anmeldeten, betrug 13 (1982: 15), die Zahl der Eintritte bzw. Wiedereintritte 21 (1982: 15). Insgesant 28 Personen (1982: 13) wurden für einen Arbeitsplatz vermittelt. Die Kurse waren im Durchschnitt von 86 (1982: 88) Teilnehmern belegt. Der Stand der Teilnehmer betrug am 2. Jänner 1983 95 (1982: 92), am 31. Dezember 88 (1982: 94). Insgesamt 28 Personen (1982: 13) sind ausgetreten. Die Zahl der Kursteilnehmer, die auf einem Arbeitsplatz untergebracht werden konnten, hat trotz der ungünstigen Wirtschaftslage zugenommen. Die Vermittlung war allerdings fast ausschließlich nur durch die Bemühungen der Sozialarbeiter, Gruppenleiter und Angehörigen möglich, die einen direkten Kontakt zu Firmen suchten.

Die bereits seit Jahren bestehende sehr gute Zusammenarbeit mit den Bezirksstellen konnte weiter ausgebaut und gefestigt werden. Die Veranstaltungen, die gemeinsam mit der Bezirksvorstehung, der Bezirksstelle der Arbeiterkammer, der Zentralsparkasse Richard-Wagner-Platz sowie mit einer Ottakringer Schule durchgeführt wurden, erzielten Breitenwirkung. Ein persönlicher Kontakt mit Herrn amtsführenden Stadtrat *Mrkvicka* anläßlich seines ersten Sprechtages in der Bezirksstelle der Arbeiterkammer brachte die Zusage, daß die Behinderten einen Sportplatz benützen können. Weiters hat der Stadtrat in Aussicht gestellt, einige namhafte Künstler bzw. Literaten für eine Mitwirkung bei Veranstaltungen des Behindertenzentrums im kommenden Jahr zu interessieren. Durch die Vermittlung des Herrn Bezirksvorstehers übergab die Postsparkasse am Weltspartag dem Behindertenzentrum zwei qualitativ hochwertige Tischtennistische samt Zubehör. So werden in den Freistunden Tischtennisturniere durchgeführt, die in sinnvoller Weise das Betreuungsprogramm auflockern. Ein völlig neuer und für beide Teile sehr positiver Kontakt konnte gleichfalls durch die Vermittlung der Bezirksvorstehung mit der Leitung, den Lehrschwestern und den Schülern der Krankenpflegeschule im Wilhelminenspital hergestellt werden. Die Schule initiierte für bedürftige Behinderte eine Weihnachtsaktion, bei der nicht nur sehr schöne Geschenke, sondern vor allem auch der persönliche Kontakt und das Gespräch mit unseren Schwerbehinderten im Vordergrund standen. Erstmals seit Bestehen des Behindertenzentrums war es im Jahre 1983 möglich, eine ansprechende und qualitativ einwandfreie Hausbroschüre mit einer Auflagenzahl von insgesamt 5.000 Stück herauszugeben. Der Druck wurde von den Wiener Geschützten Werkstätten durchgeführt und brachte den dort beschäftigten Behinderten einen bedeutenden Arbeitsauftrag.

Die sozialen Stützpunkte sind, organisatorisch gesehen, Außenstellen des Referates Soziale Dienste. Die Stützpunkte leisten in Zusammenhang mit dem Einsatz von sozialen Diensten alle notwendigen Koordinierungsarbeiten mit den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und veranlassen im Bedarfsfalle Sofortmaßnahmen. Besetzt sind sie mit diplomiertem Krankenpflege- und Verwaltungspersonal. Den Stützpunkten stehen außerdem Heimhelferinnen zur Erstversorgung der Patienten und für Soforthilfen zur Verfügung. 16 Diplomkrankenschwestern des Sozialamtes führten 23.907 Hausbesuche zur Überprüfung der Notwendigkeit von sozialen Diensten durch. Die Springerinnen der Stützpunkte leisteten im Jahre 1983 bei 6.954 Personen insgesamt 21.537 Einsätze im Rahmen der Erstversorgung.

Im Jahre 1983 wurden 10.552 Anträge für Heimhilfe gestellt und bearbeitet. Zum Stichtag 31. Dezember 1983 wurden 10.226 Fälle von 2.510 Heimhelferinnen und 7 Diplomkrankenschwestern betreut. Insgesamt wurden 2,937.231 Heimhilfestunden, einschließlich der Leistung der Springerinnen in den Stützpunkten geleistet.

Von 17 Familienhelferinnen wurde, vielfach nur halbtags, 459 Familien in Notsituationen im Ausmaß von 19.349 Stunden geholfen.

Bei 7.926 Personen wurden 29.710 Reinigungen in 129.030 Arbeitsstunden durchgeführt, außerdem 146 Reinigungen in grob verwahrlosten Wohnungen durchgeführt.

Zum Stichtag 31. Dezember 1983 wurden vom Besuchsdienst einsame alte Menschen betreut. Insgesamt konnten 134.393 Besuche bei 4.253 Personen durchgeführt werden.

Die Anzahl der Einsätze, die vom Wäschepflegedienst für die betreuten Haushalte geleistet wurden, lag pro Monat im Durchschnitt bei 1.788. Bis zu einem Einkommen von 4.762 S für Alleinstehende und 7.025 S für Ehepaare sind die Zustellung und Abholung der Wäsche kostenlos. Die Bezieher höherer Einkommen zahlen je nach Einstufung im Sozialpaß einen Kostenbeitrag zwischen 15 S und 30 S pro Zustellung. Der Preis pro Kilogramm Kochwäsche beträgt derzeit 23 S.

Im Jahre 1983 wurden im Durchschnitt 3.663 Personen täglich mit „Essen auf Rädern" beliefert, insgesamt 1,105.963 Portionen ausgeliefert. Im 1. Quartal 1983 betrug die Zahl pro Tag im Durchschnitt 3.594, im 2. Quartal 3.560, im 3. Quartal 3.514 und stieg im 4. Quartal überproportional auf 4.000 Essensbezieher. Davon bezogen 2.144 Personen Normalkost, 732 Personen Diabetikerkost und 1.124 Personen Schonkost. Das Essen wird in Styroporeinzelverpackungen ausgeliefert. Diese etwa 30 × 30 cm großen Behälter fassen vier Plastikbecher und enthalten noch zusätzlich zwei Kühlpatronen, die die Temperatur des Essens nach der Abkühlung konstant halten und damit eine größtmögliche hygienische Sicherheit gewährleisten.

Vom Reparaturdienst wurden in 1.031 Haushalten einfache Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Die Kosten für die Inanspruchnahme des Reparaturdienstes richten sich nach der Einstufung im Sozialpaß, wobei je nach Einkommenshöhe für eine Stunde zwischen 0 S und 160 S zu bezahlen ist.

Der Kontaktbesuchsdienst wird in sämtlichen Bezirken, mit Ausnahme des 1. Bezirkes, durchgeführt. 75.713 Personen über 65 Jahre wurden besucht und über die Hilfen, die von der Stadt Wien geboten werden, informiert. Für rund 10 Prozent der besuchten Personen hat der Kontaktbesuchsdienst mit Unterstützung der Sozialreferate, der sozialen Stützpunkte, der Sozialarbeiter oder der Bezirksvorsteher Hilfen veranlaßt und auch Anregungen entgegengenommen. Im Jahre 1983 führten insgesamt 352 Personen diesen Kontaktbesuchsdienst durch.

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Roten Kreuz wurden vom Sozialamt 27 Kurse über „Krankenpflege zu Hause" durchgeführt und von den Bediensteten des Sozialamtes organisatorisch betreut. Von den 640 eingeladenen Teilnehmern haben 376 den Kurs absolviert.

In den 178 Pensionistenklubs betrug in der Periode 1982/83 die durchschnittliche Besucherzahl pro Tag in der Zeit vom Jänner bis April 1983 11.981 (pro Klub rund 67), in 183 Pensionistenklubs in der Periode 1983/84 von Oktober bis Dezember 1983 12.329 (pro Klub rund 67). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag, außer an Feiertagen, in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Wieder wurden Filmvorführungen und Vorträge vom „Wiener Volksbildungswerk" und vom „Sozialwerk für österreichische Artisten" abgehalten, außerdem Vorträge über Verkehrserziehung angeboten. Die Vortragsreihen fanden großen Anklang. In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Auch diese Einrichtung erfreute sich weiterhin großer Beliebtheit. Eine kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen täglich und ein Mittagessen zweimal im Monat gegen geringes Entgelt wurden den Besuchern weiterhin geboten.

Im Herbst wurde wieder eine Schulung der Betreuerinnen von Pensionistenklubs durchgeführt, wobei alle neuen Betreuerinnen intensiv über ihre zukünftigen Aufgaben sowie Voraussetzungen bei der Betreuung älterer Menschen unterrichtet wurden. Besonderer Wert wurde vor allem auf die Vermittlung von Wissen über die psychologische und individuelle Betreuung älterer Menschen gelegt, damit diese neuen Betreuerinnen schon von Beginn der Tätigkeit an mit entsprechender Sorgfalt ihre Agenden verrichten. Allen anderen Betreuerinnen, die schon im Pensionistenklub gearbeitet haben, wurden in kleinen Gruppen Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime) der Stadt Wien gezeigt und in Einführungsvorträgen die Problematik dieses Betreuungsspektrums erläutert.

Um die sozialen Dienste leichter in Anspruch nehmen zu können, wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpaß geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpaß erhalten. Der Inhaber muß sein Einkommen nur bei der Ausstellung des Sozialpasses bzw. bei einer Einkommensänderung, wie z. B. bei Zuerkennung des Hilflosenzuschusses, nachweisen, da die Richtsätze für die verschlüsselte Einkommenseinstufung mit dem Valorisierungsfaktor der Sozialversicherung erhöht werden. Bis zum 31. Dezember 1983 wurden insgesamt 88.181 Sozialpässe, davon 51.813 Sozialpässe mit dem Vermerk „P" und 4.101 Sozialpässe mit dem Vermerk „P II", die beide unter anderem zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurden in 3.008 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P" und in 1.477 Sozialpässen der Vermerk „P II" nachgetragen.

Die Landaufenthaltsaktion wurde in der Zeit vom 4. Mai bis 28. September in 118 Turnussen durchgeführt, die 377 Dauersozialhilfebezieher, 472 Pensionisten und 3.317 Pensionistenklubbesuchern, insgesamt 4.166 Personen, in 12 verschiedenen Orten einen zweiwöchigen Erholungsurlaub ermöglichte. Darunter waren 351 Urlauber, die einer Schonkost bedurften, in der Pension „Huber" in Rastenfeld untergebracht gewesen.

Die 1976 geschaffene Landaufenthaltsaktion für alleinstehende, dauersozialhilfebeziehende Mütter, in deren Rahmen alleinstehenden, dauersozialhilfebeziehenden Müttern, die bisher aus finanziellen Gründen nicht auf Urlaub bzw. Erholung fahren konnten, die Möglichkeit geboten wird, zusammen mit ihren Kindern oder auch allein einen 14tägigen Erholungsurlaub zu verbringen, fand auch 1983 großen Anklang. In der Zeit von 13. bis 27. Juli haben 9 Mütter und 28 Kinder ihren Urlaub in der Pension „Lichtenbergerhaus" in Lichtenberg, Oberösterreich, verbracht.

Vom Verband für Sozialtourismus (ÖGB) wurde dem Sozialamt der Stadt Wien wieder in der Vorsaison eine Anzahl von Urlaubsplätzen im Feriendorf Hafnersee in Kärnten zur Verfügung gestellt. Insgesamt 74 Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher konnten untergebracht werden und in 33 Bungalows in der Zeit vom 23. April bis 7. Mai und vom 24. September bis 8. Oktober einen schönen Urlaub verbringen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion für Behinderte waren in der Zeit vom 18. Juni bis 2. Juli von den Teilnehmern der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse 13 weibliche und 19 männliche Teilnehmer mit 6 Fachgehilfen und einer Betreuerin am Gardasee zur Erholung.

Die Ausflugsaktion kam Dauersozialhilfebeziehern und Pensionistenklubbesuchern zugute, für die in den Monaten April bis September je Bezirk bzw. Klub 4 Ausflüge zu 41 Ausflugsorten durchgeführt wurden. An allen Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 2.660 Perso-

nen teil. An allen Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich insgesamt 25.764 Personen. Darüber hinaus wurde mit Pfleglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Lainz, Liesing, St. Andrä, Pulmologisches Zentrum und Sozialmedizinisches Zentrum Ost Ausflüge durchgeführt, an denen in der Zeit von April bis September 3.057 Personen teilnahmen. Für die Teilnehmer der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse wurden 4 Ausflüge veranstaltet; insgesamt 335 Personen haben daran teilgenommen.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne" wurde auch in diesem Jahr für alle älteren Mitbürger der grünflächenarmen Bezirke 1, 4 und 5 bis 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 bis 18 Uhr durchgeführt. Die Ausflugsziele waren die Wiener Hütte, Dopplerhütte, Würnitz, Hintersdorf, Heiligenkreuz, Laxenburg, Irenental, Altlengbach, St, Christophen, Einöd, Königstetten, Bisamberg, Unterkirchbach, Kahlenberg, Windischhütte, Au am Kracking, Preßbaum-Pfalz und Kobenzl. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 597 Personen, insgesamt 25.667 Personen, teil.

Vom 12. bis 18. September 1983 wurde zum neunten Mal vom Sozialamt der Stadt Wien eine Seniorenwoche in der Wiener Stadthalle veranstaltet. Die diesjährige Veranstaltung wurde von 75.300 Besuchern frequentiert.

Die Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1983 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1983/84 für die Pensionistenklubs wurde gleichzeitig abgehalten, und zwar an drei Tagen im Oktober und an drei Tagen im November in der Wiener Volksoper. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters Leopold Gratz und des amtsführenden Stadtrates, Herrn Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, haben rund 7.320 Personen die Operette „Die Fledermaus" von Johann Strauß gesehen.

Bei der Weihnachtspaketeaktion wurden 8.500 Lebensmittelpakete, und zwar 8.228 mit Normalkost und 272 mit Diabetikerkost, an 7.184 Erwachsene und 1.316 Kinder verteilt.

Am 6. Mai fand im Festsaal des Wiener Rathauses für 634 Mütter, die über 60 Jahre sind und Dauersozialhilfe beziehen, eine Mütterehrung statt. Jede Mutter erhielt eine Jause und als Geschenk eine Einkaufstasche sowie das traditionelle Schokoladeherz mit Konfekt. Das Orchester der E-Werk-Bediensteten und namhafte Wiener Künstler wirkten an diesem Nachmittag mit. In den Sozialreferaten wurde das Muttertagsgeschenk auch an jene 1.273 Mütter ausgegeben, die an der Feier aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

Im Jahre 1983 konnte beim Sozial-Notruf eine Frequenzsteigerung um 10,5 Prozent verzeichnet werden. Die Gesamtzahl der Anrufe betrug 15.286, wovon 2.686 an Wochenenden und Feiertagen getätigt wurden. Insgesamt 17.016 Telephongespräche wurden geführt. Der inhaltliche Schwerpunkte lag in 4.953 Fällen bei der Information über bzw. Vermittlung von sozialen Diensten. 3.105 Anrufe bezogen sich auf wirtschaftliche Probleme. Während des gesamten Jahres gab die alte Notruf-Nummer 63 11 77 mit einem Tonband Auskunft. 45,7 Prozent der Anrufer wählten trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit noch die alte Telephonnummer.

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Roten Kreuz wurden insgesamt 27 Kurse über „Krankenpflege zu Hause" durchgeführt, die von 376 Personen besucht wurden. Diese Kurse wurden von den Bediensteten des Sozial-Notrufes organisatorisch betreut, der auch als telephonische Anlaufstelle diente. Im Jänner und Februar fungierte der Notruf auch als telephonische Anmeldestelle für den außerordentlichen Heizkostenzuschuß. Für gehbehinderte Personen wurden für die Antragstellung über die sozialen Stützpunkte Hausbesuche organisiert.

Aus den Agenden der mittleren Bundesverwaltung ist die Verlautbarung der Novelle des Opferfürsorgesetzes zu nennen. Das Opferfürsorgegesetz (OFG) 1947 hat mit der 28. OFG-Novelle, BGBl. Nr. 650 vom 10. Dezember 1982 insofern eine Änderung erfahren, als eine Erhöhung der Opferfürsorgemeßbeträge (Opferrenten und Hinterbliebenenrenten, Unterhaltsrenten usw.) eingetreten ist und die Haftzulage nach § 11 Abs. 2, 2. Satz auch jenen Opferrentnern,deren Haft die im OFG für den Anspruch auf Anerkennung als Opfer nach § 1 Abs. 1 lit. e vorgesehene Mindesthaftdauer nicht erreicht, gebührt. Unterhaltsrentenberechtigten Opfern, die in Lebensgemeinschaft leben, gebührt nunmehr ohne Rücksicht auf das Einkommen des Lebensgefährten die Unterhaltsrente unter Zugrundelegung des höheren Meßbetrages nach § 11 Abs. 5 lit. c OFG. Hinsichtlich der Abtretung von Opferfürsorge-Rentenleistungen gemäß § 11 Abs. 3 OFG ist die Einbeziehung der Rentenkommissionen notwendig geworden. Weiters ist eine Erweiterung der Härteausgleichsbestimmungen gemäß § 15 a OFG betreffend die Gewährung des Sterbegeldes eingetreten. Auf Grund der angehobenen Rentenleistungen mußten im Jahre 1983 für Grund- und Unterhaltsrentenbezieher 1.169 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Insgesamt wurden 189 Rentenneuanträge und 22 Verschlimmerungsanträge, das heißt, Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung des Minderungsgrades der Erwerbsfähigkeit auf Grund eines verschlimmerten Gesundheitszustandes, eingebracht. 169 Rentenanträge konnten positiv erledigt werden, 61 Anträge wurden abgewiesen. Ferner wurden 75 Neuanträge auf Zuerkennung von Entschädigungen, 62 auf Anerkennung von Anpruchsberechtigungen (Amtsbescheinigung und Opferausweis) und 9 Anträge im Härteweg eingebracht. 50 Anträge auf Anspruchsberechtigungen wurden positiv erledigt, 58 Anträge bescheidmäßig abgewiesen. Für Entschädigung mußten im Jahre 1983 insgesamt 190 Erledigungen durchgeführt werden. Die Zahl der Amtsbescheinigungen betrug 12.535, die der Opferausweise 17.830.

Die 19. und 32. ASVG-Novelle (Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 506 ASVG) beeinflussen nach wie

vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates wesentlich, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwerbschaften bei der Stellung von Pensionsanträgen möglich gemacht wurde. Dem Opferfürsorgereferat obliegt es, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche zu bestätigen. Im Jahre 1983 wurden 220 positive und 25 negative Bescheinigungen ausgestellt.

Bei der Betreuung der Opferfürsorgerentenbezieher sind äußest langwierige Verfahren zur Überprüfung ihrer haftbedingten bzw. verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigungen notwendig. Weitere umfangreiche Verfahren entstehen durch Anträge auf Pflege- bzw. Hilflosenzulage, Diätzulage sowie auf Anerkennung als Hinterbliebene, wenn Haftleiden als Todesursache des Opfers vorliegen. Alle diese Anträge sind ärztlichen Sachverständigen zur Erstellung der fachärztlichen Gutachten, dem Gesundheitsamt zur Erstellung des Endgutachtens vorzulegen und die abgegebenen Gutachten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu überprüfen. Gemäß § 32 KOVG (orthopädische Versorgung) wurden 9 Anträge eingebracht und 12 Erledigungen ausgeführt. Einmalige Aushilfen wurden 330 Personen im Ausmaß von je 400 S (insgesamt 132.000 S) ausbezahlt. Insgesamt haben 1.699 Personen im Opferfürsorgereferat vorgesprochen, 7.648 Zwischenerledigungen wurden ausgeführt. Die Opferfürsorgeanträge, die derzeit eingebracht werden, sind hauptsächlich Problemfälle und können nur durch langwierige Ermittlungsverfahren erledigt werden. Für die Forschungsarbeit des Dokumentationsarchives wurden im Jahre 1983 2.912 Opferfürsorgeakte überprüft. Wirtschaftliche Tuberkulosehilfe wird weiterhin in Form von Wirtschaftshilfe bewilligt, und zwar als regelmäßige Geldbeihilfe zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Unterstützten und seiner Familie, als einmalige Geldbeihilfe als Sonderausgabe im Zusammenhang mit Erkrankung zur Verhinderung der Existenzgefährdung oder aus seuchenhygienischen Gründen. Sofern nicht ein Träger der Sozialversicherung oder einer Krankenfürsorgeanstalt oder der Bund aus dem Titel der Heeresversorgung, Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge oder eine private Krankenversicherung hiefür aufzukommen hat, wurden die Kosten für die Behandlung des Erkrankten übernommen. Die periodische Erhöhung der Richtsätze der Ausgleichszulagen nach dem ASVG hat jeweils die Erhöhung der Richtsätze für die Gewährung der regelmäßigen Geldbeihilfe zur Folge, deren Neubemessung bescheidmäßig ausgesprochen wird.

Aus dem Ertrag der vom Sozialamt verwalteten 48 Stiftungen wurden im Jahre 1983 4.925 S für Legate im Sinne der Stiftbriefe, 580.000 S für das Jugendamt, 1 Million Schilling für das Sozialamt und 1,120.000 S für das Anstaltenamt aufgewendet. Für stiftungseigene Aufwendungen wurden 4.629 S erbracht und Wertpapiere im Nominalwert von 1,073.000 S getilgt. Die Sparbucheinlagen beliefen sich auf 1,502.000 S, für den Ankauf von Wertpapieren wurden 11,089.400 S aufgewendet. Vom unbeweglichen Vermögen, das in Liegenschaften besteht, wurden 1,151.627 m² der Liegenschaft E.Z. 8, KG. Jungherrnthal, und E.Z. 41, KG. Stangenthal, verkauft, ebenso ein Teil (311 m²) der Liegenschaft E.Z. 14, KG. Strebersdorf. Der Erlös von 149.280 S wurde zum Ankauf von Wiener Kommunalbriefen verwendet, die mit 8 Prozent verzinst sind.

Im Jahre 1983 wurde ein weiteres Pensionistenheim des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime fertiggestellt, und zwar das Pensionistenheim „Hetzendorf" in 12, Hermann-Broch-Gasse 3, das über 281 Plätze in Appartements und 31 Plätze in der Abteilung für besondere Betreuung verfügt und ab Mitte April besiedelt wurde. Mit Beginn des Jahres 1983 hat das Kuratorium die Betriebsführung des Pensionistenheimes „Wiedner Bund", das eine Kapazität von 70 Wohnplätzen aufweist, übernommen. Das Platzangebot betrug in den Pensionistenheimen des Kuratoriums am 31. Dezember in Heimappartements 4.439 Plätze und in den Abteilungen für besondere Betreuung 529 Plätze, so daß insgesamt 4.968 Wohn- und Betreuungsplätze zur Verfügung standen. Weiters werden in besonders dringenden Fällen dem Kuratorium im Wohnheim „Fortuna" Einweisungsplätze zur Verfügung gestellt. 1983 wurden dort 46 Personen untergebracht.

Insgesamt 1.005 Personen konnten in die Pensionistenheime wieder aufgenommen werden. Diesen Aufnahmen standen 7.489 neue Vormerkungen gegenüber. Die Zahl der Bewerber für einen Platz in einem Pensionistenheim betrug am Stichtag 31. Dezember 1983 38.8000. Insgesamt 13.726 Personen wollten noch zuwarten, so daß 25.074 Vormerkungen verblieben. Erfahrungsgemäß wird der Wunsch, mit dem Bezug zuwarten zu wollen, jedoch erst dann bekanntgegeben, wenn die Möglichkeit besteht, einen Platz in einem Heim zu bekommen.

Das Kuratorium hat die Bautätigkeit in unverändertem Umfang fortgesetzt. Die Arbeiten für die Errichtung der Pensionistenheime „Mariahilf" im 6. Bezirk, „Jedlersdorf" im 21. Bezirk, „Gustav Klimt" im 14. Bezirk, „Wieden" im 4. Bezirk, „Am Trazerberg" im 13. Bezirk und „Oelweingasse" im 15. Bezirk wurden termingemäß durchgeführt, wobei mit dem Bau des Pensionistenheimes in 15, Oelweingasse, auf Grund der Rechtssituation erst am 28. November begonnen werden konnte. Vorbereitungsarbeiten für den Bau bzw. Umbau wurden für das Pensionistenheim in 7, Schottenfeldgasse, 10, Laaer Berg und Neilreichgasse geleistet. Die Pensionskosten wurden ab 1. Jänner 1983 mit 7.380 S für Einzelpersonen und 13.260 S für Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften festgesetzt. Aus der von der Stadt Wien übernommenen Ausfallshaftung wurden laut Stichtagerhebung vom 31. Dezember für 1.610 Einzelpersonen und für 222 Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften, die nicht in der Lage waren, die vollen Pensionskosten zu bezahlen, Zuschüsse geleistet. Die Pensionistenklubs in den Pensioni-

stenheimen werden nicht nur von den Heimbewohnern, sondern auch von den Pensionisten der Umgebung besucht. In den Öffnungszeiten der Klubs, das heißt von Jänner 1983 bis Ende der Klubsaison im April und von Oktober bis Ende Dezember 1983, wurden insgesamt 559.548 Besucher gezählt, wovon 487.736 Heimbewohner und 71.812 heimexterne Pensionisten waren. Gegenwärtig werden diese Klubs täglich im Durchschnitt von 4.000 Personen besucht.

Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung

Im Bereich der Sanitätsrechtsangelegenheiten kam es auf legistischem Gebiet zu zahlreichen Änderungen:

Im BGBl. Nr. 118/1983 wurde die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds des Bundes mit den Bundesländern verlautbart. Diese Vereinbarung, die am 1. Jänner 1983 in Kraft trat, hat die Leistung von Betriebszuschüssen, sonstigen Zuschüssen, Investitionszuschüssen und Sonderzuschüssen an die Rechtsträger öffentlicher allgemeiner Krankenanstalten und Sonderkrankenanstalten sowie an den Rechtsträger privater gemeinnütziger allgemeiner Krankenanstalten zum Gegenstand. Für das Land Wien wurde diese Vereinbarung im LGBl. für Wien Nr. 11/1983 kundgemacht.

Das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1982, BGBl. Nr. 119/1983, hatte die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zum Gegenstand.

Das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1982, BGBl. Nr. 122/1983, hat die Bestimmungen der Krankenanstaltengesetz-Novelle 1978 (Bestimmungen über Pflegegebühren und Sistierung der Bestimmungen, betreffend die Zweckzuschüsse des Bundes während der Dauer der Geltung der Vereinbarung des Bundes mit den Bundesländern über die Krankenanstaltenfinanzierung), die befristet Geltung hatten, bis 31. Dezember 1984 für anwendbar erklärt.

Die rasche Entwicklung der medizinischen Wissenschaften und Pharmazie, ein stark expandierendes Angebot an Arzneimitteln und nicht zuletzt auch gesundheits- und sozialpolitische Ziele, die in die Politik aller entwickelten Industriestaaten Eingang gefunden haben, wie der erhöhte Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsschädigungen und Gefährdungen, machten die Erstellung eines umfassenden, zeitgemäßen Arzneimittelgesetzes notwendig. Dieses Gesetz vom 2. März 1983 über die Herstellung und das Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) wurde im BGBl. Nr. 185/1983 kundgemacht und tritt mit 1. April 1984 in Kraft.

Die Materie des Arzneimittelwesens fand ihre gesetzliche Regelung in den unterschiedlichsten Rechtsbereichen. Eines seiner Kernstücke war die Spezialitätenordnung aus dem Jahre 1947. Die Spezialitätenordnung, BGBl. Nr. 99/1947, wurde auf Grund des § 1 des Gesetzes betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68/1870, und des § 7 des Gesetzes betreffend die Regelung des Apothekenwesens, RGBl. Nr. 5/1907, erlassen. Tatsächlich wurden die ältesten Verordnungen zur Regelung des Spezialitätenwesens vor rund 100 Jahren erlassen. Der Zweck dieser Verordnungen war, gesundheitsgefährdende Erzeugnisse aus dem In- und Ausland, deren Zusammensetzungen unbekannt oder sehr wechselhaft waren, und ihre damals marktschreierischen Ankündigungen unter strenge Kontrolle zu bringen. In der Verordnung des Ministeriums des Inneren vom 17. Dezember 1894 wurde erstmalig amtlich der Begriff „pharmazeutische Spezialität" verwendet. Auf Grund der Bestimmungen des § 1 der Spezialitätenordnung erstreckte sich die Registrierungspflicht nicht auf kosmetische Mittel, Nähr- und Stärkungsmittel sowie Desinfektionsmittel, soweit sie nicht mit Hinweis auf eine arzneiliche Wirkung in Verkehr gebracht wurden, auf Sera, Vakzine, Toxine und Bakterienpräparate, soweit sie nicht andere therapeutische Bestandteile enthielten, und auf homöopathische Zubereitungen.

Das vorliegende Gesetz enthält zum Unterschied dazu die Zulassungspflicht für Sera, Vakzine, Toxine und Bakterienpräparate als biogene Zubereitungen und für homöopathische Zubereitungen, falls es sich bei diesen Zubereitungen um Arzneispezialitäten im Sinne des § 1 Abs. 4 handelt. Das Inverkehrbringen von kosmetischen Mitteln, Nähr- und Stärkungsmitteln mit Hinweisen auf arzneiliche Wirkungen ist gemäß § 9 Lebensmittelgesetz (LMG) 1975 (Verbot gesundheitsbezogener Angaben) untersagt, soweit es sich bei den Nähr- und Stärkungsmitteln nicht um solche diätetische Lebensmittel im Sinne des § 17 LMG 1975 handelt, für die derartige Hinweise mit Bscheid genehmigt sind.

Desinfektionsmittel sind Gebrauchsgegenstände im Sinne des § 6 LGM 1975, wenn sie im Haushalt oder im Zusammenhang mit dem Lebensmittelverkehr verwendet werden. Andere Desinfektionsmittel unterliegen nicht den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen. Sie sind auch nicht durch den vorliegenden Entwurf geregelt, soferne sie nicht Arzneimittel im Sinne des § 1 Abs. 1 sind.

Dentalpharmazeutika (Arzneimittel für zahnärztliche Zwecke) und Antiparasitika externa (Arzneimittel mit prophylaktischem oder therapeutischem Zweck gegen äußerliche Parasiten, Krankheitserreger u. a.) werden im Gegensatz zur derzeitigen Handhabung im Rahmen der Spezialitätenordnung auf Grund des vorliegenden Gesetzes der Zulassungspflicht unterworfen, sofern sie Arzneispezialitäten im Sinne des § 1 Abs. 4 sind. Auch radioaktive Arzneimittel unterliegen erstmalig einer Zulassungspflicht.

Gegenstände, die dauernd oder vorübergehend dem menschlichen Körper einverleibt werden (Organersatz, Zahnersatz, Intrauterinpessar usw., Verbandsstoffe, chirurgisches Nahtmaterial und medizinische Geräte und Präparate), werden weiterhin keinen arzneimittelrechtlichen Regelungen unterworfen sein, sondern den Bestimmungen des Gesundheitsschutzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1952, unterliegen.

Den arzneimittelrechtlichen Bestimmungen unterliegen gemäß dem Gesetz auch nicht die sogenannte Diagnostika Externa. Das sind diagnostische Präparate, die außerhalb des Körpers zur Erkennung seiner Funktionen verwendet werden (z. B. Schwangerschaftstestpräparate).

Neben der Erweiterung der Zulassungspflicht enthält dieses Gesetz verbesserte Vorschriften über die Kennzeichnung von Arzneispezialitäten. Die Trennung des derzeitigen Beipacktextes in eine patientenorientierte Gebrauchsinformation und eine fachorientierte Fachinformation für Ärzte, Tierärzte, Apotheker usw. gehört zu den bedeutendsten Neuerungen dieses Gesetzes.

Weiters werden die Qualifikation des Pharmaberaters, häufig auch als Ärztebesucher bezeichnet, und die Objektivierung seiner Aufgabe erstmals gesetzlich geregelt. Darüber hinaus ist es das Ziel des Arzneimittelgesetzes, im Arzneimittelrecht bestehende Lücken zu schließen. Im Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen und zur Abgrenzung dazu steht die exakte Definition des Arzneimittelbegriffes, mit der das Arzneimittelgesetz eingeleitet wird, seit langem aus.

Regeln, für die nichtklinische und klinische Prüfung waren bisher gesetzlich ebenfalls nicht verankert. Das Gesetz trägt nun den von fachlichen Erfordernissen getragenen Bedürfnissen nach detaillierten Vorschriften auf diesem Gebiet Rechnung. Gleichzeitig besteht auch durch eine vorgesehene Verordnungsermächtigung die Möglichkeit, den internationalen Bestrebungen nach Rahmenbedingungen für die nichtklinische (vor allem tierexperimentelle) Prüfung Rechnung tragen zu können. GLP (=good laboratory practice) — Verordnungen bestehen in den USA; ähnliche Richtlinien sind in vielen europäischen Ländern in Ausarbeitung. Darüber hinaus werden allgemeine Anforderungen an Arzneimittel (Qualität und Unbedenklichkeit) im Interesse ihrer sicheren Anwendung gestellt und Regelungen für Herstellungs- und Großhandelsbetriebe hinsichtlich ihrer Ausstattung und Führung entsprechend den internationalen Richtlinien — etwa der World Health Organisation — vorgesehen.

Das Arzneimittelgesetz, vielfach als „Jahrhundertgesetz" bezeichnet, ist getragen von der Idee der Arzneimittelsicherheit und des Schutzes der Gesundheit von Mensch und Tier. Unter diesen Gesichtspunkten zeichnen sich nunmehr folgende Regelungsschwerpunkte ab:

— Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten (Definitionen);
— allgemeine Anforderungen an Arzneimittel;
— ausreichende Verbraucher- und Fachinformation;
— Zulassung von Arzneispezialitäten;
— Regeln für die klinische Prüfung;
— Vertrieb (Abgrenzung der Verkaufsrechte) und Werbung;
— Betriebsordnung, Bewilligung und Überprüfung von Herstellungs- und Großhandelsbetrieben;
— zentrale Erfassung von Zwischenfällen und anderen Beobachtungen über Arzneimittel (Meldepflicht).
— Qualifikation und Aufgabe der Pharmaberater;
— Arzneimittelkontrolle.

Die Novelle zum Ärztegesetz, BGBl. Nr. 660/1983, hat die Einführung von Lehrpraxen und die Ausbildung von Ärzten auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin für die betriebsärztliche Betreuung zum Gegenstand und setzt fest, daß auf 20 Spitalbetten höchstens ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt entfallen darf.

Mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 10. Jänner 1983, BGBl. Nr. 27/1983, wurde der für den Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes festgesetzte Anpassungsfaktor für den Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 1983 festgesetzt.

Die Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 28. Februar 1983, BGBl. Nr. 182/1983, mit dem die Ärzte-Ausbildungsordnung geändert wurde, hat folgenden Inhalt:

— Schaffung einer ergänzenden speziellen Ausbildung in Gefäßchirurgie im Rahmen des Sonderfaches Chirurgie;
— Änderung der Ausbildung zum Facharzt für Radiologie (Ausbildung in Ultraschalldiagnostik);
— Schaffung einer ergänzenden speziellen Ausbildung in Hochvolt- und Brachytherapie im Rahmen des Sonderfaches Radiologie.

Eine weitere Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 8. Juni 1983, BGBl. Nr. 328/1983, hatte die Schaffung einer ergänzenden speziellen Ausbildung in „Zytodiagnostik" im Rahmen der Sonderfächer Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie Lungenkrankheiten und die Schaffung einer ergänzenden speziellen Ausbildung in Kardiologie im Rahmen des Sonderfaches „Innere Medizin" in der Ärzte-Ausbildungsordnung zum Gegenstand.

Mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 8. Juni 1983, BGBl. Nr. 329/1983, mit der die Änderung der Verordnung über die Ausbildung zum Facharzt für nichtklinische Medizin

erfolgte, wurde eine ergänzende spezielle Ausbildung in Zytodiagnostik im Rahmen der Sonderfächer „Pathologie" und „Medizinische und chemische Labordiagnostik" geschaffen.

Die Suchtgiftverordnungsnovelle 1983, BGBl. Nr. 248/1983, mit der die Suchtgiftverordnung 1979 geändert wurde, hatte die Modifizierung und Erweiterung der Anhänge zur Suchtgiftordnung und Formvorschriften (Formulare) sowie die Suchtgiftgebarung zum Gegenstand.

Die Änderung der Verordnung des Ministers des Inneren vom 22. Februar 1915, RGBl. Nr. 39, betreffend die Absonderung Kranker, Krankheitsverdächtiger und Ansteckungsverdächtiger und die Bezeichnung von Häusern und Wohnungen, erfolgte neuerlich mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 10. April 1983, BGBl. Nr. 309/1983. Durch diese Änderung ist Scharlach aus dem Kreis jener anzeigepflichtigen Krankheiten auszunehmen, bei deren Auftreten strenge Absonderungsmaßnahmen zu treffen sind. Von dieser Änderung bleibt jedoch unberührt, daß Scharlach nach wie vor eine anzeigepflichtige Krankheit bleibt. Das epidemiologische Verhalten dieser Erkrankung wird daher auch weiterhin beobachtet werden können.

Die östereichische Arzneitaxe 1962 wurde zweimal geändert, und zwar mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 30. Mai 1983, BGBl. Nr. 313/1983 (62. Änderung der Arzneitaxe), und mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 12. Dezember 1983, BGBl. Nr. 634/1983 (63. Änderung der Arzneitaxe).

Der Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes, wurde von der Abteilung ausgearbeitet und am 30. September 1983 vom Wiener Landtag beschlossen. Die Verlautbarung erfolgte im LGBl. für Wien Nr. 47/1983. Die Änderung des genannten Gesetzes hatte zum Gegenstand, daß eine Gebühr für die Inanspruchnahme des öffentlichen Rettungsdienstes oder des öffentlichen Krankenbeförderungsdienstes nur dann zu entrichten ist, wenn es zur Ausfahrt eines Einsatzwagens kommt. Nach der ursprünglich bestandenen Gesetzeslage ist der städtische Rettungsdienst für Interventionen bei einer Person nur dann zuständig, wenn diese außerhalb ihrer Unterkunft eine erhebliche Verletzung oder eine andere erhebliche Gesundheitsstörung oder in ihrer Unterkunft entweder einen lebensbedrohenden Unfall erlitten hat oder wegen unmittelbarer Lebensgefahr sofortiger ärztlicher Hilfe bedarf, die anders nicht gewährleistet ist. Da der Rettungsdienst auf Grund der telephonischen Angaben desjenigen, der ihn beruft, nicht in der Lage ist zu entscheiden, ob diese im Gesetz geforderten Voraussetzungen für seine Zuständigkeit objektiv gegeben sind, leistet er solchen Berufungen immer dann Folge, wenn auf Grund der vom Berufer gemachten Mitteilungen eine erhebliche Verletzung oder eine andere erhebliche Gesundheitsstörung oder eine Lebensbedrohung oder eine unmittelbare Lebensgefahr angenommen werden kann. Stellt sich dann am Berufungsort heraus, daß keine der genannten Voraussetzungen gegeben war, ist gegenüber demjenigen, für den der Rettungsdienst in Anspruch genommen wurde, mangels Zuständigkeit des Rettungsdienstes auch kein Gebührenanspruch entstanden. Um den sich daraus ergebenden finanziellen Nachteil zu vermeiden, wurde verankert, daß eine Gebühr auch dann zu entrichten ist, wenn wenigstens das Zustandsbild des „Patienten" das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen annehmen läßt. Wenn die Verletzung oder Gesundheitsstörung, die zu einer Inanspruchnahme des öffentlichen Rettungsdienstes oder des öffentlichen Krankenbeförderungsdienstes geführt hat, auf ein Verschulden zurückzuführen ist, für das zufolge gesetzlicher Vorschrift ein Dritter einzustehen hat, wurde verankert, daß dieser bis zur Höhe der noch unbeglichenen Gebühr haftet. Eine solche Regelung war notwendig, um die Einbringung der in diesen Fällen aufgelaufenen Transportgebühren zu erleichtern.

Wird bei einer Veranstaltung im Sinne des Wiener Veranstaltungsgesetzes zur Gewährleistung der Ersten Hilfe die Bereitstellung einer Rettungsambulanz oder eines Arztes verlangt, hat der Veranstalter dafür eine Gebühr zu entrichten. Diese vorgesehene Gebühr stellt keine neue Belastung für den Veranstalter dar, da bisher bereits die Kosten der Bereitstellung im Wege des Kostenersatzes verrechnet wurden. Die Vorschreibung erfolgt aus verwaltungsökonomischen Gründen gebührenrechtlich.

An Stelle des Begriffes „Körperschaften des öffentlichen Rechtes" wurde der engere Begriff „Sozialversicherungsträger" verwendet, weil als Adressaten nur die Sozialversicherungsträger bzw. der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Frage kommen. Weiters ist die Einbeziehung der Krankenfürsorgeanstalten öffentlich Bediensteter deshalb notwendig, weil diese keine Sozialversicherungsträger sind und von den Bestimmungen bisher nicht erfaßt waren. Da die Behörde oft nur sehr schwer feststellen kann, ob der vom Gebührenschuldner behauptete, jedoch vom Versicherungsträger bestrittene Anspruch auf Kostenübernahme besteht, ist zur Erleichterung des Verfahrens vorgesehen, die Gebühr in solchen Fällen jener Person vorzuschreiben, für die der öffentliche Rettungsdienst oder der öffentliche Krankenbeförderungsdienst in Anspruch genommen wurde. Dieser Person bleibt es jedoch unbenommen, ihren allenfalls doch bestehenden Anspruch auf Kostenübernahme gegenüber dem Versicherungsträger geltend zu machen.

Nach der ursprünglich geltenden Bestimmung wurde die Gebührenschuldnerschaft um ein Jahr, wenn sie nicht längstens drei Monate vor Ablauf des laufenden Kalenderjahres gekündigt wurde, automatisch verlängert. In der Praxis hatte dies einen mehrmonatigen rechtlichen Schwebezustand zur Folge. Mit Rücksicht auf die

ständig steigenden Kosten des Rettungsdienstes wurde von der Stadt Wien regelmäßig die Gebührenschuldnerschaft gekündigt. Die Einigung über die neuen Ersätze kamen nicht vor Beginn, sondern erst im Laufe des Kalenderjahres zustande. Diesem Umstand wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Gebührenschuldnererklärung für unbestimmte Zeit gilt, sofern sie nicht von den Partnern gekündigt werden wird. Der Gemeinderat hat auf Grund der neuen Regelung auch die Möglichkeit, für die Dauer der Gebührenschuldnerschaft der Krankenfürsorgeanstalten öffentlicher Bediensteter niedrigere Gebühren für diese festzusetzen. Die Regelungen des Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes betreffen nicht nur Obliegenheiten von Organen der Stadt Wien, sondern auch solche der Stadt Wien im allgemeinen. Die neue konzipierte Bestimmung wurde verfassungskonform derart neu gefaßt, daß die Begriffe „den Organen" entfallen sind.

Ein bedeutendes Aufgabengebiet der Abteilung in Sanitätsrechtsangelegenheiten bildet die Bearbeitung von Anträgen an die Wiener Landesregierung, betreffend Bewilligungen und Genehmigungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz sowie von Anträgen nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz für alle öffentlichen und privaten Krankenanstalten in Wien. Ins Gewicht fällt auch die Erteilung von Bewilligungen für Strahleneinrichtungen und den Umgang mit radioaktiven Stoffen, die der medizinischen Heilbehandlung dienen, nach dem Strahlenschutzgesetz, wobei immer mehr Bewilligungen für die Änderung von Anlagen für Strahleneinrichtungen und für den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine Rolle spielen. Davon werden alle Röntgendiagnostik- und -therapieeinrichtungen sowie nuklearmedizinischen Einrichtungen im Gebiet der Stadt Wien erfaßt, und zwar ohne Unterschied, ob sie sich in Krankenanstalten oder in Ordinationen von Ärzten bzw. Dentisten befinden. Einen sehr großen Umfang nehmen die im § 17 des Strahlenschutzgesetzes vorgeschriebenen jährlichen Überprüfungen ein. Besprechungen, Verhandlungen und Bewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, Arbeitnehmerschutzgesetz und Strahlenschutzgesetz im Zusammenhang mit dem Neubau des „Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien" erforderten einen großen Arbeitsaufwand der Abteilung. Allein im Jahre 1983 wurden rund 50 Tagesverhandlungen durchgeführt. Dieser Arbeitsaufwand wird sich in den nächsten Jahren noch intensivieren, da allein für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses über 250 Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, Arbeitnehmerschutzgesetz und Strahlenschutzgesetz zu erwarten sind.

Einen sehr großen Raum nehmen immer mehr die Begutachtungen von Gesetz- und Verordnungsentwürfen ein. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Arbeitsaufwand für die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen. So wurde im Jahre 1983 je eine Novelle zum Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz und zum Wiener Krankenanstaltengesetz ausgearbeitet. Während beide Novellen vom Landtag bereits beschlossen wurden, erfolgte lediglich die Verlautbarung der Novelle zum Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz bis zum Jahresende 1983 im Landesgesetzblatt.

Die automatische Textverarbeitung wurde, soweit dies überhaupt möglich war, teilweise in einigen Bereichen eingesetzt, so bei der Bestellung von Mitgliedern der Aufnahme- und Prüfungskommissionen an Krankenpflegeschulen, medizinisch-technischen Schulen, bei Entscheidungen über Verdienstentgangsansprüche nach dem Epidemiegesetz, bei Niederlassungsbewilligungen für Hebammen, bei den Bewilligungen der freiberuflichen Ausübung nach dem Krankenpflegegesetz und Anerkennung der Sanitätsausbildung im Bundesheer nach dem Krankenpflegegesetz.

Die Ärztekammer für Wien beschloß am 14. Dezember 1982 die Umlagenordnung für das Jahr 1983, die mit 1. Jänner 1983 wirksam wurde. Nach Überprüfung dieser Umlagenordnung erfolgte gemäß § 56 Abs. 2 des Ärztegesetzes ihre Genehmigung mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 1. Februar 1983, Pr.Z. 313. Ebenso wurde die am 14. Dezember 1982 von der Ärztekammer für Wien beschlossene Änderung der Satzung des Wohlfahrtsfonds mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 25. Mai 1983, Pr.Z. 1.604, genehmigt. Die Genehmigung der damit im Zusammenhang stehenden Änderung der Beitragsordnung zum Wohlfahrtsfonds erfolgte mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 25. Mai 1983, Pr.Z. 1.605.

Insgesamt wurden 252 Augenscheinsverhandlungen durchgeführt, wobei 97 auf Krankenanstaltenangelegenheiten, 135 auf Strahlenschutzangelegenheiten, 14 auf Apothekenangelegenheiten und 6 auf Angelegenheiten nach dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz entfielen.

Im Jahre 1983 waren in Sanitätsrechtsangelegenheiten insgesamt 2.929 Geschäftsstücke zu bearbeiten. Davon bezogen sich 422 auf Krankenanstalten-, 54 auf Arbeitnehmerschutz-, 922 auf Strahlenschutz-, 514 auf Apotheken-, 34 auf Dentisten-, 119 auf Ärzte- und 23 auf Hebammenangelegenheiten sowie 91 auf Angelegenheiten von Krankenpflegepersonen. In 130 Fällen war über Verdienstentgangsansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950 abzusprechen. Die Bestellung von Mitgliedern der Aufnahme- und Prüfungskommissionen an Krankenpflegeschulen hatte in 278 Fällen zu erfolgen. In Verwaltungsstrafsachen wurden 58, in Administrativsachen 24 Berufungsverfahren durchgeführt. Auf die Verwaltung der Stiftung zur Förderung der Tuberkulosebekämpfung bezogen sich 18 Geschäftsstücke. Im Leichen- und Bestattungswesen wurden 21 Bewilligungen zur Änderung von Bestattungsanlagen, 12 Bewilligungen zur Beilegung in bereits bestehende private Begräbnisstätten erteilt, 25 Anzeigen über Haus- und Kirchenaufbahrungen zur Kenntnis genommen, und in 15 Fällen wurde antragsgemäß über die Zuerkennung von Prämien für die Bergung von Wasserleichen entschieden. Die übrigen Geschäftsstücke bezogen sich vor allem auf die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsent-

würfen, sonstige Stellungnahmen, Berichte oder Äußerungen in verschiedenen sanitätsrechtlichen Angelegenheiten und auf die Rattenbekämpfung. Zu 25 Besprechungen und Verhandlungen anderer Dienststellen waren sachkundige Vertreter zu entsenden.

Aus dem Bereich der Sozialversicherung ist vorerst über die im Jahre 1983 ergangenen bzw. vorbereiteten legislativen Maßnahmen zu berichten.

Die Beseitigung der Wohnungsbeihilfe stand bereits durch längere Zeit in Diskussion, wobei weitgehende Übereinstimmung darüber bestand, daß dieses Überbleibsel aus der Zeit der Lohn- und Preisabkommen der fünfziger Jahre nicht mehr den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach. Durch das Bundesgesetz vom 29. November 1983, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen aufgehoben wird, BGBl. Nr. 595/1983, wurde ein Schlußstrich gezogen.

Obwohl dieses Gesetz mit drei Artikeln ein äußerst kurz gefaßtes Gesetz darstellt, war die Aufhebung der Wohnungsbeihilfe trotzdem ein legistisch besonders schwieriges Unterfangen. Zahlreiche Sozialversicherungsgesetze und Versorgungsgesetze mußten geändert werden. Die Änderung bestand einerseits darin, daß in diesen Gesetzen die Wohnungsbeihilfe eliminiert, andererseits füe bestimmte, besonders berücksichtigungswürdige Leistungsempfänger ein Ausgleich für die weggefallene Wohnungsbeihilfe vorgesehen werden mußte. Das Bundesgesetz vom 29. November 1983, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) geändert wird (39. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz), BGBl. Nr. 590/1983, enthält daher vorerst den Wegfall der Wohnungsbeihilfe. Damit ist auch der bisher von den Dienstgebern zu leistende besondere Beitrag nach dem Wohnungsbeihilfengesetz in der Höhe von 0,4 Prozent mit Beginn des Beitragszeitraumes Jänner 1984 in Wegfall gekommen. Allerdings wurde der Zusatzbeitrag in der Pensionsversicherung von 3,6 auf 4,2 Prozent der allgemeinen Beitragsgrundlage erhöht. Hiebei wurde der vom Dienstgeber zu tragende Anteil von 2,6 auf 3,2 Prozent erhöht, der vom Versicherten zu tragende Anteil blieb mit 1 Prozent unverändert. Von wesentlich größerer Bedeutung sind jedoch die pensionsrechtlichen Änderungen der 39. Novelle zum ASVG. Im besonderen wurden die Ruhensbestimmungen beim Zusammentreffen eines Pensionsanspruches aus der Pensionsversicherung mit einem Erwerbseinkommen wesentlich verschärft. Zuletzt trat ein Ruhen des Grundbetrages einer normalen Alterspension mit dem Betrag ein, um den das im Monat gebührende Erwerbseinkommen 5.959 S überstieg, höchstens jedoch mit dem Betrag, um den die Summe aus Pension und Erwerbseinkommen im Monat den Betrag von 10.247 S überstieg. Für die Zeit ab 1. April 1984 wurden diese Grenzbeträge auf 3.200 bzw. 7.000 S herabgesetzt. Für Witwen-(Witwer-)Pensionen und unter bestimmten Voraussetzungen für Invaliditäts-(Berufungsunfähigkeits-)Pensionen bleiben die bisherigen Grenzbeträge bestehen, werden allerdings durch die Novelle nicht valorisiert. Der Beginn und das Ende des Ruhens von Renten- und Pensionsansprüchen werden nicht mehr auf den folgenden Kalendermonat abgestellt, sondern auf den Eintritt des Ruhensgrundes. Die Erhöhung einer Pension aus dem Titel der Zuerkennung eines Hilflosenzuschusses kann künftighin nur mehr ab der Antragsstellung vorgesehen werden und nicht wie bisher bereits bis zu drei Monaten vor der entsprechenden Antragsstellung. Der Zuschlag zur Alterspension bzw. die Erhöhung der Alterspension bei Aufschub der Geltendmachung des Anspruches (Bonifikation) wurde ab 1. Jänner 1984 aufgehoben. Damit im Zusammenhang wurde auch jene Möglichkeit beseitigt, der zufolge bei einem Pensionsaufschub die günstigere Bemessungsgrundlage dieser Zeit herangezogen werden konnte. Ein monatliches Einkommen von zuletzt 3.195 S bildete bisher keinen Ausschlußgrund für eine Alterspension. Diese Toleranzgrenze ist ebenfalls in Wegfall gekommen; lediglich die Beschäftigung als Hausbesorger im Sinne des Hausbesorgergesetzes bleibt unbeachtlich. Für den Fall, daß eine Ausgleichszulage erst nach dem Zeitpunkt der Erfüllung der Voraussetzungen beantragt wird, kann sie erst ab dem Beginn des vor dem Tag der Antragstellung liegenden vollen Kalendermonates gewährt werden und nicht wie bisher bereits ab dem Beginn des dritten vor dem Tag der Antragstellung liegenden vollen Kalendermonates. Als Verbesserung müssen die Erleichterungen bei der Erreichung einer Frühpension hervorgehoben werden. Für Personen, die das 55. Lebensjahr erreicht haben, wurden die Verweisungsmöglichkeiten auf den Arbeitsmarkt eingeschränkt und damit eine wesentliche Erhöhung des Berufsschutzes erreicht. Eine weitere Erleichterung gibt es bei der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer hinsichtlich des Erfordernisses der Zweidritteldeckung, da auch die letzten zwölf Versicherungsmonate im Falle, daß es sich um Beitragsmonate der Pflichtversicherung oder Ersatzmonate handelt, anerkannt werden. Schließlich ist noch auf den Abgeltungsbetrag für Erhöhungen der Energiekosten, der in den Monaten Februar 1984 bzw. November 1984 ausbezahlt wird, hinzuweisen. Weitere Bestimmungen dienen der finanziellen Auseinandersetzung der Sozialversicherungsträger untereinander bzw. der Entlastung des Bundesbudgets.

Das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (GSVG) wurde mit Bundesgesetz vom 29. November 1983, BGBl. Nr. 591/1983 (8. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz), geändert. Die Novelle dient im wesentlichen der Anpassung an die Bestimmungen der 39. Novelle zum ASVG. Im besonderen handelt es sich hiebei um Änderungen der pensionsrechtlichen Bestimmungen wie Anfall und Ruhen der Pension, Beginn der Zuerkennung des Hilflosenzuschusses oder einer Ausgleichszulage, Zuschlag für Ausgleichszulagenbezieher als Ausgleich für den Wegfall der Wohnungsbeihilfe, Heizkostenzuschuß für die

Bezieher von Ausgleichszulagen und ein erleichterter Zugang zur vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer wie im ASVG. Die generelle Verpflichtung der Versicherten, die Einkommensteuerbescheide jährlich vorzulegen, wurde aufgehoben. Dies war möglich, weil bereits durch die 7. Novelle zum GSVG die Möglichkeit eingeräumt wurde, die für die Beitragsberechnung erforderlichen Daten direkt von den Abgabenbehörden des Bundes zu erhalten. Schließlich wurde der Beitragssatz in der Pensionsversicherung der Selbständigen von 11 auf 12 Prozent erhöht.

Auch die 7. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz, Bundesgesetz vom 29. November 1983, BGBl. Nr. 592/1983, dient der Anpassung an die 39. Novelle zum ASVG und stimmt inhaltlich — mit Ausnahme der Bestimmung über die Vorlage der Einkommensteuerbescheide — mit der 8. Novelle zum GSVG überein.

Das Bundesgesetz vom 29. November 1983, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (13. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz), BGBl. Nr. 593/1983, enthält lediglich hinsichtlich des Ruhens von Leistungsansprüchen in der Unfallversicherung eine analoge Regelung zur 39. Novelle des ASVG und bestimmt ferner, daß ein Hilflosenzuschuß zu einer Rente aus der Unfallversicherung nur für die Zukunft gewährt werden kann. Die übrigen Bestimmungen dieser Novelle enthalten finanzielle Maßnahmen zur Entlastung des Bundesbudgets.

Die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, BGBl. Nr. 594/1983, brachte eine Neuregelung des Ruhens des Arbeitslosengeldes dahingehend, daß auch Zeiträume mit einbezogen werden, für die Kündigungsentschädigung oder Insolvenz-Ausfallgeld gewährt wird. Bei Strittigkeit dieser Ansprüche bzw. Nichtbezahlung ist eine vorschußweise Gewährung des Arbeitslosengeldes (der Notstandshilfe) vorgesehen. Die Höchstbeitragsgrundlage in der Arbeitslosenversicherung wurde ab 1. Jänner 1984 auf jene der Pensionsversicherung angehoben und der Beitragssatz von 4 auf 4,4 Prozent erhöht. Weiters wurde eine etappenweise Einbeziehung der Versicherten der knappschaftlichen Pensionsversicherung vorgenommen. Die Gleichstellung verheirateter Mütter mit jenen, die mit dem Kindesvater in Lebensgemeinschaft leben, wurde dadurch hergestellt, daß eine Mutter dann nicht als alleinstehend gilt, die zwar ledig, geschieden oder verwitwet ist, aber mit dem Vater des unehelichen Kindes nach den Vorschriften des Meldegesetzes an der gleichen Adresse angemeldet ist oder anzumelden wäre. Schließlich wurde für bestimmte Anspruchsberechtigte ein Abgeltungsbetrag für Erhöhungen der Energiekosten vorgesehen.

Die Änderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957, des Heeresversorgungsgesetzes, des Opferfürsorgegesetzes und des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 543/1983, sowie die Änderung des Sonderunterstützungsgesetzes, BGBl. Nr. 596/1983, erfolgte im Zusammenhang mit der Aufhebung des Wohnungsbeihilfengesetzes mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1984. Das Bundesgesetz vom 29. November 1983, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, BGBl. Nr. 588/1983, brachte im wesentlichen eine Herabsetzung der Geburtenbeihilfe von zweimal 8.000 S auf zweimal 5.000 S und eine einmalige Sonderzahlung für kinderreiche Familien im Jahre 1984.

Zahlreiche Gesetzesänderungen bzw. Verordnungen befaßten sich mit der Anpassung bestehender Bestimmungen an die geänderten Geldwertverhältnisse oder an die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hervorzuheben wären in chronologischer Reihenfolge: Die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 3. Jänner 1983 über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 1983, BGBl. Nr. 14/1983, die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 3. Jänner 1983 über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren, der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1983, BGBl. Nr. 15/1983, und die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 30. Dezember 1982 über den Aufteilungsschlüssel des Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger, BGBl. Nr. 13/1983. Die Verordnung über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1983 wurde bereits am 30. Dezember 1982 vom Bundesminister für soziale Verwaltung erlassen und im Bundesgesetzblatt BGBl. Nr. 19/1983 kundgemacht. Durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 21. Jänner 1983, BGBl. Nr. 5/1983, wurde die Lohnklassentabelle im Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 ergänzt. Durch das Bundesgesetz vom 19. Jänner 1983, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden, BGBl. Nr. 61/1983, wurden die Beihilfen als wirtschaftspolitische Maßnahme im Hinblick auf den festzustellenden Konjunkturrückgang erweitert. Bereits mit Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 4. Februar 1983, BGBl. Nr. 75/1983, wurde der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab März 1983 auf 4 Prozent (in der Zwischenzeit auf 4,4 Prozent) erhöht. Durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 4. Februar 1983, BGBl. Nr. 109/1983, wurde die Anpassung der Ausgleichstaxe nach dem Invalideneinstellungsgesetz 1969 für das Kalenderjahr 1983 vorgenommen. Schließlich wurde durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 9. Oktober 1983, BGBl. Nr. 505/1983, der Zuschlag zu dem vom

Arbeitgeber zu leistenden Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz für das Jahr 1984 mit 0,8 Prozent festgesetzt.

Auf dem Gebiet des zwischenstaatlichen Sozialversicherungsrechtes ist die Kundmachung des Bundeskanzlers vom 10. Mai 1983, betreffend Änderungen der Anhänge und ihre Ratifikation des Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit und der Zusatzvereinbarung zur Durchführung des Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit durch Portugal, BGBl. Nr. 281/1983, das Zusatzabkommen zum Abkommen vom 11. November 1975 zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 298/1983, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Spanien über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll, BGBl. Nr. 305/1983, die Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens, BGBl. Nr. 306/1983, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll, BGBl. Nr. 307/1983, die Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens, BGBl. Nr. 308/1983, sowie der Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen betreffend die modifizierte Anwendbarkeit des Abkommens über Soziale Sicherheit mit der UNIDO auf weitere in Österreich errichtete Ämter der Vereinten Nationen, BGBl. Nr. 340/1983, hervorzuheben. Von grundsätzlicher Bedeutung und mit weitgehend programmatischem Inhalt versehen ist das Europäische Übereinkommen über den sozialen Schutz der Landwirte, dessen Abschluß vom Nationalrat beschlossen wurde und das im Bundesgesetzblatt Nr. 224/1983 kundgemacht ist.

Durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 14. Dezember 1983, BGBl. Nr. 638/1983, erfolgte die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1984.

Auf dem Sektor des Arbeitsrechtes ist es im Jahre 1983 nach jahrelangen Verhandlungen zur Beschlußfassung des Arbeitsruhegesetzes gekommen. Bereits im Vorjahr wurde auf die Schwierigkeit des öffentlichen Sektors hingewiesen, die auf Grund der letzten Entwürfe zu erwarten waren. Durch Sonderbestimmungen für Arbeitnehmer in Verkehrsbetrieben, Heil- und Pflegeanstalten (Krankenanstalten), Kuranstalten und Anstaltsapotheken und durch Verordnungsermächtigungen für Ausnahmen konnten in Anerkennung der besonderen Bedürfnisse des öffentlichen Sektors Erleichterungen erreicht werden. Das Bundesgesetz vom 3. Februar 1983 über die wöchentliche Ruhezeit und die Arbeitsruhe an Feiertagen (Arbeitsruhegesetz — ARG), BGBl. Nr. 144/1983, bringt für den überwiegenden Teil der Arbeitnehmer eine einheitliche Regelung des Anspruches auf Arbeitsruhe und legt darüber hinaus die Ansprüche auf Ersatzruhe fest. Die bisherigen Regelungen über die Sonn- und Feiertagsruhe, die zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert stammten, wurden durch eine einheitliche Regelung abgelöst. Von den weiterhin bestehenden Sonderregelungen seien die Arbeitnehmer von Gebietskörperschaften erwähnt, die nicht in Betrieben tätig sind.

Durch das Bundesgesetz vom 3. Februar 1983, BGBl. Nr. 81/1983, wurden urlaubsrechtliche Bestimmungen im Urlaubsgesetz, Journalistengesetz, Hausbesorgergesetz und im Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen sowie im Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz geändert. Dem gleichen Zweck, nämlich der Erhöhung der Urlaubsansprüche, diente das Bundesgesetz vom 3. Februar 1983, mit dem das Landesarbeitsgesetz geändert wird (Landesarbeitsgesetz — Novelle 1982), BGBl. Nr. 82/1983, das Bundesgesetz vom 3. Februar 1983, mit dem das Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1972 geändert wird, BGBl. Nr. 83/1983, und das Bundesgesetz vom 3. Februar 1983, mit dem das Heimarbeitergesetz 1960 geändert wird, BGBl. Nr. 84/1983. Schließlich ist noch auf jene Verordnungen des Bundesministers für soziale Verwaltung hinzuweisen, in denen die jeweiligen Jahreskontingente für die Beschäftigung von Ausländern in verschiedenen Bereichen festgesetzt werden.

Die in den vergangenen Jahren zu beobachtende ständige Fortentwicklung auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechtes und des Arbeitsrechtes ist auch im abgelaufenen Jahr nicht zum Stillstand gekommen, wenn auch bedingt durch den ungünstigen Konjunkturverlauf belastende Maßnahmen in verstärktem Ausmaß in Kauf genommen werden mußten. Die Beteiligung der Abteilung an dieser Fortentwicklung findet sich sowohl im Begutachtungsverfahren als auch im Vollzug neuer oder geänderter gesetzlicher Normen. Nicht übersehen werden darf auch, daß bei einer derart komplizierten Gesetzesmaterie der Rechtssprechung der Höchstgerichte besondere Bedeutung zukommt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die grundlegende Änderung der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zu § 67 Abs. 4 ASVG hinzuweisen. Durch die Erkenntnisse Zl. 08/2703/80 und Zl. 83/08/0136, beide vom 22. Dezember 1983, hat der Verwaltungsgerichtshof den Eintritt der Betriebsnachfolgehaftung für rückständige Sozialversicherungsbeiträge auf den Erwerb eines Betriebes auf Grund eines Veräußerungsgeschäftes eingeschränkt und ist damit zur Ansicht gelangt, daß eine Betriebsnachfolge im Falle des Konkurses oder der Zwangsvollstreckung keine Haftung nach § 67 Abs. 4 ASVG auslöst. Die Fortführung konkursverfangener Betriebe sollte damit erleichtert werden. Darüber hinaus war auch eine Mitwirkung an Vorhaben des internationalen Rechtes bzw. internationaler Organisationen gegeben. Es sei hiebei auf die Aktivitäten des Europarates auf dem Gebiet der Gleichbehandlung oder der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf verwiesen.

Der Neuzugang im Bereich der Sozialversicherung betrug im Jahre 1983 insgesamt 2.578 Geschäftsstücke. Auf Einspruchsverfahren nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, in der Sozialversicherung der Bauern und in der Unfallversicherung entfielen dabei 1.654 Geschäftsstücke. In diesen Angelegenheiten mußten 71 Büroverhandlungen abgehalten werden. Die Berufungsverfahren umfaßten 187 Fälle und enthalten Berufungen nach dem Invalideneinstellungsgesetz und gegen Pflegegebührenvorschreibungen. In Beschwerdefällen vor dem Verfassungsgerichtshof und dem Verwaltungsgerichtshof mußten 59 Gegenschriften erstattet werden. Darin enthalten sind auch jene Fälle, in denen vor den Höchstgerichten in mündlichen Verhandlungen der Rechtsstandpunkt des Landeshauptmannes zu vertreten war. Die Rechts- und Verwaltungshilfeersuchen konnten durch organisatorische Maßnahmen von 346 auf 159 Geschäftsstücke reduziert werden. In 99 Fällen waren Gutachten über Gesetzesentwürfe abzugeben.

Die übrigen Geschäftsstücke entfielen auf die Abgabe von Stellungnahmen, auf Berichte, Äußerungen in verschiedenen sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten, arbeitsrechtlichen Angelegenheiten und Angelegenheiten, die die gesamte Abteilung betrafen, sowie auch solche der Obereinigungskommission.

Die Teilnahme an der Expertenkonferenz der Leiter der Sozialversicherungsabteilungen der Ämter der Landesregierungen diente dem Erfahrungsaustausch über die Handhabung der einschlägigen Bestimmungen in den Bundesländern und seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

Die ständige Rechtsechtwicklung und die hohen Anforderungen, die sich aus der Judikatur der Höchstgerichte ergeben, zwangen auch im Jahre 1983 dazu, jede Rationalisierungschance zu wahren. Im besonderen Maß ist dies im Jahre 1983 durch den Einsatz der automatischen Textverarbeitung und eine verstärkte Schulung der Mitarbeiter geschehen.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien zählt zu den ältesten und traditionsreichsten Magistratsabteilungen der Stadtverwaltung. Vor Jahrhunderten aus einer Einrichtung der Seuchenbekämpfung hervorgegangen, werden die Tätigkeiten von Jahr zu Jahr umfangreicher und diffiziler. Die Hauptlast der vielseitigen Arbeiten wird in 18 Referaten und 19 Bezirksgesundheitsämtern bewältigt. Neben den vielen Behördenaufgaben, die ihre Grundlagen in gesetzlichen Bestimmungen haben, und den stetig zunehmenden Serviceleistungen, wie Impfungen und Gesundenuntersuchungen, werden die Organe des Gesundheitsamtes auch von einer eigenen Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt sowie Desinfektonsanstalt unterstützt. Jährlich suchen über zwei Millionen Menschen die Dienststellen des Gesundheitsamtes auf oder werden in den Schulen, Mutterberatungsstellen, Schwangerenberatungsstellen, Raucherberatungsstellen u. a. m. gesundheitsvorsorgerisch betreut. Ein besonderes Anliegen ist die Umweltnygiene geworden.

Zu den ältesten Aufgaben der Gesundheitsbehörde gehört die Bekämpfung der Infektionskrankheiten. Auf diesem Gebiet zeigte sich 1983 ein im allgemeinen günstiges Bild. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Auftreten von anzeigepflichtigen Krankheiten, verglichen mit dem Vorjahr (in Klammer):

Infektionskrankheiten	Erkrankungen		Sterbefälle	
Hepatitis infectiosa	678	(482)	1	(—)
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	564	(372)	—	(1)
Scharlach	453	(571)	—	(—)
Übertragbare Ruhr	43	(56)	—	(—)
Malaria	40	(23)	—	(—)
Keuchhusten	33	(88)	—	(—)
Übertragbare Genickstarre	8	(8)	1	(1)
Typhus abdominalis	5	(6)	—	(—)
Psittakose	4	(6)	—	(—)
Parathyphus	2	(4)	—	(—)
Tularaemie	2	(1)	—	(—)
Bang'sche Krankheit	1	(—)	—	(—)
Leptospiren-Erkrankungen	—	(1)	—	(—)
Übertragbare Kinderlähmung	—	(—)	—	(—)
Diphtherie	—	(—)	—	(—)
Wien insgesamt	1.833	(1.618)	2	(2)

		Fälle
Bißverletzungen durch bekannte Tiere	49	(26)
davon Kopfverletzungen	3	(1)
Bißverletzungen durch unbekannte Tiere	23	(10)
davon Kopfverletzungen	—	(1)
Bißverletzungen insgesamt	75	(38)

Insgesamt haben unter den anzeigenpflichtigen Infektionskrankheiten (ohne Tuberkulose) die Hepatitis infectiosa und die übertragbare Genickstarre zu je einem Todesfall geführt.

Die Zahl der gemeldeten Hepatitisfälle ist gegenüber 1982 weiterhin um 40 Prozent gestiegen. Diese Krankheit ist 1983 erstmals zur am meisten verbreiteten anzeigepflichtigen Infektionskrankheit geworden. Unter 678 gemeldeten Fällen wurden 376 als Hepatitis A und 227 als Hepatitis B verifiziert. Von den Hapatitis A-Infektionen betrafen etwa die Hälfte Kinder und Jugendliche, davon rund zwei Drittel Schul- und Kindergartenkinder. Die Abteilung hat aus diesem Grund ihre Dienststellen angewiesen, bei Auftreten einer Hapatitiserkrankung in Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen Desinfektionen durchführen zu lassen und die Direktoren bzw. Leiter dieser Institutionen über die notwendigen Hygienemaßnahmen zu informieren.

Die Gesamtzahl der bakteriellen Lebensmittelvergiftungen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (51%). Im Laufe des Jahres 1983 kam es zu Gruppenerkrankungen in einigen Anstalten und Betrieben, meist unter dem Bild eines Brechdurchfalles. Mehrere Fälle konnten bakteriologisch abgeklärt werden (verschiedene Salmonellen, Staphylokokken u. a. m.). Neben den Salmonellen und anderen Erregern der bakteriellen Lebensmittelvergiftung gewinnen Infektionen mit Campylobacter jejuni und Yersinia enterocolitica in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung; 1983 wurden 154 Fälle gemeldet. Zweimal kam es im Jahre 1983 zu zahlreichen Durchfallserkrankungen in Kasernen und Kindergärten, einmal war eine Großküche und einmal eine Schule betroffen. Der größte Ausbruch an bakterieller Lebensmittelvergiftung wurde im Februar von einer Wiener Imbißstube verursacht: Nach Genuß von Brötchen im Rahmen von Betriebs- und Familienfesten erkrankten 177 Personen (darunter 20 Ortsfremde) an einer Salmonellose, 68 Patienten mußten hospitalisiert werden. Als Erreger konnte die Gesundheitsbehörde die Salmonella enteritidis nachweisen.

Der Scharlach verläuft seit mehreren Jahren sehr milde, zumal er mit der üblichen Penicillintherapie ausgezeichnet behandelt werden kann. Aus diesem Grund ist diese Krankheit zwar seit 1980 noch meldepflichtig, die Erkrankten sind aber nicht mehr absonderungspflichtig, Umjgebungspersonen müssen nicht mehr ferngehalten werden und Desinfektionsmaßnahmen sind nicht mehr erforderlich. 1983 ist die Anzahl der gemeldeten Scharlacherkrankungen gegenüber dem Vorjahr um weitere 20 Prozent zurückgegangen, was zumindest zu einem Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die vorgeschriebene Meldung der Erkrankungsfälle an die Gesundheitsbehörde immer öfter unterlassen wird.

Die Zahl der Erkrankungen an bakterieller Ruhr ist gegenüber 1982 wieder um über 20 Prozent zurückgegangen, liegt aber noch immer über dem langjährigen Durchschnitt bis zum Jahre 1981.

1983 gab es keinen Fall von Kinderlähmung. Nach dem Jahre 1962 konnte nur in den Jahren 1977 und 1979 je ein Fall von Poliomyelitis in Wien registriert werden; beide Male war diese Krankheit aus dem Ausland eingeschleppt worden, wobei diese beiden Kinder ungeimpft waren. Das praktischen Verschwinden der Erkrankungen an Kinderlähmung ist zweifellos ein Erfolg der Schutzimpfung, die auch 1983 planmäßig weitergeführt wurde. Im Falle einer ungenügenden Beteiligung an den Impfungen wäre bei der Einschleppung eines Falles jedoch eine Weiterverbreitung dieser Krankheit in Österreich zu befürchten.

Die sehr geringe Häufigkeit an Diphtherieerkrankungen hält weiterhin an, eine Erscheinung, de wie bei der Kinderlähmung zum Großteil als Impferfolg zu werten ist, aber auch teilweise durch unbekannte Faktoren verursacht wird und sich daher jederzeit ändern kann.

Unter den nicht anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten nahm die Erkrankungshäufigkeit an Frühsommermeningoencephalitis (FSME) bis 1979 stark zu. Die durch Zeckenbiß übertragbare Virusinfektion, die im Volksmund auch als „Zeckenkrankheit" bezeichnet wird, kommt in nahezu allen Ländern Europas vor. Seit 1980 haben dank der zunehmenden Impfbeteiligung der Bevölkerung die gemeldeten FSME-Fälle deutlich abgenommen. 1982 erkrankten noch 612, darunter 44 Wiener, außerdem kam es zu 5 Todesfällen. 1983 erkrankten 208 Österreicher an dieser Virusinfektion, darunter 21 Wiener; 2 Personen verstarben, davon ein Wiener.

Seit mehreren Jahren werden dem Gesundheitsamt aus Kinderabteilungen Wiener Krankenanstalten bei einer Reihe von Infektionskrankheiten, wie Masern, Mumps und Varicellen, cerebrale Komplikationen gemeldet. In den letzten fünf Jahren hat deren Zahl abgenommen. 1983 entfielen von insgesamt 128

cerebralen Komplikationen 123 auf Mumps und 5 auf Masern. Im Vergleich dazu wurden 1978 im Rahmen einer Mumpsepidemie 402 und bei Masern 13 cerebrale Komplikationen gemeldet.

Die Grippe wurde durch systematische Stichprobenerhebungen (Wiener Grippeinformationssystem des Gesundheitsamtes) erfaßt. Im Winter 1982/83 konnte dieser Meldedienst das Auftreten und den Verlauf einer Grippeepidemie genau bestimmen und verfolgen: Erstmals nach vier Jahren gab die Influenza A wieder ein kräftiges Lebenszeichen von sich. In der zweiten Jännerwoche stieg die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen sprunghaft um ein Drittel, in der Folge weiter bis über 20.000 Fälle pro Woche an, zur gleichen Zeit wurde vom Hygieneinstitut der Universität Wien mehrmals das Virus A-Bangkok 1/79 (H_3N_2) isoliert. Es kam zum typischen Verlauf einer Grippeepidemie, die mit 21.100 Neuerkrankungen in der ersten Februarwoche den Höhepunkt erreichte. Danach fielen die Erkrankungszahlen langsam wieder ab. Als Todesursache schien die Grippe fünfmal auf.

Vom Gesundheitsamt werden zahlreiche Impfungen durchgeführt, so unter anderem die orale Schutzimpfung gegen Kinderlähmung (Schluckimpfung). Im Jänner 1983 wurden 41.667, im November 1983 87.131 Einzelimpfungen, insgesamt somit 128.798 Impfungen durchgeführt, was eine Zunahme der Impfbeteiligung gegenüberdem Vorjahr bedeutet.

Die Impfaktion gegen Masern und Mumps, mit der 1978 begonnen wurde, wurde 1983 fortgesetzt. Es handelt sich um einmalige Impfungen mit einem Lebendvirus, die ab dem 14. Lebensmonat möglich sind. Die Impfung schützt mindestens 10 Jahre vor der Erkrankung, bei der es zu gefährlichen Komplikationen kommen kann, wie zu Lungenentzündung oder Gehirnentzündung bei Masern und zu Gehirnhautentzündung mit Gehörschädigung bei Mumps. Erkrankt ein Erwachsener an Mumps, so kann es zu Entzündungen der Geschlechtsorgane mit bleibender Sterilität kommen, wobei junge Männer besonders gefährdet sind.

Durch intensive Propaganda und die Möglichkeit, sich am Abend impfen zu lassen, nahm die Impfbeteiligung 1983 mit 8 Einzelimpfungen gegen Masern, 47 gegen Mumps und 2.688 kombinierten Impfungen gegen Masern und Mumps gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent zu; es ließen sich aber nur vereinzelt junge Männer impfen.

Gegen Röteln konnten im Schuljahr 1982/83 6.846 Mädchen der 7. Schulstufe geimpft werden, was einer 75prozentigen Impfbeteiligung entpricht. Bezogen auf das Kalenderjahr 1983 unterzogen sich 6.212 Mädchen der Rötelnimpfung. Rötelnantikörperbestimmungen bei Schwangeren sind seit 1. Jänner 1982 zwingend im sogenannten „Mutter-Kinder-Paß" vorgeschrieben; 1982 ließen sich aus diesem Grund 2.878 Wöchnerinnen impfen. Von der Abteilung wurden unentgeltlich die Antikörperbestimmungen bei Risikogruppen durchgeführt, und zwar bei 501 Krankenpflegeschülerinnen und 1.696 Beschäftigten aus Kindergärten, Krankenhäusern sowie Lehrern. Auf Grund des Untersuchungsergebnisses empfahl das Gesundheitsamt 236 Frauen die Rötelnimpfung.

1983 setzten die Impfstelle für Ausreisende sowie die Bezirksgesundheitsämter die aktiven entgeltlichen Impfungen gegen „Zeckenkrankheit" (FSME — Frühsommermeningoencephalitis) fort. Die komplette Immunisierung besteht aus drei Teilimpfungen, einmalige Auffrischungsimpfungen sind alle drei Jahre erforderlich. Die Zahl der Impfungen nahm gegenüber 1982 um 1.155 auf nunmehr 78.808 Impfungen zu. Gegen Grippe impften die Ärzte des Gesundheitsamtes 21.425 Personen, das waren um 491 mehr als 1982. Weiters wurden 20.177 Schutzimpfungen gegen Tetanus, 14.676 gegen Diphtherie-Tetanus, 8.374 gegen Diphtherie-Tetanus und Keuchhusten sowie 11.301 gegen Cholera und 2.749 gegen Gelbfieber vorgenommen. Da durch eine Deklaration der World Health Organisation (WHO) 1980 die Welt für pockenfrei erklärt wurde, ist auch in Österreich die Pockenimpfpflicht aufgehoben worden. Da kein Land mehr die Impfung vorschreibt, impfte der Amtsarzt der Impfstelle für Ausreisende 1983 nur mehr 12 Personen nach entsprechender Aufklärung auf deren ausdrücklichen Wunsch (1982: 57 Impflinge).

In der Desinfektionsanstalt des Gesundheitsamtes wurden insgesamt 10.880 Desinfektionen usw. durchgeführt, darunter 407 im Außendienst, und zwar hauptsächlich in Schulen und Kindergärten (176) sowie in Wohnungen (144). Im Inndendienst wurden 4.716 Verbandkübeln und 370 Fahrzeuge desinfiziert, 207mal mußten der Verbrennungsofen, 158mal Dampfdesinfektionsapparate und 56mal die Formalinkammer beschickt werden. Die Zahl der Entlausungen von Personen ist mit 3.593 gegenüber dem Vorjahr praktisch gleichgeblieben. Bis 1975 waren allerdings nur 50 bis 70 Entlausungen pro Jahr notwendig gewesen.

Mit der Tuberkulosebekämpfung im Raume Wiens befaßt sich ein eigenes Referat des Gesundheitsamtes. Zu seinen Einrichtungen zählen neben der Zentrale (Kanzlei mit Heilstätteneinweisungsstelle, Impfstelle, Röntgenstelle, Schirmbildstelle) 9 Außenstellen in den Bezirken (Tuberkulosefürsorgestellen) und ein Röntgenzug.

Die Tuberkulosesituation in Wien läßt in den letzten Jahren gewisse epidemiologische Schwankungen erkennen. Nach einem vorübergehenden Anstieg der Neuerkrankungszahlen im Jahre 1981 mit insgesamt 600 Fällen an aktiver Tuberkulose aller Formen, kam es in der Folgezeit wieder zu einem Rückgang der Inzidenzzahlen. Im Jahre 1983 wurden mit 511 Neuerkrankungen der niedrigste Stand, den es bisher gab, erreicht. Allerdings ist der prozentuelle Anteil der Fälle mit ansteckender Lungentuberkulose

an der Summe aller Neuerkrankungen mit etwa 50 Prozent relativ hoch. Dies ist zu einem Teil auf die modernen Untersuchungsmöglichkeiten mit exakter Diagnosestellung zurückzuführen: Immer häufiger werden Bronchoskopien mit Untersuchungen des Bronchialsekretes durchgeführt, auch Sputumuntersuchungen mit Kulturen werden in zunehmendem Maße vorgenommen. Im Jahre 1982 sind 67 Personen, 1983 79 an einer extrapulmonalen Tuberkulose erkrankt. Dieser Anstieg (18%) wird hauptsächlich durch dIe Zunahme der Urogenitaltuberkulose verursacht, die bereits 68 Prozent an der Gesamtzahl aller extrapulmonalen Tuberkuloseformen beträgt. Die Zahl der in Wien beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte nimmt von Jahr zu Jahr ab, und dementsprechend ist auch der prozentuelle Anteil der an Tuberkolose erkrankten Ausländer an der Summe aller Tuberkuloseerkrankten rückläufig. Dieser Anteil betrug 1981 noch 23 Prozent , 1983 nur mehr 15 Prozent. Nach wie vor aber verdient die „Gastarbeitertuberkulose" besondere Beachtung: 1983 waren fast ein Drittel der neu an extrapulmonaler Tuberkulose Erkrankten Gastarbeiter, 8 von insgesamt 11 an Tuberkulose erkrankten Kindern waren Gastarbeiterkinder. Ähnlich wie bei den Neuerkrankungsfällen kann auch bei den Todesfällen an Tuberkulose ein deutlicher Rückgang verzeichnet werden. Mit insgesamt 78 Todesfällen in Wien im Jahre 1983 ist der niedrigste Stand, den es je gegeben hat, erreicht worden, nämlich 5,1 auf 100.000 der Bevölkerung. Allerdings waren über 50 Prozent der an Tuberkulose Verstorbenen der Tuberkulosefürsorge vorher nicht bekannt gewesen. Das weist darauf hin, daß es in Wien noch viele unbekannte Infektionsquellen gibt und die organisierte, planmäßige Bekämpfung der Tuberkulose im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes weitergeführt werden muß.

Die Dienst- und Untersuchungsstellen des Tuberkulosereferates nahmen im Jahre 1983 insgesamt 153.427 Personen in Anspruch. Wenn man die Zahl der im Röntgenwagen untersuchten Personen, der vom Impfteam mit Tuberkulin getesteten und geimpften Schulkinder und der von den Verbindungsfürsorgerinnen in den Krankenanstalten betreuten Tuberkulosekranken hinzurechnet, dann ergibt sich eine Gesamtfrequenz von 211.024 Personen (1982: 193.876). Dieser Anstieg der Parteienfrequenz um rund 17.000 gegenüber dem Vorjahr ergibt sich zum Großteil durch die Untersuchungen großer Personengruppen, die in ungeraden Jahren (zum Beispiel Lehrer) vorgenommen werden, teils auch durch den verstärkten Einsatz des Schirmbildwagens in diversen Betrieben.

In der Schirmbildstelle des Tuberkulosereferates wurden 45.229 Personen einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterzogen, wobei die Ärzte bei 23 Personen erstmals eine aktive Lungentuberkulose und bei 5 bösartige Neubildungen feststellten.

Im Röntgenzug wurden 31.741 Personen untersucht, bei denen 10 Erkrankungen an aktiver Tuberkulose und 11 an bösartigen Neubildungen entdeckt werden konnten. Lungenfunktionsprüfungen mittels Vitalographen führten die Ärzte 6.221 durch, was eine Zunahme um 296 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. In dieser Zahl sind auch die Untersuchungen, die bei der „Seniorenwoche" und am „Tag der offenen Tür" vorgenommen wurden, enthalten.

Die Ärzte impften gegenüber dem Vorjahr um 811 Personen weniger gegen Tuberkulose, nämlich 18.614, darunter 16.301 Neugeborene und 1.993 Schulkinder. Die Zahl der mit Tuberkulin getesteten Personen hat 1983 um 60 auf 12.136 zugenommen.

Die Schirmbildstelle des Tuberkulosereferates, die sich in der Zentrale des Gesundheitsamtes in 1, Neutorgasse 18, befand, wurde im Frühjahr 1983 in die neu adaptierten ehemaligen Räumlichkeiten der Pensionsversicherung der Angestellten in 1, Zelinkagasse 9, verlegt.

Wegen Renovierungsarbeiten und Umbauten in der Tuberkulosefürsorgestelle für den 2. und 20. Bezirk in 20, Pappenheimgasse 48—52, war diese Dienststelle vom 1. August bis 20. Dezember 1983 in den Räumen der Fürsorgestelle für den 1., 8., 9., 18. und 19. Bezirk in 9, Lazarettgasse 13 b, untergebracht.

Seit 1981 stehen 6 Raucherberatungsstellen zur Verfügung: Außer an die Zentralstelle in 1, Stadiongasse 6—8, kann man sich nun auch an die Außenstellen im 5., 11., 16., 20. oder 21. Bezirk wenden. 156 Interessenten suchten eine dieser Stellen auf, die Gesamtfrequenz betrug 451. Neben der üblichen Betreuung erfolgte bei jeder Erstberatung eine Lungenschirmbildaufnahme. Das Durchschnittsalter der Interessenten betrug 44 Jahre, 54 Prozent waren Männer.

Im Jahre 1983 wurden 5.188 Gastarbeiter, das sind um 395 weniger als im Vorjahr, gemäß dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975, untersucht. 10 Personen davon haben eine Anstellung bei der Gemeinde Wien angestrebt. 7 Gastarbeitern, die erstmals im Jahre 1983 nach Österreich eingereist waren, konnte wegen des Vorliegens einer aktiven Lungentuberkulose keine Arbeitsbewilligung erteilt werden, weshalb sie in ihr Heimatland zurückkehren mußten. Weiters wurde bei 11 Gastarbeitern eine behandlungsbedürftige Lues nachgewiesen und deren Behandlung und Nachkontrolle vorgenommen.

Die Gesamtzahl der in ganz Wien gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist mit 3.810 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 Prozent angestiegen, wobei die Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle an Gonorrhöe um 320 auf 3.481 zunahm und die der Lues um 22 auf 327 abnahm. Während bei der gemeldeten Anzahl der Geschlechtskrankheiten in ganz Wien eine steigende Tendenz festzustellen ist, ist in der Beratungsstelle des

Gesundheitsamtes die Zahl der aufgedeckten Erkrankungsfälle um 7,3 Prozent zurückgegangen: An Gonorrhöe erkrankten um 48 weniger, an Lues um 11 Patienten weniger als im Vorjahr.

In der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten betrug die Parteienfrequenz 44.369 und somit um 1.469 (3,4%) mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch die Zunahme der Zahl der Kontrollprostituierten (8%) bedingt. Die Gesamtzahl der Untersuchungen ist um 5,8 Prozent auf 43.637 gestiegen, darunter waren 876 Erstuntersuchungen. Dabei wurden 478 Fälle von Gonorrhoe (davon 137 bei Männern) und 41 Fälle von Lues (davon 27 bei Männern) festgestellt. 43.637 Untersuchungen wurden bei Prostituierten und 1.218 Untersuchungen bei Geheimprostituierten vorgenommen. Im Rahmen der Untersuchungen nahmen die Ärzte 9.744mal Blut für Laboruntersuchungen und 4.319 Kulturen ab. Sozialarbeiter führten 324 Hausbesuche durch. 1.664 Personen wurden vorgeladen, 350 Anträge auf polizeiliche Verfolgung gestellt und 133 Personen polizeilich vorgeführt.

Seit 1926 war in Wien die Zahl der polizeilich gemeldeten Prostituierten stets unter 1.000. 1982 wurden nach jahrelangem langsamem Ansteigen der Zahlen erstmals wieder über 1.000, nämlich 1.058, Prostituierte gemeldet. Im September 1983 ist mit 1.110 gemeldeten Prostituierten der bisher höchste Stand erreicht worden, der bis zu Jahresende wieder auf 1.003 absank. Ob sich damit eine Trendumkehr, eventuell hervorgerufen durch das bevorstehende Wiener Prostitutionsgesetz, abzeichnet, ist noch ungewiß. Die Erkrankungshäufigkeit der Prostituierten lag im Jahre 1983 bei 25 Prozent und hat gegenüber 1982 um 1 Prozent zugenommen. Die Zahl der dem Gesundheitsamt vorgeführten Geheimprostituierten hat weiterhin um 7 Prozent auf 556 abgenommen, ihre Erkrankungshäufigkeit betrug 13 Pozent. Der Anteil der sogenannten Selbstmelder, das sind Personen, die freiwillig in die Beratungsstelle kommen, da sie eine Infektion befürchten, ist 1983 um 12 Prozent auf 275 gesunken, ihre Erkrankungshäufigkeit lag bei 39 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent angestiegen.

Bei den Untersuchungen in der Beratungsstelle finden sich als Nebenbefund immer wieder Erkrankungen, die zwar nicht unter das Geschlechtskrankheitengesetz fallen, jedoch ebenfalls sexuell übertragen werden können, wie Pilzerkrankungen, Verlausung, Befall von Oxyuren, Trichomoniasis und andere mehr. Um zu verhindern, daß weitere Personen angesteckt werden, wurde die Behandlung dieser Erkrankungen bereits vor einigen Jahren in die Leistungen der Beratungsstelle aufgenommen und seither ständig weiter ausgebaut. Sie erfolgt stets im freiwilligen Einverständnis der Patienten, wobei diese die Kosten für die Medikamente tragen sollen. Durch die vermehrte Verwendung von entsprechenden Kulturen konnten 1983 562mal Trichomonadeninfektionen, 130 Pilzerkrankungen, 21 Clamydieninfektionen und 122 sonstige sexuell übertragbare Krankheiten festgestellt werden.

In Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut und dem Virologischen Institut der Universität Wien führte die Abteilung eine Studie über die Häufigkeit von Hepatitis B bei Prostituierten durch. Von 50 serologisch untersuchten Frauen zeigten 80 Prozent keinen Hinweis auf infektiöse Hepatitis B, 18 Prozent waren weitgehend immun, 2 Prozent infektiös. Eine Untersuchung auf die Häufigkeit von Vaginalmykosen bei Prostituierten ergab unter 100 Untersuchten 29 Erkrankte.

In der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt führten die Mitarbeiter 1983 12.607 bakteriologische und serologische Untersuchungen für klinische Zwecke durch, darunter 7.049 Untersuchungen auf Tuberkulose, wobei 842mal ein positiver Befund erhoben wurde. Weiters wurden 3.020 mykologische und parasitologische Untersuchungen für klinische Zwecke vorgenommen, darunter 3.013 Trichomonadenabstriche. Das Gesundheitsamt überprüfte 826 Sterilisations- und Desinfektionsapparate sowie 38 Klimaanlagen. Weiters nahmen Mitarbeiter der Untersuchungsanstalt insgesamt 11.145 Untersuchungen an 448 Trink- und Hausbrauchwässern vor, Badewasserproben für 1.610 Einzeluntersuchungen entnahmen sie aus 18 Hallenbädern und 142 künstlichen und natürlichen Freibädern. In 117 Kläranlagen erfolgten 646 Abwasser- und Oberflächenwässeruntersuchungen, 50 Kläranlagen mußten beanstandet werden. Weiters wurden 3.711 Bestimmungen auf Schwermetall im Grundwasser und 1.545 Drogenuntersuchungen aus dem Harn vorgenommen.

Im Rahmen der hygienischen Trink- und Nutzwasseruntersuchungen führte die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt 1983 im 21., 22. und 23. Bezirk ein umfassendes Analysenprogramm zur Feststellung von Grundwasserverunreinigungen durch chlorierte Lösungsmittel durch. Die Ergebnisse wurden von den Wasserwerken für den Ausbau der zentralen Trinkwasserversorgung in diesen Bezirken herangezogen.

Im Sommer 1983 führten Vegetationsschäden im Bereich Mühlgrund und Umgebung im 22. Bezirk, als deren Ursache erhöhter Borgehalt des Grundwassers beziehungsweise Gießwassers festgestellt wurde, zur Durchführung eines umfangreichen Untersuchungsprogramms über borverunreinigtes Grundwasser: Bei Probebohrungen auf einem etwa 6.000 m² großen Gelände zwischen Donaustadtstraße/Gotramgasse, das im Eigentum der inzwischen aufgelösten Firma Borax Consolitated Limited, Zweigniederlassung Wien (Sitz London) stand, wurden Massen von Produktionsrückständen mit erheblichen Bor-, Arsen- und Sulfatgehalten festgestellt. Das durch die Bohrlöcher zutage tretende Grundwasser enthielt stellenweise bis maximal 350 mg Bor/l. Insge-

samt wurden von der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt 281 Wasseruntersuchungen auf Bor durchgeführt. Dazu kamen noch stichprobenmäßig durchgeführte Harnuntersuchungen von betroffenen Siedlern auf Bor, die insgesamt unauffällige Befunde ergaben. Über gesundheitliche Schäden ist nichts bekannt geworden. Pflanzen weisen gegenüber Bor eine weit höhere Sensibilität auf als der menschliche Organismus, weshalb Pflanzen als hochempfindliche Indikatoren für Bor anzusehen sind. Unmittelbar nach Aufdeckung der Grundwasserkontamination wurde von der Stadt Wien eine Notwasserversorgung dieses Gebietes mit Hilfe von Wasserwagen und Auslaufbrunnen eingerichtet. Weiters wurden Arbeiten zum Anschluß der betroffenen Grundstücke an das öffentliche Wasserleitungsnetz in Angriff genommen.

Infolge mangelhafter Abwasserbeseitigung kam es in einer Siedlung im 14. Bezirk zu einer bakteriologischen Trinkwasserverunreinigung, weshalb dieses nur als Nutzwasser verwendet werden durfte. In einem anderen Areal desselben Bezirkes kam es durch ein Kanalgebrechen zu massiver fäkaler Verunreinigung mehrerer Brunnen. Die betroffenen Brunnen mußten mit Natriumhypochloritlauge desinfiziert werden.

Auf Grund eines Trinkwasseralarms, der sich später als Erpresserversuch herausstellte, wurden im Oktober 1983 mit entsprechenden Testfischen acht biologische Trinkwassertests im Wasser der Wiener Hochquellenbehälter durchgeführt. Die Tests erstreckten sich über je 24 Stunden, wobei jeweils nach 12 Stunden ein Wasserwechsel erfolgte und zusätzlich parallel zur Testserie ein „Blindwert" mit nicht kontaminiertem Wasser lief. Neben Temperaturen und Sauerstoffverbrauch wurden die Belastung des Wassers durch Ammonium und Nitrit sowie der pH-Wert, die Leitfähigkeit und der Gehalt an Chlorid und Cyanid gemessen. Es konnte keine Kontamination des Trinkwassers durch toxische Substanzen festgestellt werden; zum Versuchsende wurden die Erpresser ausgeforscht und verhaftet.

Zusätzlich zu Untersuchungen der Eignung von Oberflächengewässern für Badezwecke wurden die Wiener Fließgewässer auf ihre bakteriologische und biologische Güte kontrolliert. 1983 begann die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt mit der Überprüfung einer eventuellen Beeinträchtigung des Wienerwaldstausees durch Salzstreuung.

Bei der Überprüfung der Abwässer kontrollierte das Gesundheitsamt verschiedene öffentliche und private Kleinkläranlagen auf ihre Funktionstüchtigkeit sowie den Reinigungseffekt der Hauptkläranlage Wien und die daraus resultierende Belastung für den Vorfluter. Weiters wurden Straßenabwässer wegen eventueller Grundwassergefährdung auf Schwermetalle untersucht.

Angelegenheiten der allgemeinen Hygiene und Umwelthygiene mußten wie in früheren Jahren in großer Zahl behandelt werden. Die Bezirksgesundheitsämter hatten 735 Fälle betreffend Lärmbelästigung, 1.119 betreffend Luftverunreinigungen, 1.457 betreffend Wohnhygiene, 1.888 betreffend Abwasser und Abfallstoffe, 1.537 in Zusammenhang mit der Schädlingsbekämpfung und 3.308 bezüglich sonstiger sanitärer Übelstände zu bearbeiten. Hierbei wurde in 5.293 Fällen die Bestätigung der vorgebrachten Beschwerden durch die Erhebungen erbracht und die Abstellung der Übelstände in die Wege geleitet. Die Amtsärzte in den Bezirksgesundheitsämtern nahmen an 1.605 Kommissionierungen im Rahmen gewerbebehördlicher und baubehördlicher Verfahren teil.

Der Aufgabenbereich der Zentrale des Gesundheitsamtes umfaßt die ärztliche Beurteilung von Angelegenheiten des Anrainerschutzes in bau- und gewerbebehördlichen Verfahren, soweit es sich um größere Projekte, Fragen grundsätzlicher Bedeutung oder Vorhaben handelt, zu deren Beurteilung umfangreichere Voruntersuchungen nötig sind. Insgesamt bearbeitete das Gesundheitsamt 1983 über 500 Angelegenheiten des Umwelt- und Immissionsschutzes. Es wurden 32 kommissionelle Verhandlungen geführt, 94 schriftliche Gutachten abgegeben und 173 nächtliche Hörproben erstellt. In der Mehrzahl der Fälle ergab das Resultat, daß die Beschwerde wegen Lärmbelästigung berechtigt war und das Gesundheitsamt beantragte demgemäß entsprechende Maßnahmen zur Behebung der Belästigung. Als ständig wiederkehrende Beschwerden müssen jene über die Taubenplage angeführt werden, die allerdings mangels geeigneter legistischer Grundlagen seitens des Gesundheitsamtes keine wirksamen Abhilfemaßnahmen zur Folge haben können.

Seit 1977 wurde die Abteilung mehrmals mit dem Problem der Auswirkungen, die sich durch das Einatmen von Asbestfaserstaub auf die Gesundheit ergeben, befaßt. Insbesondere stand die Asbestfaserauskleidung von drei Turnhallendächern zur Diskussion. Für die Bewertung umweltbedingter Asbeststaubbelastungen gibt es mangels entsprechender wissenschaftlicher Grundlagen weltweit gesehen noch keine Grenzwerte. Bekannt ist lediglich, daß es nach längerdauerndem Einatmen höherer Konzentrationen von lungengängigem Asbeststaub zu Krebs der Atmungsorgane kommen kann. Asbeststaub wird vor allem bei industrieller Verarbeitung von asbesthältigen Produkten frei sowie auch im Straßenverkehr durch Autoabgase und Kupplungsvorgänge. 1982 bis 1983 wurde von der Österreichischen Staubbekämpfungsstelle der Asbestfasergehalt in der Luft dieser drei Hallen sowie zum Vergleich auch an benachbarten Straßenkreuzungen gemessen. Die Messungen ergaben, daß die Asbeststaubbelastung in den Turnhallen und im Freien praktisch gleich sind. Es ist anzunehmen, daß städtische Unterrichtsräume und Wohnräume auch in ähnlicher Weise belastet sind.

Im Laufe des Jahres wurden das Sonderabfallgesetz (Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Erfassung und Beseitigung bestimmter Sonderabfälle) und das Umweltfondsgesetz (Bundesgesetz vom 21. Oktober 1983 über

die Förderung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt) kundgemacht und treten mit 1. Jänner 1984 in Kraft. Inwieweit diese Gesetze die Tätigkeit des Umweltschutzreferates beeinflussen werden, kann noch nicht abgeschätzt werden.

Im Rahmen der allgemeinen Hygiene wird der Frage der ärztlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung weiterhin erhöhte Bedeutung beigemessen: Zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten und bestimmten Fachärzten empfahl das Gesundheitsamt die Einplanung von Räumlichkeiten für Ordinationen und Ärztewohnungen in einer Reihe von größeren städtischen Wohnprojekten. Mit der zunehmend besseren Versorgung durch niedergelassene Ärzte wurde die Bestimmung, ob ein Bedarf an Ärzten besteht, komplizierter, zumal auch die Wiener Gebietskrankenkasse nur mehr in beschränkter Zahl Kassenverträge vergibt. Aus diesem Grund konnte 1983 jegliche Einplanung einer Ordination nur mit der Einschränkung empfohlen werden, daß die vorgesehenen Praxen ohne wesentlichen Bauaufwand auch in normale Wohnungen umgewandelt werden können, falls sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung in dem betreffenden Gebiet kein Arzt niederlassen kann. Insgesamt wurden 34 Stellungnahmen zu eventuellen Einplanungen abgegeben. Neben ständiger telephonischer Beratung erkundigten sich 1983 rund 50 Ärzte beim Referatsleiter persönlich wegen diverser Fragen in bezug auf eine Niederlassung. Weiters ermöglicht eine Kreditaktion der Gemeinde Wien den praktischen Ärzten, die eine Ordination gründen wollen, seit 1976 den Bezug eines sehr günstigen Kredites für die Niederlassung in einem bestimmten Bedarfsgebiet. In diesem Zusammenhang stellte das Gesundheitsamt nach jeweils genauer Überprüfung 51 Bestätigungen über einen Bedarf am geplanten Niederlassungsort an praktische Ärzte aus, 9 Anträge mußten abgelehnt werden. Mit Stand vom 31. Dezember 1983 hatte die Gemeinde Wien insgesamt bereits 85,600.000 Schilling für diesen Kredit investiert. Ferner konnten sich durch Vermittlung des Gesundheitsamtes an den 9 in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer für Wien anerkannten Lehrpraxen 6 vor ihrer Niederlassung stehende Ärzte auf ihre Tätigkeit als praktische Ärzte vorbereiten. Ärzte, die sich noch in einem Anstellungsverhältnis zu einer städtischen Krankenanstalt befinden, erhalten für die Absolvierung einer solchen Lehrpraxis einen bezahlten Sonderurlaub von vier Wochen.

Insgesamt haben diese Förderungsmaßnahmen für die Niederlassung zu einer deutlichen Besserung der medizinischen Basisversorgung der Wiener Bevölkerung geführt: Mit Stand vom 1. Jänner 1984 waren 1.126 praktische Ärzte in Wien niedergelassen, 799 von ihnen hatten einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse abgeschlossen. Somit entfielen Anfang 1984 1.909 Einwohner auf einen niedergelassenen praktischen Arzt mit Kassenvertrag, 1980 waren es noch 2.114. Nach Beginn der Förderungsmaßnahmen im Jahre 1976 nahm die Zahl der niedergelassenen praktischen Ärzte nicht mehr ab, 1978 stieg sie zum ersten Mal wieder an; 1980 kam es zu einem scheinbaren Stillstand in dieser Entwicklung, ab 1981 begann die Zahl wieder zu steigen.

Unter den Aufgaben der sanitären Aufsicht ist zunächst die Kontrolle aller Krankenanstalten in hygienischer Sicht zu nennen. Sachverständige des Gesundheitsamtes müssen sämtliche gesundheitliche Fragen, die sich bei der Errichtung, der Erweiterung und beim Umbau von Krankenanstalten ergeben, begutachten. Das Hauptgewicht bei diesen Augenscheinsverhandlungen und Stellungnahmen betraf 1983 wieder die bettenführenden Krankenanstalten. Hervorzuheben sind vor allem diverse sanitätsbehördliche Errichtungsbewilligungen für das neue Allgemeine Krankenhaus, die Neurologische Universitätsklinik, die Aufstokkung des Sanatoriums „Hera", die für einen neuen Operationstrakt durchgeführt wurde, und die Errichtung eines neuen Operationstraktes im Orthopädischen Spital im 13. Bezirk. In den Bereich der Krankenanstalten, die in der Betriebsform eines selbständigen Ambulatoriums geführt werden, fielen die Begutachtungen für die Schaffung psychosozialer Stationen des Kuratoriums für psychosoziale Dienste im 3., 8., 10., 12. und 17. Bezirk. Weiters wurde im 14. Bezirk ein Mehrzweckambulatorium mit der Bezeichnung „Privatklinik-Wien-West" errichtet und im 21. Bezirk ein Ambulatorium für Entwicklungsdiagnostik und behinderte Kinder und Jugendliche in Betrieb genommen.

1983 wurde ein Laboratorium für klinisch-chemische und klinisch-immunologische Untersuchungen neu errichtet. In den vergangenen Jahren sind mehrere Laboratorien neu errichtet bzw. aus- und umgebaut worden, so daß auf diesem Gebiet eine bereits gute Versorgung besteht.

Besonderes Augenmerk wurde 1983 auch wieder der Krankenhaushygiene zugewendet. Bei mehreren Besprechungen einer Hygienekommission wurden diverse Probleme mit der Spitalmüllentsorgung erörtert und Richtlinien zur Isolierung hochinfektiöser Patienten erarbeitet.

Auf dem Sektor des Leichen- und Bestattungswesens wurden 4.272 Totenbeschauen durch eigens bestellte Totenbeschauärzte und 1.871 durch den zentralen Totenbeschaudienst durchgeführt. Die Amtsärzte des Gesundheitsamtes nahmen 842 Totenbeschauen vor. In den privaten Krankenanstalten beschauten die anstaltseigenen Totenbeschauärzte 1.809 Verstorbene, am gerichtsmedizinischen Institut fielen 208 Totenbeschauen und 1.995 sanitätspolizeiliche Obduktionen an. 1983 gab es auf dem Bestattungssektor mehrere Verbesserungen durch die Renovierung der Aufbahrungshallen bzw. der Leichenkühlräume in den Friedhöfen Großjedlersdorf, Meidling und Ottakring. Seit Juni 1983 werden die Enterdigungsbescheide für ganz Wien von

der Zentrale des Gesundheitsamtes ausgestellt. Durch diese Neuregelung konnten bisher 1.060 Beerdigungsanträge rascher bearbeitet werden.

Durch Inkrafttreten des neuen Personenstandsgesetzes (Bundesgesetz vom 19. Jänner 1983 über die Regelung der Personenstandsangelegenheiten einschließlich des Matrikenwesens) mit 1. Jänner 1984 ist die Neugestaltung des bei der Totenbeschau erforderlichen Formulars „Todesbescheinigung" notwendig geworden: Die Todesursache sollte nunmehr von der Personenstandsbehörde nur noch dem Österreichischen Statistischen Zentralamt weitergegeben und auch nicht mehr ins Sterbebuch eingetragen werden. Das hätte bedeutet, daß wichtige Informationen, die Maßnahmen der Gesundheitsbehörde erfordern, dieser überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis gelangt wären. Um das zu verhindern, mußten auf Landesebene zahlreiche Besprechungen zur Novellierung des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes und zur entsprechenden Neugestaltung der Todesbescheinigung abgehalten werden. Das Ausfüllen des neuen Formulars erfordert mehr Zeitaufwand, aber liefert der Abteilung rasch die nötigen Informationen.

Dem Gesundheitsamt obliegen auch die Überwachung der Sanitätsberufe (Ärzte, Pharmazeuten, Dentisten) sowie die Evidenzführung und Überwachung des Krankenpflegepersonals, des Personals der Sanitätshilfsdienste und der Hebammen. Gemäß den Bestimmungen des Ärztegesetzes sind nach Meldung der Ärztekammer für Wien an das Wiener Gesundheitsamt alle Ärzte evident zu halten. Die Anzahl der gemeldeten Ärzte wies 1983 erwartungsgemäß eine steigende Tendenz auf. Mit Stichtag 31. Dezember 1983 waren insgesamt 7.148 Ärzte in Wien tätig (1982: 6.984), davon standen in Ausbildung zum praktischen Arzt oder Facharzt 1.706 (1982: 1.662); praktische Ärzte (das sind jene Ärzte, die das Recht haben, den Berufstitel „praktischer Arzt" zu führen) gab es 1.671 (1982: 1.636) und Fachärzte 3.771 (1983: 3.686). Darunter waren in Anstalten tätig 622 praktische Ärzte, 2.437 Fachärzte, 146 Amtsärzte sowie 155 ausländische Ärzte. Hieraus ergibt sich im Jahre 1983 eine Zunahme der Ärzte, die die Berufsbezeichnung „praktischer Arzt" führen dürfen, um 35 und eine Zunahme derer, die die Berufsbezeichnung „Facharzt" führen dürfen, um 85. Die Zahl der ausländischen Ärzte nahm 1983 um 28 zu, obwohl durch die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen nach zehnjährigem Aufenthalt in Österreich auch ausländischen Ärzten die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wird. Aus diesem Grunde befindet sich unter den gemeldeten Ärzten mit österreichischer Staatsbürgerschaft eine große Anzahl von Ärzten, die aus dem Vorderen Orient oder Entwicklungsländern stammen und sich nach Abschluß ihrer Studien in Österreich angesiedelt haben.

Im Rahmen der sanitären Aufsicht wurden 1983 drei Ordinationen niedergelassener Ärzte teilweise mehrmals mit einem Vertreter der Ärztekammer für Wien überprüft und Aufträge zur Behebung von Mängeln erteilt.

In 15 Sitzungen einer Kommission, die gemeinsam mit dem Militärkommando abgehalten wird, wurden 1983 die Ansuchen von 30 Ärzten um Freistellung vom Präsenzdienst behandelt. Die meisten Ansuchen wurden einstimmig im Sinne des Antrages erledigt.

Anzeigen der Ärztekammer wegen Verdachtes auf Kurpfuscherei bzw. Verfolgung unerlaubter ärztlicher Tätigkeit müssen seit einigen Jahren vermehrt bearbeitet werden. Die Verfolgung dieser Probleme gestaltet sich außerordentlich aufwendig und wenig effizient.

Die Zahl der Dentisten ist durch deren altersbedingtes Ausscheiden weiterhin rückläufig; derzeit sind noch 280 in Wien tätig, 1982 arbeiteten noch 293. 1983 erfolgte die gesetzlich vorgeschriebene, in dreijährigem Intervall vorzunehmende gesundheitsbehördliche Überprüfung der Dentistenbetriebsstätten. Die Bezirksamtsärzte fanden bei dieser Kontrolle nur selten Mängel, die sofort behoben wurden.

Im Jahre 1983 waren in Wien insgesamt 1.099 Pharmazeuten in öffentlichen und Anstaltsapotheken tätig. Ein Vertreter des Gesundheitsamtes nahm an 24 Aspirantenprüfungen teil. Bei diesen Prüfungen unterzogen sich 65 Magister der Pharmazie der Prüfung zur Erlangung des Rechtes zur selbständigen Führung einer Apotheke. 1983 wurden im 21. und im 23. Bezirk je eine Apotheke neu eröffnet. Somit waren 254 öffentliche und 15 Anstaltsapotheken in Betrieb. Dennoch besteht in Gebieten des 10. und 21. bis 23. Bezirkes in neu errichteten Wohnhausanlagen ein Bedarf an weiteren Apotheken. Gegen diesbezügliche Anträge auf Konzessionserteilung haben jedoch benachbarte Apotheker Einspruchsrecht, weshalb sich die eventuelle Neuerrichtung von Apotheken beträchtlich verzögert.

Unter Zuziehung eines Vertreters der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen und in Anwesenheit eines Vertreters der Apothekerkammer überprüfte das Gesundheitsamt 80 Apotheken; von 583 entnommenen Proben beanstandete die Untersuchungsanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen 69, darunter fünf Hausspezialitäten. Das Gesundheitsamt hat diese Produkte durch Bescheid aus dem Verkehr gezogen. Auf Grund wiederholt geäußerter Beanstandungen mußten acht Apotheker bei der Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt werden. Zur Kontrolle, ob diverse behördliche Aufträge auch durchgeführt wurden, waren weiters zehn Nachkontrollen in den betreffenden Apotheken notwendig.

1983 erfolgte nach den Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes sowie auf Grund ministerieller Weisung die Überprüfung von 36 Arzneimittelvorräten von Krankenanstalten ohne Anstaltsapotheke.

Durch eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes haben nun auch alle nichtöffentlichen Krankenanstalten einen Arzneimittelvorrat zu führen.

Durch das Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Herstellung und das In-Verkehr-Bringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz), BGBl. Nr. 185/1983, wird das gesamte Arzneimittelwesen auf eine neue Basis gestellt. Bisher wurden die Arzneimittelangelegenheiten durch eine Vielfalt von Verordnungen und Gesetzen geregelt. Zu den wesentlichen Änderungen zählt, daß nunmehr die Kontrolle von Arzneimittelherstellern, Drogengroßhandlungen und Drogerien unmittelbar durch das Bundeministerium für Gesundheit und Umweltschutz vorgenommen wird. Auch die sogenannten „Hausspezialitäten" der Apotheken, die bisher bei der Bezirksverwaltungsbehörde zu melden waren, müssen nun beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz als „apothekeneigene Spezialitäten" angemeldet werden. 1983 haben elf Apotheker insgesamt 60 Hausspezialitäten angemeldet. Weiters überprüfte das Gesundheitsamt mit einem Vertreter der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen, einem Gremialvertreter und einem Rechtsbeamten des örtlich zuständigen magistratischen Bezirksamtes 40 pharmazeutische Betriebe und Drogengroßhandlungen.

Bereits 1981 wurde die Verordnung über den Befähigungsnachweis zum Drogistengewerbe rechtskräftig. Demnach mußte 1983 im Rahmen einer eigenen Konzessionsprüfung ein Vertreter des Gesundheitsamtes 15 Kandidaten „Gesundheits- und Ernährungslehre" sowie „Gift- und Schädlingsbekämpfungsmittel" schriftlich und zusätzlich „Arzneimittel- und Giftrecht" sowie „Arzneimittelkunde" mündlich prüfen.

Beim Gesundheitsamt wurden seit 1978 insgesamt 5.379 Plasmaspender entsprechend der Plasmapheresevero rdnung registriert; davon haben 249 1983 mit dem Plasmaspenden erstmals begonnen. Derzeit sind in Wien zwei Plasmapheresestellen tätig, in denen 1983 2.677 Spendern Plasma abgenommen wurde.

1983 gab es verhältnismäßig wenige Beschwerden über Rattenplage. Die Schädlingsbekämpfer haben bei Vornahme der verordnungsgemäß vorgeschriebenen Schädlingsbekämpfung 63.684 Objekte betreut. Zur Bekämpfung der Ratten wurden 14.902 kg Giftköder aufgewendet.

1983 wurden in Wien vermehrt Beschwerden über Pharaoameisen registriert. Diese kleinen Ameisen vermehren sich rasch in zahlreiche Tochterkolonnen und verbreiten sich entlang von wärmeleitenden Verbindungen und Lüftungsschächten. Ihre Bekämpfung gestaltet sich außerordentlich schwierig, wird aber durch einzelne Spezialfirmen bereits erfolgreich durchgeführt. Das Gesundheitsamt erstellte in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Sanitätsrechts- und Sozialversicherung eine Verordnung über die Verpflichtung der Meldung und der Bekämpfung von Pharaoameisen.

Im Krankenpflegewesen leitete das Gesundheitsamt eine große Anzahl von Aufnahme- und Prüfungskommissionen für die verschiedenen Berufe der Krankenpflege und der Sanitätshilfsdienste. Für die Krankenpflege-, Kinderkranken- und Säuglingspflegschulen sowie für die medizinisch-technischen Schulen fanden 22 Aufnahmekommissionen und 165 Prüfungskommissionen, an der Ausbildungsstätte für psychiatrische Krankenpflege am Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien sechs Prüfungskommissionen statt. Fünf Amtsärzte trugen das im Krankenpflegegesetz geforderte 30stündige Unterrichtsfach „Öffentlicher Gesundheitsdienst" in zwölf Krankenpflegeschulen des Anstaltenamtes und in einer privaten Krankenpflegeschule vor.

1983 wurden bei der freiberuflichen Ausübung des Krankenpflegefachdienstes und der medizinisch-technischen Dienste 169 Personen evident gehalten, das waren um 30 mehr als im Vorjahr. Ferner überprüfte das Gesundheitsamt die Tätigkeit von acht freipraktizierenden Hebammen und 152 Anstaltshebammen.

Die vor acht Jahren gestartete Aktion der „Mobilen Krankenschwestern" wurde schrittweise erweitert und steht seit 1979 den praktischen Ärzten in ganz Wien zur Verfügung. Sinn dieser Einrichtung ist es, die Patienten zu Hause besser zu versorgen. Die „Mobilen Schwestern" betreuen genau nach Anweisung des behandelnden Arztes Patienten in ihrem häuslichen Milieu. Sie verabreichen Injektionen, nehmen Verbandwechsel vor, machen Katheterspülungen und Einläufe und messen den Blutdruck. 1983 führten die 77 Schwestern insgesamt 218.389 Hausbesuche durch; das waren um 3.968 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der praktischen Ärzte, die von der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Mobilen Schwestern Gebrauch machten und diese zu ihren Patienten schickten, stieg um 46 auf 598. Die Zahl der betreuten Patienten stieg um 104 auf 4.438. Beachtlich sind auch die von den eingesetzten Schwestern 1983 zurückgelegten Wegstrecken; es waren 338.432 km. Der verstärkte Einsatz der vom Gesundheitsamt der Stadt Wien eingestellten Diplomschwestern ist unter anderem auch auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Wiener Krankenanstalten zurückzuführen, die die Patienten zur Weiterbetreuung schon vor der Entlassung anmelden. Auf Grund dieser Betreuungsmöglichkeit von frisch entlassenen Spitalspatienten konnte in den verschiedensten Fällen auch der Spitalsaufenthalt wesentlich verkürzt werden.

In der amtsärztlichen Untersuchungsstelle des Gesundheitsamtes führten die Ärzte insgesamt 14.213 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für den gesamten Bereich des Magistrates der Stadt Wien, für den Stadtschulrat für Wien und zum Teil auch für die Wiener Stadtwerke durch. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden überdies 7.199 Blutabnahmen und 7.750 Harnkontrollen für insgesamt 14.949 Laboruntersuchungen und 37 Elektrokardiogramme vorgenommen sowie 149 amtsärztliche

Zeugnisse ausgestellt. Ferner führten die Amtsärzte 583 Hausbesuche wegen Erlangung einer Hilflosenzulage durch. Von den amtsärztlichen Untersuchungen entfielen allein 7.816 auf Personen, die eine Anstellung beim Magistrat der Stadt Wien oder beim Stadtschulrat für Wien anstrebten.

In den Bezirksgesundheitsämtern erfolgten durch die Amtsärzte vorwiegend im Rahmen der Sozialhilfe und der Jugendfürsorge 25.951 Untersuchungen. In der Rezeptprüfungsstelle des Gesundheitsamtes wurden 80.388 Rezepte mit 177.771 Arzneimittelverordnungen für Sozialhilfebezieher nach stichprobenweiser ärztlicher Überprüfung retaxiert. Zur ärztlichen Begutachtung der Notwendigkeit von Kuraufenthalten, Heilbehelfen und Hörgeräten wurden 127 Anträge eingereicht und erledigt.

Die Zahl der Begutachtungen und Stellungnahmen nach dem Opferfürsorgegesetz hat von 204 im Jahre 1982 auf nunmehr 237 bearbeitete Akten zugenommen. Diese Zunahme von Begutachtungsfällen ist durch die höhere Sterberate der meist schon hochbetagten betroffenen Personen sowie durch Verschlimmerungsanträge bedingt. Der diesbezügliche Arbeitsaufwand ist aber wesentlich größer geworden, da die vom Gesetz verlangte exakte Differenzierung in Kausalleiden und akausale Leiden bei zunehmend hohem Alter und bei lange zurückliegender Haft medizinisch oft nicht mehr möglich ist.

In den Vorsorgemedizinischen Fachdiensten wurden in fünf Gesundenuntersuchungsstellen 5.949 Personen, davon 2.340 Männer und 3.609 Frauen, untersucht. Hierbei nahmen die Ärzte außer den klinischen Untersuchungen verschiedenste Laboratoriumsuntersuchungen, gynäkologische und laryngologische Untersuchungen vor. 3.500 Personen wiesen sie einem Thoraxröntgen der Schirmbildstelle der Zentrale des Gesundheitsamtes zu und 208 Frauen zu einer Mammographie und Thermographie in ein entsprechendes Zentrum. Insgesamt wurden folgende krankhafte Befunde erhoben: Bei 1.246 Personen diagnostizierten die Ärzte Übergewicht, bei 1.067 Hypertonie, bei 724 Schwerhörigkeit bis Taubheit. Bei 378 Probanden wurden geschwulstverdächtige Befunde erhoben und bei 19 Personen (5 Männern und 14 Frauen) bösartige Tumore festgestellt, und zwar je 5 Gebärmutter- und Dickdarmkarzinome, 4 Brustkarzinome, 2 Hautkarzinome und je 1 Magen-, Lungen- und Eierstockkarzinom. 2.774 Laborwerte waren pathologisch, darunter 1.821 Blutbefunde, 881 Harnbefunde und 72 Stuhlbefunde. 4.090 Probanden wurde nach der Untersuchung wegen diverser Erkrankungen eine weitere ärztliche Behandlung bei einem praktizierenden Arzt empfohlen.

In einem sogenannten „Vorsorgezentrum Herz-Kreislauf" des Gesundheitsamtes ist es weiters möglich, mit kombinierten Untersuchungsmethoden (Augenhintergrund- und Ultraschalluntersuchungen, Blutdruckmessung, Ergometrie) das Gefäßsystem auf seine Funktion zu beurteilen und krankhafte Veränderungen frühzeitig zu erfassen, so daß dem Patienten individuell entsprechende Verhaltensmaßregeln mitgegeben werden können. 1983 wurden in diesem Zentrum 233 Risikopatienten (140 Männer und 93 Frauen) untersucht.

Die Ernährungsberatungsstelle in 1, Stadiongasse 6—8, nahmen 145 Klienten, darunter 131 Frauen und 14 Männer, im Rahmen von 1.169 Beratungen in Anspruch. Da dem Programm der Gewichtsreduktion eine Langzeitintervention zugrunde liegt, mußten neben 145 Erstberatungen 1.024 Wiederholungsberatungen durchgeführt werden.

Nach Abgabe aller betreuenden Funktionen der Psychohygiene an das „Kuratorium für psychosoziale Dienste" im Jahre 1981 verblieben im Gesundheitsamt die durch die Gesetzeslage festgelegten Behördenaufgaben, darunter vor allem die Begutachtung und Überwachung der Drogenabhängigen nach der Suchtgiftgesetznovelle vom 22. Juni 1980, BGBl. Nr. 319/1980, und die Kontrolle der entlassenen Geisteskranken und Schwachsinnigen nach dem Reichssanitätsgesetz vom 30. April 1870, RGBl. Nr. 68, § 3 c. Das Hauptgewicht der psychohygienischen Aufgaben lag 1983 bei der Untersuchung drogenabhängiger Personen nach dem Suchtgiftgesetz (SGG) 1980. 1983 wurden dem Referat 1.140 Klienten vom Gericht zugewiesen, davon waren rund 75 Prozent Männer. 371 erwiesen sich als nicht erreichbar, waren verzogen oder außer Landes, 12 verweigerten die Untersuchung und 71 haben die Untersuchung nicht bis zu Ende durchgeführt. Die verbliebenen 686 Personen haben die Untersuchung komplett abgeschlossen, und zwar war bei 464 keine Therapie erforderlich, 222 wurden einer Therapie oder Kontrolle zugeleitet. Davon wurden 8 stationär und 163 bei einer anerkannten Vereinigung nach § 22 SGG behandelt, 51 verblieben in der Kontrolle des Referates.

In Zusammenarbeit mit der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt wurden 686 Harnproben auf Drogenbestandteile untersucht: Bei 507 Probanden wurden Cannabisgebrauch, bei 205 vorwiegend Opiatgebrauch, bei 20 Amphetamingebrauch und bei 89 Fällen Medikamente wie Barbiturate nachgewiesen. Die Summe dieser Harnanalyseergebnisse übersteigt die Zahl der Untersuchten, da Mehrfachverwendungen nachgewiesen wurden. Kokain und LSD konnten 1983 in keiner Harnprobe festgestellt werden.

Bei den Drogenabhängigen führte das Gesundheitsamt 514 psychologische Testuntersuchungen durch: 50 Prozent zeigten deutlich neurotische Züge, 31 Prozent Störungen der sozialen Anpassung und 25 Prozent ein depressives Syndrom, bei 16 Prozent lag ein organisches Psychosyndrom vor, 9 Prozent der Probanden waren unterbegabt, weitere 9 Prozent zeigten ein ausgeprägtes Psychopathiesyndrom und nur 0,5 Prozent ein schizoides Grundsyndrom. Insgesamt führten die Sozialarbeiter des Psychohygienereferates 232 Hausbesuche durch. 153 Personen wurden wegen spezieller psychiatrischer Fragestellungen genau begutachtet. Weiters beurteilte die Gesundheitsbehörde 314 Elternteile bzw. pflegewillige Personen in psychiatrischer Hinsicht auf ihre Pflege-

fähigkeit von Kleinkindern und Adoptivkindern. Entlassene Geisteskranke wurden stichprobenweise kontrolliert. 1983 haben die Gesundheitsämter 431 Suchtgiftdauerverschreibungen vidiert. Seit der Neueinführung der Suchtgiftrezeptformulare im Jahre 1981 hat die Zahl der Verschreibungen von Suchtgiften durch die niedergelassenen Ärzte stark abgenommen.

Im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind untersuchten und berieten die Ärzte in den vier städtischen Schwangerenberatungsstellen 1.504 werdende Mütter, die Gesamtfrequenz betrug 5.272. Diese Stellen werden größtenteils als Intensivbetreuungsstellen bzw. als Risikoschwangerenberatungsstellen geführt: Im Wilhelminenspital werden vorwiegend Gestosen, im Krankenhaus Lainz Diabetikerinnen und im Elisabeth-Spital vorwiegend serbokroatisch sprechende Frauen betreut. Weiters hielt 1983 eine Psychologin im Wilhelminenspital vier Vorbereitungskurse für werdene Eltern.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurden in den sechs städtischen Beratungsstellen für Familienplanung insgesamt 3.207 ärztliche Konsultationen durchgeführt. Zweck der mit den 2.003 Erstuntersuchungen einhergegangenen Beratungen war 1.703mal der Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch, 791mal Empfängnisverhütung und 34mal der Wunsch nach Kindern.

Die 58 Ärzte in den 60 städtischen Mutterberatungsstellen berieten 70.614mal die Eltern, 4.742mal untersuchten sie Säuglinge zum erstenmal, insgesamt Säuglinge 51.247mal und Kleinkinder 18.054mal. Sie verabreichten 3.828 Schutzimpfungen gegen Diphtherie und Tetanus, 7.324 Impfungen auch gegen Keuchhusten und zahlreiche Impfungen gegen Kinderlähmung, Masern und Mumps. Zur Verhütung der Zahnkaries gaben sie Fluoridtabletten aus, und zur Rachitisprophylaxe verabreichten sie 4.369 Vitamin-D-Stöße. In 1.937 Fällen überwiesen sie das Kind zum Facharzt, 120 Säuglinge mußten sie wegen des akuten Krankheitsbildes direkt in ein Spital einweisen.

Eine 1982 am Währinger Gürtel eröffnete Mutterberatungsstelle für Polenflüchtlinge wurde im Juli 1983 wieder geschlossen, da sie kaum mehr frequentiert wurde.

Seit 1981 wird in 18, Währinger Gürtel 141, eine „Sondermutterberatungsstelle" geführt, in der je ein Orthopäde, Augenarzt, Gynäkologe, Endokrinologe und Psychologe einmal wöchentlich für Zuweisungen wegen entwicklungsdiagnostischer Fragen aus den Mutterberatungsstellen zur Verfügung stehen. 1983 wurden 540 Kinder vorgestellt, ein großer Teil war therapiebedürftig. Insgesamt wurden 144 augenärztliche Untersuchungen vorgenommen (dabei wurden 60 pathologische Befunde erhoben), 261 orthopädische Untersuchungen (davon 198 pathologisch), 26 gynäkologische (davon 18 pathologisch) und 51 endokrinologische Untersuchungen (davon 45 pathologisch). 202mal beriet ein Psychologe die Eltern.

Gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik führt das Gesundheitsamt eine Ambulanz für Pädiatrische Kardiologie, in der bei 2.367 von 4.195 untersuchten Kindern Herzfehler diagnostiziert wurden.

Nach einem sogenannten „Risikoprogramm" werden alle Neugeborenen Wiens, deren Geburt mit bestimmten Risken einherging (z. B. durch besonders hohes oder geringes Geburtsgewicht), zu einer neurologischen Untersuchung im vierten und siebenten Lebensmonat in die Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik in 10, Gellertgasse 42—48, oder in die bereits erwähnte „Sondermutterberatungsstelle" am Währinger Gürtel eingeladen. Zweck dieser Untersuchungen ist die zeitgerechte Erfassung und Betreuung von kindlichen Gehirnschäden und anderen neurologischen Störungen. 1983 untersuchten die Ärzte insgesamt 1.261 „Risikokinder", von denen 321 geringe Auffälligkeit und 17 deutlich abnorme Befunde zeigten. Von 338 von anderen Stellen zugewiesenen Kindern erwiesen sich 116 als gering und 56 als deutlich auffällig. Somit zeigten 27 Prozent der untersuchten Risikokinder und 51 Prozent der von anderen Stellen, wie z. B. von Mutterberatungen, Kinderfachärzten, zugewiesenen Kinder pathologische Befunde.

In den Kindertagesheimen der Stadt Wien, die der sanitären Aufsicht des Gesundheitsamtes unterstehen, wurden 50 Kommissionierungen vorgenommen.

In den Wiener Kindergärten und in der Zentrale des Gesundheitsamtes wurden bei Kindern ab dem dritten Lebensjahr Sehtests in Form von Reihenuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt wurden 1983 18.151 Kinder getestet, 15 Prozent davon bedurften einer augenärztlichen Behandlung bzw. Kontrolle. Ebenso wurden bei Kindern ab fünf Jahren Gehörtests mit speziellen Geräten durchgeführt. Bei 10 Prozent von 14.837 getesteten Kindern war das Hörvermögen beeinträchtigt. Seit Beginn dieser Tests im Jahre 1975 wurden bereits 122.300 Kinder auf ihr Sehvermögen getestet, etwa 18 Prozent zeigten Auffälligkeiten. Von 76.137 auf das Hörvermögen Getesteten waren rund 9 Prozent auffällig.

Das Gesundheitsamt gab 1983 ein neues Merkblatt zur Rachitisverhütung heraus. Weiters wurde an einer Mutter-Kind-Paß-Begleitbroschüre mitgearbeitet, die seit April 1983 jedem Mutter-Kind-Paß beigelegt wird. Durch Subvention des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz konnte ein Film über den Verlauf der Schwangerschaft gedreht werden, der sich bereits als Kassette mit Videorecorder in den Schwangerschaftsberatungsstellen bewährt hat.

Im Rahmen des schulärztlichen Dienstes wurden 1983 insgesamt 146.563 Untersuchungen und 33.709 Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus, Röteln, Kinderlähmung und Frühsommermeningoencephalitis (FSME) durchgeführt. Dabei nahmen die 77 städtischen Schulärzte in den Pflichtschulen, in den Polytech-

nischen Lehrgängen, in den Körperbehindertenschulen, in den Lehranstalten für Frauenberufe, in Ganztagsschulen, in städtischen Kinderheimen und in vier Berufsschulen 132.538 Untersuchungen vor; es erfolgten hierbei 8.257 Zuweisungen an Fachärzte bzw. Fachambulanzen.

Im Schuljahr 1982/83 wurden 14.209 Sehtests und 7.456 Hörtests durchgeführt. Die Fachärzte der augenärztlichen Untersuchungsstelle des schulärztlichen Dienstes untersuchten 1.927 Kinder, davon benötigten 21 Prozent eine Brille. In der ohrenärztlichen Untersuchungsstelle wurden 1.438 Kinder untersucht, wovon 6 Prozent schwerhörig waren. Weitere 2.393 fachärztliche Untersuchungen wurden vorgenommen, darunter 1.596 logopädische, 504 neurologische und 87 interne. In der Zentrale des Gesundheitsamtes wurden vom Referat für den schulärztlichen Dienst 18 Gutachten erstellt und 101 Schulen inspiziert.

In den letzten zehn Jahren konnte infolge des Rückganges der Schülerzahlen an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen die schulärztliche Tätigkeit um 23 Prozent intensiviert werden. Die Zahl der Reihenuntersuchungen sank nur um 4 Prozent, die der fachärztlichen Untersuchungen stieg um 27 Prozent. 1973 betreute ein Schularzt noch über 2.100 Kinder, 1983 nur noch rund 1.300 Kinder.

Die Jugendzahnkliniken des Gesundheitsamtes, die der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter dienen, haben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin wie auch der kurativen Medizin Aufgaben zu erfüllen. Grundsätzlich sollen von den Ärzten der Jugendzahnkliniken alle Kinder, die eine städtische Volks-, Haupt- oder Sonderschule besuchen, mindestens zweimal in jedem Schuljahr in der Schule untersucht werden. Wegen Personalknappheit war die zweite Untersuchung in diesem Jahr nur bei einem Teil der Kinder möglich. Wurde bei einer der Untersuchungen festgestellt, daß das Kind zahnärztlicher Behandlung bedurfte, so wurden die Eltern schriftlich davon verständigt. Überdies haben alle in Wien wohnhaften Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr das Recht auf kostenlose Behandlung in Jugendzahnkliniken, nur für kieferorthopädische Behandlungen wird ein Kostenbeitrag eingehoben.

Im Rahmen der prophylaktischen Tätigkeit konnten 82.628 Schulkinder einmal und 974 Kinder ein zweites Mal untersucht werden, bei denen in 32.617 Fällen (40 %) mindestens ein behandlungsbedürftiger Zahn festgestellt wurde. Die Behandlungsbedürftigkeit der untersuchten Kinder stieg gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent. Die Fluoridtablettenaktion zur Verhütung der Zahnkaries wurde in den Volksschulen unverändert fortgesetzt. In den Hauptschulen werden seit 1983 keine Tabletten mehr ausgegeben, sondern es wird den Kindern empfohlen, die Tabletten zu Hause zu nehmen und sich diese vom Kassenarzt verschreiben zu lassen. Der Grund für diese Neuregelung, die bundeseinheitlich getroffen wurde, ist, daß die Kinder in der Altersgruppe von 10 bis 14 Jahren nicht bereit sind, Maßnahmen wie die Fluoridtablettenaktion konsequent durchzuführen, und es ist den Lehrern, da sie jede Stunde in einer anderen Klasse sind, auch nicht möglich, diesen Tendenzen der Kinder entsprechend erfolgreich entgegenzuwirken.

Im Bereich der kurativen Tätigkeiten in den Jugendzahnkliniken betrug die Zahl der Behandlungssitzungen 15.232. Insgesamt wurden 8.900 Füllungen gelegt, darunter waren 2.288 Zweiflächenfüllungen und 560 Dreiflächenfüllungen. Die Zahl der Operationen (Wurzelspitzenresektionen, chirurgische Zahnentfernungen usw.) betrug 68, 761 Zähne wurden wurzelbehandelt. 575 bleibende Zähne und 1.941 Milchzähne mußten extrahiert werden. In 2.187 Fällen wurden Zahnreinigungen und 726mal Röntgenaufnahmen vorgenommen. In der Kieferorthopädischen Station nahmen die Ärzte 73 Extraktionen, 784 Narkosen und 782 Röntgenaufnahmen vor. Für das Sozialamt wurden auf Grund des Opferfürsorgegesetzes 307 Anträge für prothetische Leistungen und für das Jugendamt 60 Anträge für kieferorthopädische Behandlungen bearbeitet.

Das Referat Körperbehindertenbetreuung des Gesundheitsamtes dient der fachlichen Betreuung und medizinischen Rehabilitation Körperbehinderter. 1983 sprachen insgesamt 28.074 Personen vor, davon 10.271 bei Fachärzten. Orthopädische Untersuchungen wurden im Referat 954, bei bettlägerigen Patienten 352, in den öffentlichen Volksschulen 8.310 und in Schulen für körperbehinderte Kinder 640 vorgenommen. Die Zahl der physikalischen Untersuchungen in den Schulen für körperbehinderte Kinder betrug 174, physikalisch-medizinische Assistentinnen führten 6.668 Behandlungen durch. Die Fürsorgerinnen wurden von 19.532 Ratsuchenden aufgesucht, machten 2.078 Hausbesuche und 1.538 Dienstwege. Weiters veranlaßte das Referat 2.857 verschiedenartige Heil- und Hilfsmaßnahmen, darunter 2.621 orthopädische Heilbehelfe. 1.247 Anträge nach dem Wiener Behindertengesetz wurden bearbeitet. 1983 nahm die bereits im Vorjahr angestiegene Zahl an Begutachtungsfällen zur Erlangung eines Ausweises nach § 29 B der Straßenverkehrsordnung, der Behinderten nicht nur Halte- und Parkerleichterungen, sondern auch diverse finanzielle Begünstigungen verschafft, weiter zu.

Die Aufrechterhaltung des Haltungsturnens in den Volksschulen und allgemeinenen Sonderschulen macht die ständige Abhaltung von Ausbildungslehrgängen für Haltungsturnlehrer erforderlich. 1983 waren an 166 Wiener Pflichtschulen Sonderturnkurse für haltungsgefährdete Kinder eingerichtet. Das Gesundheitsamt hat ferner einen Film über das Haltungsturnen gedreht. Dieser Film, der in manchen Abschnitten die orthopädisch-physikalischen Ursachen von Haltungsschwächen und Haltungsschäden demonstriert und praktische Anleitungen für den Ablauf verschiedener Haltungsturnstunden vermittelt, wurde bereits bei den Ausbil-

dungslehrgängen der Haltungsturnlehrer im Herbst 1983 eingesetzt. Dieser Lehrfilm soll nicht nur für die Ausbildung der Haltungsturnlehrer, sondern auch zur Information interessierter Elternvereine eingesetzt werden.

Bei zahlreichen Besprechungen findet die 1983 novellierte Ö-Norm B 1600, die das behindertengerechte Bauen zum Inhalt hat, zunehmend an Bedeutung. Seit 1979 werden die entsprechenden Baupläne der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung dem Gesundheitsamt zur Begutachtung vorgelegt.

An der Untersuchungs- und Beratungsstelle für Tropenreisende fanden 138 Untersuchungen für Auslandsreisende statt; das waren um 27 weniger als im Vorjahr. Einem Untersuchten konnte keine Tropentauglichkeit bestätigt werden. Von den Tropenreisenden haben sich 27 nach ihrer Rückkehr nochmals zur Untersuchung gemeldet. Von ihnen hatte keiner gesundheitliche Schäden in den Tropen erlitten.

Im Rahmen der vorsorgemedizinischen Maßnahmen wurde während der „Seniorenwoche" im September 1983 und am „Tag der offenen Tür" vom Gesundheitsamt wieder eine „Gesundheitsstraße" eingerichtet. Neben Blutdruckmessungen waren während der „Seniorenwoche" auch die Messungen, Wägung, Seh- und Hörtests sowie Lungenfunktionsuntersuchungen (Kleine Spirometrie) unentgeltlich für die Bevölkerung möglich. In dieser Woche nahm die Bevölkerung an 24.765 Untersuchungen bzw. Beratungen des Gesundheitsamtes teil. 3.874 Personen ließen sich wegen Gesundheitsproblemen beraten, 5.517 messen und wägen, 10.191 ihren Blutdruck messen, 3.434 unterzogen sich einem Sehtest, 2.074 einem Hörtest und 6.173 Personen ließen ihre Lungenfunktion prüfen.

Im Rahmen der administrativen Aufgaben bearbeitete die Kanzlei des Personalreferates 1983 etwa 10.000 Einzelangelegenheiten, der Parteienverkehr belief sich auf 2.490. Im Wirtschaftsreferat wurden 2.500 Rechnungen abgefertigt und 1.200 Bestellungen durchgeführt.

Amtsärzte des Gesundheitsamtes hielten 14 Erste-Hilfe-Kurse für insgesamt 209 Kanzleilehrlinge und 6 Kurse für B-, C- und D-Beamte.

Ebenso wie in den letzten Jahren wurde auch im Jahre 1983 ein umfassender „Gesundheitsbericht für Wien" herausgegeben, der Leistungsberichte des Gesundheitsamtes, demographische Übersichten, Angaben zum gesamten Gesundheitswesen in Wien und medizinalstatistische Darstellungen über den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung enthält. Ferner mußten 14 ausführliche Berichte über das Gesundheitswesen verfaßt bzw. korrigiert werden.

Anstaltenamt

Dem Anstaltenamt obliegt die Verwaltung der 17 städtischen Krankenanstalten, der zwei psychiatrischen Krankenhäuser, der sechs Pflegeheime, des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, des Anstaltenhauptlagers und der Zentralwäscherei.

Im Jahre 1983 wurden in den Wiener städtischen Krankenanstalten 255.004 Patienten aufgenommen und insgesamt 3,061.856 Pflegetage geleistet, in den psychiatrischen Krankenhäusern 6.153 Patienten aufgenommen und 812.970 Pflegetage erbracht. Die Pflegeheime verzeichneten 2,166.380 Pflegetage und 3.556 Aufnahmen.

Der Budgetrahmen betrug im Jahre 1983 auf der Einnahmenseite 5.351,000.000 S und auf der Ausgabenseite 11.890,000.000 S, wovon auf den Personalaufwand 5.402,000.000 S, auf die Pensionslasten 1.206,000.000 S, auf den Sachaufwand 3.515,000.000 S, auf Inventaranschaffungen 167,000.000 S und auf bauliche Investitionen 1.359,000.000 S enfielen, wobei die Neubaurate des Allgemeinen Krankenhauses 1.000,000.000 S betrug. Für Energiekosten, wie Strom, Gas und Wärme, waren rund 241,000.000 S vorgesehen.

In organisatorischer Hinsicht stand das Jahr 1983 im Zeichen des „Zielplanes für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien 1983", der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 21. Oktober 1983, Pr.Z. 3067, genehmigt wurde. Als im Jahre 1975 erstmals in Wien ein Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe präsentiert wurde, wurde damit festgelegt, wie in Zukunft generell vorgegangen und welche Ziele erreicht werden sollen. Für den nun vorliegenden Zielplan standen bereits weitaus bessere Daten und Unterlagen aus dem Bereich der Wiener städtischen Spitäler zur Verfügung, als dies im Jahre 1975 der Fall war, es konnte auch der rasante Fortschritt auf den Gebieten der Medizin und der Medizintechnik berücksichtigt werden.

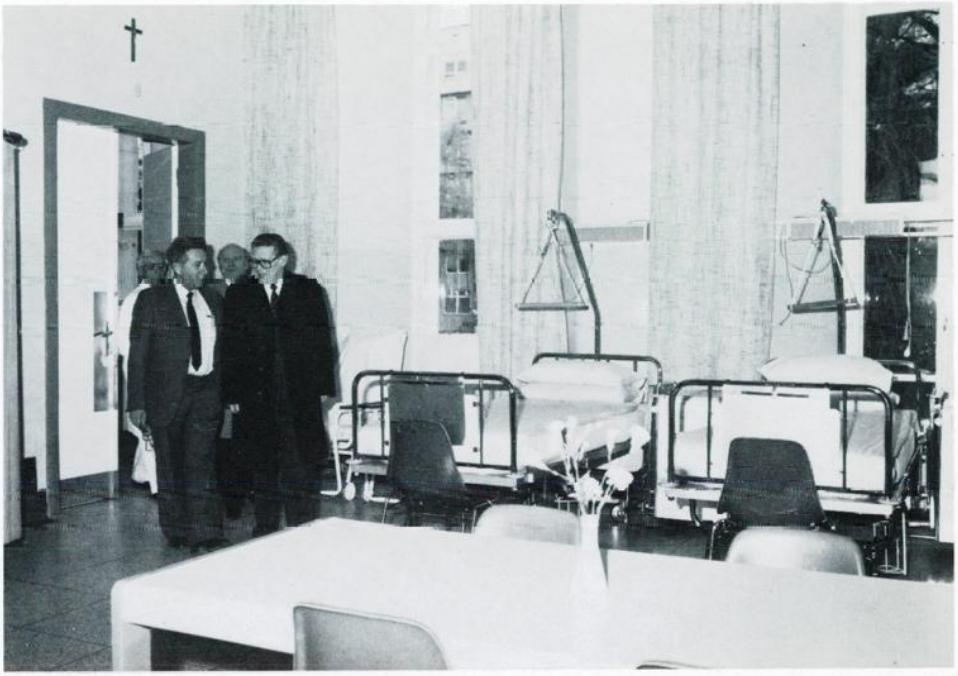
Die demographischen Gegebenheiten haben sich seit der Erstellung des ersten Zielplanes gleichfalls geändert. So ist die Lebenserwartung gestiegen, womit die Zahl alter Menschen höher ist, als 1975 prognostiziert wurde; weiters war die Zahl der Abwanderer aus Wien kleiner bzw. die Zahl der Zuwanderer nach Wien größer, so daß die Bevölkerungszahl nunmehr höher ist, als angenommen wurde. Abgesehen davon, versorgt die Stadt Wien in ihren Spitälern auch noch eine wesentlich größere Anzahl von Patienten, die nicht aus Wien stammen, als im Zielplan 1975 den Berechnungen zugrunde gelegt wurde. Weiters ist es zwar gelungen, die durchschnittliche Verweildauer planmäßig zu senken, es stieg aber die Häufigkeit der Krankenhausaufenthalte wie auch in anderen Ländern und Städten überraschenderweise unverhältnismäßig stark an, da sich sowohl national als auch international die Einstellung der Bevölkerung sehr stark in die Richtung entwickelt hat, bei bestimmten Krankheiten öfter das Krankenhaus aufzusuchen.

Ziel des vorliegenden Planes ist es, für den Bereich der Wiener städtischen Krankenanstalten den Bedarf an Krankenhausleistungen zu errechnen sowie die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu erhalten und diese weiter zu verbessern. Die auf Grund des Zielplanes 1975 geschaffenen Gruppendirektionen wurden mit Wirksamkeit vom 30. November 1983 aufgelöst, da die Aufgaben, die sie im Dezentralisierungsprozeß hatten, erfüllt sind, so daß den einzelnen Anstalten eine Reihe weiterer Kompetenzen übertragen und das bisher in den Gruppendirektionen tätige, gut ausgebildete Personal in anderen Bereichen des Anstaltenamtes eingesetzt werden konnte. Im Zusammenhang mit der vordringlichen Aufgabe einer betriebswirtschaftlich orientierten Führung, einer stets aktuellen Planung sowie einer entsprechenden Datenerhebung und -aufbereitung wurde im Bereich der Zentrale des Anstaltenamtes neben den bereits bestehenden vier Dezernaten ein fünftes für „Betriebliches Rechnungswesen und Statistik" geschaffen. Ferner wurde eine Innenrevision eingerichtet, die ihre Tätigkeit in allen Einrichtungen des Anstaltenamtes auszuführen hat. In personeller Hinsicht ist noch anzuführen, daß der langjährige Leiter des Anstaltenamtes, Herr Obersenatsrat Dr. Hans *Siebensohn,* mit Wirkung vom 7. Oktober 1983 zum Gruppenleiter für Gesundheitswesen und Sozialversicherungsrecht bestellt wurde; der nunmehrige Abteilungsleiter ist Herr Senatsrat Dr. Wolfgang *Zwins,* dessen Amtseinführung am 26. Jänner 1984 stattfindet.

Dem Referat für Budgetangelegenheiten obliegen die Butgeterstellung und die Kontrolle des Budgetvollzuges für alle zum Betrieb des Anstaltenamtes gehörenden Dienststellen; das sind neben den 25 Kranken- und Wohlfahrtsanstalten noch das Anstaltenamt, der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, das Anstaltenhauptlager und die Zentralwäscherei.

Gegenüber dem Jahre 1982 sind die veranschlagten Gesamtausgaben von rund 11.015,000.000 S auf 11.890,000.000 S gestiegen (+ 7,94%). In Detail ergibt ein Vergleich der Voranschläge 1982—1983 folgendes Bild: Die Personalkosten stiegen von etwa 4.958,000.000 S auf 5.402,000.000 S (+ 9%), die Pensionen von 1.059,000.000 S auf 1.206,000.000 S (+ 13,9%), die Kosten für den Sachaufwand von 1.859,000.000 S auf 1.984,000.000 S (+ 6,7%), die Inventaranschaffungen gingen von 182,000.000 S auf 167,000.000 S zurück (— 8,2%), die baulichen Investitionen (einschließlich der Neubaurate für das Allgemeine Krankenhaus) stiegen von 1.324,000.000 S auf 1.359,000.000 S (+ 2,6%), die veranschlagten Energiekosten stiegen von 208,000.000 S auf 241,000.000 S (+ 15,9%) und die Kosten für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge von 1.425,000.000 S auf etwa 1.531,000.000 S (+ 7,4%). Innerhalb dieses Budgetrahmens wurden im Jahre 1983 von den Dienststellen des Anstaltenamtes rund 200.000 Einzelvergaben vorgenommen, wovon 32 im Wege eines internen Ausschusses behandelt und sechs der kompetenzmäßigen Genehmigung durch die politischen Gremien unterzogen wurden. In elf Fällen wurden Jahresabschlüsse getätigt (z. B. Herzschrittmacher, Röntgenfilme, Infusionsgeräte, Urinauffangbeutel usw.). Einer Behandlung in einem internen Ausschuß wurden alle Vergaben zugeführt, die 1,000.000 S überstiegen. Als Magistratskompetenz galt im Jahre 1983 für den Betrieb des Anstaltenamtes eine Wertgrenze von 2,910.000 S. Alle Vergaben, die diesen Betrag überstiegen, waren an die Zustimmung des zuständigen Gemeinderatsausschusses gebunden, Ausgaben über 19,400.000 S an die Zustimmung des Gemeinderates.

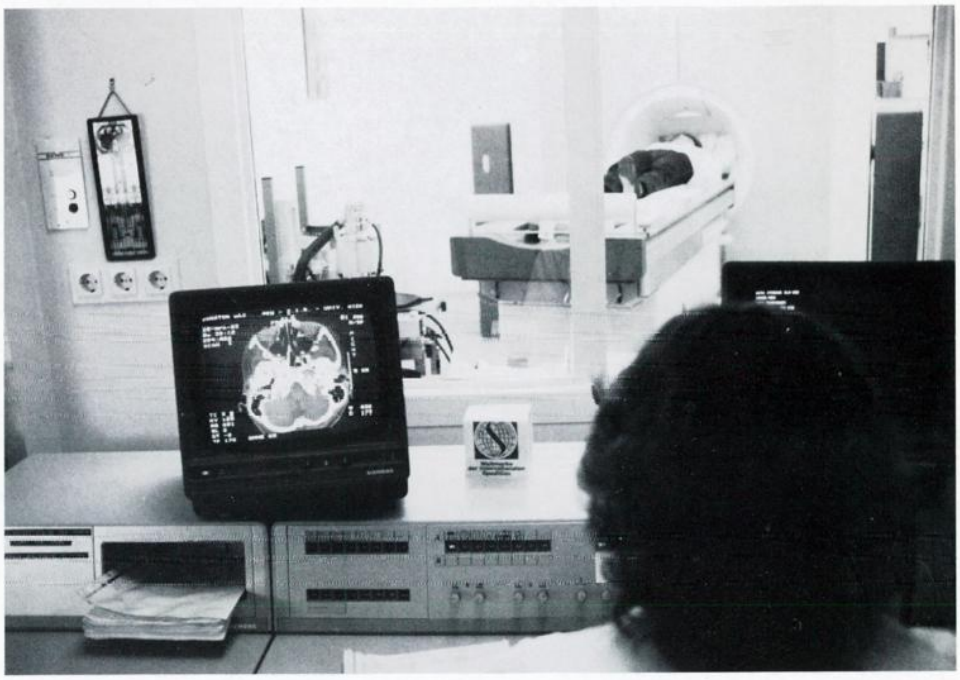
Die durch die Kostenrechnungsverordnung 1977 allen Krankenanstalten, die einen Zuschuß erhalten, verbindlich vorgeschriebene Kostenstellenrechnung wurde auch 1983 durchgeführt. Die Ergebnisse der Kostenstellenrechnung 1982 wurden termingerecht fertiggestellt und gemeinsam mit der erstmals teilweise über EDV durchgeführten Krankenanstaltenstatistik dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Vorlage gebracht. Per 1. Jänner 1983 wurde auch das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs/Donau an das MINI-System angeschlossen, so daß nunmehr im Bereich des Anstaltenamtes alle Applikationen, das sind Kostenrechnung, Kreditevidenz, Wiener Krankenanstalten-Informationssystem (WIKIS) und Nebengebührenabrechnung, auf einem einheitlichen EDV-System abgewickelt werden können. Der im Jahre 1982 probeweise begonnene, händische Soll-Ist-Vergleich wurde auf EDV umgestellt, auf den Bereich medizinischer Verbrauch ausgedehnt und in den Krankenanstalten eingeführt. Damit ist es möglich, pro Kostenstelle die tatsächlichen Kosten den geplanten (= butgetierten) gegenüberzustellen und an den erbrachten Pflegetagen als Leistungsparameter zu messen. Mit diesem Projekt wurde erstmals eine aus Daten mehrerer Dateien, wie Kreditevidenz — WIKIS — Kostenrechnung, bestehende Auswertung geschaffen und ein wichtiger Schritt in Richtung einer Integration der bestehenden EDV-Anwendungen gesetzt. Zur Hebung des Kostenbewußtseins wurden etliche Vorträge über die Ergebnisse der Kostenrechnung von Ärzten und anderen „Kostenverantwortlichen" gehalten. Neben diesen Informationsveranstaltungen wurde das mit der Kostenrechnung und Statistik befaßte Personal hinsichtlich aller Neuerungen eingeschult, gleichzeitig wurde für neu hinzugekommenes Personal der Kostenrechnung eine neue Ausbildungsreihe gestartet. Da von Jahr zu Jahr das Datenmaterial in besserer Qualität vorliegt (sowohl aus der Kostenrechnung als auch aus der Statistik), sind 1983 die Anwendungsmöglichkeiten der Daten erheblich größer geworden. Neben der Bereitstellung von gezielten Informationen für Entscheidungsträger wurde auch, z. B. auf dem Gebiet der Ambulanztarife, die Neukalkulation von Leistungen aus mehreren Fachbereichen abgeschlossen. Für den Gesamtbereich des Anstaltenamtes wurde ein „Statistik-Buch" erstellt, das die wichtigsten der nunmehr zur Verfügung stehenden Daten in gestraffter und



Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher eröffnet die neue Neurologische Abteilung im Wilhelminenspital

Gesundheitswesen

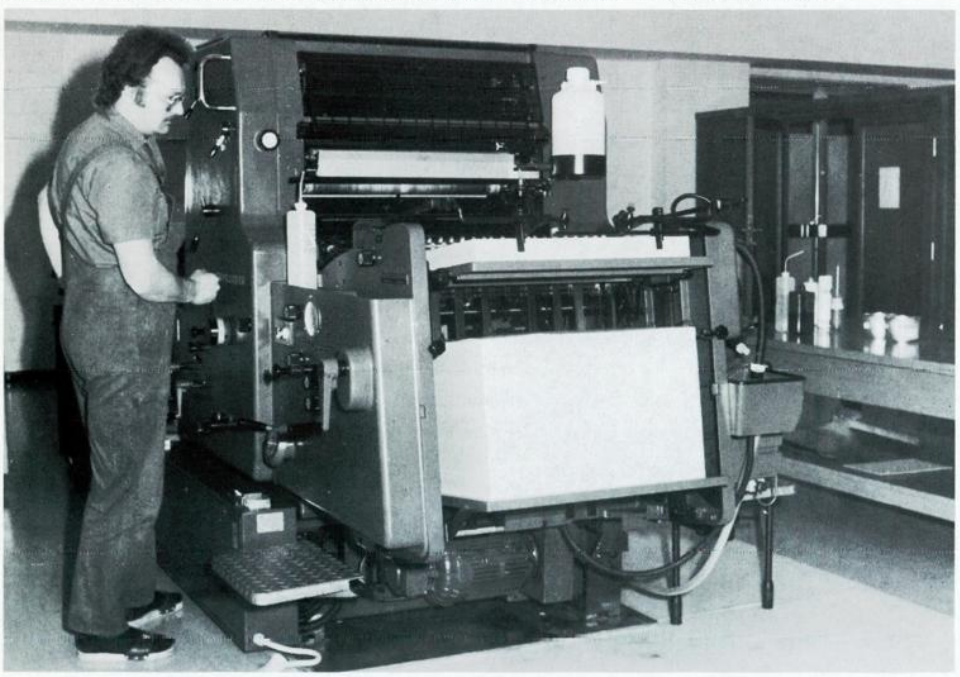
Im Zentralinstitut für Radiodiagnostik der Universität Wien im Allgemeinen Krankenhaus wurde die neue Computertomographanlage in Betrieb genommen



Amtsführender Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (Stadtentwicklung und Stadterneuerung) bei der Eröffnung der Ausstellung „Stadtteilplanung Floridsdorf Zentrum"

Stadtplanung

Die neue Offset-Druckmaschine der Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation



übersichtlicher Form zusammenfassend darstellt. Nicht zuletzt fanden diese Daten auch Eingang in den im Oktober 1983 beschlossenen Zielplan der Wiener Krankenanstalten. Die Arbeiten an den Durchführungsbestimmungen zur Sondervorschrift der Inventarführung wurden fortgesetzt und stehen vor dem Abschluß. Die erlaßmäßige Einführung der Vorschriften ist für 1984 vorgesehen. Der Atbeitskreis für das Materialleistungsverzeichnis (MLV) der Gebrauchsgüter hat seine grundsätzliche Arbeit beendet. Eine Bereinigung des MLV für Verbrauchsgüter wurde einem entsprechenden Arbeitskreis übertragen.

Einige EDV-Konzepte wurden insbesondere neu erarbeitet bzw. weiterentwickelt, mit der Applikation „Bestellwesen" soll den Anstalten eine EDV-mäßige Unterstützung der Lagerbewirtschaftung und des Einkaufes durch die Materialverwaltungen und Apotheken geboten werden. Ferner sind die Krankenanstalten ab dem Jahre 1983 in der Lage, nach dem jeweiligen Buchungsschluß je Ressort Monatsabschlüsse unabhängig von der MD-Automatische Datenverarbeitung (Zentrale) durchzuführen, womit ein weiterer Beitrag zur Dezentralisierung innerhalb der Wiener städtischen Krankenanstalten geleistet wurde. Von der MD-Automatische Datenverarbeitung wurde dem Anstaltenamt weiters die benutzerfreundliche Programmiersprache Natural Select einschließlich Hardware zur Verfügung gestellt. So konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, in gewissem Umfang Programme für Sonderauswertungen zu entwickeln. Die entsprechenden Personalschulungen wurden durchgeführt. Weiters wurde die Übernahme aller statistischen Daten aus dem WIKIS in die Krankenanstaltenstatistik-Datei automatisiert, womit eine bisher vorhandene Fehlerquelle ausgeschaltet und zugleich bessere Auswertungsmöglichkeiten geschaffen werden konnten. Im Bereich der betrieblichen Vorfeldorganisation wurde schließlich begonnen, für alle Laborbereiche eine Ist-Zustandserhebung hinsichtlich Untersuchungsspektren, Umfang getätigter Leistungen und Geräteausstattung durchzuführen. Es sollen damit die Ausgangsbasis für eine Vereinheitlichung der Organisation und eine Voraussetzung für kostendämpfende Maßnahmen in allen städtischen Labors geschaffen werden.

Die Stadt Wien hat beim Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds 282 Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen für das Jahr 1983 eingebracht. Die Anträge bezogen sich auf ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 415 Millionen Schilling, wofür die Förderung rund 135 Millionen Schilling betrug. Des weiteren erhielt die Stadt Wien für das Betriebsjahr 1983 für 18 städtische Krankenanstalten Betriebs- und sonstige Zuschüsse in der Höhe von rund 955,6 Millionen Schilling. Es sind dies die Akontozahlungen Jänner bis Dezember 1983 zuzüglich der Zwischenabrechnung aus dem Jahre 1982. Vom Anstaltenamt wurden die Anträge von neun privaten Krankenanstalten auf Gewährung von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen sowie 81 Einzelanträge dieser Anstalten auf Gewährung von Investitionszuschüssen einer Überprüfung unterzogen.

Der Krankenanstalten-Versorgungsbereich I/Nord umfaßt die Allgemeine Poliklinik, das Krankenhaus Floridsdorf sowie das Sophien-Spital. Trotz der angespannten Budgetsituation konnten auch im Jahre 1983 sowohl eine Erweiterung des Leistungsangebotes durch räumlichen Ausbau als auch Veränderungen durch neue diagnostische, therapeutische und prophylaktische Möglichkeiten erzielt werden. In der Allgemeinen Poliklinik wurden die Bemühungen, den Aufenthalt für Patienten angenehmer zu gestalten, fortgesetzt. Es wurden unter anderem die Besucher- und Patientenaufenthaltsräume saniert, zweckdienliche und patientenfreundliche Möbel und Geräte angeschafft sowie ein Sanierungskonzept für die Lärmbekämpfung im Bereich der 2. Medizinischen Abteilung erarbeitet. Auf dem medizinischen Sektor sind die Erneuerung des urologischen Röntgenaufnahmeplatzes und des Ultraschallgerätes durch eine rechnergesteuerte Anlage für abdominelle Untersuchungen sowie ultraschallgezielte Punktionen, Drainagen und abdominelle Dopplersonographien zu nennen. In der Schrittmacherambulanz wurde eine Computerdatei angelegt, um eine optimale Betreuung der Patienten zu gewährleisten und Schrittmacherfehler rechtzeitig erkennen zu können. In der Gefäßambulanz wurde durch die Anschaffung eines Laufbandergometers eine Verbesserung der fuktionellen Diagnostik ermöglicht. Das bauliche Geschehen war durch den Beginn der Generalsanierung der Küche unter Bedachtnahme auf die vorliegenden Hygienerichtlinien, durch die Erneuerung des Blitzschutzes und der Be- und Entlüftungsanlage sowie durch die Sanierung von Dach und Fenstern geprägt.

Im Krankenhaus Floridsdorf konnte das Leistungsangebot der chirurgischen Abteilung durch Verbesserung der apparativen Ausstattung und der personellen Situation, insbesondere auf dem intensiv-medizinischen Gebiet (Chirurgische Überwachungsstation), zufriedenstellend angehoben werden. Die wichtigsten Investitionen auf dem medizinischen Sektor waren die Anschaffung eines Duodendoskopes zur Erweiterung des endoskopischen Angebotes, eines tragbaren Ultraschallgerätes zur Akutdiagnostik, eines Beatmungsgerätes und einer Röntgenanlage für den Durchleuchtungsplatz. Unter dem Titel „patientenbezogene Maßnahmen" konnten wieder Malerarbeiten durchgeführt sowie Möbel und Karniesen mit Vorhängen für verschiedene Stationen angeschafft werden. Auf dem baulichen Sektor kann die Inangriffnahme der Erneuerung der Telephon-, Rundfunk-, Ruf- und Uhrenanlage, die Erneuerung des Schwesternrufes und die Renovierung der Herzüberwachungsstation besonders genannt werden.

Im Sophien-Spital wurden die Fassaden des Verwaltungsgebäudes und des Kenyonpavillons erneuert und diverse Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Die wesentlichste Investition auf dem medi-

zinischen Einrichtungssektor war der Kauf eines Lösungssterilisators für die Anstaltsapotheke, auf dem nichtmedizinischen Sektor die Einrichtung einer Mikroverfilmung.

Für den gesamten Krankenanstalten-Versorgungsbereich I/Nord wurden dür die medizinisch-technische Einrichtung rund 5,5 Millionen Schilling aufgewendet, für bauliche Investitionen 10,5 Millionen Schilling sowie für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge 72,7 Millionen Schilling.

Im Allgemeinen Krankenhaus wurden die Adaptierungen der Universitätsklinik für Arbeitsmedizin mit einer Baurate von 2,2 Millionen Schilling und die Einrichtung einer Station für Knochenmarktransplantationen an der I. Medizinischen Universitätsklinik (Baurate rund 0,9 Millionen Schilling) abgeschlossen. An der II. Chirurgischen Universitätsklinik wurde eine proktologische Ambulanz eröffnet, an der I. Universitäts-Augenklinik eine Spezialambulanz für Augenschäden von Frühgeborenen und an der I. Universitäts-Frauenklinik eine Ambulanz für psychomedizinische Patientenbetreuung versuchsweise eingerichtet. Im Zentralen Institut für Radiodiagnostik konnte mit einem neuen Ganzkörpercomputertomographen Österreichs modernste CT-Anlage in Betrieb genommen werden. Dieses Gerät wurde aus Mitteln der Stadt Wien, Klinikgeldern, Mitteln des Fonds „Kampf dem Krebs", des Wissenschaftsministeriums und der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft finanziert; die Kosten beliefen sich auf rund 13,5 Millionen Schilling. Weitere wesentliche Investitionen auf dem Bausektor waren die Weiterführung des Neubaues AKH mit einer Baurate von 1 Milliarde Schilling, verschiedene sicherheitstechnische Maßnahmen, wie Aufzugserneuerungen, die Erfüllung von feuerpolizeilichen Auflagen und Behördenauflagen für die Tiefparkgarage sowie des Tunnelschlags für den Pkw- und Rettungstunnel vom äußeren Gürtel zum Allgemeinen Krankenhaus. Für patientenbezogene Maßnahmen (Maler- und Anstreicherarbeiten, Fenster-, Türen- und Fußbodeninstandsetzungen, Errichtung von Zwischenwänden usw.) standen Kreditmittel in der Höhe von rund 3,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Die wichtigsten Investitionen auf dem Einrichtungsektor waren die Anschaffung eines Röntgenaufnahmeschichtarbeitsplatzes um rund 1,7 Millionen Schilling und eines Großanalysengerätes um 3,7 Millionen Schilling für die II. Medizinische Universitäts-Klinik, eines Angiographiearbeitsplatzes mit Patientenlagerungstisch um 5 Millionen Schilling und einer Röntgeneinrichtung um 2,2 Millionen Schilling für das Zentrale Institut für Radiodiagnostik. Für die Anschaffung medizinisch-technischer Apparate und Geräte standen im Jahre 1983 rund 10,5 Millionen Schilling zur Verfügung, für patientenbezogene Einrichtungsmaßnahmen (Krankenbetten, Matratzen) 0,5 Millionen Schilling.

Der Krankenanstalten-Versorgungsbereich II/Ost umfaßt die Krankenanstalt Rudolfstiftung, das Mautner-Markhof'sche Kinderspital sowie das Sozialmedizinische Zentrum Ost.

In der Krankenanstalt Rudolfstiftung konnte mit einer Gesamtinvestition von 1,7 Millionen Schilling die Dialysestation auf den derzeitig modernsten Gerätestand gebracht werden. Die Dialyseabteilung ist weiterhin die Station mit den meisten Haemofiltations- bzw. Haemodiafiltrations-Behandlungen pro Jahr in Österreich und sicherlich auch in Europa. Durch Einführung einer zentralen Wasseraufbereitungsanlage bzw. der generellen Umstellung auf Bikarbonatdialyse ist eine insgesamt bessere Dialysebehandlung möglich geworden. Für das Zentralröntgeninstitut wurden ein modernes Ultraschallgerät sowie eine Tageslichtentwicklungseinrichtung gekauft. Im Jahre 1983 konnte die Geräteausstattung des Zentrallaboratoriums in beträchtlichem Maße vergrößert und erneuert werden. Als wichtigste Neuanschaffung ist der Ankauf und die nahezu abgeschlossene Inbebriebnahme von zwei selektiven Analysenautomaten zu erwähnen. Weiters wurden für das Zentrallaboratorium ein automatischer Koagolumeter, ein Elektrolytanalyser und ein Glukoseanalyser angeschafft. Im Jahre 1983 wurde an der Augenabteilung die Staroperation mit nachfolgender Implantation einer Kunststofflinse eingeführt, was sich sehr bewährt hat. So konnten bereits bis heute 83 solche Operationen durchgeführt werden. Außerdem konnte in Zusammenarbeit mit der II. Universitäts-Augenklinik und der Eurotransplant in Leiden (Holland) mit der Übertragung vorbestellter, immunologisch passender Hornhaut begonnen werden. Auf der Urologischen Abteilung wurde die bereits 1980 begonnene perkutane Ultraschallithotripsie von Nierensteinen stark ausgebaut. Es wurden 1983 über 200 Patienten mit dieser Methode operiert, wobei auch neue Prototypen flexibler Nephroskope entwickelt wurden. Die Methode hat sich insgesamt als außerordentlich erfolgreich erwiesen, was sich nicht zuletzt auch in einem weltweiten Interesse an diesem Verfahren widerspiegelt. 1983 waren etwa 100 Urologen aus allen Ländern Europas, den Vereinigten Staaten und dem Nahen Osten als Besucher an dieser Abteilung, um die Technik zu erlernen. Im Zuge der „patientenbezogenen Einrichtungsmaßnahmen" konnte die dritte Einrichtungsphase der Tagräume durchgeführt werden. Somit wurde nach drei Jahren die patientengerechte Einrichtung sämtlicher Tagräume abgeschlossen. Im Rahmen der „patientenbezogenen baulichen Maßnahmen" wurden Malerarbeiten in vier Krankenstationen des Hauptgebäudes durchgeführt sowie die Heizungs- und Elektroinstallationen der Krankenpflegeschule saniert. Auf der Station B der Dermatologischen Abteilung wurde eine Raumteilung samt Beleuchtungsverbesserung durchgeführt.

Im Mautner-Markhof'schen Kinderspital war die wichtigste Investition des Jahres 1983 der Austausch von Röntgeneinrichtungen sowie die Anschaffung eines Ultraschallgerätes. Mit den dabei investierten 2,8 Millionen Schilling wurde ein wichtiger Beitrag zur funktionellen Verbesserung der Diagnostikeinrichtungen des Krankenhauses geleistet. Weiters konnte durch den Ankauf einer Desinfektionskammer (Aseptor) das Problem

der hygienisch einwandfreien Desinfektion von Geräten (besonders Inkubatoren) gelöst werden. Im Rahmen der „patientenbezogenen Maßnahmen" wurden Renovierungsarbeiten auf der Chirurgischen Station A und der Boxenstation durchgeführt sowie diverse Wandverbauten ausgetauscht. Im 1. Stock der Boxenstation konnte mit geringen Mitteln ein zusätzlicher Mutter-Kind-Bereich mit vier Krankenzimmern geschaffen werden.

Das Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost war im Jahre 1983 erstmals ein ganzes Jahr voll in Betrieb (144.929 Pflegetage). Das Leistungsangebot wurde durch den Einsatz einer teilzeitbeschäftigten Ergotherapeutin, die sowohl im stationären Bereich als auch in der Physikalischen Therapie tätig ist, ausgeweitet. Am 26. Mai wurde ein von der Donauversicherung zur Verfügung gestellter Fitneßparcours eröffnet. Die neue Einrichtung ist eine wesentliche Ergänzung im Rahmen der Rehabilitation und Bewegungstherapie für die Bewohner des Pflegeheimes.

Der Krankenanstalten-Versorgungsbereich III/Süd umfaßt das Krankenhaus Lainz, das Franz-Joseph-Spital, das Neurologische Krankenhaus Rosenhügel sowie das Preyer'sche Kinderspital. Auch im Jahre 1983 war man bemüht, mit Hilfe neuer Einrichtungen das medizinische Leistungsangebot weiter zu verbessern. Das Krankenhaus Lainz konnte sein 70jähriges Bestehen feiern; aus diesem Anlaß wurde ein „Tag der offenen Tür" veranstaltet. Im Rahmen des Festaktes wies man darauf hin, daß mit der Eröffnung dieses Krankenhauses im Jahre 1913 grundlegend neue Wege für die medizinische Versorgung der Bevölkerung beschritten wurden. Seither wurde das Spital immer wieder erweitert und modernisiert. Heute stehen rund 1.500 Betten, mehr als 300 Ärzte und fast 800 Pflegepersonen zur Verfügung. Die wesentlichen Investitionen, die im Jahre 1983 getätigt wurden, bestanden in der Anschaffung einer digitalen Substraktionseinheit zur Angiographieeinrichtung der 1. Chirurgischen Abteilung, in der Anschaffung eines Wasserphantoms für die Strahlentherapie, in der Erneuerung der Ambulanz und des Röntgenuntersuchungsbereiches der Lungenabteilung, in der Erneuerung bzw. Ergänzung der Einrichtung des Zentrallabors und im Austausch bzw. in der Anschaffung von Röntgentherapie- und Diagnostikgeräten. Durch den Austausch der Ergospirometrieanlage ist eine wesentlich bessere diagnostische Möglichkeit für die Lungenabteilung gegeben. Weitere wesentliche Investitionen im medizinischen Bereich waren ein Gamma-Counter (Nuklearinstitut), ein Brid Respirator (Institut für Anaesthesiologie), eine automatische Kühlzentrifuge (Nuklearinstitut) sowie eine Blenden-Gieß-Anlage für die Strahlenabteilung. Auch auf dem baulichen Sektor wurden wieder einige Vorhaben begonnen bzw. fortgesetzt und beendet. Besonders hervorzuheben sind der Umbau und die Adaptierung der urologischen Abteilung sowie der Augenabteilung und der Ambulanz der 1. Medizinischen Abteilung im Pavillon V. Saalunterteilungen wurden in der Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung im Pavillon II a durchgeführt. Größere Erhaltungsarbeiten waren auch in der Direktion (Sanitärgruppe), im A-Gebäude (radiologisch-technische Schule), im B-Gebäude (Dachdeckung), im Pavillon III (Strahlenabteilung) mit der Fenstererneuerung und im Pavillon VII (Adaptierung der Station im Quertrakt mit Saalunterteilung) notwendig. Für bauliche Investitionen stand im Jahre 1983 ein Kreditansatz von 38 Millionen Schilling zur Verfügung, ferner für Erhaltungsarbeiten ein weiterer Ansatz von 16,5 Millionen Schilling.

Im Franz-Joseph-Spital konnten 1983 mit einem Kostenaufwand von 13,8 Millionen Schilling eine neue Intensivstation sowie eine neue Ambulanz errichtet werden. Drei Überwachungsräume stehen für die Intensivbehandlung zur Verfügung. Mit Hilfe zentraler Überwachungsgeräte, die in einem eigenen Kontrollraum installiert sind, wird die Intensivstation ständig überwacht. Ein externer Schrittmacher, Respiratoren und ein Intensivdialysegerät sind ebenfalls vorhanden. In der neuen Intensivstation werden Patienten mit akuten Herzmuskelinfarkten, Herzrhythmusstörungen, Embolien und Stoffwechselentgleisungen behandelt. Wie die neue Intensivstation ist auch die neue Ambulanz mit den modernsten medizinisch-technischen Geräten ausgerüstet und besteht aus drei Teilbereichen, und zwar aus der Gastroenterologischen Ambulanz mit Endoskopie, der Nierenambulanz und der Stoffwechselambulanz. Im Bereich „Gastroenterologie" wurde in der Ambulanz das medizinische Angebot durch Einführung der Papillotomie erweitert. Im Bereich „Stoffwechsel" wurde die Untersuchung auf eine Kohlehydratintoleranz für alle Frauen, die in das Franz-Joseph-Spital zur Entbindung kommen, eingeführt. Ferner wurde eine 2. Dialyseschicht durchgeführt und eine Erweiterung der Entgiftungsmöglichkeit für einschlägige Dialysepatienten durch Einführung der Haemofiltration geschaffen. Auf der 2. Medizinischen Abteilung wurde im Teilgebiet der Rheumatologie die Behandlung der chronischen Polyarthritis mit Goldsalzen in Kombination mit der Plasmapherese weiterentwickelt. Im Teilgebiet der Osteologie wurde die Behandlung der Morbus Paget mit nicht parenteral zu applizierendem Calzitonin eingeführt. Weiters wurde dieses Hormon parenteral zur Behandlung der High-turn-over-Osteoporese erstmals eingesetzt. An neuen diagnostischen Möglichkeiten wurde durch Abbau der Immunfluoreszenz die Bestimmung der antinucleären Faktoren und der DNA-Antikörper eingeführt. An der Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung wurde eine Erweiterung des Rooming-in mit vorhergehendem Einführungsunterricht für die Väter vorgenommen. Weiters wurde die Schwangerenbetreuung intensiviert und verbessert, wodurch die perinatale Mortalität von 12 im Jahre 1982 auf 7 Promille gesenkt werden konnte. Außerdem wurde mit der Anschaffung von notwendigen Apparaten und Geräten für den Abteilungs- und Institutsbetrieb sowie mit Ersatznachschaffungen von medizinischen Apparaten und Geräten in der Höhe von 3,1 Millionen Schilling das medizinische Leistungsangebot erwei-

tert. Auch auf dem Einrichtungs- bzw. Bausektor wurden wesentliche Investitionen getätigt, wie z. B. die bauliche Generalsanierung der Infektionsabteilung, die Einrichtung und apparative Ausstattung des Technischen Servicezentrums, die Saalunterteilungen an der Hals-Nasen-Ohren- und Urologischen Abteilung, die Errichtung eines Ambulanzzubaues an der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung sowie der Umbau und die Erweiterung der hämotologisch-onkologischen Ambulanz der 3. Medizinischen Abteilung.

Auch im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel konnte das Leistungsangebot erweitert werden. So beliefen sich die Kosten für die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten auf 246.000 S, wobei besonders der Ankauf von Toilettenfahrstühlen, Verbandwagen, Krankenfahrstühlen und Antidecubitus-Matratzen zu erwähnen ist. Außerdem wurden für die Anschaffung einer Multiformatkamera zum vorhandenen Computertomographiegerät 350.000 S aufgewendet. Auf dem baulichen Sektor sind der Beginn der Arbeiten für die Aufstellung eines Notstromaggregates, die Adaptierungsarbeiten auf der Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder, die Überholung der Statoin A 3 — I. Neurologische Abteilung und Station B 1 — II. Neurologische Abteilung, die Fertigstellung der Fassadeninstandsetzung am Direktionsgebäude sowie die Reparatur des Daches einschließlich der Spenglerarbeiten zu nennen.

Im Preyer'schen Kinderspital konnte das Leistungsangebot ebenfalls qualitativ verbessert werden. Unter anderem sind die Modernisierung der Untersuchungsprogramme bei urologischen und endokrinologischen Patienten, die Einführung einer neuen Technik der zentralen Venenkatheterisierung, die Umstellung der Normalwerte von Labordaten auf SI-Einheiten, die Einführung der Ultraschall-Diagnostik für Hydrocephalus und Hirnblutung-Diagnostik sowie die Einführung der Beckenboden-Elektromyographie bei Wirbelsäulenmißbildungen zu nennen. Auf dem baulichen Sektor ist als wesentlichste Investition die Sanierung und Adaptierung der Früh- und Neugeborenenstation sowie der Beginn der Bauarbeiten auf der Intensiv-Pflegestation zu erwähnen.

Zum Krankenanstalten-Versorgungsbereich IV / West gehören das Wilhelminenspital, das Elisabeth-Spital, das Pulmologische Zentrum, das Orthopädische Krankenhaus Gersthof, die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik, das Neurologische Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel und die Kinderklinik Glanzing. Auch im Jahre 1983 wurde wieder eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die die Leistungsfähigkeit der Anstalten speziell auf dem medizinischen Sektor bedeutsam verbesserten. Alle Vorhaben wurden entsprechend den Möglichkeiten der Finanzierung durchwegs planmäßig und in Anpassung an den Krankenhausbetrieb abgewickelt. Im Wilhelminenspital konnte am 14. April 1983 im Pavillon 26 die Neurologische Abteilung ihren Betrieb aufnehmen. Es stehen 34 Betten und eine Spezialambulanz zur Verfügung, wodurch gezielte Therapien möglich sind. Im Rahmen der patientenbezogenen baulichen Maßnahmen wurde die Renovierung der Station B-Süd der 1. Medizinischen Abteilung sowie der Station F-West der urologischen Abteilung durchgeführt. Die Kosten dafür beliefen sich auf 675.000 S. An der 3. Medizinischen Abteilung konnte durch die apparative Neuausstattung der Intensivstation der medizinische Standard weiter verbessert werden. An dieser Abteilung wurden eine zentrale Überwachungseinheit um 979.730 S sowie Geräte zur Langzeitüberwachung im Wert von 1,234.550 S angeschafft. Für das Zentralröntgeninstitut wurden ein urologischer Untersuchungstisch, eine Cobaltstrahlenquelle sowie ein Automatikeinbausatz angeschafft. Ferner wurde der Pavillon 18 in eine Station zur Überwachung und Therapie von Risikoschwangerschaften mit einem Kostenaufwand von 3,761.000 S umgestaltet.

Im Elisabeth-Spital wurde Anfang Oktober 1983 die neugeschaffene chirurgische Intensivstation mit neun Krankenbetten in Betrieb genommen. Die Station ist funktionsgerecht konzipiert und modernst eingerichtet. Durch die ständig steigende Frequenz war es notwendig geworden, eine zentral gelegene Ultraschallambulanz einzurichten. Damit konnte eine räumliche und funktionelle Zusammenführung mit dem Zentralröntgeninstitut erreicht werden, wodurch ein Diagnosezentrum geschaffen wurde. Die Inbetriebnahme der chirurgischen Intensivstation ermöglicht nunmehr eine optimale Versorgung postoperativer Patienten unter Einsatz aller Mittel und Methoden, die den letzten medizinischen Erkenntnissen gerecht werden. Die Ende 1982 angeschaffte Gammakamera für das Nuklearmedizinische Institut hat 1983 das Programm und die Frequenz des Routinebetriebes wesentlich erweitert. Die guten Diagnoseergebnisse bewirken, daß der Kreis der Interessenten sich ständig erweitert. Auch auf dem Sektor der Endoskopie konnten Verbesserungen erreicht werden. Neue Geräte (Gastroskop, flexibles Rektoskop) ermöglichen eine größere Anzahl sowie bessere Untersuchungen. Den Wünschen der zahlreichen alten Patienten entsprechend, wurde versuchsweise eine sogenannte „Seniorendiät" eingeführt, die täglich abends warm verabreicht wird. Der Versuch hat große Zustimmung gefunden und soll in erweiterter Form fortgesetzt werden.

Im Pulmologischen Zentrum wurde am 7. Oktober 1983 die 60-Jahr-Feier des Bestehens der alten Lungenheilstätte der Stadt Wien — Baumgartner Höhe und des jetzigen Pulmologischen Zentrums begangen. Aus diesem Anlaß wurde eine Ausstellung veranstaltet, in der man die Ereignisse der vergangenen 60 Jahre sehen konnte. Durch eine Führung des ärztlichen Leiters erhielt man einen Überblick in medizinischer Hinsicht. Das Pulmologische Zentrum wird nun mehr und mehr die einzige Stelle, in der die Tuberkulose nicht nur diagnostiziert, sondern auch komplett ausbehandelt wird. Darüber hinaus konnte auf dem medizinischen

Sektor das Leistungsangebot durch die Verbesserung der Ambulanz der Orthopädischen Abteilung und durch die Einführung zusätzlicher Untersuchungen im Labor angehoben werden. Auch die Diagnostik und die therapeutischen Maßnahmen haben auf allen Abteilungen wesentliche Verbesserungen erfahren.

Im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof wurden im wesentlichen diverse Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, wobei besonders die Zuleitung medizinischer Gase in den Eingrifferaum und das Aufwachzimmer erwähnt werden soll, die sowohl den Flaschenwechsel erübrigt als auch Einsparungen im Gasverbrauch mit sich bringt. Im Bereich der Abteilung für Wirbelsäulenerkrankungen und Haltungsschäden wurde die Diagnosekartei vervollständigt, so daß seit Beginn der Einrichtung dieser Abteilung alle Patienten damit erfaßt worden sind (1977—1983). Weiters wurden auf dieser Abteilung im Jahre 1983 mehr als 600 Boston-Mieder angepaßt, womit das Orthopädische Krankenhaus Gersthof knapp vor dem größten deutschen Skoliosezentrum in Cuxhaven liegt. Auf dem Sektor „patientenbezogene Maßnahmen" wurden Wand- und Fußbodenbeläge angebracht sowie die Krankenzimmer und Aufenthaltsräume durch den Ankauf von Nachtkästchen, Spinden, Nachttischlampen und Büchern für Tagräume wohnlich gestaltet.

In der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurde das Bestreben fortgesetzt, die Aufenthaltsdauer der Patienten zu verkürzen und mit den Müttern auch nach deren Entlassung Kontakt zu halten. 1983 wurden in dieser Anstalt 2.428 Kinder geboren, davon waren 1.380 Erstentbindungen. Dies entspricht einem Anteil von 14,7 Prozent an den Gesamtentbindungen in Wien, womit diese Frauenklinik mit Abstand die meisten Geburten der Wiener Spitäler hat. Im Rahmen der „patientenbezogenen Maßnahmen" wurden mit einem Kostenaufwand von 88.000 S Sitzgarnituren und Kästen für sechs Klassezimmer, eine Sitzgruppe für den Röntgenwarteraum und Nachtkästchen angeschafft.

Im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel konnte durch folgende Veränderungen das Leistungsangebot vergrößert werden: Im Rahmen des bestehenden Ambulanzbetriebes wurde mit einer spezialisierten Tätigkeit für „Parkinsonfälle" begonnen und diese zu einem Ambulanzbetrieb ausgestaltet. Neue diagnostische Möglichkeiten ergeben sich durch die im vergangenen Jahr erfolgte Anschaffung einer Phonoeinrichtung als Zusatz zum Photosimulator beim EEG. Eine wesentliche Investition im medizinischen Bereich war auch der Erwerb des „Bio-feedback-Gerätes" für den Test vegetativer Reaktionen.

In der Kinderklinik Glanzing konnte durch die Neuanschaffung eines Ultraschalldiagnostikgerätes sowie von drei EKG-Monitoren eine weitere Verbesserung des medizinischen Standards erzielt werden. Weiters wurde Spiel- und Beschäftigungsmaterial für Psychologie und Logopädie gekauft. Ab 1. April 1983 werden die Intensiv-Neonatologie-Transporte nicht mehr vom Roten Kreuz, sondern vom Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien durchgeführt.

Um die Bausubstanz der Krankenanstalten zu erhalten, wurde auch 1983 die Sanierung von Fassaden, Fenstern und Dächern fortgeführt. So wurden im Elisabeth-Spital das Schulgebäude, Internatsgebäude, die Pavillons III und I sowie das Direktionsgebäude restauriert, im Pulmologischen Zentrum der Pavillon Marienhaus fertiggestellt, im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof die Eternitverkleidung an der Westseite des Verwaltungsgebäudes erneuert, in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik die Fassadenerneuerung des Hauses I fortgesetzt und abgeschlossen, im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel die Renovierung der gartenseitigen Fassade des Schlösselgebäudes durchgeführt und in der Kinderklinik Glanzing mit der Dachsanierung begonnen.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe sind aus struktureller Sicht drei wesentliche Veränderungen im Jahre 1983 besonders hervorzuheben, nämlich die Besiedlung des als Behindertenzentrum adaptierten Pavillons 17, die Errichtung des „Drogeninstitutes" auf Pavillon 1 und umfangreiche Verlegungen von Patienten als Voraussetzung für die Strukturierung des Krankenhauses in die Primariate I— VII, wobei die Stationen gemischtgeschlechtlich belegt und den drei Funktionsbereichen Akut- und Langzeitpsychiatrie, Gerontopsychiatrie und Behindertenpsychiatrie zugeordnet werden. Somit ist es nunmehr auch möglich, die Aufnahme in das Krankenhaus insoferne dezentral durchzuführen, als die Patienten sofort in jeweils eine der sieben Aufnahmestationen kommen, die für die sieben Primariate geschaffen wurden. Damit wurde die Voraussetzung für die Dezentralisierung der Aufnahmen in das Krankenhaus aus zentralen Aufnahmestationen in die Akutstationen der einzelnen Regionalabteilungen geschaffen. Mit diesen Maßnahmen konnte ein großer Teil der Neuorganisation des Krankenhauses abgeschlossen werden. Durch diese Veränderungen konnte die stationäre psychiatrische Versorgung den Patientenbedürfnissen in weit besserer Weise angepaßt werden. Neue Patienten gelangen auf der akutpsychiatrischen Station der für sie zuständigen Regionalabteilung zur Aufnahme, auf der sie zum überwiegenden Teil bis zu ihrer Entlassung betreut werden. Somit ist in der Regel kein Wechsel von Station zu Station notwendig. Die Differenzierung der Abteilungen nach Funktionsbereichen ermöglicht nun, Akutkranken, chronisch Kranken, gerontopsychiatrischen Patienten und geistig Behinderten auf eine jeweils auf ihre besonderen Betreuungsbedürfnisse abgestellten Weise zu begegnen. Die Differenzierung dieser Funktionsbereiche schafft auch erst die Voraussetzung für entsprechende Qualifikationsprozesse unter den Mitarbeitern der Stationen, weil sich diese nun auf bestimmte Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, einstellen können. Auch 1983 konnten wieder zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, die zum Teil

von krankenhausfremden Einrichtungen organisiert wurden, durchgeführt werden. Weiters gaben 35 Ganztagsausflüge, unter anderem in den Safaripark, das Burgenland, in den Lainzer Tiergarten, in die Lobau, nach Schloß Wildegg, Aflenz und Ybbs/Persenbeug, die Gelegenheit, die Patienten mit einer möglichst alltäglichen Umwelt zu konfrontieren. Außerdem konnten wieder Urlaubsaufenthalte, im Jahre 1983 für 123 Patienten auf der Hohen Wand, in Mürzsteg, Obermallebarn, Weyer, am Klopeiner See und in Losenstein geboten werden. Auf dem baulichen Sektor konnten die Adaptierung der Primariate V und VII, die Sanierung und Erweiterung der Zahnambulanz, die Erneuerung von Fenstern und Fassaden sowie die Sanierung von Sanitäranlagen durchgeführt werden. Der zweite Teil der Regionalisierungsmaßnahmen konnte weitergeführt werden. Die wesentlichsten Investitionen auf dem medizinischen Einrichtungssektor waren unter anderem der Ankauf von Blutzuckerbestimmungsgeräten, eines Unterwasserdruckstrahlmassagegerätes, eines Panoramaschichtaufnahmegerätes sowie je einer Absauginhalationseinheit für die Pavillons 16/2 und 17. Auf dem Einrichtungssektor konnte ebenfalls durch den Ankauf von Krankenbetten, Nachtkästchen, Garderobekästchen unter anderem eine Verbesserung des Standards erreicht werden.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau wurde durch die Inbetriebnahme des Übergangswohnheimes die Möglichkeit geschaffen, den Patienten die Wiedereingliederung in das tägliche Leben zu erleichtern. Im Rahmen der Intensivierung der Gruppentherapien wurden weitere drei Kochgruppen und eine Freizeitgruppe geschaffen, außerdem konnte an diversen Wandertagen durch die nähere Umgebung teilgenommen werden. Eine wesentliche Investition auf dem medizinischen Sektor war die Anschaffung eines neuen EKG-Gerätes (Dreikanalschreiber) für den Behandlungsraum im Haus 2. Auf dem baulichen Sektor konnte die Station VI nach Generalinstandsetzungsarbeiten wieder in Betrieb genommen werden, ebenso erfolgte die Fertigstellung der Renovierungsarbeiten auf Station XII, die Trockenlegung der Wände auf Station XIV, die Sanierung des Fußbodens in der Hauptküche sowie die Fertigstellung der Liegeterrasse für Station XII. Auf dem Einrichtungssektor erfolgte die weitere Umgestaltung von ehemaligen Tagräumen zu Aufenthaltsräumen mit Wohnzimmercharakter.

In den Pflegeheimen konnte durch bauliche Investitionen und durch Inventaranschaffungen auf medizinischem und nichtmedizinischem Gebiet die Wohnqualität sowie die Qualität der medizinischen Versorgung weiter verbessert werden. Im Pflegeheim Lainz wurden im Laufe des Jahres 1983 weitere Saalunterteilungen durchgeführt. Im Zuge dieser Saalunterteilungen erfolgte auch die Installation von Beleuchtungssets, Einhandbedienungsgeräten und die Ausstattung der Zimmer mit Waschbecken und Garderobekästen. Durch diese Arbeiten konnte die Wohnqualität weiter verbessert und den heutigen Anforderungen angepaßt werden. Auf dem Bausektor wurden umfangreiche Arbeiten zur Erneuerung der sehr veralteten Sanitäranlagen durchgeführt und die Bäder mit Hebebadewannen und Badeliften ausgestattet. Durch die Instandsetzung der Fassaden einiger Pavillons und durch die gleichzeitig vorgenommene Sanierung der Fenster wurde auch der optische Eindruck der gesamten Anstalt wesentlich verbessert. Vor der Anstaltskirche und dem A- und B-Gebäude wurde eine Fußgängerzone errichtet und durch deren Ausstattung mit Blumenschalen und Sitzplätzen den Patienten zusätzlich ein Erholungsraum geboten. Durch die Anschaffung einer fahrbaren Dentaleinheit in der Zahnambulanz konnten die Wartezeiten wesentlich verkürzt werden. Es wurden auch 1983 wieder verschiedene medizinische Apparate und Geräte auf den einzelnen Abteilungen angeschafft, wodurch die Möglichkeiten einer exakten Diagnostik und Therapie weiter verbessert werden konnten. Im speziellen sei die Installation eines Ultraschall-Scanners (Echokamera) im Zentralröntgeninstitut angeführt, wodurch bei bestimmten Untersuchungen die Strahlenbelastung bei Röntgenaufnahmen entfällt.

Im Pflegeheim Baumgarten konnte durch die Sanierung der Ost- und Westfassade des Pavillons I ein weiterer Schritt zur noch freundlicheren Gestaltung des Heimes getan werden. Auf dem Einrichtungssektor sind die Neugestaltung der Tagräume im ersten und vierten Stock sowie die Erneuerung der Krankenabteilung und die Baderneuerung sowie die Installierung neuer Beleuchtungskörper zu nennen. Auf dem medizinischen Sektor wurden ein weiteres EKG-Gerät, mehrere Aerosolinhalatoren sowie Blutzuckerbestimmungsgeräte angeschafft. Ferner wurden noch Verbandwagen, Luftsprudelbäder, Hebebadewannen sowie zwölf neue Pflegeheimbetten angekauft.

Im Pflegeheim Liesing wurde auf dem baulichen Sektor die Außenfassade im Schloßgebäude Ost und Süd saniert sowie die Unterteilung des im zweiten Stock des Wohnheimes gelegenen Schlafsaales in ein Zwei- und drei Dreibettzimmer durchgeführt. Nach der Renovierung von weiteren sechs Wohnheimzimmern wurden diese mit neuen Möbeln ausgestattet. Im Neugebäude wurden ebenfalls Saalunterteilungen durchgeführt sowie gleichzeitig durch die Vergrößerung und Modernisierung der Patientenbäder die Wohnqualität weiter verbessert. Die Installierung einer modernen Schwesternruf- und Radioanlage auf den Krankenabteilungen I und IV darf als besondere „patientenbezogene Maßnahme" angesehen werden. Das reichhaltige Veranstaltungsprogramm für die Patienten umfaßte 41 Veranstaltungen im Festsaal, 12 auf den Krankenabteilungen, 3 Lichtbildervorträge, 42 Kinoveranstaltungen sowie 11 Veranstaltungen im Schloßhof und auf der Festwiese. In den Sommermonaten wurden zwei Tagesausflüge mit je 80 Patienten durchgeführt. Auf dem medizinischen Sektor

ermöglichte der Ersatz eines alten Mikrowellengerätes durch ein modernes Gerät mit entsprechendem Zugehör weitere effiziente Behandlungen.

Im Pflegeheim St. Andrä wurden die Fenster der Krankenstationen I und II repariert bzw. zum Teil erneuert. Ein Teil des Osttraktes wurde neu eingedeckt und mit der Installation einer Flächenentlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung für die Anstaltsküche begonnen. Im Zuge der Umstrukturierung der Ambulanz wurde der Schwerpunkt auf die Physikotherapie gelegt und eine Ultraschallbehandlung sowie eine modifizierte Revitalisationstherapie eingeführt. Durch die Reorganisation des medizinischen Labors wurden eine Vereinfachung der Dokumentation bei Befunden sowie Fortschritte auf dem Weg zur Standardisierung bei Untersuchungen erzielt.

Im Pflegeheim Klosterneuburg wurden diverse Bodenerneuerungen auf den Krankenstationen fertiggestellt, verschiedene Räumlichkeiten neu adaptiert, Stiegenabsicherungselemente eingebaut sowie eine anstaltsinterne Personenrufanlage installiert. Die Ausstattung konnte durch den Ankauf von zwei Gehübungsgeräten („Orthopedia-Gehbarren") und den Austausch von 13 Pflegeheimbetten, die nunmehr heb- und senkbar sind, erweitert werden.

Für die gesamten Pflegeheime wurden 1983 für den Kauf medizinisch-technischer Geräte rund 1,5 Millionen Schilling sowie für „patientenbezogene bauliche bzw. Einrichtungsmaßnahmen" 4 Millionen Schilling aufgewendet.

In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind verschiedene Ludwig-Boltzmann-Institute eingerichtet. Im Krankenhaus Lainz sind es die Ludwig-Boltzmann-Institute für klinische Onkologie, für Rheumatologie und Balneologie (Außenstelle), für Andrologie und Urologie, für Stoffwechselerkrankungen und Ernährung, für Homöopathie, für dermato-venerologische Serodiagnostik, für klinische Neurobiologie (zusammen mit dem Psychiatrischen Krankenhaus), für Hirnkreislaufforschung (zusammen mit dem Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel), für Herzinfarktforschung und zur Erforschung und Behandlung der weiblichen Sterilität. Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel sind es die Ludwig-Boltzmann-Institute für Hirnkreislaufforschung (gemeinsam mit dem Krankenhaus Lainz) und zur Erforschung kindlicher Hirnschäden; im Preyer'schen Kinderspital das Ludwig-Boltzmann-Institut für klinische Endokrinologie (zusammen mit dem Allgemeinen Krankenhaus), in der Krankenanstalt Rudolfstiftung die Ludwig-Boltzmann-Institute für Laserchirurgie und zur Erforschung infektiöser venero-dermatologischer Erkrankungen (zusammen mit dem Allgemeinen Krankenhaus), im Allgemeinen Krankenhaus die Ludwig-Boltzmann-Institute für herzchirurgische Forschung, für Altersforschung, für radiologisch-physikalische Tumordiagnostik, zur Erforschung infektiöser venero-dermatologischer Erkrankungen (Außenstelle Rudolfstiftung), für experimentelle plastische Chirurgie, für klinische Endokrinologie (zusammen mit dem Preyer'schen Kinderspital), für experimentelle Anästhesiologie und Intensivmedizin und für Nuklearmedizin (zusammen mit dem Wilhelminenspital); im Pflegeheim Lainz die Außenstelle des Ludwig-Boltzmann-Institutes für klinische Onkologie im Krankenhaus Lainz für geriatrische Onkologie, in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik das Ludwig-Boltzmann-Institut für Geburten- und Schwangerschaftskontrolle, im Wilhelminenspital das Ludwig-Boltzmann-Institut für Nuklearmedizin (zusammen mit dem Allgemeinen Krankenhaus) und die Forschungsstelle für Langzeittherapie und Rehabilitation, in der Allgemeinen Poliklinik die Ludwig-Boltzmann-Institute für Erforschung der Infektionen und Geschwülste des Harntraktes und für Akupunktur sowie im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe das Ludwig-Boltzmann-Institut für klinische Neurobiologie (zusammen mit dem Krankenhaus Lainz).

Der systemisierte Bettenstand der städtischen Krankenanstalten einschließlich des Allgemeinen Krankenhauses betrug am 1. Jänner 1983 10.234 Betten gegenüber 10.258 am 1. Jänner 1982. Die Verminderung ist auf durchgeführte Modernisierungen und Adaptierungen im Sinne patientenbezogener Maßnahmen zurückzuführen. Im Durchschnitt waren im Jahre 1983 in den Krankenanstalten 8.389 Betten pro Tag belegt. Die Zahl der Aufnahmen (1983: 255.004) hat sich gegenüber dem Jahre 1982 (246.348) um 3,5 Prozent erhöht. Die durchschnittliche Verweildauer von 12,4 Tagen im Jahre 1982 konnte auf 12,1 im Jahre 1983 gesenkt werden. Im Allgemeinen Krankenhaus standen 2.424 Betten, im Wilhelminenspital 1.553, im Krankenhaus Lainz 1.509, im Franz-Joseph-Spital 1.034 zur Verfügung. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung waren es 872 Betten, im Elisabeth-Spital 372, in der Allgemeinen Poliklinik 291, im Krankenhaus Floridsdorf 270, im Sophien-Spital 216, im Pulmologischen Zentrum (ohne Pflegeabteilung) 490, im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof 150, in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik 93, im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel 341, im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel 120, im Preyer'schen Kinderspital 214, im Mautner Markhof'schen Kinderspital 164 und in der Kinderklinik Glanzing 121 Betten.

Der systemisierte Bettenstand der Pflegeheime betrug im Jahre 1983 6.059 gegenüber 6.057 im Jahre 1982. Der jährliche Durchschnittsbelag betrug 5.935 belegte Betten pro Tag. Aufgegliedert nach den einzelnen Pflegeheimen betrug der systemisierte Bettenstand in Lainz 3.226, in Baumgarten 1.153, in Liesing 570, im Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost 405, in St. Andrä 280, in Klosterneuburg 281 und in der Pflegeabteilung im Pulmologischen Zentrum 144. In diesen Anstalten gelangten 3.556 pflegebedürf-

tige Personen zur Aufnahme, davon 2.029 aus Krankenanstalten und 1. 527 aus der Wohnung. 516 Personen wurden entlassen oder sind ausgetreten, 3.137 verstarben.

Der systemisierte Bettenstand in den psychiatrischen Krankenhäusern betrug im Jahre 1983 auf der Baumgartner Höhe 1.923 und im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau 900. Der durchschnittliche Belag betrug im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe pro Tag 1.563 Betten, im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau 664.

Um eine optimale Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sicherzustellen, wird vom Anstaltenamt besonders auf jene Bettensperren geachtet, die sich daraus ergeben, daß dem Pflegepersonal der ihm zustehende Gebührenurlaub gewährt werden muß. Bei den sogenannten „Sommerbettensperren" wird gesorgt, einerseits, daß das Pflegepersonal seinen Urlaub möglichst über die Sommermonate gestaffelt konsumiert, andererseits, daß in jener Zeit die geplanten Baumaßnahmen an einzelnen Abteilungen und Stationen durchgeführt werden. Bei der Genehmigung der Bettensperren wurde derart genau kalkuliert, daß im Vergleich zum vergangenen Jahr die Schließungszeiten viel kürzer waren. Infolge der problemlosen Zusammenarbeit mit den Krankenanstalten und der Bettenzentrale wurde die Vergabe von Spitalsbetten so gehandhabt, daß in Extremsituationen und bei Notfällen jederzeit die entsprechende Bettenanzahl verfügbar war. Durch die Errichtung des Pflegeheimes Sozialmedizinisches Zetrum Ost ist die Situation bei den Betten in Pflegeheimen verbessert worden; das ändert aber nichts daran, daß noch ein Bedarf an weiteren Pflegeheimbetten gegeben ist.

Die Zahl der Dienstposten betrug im Jahre 1983 21.215, von denen unter anderem 8,8 Prozent auf Ärzte, 7,7 auf medizinisches Fach- und Hilfspersonal, 42,5 auf Krankenpflegepersonal und 16,3 Prozent auf Haus- und Reinigungspersonal entfielen. Die Zahl der ausländischen Dienstnehmer belief sich auf 3.565, das sind 16,8 Prozent des gesamten Personals. Gegenüber 1982 hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer um 315 oder 8,1 Prozent reduziert. Beim diplomierten Krankenpflegepersonal machte der Anteil 803 oder 14 Prozent vom systemisierten Personal aus, bei dem Haus- und Reinigungspersonal 1.820 oder 54,0 Prozent, beim Wäschereipersonal 178 oder 46,5 Prozent, beim Küchenpersonal 305 oder 41,6 Prozent. Als Küchen-, Haus-, Reinigungs- und Wäschereipersonal arbeiteten insgesamt 2.303 ausländische Bedienstete.

Im Jahre 1983 hatten die Bediensteten des Anstaltenamtes erstmals die Möglichkeit, sich kostenlos gegen Hepatitis B impfen zu lassen. Bedienstete, die am meisten hepatitisgefährdet sind, wurden als erste geimpft. Die Impfungen wurden von Ärzten, die in den Spitälern tätig sind, durchgeführt. Ebenso wie in den vergangenen Jahren wurde wieder eine Grippeimpfaktion durchgeführt, die für die Bediensteten des Anstaltenamtes im Einvernehmen mit dem Gesundheitsamt abgehalten wurde. Die Polio-Impfaktion war für die Wintermonate 1982/83 festgesetzt, in denen die öffentlichen Impfungen jeweils an zwei Tagen durchgeführt wurden.

In den Krankenanstalten und Pflegeheimen waren per 31. Dezember 1983 3.220 Personalunterkünfte vorhanden, die vorwiegend dem Pflegepersonal zur Verfügung standen. 142 Personalunterkünfte sind in Betriebsgebäuden untergebracht. Das Benützungsentgelt betrug 375 S monatlich. Die übrigen Personalunterkünfte befinden sich in eigens dafür errichteten 17 Personalwohnhäusern. Drei Personalwohnhäuser älteren Baujahres verfügen über 251 Wohneinheiten mit einer Fläche von je 16 m². Küche, Bad und WC befinden sich außerhalb der Wohneinheit. Das Benützungsentgelt betrug 430 S monatlich. Die restlichen 14 Personalwohnhäuser verfügen über 2.827 Wohneinheiten, in denen sich die Naßeinheiten bereits innerhalb der Wohneinheit befinden. Ihre Größe beträgt zwischen 20 und 30 m². Das Benützungsentgelt machte 675 S bzw. 1.040 S ab dem 5. Benützungsjahr einschließlich eines Pauschalbetrages für Strom, Heizung und Warmwasser aus. In einem Großteil dieser Wohneinheiten sind bereits Meßgeräte für Strom, Heizung und Wasser installiert, so daß eine verbrauchsgerechte Einhebung dieser Gebühren zusätzlich zu einem Benützungsentgelt von 365 S bzw. 730 S ab dem 5. Benützungsjahr erfolgen kann. Sämtliche Personalunterkünfte sind möbliert. 1983 wurden 737 Benützer eingewiesen, gleichzeitig 412 Benützern, bei denen der Grund der Benützung weggefallen ist, Räumungsaufträge erteilt. Außer diesen Personalunterkünften stehen in den Anstalten noch 4 Dienstwohnungen, 30 Werkswohnungen und 55 Mietwohnungen zur Verfügung. 18 Werkswohnungen und 28 Mietwohnungen befinden sich in Anstalten außerhalb Wiens. Dienstwohnungen und Werkswohnungen werden nur Bediensteten auf Grund der Bestimmungen der Dienstordnung zur Benützung überlassen. Die Wohnungen sind von unterschiedlicher Größe. Die Möbel sind von den Wohnungsbenützern anzuschaffen.

Der Stand der Schüler und Schülerinnen an den acht allgemeinen Krankenpflegeschulen und den drei Kinderkrankenpflegeschulen betrug am 31. Dezember 1983 1.917 (1982: 1.830), wovon 386 Schüler und Schülerinnen das 1. Ausbildungsjahr besuchten. Der Zustrom zur Fachausbildung von Bewerbern mit höherer Schulbildung hat unvermindert angehalten, so daß alle zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze besetzt werden konnten. Im Jahre 1983 haben an den Krankenpflege- und Kinderkrankenpflegeschulen 453 (1982: 418) Schüler und Schülerinnen das Krankenpflegediplom erhalten; 125 (1982: 159) haben die Diplomprüfung mit Auszeichnung abgelegt. An den beiden Ausbildungsstätten für psychiatrische Krankenpflege in Wien und Ybbs/Donau standen 147 (1982: 152) Schüler und Schülerinnen in Ausbildung. 35 (1982: 25) Schwestern und Pfleger konnten im Jahre 1983 ihr Diplom erlangen, 10 haben die Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden. Der Stand der Schüler und Schülerinnen an den 9 medizinisch-technischen Schulen betrug am 31.

Dezember 1983 715 (1982: 714). Im Jahre 1983 haben 257 Absolventen das Diplom, 43 davon eine Auszeichnung erhalten. (1982: 248 Diplomanden, 49 Auszeichnungen.)

Am Fortbildungsreferat für Krankenpflegeberufe am Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien haben sich im Kursjahr 1982/83 insgesamt 79 diplomierte Krankenpflegepersonen und Angehörige der medizinisch-technischen Dienste einer Sonderausbildung gemäß § 57 b des Krankenpflegegesetzes unterzogen. Das Ausbildungsniveau war ausgezeichnet. Es wurden ein Sonderausbildungskurs zur Heranbildung von Operationsschwestern (-pflegern) mit der Dauer von einem Jahr (15 Absolventen), ein Sonderausbildungskurs zur Heranbildung von Schwesten und Pflegern an Intensivpflege- und Dialysestationen mit der Dauer von einem Jahr (25 Absolventen), ein Sonderausbildungskurs für leitende Krankenpflegepersonen und leitende Angehörige der medizinisch-technischen Dienste mit der Dauer von vier Monaten (25 Absolventen, davon eine Stationsassistentin) sowie ein Sonderausbildungskurs zur Heranbildung von lehrenden Krankenpflegepersonen und lehrenden Angehörigen der medizinisch-technischen Dienste mit der Dauer von sechs Monaten (14 Absolventen, davon drei Lehrassistentinnen) durchgeführt.

Fortbildungskurse gemäß § 57 a des Krankenpflegegesetzes in der Dauer von jeweils 1 bis 2 Wochen wurden gleichfalls abgehalten, und zwar Fortbildungskurse für lehrende Krankenpflegepersonen und lehrende Angehörige der medizinisch-technischen Dienste (insgesamt 19 Teilnehmer), ein Fortbildungskurs für leitende Operationsschwestern und Pfleger (13 Teilnehmer) sowie ein Fortbildungskurs für Operationsschwestern auf dem Gebiete der Chirurgie (7 Teilnehmer). Außerdem wurden im Rahmen der Verwaltungsakademie Fortbildungsseminare für Direktoren des Pflegedienstes sowie Schuloberinnen und Lehrvorsteher abgehalten, die zum Teil am Referat für Fort- und Sonderausbildung im Allgemeinen Krankenhaus und zum Teil in einem Seminarhotel außerhalb von Wien durchgeführt wurden.

Im Sinne des § 13 Abs. 2 des Wiener Krankenanstaltengesetzes wurden in allen Krankenanstalten und Pflegeheimen Fortbildungsvorträge abgehalten. Das Jahresprogramm wurde vom jeweiligen Direktor des Pflegedienstes vorgeschlagen und im Wege des Anstaltenamtes von der MD-Verwaltungsakademie genehmigt. Lediglich die Bediensteten der Allgemeinen Poliklinik nehmen aus wirtschaftlichen Erwägungen und wegen der örtlichen Nähe an den Veranstaltungen des Allgemeinen Krankenhauses teil. Für den Diplomerwerb in der allgemeinen Krankenpflege gemäß § 12 a des Krankenpflegegesetzes auf dem zweiten Bildungsweg werden an drei allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien, das heißt, im Krankenhaus Lainz, im Franz-Joseph-Spital und im Elisabeth-Spital, Lehrgänge durchgeführt. Im Jahre 1983 haben an der Schule am Elisabeth-Spital 35 Schüler und Schülerinnen und an der Schule am Krankenhaus Lainz 49 Schüler und Schülerinnen diplomiert. Im Jahre 1984 werden voraussichtlich 34 Absolventen zu erwarten sein, die dann in ihren Stammanstalten, vorwiegend in Pflegeheimen, als Diplomschwestern und -pfleger eingesetzt werden. An der Schule am Krankenhaus Lainz wurden 60 Schüler und Schülerinnen in den Lehrgang gemäß § 12 a aufgenommen. Das Praxisheft für die allgemeine Krankenpflege wurde überarbeitet, ergänzt und wird in Ringbuchform neu aufgelegt. Vorerst werden neue Skripten nur für Anatomie und Physiologie hergestellt werden, die in Form eines Arbeitsbuches für den Schüler und in Form eines Handbuches für den Lehrer erstellt werden sollen und den Schülern für das Schuljahr 1984/85 bereits zur Verfügung stehen werden.

Auf dem Personalsektor wurde die Seminarreihe „Verwaltungsführung in Krankenanstalten" durch zwei Seminare mit insgesamt 30 Teilnehmern fortgesetzt. Am Seminar „Verhandlungs- und Präsentationstechniken" nahmen 18 Bedienstete teil. Das Seminar „Krankenhausbetriebslehre" wurde von 32 Bediensteten besucht. Mit diesen Veranstaltungen wurde die Seminarreihe abgeschlossen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Schulung der Portiere, die in drei Blöcken mit je 14 Teilnehmern durchgeführt wurde. In diesen Seminaren wurde den Portieren ein Überblick über die Geschäftseinteilung des Magistrates, den Aufbau und die Organisation des Anstaltenamtes, die Anwendung der Dienstvorschriften und ein Überblick über die Tätigkeiten der Portiere vermittelt. Die Bedeutung der Körpersprache und Fragetechnik wurde in Rollenspielen behandelt, über die anschließend diskutiert wurde. Den Bemühungen um eine weitreichende Aus- und Fortbildung des Personals wurde durch die Systemisierung des Postens eines Referenten für Aus- und Fortbildung Rechnung getragen. Die Tätigkeit dieses Referenten, die mit 1. Februar 1984 beginnen wird, soll durch eine konzentrierte und konsequente Aus- und Fortbildung des Personals nicht nur zu einer weiteren Qualifizierung des Personals führen, sondern auch eine breite Basis für Kooperation und Kommunikation in allen Teilbereichen des Anstaltenamtes schaffen.

Im Jahre 1983 war man wieder bemüht, durch verschiedene Neuanschaffungen bzw. Erneuerungen im Bereich des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, die notärztliche Versorgung der Wiener Bevölkerung weiter zu verbessern. So wurde die Erneuerung des Rettungsleitsystems durch die Anschaffung von Fahrzeug-Datenfunkgeräten fortgesetzt. Nach dem Einbau dieser Geräte und der entsprechenden Schulung des Personals ist mit der Inbetriebnahme Anfang 1985 zu rechnen. Für die Ausstattung der Einsatzfahrzeuge wurden Herzalarm- und Beatmungsgeräte nachgeschafft. Die Umstellung des Fuhrparks auf moderne, dem heutigen Stand der Notfallmedizin entsprechende Fahrzeuge wurde durch die Anschaffung von sieben Rettungswagen VW LT 31 abgeschlossen. Derzeit sind 30 VW-LT-31-Rettungsfahrzeuge im Einsatz. Für

die Krankenbeförderung wurden sechs Ambulanzen, Typ VW-Transporter, als Ersatz für ausscheidungsreife Fahrzeuge nachgeschafft. Ferner wurde die Garagentorerneuerung auf den Stationen Arsenal und Wienerberg fortgesetzt. Die sicherheitstechnischen Auflagen der Magistratsabteilung für Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung in verschiedenen Stationen konnten, soweit die Budgetmittel reichten, erfüllt werden. Als begleitende bauliche Maßnahme der Erneuerung der Rettungsleitstelle wurden der Relaisraum und der Journalraum wegen zu hoher Eigenwärmeentwicklung der nachrichtentechnischen Geräte mit Fensterkühlgeräten klimatisiert. Mit dem Einbau eines von der Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellten Notstromaggregates für die Rettungszentrale wurde begonnen. Mit der Ferigstellung ist 1985 zu rechnen. Die Heizungsumstellung wurde mit dem Anschluß der Rettungszentrale an die Fernwärmeversorgung der Heizbetriebe Wien GesmbH fortgesetzt, so daß nur mehr auf der Krankenbeförderungsstation 20 mit festen Brennstoffen geheizt wird. Der Neubau der Krankenbeförderungsstation 20 im Rahmen eines Schulneubaues der Magistratsabteilung für städtische Schulverwaltung wurde begonnen, der Garagentrakt geschleift und im Bereich des Hauptgebäudes auf dem Hofgelände eine provisorische beheizbare Garage errichtet.

Beim Rettungsdienst wurden im Jahre 1983 bei 59.138 Einsätzen 589.423 Kilometer zurückgelegt und 58.634 Patienten einschließlich Ambulanzpatienten versorgt, was einer Zunahme um 1.133 Ausfahrten und 573 versorgten Patienten gegenüber dem Jahre 1982 entspricht. Bei der Krankenbeförderung wurden bei 64.217 Transporten 775.976 Kilometer zurückgelegt und 63.180 Patienten befördert, was einer Steigerung von 1.483 Transporten und 833 beförderten Patienten gegenüber dem Vorjahr enspricht, die unter anderem durch die Übernahme der Spezialtransporte (Säuglings-Intensiv-Inkubator-Transporte) begründet ist. Ferner wurden 100 Intensiv-Betten-Transporte (davon 11 in die Bundesländer) und 95 Transporte mit Jod-131-behandelten Patienten (davon 31 Überlandtransporte) durchgeführt. In 1.678 Fällen mußte die Krankenbeförderung der Rettung bei Einsätzen Assistenz leisten, was gegenüber 1982 eine Steigerung um 228 Interventionen bedeutet. Bei der Vermittlung von 23.215 Krankenbetten durch die Bettenzentrale konnte gegenüber dem Jahre 1982 eine Zunahme um 351 Vermittlungen registriert werden.

Für die Transferierung eines Patienten in ein anderes Krankenhaus oder in ein Pflegeheim wurde ein Pflegeblatt ausgearbeitet, das aktuelle Pflegeprobleme und spezielle Pflegedaten enthält und den Schwestern die Übernahme des Patienten erleichtert.

Das in der Rettungszentrale errichtete Depot an Frühsommermeningoencephalitis-Immun-Globulin wurde von 217 Patienten nach einem Zeckenbiß in Anspruch genommen. Das Depot für Schlangengiftsera, das im Jahre 1968 in der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien eingerichtet wurde, besteht weiterhin. Sera des Typs Mittel- und Südamerika und Kobraarten sind seit drei Jahren nicht lagernd, da die Firma, die diese bis 1980 lieferte, die Sera nicht mehr herstellt. Versuche, diese Sera anderweitig aufzutreiben, sind bisher fehlgeschlagen.

Im Bereich der Anstaltsapotheken und besonders in den angeschlossenen Medikamentendepots wurde die fachliche Aufsicht weitergeführt, wobei die pharmazeutische Fachaufsicht auch bei den behördlichen Überprüfungen durch das Gesundheitsamt anwesend war. Weiters erfolgte die fachliche und preisliche Wartung der als Grundlage für die Kostenrechnung dienenden Computerliste. Durch die Zusammenarbeit mit der Pharmig (Vereinigung pharmazeutischer Erzeuger) sind die Preisänderungen der Arzneimittel dem Fachreferat bekannt, werden dort genauest überprüft und erst dann zur Eingabe weitergegeben. Man war auch bestrebt, sich durch Teilnahme an diversen wissenschaftlichen Veranstaltungen sowie durch das Studium einschlägiger Fachliteratur über die Entwicklungen der neuesten Arzneimittel zu informieren.

Die Tätigkeit des Referates für Rechtsangelegenheiten bestand unter anderem in der Stellungnahme zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und Anträgen von Novellierungen, in der schriftlichen und telephonischen Beratung der Krankenanstalten, Pflegeheime, des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, Anstaltenhauptlagers und der Zentralwäscherei, in der Bearbeitung von Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüchen, in der Beratung in verschiedenen Versicherungsangelegenheiten sowie in der Teilnahme an Verhandlungen verschiedener Magistratsdienststellen. Seit April 1983 wurde auch der Abschluß von Bestandsverträgen vom Gebührenreferat übernommen.

Die Tätigkeit des Referates Planung, Organisation und Dokumentation wies im Jahre 1983 verschiedene Schwerpunkte auf: So wurde die Entwurfsplanung für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, Bauteil Krankenhaus, einschließlich der Betriebsorganisation durchgeführt und abgeschlossen. Ferner wurde die Übernahme der Frauenmilchsammelstelle vom Anstaltenamt organisiert. Zur Dokumentation des Bauzustandes von Gebäuden des Anstaltenamtes wurde mit einer Photodokumentation begonnen. Von der Magistratsabteilung für technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei wurde in 13 Anstalten die „Feuerpolizeiliche Beschau" durchgeführt, wobei ein Vertreter des Referates sowohl bei der Begehung als auch bei der späteren Kontrolle der Durchführung der erteilten Auflagen teilnahm. Auf dem Gebiet der Schulung im vorbeugenden Brandschutz konnten die betreffenden Seminare für insgesamt 80 Bedienstete fortgesetzt werden. Zur Erzielung größerer Breitenwirkung wurde im November 1983 ein neuer Film eingesetzt und in 15 Veranstaltungen rund 800 Bedienstete über die einfachsten Brandschutzvorkehrungen und -einrichtungen informiert.

In insgesamt sechs Sitzungen der Planungskommission für die Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien wurden 86 Tagesordnungspunkte behandelt.

Für den Umgang mit radioaktiven Stoffen und für Strahleneinrichtungen in den Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wurden 10 Errichtungs- und 16 Betriebsbewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz erwirkt. Unter den bewilligten Anlagen befinden sich der Linearbeschleuniger Mevatron 67 der Universitätsklinik für Strahlentherapie und Strahlenbiologie im Allgemeinen Krankenhaus und die Strahlenbettenstation im Zubau zum Pavillon III im Krankenhaus Lainz.

Gemeinsam mit Organen des Bundesheeres und der Magistratsdirektion wurden ferner die Hubschrauberlandeplätze in Wiener Spitälern geprüft. Die Vorarbeiten zur Aufstellung der NMR-Geräte (Nuclear Magnetic Resonance) wurden aufgenommen. Ferner hat das Referat A (Anstalten) seine Tätigkeit am 1. Dezember 1983 aufgenommen. Im März 1983 wurde das 2. Technische Sevicezentrum im Franz-Joseph-Spital in Betrieb genommen. Die notwendigen Vorarbeiten für den Aufbau weiterer technischer Sevicezentren im Allgemeinen Krankenhaus und im Krankenhaus Lainz wurden in die Wege geleitet.

Die Anschaffungen für den medizinisch-technischen Bereich wurden im Einvernehmen mit der Ärzteschaft, den technischen Sevicezentren und der Physikalisch-technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin durchgeführt. Die dem Anstaltenamt unterstehenden Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sowie das Anstaltenhauptlager und die Zentralwäscherei wurden im Rahmen des Kontrollplanes in den Bereichen Materialverwaltung, Küche und Wäsche überprüft, gegebenenfalls wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Auf dem Lebensmittelsektor konnten wie in den vorangegangenen Jahren durch laufende Preisverhandlungen über Fleisch, Wurstwaren, Geflügel und Fische günstige Abschlüsse getätigt werden; oft wurden weit unter dem allgemeinen Preisniveau liegende Einkaufspreise erzielt. Der Bedarf von rund 233 Tonnen Tielkühlgemüse wurde in Form einer öffentlichen Ausschreibung durch Liefervergabe an den Bestbieter gedeckt.

Im Rahmen der vom Anstaltenamt in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten gemeinsam mit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien durchgeführten Revisionen wurde die Einhaltung der Hygienerichtlinien einer Überprüfung unterzogen. Des weiteren wurde die wirtschaftliche Gebarung der Anstaltsküchen kontrolliert. Die im Jahre 1982 von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien approbierten Rezepturen für die Normalkost wurden den Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zur Verfügung gestellt.

Der Arbeitskreis für Wäschereiangelegenheiten hat neue Produkte erprobt und auf Grund von guten Ergebnissen in den diversen Anstaltsbereichen deren Verwendung vorgeschlagen bzw. wurden Umstellungen durchgeführt. So konnte für Oberinnen, Schuloberinnen, Oberschwestern und Lehrschwestern als 7. Garnitur ein Festkleid entwickelt und zur Verfügung gestellt werden, das bei besonderen Anlässen, wie Diplomfeiern, Amtseinführungen, Weihnachtsfeiern usw., getragen werden soll. Für Ärztinnen wurde eine neue Bekleidungssorte — ein Ärztinnenkleid — entwickelt, erprobt und zur Verfügung gestellt, für weibliche Patienten zusätzlich zu den vorhandenen Wickelschlafröcken auch knöpfbare Schlafröcke entwickelt. Ferner wurde beschlossen, statt der ansteckbaren Namensschilder künftig Namensetiketten auf die Dienst- und Arbeitskleidung zu patchen. Es wurden Überlegungen angestellt, die Beschriftung der Patches eventuell zentral von der Zentralwäscherei mit einem elektronischen Beschriftungsautomaten durchführen zu lassen. Zur Feststellung, welche Einmal-Wäschesorten von den Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten verwendet werden, wurde eine Bedarfserhebung durchgeführt. Für die am meisten benötigten Artikel des Pflegebereiches, wie zum Beispiel Masken, Hauben, Windeln (Tag- und Nacht-), Inkontinenzhöschen, Durchzüge, Decken, Untersuchungstischrollen, wurde eine zentrale Ausschreibung durchgeführt. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde für Pflegerinnen auf speziellen Abteilungen ein Hosenanzug entwickelt. Für weibliche Küchenbedienstete konnten neue Modelle von Arbeitsschuhen in „water-proof"-Qualität mit gepolsterter Sohle und Futter ausgearbeitet werden. Für das Krankenpflegepersonal der psychiatrischen Krankenhäuser, das im Rahmen der Arbeitstherapie in den Herbst- und Wintermonaten im Freien seinen Dienst verrichten muß, wurde ein Antrag auf Genehmigung einer entsprechenden Kälteschutzbekleidung an die Magistratsabteilung für allgemeine Personalangelegenheiten gestellt.

In der Zentralwäscherei wurden 1983 etwa 60 Prozent der in den Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen anfallenden Wäschestücke gereinigt, wobei die Anstalten von Schmutzwäsche entsorgt wurden und ihnen die Reinwäsche wieder zugestellt wurde. Erstmals wurde seit Bestehen der Zentralwäscherei die Jahresleistung von 8,000.000 kg Wäschereinigung überschritten. Es waren genau 8,013.000 kg, was einer durchschnittlichen Waschleistung von 32.005 kg pro Tag entspricht. Seit 1. Mai 1982 wurde ein einheitlicher Waschpreis von 9 S/kg verrechnet. Dieser Waschpreis gilt einschließlich der Abholung der Schmutzwäsche und Zustellung der Reinwäsche in die Anstalten. In der Zentralwäscherei konnten ein Absetz- und Durchlaufbecken neu gebaut und damit auch ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Weiters wurde unter anderem die Karosserie eines Lkw geändert und eine Hebebühne angebaut. Im Rahmen des Wäschereikonzeptes wurden 1983 die Voraussetzungen geschaffen, daß der Ausbau der Zentralwäscherei planmäßig weitergeführt werden kann.

Die Einrichtung „Spitalsombudsmann", die seit Anfang des Jahres 1975 besteht, hat sich wieder

bestens bewährt. Der Spitalsombudsmann steht für Anregungen, Fragen, Wünsche und Beschwerden auf allen Gebieten, die das Krankenhauswesen betreffen (Transport, Aufnahme, Unterbringung, ärztliche und pflegerische Versorgung, Verköstigung usw.), jedermann zur Verfügung. Es wird versucht, in allen Fällen rasch und unbürokratisch zu helfen bzw. bei begründeten Beschwerden den Grund dieser Beschwerde abzustellen. Im Jahre 1983 waren rund 1.500 Anfragen, Anregungen und Beschwerden zu verzeichnen, wobei es bei 200 komplizierter gelagerten Fällen notwendig war, einen Akt anzulegen und einen mehr oder weniger umfangreichen Schriftverkehr zu führen. Die übrigen Anfragen konnten meist in kürzester Zeit erledigt und geklärt werden. 25 Prozent der Anfragen und Beschwerden betrafen medizinische Probleme, mit denen aber auch gleichzeitig der Wunsch nach einer Intervention für die Aufnahme in ein Spital- oder Pflegeheim verbunden war. Weitere 25 Prozent hatten Probleme, die bei der Pflege im Spital entstanden sind, zum Inhalt. Die restlichen 50 Prozent der Anfragen betrafen alle anderen Bereiche, beispielsweise Verpflegung, Pflegegebührenabrechnung und dergleichen.

Für den Bereich der städtischen Spitäler wurde eine Statistik über die Anzahl der Geburten, der Aborti und der Interruptiones geführt. Die Daten wurden für den gesamten Wiener Bereich dem Anstaltenamt zur Verfügung gestellt.

Für den wissenschaftlichen Fonds der Stadt Wien zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten standen im Jahre 1983 900.000 S zur Verfügung. 128 Ansuchen konnten positiv erledigt werden.

Auch im Jahre 1983 sind wieder fünf INFO-Ausgaben des Anstaltenamtes erschienen, in denen mit kurzen und gezielten Artikeln dem Bedürfnis nach Information Rechnung getragen wurde. Die Zeitschrift bringt Beiträge aus den Anstalten, liefert Zahlen- und Datenmaterial und berichtet über Personalveränderungen. Sie erscheint zur Zeit mit einer Auflage von rund 700 Stück.

Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Stadtstrukturplanung

Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung im Jahre 1983 waren unter anderem die Überarbeitung des Entwurfes des Stadtentwicklungsplanes auf Grund der Stellungnahmen und Diskussionsergebnisse und die Erstellung beschlußreifer Unterlagen, Arbeiten an Bezirksentwicklungsplänen und Bezirksverkehrskonzepten unter Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Bezirken, die generelle Grünplanung und Bearbeitungen im Bereich der generellen Verkehrsplanung, insbesondere Projektierungen für die zweite Phase des U-Bahn-Baues.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) vertrat die Abteilung das Land Wien in mehreren Unterausschüssen und Arbeitsgruppen. Wesentlich war in diesem Zusammenhang die Behandlung von Fragen der Stadterneuerung und des Zweitwohnungswesens in der Arbeitsgruppe „Ballungsräume", Themen, die von besonderem Interesse für Wien sind. Auch der Beginn der Arbeiten in der Arbeitsgruppe „Energiefragen" des Unterausschusses „Konzept" verdient Beachtung, in dem Fragen von Energieversorgung und Raumstruktur auch für Ballungsräume näher untersucht werden sollen.

Die Planungsgemeinschaft Ost hat im Jahre 1983 die Untersuchungen über die Auswirkungen eines Kraftwerkstandortes im Bereich Hainburg/Deutsch-Altenburg fortgesetzt. Während stromaufwärts von Deutsch-Altenburg gelegene Standorte aus den Überlegungen ausgeschieden werden mußten, wurde unterhalb Hainburgs ein Alternativstandort zum Projekt Hainburg der Österreichischen Donaukraftwerke AG (DOKW), das zum bevorzugten Wasserbau eingereicht worden war, im Bereich Hainburg/Röthelstein vorgeschlagen, bei dem die wertvolle Stopfenreuther Au geringer beansprucht wird. Es wurde beschlossen, die zuständigen Stellen aufzufordern, vor einer Entscheidung einen sorgfältigen Vergleich der noch zur Diskussion stehenden Varianten vorzunehmen und ein Kraftwerk unter größtmöglicher Schonung des Natur- und Landschaftsraumes und mit entsprechenden Begleitmaßnahmen zu realisieren.

Die Gutachten für eine „Nationalpark- und Erholungsregion Ost" wurden abgeschlossen, Entscheidungen allerdings zurückgestellt, bis die offenen Fragen des Kraftwerkstandortes geklärt sind. Für das schon 1982 beschlossene Park-and-ride-Programm wurden 1983 Projektstudien erarbeitet, die die Grundlage für Verhandlungen mit dem Bund und den Österreichischen Bundesbahnen über die Realisierung und Finanzierung bilden. Das Gutachten über Möglichkeiten des Energiesparens in der Länderregion wurde ebenfalls abgeschlossen. Es bildet die Grundlage für weitere Abstimmungen der Energiekonzepte und energiebezogener Maßnahmen innerhalb der Länder.

Die Vorher-nachher-Untersuchung über die A 21 — Außenringautobahn liegt ebenfalls bereits vor, eine Vorher-nachher-Untersuchung über den Schnellbahnast Wien—Mistelbach wurde eingeleitet, die Arbeiten zu Abstimmungen im Grenzbereich der Länder wurden fortgesetzt.

Das Beschlußorgan der Planungsgemeinschaft Ost trat am 19. Dezember 1983 zusammen und verabschiedete entsprechende Empfehlungen zu den fertiggestellten und in Arbeit befindlichen Untersuchungen. Weiters wurden das Arbeitsprogramm und das Budget 1984 beschlossen. Für Auftragsvergaben stehen 1984 2,1 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die im Entwurf zum Stadtentwicklungsplan für Wien formulierten Ziele und Maßnahmen wurden auf Grund der eingelangten Stellungnahmen der Ministerien und Bundesdienststellen, der Landesregierungen, Bezirksvertretungen, Kammern und Interessenvertretungen überarbeitet. Auch die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung, die nach dem Besuch der Ausstellung oder als Reaktion auf die diesbezügliche Aussendung des Pressedienstes herangetragen wurden, fanden Eingang in die überarbeitete Fassung des Stadtentwicklungsplanes.

Der Stadtentwicklungsplan gliedert sich nunmehr in drei Teile:

- Politische Grundsätze
- Räumliches Entwicklungskonzept
- Aufgabeschwerpunkte nach Sachbereichen

Die Fülle der Planungsgrundlagen aus dem Stadtentwicklungsplan wurde in einer gesonderten thematischen Zusammenstellung und in einer nach einheitlichen kartographischen Gesichtspunkten bearbeiteten Form als Planungsatlas für Wien herausgegeben. Der Planungsatlas für Wien ist als fortführbares Kartenwerk konzipiert und thematisch in Anlehnung an den Stadtentwicklungsplan in Themenbereiche gegliedert. Die erste Lieferung umfaßt insgesamt 61 Kartentitel. Dieses Kartenwerk soll entsprechend dem Fortschritt der Stadtentwicklungsplanung durch neue Karten ergänzt und auf den jeweils neuesten Stand der Planungsarbeiten gebracht werden. Dadurch wird es auch zur wertvollen Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen. Das informative Kartenwerk ist in einer Schraubmappe mit austauschbaren Blättern im Fachbuchhandel sowie in der Stadtinformation im Rathaus erhältlich.

Als besonderer Schwerpunkt der Tätigkeiten im Rahmen der generellen Grünflächenplanung wurde die erste Stufe eines Kleingartenkonzeptes für Wien erstellt. Dabei handelt es sich um eine umfassende

Bestandserhebung sämtlicher Kleingärten Wiens, die, aufbauend auf den Grundlagen der grundflächenverwaltenden Dienststellen, auch umfangreiche Feldarbeit (Begehungen) notwendig machte. Auf Grund der durchgeführten Erhebungen konnte die Vielfalt der „kleingärtnerischen Nutzungen" nach vorgegebenen Kriterien erfaßt und auch planlich dargestellt werden. Im Hinblick auf eine fundierte Problemdarstellung wurden die Kleingärten auch nach mehreren städtebaulich wichtigen Gesichtspunkten bewertet und analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen in nächster Zeit Grundlage für eine auf gesicherten Bestandsdaten basierende fachliche und politische Diskussion bieten. Weiters sollen, aufbauend auf diesen Ergebnissen, in einer folgenden Bearbeitungsstufe detaillierte konzeptive Vorstellungen ausgearbeitet werden. Damit soll eine Entscheidungshilfe zu den anstehenden Problemen im Kleingartenwesen ausgearbeitet werden.

Unter den Bezirksentwicklungsplanungen ist vor allem der Abschluß des Bezirksentwicklungsplanes für den 3. Bezirk hervorzuheben. Dieser wurde nach einer eingehenden Diskussion mit Vertretern des Bezirkes (Mandatare, Interessenvertretungen, Interessenten) einstimmig von der Bezirksvertretung beschlossen und durch eine Ausstellung der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Durch diese Vorgangsweisen konnten die Vorstellungen des Bezirkes mit den Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplanes abgestimmt werden. Damit liegt eine Grundlage vor, auf deren Basis sowohl kurzfristig anstehende Probleme im größeren Zusammenhang beurteilt werden können als auch längerfristig die Fertigstellung der U-Bahn-Linie U 3 im 3. Bezirk zu positiven Impulsen für die Bezirksentwicklung benutzt werden kann.

Für den 21. Bezirk konnte die Strukturanalyse fertiggestellt werden. Die vorhandenen Probleme sowie aus dem Stadtentwicklungsplan abgeleitete Ziele und Maßnahmen wurden graphisch aufbereitet und dem Bezirk für eine interne Diskussionsphase zur Verfügung gestellt. Begleitend dazu wurde auch das vorhandene Verkehrssystem untersucht, eine Analyse für ein Bezirksverkehrskonzept vorbereitet und ebenfalls den Vertretern des Bezirkes übergeben.

Vor allem als Arbeitsunterlage für die befaßten Planungsdienststellen sind Strukturpläne anzusehen, die — abgeleitet vom Stadtentwicklungsplan und aufbauend auf kleinräumigen Analysen — Probleme und Zielsetzungen für die Bezirksentwicklung enthalten. Diese beziehen sich vor allem auf Verkehrsführung, Grünverbindungen, Zentrenentwicklung, Bebauungsdichte und ähnliche Kriterien. Derartige Strukturpläne liegen für die Bezirke 2, 5, 15, 16, 19 und 20 vor, so daß konkretisierte Zielsetzungen und Maßnahmen davon abgeleitet werden können und an Hand von graphisch aufbereiteten Plänen die Diskussionsphase mit den Bezirken in die Wege geleitet werden kann. Ergebnis sollten Maßnahmenkataloge sein, die, im Einverständnis mit den Bezirken erarbeitet, die Grundlage für Bezirksentwicklungspläne bilden.

Für den 23. Bezirk ist eine derartige Strukturanalyse in Arbeit, sie erfolgt gleichzeitig mit Arbeiten zu einem Bezirksverkehrskonzept. Eine Vorlage an den Bezirk wird für das Jahr 1984 angestrebt.

Als erste Stufe für ein Bezirksverkehrskonzept für den 2. und den 20. Bezirk wurden die Analyse des Verkehrsgeschehens und der auftretenden Probleme sowie erste Maßnahmenvorschläge fertiggestellt. Diese Arbeit dient als Unterlage für die Meinungsbildung innerhalb der Bezirke.

In Bezirksbefragungen wurde die Meinung der Bewohner des 15. und des 20. Bezirkes über ihren Bezirk erfragt. Der Vorrang der Stadterneuerung gleichermaßen wie die Sicherheit im Straßenverkehr waren wesentliche Aussagen in diesen Umfragen; die detaillierten Ergebnisse bilden eine wertvolle Grundlage für Bezirksentwicklungsplanungen, aber auch für Stadtteilplanungen der Magistratsabteilung für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.

Dem Auftrag des Gemeinderates entsprechend wurde in Fortführung der Verkehrskonzeption das Park-and-ride-Programm für Wien fertiggestellt. Dieses sieht kurz- und mittelfristig auszubauende Parkplätze in der Nähe von Stationen des öffentlichen Verkehrs vor, um — vor allem für Bewohner der Randgebiete — Erleichterungen beim Besuch von Zielen im Stadtzentrum herbeizuführen. Dazu wurden auch Erhebungen über die Auslastung der bestehenden Park-and-ride-Anlagen durchgeführt.

Von den Verkehrsprojekten, die im Jahre 1983 abgeschlossen werden konnten, ist besonders die U 3, Abschnitt Volkstheater—Landstraße, also die Querung der Innenstadt, zu erwähnen, für die die politische Projektbesprechung positiv abgeführt werden konnte.

Das Aufgabengebiet „Öffentlicher Verkehr" umfaßte vor allem Arbeiten zum Schienenverbundprojekt, also zur zweiten Bauphase der U-Bahn. Die Überlegungen für eine dritte Bauphase wurden weitergeführt und konkretisiert. Neben dem bereits erwähnten Abschluß des generellen Projektes der U 3 im Abschnitt Volkstheater—Landstraße konnte ein vereinfachtes generelles Projekt, das der Trassensicherung dient, für den Abschnitt Erdbergstraße—Simmeringer Hauptstraße fertiggestellt werden. Die Arbeiten am generellen Projekt für den Abschnitt Mariahilf (Volkstheater—Westbahnhof) sowie an der Variantenuntersuchung für den Abschnitt West (Westbahnhof—Breitensee—Ottakring) wurden in Angriff genommen.

Im Jahre 1983 wurde der Wettbewerb für die Überquerung des Wientales im Zuge der U 6 (Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile) abgeschlossen. Der Wettbewerb brachte keine Lösung, die allgemein anerkannt wurde, so daß die Diskussion über das Brückenproblem weiterging. Bei einem öffentlichen Hearing im Juli

1983 wurden neben den prämierten Wettbewerbsprojekten auch ausgeschiedene Varianten diskutiert, die den Forderungen des Bundesdenkmalamtes Rechnung tragen, die Brücke unverändert zu belassen.

Im Rahmen eines weiteren Hearings unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters im August 1983 wurde die Abteilung beauftragt, einen genauen Variantenvergleich für drei ausgewählte Lösungsansätze zu erstellen. Aber auch diese Arbeit konnte die grundlegenden Auffassungsunterschiede zwischen modernem U-Bahn-Betrieb und Denkmalschutz nicht beseitigen. Die Abteilung versuchte daher, unter Ausnutzung der von den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe für diesen Sonderfall zugestandenen Ausnahmebestimmungen für die Trassierung eine völlig neue Anordnung der Verknüpfungsstation zu entwerfen. Dies gelang auch zum Jahresende 1983. Dieser neue Vorschlag entspricht sowohl der Forderung nach einer voll funktionsfähigen Verknüpfungsstation wie auch dem Standpunkt des Denkmalamtes.

Auf dem Gebiet der Projektierung für den Individualverkehr waren vor allem die Ergänzungen bisher erarbeiteter genereller Projekte für Bundesstraßen um einen „Anhang Umwelt" gemäß Dienstanweisung des Bundesministeriums für Bauten und Technik durchzuführen. Jener für die A 21 — Wiener Außenringautobahn, Abschnitt Kledering—Knoten Kaiserebersdorf, wurde fertiggestellt und das Ansuchen um Genehmigung des Projektes an das Bundesministerium für Bauten und Technik in die Wege geleitet. Für die B 8 (Praterstraße—Urania) und die B 16 (Bereich der Unterführung der Donauländebahn) konnten generelle Projekte samt Anhang Umwelt fertiggestellt werden; für die B 3 — Donaustraße, Abschnitt Donaufelder Straße—Brünner Straße, sowie für die B 17 — Wiener Neustädter Straße, Abschnitt Wienerbergstraße—Anschlußstelle Inzersdorf, mit städtebaulicher Begleitbearbeitung wurde das generelle Projekt abgeschlossen, so daß die politische Projektbesprechung Anfang 1984 erfolgen kann.

Die Variantenuntersuchung für den Abschnitt Kaisermühlen—Stadlau der A 24 — Autobahnverbindung Wien Ost konnte entsprechend der Weisung des Bundesministeriums für Bauten und Technik mit einer Kosten-Nutzen-Analyse abgeschlossen werden. Eine Alternativlösung, die eine Führung dieser Autobahn über den Gleisanlagen der Ostbahn vorsieht, wurde in die Variantenuntersuchung aufgenommen. Für die S 2 — Donaukanalschnellstraße zwischen Prager Straße und Brünner Straße wurde ebenfalls eine Variantenuntersuchung abgeschlossen und dem Bezirk für die Entscheidungsfindung zur Verfügung gestellt.

Die zahlreichen in der Abteilung erarbeiteten bzw. von außen an die Abteilung herangetretenen Varianten der Führung der Bundesstraße B 225 zwischen der Bitterlichstraße und der Anschlußstelle Simmeringer Haide (A 4) gaben Anlaß für eine Variantenbewertung. Diese wird nach Fertigstellung eine Grundlage für die Entscheidung über die Trassenführung in der Bezirksdiskussion bilden.

Unter den generellen Verkehrsproblemen, die im Jahre 1983 in der Abteilung behandelt wurden, sind weiters Erhebungen über den Fernverkehr von und nach Wien (Bahn, Luft) sowie Bearbeitungen für den ruhenden Verkehr (Interessentensuche für Tiefgaragen) zu erwähnen.

Vorschläge für Tunnellösungen am Gürtel bzw. für die Süd- und Westeinfahrt wurden 1983 einer ersten Untersuchung unterzogen. Da derartige Verkehrslösungen wesentliche Auswirkungen auf das gesamte hochrangige Netz, auf die Stadtentwicklung und die Umweltverhältnisse hätten und überdies Probleme der Stadterneuerung im weiteren Einzugsbereich dieser Trasse von besonderer Aktualität sind, wurde eine Überprüfung aller Lösungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung aller Zusammenhänge eingeleitet, die von einer Beratergruppe mit externen Experten und einem magistratsinternen Arbeitskreis unter Federführung der Abteilung 1984 durchgeführt werden und konkrete Empfehlungen für die Organe der Stadt Wien erbringen soll.

Im Jahre 1983 konnten auch zwei Vorher-nachher-Untersuchungen fertiggestellt werden; diese geben Aufschlüsse über die Veränderung des Verkehrsgeschehens als Folge von Ausbaumaßnahmen des hochrangigen Straßennetzes. Beispielsweise hat die Fertigstellung der A 21 — Wiener Außenringautobahn zwischen der West- und Südautobahn (diese Untersuchung wurde im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost gemeinsam mit dem Land Niederösterreich durchgeführt) wesentliche Veränderungen vor allem in den südwestlichen Bezirken Wiens bewirkt. Der Straßenzug Grünbergstraße—Altmannsdorfer Straße wurde vor allem vom Lkw-Verkehr, der zu einem großen Teil nunmehr die A 21 benützt, entlastet; die dadurch entstandenen Leistungsreserven waren ausreichend, einen großen Teil jenes Verkehrs aufzunehmen, der bisher auf weniger geeigneten parallelführenden Routen abgewickelt wurde. Eine Verbesserung der Wohn- und Umweltverhältnisse konnte daher in großen Teilen des 12., 13. und 23. Bezirkes erzielt werden.

Auf der Basis des Radweggrundnetzes für Wien, das auch in der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung", Band 11, publiziert wurde, wurden mehrere Radwegprojekte bearbeitet. So konnte das Projekt für den Augartenweg in einer Wirtschaftlichkeitsbesprechung am 19. August 1983 positiv abgeschlossen werden, das Projekt für den Donaukanalradweg wurde fertiggestellt, zusätzliche von den Bezirksvertretungen geforderte Anbindungen müssen erst erarbeitet werden. Der Abschnitt Reumannplatz—Grenzackerstraße des Laxenburg-Radweges konnte für eine Projektbesprechung vorbereitet werden, für den Abschnitt Grenzackerstraße—Inzersdorf wurden die Unterlagen für die Detailbearbeitung den ausführenden Dienststellen übergeben.

Aus den Tätigkeiten des Bereiches der Stadtforschung können neben der Aufgabe, aus den verschie-

densten Daten- und Informationsquellen (wie z. B. aus dem Verwaltungsvollzug oder aus der amtlichen Statistik) Planungsgrundlagen für die Entscheidungsvorbereitung zu erstellen, nur beispielhaft wichtige Arbeitsergebnisse und Aktivitäten genannt werden:

— Vorbereitende Arbeiten im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Installierung eines „ADV-gestützten Planungsinformationssystems" gemeinsam mit der MD-ADV im Hinblick auf eine geplante dezentrale Datenverarbeitungsstelle in der Abteilung.

— Ausarbeitung eines sogenannten „Grünauszuges" aus dem Stadtentwicklungsplan in Fortführung des schon früher erstellten Landschaftsrahmenplanes. Damit sollen auch in detaillierter Weise die längerfristigen Zielvorstellungen der generellen Grünflächenplanung in einer mit dem Stadtentwicklungsplan abgestimmten Form dokumentiert werden.

— Zur Gewinnung vergleichender objektiver Ausagen über die Grünflächenversorgung der Wiener Bevölkerung wurde eine Studie über den „Vergleich der Grünsysteme ausgewählter europäischer Großstädte" durchgeführt. Damit sollen die Zielvorstellungen im Stadtentwicklungsplan untermauert und detaillierte Vergleichsgrundlagen für die verschiedenen Aufgabenschwerpunkte der Grünraumplanung geliefert werden.

— Im Zusammenhang mit der Fortführung von Planungsgrundlagen für den Bereich „Natürliche Lebensgrundlagen und Umweltschutz" wurde ein mehrjähriges Forschungsprojekt über das „Klimaelement Niederschlag und tägliche Entwicklung der urbanen Wärmeinsel" abgeschlossen. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erstellt und liefert auf Grund der detaillierten Datenerfassung in Wien und im Umland wertvolle Ergebnisse zur Interpretation stadtklimatischer Veränderungen sowie auch Grundlagen für verfeinerte Berechnungen der Schadstoffausbreitung und des Luftaustausches.

— Der generalisierte Flächenwidmungsplan 1 : 10.000 wurde auf den Stand Ende Dezember 1983 gebracht. Auf Grund der großen Nachfrage nach diesem Planwerk ist für das Frühjahr 1984 eine Drucklegung vorgesehen. Für den internen Gebrauch wird der Stand des Flächenwidmungsplanes auch in Form von Schwarzpausen laufend auf dem aktuellen Stand gehalten.

Nach Vorliegen der ersten kleinräumigen Ergebnisse der Großzählung 1981 (Volkszählung, Häuser- und Wohnungszählung, Arbeitsstättenzählung) wurden erste Analysen und Darstellungen ausgearbeitet. Als erste Ergebnisse liegen Interpretationen zu folgenden Themenbereichen vor: Bevölkerungsentwicklung, Entwicklung der Wohnungen, Veränderungen der Arbeitsplatzsituation, Einwohnerdichte, Verteilung der Ausländer. Die Analyse der Großzählungsergebnisse wird nach Vorliegen weiterer kleinräumiger Ergebnisse laufend ergänzt und unter anderem in Kartenform im Planungsatlas für Wien dokumentiert.

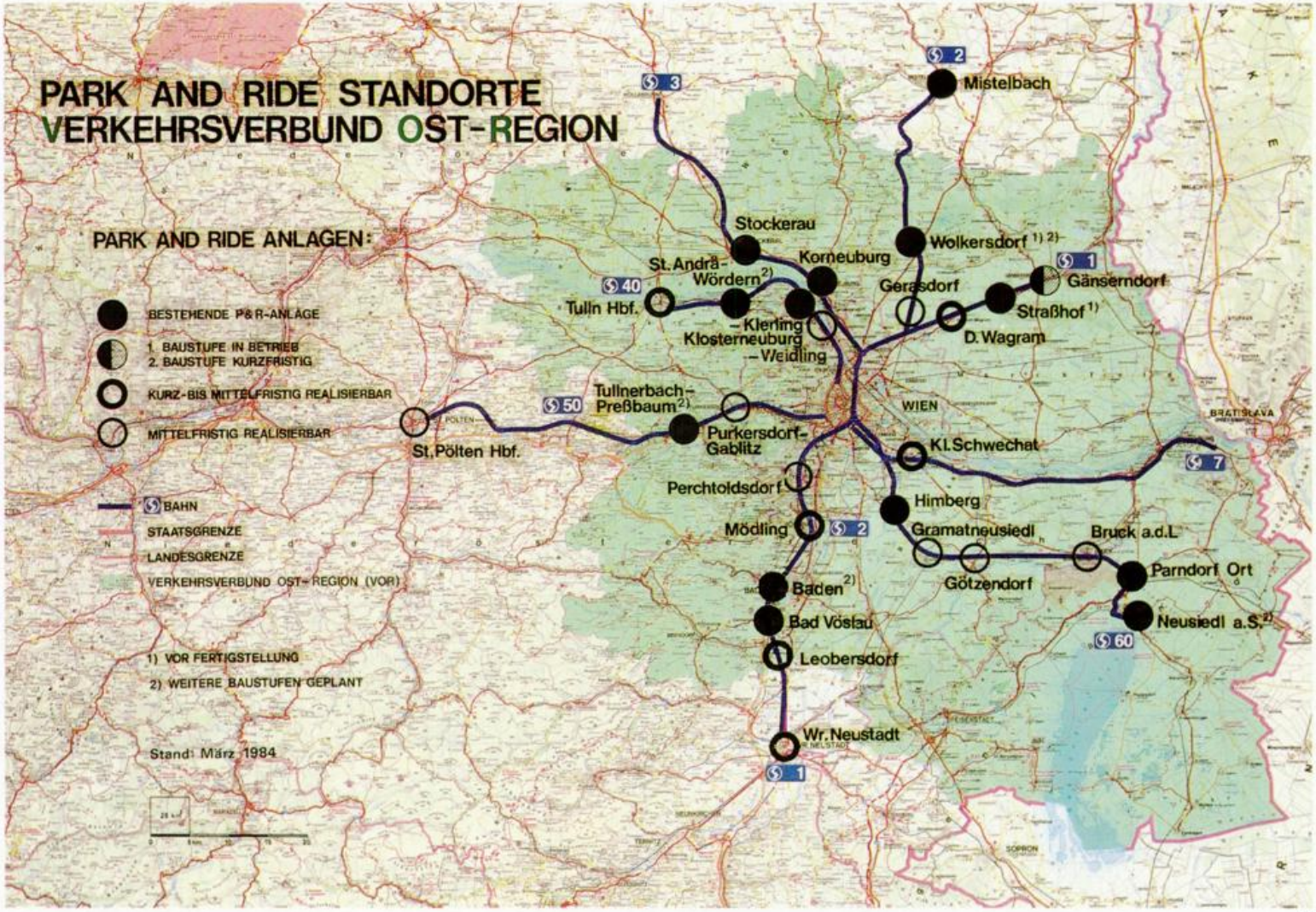
Die Serie „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung" konnte im Jahre 1983 durch die Herausgabe weiterer fünf Bände erweitert werden:

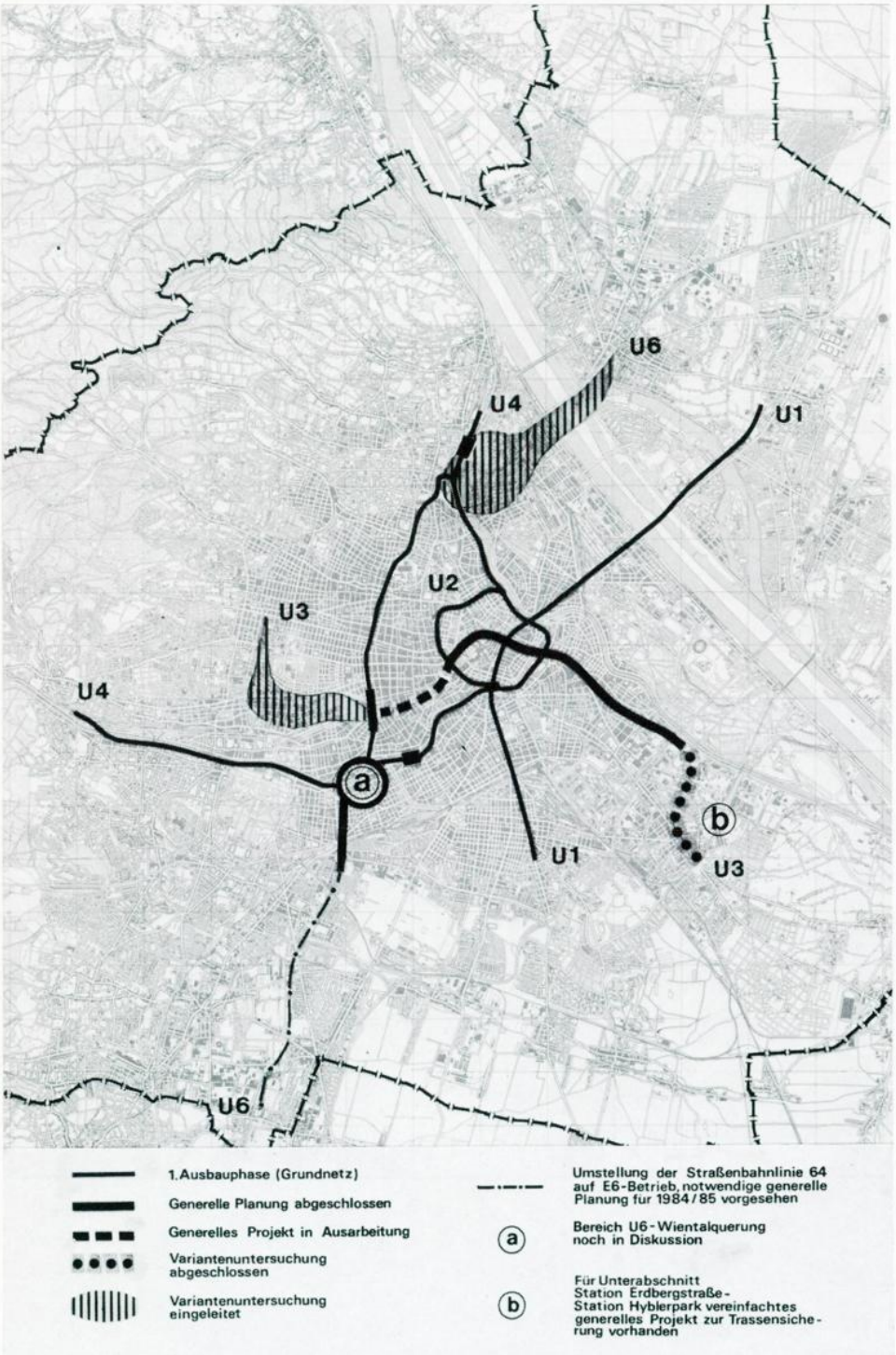
Band 9: Erfahrungen mit Park-and-ride-Anlagen in ausgewählten europäischen Städten — Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum
Band 10: Park-and-ride-Programm für Wien — A. Fauland
Band 11: Radwegegrundnetz für Wien — H. Fellner, W. Kalss, W. Rosinak, G. Seidel
Band 12: Zentralitätsgefüge und Versorgungsqualität — D. Bökemann
Band 13: Analysen der Wiener Stadtstruktur — J. Steinbach, W. Feilmayr

Nach Ende der Ausstellung „Wien 2000" im Messepalast, die rund 23.000 Besuchern einen Überblick über die städtebauliche Entwicklung Wiens seit 1945 sowie eine Information über den Stadtentwicklungsplan bot, wurde im Herbst 1983 eine neue Ausstellung eröffnet. Unter dem Titel „Stadtplanung gestern — heute — morgen" werden aktuelle Themen bzw. Planungen aus dem Aufgabenbereich der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung gezeigt. In je nach Aktualität wechselnden Exponaten werden vor allem Ergebnisse der Abteilung sowie der Magistratsabteilungen für Stadtgestaltung sowie für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan einer interessierten Öffentlichkeit nähergebracht. In diesem Zusammenhang ist auch die wechselnde Gestaltung der für die Präsentation von Planungsergebnissen vorbehaltenen Vitrinen in der Babenberger-Passage und in der U-2-Station Mariahilfer Straße zu erwähnen.

Einen wichtigen Beitrag zur aktiven Öffentlichkeitsarbeit stellt der unmittelbare und persönliche Kontakt dar, d. h. die umfangreiche Aufklärungs- und Informationsarbeit für viele Menschen, die mit großem Interesse Planungsvorgänge mitverfolgen und diesbezüglich ergänzende Auskünfte zu erhalten wünschen.

In diesem Zusammenhang sind auch Vorträge, Referate, Führungen und Diskussionen mit Interessenvertretungen, Mandataren, in- und ausländischen Planungsdienststellen, Versammlungen usw. zu sehen, in denen Informationen zu aktuellen Themen der Stadtplanung geboten werden. Die Abteilung und ihre Mitarbeiter vertreten als Experten die Interessen der Stadt bzw. des Landes Wien im In- und Ausland. Neben den bereits erwähnten Institutionen (Planungsgemeinschaft Ost und ÖROK) arbeiten Mitglieder der Abteilung in zahlreichen Arbeitsgruppen des Bundes (z. B. Österreichisches Gesamtverkehrskonzept), beim Städtebund, in Fachnormenausschüssen und internationalen Organisationen bzw. Verbänden mit.


PARK AND RIDE STANDORTE
VERKEHRSVERBUND OST-REGION
PARK AND RIDE ANLAGEN:
BESTEHENDE P&R-ANLAGE
1. BAUSTUFE IN BETRIEB
2. BAUSTUFE KURZFRISTIG
KURZ-BIS MITTELFRISTIG REALISIERBAR
MITTELFRISTIG REALISIERBAR
BAHN
STAATSGRENZE
LANDESGRENZE
VERKEHRSVERBUND OST-REGION (VOR)
1) VOR FERTIGSTELLUNG
2) WEITERE BAUSTUFEN GEPLANT
Stand: März 1984
Mistelbach
Stockerau
Wolkersdorf 1) 2)
Korneuburg
St. Andrä-Wördern 2)
Tulln Hbf.
Gerasdorf
Gänserndorf
Straßhof 1)
D. Wagram
Klosterneuburg-Weidling
Tullnerbach-Preßbaum 2)
WIEN
St. Pölten Hbf.
Purkersdorf-Gablitz
Kl. Schwechat
Perchtoldsdorf
Himberg
Mödling
Gramatneusiedl
Bruck a.d.L.
Parndorf Ort
Götzendorf
Baden 2)
Neusiedl a.S. 2)
Bad Vöslau
Leobersdorf
Wr. Neustadt



Stadtplanung

U-Bahn-Planung

Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind der Abteilung die Agenden der Stadtgestaltung zugewiesen. Diese Tätigkeit hat in den vergangenen Jahren insofern eine Veränderung erfahren, als sie von den rein objektbezogenen Bearbeitungen nunmehr auf großräumige Gestaltungsbereiche ausgeweitet wurde. Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen, Interessenvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung direkt erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Unter dem Sammelbegriff Stadtgestaltung sind mehrere Schwerpunktbereiche (Referate) in der Abteilung zusammengefaßt, und zwar die Stadtgestaltung, der städtische Wohnbau, der städtische Nutzbau und in Ergänzung Bauberatung und Architektenwettbewerbe. Im Zusammenhang mit diesen Bereichen stehen Planungsvergaben an Ziviltechniker, die Überprüfung von deren Leistungen und Honoraren sowie die in jeder Abteilung anfallende Kanzleiarbeit mit Protokoll und Akten.

Der Bereich S t a d t g e s t a l t u n g tritt durch seine oftmals großräumigen Projekte am auffälligsten in den Wahrnehmungsbereich jedes Stadtbewohners und Stadtbesuchers. An Hand des im Stadtentwicklungsplan weitgesteckten Aufgabenbereiches konnte im Jahre 1983 eine Reihe von Stadtteilplanungen durchgeführt und die Konsequenzen in bezug auf das örtliche Stadtbild, aber auch auf eine mögliche Stadtentwicklung aufgezeigt werden. So wurden die Stadtteilplaner für den 3. Bezirk, Bereich Weißgerber- und Hörnesviertel, Erdberg — Bereich Klimschgasse, ferner für den 16. Bezirk, Bereich Neulerchenfeld—Neuottakring, erarbeitet und darüber hinaus die Ergebnisse der Bearbeitungen für den 2. Bezirk, Karmeliterviertel—Im Werd, und für den 21. Bezirk, Zentrum Floridsdorf, in Ausstellungen in den Bezirken der Öffentlichkeit gezeigt. Entsprechend der Problemlage in den einzelnen Bearbeitungsgebieten wurden für punktuelle Änderungen des Bebauungsplanes Studien und Vorschläge erarbeitet, die als Vorgaben im Rahmen der Bauberatung ihren Niederschlag fanden; so sind z. B. die Gestaltungsstudie Engelsplatz—Handelskai, die Gebäudehöhenfestsetzung im Bereich Margaretenplatz und die Abänderung des Bebauungsplanes im Bereich Mittersteig—Straußengasse im 5. Bezirk zu nennen.

Einen weiteren Aufgabenbereich bildet die Auseinandersetzung mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan unter besonderer Berücksichtigung des örtlichen Stadtbildes, aber auch auf Grund geänderter Voraussetzungen durch großräumige Verkehrsplanungen. Dies betrifft vor allem Überprüfungen und Stellungnahmen im Rahmen der magistratsinternen Bearbeitung, wobei für 1983 der Grinzingplan im 19. Bezirk und das Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf im 12. Bezirk zu erwähnen sind. Darüber hinaus wurden wesentliche Stellungnahmen zur Überprüfung der bestehenden Widmungen für Kleingartenanlagen ausgearbeitet, die letztlich Grundlagen für eine Abänderung des Wiener Kleingartengesetzes bilden. Ein neuer Arbeitsschwerpunkt ergab sich in Zusammenhang mit der Überprüfung von generellen Verkehrsprojekten des Bundes im Hinblick auf die Wirkung im Stadtbild und die Umweltverträglichkeit. 1983 wurden Beurteilungen für die A 24, S 2 und B 3 abgegeben.

Im Bereich der O b e r f l ä c h e n p l a n u n g e n für den öffentlichen Raum sind Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu nennen, die in der Regel eher kleinmaßstäbliche Projekte sind und sich vornehmlich in den Stadterneuerungsgebieten konzentrieren, wie z. B. der Sobieskiplatz im 9. Bezirk oder ein erster Abschnitt der Diefenbachgasse im 15. Bezirk. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Planungen leitet sich von Bezirksanträgen ab, die die Zielsetzung haben, den ruhenden Verkehr neu zu ordnen und damit mehr Platz für die Ausgestaltung wie z. B. für Begrünungen zu erhalten. Als Beispiel sei das Hörnesviertel im 3. Bezirk angeführt. Die Planung der neuen Uraniabrücke einschließlich des gesamten Umfeldes im 2. wie im 3. Bezirk nahm einen breiten Raum ein, handelt es sich doch in diesem Fall um ein Projekt weitreichender Bedeutung.

Nicht nur verkehrsorganisatorische Lösungen galt es zu erarbeiten, vor allem standen Fragen des Städtebaus und der Stadtgestaltung im Vordergrund. Die Planung der U 3, vor allem aber ihre Auswirkungen an der Oberfläche machen eine Reihe von Projekten erforderlich. So konnte die Oberflächenplanung der Landstraße abgeschlossen und mit einer Reihe neuer, wie z. B. den innerstädtischen Bereichen begonnen werden. Für die U 6 sind ebenfalls Oberflächenplanungen bearbeitet worden. Während der Schedifkaplatz und die Niederhofstraße als abgeschlossen zu betrachten sind, ist eine Lösung der Längenfeldgasse von der Entscheidung über die Varianten der Trassenführung noch ausständig.

Wie im vergangenen Jahr wurden im Interesse einer breiten Information der Öffentlichkeit Publikationen erarbeitet. Zu nennen sind eine umfassende Dokumentation des Donaukanals (Geschichte, Planungen und Realisierungen), die abgeschlossen wurde, und der sogenannte Wiener Architekturführer, der an Hand 300 ausgewählter Beispiele einen Überblick bietet.

Der s t ä d t i s c h e W o h n b a u , ein Hauptanliegen der Stadtverwaltung, gehört in der Planungsphase zum Aufgabengebiet der Abteilung. Im Jahre 1983 lag der Schwerpunkt wieder auf der projektbegleitenden Mitarbeit an Planungsaufträgen, die an Ziviltechniker für Neubauten im Rahmen des städtischen Wohnbauprogramms vergeben wurden. In den letzten Jahren ist, der allgemeinen Tendenz entsprechend, eine deutliche Schwergewichtsverlagerung zugunsten von Stadterneuerungsprojekten festzustellen. Im Jahre 1983 sind aus die-

sem Grund von den rund 90 im Planungsstadium befindlichen Projekten mehr als 90 Prozent dieser Kategorie zuzuordnen. Bei etwa 15 Projekten sind Revitalisierungsmaßnahmen, Wohnungszusammenlegungen und Dachbodenausbauten vorgesehen. Die durchschnittliche Wohnungsanzahl bei Stadterneuerungsprojekten beträgt 20 bis 40 Wohnungen, wobei die durchschnittliche Wohnfläche deutlich herabgesetzt ist und derzeit unter 70 m² liegt.

Der Schwerpunkt der Abteilungstätigkeit liegt in der projektbegleitenden Mitarbeit an diesen Planungen, deren Ausführung an insgesamt 120 Ziviltechniker vergeben ist. Dabei kommt auch den Belangen der Behindertenhilfe, der Versorgung der Bevölkerung mit infrastrukturellen Einrichtungen, wie Arztpraxen, Mutterberatungsstellen, Pensionistenklubs, Kindertagesheimen und Läden, besondere Bedeutung zu. Der gelungene Versuch einer Mietermitbestimmung im 11. Bezirk wird in einer Reihe von Projekten fortgesetzt, so daß in jedem Bezirk Mietern die Möglichkeit der Mitbestimmung geboten werden kann. Darüber hinaus werden von der Abteilung zu zahlreichen Problempunkten der Stadterneuerung Gutachten bzw. Studien ausgearbeitet, die Entscheidungshilfen für künftige Wohnbauprojekte darstellen.

Im Bereich der Wohnhauserhaltung, und zwar für Instandsetzung und Verbesserung, werden laufend Beratungen bzw. kleinere abteilungseigene Planungsleistungen für die Magistratsabteilung, die für Erhaltung der städtischen Wohnhäuser zuständig ist, erbracht. Der Schwerpunkt auf diesem Gebiet ist die Planung von Aufzügen, die nachträglich eingebaut werden. Im Jahre 1983 wurden von 12 beauftragten Ziviltechnikern sowie von der Abteilung in Form von Eigenplanungen Einreichpläne für insgesamt 166 derartige Aufzüge erstellt.

Den Bestrebungen der Ingenieurkammer nach vermehrter Durchführung von Wettbewerben ist mit dem Wohnbau-Wettbewerb „23., Drasche-Gründe" entsprochen worden. Darüber hinaus wurde anläßlich des 60jährigen Jubiläums des kommunalen Wohnbaues in Wien mit der Vorbereitung eines dreiteiligen Architekten-Wettbewerbes, der im Jahre 1984 durchgeführt werden soll, begonnen.

Im Referat N u t z b a u sind alle Projektsbearbeitungen, mit Ausnahme des Wohnbaues, zusammengefaßt. Ihm obliegt — ausgehend von der Grundlagenbeschaffung — die Planung eigener Projekte bzw. die Koordinierung des Planungsablaufes der Projekte bei Beauftragung von Ziviltechnikern bis zur Fertigstellung der Bauwerke. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Auf dem Bildungssektor liegt beim Schulbau der Stadt Wien der Schwerpunkt weiterhin auf der Erneuerung überalterter Objekte im innerstädtischen Bereich. Die Problematik besteht in diesem Fall vor allem in der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes während des Umbaues und in der sehr beengten Beschaffenheit der Bauplätze. Daraus resultiert auch die Notwendigkeit der etappenweisen Errichtung der Gebäude. An abteilungseigenen Schulplanungen wurde im Jahre 1983 der Turnhallenzubau in 21, Aderklaaer Straße, abgeschlossen, die Weiterführung der Generalsanierung der Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, samt Erweiterungsbau während der Bauausführung betreut und die Detailplanung für eine Werkstättenhalle im Hof 1 der Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse, durchgeführt. Für das geplante 5. Zentralberufsschulgebäude der Kfz-Techniker wurde der Standort in 21, Scheydgasse, in Form von Bebauungsstudien untersucht. Von den Schulplanungen, die von Ziviltechnikern erstellt werden und bei denen die Abteilung koordinierend mitwirkt, sind die Vorentwurfsplanung für die 12klassige Volksschule in 18, Köhlergasse, die in Abänderung des ursprünglichen Konzeptes nunmehr als Ganztagsschule geplant ist, und die Polier- und Detailplanung für die 16klassige Schule in 20, Gerhardusgasse, mit Tagesheim und Sanitätsstation zu nennen.

Die zahlreichen städtischen Bäder sind beliebte Freizeiteinrichtungen. Um die Attraktivität noch zu verbessern und dem neuen Bäderhygienegesetz zu entsprechen, sind umfangreiche bauliche Maßnahmen auf Grund des unterschiedlichen Alters und Zustandes der Anlagen notwendig. Die dafür erforderlichen Planungsarbeiten konnten größtenteils in der Abteilung durchgeführt werden. Es wurden dabei nicht nur auf dem Sektor Freibäder und Hallenbäder, sondern auch in dem von der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommenen Bereich Sauna Verbesserungen durchgeführt. An projektsbegleitender Bearbeitung für von Ziviltechnikern geplante Bauvorhaben sind vor allem die Bezirkshallenbäder in der Brigittenau (20. Bezirk) und der Großfeldsiedlung (21. Bezirk) sowie die Fortführung der Generalsanierung des Amalienbades im 10. Bezirk zu nennen.

Umfangreiche Planungs- und Koordinierungstätigkeiten waren für Umbau- und Adaptierungsarbeiten sowie Einrichtungen in Amtshäusern und in sonstigen städtischen Objekten durchzuführen, so in der Dresdner Straße 75, im Felderhaus, im Rathaus, in der Gasgasse 8—10, in der Ebendorferstraße 2 und am Schottenring 22. Da das derzeit verwendete Beschilderungssystem infolge seiner Unübersichtlichkeit zu Orientierungsschwierigkeiten führt, wurde in diversen Amtshäusern das System der Studie „Orientierungssystem Wiener Amtshäuser" in der Praxis erprobt.

Zahlreiche Volkshochschulen können derzeit aus Raummangel dem bestehenden Bedarf an Kursen usw. nicht nachkommen. Durch entsprechende Zu- und Umbauten sowie Adaptierungen sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden. Im Jahre 1983 wurden entsprechende Adaptierungen und Zubauten für die Volkshochschulen in 20, Raffaelgasse 11, 13, Hofwiesengasse 48, sowie Planungsarbeiten für den Umbau des Albert-Sever-Saales durchgeführt. Die Planungsarbeiten für die im Zuge der Erneuerung der nachrichtentechnischen Anla-

gen erforderlichen Umbauten in allen Feuerwachen wurden aufgenommen, wobei die Zentralfeuerwache Am Hof mit Umbauten größeren Umfanges besonders erwähnenswert ist. Die neue Jugendsportanlage in 10, Franz-Koci-Straße, mit Garderobengebäuden und Außenanlagen wurde fertiggestellt.

Der Arbeitsbereich Kindertagesheime und Heime für Jugendliche bzw. alle im Verwaltungsbereich des Jugendamtes liegenden Bauvorhaben umfaßt Neubauten und Renovierungen von Kindertagesheimen, Heimen, Wohngemeinschaften, Bezirksjugendämtern sowie von sonstigen therapeutischen Einrichtungen. An abteilungsinternen Bearbeitungen sind die Neuplanung des Kindertagesheimes in 17, Dornbacher Straße 53, sowie die des Kindertagesheimes in 21, Gerasdorfer Straße — östlich Brünner Straße, erwähnenswert. Die projektsbegleitende Bearbeitung für von Ziviltechnikern geplante Kindertagesheime betrafen vor allem solche, die in städtischen Wohnhausanlagen integriert sind, wie z. B. in 6, Gumpendorfer Straße 59—61 und 40—44, in 10, Ankerbrotgründe und Wienerberggründe, in 16, Roterdstraße, in 17, Alszeile, in 19, Gräf-und-Stift-Gründe, in 22, südlich Am Heidjöchl, und in 23, Breitenfurter Straße 401. Die planerische Bearbeitungstätigkeit erstreckt sich auch auf die im Rahmen genossenschaftlicher Bauvorhaben integrierten, für das Jugendamt errichteten Kindertagesheime wie z. B. in 21, südlich und nördlich Oswald-Redlich-Straße, in 21, Schwaigergasse-Frömmlgasse, in 17, Bezirkszentrum Hernals, und in 22, Hardegasse.

Ein sicher zukunftsweisender Schritt im sozialen Bereich ist die Planung des Heimes für geistig Behinderte in 22, südlich Hirschstettner Straße, wobei in diesem Fall versucht wurde, die neuesten pädagogischen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Behindertenbetreuung in die Planung einfließen zu lassen. Im Bereich der Jugendheime werden fortlaufend diverse Umbauten durchgeführt, wie in den Erholungsheimen Scheibbs, Gaaden und Tribuswinkel. Die bereits 1982 begonnene Überarbeitung der als Planungsgrundlage dienenden Richtlinien für Kindertagesheime und deren räumliche Anforderungen konnte entsprechend dem letzten Stand der pädagogischen Erfahrungen abgeschlossen werden.

Durch die stete Weiterentwicklung und Spezialisierung auf dem Gebiet des Krankenhausbaues ist die Abteilung mit einer Vielzahl sowie mit einer Vielartigkeit von Planungsaufgaben konfrontiert. Diese werden von den Planungsgruppen des Referates größtenteils selbst durchgeführt und stellen ein besonders umfangreiches Einsatzgebiet mit laufenden Planungsarbeiten, Bau- und Koordinierungsgesprächen sowie der Baubetreuung mit künstlerischer Oberleitung und Materialauswahl dar. Die manchmal wenig bedeutend erscheinenden Umbauarbeiten erfordern jedoch auf Grund der Einordnung in bzw. Verflechtung mit anderen Bereichen, aber auch oftmals durch die Beengtheit der vorhandenen baulichen Gegebenheiten viel Geschick und Erfahrung.

Der Schwerpunkt liegt nach wie vor beim Umbau von Krankenbettenstationen, Primariaten und medizinischen Versorgungseinrichtungen (Ambulanzen, OP-Sälen), beim Umbau von Küchen und Tagesräumen, der Errichtung von Therapieräumen, haustechnischen Anlagen, bei Fassadeninstandsetzungen sowie bei der Errichtung und Einrichtung von Verwaltungs- und Lagergebäuden. In diesem Zusammenhang muß noch auf die gerade im Spitalsbau, vor allem in der Altersversorgung und der Psychiatrie, ständige Entwicklung von neuen Erkenntnissen verwiesen werden, die eine intensive und arbeitsaufwendige Vorplanung erfordern. An Hand von vielen Vorentwurfsprojekten und Skizzen muß mit ärztlichen Leitern, der Spitalsverwaltung und den künftig mit der Ausführung und Instandhaltung befaßten Dienststellen in Arbeitsgesprächen das letztlich zur Ausführung vorgesehene Projekt erarbeitet werden. Durch die abteilungsinterne Planungsarbeit kann gerade bei kleineren, aber sehr koordinierungsaufwendigen Projekten Beträchtliches an Planungskosten eingespart werden. Koordinierungsbesprechungen mit den befaßten Dienststellen und die Begleitung des Projektes durch alle magistratsinternen Besprechungen von der Raumprogrammbesprechung über die Spitalsplanungskommissionen bis zur allfälligen Präsentation im Gemeinderatsausschuß zählen gleichfalls zu den Aufgaben der Abteilung.

Planungen größeren Umfanges wurden abteilungsintern im Allgemeinen Krankenhaus (Dialysestation, Nuklearmedizin), im Sophien-Spital und Mautner-Markhof'schen Kinderspital, Krankenhaus und Pflegeheim Lainz, Franz-Josef-Spital, Preyer'schen Kinderspital, Elisabeth-Spital, Wilhelminenspital und in psychiatrischen Krankenhäusern durchgeführt. An Vorentwürfen für Erweiterungsbauten sind der Zubau der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz, die Errichtung einer psychiatrisch-neurologischen Abteilung im Franz-Josef-Spital, Variantenuntersuchungen für die Schaffung von Verbindungsgängen im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel und die Aufstockung des St.-Rochus-Pflegeheimes zu nennen.

Zur Rettung der Bausubstanz wurde mit einem Fassadeninstandsetzungsprogramm begonnen, das durch die größtenteils denkmalgeschützten Objekte eine diffizile Aufgabe darstellt (unter anderem Allgemeines Krankenhaus, Mautner-Markhof'sches Kinderspital, Sophien-Spital, Krankenhaus Lainz, Wilhelminenspital, Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel). Auch für außerhalb Wiens liegende Anstalten waren Planungs- und Bauleitungsarbeiten für diverse Umbauten zu leisten, so für das psychiatrische Krankenhaus Ybbs und das Pflegeheim St. Andrä/Traisen. Für das Sozialmedizinische Zentrum Ost wurden im Jahre 1983 die Planungsarbeiten für das Schwerpunktkrankenhaus, basierend auf dem genehmigten Vorentwurf, in intensiver Zusammenarbeit mit allen befaßten Dienststellen und den beauftragten Ziviltechnikern mit der Ausarbeitung der Einreichplanung für die 1. Ausbaustufe abgeschlossen. Ein Großteil der für die Errichtungsbewilligung erforderlichen Behördenverhandlungen wurde positiv abgehandelt.

In Zusammenhang mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten für die Planung von Wohn- und Nutzbauten muß auf die oft schwierigen Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie auf die umfangreichen Schlußabrechnungen langfristiger Bauvorhaben hingewiesen werden. Der Abteilung obliegt in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien; sie wird so laufend von den Fachdienststellen, Verkehrsbetrieben, Elektrizitätswerken, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen, wie beim Donauhochwasserschutz, bei Brückenbauwerken, der U-Bahn, Brückenmeisterei und Wäscherei. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte konnten hiebei Sonderregelungen getroffen werden, so daß wesentliche Einsparungen an Honoraren erzielt werden konnten.

Zu nennen sind auch die vielen oft wenig beachteten, aber nicht minder arbeits- und einsatzaufwendigen Planungsarbeiten und die Mitarbeit an Bauvorhaben und Tätigkeiten, die für die reibungslose Erfüllung von Leistungen der Stadtverwaltung erforderlich sind. Es sind dies unter anderem Bauten für die Stadtreinigung, das Stadtgartenamt, die vielen Umbauten von Aufzügen, Stiegenanlagen und behindertengerechten Toilettenanlagen und nicht zuletzt Bauten für die Detailmärkte.

Der Abteilung obliegt weiters die Mitarbeit im Rahmen der Kulturförderung bei der Auswahl von Arbeiten bildender Künstler zur Ausschmückung von städtischen Wohn- und Nutzbauten. Der Entwurf für Fassadenaufschriften an städtischen Gebäuden, die Gestaltung von Widmungstafeln und Gedenktafeln, die Benennung von Wohnhausanlagen — insgesamt 18 Benennungen im Jahre 1983 — und die Beiziehung bei der Situierung und Umgebungsgestaltung von Denkmälern fallen ebenfalls in den Aufgabenbereich der Abteilung. So sind unter anderem das Denkmal für Wagner-Jauregg im Allgemeinen Krankenhaus und der Gedenkstein für die Opfer des Faschismus erwähnenswert.

Der Abteilung obliegt letztlich auch die Begutachtung der einzelnen Bauansuchen in architektonischer Hinsicht im Zuge der Baubewilligungsverfahren, die im Rahmen der Bauberatung wahrgenommen wird. Die Tätigkeit stellt eine direkte und objektsbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf alle bewilligungspflichtigen Bauansuchen (Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen), wobei darauf geachtet und nötigenfalls Einfluß genommen wird, daß sich Baumaßnahmen optisch nicht nachteilig im Stadtbild auswirken.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe bezieht sich im wesentlichen auf drei Schwerpunkte, und zwar erstens auf die Begutachtung aller jener baulichen Maßnahmen, die wesentlichen Einfluß auf das Stadtbild nehmen; das sind vor allem alle Neu-, Zu- und Umbauten in Schutzzonen, Zu- und Umbauten mit wesentlichen Änderungen am Äußeren des Bestandes (Aufstockungen, Dachausbauten usw.) sowie generell alle Neubauten, Hochhausbauten und größeren Anlagen. Zweitens handelt es sich um die Begutachtung von Zu- und Umbauten mit geringfügigen gestalterischen Änderungen, das sind Straßenstände, Schanigärten, Fensterauswechslungen, Loggienverglasungen sowie Abgasstutzen in Fassaden, die insgesamt sicher durch ihre große Anzahl einen wesentlichen Faktor in bezug auf das Stadtbild bilden. Drittens handelt es sich um die Erstellung schriftlicher Gutachten zu Stadtbildfragen, insbesondere um Begutachtungen des „Gründruckes" im Hinblick auf die Auswirkungen der geplanten Widmungsfestlegung auf das örtliche Stadtbild und um Stellungnahmen im Zuge von Enteignungs- und Berufungsverfahren.

Im Jahre 1983 wurden 6.350 Bauansuchen, Reklameanlagen usw. und 8.310 Akte in Verbindung mit Fensterauswechslungen, Loggienverglasungen und der Installierung von Abgasstutzen in Fassaden bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

Druckerei und technische Dokumentation

Die bereits im Jahre 1982 eingeleitete Reduktion des Geschäftsbereiches der Abteilung wurde durch die vollständige Abgabe des Baueinlagenarchivs an die Baupolizei am 23. Juli 1983 abgeschlossen. Das im Konzept der MD-Verwaltungsorganisation vorgesehene Maßnahmenpaket bezüglich einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Satz- und Druckbereich wurde realisiert. Für den Satz bedeutete dies die Umstellung auf Lichtsatz. Nach einer EDV-gestützten Ausschreibung wurde in enger Zusammenarbeit mit der MD-Automatische Datenverarbeitung eine Auswertung der Ausschreibung mit Hilfe der Datenverarbeitung vorgenommen. Dies war notwendig, um ein — trotz komplexen Sachproblemen — optimales Ergebnis zu erzielen. Das gemäß der Ausschreibung gewählte und einer eingehenden Testserie unterworfene System Linotype 200 erlaubt es, wesentlich mehr Text zu verarbeiten, als dies bisher im Bleisatz möglich war, wobei das bei herkömmlicher Textverarbeitung starre Maßsystem (z. B. typographische Punkte) um eine Dimension erweitert zur Verfügung steht, das heißt, es kann in typographischen Punkt, Millimeter und — nach entsprechender Umrechnung — in Zoll gesetzt werden. Dieses Maßsystem hat für den tabellarischen Satz besondere Bedeutung. Diese Option konnte schon erfolgreich eingesetzt werden, wie z. B. bei den Drucksorten für die Standesämter. Darüber hinaus wurde

mit diesem Lichtsatzsystem der letzten Entwicklung auf dem Sektor der Texterfassung und -verarbeitung, nämlich der Datenfernübertragung, Rechnung getragen. Über eine Standleitung von der MD-Automatische Datenverarbeitung werden die Texte mit Hilfe eines speziellen Modems in die Lichtsetzerei der Abteilung am Modenapark übertragen, die die anfallende Textmenge durch qualifizierte Textgestaltung druckreif macht und so zur raschen Informationsweitergabe beiträgt. Dieses Satzsystem ist somit Grundlage zur Lösung anstehender Probleme auf dem Gebiet der Satzherstellung im Rahmen der gesamtmagistratischen Aufgabenstellung.

Ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Konzeptes der MD-Verwaltungsorganisation war die Beschaffung einer Offsetmaschine im Mittelformat. Nicht nur der technisch überaus schlechte Zustand der Buchdruckmaschine „Neuburger" machte es notwendig, eine formatgleiche neue Druckmaschine aufzustellen, sondern die Tatsache, daß der von der Abteilung erreichte Produktionsstand durch technische Überalterung und Abnützung der Kleinoffsetmaschinen längerfristig nicht hätte gehalten werden können.

Die technische Ausstattung der neuen Maschine ist so ausgelegt, daß auch Arbeiten, die bisher aus verarbeitungstechnischen Gründen dem Buchdruck vorbehalten blieben (z. B. Druckperforation, Numerieren), auf dieser Maschine gefertigt werden können. Durch ein anschließbares Eindruckwerk ist es darüber hinaus möglich, in einem Druckgang eine zweite Farbe auf das Papier zu bringen.

Die für die Adaptierungsarbeiten des Aufstellungsplatzes der Druckmaschine erforderlichen finanziellen Mittel konnten beträchtlich reduziert werden, da das ursprüngliche Projekt — die Transferierung der großformatigen Druckmaschine Roland Parva II C vom Rathaus in den Modenapark — nicht durchgeführt wurde. Dieser Umstand trat ein, da die Abteilung bemüht war, der durch Änderung der Geschäftseinteilung eingetretenen Situationsänderung im organisatorisch-administrativen Bereich Rechnung zu tragen.

Neben der Einführung neuer Produktionssysteme und Maschinen wurde ein Konzept für die Einrichtung einer Plattenkopie erarbeitet und eine Ausschreibung vorbereitet, deren Durchführung für das Geschäftsjahr 1984 vorgesehen wurde.

In Zusammenarbeit mit dem Anstaltenamt wurden im November Mikrofilmsysteme für vier Wiener Krankenanstalten ausgeschrieben und umfangreiche Tests dieser in Frage kommenden Systeme durchgeführt. Durch Test und Ausschreibung konnte von der Abteilung eine Preisreduktion um 403.492 S gegenüber den Erstanbotspreisen erzielt werden.

Die technisch-wissenschaftliche Bibliothek hat für die Beschaffung von Fachbüchern und -zeitschriften, Normblättern, technischen Vorschriften und Richtlinien, Gesetzen und artverwandten Literaturbehelfen 500.890 S aufgewendet. Normblätter (insbesondere ÖNORMEN) wurden um 125.280 S angekauft und den Fachdienststellen zur Verfügung gestellt bzw. der eigenen Sammlung einverleibt. Trotz koordinierter Absprachen mit den erforderlichen Dienststellen ist der Bedarf an Normblättern, die verbindliche Arbeitsgrundlage sind, erheblich gestiegen. Allerdings war es 1983 mangels hinreichender finanzieller Mittel nicht möglich, den gesamten Normenbedarf zu decken.

Der Zugang an Literatur in Buchform betrug im Jahre 1983 172 Bände, die um 100.120 S angekauft wurden, und 74 Bände, die der Bibliothek unentgeltlich überlassen wurden. Insgesamt konnten 3.086 Entlehnungen verzeichnet werden.

Auf Grund des Erlasses 04/83 (Amtsliteratur) der Stadtbaudirektion war es möglich, die Standortmeldungen dauerentlehnter Literatur verbindlich zu erhalten und den Ist-Bestand von 27.006 Bänden der in der Abteilung verzeichneten Bücher festzustellen.

Der Bedarf an neuen, ergänzbaren technischen bzw. sicherheitstechnischen Vorschriften, für die zusammen mit den Fachzeitschriftenabonnements 205.480 S bezahlt wurden, hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr nicht wesentlich erhöht.

In der Bibliothek liegen rund 300 Fachzeitschriften verschiedener Wissensgebiete (Architektur, Bauwesen, Bautechnik, Planung, Elektrotechnik, Maschinenbau, Energietechnik, Umweltschutz usw.) auf. Sie wurden im Abonnement bzw. als Tauschexemplare für die Fachschrift der Stadtbaudirektion „Der Aufbau" erworben. In der zweiten Jahreshälfte wurde der Zeitschriftenbezug überprüft und die daraus erfolgenden Ab- und Neubestellungen durchgeführt, die mit Beginn 1984 wirksam werden.

Im Rahmen eines wöchentlichen internen Austausches werden die Fachzeitschriften an etwa 140 Interessenten — das sind Fachdienststellen und -referate — weitergeführt. Dadurch wird einem großen relevanten Personenkreis rasch aktuelle Information zugänglich gemacht. Die Fachzeitschriften können auch in der Bibliothek der Abteilung gelesen und gegebenenfalls entlehnt werden.

Die Bibliothek bietet außerdem Zusammenstellungen diverser Fachartikel in Form eines Profildienstes (in Kopie) an. Damit werden besonders aktuelle Informationen rasch und effektiv an entsprechende Interessentengruppen vermittelt.

Das Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, die Landesgesetze der österreichischen Bundesländer sowie verschiedene Rechts- und Vorschriftensammlungen sind in der Abteilung als Nachschlagexemplare vorhanden und werden von Bediensteten aus allen Bereichen häufig eingesehen. Die Bibliothek archiviert außerdem die

einlangenden „Planungsergebnisse" und die Forschungsberichte der Wohnbauforschung des Bundesministeriums für Bauten und Technik. Daten über die vorhandenen Modelle (Bauvorhaben) stehen als Kartei ebenfalls zur Verfügung.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Die an die Stadtplanung gestellten Anforderungen machen eine laufende Überprüfung und Abstimmung mit neuen Erkenntnissen und Zielsetzungen der Flächenwidmung und Bebauung in den dicht und locker bebauten Gebieten notwendig. Ein Wechsel in der für die Planung verantwortlichen politischen Führung ändert nicht den kontinuierlichen Ablauf der Planungsprozesse.

Im Jahre 1983 wurde wieder eine Vielzahl von Planungen, Bebauungsvorschlägen und Studien für städtebauliche Planungen ausgearbeitet, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen. Die aus den Bearbeitungsergebnissen gewonnenen Erkenntnisse wurden unter Berücksichtigung von städtebaulichen Zielsetzungen, von laufenden Bauansuchen, Baubewilligungen und von bestehenden bzw. erworbenen Rechten in entsprechenden Anträgen eingearbeitet und den beschlußfassenden Organen zur Genehmigung vorgelegt.

Bei den Stadtteilplanungen konnte bezüglich der Beteiligung der Bewohner die Erfahrung gemacht werden, daß die bisher durchgeführten zwei Informationsveranstaltungen zu zeit- und kostenaufwendig waren und daß vor allem eine Verwirrung bei der Bevölkerung erkennbar war, weil von ihr nicht verlangt werden kann zu unterscheiden, wann die gemachten Vorschläge nur für die Bearbeitung maßgebend sind und wann hierüber dem Gemeinderat zu berichten ist. Aus diesem Grund wurde im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen seit Mitte des Jahres bei größeren Bearbeitungen die im Gesetz vorgeschriebene Auflagefrist von vier Wochen mit einer Ausstellung — meist im Bezirksamt — verbunden, in der die erarbeiteten Grundlagen, die zu dem Entwurf geführt haben, präsentiert wurden.

Von den bisher eingeleiteten Stadtteilplanungen wurden die Ergebnisse der Ausstellungen in einem Entwurf für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan verarbeitet und dem Verfahren gemäß § 2 der Bauordnung (BO) für Wien zugeleitet bzw. abgeschlossen.

10. Bezirk: Oberlaa — Unterlaa
— Das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien wurde eingeleitet; der Entwurf wird voraussichtlich im Jahre 1984 der beschlußfassenden Körperschaft zugeleitet.
14. Bezirk: Augustinerwald
— Der Entwurf wurde vom Gemeinderat am 18. Februar 1983 genehmigt (Plandokument 5709).
21. Bezirk: Leopoldau
— Das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien wurde eingeleitet, und der Entwurf wird voraussichtlich im Jahre 1984 der beschlußfassenden Körperschaft zugeleitet.
23. Bezirk: Inzersdorf-Ortskern
— Das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien wurde eingeleitet, und der Entwurf wird voraussichtlich im Jahre 1984 der beschlußfassenden Körperschaft zugeleitet.

Die für nachstehene Stadtteilplanungen angekündigten Ausstellungen wurden durchgeführt. Die Ergebnisse werden bzw. wurden bereits in einen Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan umgesetzt und die Verfahren gemäß § 2 BO für Wien eingeleitet.

11. Bezirk: Simmering — Kaiserebersdorf (Entwurf in Arbeit),
13. Bezirk: Siedlung an der Tiergartenmauer (Entwurf fertig, Verfahren eingeleitet),
13. Bezirk: Friedensstadt (Entwurf fertig, Verfahren eingeleitet),
17. Bezirk: Dornbach (Entwurf in Arbeit),
20. Bezirk: Brigittaplatz (Entwurf in Arbeit),
21. Bezirk: Großjedlersdorf (Entwurf fertig, Verfahren in Vorbereitung),
22. Bezirk: Aspern-Ortskern (Entwurf fertig, Verfahren eingeleitet),
22. Bezirk: Kaisermühlen (Entwurf fertig, Verfahren in Vorbereitung).

Im Jahre 1983 wurde wieder eine Vielzahl von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt und zum Teil auch bereits dem Genehmigungsverfahren laut Bauordnung für Wien zugeleitet und teilweise vom Gemeinderat beschlossen. Mit diesen Entwürfen wird unter anderem auch die widmungsmäßige Vorsorge für den Ausbau der Wirtschaft getroffen. Die wegen ihres örtlichen Stadtbildes in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltenswürdigen Gebiete (Schutzzonen) werden bei diesen Entwürfen im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen berücksichtigt.

Für folgende Bereiche wurden Entwürfe ausgeführt:

4. Bezirk: Argentinierstraße,
5. Bezirk: Margaretenplatz,
7. Bezirk: Ulrichsplatz,
7. Bezirk: Spittelberg,

13. Bezirk: Gallgasse,
14. Bezirk: Heschweg,
17. Bezirk: Waldandacht,
19. Bezirk: Barawitzkagasse,
19. Bezirk: Andrassy-Villa,
21. Bezirk: Melangasse,
21. Bezirk: Wenhardtgasse,
21. Bezirk: Leopoldauer Straße,
22. Bezirk: Ponyseen,
23. Bezirk: Breitenfurter Straße
sowie für den Donaubereich.

Für die begonnenen großflächigen Bearbeitungen für Bereiche des 3., 14., 15., 17. und 20. Bezirkes wurden die detaillierten Grundlagen abgeschlossen bzw. fortgeführt. Die Bearbeitungen werden sich über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Für den Bereich des Wienerberg-Geländes im 10. Bezirk wurde der für den 1. Bauteil erarbeitete Bebauungsplan — basierend auf dem auf Grund der Wettbewerbsergebnisse erstellten Flächenwidmungsplan — vom Gemeinderat beschlossen. Der Entwurf des Bebauungsplanes für die weiteren Bauteile ist in Vorbereitung und wird entsprechend den weiteren Realisierungsvoraussetzungen fertiggestellt und der Beschlußfassung zugeleitet werden.

In den Untersuchungsgebieten gemäß dem Stadterneuerungsgesetz wurden die Arbeiten weitergeführt bzw. abgeschlossen, und zwar:

6. Bezirk: Gumpendorf
— Der Antragsentwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde vom Gemeinderat genehmigt.
— Stundenweise Gebietsbetreuung in Planungsfragen wurde weitergeführt.
7. Bezirk: Ulrichsberg
— Der Antragsentwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde vom Gemeinderat genehmigt.
9. Bezirk: Himmelpfortgrund
— Erstellung eines Antragsentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, für den das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien eingeleitet wurde.
12. Bezirk: Wilhelmsdorf
— Erstellung eines Antragsentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, für den das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien eingeleitet wurde.
15. Bezirk: Storchengrund
— Erstellung eines Antragsentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, für den das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien eingeleitet wurde.
18. Bezirk: Währing — südlicher Teil
— Erstellung eines Entwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie Vorbereitung des Verfahrens gemäß § 2 BO für Wien.

Weiters wurde an Arbeitsgesprächen im Rahmen der Gebietsbetreuung gemäß den im § 1 STEG festgesetzten Assanierungsgebieten Ottakring teilgenommen.

Die Behandlung der mit dem Wohnbauprogramm der Stadt Wien verbundenen Fragen wurde fortgesetzt. Soweit Wohnbaufragen im Rahmen einschlägiger Wettbewerbe behandelt wurden, erfolgte dies unter Mitwirkung und Mitarbeit (Vorprüfung) der Abteilung.

Die speziellen Fragen hinsichtlich der Schul- und Hochschulstandorte wurden mit den zuständigen Dienststellen der Stadt Wien und des Bundes in Arbeitsgesprächen behandelt und die entsprechenden Ergebnisse auch zum Teil bereits in Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan eingearbeitet.

Neben der Einschaltung und Mitwirkung an allen Vorgängen, die mit den genannten Fragen zusammenhängen, war die Abteilung im Praterbeirat bzw. in diversen Unterausschüssen desselben tätig. Weiters wurde laufend an den Koordinationsgesprächen im 21. und 22. Bezirk teilgenommen. Außerdem ist die Abteilung im Kleingartenbeirat vertreten und hat an den Sitzungen teilgenommen.

Das Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses im 9. Bezirk kann nach Verlegung der Räumlichkeiten und Anlagen in das neu errichtete Allgemeine Krankenhaus zum größten Stadterneuerungsgebiet Wiens werden. Auf Grund von noch nicht vorliegenden, aber notwendigen Entscheidungen, betreffend die Umsiedlung bestehender Einrichtungen und Freimachung, wurden die Vorarbeiten für die Durchführung des Wettbewerbes so weit abgeschlossen, daß der Wettbewerb zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

Die drei Preisträger des Wettbewerbes „Donaustadt 2000" haben ihre Vorschläge für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan so weit abgeschlossen, daß für die Entwürfe im Jahre 1984 das Verfahren gemäß § 2 BO für Wien eingeleitet werden kann.

Das von den Planungsdienststellen entwickelte „Räumliche Bezugssystem Wien", das den

Zusammenhang von Einzeladreßdaten zu den statistischen Einheiten, wie Straßenabschnitt, Baublock, Zählgebiet und Zählbezirk, ermöglicht, wurde im Jahre 1983 wieder auf einen aktuelleren Stand gebracht und der MD-Automatische Datenverarbeitung zur graphischen Auszeichnung übermittelt.

Im Rahmen dieses Projektes wurde bei der Aktualisierung vor allem bereits auf das neu begonnene Projekt „Mehrzweckkarte" Rücksicht genommen und die neuen Anforderungen dafür mit eingearbeitet. Das „Räumliche Bezugssystem" bildet die Grundlage für die EDV-mäßige Verarbeitung, Kontrolle, Speicherung und graphische Auszeichnung der beim Projekt „Mehrzweckkarte" anfallenden Aufnahmedaten für die Grundinformationen (Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich) und den Einbautenkataster.

Neben dem von der Abteilung zu aktualisierenden Adreßteil des Räumlichen Bezugssystems Wien, der vor allem seinen täglichen Änderungsdienst für die Belange der Fortschreibung der Wählerevidenz erfordert und bisher den Schwerpunkt bei diesem Projekt darstellte, ist nun die Situationsfortführung (Straßenabschnitte, Straßenknoten, Baublöcke) zu einem zweiten Schwerpunkt geworden. Zu diesem Zweck wurde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Mehrzweckkarte" gleichfalls ein täglicher Änderungsdienst in der Abteilung eingerichtet, der die bei den Vermessungen zur Mehrzweckkarte erfaßten Änderungen in die Datenbank einbringt. Es sind dies Daten, die bei der Ersterfassung durch die von der Magistratsabteilung für Straßenbau und Straßenverwaltung (MA 28) und Magistratsabteilung für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten beauftragte Geometerarge sowie bei der Magistratsabteilung für Stadtvermessung und der Fortführungsgruppe der MA 28 auftreten. Die digitale Erfassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, für die sich die Abteilung schon wiederholt bemüht hatte, wird nun im Rahmen des Projektes „Mehrzweckkarte" durchgeführt werden. Damit wurden in dem von der Abteilung fortgeführten Räumlichen Bezugssystem Wien neue Akzente gesetzt, die vor allem auf die Aktivitäten des Arbeitskreises „Mehrzweckkarte", in dem die Abteilung mitarbeitet, zurückzuführen sind. Somit konnte für die Schaffung eines geeigneten TV-Systems für die Belange des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, das durch Flächenbilanzierung zwischen Bestand, Widmung und Planungsvarianten Entscheidungsgrundlagen schaffen soll, auch im Jahre 1983 ein weiterer Schritt zur Realisierung gesetzt werden.

Von den im Jahre 1983 an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung von der Abteilung gestellten 62 Anträgen betrafen 34 Anträge die Abänderung bzw. Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, wobei in mehreren Anträgen auch eine Schutzzone gemäß § 7 (1) BO für Wien festgesetzt wurde, 28 Anträge hatten die Verhängung der Bausperre bzw. deren zeitgerechte Verlängerung zum Inhalt.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung wurden in sechs Sitzungen 35 Entwürfe vorgelegt, die entweder Abänderungen bzw. Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes oder die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre zum Ziele hatten. Von der Abteilung wurden alle Bürogeschäfte, die für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlich sind, gemäß der Geschäftsordnung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt.

Für die vom Kulturamt im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Bürgerdienst verfügten Neubenennungen von Verkehrsflächen bzw. Umbenennungen wurden 45 Ansuchen behandelt, von denen 26 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten.

Der Abteilung wurden 2.924 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde (MA 35, MA 37) zur Behandlung zugeleitet. 1.114 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, die den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betrafen, wurden untersucht und behandelt.

Auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes wurden 14.609 Ansuchen von Hauseigentümern und Mietern bearbeitet und an die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung weitergeleitet. Weiters nahmen Vertreter der Abteilung an 677 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Städtischer Wohnhausbau

Ihrer Stellung als größter Bauträger im Bereich des sozialen Wohnhausbaues wurde die Stadt Wien auch im Jahre 1983 wieder gerecht. Aus dem Budget der Stadt Wien standen der Abteilung 3.331,625.000 Schilling zur Verfügung. Von den mit 1. Jänner 1983 in Bau befindlichen 7.155 Wohnungen wurden 2.466 fertiggestellt. Mit den Baustellen des Bundessonderwohnbauprogramms (Anteil der Stadt Wien 1983: 64 Wohnungen) und dem normalen Bauprogramm (1.448 Wohnungen) wurden bis Jahresende 1983 1.512 Wohnungen auf 22 Baustellen begonnen. Damit befanden sich mit 31. Dezember 1983 6.201 Wohnungen auf 63 Baustellen in Ausführung. Mit der Realisierung des Bauprogramms 1983 hat die Stadt Wien seit 1945 rund 150.700 Wohnungen begonnen bzw. 144.500 fertiggestellt.

Von den Wohnhausanlagen, die 1983 begonnen wurden, sind folgende besonders erwähnenswert: Nach den Ideen und Entwürfen von Prof. Hundertwasser wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabtei-

lung für Stadtgestaltung das sogenannte „ÖKO-Haus" entworfen. Das Projekt sieht die Errichtung von zwei Stiegen mit je 8 Wohngeschossen auf dem rund 1.300 m² großen Eckgrundstück in 3, Kegelgasse 36—38 und Löwengasse 41—43, vor. Wesentliche Gesichtspunkte bei der Planung waren ein optimales Auflockern des massiven Baublockes durch Abtreppen bzw. Öffnen der Gebäudeteile, die Integration von Grün auf Terrassen, Flachdächern, Arkaden, Hof- und Straßenflächen, soweit es möglich ist, sowie die weitgehende Verwendung von biologisch gesundem Baumaterial. So werden das Mauerwerk aus Ziegeln, Böden, Türen und Fenster aus Holz sowie Bodenbelage aus keramischem Material errichtet. Die Beheizung und Warmwasserbereitung erfolgen mit einer Gaszentralheizung, zum Kochen wird elektrische Energie verwendet. Einige bauliche Maßnahmen sind abweichend von der sonst üblichen Ausführung vorgesehen: So ist der Fassadenputz nicht ebenflächig, die Fensteranordnung in verschiedener Größe unregelmäßig, ferner sind an der Fassade Keramikbänder und Spiegelfliesen angebracht. Der Bau hat zwei verblechte Zwiebeltürme, für die Kinder sind Malwände vorgesehen, durch die Wahl eines geeigneten Putzes sollen auch Kratzen und Ritzen möglich sein, und neun Wohnungen sind mit Gärten ausgestattet. Außer den 50 Wohnungen und der Tiefgarage für 37 Pkw sind noch 1 Ordination, 1 Gaststätte, 3 Geschäftslokale, 2 Kinderspielräume, 1 Hobbyraum und 1 Raum für betagte Hausbewohner in Form eines Wintergartens eingeplant.

Im 16. Bezirk wurde die Stadterneuerung gleichfalls weitergeführt, wobei der Beginn des 3. Bauteiles im Bereich Eisnergasse — Ottakringer Straße besonders zu erwähnen ist. Das Bauvorhaben in 16, Eisnergasse 11—13, das im Assanierungsgebiet Wichtelgasse — Eisnergasse gelegen ist und eine Ergänzung der bereits in den Jahren 1981 (Eisnergasse 15—19) und 1982 (Ottakringer Straße 103) fertiggestellten Wohnhäuser darstellt, ist ein weiterer Schritt, die Lebens- und Wohnqualität in einem überalterten Stadtviertel wieder attraktiv zu machen. Mit Rücksichtnahme auf die gewachsene Architektur wurden vertraute Elemente, wie Satteldach, Gesimse und Sprossenfenster, in den Entwurf übernommen. Der vorhandene alte Baumbestand wurde zu einem gemeinschaftlichen Park in Form einer Hofgemeinschaft mit den benachbarten Häusern umgestaltet.

Ein weiteres typisches Stadterneuerungsprojekt wurde mit der Bebauung des ehemaligen Fabriksgeländes der „Gräf-und-Stift-Werke" im 19. Bezirk im Bereich Weinberggasse 70—74 realisiert. Das Bauareal umfaßt rund 34.000 m².

Im Jahre 1981 wurde vom Magistrat der Stadt Wien, vertreten durch die Magistratsabteilung für Stadtgestaltung, ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Teilnahmeberechtigt waren Architekten und Zivilingenieure für Hochbau, die Mitglieder der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland sind. Insgesamt wurden 31 Entwürfe zur Beurteilung eingereicht. Da nach Meinung der Jury kein Projekt vorgelegt wurde, das voll und ganz den Vorstellungen der Ausschreibung entsprach, wurden die Preise und damit der Planungsauftrag an sieben Architekten-Arbeitsgemeinschaften vergeben. Die gemeinschaftliche Planung ergab ein Projekt, das die Errichtung von 454 Wohnungen in 42 Stiegenhäusern mit 3 Tiefgaragen für 323 Pkw, von 1 Ordination, 3 Geschäftslokalen, 1 Café, 27 Hobbyräumen, 2 Kinderspielräumen und 1 Kindertagesheim vorsieht.

Im 17. Bezirk wurde mit dem 1. Bauteil des Bezirkszentrums Hernals auf dem Grundstück zwischen Elterleinplatz — Hormayrgasse — Rötzergasse begonnen, auf dem 111 Wohnungen, 1 Ordination, 1 Kindertagesheim, 10 Geschäftslokale, 1 Mutterberatung, 1 städtische Bücherei, 1 Tiefgarage für 123 Pkw, 2 Hobbyräume und Gemeinschaftsräume für Kinder und Jugendliche errichtet werden.

An Baufertigstellungen sind zu erwähnen: Im 21. Bezirk wurde der letzte Bauteil der Wohnhausanlage Marco-Polo-Platz mit 478 Wohnungen, im 22. Bezirk mit der Übergabe von 183 Wohnungen der 3. Bauteil des Projektes Aderklaa fertiggestellt, auf der Baustelle „Am Heidjöchl" wurden die ersten Teilübergaben mit zusammen 259 Wohnungen vorgenommen. Im 2. Bezirk konnte mit der Restübergabe von 102 Wohnungen die Baustelle Handelskai — Engerthstraße (ehemals Elektraplatz) beendet werden. Insgesamt wurden 1983 von der Abteilung 35 Baustellen fertiggestellt.

Mit der Problematik neuer Arbeitsgebiete wurde die Abteilung gleichfalls konfrontiert. Im Sinne des Bestrebens der Stadtverwaltung, der Stadterneuerung noch mehr Priorität als bisher zu geben, wurde die Abteilung beauftragt, Bauzustandsfeststellungen und Kostenschätzungen für Altbaurevitalisierungen zu erstellen. Diese Gutachten, die von der Abteilung in Zusammenarbeit mit den Einbautendienststellen, den Magistratsabteilungen für Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft sowie für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte und den von der Abteilung beauftragten Zivilingenieuren erarbeitet wurden, sollen eine Entscheidungshilfe darstellen, ob von der Stadt Wien z. B. im Falle der Liegenschaft 7, Hermanngasse 8, ein Ankauf und Umbau des vorhandenen Büro- und Werkstättengebäudes in ein Wohnhaus technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sind.

Im Bereich der praktischen Prüfung der Bauphysik wurden 1983 für die Beurteilung von Kondensatbildungen Thermohygrographen (Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsmeßgeräte) eingesetzt. In extrem durchfeuchteten Räumen werden für den Mieter auf Kosten der Stadt Wien auch Raumtrockengeräte aufgestellt. So ist die Abteilung auch nach der Übergabe der Wohnungen jederzeit bereit, den Mietern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und über die Anfangsschwierigkeiten in für den Mieter oft neuen Wohnsituationen hinwegzuhelfen.

Oftmals besteht der Wunsch, verglaste Loggien herzustellen. Um in diesen keine bauphysikalisch bedenklichen Bedingungen zu schaffen, ist die Regelung der Luftzustände erforderlich. In einer Untersuchung werden die dafür erforderlichen Randbedingungen ermittelt.

Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung

Im Jahre 1983 war die Zahl der Anträge auf Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen und Ersatzvornahmen steigend. Neu langten 53 notstandspolizeiliche Maßnahmen ein, für 344 Ersatzvornahmen wurden Kostenschätzungen erstellt. Die Magistratsabteilung für rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten ersuchte um die Durchführung von 51 Anträgen, wobei anläßlich der bescheidmäßigen Vorschreibung zur Vorauszahlung der Kosten für die Ersatzvornahme eine erhebliche Anzahl der Hauseigentümer bzw. Hausverwalter die baubehördlich beauftragten Instandsetzungsarbeiten selbst in Auftrag gaben. Der Abteilung oblag in diesen Fällen nur mehr die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Arbeiten und die Feststellung, ob dem baubehördlichen Bescheid entsprochen wurde. 5 Ersatzvornahmen wurden durchgeführt und 10 Vollstreckungsverfügungen erlassen. Zur Einbringung der Kosten von 460 notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich der Abschrankungen und der Kosten, die der Feuerwehr und der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark erwuchsen, wurde ein Gesamtbetrag von 1,307.664 Schilling mit Bescheid vorgeschrieben. Die erlassenen Kostenbescheide für die 25 durchgeführten Ersatzvornahmen lauteten auf insgesamt 823.677 Schilling. Weiters wurden 14 Ansuchen um Gewährung zinsenfreier Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer überprüften Kostensumme von 626.258 Schilling bearbeitet.

484 Förderungsanträge aus dem Titel der W o h n b a u f ö r d e r u n g 1968 mit einer Kostensumme von 6.668,054.000 Schilling zum Bau von 10.303 Wohnungen wurden in bautechnischer Hinsicht geprüft. Darunter bezogen sich 217 Anträge auf Mehrwohnungshäuser mit 6.985 Wohnungen, und 7 Ansuchen betrafen die Förderung zur Errichtung von 605 Wohnungen und Heimen. Mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 458,286.000 Schilling wurde die Wohnbauförderung für 435 Wohnungen in Eigenheimen und Reihenhäusern beantragt. Für 37 fertiggestellte Wohnhäuser mit 2.278 Wohnungen wurden die Rechnungen im Betrage von 1.239,352.000 Schilling überprüft.

Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3.152 Anträge gemäß §§ 7 und 8 Mietengesetz bzw. §§ 18 und 19 MRG zur Erstellung technischer Gutachten ein, um die ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten, die Angemessenheit der dafür ausgewiesenen Beträge und die Richtigkeit der Abrechnung zu prüfen.

3.108 Dienststücke wurden im Jahre 1983 erledigt. Bei der Überprüfung von 463 Anträgen nach § 18 MRG sowie 435 Nachträgen und 829 Rechnungen nach § 7 MG konnten durch Preis- und Ausmaßprüfungen Kostenherabsetzungen von rund 101 Millionen Schilling erzielt werden. 957 Anträge nach § 6 MRG sowie sonstige Anfragen wurden behandelt. Für die Förderung aus dem A l t s t a d t e r h a l t u n g s f o n d s wurden 665 Anträge und Rechnungen mit einer Kostensumme von rund 90 Millionen Schilling in technischer Hinsicht und preislicher Angemessenheit überprüft.

Die Zahl der Anträge nach dem W o h n u n g s v e r b e s s e r u n g s g e s e t z nahm etwas zu und betrug für die Vorbegutachtung 152 und für die Verbesserungen 14.026. Bei 1.514 von Hauseigentümern eingebrachten Anträgen für Verbesserungen wurden die eingereichten Kostensummen von 278 auf 232 Millionen Schilling berichtigt.

Bei 11.080 von Mietern eingelangten Anträgen wurden die beantragten Baukosten von 800 auf 698 Millionen Schilling heruntergesetzt. Die beantragten Verbesserungen betrafen in 93 Fällen Aufzüge, in 4.668 Zentral- bzw. Etagenheizungen, in 2.796 Fällen handelte es sich um die Einrichtung von Bädern und in 1.176 um die von Wasseraborten. 2.727 Anträge hatten die Neuverlegung oder Verstärkung von Gas-, Wasser- oder elektrischen Leitungen zum Ziele, in 202 Fällen ging es um die Teilung oder Zusammenlegung von Wohnungen, in 9.649 um Wärme- und Schallschutzmaßnahmen, in 30 um Gemeinschaftsantennen, in 101 um Gegensprechanlagen und in 17 um Verbesserungen sonstiger Wohnungsteile.

Für die Bürgschaftsfonds-GesmbH wurde im Rahmen einer Sonderaktion zur Errichtung und Verbesserung von Komfortzimmern und Sanitärräumen in Beherbergungsbetrieben 259 Anträge für den Einbau von Bädern, Wasseraborten, Waschtischen usw. bearbeitet, wobei amtlicherseits die technische Aufsicht und die Überwachung der Einhaltung der Richtlinien durchzuführen waren.

Die allgemeine Kontrolle (Vergabe, Überwachung, Abrechnung) von eingesetzten Gebietsbetreuungen wurde im Jahre 1983 für 5 Stadterneuerungsgebiete vorgenommen. Weitere Aufgaben waren die Mitarbeit bei der Abfassung von Stellungnahmen zu Bundesgesetzen und Landesgesetzen, die technische Belange betrafen.

Erhaltung städtischer Wohnhäuser

Der Gesamtumfang des in der Erhaltung der Abteilung stehenden städtischen Wohnhausbesitzes hat sich nach Übernahme von weiteren Neubauwohnungen und Ankauf bzw. Abbruch von Althäusern nunmehr von 221.477 Mieteinheiten zum Jahresbeginn auf 222.153 Mieteinheiten in 2.005 Objekten mit 14.104 Stiegenhäusern und 62 Wohnsiedlungen mit 2.981 Stiegen- oder Siedlungshäusern bis zum Jahresende 1983 weiter erhöht.

Durch die fortschreitende Alterung eines Großteils der Objekte, den anhaltenden Trend zur Verbesserung des Wohnkomforts in den Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit und der frühen Nachkriegszeit, durch den Beitrag zur Stadterneuerung und Altstadterhaltung und auf Grund des Wohnungszuwachses werden an die Abteilung fortlaufend höchste Anforderungen gestellt. Für die Erhaltung des baulichen Bestandes mußten im steigenden Umfang Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden; Versorgungseinrichtungen wurden wiederum erneuert oder dem Bedarf entsprechend verbessert. In älteren Wohnhausanlagen wurde durch den Einbau bzw. Anbau von Personenaufzügen neuerdings ein besonderer Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität geleistet.

Im Rahmen der Altstadterhaltung wurde die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern fortgesetzt. Abbruchreife Althäuser und sonstige Gebäude und Gebäudereste aller Art wurden demoliert und damit auch bestandsfreie Grundstücke für die Neuverbauung geschaffen. Die Gesamttätigkeit der Abteilung wird erschwert, weil praktisch alle Bauleistungen in bewohnten Objekten durchgeführt werden müssen. Den Mietern dieser Objekte wurden umfangreiche Informationen über bevorstehende Instandsetzungsarbeiten zugeleitet, in Teilbereichen wurde ihnen auch ein Mitspracherecht eingeräumt.

Das Jahr 1983 war vor allem dadurch maßgeblich gekennzeichnet, daß entsprechend dem mit 1. Jänner 1982 in Kraft getretenen Mietrechtsgesetz der vorgesehene Erhaltungsbeitrag erstmals voll zur Verfügung stand. In der Folge dieses Gesetzes und der erhöhten Einnahmen müssen von der Abteilung wesentliche Mehrarbeiten geleistet werden, und dementsprechend wurde auch der Personalstand erhöht. Zum Jahresbeginn 1983 verfügte die Abteilung über 155 Beamte und Angestellte, bis zum Jahresende 1983 ist der tatsächliche Personalstand auf 159 Bedienstete angestiegen. Die technischen Bediensteten dieser Abteilung sind nicht ausschließlich mit den technischen Problemen des Wohnhausbestandes befaßt, sie müssen zusätzlich ein hohes Maß von Administration, verbunden mit Service gegenüber den Mietern, leisten. In der Folge des Mietrechtsgesetzes fallen auch noch die Belange von Sachbegutachtungen an. Diese Tätigkeit ist vor allem im Sinne des § 10 MRG erforderlich, wonach bei Auflösung des Mietverhältnisses ein Anspruch auf Kostenersatz für Investitionen beim Hauseigentümer geltend gemacht werden kann.

Im Jahre 1983 wurden die noch laufenden Instandsetzungsarbeiten nach den Bestimmungen des Mietengesetzes und des Zinsstoppgesetzes fortgesetzt oder zum Abschluß gebracht und die laufend anfallenden Gebrechen und Bauschäden behoben. Gleichzeitig wurden aber auch Instandsetzungsarbeiten fortgesetzt oder neu begonnen, deren Kosten bereits den Einnahmen des Erhaltungsbeitrages gegenübergestellt werden müssen. Maßgeblich für künftige Programme ist, daß nunmehr die gesamte Gebäudeerhaltung objektsbezogen gestaltet werden muß. Dabei gilt immer als Ausgangsbasis, daß die Kosten für vorgesehene Instandsetzungsarbeiten einschließlich des zu erwartenden Gebrechensdienstes die 5jährigen Einnahmen eines jeden Hauses nicht überschreiten sollen.

Im Jahre 1983 wurden auf Grund der vorhandenen finanziellen Mittel in 275 Objekten mit 65.306 Mieteinheiten bereits laufende Instandsetzungsarbeiten fortgesetzt oder neue Arbeiten begonnen. In 801 Stiegen konnte das Rauchfangkopfmauerwerk, in 1.323 die Dacheindeckung und in 779 die äußeren Fenster und Türen bestandssichernd instand gesetzt werden. Instand gesetzt bzw. erneuert wurden ferner die Fassaden in 555 Stiegen, die Stiegenhausmalerei in 517 Stiegen und die Hofgehwege bei 753 Stiegen, in 9.311 Stiegen wurden diverse andere Arbeiten durchgeführt. Weiters waren 6.020 Leerwohnungen vor der Wiedervermietung instand zu setzen. In 33 Objekten mit 8.752 Mieteinheiten wurden Instandsetzungsarbeiten nach den Bestimmungen des § 7 Mietengesetz und § 2 Zinsstoppgesetz fortgesetzt bzw. fertiggestellt.

Der Gebrechensdienst behob 10.086 Gas- oder Wasserleitungsgebrechen und 8.427 Elektroinstallationsgebrechen aller Art. In vielen Hochhäusern oder hohen Häusern mußten Brandschutzeinrichtungen instand gesetzt oder ergänzt werden. In Kleinwaschküchen wurden im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude 642 überalterte Waschaggregate sowie 181 Zentrifugen ausgetauscht und in 258 Stiegenhäusern die Stromversorgungseinrichtungen erneuert. Der Gesamtstand der in Erhaltung stehenden elektrotechnischen und elektromechanischen Einrichtungen betrug zum Jahresende 4.622 Einzelwaschküchen, 4.209 Aufzüge, davon 1.381 nachträglich eingebaut, 430 Drucksteigerungsanlagen, 160 Pump- und Hebewerke und 363 Wohnhausanlagen mit Gemeinschaftsantennen für 56.501 Mietobjekte sowie 160 elektromechanische Garagentore. Dabei mußte die Behebung von 17.428 Gebrechen an Waschkücheneinrichtungen, Pumpen- und Drucksteigerungsanlagen sowie elektromechanischen Garagentoren, 10.253 Gebrechen an Aufzügen und 570 Gebrechen an Antennenanlagen veranlaßt werden. Darüber hinaus

wurden 153 Aufzüge generell instand gesetzt und 12 Verstärkeranlagen bei Gemeinschaftsantennen modernisiert.

Im Jahre 1983 mußten in 164 Häusern Sicherungsarbeiten verschiedenster Art durchgeführt werden, wobei 38 Objekte vollständig und 5 Objekte teilweise demoliert wurden.

Als Ergänzungs- oder Fertigstellungsarbeiten in neuen Wohnhausanlagen konnten wiederum geringfügige Verbesserungen durchgeführt werden. Der Umbau von überalterten Mietobjekten für neue Verwendungszwecke wurde fortgesetzt. So wurden im städtischen Althaus in 8, Buchfeldgasse 6, die Aufzugsanlagen vollständig erneuert.

Im Rahmen der Altstadterhaltung wurden wiederum durch Revitalisierung von fünf abbruchreifen, jedoch denkmalgeschützten oder erhaltungswürdigen Altobjekten insgesamt 38 Wohnungen und 5 Lokale gewonnen. Hiebei wurde das künstlerisch-architektonische Gesamtbild erhalten, im Hausinneren entstanden durch völligen Umbau komfortable Mittelwohnungen. Im „Spittelbergviertel" wurde die Revitalisierung von zwei Objekten fortgesetzt; insgesamt konnten 14 Wohnungen und 4 Lokale neu gewonnen werden. Für diese Arbeiten stehen Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz zur Verfügung; darüber hinaus werden bei Revitalisierungsbauten zusätzlich Förderungszuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds angesprochen.

Der Trend zur Verbesserung des alternden Hausbesitzes bleibt weiter bestehen. In der städtischen Wohnsiedlung in 16, Spiegelgrund, wurde die Erneuerung der Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen fortgesetzt und fertiggestellt. Gleichfalls wurden auch in der städtischen Wohnsiedlung Schmelz im 15. Bezirk die Erneuerung der Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen und die Anbringung von Wärmeschutzfassaden fortgesetzt, in der städtischen Wohnsiedlung in 10, Wienerfeld-West, und in einer Reihe anderer Objekte im Zuge von Instandsetzungsarbeiten auch Wärmeschutzfenster eingebaut. In der städtischen Wohnhausanlage in 22, Siebenbürgerstraße 2—12, die als Fertigteilbau errichtet wurde, wurde die Anbringung von Wärmeschutzfassaden im Bereich der Stiegen 54 bis 68 fertiggestellt. Darüber hinaus wurde das Programm, Personenaufzüge für die meist älteren Bewohner der Wohnhäuser nachträglich ein- bzw. anzubauen, verstärkt fortgesetzt. Im Jahre 1983 konnten 198 Aufzugsanlagen fertiggestellt werden. In 74 Stiegenhäusern stehen Aufzugsanlagen in Bau, in 151 Stiegenhäusern wird mit den Bauarbeiten im Laufe des Jahres 1984 begonnen. Ansuchen für weitere 390 Aufzüge liegen vor, die nach Maßgabe der personellen Leistungsfähigkeit, der Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft und der Aufzugsindustrie sowie der Finanzierungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren eingebaut werden können. Für die von den Mietern selbst durchgeführten Verbesserungsarbeiten mußte ein umfangreicher Informations- und Kundendienst geleistet werden.

Im Jahre 1983 waren im Monatsdurchschnitt 854 Firmen mit 3.527 Arbeitskräften beschäftigt. Die Abteilung ist weiterhin bemüht, die Beschäftigtenzahl auch über die Wintermonate möglichst hoch zu halten.

Die Tätigkeiten des Abteilungspersonals werden weiterhin zusätzlich belastet, weil durch Rücksichtslosigkeit und Unachtsamkeit der Mieter viele Schäden verursacht werden. Den Arbeiten der Abteilung gingen 1.307 abgeführte Angebotsverhandlungen (öffentliche und beschränkte) voraus; sie wurden durch 440 kommissionelle Abnahmen zum Abschluß gebracht, an denen neben dem Kontrollamt 1.430 Firmen teilgenommen haben. 81.225 zur Anweisung gebrachte Rechnungen und 34.077 bearbeitete Geschäftsstücke wurden erledigt.

Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten

Der Aufgabenbereich der Abteilung blieb im Jahre 1983 unverändert, es ergaben sich lediglich, bedingt durch die wirtschaftliche Situation, geringfügige Verschiebungen in den Tätigkeitsbereichen. Der Trend von Großbauvorhaben zu kleineren Bauvorhaben, insbesondere zu solchen, die der Sanierung und Verbesserung des Bestandes und der Erhaltung der Bausubstanz dienen, hält weiter an.

An Großbauvorhaben werden im Bereich des Franz-Josefs-Bahnhofes, Seite Althanstraße, die neue Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie beim Liechtenwerder Platz ein Bundesamtsgebäude errichtet werden. Das Bauverfahren konnte für das erstere Gebäude nach mehreren Vorverhandlungen bereits zu einem positiven Abschluß gebracht werden.

Für die vor Jahren bewilligte Überbauung im Bereich des Bahnhofes Wien-Mitte neben den bestehenden Gebäuden des AEZ und des Hilton-Hotels wurde ein Ansuchen um Abänderung eingebracht, das im wesentlichen die Wünsche der Bezirksvorstehung für den 3. Bezirk berücksichtigt. So wird das nunmehr geplante Gebäude, das unter dem Namen „Zentrum am Stadtpark" für die Genossenschaftliche Zentralbank errichtet werden soll, eine den heutigen Anschauungen entsprechende Gliederung aufweisen. Durch Verringerung der Gebäudehöhe, die Anordnung von Sicherheitsaußenstiegenhäusern und den Einbau diverser sicherheitstechnischer Einrichtungen wird ein den heutigen Erfordernissen entsprechender Sicherheitsstandard erreicht werden.

Der weitere Ausbau bzw. die Errichtung weiterer Anlagen auf dem Gelände des Wiener Allgemeinen Krankenhauses schreitet zügig fort.

So wurden Baubewilligungen für die „Erweiterungsbauten West" und für Lüftungsbauwerke erteilt, aber auch

die Detailunterteilung der einzelnen Bereiche weiter behandelt. Die Baubewilligungsverfahren für die vorgenannten Detailunterteilungen werden aus arbeitsökonomischen Gründen meistens gleichzeitig mit dem sanitätsbehördlichen Verfahren durchgeführt. Da die Abteilung sowohl Baubewilligungsverfahren nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien durchführt, als auch die Amtssachverständigen im sanitätsbehördlichen Verfahren und im Verfahren nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz stellt, ergab sich hiefür im Jahre 1983 ein beachtlicher Zeitaufwand. Mit Stand Dezember 1983 waren für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses 178 Verfahren abgeschlossen, 74 noch anhängig, und für weitere rund 30 wurden bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Es ist zu erwarten, daß nach den letzten Schätzungen insgesamt rund 700 Bewilligungen erforderlich sein werden.

Die Tätigkeit im Bereich des Österreichischen Konferenzzentrums beschränkt sich derzeit auf die Überwachung der Bautätigkeit und die laufende Kontaktnahme bezüglich sich aus dem Baufortschritt ergebenden Abweichungen.

An großen städtischen Wohnhausanlagen wurden Bewilligungen für die Liegenschaften in 17, Elterleinplatz 9—12 (Bezirkszentrum Hernals), 19, Weinberggasse 70—74 (ehemalige Gräf-und-Stift-Gründe), 21, Gerasdorfer Straße—Oswald-Redlich-Gasse, 22, Am Haidjöchl, und 23, Breitenfurter Straße gegenüber 380, erteilt. Unverkennbar ist jedoch auch in dieser Zahl die Tendenz zu kleineren Bauvorhaben im innerstädtischen Bereich zu erkennen.

An nicht städtischen Bauvorhaben seien die Errichtung der neuen Tennishallen sowie das Budokan-Zentrum im 10. Bezirk erwähnt. Als Amtssachverständige nahmen Vertreter der Abteilung unter anderem bei Bauvorhaben des Bundes, wie beim Neubau der Bibliothek der Technischen Universität Wien und des Behindertenschulzentrums sowie beim Umbau eines Gebäudes in ein Institutgebäude der veterinärmedizinischen Universität, teil.

Die wesentliche Aufgabe der Bediensteten der Gruppe U-Bahn bestand im Jahre 1983 in der Mitwirkung bei der Erteilung der Bewilligung für die neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6. Darüber hinaus wurden seit Beginn des U-Bahn-Baues auf der Linie U 6 die Abnahmen von Betonarmierungen, Betonprüfungen, die Überprüfung von Spannungs- bzw. Dehnungsmessungen (Anker) durchgeführt und Abschlußarbeiten bei den Stationen Hütteldorf, Michelbeuern und Kagran entsprechend überwacht. Die „Vorschriften über die Mindestabstände für Gleisanlagen und Objekte bei U-Bahnen" konnten unter Mitwirkung der Gruppe zu einem Abschluß gebracht werden. Im Hinblick auf den sich ausweitenden Umfang bestehender U-Bahn-Anlagen wurde die Erstellung von technischen Gutachten für Routengenehmigungen für Schwerlastfahrzeuge dieser Gruppe zugeordnet.

Die Überprüfungen während der Bauausführung werden im Bundesland Wien, wie im Rahmen der Bauordnung für Wien im § 127 vorgesehen, lückenlos bei allen Bauführungen von Organen der Baupolizei durchgeführt. Dabei wurden im Jahre 1983 an Untergrund-, Fundament-, Eisen-, Rohbaubeschauten und Punzierungen von Probewürfeln zum Nachweis der Betongüte ab B 300 insgesamt 6.547 Überprüfungen auf Baustellen vorgenommen. In dieser Zahl inbegriffen sind die rund 275 Beschauten in Betonfertigteilwerken in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten.

Dieser Tätigkeit kommt in erster Linie die Bedeutung zu, sicherzustellen, daß die in den statischen Berechnungen ermittelten und in den Konstruktionsplänen ausgewiesenen Bewehrungen und Dimensionen bei der Ausführung eingehalten werden, um die vorgesehenen Sicherheiten zu gewährleisten. Zufolge der in letzter Zeit gehäuft auftretenden Schäden an Stahlbetonbauwerken in Form von Karbonatisierung des Betons im Bereich der Stahleinlagen, dem damit verbundenen Verlust des Korrosionsschutzes und der folgenden Korrosion der Stahleinlagen, kommt der Überwachung der vorgeschriebenen Betondeckung für die Stahleinlagen und der Herstellung eines dichten Betons erhöhte Bedeutung zu. Bezüglich dieser Schäden — deren Minderung bzw. Sanierung — sind derzeit keine technisch ausgereiften und wirtschaftlich vertretbaren Lösungen bekannt. Für die Findung derartiger Lösungen werden zur Zeit von den Universitäten, autorisierten Prüfanstalten, der Wirtschaft und den Behörden Studien betrieben bzw. Versuche durchgeführt. Vertreter der Abteilung wirken an diesen Studien mit.

Bei den gemäß § 127 der Bauordnung für Wien vorzulegenden statischen Berechnungen und zugehörigen Konstruktionsplänen werden vielfach nur mehr Unterlagen vorgelegt, die ein Minimum des Erforderlichen darstellen. Dieser Umstand erschwert die Einsichtnahme der Behörde wesentlich und erfordert einen größeren Aufwand bei der Überprüfung hinsichtlich der Vollständigkeit der Unterlagen sowie bei der Erfassung aller wesentlichen und statisch belangreichen Teile der baulichen Herstellung. Bei den 2.800 im Jahre 1983 zu bearbeitenden Aktenstücken wirkten sich auch diese Umstände in einem vermehrten Arbeitsaufwand aus.

Als Amtssachverständige in Sachen Sicherheit, insbesondere für Statik, Bauphysik und Brandschutz, waren Angehörige der Abteilung bei Baugenehmigungsverfahren der eigenen Abteilung, der Baupolizei und der Magistratsabteilung für rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten tätig, ebenso bei Berufungsverhandlungen der Bauoberbehörde. Bei Baugebrechensverhandlungen und Schadensfällen überwiegen die Einsätze als Amtssachverständige für Bauwesen, wobei statische Aufgaben im Vordergrund stehen. In die-

sem Zusammenhang wird z. B. auf den Stiegenhauseinsturz im Haus in 1, Elisabethstraße 9, hingewiesen. In diesem Fall ging es nicht nur darum, in Zusammenarbeit mit übrigen Beteiligten Sofortmaßnahmen für die weitere Benützung des Objektes zu verfügen, sondern in der Folge eine Methode zu suchen, die eine Aussage über den Zustand der Natursteinstufen der übrigen Stiegen des Objektes bringt.

Am Zulassungssektor hielt der Trend des Vorjahres zufolge des verminderten Wirtschaftswachstums und der verstärkten Konkurrenz, die Zulassung auch aus Werbezwecken anzustreben, an. Schwerpunkte waren die Zulassung von Außenwandwärmedämmsystemen und die Zulassung von Ankern. Eine wesentliche Arbeit konnte mit der Herausgabe der allgemeinen, vom Produkt (Hersteller) unabhängigen Zulassung für untergehängte Decken zum Abschluß gebracht werden.

Im BABB, in dem die Abteilung das Bundesland Wien vertritt, konnte sie durch die Ausarbeitung von Verwendungsgrundsätzen für die Mauerwerkstrockenlegung, über die Toxizität von Holzschutzmitteln, über Luft-Abgas-Sammler und über die Kennzeichnung von Betonstählen einen bedeutenden Beitrag zur Vereinheitlichung der bundesweiten Vorgangsweise bei Zulassungen und im Baubewilligungsverfahren leisten.

Im Zusammenhang mit dem Wohnungsverbesserungsgesetz wird der Einbau von Aufzügen in Althäusern weiterhin in verstärktem Ausmaß durchgeführt. Die Zahl der Ölfeuerungsanlagen und der damit zusammenhängenden Öllagerungen ist ungefähr gleichgeblieben. Im Frühjahr 1983 wurde nach langen Vorarbeiten der Entwurf des Gesetzes, mit dem Bestimmungen über die Lagerung und Verfeuerung von brennbaren Flüssigkeiten sowie über Tankstellen erlassen werden sollen, abgeschlossen.

Im Rahmen der Wiener Festwochen fanden das Clownfest und das Festival der Fantasie auf der Jesuitenwiese, die Veranstaltung „Alternative Kunst" am Karlsplatz und im Theater am Spittelberg neben vielen anderen Sondervorstellungen in fast allen Theatern und Kleinbühnen statt. Auch Veranstaltungen im Freien, wie Kirtage und Volksfeste, wurden auf zahlreichen Plätzen in den Bezirken abgehalten.

Die Vielfalt des Kulturlebens in Wien zeigt sich aber auch in den Sitzungen des „Fachbeirates Prater", der zur Belebung des Praters eingesetzt wurde.

Als bedeutendstes Ereignis des Jahres 1983 war die Abhaltung des Österreichischen Katholikentages und des damit verbundenen Papstbesuches in Wien anzusehen. Nach zahlreichen Vorbesprechungen wurden Bewilligungen für die baulichen Herstellungen am Heldenplatz, im Donaupark, am Kahlenberg und auf diversen Plätzen Wiens erteilt sowie für die Veranstaltung im Praterstadion eine eigene Kollaudierung durchgeführt. Der reibungslose Ablauf dieser Großveranstaltung zeigte, daß bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen auch Großveranstaltungen ohne Zwischenfälle abgewickelt werden können.

Neben der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse fanden auch mehrere Fachmessen statt. Außer den Eignungsfeststellungen für Veranstaltungen verschiedener Art wurden 50 Generalproben in Volltheatern abgenommen und in Klein- und Mittelbetrieben außerhalb der Dienstzeit etwa 500 Programmüberprüfungen vorgenommen. Aus Sicherheitsgründen, insbesondere zur Wahrung und Erhaltung des Sicherheitsstandes, wurden 500 weitere Veranstaltungen durch Kontrollgänge überprüft sowie rund 1.000 Kinorevisionen in den Wiener Kinos durchgeführt. Obwohl der Großteil der Veranstaltungsstätten sich in einem ordnungsgemäßen Zustand befand, mußten in Einzelfällen gegen Veranstalter Strafanzeigen erstattet werden, aber auch zwei Kleintheater aus Sicherheitsgründen gesperrt werden.

Im Bereich der Gruppe Gebrauchserlaubnisse wurden die Umorganisationen im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Gebrauchsabgabegesetznovelle 1982 mit der EDV-mäßigen Bearbeitung der Anträge stufenweise weitergeführt.

Die im November 1981 begonnene Tätigkeit der Nacherfassungsgruppe (Nacherfassung und Dateneinspeicherung) wurde im Jahre 1983 bereits mit reduziertem Zusatzpersonal (5 B- und 2 C-Bedienstete) fortgeführt und konnte Ende September 1983 abgeschlossen werden. Mit Wirksamkeit 1. Oktober wurde dann in der Gruppe G eine personelle und referatsmäßige Umorganisation durchgeführt, wobei an Stelle der bisher fünf Bezirksgruppen sieben geschaffen wurden. Diese Neustrukturierung hat bereits einige positive Auswirkungen mit sich gebracht. So ist durch die gleichmäßigere Be- bzw. Auslastung der Bediensteten in den Referaten eine bessere Überwachung der Genehmigungen insbesondere im Hinblick auf Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich erreicht worden. Die zusätzlichen Agenden der Gruppe G wie die Koordination und Vergabe der Gebrauchsabgabekonten, die bisher nicht von der Gruppe G wahrgenommen wurden, konnten bewältigt werden.

In Fortsetzung der Umstellung des Protokollsystems auf Datenerfassung ist der Abteilung die Aufgabe erwachsen, mit Hilfe eines von der MD-ADV zur Verfügung gestellten Grundsatzprogramms ihre Bescheidschreibung auf automatische, EDV-unterstützte Bescheidschreibung umzustellen und diese Bescheidtypen selbst zu entwickeln. So wurden in der Gruppe G die Arbeitsabläufe analysiert und organisatorische Überlegungen angestellt, inwiefern der Einsatz einer elektronischen Schriftguterstellung eine Änderung der bisherigen Arbeitssysteme notwendig macht. Diese Veränderungen betrafen sowohl die Referenten als auch das gesamte Kanzleipersonal. Vorerst wurde mit der Programmerstellung für Ladungen zu Augenscheinsverhandlungen unter Berücksichtigung der weiteren Aktenbehandlung begonnen, wobei auch das bestehende

EDV-Protokollsystem integriert wurde. Letztlich konnten ab Oktober 1983 maschinell erstellte Ladungen zu Augenscheinsverhandlungen versandt werden. Bezüglich der Baustofflagerungen wurden gleichzeitig Verhandlungsschriften und die zugehörigen Genehmigungsbescheide entwickelt. Nach Durchführung praxisbezogener Tests in den Referaten verwenden versuchsweise bereits zwei Bezirksgruppen der Gruppe G EDV-Verhandlungsschriften, die so ausgerichtet sind, daß sie gleichzeitig für die Bescheidschreibung als auch als taugliches Eingabemuster Verwendung finden können.

Die Bemühungen der Umstellung aller Systeme auf computermäßige Erfassung der Daten und EDV-unterstützte Bescheidschreibung zeigen bereits positive Ergebnisse. Allerdings werden für eine endgültige Umstellung, deren Ergebnis auch für ähnlich geartete Dienststellen übernommen werden kann, noch einige Jahre intensiver Arbeit erforderlich sein. Es zeigt sich jedoch bereits jetzt, daß das Ziel einer rascheren Erledigung von Ansuchen der Parteien, einer schnelleren Auskunftserteilung und nicht zuletzt einer besseren Sicherheitsüberwachung erreichbar ist.

Für die Abteilung waren folgende Gesetze, die im Jahre 1983 erlassen wurden, wichtig:

Bundesgesetzliche Regelungen:

— Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 11. März 1983 über allgemeine Vorschriften zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung AAV), BGBl. Nr. 218/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie und des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 21. März 1983 über allgemeine Schutzvorrichtungen und Schutzmaßnahmen anderer Art bei Maschinen und Geräten (Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung-AMGSV), BGBl. Nr. 219/1983;
Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, BGBl. Nr. 292/1983;
— Bundesgesetz vom 7. Juli 1983, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird, BGBl. Nr. 390/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983 über die Kennzeichnung von Gas-Haushaltsbackrohren, BGBl. Nr. 490/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 17. Oktober 1983, mit der die Dampfkesselverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 578/1983;
— Bundesgesetz vom 29. November 1983, mit dem das Postgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 597/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 2. Dezember 1983, mit der die Verordnung zur Durchführung des Stempelmarkengesetzes neuerlich geändert wird, BGBl. Nr. 615/1983;
— Bundesgesetz vom 14. Dezember 1983, mit dem das Elektrotechnikgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 662/1983.

Landesgesetzliche Regelungen:

— Gesetz vom 10. Dezember 1982, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 8/1983;
— Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien vom 9. Februar 1983 betreffend die Vereinbarung gemäß Abs. 15 a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, LGBl. für Wien Nr. 10/1983;
— Gesetz vom 28. Jänner 1983, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird (5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung), LGBl. für Wien Nr. 16/1983;
— Gesetz vom 28. Jänner 1983, mit dem das Wiener Bezirksgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 17/1983;
— Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 15. März 1983 über die Wiederverlautbarung des Gesetzes vom 23. Jänner 1948 betreffend die Einhebung einer Abgabe von öffentlichen Ankündigungen im Gebiete der Stadt Wien (Wiener Ankündigungsabgabegesetz), LGBl. für Wien Nr. 19/1983;
— Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 12. April 1983 betreffend die Aufhebung einer Kundmachung nach dem Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, LGBl. für Wien Nr. 26/1983;
— Gesetz vom 30. September, mit dem die Wiener Abgabeordnung — WAO geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 38/1983.

Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei

Im Jahre 1983 wurden die der Abteilung übertragenen Aufgaben kontinuierlich fortgesetzt. So haben die Mitarbeiter des Gewerbedezernates als Sachverständige im Gewerbeverfahren an 5.218 Verhandlungen teilgenommen, 6.630 Stellungnahmen über Anfragen abgegeben und 1.026 Revisionen von Betrieben kommissionell selbständig durchgeführt. 1.528 Anfragen über Konzessionierungserteilungen wurden gleichfalls erledigt.

Die Kommission zur Überprüfung grundwassergefährdender Betriebe hat ihre Arbeit kontinuierlich fortgesetzt und 250 Betriebe überprüft. Von diesen Betrieben wurden etwa 25 Prozent ohne und 40 Prozent mit Übelständen vorgefunden, etwa 30 Prozent der Betriebe waren bereits aufgelassen und 5 Prozent der Betriebe wurden neu erfaßt bzw. es wurden Genehmigungsverfahren eingeleitet. Gleichzeitig mit diesen Erstüberprüfungen wurden die Betriebe, in denen Übelstände festgestellt worden waren, einer Zweitüberprüfung hinsichtlich der Einhaltung rechtskräftiger Auflagen zugeführt. Dabei zeigte sich, daß in etwa einem Drittel der Fälle alle Übelstände beseitigt worden waren. In einem weiteren Drittel der Fälle waren sie nur teilweise beseitigt und im letzten Drittel der Fälle waren keine Maßnahmen zur Sanierung der Übelstände gesetzt worden. In solchen Fällen wurden Strafanträge an das jeweilige magistratische Bezirksamt gestellt; diese Betriebe müssen nochmals revidiert werden. Während die Überprüfungen im 21. und 22. Bezirk als abgeschlossen betrachtet werden können, werden die Überprüfungen schwerpunktmäßig derzeit vor allem im 11. und 23. Bezirk durchgeführt.

In Fortsetzung der Tätigkeit der Abteilung im Zuge der Grundwasseruntersuchungen in den Randbezirken, insbesondere auf chlorierte Kohlenwasserstoffe ausgerichtet, wurden 60 von den etwa 400 bestehenden auf ganz Wien verteilten chemischen Putzereien stichprobenartig kontrolliert. Dabei wurde festgestellt, daß diese teilweise nicht richtig entsorgt werden und daß dadurch eine Luftverunreinigung (saurer Regen) eintritt. Aus diesem Grund wurde ebenfalls eine Kommission zur Überprüfung der chemischen Putzereien gebildet, die nach den entsprechenden Vorarbeiten am 22. September 1983 ihre Tätigkeit aufnahm. Bis Ende des Jahres wurden 45 Putzereien überprüft, wobei festgestellt werden mußte, daß auf Grund der neuesten Erkenntnisse des Umweltschutzes in sämtlichen Putzereien zur Entsorgung zusätzlich Auflagen notwendig waren. Diese Aktion wird im Jahre 1984 ebenfalls weitergeführt werden. Weiters wurde im Oktober 1983 durch die Medien bekannt, daß im Gebiet südöstlich des Stadlauer Bahnhofes im 22. Bezirk das Grundwasser durch Borsäure derart verunreinigt ist, daß es für Trinkzwecke nicht verwendet werden kann. Um Abhilfe schaffen zu können, wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, und zwar die erste zur Festlegung des Umfangs und des Ausmaßes der Gefährdung, eine zweite, die ermitteln soll, wie die Ursache der Grundwasserverunreinigung beseitigt werden könnte, und eine dritte, die sich damit befaßte, wie die Probleme hinsichtlich der zivil-, straf-, wasser-, gewerbe- und finanziellrechtlichen Aspekte zu lösen wären. Die Abteilung ist in allen drei Arbeitsgruppen mit einem ihrer Mitarbeiter vertreten. Während die Arbeitsgruppe I mit Ende des Jahres ihren Schlußbericht erstellen konnte, sind die beiden anderen Arbeitsgruppen noch tätig.

Im Laufe des Jahres 1983 mußten nicht nur die umweltbelastenden Betriebe bekanntgegeben werden, sondern es wurde auch veranlaßt, daß Betriebe, die mit gefährlichen Stoffen arbeiten, erfaßt werden, um einen Schadstoffeinsatzplan erstellen zu können. Dies geschieht im Zuge von Revisionen aus Anlaß von Genehmigungen oder Änderungen von Betriebsanlagen.

Durch die Änderung des Dampfkessel-Emissionsgesetzes, in dem die Emissionswerte herabgesetzt wurden, sind Überprüfungen von Dampfkesseln ebenfalls notwendig, wobei diese Agenden ebenfalls der Abteilung zugeordnet wurden. Bis Ende des Jahres waren 100 Fälle bei der Abteilung anhängig, 40 davon wurden bereits erledigt. Weiters wurden in diesem Dezernat noch 530 Beschwerden behandelt und in 153 Fällen Stellungnahmen zu Berufung abgegeben.

Im Dezernat B, in dem die elektro- und gastechnischen Angelegenheiten bearbeitet werden, haben sich gegenüber dem Vorjahr keine Agendenänderungen ergeben, es ergab sich aber ein größerer Arbeitsaufwand. So mußten diese Mitarbeiter an rund 2.360 Gewerbeverhandlungen teilnehmen oder in Spitälern in 325 Fällen ihr Gutachten abgeben. Als Behördenorgane waren sie in elektrotechnischen Angelegenheiten in 860 und in gastechnischen Angelegenheiten in 450 Fällen tätig, in Theater- und Kinoangelegenheiten 770mal.

Im Dezernat C, das sich mit feuerpolizeilichen Angelegenheiten befaßt, jedoch auch für den Baulärm und für die Erteilung der Bewilligungen zum Sprengen zuständig ist, wurde die Überprüfung der einzelnen Objektgruppen, wie die Überprüfung der Kindertagesheime in 152 Fällen, Kulturstätten in 189 Fällen und Polizeigebäude in vier Fällen, kontinuierlich fortgeführt. Neu hinzugekommen ist die Überprüfung der Schulen und Krankenanstalten, wobei 56 Schulen und 18 Krankenanstalten kontrolliert wurden. Auch 59 Beherbergungsbetriebe waren im Rahmen der Hotelkommission neu zu überprüfen, die dazu nötigen Bescheidentwürfe zu erstellen und noch 37 Bearbeitungen von Berufungen gegen die Erlassung dieser Bescheide durchzuführen. Die Selbstbedienungsläden (268 Fälle) und die Kaufhäuser (64 Fälle) wurden wieder stichprobenweise überprüft, und zwar ob die Freihaltung der Fluchtwege vorhanden und sowohl die Benützbarkeit der Notausgänge als auch das einwandfreie Funktionieren der ersten Löschhilfe gegeben ist. Wegen der Beseitigung von feuerpolizeilichen Übelständen mußten 181 Aufträge zur Beseitigung erteilt werden.

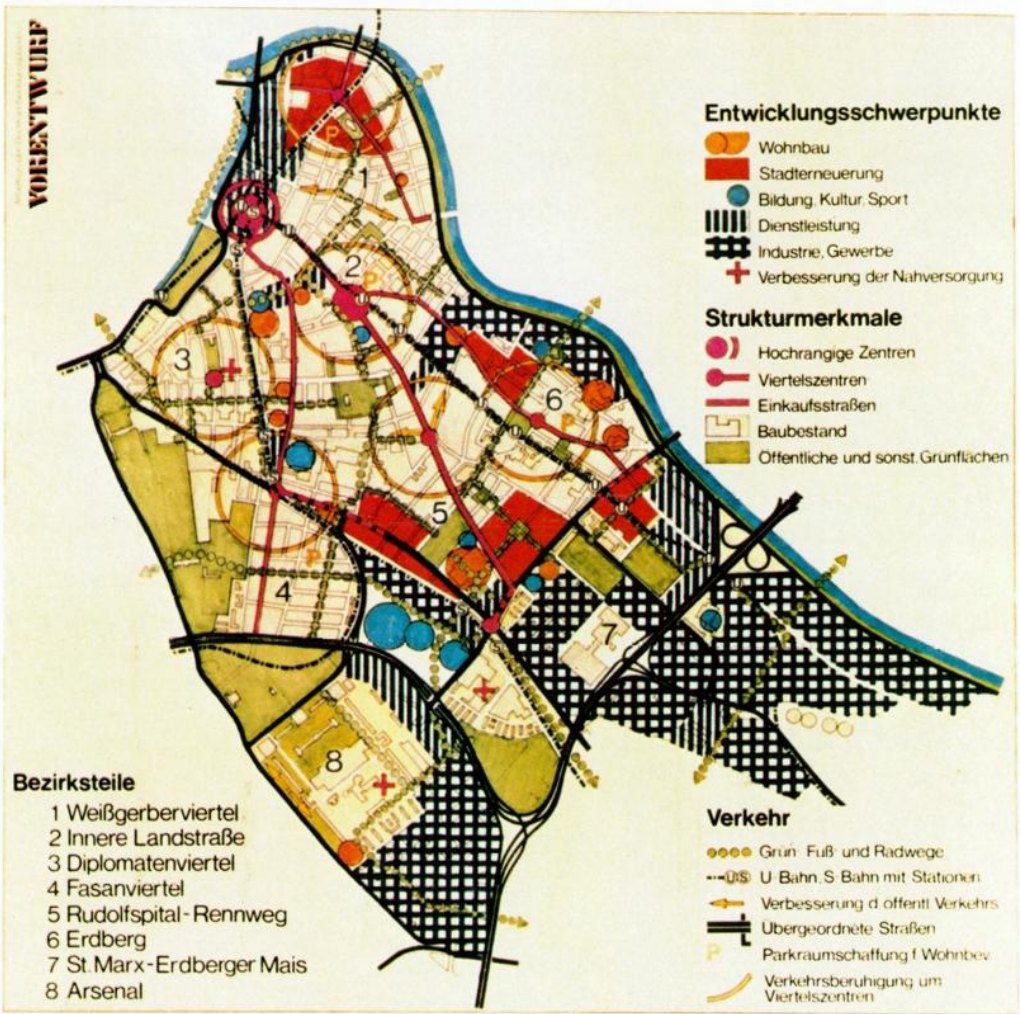
Für das Abbrennen von Gegenständen und landwirtschaftlichen Stroh- und Abfallresten wurden 30 Bewilligungen, für Sprengarbeiten zwei Bewilligungen gegeben. Ebenso wurden 24 Bewilligungen nach dem Wiener Baulärmgesetz für Nachtarbeiten erteilt. Darüber hinaus mußten die täglich hereinkommenden Anzeigen über den Baulärm behandelt und die notwendigen Verfügungen getroffen werden. Bemerkt wird jedoch, daß viele

Die neuerrichtete städtische Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Schemmerlstraße — Mitterfeldgasse

Städtischer Wohnhausbau

Das neue städtische Wohnhaus im 16. Bezirk, Ottakringer Straße 194 — 196

Bezirksentwicklungsplanung
LANDSTRASSE



Zusammenführung einzelner Teilkonzepte in einem "Vorentwurf zum Entwicklungskonzept"

Stadtplanung

Park-and-ride-Standorte im Verkehrsverbund Ost-Region

dieser Anzeigen wohl überprüft, aber nach dem Wiener Baulärmgesetz nicht behandelt werden konnten, weil nur jene lärmerregenden Tätigkeiten verfolgt werden können, die diesem Landesgesetz unterliegen. 45 Ansuchen um Förderungsmittel nach den „Förderungrichtlinien der Stadt Wien für die Erhöhung des Sicherheitsstandards" mußten ebenfalls in technischer Hinsicht überprüft werden.

Im Jahre 1983 wurden Mitarbeiter der Abteilung noch in andere Gremien kooptiert, wie in den Fachnormenausschuß für Luftreinhaltung, für Lüftung von Garagen, für Arbeitssicherheitstechnik, für Bauwerkserschütterungen, für Brandschutzklappen, für Brandschutz bei Lüftungsanlagen und in den Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung (Baulärm).

Im Kanzleibereich wurden zur Erleichterung sowie aus Mangel an Kanzleipersonal der Abteilung zum Dienstgebrauch zusätzlich zwei Diktiergeräte samt einem Wiedergabegerät zur Verfügung gestellt. Ebenso wird ein Tonrufempfänger bereitgestellt werden, damit bei Sofortmaßnahmen nach dem Wiener Feuerpolizeigesetz ein Amtssachverständiger der Abteilung verständigt und dieser sofort tätig werden kann.

Neben einer Unzahl neuer Verordnungen über die Zulassung einzelner Bauteile und neuer Normen, wie die Önorm M 6221, „Anforderungen an die Beschaffenheit abzuleitender Abwässer aus Werkstätten für Fahrzeuge, Maschinen und Geräte", wurden auch nachstehende gesetzliche Änderungen getroffen, die für die Tätigkeit der Abteilung von Bedeutung sind:

Bundesgesetzliche Regelungen

— Verordnung der Bundesregierung vom 30. November 1982 über die Formulare für Zustellvorgänge (Zustellformularverordnung 1982), BGBl. Nr. 600/1982;
— Bundesgesetz vom 30. November 1982, mit dem das Güterbeförderungsgesetz und die Gewerbeordnung 1973 geändert werden, BGBl. Nr. 630/1982;
— Bundesgesetz vom 3. März 1983, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (10. StVO-Novelle), BGBl. Nr. 174/1983;
— Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 21. Jänner 1983, mit der die Verwendung von gefährlichen Stoffen oder Zubereitung in Heimarbeit verboten wird, BGBl. Nr. 178/1983;
— Bundesgesetz vom 2. März 1983 über die Erfassung und Beseitigung bestimmter Sonderabfälle (Sonderabfallgesetz), BGBl. Nr. 186/1983;
— Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 11. März 1983 über allgemeine Vorschriften zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung — AAV), BGBl. Nr. 218/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 31. März 1983, mit der die Suchtgiftverordung 1979 geändert wird (Suchtgiftverordnungsnovelle 1983), BGBl. Nr. 248/1983;
— Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, BGBl. Nr. 292/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983 über die Kennzeichnung von Gas-Haushaltsbackrohren, BGBl. Nr. 490/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983 über die Kennzeichnung von Gas-Haushaltswarmwasserspeichern, BGBl. Nr. 491/1983;
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. September 1983, mit der die Verordnung über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltsbacköfen, über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltsgeschirrspülmaschinen für Kaltwasseranschluß und über die Kennzeichnung automatischer Elektro-Haushaltswaschmaschinen für Kaltwasseranschluß geändert werden, BGBl. Nr. 492/1983;
— Bundesgesetz vom 14. Dezember 1983, mit dem das Elektrotechnikgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 662/1983;
— Gesetz vom 10. Dezember 1982, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 8/1983;
— Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien vom 9. Februar 1982 betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, LGBl. für Wien Nr. 10/1983;
— Verordnung der Wiener Landesregierung vom 25. Mai 1983, mit der die Verordnung zur Durchführung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 28/1983.

Um eine einheitliche Auslegung einzelner Gesetze zu erreichen bzw. zu erlangen, daß die neuen Gesetze einheitlich gehandhabt werden, wurden einzelne interne Weisungen, wie z. B. zum Wiener Feuergesetz die „Vollziehung" oder der „Schadstoffeinsatzplan", geschaffen.

Während im Jahre 1983 der Akteneinlauf 29.043 Stück und der Aktenauslauf 28.343 Stück betrug, erhöhte sich dieser 1983 auf 31.516 bzw. 31.612 Stück. Dies gibt eine Steigerung um rund 11 Prozent; auch der bestehende Rückstand konnte teilweise abgebaut werden.

Nach dem noch immer nicht alle zur Verfügung stehenden Dienstposten besetzt werden konnten, konnte auch noch nicht mit der Überprüfung der letzten Objektgruppen, wie Volkshochschulen, Volksheime, Häuser

der Begegnung, Büchereien, Bibliotheken, außer dem Haus des Buches, das bereits überprüft wurde, Museen und Hochhäuser, begonnen werden, doch wird diese Überprüfung sofort nach Besetzung der offenen Dienstposten in Angriff genommen werden. Es ist somit mit einer weiteren Steigerung der zu bewältigenden Dienststücke zu rechnen.

Baupolizei

Im Jahre 1983 traten wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung in Kraft, auf die die Abteilung zu achten hatte:

— Verordnung der Bundesregierung vom 30. November 1982 über die Formulare für Zustellvorgänge (Zustellformularverordnung 1982), BGBl. Nr. 600/1982;

— Bundesgesetz vom 20. Jänner 1983, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (Bundesstraßengesetznovelle 1983), BGBl. Nr. 63/1983;

— Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 11. März 1983 über allgemeine Vorschriften zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer (Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung — AAV), BGBl. Nr. 218/1983.

Folgende Erlässe und Weisungen der Magistratsdirektion und MD-Stadtbaudirektion waren von den Bediensteten der Abteilung wahrzunehmen und zu handhaben:

— MD BD-1127/82 vom 12. Jänner 1983, Kanaleinmündungsgebühr, Ermäßigung gemäß § 13 KEG-Gesetz, Zahlungserleichterungen nach der Wiener Abgabenordnung; Neuregelung der Zuständigkeit;

— MD-272-4/83 vom 17. Februar 1983, Bundesgesetz vom 1. April 1982 über die Zustellung behördlicher Schriftstücke (Zustellgesetz); Durchführung;

— MD BD-351/83 vom 25. März 1983, Information des Herrn amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Stadtplanung;

— MD BD-532/83 vom 20. Mai 1983, Genehmigung von Zu- und Umbauten, wenn definitiv genehmigte Baulichkeiten über die Baulinie ragen;

— MD-316-9/83 vom 26. Mai 1983, Zusammenstellung der Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren; Änderung;

— MD BD-710/83 vom 11. Juli 1983, Bauplatzbeschaffung, Baubewilligungsverfahren;

— MD BD-724/83 vom 18. Juli 1983, Strukturen — Bauplatzbeschaffung;

— MD BD-395/83 vom 13. Oktober 1983, Begrünung von Flachdächern;

— MD BD-726/83 vom 18. Oktober 1983, Bestandsaufnahme von Sirenen;

— MD BD-1032/82 vom 15. November 1983, Richtlinien für nachträgliche Baubewilligungen von nicht zur Gänze dem Kleingartengesetz 1979 entsprechenden Kleingartenhäusern.

Im Rahmen der Neuorganisation der Abteilung ist eine Umstellung der Protokollierung, der Anberaumung zur Bauverhandlung, der Verhandlungsschrift und der Schriftguterstellung für die Bescheidausfertigungen mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung im Gange. Zu diesem Zwecke läuft im 13./14. Bezirk ein Pilotprojekt auf einer pdp-11-Anlage.

Wegen der geringen Kapazität dieser EDV-Anlage wird jedoch dieses Projekt nicht weiterverfolgt. Inzwischen wurde der neue für die Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten bestimmte Computer (VAX) im Amtshaus in 20, Dresdner Straße 73—75, aufgestellt, an den auch die Abteilung in weiterer Folge angeschlossen werden soll. Zur Zeit finden im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie unter Vorsitz der MD-Automatische Datenverarbeitung und MD-Verwaltungsorganisation Amtsbesprechungen statt, die eine Koordinierung der EDV-Projekte im Bereich der Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten und der Abteilung zum Ziele haben.

Im Vergleich zum Jahre 1982 ist die Zahl der eingelaufenen Dienststücke von 105.632 auf 108.371, das sind rund 2,6 Prozent, gestiegen; die Zahl der erledigten Dienststücke betrug im Jahre 1983 107.196 im Gegensatz zu 107.622 im Jahre 1982, das ist ein Rückgang von 0,4 Prozent.

Das Referat zur Bekämpfung des wilden Bauens setzte seine Überwachungstätigkeit in bestimmten Gebieten weiter fort und hielt die in jahrelanger Arbeit ermittelten Aufnahmen über die Baubestände in den wilden Siedlungen evident. Auf Grund der seinerzeitigen Weisung des damaligen Stadtrates Prof. Dr. *Wurzer* wurden die Erhebungen über den Baubestand der im Grünland Wald- und Wiesengürtel gelegenen Baulichkeiten abgeschlossen. Die Bestandsaufnahmen wurden der Magistratsabteilung für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und dem Institut für Stadtforschung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde ein Kennzahlenkatalog über die Einzelobjekte im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel gelegenen Baulichkeiten abgeschlossen. Die Bestandsaufnahmen wurden der Magistratsabteilung für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und dem Institut für Stadtforschung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde ein Kennzahlenkatalog über die Einzelobjekte im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel mit rund 1.800 Objekten erstellt.

Das Gehsteigreferat hat seine Tätigkeit durch Erteilung von Aufträgen, Mahnungen und Fristerstreckungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige weitergeführt, wobei insgesamt 4.103 Dienststücke erledigt wurden.

Umfangreiche B a u v o r h a b e n waren zu bearbeiten, und zwar wurde mit dem Bau des im Jahre 1982 bewilligten Bürogebäudes mit Tiefgarage in 1, Schauflergasse 8 (ident mit Ballhausplatz), sowie mit dem Bau eines Hotel-, Büro- und Geschäftshauses mit Tiefgarage (Parkringcenter) in 1, Weihburggasse 29, begonnen. Für den Umbau des ehemaligen Palais Henckel-Donnersmark in ein Hotel war die Baubewilligung zu erteilen, so daß mit dem Bau begonnen werden konnte. Im 2. Bezirk wurden das Verwaltungszentrum der DDSG am Handelskai 265 und das Normeninstitut in Heinestraße 38 fertiggestellt. Weiters wurde die Baubewilligung erteilt für ein Pensionistenheim mit 85 Wohneinheiten in 3, Würtzlerstraße 25, für ein Wohnhaus mit 47 Wohnungen in 3, Kegelgasse 9—13, für ein Wohnhaus mit 112 Wohnungen in 3, Barichgasse 23, für ein Hotel mit 211 Zimmern in 3, Am Heumarkt 35—37, für ein weiteres Hotel mit 156 Zimmern in 3, Rennweg 51, für ein Wohnhaus mit 88 Wohnungen in 3, Hofmannsthalgasse 5, für zwei Verkaufsstätten (Konsum und Löwa) in 3, Hofmannsthalgasse 2—6 und Ungargasse 37, sowie für ein Bürohaus in 3, Landstraßer Gürtel 6. Im 4. Bezirk wurde die Baubewilligung erteilt für ein Pensionistenheim mit 242 Wohneinheiten am Phorusplatz 5, im 5. Bezirk für Wohnhäuser, und zwar mit 70 Wohnungen in der Wiedner Hauptstraße 146—148, mit 130 Wohnungen in Mittersteig 12 und mit 65 Wohnungen in Mittersteig 28. Fertiggestellt wurde ein Pensionistenheim in 6, Hirschengasse 20, je ein Wohnhaus in 6, Hofmühlgasse 5 und in Webgasse 36—38, mit dem Bau eines Wohnhauses in 6, Gfrornergasse 3, wurde begonnen. Im 7. Bezirk wurde ein Wohnhaus mit Hochhausteil in Schottenfeldgasse 30 und ein Wohnhaus in Burggasse 105—107 fertiggestellt, begonnen wurde der Bau eines Wohnhauses der Gesiba in Bandgasse 33—41. Fertiggestellt wurde im 8. Bezirk der Neubau der Pensionsversicherungsanstalt (Büro und Ambulatorium) in Josefstädter Straße 80, und ein Wohnhaus in Josefstädter Straße 51. Für die Errichtung eines Bürogebäudes der Firma Rella BaugesmbH in Albertgasse 31 war die Baubewilligung zu erteilen, ferner wurde ein Bürogebäude in Albertgasse 33 in ein Wohnhaus umgebaut. Im 9. Bezirk sind die Fertigstellung eines Wohnhauses mit 2 Stiegenhäusern in Nußdorfer Straße 46—48, die Aufstockung und der Umbau der Österreichischen Nationalbank in Otto-Wagner-Platz 3 und der Baubeginn für den Umbau eines aus vier Liegenschaften bestehenden Gebäudekomplexes in ein Bürogebäude in Peregrinigasse 3 (ident mit Liechtensteinstraße 2 und 4) zu nennen. Im 10. Bezirk waren Baubewilligungen zu erteilen, und zwar für 233 Wohnungen und 8 Reihenhäuser in der Siedlung Süd-Ost Bitterlichstraße, für 68 Wohnungen in Fernkorngasse 76, für 63 Wohnungen in Buchengasse 17—19, für 108 Wohnungen und ein Pfarrzentrum in Antonsplatz 17, für 115 Wohnungen in Hollitzergasse 2—6, für 76 Wohnungen in Kudlichgasse 39, für 66 Reihenhäuser in Geißfußgasse, für 92 Wohnungen in Siccardsburggasse 83—85, für 93 Wohnungen in Friesenplatz 8—9 und für 56 Wohnungen in Inzersdorfer Straße 103—105. Fertiggestellt wurde im 11. Bezirk in Landwehrstraße 6 die Zu- und Umbauten der ehemaligen „Wohnwelt" in ein Großhandelskaufhaus der Firma Huma. Benützungsbewilligungen waren zu erteilen für das Seniorenheim Hetzendorf in 12, Endergasse 2 a, und ein Seniorenheim in Siebertgasse 21, die Baubewilligung wurde erteilt für ein Wohn- und Geschäftshaus neben dem bestehenden Hochhaus in 12, Meidlinger Hauptstraße 11, und für das Pensionistenheim Trazerberg in 13, Schrutkagasse 63. Fertiggestellt wurde der Zubau zum Betriebsgebäude der Firma Kodak in 14, Albert-Schweitzer-Gasse 4, mit dem Bau eines Pensionistenheimes in 15, Oelweingasse 17, wurde begonnen. Ferner sind zu nennen die Fertigstellung einer Verkaufsstätte (Löwa) in 16, Thaliastraße 76, eines Lager- und Bürogebäudes der Austria Tabakwerke AG in 16, Paltaufgasse 14, eines Verkaufszentrums (Merkur-Markt) mit Tennishalle in 17, Frauengasse 25—27 (ident mit Parhamerplatz 4), und der Baubeginn einer Wohnhausanlage mit 82 Wohnungen in 18, Gersthofer Straße 119. Die Baubewilligung wurde erteilt für eine Wohnhausanlage mit 43 Wohnungen in 19, Weinzingergasse 8, fertiggestellt wurde eine Wohnhausanlage mit 257 Wohnungen in 19, Weilgasse 1, sowie das Finanzamt, Arbeitsamt und eine Wohnhausanlage in 20, Pasettigasse 72—74. Für eine Wohnhausanlage mit 113 Wohnungen in 20, Gaulhofergasse 2, wurde die Baubewilligung erteilt, ebenso wie für eine Wohnhausanlage mit 58 Wohnungen in 21, Leopoldauer Straße 68, für eine Wohnhausanlage mit 299 Wohnungen in Leopoldauer Straße 68 a, für ein Industriegebäude der Firma Felten und Guilleaume in Scheidgasse 42, für ein Industriegebäude der Firma Walco in Scheidgasse 38—40. Mit dem Bau einer Wohnhausanlage mit 128 Wohnungen in Floridusgasse 10, eines Geschäftshauses in Brünner Straße 16, einer Wohnhausanlage mit 135 Wohnungen in Überfuhrstraße 35 und einer Wohnhausanlage mit 153 Wohnungen in Überfuhrstraße 37 wurde begonnen. Im 22. Bezirk war die Baubewilligung für ein Wohnhaus mit 48 Wohnungen in Biberhaufenweg 11, für ein Wohnhaus mit 32 Wohnungen in Siegesplatz 3 zu erteilen. Fertiggestellt wurde das Produktionsgebäude der Firma General Motors in Groß-Enzersdorfer Straße 59. Im 23. Bezirk waren schließlich die Industriebauten in den Betriebsansiedlungsgebieten Draschegründe Ost und West sowie im Bereich der Großmarktstraße zu bearbeiten.

Technische Grundstücksangelegenheiten

Seit der im Frühjahr 1983 in Kraft getretenen Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates ist die Abteilung in der neugeschaffenen Geschäftsgruppe „Stadtentwicklung und Stadterneuerung" mit allen für Bodenpolitik, Stadtplanung, Baupolizei, kommunalen Wohnbau, Wohnbauförderung und Stadterneuerung zuständigen Dienststellen vereinigt. Diese Zusammenfassung bietet die Möglichkeit, innerhalb der Abteilungsleiterbesprechungen, die regelmäßig, meist wöchentlich stattfinden, rasch und unbürokratisch Entscheidungen herbeizuführen; sehr bald hat sich der Vorteil für die Stadt Wien in der Verkurzung von Aktenläufen sowie im Ersparnis an Zeit und Arbeitskräften erwiesen.

Im Jahre 1983 gelang es wieder, im großen und ganzen die Ansprüche der Bauabteilungen und sonstigen grundverbrauchenden Dienststellen zu erfüllen und die erforderlichen Grundflächen bereitzustellen.

Als Beispiele für A n k ä u f e seien angeführt:

Für Wohnhausneubauten waren es Grundstücke in 3, Landstraßer Hauptstraße 11 (Restanteile) und Stammgasse 2 — Blattgasse 5 — Blütengasse 3, in 5, Viktor-Christ-Gasse 19 und Schönbrunner Straße 104, in 6, Mittelgasse 2 und Bürgerspitalgasse 7 — Aegidigasse 8, in 10, Hebbelplatz, in 11, Kaiserebersdorfer Straße 146, in 12, Wilhelmstraße 4, in 15, Rauchfangkehrergasse 17, Reichsapfelgasse 9, Hollergasse 28, Rustengasse 10, Herklotzgasse 32, in 16, Lindauergasse 36, Richard-Wagner-Platz 3 und 4, Eisnergasse 13, Rosensteingasse 5, Hubergasse 15, in 17, Ortliebgasse 42, Hernalser Hauptstraße 230, Rötzergasse 19, in 19, Hardtgasse 12, in 20, Dresdner Straße-Schottenaugasse, in 21, Kammelweg 8 und 10, sowie in 23, Kolbegasse und Gatterederstraße-Pölleritzergasse. Für das Siedlungsprogramm wurden Grundstücke gekauft in 22, Speierlingstraße-Thujagasse, und in 23, Tullnertalgasse-Atzgersdorfer Straße, für Schulbauten in 14, Pachmanngasse 1 A und 3, und 15, Reichsapfelgasse 36; für ein Amtsgebäude der Magistratsabteilung für Kanalisation und Entsorgungsbetrieb in 3, Nottendorfer Gasse, für ein Kinderfreibad in 21, Klagergasse-Thomagasse, für den projektierten Wasserbehälter Bisamberg der Wasserwerke im 21. Bezirk, in Ebreichsdorf und Rohrbachgraben in Niederösterreich; für die Friedhofserweiterung Grundstücke beim Stammersdorfer Friedhof im 21. Bezirk; für Straßenbauten in 2, Praterstraße 22, Obere Augartenstraße, in 11, Wildpretstraße und Am Kanal, in 21, Bahnhofsplatz Stammersdorf, in 23, Tullnertalgasse und Beyfußgasse 3; für Sportanlagen in 21, Julius-Ficker-Straße; für öffentliche Parkanlagen in 2, Rueppgasse 33—35, 6, Mollardgasse 86 und 89, in 15, Dadlergasse 14, und in 16, Hubergasse (über 4000 Quadratmeter); zur Sicherung und Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels im 19. Bezirk am Hermannskogel und in der Heiligenstädter Straße 383 (Bauplatz mit Baubewilligung) sowie im 23. Bezirk in Gutenbachtal und beim Rasthaus Schießstätte. Die Ankäufe erfolgten für den Wohnhausbau, für öffentliche Bauvorhaben und für Parkanlagen durchwegs im dichtverbauten Stadtgebiet, sind also der Stadterneuerung zuzurechnen. Gleichzeitig wurde am Stadtrand die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels konsequent fortgesetzt.

Besonders arbeitsintensiv waren im Jahre 1983 die Verhandlungen zur Sicherung der U-Bahn-Trassen der neuen U 3 im 3. Bezirk und der U 6 im 12. Bezirk. Die betroffenen Liegenschaften sind meist intensiv für gewerbliche Wohnzwecke genutzt, die Eigentümer sind grundsätzlich an einer Veräußerung nicht interessiert und oft müssen Tauschliegenschaften gesucht und gefunden werden. Für die Stadt Wien entsteht somit ein Zeitdruck, da der Baubeginn der einzelnen Baulose geplant sind, bevor noch die Grundtransaktionen abgeschlossen sind. Im Jahre 1983 konnten unter anderem die Verhandlungen für die Liegenschaften in 3, Landstraßer Hauptstraße 11 und 13, in 12, Dunklergasse 2, 4, 6 und 21, Grießhofgasse 12, Schönbrunner Straße 188, und in 15, Storchengasse 6 (Teilfläche für Kabelverlegung), abgeschlossen werden.

Zahlreiche V e r k ä u f e o d e r B a u r e c h t s b e s t e l l u n g e n wurden wieder durchgeführt, um die Realisierung von Projekten der Stadtentwicklung und Stadterneuerung zu unterstützen. Zu erwähnen wären die Baurechtsbestellung zur Errichtung von Pensionistenheimen in 7, Schottenfeldgasse 25—27, in 10, Neilreichgasse, in 15, Oelweingasse 9—19, Grimmgasse 22—28, und in 16, Ottakringer Straße 264, womit das Programm, jährlich den Bau von zwei neuen Pensionistenheimen zu ermöglichen, erfüllt wurde. Ferner sind zu nennen die Baurechtsbestellungen und Verkäufe an gemeinnützige Wohnbauunternehmungen in 2, Große Mohrengasse 32, und in 23, Altomontegasse; Baurechtsbestellungen und Verkäufe im Siedlungsprogramm in 11, Gartensiedlung „Neugebäude", in 12, Endergasse 40, Rosenhügelstraße 34, und in 23, Schellenseegasse sowie zahlreichen Einzelbaustellen im 14., 21., 22. und 23. Bezirk, bei denen zum Teil die Umwandlung von Baurecht und Eigentum erfolgte. Baurechtsbestellungen und Verkaufe für soziale und öffentliche Zwecke wurden für das Personalwohnhaus der Barmherzigen Brüder in 2, Große Mohrengasse 22, für die römisch-katholische Kirche in 10, Laaer-Berg-Straße 222, für das Judo-Zentrum der Tokai-Universität in 10, Wienerberggründe, an die Republik Österreich für ein Bundesamtsgebäude in 3, Schnirchgasse, und an die Bundesstraßenverwaltung im 11. Bezirk an der A 4 Ost-Autobahn vorgenommen. Grundstücke wurden von der Stadt Wien für Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen im 2., 11., 12., 14., 16., 20. und 23. Bezirk verkauft, wobei zu bemerken ist, daß andere Veräußerungen in noch größerem Umfang durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds erfolgten. Die Abteilung ist aber auch für den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds als Berater in grundtechnischen Angelegenheiten und Liegenschaftsbewertungen bei An- und Verkäufen tätig; gerade diese

Gutachten müssen oft unter Zeitdruck erstattet werden und erfordern besondere Routine und Sachkenntnis. Verkäufe aus dem Grundbesitz der Stadt Wien in Niederösterreich erfolgten unter anderem in Scheibbs, Purkersdorf, Klosterneuburg, Kaltenleutgeben und Schwechat. Besonders bemerkenswert ist der Verkauf des leerstehenden ehemaligen Kinderspitals der Frank'schen Stiftung in Lilienfeld, der durch das Sozialamt nach jahrelangen Bemühungen zum Abschluß gebracht werden konnte. Im Jahre 1983 begannen im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer intensive Beratungen mit dem Ziel, die unter entscheidender Mitwirkung der Abteilung erarbeiteten „Liegenschaftsbewertungsrichtlinien" in die betreffenden Bundes- und Landesgesetze einfließen zu lassen, das heißt, sie rechtsverbindlich zu machen. Die Beobachtung des Liegenschaftsmarktes durch die Abteilung unter anderem bei der Begutachtung der Kaufpreise im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 sowie nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz zeigte, daß der Umsatz an Grundstücken für den mehrgeschoßigen Wohnhausneubau nachgelassen hat; sowohl Angebot wie Nachfrage sind zurückgegangen. Weiterhin stark ist die Nachfrage nach Bauplätzen für Einfamilienhäuser. Auch der Umsatz von nicht abbruchreifen Althäusern hat wieder zugenommen, die Nachfrage scheint größer zu sein als das Angebot. Das Preisniveau insgesamt ist noch immer leicht steigend bis stagnierend, ein Absinken konnte nirgends beobachtet werden.

Im Dezernat „Zentrale Liegenschaftsevidenz" waren die Arbeiten im wesentlichen von der geplanten Umstellung der Grundstücksdatenbank auf EDV beeinflußt. In Anbetracht der im April 1984 anlaufenden Einspeicherung des gesamten in der Abteilung aufliegenden Datenbestandes haben seit Beginn 1983 nicht weniger als 100 vorbereitende Arbeitsgespräche insbesondere unter Mitwirkung der MD-ADV stattgefunden. Da das Dezernat „Zentrale Liegenschaftsevidenz" später selbst für den Veränderungsdienst verantwortlich zeichnen wird, hat es sich maßgeblich am Aufbau beziehungsweise an der Projektentwicklung des Informationssystems beteiligt. Schließlich waren auch gleichzeitig alle Voraussetzungen zu schaffen, damit für die zum 1. Jänner 1985 gesetzlich durchzuführende Hauptfeststellung der Einheitswerte des Grundvermögens schon eine Hilfestellung von der Stadt Wien gegenüber den Finanzbehörden im Wege der EDV gewährleistet werden kann. Im Schriftoperat wurde im Jahre 1983 die vor etwa 10 Jahren begonnene Umstellung der Lagebücher auf EDV-verwertbare Karteikarten nahezu zur Gänze zum Abschluß gebracht. Neben dem laufenden Veränderungsdienst — es waren im Jahr 1983 rund 950 Aktenfälle zu bearbeiten bzw. in Evidenz zu nehmen, konnten auch die durch das Grundbuchsumstellungsgesetz angefallenen Überprüfungen bezüglich der 19.000 Grundbuchseinlagen der Stadt Wien sowie etwaige Richtigstellungen — insbesondere hinsichtlich der Differenzen bei verbücherten Wohndarlehen für den Bereich innerhalb des Stadtgebietes Wien — ziemlich reibungslos durchgeführt und beendet werden.

Durch die im Herbst 1982 in der Abteilung eingerichtete Datenendstation als Zugriffsmöglichkeit zu den im Bundesrechenzentrum gespeicherten Liegenschaftsdaten waren im Jahr rund 66.800 Abfragen für 40 Dienststellen des Magistrates zu leisten.

Im Planoperat wurde die Evidentführung der Katasterdarstellung des öffentlichen Gutes, die vor vier Jahren begonnen wurde, nunmehr zur Gänze nachgezogen, so daß sämtlichen Magistratsdienststellen zur Erledigung ihrer Aufgaben jederzeit und kurzfristig hundertprozentig evidente Katasterpläne zur Verfügung gestellt werden können. Sowohl für eine sorgfältige EDV-mäßige Erfassung wie auch als Vorbereitung für die zu erwartende Hauptfeststellung der Einheitswerte hat die Abteilung begonnen, die 480 städtischen Kleingartenanlagen bezüglich ihrer Grundstücksdaten und steuerlichen Bewertung auf den aktuellsten Stand zu bringen. In einigen Fällen wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen gleichzeitig die Herstellung der Grundbuchsordnung in Auftrag gegeben. Überdies hat die Abteilung auf für rund 900 wirtschaftliche Einheiten (Wohnhausanlagen, Schulen usw.) fehlende Daten bei den Finanzämtern ermittelt und diesbezügliche Differenzen zwangsläufig richtig gestellt, so daß die mit der Einheitsbewertung zusätzlich zu erwartende Arbeitsbelastung durch diese vorbereitenden Maßnahmen einigermaßen verkraftet werden kann.

Im Bereich des Schriftoperates wurde im Jahre 1983 das städtische Grundeigentum nach dem Grundbuchs- und Katasterstand evident gehalten. Auf Grund von 950 Akten mit Gerichtsbeschlüssen wurden die Veränderungen im Liegenschaftsverband gemacht. Das Grundeigentum der Stadt Wien innerhalb der Landesgrenze mit Stand von 31. Dezember 1983 betrug 202,149.752 Quadratmeter, das sind 48,7 Prozent der Gesamtfläche. Außerhalb der Landesgrenze, das heißt in Niederösterreich, Oberösterreich und in der Steiermark, verfügt die Stadt Wien über ein Grundeigentum von 361,212.275 Quadratmeter.

Die Gesamtanlage der Liegenschaftskartei wurde fortgesetzt, so daß nunmehr 56.500 von 62.800 Karteikarten — das sind rund 90 Prozent in Wien — angelegt sind. Die 4.800 Karteikarten bzw. Konzepte für Liegenschaften außerhalb von Wien sind bereits zur Gänze angelegt. Mit einem Abschluß ist etwa mit Ende des Jahres 1984 zu rechnen. Die im Jahre 1974 begonnene Umstellung der Lagebücher auf Karteikarten, die als Basis für die EDV dienen, ist hiemit — geplant war eine Umstellungszeit von 10 Jahren — termingerecht verlaufen und kann auch termingerecht abgeschlossen werden.

Nach Abschluß der Umstellung der Grundbücher auf automationsunterstützte Datenverarbeitung im Bereich des Landes Wien wurden auch die Überprüfungen durch die Abteilung hinsichtlich der Übertragung des städti-

schen Grundeigentums abgeschlossen. Durch das Schriftoperat wurden die 12.950 Einlagen, in denen das Grundeigentum der Stadt Wien im Bereich des Bundeslandes Wien verbüchert ist, auf etwaige Übertragungsfehler überprüft. Die Fehlerquote mit rund drei Prozent war als gering zu betrachten. Bei anderen Abteilungen leistete die Abteilung Hilfestellung bei den Überprüfungen. So wurden für die Magistratsabteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen und das Anstaltenamt Überprüfungen hinsichtlich der richtigen Übertragungen vor allem von Pfandrechten gemacht. 1.000 Einlagen wurden hiebei auf den Grundbuchsberichten überprüft. Für die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung (MA 50) wurde gemeinsam mit der ADV und der Buchhaltungsabteilung ein Prüfprogramm für die verbücherten Wohnbaudarlehen ausgearbeitet. Differenzen zwischen Grundbuch und Aufzeichnungen der MA 50 bzw. dem Rechnungsamt wurden durch die Abteilung hiebei geklärt und bereinigt.

Das Grundbuchsumstellungsgesetz (§ 8 GuG) sieht vor, daß Datenendstationen nicht nur in den Kanzleien der Notare und Rechtsanwälte, sondern „auch bei anderen Personen" eingerichtet werden können. Für die Stadt Wien wurde im September 1982 in den Räumen der Abteilung — Referat Schriftoperat — eine solche Datenendstation eingerichtet. 66.800 Abfragen aus der Grundstücksdatenbank — Kataster und Grundbuch — und an der Koordinatendatenbank wurden im Jahre 1983 für 40 Dienststellen erledigt. Die städtische Liegenschaftsevidenz wurde auf automationsunterstützte Datenverarbeitung umgestellt. Die Neuorganisation mit automationsunterstützter Datenverarbeitung wurde in über 100 Besprechungen in einem Arbeitskreis besprochen. Mit der Nacherfassung der Liegenschaftsdaten kann mit Anfang Mai 1984 gerechnet werden.

Was den Arbeitsumfang im Zusammenhang mit der Begründung von Wohnungseigentum betrifft — sei dies in bezug auf die Begutachtung von Anträgen nach § 12 des Wohnungseigentumsgesetzes, sei es die Erstellung von Gutachten über die Nutzwertermittlung —, so ist dieser gegenüber dem Vorjahr (594 Stück) nahezu völlig gleich geblieben (1983 = 584 Stück). Ungefähr je die Hälfte dieser Agenden bezieht sich auf Neubauten bzw. Althäuser, und zwar im besonderen auf den Verkauf von Kleinwohnungen und auf Einbauten von Dachgeschoßwohnungen. Hingegen ist der Akteneinlauf in bezug auf die Erstellung von Amtsgutachten im Rahmen des Mietsrechtsgesetzes für die Schlichtungsstellen, für die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung (Vermietung von Geschäftslokalen) und im zunehmenden Maße für Gerichte (im Wege der Ämterhilfe) gegenüber dem Jahre 1982 von 392 Akten auf 722 Akten angestiegen, was einer Zunahme von rund 84 Prozent gleichkommt. Es handelt sich dabei vor allem um die Festsetzung des § 12 Abs. 3 (Übergang der Hauptmietrechte bei der Veräußerung eines Unternehmens), § 16 Abs. 1 bzw. § 44 (überhöhter Hauptmietzins), § 18 (Einhebung eines erhöhten Hauptmietzinses bei umfangreicheren Erhaltungsarbeiten) und § 45 (Einhebung des Erhaltungsbeitrages); ferner erstrecken sich die Gutachten über die Ausstattungskategorie von Wohnungen gemäß § 16 Abs. 2 und mehrheitlich um Gutachten über die Größe eines Mietgegenstandes (Nutzfläche) im Sinne der § 17 (Betriebskostenaufteilung), § 18 (zwecks Einhebung eines erhöhten Mietzinses) und § 22 (Verwaltungskosten). Trotz der Einstellung von zwei zusätzlichen technischen Bediensteten der Verwendungsgruppe C/D, der Anordnung von Überstunden und der zeitweisen Mithilfe von Bediensteten der Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation (Vermessungshilfen) stieg der Aktenrückstand in diesem Dezernat von 433 Stück im Jahr 1982 auf 572 Stück für das abgelaufene Geschäftsjahr weiter an.

Für das Jahr 1984 ist eine bedeutsame Änderung und möglicherweise Erweiterung des Aufgabengebietes dadurch zu erwarten, daß in diesem Jahr ein neuzuschaffender „Wiener Boden- und Stadterneuerungsfonds", ein sogenannter „Grundstückspool für Wohnbaugrundstücke", seine Tätigkeit aufnehmen wird. Voraussichtlich wird die Abteilung dann neben dem gesamten Magistrat und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds auch diesen Fonds gutachtlich zu betreuen sowie dessen aktuellen Grundbesitz planlich und schriftlich evident zu halten haben. Es wird sich dadurch ein neues, interessantes, vielleicht schwieriges, aber zweifellos bedeutsames Aufgabengebiet eröffnen.

Stadtvermessung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit und die neuen Aufgaben lagen für die Wiener Stadtvermessung im Jahre 1983 beim Aufbau der M e h r z w e c k k a r t e (MZK). In allen Gruppen und Referaten der Abteilung wurden vorrangig Arbeiten für dieses Projekt geleistet. Da es keinen Modellfall für eine graphisch koordinative Speicherkarte gibt, werden sämtliche Arbeitsabläufe in einem Arbeitskreis unter Projektsleitung der Stadtbaudirektion koordiniert und bei der MD-ADV und der Stadtvermessung ausgeführt. Die Datenlieferung für die MZK hat zwei Quellen, die automatische Tachymetrie und die Luftbildauswertung. Für beide Verfahren konnten die neuesten Geräte angeschafft und nach einer Testphase seit Frühjahr 1983 voll eingesetzt werden. Die neue Methode der Kartenherstellung besteht in der Kombination von zentimetergenauen Vermessungen der Gebäudefronten mit automatischer Registrierung der vercodeten Meßdaten mit der Luftbildauswertung der Verkehrsflächen und dem Inneren der Blöcke, wo gleichfalls Speicherdaten entstehen. Beide Datenbestände

werden in der MD-ADV im Großspeicher zusammengeführt, in mehreren Ebenen, die beliebig kombiniert werden können, gespeichert und mit einem EDV-Programm für die automatische Zeichnung verbunden. Dieser kurz beschriebene Vorgang ist im Detail das Ergebnis von mehr als 40 Arbeitssitzungen und großem Einsatz aller Mitarbeiter.

Parallel zur Mehrzweck-Grundkarte, die unter anderem als Basiskarte für den Leitungskataster dienen wird, wurde ein Verfahren zum Aufbau eines neuen Bebauungsplanes entwickelt. Die Folie des Bebauungsplaninhaltes der Stadtkarte 1 : 2.000 kann mit der Speicherkarte durch Digitalisieren nicht zusammengeführt werden. Aus den Vermessungsdaten, Archivplänen und durch rechnerisch-graphische Bearbeitung werden die Hauptpunkte der Baulinien koordinativ und eindeutig fixiert. Dadurch werden den Planungsdienststellen und der Baupolizei in Zukunft exakte Ausgangswerte für Widmungsneufestsetzungen bzw. die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wird eine Novelle des Vermessungsgesetzes vorbereitet. Durch die Mitarbeit im Arbeitskreis „Plangrundlagen" bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz konnten die Interessen der Stadt Wien vorgebracht und berücksichtigt werden. Von Bedeutung werden die neuen Bestimmungen für die Benützungsarten sein. Die unterschiedlichen Definitionen von „Wald" im Forstgesetz und im Kataster bzw. Vermessungsgesetz sollen damit beseitigt werden. Zustimmung aller Ländervertreter hat auch die beabsichtigte Aufnahme der Einmessungsverpflichtung für Neubauten gefunden. Damit wird es möglich sein, Plan- und Kartenwerke rascher und genauer auf den letzten Stand zu bringen, außerdem werden Mittel der öffentlichen Hand dadurch eingespart werden.

Durch die Tätigkeit im DIN-Fachnormenausschuß für Vermessungsgeräte, dem auch Vertreter namhafter Herstellerfirmen angehören, konnte man neueste geodätische Meßgeräte und Meßmethoden kennenlernen. Der Leiter der Stadtvermessung wurde durch den Hauptausschuß des Österreichischen Vereins für Vermessungswesen und Photogrammetrie in die Kommission 8 der FIG (Fédération Internationale des Géomètres) delegiert, die über Fragen des städtischen Liegenschaftswesens, der Stadtplanung und Stadtentwicklung aus der Sicht der Internationalen Vereinigung der Vermessungsingenieure berät.

1983 wurden 5.097 Akteneingänge registriert, was einem Zuwachs von 5 Prozent entspricht. Davon konnten rund drei Viertel bereits erledigt werden sowie weitere 720 ältere Geschäftsfälle. In diesen Zahlen sind die photogrammetrischen, die kartographischen und die Arbeiten auf den Großbaustellen nicht enthalten.

Die allgemeine fachliche Tätigkeit der Abteilung vollzieht sich in fünf Dezernaten, die für unterschiedliche technische und kartographische Aufgaben zuständig sind. Die technischen Zeichner bilden ein eigenes Referat, das vor allem für die Herstellung von Projekts- und Teilungsplänen tätig ist. So wurden 108 Pläne neu gezeichnet und 150 fortgeführt bzw. ergänzt.

Die Zahl der im Archiv der Abteilung errichteten Plannummern liegt bereits über 14.000, wobei für Einzelprojekte, wie z. B. bei U-Bahn-Bau-Abschnitten, oft bis zu 100 einzelne Druckoriginale verwaltet und bearbeitet werden. Das Planarchiv dient vor allem der Lieferung von Unterlagen für die Vergabe von Vermessungsleistungen. Durch die Berücksichtigung von Archivplänen, Daten und Fixpunkten kann sparsam kalkuliert und rasch und zielführend vermessen werden. Für diese Zwecke wurden über 3.400 Einzelpläne entlehnt, die in dringenden Fällen auch im Archiv der Abteilung gepaust werden können. Rund 190 Planmontagen wurden ausgeführt. Für den Aufbau der MZK und zur Vermeidung von Vermessungen in Bereichen, für die Pläne vorhanden sind, die nicht älter als fünf Jahre sind, werden alle eigenen Bestände laufend sondiert. Zusätzlich werden die Leitungskatasteraufnahmen für das Elektrizitätswerk in Evidenz gehalten und für die MD-ADV und die automatisch registrierende Tachymetrie beschafft.

Im Bereich der Ingenieurgeodäsie konnten 285 Einzelanforderungen durch eigene Mitarbeiter oder Vergabe erledigt werden. Den höchsten Anteil dabei haben die Lage- und Höhenpläne, die Absteckungen für den Straßenbau und für den U-Bahn-Bau, dann folgt der Wohnbau. Für das Großprojekt der Verbauung der Wienerberg-Gründe wurden gleichfalls zahlreiche Vermessungen und Planlieferungen organisiert, kalkuliert und durchgeführt bzw. ausgesendet, ebenso für weitere 20 Wohnbauvorhaben. Dazu kommen Baubestandsaufnahmen für Revitalisierungsmaßnahmen. Besonders schwierig gestalten sich die Aufnahmen in Kellern in der Inneren Stadt im Bereich der künftigen U-Bahn-Trasse zum Vortrieb der U 3.

In der Gruppe für Liegenschaftstechnische Vermessungen wurden für U-Bahn-Trassen technisch komplizierte Servitutspläne geliefert, die Grundlage für die Verträge mit den Grundeigentümern im jeweiligen Bauabschnitt sind. Rund 1.000 Akten waren zu bearbeiten, davon führten 250 zu Teilungsplänen für Transaktionen oder Bauplatzschaffungen. Ein Drittel davon konnte von eigenen Mitarbeitern verfaßt werden, da die Stadtvermessung „Vermessungsbefugter" gemäß Liegenschaftsteilungsgesetz ist. Im Einvernehmen mit der Ingenieurkammer wurden die Koordinatenverzeichnisse der Teilungspläne neu gegliedert, so daß sie zur Speicherung für die MZK ohne Mehrarbeit geeignet sind. Bei rund 70 Grenzvermessungen und nachfolgender Grenzverhandlung konnten Liegenschaften der Stadt Wien gesichert, vermarkt und in vielen Fällen nicht unbedeutende Grundflächen, die von Nachbarn genutzt wurden, zurückgeholt werden. Auch in den Quellschutzgebieten und den Wasserleitungstrassen wurden umfangreiche Vermessungen für Bestandsaufnahmen, für die

Erfassung von Drainagen und die Sicherung von Servituten durchgeführt. Insgesamt handelte es sich um 45 ha Drainagen und 33 km Trasse.

In über 100 Fällen wurden Lagepläne zur Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen bei der Baupolizei eingereicht; es wurden für die Teilungspläne Ansuchen um Genehmigung der Grundteilung gestellt und in den Vermessungsämtern die Planbescheide eingeholt. Die Betreuung der Teilungspläne von der Verfassung bis zur Verbücherung im Grundbuch ist zeitaufwendig, bringt aber in den meisten Fällen eine wesentlich raschere Erledigung, die gerade bei Transaktionen sehr wichtig ist.

Die Arbeiten der Techniker und Ingenieure in der Gruppe Baumessungen für Großbaustellen standen im Zeichen der Vorbereitung für den Baubeginn der U 3 und U 6. In den Abschnitten U 6/1, U 6/4 und U 3/5 wurden Präzisionsmessungen zur Anlage von Baustellennetzen der Lage und Höhe nach durchgeführt. Für die Otto-Wagner-Brücke wurden rund 200 Paßpunkte eingemessen. Für die U 3/5 wurden die Einbauten erfaßt und Gesimshöhen bestimmt. Bei Brückenbauten, Autobahnen und Schnellstraßen wurden umfangreiche Absteckungsarbeiten — das sind Übertragungen der Projektsdaten von z. B. Umrißkoordinaten und Höhenlagen in die Baustelle — und Kontrollmessungen durchgeführt. Die wichtigsten waren die Ameisbrücke, Nordbrücke, Roßauer Brücke sowie die A 22 im Bereich der Floridsdorfer Brücke, die A-4-Flughafenautobahn und die S-2-Donaukanalbegleitstraße. Diese Arbeiten sparen nicht nur Kosten, sondern dienen in erster Linie der Kontrolle des neuen Bauwerkes und der Überprüfung von Bautoleranzen.

Im Referat Bildmessung wurde am Beginn des Jahres ein neues Luftbildauswertegerät installiert, ein zweites vorhandenes Gerät wurde durch Zusatzgeräte dem neuen Gerät leistungsmäßig angeglichen. Mit dem neuen Auswertesystem werden gleichzeitig mit der Herstellung der Lagepläne in den Geräten die Koordinaten und Daten für eine weitere Bearbeitung durch die MD-ADV auf Disketten automatisch gespeichert. Für die Aktualisierung und Neuherstellung der Stadtkarte wurde die Gesamtbefliegung von Wien vom Frühjahr 1982 weiter ausgeweitet. Dabei sind 120 Blätter der Stadtkarte 1 : 2.000 (150 km²) auf letzten Stand gebracht worden, 110 Blätter der Stadtkarte 1 : 1.000 (27 km²) neu ausgewertet und 250 Blätter 1 : 1.000 (62 km²) überarbeitet worden. Damit konnte das vorgegebene Ziel, jährlich rund ein Drittel des Stadtgebietes neu zu bearbeiten, sogar überschritten werden. Ferner wurde eine Vielfalt von anderen photogrammetrischen Arbeiten und Untersuchungen durchgeführt. Sehr aufwendig waren die Tests und Untersuchungen für die Integration der photogrammetrisch hergestellten Pläne — an die vielfach unrealistische Genauigkeitsansprüche gestellt werden — in die Mehrzweckkarte. Für die Festsetzung von Bebauungsplänen bei der Magistratsabteilung für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurden Gesimskoten und Firstkoten aus Luftbildern gemessen. Für die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark konnte das Gesamtvolumen des Mülls, der zwischen 1979 und 1982 am Rautenweg deponiert wurde, mit Hilfe der Bildflüge in diesen Jahren ermittelt werden. Zur Feststellung der Borax-Grundwasserverschmutzung in Stadlau konnte aus den archivierten Luftbildern ab 1938 die fortschreitende Ablagerung von Abfallmaterial aufgezeigt und in Lageplänen dargestellt werden. Das Luftbildarchiv diente auch anderen Magistratsabteilungen für ihre Aufgaben, so zum Nachweis von „wildem Bauen" und „wilden Deponien" und mehrmals zur eindeutigen Bestimmung von früheren Grenzverläufen.

Im Referat Nivellement wird das Wiener Höhenfestpunktnetz in einem 3-Jahres-Programm den geänderten Bezugskoten des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen angepaßt. Diese Neumessung und Berechnung wird Mitte 1984 abgeschlossen sein. Im Jahre 1983 wurden dafür 130 km Präzisionsnivellement gemessen und 544 Höhenbolzen gesetzt. Zur Erfassung von Vertikalbewegungen an Wohnhäusern waren Kontrollmessungen durchzuführen, ebenso an Brücken, Kirchen, Schulen usw. Weiters wurden Flächennivellements von rund 30 km² ausgeführt.

Im Referat für Sonderaufgaben wurde vordringlich für die Mehrzweckkarte gearbeitet. Mit dem automatisch registrierenden Tachymeter wurden ab April die Aufnahmen und Berechnungen im Ausmaß von 74 Stadtkartenblättern 1 : 1.000 durchgeführt. In den Sommermonaten wurde in zwei Schichten gearbeitet, um das wertvolle Instrument voll auszunützen.

Zusätzlich wurden die laufenden Setzungsbeobachtungen für viele Objekte weitergeführt bzw. abgeschlossen, unter anderem für vier Kinderheime in der Wiener Umgebung und an den Rutschungshängen der Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung. Die Sicherungsmessungen an der Stephanskirche konnten abgeschlossen und die elektronischen Libellen abgebaut werden. Beim Sternlauf der Plandokumente für neue Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen wurden in 38 Fällen umfangreiche Erhebungen und Messungen durchgeführt.

Die Kartographie der Abteilung wurde hauptsächlich zur Aktualisierung der Stadtkarte 1 : 2.000 eingesetzt, um den Bildflug 1982 zu verarbeiten. 119 Stadtkartenblätter 1 : 2.000 wurden auf den neuesten Stand gebracht und für den Druck vorbereitet, davon wurden 74 von der Magistratsabteilung für Druckerei und technische Dokumentation bereits nachgedruckt. Auf 140 Blättern wurden die Schriftfolien auf den letzten Stand gebracht und Höhenkoten ergänzt. Dem Gemeinderatsbeschluß vom 30. Jänner 1981 wurde durch Eintragen der Straßennamen-Neuschreibung auf 81 Blätter entsprochen. 122 Bebauungsplan- und Schutzzonenfolien wurden bearbeitet, 24 davon neu gezeichnet. Die Arbeiten zur Erfassung von Änderungen in Schutzgebieten für

Flächenermittlungen werden laufend durchgeführt. Neue Katastermappenblätter wurden von 1 : 1.000 auf 1 : 2.000 verkleinert und Änderungen der Katastralgemeindegrenzen in die Stadtkartenblätter übernommen. Die Aktualisierung der Kartenwerke 1 : 5.000 und 1 : 10.000 und die Montage von Bezirksplänen wurden fortgesetzt. Für die automatisch gezeichnete Stadtkarte 1 : 2.000 wurden 14 Blätter durchgesehen und für die Reproduktion freigegeben.

In der thematischen Kartographie sind Überarbeitungen aller Grundkarten notwendig geworden, um große Veränderungen, wie Donauinsel, Stadtteilplanungen, Autobahnen usw., einzubringen. Für verschiedene Dienststellen wurden graphische Sonderaufgaben übernommen: Zu nennen sind der Schutzzonenplan, das Höhenfestpunktnetz, Graphiken für das Taschenbuch und das Jahrbuch der Stadt Wien, die Broschüre „Kartenwerke der Stadt Wien", das Übergeordnete Straßennetz, die Dokumentation des Grundwasserstromes im 22. Bezirk und der Musikalische Sommer 1983. Aus dem kartographischen Planarchiv wurden fast 10.500 Transparente und Papierkopien von Kartenblättern in verschiedenen Maßstäben ausgegeben.

In der Gruppe Kartographie ist ein Umstellungsprozeß eingeleitet worden, um die neuen Aufgaben für den Aufbau der Mehrzweckkarte auszuführen. Vor rund 25 Jahren wurde mit dem ersten modernen Kartenwerk der Stadt Wien durch Luftbildauswertung begonnen. Aus diesem Anlaß wurde die Broschüre „Kartenwerke der Stadt Wien — 25 Jahre Kartenproduktion der MA 41 — Stadtvermessung" verfaßt. Darin werden Ausschnitte aus den „klassischen" Karten 1 : 2.000, 1 : 5.000, 1 : 10.000 und kleinmaßstäbliche Grundkarten gezeigt und die ersten automatisch gezeichneten Blätter 1 : 1.000 und 1 : 2.000 vorgestellt. Somit wird eine Ära der städtischen Kartenproduktion verabschiedet, die ihre Fortsetzung in der automatisierten Mehrzweckkarte findet.

Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung

Im Jahre 1983 wurden 18.398 Wohnungsansuchen eingebracht. 5.143 Fälle konnten in Vormerkung genommen werden, von denen 632 wegen bestehender oder drohender Obdachlosigkeit, 3.191 wegen Überbelages ihrer Wohnungen, 155 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen und 188 wegen getrennten Haushaltes von Ehegatten berücksichtigt wurden. 673 Parteien konnten ihres Alters oder Gesundheitszustandes wegen ihre in einem höheren Stockwerk gelegene Wohnung nicht mehr erreichen, 244 Ehepaare wohnten in Untermiete und in 60 Fällen handelte es sich um die Räumung von Dienstwohnungen infolge Pensionierung. Auf Grund einer seit Oktober 1983 laufenden Überprüfungsaktion wurden rund 4.500 vorgemerkte Ansuchen aus der Evidenz genommen. Am Ende des Jahres 1983 standen somit 16.000 Wohnungssuchende in Vormerkung, unter denen sich 996 sogenannte Notstandsfälle befanden; diese Personen waren obdachlos oder von der Obdachlosigkeit bedroht. Die 18 Außenstellen der Vormerkungsgruppe hatten im Jahre 1983 26.927 Ansuchen von neuen sowie von bereits vorgemerkt gewesenen Wohnungswerbern in 31.163 Erhebungen zu überprüfen. Ferner haben 96.127 Parteien vorgesprochen.

In der Zeit von Jänner bis Dezember 1983 wurden 8.000 Gemeindewohnungen zugewiesen. Von diesen zugewiesenen Wohnungen wurden 3.684 in Neubauten erstmals vergeben, darunter 255 in Vorvergabe, das heißt, sie wurden noch vor der Fertigstellung zugewiesen. 4.316 Wohnungen in Gemeindebauten wurden neuerlich vermietet. Darunter waren 450, die bereits schon einmal bezogen waren und gegen einen Baukostenbeitrag wieder vermietet wurden. Der Großteil der Mieter, und zwar 3.104 oder 38,8 Prozent der Vergaben, kamen aus überbelegten Wohnungen; in 1.456 Fällen oder 18,2 Prozent handelte es sich um Einzelpersonen aus überbelegten Wohnungen. In 504 Fällen oder bei 6,3 Prozent der Vergaben nahm man Bedacht auf Behinderungen durch Krankheit. 470 Fälle (5,9 Prozent) waren obdachlos oder unmittelbar von der Obdachlosigkeit bedrohte Familien. 391 Mieter (4,9 Prozent) der Zuweisungen kamen aus Häusern, die wegen Assanierung oder Bauvorhaben der Gemeinde Wien freigemacht wurden. 355 Ehepaare (4,4 Prozent der Zuweisungen) lebten bisher in Untermiete, weitere 201 (2,5 Prozent) in getrennten Haushalten. Bei 390 (4,9 Prozent) lag ein Wohnungswechsel in eine größere Wohnung vor, 254 (3,2 Prozent) betrafen Wohnungszusammenlegungen, 37 (0,5 Prozent) Familienzusammenführungen. In 179 Fällen (2,2 Prozent) erfolgte die Vergabe nach Delogierungen wegen Selbstverschuldens, wegen Kündigungen infolge Zinsrückstandes bei meist zu hoher Miete, oder es waren Jugendamtsfälle. Bei 152 (1,9 Prozent) lagen Krankheitsfälle vor, die laut ärztlichem Attest Wasser, WC und Bad in der Wohnung benötigten. In 133 Fällen (1,7 Prozent) waren es Mieter, die aus Dienstwohnungen kamen, 148 (1,8 Prozent) betrafen Familien, die aus gesundheitsschädlichen Wohnungen ausziehen mußten. In 56 Fällen (0,7 Prozent) handelte es sich um Krankenschwestern, Politessen und Polizisten, die in Kasernen wohnten oder es waren Herbergsfälle, in 34 Fällen (0,4 Prozent) waren es Behinderte (Rollwagenfahrer). Bei 46 Fällen (0,6 Prozent) handelte es sich um den Zuzug aus anderen Bundesländern, bei 4 Fällen um Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen. In 12 Fällen (0,2 Prozent) kam es zur Zuweisung nach einem Räumungsauftrag des Gesundheitsamtes wegen offener Tbc, in 7 Fällen (0,1 Prozent) lag die Verpflichtung vor, die Freimachung von Superädifikaten durchzuführen, oder es waren Mieter, die aus gemeindeeigenen Abbruchhäusern kamen. In 64 Fällen

(0,8 Prozent) waren es Hauswarte aus Gemeindewohnungen, in 3 Fällen lagen Hauswartsbestellungen vor. Bei 63,5 Prozent der insgesamt zugeteilten Wohnungen wurden 5.080 junge Ehepaare berücksichtigt.

Die Ausweisung der sozialen Stellung der Wohnungswerber, die 1983 eine Gemeindewohnung erhielten, zeigt auf, daß es sich überwiegend um Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete handelte. Unter ihnen befanden sich 2.156 (26,8 Prozent) Arbeiter, 2.033 (25,3 Prozent) Angestellte, 1.454 (18,1 Prozent) öffentlich Bedienstete, 1.162 (14,4 Prozent) Pensionisten und 805 (10,0 Prozent) im Haushalt Tätige. Ferner waren 253 (3,1 Prozent) Studenten, 126 (1,6 Prozent) selbständig Erwerbstätige, 5 (0,1 Prozent) Freischaffende und 53 (0,6 Prozent) Ärzte unter den bedachten Wohnungssuchenden.

Im Referat für W o h n b e i h i l f e und seinen Außenstellen in 12, Am Schöpfwerk, in 21, Am Spitz, und in 22, Schrödingerplatz, war wieder eine starke Zunahme des Arbeitsanfalles zu verzeichnen, so daß am 5. April die vierte Außenstelle in 16, Ottakringer Straße 194—196, eröffnet wurde. Insgesamt wurden 131.452 bescheidmäßige Erledigungen, wie u. a. Zuerkennungen, Änderungen, Ablehnungen und Einstellungen, durchgeführt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 36 Prozent bedeutete. Unter den 131.452 Erledigungen waren 38.030 Zuerkennungsbescheide, und zwar 8.408 Erstanträge und 29.622 Verlängerungsanträge. In 897 Fällen wurden Anträge abgewiesen wegen zu hohen Familieneinkommens oder wegen Nichtbezahlung der Annuität, oder es konnte nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 keine Förderung gewährt werden. In einigen Fällen handelte es sich bei den Antragstellern nicht um österreichische Staatsbürger. Aus diesen Gründen mußte auch in 1.971 Fällen die Wohnbeihilfe eingestellt werden. Außerdem waren in 90.554 Fällen Änderungsbescheide zu verfassen, wovon 53.655 direkt von der automatischen Datenverarbeitung infolge Grundzinsveränderungen bei Gemeindebauten durchgeführt worden sind. In der Informationsstelle für Wohnbeihilfe, die gleichzeitig auch Einreich- und Bearbeitungsstelle für Wohnbeihilfe ist, sprachen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1983 53.212 Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentümer oder Personen vor, die ihre Wohnung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 verbessert haben oder verbessern wollten und beabsichtigen, für die Rückzahlung des Wohnungsverbesserungskredites Wohnbeihilfe zu beantragen. Telefonische Auskünfte wurden an 43.137 Personen erteilt.

Die Bearbeitung von S t u n d u n g e n und Ratenzahlungen der Baukostenbeiträge, Ausfallhaftungen von zinsenlosen Wohnbaukrediten (Wiener Wohnbaufonds und Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds), von Wohnungstäuschen sowie von Abschreibungen von ausständigen uneinbringlichen, zinsenlosen Wohnbaukrediten und Eigenmittelersatzdarlehen war gleichfalls durchzuführen. Von den Ende des Jahres noch anhängigen 6.419 Stundungsakten mußten 2.130 einer Neubemessung bzw. Überprüfung unterzogen werden.

In der Zentralen S c h l i c h t u n g s s t e l l e betrug der Gesamteinlauf 556 Geschäftsstücke, dem ein Gesamtauslauf von 524 Geschäftsstücken gegenüberstand.

Das Wohnungseigentumsgesetz 1975, BGBl. Nr. 417/1975, bestimmt, daß die Eigentumsanteile nicht mehr in Form der Mietwerte von 1914, wie dies nach dem im Jahre 1948 beschlossenen Wohnungseigentumsgesetz vorgesehen war, festgesetzt werden, sondern nach Nutzwerten auf Grund der jetzigen Erfahrungen. Die Bestimmungen des alten Wohnungseigentumsgesetzes 1948 gelten aber auch weiterhin für jene Fälle, in denen zumindest an einem Objekt Wohnungseigentum bis 31. August 1975 begründet bzw. der Antrag auf Verbücherung vor diesem Termin gestellt wurde. Nach der ständigen Rechtssprechung ist vor der Entscheidung gemäß den §§ 3 und 5 des Wohnungseigentumsgesetzes zwingend eine mündliche Verhandlung abzuhalten (LG f. ZRS vom 20. Jänner 1977, Zl. 41 R 719/76). Außerdem sind gemäß § 26 Abs. 2 Ziff. 1 Wohnungseigentumsgesetz 1975 alle Mieteigentümer und alle Wohnungseigentumsbewerber Partei. Dieser Umstand bewirkte wieder einen erhöhten Arbeitsaufwand, dem aber keine erhöhte Anzahl von Erledigungen gegenüberstand.

Ein Großteil der Wohnungseigentumsbewerber stellt telefonisch Anfragen und spricht im Parteienverkehr vor. Die Verhandlungen selbst sind in den meisten Fällen langwierig, da die Wohnungseigentumsbewerber auch ihre zivilrechtlichen Wünsche, wie den Verkauf von Kfz-Abstellplätzen, vorbringen, wobei sie aber auf den Zivilrechtsweg verwiesen werden müssen.

Durch die Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien wurde die Zuständigkeit mit der Abteilung der Überwachung der Mietzinsbildung gemäß § 32 Abs. 7 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 und den Entscheidungen gemäß § 18 des Mietrechtsgesetzes im Zusammenhang mit § 32 Abs. 5 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 sowie um die Entscheidungen gemäß § 6 Abs. 6 Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes erweitert. Im Jahre 1983 wurde kein Antrag gemäß § 6 Abs 6 Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes und auch kein Antrag gemäß § 32 Abs. 5 des Wohnungsförderungsgesetzes eingebracht. Da die Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz noch relativ neu sind, gibt es derzeit keine Anträge, doch werden im Lauf der Zeit derartige Anträge zur Finanzierung von Reparaturarbeiten und der damit verbundenen Zinserhöhung gestellt werden. Diese Erweiterung der Agenden der Abteilung kann als echte Verbesserung des Bürgerservices bezeichnet werden, weil sich nunmehr sowohl die Akten bezüglich Wohnbauförderung als auch hinsichtlich Wohnungsverbesserung sowie die dazugehörenden Schlichtungsakten bei einer Dienststelle, nämlich der Abteilung, befinden, wodurch die Schlichtungsverfahren rascher als in der Zeit, in der die Zuständigkeit bei den magistratischen Bezirksämtern gelegen war, abgewickelt werden können.

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1982 können nunmehr Nutzungsberechtigte, Mieter und Wohnungseigentumsbewerber einer gemeinnützigen Bauvereinigung gemäß § 22 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes die Schlichtungsstelle anrufen und Entscheidungen hinsichtlich

— der Feststellung der Zulässigkeit des von der Bauvereinigung gemäß § 14 Abs. 1 begehrten Entgeltes,
— der Erhöhung der Rückstellungsbeträge wegen Durchführung von ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten nach § 14 Abs. 2,
— der Anträge zur Beauftragung einer Bauvereinigung zur Durchführung von Erhaltungs- oder Verbesserungsarbeiten gemäß § 14 C,
— der Feststellung des von der Bauvereinigung begehrten Preises gemäß § 15,
— der jährlichen Abrechnung gemäß § 19,
— der Höhe des nach § 17 zurückzuzahlenden Betrages bei Ausscheiden eines Wohnungsinhabers und
— des Wohnungstausches nach § 13 Mietrechtsgesetz (MRG) begehren.

Die Anträge wurden zunächst vermutlich aus Unkenntnis nur zögernd eingebracht. So wurden im Jahre 1983 nur 13 Anträge nach § 14 Abs. 1, 11 Anträge nach § 14 Abs 2, 1 Antrag nach § 14 C, 3 Anträge nach § 15, 2 Anträge nach § 19, 1 Antrag nach § 17 und keine Anträge nach § 13 MRG eingebracht. Das Ermittlungsverfahren ist umfangreich und mit den vorhandenen Amtssachverständigen (etwa für Buchhaltungsfragen) nur unter großen Schwierigkeiten durchzuführen. Auch die Ausstellung der Bescheinigungen gemäß § 106 a des Einkommenssteuergesetzes für die Mietzinsbeihilfe jener Mieter, deren Mietzinse gemäß § 7 des Mietengesetzes und § 2 des Zinsstoppgesetzes auf mehr als das 4fache bzw. gemäß § 18 MRG auf mehr als S 4,50/m ² erhöht wurden, bringt einen zusätzlichen und nicht unbedeutenden Verwaltungsaufwand mit sich. Im Jahre 1983 wurden 787 Bescheinigungen ausgestellt, insbesondere bei Gemeindebauten.

Zum Aufgabenbereich des Referates für den Wohnhaus-Wiederaufbau ist hinsichtlich der geringen Anzahl von Verfügungen zu berichten: Durch das sogenannte Neuvermietungsgesetz (NVG), Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956, wurde gemäß § 14 die Bewirtschaftung aller unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichteten Wohnungen normiert, sofern es sich nicht um gemäß § 4 dieses Gesetzes ausgenommene Großwohnungen, Eigentumswohnungen u. ä. m. handelt.

Mietverträge über bewirtschaftete Wohnungen bzw. alle sonstigen Verfügungen des Hauseigentümers ohne Zustimmung der Gemeinde im Falle von Wien sind gemäß § 5 Abs. 3 NVG nichtig. Neue Wohnungen unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds werden nicht mehr errichtet, weil seit 1. Jänner 1968 die öffentliche Wohnbautätigkeit, sofern Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geregelt wird. Unter die Bewirtschaftungsbestimmungen des Neuvermietungsgesetzes fallen daher keine Erstvermietungen von Wohnhaus-Wiederaufbauwohnungen mehr, sondern nur mehr die sogenannten Zweit- oder weiteren Vermietungen nach Ende der Innehabung von Wohnungen.

Mit 1. Jänner 1982 ist das Mietrechtsgesetz, BGBl. Nr. 520/1982, in Kraft getreten. Der Schlichtungsstelle sind folgende Agenden nach diesem Bundesgesetz übertragen worden:

1. Für alle Häuser mit Baubewilligung nach dem 27. Jänner 1917 waren zu erledigen:
— 9 Anträge auf Feststellung des Vorliegens eines Hauptmietverhältnisses gemäß § 2 Abs. 3 MRG;
— ein Antrag auf Erlassung eines Auftrages zur Durchführung von Erhaltungs- oder Verbesserungsarbeiten gemäß §§ 3, 4 und 6 MRG;
— 33 Anträge auf Überprüfung des vereinbarten oder begehrten Hauptmietzinses gemäß den §§ 16, 43, 44 und 46 MRG;
— 64 Anträge auf Mietzinserhöhung wegen Durchführung von ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten gemäß §§ 18 und 19 MRG;
— 12 Anträge auf Überprüfung der Höhe des Erhaltungsbeitrages gemäß § 45 MRG.
2. Für alle Häuser, sofern sie unter die Bestimmungen des MRG fallen, waren zu erledigen:
— ein Antrag auf Feststellung des Anspruches auf Wiederherstellung (etwa nach Brandschaden) gemäß § 7 MRG;
— 11 Anträge auf Überprüfung des vom Vermieter begehrten angemessenen Hauptmietzinses für Geschäftsräume bei Veräußerung vom Unternehmungen nach dem 1. Jänner 1982 gemäß § 12 Abs. 3 MRG;
— 12 Anträge auf Ersetzung der Zustimmung des Vermieters zum Wohnungstausch gemäß § 13 MRG.

Nach dem Mietrechtsgesetz ergeben sich neue Möglichkeiten, Anträge zu stellen. Mit einem Steigen der Zahl dieser Anträge ist erst nach einer gewissen Einlaufzeit, wenn diese Möglichkeiten auch in der Bevölkerung bekannt sind, zu rechnen.

Durch eine Verfahrensvorschrift, nämlich § 37 Abs. 3 Ziff. 4 und 5 MRG, ist es nunmehr erforderlich geworden, bei mehr als sechs Verfahrensparteien Ladungen und Entscheidungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz, dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 direkt zuzustellen. Auf Grund dieser Bestimmungen sind im Jahre 1983 über 1.000 Zustellungen vorgenommen worden.

Auf Grund der geänderten Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien hat die Abteilung nunmehr auch Berufungen gegen Strafbescheide der magistratischen Bezirksämter hinsichtlich der im § 27 MRG genannten

Angelegenheiten (verbotene Ablösen) zu behandeln. Im Jahre 1983 langten drei Berufungsakten ein. Gemäß § 4 lit. i des Gesetzes vom 30. Juni 1982 über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen können Wohnungen der Stadt Wien zur Vergabe angeboten werden. Es ist hiebei zu überprüfen, ob diese Wohnungen den von der Stadt Wien erlassenen Richtlinien entsprechen. 1983 langten, entgegen den Erwartungen, nur vereinzelt derartige Angebote ein. Zusätzlich zu diesen Aufgaben wurden zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen abgegeben, Berichte und Antwortentwürfe zu zum Teil sehr umfassenden Fragenkomplexen des Wohn- und Mietrechtes erarbeitet. Auch ein Verfahren betreffend die Neufestsetzung des Hausbesorgerentgeltes wurde 1983 anhängig gemacht.

Im Jahre 1983 lag der Schwerpunkt der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG), BGBl. Nr. 139/1979, bei einer verschärften Kontrolle der gemeinnützigen Bauvereinigungen mit Sitz in Wien.

Im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen — Revisionsverband wurden die gemeinnützigen Bauvereinigungen dazu angehalten, die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte gemäß § 27 WGG innerhalb der gesetzlichen Frist der Abteilung zur Kenntnis zu bringen. Weiters vertritt die Abteilung die Auffassung, daß ein Mangel im Sinne des § 29 Abs. 3 WGG 1979 vorliegt, wenn einer Beanstandung, die bereits im Vorbericht enthalten war, entgegen der im § 27 Ziff. 4 WGG enthaltenen Bestimmungen nicht Rechnung getragen und diese Beanstandung innerhalb gesetzter Frist nicht behoben wurde.

Im Jahre 1983 wurde im Bereich des Referates eine EDV-Anlage installiert und zunächst ein Programm zur Unterstützung der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit erstellt. Sämtliche gemeinnützige Bauvereinigungen betreffende Daten konnten im Jahre 1983 erhoben, überprüft und EDV-mäßig erfaßt werden. Die Anlage läuft bereits auf Vollbetrieb. Ferner wurden Aufforderungsschreiben konzipiert, die denjenigen gemeinnützigen Bauvereinigungen zugehen, die der Abteilung Änderungen in der Geschäftsführung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat nicht umgehend zur Kenntnis bringen, desgleichen bei Verständigungen in bezug auf die Anberaumung einer General- oder Hauptversammlung. Weiters wurde die Evidenthaltung in bezug auf die Prüfungsberichte (Zeitabschnitt von der Prüfungsankündigung durch den Revisionsverband bis zur ausreichenden Stellungnahme durch die gemeinnützige Bauvereinigung) nach erfolgtem Erfahrungsaustausch mit dem Revisionsverband intensiviert.

Die wirtschaftliche Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen wurde wieder, vor allem im Hinblick auf die Bautätigkeit, verstärkt beobachtet. Es wurde 1983 ein Bescheid zur Mängelbehebung (§ 29 Abs. 3 WGG) erlassen und acht Verfahren zu Entziehung der Gemeinnützigkeit eingeleitet.

In Erfüllung der Bedingungen des Punktes 11 bzw. 2 c der Wohnbauförderungszusicherung konnten im Jahre 1983 1.023 Wohnungen dem Wohnungsberatungszentrum zur Vermittlung zur Verfügung gestellt werden.

Im Hinblick auf die Wohnungsberatung wurde ein Anbotsformular konzipiert, das dem Wohnungswerber umfassende Informationen über die bei Vertragsabschluß zu erwartenden Kosten gibt.

Im Jahre 1983 wurden 14.454 Begehren um Gewährung von Förderungsmaßnahmen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz eingebracht. Insgesamt wurden 12.757 Fälle, darunter 10.992 Mieter, 1.744 Eigentümer und 21 Fälle der Stadt Wien, mit einem Darlehensvolumen von 1.006,462.204 S zugesichert. In Einzelanlagen wurden 1.562 Wasser-, 1.141 Strom- und 840 Gasinstallationen gefördert, ebenso wie die Errichtung von 4.691 Heizungen, von Badeanlagen in 2.836 und von WC-Anlagen in 1.211 Wohnungen. Weiters konnten 207 Fälle von Wohnungszusammenlegungen, 11 Wohnungsteilungen, 98 Änderungen der Grundrißgestaltung sowie 7.066 Maßnahmen zur Schall- und Wärmeisolierung und 4 Anschlüsse an die Fernwärme gefördert werden. In Gemeinschaftsanlagen waren es je 9 Wasser-, Strom- und Gassteigleitungen, ferner die Errichtung von 27 Aufzügen, 7 Zentralheizungen und 137 Maßnahmen zur Schall- und Wärmeisolierung, für die das Wohnungsverbesserungsgesetz in Anspruch genommen wurde. Insgesamt waren 16.214 Wohnungen von der Förderung betroffen. Der Wohnbauförderungsbeirat hat in 4 Sitzungen bzw. mittels 1 Rundlaufes insgesamt 5.315 Wohnungen, 52 Lokale und 709 Ledigenräume positiv begutachtet. Gleichzeitig genehmigte die Landesregierung Darlehen in der Höhe von 3.593,372.900 S. Für die Errichtung von 5.270 Wohnungen, 46 Lokalen, 3 Ordinationen und 577 Ledigenräumen in 4 Heimen einschließlich der nachträglichen Flächenerweiterung und bei Erschwernissen wurde ein Gesamtbetrag von 3.337,469.100 S zugesichert, zur Abdeckung von Kostensteigerungen, die sich auf Grund von Lohnerhöhungen durch eine 5prozentige Anhebung der Gesamtbaukosten im Sinne der Landesregierungsbeschlüsse vom 6. Oktober 1981, Pr.Z. 2587, bzw. vom 29. Oktober 1982, Pr.Z. 1918, infolge anteiliger Nachförderung durch Nachtragsdarlehen ergaben, wurde ein Betrag in der Höhe von 255,903.800 S vorgesehen.

Im Rahmen der Wohnbauförderung wurden für „Verbesserungen größeren Umfanges" im Jahre 1983 zur Sanierung von 31 Wohnungen sowie für die Errichtung von 169 Personenaufzügen von der Landesregierung Darlehen in der Höhe von 92,105.200 S genehmigt und zugesichert. Im Rahmen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. Dezember 1976, Pr.Z. 4426, für die Errichtung von 48 Wohnungen nichtrückzahlbare Zuschüsse im Ausmaß von 11,171.900 S zuge-

sichert. Zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung wurden in 3.223 Fällen Eigenmittelersatzdarlehen mit einem Gesamtbetrag von 123 Millionen Schilling genehmigt. Zur Auszahlung gelangten im Jahre 1983 an Wohnbauförderungsdarlehen 3.027 Millionen Schilling, an Darlehen für große Verbesserungen im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 64 Millionen Schilling, an Annuitätenzuschüssen 915 Millionen Schilling, zinsenfreie Darlehen zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung in der Höhe von 123 Millionen Schilling und an Wohnbeihilfen 402 Millionen Schilling.

Im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes 1982 wurden im Jahre 1983 für weitere 6 Objekte sowie für eine Erweiterung eines bereits geförderten Objektes mit insgesamt 167 Wohnungen und einem voraussichtlichen Gesamtbaukostenvolumen von rund 146 Milllionen Schilling Zinsen und Annuitätenzuschüsse zugesichert, so daß im Rahmen dieses Gesetzes in Wien in den Jahren 1982 und 1983 insgesamt 28 Wohnbauprojekte mit 2.428 Wohnungen und einem Gesamtbaukostenvolumen von rund 1.984 Millionen Schilling gefördert wurden. Weiters konnte eine verstärkte Inanspruchnahme der Förderung im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung festgestellt werden. Im Jahre 1983 wurden im Rahmen des zitierten Gesetzes Zinsen- und Annuitätenzuschüsse für Gesamtbaukosten von rund 372 Millionen Schilling zugesichert. Dadurch konnten bei insgesamt 327 Wohnhäusern Erhaltungsarbeiten im genannten Baukostenausmaß gefördert werden.

Im Rahmen der Tätigkeit des Revisionsdienstes wurden auf Grund von Anzeigen 104 Objekte auf ihre widmungsgemäße Verwendung überprüft, davon 101 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern und 3 Eigenheime. Bei insgesamt 96 Wohnungen kam es zu Beanstandungen, schließlich wurden 11 Fälligstellungen ausgesprochen. Auf Grund der Fälligstellungen wurde ein Betrag von rund 2,2 Millionen Schilling rückgefördert.

Durch Landesregierungsbeschluß vom 20. Dezember 1983, Pr.Z. 3876, wurde die Förderung von Eigenheimen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 mit Gewährung eines Fixbetrages von 265.000 S je Wohneinheit zuzüglich 20.000 S pro Kind auf das Jahr 1984 ausgedehnt.

Um steigende Annuitätenzahlungen bei wohnbaugeförderten Objekten der Förderungsjahre 1974 bis 1976 einzudämmen, wurde für diese Bauvorhaben eine Belastungsobergrenze aus dem Kapitaldienst festgelegt. Der bezügliche Landesregierungsbeschluß vom 20. Dezember 1983, Pr.Z. 3876, lautet wie folgt: „Im Jahre 1984 werden Annuitätenzuschüsse gemäß § 15 a Wohnbauförderungsgesetz 1968 gewährt; sie sind vom ursprünglichen Darlehen zu bemessen und mit 50 Prozent der Annuität zu berechnen. Bei den in den Jahren 1974 bis 1976 zugesicherten und endabgerechneten Bauvorhaben (Finanzierungsschlüssel 10 — 45 — 45) wird das Amt der Landesregierung ermächtigt, über Ersuchen des jeweiligen Förderungswerbers (bei Eigentumswohnhäusern nur alle Wohnungseigentumsanteile) von der zu entrichtenden Annuität des Landesdarlehens einen solchen Betrag zu stunden, daß die monatliche Kapitaldienstbelastung aus dem Landes- und dem Hypothekardarlehen bei Miet- und Genossenschaftswohnungen 25 S/m² und Monat, bei Eigentumswohnungen 29 S/m² und Monat weder über- noch unterschreitet. Die vorstehenden Wertgrenzen verändern sich ab dem Jahre 1985 gemäß der Veränderung des Verbraucherpreisindex. Ausgangsbasis für die Grenzwerte 1984 ist der Verbraucherpreisindex zum 1. Oktober 1983, für das Jahr 1985 zum 1. Oktober 1984. Die Stundung wird höchstens bis zum Auslaufen des Hypothekardarlehens gewährt. Die gestundeten Beträge sind nach Auslaufen des Hypothekardarlehens von den jeweiligen Förderungswerbern innerhalb von zehn Jahren in gleichbleibenden Teilbeträgen zurückzuerstatten. Die Stundungsbeträge sind nach den Konditionen des ursprünglichen Förderungsdarlehens kontokorrentmäßig zu verzinsen. Die vorstehende Stundungsaktion ist einmalig und ohne Präjudiz für die Zukunft."

Mit gleichem Landesregierungsbeschluß wurde im Sinne der Stadterneuerung bei Förderungen von Verbesserungen größeren Umfanges gemäß § 1 Abs. 1 lit. d Wohnbauförderungsgesetz 1968 das Landesdarlehen im Jahre 1984 auf 70 Prozent der Gesamtbaukosten angehoben.

In der im Wohnungsberatungszentrum eingerichteten Informationsstelle für Genossenschafts- und Eigentumswohnungen sprachen 22.657 Wohnungssuchende vor, in der Auskunftsstelle der Abteilung waren es 38.076. 2.909 Wohnungsangebote wurden laut Finanzierungsplänen vorgelegt, insgesamt 1.029 Wohnungen zugewiesen, wovon 883 Genossenschaftswohnungen und 146 Eigentumswohnungen waren. In der Finanzierungsberatungsstelle des Wohnungsberatungszentrums sprachen 14.488 Personen vor. 5.426 wurden ferner bezüglich eines Kredites beraten, 3.636 über die Finanzierung ihrer Wohnung Auskunft gegeben.

Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude

Die arbeitsmäßig und organisatorisch wesentlichsten Veränderungen und Neuerungen wurden auch 1983 durch das mit 1. Jänner 1982 in Kraft getretene Mietrechtsgesetz (MRG) verursacht. Während im Jahre 1982 die organisatorischen Veränderungen für die Durchführung der sofort wirksamen Maßnahmen auf Grund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen waren, kamen im Jahre 1983 die Auswirkungen dieser Änderungen voll zum Tragen. Gemäß den Bestimmungen des MRG sind der Hauptmietzins, die Erhaltungsbeiträge sowie die Betriebskosten und die Besonderen Aufwendungen — letztere soweit sie als Jahrespauschale verrechnet werden — bis spätestens 30. Juni des Folgejahres abzurechnen. Diese erste Abrechnung erfolgte

somit im Juni 1983 für das Jahr 1982. Für die Städtische Wohnhäuserverwaltung war dies in bezug auf die Betriebskosten eine völlig neue Verrechnungsart, weil alle gesetzlich vorgeschriebenen Abrechnungen auf die einzelnen Objekte bezogen durchzuführen waren. Bis 1981 wurden die Betriebskosten demgegenüber in einem gemeinsamen und für alle der Abteilung verwalteten Objekte gleich hohen Pauschale verrechnet. Aus dieser erstmaligen Abrechnung ergaben sich nicht nur für die im Jahre 1982 durchzuführenden Vorbereitungen, sondern auch für die tatsächlich im Jahre 1983 zu bewerkstelligende Durchführung enorme Probleme. Denn alle reiflichen, aber auch theoretischen — wenn auch gesetzeskonformen — Überlegungen konnten nicht verhindern, daß nach Aussendung von über 210.000 Abrechnungen an die einzelnen Mieter Wünsche nach Änderungen in den Abrechnungen geäußert wurden. Wenn auch alle Abrechnungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften erfolgten, es können in Teilbereichen gelegene Darstellungen oder Textierungen doch in verschiedener Form erfolgen, wobei es in der Natur der Sache gelegen ist, wenn aus einem derart großen Personenkreis entsprechend viele Wünsche kommen. Diese Wünsche auf ihre Durchführbarkeit in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht zu prüfen, zu bearbeiten und die Voraussetzungen für die Umsetzung in die Praxis zu schaffen, war eine der Hauptaufgaben, die sich der Abteilung im Jahre 1983 als zusätzliche Aufgabe stellte.

Weiters ergaben sich bei der Vorbereitung und der Durchführung der Abrechnungen verrechnungstechnische Probleme, die bis 1981 deswegen nicht gegeben waren, weil die bereits erwähnte gemeinsame Verrechnung aller Objekte auch eine Belastung von objektüberschneidenden Ausgaben zuließ. Ab 1982, also ab dem Zeitpunkt der objektweisen Abrechnung, war dies nicht mehr möglich, und es mußten entsprechende Verrechnungsmodalitäten gefunden werden, die eine richtige Belastung der einzelnen Objekte und damit der betroffenen Mieter gewährleisteten. Als Beispiel sei hier angeführt, daß Grundbesitzabgaben oder Kosten für Grünflächenbetreuungen relativ häufig gemeinsam in einer Summe für mehrere Objekte voreschrieben wurden. Aus all diesen Gründen ergaben sich zwangsläufig wesentlich mehr direkte Kontakte mit den Mietern, wobei teils einzelne Mieter, teils Mieterdelegationen und teils Mietervertretungsorganisationen Gesprächspartner waren und sind. Allein das Recht der Mieter auf Einsicht in die Belege erforderte entsprechende Terminpläne, die einvernehmlich zu erstellen waren. Die Belege müssen nämlich, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, im Gegensatz zur Abrechnung, nicht im Hause aufgelegt werden, was bei einer großen Verwaltung im Hinblick auf die große Anzahl der Belege gar nicht zweckmäßig wäre. Die Bewältigung der Arbeit der Verwaltung in dieser Größenordnung ist somit nur mit Hilfe einer EDV-Verarbeitung möglich.

Dies bedeutet, daß letzlich alle notwendigen Änderungen und Neuverrechnungen in einem EDV-Programm ihren Niederschlag finden müssen. Im Jahre 1983 wurden diese Programmänderungen und Programmoptimierungen gleichzeitig dazu genutzt, weitere Arbeitsvorgänge zu automatisieren. Dazu gehören z. B. die Einbeziehung der Endabrechnung von Neubauten oder die Automatisierung verschiedener Mietverständigungen bei objektweisen Änderungen von Mietzinsvorschreibungen.

Bei den laufenden Arbeiten war teilweise ein erheblicher Mehraufwand zu verzeichnen. So wurden z. B. bei der Lohnverrechnung für Hausbesorger 1.094 Lohnpfändungen (1982 = 972, 1981 = 820) in Evidenz geführt und Lohnabzüge in der Höhe von 3,349.000 S veranlaßt. Darüber hinaus waren am 31. Dezember 1983 bereits weitere 409 Lohnabtretungen bzw. Lohnpfändungen vorgemerkt.

Die Abteilung beantragte im Jahre 1983 für die nachträgliche Installierung von 170 Personenaufzügen in 46 Wohnhausanlagen Förderungsmittel in der Höhe von 198,040.000 S (große Verbesserung) bei der Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung (MA 50). In 13 Wohnungen wurde mit Wohnungsverbesserungsmitteln eine Heizung eingebaut. Die Gesamtbaukosten betrugen 364.315 S. Die Wohnhausanlagen in 9, Althanstraße 11—13, in 10, Laxenburger Straße 92, in 20, Brigittenauer Lände 138—142, und in 20, Adalbert-Stifter-Straße 23—31, wurden unter Inanspruchnahme von Wohnungsverbesserungsmitteln an das Fernwärmenetz angeschlossen und im Jahre 1983 in Betrieb genommen. Derzeit werden Wohnhausanlagen nachträglich mit einer Zentralheizung ausgestattet und an das Fernwärmenetz angeschlossen. Es sind dies die Wohnhausanlagen in 11, Mautner-Markhof-Gasse 10 (Kosten: 9,750.000 S), in 11, Kopalgasse 55—61 (4,450.000 S) und in 20, Treustraße 61—69 (5,800.000 S). Hinsichtlich des Wärme- und Schallschutzes wurden gleichfalls Maßnahmen gesetzt, und zwar durch Einbau entsprechender Fenster und durch Inanspruchnahme von Mitteln nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. Im Jahre 1983 wurden 14 Anträge um Wohnungsverbesserungsmittel für Fensteraustausch (Wärmeschutzfenster) bei der Magistratsabteilung 50 eingebracht. Die Gesamtbaukosten beliefen sich auf 14,372.999 S. Für den Einbau von Schallschutzfenstern in 2, Schüttelstraße 71, wurde ein Antrag um Beihilfe eingebracht.

Die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern mit Wohnbauförderungsmitteln wurde 1983 durchgeführt, und zwar waren es die Objekte in 7, Burggasse 11, in 8, Lenaugasse 19 und in 13, Trauttmanndorffgasse 18. Ebenso wurden in 1, Fischerstiege 1-7, Stiege 4, Büroräume in 4 Wohnungen mit Wohnbauförderungsmitteln (Gesamtbaukosten 1,861.000 S) umgebaut, wobei diese Mittel im Jahre 1983 bei der Magistratsabteilung 50 beantragt und zugesichert wurden. Weiters wurden in 4, Favoritenstraße 42, Wohnbauförderungsmittel für den

Umbau von Büroräumen in 6 Wohnungen (Gesamtbaukosten 3,795.000 S) beantragt. Außerdem wurden mit Mitteln der Wohnbauförderung (große Verbesserung) in einem Althaus Standardanhebungen und Wohnungszusammenlegungen durchgeführt.

Die mobilen Teams der Hausinspektoren waren wieder im Einsatz und haben 517 Beschwerdefälle behandelt. Der überwiegende Teil der Beschwerden betrifft unleidliches Verhalten der Mieter, Streit unter Mietern, Ruhestörung durch Kinderlärm und Jugendliche, mangelhafte Erfüllung der Dienstobliegenheiten der Hausbesorger sowie Beschädigung gemeindeeigenen Gutes und der Grünanlagen.

Für die Unterbringung Obdachloser führt die Stadt Wien gemäß § 7, 12 und 14 des Wiener Sozialhilfegsetzes Obdachlosenheime, und zwar eine Familienherberge in 12, Kastanienallee 2, und in 3, Gänsbachergasse 2, ein Frauenheim in 12, Ruttenstockgasse 2, und ein Männerheim in 20, Meldemannstraße 25. Im Jahre 1983 ersuchten 307 Familien und 26 Einzelpersonen um Aufnahme in eine Unterkunft der Familienheime in 12, Kastanienallee 2—3, sowie in 3, Gänsbachergasse 3. Hievon haben 70 Familien Gebrauch gemacht. 14 Familien (=63 Personen) wurden von der Magistratsabteilung 50 und 56 Familien (=139 Personen) von der Abteilung, Referat Herbergenverwaltung, eingewiesen. Neun Kinder wurden im Jahre 1983 in den Herbergen geboren. 52 Einzelpersonen wurden von der Abteilung Herbergenverwaltung aufgenommen und nächtigten bei ihren Familienangehörigen. Im Jahre 1983 wurden somit 263 Personen in die Familienheime aufgenommen. Im gleichen Zeitraum haben 352 Personen die beiden Familienheime verlassen. 37 Familien (=157 Personen) erhielten eine Gemeindewohnung, 39 Familien (=128 Personen) und 64 Einzelpersonen haben sich selbst eine Unterkunft gefunden, 3 Personen sind gestorben. Die Zu- und Abgänge im Frauenheim in 12, Ruttenstockgasse 2, betrugen 106 Zugänge und 113 Abgänge. In der Männerherberge in 20, Meldemannstraße 25, waren es 639 Zu- und 616 Abgänge. In den Obdachlosenherbergen wurden 1983 im Rahmen der vorhandenen Budgetmittel Bau- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, um die Unterkünfte in vertretbarem Zustand zu erhalten bzw. zu versetzen.

Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten

Der Aufgabenbereich der Abteilung umfaßt Grundtransaktionen, Grundfreimachungen und die Verwaltung von Liegenschaften.

Die Haupttätigkeit auf dem Gebiet der Grundtransaktionen umfaßt den Grundankauf und -verkauf, die Vergabe von Baurechten an Genossenschaften und Gewerbebetriebe, die Transaktionen im Zuge von Baufreimachungen privater Liegenschaften und die Sicherstellung des zügigen U-Bahn-Baues durch den Abschluß von Käufen, Servitutsverträgen und Entschädigungen. Im Jahre 1983 wurden diesbezüglich den beschlußfassenden Organen 219 Anträge für Transaktionen und 58 für Baurechtsbestellungen und Bauzinsermäßigungen einschließlich der Sammelanträge zur Genehmigung vorgelegt sowie 127 Anträge im Magistratsbereich gemäß § 105 der Wiener Stadtverfassung abgeschlossen. Der laut Voranschlag 1983 einschließlich Überschreitungen für Grundankauf und -tausch genehmigte Kredit von 316,280.000 S wurde im Rechnungsjahr 1983 zur Gänze verbraucht.

Den Schwerpunkt der Grunderwerbstätigkeit bildeten nach wie vor die Transaktionen für den Wohnbau, für Betriebsaufschließung, für den Tiefbau, für die infrastrukturellen Einrichtungen wie z. B. Schulen, Spitäler, Kindergärten, Pensionistenheime usw. und für die Schaffung von notwendigem Bauland bzw. Grundreserven. Insgesamt wurden rund 393.000 m² angekauft. Die Beschaffung von Grundstücken für das Wohnbauprogramm, besonders im bebauten Gebiet, stößt auf immer größere Schwierigkeiten, da bei den Grundeigentümern in den meisten Fällen geringe Verkaufswilligkeit herrscht und die geforderten Preise meist überhöht sind.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Abteilung besteht auch darin, die zunehmenden Aktivitäten der Stadt Wien auf dem Gebiet der Stadterneuerung anzunehmen, soweit Grundtransaktionen damit verbunden sind. Primär davon betroffen waren die bereits beschlossenen Assanierungsgebiete Ottakring und das Bezirkszentrum Hernals sowie die projektierten Assanierungsgebiete „Gumpendorf" im 6., „Wilhelmsdorf" im 12., „Storchengrund" im 15. Bezirk und die Untersuchungsgebiete im 7., 9. und 18. Bezirk. Dazu kamen noch einige andere im dichtbebauten Gebiet gelegenen Blöcke, die ebenfalls einer Sanierung zugeführt werden sollten bzw. über die nach Maßgabe der Möglichkeiten künftig ebenfalls die Assanierungsverordnung verhängt werden wird.

Im Assanierungsgebiet Ottakring konnte die Liegenschaft Eisnergasse 13 zur gemeinsamen Wohnverbauung mit Eisnergasse 11 erworben werden. Die Liegenschaft Hubergasse 15-Ottakringer Straße 47—49 wurde für den geplanten Huber-Park angekauft. In den übrigen Assanierungsgebieten wurden auf Grund der Anregungen, Grundstücke zu kaufen, die Verhandlungen mit den betroffenen Grundstückseigentümern aufgenommen. Im Stadterneuerungs- und Untersuchungsgebiet Gumpendorf wurden die Liegenschaften Mittelgasse 2, Bürgerspitalgasse 7 und Aegidigasse 8 angekauft. Mit Ausnahme der Liegenschaft Millergasse 33, bei der eventuell eine Enteignung in Erwägung gezogen wird, sind keine weiteren Kaufverhandlungen anhängig. Im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf, im Bereich der geplanten Parkerweiterung in der Vierthalergasse, sind Verhandlungen mit den Eigentümern der Liegenschaften Vierthalergasse 2 und Vierthalergasse 4 anhängig, wobei die Lie-

genschaft Vierthalergasse 4 wahrscheinlich im Jahre 1984 angekauft werden kann. Die ebenfalls für die Parkerweiterung benötigte Liegenschaft Berndlgasse 32 wurde im Dezember 1983 angekauft. Weiters wurde in diesem Stadterneuerungsgebiet die Liegenschaft Wilhelmstraße 4 erworben sowie der Ankauf der Liegenschaften Sechtergasse 7 und Sechtergasse 9 beantragt. Im Bereich des Assanierungsgebietes Storchengrund konnten die Liegenschaften Rauchfangkehrergasse 17 und 27 erworben werden. Der Ankauf der Liegenschaft in 15, Ullmannstraße 48-Rauchfangkehrergasse 5, ist beantragt. Darüber hinaus konnten die Liegenschaften in 15, Herklotzgasse 15 und 32 sowie Dadlergasse 14 erworben werden. Im 17. Bezirk, Bezirkszentrum Hernals, wurde die abgeschlossene Transaktion Elterleinplatz 11 inzwischen grundbücherlich durchgeführt. Die Liegenschaft Rötzergasse 19 wurde angekauft und inzwischen auch abgebrochen. Die Transaktionsverhandlungen bezüglich Elterleinplatz 13 stehen vor dem Abschluß. Der Enteignungsantrag ist inzwischen ausgesetzt. Darüber hinaus konnten die Liegenschaften in 17, Ortliebgasse 17 und 42, Taubergasse 19-Geblergasse 85—89 angekauft werden.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Gruppe Transaktionen ist die Vergabe von Baurechten für Wohnzwecke und gewerbliche Betriebe sowie der Abschluß von Servitutsverträgen und Entschädigungsübereinkommen für den U-Bahn-Bau. Zur Sicherstellung des U-Bahn-Baues wurden Maßnahmen getroffen, die auf den Erwerb von Grundeigentum, von Grunddienstbarkeiten und von anderen sehr vielfältigen Benützungsberechtigungen abzielen. Dazu gehören insbesondere Berechtigungen zur temporären Inanspruchnahme fremder Liegenschaften in unmittelbarem Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau ebenso wie begleitende Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Baulichkeiten im Bereich fremder Liegenschaften. Wie bei den meisten Transaktionen für den U-Bahn-Bau sind die Verhandlungen nicht im Korrespondenzweg allein, sondern auch an Ort und Stelle durchzuführen. Da die Liegenschaft meistens im grundbücherlichen Miteigentum von mehreren Personen stehen, müssen Zustimmungserklärungen auf sehr mühsame und zeitaufwendige Weise eingeholt werden, wenn die Gebäudeverwaltung oder Rechtsanwälte sich nicht bereit erklären, alle Eigentümer zu vertreten. Die Tätigkeit ist daher außerordentlich arbeitsintensiv.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der U-Bahn-Linien U 3 und U 6 werden mit den Österreichischen Bundesbahnen, der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau — Referat Bundesstraßenverwaltung, der Post- und Telegraphenverwaltung sowie mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik Verhandlungen geführt. Mit den Vertretern dieser Bundesdienststellen wurde vereinbart, daß zwischen dem Bund und der Stadt Wien für Grundinanspruchnahmen zum Zwecke des U-Bahn-Baues keine grundbuchsfähigen Servitutsverträge abgeschlossen werden, sondern die notwendigen Rechte der Stadt Wien durch Benützungsübereinkommen eingeräumt werden. Dadurch kann einerseits erreicht werden, daß ein Großteil der Flächen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, anderseits eine Befassung des Bundesministeriums für Finanzen entbehrlich ist und somit ein rascherer Vertragsabschluß zustande kommen kann. Es wurde daher mit den Österreichischen Bundesbahnen für Flächen im Bahnhof Wien-Mitte und im angrenzenden Bereich für die U 3/5 eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, die letzten zwei Vereinbarungen stehen vor dem Abschluß. Auch im Bereich der U 6 in den Abschnitten 1 und 2 konnten bereits alle Rechte durch den Abschluß von provisorischen Grundbenützungsübereinkommen erworben werden, so daß mit den Bauarbeiten bereits begonnen werden konnte. Ausgenommen davon ist die Freimachung einer städtischen Grundfläche von der Firma Aufhauser, mit der jedoch die notwendige Vereinbarung unmittelbar bevorsteht. Mit einer Genehmigung ist im April 1984 zu rechnen.

Die Verhandlungen mit der Post- und Telegraphenverwaltung über die posteigene Liegenschaft E.Z. 1331, Kat.-Gem. Meidling konnten auf Grund eines Referentenwechsels in der Direktion der Post- und Telegraphenverwaltung noch nicht abgeschlossen werden; sie müssen wegen den geltendgemachten Haftungsforderungen der Liegenschaftseigentümerin, die weitreichende Störungen in der Telephonzentrale erwartet, als besonders kompliziert bezeichnet werden.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der U-Bahn-Linien U 3 und U 6 werden gegenwärtig nachstehende Verhandlungen geführt: Der für die Abteilung relevante Transaktionsbereich der U-Bahn-Linie U 6 reicht von der Pottendorfer Straße (Pottendorfer Einschnitt) bis zur Stadtbahnstation Gumpendorf (U 6/5 Gaudenzdorfer Gürtel). Dieser Bereich ist in fünf Bauabschnitte gegliedert (U 6/1—U 6/5). Im Bauabschnitt U 6/3 wurden die Verhandlungen nach Vorliegen der Servitutspläne eingeleitet. Im Bauabschnitt U 6/4 steht die Abteilung allen betroffenen Eigentümern in Verhandlung. Zum Großteil konnten schon Vertragsabschlüsse erzielt werden. Der Bauabschnitt U 6/5 kann als abgeschlossen betrachtet werden. Die Verhandlungen bei der U-Bahn-Linie U 3 wurden in den Bauabschnitten 1, 2, 4 und 5 sowie im Raum des geplanten Betriebsbahnhofes, sofern geeignete Unterlagen vorhanden sind, aufgenommen bzw. fortgeführt. Hinsichtlich der Bauabschnitte 6 und 7 wurden mit den Liegenschaftseigentümern Informationsgespräche geführt. Im Bereich der Trasse der U 1 ist noch die Transaktion 4, Favoritenstraße 41, in Bearbeitung. Es handelt sich hierbei um einen außerordentlich schwierigen Rechtsfall, da dieses Haus in Wohnungseigentum steht und infolge der notwendigen Servitutserwerbungen bzw. des Ankaufes von Wohnungseigentumsanteilen ein Parifikationsverfahren abgewickelt werden muß. Erst nach Abschluß der Parifikation wird die Transaktion zum Abschluß gebracht werden können.

Die Tätigkeit im U-Bahn-Referat ist jedoch nach Abschluß des Vertrages im Gegensatz zu einer gewöhnli-

chen Transaktion nicht beendet. Vielmehr fungiert die Abteilung während der gesamten Baudauer im Bereich der Liegenschaften, die vom Baugeschehen betroffen sind, auf Grund ihrer während der Verhandlungen aufgebauten Kontakte zu den Grundeigentümern als vermittelndes Organ zwischen den technischen Dienststellen und den Liegenschaftseigentümern. Diese Vorgangsweise hat sich im Interesse eines raschen und reibungslosen Arbeitsablaufes als sehr vorteilhaft erwiesen.

Der ständige Ausbau des städtischen Straßennetzes bringt es mit sich, daß eine größere Anzahl von Transaktionen für diese Zwecke abgeschlossen werden muß. In mehreren Fällen war die Stadt Wien gezwungen, gegen jene Grundeigentümer ein Enteignungsverfahren einzuleiten, die zu einer freiwilligen Veräußerung der Straßengrundflächen nicht bereit waren oder einen übermäßig vom Verkehrswert abweichenden Preis gefordert hatten. Derzeit ist eine größere Zahl von Enteignungsverfahren bei der Behörde anhängig. Für den Ausbau der Verkehrsflächen wurden rund 11.000 m² Grundflächen erworben.

Zur Sicherstellung der infrastrukturellen Einrichtungen wurden Transaktionen getätigt, die den Ankauf von Gründen für Schulbauplätze, Kindergärten, Müllablagerung, Wasserschutz, Pensionistenheime usw. zum Gegenstand haben. Für diese Zwecke wurden rund 152.000 m² erworben. Für die Ansiedlung von Betrieben wurden Grundflächen im Ausmaß von rund 39.000 m² gekauft.

Im Bereich der Bundestransaktionen wurden mit der Republik Österreich und der Magistratsabteilung für Straßenbau und Straßenverwaltung eine Reihe von Verkäufen insbesondere im Bereich der A-4-Ostautobahn getätigt, wobei insbesondere in der Simmeringer Haide ein Verkauf um 22,763.520 S, erfolgt ist. Eine weitere große Transaktion mit der Republik Österreich und der MA 28 steht in 2, Mexikoplatz, vor dem Abschluß. Die Stadt Wien erhält aus diesem Verkauf 17,692.108 S. Mit dem Bund — Bundesbaudirektion Wien — konnte nunmehr über den Verkauf von städtischen Flächen für den Schulbauplatz in der Ödenburger Straße grundsätzlich Einigung erzielt werden. Die Transaktion läßt einen Kaufpreis von 27,114.000 S erwarten. Auch die Verhandlungen im Bereich General Motors in Aspern in der Höhe von rund 50 Millionen Schilling konnten auf Beamtenebene bereits abgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Grunderwerbungen zum Zwecke des verbesserten Hochwasserschutzes wurde mit den Österreichischen Bundesbahnen vereinbart, daß zunächst ein Benützungsübereinkommen mit Entschädigungszahlungen der Stadt Wien im Betrage von rund 25 Millionen abgeschlossen werden soll, da ein endgültiger Tauschvertrag nicht rechtzeitig abgeschlossen werden kann. Die Besprechungen, die in regelmäßigen Abständen mit Vertretern des Bundes stattfinden, haben sich sehr bewährt und werden in der Zukunft weitergeführt.

Die wirtschaftliche Lage und die fortschreitende Geldentwertung bringen es mit sich, daß immer mehr Vertragspartner nur dann zum Abschluß einer Transaktion bereit sind, wenn ihnen geeignete Tauschgrundstücke zur Verfügung gestellt werden. Die Abteilung versucht daher, auch Grundstücke zu erwerben, die für Tauschzwecke oder für die Verwertung im Rahmen des Siedlungsprogramms der Stadt Wien herangezogen werden können.

Die Grundverkäufe beliefen sich auf rund 353.000 m². Sie gliedern sich zum größten Teil in Verkäufe für Betriebsansiedlungen, Baureifmachungen, Erwerb von Eigengrund, Übertragungen von Baurechtgründen ins Privateigentum und für Infrastruktureinrichtungen. Für Baureifmachungen privater Grundstücke wurden rund 13.000 m² verkauft bzw. gegen Entgelt dem öffentlichen Gut zugeschrieben. Die Veräußerung von Grundflächen für Betriebsgründungen und -erweiterungen umfaßt insgesamt eine Fläche von rund 37.000 m². Eine Reihe von Transaktionen ist besonders hervorzuheben. Gekauft wurden die Liegenschaft E.Z. 403, Kat.-Gem. Inzersdorf-Stadt, im Ausmaß von 11.904 m² für einen Wohnhausbau sowie für den Ausbau von Straßen in 10, Neilreichgasse, ferner die Liegenschaft E.Z. 51 und 294, Kat.-Gem. Meidling, im Ausmaß von 2.191 m² in 12, Reschgasse 8—14, und Vivenotgasse 20—22, für den Ausbau der U-Bahn-Linie U 6 im III. Bauabschnitt, die Liegenschaft E.Z. 856, Kat.-Gem. Landstraße, im Ausmaß von 1.639 m² in 3, Landstraßer Hauptstraße 13, für den Ausbau der U-Bahn-Linie U 3 im V. Bauabschnitt, die Liegenschaft E.Z. 221, Kat.-Gem. Gaudenzdorf im Ausmaß von 463 m² in 12, Dunklergasse sowie die Liegenschaft E.Z. 213, Kat.-Gem. Gaudenzdorf im Ausmaß von 906 m² in 12, Dunklergasse 19, für den Ausbau der U-Bahn-Linie U 6.

Verkauft wurden die Liegenschaften E.Z. 151, 1138 und 2659, Kat.-Gem. Leopoldau an die Republik Österreich, Bundesgebäudeverwaltung I, im Ausmaß von 45.867 m² für die Errichtung einer veterinärmedizinischen Universität in 21, Donaufelder Straße, die Liegenschaften E.Z. 2030 und Teilflächen von E.Z. 2044, Kat.-Gem. Landstraße an die Republik Österreich, Bundesgebäudeverwaltung I, im Ausmaß von 4.880 m² in 3, Schnirchgasse, für die Errichtung eines Kontrollgebäudes für die österreichische Flugsicherung, ferner die Liegenschaft LTEZ. 433, Kat.-Gem. Rannersdorf, an die Stadtgemeinde Schwechat, im Ausmaß von 72.456 m² für die Erweiterung des Sportzentrums zwischen Rothmühle und Wallhofgasse, die Liegenschaft E.Z. 3292, Kat.-Gem. Brigittenau, im Ausmaß von 9.412 m² in 20, Adalbert-Stifter-Straße 69—71, für die Erweiterung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, die Liegenschaften E.Z. 268, 980, 283 und LTEZ. 710, Kat.-Gem. Kaiserebersdorf und LTEZ. 390, E.Z. 892, 893 und 781, Kat.-Gem. Simmering, an die Republik Österreich, im Ausmaß von 126.464 m² in 11, A-4-Ostautobahn, Anschlußstelle Simmeringer Haide, für die Anlage von Bundesstraßen, die Liegenschaften E.Z. 4, Kat.-Gem. Ober-Baumgarten, im Ausmaß von 9.768 m² in 14, Hadikgasse,

Kefergasse-Hackinger Straße, das Areal der C.-M.-Frank-Kinderspitalstiftung, im Ausmaß von 1,151.627 m² zugunsten genannter Stiftung und Flächen aus den Liegenschaften E.Z.Z. 45, 46 und 1910 im Ausmaß von 74.312 m² zur Bewirtschaftung durch den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.

Getauscht wurde die E.Z. 520, 1761, Kat.-Gem. Kaiserebersdorf, im Ausmaß von 17.461 m² in 11, Wildpretstraße-Haidequerstraße von den Entsorgungsbetrieben Simmering gegen die LTEZ. 710, Kat.-Gem. Kaiserebersdorf, im Ausmaß von 16.820 m² Baugrund plus 742 m² Straßengrund von der Stadt Wien.

Die Aufgabe der Freimachung städtischer und sonstiger Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten zur Durchführung aller Kommunalvorhaben im Bereich des Hoch- und Tiefbaues, des U-Bahn-Baues, des Hochwasserschutzbaues sowie sonstiger Kommunalmaßnahmen, die Liegenschaften betreffen, werden vom Referat für Grundfreimachungen besorgt. Der entsprechend der Geschäftseinteilung der Stadt Wien gestellte Auftrag der Freimachung städtischer und sonstiger Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten hat sich in den letzten Jahren durch gesetzliche Neuregelungen des Mietengesetzes und des Bundesgesetzes über das Kleingartenwesen und der darin enthaltenen Schutzbestimmungen erschwert. Insbesondere sind Freimachungen von Bestandobjekten von Handels-, Gewerbe- und Industriebetrieben wegen mangelnder Ersatzobjekte sehr schwierig und in den meisten Fällen nur durch entsprechende finanzielle Entschädigung zu regeln. Im Zuge der Freimachungen ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die Absiedlung im ordentlichen Rechtsweg ohne Ersatzanspruch termingerecht bewältigt werden kann, sonst ist der für die Stadt Wien wirtschaftlichste Weg für die Freimachung selbst bei Zahlung einer Entschädigung anzustreben.

Im Jahre 1983 wurden für 95 Freimachungsvereinbarungen Anträge auf Genehmigung gestellt. Es waren hiefür Gesamtkosten von 34,690.000 S notwendig, wovon für die allgemeine Freimachung 15,845.000 S, für den Hochwasserschutz 3,780.000 S, für die Assanierung und Revitalisierung 1,376.000 S und für den Ausbau der U-Bahn U 3 und U 6 13,689.000 S bedeckt wurden. Für die Erfordernisse der nunmehr neu vorgesehenen Assanierung und Revitalisierung städtischer Liegenschaften ist künftig mit einer Ausweitung der Freimachungstätigkeit zu rechnen. Für die Erfordernisse des U-Bahn-Baues U 3 und U 6 sind die Freimachungsaufgaben zusätzlich vom Freimachungsreferat zu bewältigen, wobei für rund 60 Freimachungsfälle die notwendigen Verhandlungen eingeleitet bzw. teilweise abgeschlossen wurden und für die weiteren Abschnitte des U-Bahn-Baues in nächster Zeit noch mit voraussichtlich rund 150 Freimachungen zu rechnen ist. Die notwendige Absiedlung für den U-Bahn-Bau muß oft unter kurzen Terminvorgaben erfolgen, so daß die Vereinbarungen unter diesem Zeitdruck teilweise nur unter dem gesamtwirtschaftlichen Aspekt des U-Bahn-Baues zustande kommen können.

In den Rahmen der Tätigkeit der Grundfreimachung fällt auch die Sachwertschätzung der Kulturen und Anlagen auf Kleingartenflächen, die zur Durchführung von Bauarbeiten der Stadt Wien für die Errichtung von Bundesstraßen benötigt werden. Weiters ist es für den Erwerb von Liegenschaften mit den darauf befindlichen Bauwerken und den zahlreichen und verschiedentlichen Bestandverhältnissen erforderlich, daß vom Freimachungsreferat die zu erwartenden Absiedlungskosten berechnet und geschätzt werden, die mit einer eventuellen Auflösung der Bestandrechte unter Annahme der derzeit gültigen Rechtslage und der zum Zeitpunkt des Erwerbes beabsichtigten künftigen Verwendung verbunden sind. Für den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds werden die Schätzungen von Grundfreimachungen sowie die Antragstellung auf Genehmigung der Freimachungen durch die zuständigen Organe der Stadt Wien ebenfalls vom Freimachungsreferat vorgenommen.

Die Abteilung hat gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Verwaltung aller Grundstücke zu führen, die der Stadt Wien allein oder mit Miteigentum gehören, sofern nicht eine andere Magistratsabteilung ausdrücklich im Einzelfalle als fachbezogen verwaltende Dienststelle zuständig ist. Bei den von der Abteilung im Rahmen der allgemeinen Liegenschaftsverwaltung verwalteten Grundstükken, ausgenommen Praterparzellen und Verpachtungen an Weinhauer, handelt es sich in der Regel um Grundflächen, die entweder für Tauschzwecke oder in Hinblick auf den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für eine Nutzung und Verwaltung durch andere Magistratsabteilungen in Zukunft vorgesehen sind. Da diese Grundstücke einerseits frei verfügbar sein sollen, dieser Zweck aber meist nur durch unproduktives Brachliegen erreicht wird, anderseits wirtschaftlich bedeutsame Pacht- und Mietzinse nur bei entsprechender Beschränkung der freien Verfügbarkeit erzielbar sind, ist es Aufgabe der Liegenschaftsverwaltung in Hinblick auf die Regelungen des § 84, Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und des § 38, Abs. 1 und 2, der Geschäftsordnung der Stadt Wien laufend in jedem Einzelfall genau abzuwägen, welcher Nutzung ein Grundstück zugeführt werden soll. Dabei ist unter anderem zu berücksichtigen, daß die in ein Grundstück getätigten Aufwendungen, wie z. B. für Rodung, Begrünung und Einzäunung, durch den im voraus meist nicht feststehenden Zeitraum bis zu einem Abtausch oder bis zu einer Zuführung zu einem gemäß Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgegebenen Endzweck oft trotz aller aufgewandter Sorgfalt einen Verlust darstellen. Aus diesem Grund strebt die Liegenschaftsverwaltung — zumindest bei den Grundstücken, deren direkte Verwertung durch eine andere fachbezogene verwaltende Dienststelle auf Grund des Flächenwidmungsplanes vorgegeben ist — eine rasche Verwaltungsübergabe an diese Dienststelle an.

Die Liegenschaftsverwaltung beginnt in der Regel ab dem Erwerb eines in ihre Zuständigkeit fallenden Grundstückes. Sie hat die Aufgabe, den für die Stadt Wien wirtschaftlich, rechtlich und verwaltungstechnisch

optimalen Zustand herzustellen, da vielfach ein bloße Fortsetzung der Verwaltung, wie sie der bisherige Eigentümer praktizierte, den Bestimmungen des § 84, Abs. 2, Wiener Stadtverfassung und des § 38, Abs. 1, Geschäftsordnung der Stadt Wien, widersprache. So gelang es wieder in zahlreichen Fällen, sofort nach dem Ankauf geordnete Verhältnisse, vor allem auf abgabenrechtlichem Gebiet, herzustellen oder rechtlich nicht völlig haltbare Nutzungsverträge nicht nur zu sanieren, sondern dabei auch das Entgelt entsprechend anzuheben. In der Folge waren die das jeweilige Grundstück betreffenden Daten nicht nur evident zu halten, sondern auch bei Änderungen sofort zu berichtigen. Durch die umfangreiche Bautätigkeit Privater sowie der öffentlichen Hand änderten sich primär zwar nur die Grundstücksausmaße, zwangsläufig aber wurde dadurch ein gewaltiger Verwaltungsaufwand hervorgerufen, da alle bestehenden Unterlagen einschließlich der Verträge, Steuerbescheide, Versicherungen usw. berichtigt werden mußten, um die Stadt Wien vor Nachteilen zu bewahren. Zu dieser Evidenthaltung gehören auch an sich eine regelmäßige Besichtigung der Grundstücke sowie eine Revision langjährig unveränderter und damit unkontrollierter Daten. Bedingt durch den Arbeitsanfall und die Weitläufigkeit mancher Bezirke konnte eine Besichtigung nur stichprobenweise erfolgen. Neben solchen Maßnahmen wurde auch jede sich bietende Gelegenheit genützt, um bestehende Bestand- bzw. prekaristische Benützungsübereinkommen so umzuwandeln, daß sie dem § 84, Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und § 38, Abs. 1 der Geschäftsordnung der Stadt Wien entsprechen. So gelang es, zahlreiche Bestandzinse wesentlich anzuheben bzw. einer Wertsicherungsklausel erstmals zu unterwerfen.

Um der Parkplatznot im innerstädtischen Bereich besser begegnen zu können und doch die jederzeitige freie Verfügbarkeit der städtischen Grundstücke halbwegs sicherzustellen, wurde 1983 die Aktion fortgesetzt, den beiden Kraftfahrervereinigungen ARBÖ und ÖAMTC zu günstigen Konditionen geeignete leere Liegenschaften, z. B. Baulücken bis zur Wiederbebauung, mit der Auflage in Nutzung zu geben, darauf Parkplätze einzurichten. Da die von die beiden Organisationen gewünschten Flächen vornehmlich im innerstädtischen Bereich liegen, diese aber entsprechend dem Revitalisierungskonzept der Stadt Wien sofort nach Abbruch des Altgebäudes dem nach dem Flächenwidmungsplan vorgesehenen Zweck zugeführt werden müssen, stagniert der Vermietungsumfang derzeit.

Die Abteilung hat im Jahre 1983 wieder zahlreiche sanitäre Übelstände im Sinne der Magistratskundmachung, betreffend die Reinhaltung von Grundstücken, beseitigen lassen. Auch beim Grasschnitt im Rahmen der Verhütungsmaßnahmen nach dem Kulturpflanzenschutzgesetz waren entsprechende Maßnahmen zu setzen. Soweit von der Abteilung verwaltete Liegenschaften von der Verpflichtung zur Säuberung und Betreuung der Gehsteige und Gehwege im Sinne des § 93 der Straßenverkehrsordnung betroffen waren, wurde dieser Pflicht wieder durch Heranziehen von Gewerbetreibenden und privaten Einzelpersonen nachgekommen.

Neben der Verwaltung von an sich unbebauten Grundstücken war auch die Verwaltung der städtischen Gast- und Schankgewerbekonzessionen samt dem dazugehörigen Inventar sowie von Flächen, die Mineralölkonzernen für Tankstellen bzw. der Heizbetriebe Wien GesmbH. in Benützung gegeben und mit deren Superädifikaten bebaut sind, zu besorgen. Im Jahre 1983 wurden nur noch zwei Konzessionen (Gaststätten) von der Abteilung verwaltet.

Die allgemeine Grundverwaltung erstreckte sich per 31. Dezember 1983 auf 37,868.435 m². Während des Jahres 1983 gab die Abteilung 1,220.760 m² ab und nahm 287.195 m² neu in Verwaltung. Die Zahl der Mieter, Pächter und prekaristischen Benützer betrug am 31. Dezember 1983 insgesamt 3.041. In Anwendung des § 105 der Wiener Stadtverfassung wurden 129 Bestandverträge abgeschlossen und vom Gemeinderatsausschuß 6 prekaristische Benützungsübereinkommen genehmigt.

Die Baurechtsverwaltung betrifft alle Liegenschaften, die von der Stadt Wien für Wohnzwecke an Gemeinnützige Wohnungsunternehmen (Genossenschaften bzw. Gesellschaften) und an physische Personen im Baurecht vergeben wurden, ferner jene Flächen, die für gewerbliche Zwecke Gewerbs- und Handelsbetrieben zur Verfügung gestellt wurden. Mit Stichtag 31. Dezember 1983 wurden 644 genossenschaftliche Baurechtsanlagen und 2.275 Einzelbaurechte im Ausmaß von insgesamt 6,533.237 m² verwaltet. Die 105 gewerblichen Baurechte umfaßten Flächen im Ausmaß von 819.320 m².

Die Neuregelung der Bauzinsermäßigungen für Gemeinnützige Wohnungsunternehmen gemäß den im Februar 1981 erstellten Richtlinien konnten im Jahre 1983 weitgehend zum Abschluß gebracht werden. Des weiteren wurde das Problem der verspäteten Fertigstellung von Wohnbauvorhaben einer Lösung in der Form zugeführt, daß bei berücksichtigungswürdigen Fällen (wie z. B. nicht fristgerechte Zuzählung von Wohnbauförderungsmitteln) Fristerstreckungen bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen erwirkt wurden.

Im Rahmen der Baurechtsverwaltung wurden von der Abteilung im Jahre 1983 bis 31. Dezember 1983 51 Ansuchen von Baurechtsinhabern auf Bauzinsermäßigungen bzw. auf Erstreckung der Verbauungsfrist behandelt und zur Genehmigung vorgelegt.

Rund 290 Erhebungen und Kontrollen von Baurechtsgründen wurden durchgeführt, die vor allem der Überprüfung des vertragsgemäßen Zustandes von Baurechtsflächen, den Umschreibungen und Übertragungen von Siedlerrechten im Sinne der Siedlungsordnung in genossenschaftlichen Baurechtssiedlungen sowie den Besichtigungen der für Baurechtsbestellungen vorgesehenen Grundflächen dienten. Ferner nahmen Vertreter der

Abteilung an 228 Verhandlungen (überwiegend Bauverhandlungen) teil. Überdies mußte eine große Anzahl von Anregungen, Beschwerden und Wünschen von Baurechtsinhabern behandelt werden.

Die Kleingartenverwaltung betreute mit Stand 31. Dezember 1983 6,460.587 m² Flächen als Kleingärten, das sind 18.686 Kleingartenlose. Dies bedeutet eine Zunahme der Kleingartenflächen um 82.898 m². Der Zugang entstand durch die Umstrukturierung der Erntelandflächen im Bereich 10, Kleingartenanlage „Eschenkogel" und „Rasenstadt" sowie im Bereich 17, Kleingartenanlage „Heubergkuppe" durch den Abschluß eines Generalpachtvertrages für das Gebiet des Kleingartenvereins „Wasserwiese", des Erweiterungsbereiches des Kleingartenvereins „Lindkogel", einer Generalpachtvertragsänderung für den Bereich 13, Wattmanngasse, einer Transaktion im Bereich des Kleingartenvereins „Paulinensteig" und des Kleingartenvereins „Windmühlhöhe". Der Abgang resultiert aus der Veräußerung und Baurechtsbestellung der in „Bauland" umgewidmeten Kleingartenanlagen in 11, Neugebäude, und 22, Mühlhäufel, an die jeweiligen Nutzungsberechtigten, aus dem Verkauf der bereits als Bauland gewidmeten Anlage, 17, Obere Kreuzwiese, an die Siedler, aus einer Absiedlung der Bereiche in 17, Hernalser Hauptstraße und einer Flächenberichtigung im Zuge einer Transaktion im Bereich des Kleingartenvereins „Unterer Gaisberg" im 10. Bezirk.

Im Rahmen der örtlichen Überprüfungen wurden rund 270 Beanstandungen baulicher und gärtnerischer Art festgestellt; die Beseitigung dieser Mängel wurde veranlaßt. Referenten mußten zu rund 980 baupolizeilichen Verhandlungen entsendet werden.

In der Erntelandverwaltung konnte eine Reduktion der Erntelandflächen von 152.003 m² im Vergleich zum Jahre 1982 erzielt werden. Demnach beläuft sich das von der Stadt Wien zu verwaltende Ernteland auf 62.712 m², das sind 429 Lose. Die Umwandlung der Ernteländer in Kleingartenanlagen bzw. die Liquidierung in den Fällen, in denen eine Umwandlung nicht möglich ist, wird sowohl vom Kleingartenbeirat als auch von den Bezirks-Kleingartenkommissionen betrieben. Die Realisierung soll bis 1989 durchgeführt werden.

Dem Landesverband Wien des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurden bis 31. Dezember 1983 aus dem Darlehensrahmen von 6,000.000 S zwei Darlehen mit einer Laufzeit von drei Jahren und einer Summe von 5,000.000 S zum Zwecke der Neuaufschließung der Kleingartenanlage „Heubergkuppe" für die Elektrifizierung und Schaffung der Wasserversorgung und für die Teilkanalisierung der Kleingartenanlage „Wolfersberg" im 14. Bezirk gewährt. Für den „Österreichischen Siedlerverband" wurden 1,000.000 S an Siedlerdarlehen (29 Siedler) zur Verfügung gestellt. Die Pachtschillingseingänge im Rahmen der Kleingartenverwaltung haben zufolge der Wertsicherungsvereinbarung mit dem Zentralverband im Jahre 1983 eine Erhöhung auf rund 35,000.000 S erfahren.

Die Parzellierung der kleingärtnerisch genutzten Grundflächen und die Herstellung der Grundbuchsordnung wurden fortgesetzt, ebenso der Abverkauf von wohnbaumäßig genutzten und bereits auf Gartensiedlungsgebiet umgewidmeten Kleingartenbereichen im 11. und 22. Bezirk bzw. jener Flächen, die sich in der Bauklasse I befinden, wie in 17, Obere Kreuzwiese.

Umwelt und Bürgerdienst

Umweltschutz

Auf Grund der neuen Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien vom 10. Juni 1983 wurden der Abteilung zusätzliche Agenden zugewiesen, wie die

— Handhabung des Bundes- sowie des Landesgesetzes zur Durchführung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen;

— Erteilung von Haltungsbewilligungen für Greifvögel sowie Entgegennahmen von Meldungen und Beringung von Greifvögeln nach dem Jagdgesetz;

— Angelegenheiten des Baumschutzgesetzes, ausgenommen die rechtlichen Angelegenheiten erster Instanz;

— Handhabung des Sonderabfallgesetzes, soweit der Landeshauptmann zuständig ist;

— Berichterstattung an den Gemeinderat über das Ergebnis der Messungen und die getroffenen Veranlassungen im Sinne des Wiener Feuerpolizeigesetzes;

— Erstellung eines Umweltalarmplanes und Erlassung von Anordnungen auf Grund dieses Planes;

— Probenahmen und Untersuchungen von Boden- und Grundwasserproben, soweit sie den Umwelt- und Naturschutz betreffen;

— Messungen von Wasserverunreinigungen und der Wirkungsweise physikalisch-chemischer Abwasserbehandlungsanlagen;

— Untersuchung von Trinkwasser auf Phenole und Kohlenwasserstoffe mit Ausnahme von Chlorkohlenwasserstoffen und auf Schwermetalle;

— Beratung bei der Vernichtung gefährlicher Sonderabfälle und Gifte;

— Durchführung biologischer Untersuchungen, insbesondere auf dem Sektor der Landwirtschaft, und der

— Betrieb von Labors.

Zur Durchführung dieser neuen Agenden wurde im November 1983 ein Teil der Mitarbeiter der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien der Abteilung überstellt, ferner wurden 22 Labors angegliedert, die sich im Amtshaus in 11, Rinnböckstraße 15, befinden.

Auf legistischem Gebiet wurde das externe Begutachtungsverfahren zum Entwurf eines Wiener Naturschutzgesetzes abgeschlossen. Als erstes Bundesland hat Wien ein Gesetz zur Durchführung des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen erlassen (LGBl. für Wien Nr. 20/1983) und in der Folge eine Verordnung über die Kennzeichnung gefährdeter Arten freilebender Tiere und Pflanzen (LGBl. für Wien Nr. 29/1983). Weiters wurde der Entwurf einer Verordnung über die Unterschutzstellung des „Blauen Wassers" und seines Umlandes erstellt. Eine intensive Mitwirkung erfolgte bei der Ausarbeitung eines Entwurfes für das Sonderabfallgesetz des Bundes, am Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG bezüglich der Immissionsgrenzwerte für das Bundesimmissionsschutzgesetz sowie am Entwurf des Waschmittelgesetzes.

Am 4. April 1983 hat der Wiener Landtag den Abschluß einer Vereinbarung zwischen Bund und Bundesländern über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl genehmigt. Vertreter der Abteilung haben an den diesbezüglichen Verhandlungen und Besprechungen teilgenommen. Weiters erfolgte eine Mitarbeit an der Novelle zum Wiener Müllabfuhrgesetz und an der Erstellung des Umweltfondsgesetzes (BGBl. Nr. 567/83), wobei eine umfangreiche Erhebung aller umweltgefährdenden Betriebe, bei denen vordringlich Sanierungsmaßnahmen notwendig wären, sowie eine Kostenschätzung durchgeführt wurden. Als Vorbereitungsarbeiten für eine Reformierung der Wiener Naturwacht wurde der letzte Stand der ehrenamtlich tätigen Naturwachtorgane festgestellt. In fünf Fällen wurden Naturgebilde zu Naturdenkmälern erklärt.

Auf der Computeranlage der Abteilung wurde für den Tätigkeitsbereich Luftreinhaltung mit der Entwicklung eines Programmpaketes für Luft-Qualitäts-Informations-System (LUQUIS) begonnen, das ermöglichen soll, über die Luftqualität in Wien rasch und anschaulich Auskunft zu geben. Durch dieses Programm können in Hinkunft die aktuellen Meßwerte von den Meßstellen abgefragt und am Bildschirm dargestellt oder ausgedruckt werden. Außerdem ermöglicht es, aus den aktuellen Meßwerten die Schadstoffverteilung über Wien zu berechnen und diese in anschaulicher Form in Isolinien oder in dreidimensionaler Graphik darzustellen.

Ein anderes Programmpaket bietet die Möglichkeit, die Auswirkungen eines bereits bestehenden oder geplanten Großemittenten auf die Luftsituation zu berechnen oder zum Beispiel die Bedeutung der Umstellung eines Wohngebietes von Einzelfeuerung auf Fernwärmeversorgung für die Luftqualität rechnerisch festzustellen. Es kann auch dargestellt werden, wie sich geruchsintensive Stoffe, z. B. aus der Raffinerie Schwechat, bei bestimmten Wetterlagen über das Stadtgebiet verteilen.

Neue Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Kfz-Abgase erbrachte eine Untersuchung der durch Kraftfahrzeuge erzeugten Aerosole. Diese Untersuchung wurde mit Kaskadenimpaktoren im Straßenverkehr durchgeführt. Das sind spezielle Meßgeräte, die für klassierte Abscheidung feinstteiliger Rauche entwickelt wurden.

Die Grünraumerhebung mittels Fernerkundung wurde im Jahre 1983 fortgesetzt. Es handelt sich dabei um berührungslose Messungen, die mit Hilfe besonderer Reihenmeßkameras und elektronischer Scanner vom Flugzeug aus durchgeführt werden. Mit Hilfe dieses wirkungsvollen und ökonomischen Verfahrens können die wesentlichsten Vegetationsparameter der Stadtvegetation qualitativ und quantitativ erfaßt und kartographisch dargestellt werden. Die Anwendung von Scannerdaten lieferte insbesondere bei der Klassifikation geschädigter Vegetation, aber auch bei der Differenzierung und kartographischen Darstellung von Vegetation bereits ausgezeichnete Ergebnisse.

Ein weiteres Projekt, mit dem 1983 begonnen wurde, befaßt sich mit der Untersuchung des Dieselemissionsanteils am Großstadtaerosol. Die Feststoffemissionen, insbesondere Rußemissionen, sind bei Dieselmotoren wesentlich höher als bei Benzinmotoren. Der größte Anteil dieser Aerosolpartikel liegt in einem Größenbereich, der ein Vordringen in die menschliche Lunge erlaubt, und überdies können adsorbiert an diese Partikel noch andere Schadstoffe in die Lunge gelangen. Da durch den ständig wachsenden Anteil der Dieselfahrzeuge auch ein Ansteigen der Rußkonzentration in der Großstadt zu erwarten ist, erschien es zweckmäßig, den Anteil des Dieselaerosols an der Gesamtrußkonzentration zu ermitteln. Es wird daher während des Versuchszeitraumes dem gesamten in Wien abgegebenen Dieseltreibstoff eine Tracersubstanz beigegeben, die bei den Aerosolmessungen nachweisbar ist.

Auf der Computeranlage der Abteilung wird zur Zeit weiters ein Simulationsprogramm zur Berechnung von Kfz-Schadstoffemissionen erstellt. Dieses Programm ermöglicht bei Eingabe eines zu betrachtenden Straßenzuges sowie der Randbedingungen, wie Verkehrsaufkommen, Ampelschaltungen und Straßenzustand, eine Berechnung der Fahrzeit, des Treibstoffverbrauches und der Schadstoffemission der betrachteten Fahrzeuge. Der Verkehrsablauf soll überdies am Bildschirm graphisch dargestellt werden.

Zur Untersuchung des Schadstoffeintrages nach Wien wurde eine Vorbelastungsmeßstelle an der südöstlichen Stadtgrenze eingerichet, an der sowohl die säurebildenden Komponenten Sulfat, Nitrat und Chlorid wie auch freie Säuren wie Salzsäure in Regen- und Aerosolproben gemessen werden sowie die Säurebestimmung im Regen und in der Atmosphäre erfolgt. Dabei wurde festgestellt, daß im Sommer etwa 70 bis 80 Prozent, im Winter immer noch 50 bis 60 Prozent des SO_4 im lungengängigen Korngrößenbereich nicht in Wien entsteht, sondern von außen nach Wien hereingetragen wird; SO_4 ist eine wesentliche Komponente des „Sauren Regens" und ist somit für alle Probleme, die damit in Zusammenhang stehen, mitverantwortlich.

Bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig wurden zur Überprüfung der Einhaltung der behördlichen Auflagen zwei Meßprogramme durchgeführt, die zugleich die Emissionen von CO, SO_2, NO_X, HCL und Staub erfaßten, den Staub, Flugasche und Schlacke nach Schwermetallen untersuchten sowie organische Verbindungen, wie chlorierte Kohlenwasserstoffe oder das in der letzten Zeit aktuell gewordene Dioxin, bestimmten.

Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen fand ihren Niederschlag in dem gemeinsam mit der Technischen Universität Wien veranstalteten Symposium „Die Luft in und über Wien". Im Zusammenhang mit diesem Symposium wurden 15 wissenschaftliche Arbeiten publiziert, von denen etwa die Hälfte im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Abteilung erstellt wurde.

Die kontinuierlichen Messungen von SO_2 und Staub an insgesamt 14 Meßstellen im Stadtgebiet wurden fortgesetzt. Die graphischen Darstellungen der Ergebnisse dieser Messungen wurden mehrmals in Fachzeitschriften veröffentlicht.

Auf dem Gebiet des Lärmschutzes wirkte die Abteilung bei zahlreichen Verfahren der Stadtplanung und Verkehrsplanung sowie der Altstadtsanierung mit, um die Aspekte der Lärmverhütung schon im Planungsstadium einfließen zu lassen. Als Grundlage für die Beurteilung von Vorhaben aus lärmtechnischer Sicht wurden einige Projekte durchgeführt, die wichtige Daten und Unterlagen lieferten. So wurde z. B. der Einfluß verschiedener Stadtstraßenquerschnitte auf die Umweltqualität untersucht. In dieser Arbeit wurden aus der Vielfalt der Umweltwirkungen, die durch die Gestaltung eines Straßenquerschnittes hervorgerufen werden, die Umweltbelastungen Lärm und Abgase sowie die physische Trennwirkung herausgegriffen und analysiert. Es wurden die Lärmemissionen und die Abgaskonzentration im Straßenraum sowie die Trennwirkung des Querschnittes bezüglich der Fußgänger berechnet und aufgezeigt. Ebenso wurde der Zusammenhang der Querschnitte mit der angrenzenden Nutzung und Widmung untersucht. Um bei notwendigen Schutzmaßnahmen Prioritäten setzen zu können, wurde eine Untersuchung der Auswirkungen des von den Betriebsstrecken der Österreichischen Bundesbahnen ausgehenden Schienenlärms auf das Wiener Stadtgebiet durchgeführt. Unter Beachtung sensibler Nutzungen wurden die Bereiche hoher Lärmbelastung ausgewiesen und bereits gesetzte Schutzmaßnahmen dokumentiert. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Lärmkarten für die charakteristischen Zeiträume Tag und Nacht ausgewiesen. Güterbahnhöfe und Stahlbrücken sind in den Lärmkarten gesondert eingezeichnet.

Bezüglich der Lärmentwicklung durch Straßenbahnen wurde eine Untersuchung der Luft- und Körperschallpegel, die bei der Fahrt einer Straßenbahn auf Gleisen verursacht werden, durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß bei der Gleisverlegung auf Stahlbetonplatten in sogenannter schwimmender Verlegung eine erhebliche Minderung des Körperschallpegels erzielt werden kann.

Der Katalog für Maßnahmen zur Verminderung der Schallimmissionen von Verkehrswegen wurde überarbeitet und auf den letzten Stand gebracht. Im Zuge der Stadtteilplanung Währing wurde eine Begutachtung der Lärmsituation durchgeführt. An 21 Meßstellen wurden Schalldruckpegelregistrierungen über einen Zeitraum von 24 Stunden, an 221 weiteren Meßstellen über den Zeitraum von einer Stunde bzw. von 15 bis 30 Minuten während der Tageszeit durchgeführt. Es wurde dabei der äquivalente Dauerschallpegel (Grundgeräuschpegel) jeweils in einen Plan des Gebietes eingetragen. Die Eintragung erfolgte in 5-Dezibel-Stufen mit Farben in Anlehnung an die Planfarben nach Önorm S 521, Teil 2. Aus diesen Ergebnissen konnten Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung im vorgenannten Sanierungsgebiet abgeleitet werden, wie z. B. ein Ersatz der vorhandenen Pflasteroberfläche in den Straßenzügen Währinger Straße und Kreuzgasse durch einen Straßenbelag mit glatter Oberfläche.

Ein weiteres Projekt war die Berechnung von Fluglärmzonen des Flughafens Wien-Schwechat für den theoretischen Fall der Nutzung jeweils nur einer Piste. Das Ergebnis zeigte, daß durch den Flugbetrieb über zwei Pisten die Fluglärmzone näher dem Flughafen liegt und damit die Fluglärmbelastung der umliegenden Siedlungen geringer ist. Zum Vergleich wurde auch die von der Linie L_{eq} F (A = 66 dB) umschlossene Fläche — das ist jene Fläche, in der die Belastung nicht größer als 66 dB (Dezibel) ist — für diese beiden theoretischen Fälle berechnet und mit jener beim tatsächlichen Betrieb über zwei Pisten verglichen, wobei festzustellen war, daß diese belasteten Flächen kaum differieren.

Seit November 1983 werden Lärmmessungen, die bisher in der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien erfolgten, von der Abteilung selbständig durchgeführt. Es mußten daher neue, dem Stand der Technik entsprechende Schallpegelmeßgeräte angeschafft werden.

Die im Zuge der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1982 durchgeführte Umwelterhebung wurde im Jahre 1983 aufbereitet und ausgewertet. Die Ergebnisse zeigten, daß gegenüber der Umwelterhebung 1973 im Jahre 1982 weniger Bewohner sich durch Gerüche, Lärm und Abgase belästigt fühlten. Auch die Grünflächenversorgung wird etwas besser beurteilt. Fast ein Viertel der Bevölkerung wäre bereit, sich selbst finanziell oder aktiv an der Gestaltung und Pflege von Grünflächen zu beteiligen.

Die Umwelterhebung 1982 kann inhaltlich in drei thematische Bereiche gegliedert werden. Den ersten Bereich bildet der Aufbau eines Modells, für den zur Simulation von SO_2-Immissionen Informationen über die Art und Menge der für den Hausbrand verwendeten Brennstoffe erhoben wurden. Einen zweiten wesentlichen Bereich bilden die Wahrnehmungen und Meinungen der Bevölkerung über die Belästigung durch Gerüche, Abgase, Lärm und Staub. Außerdem wurden auch die jeweiligen Emissionsquellen, wie Mopeds, Pkw usw., erfaßt. Neben der subjektiven Bewertung von Immissionen und Emittenten wurden auch Ansichten über die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen ermittelt. Den dritten thematischen Bereich bildeten Fragen nach der Benützung von Verkehrsmitteln für den Weg zur Arbeitsstätte bzw. Schule und die Bewertung der Parkplatzsituation in der Umgebung von Wohnung und Arbeitsplatz. Außerdem wurde auch der Standort von Arbeitsstätte bzw. Schule ermittelt, um den Arbeits- und Schulverkehr erstmals für das gesamte Stadtgebiet repräsentativ darzustellen. Die Umwelterhebung stellt eine besondere Form der direkten Beteiligung der Bevölkerung einerseits an der Bewertung, andererseits aber auch an der künftigen Planung bzw. Gestaltung der Umwelt dar. Bei der Entscheidung über Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen werden künftig nicht nur Gesetze, Pläne, Konzepte und Ergebnisse von Immissionsmessungen sowie anderen wissenschaftlichen Untersuchungen, sondern auch die durch die Umwelterhebung artikulierten, subjektiven Wahrnehmungen und Meinungen der Wohnbevölkerung berücksichtigt werden.

Wesentlichstes Projekt im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes war die Fortsetzung der 1981 begonnenen Biotopkartierung Wiens bzw. die Erfassung schutzwürdiger und entwicklungsfähiger Landschaftsteile. Im Jahre 1983 erstreckte sich die Bearbeitung räumlich auf den „Wiener Südrand" — das sind die außerhalb des dicht bebauten Stadtgebietes gelegenen Teile des 10., 12., 11. und 23. Bezirkes bis zur Stadtgrenze. Als Vorgriff auf die erst später vorgesehene Bearbeitung wurde auch bereits die Untersuchung der Donaualtarme Mühlwasser, Schillerwasser, Alte Naufahrt und Tischwasser im 22. Bezirk durchgeführt.

Die Erfassung erfolgt in den Arbeitsgruppen der Disziplinen Vegetation, Geomorphologie und Gewässer, weiters in der Gruppe Zoologie und schließlich in der EDV-Bearbeitung. Die Feldarbeiten der verschiedenen Fachdisziplinen wurden innerhalb der Vegetationsperiode durchgeführt und waren im November abgeschlossen. Es liegen dazu Reinzeichnungen im Maßstab 1 : 2.000 mit den dazugehörigen beschreibenden Erhebungsblättern zur EDV-Verarbeitung vor. Geplantes Ergebnis der EDV-Verarbeitung ist letztlich der jederzeit mögliche Zugriff via Bildschirm auf jeden beliebigen Ausschnitt des Stadtgebietes, sowohl graphisch als auch bei den beschreibenden Daten nach der Gliederungstiefe (Top-, Mikrochorenebene) sowie nach der gegebenen Problemstellung (Beurteilung einer geplanten Baumaßnahme, Unterschutzstellung eines Biotops, Überblick über naturschutzrelevante Flächen eines Bezirks u. a. m.). Die Ergebnisse der Erfassungsprogramme sind wegen ihres räumlichen Bezuges direkt anwendbar und wegen ihrer wissenschaftlichen Grundlage auch nicht durch andere empirisch gewonnene Ergebnisse ersetzbar. Sie bilden jene Grundlagendaten, aus denen entsprechende Flächenansprüche des Naturschutzes abgeleitet und Forderungen bei Eingriffen erhoben werden.

Im Naturschutzgebiet Lobau wurde nach der Erfassung der tagaktiven Vögel die Kartierung der Nachtgreifer in Angriff genommen. In der oberen Lobau wird beginnend mit 1983 eine Typisierung von Feuchträumen an Hand der Entomofauna durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden Entscheidungshilfen bei der Beurteilung von Eingriffen in das Naturschutzgebiet liefern.

Die Untersuchung von Salzschäden an Alleebäumen in der Prater-Hauptallee sowie in der Paradisgasse wurden 1983 abgeschlossen und daraus abgeleitet ein Projekt über mögliche Maßnahmen zur Sanierung von Alleebäumen weitergeführt. Zwei weitere spezielle Forschungsprogramme des Naturschutzes, die 1983 abgeschlossen wurden, waren die Inventarisierung aquatischer und semiaquatischer Biotoptypen im Naturschutzgebiet Lobau sowie ein ökologisch-faunistischer Vergleich von vier Biotoptypen im Gütenbachtal.

Die Mitarbeiter des Naturschutzreferates haben außerdem an mehr als 500 Besprechungen und Ortsaugenscheinen teilgenommen, bei denen Fragen des Naturschutzes mit den Sachbereichen Siedlung und Bebauung, Verkehrswesen, Wasserwirtschaft, Erholung und Freizeit, Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie Jagd und Fischerei zu koordinieren waren. Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich sind auch die Aufgaben des Artenschutzes, und zwar insbesondere die Begutachtungen nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen. Zur Erleichterung dieser Tätigkeit wurde im Jahre 1983 mit der Anlegung einer Vergleichssammlung begonnen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst das Verzeichnis der Wiener Naturdenkmäler als illustrierte Broschüre neu aufgelegt.

Kanalisation und Entsorgungsbetrieb

Laut Gemeinderatsbeschluß vom 7. Dezember 1981, Pr. 3257, wurde für das Jahr 1983 die Abwassergebühr mit 6 S/m³ festgelegt.

Im Jahre 1983 konnte eine Reihe von Kanalbauten verschiedener Größenordnung projektiert und ausgeführt werden. So wurde der Umbau des untersten Teiles des aus der Jahrhundertwende stammenden Rechten Hauptsammelkanals zwischen der alten Ausmündung unterhalb des Elektrizitätswerkes Simmering und dem Knoten Prater im April 1983 fertiggestellt. Im Jahre 1984 ist die Herstellung der Bedienungsstraße vorgesehen. Die Realisierung des 2. Bauloses muß bis zur Aufhebung der Umleitungsstrecke der U 3 in der Erdberger Lände und Weißgerberlände bzw. bis zur Bereitstellung von Budgetmitteln zurückgestellt werden.

Die Vorarbeiten für die Umleitung des Liesingtalsammelkanals (LSK) zur Kläranlage wurden weitgehend abgeschlossen. Für den Bau selbst und für die Errichtung des Hebewerkes Kaiserebersdorf werden im Jahre 1984 30 Millionen Schilling bereitgestellt werden, so daß die Arbeiten somit im kommenden Jahr begonnen werden können.

Der derzeit noch im Bereich der Ostbahnbrücke in die Donau ausmündende Rechte Donausammelkanal (RDS) muß über die Hafenzufahrtsstraße zum bereits fertiggestellten Auslaufbauwerk des Donaudükers verlängert werden. Dieser Kanalbau wurde 1983 begonnen und soll 1985 beendet werden.

Die für die Kanalisierung der städtischen Wohnhausanlagen in 11, Modecenterstraße, 21, Knöfelgasse, und 23, Seligmanngasse (Draschegründe) erforderlichen Kanalbauten konnten 1983 durchgeführt werden. Weiters wurden mehrere Kanalbauten durchgeführt, die durch Anträge von Bezirksvorstehungen, Siedlervereinen, Anrainern sowie durch Straßenbaumaßnahmen ausgelöst wurden. Mit einem Aufwand von rund 38 Millionen Schilling wurden Kanalbauten im 11., 12., 14., 21., 22. und 23. Bezirk durchgeführt. Von den Kanälen, deren Umbau wegen des sicherheitsgefährdenden Bauzustandes notwendig ist, wurden vor allem die im Gebiet Donaufeld im 21. Bezirk gelegenen Kanäle in Angriff genommen.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden die Bauarbeiten auf den Draschegründen im 23. Bezirk fortgesetzt. Mit der Aufschließung des Betriebsbaugebietes Wienerberg im 10. Bezirk wurde begonnen. Hiefür sind umfangreiche Pfahlfundierungen erforderlich, da die Kanäle zum Teil in alten Anschüttungen verlegt werden müssen. Mit den Bauarbeiten für das Betriebsbaugebiet Gewerbehof Schleierbaracken im 10. Bezirk konnte noch nicht begonnen werden, da die Frage der Fällung von Bäumen in diesem Gebiet nicht geklärt ist. Der Kanalbau für die Entsorgung des Budozentrums im 10. Bezirk wurde in Angriff genommen.

Die Länge der Straßenkanäle hat (bis Ende 1983) 1,680.329 m erreicht, an Kanalneubauten wurden 6.767 m und an Kanalumbauten 3.976 m hergestellt.

Was den verbesserten Hochwasserschutz betrifft, so wurden im Hochwasserpumpwerk für den Linken Donausammelkanal Ergänzungsarbeiten im Rahmen baubehördlicher Auflagen durchgeführt. Mit dem Bau der Verlängerung des Rechten Donausammelkanals in 2, Hafenzufahrtstraße und Handelskai vom Auslaufbauwerk bis Handelskai 426, wurde am 28. November 1983 begonnen.

Im Jahre 1983 traten in der Hauptkläranlage in Wien keine wesentlichen Betriebsschwierigkeiten auf. Aus diesem Grund wurde auch wieder eine weit über dem von der Wasserrechtsbehörde genehmigten Wert liegende Reinigungsleistung erreicht. Dies wurde einerseits von der als Fremdüberwachung für den Ablauf der Kläranlage eingesetzten Hygienisch-Bakteriologischen Untersuchungsanstalt der Stadt Wien, anderseits durch

Untersuchungen, die von der Bundesanstalt für Wassergüte durchgeführt wurden, bestätigt. Von der Ende 1982 installierten Meßeinrichtung zur genauen Bestimmung der von der Hauptkläranlage Wien in den Donaukanal abzuleitenden Überschußschlammengen konnte für das Jahr 1983 eindeutig dokumentiert werden, daß im Jahresmittel nur 3,3 Prozent des in der Kläranlage anfallenden Schlammes wegen zu geringer Kapazität der Anlage der Entsorgungsbetriebe wieder ausgeleitet werden mußten. Bei Revisionen der Beckengruppe Nord und Süd, die im Jahre 1983 durchgeführt wurden, konnte festgestellt werden, daß keine den Betrieb negativ beeinflussenden Erscheinungen aufgetreten sind.

In der Hauptkläranlage Wien wurden 132 Millionen m³ Abwasser mechanisch-teilbiologisch mit einem mittleren Reinigungseffekt von rund 89 Prozent gereinigt. In diesem Zeitraum wurden an die Entsorgungsbetriebe rund 830.000 m³ Schlamm mit einem Feststoffgehalt von im Mittel 5,4 Prozent, was rund 45.000 t Feststoffen entspricht, geliefert und dort verbrannt. Ferner wurden dem Abwasser in diesem Zeitraum gleichzeitig 8.600 t Rechengut, das ebenfalls bei den Entsorgungsbetrieben verbrannt wurde, und 13.000 m³ Sandfang- und Schotterfanggut entnommen.

Im Bereich der Anlage der Entsorgungsbetriebe Simmering wurden 1983 verschiedene Arbeiten durchgeführt bzw. Projektierungen und Planungen in Angriff genommen, die die Standsicherheit der Anlage und damit eine sichere Betriebsführung, aber auch eine größere Wirtschaftlichkeit der Anlage gewährleisten sollen.

Im Sommer wurde eine Revision der Gesamtanlage durchgeführt, bei der ein Drehrohrofen komplett neu ausgemauert wurde, ungefähr 250 Ventile überarbeitet werden mußten und auch eine der beiden Turbinen generalüberholt wurde. Sehr wesentlich war die Fertigstellung der Abdeckung des in Betrieb befindlichen Stapelbeckens, da dadurch die in diesem Bereich immer wieder aufgetretenen Geruchsemissionen beseitigt wurden. Die im Bereich der eigentlichen Betriebsanlage gelagert gewesenen Sondermüllmengen wurden zur Gänze abgebaut, das Deponiebecken in der Alberner Hafenzufahrtsstraße wurde bis Ende 1983 zu ungefähr 40 Prozent geräumt.

Durch die Ende 1982 bzw. 1983 erfolgte Fertigstellung des Anschlusses der Entsorgungsbetriebe an das Wiener Fernwärmenetz sowie der elektrischen Verbindung von den Entsorgungsbetrieben zur Hauptkläranlage wurde im Jahre 1983 eine wesentlich wirtschaftlichere Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten erreicht. So konnten rund 270.000 MWh Fernwärme in das Fernwärmenetz abgegeben werden bzw. von der insgesamt bei den Entsorgungsbetrieben erzeugten elektrischen Energie von rund 32.000 MWh 11.500 MWh an die Kläranlage geliefert werden, wodurch dort eine Deckung von rund 50 Prozent des Gesamtenergiebedarfs möglich war. Ferner wurde das Ausschreibungsprojekt für die unbedingt notwendige Überdachung des in der Anlage der Entsorgungsbetriebe befindlichen großen Deponiebeckens ausgearbeitet und mit der Projektierung für den Um- bzw. Neubau der chemisch-physikalischen Anlage begonnen. Das Ausschreibungsprojekt für die Erweiterung des Werkstättengebäudes bzw. den Neubau von Garagen für betriebseigene Fahrzeuge konnte gleichfalls erstellt werden. Auf Grund der bereits vorhandenen, 1982 bis 1983 durchgeführten wesentlichen Studien für die erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Schlammverbrennung bzw. der Rauchgasreinigungen der Sondermüllverbrennung konnte die Planung in Angriff genommen werden. Die Durchsatzleistung der Anlage betrug an Spitalmüll 4.500 t, an Rechengut von der Hauptkläranlage 8.600 t, an Gewerbe- und Industriemüll (Sperrmüll) 13.500 t, an Sonderabfällen im Sinne der Önorm 2101 31.000 t.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 5.650 neue Akte, davon 3.020 Kanalbefunde, sowie 4.530 Planbegutachtungen von größeren Hauskanalanlagen zu bearbeiten. 4.570 unerledigte Kanalinstandsetzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren wurden überwacht.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnliche Arbeiten zuständig ist, wurden 7.822 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1983 28.562 m³. Im einzelnen wurden aus den Schotterfängen 4.118 m³, aus den Hauptsammelkanälen 6.445 m³, aus den Straßenkanälen 1.993 m³, aus der Kläranlage Blumental 2.776 m³, aus der Hauptkläranlage 13.040 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 190 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 569.013 m Rohrkanäle und eine größere Strecke an Profilkanälen, nämlich 820.920 m, geräumt.

Das Hochwasserpumpwerk Kaiserebersdorf hatte an sieben Tagen Pumpbetrieb. Die fünf Kanalhebewerke förderten eine Abwassermenge von insgesamt 3,230.000 m³, und zwar das Hebewerk Pastorstraße 190.000 m³, Spandlgasse 785.000 m³, Sozialmedizinisches Zentrum Ost 680.000 m³, Steinspornweg 950.000 m³ und Schilfweg 625.000 m³.

In den sieben Regenwasserpumpwerken wurden 58.900 m³ Regenmenge gefördert, und zwar von dem Pumpwerk Altmannsdorfer Straße 8.000 m³, Ketzergasse 2.000 m³, Kuchelau 24.000 m³, Siemensstraße 900 m³, Hirschstettner Straße 700 m³, Erzherzog-Karl-Straße 23.000 m³ und Lorenz-Müller-Gasse 300 m³.

In der Kläranlage Blumental wurden 18,658.000 m³ Abwasser gereinigt, wobei ein Energieverbrauch von 4,278.200 KWh verzeichnet wurde. Der Rechengutanfall betrug 3.411 m³. Die durchschnittliche Verschmutzung betrug im Zulauf 247,17 mg BSB_5. Der Durchschnitt beim Ablauf war 16,83 mg BSB_5. In einer Reihe von

Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten, wie Tischler-, Dachdecker-, Maler- und Anstreicherarbeiten, durchgeführt.

An den 30 Führungen in der Hauptkläranlage nahmen 826 Personen teil, an den 4 Führungen im Linken Donausammler 16 Personen. Am „Tag der offenen Tür" wurden 48 Führungen mit insgesamt 945 Personen abgehalten. Bei den fünf Sondervorführungen in der Friedrichstraße konnten 131 Personen registriert werden.

Im Jahre 1983 waren 49 leichte und 17 schwere Unfälle zu verzeichnen.

Der Bestand an Senkgruben ist auf 32.183 angestiegen. Die Zahl der Senkgrubenräumungen machte 22.418 aus, die Gesamtaushubmenge 123.434 m³. 1.815 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt mit einer Gesamtaushubmenge von 3.289,33 m³.

Das Pumpwerk Linker Donausammler war fortlaufend für die Schmutzwasserseite und anfallsmäßig für die Regenwasserseite im Betrieb. Im Jahre 1983 betrug der Energieverbrauch des Linken Donausammlers und der Hauptkläranlage 16,180.000 KWh. An Rechengut wurden 2.541 m³ abgeführt. Die geförderte Abwassermenge betrug 27,245.160 m³. Von den Fahrzeugen der Abteilung wurden im Jahre 1983 946.458 km zurückgelegt, davon vom Funkwagen 89.812 km, vom Hochdruckwagen 76.318 km, vom Senkgrubenwagen 304.216 km; die anderen Fahrzeuge legten 476.112 km zurück.

Aus postrechtlichen Gründen mußte ein Großteil von veralteten Funkgeräten ausgetauscht werden. Aus diesem Grund wurden 7 Hebewerkfunkstationen sowie 13 Fahrzeugfunkgeräte erneuert.

Auf Grund des altersbedingten Zustandes mußten fünf Mannschaftsfahrzeuge erneuert werden, ebenso wurden ein Senkgrubenwagen sowie ein Bus für den Hauptsammelkanalbetrieb ausgetauscht. Für Revisionsarbeiten an Funkanlagen sowie im Bereich der Hauptkläranlage wurde ein Gelenksteiger mit einer Arbeitshöhe von 11 m gekauft.

Mit dem Kanalfernsehauge wurden rund 7.400 Laufmeter an Kanalanlagen überprüft. Für die Prüfung von Hauskanalanschlüssen wurde eine neue Fernsehanlage gekauft, die als Ergänzung zum bestehenden Fernsehwagen dient. Mit diesen beiden Anlagen ist eine Überprüfung bereits ab 80 mm Rohrdurchmesser möglich.

Im Rahmen der Installierung von lärmgeschützten Aggregaten für den Betrieb wurden fünf weitere lärmgeschützte Notstromaggregate gekauft, um einen reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten. Für die Entfernung von Wurzeln in Rohrkanälen wurde ein hydrodynamischer Wurzelschneider angeschafft, der als Zusatzaggregat vom Hochdruckwagen aus betrieben werden kann.

Im Jahre 1983 wurden an 1.892 Kleinbaustellen Kanalerhaltungsarbeiten durchgeführt sowie 450 Stück Schachtabdeckungen repariert. Zwei unerwartete Kanaleinbrüche im Gleisbereich der Straßenbahnlinie J im Bereich der Neulerchenfelder Straße und der Linie 46 bei der Thaliastraße an der Grenze 16./17. Bezirk verursachten Straßensperren mit Schienenersatzverkehr sowie Tag- und Nachtarbeit.

Im Zuge der Industrie- und Gewerbeabwasserprüfungen wurden insgesamt 1.462 Abwasserproben gezogen und bei 23 Firmen Dauerkontrollen durchgeführt. 196 der Abwasserproben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In 26 Fällen war die Überschreitung so hoch, daß zusätzlich Strafanträge gestellt werden mußten.

Die Erhebungen zur Überprüfung vorhandener Mineralölabscheideranlagen im Hinblick auf die notwendigen Räumzahlen konnten im Jahre 1983 bis auf einzelne Firmen abgeschlossen werden. Insgesamt wurden 175 Anlagen überprüft.

Die Tätigkeit im Zusammenhang mit gewerberechtlichen Überprüfungen von Firmen sowie im Rahmen der Grundwassersonderkommission wurde auf insgesamt 2.910 Betriebe ausgeweitet (277 mehr als im Vorjahr), wovon 1.057 wiederkehrenden Kontrollen unterliegen. Insgesamt erfolgten 337 Betriebsanlagerevisionen sowie 225 Grundwasserkontrollen. 68 Betriebe der Galvanoindustrie wurden zum Einbau von Abwasserreinigungsanlagen angehalten, die durchgeführt wurden.

Im Rahmen der behördlichen Aufgaben waren 840 Parteigehörschreiben, 680 Bescheide, 176 Aufhebungen von Bescheiden und Bescheidabänderungen sowie 51 Richtigstellungsbescheide zu verfassen. Ferner wurden 29 Berufungen, 143 Selbsträumbescheide für Abscheider, 145 Selbsträumbescheide für Senkgruben, 247 Gutachten zur Herabsetzung der Abwassergebühr sowie 77 sonstige Bescheide ausgestellt.

Wasserwerke

Das Wetter des Jahres 1983 zeichnete sich bis Juni durch eine gleichmäßige Verteilung der Niederschläge aus, dann folgte jedoch ein heißer und trockener Sommer und Herbst, wodurch sich für den Winter 83/84 eine sehr geringe Quellschüttung ergab. Die Wassergewinnung aus den eigenen Grundwasserwerken an der I. Wiener Hochquellenleitung betrug 3,593.700 m³ (1982: 1,561.900 m³). Im Rahmen der Verbundwirtschaft an der I. Wiener Hochquellenleitung wurden an niederösterreichische Gemeinden 1,759.300 m³ Wasser abgegeben, im Vergleich zu 1,864.100 m³ im Jahre 1982. An der II. Wiener Hochquellenleitung wurden an Gemeinden und sonstige Abnehmer außerhalb Wiens 164.900 m³ Wasser (1982: 197.100 m³) abgegeben. Der Gesamtverbrauch sank gegenüber dem Jahre 1982 um 4,301.100 m³; das sind 2,8 Prozent.

Im Jahre 1983 erhielt Wien 154,07 Millionen Kubikmeter Wasser. Davon wurden von den Hochquellenleitungen 82,8 Prozent, der Grundwasserförderung 12,0 und der Oberflächenwasseraufbereitung 1,1 Prozent geliefert. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,252.900 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden, 149,393.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 83.800 m³ an die Triestingtal- und Südbahngemeinden abgegeben. 2,388.600 m³ gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 409.300 m³. Das Tagesmaximum wurde am 1. August mit 561.100 m³ erreicht, das Tagesminimum am 1. Jänner mit 290.000 m³ gemessen. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 26.045 kg Chlorgas und 36.700 kg Natriumchlorit sowie 1.420 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 41.629 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,28 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entsprach.

Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 48,924.845 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 10,669.849 kWh. Von den übrigen Einzelwerken lieferten Gaming 35,093.528 kWh, Hinternaßwald 2,051.268 kWh, Hirschwang 729.000 kWh, Naßwald-Reithof 335.610 kWh und Kaiserbrunn 45.560 kWh.

Unter den Neubauten und Bauvorhaben ist das Projekt Grundwasseranreicherung für die III. Wiener Wasserleitung zu nennen. In mehrfachen Wasserrechtsverhandlungen wurde auf Grund der Projektsunterlagen der Abteilung festgestellt, daß dieses Detailprojekt entbehrlich ist. Der diesbezügliche Feststellungsbescheid durch die Oberste Wasserrechtsbehörde erfolgte im November 1983. Bereits im Zuge der Klärung des Detailprojekts Grundwasseranreicherung wurde für jedes der etwa 750 landwirtschaftlich genutzten Grundstücke des Absenkbereiches die Entschädigung des landwirtschaftlichen Ertrages zufolge Grundwasserabsenkung nach Entfall der Grundwasseranreicherung ermittelt. Die etwa 250 Grundeigentümer wurden von dem bevorstehenden Entschädigungsoffert informiert, Verhandlungen mit der Niederösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer bezüglich des Entschädigungsmodells sowie mit der Wiener Finanzverwaltung hinsichtlich der Auszahlungsmodalitäten, wie einmalige oder laufende Entschädigung oder steuerliche Belastung, wurden aufgenommen. Für die Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes ist die Herstellung einer gütlichen Einigung mit den Grundeigentümern bzw. bei Nichterreichung einer solchen die Übermittlung der Akte an den Landeshauptmann für Niederösterreich erforderlich. Beim Entschädigungsverfahren für die Triebwerke im Fischa-Unterlauf konnte beim Landeshauptmann für Niederösterreich kein Fortschritt erzielt werden. Für die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurden Wasserstands- und Temperaturmessungen mit Grundwassersonden sowie Wasserstands-, Temperatur- und Abflußmessungen an Oberflächengewässern durchgeführt und eine Messung der Schnee- und Eisverhältnisse im System Piesting/Fischa vorgenommen. Ferner waren die landwirtschaftlichen Beregnungsanlagen im Absenkbereich evident zu halten. Im Absenkbereich mußte außerdem eine Aufnahme der Kulturarten sowie eine landwirtschaftliche Testflächenbeobachtung durchgeführt werden. Schließlich waren die Daten zu bearbeiten und für Behörden sowie Gutachten zusammenzustellen.

Für die Meßstation Fischa/Fischamend wurde das behördliche Bewilligungsverfahren abgewickelt, mit den Erd- und Baumeisterarbeiten begonnen und der Rohbau fertiggestellt. Ferner wurde der Auftrag für die Gerätelieferungen und -installationen vergeben, die ADV-Geräte für die Datenüberwachung und -verarbeitung bestellt, die auch für die Datenverarbeitung der hydrologischen Beweissicherung gebraucht werden können. Zur zentralen rechnerischen Bearbeitung aller in der Abteilung anfallenden Meßdaten wurde ein Stufenprogramm entwickelt.

Im Detailprojekt C wurden Maßnahmen im Zusammenflußbereich von Fischa und Piesting getroffen, wofür zahlreiche Erhebungen fremder Wasserrechte in rechtlicher und technischer Hinsicht notwendig waren. Die Projektierungsarbeiten im besonderen mit Auswertungen des Pumpversuches 1981 — die Projekteinreichung bei der Obersten Wasserrechtsbehörde erfolgte im Jänner 1984 — wurden durchgeführt und zu einem Abschluß gebracht.

Im Detailprojekt D wurden die Untersuchungen des Gesundheitsamtes im Fischa-Unterlauf bezüglich der Abwasserbelastung fortgesetzt, ferner waren zahlreiche Erhebungen fremder Wasserrechte in rechtlicher und technischer Hinsicht durchzuführen. Die Projektierungseinreichung ist für 1985 vorgesehen.

Im Jahre 1983 wurde an den Transportleitungen innerhalb Wiens und an der Anpassung der Rohrnetzeinrichtungen zur Verteilung des Wassers der III. Wiener Wasserleitung weitergearbeitet. So konnte mit dem Bau eines weiteren Abschnittes der Verbindungsleitung DN 1200 mm vom Behälter Unterlaa zum Versorgungsgebiet Laaer Berg in der Gadnergasse begonnen werden. Die zur Verteilung des Wassers der III. Wiener Wasserleitung dienende Regelkammer in der Wittgensteinstraße wurde 1983 fertiggestellt und konnte in Betrieb genommen werden.

Der Teil der Ringwasserleitung Ost DN 1200 mm zwischen Simmeringer Hauptstraße und Praterbrücke wurde bis auf wenige hundert Meter fertiggestellt. Mit der Inbetriebnahme dieses Abschnittes ist im März 1984 zu rechnen, womit die Ringleitung Ost bis auf den letzten Bauabschnitt, der Einbindung ins Rohrnetz, fertiggestellt ist. Die Arbeiten am Brückenrohrstrang Nordbrücke selbst konnten fertiggestellt werden, so daß der Rohr-

strang in seiner ganzen Länge von etwa 1,8 km vom Handelskai bis Floridsdorf Am Spitz betriebsbereit ist. Der Brückenrohrstrang selbst ist etwa 900 m lang und besitzt einen Abgang auf die Donauinsel zum Anschluß des künftigen Donauinselwasserwerkes. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit im Gebiet 23, Anton-Krieger-Gasse—Maurer-Lange-Gasse, soll der 400 m³ fassende Behälter Georgenberg auf 1.000 m³ Fassungsraum erweitert werden. Mit den Arbeiten wurde im Jahre 1983 begonnen, der Rohbau der Behälterkammer konnte vor Wintereinbruch fertiggestellt werden. Zur Anpassung der Chlorstation Mauer an die neuen Vorschriften und zur Minimierung der Geschmacksbeeinträchtigung wurde gleichzeitig mit einer Erhöhung der Betriebssicherheit die Chlorungsanlage von Chlorgas auf Chlordioxyd umgebaut. Die Arbeiten konnten abgeschlossen und die Anlage bereits in Betrieb genommen werden.

Ausgelöst durch die Verunreinigung des Grundwassers in der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk durch Bor wurde die Aufschließung dieses Gebietes mit öffentlichen Wasserrohrsträngen durch den Gemeinderat beschlossen. Als erste Maßnahme zur Notversorgung der Bevölkerung wurden im Jahre 1983 insgesamt 11 Auslaufbrunnen aufgestellt und an bestehende Rohrstränge angeschlossen sowie ein etwa 200 m langes Rohrleitungsstück mit einem Auslaufbrunnen neu verlegt. Für das Jahr 1984 ist die Aufschließung des ganzen Gebietes der Siedlung Wulzendorf geplant. Im Siedlungsgebiet Schwarzlackenau im 21. Bezirk war es zu einer Verschmutzung des Grundwassers durch Chlorkohlenwasserstoffe gekommen, wodurch ein Anschluß des Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung notwendig geworden ist. Die Aufschließung selbst wurde im Jahre 1982 durchgeführt, 1983 wurden nur noch Restarbeiten kleineren Ausmaßes durchgeführt und die endgültige Straße wieder hergestellt. Die Grundwasserverschmutzung im Siedlungsgebiet um die Markomannenstraße macht gleichfalls den Anschluß des Gebietes an die öffentliche Versorgung notwendig. Nach der Durchführung der Hauptarbeiten im Jahre 1982 wurde das Bauvorhaben im Jahre 1983 mit Arbeiten kleineren Ausmaßes und der Straßenwiederinstandsetzung zu Ende geführt.

Im Grundwasserwerk Lobau wurde ein Aufstauversuch im Kühwörther Wasser durchgeführt und die Ergebnisse in Hinblick auf eine geplante Grundwasseranreicherung ausgewertet. Die Schlosser- und Anstricharbeiten an der Entleerungsleitung für die Brunnen Alter Kreuzgrund, Groß-Rohrwörth und Gänshaufen konnten fertiggestellt werden. Die Beweissicherungsarbeiten und das hydrologische Programm hinsichtlich des bevorstehenden Kraftwerksbaues Hainburg wurden fortgesetzt sowie auch das hygienische Untersuchungsprogramm. Das behördliche Bewilligungsverfahren für die Errichtung einer Güteüberwachungsstation an der Donau wurde eingeleitet und zu einem Abschluß gebracht, die Meßhütte (Container) auf der Höhe des Brunnens Schüttelau I aufgestellt, die Erd- und Baumeisterarbeiten für das Entnahmebauwerk an der Donau ausgeschrieben, die Zuleitung zur Meßhütte durchgeführt und die Gerätelieferung ausgeschrieben. Das Projekt der Donaukraftwerke, der bevorzugte Bau des Kraftwerkes Hainburg, wurde geprüft und eine Stellungnahme abgegeben.

Die Pilotversuche für die Aufbereitung von Donauuferfiltrat im Grundwasserwerk Nußdorf im Hinblick auf das projektierte Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurden fortgesetzt. Eine Optimierung der Vorfiltrationsstufen für Enteisenung und Entmanganung (biologisch aktive Filterfahrweise) durch die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien mußte vorgenommen weden. Der modifizierte Verfahrensgang (Flockung, Filtration über Schnellfilter, Ozonung, A-Kohlefilter, Reinwasserbehälter mit Desinfektion) wurde aufgebaut und die hygienische Überprüfung durch das Gesundheitsamt aufgenommen.

Für die 1. Ausbaustufe des Grundwasserwerkes Donauinsel Nord wurde ein Sachkredit beantragt und ein Sondersachverständiger von der Obersten Wasserrechtsbehörde beauftragt. Das Kontrollamt der Stadt Wien hat mit der Prüfung des Projektes begonnen.

Zur Erhaltung und Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen in der I. Wiener Hochquellenleitung wurden drei Vollabkehren mit folgendem Ergebnis ausgeführt: Insgesamt wurden 1.391 m² Gewölbeschleifputz sowie 140 m² Gewölbe- und Wandverstärkungen in Spritzbeton ausgeführt, die Arbeiten zur Profilerweiterung an der Engstelle in Putzmannsdorf fortgesetzt. Bei Turm 35 in Baden wurden probeweise Sohlschalen aus Glasfaserbeton eingebaut. Zwischen Baden und Pfaffstätten mußte das Betriebstelephonkabel an die Stollenfirste verlegt werden. Das in Erprobung befindliche Stollenwaschgerät wurde weiter verbessert und damit insgesamt 39 km Kanal- und Stollenstrecken mit eigenem Betriebspersonal gereinigt. Diese Arbeiten wurden bei den drei Vollabkehren und einer gesonderten Reinigungsabkehr durchgeführt. An der Stixensteiner Leitung wurden insgesamt vier Abkehren durchgeführt, die vorwiegend der Abdichtung des Quellfassungsbereiches Stixenstein dienten. Als Vorbereitung hiefür wurde eine 240 m lange Kanalleitung zwischen der Schloßquelle und dem Sierningbach hergestellt, in die das Quellwasser gepumpt wurde. Das Aquädukt Liesing wurde mit Stahlbetonfertigteilen auf einer Länge von 746 m abgedeckt und das Geländer neu hergestellt. Die Ausgestaltung des Grundwasserwerkes Wöllersdorf wurde mit der Herstellung einer Ersatzbohrung für den Brunnen 5 fortgesetzt und ein Brunnengebäude mit allen Anschlüssen errichtet. Die 600 mm lichtweite Zwillingsrohrleitung vom Grundwasserwerk Pottschach zur Hochquellenleitung wurde im Zuge von Straßenbauarbeiten auf einer Länge von 350 m durch Abdichtung von insgesamt 150 Rohrmuffen von innen instand gesetzt. Als Abschlußarbeit des Projektes Sieben Quellen im Quellgebiet I wurde eine 1.400 m lange und 600 mm lichtweite Rohrleitung für die Beileitung der Wasseralmquelle zum Kraftwerk Hinternaßwald hergestellt und die zugehörigen Fernmelde- und Nie-

derspannungskabel verlegt. Am oberen Ende der Leitung wurde bei der bestehenden Kammer G ein Wasserschloß errichtet. Für den Anschluß von Kaiserbrunn an das öffentliche Stromversorgungsnetz wurden zwischen Windbrücke Hirschwang und Kaiserbrunn auf einer Länge von 3,5 km 20-kV-Hochspannungskabel sowie 500 m Erdkabel zur Trafostation in Hirschwang verlegt.

Für die Erhaltung und Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen an der II. Wiener Hochquellenleitung wurden drei Abkehren mit folgendem Ergebnis durchgeführt: An Gewölbeschleifputzarbeiten wurden insgesamt 2.500 m² an der Leitung und 300 m² im WAG-Stollen geleistet. Die Innenabdichtung wurde mit Kunstharzzementmörtel im Ausmaß von 1.500 m² und mit Epoxidharzbeschichtungen in Eigenleistung von insgesamt 475 m² fortgesetzt. Instandsetzungen durch Bauwerksinjektionen wurden im Fröschlstollen auf einer Länge von 70 m ausgeführt, wobei 66 m³ Material verarbeitet wurden. Im WAG-Stollen wurden insgesamt 600 m mit einem Materialaufwand von 103 m³ instand gesetzt. Im Pielachdüker wurden insgesamt 48 Muffenabdichtungen von innen vom eigenen Personal ausgeführt. 150 m Bauwerksrisse wurden mit Quellzement saniert. An den Aquädukten Diebsgraben sowie Grünsbach I und II wurden insgesamt 178 m Bauwerkabdeckungen in Ortbetonbauweise hergestellt. An Stollendrainagen wurden rund 800 m einschließlich zugehöriger Ableitungsschächte instand gesetzt. Zur Sicherung von Rutschhängen wurden im Lehenhof 600 m Drainagen mit Senkbrunnen eingebaut und in Grünsbachtal 55 m Kanalummantelungen und 750 m Entwässerungsstränge hergestellt. Im bestehenden Entwässerungsstollen Bäckerwiese wurden Spritzbetonsicherungen an den Abzweigleitungen durchgeführt. Die Salzarohrbrücke in Wildalpen im Quellgebiet II wurde auf der gesamten Länge mit Ortbetonplatten abgedeckt. Im Frommleitenstollen wurden auf einer Länge von 30 m Kavernenauffüllungen und Abdichtungsarbeiten mit Hilfe von kombinierten Kunstharzschaum- und Betonit-Zementinjektionen ausgeführt. Im Löwekogelstollen wurden Muffengebrechen Ø 900 mm durch Abdichtung von innen behoben. Im Siebenseegebiet wurden Tagwassergerinne in den Schutzgebieten erneuert und zwischen Kräuterhals und Wildalpen entlang der Bundesstraße 24 insgesamt 3,5 km Fernmeldekabel verlegt. Im Wasserleitungsmuseum Wildalpen wurden die Adaptierungsarbeiten mit Bauwerksinstandsetzungen, Elektroinstallationen und Blitzschutzmontage fortgesetzt; somit konnte mit der Einrichtung des Museums begonnen werden. Im Aufseherhaus Brunngraben wurde eine Zentralheizungsanlage installiert, für die Unterbringung von Geräten zur Straßenbetreuung beim Amtshaus Wildalpen ein Schuppen hergestellt.

In den Anlagen in Wien wurde der Umbau des Pumpwerkes Wolfersberg im 14. Bezirk auf drehzahlgeregelten Betrieb beendet. Mit dem Umbau des Pumpwerkes Knödelhütte, gleichfalls auf drehzahlgeregelten Betrieb, wurde Anfang 1983 begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme erfolgte noch vor den Sommermonaten. Durch den Umbau der beiden Pumpwerke Wolfersberg und Knödelhütte konnte der sanierungsbedürftige Wasserturm Wolfersberg außer Betrieb genommen und stillgelegt werden. Im 19. Bezirk erhielt das Pumpwerk Salmannsdorf neue Pumpenaggregate und wurde sowohl in elektrischer als auch in hydraulischer Hinsicht auf den letzten Stand gebracht. Das Hebewerk Rosenhügel I im 13. Bezirk wurde hydraulisch so umgebaut, daß nun in zwei verschiedenen Druckzonen gepumpt werden kann, wodurch die Durchführung längerer Abkehren bei der II. Wiener Hochquellenleitung möglich ist. Das veraltete und nur noch bedingt einsatzfähige Hebewerk Rosenhügel II konnte stillgelegt werden. Im Rohrkanal in der Sinawastingasse im 21. Bezirk wurden die Elektroinstallationen durchgeführt. In vier Werkswohnungen wurden die schadhaften und undichten Holzfenster gegen Kunststoffenster mit Isolierglas ausgetauscht, um bei der Raumbeheizung Energie zu sparen. Vor den Lkw-Garagen auf dem Wienerberg wurde die Betonfahrstraße, um eine bessere Zufahrtsmöglichkeit zu erhalten, verbreitert und auf dem westlichen Lagerplatz des Rohrlagers Baumgarten die Bitukiesfahrstraße zur besseren Nutzung der verbleibenden Lagerflächen verlängert. Weiters wurden auf dem Behältergelände Rosenhügel in einer Hebewerkskammer und in zwei Auslaufkammern die Decke und die Wände gegen Wassereintritte abgedichtet.

Im städtischen Rohrnetz wurden zur Verbesserung der Druckverhältnisse im westlichen Teil des 14. Bezirkes und in der Deutschordenstraße im 13. Bezirk Rohrstränge der Dimension 200 und 300 mm in einer Länge von je 600 m verlegt. Im Zuge von Arbeiten auf Bundesstraßen wurden Rohrstränge der Dimension 150, 200, 500 und 600 mm in einer Gesamtlänge von rund 3.500 m, über Antrag gemäß § 6 Wasserversorgungsgesetz (WVG) von privaten Interessenten, insbesondere in Fällen nicht ausreichender Grundwasserqualität, öffentliche Wasserleitungsrohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 3.700 m verlegt. Im Versorgungsgebiet Mauer, in dem Rohrlegungen zur Vereinfachung der Betriebsführung, zur Zusammenlegung von Versorgungsgebieten und damit für Einsparungen auf verschiedenen Gebieten durchzuführen sind, wurde in der Ruzickagasse und Endemanngasse ein Rohrstrang DN 200 in einer Länge von rund 550 m verlegt. In Zuge von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die in der Situierung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen bestehen, wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau Rohrlegungen in einer Gesamtlänge von rund 1.200 m in 1, Franziskanerplatz, in 3, Hörnesviertel, in 9, Lustkandlgasse und Säulengasse, in 15, Kannegasse und Loeschenkohlgasse, sowie in 18, Alsegger Straße, durchgeführt. Ausgelöst durch das Wohnbauprogramm der Stadt Wien kamen Rohrstränge mit einer Gesamtlänge von rund 2.400 m zur Verlegung. Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes wurden insgesamt

19.418 m an Versorgungs- und Verteilungsrohrsträngen neu verlegt. Die im Jahre 1980 gestartete Aktion zur Aufnahme des Bestandes an unterirdischen Kammern und Schächten sowie zur Beurteilung der Standsicherheit derselben wurde weiter fortgesetzt. Insgesamt wurden 19 Kammern aufgelassen, 7 saniert und 73 neue errichtet bzw. neu in Evidenz genommen. Der Gesamtstand der Kammern betrug 1.052. 24.394 m Rohre wurden ausgewechselt. Insgesamt traten 1.433 Gebrechen auf, wovon 786 reine Rohrgebrechen und 647 Armaturengebrechen waren. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 1.905 Einsätze erforderlich, wobei von drei Einsatzfahrzeugen 29.336 km zurückgelegt wurden. Bis Jahresende wurden 1.126 Neuherstellungen von Abzweigleitungen und T-Abzweigleitungen getätigt, dabei 15.450 m Rohre verlegt, außerdem 1.117 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigleitungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 2.716 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 21.180 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 23.287 Wasserzähler repariert. 43 Verstärkungen von Abzweigleitungen sowie 115 Ergänzungen mußten vorgenommen werden. Im Zuge der Kontrolltätigkeit wurden 2.218 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei 454 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung konnte eine Wassermenge von 6.775 m³ pro Tag eingespart werden.

Auf dem Gebiet der Gesetze und Rechtsangelegenheiten ist die neuerliche Novellierung des Wasserversorgungsgesetzes 1960, LGBl. für Wien Nr. 10, mit dem LGBl. für Wien Nr. 5/1983 zu nennen. Eine wesentliche Neuerung stellt die Abänderung des § 6 dar, der die Kostentragung für die öffentlichen Versorgungsstränge regelt. Nunmehr werden die Kosten für Rohrstränge, soweit es sich um Haushaltsversorgung handelt, von der Stadt Wien zur Gänze getragen. Andererseits ist jeder Anschlußwerber verhalten, eine dem Querschnitt seiner Abzweigleitung entsprechende Anschlußabgabe zu entrichten.

Mit Verordnung vom 10. Juni 1983, Pr.Z. 1378, hat der Wiener Gemeinderat sowohl die Einhebung einer Anschlußabgabe im Sinne des WVG 1960 mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1982 als auch den für die Höhe der Anschlußabgabe maßgebenden Einheitssatz beschlossen. Mit Verordnung vom 10. Dezember 1982, Pr.Z. 3528, hat der Wiener Gemeinderat die Wassergebührenordnung abgeändert. Mit Wirkung 1. Jänner 1983 wurde die Wassergebühr für einen Kubikmeter von bislang 8,80 auf 9,80 S (einschließlich USt.) erhöht. Die Wasserzählergebühren wurden unverändert belassen.

Mit LGBl. für Wien Nr. 28/1983 wurde die Durchführungsverordnung zum Wasserversorgungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 20/1960, das erste Mal novelliert. Neben einer schrittweisen Anpassung dieser Vorschrift an den technischen Fortschritt bildete die Verbindlichkeitserklärung der Önorm B 2531, 2. Teil, für die Bemessung von Rohrleitungen in Innenanlagen den Kern der Novellierung.

Auf rechtlichem Gebiet wurden ferner für verschiedene Projekte Verhandlungen geführt. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung waren im Jahre 1983 die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich.

Der am 12. November 1982 zuletzt ergangene neuerliche wasserrechtliche Bewilligungsbescheid für die Pfannbauernquelle wurde auf Grund der von der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG (STEWEAG) erhobenen Beschwerde vom Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 14. Juni 1983 aufgehoben. Nach einvernehmlichen Lösungsgesprächen ist es jedoch dann gelungen, einen neuerlichen Bewilligungsbescheid durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 30. November 1983 zu erlangen, da die Entschädigungsansprüche der STEWEAG dem Grund nach anerkannt wurden.

Zahlreiche Projekte wurden in administrativer Hinsicht neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die Errichtung der Chlorstation Mauer sowie zahlreiche Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung erwähnenswert sind.

Das Detailprojekt A — Grundwasseranreicherung im Bereich der III. Wiener Wasserleitung — wurde mit dem Feststellungsbescheid der Obersten Wasserrechtsbehörde, daß die Grundwasseranreicherung entbehrlich sei, zwar erledigt. Es liegt aber eine Beschwerde von Grundeigentümern an den Verwaltungsgerichtshof vor. Beim Detailprojekt H — Hydrologische Beweissicherung — wurden die erforderlichen Detailbewilligungen weiter eingeholt.

Bei 50 Wasserrohrgebrechen wurden Schadenersatzforderungen gestellt, außerdem wurden auch für aus den Vorjahren laufende Schadensfälle Beträge von insgesamt 130.000 S an Schadenersatzleistungen ausgezahlt. 302 Schadensakte im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen konnten abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, andererseits im Klagewege eingebrachten Beträge beliefen sich auf 2,148.500 S.

Aus dem Wasserwirtschaftsfonds wurden vom Bundesministerium für Bauten und Technik verschiedene Projekte gefördert, so der Bauabschnitt 1 der Pfannbauernquelle (Bausumme 63,500.000 S) mit 14,450.000 S, das Projekt in 21, Schwarzlackenau (8,600.000 S) mit 5,160.000 S, in 21, Gregor-Ulrich-Gasse (1,500.000 S) mit 675.000 S, in 21, Spundagasse (400.000 S) mit 72.000 S, in 21, Rihosekgasse (700.000 S) mit 420.000 S, in 21, Siedlung Wolfgrube (7,500.000 S) mit 4,500.000 S, in 22, Zwerchäckerweg (8,500.000 S) mit 4,080.000 S, in 22, Pax-Siedlung (4,000.000 S) mit 2,400.000 S, in 22, Ortsgebiet Breitenlee (13,000.000 S) mit 7,740.000 S, in 22, Stadtrandsiedlung nördlich Breitenleer Straße (10,000.000 S) mit 3,900.000 S, in 22, Tagger-

gasse (3,700.000 S) mit 2,220.000 S und in 22, Siedlung Wulzendorf (43,300.000 S) mit 23,815.000 S.

50 Verwaltungsstrafverfahren nach dem Wasserversorgungsgesetz 1960 waren anhängig.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen war es erforderlich, rund 100 Bestand-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abzuschließen. Außerdem mußten etwa 150 Wasserlieferungsverträge auf Grund der mit 1. Jänner 1983 eingetretenen Tarifänderung abgeändert werden. Hiezu kam noch die Ausstellung von 150 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen. 350 behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden einer lagerbuchmäßigen Bearbeitung zugeführt.

Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien auf Antrag der Abteilung genehmigt, und zwar für die Steirische Berg- und Naturwacht, Ortsstelle Gußwerk, 5.000 S, die Gemeinde Wildalpen 20.000 S, den Österreichischen Bergrettungsdienst, Ortsstelle Wildalpen, 10.000 S, die Steirische Berg- und Naturwacht, Bezirksleitung Bruck/Mur, 7.000 S, die Volksbühne Weichselboden 10.000 S, die Gemeinde Wildalpen 140.000 S und für den Österreichischen Verein für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) 15.000 S. Insgesamt 140 Fälle wurden bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt, ferner Grundtransaktionen durch die Eintragung im Grundbuch finalisiert, die der Abteilung einen Abgang von 6.252 m² brachten.

Anläßlich der 75. Wiederkehr des Tages der Inbetriebnahme der II. Wiener Hochquellenleitung am 2. Dezember 1985 wird das Wasserleitungsmuseum Wildalpen im ehemaligen Tulleckschen Gewerkehaus, das aus der Mitte des 16. Jahrhunderts stammt, eröffnet werden. Die Adaptierungsarbeiten an diesem Projekt konnten im Jahre 1983 nach knapp dreijähriger Bauzeit abgeschlossen werden. Im Hinblick auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen im Inneren des Museumsgebäudes wurde am 13. Mai anläßlich der Wildalpner Kultur- und Festtage durch den Ersten Präsidenten des Wiener Landtages Hubert P f o c h das im Erdgeschoß des Museumsgebäudes untergebrachte Heimat-, Orts- und Pfarrmuseum Wildalpen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Stadtgartenamt

Im Jahre 1983 wurden 1.878 öffentliche G a r t e n a n l a g e n mit 16,872.723 m², darunter 22 Lagerwiesen mit 829.361 m² und der „grüne" Prater mit 6,033.042 m², gepflegt und erhalten. Außerdem wurden 73.307 Alleebäume in 1.403 Straßen mit 600.612 m Länge betreut. Darüber hinaus waren für fremde Dienststellen 1.325 Wohnhausgärten mit 5,745.350 m², 227 Schulgärten mit 594.174 m², 198 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 424.453 m², 8 Jugendspielplätze mit 14.182 m², 27 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 24.165 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m² und die 260.000 m² großen Grünflächen im Strandbad Gänsehäufel gärtnerisch zu betreuen.

Mehrere Gartenanlagen mußten neu hergestellt, einige bereits bestehende Anlagen umgestaltet oder instand gesetzt werden: So wurden im 1. Bezirk am Fischmarkt Bäume gepflanzt, am Ring Grünstreifen neu angelegt und instand gesetzt sowie Baumpflanzungen vorgenommen. Im 2. Bezirk mußten im Prater Grünanlagen verbessert werden; in der Oberen Augartenstraße wurden nach dem Straßenumbau die gärtnerischen Arbeiten fortgesetzt, am Mexikoplatz nach dem Bau der Reichsbrücke eine Grünanlage angelegt, am Rechten Donaudamm nach der Schüttung des Hochwasserschutzdammes eine Grünfläche hergestellt, in der Weintraubengasse und in der Lassallestraße wurde eine neue Allee gepflanzt. Im 3. Bezirk wurde im Stadtpark eine Finnen-Bahn im Fitness-Parcours errichtet, im Arenbergpark Baumscheiben umgestaltet, in der Vorderen Zollamtsstraße eine Grünfläche angelegt und Bäume gepflanzt, in St. Marx unter der Autobahnbrücke Grünflächen angelegt, in der Neulinggasse anläßlich der U-Bahn-Bauleitungen gärtnerische Umgestaltungen durchgeführt, in der Czapkagasse eine Parkanlage umgestaltet und am Kolonitzplatz zwischen Kirche und Schule Spielflächen hergestellt. Am Mozartplatz im 4. Bezirk mußte nach dem Straßenumbau eine Grüngestaltung vorgenommen werden. Auf der Rechten Wienzeile im 5. Bezirk wurden Baumscheibenumfassungen sowie ein Kinderspielplatz errichtet, am Chiavacciplatz die Grünanlage neu gestaltet und Spielgeräte aufgestellt. Im 6. Bezirk wurden in der Magdalenenstraße die Grünanlagen saniert und Spielgeräte aufgestellt, auf den Denzelgründen an den Erholungs- und Parkflächen Ergänzungsarbeiten durchgeführt und im Bereich Magdalenenstraße-Hofmühlgasse Grünflächen umgestaltet, ebenso wie im Richard-Wagner-Park die Grünfläche umzugestalten war. Im 7. Bezirk wurde am Karl-Farkas-Platz die Grünanlage umgestaltet und ein Kleinkinderspielplatz errichtet, im Josef-Strauß-Park die Grünanlage verändert, im Weghuberpark eine Grünfläche hergestellt und in der Schrankgasse eine öffentliche Grünanlage auf der Tiefgaragendecke fertiggestellt. Im 9. Bezirk waren am Rooseveltplatz, in der Lustkandlgasse, auf der Roßauer Lände und am Bauernfeldplatz Grünflächen umzugestalten.

Im 10. Bezirk wurden am Columbusplatz nach dem Straßenumbau die Grünflächen wiederhergestellt und Bäume gepflanzt; der Knoten Arsenal an der A 3 — A 23 wurde gärtnerisch ausgestaltet, ebenso der Bereich A 23 — Wienerfeld Ost — Wienerfeld West. In der Per-Albin-Hansson-Siedlung Nord, am Holeyplatz und in Blumental mußten Lärmschutzeinrichtungen gärtnerisch gestaltet werden. In der Franz-Koci-Straße wurde eine

Sportanlage errichtet und in der Computerstraße eine Allee angelegt. Im 11. Bezirk wurde im Bereich Eisteichgasse das Umland saniert, an der A 4 von der Simmeringer Lände bis zur Haidestraße und von der Sendnergasse bis zur Mannswörther Straße wurden Grünflächen ausgestaltet. Im 12. Bezirk wurde in der Steinhagegasse eine Kleinparkanlage errichtet, im Bereich des ehemaligen Pfannschen Bades in der Niederhofstraße — Mandlgasse — Arndtstraße und auch in der Füchselhofgasse und Sechtergasse wurden Grünflächen hergestellt.

Im 14. Bezirk war in der Cottagestraße eine Grünfläche umzugestalten, in der Dostgasse bei der Fatimakapelle eine Grünfläche neu zu gestalten, ebenso in der Karl-Bekehrty-Straße. Im 15. Bezirk wurde im Forschneritschpark die Grünfläche umgestaltet, in der Schanzstraße in der Straßenmitte eine Grünanlage hergestellt, in der Oelweingasse 27—31 die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Grünanlage fortgesetzt und am Storchengrund im Zuge der 2. Baurate eine öffentliche Grünanlage hergestellt. Im 16. Bezirk wurde in der Bertoligasse eine öffentliche Grünanlage errichtet, am Nepomuk-Berger-Platz die öffentliche Grünanlage umgestaltet, ebenso am Yppenplatz. Im Assanierungsgebiet in der Wichtelgasse wurde eine öffentliche Grünanlage hergestellt, in der Wernhardtstraße die öffentliche Grünanlage umgestaltet, in der Possingergasse Grünstreifen angelegt. Im 17. Bezirk mußten in der Hernalser Hauptstraße Grünstreifen hergestellt und Baum- und Grünstreifensanierungen durchgeführt werden. Der Lorenz-Bayer-Platz wurde zu einer Parkanlage umgestaltet. Im 19. Bezirk wurden in der Grinzinger Straße und Heiligenstädter Straße Grünstreifen hergestellt und am Kreilplatz die Grünanlage umgestaltet. Im 20. Bezirk mußten im Knoten Nordbrücke — S 2 Grünflächen hergestellt werden, ferner wurden bei der Brigittakapelle die Erholungs- und Parkflächen saniert. Im Bereich Brigittenauer Brücke A 5 wurden Grünflächen hergestellt, ebenso im Bereich Rechter Donaudamm—Nordbahnbrücke. Im 21. Bezirk wurden in der Kürschnergasse, im Knoten Brigittenauer Brücke und im Bereich Donauinsel—Linker Donaudamm Grünflächen hergestellt. An der A 22 wurde der gesamte Autobahnbereich begrünt, in der Donaufelder Straße eine Allee gepflanzt. Im 22. Bezirk war am Kagraner Platz die Grünanlage umzugestalten, im Bereich Welzenbachergasse—Strakaweg waren Baum- und Strauchpflanzungen vorzunehmen. Am Hirschstettner Badeteich wurde eine Stiegenanlage errichtet und eine Böschung saniert, im Bereich der U 1, im 11., 12. und 13. Bauabschnitt, wurden Grünflächen hergestellt, in der Markomannenstraße und Mühlschüttelgasse Bäume gepflanzt, im Donaupark Setzungsschäden behoben, in der Melangasse die Erholungs- und Parkflächen erweitert und in der Kanalstraße nach einem Brückenbau Grünflächen hergestellt. Im 23. Bezirk konnten im Wiener Flur die Arbeiten zur Herstellung einer Erholungs- und Parkfläche fortgesetzt werden. In der Breitenfurter Straße wurden im Zuge des Straßenbaues die Grünflächen neu hergestellt. Weiters wurden in den Bezirken 1—6, 9 und 15—20 die neugeschaffenen verkehrsberuhigten Zonen begrünt, wie auch die Fußgängerzonen im 1., 7., 10., 12. und 15. Bezirk. Außerdem wurden in verschiedenen Park- und Wohnhausanlagen bzw. Straßen 8.071 Bäume gepflanzt.

Wege und Platzflächen wurden hergestellt bzw. instand gesetzt in 2, Schüttelstraße und Waldsteingartenstraße, in 5, Einsiedlerplatz, in 6, Esterhazypark, in 10, Hämmerleweg, in 13, Alter Lainzer Friedhof, in 16, Schuhmeierplatz und Stöberplatz, in 18, Türkenschanzpark, in 20, Allerheiligenplatz und Wehlistraße, in 21, Berzeliusgasse, Langfeldgasse und Wasserpark, sowie in 22, Biberhaufenweg.

In 312 Fällen hat das Stadtgartenamt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes mitgewirkt. Von Organen des amtlichen P f l a n z e n s c h u t z d i e n s t e s wurden 6.338 Gartenkontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen, außerdem 2 Vorträge, 14 Lichtbildervorträge und 8 Tonfilmvorführungen zur Schulung der Gartenbesitzer veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung mußten 4.041 Sendungen, auf Grund der Verordnung nach dem Qualitätsklassengesetz 4.615 Sendungen überprüft werden.

Bäder

Im Jahre 1983 waren 64 städtische Bäder, und zwar 10 Sauna- und Warmbäder (davon eines mit einem Sommerbad), ferner 11 Hallenbäder (davon 5 mit angeschlossenem Sommerbad), 5 Volksbäder, 12 Sommerbäder und 26 Kinderfreibäder in Betrieb.

Am 19. April konnte das neuerrichtete Hallenbad Brigittenau mit Schwimmhalle und zwei Saunaabteilungen eröffnet werden, das angeschlossene Brausebad I. Klasse (17 Kabinen) nahm am 6. Juli den Betrieb auf. Das Volksbad in 20, Treustraße, wurde zum gleichen Zeitpunkt geschlossen. Nach Umbauarbeiten im gesperrten Kinderfreibad Portnergasse konnte dieses am 20. Juni als Sommerbad dem Hallenbad Donaustadt angeschlossen werden. Die Generalsanierung des Amalienbades wurde auch im Jahre 1983 planmäßig fortgesetzt. Im Sommer wurde der zweite Teil des verpachteten Ambulatoriums fertiggestellt und somit in vollem Umfang in Betrieb genommen. Die Übersiedlung der Abteilung vom Amtshaus in 7, Hermanngasse 24—26, in die eigens dafür adaptierten Räumlichkeiten im Südtrakt (2. und 3. Stock) des Amalienbades erfolgte Anfang September. Das Sonnenbad auf der Dachterrasse wurde voll ausgebaut und in Betrieb genommen. Die Sanierung der Damensauna war bis Ende 1983 weitgehend abgeschlossen, die Eröffnung ist für März 1984 geplant. Fortgesetzt wurden die Arbeiten im Hallenbad Floridsdorf, in dem die elektrische Anlage, die Kesselanlage sowie die Wärmerückgewinnung und Dampferzeugung erneuert wurden. Im Theresienbad mußten der Kessel und die elektri-

Die Grünflächen rund um das Bezirksmuseum Donaustadt am Kagraner Platz wurden neu gestaltet

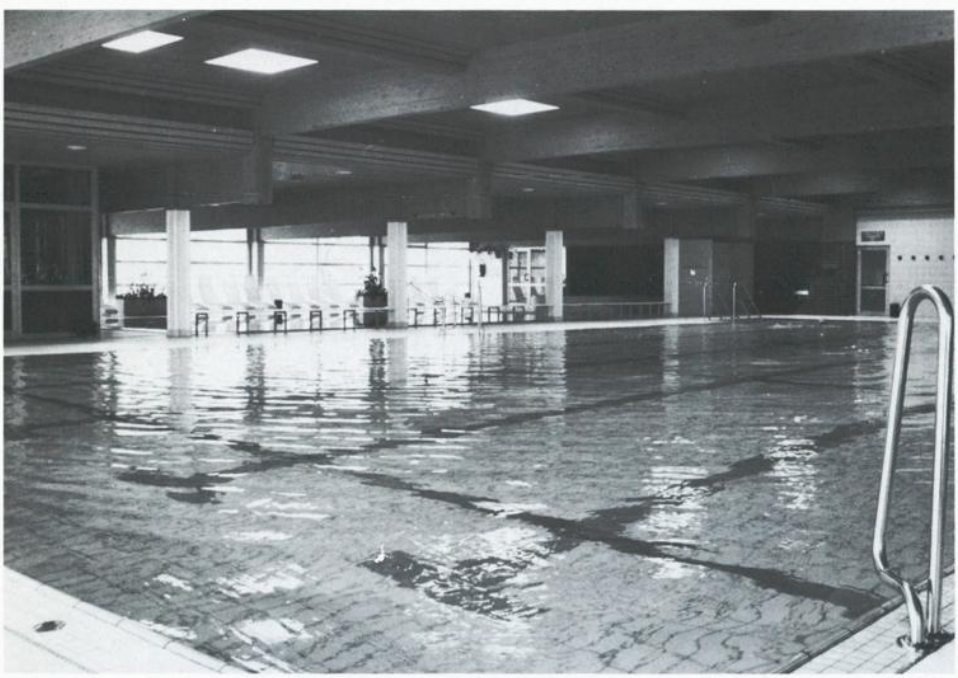
Stadtgartenamt

Eine neue Parkanlage entstand in einer Baulücke im 12. Bezirk, Steinhagegasse

Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und Bürgerdienst) bei der Eröffnung des städtischen Hallenbades Brigittenau

Bäder

Die Schwimmhalle des neuen Hallenbades Brigittenau



sche Anlage instand gesetzt werden. Im Ottakringer Bad wurde die Fernheizzuleitung erneuert. Das Strandbad Gänsehäufel erhielt für die Duschwassererwärmung entsprechende Solaranlagen.

In den Schwimmhallen konnten gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent mehr Badegäste registriert werden. Dieses Ergebnis ist deshalb günstig, weil am Schulschwimmen — durch die geburtenschwächeren Jahrgänge — rund 44.000 Schüler weniger teilgenommen haben. Das Absinken der Besucherfrequenz in den Saunabädern konnte ebenfalls gestoppt werden. Diese Tatsache wird durch die Zunahme der Besucherzahl um 0,67 Prozent bestätigt. Dem Trend der Vorjahre folgend, ist die Besucherzahl in den Wannen- und Brausebädern um rund 7 Prozent zurückgegangen.

Die Badesaison 1983 war wie in den vorhergehenden drei Jahren gut. Es konnte in den städtischen Sommerbädern ein neuer Besucherrekord mit 2,123.904 Badegästen verzeichnet werden. Die Kinderfreibäder verloren rund 4,6 Prozent Besucher. Als Ursache kann angenommen werden, daß die Kinder mehr im Familienverband die Sommerbäder besuchten, weil 1983 gerade an den Wochenenden meist schönes Wetter herrschte.

Insgesamt wiesen die städtischen Bäder im Jahre 1983 mit 5,429.052 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 300.490 oder 5,9 Prozent mehr Badegäste auf. Auf die Schwimmhallen entfielen 1,419.369, auf die Saunabäder 653.845, auf die Brausebäder 683.106, auf die Wannenbäder 63.060 und auf die Sonnenbäder 8.819 Besucher. Die Sommerbäder waren von insgesamt 2,123.904, die Kinderfreibäder von 476.949 Badegästen frequentiert.

Wasserbau

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den „Rechten Donaudamm" weitergeführt. Der Abschnitt II A — Bereich Nordbahnbrücke bis Traisengasse — sowie eine Abgangsrampe von der Nordbahnbrücke auf den Rechten Donaudamm wurden fertiggestellt. Auch im Abschnitt III — Bereich Machstraße — konnten mit der Fertigstellung des Kafkasteges und der in seinem Widerlagerbereich situierten Aussichtsterrasse alle Arbeiten abgeschlossen werden. Im Bereich der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-GesmbH (DDSG), Station Nußdorf, wurde für den dort befindlichen Schreibpegel ein neues Pegelhaus errichtet, das auch die Einrichtungen für eine Fernübertragung der Meßwerte in das Einlaufbauwerk Langenzersdorf und zum Hydrographischen Dienst Wien — Niederösterreich aufnehmen kann. Die Abbrucharbeiten der Gebäude und Gleisanlagen im Bereich der ehemaligen Wiener Städtischen Lager- und Kühlhaus-GesmbH am Handelskai 269 wurden weitergeführt. Im Bereich der Friedenspagode, stromab vom Restaurant Lindmayr, wurde als Vorleistung für den späteren Ausbau des Hochwasserschutzdammes ein rund 100 m langer Rohdamm geschüttet. Mit den Abbrucharbeiten im Bereich der Seitenhafenstraße (ehemals Esso) wurde begonnen. Für den Bereich Brigittenauer Brücke bis DDSG-Gebäude wurde mit der Abstimmung der Detailprojektierung auf die Erfordernisse des Kraftwerkes Wien begonnen. Für den Bereich Machstraße bis Praterbrücke wurde die Projektierung weitergeführt. Für ein im Hafen Albern benötigtes Hafentor wurde mit der Detailprojektierung begonnen.

Am linken Donauufer konnten die Arbeiten am Donaugrabendamm — dieser rund 1,2 km lange Damm stellt den Anschluß der Hochwasserschutzanlagen an den Bisamberg dar und umfaßt auch ein Hochwasserschutztor im Bereich der Nordwestbahnquerung — abgeschlossen werden. Beim Bau des Entlastungsgerinnes konnte im Baulos 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von 12 km erstreckt, der Gerinneabschnitt um rund 0,3 km Länge erweitert werden, so daß ein geschlossener Gerinneabschnitt von 8,8 km Länge hergestellt ist. Die bisher gewonnenen rund 15,0 Millionen m³ Aushubmaterial — davon im Jahre 1983 rund 1 Million m³ — wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet; rund 2,6 Millionen m³ Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereichs gelagert werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen im Baulos 2 erhöhte sich im Jahre 1983 um 5 auf rund 260 ha. Der Ausbau des Segelhafens Nord — im Bereich der Landesgrenze — und der Bau der Sekundärbrücke Überfuhrstraße wurden abgeschlossen. Im Bereich Reichsbrücke wurde der Bau der Ufer- und Böschungsmauern abgeschlossen. Beim Bau des Bauloses 1, das sich vom Wehr 1 bis zum Hafen Lobau über eine Gesamtlänge von 9,4 km erstreckt, wurden die Sicherung und Ausgestaltung der Ufer zwischen Ostbahnbrücke und Inselpumpwerk fortgesetzt. Insgesamt wurden im Baulos 1 zwei Gerinneabschnitte mit einer Länge von zusammen 8,8 km ausgebaggert. Die gewonnenen 12,9 Millionen m³ Aushubmaterial wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen im Baulos 1 erhöhte sich im Jahre 1983 um 11 auf 186 ha.

Im Zuge der Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel wurden, neben diversen kleineren Arbeiten, 10 ha Uferböschungen gemäht, 24 km Badestrände gesäubert sowie rund 25.000 m² der von der Bevölkerung am stärksten beanspruchten Böschungsflächen saniert und auf einer Gesamtlänge von 10 km die Ufersicherungen nachrolliert. Erstmals wurden 1983 auch Mäharbeiten am Unterwasseraufwuchs in der Neuen Donau durchgeführt.

Im Rahmen der Wasserwirtschaftlichen Planung und Hydrologie wurde die im

Hydrographiegesetz geregelte Auswertung der Niederschlags-, Oberflächenwasser- und Grundwasserbeobachtungswerte weitergeführt. Das gesamte hydrographische Beobachtungsnetz, das von der Abteilung betreut und ausgewertet wird, umfaßt 19 Niederschlags-, 3 Oberflächenwasser- und rund 900 Grundwassermeßstellen. Im Zuge der Hydrographischen Beweissicherung — sie erfolgt für die Projekte Donauhochwasserschutz Wien und Schwechatregulierung — wurde bei der Grundwasserbeweissicherung zum Donauhochwasserschutz Wien mit dem letzten von insgesamt drei Untersuchungsabschnitten begonnen, wofür ein mathematisches Modell für die linksufrige Donauniederung zu erstellen ist. Die Grundwasserbeweissicherung für die Unterlaufregulierung der Schwechat wurde abgeschlossen. Im Zuge der Wasserwirtschaftlichen Planung wurde die Untersuchung über das Abflußgeschehen des Wienflusses fortgesetzt, die als Grundlage für die Erarbeitung eines schutzwasserwirtschaftlichen Konzeptes für den Wienfluß benötigt wird. Das Gewässergütegrundsatzkonzept für den Liesingbach wurde im Jahre 1983 abgeschlossen. Weiter fortgesetzt wurden die Vorarbeiten zur Erstellung eines Grundwassernutzungs- bzw. -gefahrenschutzplanes, worin in enger Kooperation mit der Magistratsabteilung für Brückenbau und Grundbau sowie der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wasserwirtschaftlich relevante Daten übertragen werden sollen, um letztlich eine zentrale Grundwasserbewirtschaftung des Landes Wien ermöglichen zu können.

Auf dem Gebiet der G e w ä s s e r a u f s i c h t mußten neben der Routinearbeit, wie unter anderem der Prüfung genehmigungspflichtiger Projekte nach § 104 Wasserrechtsgesetz (WRG) 1959, der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, der Überprüfung von Anzeigen in Hinblick auf Gewässergefährdungen, nach neun Ölunfällen zum Teil von Amtssachverständigen die komplizierten Instandsetzungsarbeiten überwacht werden. Insgesamt wurde an 646 Verhandlungen teilgenommen, ferner wurden zwei neue Kläranlagen, 23 Brunnenanlagen und elf Wärmepumpenanlagen einem Genehmigungsverfahren zugeführt. Weiters wurden 46 Kollaudierungen sowie 30 Löschungen von Anlagen vorgenommen und 1.027 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt. 91 Senkgrubenmißstände wurden behoben und an vier Feuerlöschbrunnen Sanierungsmaßnahmen gesetzt. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 95 Abwasserproben untersucht und ausgewertet. Wenn Mißstände festgestellt werden konnten, wurden die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt.

Im S c h u t z w a s s e r b a u konnten die Bauarbeiten für den Straßendamm über das Mühlwasser im Zuge der Kanalstraße abgeschlossen werden. Nach Fertigstellung des neuen Doppelprofils des Leopoldauer Hauptsammelkanals wurde die alte Kanalbrücke abgetragen und das Verkehrsprovisorium entfernt. Nach Ausführung der Straßenbauarbeiten wurden die vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen vorgenommen. Im Zuge der Erhaltung der Wiener Gewässer wurden Arbeiten am Liesingbach, am Wienfluß, im Hafen Kuchelau und an den übrigen Bächen und Gerinnen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der gemeinsamen Trennmauer Wienfluß-U 4 im Bereich Meidling — Margaretengürtel wieder aufgenommen. In Fortsetzung der Arbeiten des Vorjahrs wurden die Torkretierungsarbeiten an der Wienflußtrennmauer und den Wehren in Hadersdorf im 14. Bezirk mit der Sanierung des Wehrs 2 weitergeführt. Im Zuge der Halterbachregulierung im Bereich der Bujattigasse wurden die Regulierungsarbeiten mit der Neuherstellung von Ufersicherungen entlang der Bujattigasse weitergeführt.

Die Arbeiten zur Instandsetzung der linksufrigen Böschung, einschließlich des Böschungsfußes im Hafen Kuchelau, wurden fortgesetzt. An der Alten Donau wurden im Bereich der „Großen Bucht" die Ufermauersanierung und die Herstellung von Abgangsstiegen abgeschlossen, so daß auch dieser Abschnitt der Bevölkerung zugänglich gemacht werden konnte. Um die verbliebenen Reste der Donaualtarme zu revitalisieren, wurde am nordwestlichen Teil des Kleinen Schilloches oberhalb des ehemaligen Pumpwerks „Schierlinggrund" eine Schlammabsaugung durchgeführt. Damit konnte in diesem Bereich wieder ein entsprechender Wasserstand hergestellt werden. Am Liesingbach im Bereich der Seybelgasse wurde die Verrohrung eines Altarms, in den drei Kanäle einmünden, abgeschlossen. Im Rahmen der kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Planungen wurde an der Gewässerkartei von Wien weitergearbeitet. Am Wurzbach wurde ein Projekt über die Ufersicherung fertiggestellt; mit einem Detailprojekt über eine naturnahe Sanierung des Wlassakgrabens wurde begonnen. Eine Untersuchung über eine naturnahe Regulierung des Lainzerbaches wurde abgeschlossen, mit der Ausarbeitung eines Detailprojekts wurde begonnen. An unvorhergesehenen Arbeiten wurde eine Vermessung zur Grundbereinigung im Oberlauf des Halterbaches durchgeführt. Weiters wurden Pumparbeiten und Bauarbeiten zur Absenkung und Konstanthaltung des Wasserspiegels im Wiener Gebiet durchgeführt. Gemäß Schiffspatentverordnung wurden vom Amtssachverständigen 118 Motorschiffe und Sportboote sowie 621 Boote der Bootsvermietungen im Wiener Bereich auf ihre Funktionstüchtigkeit und gemäß des Schiffahrtsanlagengesetzes zwölf diesbezügliche Anlagen überprüft.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Menge des eingesammelten Mülls ist gegenüber dem Vorjahr (1982: 513.295 t) auf 493.825 Tonnen gesunken, volumensmäßig jedoch um 1,6 Prozent auf 5,370.554 m³ gestiegen, was einem mittleren Raumge-

wicht von 0,092 t/m³ entspricht. Zusätzlich zu dem von der Müllbeseitigung eingesammelten Müll wurden von anderen Stellen rund 76.000 Tonnen Müll zur Deponie Rautenweg, rund 11.000 Tonnen zur Müllverbrennungsanlage I — Flötzersteig und rund 18.900 Tonnen zur Müllverbrennungsanlage II — Spittelau angeliefert, so daß insgesamt rund 599.700 Tonnen Müll im Jahre 1983 zu beseitigen waren. Der Müll von 493.825 Tonnen wurde zu 62,1 Prozent in den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie in der Sondermüllverbrennungsanlage Entsorgungsbetriebe Simmering verbrannt, der Rest von 37,9 Prozent auf den Ableerplätzen geordnet abgelagert. Durch weiteren Einsatz kombinierter Schüttsysteme für 120-l- und 240-l-Gefäße und von Großbehältern konnte die Anzahl der Müllsammelstrecken mit 169 konstant gehalten und das Ladepersonal auf 476 Mann (1982: 477 Mann) reduziert werden. Der versuchsweise Einsatz von 2,2-m³- und 4,4-m³-Großbehältern in Leichtbauweise aus Aluminium wurde fortgesetzt und eine Leistungssteigerung von mehr als 50 Prozent gegenüber den 1,1-m³-Gefäßen erreicht. An Sondermüll (Spitalmüll) wurden rund 73.000 m³ mit verschiedenen Systemen gesondert eingesammelt, und zwar 55.200 m³ nach dem Umleersystem mit 1,1-m³-Gefäßen (mit drei Spitalmüllwagen), 11.000 m³ nach dem Wechselsystem mit 1,1-m³-Gefäßen (zwei Lastkraftwagen mit Ladebordwand) und 6.800 m³ mit 12-m³-Spezialcontainern (Multiliftsystem). Dieser Sondermüll wurde zu 96,4 Prozent der Sondermüllverbrennungsanlage der Entsorgungsbetriebe Simmering und zu 3,6 Prozent der Müllverbrennungsanlage Spittelau zugeführt.

Auf die 110-l- und 120-l-Gefäße entfielen 39,0 Prozent der Entleerungen, auf die 240-l-Gefäße 29,2, auf die 1,1-m³-Großcontainer 22,0 Prozent, ferner auf die 50-l-Gefäße 6,5 Prozent, auf die 770-l-Gefäße 2,9 Prozent, auf die 12-m³- und 16-m³-Behälter 0,3 Prozent und auf die 2,2-m³- und 4,4-m³-Behälter 0,1 Prozent der Entleerungen. Das entleerte Gefäßvolumen betrug 5,860.080 m³, was eine Steigerung von rund 1,6 Prozent gegenüber 1982 bedeutet. Die angefallene Gesamtmüllmenge wurde zu 69,6 Prozent von den 770-l-Gefäßen und 1,1-m³-Großcontainern in 96 Müllwagen und zu 28,4 Prozent von den 110-l-, 120-l- und 240-l-Gefäßen in 69 Müllwagen abtransportiert. Der Rest teilte sich auf 2,2-m³- und 4,4-m³-Container sowie auf 50-l-Gefäße in vier Müllwagen. Auf den in Betrieb stehenden Ableerplätzen wurden rund 579.025 Tonnen Müll, Schutt, Aushubmaterial und Schlacken der Müllverbrennungsanlagen deponiert. In der städtischen Müllgefäßreparaturwerkstätte und Kübelwäscherei wurden insgesamt 53.040 Müllgefäße gereinigt und repariert sowie alle laufend anfallenden Reparaturen an Geräten durchgeführt.

Von der seit 14. November 1977 laufenden Aktion zur Einsammlung von Altglas wurden insgesamt 25.324 Tonnen, allein 4.504 Tonnen im Jahre 1983, Altglas eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind 921 Sammelbehälter für Weiß- und Buntglas aufgestellt worden, die mit einem Zweikammer-Sammelfahrzeug entsorgt werden. Im Rahmen der Entrümpelungsaktion zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes, die alljährlich durchgeführt wird, wurden insgesamt 2.230 Großcontainer und Lkw-Fuhren kostenlos beseitigt, bei der laufend, gegen Bezahlung, durchgeführten Entrümpelungsaktion 2.551 Lkw-Fuhren entfernt.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Müllbeseitigung betrug Ende 1983 212 Müllwagen, 4 Multiliftfahrzeuge, 7 Planier- und Ladegeräte, 6 Radlader und Gabelstapler, 1 Kranrüstwagen zu Bergezwecken, 5 Lkw (Kübeltauschwagen und Regiewagen), 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 1 Tiefladeanhänger, 2 Glassammelfahrzeuge, 3 Spitalmüllwagen, 1 Bergtrac und 421 Multiliftcontainer. Von diesen Fahrzeugen und Geräten wurden 2,123.520 l Dieselkraftstoff, 37.071 l Vergasertreibstoff, 25.017 l Motoröl, 9.433 l Hydrauliköl und 2.200 l Frostschutzmittel verbraucht. Von den Fahrzeugen der Müllbeseitigung (Unternehmerbereich) wurden 3,999.769 km zurückgelegt, was einer Steigerung von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

In der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig wurden 102.200 Tonnen Haus- und privater Gewerbemüll verbrannt, weiters 215.000 Tonnen Dampf erzeugt, 1.920 Tonnen Eisenschrott und 43.400 Tonnen Schlacke abtransportiert sowie 411.000 kWh Strom an das öffentliche Stromnetz abgegeben. Die Verdampfungsziffer betrug im Jahresmittel 2,11 pro Tonne verbrannten Müll.

Die ständig steigende Verkehrsdichte und Verpackung erforderte eine weitere Intensivierung der händischen Reinigung. Gleichzeitig wurden zur maschinellen Reinigung Kehr- und Hochdruckwaschmaschinen eingesetzt. Für die händische Reinigung waren bei der Straßenreinigung 745 Mann ständiges Personal und 140 Saisonarbeiter beschäftigt. Weiters wurden zwei- bis dreimal wöchentlich insgesamt 79.111 Taglöhner bzw. Schneearbeiter aufgenommen, die 632.888 Arbeitsstunden leisteten. Die maschinelle Reinigung wurde von 30 Kehrmaschinen durchgeführt, von denen in der Nacht sechs Stück auf 23 abwechselnd zu befahrenden Planrouten, die übrigen im Tageinsatz verwendet wurden.

Von den Kehrmaschinen konnten bei 5.347 Einsätzen 232.000 km Straßen gereinigt werden. Das Waschen der Fahrbahnflächen besorgten 25 Hochdruckwaschmaschinen, davon neun mit Wechselaufbau, die bei 3.875 Einsätzen 211.074 km zurücklegten. Von diesen Fahrzeugen war ein Fahrzeug auf zwei Planrouten im kontinuierlichen Nachteinsatz, die übrigen Maschinen wurden mit weiteren neun Kleinfahrzeugen im Tageinsatz verwendet.

Im Stadtgebiet sind 6.412 Plastikbehälter à 50 l, 840 Altpapierkörbe à 20 l und 29 Betonabfallbehälter mit Einsatz montiert.

Im Winterdienst 1982/83 waren 145 abteilungseigene Fahrzeuge sowie 152 Lastkraftwagen von Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung eingesetzt. Für die Bekämpfung der Eis- und Schneeglätte waren 35.900 t Streuriesel sowie 2.372 t Auftaumittel erforderlich. Weiters wurden 390 t Salz und 1.982 t Auftaumittel Plantabon-Eis-Ex eingesetzt. Die Gesamtschneehöhe betrug im vergangenen Winter 65 cm und erforderte eine Schneeabfuhr im Ausmaß von 122.940 m³.

Anläßlich des Papstbesuchs, der vom 9. bis 13. September 1983 stattfand, waren für die erforderlichen Reinigungsarbeiten nach den diversen Veranstaltungen vom Personal der Straßenreinigung zusätzlich etwa 3.000 Arbeitsstunden zu leisten.

Der Fahrzeug- und Gerätestand der Straßenreinigung umfaßte Ende 1983 56 Lastkraftwagen mit Schneepfluganbau-Vorrichtungen, 22 Unimog mit Schneepfluganbau-Vorrichtungen, 4 Unimog mit wahlweise Schneepflug- oder Kehrbeseneinsatz, 30 Kehrmaschinen, 16 Waschmaschinen, 9 Waschaufbauten, die in den Sommermonaten auf Winterdienst-Lastkraftwagen montiert werden, ferner 7 Schlammsauger, davon drei explosionsgeschützt, 19 Radlader und Gabelstapler, 4 Autobusse zum Transport körperbehinderter Kinder, 62 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar und Bucher), 4 Vespa-Kleintransporter, 284 Streuanhänger, 343 Schneepflüge, 1 Schneefräse, 76 Aufbaustreuer, 1 Spezialabschleppanhänger (für Multicar) und 4 Lastkraftwagen für die Fahrzeugabschleppung. Die Kilometerleistung der Fahrzeuge der Straßenreinigung betrug 2,561.887 km, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 1,6 Prozent ergibt. Von den Fahrzeugen der Straßenreinigung wurden 723.195 l Dieselkraftstoff, 209.097 l Vergasertreibstoff, 15.821 l Motoröl, 2.767 l Getriebeöl, 4.109 l Hydrauliköl und 2.025 l Frostschutzmittel verbraucht.

Der Bereitschaftsdienst machte 8.906 Ausfahrten, um notstandspolizeiliche Maßnahmen, wie Abschrankungen und Beleuchtungen, durchzuführen. Mit den drei eingesetzten VW-Kombi wurde eine Kilometerleistung von 52.756 km erbracht. Von den Garagen wurden insgesamt 1.837 Sondereinsätze gefahren, was einer Steigerung von 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Einsatzgründe waren unter anderem die Beseitigung von Straßenverunreinigungen, Brandstätten und Schmieraktionen. Ferner wurden Trinkwasser zugestellt und ölgetränkte Materialien abtransportiert. Die Abschleppgruppe mußte 8.869 Fahrzeuge ohne Kennzeichen gemäß § 89 der Straßenverkehrsordnung von öffentlichen Verkehrsflächen entfernen. 4.860 Wracks oder Fahrzeuge wurden auf Grund von Verzichtserklärungen entfernt, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 2 Prozent entspricht. Durch die Veräußerung, den Verkauf oder die Verschrottung der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge konnten 2,276.860 S eingenommen werden. Weiters wurden 14.230 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen kostenpflichtig von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 18,2 Prozent entspricht.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug 60 Personenkraftwagen und 16 VW-Busse oder Kombi. Mit diesen Fahrzeugen wurde eine Kilometerleistung von 1,183.963 km erbracht, was gegenüber dem Jahre 1982 eine Verminderung von 1,7 Prozent ergibt. An Betriebsmitteln wurden für diese Fahrzeuge 153 l Dieselkraftstoff, 179.237 l Vergasertreibstoff, 1.826 l Motoröl, 35 l Getriebeöl, 115 l Hydrauliköl und 175 l Frostschutzmittel verbraucht.

In der Hauptwerkstätte wurden 849 Reparaturen an abteilungseigenen, 140 an abteilungsfremden Fahrzeugen, 924 Lagermaterial-Stückreparaturen, 384 Reparaturen an Schneepflügen und 441 Reparaturen an Streugeräten durchgeführt.

In Wien standen 172 öffentliche Bedürfnisanstalten, 28 Pissoire und 49 Trockenaborte zur Verfügung. Im Jahre 1983 wurden zwei neue Bedürfnisanstalten, und zwar in 3, St. Marx-Friedhof, und 20, Gaußplatz, sowie 16 Trockenaborte mit Sanitäreinrichtungen im 21. und 22. Bezirk im Bereich der Neuen Donau fertiggestellt und in Betrieb genommen. Eine Bedürfnisanstalt in 3, Rennweg, und zwei Pissoiranlagen in 20, Gaußplatz, und 11, Herderpark, wurden abgetragen. Die drei fahrbaren Toilettenanhänger waren insgesamt 132 Tage eingesetzt, die sechs transportablen Toilettenanlagen waren 821mal auf diversen Lagerwiesen und Veranstaltungen eingesetzt.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der Saison- und Gastarbeiter betrug am 31. Dezember 1983, ausgenommen der Dienstkraftwagenbetrieb, 2.673. Im Jahre 1983 war es wieder notwendig, Gastarbeiter zu beschäftigen. Zum Jahresende waren 248 Gastarbeiter, die überwiegend aus Jugoslawien kamen, eingestellt, davon 214 bei der Straßenreinigung, 18 im Fuhrpark, 9 in der Hauptwerkstätte und 7 in der Müllverbrennungsanlage. Seit August 1983 werden auch 6 Kfz-Mechanikerlehrlinge in der Hauptwerkstätte beschäftigt.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlicher und technischer Hinsicht von der Abteilung betreut werden, waren an 998 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen 1,858.294 S hereingebracht, für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen, wie Müllgefäßen, Sanddächern, Papierkörben usw., durch dritte Personen wurden 221.931 S einbringlich gemacht.

Für andere Magistratsabteilungen wurden 240 Fahrzeuge oder Geräte bestellt, und zwar 29 Personenkraftwagen oder Kombi, 22 Lastkraftwagen bis 3,5 t Nutzlast, 6 Lastkraftwagen über 3,5 t Nutzlast, 18 Spezialkraftwagen für Rettungs- und Krankentransporte, 49 Traktoren und Kleintraktoren sowie 116 Geräte und Kleinfahrzeuge, wie Anhänger und selbstfahrende Arbeitsmaschinen. Ferner wurden 1.500 Fahrzeuge für andere Abteilungen der wiederkehrenden Überprüfung gemäß § 55 Kraftfahrzeuggesetz 1967 unterzogen.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1983 für den gesamten Magistrat 274 Fahrzeuge und Geräte, unter anderem Schneepflüge, Streugeräte und Zubehörteile, ausgeschieden und verkauft bzw. selbst verwertet, wobei ein Erlös von 3,158.654 S erzielt werden konnte.

Für die Garagen, die Hauptwerkstätte, den Dienstkraftwagenbetrieb, andere Magistratsabteilungen und andere Dienststellen wurden 13.416 Bestellungen für Ersatzteile, Reifen, Treibstoffe usw. durchgeführt.

In den Objekten der Straßenreinigung, des städtischen Fuhrparks, in der Hauptwerkstätte, in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und in den öffentlichen Bedürfnisanstalten wurden die erforderlichen Erhaltungsarbeiten durchgeführt.

Im Referat für Budget, Statistik und Datenverarbeitung werden die Erfassung, Abrechnung und Statistik der zusätzlichen Müllbeseitigung (Mulden, Spital- und Industriecontainer) in einer Online-Verarbeitung per Jänner 1984 durchgeführt und die Rechnungssätze über die IBM-Anlage der MD-Automatische Datenverarbeitung zur Philips-Anlage des Rechnungsamtes automatisch weitergeleitet. Der monatliche Verrechnungsbetrag machte rund 2,5 Millionen Schilling aus.

Die automatisierte Personenverwaltung in der Abteilung und der Online-Absenzendienst, der gemeinsam mit der MD-Automatische Datenverarbeitung, dem Besoldungsamt und dem Anstaltenamt entwickelt wurde, konnten erweitert werden. Ab Abfang 1984 wird es weiters auch möglich sein, die Krankmeldungen der pragmatisierten Bediensteten über Datenfernübertragung an das Besoldungsamt weiterzugeben.

Die diversen Programme mußten auf die neuen Mehrwertsteuersätze ab 1. Jänner 1984 umgestellt werden. Bestehende Programme auf dem Gebiet der Kfz-Verwaltung, des Materialverwaltungswesens und der Personalverwaltung wurden gewartet und erweitert.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb, vereinigt in der MA 49, bewirtschaften einerseits Forste im Bereich des Landes Wien, die vielfache Erholungsaufgaben zu erfüllen haben, andererseits Quellenschutzforste im Bereich der Schutzgebiete der I. und II. Wiener Hochquellenleitung und letztlich landwirtschaftlich genutzte städtische Ökonomien. Das Arbeitsfeld und die Wirkungsmöglichkeiten sind einerseits durch aufwendige öffentliche Interessen, andererseits durch kaufmännisch-wirtschaftliche Richtlinien zeitgemäßer Betriebe bestimmt.

Das Flächenausmaß der Grundstücke, die vom Betrieb zum Jahresende 1983 verwaltet wurden, betrug 42.837,27 ha. Die forstlich genutzten Flächen umfaßten im Bereich des Landes Wien 8.161,48 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.212.,79 ha, insgesamt 40.374,27 ha. Die landwirtschaftlich verwalteten Flächen machten 2.463,00 ha aus. Die Nutzung der Bestände erfolgte unter Berücksichtigung ihrer Widmung, aber auch der gegebenen Erfordernisse. Im Bereich des Landes Wien, in jenen Beständen, die maßgeblich der Erholung dienen, wurde weiterhin in Einzelstammentnahme genutzt, wobei fast durchwegs überalterte Bäume gefällt wurden. Im Augebiet mußten zur Förderung des nachdrängenden Jungwuchses die Bestände aufgelockert und auch kleinflächige Kahlschläge vorgenommen werden. Neben biologischen und erholungswaldorientierten Erwägungen wurde auch die standortgemäße Bestandeszusammensetzung beachtet, die zur vorsichtigen Entnahme kränkelnder, nicht in die Lebensgemeinschaft der Au passender Einzelstämme Anlaß gab.

In den Quellenschutzgebieten, vor allem in den in Niederösterreich gelegenen Beständen, wirkte sich die erhöhte Holzentnahme nach der Windwurfkatastrophe 1976 bereits merklich aus. Im Sinne der Nachhaltigkeit konnte in weiten Bereichen gar keine Schlägerung angesetzt werden. Lediglich in jenen Revierteilen, die durch den vorangegangenen Forststraßenbau aufgeschlossen wurden, konnten Nutzungen angesetzt werden, um einer Überalterung der Bestände und einer qualitativeren Entwertung des Stammholzes entgegenzuwirken. In den Revieren der Steiermark erfolgte die Nutzung entsprechend dem zehnjährigen Nutzungsplan.

Der Gesamteinschlag betrug im Jahre 1983 wie folgt:

	Blochholz fm	Schleif- und Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.138,75	4.148,43	12.690,17	22.977,35
Quellenschutzforste	42.570,59	20.385,99	8.389,12	71.345,70
Zusammen	48.709,34	24.534,42	21.079,29	94.323,05
Prozent	51,6	26,0	22,4	100,0

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Einschlagssteigerung um etwa 7.200 fm, das sind rund 7,65 Prozent, die durchwegs in den Quellenschutzforsten zu verzeichnen war und in der zusätzlichen Erschließung bisher nicht erreichbarer Altbestände begründet ist. Der Anteil des hochwertigeren Blochholzes am Gesamteinschlag ist gleichgeblieben wie im Vorjahr, der Anteil des schwer absetzbaren Brennholzes konnte um 4 Prozent gesenkt werden.

Bei der Holzabgabe stand im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung die Versorgung des Sägewerks Hirschwang im Vordergrund. Das gesamte Restholz wurde der Vermarktung zugeführt.

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	10.159,07	12.543,87	22.702,94
Quellenschutzforste an Fremde	52.272,61	8.772,22	61.044,83
an das Sägewerk Hirschwang	10.448,82	—	10.448,82
Zusammen	72.880,50	21.316,09	94.196,59

Der Rundholzmarkt erfuhr zwar im Jahre 1983 eine leichte Belebung mit leicht ansteigenden Preisen, jedoch wirkte sich die Tatsache aus, daß durch die Nutzung überalterter Bestände, die durch Forststraßen aufgeschlossen wurden, der Anteil an qualitativ beeinträchtigtem Stammholz besonders hoch ist. Ein ähnliches Bild war auch beim Schleifholz gegeben. Das wirkte sich besonders nachteilig aus, da die Papier- oder Zellstoffindustrie erhöhte qualitative Ansprüche stellte und mindere Sortimente nicht zu vermarkten waren. Die Nachfrage nach Brennholz war in der Nähe der Stadt noch ausreichend gegeben, in den Bundesländern ergaben sich jedoch beträchtliche Absatzschwierigkeiten.

Im Sägewerk Hirschwang kam die steigende Nachfrage am Inlandsmarkt im zunehmenden Abbau erhöhter Lagerbestände zum Ausdruck, während die Exportaufträge weiterhin unzureichend waren. Der Jahresverschnitt betrug im Jahre 1983 insgesamt 10.029,96 fm, was gegenüber dem Vorjahr eine leichte Anhebung der Verschnittmenge um 4 Prozent bedeutet. Bei einer Erzeugung von 6.797,63 m³ Schnittholz wurde eine Ausbeute von 67,8 Prozent erzielt. Zum Verkauf gelangten 7.217,26 m³ Schnittware.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte der Anbau in der bewährten Form, und zwar nahmen Getreide 75,0 Prozent, Ölfrüchte 5,7 Prozent, Mais 1,9 Prozent, Hackfrüchte 11,6 Prozent, Hülsenfrüchte 4,2 Prozent, Gemüse und Erdbeeren 1,2 Prozent sowie Feldfutteranbau 0,4 Prozent der Flächen ein. Die Weinbaufläche betrug 25 ha, davon waren 3 ha Neuanlage ohne Ertrag. Durch gute Wachstumsbedingungen bis Ende Juni konnten in einigen Produktionsbereichen, vor allem bei Getreide, sehr gute Ernteergebnisse erzielt werden. Bei Zuckerrüben, Mais und Hülsenfrüchten kam es infolge der Hitzeperiode im Juli und August und durch den Mangel an Niederschlägen zu durchschnittlichen Ergebnissen. Im Jahre 1983 wurden an Getreide 6.139 t, Mais 144 t, Raps 195 t, Zuckerrüben 9.819 t, grüne Erbsen 246 t, grüne Bohnen 371 t, Kartoffeln 354 t, rote Rüben 23 t, Zwiebeln 161 t, Karotten 179 t, Radieschen 113.000 Bund, ferner Kraut 36 t, Gurken 79 t, Erdbeeren 28 t, Tomaten 9 t, Wein 810 hl sowie insgesamt 53 t diverses Feldgemüse erzeugt. Neben der landwirtschaftlichen Produktion obliegen dem Landwirtschaftsbetrieb auch die Erhaltung und Pflege von Erholungseinrichtungen sowie von Spiel- und Liegewiesen am Cobenzl und Bisamberg.

Bei den Aufforstungsarbeiten in den Wirtschaftswäldern, insbesondere in denen der Bundesländer, wurde zunehmend auf Nachbesserungen auf den Kulturflächen der Vorjahre Wert gelegt. Die großen Kahlflächen, die durch die Windwurfkatastrophe im Jahre 1976 entstanden, sind zwar durchwegs in Bestand

gebracht worden, jedoch zeigen sich erst jetzt jene Ausfälle, die nachträgliche Maßnahmen erfordern. Diese Kulturarbeiten sind insbesondere in den schwierigen alpinen Lagen zeit- und kostenaufwendig, zumal verhältnismäßig geringe Pflanzenmengen über weite Strecken antransportiert und ausgebracht werden müssen. Erschwerend ist schließlich noch, daß einerseits witterungsbedingte Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen, andererseits nur ein begrenzter Zeitraum ein sicheres Anwachsen gewährleistet. Zur Aufforstung gelangte die nachstehend angeführte Anzahl von Forstpflanzen:

Aufforstungsart	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	324.750	127.150	451.900
Nachbesserungen	216.900	75.225	292.125
Neuaufforstungen	22.800	21.630	44.430
Zusammen	564.450	224.005	788.455

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der ausgebrachten Forstpflanzen um rund 40.000 (rund 5%) zurückgegangen. Der Laubholzanteil beträgt weiterhin knapp 30 Prozent. Dieser hohe Laubholzanteil, auch in den alpinen Forstgebieten, in denen bisher überwiegend Fichte kultiviert wurde, unterstreicht die mühevollen Anstrengungen, standortsgerechte Mischholzbestände zu erzielen.

Die Schädlingssituation hat sich gegenüber den Vorjahren gebessert. An den Randbäumen der Windwurfflächen traten immer noch vom Borkenkäfer (Ips typographus) befallene Bäume auf, die unverzüglich entnommen wurden. Die Bekämpfung mit Fangbäumen, der Entrindung der anfallenden Stämme an Ort und Stelle und dem Einsatz von Pheroprax wurde weiterhin fortgesetzt.

Die Wildschäden haben sich gegenüber dem Vorjahr im allgemeinen verringert, allerdings traten vermehrt Verbißschäden durch Gamswild auf exponierten Schlagflächen auf, denen durch konzentrierte Bejagung entgegengewirkt wurde.

An sonstigen Schadensereignissen sind ein Waldbrand in der Forstverwaltung Naßwald mit einer Schadensfläche von rund 2 ha sowie ein Waldbrand in der Forstverwaltung Wildalpen mit einer Schadensfläche von 3.000 m² zu erwähnen. Überdies war am 14. April in der Gegend von Wildalpen ein Erdbeben zu verzeichnen, durch das starke Gebäudeschäden entstanden. Zwei Objekte wurden so stark beschädigt, daß sie abgetragen werden müssen.

Der Forststraßenbau ist im wesentlichen abgeschlossen, doch ergab sich laufend die Notwendigkeit der Anlage von Verbindungsstraßen und Stichwegen, um die Hiebsorte erreichen zu können. So wurden 1983 insgesamt 18,2 km Forststraßen fertiggestellt, und zwar 1,7 km in der Forstverwaltung Hirschwang, 2,9 km in Stixenstein, 9,3 km in Naßwald und 4,3 km in Wildalpen. In der Forstverwaltung Naßwald sind derzeit noch 345 m in Bau.

Die Bringung des Holzes erfolgte, bedingt durch den fortgeschrittenen Ausbau des Forststraßennetzes, fast durchwegs auf Lastfuhrwerken. Lediglich in jenen Fällen, in denen keine Straßenerschließung gegeben war, wurden insgesamt 2.230,7 fm Holz mit Seilbahnen und Seilkränen zu Tal gefördert. In der Forstverwaltung Hirschwang wurde im Revierteil Wolftal ein Seilkran mit 800 m Länge, in der Forstverwaltung Naßwald im Revierteil Weberwald ein Seilkran mit 200 m Länge errichtet und in Betrieb genommen.

In den Eigenjagden der Stadt Wien wurden folgende Wildzahlen geschätzt und Abschüsse getätigt:

Wildart	Wild in Stück: geschätzter oder gezählter Bestand	Wild in Stück: erlegt und Fallwind
Rotwild	1.450	425
Rehwild	2.300	716
Gamswild	2.500	453
Muffelwild	780	125
Damwild	200	35
Schwarzwild	900	667

Der Zusammenstellung kann entnommen werden, daß sich der Wildbestand unwesentlich erhöht hat, obwohl die Abschußziffern geringfügig höher waren als im Vorjahr.

Die Verwendung von Forstarbeitern der Stadt Wien verweist signifikant auf die unter-

schiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten sowie in den Forsten im Wiener Raum. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzforsten unter anderem zu 20 Prozent zur Holzgewinnung und zu 17 Prozent für die Gebäudeerhaltung und Inventarinstandsetzung herangezogen, während sie in den Forsten im Raum Wiens nur zu 12 Prozent für die Holzgewinnung eingesetzt waren. 20 Prozent waren ferner noch für Erholungswaldmaßnahmen eingeteilt, 12 Prozent für Kulturarbeiten. Erläuternd ist festzustellen, daß arbeitsaufwendige Arbeiten, wie Durchforstungen oder die Pflege von Grünflächen in den Erholungsgebieten, Fremdfirmen übergeben werden, die die Arbeiten unter Aufsicht des städtischen Forstpersonals durchführen. Auf diese Weise kann eine bedeutend höhere Leistung erbracht werden, als dies mit der beschränkten Anzahl von Forstarbeitern der Stadt Wien möglich wäre. Darüber hinaus werden Leerläufe in den Wintermonaten vermieden. In diesem Zusammenhang ist das etwas verzerrte Bild, das sich aus der anteilsmäßig aufgeteilten Arbeitszeit ergibt, zu verstehen.

Im Rahmen der von der Stadt Wien im Frühjahr 1983 gestarteten Aktion „Jeder Wiener macht Wien grüner" führte der Betrieb in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst Veranstaltungen durch. Zu nennen sind die Radveranstaltungen auf der Donauinsel und in der Lobau am 20. März, die unter der Devise „Winter aus — Radl raus" stand, weiters die Wiedereröffnung des Laaer Waldes am 26. März und des Lainzer Tiergartens am 27. März. Am 8. April wurde die Aufforstung des Stadtwäldchens Simmering, bei der zwischen Neugebäude und Thürnlhofsiedlung 22.000 Bäume und Sträucher auf 2,5 ha angepflanzt worden waren, feierlich begangen. Anzuführen sind weiters die Eröffnung des Radweges Inzersdorf—Vösendorf sowie der Spatenstich für den weiteren Ausbau des Erholungsgebietes Steinhofgründe am 10. April, die Eröffnung des Schanzenrundweges am Bisamberg am 17. April, die Eröffnung der Woche des Waldes (Aufforstungsaktion) am 18. April, das Donauinselfest am 26. Juni, die Eröffnung des Indianerforts am Laaer Berg am 6. Juli sowie die Öffnung eines weiteren Eingangstores zum Erholungsgebiet Steinhofgründe am 27. August. Mit Unterstützung des Vereins „Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume" wurden verschiedene Projekte realisiert.

So wurde als 2. Ausbaustufe der Parkplatz und die Grünverbindung Lobau—Saltenstraße hergestellt, der Radweg Inzersdorf—Vösendorf fertiggestellt und die Jubiläumswarte saniert.

Zur weiteren Schließung des Wald-und-Wiesen-Gürtels trug die Durchführung folgender Aufforstungsprojekte bei:

Projekt	Versetzte Pflanze (in Stück)	Ausmaß (ha)
Windschutz Unterlaa	22.500	3,1
Stadtwäldchen Simmering	18.450	2,5
Donauinsel Nord	48.650	4,5
Donauinsel Süd	86.100	8,2
Niklas-Eslarn-Straße	25.600	2,9
Windschutz Schafflerhof	20.200	2,6
Radweg Inzersdorf (Ergänzung)	2.800	0,3
Zusammen	224.200	24,1

Der Betrieb war weiterhin laufend eingeschaltet in die Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und konnte im Sinne einer kontinuierlichen Grünpolitik zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge einbringen. Die Integrierung des Landwirtschaftsbetriebes brachte in diesem Falle entschiedene Vorteile, da nun eine Flächensicherung in Koordination mehrerer Dienststellen für den Ausbau natürlicher Freizeiträume möglich ist.

Die forstliche Raumplanung (Waldentwicklungsplan für Wien) wird kontinuierlich weitergeführt. Die Erhebung der aktuellen Waldflächen ist abgeschlossen, die Waldfunktionskartierung steht vor dem Abschluß.

Die „Woche des Waldes" wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Stadtschulrates vom 18. bis 23. April durchgeführt und bot 2.500 Wiener Schulkindern die Möglichkeit, an Lehrwanderungen und Aufforstungen mitzuwirken.

Neben der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit in Form von Seminaren und Vorträgen wurden auch zahlreiche Exkursionen in- und ausländischer Delegationen sowohl in die Erholungswälder Wiens als auch in die Quellenschutzforste betreut.

Eine publizistische Aufgabenstellung in den nächsten Jahren sieht der Betrieb darin, die Bedeutung der Quellenschutzforste für die Versorgung der Bundeshauptstadt mit einwandfreiem Trinkwasser stärker in der Öffentlichkeit bewußtzumachen.

Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibernetz der Austria Presse Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz insgesamt 4.686 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von 850 Stück umfaßte 3.592 Seiten.

Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Geliefert wurden die Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen sowie an Wochen- und Monatszeitschriften und andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19.30 Uhr erreichbar. Samstags und sonntags ist die Redaktion ebenfalls besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das zusätzlich anfallende Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt. Zur Arbeit der Pressereferenten gehören weiters das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich hergestellten Publikationen, Flugblättern, Insertionen usw. Die Pressereferenten sind auch für die Organisation von Pressekonferenzen und -führungen zuständig.

1983 wurden rund 170 Pressekonferenzen abgehalten — die meisten davon im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien. Zu den Pressekonferenzen werden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Photos, Zeichnungen und Pläne hergestellt. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenates im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt.

Der Telephonnachrichtendienst der Rathaus-Korrespondenz wurde mit 31. Dezember 1983 eingestellt.

Wöchentlich wird eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz gegeben. Diese Wochenübersicht — RK-Intern — wurde in 1.850 Exemplaren aufgelegt und im Presse- und Informationsdienst hergestellt und gedruckt. Zum Bezieherkreis gehören leitende Beamte, städtische Funktionäre sowie Interessenten im In- und Ausland.

Zu Schwerpunkten erschienen 1983 acht Ausgaben der RK-Spezial mit ausführlicher Hintergrundinformation zu folgenden Themenkreisen:

Nr. 1 (Februar)	Die zweite Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes
Nr. 2 (Februar)	Das Wiener Sonderbeschäftigungsprogramm
Nr. 3 (März)	Fünf Jahre Wiener Stadtpolitik
Nr. 4 (März)	Wiener Drogenbericht 1982
Nr. 5 (April)	Wiener Studie über Frühgeburten
Nr. 6 (April)	1. Fortschreibung des Energiekonzeptes
Nr. 7 (Juli)	Wiener Studie über Säuglingsernährung
Nr. 8 (Dezember)	Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den Donaubereich

120 in Wien akkreditierte und aus dem Ausland angereiste Journalisten wurden 1983 im Rahmen der Betreuung von Auslandsjournalisten vom Auslandsreferat in Gruppen oder einzeln mit Informationen und Material versorgt. Die Kontaktaufnahme erfolgte persönlich oder über den Bundespressedienst, soferne telephonischer, schriftlicher oder mündlicher Kontakt nicht bereits bestand. Das Gros der Journalisten kam aus den Staaten des Ostblocks, den USA und Japan. Der Presse- und Informationsdienst stellte Informationsmaterial zur Verfügung und arrangierte Interviews zu kommunalpolitischen Themen sowie Rundfahrten und Besichtigungen. Das Auslandsreferat leistete Hilfestellung bei der Erarbeitung von Wien-Kapiteln für internationale Reiseführer, Reportagen usw. Schwerpunkte der Journalistenanfragen waren die Wahlen, das Türkenjahr, 100 Jahre Wiener Rathaus und der kommunale Wohnbau. Darüber hinaus ergehen regelmäßig Aussendungen der RK und Publikationen des Presse- und Informationsdienstes mit dem Schwerpunkt Kultur an den Europarat, den Internationalen Gemeindeverband sowie an Einzelinteressenten in Europa und Übersee. „wien aktuell Wochenblatt" erschien in 51 Ausgaben im Kleinformat. Der Umfang beträgt 24 Seiten pro Ausgabe. „wien aktuell Wochenblatt" informierte aus dem Bereich der Stadt Wien, brachte Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Reportagen, Berichte aus der Geschichte der Stadt Wien und Unterhaltung. Den Mitarbeitern und Pensionisten der Stadt Wien und der städtischen Unternehmungen wird „wien aktuell Wochenblatt" gratis zugestellt. Interessenten können die Zeitung zum Einzelverkaufspreis von 5 S und im Vierteljahresabonnement um 50 S erwerben.

Das Vier-Farben-Magazin „wien aktuell magazin" — Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien — erschien sechsmal in einer Auflage von jeweils 35.000 Stück. Der Umfang pro Heft betrug 32 Vier-Farben-Seiten und 32 Schwarzweiß-Seiten („konfrontationen & perspektiven"). „wien aktuell magazin" dient der

Information des Bürgers über alle Bereiche der Stadtverwaltung und des gesamten kommunalen Lebens; dazu kommen Text- und Bildbeiträge über historische, kulturgeschichtliche und künstlerische Ereignisse. Jedes Heft ist einem Schwerpunktthema gewidmet. 1983 waren dies Kommunaler Wohnbau (Heft I), Zehn Jahre Wiener Kommunalpolitik (Heft II), Die 2. Türkenbelagerung Wiens (Heft III), 100 Jahre Wiener Rathaus (Heft IV), Erwachsenenbildung (Heft V) und Konsumentenschutz (Heft VI). Das Abonnementblatt wird auch an verschiedene Zielgruppen gratis versandt und in den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Lektüre ausgehängt. „wien aktuell magazin" ist im Einzelverkauf ausschließlich in der Rathaustrafik zu einem Stückpreis von 25 S erhältlich.

Vom Amtsblatt der Stadt Wien erschienen 52 Nummern in einer Auflage von 8.000 Stück mit insgesamt 2.132 Seiten. Weiters wurden 45 Sonderdrucke aufgelegt.

Vom Landesgesetzblatt für Wien wurden 36 Stück mit 120 Seiten herausgegeben.

Der amtliche Wohnungstauschanzeiger erschien sechsmal und brachte auf 132 Seiten Tauschangebote.

Die Medienbeobachtung des Presse- und Informationsdienstes wird im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wofür vor allem auf die Stadtverwaltung und auf kommunale Ereignisse bezugnehmende Artikel erfaßt werden. Dazu wurden Printmedien herangezogen, wie die Wiener Tageszeitungen „Wiener Zeitung", „Kurier", „Arbeiter-Zeitung", „Die Presse", „Kronen-Zeitung", „Volksstimme" und „Volksblatt", weiters die Bundesländerzeitungen „Salzburger Nachrichten", „Oberösterreichische Nachrichten", „Oberösterreichisches Tagblatt", „Kleine Zeitung", „Süd-Ost Tagespost", „Neue Zeit", „Vorarlberger Nachrichten", „Tiroler Tageszeitung", „Kärntner Tageszeitung" und „Niederösterreich-Kurier" und schließlich unter Berücksichtigung der Auswertung der RK die Wochen- und Monatsjournale „Profil", „Wochenpresse", „Neue Freie Zeit", „Furche" und „Trend". Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter Sendungen des Österreichischen Rundfunks ergänzt. Mitgeschnitten wurden regelmäßig die Sendungen „Österreich-Bild", „Zeit im Bild", „10 vor 10", „Morgenjournal", „Mittagsjournal", „Landesrundschau 12.45 Uhr" und „Landesrundschau 18.10 Uhr", fallweise „Club 2", „Wir", „Argumente", „Schilling", „Ein Fall für den Volksanwalt", „Politik am Freitag" und „Kulturjournal am Mittwoch".

Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte, die RK und andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit führt ein Beamter des Wiener Stadt- und Landesarchivs durch.

Die Postwurfsendung „Wien unsere Stadt", die an alle Wiener Haushalte versandt wird, erschien siebenmal mit den Schwerpunktthemen Beschäftigungsprogramm, Altstadtsanierung und Grünpanorama (Jänner); „Jeder Wiener macht Wien grüner", Wahlinformationen, Rundfahrten Modernes Wien (März); Nationalratswahlen (April); Der neue Wiener Stadtsenat (Mai); Musikalischer Sommer, Wiener Festwochen, Donauinsel (Sommernummer); Programmheft zum „Tag der offenen Tür 1983" (September) sowie Weihnachtsservice, Saurer Regen und Wildes Plakatieren (Dezember).

An Broschüren und Prospekten gab der Presse- und Informationsdienst heraus: „Budget 1983", „Mit Kindern lachen . . .", „Rachitisverhütung", „Konferenzzentrum", „Lainzer Tiergarten", „Jööö schau — Rundfahrten Modernes Wien", „Notruf 122 — Wiener Feuerwehr", „Das neue Bezirkshallenbad Brigittenau", „Die Stadt Wien hilft (12. Auflage)", „Patient im psychiatrischen Krankenhaus", „Donauinselatlas", „Wiener Stadtverfassung (2. Auflage)", „Die U 6 kommt", „Die U 3 kommt", „Wien Bilanz" und „Stadtwanderweg 1 bis 7" (Neuauflage). Ferner erschienen 37 Flugblätter mit Informationen über neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sowie 22 Informationsblätter über diverse Veranstaltungen der Stadt Wien.

Die Hauswandzeitung „Wien informiert" erschien in zehn Nummern mit verschiedenen Themen.

Von der Bildwandzeitung „wien aktuell" gab es 1983 fünf Ausgaben mit Informationen über „Das große Beschäftigungsprogramm für Wien", „Jeder Wiener macht Wien grüner", „Wien sauberhalten — wohnlicher gestalten", „Rundfahrten Modernes Wien" und „Tag der offenen Tür 1983".

Unter den Ausstellungen, an denen der Presse- und Informationsdienst mitgewirkt hat, ist die „Österreichische Ferienmesse 1983" anzuführen, die vom 12. bis 20. Februar stattfand und bei der eine Informationsschau über Wiens Freizeit- und Erholungsgebiete geboten wurde. Auf der Wiener Frühjahrsmesse (9. bis 13. März) wurde im Zuge der Zweiradmesse in einer Koje über Wiens Radwege informiert. Bei der Campa und Boot (Tulln 1983), die vom 18. bis 20. und vom 25. bis 27. März abgehalten wurde, war ein Interessentenstand für Wassersportler eingerichtet, der über die Angebote auf diesem Sektor an der Neuen Donau, über den Segel- und Motorhafen, die Einstellmöglichkeiten usw. Auskunft gab. Die Eröffnung der Hauptfeuerwache Liesing fand am 8. April statt und bot eine Informationsschau über die Entwicklung der Wiener Feuerwehr. „Floridsdorf — Ein Stück Stadt, das alles hat", die am 26. Juni präsentiert wurde, war eine Informationsschau über den 21. Bezirk anläßlich einer Teilstückeröffnung der Wiener Donauinsel. Anläßlich des Praterstraßenfestes am 2. September wurde die Präsentation „Leopoldstadt" gezeigt. Die Jubiläumsausstellung „100 Jahre Wiener Rathaus" fand am 24. September statt; „Vorsicht Zimmerbrand!" war eine Dokumentationsschau im Donauzentrum, die vom 19. bis 23. Dezember über Christbaumbrände und die Ursachen von Wohnungsbränden informierte. Weitere Veranstaltungen waren die Diskussion über den Wiener Stadtentwicklungsplan am

18. Jänner, die Info-Veranstaltung auf der Parkterrasse des Konferenzzentrums am 16. Februar, „Winter aus — Radl raus" am 20. März, „Laaer Wald" am 26. März, die Eröffnung des Lainzer Tiergartens am 27. März, „Osterspaß am Rathausplatz" vom 28. bis 31. März, die Eröffnung des Radweges Inzersdorf/Vösendorf am 10. April, der „Start zum Frühjahrsputz" am 11. April, die „Woche des Waldes" am 18. April, die Eröffnung des Bezirkshallenbades Brigittenau am 19. April, der Nationale Radwandertag am 12. Mai, das Straßenmusikantenfest am Graben am 26. Mai, das Wohnstraßenfest in der Goldschlagstraße am 28. Mai, der Penzinger Kirtag vom 10. bis 12. Juni, die Eröffnung der Wasserrutsche im Hallenbad Donaustadt (Flugblattaktion) am 17. und 18. Juni, der Kreta-Kirtag am 18. und 19. Juni, das Stadtradiofest beim Wasserskilift auf der Donauinsel und bei der Steinspornbrücke am 19. Juni, das Gänsehäufelfest am 24. Juni, das Donauinselfest bei der Floridsdorfer Brücke am 26. Juni, das Bäderfest im Laaer-Berg-Bad am 1. Juli, die Verleihung des Preises der Stadt Wien in der Freudenau am 3. Juli, die Übergabe des Forts Monte Laa am 6. Juli, das Bäderfest im Krapfenwaldlbad am 8. Juli, die Eröffnung des Wasserskilifts Neue Donau am 10. Juli, das Bäderfest im Ottakringer Bad am 15. und 16. Juli, das Bäderfest im Schafbergbad am 22. Juli, die Eröffnung des Mittelteiles Süd auf der Donauinsel am 31. Juli, „10 Jahre Bürgermeister" im gesamten Monat Juli, „Gänsehäufel — Grünbüro" am 10. August, „5 Jahre Hietzinger Bad" am 27. August, das „Praterstraßenfest" am 2. September, das Wiesenfest am Wolfersberg am 3. September, „Rammschlag der U 6" am 7. September, der „Tag der offenen Tür" am 24. September, das Fitfest in Oberlaa am 26. Oktober und „5 Jahre U 1" am 18. November.

An den Rundfahrten Modernes Wien nahmen im Zeitraum von Jänner bis Dezember 1983 132.785 Personen teil. Fremdsprachenführungen für Gäste der Stadt Wien gab es 94.

Vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien wurden 220 Inserate und PR-Artikel verfaßt und in Printmedien eingeschaltet.

Die Publikation erfolgte in insgesamt 107 Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen. Schwerpunkt der Insertionen waren unter anderem die Informationskampagnen „Jeder Wiener macht Wien grüner" und „Tag der offenen Tür 1983" sowie Informationen vor und nach der Wahl. Weitere Insertionsthemen waren „Die städtischen Sommerbäder", „Stadtwanderwege", „Radlwege", „Donauinsel" usw. Darüber hinaus wurde über Säuglingssterblichkeit, das Beschäftigungsprogramm, Verkehrsbauwerke, Hochwasserschutz informiert. Zu den Aktionen „Tag der offenen Tür 1983", „Frühjahrsputz", „Jeder Wiener macht Wien grüner" und „Wiener Festwochen 1983" wurden Plakate hergestellt.

Für die Personalwerbung wurden wie bereits im Vorjahr gezielte Einzelinserate in den Wiener Tageszeitungen „Arbeiter-Zeitung", „Kronen-Zeitung", „Kurier", „Volksstimme", „Die Presse" und „Wiener Zeitung" eingeschaltet.

Für die Austria Wochenschau wurden 1983 im Auftrag des Presse- und Informationsdienstes acht Filme zu kommunalen und kulturellen Schwerpunkten hergestellt. Davon erschienen sieben in Scope-Folgen. Zwei weitere Filme in Scope waren Reprisen.

395 Rundfunkspots wurden vom Presse- und Informationsdienst auf Ö 3 im Ö 3-Wecker, Werbetelegramm und im Vormittags- und Nachmittagsprogramm sowie auf Ö-Regional im Lokalteil im Früh- und Mittagsprogramm gesendet. 24 Rundfunkspots waren Neuproduktionen. Im Februar wurden 36 Einschaltungen mit 2 Neuproduktionen, im März 66 mit 8 Neuproduktionen, im April 81 mit 4 Neuproduktionen, im Mai 58 mit 3 Neuproduktionen, im Juni 38 mit 2 Neuproduktionen, im August 19 mit 1 Neuproduktion, im September 94 mit 4 Neuproduktionen und im Oktober 3 Einschaltungen vorgenommen.

Der Bürgerdienst der Stadt Wien wurde im Jahre 1983 von 214.111 Personen telephonisch oder persönlich kontaktiert. Gegenüber 199.302 Kontakten mit der Bevölkerung im Jahre 1982 ergab dies eine Steigerung von 7,4 Prozent. In 207.484 Fällen konnte das Problem vom Bürgerdienst sofort beseitigt werden, bei 6.627 Kontakten wurde ein Akt angelegt. In der Stadtinformation des Rathauses wurden 145.834 Kontakte bearbeitet, die restlichen 68.277 in den Außenstellen des Bürgerdienstes. In der Zentrale wurden 2.977 Auskünfte gegeben, in der Außenstelle Landstraße (für den 2. und 3. Bezirk) 4.686, in der Außenstelle Favoriten (4. und 10. Bezirk) 7.068, in der Außenstelle Simmering (11. Bezirk) 4.593, in der Außenstelle Meidling (5. und 12. Bezirk) 5.460, in der Außenstelle Hietzing (13. und 14. Bezirk) 6.679, in der Außenstelle Rudolfsheim-Fünfhaus (6., 7. und 15. Bezirk) 5.451, in der Außenstelle Ottakring (16. und 17. Bezirk) 4.741, in der Außenstelle Währing (8., 9. und 18. Bezirk) 5.111, in der Außenstelle Brigittenau (19. und 20. Bezirk) 2.911, in der Außenstelle Floridsdorf (21. Bezirk) 7.270, in der Außenstelle Donaustadt (22. Bezirk) 5.838 und in der Außenstelle Liesing (23. Bezirk) 5.492 Auskünfte. Schwerpunkte der Anfragen beim Bürgerdienst waren Probleme der Wohnumwelt — Schadensmeldungen, Mängel, Belästigungen in der näheren Wohngegend —, soziale Probleme sowie Beschwerden. Der Bürgerdienst beantwortete selbstverständlich auch Anfragen, die wegen einer Auskunft oder Information gestellt wurden.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Wiener Feuerwehr hat im Jahre 1983 mit 25.368 Einsätzen eine sogenannte „Schallmauer" durchbrochen. Abgesehen davon, daß dieses Ansteigen der Zahl der Einsätze mit einem weiteren Zuwachs an Belastung

für jeden Feuerwehrbeamten verbunden ist, konnte registriert werden, daß vor allem die Zahl der Brände im privaten Bereich, insbesondere in Wohnungen, weiter im Ansteigen begriffen. Dies zeigt, daß gerade in diesem Bereich das Brandschutzbewußtsein und die Kenntnis der Gefahren offenbar vielfach unzureichend sind. Man sollte jedoch aus Bränden wie dem Wohnhausbrand in der Vivariumstraße, bei dem drei Tote zu beklagen waren, keine Überreaktionen ableiten. Gegen Aktionen von psychisch gestörten Personen kann sicher nie hundertprozentig wirksam vorgesorgt werden. Die Wiener Feuerwehr hat jedenfalls bei diesem Einsatz ihre Schlagkraft und hervorragende Ausrüstung nachhaltig unter Beweis gestellt. Gerade im Hinblick auf Brände in Wohnhausanlagen ist ein erheblicher Teil neuangeschaffter Fahrzeuge und Geräte konzipiert. Konnten im Jahre 1982 durch die Indienststellung einer Gelenkbühne eine Erweiterung der Palette der Rettungsmöglichkeiten aus höheren Stockwerken sowie eine Verbesserung der Brandbekämpfungsmöglichkeiten an der Gebäudeaußenfront und auf Dächern ermöglicht werden, so ist im Jahre 1983 insbesondere die neu in den Dienst gestellte 50-m-Drehleiter hervorzuheben. Die bereits im Jahre 1982 bei der Firma Magirus Deutz bestellte Drehleiter kann im Bereich hoher Häuser bzw. Hochhäuser als wertvolles Rettungsgerät eingesetzt werden. Der Gesamtkaufpreis betrug 7,2 Millionen Schilling. Ebenso konnte Ende 1983 eine um 3,9 Millionen Schilling angekaufte 30-m-Drehleiter, die ebenfalls von der Firma Magirus Deutz stammt, in den Dienst gestellt werden. Sie wird jeweils als Ersatz-Drehleiter verwendet, wenn andere Drehleitern repariert oder einer Revision unterzogen werden, so daß es zu keiner Beeinträchtigung der Versorgung einzelner Stadtbereiche mit Drehleitern kommen kann.

Die notwendige Modernisierung der Standardlöschfahrzeuge konnte durch Ankauf von vier Rüstlöschfahrzeugen auf Steyr 791-Chassis und von drei Rüstlöschfahrzeugen auf Steyr 690-Chassis mit einem Gesamtanschaffungswert von rund 15 Millionen Schilling fortgesetzt werden. Die teilweise über 20 Jahre alten Tanklöschfahrzeuge sind somit bereits fast zur Gänze aus der ersten „Welle" der Einsatzfahrzeuge verschwunden.

Auf dem Sektor der Sonderfahrzeuge für Spezialeinsätze wird weiterhin der Ausbau des Wechselladersystems fortgesetzt. Im Jahre 1983 wurden neue Wechselladereinheiten nach dem Abrollsystem in den Dienst gestellt, von denen insbesondere der Wechselaufbau mit Trockenlöschanlage zu erwähnen ist. Dieser Wechselaufbau ist mit zwei Behältern zu je 2.000 kg Flammbrandpulver sowie einem Pulverwerfer und vier Pulverrohren ausgerüstet. Der Pulverwerfer weist eine Ausstoßrate von etwa 40 kg/Sekunde sowie eine Wurfweite von rund 50 m auf und ist insbesondere für die Brandbekämpfung im Zusammenhang mit brennbaren Flüssigkeiten geeignet. Die Gesamtanschaffungskosten betrugen 3,5 Millionen Schilling.

Da Einsätze, insbesondere die Brandbekämpfung, immer häufiger nur mehr unter Verwendung von Atemschutz durchführbar sind, sind auch auf diesem Gebiete ständige Neuerungen und Verbesserungen erforderlich. Bei der Wiener Feuerwehr wurde 1983 um rund 400.000 S ein zweiter leistungsfähigerer Atemluftkompressor angeschafft, wodurch erstens eine Umschaltmöglichkeit beim Ausfall des ersten Kompressors gegeben ist, zweitens der Füllvorgang für 300-bar-Flaschen beschleunigt wird und drittens bei Großeinsätzen die unbedingt benötigte Erhöhung der Füllkapazität gegeben ist. Als weitere Verbesserung möglicher Rettungsaktionen kann auch die Anschaffung von 220 Stück Fluchtmasken der Type „Dräger-Parat-Mask" mit einem Kostenaufwand von 242.000 S angesehen werden. Sämtliche Kommandofahrzeuge und Löschfahrzeuge wurden mit je drei Stück Masken ausgerüstet, wodurch jetzt gefährdete Personen unter Begleitung eines Atemschutztrupps durch verqualmte oder mit Schadstoffen vergiftete Bereiche in Sicherheit gebracht werden können.

Die schrittweise Ausgabe der neuen Einsatzbekleidung, die bereits 1982 konzipiert und erprobt wurde, wird nicht nur das optische Erscheinungsbild der Wiener Feuerwehr in der Öffentlichkeit wesentlich verändern, sondern es wird damit auch der Schutz des Feuerwehrmannes erheblich verbessert. Mit der Ausgabe der neuen Einsatzuniform konnte im Oktober des Jahres 1983 begonnen werden. Die gesamte Umstellung auf die neue Uniform wird erst 1986 mit der Schaffung einer entsprechenden Reserve beendet sein. Damit konnte eine gemeinsam mit der Magistratsabteilung für den zentralen Einkauf durchgeführte Entwicklungsarbeit positiv abgeschlossen werden. Die erste Anschaffungsrate beträgt rund 5 Millionen Schilling. Für diese Uniform mußte von der Industrie ein vollkommen neuer Stoff entwickelt werden, der aus einem Mischgewebe von 65 Prozent Viscose FR (Kunstseide, flammenresistent) und 35 Prozent Nomex (Aramidfaser, unbrennbar) besteht. Dieser Stoff schützt gegen Flammen, ist atmungsaktiv und zusätzlich noch waschbar, eine für Einsatzbekleidung wesentliche Eigenschaft, da bestimmte Schmutzarten bei einer chemischen Reinigung im Stoff verbleiben und der Stoff — trotz ursprünglicher Unbrennbarkeit — durch diese Einlagerungen brennbar werden würde. Durch den Schnitt der Bluse und der Hose ist auch ein optimaler Schutz sämtlicher Körperpartien gegen Flammeneinwirkung sowie gegen Kälte und Nässe gegeben.

Besonders die Chemie stellt an die Ausrüstung aller Feuerwehren immer höhere Ansprüche. Um Einsätzen in Zusammenhang mit Schadstoffaustritten auch nur halbwegs gewachsen zu sein, sind erhebliche, vor allem auch finanzielle Anstrengungen erforderlich. Die Ausrüstung der bei der Wiener Feuerwehr im Dienst stehenden Sonderfahrzeuge, wie Öleinsatz- und Schadstoffcontainer, wird deshalb laufend verbessert und ergänzt. In das Jahr 1983 fiel die Anschaffung von chemikalienbeständigen Pumpen, Schläuchen und Kupplungen, von Neutralisationsmitteln für Säuren und Laugen, Ölbindemitteln und Bindemitteln für andere gängige Chemikalien,

die nun, auf einem eigenen Wechsellader verpackt, ohne Verzögerung zur Einsatzstelle gebracht werden können. Auf einem weiteren Wechsellader sind nunmehr acht Stück chemikalienbeständige Palettentanks zu je 1.000 Liter gelagert. Weitere 17 Tanks liegen in Reserve, so daß nunmehr etwa die Flüssigkeitsmenge eines Tankwagens damit aufgefangen werden kann.

Auf dem Sektor der technischen Spezialausrüstung wurden Konzepte für einen sogenannten „Schwerwerkzeugcontainer" ausgearbeitet, von dem in den nächsten zwei Jahren drei Stück in den Dienst gestellt werden sollen, wodurch ein rasches Eintreffen schwereren technischen Gerätes an jeder Einsatzstelle in Wien sichergestellt wäre. Auch für den Ankauf zweier Bergekräne, die die beiden bereits überalterten Magirus-Kräne der 15-Tonnen-Klasse ersetzen sollen, wurden Vorarbeiten geleistet.

Der gezielte und fachgerechte Einsatz der immer umfangreicher werdenden Spezialgeräte setzt natürlich einen hohen Ausbildungsstand des Bedienungspersonals voraus. Vor allem die Handhabung der Geräte zur Schadstoffmessung und -bekämpfung, der Geräte für den Strahleneinsatz und der komplizierten hydraulischen Einsatzgeräte erfordert und umfangreiche Übungen und Schulungen.

Die spektakulärste Übung im Jahre 1983 war sicher die Waldbrandübung in der „Steinernen Lahn", bei der die Zusammenarbeit mit Hubschraubern erprobt wurde. Daß die Wiener Feuerwehr über einen sehr hohen Ausbildungsstand verfügt, beweist auch die Tatsache, daß alle übrigen Bundesländer und Berufsfeuerwehren laufend Offiziersanwärter — im Jahre 1983 neun — in Wien ausbilden lassen. Alle größeren Feuerwehren machen sich auch in zunehmendem Maße die Vorteile moderner Datenverarbeitung zunutze, um einen möglichst raschen Zugriff zu Inventaren, Gerätedaten und sonstigen Informationen zu haben, wobei vor allem die Gewährleistung des jeweils aktuellsten Standes besonders vorteilhaft ist. Die Wiener Feuerwehr hat eine Erfassung aller in Verwendung stehenden Einsatzgeräte samt gerätespezifischen Daten mittels EDV eingeführt. Somit ist es möglich, die Fahrzeuginventare für nahezu alle Einsatzfahrzeuge elektronisch auszudrucken. Die Daten stellen sowohl für die Einsatzkräfte als auch für die Nachrichtenzentrale eine wertvolle Hilfe dar. Für die Aufbereitung der Gerätedaten wurde in der Zentralfeuerwache ein Bildschirmgerät installiert. Die Eingabe der Gerätedaten, insbesondere auch die laufenden Abgleichungen, können damit rationell durchgeführt werden. In weiteren Ausbaustufen ist beabsichtigt, die Gerätelager zu erfassen und die damit in Zusammenhang stehende Verwaltung auf Datenverarbeitung umzustellen.

Die Verwendung der Straßendatenbank zur Alarmierung der Einsatzkräfte wurde weiter vervollkommnet, wobei Kreuzungsangaben und Daten über rund 500 Objekte zusätzlich eingespeichert wurden. Um bei Einsätzen die angezeigte Einsatzadresse raschest ohne irgendwelche Verzögerungen anfahren zu können, sind, insbesondere bei Wohnhausanlagen mit größerer Stiegenanzahl, den jeweiligen Letztstand darstellende Ausrückepläne erforderlich. Da es diesbezüglich keine Kartenwerke gibt, die diesen Anforderungen genügen, ist die Anfertigung derartiger Pläne im eigenen Haus erforderlich, wozu wieder wegen mangelnder Unterlagen vielfach Ortsbegehungen durchgeführt werden müssen. Im Jahre 1983 konnte eine Neuauflage des 323 Einzelblätter umfassenden Feuerwehrplanes im Maßstab 1 : 3.000 abgeschlossen werden. Die Qualität und den hohen Informationsgehalt dieses Kartenwerkes dokumentiert am besten das große Interesse anderer Einsatzorganisationen, wie vor allem der Polizei. So wurden 1983 der Bundespolizeidirektion 3.800 Einzelblätter zur Verfügung gestellt. Auch die organisatorischen Vorarbeiten für kalkulierbare Katastropheneinsätze sind zwar nicht sehr spektakulär, dafür aber um so mühsamer.

In den von der Magistratsdirektion—Verwaltungsorganisation festgelegten Arbeitsgruppen für die Erstellung bzw. Ausarbeitung von Katastrophenalarm- und -einsatzplänen gemäß den Bestimmungen des Wiener Katastrophenhilfegesetzes wurden die Arbeiten in den betreffenden Fachgebieten intensiviert fortgesetzt. So konnten der Hochwasseralarm- und Einsatzplan sowie der Erdbebeneinsatzplan des Landes Wien im Jahre 1983 fertiggestellt werden.

Die Konzipierung der Erfassungsblätter für die Erhebung gefährlicher Stoffe im Raum Wien wurde abgeschlossen. Mit der Erfassung „gefährlicher Stoffe" im Wiener Stadtgebiet wurde bereits im Rahmen der Magistratsabteilung für technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei bei periodisch durchzuführenden Revisionen der Betriebsanlagen sowie bei Neugenehmigungen begonnen. Die Erhebungsberichte werden vorerst der Abteilung für die EDV-mäßige Erfassung, Speicherung und Evidenzhaltung zugeleitet.

Um im Falle außergewöhnlicher Ereignisse im Bereich der Bundesbahn bessere Einsatzbedingungen zu schaffen, wurde mit den Österreichischen Bundesbahnen Kontakt aufgenommen; in Gesprächen zwischen Vertretern der ÖBB-Generaldirektion und der Feuerwehrdirektion konnten die Probleme erörtert werden.

Neben den Arbeiten und Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft und Schlagkraft der Feuerwehr erforderlich sind, muß jedoch auch jene umfangreiche und wertvolle Arbeit erwähnt werden, die von Offizieren der Wiener Berufsfeuerwehr auf dem Gebiete des vorbeugenden Brandschutzes geleistet wird.

Insbesondere die Mitarbeit bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen, den Brandschutz betreffend, und die Mitarbeit in den verschiedensten Gremien und Ausschüssen für die Erstellung von Önormen und technischen Richtlinien auf dem Gebiet des Brandschutzwesens sind hervorzuheben.

Im Bereich der Landesgesetzgebung wurde unter Führung der Magistratsabteilung für allgemeine baubehörd-

liche Angelegenheiten der Entwurf eines Gesetzes über Lagerung, Verfeuerung und Verarbeitung brennbarer Flüssigkeiten ausgearbeitet; die durch die „Luftreinhaltenovelle 1982" geänderten Bestimmungen des Wiener Feuerpolizeigesetzes wollte man in Richtung einer von der Abteilung vorgeschlagenen Novelle der „Feuerpolizeiverordnung" spezifiziert wissen. Im Normungswesen wurde bei der Erstellung einer Vielzahl von Brandschutznormen, deren Kernstück die Önorm B 3800 — „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen" — darstellt, beratend mitgewirkt. Ferner wurden im Rahmen von Ausschüssen des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes die „Technischen Richtlinien für den vorbeugenden Brandschutz", Nr. 102 „Fluchtwegorientierungsbeleuchtung", und unter der Führung der Wiener Feuerwehroffiziere „Brandschutz auf Baustellen" Nr. 149 sowie „Sicherheitsaufzüge" Nr. 150 erarbeitet. Entsprechend den Innovationen auf dem Datenverarbeitungssektor wurde die „Technische Richtlinie für den vorbeugenden Brandschutz" BV 123, „Brandmeldeanlagen", überarbeitet und liegt nunmehr als TRVB 123 vor. Im Rahmen des Ausschusses „Verkehrsanlagen und -wege" wurde außerdem der Brandschutz in Straßen- und Bahntunnels behandelt. Die Arbeit dieser Verbandsgremien manifestiert den Stand der Brandschutztechnik, der sowohl in Gesetzgebung und Interpretation als auch in magistratsinterne Weisungen einfließt.

In Zusammenarbeit mit Organen der mittelbaren Bundesverwaltung sowie Amtssachverständigen der entsprechenden Abteilungen wurden außerdem „Verkaufsstättenrichtlinien" für das gewerbebehördliche Verfahren entworfen. Auch der Brandsicherheitswachdienst, eine Überwachungstätigkeit von Organen der Abteilung bei Veranstaltungen und Messen, wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten und der Bundespolizeidirektion reorganisiert. Die sogenannte „H o t e l k o m m i s s i o n", die sämtliche Beherbergungsbetriebe Wiens auf Sicherheit überprüft, wurde weiterhin mit Amtssachverständigen der Abteilung beschickt. Diese Verfahren lösten naturgemäß viele Berufungen aus; die Gutachten der Abteilung, die auch noch von höheren Instanzen eingeholt werden, wurden jedoch in den Berufungsverhandlungen weitgehendst bestätigt. Die Anliegen der Wiener Feuerwehr fanden auch Verständnis bei der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Fremdenverkehr, die im April des vergangenen Jahres eine gutgestaltete Broschüre über betriebliche Maßnahmen zum Brandschutz in Fremdenverkehrsbetrieben herausgab.

Dem Brandschutz in Betrieben wird vor allem auch in personeller Hinsicht immer größere Bedeutung geschenkt. So erhöhte sich im Jahre 1983 die Anzahl der B e t r i e b s f e u e r w e h r e n in Wien von 33 auf 36. Für deren Ausbildung wurden insgesamt 18 Lehrgänge abgehalten. In Zusammenarbeit zwischen der Abteilung, dem Landesverband der Betriebsfeuerwehren Wiens und dem WIFI-Wien wurden in fünf Brandschutzseminaren 185 Angehörige aus Industrie- und Gewerbebetrieben zu Brandschutzbeauftragten ausgebildet. Gemeinsam mit der Magistratsdirektion—Verwaltungsakademie wurden in zwei Brandschutzseminaren 83 Angehörige des Anstaltenamtes zu Brandschutzwarten ausgebildet und 80 Sicherheitsvertrauenspersonen des Wiener Magistrates in einem zweitägigen Brandschutzseminar in Angelegenheiten des Brandschutzes unterwiesen.

Da eine sehr häufige Unfallursache in Wohnungen in den Bereich der Feuerstätten fällt und der Abteilung die Überprüfung der durch Landesgesetze festgelegten Aufgaben der Rauchfangkehrer obliegt, ist auch der Einfluß der hiefür zuständigen Spezialisten in dieser Abteilung auf Gesetzesentwürfe und Verordnungen erklärbar. 1983 war das erste Jahr des Wirksamwerdens der Novelle des Wiener Feuerpolizeigesetzes, LGBl. für Wien Nr. 17/1982, der sogenannten L u f t r e i n h a l t e n o v e l l e 1982, die mit 1. Jänner 1983 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz brachte auch wesentliche Veränderungen auf dem Gebiet der Kehr- und Überprüfungsvorschriften von Feuerstätten und Rauch- bzw. Abgasfängen und neue Kompetenzen für die Abteilung mit sich, wie das Feststellen von Heizverboten mit Bescheid auf Grund des Feuerpolizeigesetzes. Als Erleichterung für die Bevölkerung ergab sich der Wegfall der Kontrollpflicht für unbenützte Rauchfänge. Bis zum Inkrafttreten der auf Grund der Luftreinhaltenovelle 1982 erforderlichen neuen Durchführungsverordnungen wird versucht, mit den betroffenen Dienststellen und Interessenvertretungen in Verhandlungen gemeinsame Interpretationen des Gesetzes und entsprechende Vorgangsweisen zu vereinbaren. Gleichzeitig wurde ein Sachverständiger in die zuständigen Gremien zur Erstellung der erforderlichen Novellen, nämlich der Kehrordnung, der Feuerpolizeiverordnung und der Feuerstättenverordnung, entsandt. Ebenso wurde an Entwürfen zu Verordnungen auf Grund der §§ 114 und 115 der Bauordnung für Wien, betreffend Feuerstätten, Rauchfänge, Abluftfänge und Luftleitungen, mitgearbeitet.Vertreter der Abteilung als größte Berufsfeuerwehr Österreichs haben in beratender Funktion bei vielen Fragen, die über den Interessenbereich des Landes Wien hinausgehen, mitgewirkt. Hiezu gehört unter anderem die Mitarbeit in den Fachnormenausschüssen 141 — „Klimatechnik", 187 — „Rauch- und Abgasfänge", 058 — „Heizanlagen" und in den zugehörigen Arbeitsgruppen 141.22 — „Brandschutztechnische Anforderungen an Luftleitungsanlagen", 187.1 — „Fertigteilrauchfänge" und 058.13 — „Überprüfung von Heizanlagen".

Abschließend konnte die Bedeutung der Wiener Berufsfeuerwehr für das Feuerwehrwesen in ganz Österreich auch dadurch unter Beweis gestellt werden, daß beim 14. Ordentlichen Bundesfeuerwehrtag des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes (ÖBFV) der Leiter der Abteilung, Branddirektor SR Dipl.-Ing. Abulesz, neu-

erlich zum Vizepräsidenten des ÖBFV und zum Vorsitzenden des „Fachausschusses für Berufsfeuerwehren im ÖBFV" gewählt wurde.

Im folgenden werden Berichte über die größten und bemerkenswertesten Einsätze im Jahre 1983 gebracht, die dokumentieren sollen, welch vielfältigen Anforderungen eine moderne Feuerwehr gerecht werden muß und wie hervorragend die Wiener Berufsfeuerwehr dies bewältigt:

Aus nicht mehr feststellbarer Ursache war es am 5. Jänner in der insgesamt rund 3.000 m² großen, aufgelassenen Lagerhalle (Holzbauweise) der Firma Alpine Montan in 20, Leystraße 19, zu einem Vollbrand gekommen, der von der 1. Löschbereitschaft mit vier Rohren und dem Wasserwerfer eines Großtankfahrzeuges im umfassenden Angriff bekämpft wurde, wobei zum Großtankfahrzeug eine etwa 300 m lange Zubringleitung gelegt werden mußte. Von der 2. Löschbereitschaft wurden an der Südseite der Lagerhalle vier Rohre vorgenommen. Die 3. Löschbereitschaft blieb in Reserve und war lediglich beim Herstellen zweier Zubringleitungen zur Löschwasserversorgung behilflich. Die Nachlöscharbeiten wurden unter Zuhilfenahme der Gelenksbühne durchgeführt.

Ein talfahrendes Motordampfschiff der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) fuhr am 31. März im dichten Nebel bei Stromkilometer 1953.400 auf die rechtsufrige Buhne auf. Bei dem Unfall wurde der Tank 2 mit einem Fassungsraum von 109.000 kg leck geschlagen. Das unter Radar fahrende Schiff sollte Heizöl leicht von der BP Linz zur ÖMV Lobau transportieren. Um 7.07 Uhr wurde die Nachrichtenzentrale der Feuerwehr von einem Öltreiben im Donaukanal in Kenntnis gesetzt. Da zu diesem Zeitpunkt die Feuerwehr noch keine Kenntnis vom Schiffsunfall hatte, wurde vorerst ein Kommandofahrzeug zur Untersuchung auf treibendes Öl im Donaukanal ausrückend gemacht. Als Sofortmaßnahme wurde zur Sicherung der Wärmetauscher des Fernheizwerkes Spittelau sowie des Kraftwerkes Simmering vor dem Einflutkanal je eine Ölsperre im Donaukanal ausgelegt. Weiters wurde über die Schleusenaufsicht Wien-Nußdorf das Schließen der Wehr und Schleusenanlage veranlaßt und der Wasserstand des Donaukanals um 30 cm gesenkt. In der Zwischenzeit konnte eine Funkverbindung mit der Stromaufsicht-Wien und dem verantwortlichen technischen Nautiker der DDSG aufgenommen werden. Vom Kapitän wurde darauf mitgeteilt, daß bereits rund 10.000 bis 15.000 l Heizöl leicht ausgeflossen waren. Weiters wurde darauf hingewiesen, daß das Schiff von der Buhne gezogen werden solle, wobei die Gefahr bestünde, daß weitere Tankkammern leck würden. Es wurde daher eine Ölsperre vor der Kaiserbadschleuse ausgelegt und versucht, das Öl in der Schleusenkammer zu fangen, um es dort aufzusaugen. Im Kehrwasser des Kuchelauer Hafens, vor allem im Bereich des rechtsseitigen Ufers, drang Öl in den Yachthafen ein. Durch Auslegen einer 70-m-Ölsperre konnte das Eindringen in den Winterhafen verhindert, das im Hafen angesammelte Öl zum Teil mit Ölbindemitteln aufgesaugt und anschließend abgeschöpft und in Einweggebinden gesammelt werden. Die Ölsperre wurde bis in die Morgenstunden des darauffolgenden Tages überwacht. Da infolge des herrschenden Windes auch geringe Mengen Öl durch das Kehrwasser in den Freudenauer Vorhafen und Alberner Hafen vordrangen und im Alberner Hafen eine Gefahr für das Blaue Wasser (Naturschutzgebiet) bestand, wurde vor demselben eine Ölsperre ausgelegt und laufend überprüft. Die im Donaukanal ausgelegten Ölsperren wurden über Weisung der Schiffahrtspolizei in den Nachmittagsstunden eingezogen.

Ein von der Westautobahn am 13. April stadteinwärtsfahrender Sattelschlepper war in Höhe der Raststätte „Novotel" ins Schleudern gekommen, an die mittlere Leitschiene geprallt, hatte dabei vier Lichtmasten umgerissen und war schließlich seitlich umgestürzt. Bei dem Unfall war der Lenker in seinem Fahrzeug eingeklemmt und dabei getötet worden. Nach der Unfallaufnahme durch das Verkehrsunfallkommando wurde der Sattelschlepper, der seine gesamte Ladung, bestehend aus Stahlblechen, Stahlrohren und Rundeisen, bei dem Unfall verloren hatte, mit zwei Kranfahrzeugen auf die Räder gestellt. Mit Hilfe von hydraulischen Schneidgeräten wurde die Leiche des Lenkers geborgen.

Eine am 20. April stadteinwärts fahrende Zugsgarnitur der Linie 46 war im Kreuzungsbereich Thaliastraße-Enenkelstraße entgleist. Die Garnitur rollte in voller Fahrt über den Kreuzungsbereich, den linksseitigen Gehsteig und beschädigte mit ihrer linken Frontseite die Fassade des Hauses Thaliastraße 146 im Bereich von etwa 15 m Länge. Bei der Ankunft der Feuerwehr waren die 12 verletzten Straßenbahnfahrgäste sowie der verletzte Fahrer bereits befreit und der Rettung übergeben worden. Als erste Maßnahme wurde die schwer beschädigte Kupplung zwischen Trieb- und Beiwagen getrennt. Nach Beseitigen einer Oberleitung und Abspannen wurden Triebwagen und Beiwagen unter Verwendung von Hebebalken mit dem Teleskopbergekran der Feuerwehr an eine Stelle gehoben, die ein Eingleisen durch die Verkehrsbetriebe möglich machte. Eine Pölzung des beschädigten Hauses wurde vom anwesenden Permanenzingenieur als nicht notwendig erachtet. Der Straßenverkehr der Linie 46 war etwa vier Stunden unterbrochen.

Aus unbekannter Ursache war es am 28. April in einem Elektrogeschäft in 2, Leopoldsgasse 25, zu einem Brand gekommen. Bei der Ankunft der Feuerwehr befanden sich die beiden Räume des Geschäftes in Vollbrand, die gassenseitig gelegene Tür sowie das daneben liegende Fenster waren durchgebrannt, und die Flammen schlugen aus beiden Öffnungen bis zu einem Balkon im 2. Stock. Die Fenster einer über dem Geschäft liegenden Wohnung waren ebenfalls in Brand geraten. Es wurde gleichzeitig mit der Ankunft der 1. Löschbereitschaft Alarmstufe 2 ausgelöst. Von der 1. Bereitschaft wurde die Brandbekämpfung mit zwei Rohren von außen

sowie einem Rohr unter Atemschutz im Geschäftsinneren in Angriff genommen. Ein weiterer Atemschutztrupp drang zu den in den oberen Stockwerken eingeschlossenen Personen vor. Da sich noch etwa 30 Personen im Gebäude befanden, wurde Alarmstufe 3 gegeben. Zur Rettung von Personen wurden in der Schwarzingergasse und in der Pfarrgasse Drehleitern in Stellung gebracht. Von der 2. Löschbereitschaft wurden zwei Gruppen unter Atemschutz zum Durchsuchen aller Wohnungen nach eventuell verunfallten Personen eingesetzt. Dabei wurden acht Personen, darunter zwei Kleinkinder, ins Freie gebracht. Die 3. Bereitschaft blieb in Bereitstellung.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 25. Mai in 14, Hütteldorfer Straße 195, eine aus Zimmer und Küche bestehende Wohnung im 3. Stock in Vollbrand geraten. Der Brand hatte bereits hofseitig auf die benachbarte Wohnung übergegriffen. Eine auf Grund des Brandgeschehens in einer Nachbarwohnung eingeschlossene Frau wurde mit einem Arbeitskorb einer Drehleiter in Sicherheit gebracht. Der auf den Gang geflüchtete und von einer Hauspartei sowie von zwei Sicherheitsbeamten vom 3. in den 2. Stock getragene Besitzer der Brandwohnung wurde schwerverletzt an den Rettungsdienst übergeben. Der Brand wurde mit zwei Rohren unter Atemschutz gelöscht. Von der 2. Löschbereitschaft wurden mit zwei Atemschutztrupps der Dachboden sowie einige Wohnungen im 3. Stockwerk untersucht. Eine weitere Gruppe schloß den Gashaupthahn im Keller. Gleichzeitig mit den vorgenannten Lösch- und Untersuchungsarbeiten wurden jene im 3. Stockwerk gelegenen Wohnungen, die vom Brandgeschehen nicht direkt betroffen waren, durchlüftet und die angetroffenen Bewohner in die darunterliegenden Stockwerke geführt.

Laut Aussage von Arbeitern einer Baufirma, die am Dach des in Bau befindlichen Hochregallagers der Firma Huber in 11, Modecenterstraße 11, mit der Montage von Blechkassetten beschäftigt waren, hatten diese nach der Rückkehr von der Mittagspause am Dach brennende Holzteile und bereits brennende Dachpappe vorgefunden. Löschversuche mit Sand blieben ergebnislos, da sich der Brand rasch ausbreitete. Die Arbeiter konnten noch drei Flüssiggasflaschen in Sicherheit bringen und mußten dann wegen des sehr starken Qualmes das Dach verlassen. Die Löscharbeiten wurden vorerst mit zwei Rohren auf das Dach eingeleitet und in der Folge durch ein Rohr unter Atemschutz über eine Drehleiter sowie den Wasserwerfer der Gelenksbühne ergänzt. Zur Wasserversorgung wurden zwei Zubringleitungen gelegt und ein Großtankfahrzeug eingesetzt. Da bei einer nicht ausreichend gesicherten Brandmauer der Brand bereits in das daneben befindliche 2. Hochregallager durchgebrochen war, mußte dort ein weiteres Rohr unter Atemschutz zur Brandbekämpfung vorgenommen werden. Ein auf dem rund 350 m² großen brennenden Dach befindlicher Teerkessel mußte gleichfalls gelöscht werden. Das Dach selbst wurde durch den Brand so schwer beschädigt, daß Einsturzgefahr bestand. Der Brand erregte durch beträchtliches Flammenvolumen und äußerst starke Rauchentwicklung wegen der umfangreichen Wärmedämmung aus Polistyrol erhebliches Aufsehen.

Vermutlich durch einen achtlos weggeworfenen Zigarettenrest waren am 21. Juli auf dem Dach des Durchgangstraktes zwischen dem Mariannenhof und dem Kapellenhof im Schloß Schönbrunn der hölzerne Laufsteg und in weiterer Folge rund 5 m² Holzschalung, Sparren und Bundträme der Dachkonstruktion in Brand geraten. Die Brandmeldung erfolgte durch den im Dachraum installierten automatischen Melder. Aus Sicherheitsgründen wurde unverzüglich Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Öffnen des mit Kupferblech eingedeckten Daches unter Einsatz von Motortrennsägen wurde der Brand mit einem Rohr unter Atemschutz gelöscht. Die unterhalb der Brandstelle gelegenen Schauräume wurden genauestens durchsucht und überprüft.

Vermutlich durch einen Lagerschaden an einem Mähdrescher war am 1. August ein zum Großteil abgeerntetes Feld mit Wicken-Roggen-Gemisch in 22, Hardeggasse, in Brand geraten. Infolge des aufkommenden starken Windes breitete sich der Brand entlang des Mühlgrundweges in Richtung Kaisermühlenstraße aus. Von der erstausgerückten Löschmannschaft wurden zum Schutz der Einfamilien- und Gartenhäuser im Bereich Mühlgrundweg—Mühlgrundgasse fünf Rohre Tankwasser eingesetzt und damit ein Übergreifen auf Gärten und Gartenhäuser verhindert. Da auch durch massiven Einsatz von zwei Wasserwerfern auf Großtankfahrzeugen eine Ausbreitung des Brandes in Richtung Kaisermühlenstraße auf Grund des herrschenden Windes nicht vermeidbar schien, wurde Alarmstufe 2 und kurz darauf Alarmstufe 3 ausgelöst. Von der 2. Löschbereitschaft und einem weiteren Großtankfahrzeug wurde der Abschnitt Kaisermühlenstraße südwestlich des Sportplatzes ESV Stadlau bis Viehtriebbrücke (Wald) mit fünf Rohren und einem Wasserwerfer auf einem Großtankfahrzeug bekämpft. Von der 3. Löschbereitschaft wurden mit vier Rohren und viermal Tankwasser eines Großtankfahrzeuges Gestrüpp und dürres Gras auf dem Sportplatz sowie Gestrüpp und Stoppelfelder südlich des Sportplatzes abgelöscht. Von Störtrupps der Post und der Elektrizitätswerke wurden vom Brand in Mitleidenschaft gezogene Freileitungen und Maste untersucht.

Auf einem inmitten von Geräten und offenem Verbauungsgebiet befindlichen Grundstück in 11, Kimmerlgasse 28, auf dem nahezu ausschließlich iranische Fernlastzüge abgestellt werden, war am 25. August zu einem nicht feststellbaren Zeitpunkt eine nicht mehr eruierbare Menge einer unbekannten, stark Säuredämpfe hervorrufenden Flüssigkeit ausgeronnen oder ausgeleert worden. Der Verursacher ist unbekannt. Mit den entsprechenden Erhebungen wurde von der Kripo noch während des Einsatzes begonnen. Beim Eintreffen war die Dampfentwicklung so stark, daß aus einer Entfernung von rund 200 m dichte weiße Schwaden ähnlich einer

Die Feuerwehr der Stadt Wien erhielt eine neue 50-Meter-Drehleiter

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Presse und Informationsdienst

Die Fahrten mit dem Donaubus sind bei den Rundfahrten „Modernes Wien" besonders gefragt

Amtsführender Stadtrat Roman Rautner (Bauten) überzeugt sich vom Baufortschritt des neuen Kindertagesheimes im 2. Bezirk, Engerthstraße

Bauten

Straßenbau

Die Flughafenautobahn A 4 kurz vor der Verkehrsfreigabe

Rauchentwicklung wahrnehmbar waren. Die Dämpfe breiteten sich nach allen Richtungen schwadenartig aus und ließen eine Annäherung an die Einsatzstelle ohne Atemschutz nicht zu. Als Erstmaßnahme wurde unter Atemschutz erkundet, daß ein erheblicher Teil der Flüssigkeit bereits versickert, verdampft bzw. in tiefer gelegene Gärten abgeronnen sein dürfte. Vorerst wurde mit einem Großtankfahrzeug unter Atemschutz ein Wasserschleier vor dem Aufstellplatz in der Kimmerlgasse gelegt, um die Schwadenbildung einzudämmen. In weiterer Folge wurden von mehreren Atemschutztrupps insgesamt rund 500 kg Kalk sukzessive auf die etwa 150 m² große Grundstücksfläche aufgebracht, wobei zwischendurch insgesamt rund 25.000 l Wasser zur Verdünnung beigemischt wurden. Von der Versuchs- und Forschungsanstalt wurde eine gezogene Probe zur Analyse gebracht, wobei man glaubte, daß es sich um Acetanhydrid handelte. In der Nachbarschaft des Grundstückes klagten mehrere Personen über Übelkeit und Reizung der Atemwege. Ein Passant wurde vom Rettungsdienst untersucht und anschließend in häusliche Pflege entlassen. Nachträglich wurde durch Labortests bestätigt, daß es sich tatsächlich um Acetanhydrid handelte.

Infolge eines Selbstmordversuches durch Verbrennen war am 26. August in der Eckwohnung im 4. Stock des Hauses Vivariumstraße 4 ein Brand ausgebrochen. Der Brand hatte über das Stiegenhaus und die darin liegende Gasleitung auf die darüberliegenden Wohnungen der Stockwerke 5, 6 und das Dachgeschoß übergegriffen. Beim Eintreffen der erstausgerückten Löschbereitschaft stand die Eckwohnung im 4. Stock, eine hofseitige Wohnung im 6. Stock, das Stiegenhaus vom 4. Stock bis zum Dachgeschoß sowie die Dachgeschoßwohnung in Vollbrand, wobei die Flammen teilweise bis über das Dach schlugen. An mehreren Fenstern der oberen Stockwerke, hof- und gassenseitig, riefen Bewohner um Hilfe, da der Fluchtweg über das Stiegenhaus durch das Feuer versperrt war. Wegen der zahlreichen Anzeigen wurde bereits während der Anfahrt von der Nachrichtenzentrale Alarmstufe 2, unmittelbar nach Ankunft der 1. Löschbereitschaft auf Grund der vorgefundenen Lage Alarmstufe 3 und kurz darauf Alarmstufe 4 ausgelöst. Von der 1. Löschbereitschaft wurden zwei Atemschutztrupps zur Menschenrettung im Inneren des Hauses, die Drehleiter zur Rettung der Eingeschlossenen an der Hausfront Vivariumstraße, ein Sprungbalg im Hof und zwei Rohre zur Bekämpfung des Flammenüberschlages im Außenangriff eingesetzt. Aus dem 5. Stock wurden zwei Kinder und eine Frau, aus dem 6. Stock eine Frau über Drehleiter geborgen. Während der Vornahme des Sprungbalges sprang ein etwa 10jähriges Mädchen in den Hof, wobei es sich tödliche Verletzungen zuzog. Von den Atemschutztrupps wurde im 4. Stock des Stiegenhauses eine stark verbrannte männliche Leiche aufgefunden. Ein Vordringen in höhere Stockwerke war vorerst auf Grund des Gasbrandes im Stiegenhaus nicht möglich. Es wurde daher zuerst der Brand mit zwei Rohren im Innenangriff bekämpft. Von der 2. Löschbereitschaft wurden im Hof der Wohnhausanlage zwei weitere Sprungbälge in Stellung gebracht. Anschließend wurde mit einer Hakenleiter hofseitig in den 5. Stock aufgestiegen und eine etwa 35jährige Frau aus einer Wohnung im 5. Stock in Sicherheit gebracht. Weiters wurde in den 6. Stock aufgestiegen und eine 80jährige Frau, die nicht in der Lage war, über die Hakenleiter abzusteigen, nach Anlegen eines Atemschutzgerätes über das mittlerweile passierbare Stiegenhaus in Sicherheit gebracht. Eine weitere Drehleiter wurde im Bereich Helenengasse—Vivariumstraße eingesetzt und brachte vier Personen, darunter ein Kind und einen Erwachsenen im bewußtlosen Zustand, aus dem 6. Stock unmittelbar oberhalb der Brandausbruchstelle in Sicherheit. Aus der hofseitig gelegenen Wohnung im 6. Stock wurde eine etwa 65jährige Frau unter Atemschutz in eine gassenseitig gelegene Wohnung gebracht und anschließend mit der Drehleiter gerettet. Nach Eintreffen der 3. und 4. Bereitschaft wurden weitere vier Atemschutztrupps ausgerüstet und sämtliche bis dahin unzugänglichen Räume des Hauses durchsucht. Der Brand im Dachgeschoß wurde mit Wasserwerfern der Gelenksbühne gelöscht. Im Zuge der Brandbekämpfung einer Wohnung im 6. Stock, die in Vollbrand stand, wurde eine bereits bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche vorgefunden. Zum Schutz des Dachbodens des Hauses Vivariumstraße 2 mußte ein weiteres Rohr unter Atemschutz vorgenommen werden. Insgesamt kamen bei dem Brand drei Personen ums Leben, elf Personen konnten von der Feuerwehr gerettet werden.

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 16. September in einer Lager- und Werkshalle in 23, Carlbergergasse 40, zu einem Brand von rund 70 m³ Kunststoffplanen, Gummi, Bodenbelägen, Reifen und Verpackungsmaterial auf einer Fläche von etwa 1.200 m² gekommen. Bei der Ankunft der ersten Einsatzkräfte schlugen die Flammen teilweise bereits über das Dach in etwa 8 m Höhe. Der Brand wurde von der 1. Löschbereitschaft mit fünf Rohren unter Atemschutz im Innenangriff sowie mit zwei Rohren über eine Drehleiter bekämpft, die 2. Löschbereitschaft nahm gleichfalls ein Rohr über eine Drehleiter vor sowie zwei weitere Rohre unter Atemschutz in die Werkshalle. Mit firmeneigenen Schläuchen und Wandhydranten wurden in der Halle noch zwei weitere Rohre vorgenommen, so daß die Brandbekämpfung zeitweise mit bis zu zwölf Rohren geführt wurde. Insgesamt waren für die Wasserversorgung drei Zubringleitungen erforderlich. Da die Brandrauchentlüftung in der Halle nicht funktionierte, mußten feuerwehreigene E-Ventilatoren zur Belüftung eingesetzt werden.

Bei Eintreffen der Feuerwehr am 18. Oktober stand das Obergeschoß eines etwa 40 × 10 m großen zweigeschossigen Lagergebäudes in 22, Dr.-Otto-Neurath-Gasse 1, nahezu in der gesamten Länge in Vollbrand; der Brand war teilweise bereits durch das Dach durchgebrochen. Die tragende Konstruktion, das Dach und die Zwischendecke (Industriedecke) waren komplett in Holzbauweise ausgeführt. Die Außenwände zwischen den

Stehern bestanden aus Ziegelmauerwerk. Gelagert waren Kunststoffteile für Elektroinstallationen. Der Brand wurde auf Grund der sehr starken Rauchentwicklung anfangs mit drei Rohren unter Atemschutz (davon eines über ein Nachbarobjekt in das Obergeschoß) sowie drei weiteren Rohren und einem Wasserwerfer eines Großtankfahrzeuges bekämpft. Für die Löschversorgung mußten drei Zubringleitungen von Hydranten gelegt werden, ein Großtankfahrzeug stand als Reserve zur Verfügung. In weiterer Folge wurde der Wasserwerfer des Großtankfahrzeuges durch den Wasserwerfer der mittlerweile eingetroffenen Gelenksbühne ersetzt, wodurch der Brand auch von oben gezielt bekämpft werden konnte. Die Korbbesatzung arbeitete unter Atemschutz. Mit einem Wasserwerfer der Gelenksbühne, vier Rohren im Außen- und zwei Rohren im Innenangriff konnte der Brand nach etwa einer Stunde unter Kontrolle gebracht und nach einer weiteren Stunde bis auf Glutnester gelöscht werden. Ein Übergreifen des Brandes auf zwei angebaute ebenerdige Nachbarobjekte konnte verhindert werden. Die in der Anfangsphase sehr starke Rauchentwicklung hatte zu einigem Aufsehen unter der Bevölkerung des 22. Bezirkes geführt.

Vermutlich durch Flammenrückschlag in einem nicht ordnungsgemäß ausgeführten gasbefeuerten Ofen war es am 16. November in einem rund 100 m² großen hölzernen Lagerschuppen in 23, Breitenfurter Straße 349, in dem Pkw-Ersatzteile und Autoreifen gelagert waren, zu einem Brand gekommen, der beim Eintreffen der ersten Löschkräfte bereits auf eine angrenzende, etwa gleich große hölzerne Lagerbaracke übergegriffen und auch mehrere im Freien abgestellte Pkw in Brand gesetzt hatte. Der Brand wurde von zwei Löschbereitschaften im umfassenden Angriff mit sieben Rohren gelöscht. Gleichzeitig mit der Brandbekämpfung wurden mehrere im Gefahrenbereich abgestellte Pkw entfernt. Insgesamt wurden durch den Brand 20 Pkw zum Teil total vernichtet. Der Verkehr auf der Breitenfurter Straße war infolge starker Rauchentwicklung fast über die Gesamtzeit des Einsatzes gesperrt.

Aus unbekannter Ursache waren am 18. November ein rund 100 m² großes eingeschossiges Gebäude sowie anschließend daran Holzlagerungen in 2, Nordbahnhof, Kohlenhof 6, im Ausmaß von etwa 500 m³ in Brand geraten. Bei Ankunft der 1. Löschbereitschaft standen das Gebäude und die Holzlagerungen in Vollbrand. Im umfassenden Angriff wurde der Brand zunächst mit vier Rohren bekämpft. Auf Grund des Wassermangels wurden zunächst zwei Großtankfahrzeuge angefordert und nach ihrem Eintreffen die beiden Werfer der Fahrzeuge zu dem Versuch eingesetzt, die Brandintensität zu brechen. Da mittlerweile im Anschluß an die brennenden Holzlagerungen eine etwa 50 m lange Holzbaracke, gefüllt mit Bauholz, sowie eine nahegelegene Lagerhalle einer Speditionsfirma vom Brand bedroht waren und bereits Wassermangel feststellbar war, wurde Alarmstufe 4 ausgelöst; es wurden auch die beiden restlichen Großtankfahrzeuge sowie ein Schlauchcontainer alarmiert. Von der 2. Löschbereitschaft wurden mit Hilfe des Schlauchcontainers fünf Zubringleitungen von Hydranten in einer Gesamtlänge von rund 2.500 m hergestellt und ein Teil des Brandes mit drei Rohren und einem Wasserwerfer bekämpft. Von der 3. Löschbereitschaft wurden drei Rohre, zum Teil unter Atemschutz, vorgenommen und Räumarbeiten im Bereich der Holzlagerungen durchgeführt. Schwer zugängliche Brandherde wurden mit dem Wasserwerfer der Gelenksbühnen von oben bekämpft. Die 4. Löschbereitschaft übernahm vorerst den Schutz der gefährdeten Objekte, wobei für drei Rohre zwei weitere Zubringleitungen gelegt wurden. In weiterer Folge wurden dann auch diese Rohre zur endgültigen Niederschlagung des Brandes eingesetzt. Insgesamt waren somit vier Wasserwerfer (einer über Gelenksbühne) sowie zeitweise bis zu zwölf Rohre im Einsatz. Die Nachlöscharbeiten dauerten noch mehrere Stunden.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 12. Dezember in dem Klavierbauerbetrieb Rudolf Reisinger in 6, Königsklostergasse 7, ein Brand ausgebrochen. Bei Ankunft der Feuerwehr standen die zur Königsklostergasse gelegenen Betriebsräume im Erdgeschoß und Mezzanin in Vollbrand. Die Flammen schlugen aus den Fenstern und drohten auf den ersten Stock überzugreifen. Aus den Fenstern zur Pfauengasse drang Rauch sowie Feuerschein. Da für die über dem Betriebslokal befindlichen Wohnungen Gefahr bestand, wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Als Erstmaßnahme wurden zwei Rohre von der Königsklostergasse aus im Außenangriff eingesetzt, das Stiegenhaus wurde begangen und rauchfrei vorgefunden, die Wohnungen überprüft und ebenfalls ungefährdet vorgefunden. In der Folge gelangten ein Rohr unter Atemschutz über ein hofseitig gelegenes Fenster und ein weiteres Rohr unter Atemschutz über eine Drehleiter von der Straßenseite zum Einsatz. Durch den Brand wurden die Geschäftsräume zur Königsklostergasse völlig zerstört sowie die zwischen Erdgeschoß und Mezzanin liegende Industriedecke stark beschädigt. Nach Pölzen der Deckenreste mit Deckenstützen und Pfosten wurde der Brandraum im Erdgeschoß geräumt und die im Mezzanin vorgefundenen Überreste von Klavieren im Erdgeschoß abgelegt. Personen waren nicht zu Schaden gekommen.

Infolge Brandstiftung war am 13. Dezember im Inneren der „Großen Alten Geisterbahn" in 2, Prater — einem zweigeschossigen Holzriegelbau mit rund 250 m² Grundfläche — ein Brand ausgebrochen. Der Brand war vom Besitzer der gegenüberliegenden Spielhalle beim Übergreifen auf die Straßenfront bemerkt und der Feuerwehr angezeigt worden. Beim Eintreffen der 1. Löschbereitschaft stand das Gebäude in Vollbrand. Der 1. Löschangriff wurde im Bereich Zufahrtsstraße nur zum Schutz der Nachbarobjekte, eines Autodroms und einer Hochschaubahn sowie eines benachbarten Wohngebäudes, vorgetragen. Des weiteren wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Das mit einer großen Menge brennbarer Dekorationen ausgestattete Gebäude ging jedoch bereits vor

Eintreffen der nachalarmierten Löschkräfte voll in Flammen auf. Durch die strahlende Hitze wurden sowohl Scheiben und Reklameschilder der an der Zufahrtsstraße gegenüberliegenden Spielhallen als auch ein Löschfahrzeug beschädigt. Nach Eintreffen des 1. Großtankfahrzeuges wurde der Brand auch mit einem Wasserwerfer bekämpft und nach Eintreffen der 2. Löschbereitschaft, von der die notwendigen Zubringerleitungen hergestellt und zwei weitere Rohre von der Perspektivstraße vorgenommen wurden, mit insgesamt sieben Rohren im umfassenden Angriff bekämpft und um etwa 18 Uhr lokalisiert. Ein Übergreifen des Brandes auf die Nachbarobjekte konnte trotz Funkenfluges weitgehendst verhindert werden, ein kleinerer Dachbrand am Autodrom wurde gelöscht.

Im Zuge von Renovierungsarbeiten war es am 29. Dezember im Gebäude des Verkehrsministeriums und der ÖBB-Direktion in 1, Elisabethstraße 9, zum Einsturz der Stiege 2 gekommen, wobei drei Personen zum Teil schwer und eine Person tödlich verletzt wurden. Mehrere Personen waren in nicht mehr zugänglichen Räumen eingeschlossen. Beim Eintreffen der 1. Bereitschaft waren die verletzten Personen bereits von der Rettung übernommen worden. Es wurde zuerst der im Keller liegende Gashaupthahn geschlossen und die Suche nach weiteren eventuell verschütteten Personen in Angriff genommen, wobei ungefähr 5 m³ Mauerwerk aus dem Stiegenhaus entfernt und im Hof abgelegt wurden. Glücklicherweise wurden keine Personen mehr gefunden. Von der 2. Bereitschaft wurden acht Personen, die im Zwischengeschoß über dem Erdgeschoß eingeschlossen waren, über Kombileiter in Sicherheit gebracht. Weiters wurden die angrenzenden Räume in allen Geschossen begangen, wobei keine Anzeichen einer Einsturzgefahr festgestellt werden konnten.

Bauten

Errichtung von Nutzbauten

Im Allgemeinen Krankenhaus konnte das Pathologisch-anatomische Institut fertiggestellt werden. Für die Kieferchirurgische Universitätsklinik wurde die Abrechnung durchgeführt, für die Universitätsklinik für Arbeitsmedizin der Bauteil 1 und 2 abgerechnet. An der I. Klinik für Unfallchirurgie wurde die Station 42 zu einem OP-Trakt mit Reinraumkabine umgebaut. Ferner mußten feuerpolizeiliche Auflagen im Alten Haus des Allgemeinen Krankenhauses veranlaßt werden. In der Schwesternschule waren verschiedene Adaptierungsarbeiten wie die Fußboden- und Installationsinstandsetzung und die Sanierung des zweiten Aufzuges vorzunehmen. Der Bau der Zentralküche konnte abgeschlossen werden. Die Verstärkung der Niederspannungsanlagen in Hof 1, 6 und 7 samt Verstärkung der Mittelspannungsleitungen mußte im Alten Haus und in den neuen Kliniken durchgeführt werden. Die I. Universitäts-Hautklinik wurde umgebaut und adaptiert, für die Tiefparkgarage waren Behördenauflagen zu erfüllen. In der I. Universitäts-Augenklinik und der I. Chirurgischen Universitätsklinik mußten die Aufzugsanlagen erneuert werden. In der II. Medizinischen Universitätsklinik wurden das Röntgen und der Aufnahmeraum E ausgebaut, in der I. Medizinischen Universitätsklinik waren eine Station zur Knochenmarktransplantation zu errichten und Adaptierungsarbeiten durchzuführen. In der I. Chirurgischen Universitätsklinik wurde ein Zubau zur Röntgenstation sowie zur I. Unfallchirurgie im Hof 1 errichtet. Patientenbezogene bauliche Maßnahmen sowie verschiedene Adaptierungsarbeiten waren in der Station 57 b der I. Universitäts-Augenklinik, in der Station 77 der II. Universitäts-Hautklinik, in der Station C 25 der I. Medizinischen Universitätsklinik und in der Station B 2 der I. Medizinischen Universitätsklinik durchzuführen.

In verschiedenen Straßenzügen und Objekten wurden im Zuge der Erdgasumstellung Ergasleitungen saniert. Ferner wurden Anschlußarbeiten für Apparate und Geräte, bauliche Maßnahmen für die Automatische Datenverarbeitung, Arbeiten an Fassaden, Fenstern und Dächern sowie verschiedene andere Baumaßnahmen und Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten durchgeführt.

Das Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, das mit insgesamt 9 Stationen und 405 Betten 1981 in die Verwaltung des Anstaltenamtes übergeben wurde, konnte im Laufe des Jahres 1982 stufenweise in Betrieb genommen werden. Die offizielle Eröffnung des vollbelegten Hauses erfolgte am 11. Oktober 1982. Das Pflegeheim besitzt neben den Einrichtungen für die Pflege und Behandlung von stationären Patienten im Geriatrischen Tageszentrum auch die Räumlichkeiten und Einrichtungen für die ambulante Betreuung älterer Menschen. Mit der für 1983 vorgesehenen Restbaurate konnten die sich aus der Inbetriebnahme ergebenden Ergänzungsarbeiten bedeckt und das Objekt schlußabgerechnet werden. Der bei der Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung genehmigte Vorentwurf für den Bauabschnitt Krankenhaus konnte nach Genehmigung des Sachkredites für Planung und Bauvorbereitung entwurfsmäßig durchgearbeitet werden. Die Herrn Amtsführenden Stadträte Univ.-Prof. Dr. *Stacher,* Ing. *Hofmann, Mayr* und *Rautner* wurden in der neunten Bauausschußsitzung, die am 25. Oktober 1983 abgehalten wurde, über den Stand der Planung und das Ergebnis der Kostenberechnung informiert. Bis Ende 1983 hatte das Anstaltenamt die Detail-BO-Planung für die erste Ausbaustufe mit den zugehörigen Raumblättern erstellt, die Magistratsabteilung für Stadtgestaltung den Entwurf und die Einreichpläne ausgearbeitet, die Magistratsabteilung für Gebäude des Sozial- und Gesundheitswesens und verschiedene Nutzbauten die statischen Vorbemessungen durch Statiker der Arbeitsgemeinschaft und Kostenberechnungen in Zusammenarbeit mit Architekten der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt sowie ein Ausschreibungskonzept für den konstruktiven Rohbau ausgearbeitet. Die Magistratsabteilungen für Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft sowie für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte hatten für die haustechnischen Anlagen die entwurfsmäßige Durcharbeitung abgeschlossen sowie die für den Baubeginn notwendigen Ausschreibungen durch die beauftragten Konsulenten erarbeitet. Der Bauausschuß nahm den Bericht über den Stand der Planung und die Bauvorbereitung zur Kenntnis und wies die an der Planung beteiligten Dienststellen an, den Planungsstand derart abzuschließen, daß gegebenenfalls nach Klärung der Finanzierung des Krankenhausbaues die Möglichkeit besteht, die Ausführungsplanung fortzusetzen. Weiters soll das bereits begonnene Baubewilligungsverfahren für die erste Ausbaustufe weitergeführt und die Baubewilligung sowie die grundsätzliche Bewilligung nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz eingeholt werden. Im Rahmen eines Gesamterhaltungsbudgets wurden im Sozialmedizinischen Zentrum Ost sämtliche für den Betrieb notwendigen Arbeiten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsbudgets wurden in der Krankenanstalt Rudolfstiftung sämtliche für den Betrieb notwendigen Erhaltungs-, Service- und Wartungsarbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Im Zuge der patientenbezogenen baulichen Maßnahmen wurden vier Krankenstationen im Hauptgebäude ausgemalt sowie Beschädigungen behoben. Für die Sanierung der Heizungs- und Elektroinstallationen in der Krankenpflegeschule wurde ein Kredit genehmigt. Die Arbeiten wurden mit der im Jahre 1983 vorgesehenen Abrechnungsrate (dritte Bau-

rate) fertiggestellt. Ferner wurde die Telephonanlage verbessert, wobei weitere Amtsleitungen gelegt wurden. Auf der Station B der Dermatologischen Abteilung wurde eine Raumteilung samt Beleuchtungsverbesserung durchgeführt und Geräteumstellungen im Röntgen- und Endoskopiebereich sowie Geräteinstallationen in der Zahnambulanz und im Zentralen OP-Bereich vorgenommen. Mit den Planungsarbeiten für den Anschluß an das Fernwärmenetz wurde begonnen, ferner waren energiesparende Maßnahmen durchzuführen.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsbudgets wurden im Mautner Markhof'schen Kinderspital sämtliche für den Betrieb notwendigen Arbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Im Zuge der patientenbezogenen baulichen Maßnahmen wurden Instandsetzungsarbeiten in der Chirurgischen Station im Hauptgebäude sowie in der Boxenstation durchgeführt. Im ersten Stock der Boxenstation wurden zusätzliche Mutter-Kind-Zimmer adaptiert. Die Dachdeckung in der Säuglingsstation wurde neu hergestellt. Der Einbau von Absaugungen für medizinische Gase im OP-Bereich und einer Flüssigsauerstoffanlage sowie die Verbesserung der medizinischen Gasversorgung im OP- und Intensivbereich wurden durchgeführt. Die Säuglingsstation wurde an die zentrale medizinische Gasversorgung angeschlossen.

In der Allgemeinen Poliklinik wurden Instandhaltungsarbeiten unter anderem an Straßen, Parkplätzen, Wasser- und Kanalisationsanlagen, Gebäuden und sonstigen Grundstückseinrichtungen durchgeführt. Die Arbeiten im Zuge der Durchführung von patientenbezogenen baulichen Maßnahmen in einer Krankenstation und die Instandsetzung bzw. Erneuerung von Fassaden, Fenstern und Dächern wurden abgeschlossen.

Im Krankenhaus Floridsdorf wurden Instandhaltungsarbeiten an Straßen, Parkplätzen, Wasser- und Kanalisationsanlagen, Gebäuden und sonstigen Grundstückseinrichtungen durchgeführt. Die Arbeiten im Zuge der Durchführung von patientenbezogenen baulichen Maßnahmen in einer Krankenstation wurden abgeschlossen. Mit der Herstellung neuer Aufzugstüren wurde begonnen. Der erste Teilabschnitt der Telephon-, Rundfunk- und Uhrenanlage sowie der erste Teil der Schwesternrufanlage wurden durchgeführt. Im Freigelände wurde ein Flüssigsauerstofflager errichtet.

Im Sophien-Spital wurden Instandhaltungsarbeiten an Straßen, Parkplätzen, Wasser- und Kanalisationsanlagen, Gebäuden und sonstigen Grundstückseinrichtungen durchgeführt. Die Arbeiten im Zuge der Durchführung von patientenbezogenen baulichen Maßnahmen in einer Krankenstation konnten abgeschlossen werden. Die Instandsetzung bzw. Erneuerung der Fassade, Dächer samt Verblechungen, Kamine und Fenster am Verwaltungsgebäude wurde abgeschlossen. Mit der Instandsetzung bzw. Erneuerung der Fassade, Dächer samt Verblechungen und Fenster am Medizinischen Pavillon wurde begonnen. Die Planungsarbeiten für die Erneuerung der Telephon-, Rundfunk-, Ruf- und Uhrenanlage wurden durchgeführt.

Im Franz-Joseph-Spital wurden die elektrischen Versorgungsleitungen ausgebaut, Baumeister- und Professionistenarbeiten fortgesetzt, das Kanalnetz im Infektionsbereich erneuert, die Kanalerneuerungsarbeiten ab dem Bereich des Stöcklgebäudes weitergeführt, ein Zugang im Stiegenhausbereich des Pavillons G 22 im zweiten Stock geschaffen, die hämatologische und onkologische Ambulanz im Keller des Pavillons II umgebaut und erweitert, in der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung ein Ambulanz-Zubau am Pavillon G 1 errichtet, die Fenster im Personalwohnheim B erneuert, patientenbezogene bauliche Maßnahmen durchgeführt, in der Station G 12 im Pavillon G eine Saalunterteilung vorgenommen und laufende Erhaltungs- und Revisionsarbeiten in der Anstalt ausgeführt.

Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel wurden Adaptierungsarbeiten am Pavillon C, Fassadenarbeiten am Direktionsgebäude, patientenbezogene bauliche Maßnahmen in der Station A 3, laufende Erhaltungs- und Prüfungsarbeiten in der Anstalt durchgeführt und mit dem Bau eines Notstrom-Containeraggregates begonnen.

Im Preyer'schen Kinderspital wurde eine Intensivpflegestation geschaffen und die Früh- und Neugeborenenstation saniert, ferner waren laufend Erhaltungsarbeiten durchzuführen.

Im Krankenhaus Lainz wurde der Straßenbelag im Bereich der Zufahrt zum Pavillon VIII nach Kanaleinbauten erneuert, die Abklinganlage für die Strahlenbettenstation installiert, der Schauflächenverputz am Pavillon VIII, an der Pflegeschule in der Jagdschloßgasse (Teilabschnitte) und die Einfriedung in der Hermesstraße instand gesetzt. Die Urologische Abteilung, die unterhalb befindlichen Räumlichkeiten in der Augenabteilung und die Ambulanz der 1. Medizinischen Abteilung im Pavillon V wurden adaptiert. In der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung im Pavillon II a wurden Säle unterteilt, ferner waren patientenbezogene bauliche Maßnahmen vorzunehmen, Apparate und Geräte anzuschließen, verschiedene bauliche Maßnahmen durchzuführen und die Lichtstation in der dermatologischen Abteilung zu adaptieren. Größere Erhaltungsarbeiten waren in der Direktion (Sanitärgruppe), im A-Gebäude (radiologisch-technische Schule), im B-Gebäude (Dachdeckung) notwendig; ferner sind im Pavillon III (Strahlenabteilung) die Fenstererneuerung sowie im Pavillon VII die Adaptierung der Station im Quertrakt mit einer Saalunterteilung in der Station rechts von der dermatologischen Abteilung im ersten Stock zu nennen. Mit Fertigstellungstermin 1984 wurde mit der Erneuerung der Ambulanz und des Untersuchungsbereiches der Lungenabteilung im Pavillon VIII sowie der Heizungsanlage in

der Krankenpflegeschule, weiters mit der Fußbodensanierung, dem Geräteeinbau und der Installierung einer mechanischen Entlüftungsanlage in der Zentralküche sowie dem Anbau eines Gebäudes zum Pavillon VIII für die Installierung eines Mehrzweckaufzuges begonnen.

Im Pflegeheim Lainz wurden Bauvorhaben begonnen bzw. fortgesetzt und fertiggestellt, so im Pavillon I die Adaptierung und der Ausbau sämtlicher Stationen, Sofortmaßnahmen zur Sanierung der Anstaltskirche, im Pavillon XVI die Erneuerung der Sanitäreinheiten, im Pavillon IX der Zubau von Tagräumen im Erdgeschoß, in den Pavillons XV und X die Unterteilung von sieben Krankensälen, im Pavillon XV die Erneuerung der Dachdeckung ebenso wie patientenbezogene und verschiedene bauliche Maßnahmen. Größere Erhaltungsarbeiten waren in verschiedenen Pavillons auszuführen, so im Pavillon X die Erneuerung des Schauflächenverputzes und der Fenster, im Pavillon XV der Schauflächenverputz im Haupteingangsbereich, in der Garage die Dachdeckung, im Pavillon XVIII der Schauflächenverputz, im Freiland-WC beim Gebäude A die komplette Sanierung, im Pavillon VII das Verlegen von Bodenbelägen sowie die Erneuerung des Straßenbelages im Bereich der Anstaltskirche und des Haupteinganges. Mit Fertigstellungstermin 1984 wurden verschiedene Bauvorhaben begonnen, und zwar im Pavillon XII die Erneuerung der Sanitäranlagen und die Adaptierung der Krankenstationen im rechten Gebäudeteil einschließlich Saalunterteilungen und im Pavillon IX die Adaptierung der Sanitäreinheiten (Bad, Spüle, WC) im rechten Gebäudeteil.

Im Pflegeheim Baumgarten und im St.-Rochus-Heim waren im Pavillon I die Fassade instand zu setzen und die Fenster durch den Einbau von Verbundfenstern mit dreifacher Verglasung zu erneuern. Im Pavillon II wurden die Wärmeversorgungseinrichtungen adaptiert, die Telephonanlage erweitert und die Postkabel verstärkt, ferner wurde die Adaptierung eines Tagraumes im ersten und vierten Stock durchgeführt. Im Pavillon I und im St.-Rochus-Heim wurden drei Hebebadewannen sowie zwei Leibschüsselspüler angeschlossen.

Im Pflegeheim Liesing waren im Wohnheim Saalunterteilungen vorzunehmen, Patientenbäder und Schwesterndienstzimmer einzurichten und patientenbezogene bauliche Maßnahmen durchzuführen. Im Neugebäude wurden Malerarbeiten ausgeführt, die Fenster gestrichen und Gangabschlußtüren installiert.

Im Pflegeheim St. Andrä/Traisen mußten das Dach und die Fenster an der Gartenseite instand gesetzt werden. Ferner waren patientenbezogene bauliche Maßnahmen durchzuführen; in der Anstaltsküche wurde eine Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung installiert.

Im Pflegeheim Klosterneuburg wurden im Altgebäude-Ost die Sanitäranlagen saniert, patientenbezogene bauliche Maßnahmen durchgeführt, die Fußböden auf den Stationen F und D instand gesetzt und im Neugebäude eine Stiegenabsicherung errichtet.

Diverse Umbau-, Fertigstellungs- und Erhaltungsarbeiten waren in den zwölf Stationen des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes durchzuführen. In der Zentralwäscherei wurden die Umbauarbeiten fortgesetzt, das Mischbecken erneuert und die Planung für den Gesamtumbau der Zentralwäscherei erstellt.

Im Wilhelminenspital mußte der Pavillon 27 generalsaniert werden. Im Pavillon 26 wurde eine Neurologische Abteilung errichtet, im Pavillon 26 das physikalische Schwimmbecken umgebaut, wobei an Stelle des verfliesten, teilweise undichten Schwimmbeckens nach dem neuesten Stand der Bäderhygiene ein Nirosta-Becken installiert wurde. Im Pavillon 19 war eine Elektro-Enzophalographische Ambulanz unterzubringen, in den Pavillons 28 und 29 wurden zusätzlich zehn WC-Kabinen eingebaut. Ferner waren die unterirdischen Heizkanäle, die teilweise 70 bis 80 Jahre alt sind, zu sanieren und im Pathologischen Institut ein Leichenkühlraum einzurichten.

Im Elisabeth-Spital wurde eine postoperative Station errichtet. Ferner wurde mit dem Bau einer Netzersatzanlage begonnen, als ebenerdiger Zubau die zentrale Sauerstoffanlage nächst der Anstaltskirche errichtet und im Pavillon Bettina die vorhandene veraltete Niederdruckdampfheizung durch eine Warmwasserheizung ersetzt. Am Schulgebäude und im Internat waren Fassadenrenovierungsarbeiten notwendig.

An der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurde die Nordfassade am Haus I instand gesetzt.

Im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel wurde ein Patienten-Schrägaufzug eingebaut, die Hydrotherapie umgebaut und an der Hoffassade des Schlösselgebäudes Baumeisterarbeiten sowie Tischler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt.

In der Kinderklinik Glanzing konnte die Sanierung des Daches am Hauptgebäude abgeschlossen werden.

Im Pulmologischen Zentrum wurde auf den Pavillons Karlshaus und Severin der Schwesternruf erneuert, ferner eine pulmologische Akutstation errichtet, ein Aufzug im Pavillon Karlshaus eingebaut sowie das elektrische Maschennetz ausgebaut.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe konnte im Pavillon 17 das Behindertenzentrum für 84 Patienten mit zwölf Wohngruppen, Kindergärten, Sonderschule und Unterwassertherapie sowie der Pavillon 1 für Drogenkranke in Betrieb genommen werden. Das Möbelmagazin wurde fertiggestellt, an den Pavillons 4 und 6 sowie am Pavillon 18 die Fassaden instand gesetzt. Der zweite Teil der Regionalisie-

rungsmaßnahmen wurde in den Pavillons 24 und 25 fertiggestellt, in den Pavillons 19 und 21 mit diesen Arbeiten begonnen. Ferner wurden die Zahnambulanz erweitert und die Sanitäranlagen adaptiert sowie das elektrische Maschennetz ausgebaut.

Aus dem Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau ist die Renovierung der Station XII zu nennen.

Im Bereich der Kindertagesheime wurden einige Neubauten errichtet, so das Kindertagesheim in 2, Engerthstraße 152, in dem der Innenausbau samt Installationsarbeiten fertiggestellt wurde. Für das Kindertagesheim in 17, Dornbacher Straße 53, wurden Bauvorbereitungsarbeiten zum Abbruch des Altbauwerkes und für die Errichtung eines Neubaues geleistet. Ferner waren bauliche Instandsetzungs- und Bauerhaltungsarbeiten an den sonstigen Kindertagesheimen durchzuführen. Im Kindertagesheim in 10, Herschelgasse, wurde die durch Korrosion zerstörte Fußbodendeckenkonstruktion (Stahlbetondecken) über den Luftpolsterräumen saniert und Instandsetzungsarbeiten im Inneren des Gebäudes geleistet. Schadhafte Gipsdeckenunterschichten wurden aus Sicherheitsgründen ausgewechselt sowie diverse andere Arbeiten in den Kindertagesheimen in 2, Fruchtgasse 2, in 9, Marktgasse 44—46, in 17, Roggendorfgasse 6, in 21, Schloßhofer Straße 33, Bunsengasse 8, Scottgasse 8, in 22, Thonetgasse 42 und Portnergasse 42, durchgeführt.

Im Bereich der Jugendheime waren unter anderem in der Stadt des Kindes in 14, Mühlbergstraße 7, verschiedene Instandsetzungsarbeiten an den einzelnen Objekten, bei denen ein erhöhter Schadensanfall ersichtlich wird, auszuführen, Gebrechen im Schwimmbadbereich zu beheben, die Stahlkonstruktionen bei den Schrägverglasungen zu sanieren und einen Hohlraumschutz bei den Stahlhohlprofilen gegen Durchrostung anzuordnen. Für eine grundlegende Sanierung der Flachdächer wurden Bauvorbereitungsarbeiten geleistet. Am Jugenderholungsheim in Lehenhof/Scheibbs, Niederösterreich, wurden die Instandsetzungsarbeiten in den Räumen des Erd- und Obergeschosses fortgesetzt und Vorbereitungsarbeiten für den Abbruch des Strudenhofes geleistet. Im Julius-Tandler-Heim im 9. Bezirk konnten der Umbau und die Generalinstandsetzung des Pavillons 1 des ehemaligen Karolinen-Kinder-Spitals nach etwa dreieinhalbjähriger Bauzeit bis Ende Juni 1983 fertiggestellt werden. Im Kinderheim Biedermannsdorf, Niederösterreich, wurden die Instandsetzungsarbeiten an den Gebäudefassaden fortgesetzt, im Zentralkinderheim in 18, Bastiengasse 36, verschiedene Umbau- und Instandsetzungsarbeiten, vor allem in den Sanitärgruppen der einzelnen Pavillons, durchgeführt, im Jugenderholungsheim in Ischl/Sulzbach mehrere Kanalgebrechen am Hauptkanal, teils durch Innenauskleidung des schadhaften Rohrstranges mit Kunstharzinnenauskleidung, System „INSITUFORM", teils auch durch Aufgrabungen und Erneuerung der Rohre behoben. In den übrigen Jugendheimen waren je nach Bedarf laufend Bauerhaltungsarbeiten zu leisten.

Aus dem Bereich der Marktanlagen ist zu berichten, daß im Detailmarktzentrum Landstraßer Markthalle Marktstandkonstruktionen zum Einbau eines Kühlblockes für die Fleischaufbewahrung beseitigt, der Bodenbetonstrich zur Schaffung der Kälteisolierung für die Kühlräume abgebrochen und eine mit Brandschutzplatten verkleidete Stahlkonstruktion zur Schaffung einer Brandabschnittswand bei den Kühlräumen zum Fleischmarkt aufgestellt werden mußten. Diese Arbeiten wurden für den Entfall des bisherigen Fleischkühlraumes, des sogenannten Hasenraumes, der dem U-Bahn-Bau in der Landstraßer Hauptstraße hinderlich war und abgebrochen werden mußte, geleistet. Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten wurden für die Verlegung des Augustinermarktes im 3. Bezirk zu der Häuserzeile bei der Rochuskirche wegen des U-Bahn-Baues der Linie U 3 durchgeführt. Ferner wurden Arbeiten im Werk von zwei von der Abteilung beauftragten Zimmererfirmen an den Fertigteilholz-Verkaufskiosken für das Marktprovisorium, das rund fünf Jahre andauern wird, geleistet. Verschiedene Instandsetzungsarbeiten waren an Marktobjekten und an der Kanalisation des Naschmarktes im 4. Bezirk vorzunehmen. So mußten Sofortmaßnahmen nach Wasser- und Kanalgebrechen ergriffen werden, ferner waren Verkehrsflächen instand zu setzen. Auf dem Großmarkt Inzersdorf im 10. Bezirk wurden abschnittsweise Ortsbetonstraßenrigolen gegen neue Fertigteilrigole ausgewechselt, weiters Tore bei den Bahngeleisen hergestellt und montiert. Am Floridsdorfer Markt im 21. Bezirk mußten größere Wasserrohrgebrechen unter Anordnung von Sicherungsmaßnahmen an den betroffenen Marktobjekten behoben werden. Für verschiedene Märkte wurden laufend Begutachtungen von Bauansuchen privater Marktkaufleute erstellt, bautechnische Auflagen auf Grund der Bauordnung erteilt und die genehmigten Baumaßnahmen überwacht, laufende Erhaltungsarbeiten durchgeführt und Müllpressen installiert. Ferner waren temporäre Märkte, wie zum Beispiel der Allerheiligenmarkt, Kalvarienberg und Christkindlmarkt usw., einzurichten.

Im Zentrallager in 16, Hasnerstraße, und der städtischen Bäckerei wurden die abschnittsweise Erstellung von Brandschutzmaßnahmen der Magistratsabteilung für Zentralen Einkauf fortgesetzt, verschiedene Bauinstandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen geringeren Umfanges durchgeführt, ferner sechs neue Mehlsilos in der Bäckerei eingebaut und die Hauptfassade unter Verdübelung der denkmalschutzwürdigen Keramikfassadenplatten instand gesetzt. Im Fleischzentrum St. Marx im 3. Bezirk mußten verschiedene Bauerhaltungs- und Wartungsarbeiten jeweils nach Bedarf geleistet werden. Weiters waren Erfordernisse zur Erfüllung von Bestimmungen der EWG zur Führung des Schlachthofes im Verband der „Europäischen Marktgemeinschaft" zu planen und durchzuführen, wie das Anordnen von Desinfektions- und Reinigungsbecken in den

Schlachträumen, wobei die Ablaufkanalisation in die bestehende Betonfußbodenkonstruktion oberhalb der Feuchtigkeitsabdichtung eingeschnitten werden mußte.

Aus dem Bereich der Bäder sind die Fertigstellung des Bezirkshallenbades Brigittenau und die Rohbauherstellung sowie das Erreichen der Baugleiche am Bezirkshallenbad Großfeldsiedlung zu nennen, für dessen Sommerbad die Arbeiten an den beiden Badebecken (Fundierung, Schalung, Betonarbeiten) in Angriff genommen wurden. In der Herberge für Obdachlose in 20, Meldemannstraße 25—27, wurden die abschnittsweise Generalsanierung des Hauptgebäudes (Keller und Erdgeschoß) sowie die Arbeiten an den Gehsteigen und Außenanlagen fortgesetzt. In der Herberge in 12, Kastanienallee, konnten die Arbeiten an den Fassaden und der Dachinstandsetzung, ferner Mauertrockenlegungen sowie Umbauten und Installationen in den Sanitärgruppen des Frauentraktes fortgesetzt werden. In der Herberge in 3, Gänsbachergasse, waren Arbeiten für die etappenweise Generalinstandsetzung, den Umbau des Gebäudes, die Fassadeninstandsetzung, die Fußbodenauswechslung, verschiedene Innenausbauarbeiten zur Abteilung von Großräumen in Kleinräume sowie für die Generalinstandsetzung der Dächer zu leisten.

Die Ausarbeitung eines neuen amtlichen Leistungsverzeichnisses für die laufenden Baumeisterarbeiten der Stadt Wien wurde fertiggestellt. Die öffentliche Neuausschreibung und Vergabe der laufenden Steinemailwandbelagsarbeiten und Dachdeckerarbeiten wurden durchgeführt. Ferner wurde ein Antrag um Verlängerung bzw. teilweise Neuvergabe der laufenden Bauleistungen der Stadt Wien und der Maler- und Anstreicherarbeiten gestellt. Die Vorbereitungen zur Ausschreibung der laufenden Bauleistungen der Stadt Wien und der Spenglerarbeiten konnten mit der Neuauflage des Leistungsverzeichnisses abgeschlossen werden. Die Neuausschreibung der laufenden Bauleistungen der Stadt Wien für Baumeister und Glaser wurde durchgeführt sowie die Vergabe bis Ende 1985 vorbereitet.

Die Magistratsabteilung für Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten ist für den Neubau und die Erhaltung der Amtshäuser und Schulen, Feuerwachen, Museen, Sportstätten, Büchereien usw. zuständig. Weiters werden die Gebäude auf Friedhöfen und in landwirtschaftlichen Betrieben, die Forstobjekte, die Objekte der Gewässeraufsicht, die Fußgeherzonen, die Denkmäler, die Gärtnerunterkünfte sowie die Objekte der Volksbildung (Häuser der Begegnung) betreut. Außerdem wird für die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau die Errichtung von Hochbauten wie Straßenmeistereien, Lagerplatzobjekte und dergleichen abgewickelt. Neben der Beaufsichtigung der umfangreichen Bauarbeiten im Rathaus gehören auch die Gebäudeaufsicht mit Reinigung sowie die Vorbereitung und Abwicklung aller Veranstaltungen im Rathaus und im übrigen Stadtgebiet wie Wiener Festwochen, Empfänge, Eröffnungen, Ausstellungen usw. zu den Aufgaben der Abteilung.

Der Abteilung obliegt auch die Begutachtung von Subventionen hinsichtlich der Notwendigkeit und der wirtschaftlichen Verwendung der Geldmittel, die die Stadt Wien verschiedenen Institutionen, wie dem Verein Jugendzentrum, Kultur- und Sportvereinen, Theatern usw., gewährt und die für die baulichen Herstellungen zugeteilt werden. Für Neubau- und Erhaltungsarbeiten wurden von der Abteilung zusammen mit den Magistratsabteilungen für Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft sowie für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte einschließlich der genehmigten Zuschußkredite rund 511 Millionen Schilling verausgabt. Der Arbeitsumfang einschließlich der Rathausverwaltung wurde von 93 Beamten und 248 Bediensteten der Rathausverwaltung bewältigt.

Pro Monat wurde auf etwa 175 Arbeitsstellen gearbeitet, durchschnittlich waren pro Monat 950 Arbeiter beschäftigt.

Für die bauliche Betreuung der Amtshäuser, die in der Geschäftsgruppe Bauten budgetiert werden, standen für 1983 Geldmittel von rund 132 Millionen Schilling zur Verfügung. Im Rathaus wurde die Instandsetzung des zweiten rechten Seitenturmes abgeschlossen und mit der Instandsetzung des ersten rechten Seitenturmes begonnen. Weiters waren im Rathaus diverse Instandsetzungsarbeiten in Amtsräumen durchzuführen. Im Amtshaus in 1, Schottenring 24, wurden WC-Anlagen adaptiert, im Mietobjekt in 1, Schottenring 25, Büroräume für Zwecke des Anstaltenamtes umgebaut. Die Fassade des Amtshauses in 1, Rathausstraße 9, auf der Seite der Landesgerichtsstraße wurde instand gesetzt. Im Amtshaus in 1, Rathausstraße 1, wurden verschiedene Umbauarbeiten für Zwecke der MD-Automatische Datenverarbeitung durchgeführt. Die Kesselanlage des Amtshauses in 8, Schlesingerplatz 4, mußte erneuert werden. In den übrigen Bezirken wurde die Generalinstandsetzung des Amtshauses in 15, Gasgasse 8—10, fortgesetzt. Die Dach- und Fassadeninstandsetzung im Amtshaus in 3, Karl-Borromäus-Platz 3, wurde fertiggestellt. Im Amtshaus in 10, Laxenburger Straße 43—47, wurde mit dem Einbau von neuen Fenstern begonnen und im Amtshaus in 12, Schönbrunner Straße 259, ein behindertengerechter Aufzug eingebaut. Mit der Generalinstandsetzung des Amtshauses in 17, Elterleinplatz 14, wurde begonnen, die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten im Amtshaus in 20, Dresdner Straße 73—79, wurden fortgesetzt.

Die Erneuerung der Telephonanlage im Amtshaus in 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, sowie die Fassadenverbesserungsarbeiten im Ausbildungszentrum für Sozialberufe in 21, Schloßhofer Straße 41, wurden fertiggestellt. Für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden der Umbau und die Restaurierung des

ehemaligen Wirtschaftsgebäudes des Schlosses Wilhelminenberg in 16, Savoyenstraße 22, zur Unterbringung des Institutes für Wildtierkunde weitergeführt.

Neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten in Bezirksjugendämtern, Mutterberatungsstellen, Bezirksgesundheitsämtern,TBC-Stellen und Jugendzahnkliniken wurden auch Erhaltungsarbeiten in Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfen durchgeführt.

Die Abteilung ist auch für die Demolierung sicherheitsgefährdender Objekte zuständig. So wurden die Objekte in 3, Viehmarktgasse 1—3, in 6, Mollardgasse 82—84, in 9, Liechtensteinstraße 137, in 19, Weinberggasse 70—74, in 2, Obere Augartenstraße 40, in 2, Hirschstettner Straße 3, Erzherzog-Karl-Straße 39 und 45, sowie Attemsgasse bei Nr. 4, in 15, Sechshauser Straße 60, und Zinckgasse 16, in 19, Himmelstraße 115, in 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 71—73, in 3, Rennweg gegenüber Nr. 94, in 21, Kammalweg 8, und in 10, Triester Straße (ehemalige Wienerberggründe) abgebrochen. Insgesamt wurden Abbrüche im Ausmaß von rund 298.000 m³ umbauter Raum mit Kosten von etwa 3,1 Millionen Schilling durchgeführt.

Neben der laufenden Erhaltung wurde in 20 Schulen die Malerei erneuert, in zwei Schulen eine Beleuchtungsverbesserung durchgeführt, in 17 Schulen die Dächer instand gesetzt, in 13 Fassaden erneuert, in 34 Schulen Fenster repariert bzw. erneuert, weiters wurden in 5 Schulen Höfe und Spielplätze instand gesetzt, in 10 Schulen Turnsäle und in 16 Schulen WC-Gruppen erneuert bzw. für eine Geschlechtertrennung umgebaut. In 6 Schulen wurden Fußböden teilweise erneuert, in 5 Schulen Zentralheizungsanlagen verbessert bzw. erneuert.

Der Neubau des Schule-Wohnhauses in 22, Rennbahnweg-Markomannenstraße 9, wurde bis auf die Außenanlagen abgeschlossen. Mit der Modernisierung bzw. dem Lichthofverbau für WC-Gruppen in der Schule in 18, Schopenhauerstraße 81, wurde begonnen, ebenso mit dem Neubau der Schule und Rettungsstation in 20, Gerhardusgasse 1—5. Der Neubau der Ganztagsschule in 7, Zieglergasse 21, wurde fortgesetzt.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in 4 Zentralberufsschul- und 11 Berufsschulgebäuden wurden auch Umbau- und Instandsetzungsarbeiten fortgesetzt. So wurde in der 1. Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse 87, im 3. Geschoß mit den Umbau- und Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Erneuerung und Instandsetzung der Fenster und Türen begonnen. Der 4. Stock, Front Wienzeile, an der bereits die Fenster erneuert sind, wurde instand gesetzt. Die alten Fenster an der Wientalseite im mittleren Teil wurden erneuert, mit dem Neubau der Halle 1 im Hof wurde begonnen. Der Neubau Ecke Zinckgasse-Märzstraße für die 2. Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, wurde fortgesetzt. Im Zuge der Umbau- und Generalinstandsetzungsarbeiten in der Berufsschule in 15, Meiselstraße 19, wurden der Turnsaaltrakt und die Höfe fertiggestellt. In der Berufsschule in 15, Goldschlagstraße 113, wurden 3 Klassen im 1. Stock modernisiert und Fenster im Erdgeschoß eingebaut, in der Berufsschule in 14, Goldschlagstraße 137, die Fenster vom 1. bis 3. Stock an der Front Goldschlagstraße erneuert. Die Modernisierungsarbeiten in der Fachschule in 12, Dörfelgasse 1, wurden fortgesetzt. Fertiggestellt wurden die Modernisierung der Kanzlei und Schulwartwohnung im Erdgeschoß sowie die Instandsetzung der Fenster an der Front Dörfelstraße im Erdgeschoß.

In 8 Sporthallen waren laufend erforderliche Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Im Zuge der Generalinstandsetzung der Karl-Seitz-Halle wurden Umbau- und Adaptierungsarbeiten für einen großen und einen kleinen Turnsaal sowie die Arbeiten im Mehrzweckraum und in den dazugehörigen Garderoben und Naßräumen fortgesetzt.

Neben der laufenden Erhaltung wurden auf der Jugendsportanlage in 10, Franz-Koci-Straße, das Garderobengebäude, das Rasen- und Tennisspielfeld, die Tennisplätze und die Einfriedung hergestellt. Im Garderobengebäude in 19, Am Cobenzl 96 a, wurden der Innenausbau sowie die Trockenlegung fertiggestellt.

Das Gitter entlang des Bahndammes in 11, Münichplatz wurde neu hergestellt, ebenso die Gittersanierung beim Währinger Park abgeschlossen. Am Garderobengebäude in 12, Haydn-Park und Johann-Hoffmann-Platz wurde die Fassade neu hergestellt. In der Sportanlage in 10, Triester Straße 106, wurde mit der Herstellung des Kanalanschlusses begonnen, auf der Skipiste in 14, Hohe-Wand-Wiese ein Flugdach bei der Garage angebaut.

Ferner waren laufend Erhaltungs- und diverse Instandsetzungsarbeiten in 17 Museen der Stadt Wien durchzuführen. Im Museum Karlsplatz wurde der letzte Teil der abgehängten Decken erneuert. In der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten wurden sämtliche Fenster im Erdgeschoß instand gesetzt und ein Teil des Kellergeschosses renoviert.

Der Restauriervorgang am Vermählungsbrunnen in 1, Hoher Markt, wurde im Rahmen der Denkmalpflege fortgesetzt sowie die Rekonstruktion des Marienensembles auf der Marienbrücke über den Donaukanal abgeschlossen. An der Praterstraße wurde das Nestroy-Denkmal auf einem neugestalteten Sockel errichtet, auf dem Urban-Loritz-Platz das ehemalige Urban-Loritz-Denkmal rekonstruiert und wieder aufgestellt, vor der Kirche St. Ägydi ein neuer Tiertränkebrunnen aufgestellt und installiert und am Hameau im 17. Bezirk das Kriegerdenkmal in seiner ursprünglichen Form neu errichtet. Mit den Instandsetzungsarbeiten an der Strudelhofstiege wurde begonnen und die Restaurierung der Fillgraderstiege abgeschlossen. Weiters wurden Instandsetzungen an diversen Denkmalanlagen, Denkmalbrunnen, Kunstwerken in Gemeindebauten, Gedenktafeln usw. durchgeführt.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in der Zentral f e u e r w a c h e in 1, Am Hof, in 6 Hauptfeuerwachen, 16 Zugwachen, 3 weiteren Objekten und 2 Bootsanlegeplätzen wurden Adaptierungsarbeiten, und zwar der Badumbau bzw. Modernisierungsarbeiten in der Hauptfeuerwache Floridsdorf und Feuerwache Brigittenau (1. Teilabschnitt) durchgeführt. Weiters wurden Naßgruppen in verschiedenen Feuerwachen saniert, in der Hauptfeuerwache Leopoldstadt diverse Adaptierungsarbeiten und die Erneuerung der Zentralheizungsanlage vorgenommen, in diversen Feuerwachen die Küchen saniert und Erweiterungsarbeiten am Notstromkonzept durchgeführt. Die Vorplanung für die Erneuerung der gesamten Nachrichtenanlagen der Feuerwachen der Stadt Wien wurde abgeschlossen, ebenso wurden Abstellplätze für den Katastropheneinsatz geschaffen.

Neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten in 6 S t a d t g ü t e r n und in der Gutsdomäne Eßling wurde mit den Adaptierungsarbeiten an einem Wohnhaus in Laxenburg, Josefsplatz 1, laut Mietengesetz § 18 begonnen bzw. diese fortgesetzt. Ferner wurden Brunnen für Beregnungsanlagen in Großenzersdorf und Eßling errichtet. In der Gutsdomäne Wallhof wurde mit der Neuherstellung eines Abwasserkanals begonnen.

Neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten in diversen Gärtnerunterkünften wurde der Zubau bei der Gärtnerunterkunft in 15, Märzpark fertiggestellt, die denkmalgeschützte Gärtnerunterkunft am St. Marxer Friedhof instand gesetzt, der Neubau der Gärtnerunterkunft in 14, Mauerbachstraße und der Zubau der Gärtnerunterkunft in 10, Antonsplatz fertiggestellt.

Die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten in der Halle I am Zentral f r i e d h o f in 11, Simmeringer Hauptstraße 234, wurden baulich von der Abteilung und ausstattungsmäßig von der städtischen Bestattung fertiggestellt.

Die Errichtung eines Kanzleigebäudes am Friedhof Stadlau wurde abgeschlossen, die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten in der Aufbahrungshalle und am Verwaltungsgebäude am Meidlinger Friedhof konnten fortgesetzt werden. Die für einen Hotelbetrieb im Sommer notwendigen Bauarbeiten im Internationalen Studentenheim „Haus Döbling" in 19, Gymnasiumstraße 85, wurden beendet, die Umbauarbeiten am Haus der Begegnung Brigittenau in 20, Raffaelgasse 11—13, sowie die Errichtung eines Saalzubaues durchgeführt, Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für den Umbau des Albert-Sever-Saales in 16, Schuhmeierplatz 18, Bauarbeiten für die Aufstockung der Volkshochschule Hietzing in 13, Hofwiesengasse 48, in Angriff genommen, Instandsetzungs- und Umbauarbeiten in sämtlichen Volkshochschulen, Häusern der Begegnung und Volkshochschulen sowie in der Urania und im Planetarium abgeschlossen, Bauvorbereitungen für den Umbau des städtischen Objektes in 2, Obere Augartenstraße 40, zu einem Zirkus-, Clown-, Bezirks- und gastronomischen Museum veranlaßt und Abbrucharbeiten im selbstverwalteten Jugendzentrum in 5, Gassergasse sowie bauliche Erhaltungsarbeiten laut Mietvertrag bei den Jugendzentren der Stadt Wien durchgeführt.

Fertiggestellt wurden die Bauarbeiten für den Einbau von Tanzklassen im Konservatorium der Stadt Wien in 1, Johannesgasse 4, sowie bauliche Erhaltungsarbeiten in den Musikschulen der Stadt Wien.

Mit Budgetmitteln des Bundes wurden Sommerstallungen und eine Reithalle für die Spanische Reitschule im Lainzer Tiergarten errichtet. Bauliche Erhaltungsarbeiten wurden in den städtischen Forstobjekten, an der Tiergartenmauer usw. durchgeführt, die Bauarbeiten zur Neuerrichtung eines Forstarbeiterwohnhauses in Großenzersdorf fortgesetzt, die technische und bauliche Beratung geleistet und die Preisangemessenheit von Angeboten usw. für die Quellschutzforste geprüft.

Bauliche Erhaltungs- und laufende Instandsetzungsarbeiten waren in der Modeschule der Stadt Wien in 12, Hetzendorfer Straße 87, im Archiv der Stadt Wien in 7, Kandlgasse 30, in der Landesbildstelle der Stadt Wien in 7, Zieglergasse 49, sowie in sämtlichen städtischen Büchereien durchzuführen, größere Umbauarbeiten in der Bücherei in 15, Hütteldorfer Straße 81 a, fortzusetzen. Ferner waren die Begutachtung von Subventionen, die begleitende Kontrolle und die Prüfung für den geplanten Umbau von bestehenden Objekten in 7, Myrthengasse 7, und in 20, Friedrich-Engels-Platz 24, zu Jugendherbergen zu leisten, ebenso wie die Überprüfung der wirtschaftlichen Verwendung von Subventionen zur Instandsetzung von Volksheimen, Volkshochschulen und Häusern der Begegnung, der Kostenvoranschläge, der Preisangemessenheit von Angeboten betreffend die Durchführung von Umbauarbeiten in nahezu sämtlichen Jugendzentren der Stadt Wien, der widmungsgemäßen Verwendung von Subventionsmitteln für das Jugendgästehaus Hütteldorf in 13, Schloßberggasse 10, und die Campingplätze West I, West II und Süd. Die Jubiläumswarte in 16, Vogeltennwiese wurde generalinstand gesetzt.

Diverse Arbeiten wie das Herstellen von Baumscheiben, das Aufstellen von Sitzbänken und dergleichen wurden in den Fußgängerzonen bzw. verkehrsberuhigten Zonen in 1, Hohenstaufengasse (Juridikum), in 2, Praterstraße, in 3, Hörnesgasse und in 18, Kutschkergasse durchgeführt.

Die Errichtung des Stützpunktes Wien Nord der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau, Dezernat Bundesstraßenverwaltung, in 19, Grinzinger Straße 153—155, wurde mit dem Bauteil II (Garage und Tankstelle) abgeschlossen, für dieselbe Abteilung — Dezernat Gemeindestraßenverwaltung auf dem Lagerplatz in 14, Guldengasse ein Aufsichtsgebäude errichtet. Das Gebäude der Hochwasseraufsicht in 22, Schierlingsgrund wurde durch Fassadenherstellung und Adaptierung diverser Räume für Bürozwecke instand gesetzt.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Der Abteilung oblag im Jahre 1983 die Verwaltung und Erhaltung von 2.673 km öffentlichen Straßen, von denen 140 km Bundesstraßen B, 32 km Autobahnen und 6 km Schnellstraßen waren. Im Gemeindestraßennetz wurden 29.500 m² Fahrbahnen instand gesetzt und 348.000 m² Fahrbahnen neu hergestellt bzw. erneuert. Bei einer mittleren Breite von 8,5 m ergibt dies 3 km an instand gesetzten bzw. 41 km an neu hergestellten bzw. erneuerten Fahrbahnen. An Autoabstellflächen wurden 37.000 m² neu hergestellt. Auf Gehsteigen wurden 40.000 m² instand gesetzt und 100.000 m² erneuert bzw. neu hergestellt. Bei einer mittleren Breite von 3,0 m ergibt das 2 km instand gesetzte und 33 km neu hergestellte bzw. erneuerte Gehsteige.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie den Ausbau der Siedlungsstraßen waren an gemeindeeigenen Geräten 12 Straßenwalzen, 17 Gehwegwalzen, 2 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 1 Pneu-Walze, 10 Straßenreparaturfahrzeuge und 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen) eingesetzt, die insgesamt 4.800 Arbeitsschichten leisteten. Die Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung der Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken, wobei sie eine Strecke von 46.041 km zurücklegten. Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber 12.687 Aufgrabungs- und rund 900 Sonderbewilligungen erteilt. In 44 Fällen waren in verkehrsreichen Straßen an Stelle von Aufgrabungen 9 Bohrungen und 35 Minierungen durchzuführen.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden die beiden Funkwagen eingesetzt. 1.380 Inspektionen wurden vorgenommen, hiebei 23.800 km zurückgelegt. Bei 17 Prozent aller Inspektionen wurden Mängel festgestellt und deren unverzügliche Behebung veranlaßt. Da die Beanstandungen in fast allen Fällen zum Erfolg geführt haben, ist beabsichtigt, auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortzusetzen, um eine möglichst klaglose Abwicklung des Aufgrabungsgeschehens im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurden wieder laufend stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während der Zuschüttung und auf den zugeschütteten Künetten durchgeführt. Bei den insgesamt 473 Lastplattenversuchen wurden an 327 Stellen positive Ergebnisse erzielt, das heißt die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Bei den restlichen 146 Stichproben, also bei 31 Prozent, wurde mangelhafte Verdichtung festgestellt. In diesen Fällen wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, durch Nachverdichtungen den Mangel zu beheben. In zwei Fällen wurde gegen die betreffende Firma, die dem Auftrag der Abteilung nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, ein Strafverfahren eingeleitet.

Im Jahre 1983 wurde die Ausrüstung der Autobahnmeisterei Inzersdorf durch den Ankauf eines Pritschenwagens, Type Steyr Fiat Ducato, eines Kombiwagens, Type VW Golf Diesel, eines Kleinanhängers für Lkw, einer Aufsatzkehrmaschine zum Lkw von der Firma MUT, eines Aufsatzstreuers für Unimog und von Rasenmähgeräten, eines Bergtrecks und eines Kombi-Trecks der Firma Nussmüller ergänzt. Abgestoßen wegen Überalterung wurden ein VW-Pritschenwagen und ein Kombikraftwagen der Type VW Passat Variant.

In den Hauptverkehrsstraßen verschiedener Bezirke wurde eine Reihe von Straßenbauten durchgeführt: So wurden im 2. Bezirk am Mexikoplatz von ONr. 18 bis ONr. 27 und von Ennsgasse bzw. Walcherstraße bis zum Handelskai die Beläge auf den Fahrbahnen und Gehsteigen des Mexikoplatzes südlich der Lassallestraße aufgebracht und die bituminösen Tragschichten auf den Fahrbahnen und Gehsteigen nördlich der Lassallestraße hergestellt sowie die Walcherstraße ausgebaut. Weiters wurden Teile der Praterstraße von der Ferdinandstraße bis zur Aspernbrückengasse durch Baumpflanzungen, die Anlage von Grünflächen entlang der Fahrbahn und von Abstellflächen sowie durch die Errichtung der Gehsteigbeleuchtung und von Sitzbänken als verkehrsberuhigte Zone gestaltet. Im Abschnitt von ONr. 18 bis ONr. 78 wurde der endgültige Belag aufgebracht, ebenso erfolgte in der Aspernbrückengasse die Aufbringung des endgültigen Belages.

Im 9. Bezirk wurde in der Althanstraße von ONr. 16 bis zur Liechtensteinstraße, einschließlich Plateau Augasse, die Fahrbahn im Zusammenhang mit Gleislegungsarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe umgebaut, die Gehsteige vor ONr. 5 neuhergestellt und von ONr. 45 bis ONr. 53 endgültig aufgebracht. In der Augasse war von ONr. 1 bis ONr. 3 die Fahrbahn umzubauen und die Gehsteige neu herzustellen, in der Fechtergasse die Gehsteige von ONr. 24 neuherzustellen, in der Rufgasse von ONr. 9 bis ONr. 10 die Fahrbahn zu reparieren, in der Liechtensteinstraße von ONr. 108 bis Althanstraße ONr. 16 die Fahrbahn im Zusammenhang mit Gleislegungsarbeiten der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe umzubauen, die Gehsteige von ONr. 104 bis ONr. 106 und von ONr. 95 bis ONr. 97 neuherzustellen, die Fahrbahn von ONr. 132 bis ONr. 134 umzubauen und am Liechtenwerder Platz von ONr. 1 bis ONr. 5 die Fahrbahn gleichfalls umzubauen. Im 9. Bezirk wurde in der Spittelauer Lände im Bereich von ONr. 29 bis ONr. 45 die Auffahrtsrampe zur Nordbergbrücke hergestellt. Im Zusammenhang mit dem Neubau der Nordbrücke sowie den Bauarbeiten an den Gleisanlagen im Abschnitt Augasse — Liechtenwerder Platz wurde mit dem Umbau der Fahrbahnen im 9. und 19. Bezirk im Bereich Heiligenstädter Straße — Liechtenwerder Platz von der Nußdorfer Straße bis zur Auffahrt Gürtel-

brücke, Glatzgasse vom Döblinger Gürtel bis zum Liechtenwerder Platz und zur Liechtensteinstraße (Einbindung) begonnen.

Im 10. Bezirk wurden am Antonsplatz, in der Inzersdorfer Straße von ONr. 1 bis ONr. 3, in der Laxenburger Straße von ONr. 81 bis ONr. 83, in der Rechberggasse bei ONr. 1, in der Favoritenstraße von ONr. 119 bis ONr. 121 und am Reumannplatz von ONr. 4 bis ONr. 9 umfangreiche Straßenbauarbeiten an den Fahrbahnen, Abstellflächen und Gehsteigen durchgeführt.

Im 14. Bezirk wurden im Zuge des Neubaues der Ameisbrücke einige Straßenabschnitte umgebaut: So wurde in der Linzer Straße von ONr. 102 bis gegenüber ONr. 159 die Fahrbahn umgebaut und beidseitig die Gehsteige hergestellt, in der Hütteldorfer Straße von ONr. 117 bis ONr. 145 war auf der südlichen Fahrbahnhälfte der Belag aufzubringen, in der Einwanggasse wurden von ONr. 33 bis ONr. 35 die Fahrbahn sowie die Gehsteige umgebaut.

In den Straßen örtlicher Bedeutung wurden Umbauarbeiten und Belagsherstellungen sowie Pflasterungsarbeiten durchgeführt, so im 2. Bezirk in der Ausstellungsstraße von ONr. 1 bis ONr. 71, im 3. Bezirk in der Johannesgasse von der Lothringerstraße bis Am Heumarkt, in der Lilienthalgasse von der Arsenalstraße bis Ende, in der Ghegastraße von Landstraßer Gürtel bis Kelsenstraße; im 4. Bezirk in der Danhausergasse von ONr. 10 bis ONr. 12, im 6. Bezirk in der Mollardgasse von ONr. 17 bis ONr. 43, im 9. Bezirk in der Spitalgasse von ONr. 3 bis ONr. 11, im 10. Bezirk in der Urselbrunnengasse von der Laaer-Berg-Straße bis zur Urselgasse, im 11. Bezirk in der Kaiser-Ebersdorfer Straße von der Hörtengasse bis zur Nemethgasse, im 14. Bezirk in der Schloßallee von der Mariahilfer Straße bis zur Linzer Straße von gegenüber ONr. 317 bis gegenüber ONr. 325, im 17. Bezirk in der Gerhard-Fritsch-Gasse von der Twarochgasse bis rund 90 m in westlicher Richtung (provisorischer Neubau), im 20. Bezirk in der Traisengasse von ONr. 5 bis ONr. 7 und in der Hellwagstraße vor ONr. 31, im 22. Bezirk am Neufahrtweg vom Husarenweg bis zum Biberhaufenweg, am Hausgrundweg von der Aribogasse bis Stiege 29, in der Wiedgasse von der Stadlauer Straße bis zur Konstanziagasse und in der Plankenmaisstraße von ONr. 1 bis ONr. 7 sowie in der Schafflerhofstraße von der Breitenleer Straße bis zum Kieswerk, im 23. Bezirk in der Ketzergasse von der Liesinger Flurgasse bis zur Brunner Straße.

Im Zuge der Generalinstandsetzung von Straßenbelägen wurden Straßenabschnitte mit neuen Belägen versehen, und zwar im 2. Bezirk die Innstraße vor ONr. 6; im 3. Bezirk die Prinz-Eugen-Straße von ONr. 2 bis Plößlgasse; im 6. Bezirk die Mollardgasse von ONr. 35 bis ONr. 41; im 9. Bezirk die Alser Straße von ONr. 24 bis ONr. 34; im 12. Bezirk die Gaßmannstraße von ONr. 1 bis ONr. 49, die Schwenkgasse von Hohenbergstraße bis Edelsinnstraße; im 14. Bezirk die Hüttelbergstraße von ONr. 1 bis ONr. 169; im 15. Bezirk die Herklotzgasse von ONr. 17 bis ONr. 27 und von ONr. 18 bis ONr. 28; im 22. Bezirk Am Krautgarten von ONr. 1 bis ONr. 31, die Böcklinstraße von ONr. 1 bis ONr. 13, die Langobardenstraße von der Oberdorfstraße bis zum Biberhaufenweg und die Oberdorfstraße von ONr. 1 bis ONr. 23; im 23. Bezirk die Willergasse von ONr. 1 bis ONr. 9 und die Speisinger Straße von ONr. 216 bis ONr. 262.

Im Bereich von städtischen Wohnhausanlagen wurden in Straßenzügen Bauarbeiten durchgeführt, so im 2. Bezirk in der Weintraubengasse von ONr. 1 bis ONr. 15 und in der Vorgartenstraße von ONr. 173 bis ONr. 185; im 3. Bezirk in der Trubelgasse von der Hohlweggasse bis zur Kleistgasse; im 5. Bezirk in der Einsiedlergasse von der Siebenbrunnengasse bis ONr. 13; im 10. Bezirk in der Dieselgasse von der Laxenburger Straße bis zur Leebgasse, in der Leebgasse von der Dieselgasse bis zur Troststraße; im 11. Bezirk in der Gadnergasse von der Lesergasse bis zur Kanopagasse, in der Mitterfeldgasse von ONr. 1 bis ONr. 3, in der Schemmerlstraße von ONr. 36 bis ONr. 42 und von der Mitterfeldgasse bis zur Alois-Höfler-Gasse, in der Lesergasse von der Mitterfeldgasse bis zur Gadnergasse, in der Eisteichstraße von ONr. 1 bis ONr. 17 und in der Wilhelm-Otto-Straße von ONr. 1 bis ONr. 7; im 14. Bezirk in der Einwanggasse von ONr. 33 bis ONr. 35 und ONr. 41 bis ONr. 43, in der Hütteldorfer Straße von ONr. 117 bis ONr. 145, in der Karlingergasse von der Ameisgasse bis zur Einwanggasse, in der Linzer Straße von ONr. 102 bis gegenüber ONr. 159 und in der Rottstraße von der Linzer Straße bis zur Goldschlagstraße; im 15. Bezirk in der Plunkergasse von ONr. 4 bis ONr. 12; im 16. Bezirk in der Baumeistergasse von ONr. 2 bis ONr. 4, in der Weinheimergasse von der Ottakringer Straße bis zur Arnethgasse und in der Arnethgasse von ONr. 81 bis ONr. 87; im 17. Bezirk in der Schumanngasse von ONr. 72 bis ONr. 74 und in der Weidmanngasse bei ONr. 33; im 19. Bezirk in der Pyrkergasse von ONr. 28 bis ONr. 40; im 21. Bezirk in der Josef-Zapf-Gasse von der Prager Straße bis zur Karl-Gramm-Gasse, in der Karl-Gramm-Gasse von der Josef-Zapf-Gasse bis zur Nordwestbahn, in der Lokomotivgasse von der Prager Straße bis zum Fußweg 9669 und auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9515 zwischen Brünner Straße und Ruthnergasse bei der Marco-Polo-Promenade, in der Empergergasse von der Rittingergasse bis zum Umkehrplatz sowie in der Edisonstraße von der Wohnhausanlage bis zur Bunsengasse und auf der unbenannten Verkehrsfläche 9515; im 22. Bezirk „Am Heidjöchl" von der Quadenstraße bis zur Hausfeldstraße, auf der gewidmeten Verkehrsfläche 5777 von „Am Heidjöchl" bis zur Guido-Lammer-Gasse und in der Guido-Lammer-Gasse von der Gasse 5777 bis zum Umkehrplatz.

Im Bereich von privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden in Straßenabschnitten Bauarbeiten durchgeführt, so im 2. Bezirk in der Franz-Hochedlinger-Gasse von ONr. 2 bis

ONr. 14, in der Floßgasse von ONr. 1 bis ONr. 11 und in der Schiffamtsgasse von ONr. 2 bis ONr. 8; im 6. Bezirk in der Webgasse von ONr. 36 bis ONr. 38, in der Eisvogelgasse vor ONr. 2 und in der Mollardgasse von ONr. 78; im 9. Bezirk in der Garnisongasse vor ONr. 20 und in der Löblichgasse von ONr. 10 bis ONr. 16; im 13. Bezirk in der Erzbischofgasse von ONr. 38 bis ONr. 44, in der Costenoblegasse von ONr. 1 bis ONr. 9 und in der Sommerergasse von ONr. 8 bis ONr. 14 und von ONr. 17 bis ONr. 19; im 14. Bezirk in der Mooswiesengasse von ONr. 11 bis ONr. 11 A; im 16. Bezirk in der Wurlitzergasse von ONr. 2 bis ONr. 16; im 17. Bezirk in der Händelgasse von ONr. 2 bis ONr. 10, in der Rosensteingasse von ONr. 98 bis ONr. 106; im 18. Bezirk in der Antonigasse von ONr. 98 bis ONr. 104; im 19. Bezirk in der Hammerschmidtgasse von ONr. 9 bis ONr. 25 und in der Glanzinggasse von ONr. 31 bis ONr. 39; im 20. Bezirk in der Leipziger Straße von der Klosterneuburger Straße bis zur Treustraße, in der Dammstraße von ONr. 32 bis ONr. 38, in der Pappenheimgasse von ONr. 63 bis ONr. 69 und in der Pasettistraße von ONr. 56 bis ONr. 74; im 21. Bezirk in der Unbenannten Gasse 9134 (gewidmete Verkehrsfläche) von der Anton-Haberzeth-Gasse bis zur Krottenhofgasse, in der Leopoldauer Straße vor ONr. 169 (Zufahrt zum ÖPT-Ortsamt) sowie von ONr. 68 bis ONr. 70 (Herstellung von Autobushaltestellen und Parkstreifen) und in der Jedlersdorfer Straße bei ONr. 98, wobei das Pensionistenheim an der Gehwegherstellung mitbeteiligt war; im 22. Bezirk in der Kolo-Moser-Gasse von ONr. 4 bis zur Brabbeégasse (Fortsetzungsarbeiten aus 1982) und in der Josef-Sickinger-Gasse von ONr. 11 bis zur Natorpgasse sowie in der Natorpgasse von der Josef-Sickinger-Gasse bis ONr. 29, beide im Bereich des Hallenbades Kagran; in der Gasse 16 beim Rennbahnweg, auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9304 von Gasse 16 bis Ende der Wohnhausanlage und der gewidmeten Verkehrsfläche 9396 vom Rennbahnweg bis zur Gasse 9304; im 23. Bezirk in der Anton-Freunschlag-Gasse von ONr. 22 bis ONr. 32, in der Eigelgasse von ONr. 5 bis ONr. 11, in der Leo-Mathauser-Gasse von ONr. 1 bis ONr. 19, in der Stipcakgasse von ONr. 2 bis ONr. 26, in der Zwerggrabengasse von der Wettengelgasse bis zur Leo-Mathauser-Gasse, in der Leitengasse von ONr. 1 bis ONr. 61 sowie in der Alois-Dachs-Gasse von ONr. 1 bis ONr. 11; alle sieben letztgenannten Baustellen sind Fortsetzungsarbeiten aus 1982.

Im Rahmen der Frostschadensbehebungen wurden die nach der Winterperiode 1982/83 entstandenen Schäden instand gesetzt und frostsicher ausgebaut, so im 1. Bezirk am Kärntner Ring und in der Reichsratsstraße, im 2. Bezirk in der Großen Stadtgutgasse und Volkertstraße, im 3. Bezirk in der Kölblgasse, im 7. Bezirk in der Neustiftgasse, im 9. Bezirk in der Pramergasse, im 10. Bezirk in der Alxingergasse, im 11. Bezirk in der Ehamgasse, Hasenleitengasse und Lindenbauergasse, im 12. Bezirk in der Aßmayergasse, Eibesbrunnergasse, Rotenmühlgasse und Steinackergasse, im 13. Bezirk in der Erzbischofgasse, Bergenstammgasse und in der Schloßberggasse, im 14. Bezirk in der Ameisbachzeile, Haspelmeistergasse, Lebingergasse, Linzer Straße, Mittelstraße, Staargasse, Stauffergasse, Waidhausenstraße und Beckmanngasse, im 15. Bezirk in der Mariahilfer Straße und Winckelmannstraße, im 16. Bezirk in der Lorenz-Mandl-Gasse und am Yppenplatz, im 17. Bezirk in der Dornbacher Straße und Neuwaldegger Straße, im 18. Bezirk in der Pötzleinsdorfer Straße und am Sommerhaidenweg, im 19. Bezirk in der Koschatgasse, Grinzinger Allee und Schegargasse, im 20. Bezirk in der Traisengasse, im 21. Bezirk in der Christian-Bucher-Gasse, Jedleseer Straße und In den Gabrissen von der Erbpostgasse bis zum Schießplatz des Bundesheeres, im 22. Bezirk am Rautenweg und in der Süßenbrunner Straße sowie in den Siedlungsstraßen, wie Asparagusweg, Baschgasse, Buchsgasse, Deindorfstraße, Eibingergasse, Greinzgasse, Gründungsweg, Hessegasse, Pachtweg, Rohrweihenweg, Stallarngasse, Klöpferstraße, Grünbaumgasse, Kaspargasse und gewidmeten Verkehrsfläche 9245, sowie im 23. Bezirk in der Romberggasse und Skurawygasse.

In den Siedlungsstraßen wurde auch im Jahre 1983 eine Reihe von Straßenbauarbeiten durchgeführt, so im 11. Bezirk in der Konopagasse, Piangasse, Alois-Höfler-Gasse, Zumbuschgasse und Lesergasse, im 13. Bezirk im örtlichen Straßennetz des Lainzer Tiergartens, im 17. Bezirk in der Handlirschgasse, im 22. Bezirk in der Deindorfstraße und in der Klöpferstraße sowie auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9245 und in der Wilhelm-Dachauer-Straße.

Die Erhaltung der Fußgeherpassagen am Ring wurde fortgesetzt; so wurden in der Albertinapassage Malerarbeiten durchgeführt und in sämtlichen Passagen laufend Reinigungsarbeiten geleistet, im Verkehrsbauwerk Schottentor Steinmetzarbeiten durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau wurden Straßenbauten durchgeführt, so im 1. Bezirk in der Akademiestraße von ONr. 8 bis ONr. 10, in der Bösendorferstraße von ONr. 1 bis ONr. 7, am Kärntner Ring vor ONr. 7 und von ONr. 8 bis ONr. 10 und in der Kärntner Straße vor ONr. 42 und ONr. 59 im Zusammenhang mit dem Umbau der Straßenbahnschleife für die Linie J und am Stubenring von ONr. 1 bis ONr. 3 und ONr. 5; im 2. Bezirk am Praterstern von ONr. 1 und ONr. 2 (Gehsteigarbeiten) und in der Aspernbrückengasse von ONr. 1 bis ONr. 5; im 3. Bezirk in der Beatrixgasse von der Landstraßer Hauptstraße bis zur Ungargasse, in der Kundmanngasse von ONr. 7 bis ONr. 27, in der Marxergasse von ONr. 33 bis ONr. 39, in der Sechskrügelgasse von ONr. 1 bis ONr. 13, in der Neulinggasse von ONr. 9 bis ONr. 15 und von der Landstraßer Hauptstraße bis zur Riesgasse und am Ziehrerplatz von ONr. 1 bis ONr. 5 (alle im Zusammenhang mit der Freimachung des Baubereiches für den U-Bahn-Bau und den Ausbau als Umleitungsstrecke), in der Stelzhamergasse von ONr. 2 bis ONr. 6, in der Henslerstraße von ONr. 1 bis ONr. 3, in der Gigergasse von ONr. 2 bis ONr. 6 (Neuherstellung für Autobusersatzverkehr) und in der Seidlgasse von der Landstraßer Hauptstraße bis

zur Marxergasse, in der Linken Bahngasse von ONr. 1 bis ONr. 9; im 12. Bezirk in der Hoffmeistergasse von der Wilhelmstraße bis zur Eichenstraße, in der Kranichberggasse von der Wurmbstraße bis zur Wagenseilgasse, in der Wilhelmstraße von der Vivenotgasse bis zur Eichenstraße und von der ONr. 32 bis zur ONr. 34 und in der Wagenseilgasse von ONr. 8 bis ONr. 12 (alle für den Umbau als Umleitungsstrecke); im 22. Bezirk in der Anton-Sattler-Gasse von An der oberen Alten Donau bis zur Siebeckstraße, in der Steigenteschgasse von der Anton-Sattler-Gasse bis zur U-Bahn-Trasse und in der Attemsgasse von der Steigenteschgasse bis zur Donaufelder Straße (Ausbau zur Anbindung der U-Bahn-Endstelle „Zentrum Kagran" an das öffenliche Verkehrsnetz). In der Mühlschüttelgasse zwischen der Wagramer Straße und der Anton-Sattler-Gasse wurden die Arbeiten an der Fahrbahn, den Gehsteigen und den Abstellflächen beendet.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden Straßenbauten durchgeführt bzw. in Angriff genommen: Im 10. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Wienerberggründe West" wurden die Neuherstellung der Fahrbahnen und der Abstellflächen in der Computerstraße von der Gutheil-Schoder-Gasse bis zur Triester Straße (Bauende Sommer 1984), der Ausbau in der Gasse 9127 (Straßenverbindung: Eibesbrunnergasse—Gutheil-Schoder-Gasse) und in der Rollbahnstraße von der Computerstraße bis zur Eibesbrunnergasse (Bauende: Sommer 1985) begonnen. Im 11. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Hafen Albern" wurden die Sendnergasse von der Mannswörther Straße bis zur Straße „C", die Straße „B" und die Straße „C" fertiggestellt. In der Zippererstraße von ONr. 1 bis ONr. 3 wurde der Umkehrplatz hergestellt. Im 22. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Flughafen Aspern" wurde die Westrandstraße von der Röbbelinggasse bis zur „Westeinfahrt General Motors" ausgebaut. Im Zuge des Ausbaues des Biberhaufenweges von der Raffineriestraße bis zum Siegesplatz wurden entsprechende Umbaumaßnahmen an der schienengleichen Eisenbahnkreuzung der Anschlußbahn „Stadlau—Wien Lobau Hafen" vorgenommen. Im 23. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Draschegründe West" wurde mit dem Bau (2. Bauteil) der Richard-Strauss-Straße von der Anton-Ochsenhofer-Gasse bis zur Grenzgasse (Fertigstellung: Sommer 1985), der Adamovichgasse von der Richard-Strauss-Straße bis zur Pfarrgasse (Fertigstellung: Herbst 1984), der gewidmeten Verkehrsfläche 6022 von der Traviatagasse bis zur Slamagasse (Fertigstellung: Sommer 1984), der Lamezanstraße von Gasse 5963 bis Gasse 6018 (Fertigstellung: Ende 1984) begonnen. Fertiggestellt wurde die Toscaninigasse von der Kolbegasse bis zur Traviatagasse und die gewidmete Verkehrsfläche 6019 von der Richard-Strauss-Straße bis zur Toscaninigasse.

Die Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen und provisorischen Wohnstraßen wurde wieder fortgesetzt. Hiebei wurden Arbeiten durchgeführt im 1. Bezirk am Concordiaplatz sowie im angrenzenden Teil der Börsegasse von Renngasse bis Tiefer Graben (verkehrsberuhigte Zonen). Das „Juridicum" als verkehrsberuhigte Zone besteht aus der Helferstorferstraße von ONr. 4 bis ONr. 8, Heßgasse vor ONr. 1, Hohenstaufengasse von ONr. 10 bis ONr. 12, Schottenbastei von ONr. 7 bis ONr. 11, Griechengasse von ONr. 2 bis ONr. 10, Rotenturmstraße von ONr. 3 bis ONr. 5 und von ONr. 22 bis ONr. 24. Als verkehrsberuhigte Zonen wurden angelegt im 3. Bezirk das „Hörnesviertel" (2. Baustufe), die Hörnesgasse von Rasumofskygasse bis Hießgasse, die Geusaugasse von Rasumofskygasse bis Kundmanngasse, die Geologengasse von Hörnesgasse bis Geusaugasse und die Kleistgasse von Gerlgasse bis Kölblgasse, der Kolonitzplatz vor ONr. 1; im 4. Bezirk die Mozartgasse von ONr. 1 bis ONr. 3, der Mozartplatz von ONr. 1 bis ONr. 9, die Neumanngasse von ONr. 7 bis ONr. 9; im 6. Bezirk die Liniengasse von ONr. 33 bis ONr. 35 und die Aegidigasse (Verkehrsberuhigung durch Umbau des Kreuzungsbereiches) sowie die Mittelgasse von ONr. 15 bis ONr. 17 und bis zum Plateau Bürgerspitalgasse; im 8.Bezirk die Lenaugasse, in der Modellbauarbeiten in der provisorischen Wohnstraße durchgeführt wurden; im 9. Bezirk wurde eine provisorische Wohnstraße in der Himmelpfortstiege von ONr. 2 bis ONr. 6, in der Liechtensteinstraße von ONr. 95 bis ONr. 97, Nußdorfer Straße von ONr. 50 bis ONr. 52 und Säulengasse von ONr. 1 bis ONr. 31 errichtet; im 12. Bezirk in der Mandlgasse von ONr. 1 bis ONr. 15; im 15. Bezirk wurde eine Wohnstraße angelegt im Bereich der Chrobakgasse von ONr. 1 bis ONr. 7, Hackengasse von ONr. 1 bis ONr. 11, Holochergasse von ONr. 41 bis ONr. 55, Kannengasse von ONr. 1 bis ONr. 9, Pelzgasse von ONr. 1 bis ONr. 21, Pilgerimgasse von ONr. 11 bis ONr. 21, Plunkergasse von ONr. 19 bis ONr. 25, Wurmsergasse von ONr. 45 bis ONr. 51, von ONr. 37 bis ONr. 43 und von ONr. 38 bis ONr. 44, Zinckgasse von ONr. 13 bis ONr. 23 und der Schuselkagasse (ganze Länge); im 16. Bezirk in der Hasnerstraße/Possingergasse Kreuzung Kirchstetterngasse, Lambertgasse von ONr. 15 bis ONr. 19 (Wohnstraße), Ottakringer Straße von ONr. 113 bis ONr. 115 mit Anschluß an die Wohnstraße Lambertgasse; im 18. Bezirk in der Kutschkergasse von ONr. 37 bis ONr. 41 (Wohnstraße), von ONr. 1 bis ONr. 7 und das Plateau der Gentzgasse von ONr. 31 bis 26 als verkehrsberuhigte Zone; im 19. Bezirk die Korntheuergasse von ONr. 1 bis ONr. 3 als verkehrsberuhigte Zone, die Rudolfinergasse von ONr. 1 bis ONr. 17 als provisorische Wohnstraße, die Billrothstraße von ONr. 78 bis ONr. 80, die Silbergasse von ONr. 7 bis ONr. 9, wobei die Gehsteige im Bereich Rudolfinergasse durchgezogen wurden; im 20. Bezirk der Leipziger Platz von ONr. 1 bis ONr. 2 und die Greiseneckergasse von ONr. 18 bis ONr. 22 als provisorische Wohnstraßen.

Im Rahmen des Behindertenprogramms wurden im 4. Bezirk Gehsteigabsenkungen in Fußgeherübergangsbereichen in der Operngasse — Schleifmühlgasse — Margaretenstraße, Randsteinabsenkungen im

10. Bezirk in der Columbusgasse von der Gudrunstraße bis zur Quellenstraße und im 14. Bezirk in der Hüttelдorfer Straße — Reinlgasse hergestellt.

Im Rahmen der Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden entsprechende Umbauten unter anderem durch Änderung der Randsteinführung, Fahrbahnteiler, Haltestellenbuchten vorgenommen, und zwar im 5. Bezirk in der Schönbrunner Straße im Kreuzungsbereich Kettenbrückengasse, im 14. Bezirk in der Bierhäuselberggasse, im Kreuzungsbereich Alois-Behr-Straße, im 15. Bezirk an den Gehsteigen im Bereich des Westbahnhofes und des Europaplatzes, im 17. Bezirk auf der Höhenstraße im Kreuzungsbereich Neuwaldegger Straße, im 21. Bezirk in der Ödenburger Straße bei der Haltestelle vor dem Schulzentrum sowie im 22. Bezirk in der Süßenbrunner Straße im Kreuzungsbereich Breitenleer Straße.

Die Ausgestaltung von Radwegen wurde wieder fortgesetzt, und zwar im 19. Bezirk an der S 2 — Donaukanalschnellstraße von der Sickenberggasse bis Gürtelbrücke. Weiters wurde ein Radweg längs des rechten Donaukanalufers unter der Hochstraße B 14 (Klosterneuburger Straße und neben der S 2 — Donaukanalschnellstraße) angelegt.

Im Zuge des Beschleunigungsprogramms öffentlicher Verkehrsmittel wurden Straßenarbeiten durchgeführt, so im 3. Bezirk am Rennweg im Kreuzungsbereich Ungargasse — Fasangasse, am Rennweg von ONr. 110 bis ONr. 120 und Rennweg von gegenüber ONr. 95 bis gegenüber ONr. 95 A; im 11. Bezirk auf der Simmeringer Hauptstraße von ONr. 2 bis ONr. 16; im 21. Bezirk in der Ruthnergasse von ONr. 24 bis ONr. 50 und in der Siemensstraße von ONr. 57 bis ONr. 73; im 22. Bezirk in der Attemsgasse von Steigenteschgasse bis Donaufelder Straße.

Im Zuge einer Rationalisierung von Instandhaltungsarbeiten wurden Asphaltbetonbeläge auf Fahrstreifen verschiedener Straßen auf die erforderliche Breite als Verstärkung der vorhandenen Fahrbahnbefestigung bzw. zur Verminderung des Verkehrslärms aufgebracht, und zwar im 2. Bezirk in der Darwingasse von ONr. 16 bis ONr. 32, im 4. Bezirk in der Preßgasse von ONr. 2 bis ONr. 14, im 5. Bezirk in der Gartengasse von ONr. 14 bis ONr. 26, Grüngasse von ONr. 11 bis ONr. 13 und Oberen Amtshausgasse von ONr. 1 bis ONr. 13, im 8. Bezirk in der Albertgasse von ONr. 11 bis ONr. 25 und Pfeilgasse von ONr. 24 bis ONr. 36, im 9. Bezirk in der Alser Straße von ONr. 6 bis ONr. 22 und Kinderspitalgasse von ONr. 2 bis ONr. 6, im 10. Bezirk in der Columbusgasse von ONr. 23 bis ONr. 47, im 11. Bezirk in der Ehamgasse von ONr. 5 bis ONr. 17, Hasenleitengasse von ONr. 68 bis ONr. 110, Lindenbauergasse zur Gänze und Kaisersebersdorfer Straße von ONr. 141 bis ONr. 161, im 15. Bezirk in der Herklotzgasse von ONr. 36 bis ONr. 44, im 19. Bezirk auf dem Donauwartesteig von ONr. 9 bis ONr. 31, in der Grinzinger Straße von ONr. 127 bis ONr. 137 und am Schreiberweg von ONr. 56 bis ONr. 122, im 21. Bezirk in der Arnimgasse von ONr. 2 bis ONr. 8, Bonitzgasse von ONr. 2 bis ONr. 8, Stöhrgasse von ONr. 1 bis ONr. 5, Stowassergasse von ONr. 2 bis ONr. 6 und Jiricekgasse von ONr. 1 bis ONr. 19, im 22. Bezirk in der Breitenleer Straße von der Siedlung Ponny-Seen bis zum Telefonweg und am Telefonweg vom Asparagusweg bis zur Breitenleer Straße.

Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden vorwiegend Gehsteigumbauten bzw. Gehsteigerneuerungen sowie kleinere Umbauten und Regenerierungen der Fahrbahnen durchgeführt, so in den Bereichen 1. Bezirk, Kärntner Straße von ONr. 7 bis ONr. 47, Pestalozzigasse von ONr. 6 bis ONr. 8 und Heldenplatz von Burgring bis zum Leopoldinischen Trakt; 2. Bezirk, Engerthstraße von ONr. 241 bis ONr. 247, Castellezgasse von ONr. 27 bis ONr. 35 und Handelskai von ONr. 426 bis ONr. 430; 3. Bezirk, Beatrixgasse von Landstraßer Hauptstraße bis Ungargasse; 6. Bezirk Brauergasse von ONr. 2 bis ONr. 8, Königseggasse von ONr. 1 bis ONr. 3; 11. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße, halbseitig vom Plateau bis Etrichstraße, Etrichstraße halbseitig vom Plateau bis Simmeringer Hauptstraße, halbseitig vom Plateau bis Kaisersebersdorfer Straße; 14. Bezirk, Flötzersteig von Schrekergasse bis Schinaweisgasse, Zehetnergasse von ONr. 1 bis ONr. 5; 15. Bezirk, Würffelgasse von ONr. 3 bis ONr. 5; 17. Bezirk, Wattgasse von ONr. 75 bis ONr. 77; 18. Bezirk, Gentzgasse von ONr. 112 bis ONr. 122, Pfarrer-Deckert-Platz von ONr. 1 bis ONr. 2; 19. Bezirk, Blaasstraße von ONr. 4 bis ONr. 14, Grinzinger Allee von ONr. 24 bis ONr. 28, Felix-Mottl-Straße von ONr. 18 bis ONr. 26, Glanzinggasse von ONr. 31 bis ONr. 39, Hasenauerstraße von ONr. 20 bis ONr. 26, Richard-Kralik-Platz vor ONr. 3, Weimarer Straße von ONr. 69 bis ONr. 75, Höhenstraße bei Cobenzlgasse und Krapfenwaldgasse, Am Kahlenberg auf dem Parkplatz und an den Gehsteigen Hameaustraße von ONr. 53 bis ONr. 55, Lannerstraße von ONr. 16 bis ONr. 18, Vegagasse von ONr. 2 bis ONr. 18; 22. Bezirk, Süßenbrunner Straße von der Breitenleer Straße bis 70 m in Richtung Hirschstettner Straße, Konstanziagasse von ONr. 39 bis ONr. 45, Schafflerhofstraße von der Breitenleer Straße bis zum Kieswerk; 23. Bezirk, Klostermanngasse von ONr. 1 bis ONr. 19, Altmannsdorfer Straße von der Erlaaer Straße bis zur Triester Straße, Anton-Baumgartner-Straße von der Altmannsdorfer Straße bis zur Papiergasse, Halbrittergasse von ONr. 2 bis ONr. 8.

Ferner wurden Gehsteige, Parkplätze und dergleichen bei Bundesstraßen gebaut, so im 2. Bezirk am Handelskai (B 10) von der Haussteinstraße bis zur Abfahrt Reichsbrücke (Gehsteigerneuerung) und im Bereich der beiden Auffahrten zur A 20 (Gehsteigerneuerung); im 3. Bezirk in der Dampschiffstraße (B 227) von ONr. 2 bis ONr. 22, auf der Weißgerber Lände von ONr. 2 bis ONr. 60, wobei der Umbau der Gehsteige in Angriff genommen wurde; im 5. Bezirk auf der Rechten Wienzeile (B 1 — Wiener Straße) von gegenüber ONr. 93 bis ONr.

103, wobei Baumscheibeneinfassungen gebaut wurden; im 14. Bezirk in der Wientalstraße (B 1), in der der Gehsteig in Richtung Josef-Palme-Platz verlängert wurde; im 18. Bezirk am Währinger Gürtel, auf dem an der Stadtbahnseite von der Marsanogasse bis zur Gentzgasse eine Gehallee angelegt wurde; im 19. Bezirk, in der Heiligenstädter Straße (B 14), in der von ONr. 271 bis ONr. 281 etwa 15 PKW-Abstellplätze geschaffen wurden; im 20. Bezirk, in der Adalbert-Stifter-Straße (B 226), in der von ONr. 22 bis ONr. 76 und von ONr. 78 bis ONr. 82 Gehsteige erneuert wurden.

An Straßenbauten für andere Dienststellen wurden im 3. Bezirk bei der Erdberger Lände von der 1. Haidequerstraße bis zur Kappgasse eine Bedienungsstraße über dem rechten Hauptsammelkanal für die Magistratsabteilung für Kanalisation und Entsorgungsbetrieb errichtet. Ferner ist die Herstellung von Baumscheibeneinfassungen für das Stadtgartenamt im 6. Bezirk in der Morizgasse von ONr. 2 bis ONr. 8, in der Sonnenuhrgasse von ONr. 6 bis ONr. 8 und in der Strohmayergasse von gegenüber ONr. 11 bis ONr. 13, im 7. Bezirk in der Bernardgasse von ONr. 39 bis ONr. 41 und Schrankgasse von ONr. 7 bis ONr. 9, im 8. Bezirk in der Albertgasse von ONr. 49 bis ONr. 53, Klesheimgasse von ONr. 2 bis ONr. 4 und Zeltgasse (zur Gänze) zu nennen. Im 11. Bezirk wurde von der Simmeringer Lände von ONr. 64 bis 1. Haidequerstraße eine Bedienungsstraße über dem rechten Hauptsammelkanal für die Magistratsabteilung für Kanalisation und Entsorgungsbetrieb angelegt.

Im 22. Bezirk waren in der Finsterbuschstraße vom Ende der bestehenden Abstellspur bis zur Auffahrt zum Ölhafen Lobau Abstellflächenneuherstellungen sowie in der Kanalstraße von der Hardeggasse bis zur Mühlwasserstraße und in der Hardeggasse von Am Mühlwasser bis zur Kanalstraße die endgültige Belagsaufbringung für die Magistratsabteilung für Wasserbau durchzuführen.

Sonstige Straßenbauarbeiten, wie die endgültige Belagsaufbringung, die Regenerierung von Fahrbahnen sowie diverse Instandsetzungsarbeiten, wurden gleichfalls durchgeführt. So wurde im 6. Bezirk am Loquaiplatz von ONr. 4 bis ONr. 7 endgültig der Belag hergestellt. Im 14. Bezirk waren in der Wientalstraße innerhalb des Verteilerkreises Auhof im nördlichsten Teil Abstellflächen neu herzustellen. In der Linzer Straße wurde von ONr. 378 bis ONr. 406 die Fahrbahn durch Austausch des Großsteinpflasters gegen eine bituminöse Tragschicht umgebaut. Im 21. Bezirk wurden auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9134 von der Anton-Haberzeth-Gasse bis zur Krottenhofergasse Fahrbahnen und Abstellflächen neu hergestellt, im 23. Bezirk in der Speisinger Straße von ONr. 216 bis ONr. 262 nach Gleisregulierungsarbeiten der Belag aufgebracht sowie in der Kolbegasse von der Laxenburger Straße bis Gasse 5961, in der Tenschertstraße von der Laxenburger Straße bis Gasse 5961 und in der Deutschstraße von der Tenschertstraße bis zur Gorskistraße Fahrbahnen neu hergestellt.

Auf den Bundesstraßen S und B wurden für Befestigungen von Fahrbahnen 1.000 m² Betophalt, 22.800 m² an Zementbetondecken, 28.200 m² an Asphaltbetonbelägen, 33.000 m² an Hartgußasphaltbelägen, 73.000 m² bituminöse Kiestragschichten, 3.500 m² Klein- und Großsteinpflaster und 72.000 m² an mechanisch stabilisierten Tragschichten aufgebracht. Bei Erdarbeiten wurden 32.000 m³ abgegraben, 5.000 m³ angeschüttet und 21.500 m³ für Frostschutzmaßnahmen verbraucht, ferner 20 m³ an Stahlbeton für ein Brückentragwerk, 600 m³ Stampfbeton für Stützmauern, 100 m³ an Pfahl- und Fundamentbeton sowie 20 t Formstahl. Insgesamt wurden 12.200 Arbeitsschichten geleistet.

Auf den Autobahnen wurden für den Ausbau und die Instandsetzung 650 m² Zementbeton, 36.000 m² Asphaltbeton, 260 m² Hartgußasphalt, 42.820 m² bituminöse Tragschichten, 28.940 m² mechanisch stabilisierte Kiestragschichten und 450 m² zementstabilisierte Tragschichten aufgebracht. Bei Erdarbeiten wurden 136.500 m³ abgegraben, 42.700 m³ angeschüttet, 18.350 m³ für Frostschutzmaßnahmen und 12.600 m³ für die Humisierung verwendet. Ferner wurden 1.900 m² Lärmschutzwände errichtet, 1.050 m³ Stahlbeton für aufgehendes Mauerwerk aufgebracht sowie 2.885 m³ Pfahl- und Funddamentbeton und 344 t Formstahl verwendet. Insgesamt wurden 8.844 Arbeitsschichten geleistet.

Unter den Arbeiten auf Bundesstraßen B und S ist im Zuge der B 1 — Wiener Straße im 13. Bezirk der Umbau des Plateaus Hadikgasse—Schloßallee zu nennen. Im 21. Bezirk wurde im Zuge der B 3 — Donaustraße die Prager Straße von der Galvanigasse bis zur Autokaderstraße umgebaut und deren Decke erneuert. Im Zuge der B 8 — Angerner Straße wurde im 2. Bezirk die Lassallestraße vom Praterstern bis zum Mexikoplatz umgebaut; dieses Baulos konnte mit Ausnahme der Arbeiten auf ÖBB-Grund, das sind die Arbeiten an Rad- und Gehwegen sowie Landesstraßen, fertiggestellt werden. Ferner wurde die Wagramer Straße im 22. Bezirk von der Schrickgasse bis zur Rolandgasse umgebaut und von der Rolandgasse bis zur Julius-Ficker-Straße voll ausgebaut. Im 19. Bezirk wurde im Zuge der B 14 — Klosterneuburger Straße auf der Nußdorfer Lände das Sekundärnetz im Bereich der Hochstraße errichtet und die Arbeiten am Rad- und Treppelweg fertiggestellt. Im Zuge der B 221 — Wiener Gürtelstraße wurden im 18. Bezirk am Währinger Gürtel beim AKH-Tunnel die Fahrbahnen und der Gehsteig wiederhergestellt. Im 9. Bezirk war die Liechtensteinstraße vom Liechtenwerderplatz bis zur Auffahrt auf die Gürtelbrücke umzubauen. Im Zuge der B 224 — Altmannsdorfer Straße wurden im 12. und 13. Bezirk auf der Grünbergstraße von der Schönbrunner Straße bis zur Gaßmannstraße Belagsarbeiten durchgeführt. Im 11. Bezirk wurde im Zuge der B 225 — Wienerbergstraße auf der Haidestraße von Unter der Kirche bis zur Oriongasse die Fahrbahndecke hergestellt. Mit dem Neubau des Abschnit-

tes der Haidestraße von Oriongasse bis zum Anschluß an die A 4 wurde im Dezember 1983 begonnen. Im Zusammenhang mit dem Neubau der Ameisbrücke stand der Umbau der im Zuge der B 222 — Wiener Vorortestraße gelegenen Ameisgasse und Karlingergasse von der Goldschlagstraße bis zur Cumberlandstraße im 14. Bezirk. Ferner wurde die Gunoldstraße im 19. Bezirk von der Heiligenstädter Brücke bis zur Heiligenstädter Straße verbreitert und deren Decke saniert. Im Zuge der B 227 — Donaukanalstraße wurde die Dampfschiffgasse und Weißgerber Lände im 3. Bezirk von der Uraniabrücke bis zur Rotundenbrücke voll ausgebaut, ferner die Roßauer Lände von der Grünentorgasse bis zur Augartenbrücke im 9. Bezirk, die Obere Donaustraße von der Herminengasse bis zur Scholzgasse im 2. Bezirk und die Brigittenauer Lände von der Friedensbrücke bis zur Leipziger Straße im 20. Bezirk. Die im Zuge der S 2 — Donaukanalschnellstraße gelegene Heiligenstädter Lände wurde von der Anton-Rampenstrauch-Gasse (B 14) bis zur Auffahrt zur Gürtelbrücke auf drei Spuren verbreitert und deren Betondecken ausgewechselt. Im Zusammenhang mit der Verkehrsfreigabe des Nordknotens, der eine Verknüpfung der S 2 — B 10 — B 14 ist, wurden die Verbindungsrampen der Brückentragwerke im 20. Bezirk hergestellt. Schließlich waren der Rad-, Geh- und Treppelweg von der Sickenberggasse bis zur Gürtelbrücke im 19. Bezirk herzustellen.

Die Schwerpunkte der Arbeiten zum Ausbau der Autobahnen in Wien lagen an der A 4 — Ostautobahn, A 20 — Wiener Gürtelautobahn mit der Fertigstellung der Straßenanschlüsse für die Brigittenauer Brücke, ferner an der A 22 — Donauuferautobahn und an der A 23 — Autobahnverbindung Wien-Süd.

Fertiggestellt wurden an der A 4 — Ostautobahn das 1. Baulos „Simmering", das 2. Baulos „Kaiserebersdorf" und das 3. Baulos „Erdberger Lände". An der A 22 — Donauuferautobahn wurde im Bauabschnitt Nord in der Sinawastingasse ein Ersatzweg hergestellt und eine Stützmauer errichtet sowie entlang der S 2 bis Prager Straße Lärmschutzwände errichtet, ebenso an der A 23 — Autobahnverbindung Wien-Süd am Ensleinplatz und Anningerweg im 10. Bezirk.

Brückenbau und Grundbau

Im Bereich des Brückenbaues wurde die Roßauer Brücke im Oktober 1983 dem Verkehr übergeben. Das fünfspurige Tragwerk über den Donaukanal dient der Verkehrsrelation vom 2. in den 9. Bezirk. Die Brücke wurde einer besonderen architektonischen Ausgestaltung unterworfen, wobei an den Brückenköpfen steinverkleidete Pylonen errichtet wurden. Ebenso wurde der oberstromige 9. bezirksseitige Stiegenabgang steinverkleidet. Auf der 2. Bezirks-Seite werden, um den Abgang von der Brücke zum Treppelweg zu erleichtern, im Wettsteinpark Stützmauern angebracht. Ebenso wird oberstromig im 2. Bezirk ein Stiegenabgang geschaffen. Diese Arbeiten, mit denen im Jahre 1983 begonnen wurde, werden im Frühjahr 1984 fertiggestellt. Im Zuge des Baues des Universitätszentrums Althanplatz wurde zwischen dem Liechtenwerder Platz und der Brigittenauer Lände als Gehwegherstellung ein Brückenrohtragwerk über die Franz-Josefs-Bahn errichtet. Die Stadt Wien hat im Jahre 1983 die vollständige Brückenausrüstung, wie Dilatation, Geländer, Leitschienen, Brückenbelag sowie Beleuchtung, installiert. An der Ameisbrücke mußten die Rampe Karlingergasse und die Rampenstützmauer saniert werden. Mit der Errichtung der Brücke Überfuhrstraße wurde im Jahre 1982 begonnen. Im Jahre 1983 wurden die Pfeiler und Widerlager fertiggestellt, das Stahltragwerk abschnittsweise von beiden Ufern der Neuen Donau aus lanziert, die über Seilsattellager auf den Pylonen geführten flach geneigten Seile montiert und gespannt, das Geländer montiert und der Gehwegbelag aufgebracht. Am 16. September konnte die Brücke eröffnet werden. Mit dem Bauvorhaben Kafkasteg wurde im Februar 1983 begonnen. Der Steg dient dem sicheren Überqueren des Handelskais und der Donauuferbahn und ist für die Benutzung durch Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Die Errichtung konnte Mitte Dezember 1983 abgeschlossen werden.

Abtragsarbeiten an der Straßenbahnbehelfsbrücke bei der Reichsbrücke konnten fertiggestellt werden. Die Abbrucharbeiten bei den Tragwerken und Pfeilern wurden bis auf einen Restbetrag bei einem Strompfeiler sowie diverse Erdarbeiten im Donauinsel- und Hubertusdammbereich abgeschlossen. Die Signalstelle Nußdorf konnte im Oktober 1983 mit dem Abtrag der Behelfsbrücke den Dienst einstellen. Die dafür benützten Räume müssen noch instand gesetzt werden. An der Brigittenauer Brücke wurden noch die Verschleißschichten auf dem Handelskai (B 10) und der Umleitungsstrecke (Engerthstraße) aufgebracht sowie Ufersicherungsarbeiten, Geländegestaltung und Restarbeiten durchgeführt. Mit den Bauarbeiten für den Neubau der Ameisbrücke über die Westbahn wurde im Juli 1982 begonnen. Ein Großteil der Bauarbeiten, wie die Errichtung des Verbundtragwerkes, sowie die Sanierung bzw. Neuherstellung der anschließenden Stützmauern und Rampenanlagen wurden im Jahre 1983 durchgeführt. Die Arbeiten konnten mit 23. Dezember 1983 zur Gänze abgeschlossen werden, wobei die Verkehrsfreigabe der Brücke im Bundesstraßenverlauf jedoch bereits am 3. Oktober erfolgte. Infolge des schlechten Erhaltungszustandes mußte die Flötzersteigbrücke umgebaut und saniert werden. Da die Brücke unter Denkmalschutz steht, wurde bei der Sanierung darauf Rücksicht genommen, die gestaltnerischen Elemente dieser Brücke, wie Geländer, Gehwegsaum, Stützen, Widerlager, Stiegenanlagen, und die aus der Fahrbahn aufragenden vier Pylonen zu erhalten. Das Tragwerk wurde mit Ausnahme der jeweils ersten Zwillingsträger komplett erneuert. Die Gehwegbreite wurde auf jeder Seite um einen

Meter auf 2,25 m nutzbare Breite reduziert, so daß für den Fahrbahnbereich nunmehr 14,50 m statt bisher 12,50 m zur Verfügung stehen. Der Tragwerksabbruch und die Verbundtragwerksherstellung erfolgen wegen des aufrecht zu erhaltenden Verkehrs halbseitig. Mit dem Bau wurde am 18. Oktober 1982 begonnen, der Bau war am 18. Oktober 1983 abgeschlossen. Im Zuge der Bauarbeiten im Bereich der Anschlußstelle Floridsdorfer Brücke wurde die Errichtung der letzten Stützmauer — Rampe 200 — durchgeführt. Die 146 m lange Stützmauer liegt parallel zur Autobahnachse. Die Arbeiten wurden bis auf das Versetzen der Leitschienen abgeschlossen. Außerdem wurde die Sichtverkleidung des schon früher hergestellten Uberführungsbauwerkes in Verlängerung der Floridsdorfer Brücke im Anschluß an die Rampe 200 fertiggestellt. Beim Bau der Brücke, die als Zufahrt von der donauseitigen Bedienungsstraße zur Aufschließungsstraße bzw. als Fußgängerbrücke über die A 22 dient, wurde das Brückentragwerk als eine vorgespannte Zweifeld-Plattenbrücke konstruiert. Die Bauarbeiten wurden am 17. Jänner 1983 begonnen und das Brückenobjekt 1983 im Rohbau fertiggestellt. Im Bereich der Franzens- und Verbindungsbahnbrücke wurden eine zweispurige, kreuzungsfreie Unterführung unter der Verbindungsbahn sowie eine Stützmauer und eine Fußgeherkonsole hergestellt.

Unter den Arbeiten zur Brückenerhaltung ist die Schmelzbrücke im Zuge der Schweglerstraße über die Westbahn zu nennen. Im Zuge ihrer Generalinstandsetzung wurden die Gehwegkonstruktionen, die Fahrbahnbeläge und der Korrosionsschutz der Tragwerkskonstruktionen erneuert sowie die Dilatationen instand gesetzt. Ferner wurde die Generalinstandsetzung der Stiegenanlage an der Freudenauer Hafenbrücke in Angriff genommen und abgeschlossen. Mit der Generalinstandsetzung der Fahrbahn und Gehwege auf der Kennedybrücke wurde begonnen. So waren die Beläge und die Abdichtung gegen Feuchtigkeit zu erneuern und die Tragwerkskonstruktion instand zu setzen. Die Arbeiten im Fahrbahnbereich wurden abgeschlossen und werden im Jahre 1984 im Bereich der Gehwege und der Gleiskörper fortgesetzt. Die Instandsetzungsarbeiten an den Stahlbaukonstruktionen des Döblinger Steges über den Donaukanal (Heiligenstädter Lände) sowie bei der Erneuerung des Korrosionsschutzes und der Dilatationen wurden beendet. Im Lainzer Tiergarten war eine Holzplatzbrücke neu herzustellen. Diese Arbeiten konnten im Jahre 1983 abgeschlossen werden. Mit den Instandsetzungsarbeiten für die Erneuerung der Abdichtung gegen Feuchtigkeit, der Beläge, der Randbalken, Trennstreifen und Dilatationen an der Erdberger Brücke über den Donaukanal im Zuge der A 20 wurde begonnen. Die Arbeiten im Bereich der seitlichen Brückenfahrbahnen wurden abgeschlossen, der mittlere Bereich wird 1984 durchgeführt. Instandsetzungsarbeiten an den überbreiten Gehwegen der Laxenburger Brücke im Zuge der Laxenburger Straße über die A 23 wurden durchgeführt. Instandsetzungsarbeiten an der Heiligenstädter Brücke im Zuge der B 222 Vorortestraße über den Donaukanal für die Abdichtung gegen Feuchtigkeit, der Fahrbahn- und Gehwegbeläge, der Dilatationen und der Stiegenanlagen wurden gleichfalls in Angriff genommen und abgeschlossen. An der Willerbrücke im Zuge der B 13 Laaber Straße über die Liesing wurde die Abdichtung gegen Feuchtigkeit der Fahrbahnen und Gehwegbeläge erneuert, die Randbalken instand gesetzt und der Korrosionsschutz an den Brückengeländern saniert. An der Brücke im Zuge der Nauheimergasse war die Abdichtung gegen die Feuchtigkeit bei den Gehwegen instand zu setzen, der Gehwegbelag sowie der Korrosionsschutz an den Brückengeländern zu erneuern. Instandsetzungsarbeiten der Fahrbahn- und Gehwegbeläge, der Isolierung und des Korrosionsschutzes an den Geländern der Selma-Lagerlöf-Brücke über die A 23 konnten abgeschlossen werden. An der Brücke über den Grünauerbach im Zuge der B 1 — Wiener Straße war die Fahrbahnoberfläche generalinstand zu setzen. So wurden die Fahrbahnbeläge, die Abdichtung gegen Feuchtigkeit und der Mittelstreifen erneuert, ferner kleinere baumeistermäßige Instandsetzungen am Tragwerk durchgeführt. Diese Arbeiten wurden im Jahre 1983 begonnen und abgeschlossen, ebenso wie erforderliche Umbauarbeiten im Mittelstreifen und Gehwegbereich der Kagraner Brücke über die Alte Donau.

Aus der Vielzahl der städtischen Bauvorhaben, für die im Jahre 1983 eine grundbautechnische Beratung durchgeführt wurde bzw. für die Gründungskonzepte erarbeitet und die Gründungsarbeiten überwacht werden mußten, werden folgende Projekte hervorgehoben:

Beim Bau der städtischen Wohnhausanlage in 2, Vorgartenstraße-Engerthstraße wurde erstmalig im Raume Wien das Soilcrete-Verfahren angewendet und damit gute Erfahrungen gemacht. Dieses Verfahren erlaubt auf maschinelle Art, im Boden verfestigte säulen- bzw. scheibenförmige Körper herzustellen und bietet damit Lösungsmöglichkeiten für verschiedene grundbautechnische Probleme. Insbesondere wird es auch wesentliche Verbesserungen bei der Unterfangung von zu seicht fundierten Altbauten bringen, eine Arbeit, die bisher oft nur händisch und mit erheblichem Risiko ausgeführt werden konnte.

Die Aktivitäten des Grundbaues beim U-Bahn-Bau bestanden insbesondere in der Betreuung und Überwachung der Herstellung von Schlitzwänden, Pfählen, Ankern sowie Brunnen und Pegeln für die Grundwasserabsenkung bei den U-Bahn-Bauabschnitten U 6/1 — Pottendorfer Linie bzw. U 6/2 — Philadelphiabrücke. Für die U-Bahn-Bauabschnitte U 3/4 — Kundmanngasse und U 3/5 — Landstraße wurde intensiv bei den Vorarbeiten, die unter anderem in der Ausschreibung, Verkehrsumleitung in 3, Rechte Bahngasse, sowie in Gründungsproblemen im Bereich Bahnhof Wien-Mitte bestanden, mitgearbeitet.

Wie jedes Jahr wurden auch im Jahre 1983 für eine große Anzahl von Hoch- und Tiefbauvorhaben der Stadt Wien Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Besonders interessant gestalteten sich die Untersu-

chungen für das städtische Wohnbauvorhaben in 19, Weinberggasse 70—74, auf den ehemaligen Gräf & Stift-Gründen, weil neben dem heterogenen Bodenaufbau auch besondere Einbauten wie Bunker, Gesenkschmiedefundamente, Kanäle usw. zu erkunden waren.

Für den geplanten Bau des Hafentores im Hafen Albern wurden Pumpversuche durchgeführt und mit Flügelradsonden partielle Wegsamkeiten untersucht.

Im Zusammenhang mit der Borverunreinigung des Grundwassers in einem Teil des 22. Bezirkes wurde auf dem Gelände des ehemaligen Boraxwerkes in der Gotramgasse 11 eine umfangreiche Deponieerkundung durch Aufschlußbohrungen durchgeführt.

Im Arbeitsbereich der Geologie und des Grundbaukatasters wurde nach Abschluß des geologisch-geotechnischen Projektes, das gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung durchgeführt wurde, im Rahmen der Rohstofforschung und -sicherung mit einem neuen Forschungsprojekt zur „Erarbeitung von Grundlagen für einen langfristigen Nutzungsplan und für den Schutz des Grundwassers im Ballungszentrum am Beispiel Wien" begonnen. Hiefür wurden hydrogeologische Fakten, Daten über die Grundwasserchemie und Boden-Wasserdaten von rund 3.000 Bohrprofilen aus dem Baugrundkataster auf Datenträger aufbereitet.

Der Baugrundkataster wurde durch neue Einlagen erweitert, weiters wurde mit der Mikroverfilmung der Daten des Baugrundkatasters, wofür bisher rund 4.500 Aufnahmen gemacht wurden, begonnen.

Insgesamt wurden im Rahmen der Brückenprüfungen 86 Hauptprüfungen sowie 1.794 periodische Überwachungen und Befahrungen durchgeführt. Die Prüfung der Überkopfwegweiser erfaßte 66 Objekte. Von den hauptgeprüften Brücken sind die Reichsbrücke, die Marienbrücke, die Schwedenbrücke, die Radetzkybrücke, die Praterbrücke, die Schmelzbrücke und die Hochstraße Floridsdorf als die bekanntesten Brücken zu nennen. In den Quellschutzgebieten der Stadt Wien wurden 14 Brücken einer Hauptprüfung unterzogen. Die Revision der Reichsbrücke im Zug der B 8 — Angerner Straße über die Donau wurde ausschließlich mit eigenen Bediensteten durchgeführt und dauerte auf Grund der Größe des Tragwerkes und der Verkehrssituation nahezu das gesamte Jahr 1983.

Mit der Übernahme der Stützmauern von der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau wurde 1983 begonnen. An dieser Stelle werden die Stützmauer Eichelhofstraße und die Hangsicherung der Lehne Leopoldsberg angeführt, deren Instandsetzung bzw. Ausbau in die Wege geleitet wurden.

Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Die Abteilung ist für die Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von heizungs-, luft- und kältetechnischen Anlagen und Einrichtungen des Sondermaschinenbaues im Bereich der Gemeinde Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen, wobei ein Schwerpunkt bei der Betriebsführung liegt. Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in Gruppen mit den Aufgabenbereichen Kanzlei, Energieeinsparung und Service, öffentliche Bauten und Heizkontrolle, Wohnhäuser und Bäder, Krankenanstalten, U-Bahn, Verkehrsbauwerke und Sonderbauten, Planung und Sonderaufgaben — Heizwerkstätte, Kühlanlagen, Großküchen, Großwäschereien und allgemeiner Maschinenbau. Für die Bewältigung der umfangreichen Aufgabengebiete waren 165 Dienstposten systemisiert.

Die Kanzlei der Abteilung hat bis Ende Dezember 1983 rund 10.000 Stück Dienstpost bearbeitet und 200 Materialbestellungen ausgefertigt. Anbotsunterlagen mit 50.696 Seiten wurden für 297 Anbotsverhandlungen mit einem Erlös von 149.800 S verkauft. Diese Unterlagen wurden neben der Erledigung des Schriftverkehrs hergestellt. Behandelt wurden ferner insgesamt 14.331 Rechnungen, darunter 579 für Rauchfangkehrerangelegenheiten, sowie rund 3.500 Bestellscheine. 28 Anträge waren für den Gemeinderatsausschuß für Bauten mit einem Gesamtbetrag von 74,682.100 S, 23 Anträge für den Stadtrat für Bauten mit einem Gesamtbetrag von 21,333.800 S, 285 Anträge in Abteilungsleiterkompetenz mit insgesamt 63,922.070 S, ein Antrag des Leiters der Gruppe Hochbau mit 2,075.800 S sowie 356 Hinterlegungen zu bearbeiten. Die effektiven Ausgaben für andere federführende Abteilungen betrugen 286,421.732 S.

Die im vierten Jahr bestehende Energiespargruppe hat in vielen Bereichen Vorschläge erarbeitet und damit verstärkt die Bemühungen Energie zu sparen unterstützt. Die Genehmigung von Investitionen in der Höhe von 10 Millionen Schilling für Objekte des Jugendamtes, des Stadtgartenamtes, der Magistratsabteilung für die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude sowie der Magistratsabteilung für städtische Schulverwaltung wurde erwirkt. Diese finanziellen Mittel wurden zur Realisierung von Pilotprojekten verwendet, deren Ergebnisse genau kontrolliert und meßtechnisch erfaßt werden, so daß durch neue Erkenntnisse eine ständige Verbesserung der Technologien und damit ein ständig sinkender Energieverbrauch erreicht werden können. Bei einem Vergleich der Heizperioden von 1981/82 und 1982/83 konnte festgestellt werden, daß der Kostenanteil für Brennstoffe um 76 Millionen Schilling gesunken ist, wobei neben der geringeren Frosttagezahl infolge des wärmeren Winters 1982/83 und der sinkenden Brennstoffpreise vor allem die energiesparenden

Maßnahmen hiefür den Hauptgrund darstellen. Im Rahmen der Energiespargruppe ist die Meßgruppe, die aus drei Bediensteten besteht, mit der Kontrolle von feuerungstechnischen Wirkungsgraden beschäftigt. Darüber hinaus wurden in vielen Krankenanstalten Raumtemperaturmessungen vorgenommen und Kesselabstrahlverluste kontrolliert. Durch die Anschaffung von Meßwerterfassungsanlagen war es möglich, im Bereich der zentralen Warmwasserbereitung im sozialen Wohnbau, im Rudolfsspital und im Reservegarten Hirschstetten genauere Analysen vorzunehmen, woraus neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Die Servicegruppe war weiterhin erfolgreich im Einsatz. Durch die ständigen Kontrollen von Anlagen, die einmal am Tag und einmal in der Nacht vorgenommen wurden, kam es zu keinen größeren Ausfällen. Für Kontrollen mußten etwa 160.000 Kilometer Fahrleistungen zurückgelegt werden. Unterstützt wurde die Servicegruppe von der Kesselreinigungsgruppe, die routinemäßig die Kessel in den Anlagen, die von der Servicegruppe betreut werden, reinigt. Neben diesen Arbeiten wurden auch die Abgastemperatur und der CO_2-Gehalt gemessen, weiters Rußproben vorgenommen sowie ein kompletter Ölbrennerservice durchgeführt. Die Kesselneuschamottierungen und Kesselüberholungsarbeiten fallen ebenfalls in den Aufgabenbereich dieser Gruppe. Ferner wurden auch bei Lüftungs- und Klimaanlagen in OP-Sälen, Theatersälen und in Versorgungsbetrieben, wie der Ekazent Landstraße und am Großgrünmarkt Inzersdorf, die Filter bzw. Luftkanäle gereinigt und gewartet. 1983 wurden insgesamt rund 350 Kessel gereinigt und an etwa 300 Ölbrennern ein Service durchgeführt. Die eine transportable Kesselanlage war bei der Bundesländerversicherung am Rudolfsplatz im Einsatz, durch die ein Wohnhaus, das niederösterreichische Arbeitsamt und eine Filiale der Bundesländerversicherung beheizt wurden.

Die von der Heizwerkstätte im Jahre 1982 fertiggestellte transportable Kesselanlage kam 1983 in der Straßenbahnremise Koppreitergasse zum Einsatz, in der sie etwa bis Mai 1984 stand.

Da die Betreuung durch das Rechenzentrum der Stadt Wien sehr gut funktionierte, werden nunmehr auch alle 36 Außenstellen eingebunden. Nach einer kurzen Anlaufzeit ist derzeit ein klagloser Betrieb gegeben. Im Rechenzentrum selbst, das ständig ausgebaut wird, wurde eine dritte Kältemaschine installiert, die 1983 in Betrieb ging. Die Erweiterung der kältetechnischen Anlagen war auf Grund der Anlagenvergrößerung notwendig. Da in diesem Gebäude die letzten Stockwerke frei werden, ist auch nun deren klimatechnischer Anschluß in Planung. An Stelle von ursprünglich 3.000 MWh Heizleistung werden zufolge von Wärmerückgewinnungsmaßnahmen nur mehr etwa 400 MWh benötigt. An der Fertigstellung der Installationen im Haus der Begegnung 20, Raffaelgasse 11—13, wurde gearbeitet. Ein Teil der Anlage ist in Betrieb. Für den Ausbau der Volkshochschule Hietzing in 13, Feldkellergasse, wurden die Ausschreibungen und Vergaben durchgeführt. Für das Haus der Begegnung in 16, Schuhmeierplatz, wurden die Planungen abgeschlossen. Im Rahmen der Betreuung des Stadtgartenamtes waren vor allem im Reservegarten Hirschstetten und in der Baumschule Eßling umfangreiche Erhaltungsarbeiten durchzuführen, wobei für letztere auch der Einbau einer Strohverbrennungsanlage konzeptmäßig überlegt wurde. Mehrere Gärtnerunterkünfte wurden erweitert bzw. neu gebaut und zudem neue Heizungen errichtet.

Im Bereich der Öffentlichen Bauten erfolgte die maschinentechnische und energiewirtschaftliche Betreuung von etwa 1.500 Objekten. Für die Durchführung der erforderlichen Neu- und Umbauarbeiten sowie der Modernisierungsarbeiten an den Heizungsanlagen war nur ein kurzer Zeitraum gegeben. Besonders bei den Schulgebäuden standen für Heizungsarbeiten nur die Sommermonate zur Verfügung. In sechs Schulen wurden die veralteten Kesselanlagen durch neue ersetzt, ebenso die Fortsetzungsarbeiten in den Berufsschulen in 6, Mollardgasse und in 15, Hütteldorfer Straße sowie in der Sportanlage in 21, Jedleseer Straße weitergeführt. In drei Kindertagesheimen waren die Zentralheizungsanlagen zu sanieren und im Kindertagesheim in 2, Engerthstraße 152, eine Zentralheizungsanlage mit einer Umformerstation einzubauen. Weiters wurden in zwei Kindertagesheimen, in einem Objekt der Magistratsabteilungen für Stadtreinigung und Fuhrpark, einem Objekt für die Wienflußaufsicht der Magistratsabteilung für Wasserbau, einem Objekt der Magistratsabteilung für städtische Friedhöfe und einem Objekt der Jugendzahnklinik umweltfreundliche Gaszentralheizungsanlagen installiert. Im Heim Lindenhof in Eggenburg wurde eine der beiden Heizzentralen saniert und ein Teil der Radiatoren erneuert. Im Heim Sulzbach-Ischl erfolgte die Erneuerung der Fernleitung. Das Sperrwerk Wienflußaufsicht-Hadersdorf mußte ebenfalls repariert werden, aber auch in diversen Amtsgebäuden konnten verschiedene Heizungsverbesserungen durchgeführt werden. Das Amtshaus in 8, Schlesingerplatz, wurde von Öl- auf Gasbetrieb umgestellt, im Amtshaus in 20, Dresdner Straße, waren die Umbau- bzw. Erneuerungsarbeiten an der Zentralheizungsanlage weiterzuführen. In vier Amtsgebäuden wurden im Zuge von Fernwärmeanschlüssen neue Umformerstationen errichtet. In sechs Schulen werden die veralteten Kesselanlagen durch neue ersetzt. In zwei Feuerwachen erfolgte im Zuge von Umbau- bzw. Fertigstellungsarbeiten die Installation einer Kesselfolgeschaltung, einer Regelung, neuer Heizkörper bzw. der Garagenbe- und -entlüftung, wodurch eine Verbesserung der Anlagen erreicht werden konnte. Drei Feuerwachen erhielten bei Modernisierungsarbeiten der Bäderanlagen eine Entlüftung bzw. neue Regelung. Für die Feuerwache Am Hof war die Planung der Klimaanlage für die Nachrichtenzentrale vorzunehmen. Der Anschluß der Rettungszentrale in 3, Radetzkystraße 1, an das Fernwärmenetz war durchzuführen. Bei drei Rettungsstationen erfolgte der Umbau auf eine Gas-Zentralheizungsanlage.

Für die Rettungsstation in 23, Atzgersdorf, war eine Garagenheizung einzubauen. In der Desinfektionsanstalt Arsenal wurden Kesselreparaturen unter erschwerten Bedingungen durchgeführt, weiters erfolgte auch eine Planung für eine neue Verbrennungsanlage, in der Desinfektionsmüll unschädlich gemacht werden soll. Die Planung der Sanitätsstation in 20, Gerhardusgasse, wurde abgeschlossen. Im Sinne des Umweltschutzes wurde bei allen Modernisierungsarbeiten getrachtet, entweder Gas als Brennstoff zu verwenden oder aber bei entsprechender Gegebenheit eine Versorgung durch die Heizbetriebe Wien-GesmbH zu realisieren. Um eine Verminderung des Energieverbrauches zu erreichen, waren bei den neu errichteten Heizanlagen, soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, Optimierungsgeräte einzubauen. Bei jenen Anlagen, in denen im Jahre 1982 die Installation solcher Steuereinrichtungen erfolgte, konnte auch eine über dem Durchschnitt liegende Einsparung erzielt werden.

Immer wichtiger wird der wirtschaftliche Einsatz der teuren Energieträger für die Wärmeversorgung in den von der Heizkontrolle betreuten Objekten der Hoheitsverwaltung. Dies wird durch die in der Heizperiode 1982/83 aufgewendeten finanziellen Mittel für Brennstoffe in der Höhe von 507,105.160 S besonders verdeutlicht. Im wesentlichen wurden im Jahre 1983 rund 30.500 t Heizöl schwer, 5.200 t Heizöl mittel, 10.000 t Heizöl leicht, 800 t Heizöl extra leicht, 5.200 t Koks, 230.900 MWh Strom, 214 t Dampf-Fernwärme und 17,277.700 m³ Erdgas verbraucht. In Objekten der Hoheitsverwaltung waren Rauchfangkehrerangelegenheiten zu bearbeiten und hierüber Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 25 Millionen Schilling zur Anweisung zu bringen. Von der Preisprüfung mußten sämtliche Nachtragsangebote über 50.000 S in der Preisprüfungskommission überprüft werden. Außerdem hatten die Preisreferenten alle freihändigen Vergaben ab 80.000 S zu überprüfen und mit einer Stellungnahme laut MD-BD — 249/82 vom 23. Februar 1982 an die MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, weiterzuleiten. Weiters erfolgte die Überprüfung von Freihandvergaben für Angebote der abteilungseigenen Heizwerkstätte.

Durch die Kompetenzerweiterung der Preisprüfungskommission der Abteilung laut MD-BD — 249/82 vom 27. Juni 1981 werden bei Instandsetzungsarbeiten an Kesselhäusern, die an die Heizbetriebe Wien-GesmbH verpachtet sind, Kesselhäuser Freihandvergaben — d. h. die von den Heizbetrieben Wien-GesmbH zu legenden Angebote — von der Preisprüfungskommission der Abteilung bearbeitet, nicht mehr aber vom Dezernat 4 der MD-Stadtbaudirektion. Die Überprüfung der Lohn- und Materialpreiserhöhungen war vom Preisreferenten durchzuführen, der außerdem an sämtlichen neuen Verhandlungen über Service- und Regiestundensätze in der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, gemeinsam mit den Preisreferenten vom Bundesministerium für Bauten und Technik teilnehmen mußte. Aus dem Tätigkeitsbereich der Gruppe 2 — Öffentliche Bauten ist zu berichten, daß der Anschluß von acht städtischen Objekten an die umweltfreundliche Fernwärme der Heizbetriebe Wien-GesmbH termingerecht fertiggestellt werden konnte. Das waren zwei Schulen, vier Amtshäuser, eine Rettungsstation und ein Museum.

Im Wohnhausneubau wurden Geschäftsfälle, die rund 7.500 Wohneinheiten betrafen, behandelt, und zwar von der Vorplanung und Planung beginnend über die Ausschreibung, Bauleitung bis zur Abrechnung und Garantieabwicklung. Zudem wurden bei den Wohnhausanlagen, bei denen Mieterpartizipation vorgesehen ist, die Mieter eingehend informiert. Bei der Wohnhausanlage in 13, Schrutkagasse-Spohrstraße, ist für zwei der vier Stiegen zu Versuchs- und Vergleichszwecken, hinsichtlich Kostenaufwand und Energieeinsparung, eine Fußbodenheizung an Stelle der üblichen Radiatorheizung eingeplant worden. Diese Wohnhausanlage wurde fertiggestellt und im September 1983 besiedelt. Erste Erfahrungen mit dem genannten Heizsystem werden nach der Heizperiode vorliegen. Im Bereich der Wohnungslüftung wird nunmehr an Stelle der früher üblichen, dem Mieter zur Einschaltung überlassenen Einzelraumlüftung nunmehr die zentrale, dauernd laufende Entlüftung mit Schaltstellungen für Grund- und Betriebsbelüftung eingebaut. Weiters konnte eine Wohnhausanlage in 19, Pyrkergasse, mit dem Einbau von zusätzlicher mechanischer Zuluft fertiggestellt und besiedelt werden. In der Wohnhausanlage auf den Simmering-Graz-Pauker-Gründen und in 6, Linke Wienzeile, ist ebenfalls eine mechanische Wohnungsbe- und -entlüftung mit Wärmerückgewinnung vorgesehen.

Im Bereich der Wohnhauserhaltung waren 24 Kesselhäuser mit rund 6.500 angeschlossenen Wohnungen, über 140 Garagen, 32 Zentralwaschküchen und sämtliche zentralen, meachanischen Wohnungsbe- und -entlüftungen, diverse Müllentsorgungsanlagen und zentrale Warmwasserbereitungsanlagen zu betreuen und instand zu halten. Weiters waren in den an die Heizbetriebe Wien-GesmbH verpachteten Anlagen die Notwendigkeit von Reparaturen zu beurteilen und diese Arbeiten gemeinsam mit den Heizbetrieben Wien-GesmbH durchzuführen, wie z. B. die Kesselerneuerungen in den Kesselhäusern in 7, Lindengasse, und 10, Dampfgasse. Im Bereich der Sekundärheizungsnetze wurden laufend Servicearbeiten und Reparaturen in Hinblick auf Betriebssicherheit und optimalen Betrieb durchgeführt. Die Aufwendungen für diesen Tätigkeitsbereich betrugen etwa 9 Millionen Schilling. Die für den Betrieb der 24 vorwiegend mit Öl beheizten Kesselhäuser aufgewendeten Energiemengen stellen einen Wert von etwa 40 Millionen Schilling dar.

Im Rahmen der Wohnungsverbesserung konnten die Wohnhausanlagen in 9, Althausstraße 11—13, in 10, Laxenburger Straße 92, in 20, Brigittenauer Lände 138—142, und in Adalbert-Stifter-Straße/Dietmayrgasse, an die Fernwärme angeschlossen werden. Mit den Arbeiten für den Anschluß der Anla-

gen in 10, Kopalgasse, in 11, Mautner-Markhof-Gasse 10, und in 20, Treustraße 61—69, wurde begonnen. In den bereits an die Fernwärme angeschlossenen Anlagen sind rund 60 Wohneinheiten mit einer Heizung versehen worden. Für 1984 erfolgte die Erarbeitung eines Konzepts, das den Anschluß von etwa 3.200 Wohneinheiten in 16 Objekten vorsieht.

Im Bereich der Bäder und Kläranlagen wurde der Umbau der Heizungs- und Lüftungsanlagen im Amalienbad im 10. Bezirk durchgeführt. Im Bezirkshallenbad Brigittenau waren noch die Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie die Badewasseraufbereitung einzubauen. Das Bad wurde im April 1983 eröffnet. Im Bezirkshallenbad Großfeldsiedlung, dem auch ein Sommerbad angeschlossen ist, waren die Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie die Badewasseraufbereitung in Bau. Mit der Fertigstellung dieses Bades ist im April bzw. Juni 1984 zu rechnen. Schließlich sind noch die Entsorgungsbetriebe Simmering zu nennen, in denen diverse Lüftungen eingebaut sowie Großreparaturen, unter anderem an der Drehrohrofenausmauerung und den Abwasserleitungen, durchgeführt wurden.

In den Krankenanstalten und Pflegeheimen wurden umfangreiche Maßnahmen an den wärme-, kälte- und lufttechnischen Anlagen durchgeführt. Infolge der Vornahme von Neuinstallationen, Adaptierungen und Reparaturen im Bereich dieser maschinentechnischen Einrichtungen konnte die erforderliche Funktions-, Betriebs- und Versorgungssicherheit gewährleistet und angehoben werden. Außer den Arbeiten zur laufenden Erhaltung wurden in den einzelnen Anstalten Maßnahmen gesetzt: So wurde im Krankenhaus Lainz im Zuge des Ambulanzumbaues im Pavillon 5 die Heizung von Niederdruckdampf auf Warmwasser umgestellt. Als erster Bauteil der Sanierung der Heizung in der Krankenpflegeschule war die Feuerung von Koks- auf Gasbetrieb umzustellen. Die Arbeiten an den heizungs- und lüftungstechnischen Einrichtungen der Urologischen Abteilung wurden fortgeführt. Im Pflegeheim Lainz wurde im Pavillon 12 im Zuge der Sanierung von drei Krankenstationen die Heizung von Niederdruckdampf auf Warmwasser umgestellt. In den Pavillons 15 und 16 waren infolge von Saalunterteilungen und Erneuerungen von Sanitärgruppen ebenfalls Arbeiten an der Heizungsanlage erforderlich. Im Personalwohnheim Riedlgasse des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel mußte die Kaminanlage der zentralen Heizungsanlage instand gesetzt werden. Im Franz-Joseph-Spital wurde eine Heizung für den Hals-Nasen-Ohren-Zubau im Pavillon G 1 errichtet; die Heizungsanlagen im Pavillon B und in der B-Infektion wurden mit Regelungen ausgestattet. Im Preyer'schen Kinderspital waren die durch die Errichtung einer Intensivstation sowie die durch die Stationsadaptierung der Chirurgischen Abteilung bedingten Arbeiten an den Heizungsanlagen durchzuführen. Im Zentralkesselhaus der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurde die Kaminsanierung abgeschlossen. Im Pflegeheim Klosterneuburg konnten heizungs- und lüftungstechnische Installationen für Behinderten-WC-Gruppen der Stationen D und F vorgenommen werden. In der Rudolfstiftung wurden an den Kühltürmen Reparaturen und Sanierungen durchgeführt; eine Zuschaltmöglichkeit der Reserveanlage wurde geschaffen. Weiters wurden Heißwasserumformer erneuert und für bestehende Wärmerückgewinnungsanlagen automatische Regelungen installiert. Im Pflegeheim Baumgarten erfolgte in den Pavillons 3 bis 6 und 1 der Umbau der Regelung der Heizungsanlagen. Die Druckhaltung der Gesamtanlage wurde umgestellt. In den Pavillons 1 und 1 B waren die Gebrauchswarmwasseranlagen zu erneuern. Im Pulmologischen Zentrum wurden auf zwei Pavillons die Heißwasser-Warmwasser-Umformer neu errichtet.

Im Elisabeth-Spital konnten die Arbeiten für den Umbau der Heizung von Niederdruckdampf auf Warmwasser sowie für die Heizungsanlage der Sauerstoffzentrale abgeschlossen werden. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde in den Pavillons 19 und 21 mit den Umbauarbeiten an den Heizungsanlagen von Niederdruckdampf auf Warmwasser begonnen. Die Heizungsanlagen im neuerrichteten Möbelmagazin sowie der Umbau in der Gärtnerei wurden fertiggestellt. Die Umstellung der Heißwasserfernleitung von Niederdruck 16 auf Niederdruck 25 wurde begonnen. Im zentralen Kesselhaus waren ebenfalls zahlreiche Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, unter anderem an der Wasseraufbereitung, den Netz-Pumpen und am Turbinenkondensator sowie Arbeiten am Kesselmauerwerk. Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs an der Donau wurde in der Abteilung XIV die Heizungsanlage umgebaut und in der Abteilung XII eine Fußbodenheizungsanlage neu errichtet.

Die Tätigkeit der Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus (AKH) erfolgt im Rahmen der Technischen Betriebsleitung und der Technischen Betriebsführung Neues AKH und gliedert sich in zwei Aufgabenbereiche, und zwar erstens in den Betrieb und die Erhaltung der heizungs-, lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen in den Objekten des Altbestandes AKH sowie in den bereits besiedelten Bauteilen des Neubaues AKH (Kinderklinik-Psychiatrie, Wohnbezirk, Schule, Parkgarage, Teilbereiche im Kern); zweitens in die Vorbereitungsarbeiten für die künftige Betriebsführung im gesamten Neubau AKH (Neurochirurgische Universitätsklinik, Kern der Anlage, Erweiterungsbauten Ost und West). Auch die Objekte der Poliklinik und der Gruppendirektion I/II gehören zum Aufgabenbereich dieser Betriebsgruppe.

Neben der laufenden Erhaltung aller maschinentechnischen Anlagen war die Abteilung im AKH mit der Realisierung von Projekten sowie mit Umbauten zur Erzielung einer größeren Versorgungssicherheit bzw. zur Erfüllung von Behördenauflagen befaßt. Die wichtigsten Vorhaben waren unter anderem die Heizung und Klimatisierung im Anatomisch-Pathologischen Institut, die Fertigstellung des Umbaues eines OP-Traktes in der

Kieferchirurgie, die Klimatisierung für den Computertomographen im Zentralröntgen, die Fertigstellung der Klimatisierung von Labors und der Heizung in Bettenzimmern im Institut für Arbeitsmedizin, die Heizung und Klimatisierung der Reinraumkabine im OP-42 der I. Unfall-Chirurgie, die Heizung und Lüftung in der Knochenmarktransplantation an der I. Medizinischen Universitätsklinik, der Austausch einer Absorptionskältemaschine in der Kältezentrale I, die Computerraumkühlung und der Kaltwassersatz in der Kinderklinik-Psychiatrie sowie die Umstellung von Gaskonvektoren auf Warmwasserheizung und der Ausbau des Kaltwassernetzes in diversen Kliniken. Die genannten Vorhaben konnten zum Teil im Jahre 1983 abgeschlossen werden. Für die laufende Instandhaltung standen im Jahre 1983 für die Belange der Abteilung Kreditmittel in der Höhe von insgesamt rund 19,1 Millionen Schilling zur Verfügung. Bei anderen Arbeiten und Projekten betrug der Anteil rund 5,5 Millionen Schilling. Die Tätigkeit der Abteilung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Direktion und Verwaltung sowie mit dem Betriebspersonal des Anstaltenamtes.

Die Vorbereitung der Betriebsführung in den noch in Bau befindlichen Objekten und Bauteilen des AKH hatte im Jahre 1983 einen Schwerpunkt im Bereich des Neubaues der Neurochirurgischen Universitätsklinik, deren Besiedlung und Betriebsaufnahme für das Jahr 1984 vorgesehen sind. Auch in anderen wichtigen technischen Bereichen des Neubaues des AKH (Kältezentrale II, Gasturbinenanlage, Abhitzekessel, Müllsaugzentrale, Umformerstation) wurde die Phase der Finalmontagen erreicht, so daß eine intensive, für den späteren Betrieb unerläßliche Infomation über die Anlagen erforderlich wurde. Bei den noch laufenden Planungen erfolgt eine Mitwirkung aus der Sicht des späteren Betriebes, insbesondere auch bei Berührungspunkten mit dem laufenden Klinikbetrieb. Die Mitarbeit bei den zahlreichen Behördenverhandlungen (Bauordnung, Krankenanstaltengesetz, Strahlenschutzgesetz) konnte im Jahre 1983 intensiviert werden. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Mitwirkung bei der Planung der Instandhaltungsorganisation einschließlich Werkstätten- und Personalplanung und damit im Zusammenhang die Vorbereitung der Einbindung der bereits betriebenen Anlagen des Neubaues in das vorgesehene System der Instandhaltungsorganisation für den gesamten Neubau.

Im Bereich des U-Bahn-Baues wurden die Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen in den Stationen und Strecken im Abschnitt Praterstern—Kagran fertiggestellt, wobei insbesondere auf die Erfüllung der behördlichen Auflagen im Zuge des eisenbahnrechtlichen Verfahrens zu achten war. Weiters wurden die Abstellhalle Kagran sowie U-Bahn-Station Hütteldorf fertiggestellt und eine einheitliche Brandschutzkennzeichnung auf der gesamten U 1 und U 2 sowie auf Teilen der U 4 durchgeführt. Im Hinblick auf die U-Bahn-Erhaltung waren Erhaltungs- und Wartungsarbeiten an den heizungs- und lüftungstechnischen Anlagen der U 1 und U 2, soweit sie nicht den Wiener Verkehrsbetrieben übergeben sind, vorzunehmen. Für den Rohbau und Innenausbau der Stationen und Strecken auf der U-Bahn-Linie U 3 und U 6 war, verbunden mit Maßnahmen für Vorarbeiten, die generelle Planung zu erstellen.

In der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal wurde über Auftrag der Abteilung ein Versuch zur Beheizung von nichtüberdachten Stiegenabgängen in U-Bahn-Stationen mittels Tunnelabluft durchgeführt. Es wurde ein Teil der Stiegenanlage in Originalgröße aufgebaut und in einer Klimakammer unter winterlichen Bedingungen getestet. Der Versuch hat gezeigt, daß die Beheizung mit Tunnelabluft möglich ist und eine Eisfreihaltung erreicht werden kann. Ein entsprechender Bericht wird verfaßt.

Im Studentenheim Döbling mußten die baupolizeilichen Auflagen erfüllt, Brandschutzklappen in den Lüftungsanlagen eingebaut, die Meldeanlagen erstellt und hydraulische Fensterheber eingebaut werden. Im Studentenheim Säulengasse waren Erhaltungsarbeiten an der Heizungsanlage auszuführen. In der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien erfolgten die Entfernung des Kesselhauses, die Umstellung der Wärmeversorgung auf Fernwärme, die Errichtung einer Umformerstation und Erhaltungsarbeiten im Bauteil 1 und 2. Eine Umformerstation wurde in der Albertinapassage neu gebaut, die Heizungsversorgung in der Bellariapassage auf Elektrodenkessel umgebaut und neue Schalttafeln installiert. In allen Ringpassagen waren Betriebsführungs- und Erhaltungsarbeiten durchzuführen, in der Passage Südtiroler Platz mußte die Lüftungs- und Heizungsanlage umgebaut werden.

Die Gruppe Planung und Sonderaufgaben — Heizungswerkstätte wirkte weiterhin bei Untersuchungen und Analysen über die umweltfreundliche Beseitigung des Wiener Mülls mit, wobei die Erstellung eines Müllkonzeptes für die Stadt Wien als Zielsetzung gilt. Im Bereich der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig (MVA I) war es dringend notwendig geworden, die Planung und Ausschreibung für eine Sanierung des Kamins und der Müllkessel sowie für die Installation einer Rauchgasreinigungseinrichtung kurzfristig einzuleiten, was die intensive Mitwirkung der Gruppe Planung bedingte. Die nach wie vor nicht entschiedene Frage der Situierung und Installation der Ergänzungs- und Reservekesselanlage zu den Müllkesseln der MVA I im Bereich des MVA-Verbundes mußte in diesem Zusammenhang weiterhin mitbearbeitet werden.

Ferner hatte die Gruppe Planung kurzfristig ein Grobkonzept mit Grobkostenschätzungen in Form eines Berichtes zur Frage des Anschlusses diverser Krankenanstalten an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien-GesmbH in Zusammenarbeit mit der Gruppe Krankananstalten zu erstellen, wobei Überlegungen für umfangreiche Installationsmaßnahmen und Änderungen an den heizungs-, lüftungs- und kältetechnischen Einrichtun-

gen in den betroffenen Krankenanstalten mit diesen Fernwärme-Anschlußprojekten verbunden und mitzuberücksichtigen waren.

Wegen der inzwischen erfolgten Einstellung des Projektes eines Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (SMZO) und der vorstehend genannten neuen Projektschwerpunkte ergab sich die Notewendigkeit einer Umstrukturierung der Gruppe Planung in Anpassung an die neuen Aufgaben. Weiters hatte sich die Gruppe Planung auf die Mitwirkung bei der Erarbeitung von energieoptimierenden Projekten in Krankenanstalten und übrigen Objekten der Stadt Wien auszurichten. Sonderaufgaben, wie unter anderem die Erstellung diverser Fachgutachten, die prompte Ausarbeitung von Stellungnahmen, die Mitwirkung bei subventionierten Bauvorhaben, die Erarbeitung von Kontrahentenausschreibungen, sowie die Mitarbeit im Normenwesen stellten weitere, laufend zu erledigende Aufgaben der Gruppe Planung und Sonderaufgaben dar.

Die betriebsmäßig geführte Heizwerkstätte hatte wieder Erhaltungsarbeiten an Heizanlagen in Objekten der Hoheitsverwaltung durchzuführen. Hiezu gehören die Störungsbehebung an über 300 Ölbrennern, die Überholung und Konservierung von rund 200 schmiedeeisernen Zentralheizungskesseln nach Ende der Heizperiode sowie die feuerseitige Reinigung von rund 300 Zentralheizungskesseln. Der Servicedienst betreute hochwertige technische Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindergärten, Amtshäusern und verschiedene andere Anlagen. Weiters wurden in Bau befindliche Anlagen überwacht. Da die auftraggebenden Dienststellen weniger Kreditmittel zur Verfügung haben, ist der Umsatz gegenüber dem Jahr 1982 um rund 1 Million Schilling geringer gewesen. Der Umsatz für 1983 beträgt rund 56,7 Millionen Schilling, was einen Überschuß von rund 1,2 Millionen Schilling ergibt.

Die Gruppe Kühlanlagen, Großküchen, Allgemeiner Maschinenbau installierte Kücheneinrichtungen in diversen Objekten, so in der Hauptküche im Krankenhaus Lainz, in der Feuerwache Favoriten, im Buffet der Volkshochschule Brigittenau, in der Höheren Bundeslehranstalt in 21, Wassermanngasse, in der Volksschule in 20, Raffaelgasse, in den Ganztagsschulen in 21, Irenäusgasse, und 7, Zieglergasse, und in der Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße. Weiters wurden neue Kühlanlagen errichtet, so im Detailmarkt Landstraße, in dem die Kühlräume verlegt wurden, ferner diverse Kühlräume im Forschungsinstitut für Wildtierkunde, Medikamentenkühlräume im Elisabeth-Spital im 15. Bezirk und im Wilhelminenspital im 16. Bezirk sowie Kühlräume auf dem Friedhof Meidling im 12. Bezirk und dem Friedhof Stadlau im 22. Bezirk. Neue Küchenentlüftungsanlagen wurden im Krankenhaus Lainz im 13. Bezirk, im Pflegeheim Liesing im 23. Bezirk, im Pflegeheim St. Andrä an der Traisen, in der Höheren Bundeslehranstalt in 21, Wassermanngasse, und in der Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße 37, installiert. Im Bereich des Allgemeinen Maschinenbaues erfolgte die Neuherstellung einer hydraulischen Aufzugsanlage für das Hallenbad Großfeldsiedlung sowie eines Behindertenaufzugs in der Volksschule Brigittenau. Schließlich wurden diverse Planungen für Anlagen durchgeführt, so für die Verbesserung der NH_3-Kälteanlage in St. Marx, für die Gemüsekühlhäuser auf der Gutsdomäne Eßling, für Lebensmittelkühlräume im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof im 18. Bezirk, im Pflegeheim und im Krankenhaus Lainz im 13. Bezirk, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe im 14. Bezirk und in der Vokshochschule Brigittenau im 20. Bezirk, Laborkühlräume in der Experimentiellen Chirurgie im Allgemeinen Krankenhaus im 9. Bezirk und Leichenkühlräume im Franz-Josef-Spital im 10. Bezirk. Kücheneinrichtungen wurden geplant für die Ganztagsschule in 2, Aspernallee, die Berufsschule in 14, Hütteldorfer Straße, die Anstaltsküche in 9, Poliklinik, das Pflegeheim in St. Andrä an der Traisen und die Feuerwache Favoriten, diverse Küchenlüftungen in 9, Poliklinik, in 10, Feuerwache Favoriten und in 18, Orthopädisches Krankenhaus Gersthof und beim Umbau in der Zentralwäscherei im 14. Bezirk. Schließlich mußte die Erneuerung der Einäscherungsöfen in der Feuerhalle Simmering etappenweise durchgeführt werden.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaues von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden rund 6.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 131.500 Leuchten mit insgesamt 223.947 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 14.650 kW, der Stromverbrauch 51,980.000 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten werden im folgenden nur einige hervorgehoben werden: Im Zuge der Errichtung der Roßauer Brücke durch die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau wurde auch der Bau einer Beleuchtung notwendig. Zur Ausführung gelangte eine Kettenverspannung aus Nirostaseil auf Pylonen, bestückt mit Leuchtstoffleuchten 2×100 W in Längsrichtung. Als architektonische Zusatzbeleuchtung wurden Lichtständer im Geländer integriert, die mit Kugelleuchten (Quecksilberdampflampen 80 W) bestückt wurden.

Für die aus sicherheitstechnischen Gründen notwendige Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung auf der Augartenbrücke wurde nach langen Verhandlungen mit der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung und dem Bundesdenkmalamt insofern eine Lösung getroffen, als die bestehenden Pylonen von der Magistratsabteilung

für Brückenbau und Grundbau verlängert und eine Kettenverspannung aus Nirostaseil, bestückt mit Leuchtstoffleuchten 2 × 40 W in Längsrichtung, errichtet wurden.

Durch den desolaten Zustand der im Marktbereich des Meidlinger Marktes und in den angrenzenden Straßen befindlichen Kandelaberanlage war die Neuerrichtung einer öffentlichen Beleuchtungsanlage notwendig.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung wurde als wirtschaftlichste Variante die Aufstellung von Stahlmasten mit Stahldrahtverspannungen im gesamten Marktbereich und in den angrenzenden Straßen gewählt. Als Beleuchtungskörper wurden im Marktbereich Leuchtstoffleuchten 1 × 40 W und in den angrenzenden Straßen Leuchtstoffleuchten 2 × 40 W montiert.

Aus Sicherheitsgründen mußten im Auer-Welsbach-Park alle Versorgungskabel und Lichtständer entfernt werden. Als neue Beleuchtung wurden konische Lichtständer mit Kugelleuchten, bestückt mit Quecksilberdampflampen 80 W, installiert.

Die bestehenden Betonmaste in der Hartäckerstraße waren durch Witterungseinflüsse derart beschädigt, daß eine Entfernung der Anlage notwendig war. Als Ersatz wurden Stahlmaste mit Ausleger, bestückt mit Leuchtstoffansatzleuchten 2 × 40 W, aufgestellt.

Im Zuge der Errichtung der städtischen Wohnhausanlage „Am Haidjöchl" wurden auch einige Straßenzüge ausgebaut. Als Beleuchtung wurden Lichtständer, bestückt mit Leuchtstoffansatzleuchten 2 × 40 W, aufgestellt.

188 öffentliche Uhren wurden betreut, und zwar 76 Würfel-, 9 Springzifferuhren, 73 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 13 Uhren auf sonstigen Objekten. Von diesen Uhren wurden 169 auf dem Funkweg ferngesteuert. Davon erhielten 69 Uhren das Steuersignal vom Uhrenfunksender der Abteilung, Frequenz 445,2 MHz. 100 Uhren wurden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Deutschen Bundespost, Frequenz 77,5 kHz, synchronisiert.

An größeren Arbeiten ist die Instandsetzung der Zifferblätter und der elektrischen Anlage der Turmuhren auf St. Peter und Paul in 3, Erdbergstraße, auf der Paulanerkirche im 4. Bezirk, auf der Halle 1 am Zentralfriedhof im 11. Bezirk, auf der Kirche des Pflegeheimes in 13, Versorgungsheimplatz 1 sowie auf der Pfarrkirche Floridsdorf in 21, Pius-Parsch-Platz, zu nennen. Weiters wurde die Würfeluhr am Messeplatz in 7, Mariahilfer Straße, komplett renoviert. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmalig ein Würfelgehäuse aus Nirosta-Blech versuchsweise eingesetzt.

Von den im Jahre 1983 im lichttechnischen und elektrotechnischen Versuchsraum durchgeführten Untersuchungen, Messungen und lichttechnischen Projektierungsarbeiten sind unter anderem die Materialprüfungen und Lieferkontrollen zu nennen. An sämtlichen Leuchtentypen für Hochdrucklampen wurden lichttechnische Kontrollmessungen durchgeführt, um etwaige Abweichungen von der geforderten Lichtverteilung feststellen zu können. Eine Reihe von Musterleuchten in schutzisolierter Ausführung wurde auf ihre Zweckmäßigkeit und auf Einhaltung der ÖVE-Vorschriften überprüft. Weitere Untersuchungen wurden an Fehlerstrom-Schutzschaltern verschiedener Ausführung durchgeführt, um Aussagen über ihre Verwendbarkeit im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung treffen zu können.

Mit Hilfe der Rechenanlage der Abteilung wurde wieder eine Reihe von Beleuchtungsprojekten erstellt, wobei jeweils unter mehreren Varianten die wirtschaftlichste und lichttechnisch günstigste zu ermitteln war. So wurden Berechnungen für die Fußgängerbrücken Kaisermühlen und Strebersdorf, die Zufahrtstraße zum General-Motors-Werk in Aspern und für die Planung einer Hochmastbeleuchtung auf der Wagramer Straße durchgeführt.

Einige Anstrahlungsanlagen mußten in wesentlichen Teilen erneuert und umgebaut werden. Besonders zu erwähnen sind das Marcus-d'Aviano-Denkmal auf dem Neuen Markt und der Brunnen „Macht zur See" und „Macht zu Lande" auf dem Michaelerplatz im 1. Bezirk sowie die Votivkirche im 9. Bezirk.

Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte

Im Jahre 1983 wurde im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogramms der Bau von rund 1.512 Wohnungen begonnen, für die die Abteilung die Planung und Bauüberwachung hinsichtlich der Elektro-, Gas- und Wasserinstallationen, der Aufzugsanlagen, der TV-Antennenanlagen, der Blitzschutz- und Fundamenterderanlagen sowie der Drucksteigerungs- und Pumpenanlagen durchführt.

Insgesamt wurden 2.466 Wohnungen einschließlich Gesiba und Generalunternehmer fertiggestellt und der Magistratsabteilung für die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude übergeben. Derzeit sind 6.201 Wohnungen auf 63 Baustellen in Bau. Es wurde versucht, den Standard der haustechnischen Anlagen generell anzuheben. Um eine optimalere Auslegung von Warmwasserversorgungssystemen zu erzielen, wurde ein eigenes Computerprogramm entwickelt, das den neuen gesetzlichen Forderungen Rechnung trägt. Durch entsprechende Beratung beziehungsweise Koordination mit Architekten wird versucht, eine für den Mieter optimale Installationsausführung anzustreben.

Im Rahmen von Revitalisierungsprojekten wird unter Berücksichtigung der bestehenden

Bausubstanz danach getrachtet, eine zeitgemäße und mietergerechte Installation auszuführen. Im Bereich der Amts- und Schulhäuser wurden die Installationsarbeiten in der 2. Zentralberufsschule bzw. in der Schule in 22, Eßlinger Hauptstraße 97, ausgeführt und übernommen. Weiters wurde die Energieversorgung der ADV-Anlage im ehemaligen Forumsgebäude erweitert und Umbauten wie z. B. der Zentralheizungsanlagen in fünf Amts- und Schulhäusern durchgeführt. Größere Einbauten und Erneuerungen wurden in sechs öffentlichen Gebäuden durchgeführt, wie auch im Rathaus die Festbeleuchtungsarmaturen und die Steigleitungsstränge instand zu setzen waren. Im Zuge der Generalsanierung und Instandsetzung in Gebäuden wurden auch im Institut für Wildtierkunde Arbeiten durchgeführt, die vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Auftrag gegeben wurden. Die Modernisierung von WC-Anlagen konnte in 13 Schulen und Amtshäusern weiter fortgesetzt werden. Beleuchtungsverbesserungen wurden in 14 Schulen durchgeführt, wobei gleichzeitig Energieeinsparungen erreicht wurden. Unter anderem konnten auch drei Fernwärme-Umformerstationen installiert übergeben werden.

Von der Gruppe U-Bahn-Bau wurden im Rahmen des U-Bahn-Baues Elektro-, Wasser- und Sanitärinstallationsarbeiten durchgeführt sowie der Einbau von Fahrtreppen, Aufzügen, Pumpanlagen und Trockenlöschleitungen vorgenommen. Im Jahre 1983 wurde auf der Linie U 1 im Bereich der Stationen Praterstern bis Zentrum Kagran die periodische Überprüfung der aushaftenden Leistungen durchgeführt. Die Arbeiten an der Wendeanlage Kagran (13. Bauabschnitt) konnten abgeschlossen werden. Für die Erneuerung der Zugänge zur Station Keplerplatz (Fußgängerunterführung Gudrunstraße) wurde eine elektrische Flächenheizung installiert. Die Installationsarbeiten auf der Linie U 4 in der Abstellanlage Hütteldorf sowie die an den Trockenlöschleitungen im gesamten U-Bahn-Netz wurden abgeschlossen.

Die Erhaltung und der Betrieb der elektrischen und sanitären Anlagen sowie der Fahrtreppen in den fünf Ringpassagen und am Landstraßer Markt wurden weitergeführt. In der Schottenpassage wurden zwei mehr als 20 Jahre in Betrieb befindliche Fahrtreppen beim Aufgang zur Universität erneuert sowie eine zentrale Fahrtreppenüberwachungsanlage installiert. Weiters erfolgte die Erarbeitung von neuen Ausschreibungsgrundlagen für Arbeiten der Abteilung am künftigen U-Bahn-Netz. Planungsarbeiten an der neu zu errichtenden Autobahnmeisterei Kaisermühlen werden durchgeführt.

Ferner wirkte die Abteilung auch bei den Planungsarbeiten für die U 3 und U 6 mit.

Die Anlagen der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau (Lagerplätze, Stiegenrampen usw.) waren gleichfalls von der Abteilung zu betreuen.

Auf dem Gebiet der nachrichtentechnischen Einrichtungen wurde eine neue Telephonanlage im Magistratischen Bezirksamt für den 23. Bezirk in Betrieb genommen, so auch die Telephonanlage und die elektroakustischen und audiovisuellen Einrichtungen im Haus der Begegnung im 20. Bezirk. Diverse komplizierte Fernsehüberwachungen wurden erneuert und instand gesetzt. Im Hallenbad Brigittenau konnten die Telephonversorgung und die elektrischen Anlagen in Betrieb genommen werden. Mit dem Ausbau einer Brandmeldeanlage im Jugendheim Scheibbs wurde begonnen. Rufanlagen und Sprachlabors wurden in der Berufsschule für Großhandel und in der Berufsschule für Bürokaufleute und Einzelhandel errichtet. Im Rathaus konnte die Fernvermittlung um zwei Fernvermittlungsschränke erweitert werden. Zahlreiche Funkgeräte diverser Abteilungen waren, bedingt durch die intern gültigen Bestimmungen der Confédération européene poste et télégraphique, umzubauen oder neu anzuschaffen. Unzählige Störungen wurden behoben und kleinere Aufträge, wie Chef-Sekretäranlagen, Gegensprechanlagen usw., durchgeführt.

Von der Betriebsgruppe wurden 18 Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime selbständig überprüft, ferner die in Niederösterreich gelegenen Objekte, wie das Pflegeheim Klosterneuburg, Pflegeheim St. Andrä/Traisen und das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs/Donau, sowie die Schulzahnkliniken in Wien. Bei allen diesen Anstalten waren im Zuge der Überprüfung im möglichen Umfang Reparaturen an den Anlagen und Geräten durchzuführen, Reparaturen an ortsveränderlichen Geräten wurden in der Werkstätte der Betriebsgruppe vorgenommen. Weiters wurde das gesamte Maschennetz im Psychiatrischen Krankenhaus und im Pulmologischen Zentrum auf der Baumgartner Höhe von der Betriebsgruppe gewartet. Die Dokumentation der Überprüfungen wurde weiter rationalisiert, d. h. es wurde das Verzeichnis der ortsveränderlichen Geräte im Einvernehmen mit dem Anstaltenamt von Karteien auf Listen umgestellt, wobei als Grundlage eine eigene Durchnumerierung der Geräte durch die Betriebsgruppe verwendet wurde. Die ortsfesten Geräte wurden in die Pläne aufgenommen, wodurch Karteien und Listen entfallen können. Die Vereinheitlichung der Dokumentation wird im kommenden Jahr fortgesetzt.

Die technische Dokumentation der Anlagen in den von der Betriebsgruppe überprüften Anstalten wurde fortgesetzt und entsprechende Beschriftungen in der Anlage vorgenommen. Die für den Störungseinsatz vorbereiteten Materialien wurden überprüft und ergänzt. Während des gesamten Jahres wurde wieder ein lückenloser technischer Bereitschaftsdienst aufrechterhalten, der Störungsbehebungen in Wiener Krankenanstalten und auch in anderen städtischen Objekten durchgeführt hat. Die Notstrombereitschaft mit dem gruppeneigenen Aggregat wurde auch 1983 durch regelmäßige Lastprobeläufe sowie durch Kennzeichen der Drehfelder in den in Frage kommenden Objekten ergänzt. Für den gesamten Bereich der Stadt Wien waren

regelmäßig Strom-, Spannungs-, Leistungs-, Temperatur-, Lichtstärkemessungen u. dgl. vorzunehmen, wobei mit Schreibern auch Maximum-Minimum oder Tagesverläufe festgestellt wurden.

Im Jahre 1983 wurde das Hallenbad Brigittenau fertiggestellt und das Hallenbad Großfeldsiedlung entsprechend dem Bäderbaukonzept begonnen. Die Fertigstellung ist für April 1984 vorgesehen. Im Bereich der Magistratsabteilung für Bäder wurden weiters die Arbeiten am Umbau des Amalienbades weitergeführt und der Fernwärmeanschluß vorbereitet. Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten im Dianabad, Theresienbad und Floridsdorfer Hallenbad konnten begonnen bzw. fortgesetzt werden. Am Gelände des Gänsehäufels wurde für den FKK-Strand ein Buffet errichtet.

Im Bereich des Stadtgartenamtes wurde das Sanierungsprogramm der Gärtnerunterkünfte, und zwar in Mauerbach (Neubau), im Märzpark (Zu- und Umbau) und am Antonsplatz (Zu- und Umbau), fortgesetzt. Im Reservegarten Hirschstetten wurde eine neue Netzersatzanlage errichtet, in der Lassallestraße eine Baumbewässerungsanlage vorgesehen, im Donaupark eine modernst ausgestattete Springbrunnenanlage installiert. Die Arbeiten an der Jugendsportanlage Franz-Koci-Straße wurden fortgesetzt, wobei der Einbau von Selbstschlußarmaturen als energie- und wassersparend durchgeführt wurde. Auch die Arbeiten an der Sportanlage Jedleseer Straße konnten fortgesetzt werden. Im Historischen Museum wurden mit Einbauleuchten weitere Elektroinstallationen vorgenommen. Für die Magistratsabteilung für städtische Friedhöfe bzw. die Wiener Stadtwerke — Bestattung wurden die Arbeiten an der Halle I des Zentralfriedhofes abgeschlossen. Mit den Adaptierungsarbeiten an Sperrfriedhöfen, und zwar am Friedhof Meidling, wurde begonnen. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost erfolgte die Fertigstellung der Einreichplanung der 1. Ausbaustufe. Im Markt- und Schlachthof St. Marx wurden diverse Sanitärinstallationsarbeiten ausgeführt. Im Bereich der „Neuen Donau" wurde die Installation von Trink- und Nutzwasserleitungen durchgeführt. Ferner wurde eine Pegelüberwachungsanlage im Donaubereich Wien errichtet. Eine elektrische Verbindung durch Installation einer 20-kV-Kupplung zwischen den Entsorgungsbetrieben Simmering und der Hauptkläranlage wurde hergestellt.

Für das Wiener Abwasserbeseitigungssystem (WABAS 1980) wurden Wartungs- und Störungsarbeiten durchgeführt, an diversen Objekten der Magistratsabteilung für Kanalisation waren Revisionen vorzunehmen. Für den linken Donausammelkanal wurde ein Transformator 6,3 MVA repariert.

Der Bereich Kindertagesheime, Heime, Pensionistenklubs war mit der Errichtung von einem Kindertagesheim befaßt sowie mit größeren Umbauarbeiten und Generalsanierungen in 14 Kindertagesheimen. Der Umbau des Julius-Tandler-Heimes konnte termingerecht fertiggestellt werden, ebenso wurde der Umbau des Kindererholungsheimes Scheibbs weitergeführt. Weiters wurden in den Erziehungs- und Erholungsheimen des Jugendamtes Instandhaltungsarbeiten, in den Pensionistenklubs diverse Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die Arbeiten für die sicherheitstechnischen Einrichtungen im Internationalen Studentenheim konnten abgeschlossen werden. Der Umbau der Volkshochschule Brigittenau wurde termingemäß weitergeführt. Für die Bereiche der allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen (Schulzahnkliniken, Mütterberatungen, Bezirksjugend- und Gesundheitsämter usw.) waren notwendige Herstellungen und die Beseitigung von Sicherheitsmängeln durchzuführen. Größere Umbauten wurden in den Herbergen Gänsbachergasse, Meldemannstraße sowie Kastanienallee vorgenommen. Im Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz wurden in drei Feuerwachen die Naßgruppen saniert sowie drei transportable Notstromaggregate für die Einsatzfahrzeuge angeschafft. Die Erneuerung des marktinternen Wasserleitungssystems im Bereich des Naschmarktes konnte 1983 abgeschlossen werden. Im Zuge der Errichtung der U 3 mußten im Landstraßer Markt die Kühlräume verlegt werden, ferner waren die Vorbereitungsarbeiten für die Verlegung des Augustinermarktes durchzuführen. Weiters waren öffentliche Bedürfnisanstalten sowie Duschräume (4 Objekte) im Bereich der Donauinsel und zwei weitere öffentliche Bedürfnisanstalten in anderen Bereichen der Stadt neu zu errichten.

In den 6 Pflegeheimen, 21 Krankenanstalten und 12 Rettungs- und Sanitätsstationen wurden außer den laufenden Erhaltungsarbeiten und kleineren Adaptierungen größere Projekte auf Gas-, Wasser- und elektrotechnischem Gebiet durchgeführt oder befinden sich noch in Ausführung. So wurden im Allgemeinen Krankenhaus, im Pathologisch-Anatomischen Institut, in der Universitätsklinik für Arbeitsmedizin und in der 1. Unfallchirurgie (Station 42 im OP) Umbauten und Adaptierungsarbeiten durchgeführt. Weiters wurden die Krankenpflegeschule, die Zentralküche und die 1. Universitäts-Hautklinik instand gesetzt, in der 2. Universitätsklinik ein Aufwachraum geschaffen und die Niederspannungsanlage verstärkt. Für die Tiefparkgarage waren Behördenauflagen zu erfüllen. In der 1. Universitäts-Augenklinik, in der 1. Chirurgischen Universitätsklinik sowie auf der 1. Medizinischen Universitätsklinik wurden die Aufzüge erneuert. In der 2. Medizinischen Universitätsklinik konnte ein zusätzlicher Röntgenraum geschaffen werden, in der 1. Medizinischen Universitätsklinik erfolgte die Adaptierung der Station für Knochenmarktransplantation. Fassadeninstandsetzungen waren im alten Haus und in den neuen Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses notwendig, die 1. Universitätsklinik für Gastroenterologie wurde adaptiert, an der 1. Chirurgischen Universitätsklinik und 1. Universitätsklinik für Unfallchirurgie wurde ein Zubau errichtet.

An der Wasseraufbereitungsanlage für das Therapiebad der Kinderklinik im Allgemeinen Krankenahsu (KPI-IV) mußten Reparaturen durchgeführt werden. Im Krankenhaus Rudolfstiftung wurden Maßnahmen zur

Verbesserung der Trinkwasserqualität gesetzt sowie die Telephonanlage erweitert. Im Mautner Markhof'schen Kinderspital erfolgte die Erweiterung der medizinischen Gasversorgung in der Säuglingsstation des OP-Traktes. Im Krankenhaus Floridsdorf wurden die Aufzugstüren sowie der Schwestern-Lichtruf erneuert, weiters waren die Telephon-, Rundfunk- und Uhrenanlage zu sanieren. Im Krankenhaus Lainz wurde zum Pavillon 3 eine Strahlenbettenstation zugebaut, im Pavillon 2 mußte die Urologische Abteilung umgebaut und adaptiert werden. Ein Mehrzweckaufzug wurde im Pavillon 8 eingebaut und die Ambulanz im Pavillon 3—5 der 1. Medizinischen Abteilung adaptiert. In der Krankenpflegeschule wurde die Heizung saniert und die Hauptküche adaptiert. Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel mußte ein Container-Notstromaggregat errichtet werden. Im Franz-Josef-Spital wurden die elektrischen Versorgungsleitungen und das Kanalnetz im Infektionsbereich erneuert, in der 3. Medizinischen Abteilung der Einbau von Leibschüsselspülern durchgeführt sowie die haematologische und onkologische Ambulanz umgebaut und erweitert; weiters wurden Säle unterteilt und ein HNO-Zubau errichtet. Im Pflegeheim Lainz wurden im Pavillon 9 die Sanitäranlagen erneuert, im Pavillon 12 drei Stationen adaptiert und die Sanitäranlagen saniert, in den Pavillons 10 und 15 Säle unterteilt, im Pavillon 16 die Sanitäranlage saniert. Im Pflegeheim Liesing wurden die Patientenbäder und die Schwesterndienstzimmer in der Krankenstation I, III und V vergrößert und modernisiert, im Wohnheim Saalunterteilungen durchgeführt, im Pflegeheim Baumgarten das Kesselhaus adaptiert sowie drei Hebebadewannen und zwei Leibschüsselspüler installiert. Im Pflegeheim Klosterneuburg wurde im Altgebäude die WC-Gruppe saniert und im Pflegeheim St. Andrä/Traisen eine Lüftungsdecke in der Küche eingebaut. Im Elisabeth-Spital konnte die postoperative Aufwachstation fertiggestellt werden, eine Sauerstoffzentrale wurde errichtet sowie Verbesserungen der Notstromversorgung und des Tanksystems durchgeführt. Im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel wurden die Lichtrufanlage, die Bettenleuchten und die Deckenleuchten auf den Stationen IV und VI erneuert sowie ein Rollstuhlschrägaufzug eingebaut. In der Zentralwäscherei wurde eine Veränderung des Ablaufsystems vorgenommen. Im Pulmologischen Zentrum wurde im Pavillon Karlshaus und Severin der Schwesternruf erneuert, weiters erfolgte der Einbau eines Aufzuges. Ferner wurde eine pulmologische Akutstation errichtet und das elektrische Maschennetz ausgebaut. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde im Pavillon 17 das Behindertenzentrum in Betrieb genommen, im Pavillon 1 Elektro- und Sanitärinstallationen durchgeführt. Weiters wurde das Möbelmagazin fertiggestellt, Fassaden instand gesetzt, Regionalisierungen in den Pavillons 24, 25, 19 und 21 durchgeführt, die Zahnambulanz erweitert, Sanitäranlagen saniert sowie das elektrische Maschennetz ausgebaut. Im Wilhelminenspital wurde im Pavillon 26 eine Neurologische Abteilung errichtet, im Pavillon 18 die Räumlichkeiten für Überwachung und Therapie von Risikoschwangerschaften adaptiert, im Pavillon 26 ein neues Nirostaschwimmbecken eingebaut sowie die Wasseraufbereitungsanlage umgebaut, im Pavillon 20 medizinische Gase für die Versorgung der Abteilung für plastische Chirurgie eingeleitet, im Pavillon 19 eine Elektro-Enzophalographische Ambulanz errichtet und im Pavillon 31 ein zusätzlicher Leichenkühlraum adaptiert. In den Pavillons 28 und 29 wurde die Sanitärversorgung durch Einbau von 10 WC-Anlagen verbessert. Im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof wurde die medizinische Gasversorgung für die OP-Säle fertiggestellt, im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau die Station XII umgebaut.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im Budget der Stadt Wien waren die Einnahmen aus den Prüfgebühren der Versuchs- und Forschungsanstalt mit 25,1 Millionen Schilling veranschlagt. Nach Abschluß des Rechnungsjahres wurden Einnahmen in der Höhe von 22,9 Millionen Schilling verbucht, wobei 11,0 Millionen Schilling vom mechanischen Labor, 7,7 Millionen Schilling vom chemischen Labor und der Biologie sowie 4,2 Millionen Schilling vom physikalischen Labor hereingebracht wurden. Die tatsächlichen Einnahmen liegen somit um rund 2,2 Millionen Schilling unter dem Voranschlag. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß durch die Änderung der Geschäftsordnung Aufgabengebiete der Abteilung der Magistratsabteilung für Umweltschutz übertragen wurden. Es handelt sich dabei um Untersuchungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, die im Jahre 1982 Einnahmen in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling brachten. Bei Weiterführung der Geschäfte wäre das vorgegebene Soll der Einnahmen sicher erreicht worden. Auf der Ausgabenseite betrug der Budgetrahmen rund 1,1 Millionen Schilling. Der Betrag wurde zur Gänze vereinnahmt.

Im Jahre 1983 langten insgesamt 11.257 Prüfanträge in der Versuchs- und Forschungsanstalt ein. Davon entfielen 2.891 auf mechanisch-technologische Untersuchungen bei Baustoff-, Bauteilprüfungen und Schadensfällen sowie 4.060 auf Betonwürfelprüfungen. 831 waren Materialuntersuchungen und Analysen in chemischer Hinsicht, 818 Luft- und Abgasuntersuchungen in Zusammenhang mit dem Umweltschutz, 992 Gewässeruntersuchungen, 884 wärmetechnische Untersuchungen, Wasserdampfdiffusionsprüfungen, Schallprüfungen und Brandversuche sowie schließlich 781 Lärm- und Luftmessungen sowie Gewässeruntersuchungen im Rahmen der Tätigkeit als Amtssachverständige.

An Mauerwerkspfeilern aus keramischen Baustoffen wurden Reihenuntersuchungen durchgeführt, um die Belastbarkeit bei exzentrischer Lasteintragung, wie sie bei Deckenauflagern mit hoher Rostdämmung auftritt, zu

prüfen. Diese Tests, die von einem großen Ziegelhersteller in Auftrag gegeben wurden, sollten die Eignung des keramischen Materials unter geänderten Anforderungen, die durch hohen Wärmeschutz oder größere Geschoßanzahl gegeben sind, nachweisen.

Durch die Ausweiterung der Infrarot-Meßtechnik ist nun die Darstellung von Wärmeverteilungen an Objekten in Farbbildern möglich, was auch eine Quantifizierung der Oberflächentemperatur möglich macht. Die Untersuchung von Gebäuden hinsichtlich vorhandener Wärmebrücken ist somit anschaulicher geworden.

Dem Wunsch nach der Sanierung von alten Holz-Kastenfenstern wurde durch Untersuchungen und Entwicklungen an einem derartigen System, an sogenannten 3-Meister-Fenstern, Rechnung getragen, wodurch es nun zur bisherigen Methode, die alten Holzfenster durch neue aus Kunststoff zu ersetzen, eine Alternative gibt.

In der Steiermark wurde ein Brandversuch an einer Hallenkonstruktion durchgeführt. Bei diesem sehr aufwendigen Naturversuch — die Spannweite des Prüfobjektes betrug 15 m — sollte die Brandwiderstandsdauer einer neuartigen Konstruktion nachgewiesen werden.

In Zusammenarbeit mit einem Chemiekonzern wurde der Brandschutz für Kabel (Schwach- und Starkstrom) optimiert. Diese Systeme sollen die Funktionstüchtigkeit der Kabel im Brandfall über mindestens 1½ Stunden sicherstellen. Diese Optimierung soll sowohl Kosten sparen bei der Herstellung des Brandschutzes, als auch die Schäden bei Brandfall möglichst gering halten. In diesem Zusammenhang wurden auch Kabelabschottungen in brandtechnischer Hinsicht untersucht. Beide Arbeiten sollen als Grundlage für die Schaffung einer diesbezüglichen ÖNORM dienen.

Die Heizbetriebe Wien-GesmbH haben im Zuge der Ausweitung des Fernwärmenetzes Wärmedurchgangsmessungen am Wärmeschutz von Rohrleitungen durchführen lassen. Es wurden dabei baustellengerechte Situationen untersucht, wie z. B. die Durchfeuchtung des Dämmstoffes durch ein Gebrechen oder der Einfluß auf den Wärmeschutz.

Die neue Gesetzeslage hat zu einer starken Zunahme der Zahl von Schallprüfungen an Fenstern an Bundesstraßen geführt, da diese Gutachten für die Zuerkennung von Förderungsmitteln notwendig sind. Diese Messungen wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau durchgeführt.

Für die Magistratsabteilung für städtischen Wohnhausbau wurde in Form von Abnahmeprüfungen an fertiggestellten Wohnhäusern der Schallschutz von Wänden und Decken untersucht. Die Erkenntnisse aus diesen Messungen zum Zweck der Hebung der Wohnungsqualität haben bereits eine Anzahl von Verbesserungen der Bauweisen in Material und Verarbeitung mit sich gebracht.

Gleichfalls für und mit der genannten Abteilung wurden die in den vergangenen Jahren begonnenen Begutachtungen und Beratungen bei Wohnhäusern im Planungsstadium betreffend Schall- und Wärmeschutz lückenlos fortgesetzt. Durch diese Tätigkeit fließen die Erfahrungen der Abteilung aus einer großen Anzahl von Schadensfällen, Beschwerden und Laborprüfungen bereits zu einem Zeitpunkt in die Planung ein, in dem noch Änderungen möglich sind. Diese Tätigkeit hat somit positive Auswirkungen auf die Wohnqualität der städtischen Wohnhausbauten.

Im 22. Bezirk wurde eine Vielzahl von Boden- und Wasseruntersuchungen vorgenommen, um die Ausbreitung von Bor aus einer Deponie festzustellen.

Neben der regelmäßigen Schulung von Studenten der Fachrichtung Architektur wurde auch ein Symposium über Sphäroguß-Kanalrohre abgehalten. Bei dieser Veranstaltung wurde der Presse und den zahlreichen Vertretern aus der Fachwelt das System „Kanal duktil" in Vorträgen und praktischen Prüfungen vorgestellt. Die für das System erforderlichen Reihenuntersuchungen an Beschichtungsmaterialien der Rohrinnenwand sowie der Stabilität und Dichtheit der Verbindungselemente des aus Stahlbeton-Fertigteilschächten und Sphäroguß-Kanalrohren bestehenden Systems wurden gleichfalls in der Abteilung durchgeführt.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Das Jahr 1983 war gekennzeichnet von einer weiteren Umstellung auf EDV und einer Zunahme der Gesamtaktenzahlen. Während in der Gruppe 5 — Landeskraftfahrzeugprüfstelle die Umstellung auf EDV abgeschlossen ist, war das Jahr 1983 im Stammhaus in der Niederhofstraße das erste Jahr mit einem eigenen EDV-Protokoll. In den Protokollen A, B, R, V wurden 24.361 Akte eingetragen, was gegenüber 1982 (Gesamtsumme: 23.803) eine Steigerung von 2,3 Prozent bedeutet. Weiters wurde die Umstellung der Arbeit im Bereich der Verkehrssicherheit auf EDV nahezu abgeschlossen. In allen übrigen EDV-Bereichen des Stammhauses gab es eine stetige Weiterentwicklung, jedoch keinen weiteren endgültigen Abschluß.

Erstmals wurde im Jahre 1983 der Versuch unternommen, Lichtsignalanlagen bei Nacht, und zwar zwischen 21 und 5 Uhr, auf Grund des verringerten Verkehrsaufkommens auf Gelb-Blinken zu schalten. Zu diesem Zweck wurden 35 Verkehrslichtsignalanlagen ausgewählt. Eine Nachuntersuchung ergab, daß sich durch die Abschaltung in 34 von 35 Fällen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit ergaben.

Grundsätzlich wurde von der Abteilung, so wie in den Jahren vorher, versucht, die vom Gemeinderat im Jahre 1980 beschlossene Verkehrskonzeption für Wien in die Realität umzusetzen.

Die in der Stabstelle installierte Informationsstelle, der auch die Dienstaufsicht über die Permanenzstelle obliegt, ist als Zentralstelle der Abteilung für die Terminüberwachung und Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Im einzelnen obliegen der Informationsstelle die Zentrale und aus diesem Grund die koordinierende Redaktion von Vorlageberichten mit gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen mit allfälliger Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter innerhalb der Abteilung. Im Jahre 1983 wurden von der Informationsstelle 824 Vorlageberichte entweder auf Grund der Ergebnise der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder Erhebungen ausgearbeitet und den jeweils anfordernden Dienststellen übermittelt. Weiters wurden aus 288 Bezirksjournalen der Bezirke 1 bis 23 sowie aus etwa 1.700 Tageszeitungen rund 1.900 Artikel, die das Arbeitsgebiet der Abteilung betrafen, entnommen und dem jeweils damit befaßten Sachbearbeiter mit der Information über die weitere Vorgangsweise zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die notwendigen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu einer Vielzahl verkehrstechnischer Anfragen, die aus Bevölkerungskreisen kamen, wurden jeweils die entsprechenden Auskünfte mündlich oder schriftlich erteilt.

Der innerhalb der Abteilung installierten Verkehrspermanenzstelle obliegt es, einen Dienstbetrieb mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde von Montag bis Freitag werktags in der Zeit von 7 bis 18 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23, aufrechtzuerhalten. Dieser Verkehrspermanenzdienst umfaßt mehrere Aufgabengebiete, wie die Erledigung von Anträgen betreffend Aufgrabungen im Straßenbereich und die Aufstellung von Verkehrszeichen (maßgeblich kurzfristige Halteverbotszonen), die eine Abwicklung im kurzen Wege, soweit dies aus Termingründen erforderlich ist, zulassen. Insgesamt wurden in diesem Arbeitsbereich 1.823 Bescheide ausgestellt Weiters war das Referat befaßt mit der Entgegennahme von Gebrechensmeldungen sowie der Veranlassung von erforderlichen Maßnahmen im Straßenbereich, mit der Entgegennahme von Terminen, betreffend den Baubeginn und das Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße, von Unterlagen der Polizei, betreffend vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Fahrzeugen, die gefährliche Güter transportieren, von Meldungen der Polizei, betreffend schwere Unfälle im Raume Wiens für die Stabstelle, Referat für Verkehrssicherheit, sowie von Meldungen über Beschädigungen an Verkehrsleiteinrichtungen. Das Referat hat weiters Auskünfte jeglicher Art, soweit diese den Geschäftsbereich der Abteilung betreffen, zu erteilen, alle gemäß § 90 der Straßenverkehrsordnung (StVO) bewilligten Baustellen mit wesentlichen Verkehrsauswirkungen im Raume Wiens planlich zu erfassen, eine Ablage zur Erfassung aller Verkehrsbehinderungen im Raume Wiens zu führen und darin alle von der Abteilung gemäß § 90 StVO bewilligten Baustellen, alle von der Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten bewilligten Baustellen und alle von den Dienststellen mittels „Rosa Formular" durchgeführten Bauarbeiten bezirksweise und alphabetisch nach Straßennamen einzureihen. Dieser Stelle obliegt zusätzlich noch die Betreuung des Telekopierers, die Verständigung der mit Metropagern ausgerüsteten Bediensteten der Abteilung im Bedarfsfalle sowie die direkte Kommunikation mit der MD — Verwaltungsdirektion — Sofortmaßnahmen über Funk.

Vom Referat für Verkehrssicherheit und Verkehrsstatistik wurde die systematische standortbezogene Arbeit für die Verkehrssicherheit fortgeführt. Neben Untersuchungen und Gutachten über die Verkehrssicherheit sowie die Beurteilung von Planungen wurden auch laufend sicherheitstechnisch detaillierte Auskünfte über das Unfallgeschehen für die Arbeitsbereiche Verkehrsorganisation, Planung und Umbau von Verkehrslichtsignalanlagen und Straßenverkehrsbehörde in der Abteilung sowie für andere Dienststellen, wie der Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung und der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau, erteilt. Die Vorher-Nachher-Untersuchungen, die 1983 vom Referat für Verkehrssicherheit durchgeführt wurden, zeigten, daß sich durch einfache, genau auf das Unfallgeschehen abzielende verkehrstechnische oder straßenbauliche Maßnahmen eine große Zahl von Unfällen vermeiden läßt. Durch diese Untersuchungen kann daher die Effizienz von Verkehrssicherheitsmaßnahmen bestimmt und damit die Verkehrssicherheitsarbeit quantifiziert werden. Aus einer im Mai 1983 durchgeführten Untersuchung über 112 sanierte Unfallörtlichkeiten geht hervor, daß die Zahl der Personenschadenunfälle von 427 auf 127 Unfälle reduziert werden konnte, die Gesamtzahl der verletzten Personen von 642 auf 187 (pro Jahr) zurückgegangen ist. Allein bei diesen 112 Unfallörtlichkeiten konnten pro Jahr 300 Personenschadenunfälle mit 455 Verletzten vermieden werden. Der Kosten-Nutzen-Ansatz zeigt, daß bereits bei verkehrstechnischen Maßnahmen von 1 Million Schilling (Investitionen für Verkehrssicherheits-Sofortmaßnahmen) pro Jahr die Kosten von Personenschadenunfällen in der Höhe von etwa 10 Millionen Schilling (Gesamtunfallkosten) vermieden werden können. Legt man diesen Maßnahmen zumindest eine 3- bis 5jährige Wirkungsdauer zugrunde — in der Praxis liegt der Wert weit höher —, so haben Investitionen für die Verkehrssicherheit zumindest einen 50fachen Wirkungsgrad. Eine im November 1983 durchgeführte Untersuchung von 14 Stellen, an denen sich sehr schwere Unfälle ereigneten und die mit äußerst geringen Kosten saniert werden konnten, zeigte einen Rückgang der Zahl von jährlich 93 Personenschadenunfällen auf 29, während die Zahl der Verletzten von 148 auf 42 abnahm.

Im Zusammenhang mit der Umstellung der Erfassung von Verkehrssicherheitsdaten auf EDV konnte 1983 die Endphase eingeleitet werden, im 2. Halbjahr 1983 wurden bereits praxisgerechte Plausibilitätsuntersuchungen erprobt. Hiebei hat sich gezeigt, daß die vom Referat für Verkehrssicherheit eingeleiteten Änderungen bei der Unfalldatenerfassung funktionsgerecht waren.

In Arbeitsgesprächen mit der Bundespolizei und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt konnte eine Verbesserung bei der Aufnahme von Unfalldaten für das Räumliche Bezugssystem Wien (RBW) erreicht werden.

Die Tätigkeit der Gruppe 1 — **Verkehrsorganisation** und **Planung** besteht in der Erarbeitung regionaler Verkehrskonzepte und -organisationen und der Ausarbeitung von Plänen und Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Straßenverkehrs im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption.

Das Referat 1 — Verkehrsorganisation plant und realisiert Verkehrskonzepte für Bezirke und Bezirksteile im bestehenden Straßennetz, wirkt bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten im hochrangigen Straßennetz durch die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung mit, führt die Planung zur Realisierung von Wohnstraßen gemäß § 76 b StVO, von Fußgängerzonen gemäß § 76 a StVO sowie Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durch. Weiters hat das Referat in verkehrstechnischen und verkehrsbehördlichen Belangen in sämtlichen Wiener Stadterneuerungsgebieten sowie bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes mitzuwirken, Gutachten bezüglich der Verkehrserschließung bei Großvorhaben und Industrieansiedlungen abzugeben, Planungen für die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs, verkehrstechnische Begutachtungen von Garagenprojekten bezüglich deren Anschluß an das öffentliche Straßennetz sowie Planungen und Stellungnahmen bezüglich der Verkehrsanbindung diverser Park-and-ride-Standorte durchzuführen. Insgesamt 297 Gutachten bzw. Stellungnahmen wurden schließlich im Verwaltungsstrafverfahren abgegeben. Im einzelnen wurde im 1. Bezirk eine verkehrstechnische Untersuchung für den Dr.-Ignaz-Seipel-Platz, die Planung für die Führung der Linie U 3 im Bereich Dr.-Karl-Lueger-Platz durchgeführt und die Verkehrsberuhigung in der Tuchlauben realisiert. Im 2. Bezirk war eine verkehrstechnische Untersuchung für das Alliiertenviertel, Czerninviertel und den Bereich Praterstraße—Rotensterngasse—Blumauergasse—Zirkusgasse—Taborstraße auszuführen. Im 3. Bezirk wurde die Verkehrsberuhigung für das Hörnesviertel, Reisnerviertel, Weißgerberviertel, die Neulinggasse, das Radetzkyviertel, die Jaquingasse und die Verkehrsorganisation im Marxerviertel eingeleitet sowie die Wohnstraßen Dißlergasse, Pfefferhofgasse, Czapkagasse und Kleistgasse realisiert. Im 4. Bezirk wurde die Verkehrsberuhigung Paniglgasse durchgeführt, der Mozartplatz und die Lambrechtgasse als Wohnstraßen eingerichtet. Im 5. Bezirk wurde an den Planungen für den Gürtel Süd mitgearbeitet und die Wohnstraßen Pannaschgasse, Stöbergasse und Stolberggasse angelegt. Im 6. Bezirk waren verkehrstechnische Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Gumpendorf, die Verkehrsberuhigung in der inneren Mariahilfer Straße, Mittelgasse und Liniengasse durchzuführen sowie die Wallgasse als Wohnstraße anzulegen. Im 7. Bezirk wurde in der inneren Mariahilfer Straße die Verkehrsberuhigung realisiert und im Zusammenhang mit der Fußgängerzone Ulrichsplatz verkehrstechnische Maßnahmen getroffen. Im 9. Bezirk wurden verkehrstechnische Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Himmelpfortgrund veranlaßt, verkehrstechnische Untersuchungen für die Roßau und die Gussenbauergasse durchgeführt, eine Fußgängerzone um den Sobieskiplatz angelegt und die Verkehrsberuhigung in der Säulengasse realisiert. Im 10. Bezirk wurden verkehrstechnische Untersuchungen für den Arthaberplatz, Puchsbaumplatz, Reumannplatz und Erlachplatz durchgeführt und für den Puchsbaumplatz Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingeleitet. Im 11. Bezirk waren gleichfalls verkehrstechnische Untersuchungen für die Hauffgasse und Rinnböckstraße zu veranlassen. Im 12. Bezirk wurden verkehrstechnische Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf getroffen, verkehrstechnische Untersuchungen für die Singrienergasse, Hufelandgasse, Zanaschkagasse durchgeführt, eine Verkehrsberuhigung in der Malfattigasse eingeleitet, die Mandelgasse als Wohnstraße angelegt und an der Planung für die Bebauung der Wienerberggründe mitgearbeitet. Im 13. Bezirk wurde die Verkehrsberuhigung in der Altgasse und Riedelgasse realisiert und für das Gebiet Roter Berg eine verkehrstechnische Untersuchung durchgeführt. Im 14. Bezirk wurde die Weinzierlgasse als Wohnstraße eingerichtet. Im 15. Bezirk war an verkehrstechnischen Fragen im Stadterneuerungsgebiet Storchengrund mitzuarbeiten, eine verkehrstechnische Untersuchung für den Braunhirschengrund durchzuführen, die Verkehrsberuhigung am Kriemhildplatz und in der Gunthergasse sowie die Wohnstraßen Schuselkagasse, Chrobakgasse, Wurmsergasse, Loeschenkohlgasse, Plunkergasse und die Fußgängerzone Zwingligasse zu realisieren. Im 16. Bezirk sind die Arbeiten für das Stadterneuerungsgebiet Ottakring, die Verkehrsberuhigung in der Hasnerstraße und Montleartstraße sowie für die Wohnstraße Lambertgasse und Wichtelgasse zu nennen. Im 17. Bezirk waren verkehrstechnische Untersuchungen für die Lacknergasse und Hormayrgasse, eine Nachheruntersuchung für die Martinstraße durchzuführen sowie die Harlischgasse und Redtenbachergasse als Wohnstraße anzulegen. Für den 18. Bezirk fiel die Mitarbeit im Stadterneuerungsgebiet „Kutschkerviertel", an, weiters wurden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Hockegasse und Walrißgasse eingeleitet sowie die Leitermayergasse, Hainzingergasse, der Gertrudplatz, Türkenschanzplatz, die Semperstraße und Alsegger Straße als Wohnstraßen angelegt. Im 19. Bezirk wurden die Schätzgasse, die Kammerergasse und Rudolfinergasse als Wohnstraßen eingerichtet. Im 20. Bezirk wurde bei der Erstellung des Bezirksver-

kehrskonzeptes mitgearbeitet, die verkehrstechnische Untersuchung für die Leystraße durchgeführt sowie die Staudingergasse, Karajangasse und Greiseneckergasse als Wohnstraßen realisiert. Im 21. Bezirk ist die verkehrstechnische Untersuchung für die Carabelligasse/Großbauerstraße zu nennen. Im 22. Bezirk wurden Maßnahmen für die Verkehrsberuhigung in der Schafflerhofgasse/Telephonweg getroffen, im 23. Bezirk für die Verkehrsberuhigung in Atzgersdorf, in der Keltengasse und im Bereich Draschestraße/Köglergasse.

Das Referat 2 — P l a n u n g hatte auf dem Gebiet der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen sowie der Festlegung besonderer Betriebsarten (Gelbblinken und Abschaltungen) während der Nachtstunden, einschließlich der dafür notwendigen Erhebungen, 113 Fälle behandelt. Hinsichtlich des Gelbblinkbetriebes während der Nachtstunden wurden die Kreuzungen in 14, Mariahilfer Straße/Schloßallee, in 16, Thaliastraße/Paltaufgasse und Thaliastraße/Brunnengasse, in 17, Ottakringer Straße/Bergsteiggasse, in 10, Neilreichgasse/Sahulkastraße und Neilreichgasse/Sibeliusstraße, in 12, Niederhofstraße/Arndtstraße und Ruckergasse/Rosasgasse, in 14, Hütteldorfer Straße/Waidhausengasse, in 2, Obere Augartenstraße/Rembrandtstraße, in 3, Erdbergstraße/Drorygasse und Ghegastraße/Postausfahrt, in 5, Reinprechtsdorfer Straße/Fendigasse, in 18, Gersthofer Straße/Czartoryskigasse, in 4, Prinz-Eugen-Straße/Belvederegasse, in 13, Speisinger Straße/Riedelgasse, in 4, Argentinierstraße/Weyringergasse und Belvederegasse, in 4, St.-Elisabeth-Platz, in 23. Draschestraße/Pfarrgasse, in 9, Liechtensteinstraße/Lichtentaler Gasse, in 18, Gentzgasse/Kutschkergasse, in 19, Döblinger Hauptstraße/Gatterburggasse, in 12, Aßmayergasse/Wilhelmstraße, in 2, Vorgartenstraße/Ennsgasse, in 19, Krottenbachstraße/Rodlergasse, in 20, Rauscherstraße/Wasnergasse, in 1, Stadiongasse/Reichsratsstraße, in 3, Schlachthausgasse/Baumgasse, in 20, Marchfeldstraße/Leystraße, in 11, Simmeringer Hauptstraße/Braunhubergasse, in 16, Sandleitengasse/Lobmayergasse, in 22, Wagramer Straße/Meißauergasse, in 23, Anton-Baumgartner-Straße/Gutheil-Schoder-Gasse, und in 4, Argentinierstraße/Plößlgasse und in 5, Wiedner Hauptstraße/Spengergasse überprüft.

In bezug auf die verkehrstechnische Begutachtung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues und die Ausarbeitung von Vorschlägen für Bauabänderungspläne zur Verbesserung der Sicherheit, Flüssigkeit und Leichtigkeit des Verkehrs waren 106 Fälle zu behandeln. Sieben Fälle betrafen die Ausarbeitung von Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A und S sowie die Durchführung des Ermittlungsverfahrens und die Einreichung zur Genehmigung beim zuständigen Bundesministerium. Ferner waren Amtssachverständige in 62 gleisbahnrechtlichen Angelegenheiten zu stellen, Aufträge an Zivilingenieure zu betreuen, die Detailprojektierung von Wegweisungen durchzuführen, 25 Projekte für Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und signaltechnische Maßnahmen bei Radwegen auszuarbeiten sowie hiefür das Ermittlungsverfahren durchzuführen.

Die Gruppe 2 — **Straßenverkehrsbehörde** hat sich in 3.376 Fällen entsprechend der Geschäftseinteilung mit der Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie der periodischen Überprüfung der bestehenden Verkehrsmaßnahmen befaßt. Als Veranlasser für diese Tätigkeiten traten Bezirksvorstehungen, die MD-Verwaltungsrevision, das Bürgerservice, die Bundespolizeidirektion Wien-Verkehrsamt und die Wiener Verkehrsbetriebe im Rahmen der Beschleunigungsprogramme sowie private Stellen auf. Zu den von außen an die Behörde herangetragenen Anträge kamen die als amtlicher Anlaß bezeichneten Fälle, die von der Abteilung selbst aufgegriffen und erledigt wurden. Der Großteil der Fälle betraf die Anpassung von bereits länger bestehenden Verkehrsmaßnahmen an die heutigen Erfordernisse sowie die Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse, der Parkraumsituation und der Lebensqualität. Dazu kamen Fälle, die die Anpassung bestehender Ladezonen an geänderte Betriebsbedingungen, neue Ladezonen, Kurzparkzonen und begleitende Maßnahmen zum Beschleunigungsprogramm der öffentlichen Verkehrsmittel zum Inhalt hatten.

Hinsichtlich der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße und der Festlegung der dafür erforderlichen Verkehrsmaßnahmen, die mit dem Kennzeichen „B" gekennzeichnet wurden, waren 7.719 Fälle zu bearbeiten. Als Antragsteller schienen die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau, für Brückenbau und Grundbau, für Kanalisation und Entsorgungsbetriebe, für öffentliche Beleuchtung sowie das Wasserwerk, das Stadtgartenamt, die Wiener Stadtwerke (E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe) sowie das Kabelbauamt, die Österreichischen Bundesbahnen, die Heizbetriebe Wien-GesmbH, das Telekabel und private Stellen auf. Oft wurde unter anderem eine Reihe von Großbaustellen, die meist nur unter einer Geschäftszahl aufscheinen, betreut bzw. fertiggestellt. Zu nennen sind die Arbeiten für den Bauabschnitt „Mitte" der A 22, der Bau und die Fertigstellung des Nordknotens, der A 4 und der Roßauer Brücke, der Ausbau der B 227 — Donaukanalstraße im Bereich Roßauer Brücke, der Bau und die Fertigstellung der Unterfahrung der Franzensbrücke im Zuge der B 227 sowie der Ameisbrücke; ferner der 1. Teil der Instandsetzung der Erdberger Brücke im Zuge der A 23 — Süd-Ost-Tangente, die Instandsetzung der Heiligenstädter Brücke, der Umbau des Lichtenwerder Platzes und die Verlegung der Linie D in die Augasse, der Ausbau der Wagramer Straße, der Straßenbau, Gleisbau und die Einbautensanierung in der Prinz-Eugen-Straße, der Ausbau der Prager Straße und der Brigittenauer Lände, der Beginn der Arbeiten zum Neubau des rechten Donaukanalsammelkanals im Bereich Handelskai—Hafenzufahrtsstraße und die Belagssanierung auf der Grünbergstraße (B 224). Gleisbauarbeiten wurden für die Gleisschleife der Linie J, die Josefstädter Straße, Linzer Straße, Schloßallee, Hadikgasse—Schloßallee, Gentz-

gasse, Grinzinger Allee, Geiselbergstraße, Speisinger Straße, Lainzer Straße, Simmeringer Hauptstraße, Jägerstraße, den Wallensteinplatz, die Taborstraße und Wittelsbachstraße bewilligt.

Darüber hinaus wurden Ausnahmegenehmigungen von bestehenden definitiven Verkehrsmaßnahmen und Ausnahmen von der winterlichen Gehsteigbetreuungspflicht erteilt sowie 615 Anfragen der Gerichte und Verwaltungsbehörden beantwortet und Verkehrsgutachten bei 434 Verhandlungen der Magistratsabteilung für allgemeine baubehördliche Angelegenheiten abgegeben. Weitere Verkehrsgutachten wurden bei Verhandlungen des Marktamtes, der Magistratsabteilung für rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten und der rechtlichen Verkehrsangelegenheiten abgegeben. Insgesamt belief sich die Zahl der Fälle auf 1.308.

Die Verkehrspermanenzstelle wird zur Gänze von der Gruppe 2 betreut und ist während des gesamten Jahres mit drei Beamten von 7 bis 18 Uhr besetzt, ausgenommen in den Haupturlaubszeiten, in denen nur zwei Beamte diesen Dienst versehen. Die Anzahl der in der Verkehrspermanenzstelle erledigten Fälle betrug 1.823.

Die Tätigkeit der Gruppe 3 — **Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehreinrichtungen** umfaßt alle für die Vergebung von Leistungen notwendigen Verwaltungsarbeiten, wie unter anderem die Aufstellung und Ausführung der Voranschläge, die Ausschreibung und Einholung von Anboten, die Bauüberwachung, Kollaudierung, Rechnungsprüfung, Führung der Sach- und Referatskredite, die Abrechnung, Karteiführung und Lagerhaltung. Im einzelnen betrugen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel 53,390 Millionen Schilling für den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, 87,130 Millionen Schilling für die Errichtung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, 89,179 Millionen Schilling für die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen B und S, 13,486 Millionen Schilling für die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen A, und 5,280 Millionen Schilling für Umbauten und Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau. Das Geamtbudget verringerte sich gegenüber 1982 knapp um 2 Prozent auf 248,465 Millionen Schilling.

Das Referat 1 für die Detailplanung und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) war mit der Neuerrichtung und Wiedererrichtung von 34 automatischen, zum Großteil koordinierten Anlagen unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrskonzeptes Wien (zentrale Regelung, Straßenbahnbeschleunigung, eigene Fußgängersignale, teilverkehrsabhängige Regelung usw.) befaßt. 22 Projekte mit mehrjähriger Bauzeit, meist im Zusammenhang mit Straßenbauprojekten der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau, wurden neu begonnen, 260 Verkehrslichtsignalanlagen entsprechend der geänderten Verkehrsanlage umprogrammiert oder umgebaut. Im Zusammenhang mit §-90-Maßnahmen wurden 35 größtenteils komplizierte, provisorische Verkehrslichtsignalanlagen projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und laufend an geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Weiters war die 2. und 3. Ergänzung des standardisierten Leistungsverzeichnisses für Arbeiten an Verkehrslichtsignalanlagen zu bearbeiten, die Ausschreibung aller Arbeiten an Verkehrslichtsignalanlagen sowie die Anbotsausschreibung bei öffentlichen Ausschreibungen mittels EDV vorzunehmen, wie auch deren weiteren Ausbau gemeinsam mit der Automatischen Datenverarbeitung und der MD-Stadtbaudirektion — Dezernat 5 zu planen bzw. durchzuführen.

Die zentrale Ausschreibung und Angebotsprüfung wurde mit Hilfe der EDV in der Abteilung ausgeführt, ferner wurden eigene EDV-Programme zur Ermittlung der Zwischenzeiten und der Leistungsberechnung von Verkehrslichtsignalanlagen mittels CBM-3008 erstellt. Im Detailzeichenbüro wurden 529 Transparentoriginale im Zusammenhang mit VLSA-Detailprojekten neu angefertigt, 260 Pläne, vorwiegend Bodenmarkierungs- und Phasenverteilungspläne, geändert, die Mikroverfilmung von FBM-Plänen, Einbautenplänen usw. weitergeführt, die Beschriftung in sechsfacher Ausfertigung und die Eintragung im Übersichtsplan im Maßstab 1 : 12.500 vorgenommen. Ferner war das Referat mit der Lehrlingsausbildung befaßt.

Im Referat 2 für den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrslichtsignalanlagen und die Verkehrsleitzentrale waren 570 gerichtliche Anfragen im Straf- sowie im Zivilverfahren zu beantworten, entsprechende Planunterlagen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen beizustellen, etwa 20 Anfragen zu beantworten und 50 Gutachten in Verwaltungsstrafverfahren zu erstellen. An den in Betrieb stehenden 804 Verkehrslichtsignalanlagen und 94 Blinkanlagen wurden die Durchführung der erforderlichen Erhaltungsarbeiten, die Wartung der Steuergeräte, die Instandsetzungsarbeiten von Schäden an diesen Anlagen sowie der ordnungsgemäße Betrieb ständig überwacht und überprüft. Durch konzentrierte Überwachung und exakte Wartung der Steuergeräte ist eine deutliche Abnahme der Störhäufigkeit von Verkehrslichtsignalanlagen und somit eine Hebung der Verkehrssicherheit erreicht worden. Besonders zu erwähnen sind eine turnusmäßige zweimalige Wartung der Schaltgeräte, eine turnusmäßige zweimalige Reinigung der Signalgeber mit generellem zweimaligem Lampentausch sowie die dafür erforderlichen Lampenbeistellungen, die Behebung von etwa 2.160 Störungen an den Steuergeräten und die damit verbundene anschließende Prüfung dieser Anlagen; weiters die Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten der in Betrieb stehenden 38 Fernsehbeobachtungsstellen und alle Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, die laufenden verkehrstechnischen Funktionskontrollen an den in Betrieb stehenden genannten Einrichtungen sowie Erhaltungszustandsüberprüfungen gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken, ferner

die Überprüfung der aufgetretenen Lampenausfälle, der Austausch von 22 Steuergeräten, die auf Grund des Alters wie des Ausbaustandes den technischen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, die Behebung von Gewitterschäden an Steuergeräten wie an Übertragungsleitungen und die damit verbundenen Erneuerungen, die Überwachung und technische Prüfung des Einsatzes der zwei in Betrieb stehenden Überwachungsgeräte für Rotlichtüberfahrungen, die Information über den letzten technischen Stand derartiger Geräte sowie über den technischen Stand der Geschwindigkeitsmeßgeräte für Fahrzeuge (Radargeräte).

Im Referat 3 für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser waren Ende des Jahres 1983 62.899 Verkehrszeichen in Email- und Scotchliteausführung, 2.097 beleuchtete Verkehrszeichen und 560 Verkehrsleuchtsäulen zu erhalten. Davon wurden im Zusammenhang mit neuen Verordnungen 1.711 Straßenverkehrszeichen auf 1.404 Eisenständer aufgestellt. Im übergeordneten Straßennetz wurden bei der Fertigstellung der A 4-Ostautobahn 1 Überkopfwegweiser, 2 Vorwegweiser, 7 beleuchtete Wegweiser mit einer Länge von jeweils 2.929 mm und 8 beleuchtete Wegweiser mit einer Länge von jeweils 1.740 mm errichtet. Für den Nordknoten wurden 9 Überkopfwegweiserbrücken, 15 Überkopfwegweiser, 4 Vorwegweiser, 13 beleuchtete Wegweiser mit einer Länge von jeweils 2.920 mm, 8 beleuchtete Wegweiser mit einer Länge von jeweils 1.740 mm, 11 beleuchtete Verkehrszeichen, 40 Leittafeln und 46 Signalfolie-Verkehrszeichen installiert. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten, wie z. B. nach Unfällen, Beschädigungen und bei Schäden infolge Alterung, wurden nach der Bearbeitung von insgesamt 2.627 Meldungen 7.896 Straßenverkehrszeichen, 4.826 Zusatztafeln, 4.414 Eisenständer und 190 Kettenständer erneuert. An beleuchteten Verkehrseinrichtungen wurden im Jahre 1983 65 Verkehrszeichen und 15 Verkehrsleuchtsäulen neu aufgestellt, gleichzeitig 63 Verkehrszeichen und 12 Verkehrsleuchtsäulen entfernt. Für die vorübergehenden Verkehrsmaßnahmen des Friedhofsverkehrs zu Allerheiligen wurden rund 220 transportable Straßenverkehrszeichen mit Eisenständern aufgestellt.

Vom Referat 4 für Bodenmarkierungen wurden auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, für neu festgelegte Maßnahmen und zur Erhaltung der bestehenden Markierungen 90.461 m Strichmarkierungen für Leit-, Sperr-, Rand- und Begrenzungslinien sowie 27.730 m² Flächenmarkierungen als Schutzwege, Sperrflächen, Haltelinien, Richtungspfeile und sonstige Markierungen angebracht. Auf den Bundesstraßen B und S im Bereich des Landes Wien wurden für die Neukennzeichnung und zur Erhaltung 132.139 m Strichmarkierungen und 11.475 m² Flächenmarkierungen auf den Autobahnen, 101.680 m Strichmarkierungen und 1.581 m² Flächenmarkierungen für Pfeilsymbole usw. angebracht. Im Rahmen von Bauabnahmen am Ende der Garantiefrist mußten 4.299 m Strichmarkierungen und 341 m² Flächenmarkierungen zu Lasten der Vertragsnehmer erneuert werden.

Insgesamt erreichte das Ausmaß der Strichmarkierungen 328.579 m und das der Flächenmarkierungen 41.127 m², davon waren 144.135 m und 15.453 m² Kurzzeitmarkierungen.

Die Gruppe 4 für Sondertransporte und Kfz-Werkstätten befaßt sich mit Gutachten in Bau-, Gewerbe-, Luftfahrt-, kraftfahrrechtlichen und straßenpolizeilichen Angelegenheiten, ist Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung und betreut die technischen Sachverständigen für die Lenkerprüfung und die Lehrerbefähigungsprüfung für Fahrschul- und Fahrlehrer.

Von Bauwerbern oder deren Vertretern wird nach wie vor davon Gebrauch gemacht, sich in den Sprechstunden vom Verkehrsstandpunkt beraten und ihr Projekt vidieren zu lassen. In jenen Fällen, in denen die Abteilung von der Baupolizei zur Bauverhandlung geladen wird, wird mit der Einladung eine Planparie mitgeschickt, um eine schriftliche Stellungnahme zu ermöglichen. Bei der Behandlung von Anträgen auf Bewilligung von Bodenmarkierungen vor Haus- oder Grundstückseinfahrten wird vor Verordnung dieser durch die Straßenverkehrsbehörde im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens geprüft, ob es für die Befahrung der Liegenschaft eine baubehördliche Bewilligung gibt und auch eine Gehsteigsauf- und -überfahrtsbewilligung vorhanden ist.

Im Referat 1 für Sondertransporte wurden insgesamt 2.261 Fälle bearbeitet, was gegenüber 1982 eine Steigerung um 202 Fälle oder 10 Prozent bedeutet. Im einzelnen handelte es sich um 463 Ausnahmen vom Lkw-Fahrverbot (§ 42-StVO), 1.798 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3), § 101 (5) und § 104 (9) Kraftfahrgesetz einschließlich § 25 routengebundener GGSt-Fälle, die die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße betreffen.

Mit der Genehmigung von Sondertransporten mit Längen bis 40 m, Breiten bis 7 m und Höhen bis 5 m und mit der eingeschränkten Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen bis 120 t waren Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich der Einbauten verbunden. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der StVO-Ebene, wie Verordnungen für Halteverbotszonen zur Freihaltung von schmalen Straßen und engen Kurven vom ruhenden Verkehr und Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten, notwendig. Bei Transporten, die sich über den Wiener Bereich erstreckten, mußten Kontakte mit dem Lande Niederösterreich wegen der Festlegung der Übernahmestellen aufgenommen werden. Im Jahre 1983 konnte vor allem eine Zunahme der Zahl von Zulassungen von Schwerstfahrzeugen, die im Grenzbereich der Brückentragfähigkeit liegen, registriert werden. Auf dem GGSt-Sektor wurden Genehmigungen mit einer Laufzeit von einem Jahr für insgesamt fünf

gefährliche Stoffe, die mit Spezialkraftwagenzügen der Österreichischen Bundesbahnen transportiert wurden, erteilt.

Im Referat 2 für Kraftfahrangelegenheiten wurden auf dem EDV-Sektor die selbsterstellten Schriftguttypen erprobt und verbessert, so daß nunmehr sowohl vom Sachbearbeiter als auch von der Kanzlei in kürzester Zeit ein fertiger Bescheid an den Antragsteller ausgegeben werden kann. Diese Schriftguttypen wurden von der MD-Automatischen Datenverarbeitung bei anderen Dienststellen als Muster verwendet.

Im Jahre 1983 konnte ein Vertreter der Abteilung an einer Länderkonferenz teilnehmen, bei der über die Probleme des GGSt, im besonderen bei Zwischenfällen, mit Vertretern des Bundesministeriums und der Länder diskutiert wurde. Ferner waren verschiedene Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und (ADR)-Vorschlägen (European Apreement Concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Roads) abzugeben.

Im Jahre 1983 wurden von der Bundespolizeidirektion Wien zu verschiedenen Terminen bei Transporten mit gefährlichen Gütern Kontrollen durchgeführt, an denen jeweils ein Vertreter der Abteilung teilnahm. Die mit dem GGSt befaßten Sachverständigen gemäß § 125 KFG der Abteilung wurden bei mehreren Unfällen von Transporten mit gefährlichen Gütern von der Bundespolizeidirektion Wien sowie vom Permanenzingenieur herangezogen, wenn dieser einen derartigen Transport vorläufig zu untersagen hatte. Um die mit diesen Angelegenheiten betrauten Personen auf gleichem Wissensstand zu halten, werden in regelmäßigen Abständen Besprechungen unter Beisein der Bundespolizeidirektion Wien und der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten abgehalten. Im Jahre 1983 fanden derartige Besprechungen alle zwei Monate statt.

Der Landeshauptmann hat für seinen örtlichen Wirkungsbereich auf Antrag Vereine oder zur Reparatur von Kraftfahrzeugen oder Anhängern berechtigte Gewerbetreibende, die über das geeignete Personal und die erforderlichen Einrichtungen verfügen, zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung zu ermächtigen. Gleichfalls ist es notwendig, die ermächtigten Werkstätten und Vereine zu revidieren. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 26. September 1979 wurden die von der Abteilung erarbeiteten Revisionsrichtlinien genehmigt. Das Bundesministerium für Verkehr hat diese Richtlinien mit Erlaß vom 31. Juli 1982 für alle Bundesländer verbindlich zur Durchführung empfohlen, wodurch die Vorgangsweise der Abteilung bei den Revisionen bestätigt wurde. Bei der Revision von Werkstätten, die zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung gemäß § 57 a KFG und zur Abgabe von Gutachten für die wiederkehrenden und besonderen Überprüfungen gemäß § 57 Abs. 4 KFG ermächtigt sind, ist festzustellen, ob die für die ursprüngliche Ermächtigung notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen noch vorhanden sind und die vom Gesetzgeber für diese Tätigkeit geforderte Vertrauenswürdigkeit noch gegeben erscheint. Die Revisionen haben unangesagt und von zwei gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen durchgeführt zu werden. Bei den im Jahre 1983 vorgenommenen Revisionen hat sich gezeigt, daß der Großteil der Ermächtigten die Begutachtungen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt hat und diese regelmäßigen Kontrollen auch begrüßt. Aus der Tatsache, daß sehr viele Firmen sich einen Bremsenprüfstand angeschafft haben, kann geschlossen werden, daß diese Firmen gewillt sind, die Fahrzeuge möglichst genau und umfassend zu prüfen, wodurch die Verkehrssicherheit auf den Straßen gehoben wird. In Zusammenarbeit mit der Bundesprüfanstalt wird an der Erstellung eines „Mängelkataloges" für die wiederkehrende und besondere Überprüfung gearbeitet.

Mit 31. Dezember 1983 waren 299 Gewerbetreibende und Vereine ermächtigt, Begutachtungen gemäß § 57 a durchzuführen, weitere 11 Gewerbetreibende und Vereine konnten Gutachten für die Behörde für die wiederkehrende und besondere Überprüfung gemäß § 57/4 KFG abgeben. Davon wurden im Jahre 1983 81 Werkstätten und Vereine, die zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung ermächtigt sind, revidiert, für weitere 19 Fälle ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Diese 81 Revisionen wurden entweder routinemäßig bzw. auf Grund von Anzeigen der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge und der Bundespolizeidirektion Wien durchgeführt. Bei drei Firmen wurden die Ermächtigungen widerrufen, weitere 10 Werkstätten haben auf Grund des Revisionsergebnisses die Ermächtigung selbst zurückgelegt und somit keinen Widerruf erhalten. Insgesamt verloren im Jahre 1983 somit 13 der 81 revidierten Firmen die Ermächtigung.

Durch verschiedene Erlässe und Berufungsentscheidungen des Bundesministeriums für Verkehr ist der Zeitaufwand für Revisionen wesentlich angestiegen. Eine Vielzahl von Anzeigen und diverse Wahrnehmungsmeldungen über die unrichtige Vergabe von Begutachtungsplaketten hat zu einer „gezielten" Durchführung der Revisionen geführt, deren Zielsetzung es war, ermächtigte Werkstätten und Vereine in einem Revisionsrhythmus von 24 Monaten zu kontrollieren. Nachrevisionen von beanstandeten Firmen sollten innerhalb von 6 bis 12 Monaten durchgeführt werden. Könnte diese Zielsetzung erreicht werden, würde die Zahl der jeweiligen Beanstandungen der Firmen wesentlich abnehmen und es zu einer wesentlichen Verbesserung der Begutachtungstätigkeit kommen.

Im Jahre 1983 wurden 71 Ermittlungsverfahren für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn durchgeführt, d. h. es wurde allen Anträgen stattgegeben.

Nach einem starken Andrang um Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29 b StVO in den Jahren 1981 (Jahr der Behinderten) und 1982 (Neueinführung von steuerlichen Begünstigungen, die von den betreffenden Ämtern vom Besitz des Ausweises gemäß § 29 b StVO abhängig gemacht werden) läßt sich im Jahre 1983

bei diesen Anträgen eine leicht rückläufige Tendenz feststellen. So wurden insgesamt 381 Anträge gestellt, jedoch nur 124 Ausweise ausgestellt. Für 38 Anträge ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen, 219 Anträge mußten abgewiesen werden. Der relativ hohe Prozentsatz negativer Erledigungen (etwa 60 Prozent) erklärt sich aus der Tatsache, daß sich Behinderte auf Grund der großen finanziellen Vorteile sowie Vorrechte im Straßenverkehr, die der Ausweis bietet, nicht davon abhalten lassen, Anträge auf Aufstellung des Ausweises zu stellen, obwohl der Grad ihrer Behinderung (es sollte eine dauernde und starke Gehbehinderung vorliegen) nicht für die Ausstellung des Ausweises reicht.

Im Jahre 1983 wurden für Filmaufnahmen auf öffentlichen Verkehrsflächen und zur Festlegung der dazu erforderlichen Verkehrsmaßnahmen insgesamt 1.378 bescheidmäßige Bewilligungen erteilt, und zwar im einzelnen 291 Drehgenehmigungen, 180 Halteverbote für Drehzwecke, 345 Ladezonen, 75 Halteverbote für Spezialkraftwagen (der Rückgang der Halteverbote für Spezialkraftwagen erklärt sich aus der Tatsache, daß an insgesamt 10 Örtlichkeiten in Wien fallweise Halteverbote verordnet wurden, die im Jahre 1983 insgesamt 53mal beansprucht wurden), 16 Halteverbote für die Freihaltung der Durchfahrt und für 471 Ausnahmebewilligungen.

Für die Erledigungen der Drehgenehmigungen waren insgesamt 80 Ortsverhandlungen erforderlich. In 56 Fällen war es notwendig, öffentliche Verkehrsflächen längerfristig zu sperren und für den Verkehr Umleitungsstrecken festzulegen.

Für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr wurden 21 Radfahrerlaubnisse ausgestellt. Ein Ansuchen mußte abgewiesen werden. Ferner wurden 31 sportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt und 102 Fahrzeuge auf ihre Eignung als Fahrschulfahrzeuge überprüft.

In der Gruppe 5 — Landesfahrzeugprüfstelle — waren legislative Änderungen in bezug auf Gebühren zu berücksichtigen. Die 7. Kraftfahrgesetznovelle, BGBl. Nr. 631 vom 30. November 1982, in Kraft getreten am 31. Dezember 1982, brachte eine Erhöhung der Kostenbeiträge für die wiederkehrende Überprüfung von Fahrzeugen gemäß § 55 KFG 1967, wobei die Beiträge bei den in der Landesfahrzeugprüfstelle zu überprüfenden Lastkraftwagen und Spezialkraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von über 3.500 bis 16.000 kg von S 130,— auf S 230,—, bei einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von über 16.000 kg von S 130,— auf S 250,— und bei Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von über 3.500 kg von S 40,— auf S 70,— angehoben wurden.

Der Festsetzung der im § 55 Abs. 4 normierten Kostenbeiträge lag das Preisniveau des Jahres 1965 zugrunde. Bis Herbst 1981 ist der Index der Verbraucherpreise schon auf das Zweieinhalbfache gestiegen, ohne daß die Kostenbeiträge erhöht worden waren. Ihr derzeitiges Ausmaß deckt zum Teil bereits nicht mehr die Verwaltungskosten, die durch die Führung einer Kartei und die Vorladung von Parteien anfallen. Die Kosten des technischen Teils der Prüfung machen infolge des Aufwandes an Prüfgeräten ein Mehrfaches der Verwaltungskosten aus und sind keineswegs abgedeckt. Trotz Rationalisierung ist ein Prüfaufwand von bis zu 40 Minuten je Fahrzeug, abhängig von der Fahrzeugart, unbedingt erforderlich. Bei den genannten Sätzen wurde jedoch eine Erhöhung von mehr als 100 Prozent vermieden. Bei der wiederkehrenden Überprüfung sind von dieser Erhöhung nur die Schwer- und Nutzfahrzeuge betroffen, da die große Masse der Pkw und Kombi der wiederkehrenden Begutachtung unterliegt.

Die Bundesverwaltungsabgabenordnung 1983, BGBl. Nr. 24 vom 21. Dezember 1983, brachte eine Anhebung der für die Landesfahrzeugprüfstelle maßgeblichen Verwaltungsabgaben im Ausmaß von durchschnittlich 100 Prozent. Diese Erhöhung stellt eine längst fällige Anpassung der Abgaben dar und dient als Basis für eine bessere Kostendeckung.

Im Jahre 1983 konnte eine Abnahme der Zahl an Anträgen auf Genehmigung von Anhängevorrichtungen für Wohnwagen oder Bootsanhänger festgestellt werden; diese Genehmigungen wurden besonders im Jahre 1982 an der italienischen und jugoslawischen Grenze kontrolliert.

In der Landesfahrzeugprüfstelle wurden im Jahre 1983 insgesamt 15.656 Fälle bearbeitet. Es waren dies Einzelgenehmigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie Genehmigungen von technischen Änderungen an diesen Fahrzeugen, und zwar für 7.937 Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen, 2.266 Lastkraftwagen, Spezialkraftwagen, selbstfahrende Arbeitsmaschinen, Zugmaschinen, Feuerwehrfahrzeuge sowie Gelenkkraftfahrzeuge, ferner für 1.200 Motorräder, Kleinmotorräder und Motorfahrräder, 1.280 Anhänger, 89 Omnibusse, 38 Tankkraftwagen, 36 Tankanhänger, 360 sonstige kraftfahrzeugtechnische Begutachtungsfälle beziehungsweise Bearbeitungsfälle. Das sind zusammen 13.206 Fälle. Bei insgesamt rund 20 Prozent dieser Fälle waren auf Grund von Mängelfeststellungen bei der Erstbegutachtung zusätzliche Nachbegutachtungen notwendig. 1.842 Gutachten wurden ferner für besonders schwere und hohe Kraftfahrzeuge bzw. Anhänger bei der „wiederkehrenden und besonderen Überprüfung" für die Bundespolizeidirektion Wien — Verkehrsamt als Behörde abgegeben. 468 kraftfahrzeugtechnische Gutachten waren im Zusammenhang mit Verwaltungsstrafverfahren für die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten zu erstellen. Schließlich wurden 121 Duplikate von Einzelgenehmigungen angefertigt sowie 19 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern neu festgelegt und am Fahrzeug angeschlagen.

Bei der wiederkehrenden Überprüfung gemäß § 55 KFG 1967 ist die Bundepolizeidirektion Wien — Ver-

kehrsamt Behörde, für die von der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge, einem gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen oder einem vom Landeshauptmann ermächtigten Gewerbetreibenden Gutachten eingeholt werden. Die gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen der Landesfahrzeugprüfstelle haben 1.222 Kraftfahrzeuge und Anhänger (besonders schwere und mehr als 3,80 m hohe Fahrzeuge) im Rahmen der wiederkehrenden Überprüfung kontrolliert. An 620 Fahrzeugen wurden schwere Mängel festgestellt, so daß neuerlich eine Ladung notwendig war. Insgesamt wurden somit 1.842 Gutachten erstellt, was gegenüber 1982 eine Zunahme um rund 6,8 Prozent bedeutet.

Im Jahre 1983 wurden von zwei Sachverständigen gemäß § 124 KFG 1967, das sind Sachverständige für die Typenprüfung, 73 Gutachten für das Bundesministerium für Verkehr als zuständige Behörde erstellt. Für die gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen wurden laufend Koordinierungsgespräche abgehalten sowie mit dem Land Niederösterreich, dessen Landesfahrzeugprüfstelle sich in 19, Muthgasse 36, befindet, Koordinierungsgespräche zur einheitlichen Auslegung der kraftfahrrechtlichen Vorschriften abgehalten. Gemeinsam mit der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge und den österreichischen bzw. in Österreich vertretenen Lkw- und Lkw-Anhänger-Herstellern wurde ein Arbeitskreis zur Erstellung eines Mängelkataloges für die wiederkehrende Überprüfung gemäß § 55 KFG gegründet und mit den diesbezüglichen Arbeitssitzungen begonnen.

Verkehr und Energie

U-Bahn-Bau

Im Jahre 1983 wurden auf der Linie U 1 nur noch geringfügige Rest- und Komplettierungsarbeiten, wie z. B. Oberflächenwiederherstellungsarbeiten nach Abtragung der Baukanzleien in der Lassallestraße und am Mexikoplatz usw., durchgeführt. Ausgenommen davon war die Fertigstellung des Ausschreibungsprojektes für die Umbau- bzw. Verbesserungsarbeiten im Bereich der Unterführung Gudrunstraße, die die fußgängergerechten Stufenprofile, die Stiegenbeheizung sowie die Behinderten- und Kinderwagenrampe umfaßten. Am 11. Juli wurde mit den Baumeister-, Schlosser-, Elektro- und Natursteinarbeiten begonnen, und am 7. November konnte die fertiggestellte Rampe termingerecht den Fußgängern übergeben werden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 16,6 Millionen Schilling. Etwa 130 Millionen Schilling waren weiters für die Abrechnungen und Restzahlungen der Bauabschnitte der U-1-Verlängerung nach Kagran notwendig, da durch die Behandlung bzw. Prüfung der Schlußrechnung Leistungen aus dem Jahre 1982 erst 1983 zur Abrechnung gelangten. Ebenso wurden restliche Wiederherstellungsarbeiten an Grünflächen und Oberflächen im U-1-Trassenbereich durchgeführt.

In der Zeit vom 2. Mai bis 21. August wurde die 2. Bauphase zur Verbesserung des Lärmschutzes in Teilbereichen der Linie U 2, und zwar vom Rooseveltplatz bis zum Schottentor und vom Schottenring bis zur Maria-Theresien-Straße, in Angriff genommen und abgeschlossen. Die Gesamtkosten der Arbeiten beliefen sich auf 60 Millionen Schilling, wovon 30 Millionen Schilling schon zur Durchführung der 1. Bauphase im Jahre 1982 benötigt wurden. Dabei wurden die vorhandenen Gleisanlagen auf „schotterlosen, schalldämmenden Kunststoffschwellenoberbau" umgebaut. Im Bereich der ehemaligen Baukanzlei am Rooseveltplatz mußten noch diverse Baumpflanzungen und Grünflächenwiederherstellungsarbeiten vorgenommen werden, wofür 1 Million Schilling verbraucht wurde. Im Rahmen der Planungen wurden Variantenauswahlen bezüglich der U-2-Verlängerung „Karlsplatz—Südbahnhof" sowie „Landesgericht—Volksoper" durchgeführt.

Im Bereich der Linie U 4 wurde neben dem restlichen Einbau einer Trockenlöschleitung im Streckenund Stationsbereich vom Schwedenplatz bis nach Ober-St. Veit am Bahnhof Hütteldorf ein Bahnmeistergebäude einschließlich Außenanlagen (Stützmauern, Lagerplatz usw.) errichtet (50 Millionen Schilling). Für die Station Meidling waren diverse Umplanungsarbeiten durchzuführen, die auf Grund des späteren U-6-Betriebes nach Auflösung der Linie GD notwendig sind. Mit der Ausschreibungsplanung für eine zusätzliche Station „Reinprechtsdorfer Straße" wurde begonnen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich im Mai 1984 abgeschlossen sein. Um den Verkehr auf der Linie U 4 nicht noch mehr zu beeinträchtigen, als dies durch die Arbeiten in der Station Landstraße mit dem Bau der U 3 und in der Station Längenfeldgasse mit dem Bau der U 6 schon gegeben ist, wird mit den Bauarbeiten erst später begonnen. Ebenso wie bei der Linie U 1 mußten weiters noch diverse Restzahlungen für Abschluß- und Komplettierungsarbeiten im gesamten Streckenbereich aus dem Jahre 1982 angewiesen werden.

Für die Linie U 3 wurden für das Jahr 1983 Gesamtausgaben von 415,2 Millionen Schilling im Voranschlag 1983 der Stadt Wien genehmigt. Im gesamten Streckenbereich der Linie U 3 von Erdberg bis zum Westbahnhof wurden in Vorbereitung der Ausschreibungsprojektierung diverse Baugrunduntersuchungen, Probebohrungen und Hauszustandsfeststellungen weitergeführt. Ebenso wurden die Verhandlungen zum Ankauf bzw. zur Freimachung von Grundstücken, die für den U-Bahn-Bau notwendig sind, vor allem im Bereich Kundmanngasse—Landstraßer Hauptstraße, fortgesetzt. Der Kostenrahmen für Grundankäufe, Servitute und Freimachungen im Jahre 1983 betrug 55 Millionen Schilling. Die Ausschreibungsplanung für den Bauabschnitt 4 der Linie U 3, „Rochusgasse", wurde 1983 weitergeführt und am 4. April abgeschlossen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 26 Millionen Schilling. Mitte des Jahres wurde die Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung abgeführt. Am 6. Oktober erfolgte nach der öffentlichen Ausschreibung der Bauarbeiten die Anbotseröffnung. Die eingelangten Anbote wurden geprüft. Zur Durchführung der Rohbauarbeiten, mit denen am 2. Mai 1984 begonnen werden soll, werden etwa 954 Millionen Schilling benötigt. Insgesamt werden auf der Preisbasis von 1983 auf diesem Bauabschnitt für Planung, Vorarbeiten, Rohbau, Innenausbau, Oberfläche usw. 1.371 Millionen Schilling verbraucht werden. Gleichzeitig wurden diverse Einbautenverlegungen der Elektrizitätswerke im Bereich der Hainburger Straße sowie Kanalverlegungsarbeiten im Baubereich „Landstraßer Hauptstraße" begonnen und auch abgeschlossen. Für die geplante Umsiedlung des Rochusmarktes wurden provisorische Marktstände gefertigt. Weiters wurde im Bereich der Erdbergstraße 5 die städtische Baukanzlei für diesen Abschnitt errichtet. Für den Bereich des anschließenden Bauabschnittes 5 der Linie U 3, dessen Ausschreibungsprojekt schon 1982 abgeschlossen war (27 Millionen Schilling), wurde die Vergabe der Bauarbeiten an die ARGE Landstraße auf Grund eines entsprechenden Antrages am 15. September genehmigt. Mit den Vorarbeiten wurde die ARGE Landstraße bereits beauftragt. Es ist geplant, diesen Auftrag noch um die eigentlichen Hauptbauarbeiten zu erweitern. Der Auftrag zur Durchführung der Detailplanung an den Zivilingenieur erfolgte bereits im April 1983. Die Gesamtkosten für Planung, Vorarbeiten, Rohbau, Innenausbau, Oberfläche usw., geschätzt auf der

Preisbasis von 1983, werden rund 2.263 Millionen Schilling ausmachen. Im Bereich der Landstraßer Hauptstraße wurde die notwendige Verlegung der Elektrizitätswerks-, Kanal-, Gas- und Wassereinbauten vorgenommen, im Landstraßer Markt mußten als Ersatz für den im Zuge des U-Bahn-Baues abzutragenden „Hasenraum" Ersatzkühlräume errichtet werden. Ebenso wurden im ÖBB-Bereich „Wien-Mitte" Einbautenumlegungen von Fernmelde-, Starkstrom- und Signalkabeln usw. durchgeführt. Für den Schienenersatzverkehr, der durch die Einstellung der Linien J und T ab 4. Jänner 1984 eingesetzt wird, wurden Autobusse angeschafft. Im Bereich der Bösendorferstraße (Künstlerhaus) wurde laufend an der neuen Endschleife des J-Wagens gearbeitet. Weiters mußten zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Umleitungsverkehrs im Jahre 1984 die notwendigen Umleitungsstrecken im Bereich Landstraße (Rechte Bahngasse, Neulinggasse, Rochusgasse, Sechskrügelgasse, Ungargasse) saniert bzw. den geänderten Bedingungen angepaßt werden.

In den Bauabschnitten U 3/10 — Volkstheater, U 3/6 und 7 — Betriebsgleis und Dr.-Karl-Lueger-Platz konnte bereits mit der Ausschreibungsprojektierung begonnen werden. Diese Arbeiten werden derzeit weitergeführt. Das generelle Projekt Volkstheater—Westbahnhof wird laufend Bearbeitungen unterzogen und voraussichtlich 1985 abgeschlossen werden. Mit den Projektierungsarbeiten vom Westbahnhof bis zur Spetterbrücke (Westbahn) wurde begonnen.

Für die L i n i e U 6 wurden für das Jahr 1983 Gesamtausgaben von 496,3 Millionen Schilling (ohne Wagenbau) genehmigt. Die Arbeiten an der Linie U 6 standen ganz im Zeichen des Beginns der Bauarbeiten der Bauabschnitte U 6/2 — Pottendorfer Straße und U 6/2 — Philadelphiabrücke. Die Arbeiten im Bereich des Bauabschnittes U 6/1 wurden im August 1983 vergeben; der Baubeginn wurde mit 22. August datiert. Die Gesamtkosten betrugen mit Stichtag Oktober 1983 650 Millionen Schilling.

Gemeinsam mit dem Bauabschnitt U 6/2 erfolgte am 7. September der feierliche Rammschlag als Beginn der Bohrpfahlherstellungen im Schacht „Wagenseilgasse". Vorbereitend zu diesen Arbeiten mußten eine Verbreiterung der Kranichberggasse im Zuge der Herstellung der Umleitungsstrecken sowie diverse Rohrverlegungsarbeiten in der Pottendorfer Straße vorgenommen werden. Ebenso wurde als Sicherung für die Brücke über die Pottendorfer Linie (Linie 64, ÖBB) im Zuge der Wienerbergstraße mit der Herstellung des Widerlagers 2 (Schlitzwand) der neuen Brücke am 11. Juli begonnen. Diese Arbeiten konnten am 4. September abgeschlossen werden. In weiterer Folge werden derzeit die Bohrpfähle für den Schacht „Liebenstraße" hergestellt. Im Bereich der Philadelphiabrücke wurde ab Baubeginn am 7. September mit den Bohrpfahlarbeiten im Pottendorfer Einschnitt sowie mit den Schlitzwandarbeiten im Bereich Vivenotgasse begonnen. Zur Freimachung des Baubereiches mußten bereits im Frühjahr 1983 Einbautenumlegungen der Elektrizitätswerke, Gaswerke und Wasserwerke in der Vivenotgasse vorgenommen werden. Die Gesamtkosten für die Arbeiten am Bauabschnitt U 6/2 — Philadelphiabrücke werden auf der Preisbasis von 1983 auf 1.265 Millionen Schilling geschätzt. Von der ARGE arbeiteten 20 Personen, bei Subunternehmern und Zulieferfirmen waren 40 Personen für den U-Bahn-Bau tätig. Rechtzeitig vor Baubeginn wurde für jeden Bauabschnitt ein Ombudsmann zur Entgegennahme von Beschwerden und zur laufenden Information der Bevölkerung eingesetzt. Für den Bereich des Bauabschnittes 3 der Linie U 6 — Vivenotgasse mit Gesamtkosten von 1.100 Millionen Schilling wurde die Ausschreibungsplanung 1983 weitergeführt und abgeschlossen. Die Wirtschaftlichkeitsbesprechung wurde am 3. Oktober abgehalten; der Rohbaubeginn ist mit Dezember 1984 geplant. Von den Elektrizitätswerken wurden bereits umfangreiche Kabelumlegungsarbeiten in der Meidlinger Hauptstraße zur Freimachung des Stationsbereiches in der Vivenotgasse vorgenommen. Grundablöseverhandlungen in diesem Bereich stehen vor dem Abschluß. Für den Bereich der Längenfeldgasse und der Gaudenzdorfer Gürtelbrücke sind die dort notwendigen Arbeiten vom Ergebnis der Variantenuntersuchungen „Brücke über das Wiental" abhängig. Diese Variantenuntersuchungen waren nach Abschluß eines diesbezüglichen Wettbewerbes unter der Durchführung eines „Hearings" notwendig und stehen vor dem Abschluß. Die Ausschreibungsplanung für den Aufzugseinbau in der Station „Gumpendorfer Straße" wurde am 19. September abgeschlossen. Im Jahre 1983 wurden dafür 2 Millionen Schilling ausgegeben. Mit den Vorarbeiten zum Bau der U-6-Station Michelbeuern wurde am 4. Juli begonnen. An Stelle der alten Stadtbahnstützmauer wurde bereits eine neue errichtet; diverse Gleisverlegungsarbeiten sowie ein teilweiser Hallenabtrag konnten ebenso durchgeführt werden. 20 Millionen Schilling wurden im Jahre 1983 verbaut — für die Arbeiten werden insgesamt rund 390 Millionen Schilling benötigt. Von der Planung wurde eine Variantenauswahl der Linie U 6 — Verlängerung Nord vom Gürtel bis Floridsdorf vorgenommen. Für den Wagenbau wurden 1983 220 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Zwei Triebwagen E 6 und sechs Beiwagen C 6 konnten im Jahre 1983 ausgeliefert und in Betrieb genommen werden.

Städtische Friedhöfe

Auf Grund der ständig steigenden Kosten für Betriebsmittel und der jährlich laufend erfolgten Lohnsteigerungen war eine Erhöhung des Tarifes für Bestattungsanlagen der Stadt Wien notwendig, die mit Gemeinderatsbeschluß vom 25. November 1983, Pr.Z. 3370, genehmigt wurde. So wurden mit Wirksamkeit 1. Dezember 1983 die Posten des Tarifteiles A — Grabstellenentgelte um 12 Prozent und jene des Tarifes B — Arbeitsent-

gelte um 9,3 Prozen erhöht. Außerdem wurde die Einfahrtsgebühr in den Wiener Zentralfriedhof, die 20 S betrug, für Schwerbehinderte ab 1. Dezember 1983 mit 5 S festgesetzt. Im Jahre 1983 wurden in den Wiener städtischen Friedhöfen insgesamt 24.719 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahre 1982 eine Zunahme um 558 Fälle oder um 2,3 Prozent bedeutet. Davon entfielen 20.520 auf Erd- und 4.199 auf Urnenbestattungen, wobei bei den Erdbestattungen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 583 Fälle, bei den Urnenbestattungen jedoch eine Abnahme um 25 Fälle zu verzeichnen war. Der Anteil der Urnenbeisetzungen an der Gesamtzahl der Bestattungen nahm von 17,5 Prozent im Jahre 1982 auf rund 17 Prozent im Jahre 1983 ab. Von den insgesamt 24.719 Beerdigungen entfielen 20.354 oder 82,3 Prozent auf Beilegungen in Erd- und Urnengräber, 1.909 oder 7,7 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 1.626 oder 6,6 Prozent auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 830 oder 3,4 Prozent auf Beerdigungen in einfachen Gräbern. Die Anzahl der Deckplattenbewilligungen ist gegenüber dem Jahre 1982 mit 3.858 Fällen um 779 angestiegen. In 19.505 Fällen wurden die Benützungsrechte an Grabstellen verlängert und in 1.891 Fällen insgesamt 5.548 Leichen exhumiert bzw. zusammengelegt. Die Einziehungsverfahren von heimgefallenen Grabstellen in den 16 ehemaligen Sperrfriedhöfen konnten soweit abgeschlossen werden, daß nunmehr in allen diesen Friedhöfen der Wiener Bevölkerung Grabstellen zur Verfügung stehen.

Auf bautechnischem Gebiet konnten die im Jahre 1980 begonnenen, sehr umfangreichen Zu- und Umbauarbeiten an der Halle I des Wiener Zentralfriedhofes abgeschlossen werden. Die feierliche Eröffnung und anschließende Wiederinbetriebnahme der Aufbahrungshalle mit neun Zeremonienräumen, die für die Abhaltung von Trauerzeremonien für Wien sehr bedeutend ist, fand am 11. November 1983 statt. Der Neubau eines Kanzleigebäudes im Friedhof Stadlau, der im Jahre 1982 begonnen wurde, wurde fertiggestellt. Der Umbau und die Instandsetzungsarbeiten an der Aufbahrungshalle des Friedhofes Pötzleinsdorf konnten abgeschlossen werden. Die im Vorjahr in Angriff genommenen Umbauarbeiten an der Aufbahrungshalle des Friedhofes Meidling wurden weitergeführt. Ferner wurden laufend Erhaltungsarbeiten an den verwalteten Gebäuden und Anlagen sowie am gesamten technischen Inventar des hoheitlichen und gewerblichen Bereiches durchgeführt.

In den Eigenregiefriedhöfen wurden 2.722 Grabstein- und 2.208 Einfassungsfundamente hergestellt, wobei in ungünstigem Gelände dafür 460 Piloten geschlagen werden mußten. 1 Gruft, 37 Grabkammern und 13 Urnengrabkammern wurden neu errichtet, 19 Grabkammern zur Wiedervergabe instand gesetzt. Auf Erweiterungsflächen in verschiedenen Wiener städtischen Friedhöfen wurden 1.892 m² neue Straßen und 909 m² neue Wege hergestellt, während 8.762 m² Straßen und 64.947 m² Wege erneuert werden mußten. Bei der Anlage neuer Flachgräbergruppen wurden 1.010 m fundierte Kantsteineinfassungen und 330 m neue Wasserleitungsrohre verlegt. Bei der Behebung von 60 Wasserrohrgebrechen wurden 530 m Wasserleitungsrohre ausgewechselt. Um die wilden Müllablagerungen in den Friedhöfen hintanzuhalten, wurden 13 neue Abfallbehälter aufgestellt. Auf gartentechnischem Gebiet wurde so wie in den vergangenen Jahren die Begrünung weitergeführt, um die Friedhöfe parkähnlicher zu gestalten. So steht der Rodung von 36 überalterten und abgestorbenen Bäumen die Neupflanzung von 213 Bäumen, den Heckenrodungen im Ausmaß von 450 m die Neupflanzungen von 2.500 m gegenüber. Zusätzlich wurden 1.506 Zier- und Ballenpflanzen gesetzt. Die erforderlichen Schnitte zur Auslichtung bzw. Formierung erstreckten sich auf 277 Bäume und 88.930 m Hecken. Die Mäharbeiten wurden auf Friedhofsflächen und verwahrlosten Grabstellen im Ausmaß von insgesamt 1,260.000 m², die Unkrautbekämpfung auf Wegen und Plätzen mit einer Fläche von zusammen 390.000 m² vorgenommen.

Die Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber gewidmet. Es waren dies am Wiener Zentralfriedhof die Grabstätten von Prof. Willy *Fränzl,* Ballettmeister; Dr. Franz *Glück,* Museumsdirektor; Prof. Karl *Bruckner,* Schriftsteller; Ferry Wilhelm *Gebauer,* Komponist; Josef *Enslein,* Pädagoge und Unterstaatssekretär; Univ.-Prof. DDr. Robert A. *Kann,* Historiker; Raoul *Heimler,* Urgroßneffe von Ludwig van Beethoven; Prof. Otto *Basil,* Schriftsteller; Journalist und Theaterkritiker; Prof. Johann *Gunert,* Schriftsteller; Fatty *George* (recte Franz Georg Pressler), Jazzmusiker und Klarinettenvirtuose; Prof. Ferdinand *Stransky,* Maler und akademischer Restaurator; Univ.-Prof. Josef *Stoitzner,* akademischer Maler; Dr. Roland *Nitsche,* Schriftsteller; Prof. Paul *Meissner,* akademischer Maler und ehemaliger Präsident der Wiener Secession; Prof. Johann *Muschik,* Kulturkritiker und Publizist, und von Ulla-May *Jacobsson-Rohsmann,* Schauspielerin; am Friedhof Baumgarten das Grab von Franz *Glaserer,* ehemaliger amtsführender Stadtrat für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen; am Friedhof Döbling das Grab von Karl *Redlich,* Bautechniker und Oberbaurat; am Friedhof Hietzing die Gräber von Univ.-Prof. Dr. Fritz *Novotny,* Kunsthistoriker und ehemaliger Direktor der Österreichischen Galerie; Dipl.-Ing. Gerhard *Hanappi,* Fußballrekordinternationaler und Architekt; am Friedhof Neustift jene von Univ.-Prof. DDr. Adolf *Nussbaumer,* ehemaliger Staatssekretär; Dipl.-Ing. Dr. techn. Karl *Schwanzer,* Architekt und Hochschulprofessor; Prof. Alexander *Steinbrecher,* Komponist und Kapellmeister; am Friedhof Ober-St. Veit das Grab von Dr. Otto *Stoessl, Schriftsteller; am Friedhof Sievering das Grab von Hofrat Hermann Thimig,* Kammerschauspieler; in der Simmeringer Feuerhalle die Begräbnisstätten von Leopoldine *Deutsch-Renner,*

Tochter des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner, und von Dr. Benedikt *Kautsky*, Schriftsteller und Politiker; am Friedhof Südwest das Grab von Oberst Ing. Alois *Massak*, Sprengstoffexperte.

Die städtische Friedhofsgärtnerei konnte trotz weiterer Zunahme der Zahl an Deckelgräbern ihren Auftragsstand gegenüber dem Jahre 1982 halten. Auf Grund der laufend steigenden Kosten wurde vom Preisunterausschuß der paritätischen Kommission eine Erhöhung der Preise für friedhofsgärtnerische Leistungen im Ausmaß von 4,5 Prozent für das Jahr 1983 zur Kenntnis genommen, deren Genehmigung beim Gemeinderat beantragt und von diesem mit Beschluß vom 18. Februar 1983, Pr.Z. 513, genehmigt wurde. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebinden wurde die Aufzucht von rund 2,33 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, der Krieger- und Opfergräber wurde unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials durchgeführt.

Wiener Stadtwerke

Das Jahr 1983 fällt in eine Phase, in der Österreich wie alle Industriestaaten der westlichen Welt von der längsten Rezession der Nachkriegszeit betroffen ist. Nach einer mehr als dreijährigen Stagnation scheinen sich wieder expansive Kräfte zu entwickeln, so daß zu hoffen ist, daß damit eine echte Belebung der Wirtschaft und ein dauerhafter Aufschwung eingeleitet werden. Wenngleich sich der für die Wirtschaft überaus bedeutende Energiemarkt im Jahre 1983 im Vergleich zu den vergangenen Jahren merklich entspannt hat, so hängt diese Entwicklung nach wie vor von vielen unbeeinflußbaren Faktoren ab. Nicht zuletzt spielt die politische Situation in jenen Ländern, die über die Rohenergiequellen verfügen, eine entscheidende Rolle. Die wirtschaftliche Stagnation hat gemeinsam mit dem Sparverhalten der Bevölkerung beim Energieverbrauch und noch verstärkt durch die außerordentlich milden Temperaturen im ersten Quartal dazu geführt, daß der Strombedarf im Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke nur um 1,3 Prozent zugenommen hat, die Gasabgabe an Tarifnehmer sogar um 4,5 Prozent gegenüber 1982 gesunken ist. Die Abgabe von Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Kraftwerksblocks 1/2 im Dampfkraftwerk Simmering an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien GesmbH stieg zwar um 5,4 Prozent, blieb aber ebenfalls hinter den Erwartungen zurück.

Wenn diese Situation auch bei einer Abschätzung der künftigen Entwicklung des Energieverbrauchs berücksichtigt werden muß (im Energiekonzept der Stadt Wien sind selbstverständlich Prognosen über die Energieverbrauchsentwicklung enthalten, die ständig an Hand der tatsächlichen Entwicklung überprüft werden), so verlangt doch die Aufgabe, eine ausreichende und sichere Energieversorgung zu gewährleisten, auch weiterhin einen Ausbau der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen. Gleichzeitig muß eine entsprechende Vorratspolitik mit Blickrichtung auf die Sicherheit der Energieversorgung auch in Krisenzeiten betrieben werden. Bekanntlich ist Österreich gerade bei jenen Rohstoffen, die die Wiener Stadtwerke zur Aufrechterhaltung einer klaglos funktionierenden Versorgung der Bevölkerung mit Energie benötigen, weitgehend vom Ausland abhängig. Obwohl sich — wie bereits erwähnt — die Lage auf dem Rohenergiemarkt im Jahre 1983 einigermaßen stabilisiert hat und der Bezug von Erdgas durch langfristige Verträge gesichert erscheint, müssen sich die Energieversorgungsunternehmen der Stadt Wien — unabhängig von den gesetzlich vorgeschriebenen Notstandskapazitäten der gesamtösterreichischen Mineralölwirtschaft — mit dem Problem einer ausreichenden Lagerhaltung befassen. Dies ist nicht nur aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig, sondern auch um die nötige Bewegungsfreiheit bei der Manipulation des Brennstoffeinsatzes, insbesondere bei der Stromerzeugung, zu sichern. Die Heizölbevorratung der Elektrizitätswerke reicht, selbst wenn — was nicht anzunehmen ist — der Verbundstrombezug zur Gänze und längeranhaltend ausfallen würde, zur Deckung von rund einem Drittel ihres gesamten Jahresstrombedarfes. Das dadurch gebundene Kapital beträgt rund 1,5 Milliarden Schilling. Daneben stehen den Elektrizitätswerken noch Erdgasmengen aus den Untertagespeichern zur Verfügung. Auch die Wiener Gasversorgung erscheint durch die Vorratshaltung der Gaswerke weitgehend krisensicher. In den Untertagespeichern der österreichischen Landesferngasgesellschaften, die einschließlich der Wiener Gaswerke einen gemeinsamen Speicherpool bilden, lagerten per Ende 1983 rund 1,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas, das sind ein Drittel des österreichischen Jahresbedarfes der Erdgasmenge, die von Haushalten, Gewerbe, Industrie und Kraftwerken benötigt wird. Die Höhe des gebundenen Kapitals für dieses eingelagerte Erdgas kann mit rund 3,5 Milliarden Schilling beziffert werden, von denen rund 820 Millionen Schilling auf die Wiener Gaswerke entfallen. Neben diesen Bemühungen der Wiener Stadtwerke um die Sicherung der Wiener Energieversorgung sind auch die Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Luft zu erwähnen. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten: die Errichtung von teuren und mit Entsorgungsproblemen verbundenen Rauchgasentschwefelungsanlagen oder der vermehrte Einsatz umweltfreundlicher Brennstoffe. Da eine Nachrüstung der bestehenden Kraftwerke der Elektrizitätswerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen zum Teil aus technologischen Gründen nicht möglich ist, zum Teil aus wirtschaftlichen Gründen nicht verantwortet werden kann, bleibt in Wien vorderhand nur die zweite Alternative: eine Emissionsreduktion durch fallenden Heizöl- und steigenden Erdgaseinsatz. Bis 1987 werden die durchschnittlichen SO_2-Emissionen bereits weniger als die Hälfte des Wertes von 1980 erreichen. Durch die Inbetriebnahme eines neu zu errichtenden Kraftwerksblocks,

der dann allerdings mit einer optimalen Rauchgasentschwefelung ausgestattet sein soll, wird die SO_2-Belastung im Jahre 1991 dann weniger als 4.000 t/a betragen und damit unter 15 Prozent der Menge des Jahres 1980 gesunken sein. Die Möglichkeit des vermehrten Erdgaseinsatzes in den Kraftwerken der Elektrizitätswerke ist durch den 4. Erdgasbezugsvertrag, den die ÖMV AG mit der UdSSR abgeschlossen hat, gegeben. Dieser Vertrag läuft ab 1984 über 25 Jahre, und die Wiener Stadtwerke erhalten daraus nach einer fünfjährigen Aufbauphase eine jährliche Plateaumenge von 630 Millionen Kubikmeter Erdgas. Auch die Kraft-Wärme-Kupplung im Block 1/2 des Dampfkraftwerks Simmering stellt einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Wiener Luftqualität her. Im Jahre 1983 wurden 716 GWh Fernwärme erzeugt und an die Heizbetriebe Wien GesmbH abgegeben. Dies stellt eine Einsparung von rund 36.000 t Heizöl gegenüber einer gleich großen Wärmeerzeugung in Heizwerken bzw. von rund 54.000 t Heizöl gegenüber Hauszentralheizungen dar. Allein daraus ergibt sich eine Reduktion der SO_2-Emissionen im Ausmaß von 1.750 t.

Auf Grund der Rohölpreissenkung, die durch einen Beschluß der Organization of Petroleum Exporting Contries (OPEC) eingetreten ist, wurde im Frühjahr 1983 die schon 1982 begonnene Rabattierung auf die Raffinerieabgabepreise für Heizöl schwer fortgesetzt und erweitert. In der Erwartung, daß diese Rabattierung nicht kurzfristig wieder aufgehoben wird, sahen sich die Elektrizitätswerke veranlaßt, eine Anpassung ihrer Strompreise an diese Entwicklung herbeizuführen und die Preisermäßigungen bei den Brennstoffen auf Grund einer Brennstoffrechnung an ihre Kunden weiterzugeben. Der Wiener Stadtsenat beschloß aus diesem Grund nach § 9 des Statuts für die Unternehmungen der Stadt Wien eine mit 1. April 1983 wirksam gewordene Herabsetzung der Arbeitspreise der Elektrizitätswerke um 5 g/kWh. In der Zwischenzeit hat sich aber eine vollständige Rücknahme der erwähnten Rabattierung und damit wieder eine Steigerung des Preises für Heizöl schwer ergeben.

Für die Verkehrsbetriebe ergab sich im Jahre 1983 die Notwendigkeit, einen Antrag auf Erhöhung ihrer Tarife einzubringen, dem der Wiener Gemeinderat im Oktober 1983 mit Wirksamkeit der Regelung per Jahresbeginn 1984 auch entsprochen hat. Anlaß für diesen Tarifantrag war, daß trotz der erfreulichen Zunahme der Fahrgastzahlen auf Grund der Tarifreform des Jahres 1982 die Kosten in allen Bereichen stark gestiegen sind. Dafür waren vor allem zahlreiche verkehrsverbessernde Maßnahmen, wie z. B. die Vollendung des kostenintensiven U-Bahn-Grundnetzes und die Schaffung neuer Verkehrsrelationen, verantwortlich. Trotz sparsamster Betriebsführung und weitgehender Rationalisierungsmaßnahmen war es daher unumgänglich notwendig geworden, den erwähnten Antrag auf Tarifanpassung zu stellen und auf diese Weise wenigstens den 1982 gegebenen Kostendeckungsgrad annähernd wieder zu erreichen. Ein Unterbleiben dieser Maßnahmen hätte ein weiteres Steigen des Defizits der Verkehrsbetriebe mit der Konsequenz zur Folge gehabt, daß entweder keine weiteren verbessernden Maßnahmen hätten gesetzt werden können oder aber, daß die Hoheitsverwaltung ihre Leistungen für die Verkehrsbetriebe hätte erhöhen müssen. Diese Aufwendungen hätten aber an anderer Stelle — insbesondere bei den durch die Stadt Wien durchzuführenden Investitionen — gefehlt, was gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation enorme Nachteile mit sich gebracht hätte.

Gemäß dem vom Wiener Gemeinderat am 19. November 1979 gefaßten Entlastungsbeschluß, der das Ziel hatte, dem öffentlichen Nahverkehr in Wien eine gesunde finanzielle Basis zu geben, leistete die Hoheitsverwaltung im Jahre 1983 insgesamt 1.910,2 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe. Davon entfielen 598 Millionen Schilling auf eine Kapitalaufstockung und 1.312,2 Millionen Schilling auf den Betriebskostenzuschuß. Zu diesen Leistungen kamen noch 1.272,1 Millionen Schilling aus dem Titel der Pensionsentlastung, so daß die Gesamtbelastung der Hoheitsverwaltung 3.182,3 Millionen Schilling betrug. Die Verkehrsbetriebe wurden aber auch aus dem Bereich der Wiener Stadtwerke selbst unterstützt. Die Elektrizitätswerke wendeten — ebenfalls gemäß dem Entlastungsbeschluß aus 1979 — 729,9 Millionen Schilling zur Tilgung der bis Ende 1978 bei den Verkehrsbetrieben aufgelaufenen Schulden auf. Die Gaswerke wurden infolge ihrer ungünstigen Kostenlage zu einer derartigen Leistung nicht herangezogen. Wie seit vielen Jahren leisteten die Elektrizitätswerke außerdem im Rahmen des wirtschaftlichen Querverbundes eine erfolgswirksame Subvention in der Höhe von 190 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe.

Auf dem Sektor der Kapitalausstattung stand das Jahr 1983 für die Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung im Zeichen einer positiven Entwicklung, da im Vergleich zu früheren Jahren mit einem wesentlich geringeren Fremdkapitalzufluß von insgesamt 690 Millionen Schilling das Auslangen gefunden werden konnte. Von diesem Betrag entfielen 641,2 Millionen Schilling auf die Elektrizitätswerke und 48,8 Millionen Schilling auf die Gaswerke. Da in den letzten Jahren durchschnittlich jeweils rund 2,2 bis 2,3 Milliarden Schilling jährlich an Fremdkapital aufgenommen werden mußten, stellt das Jahr 1983 für die Wiener Stadtwerke finanziell eine wichtige Erholungsphase dar, die es erlaubte, das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital zu verbessern und damit die Finanzkraft für weniger günstige Jahre zu sichern.

Das Jahr 1983 stand für die E l e k t r i z i t ä t s w e r k e im Zeichen eines weiter sinkenden Gesamtstrombedarfs: Betrug die Zuwachsrate im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr noch 2 Prozent, so war sie im Jahre 1983 mit rund 1,3 Prozent noch niedriger. Die Ursachen für diese Entwicklung, mit der die gesamte österreichische Elektrizitätswirtschaft konfrontiert ist, liegen vor allem in der wirtschaftlichen Gesamtsituation, dem

zunehmenden Sparverhalten der Bevölkerung und nicht zuletzt in der außerordentlich milden Witterung der letzten Winter. Diese gegenüber früheren Jahren stark zurückbleibende Strombedarfsentwicklung darf aber keinesfalls zu der falschen und gefährlichen Annahme verleiten, daß es sich dabei um einen für alle Zukunft gültigen Trend handelt. Für die Elektrizitätswerke heißt dies, daß die Inbetriebnahme eines neuen kalorischen Kraftwerksblocks erst etwa um das Jahr 1990 erforderlich sein wird, daß diese Milliardeninvestition aber jedenfalls nötig ist.

Der Bedarf an elektrischer Energie von 6,353.629 MWh entfiel mit 3,420.333 MWh auf eigene Kraftwerke, der Fremdstrombezug — vor allem aus dem österreichischen Verbundnetz — betrug 2,933.296 MWh. Die höchste Belastungsspitze in der Geschichte der Elektrizitätswerke ergab sich am 16. Dezember 1983 mit 1.221 MW. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie im Berichtsjahr wurde am 15. Dezember 1983 mit 25.360 MWh verzeichnet. Die Gesamtwärmelieferung aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Blockkraftwerkes 1/2 im Dampfkraftwerk Simmering an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien GesmbH betrug im Jahre 1983 insgesamt 716.394 MWh. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 5,4 Prozent. Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 1. Dezember 1983 mit 6.556 MWh (1982: 5.442 MWh).

Im Kraftwerk Donaustadt waren bei beiden Blöcken auf Grund des neuen Dampfkessel-Emissionsgesetzes umfangreiche Wirkungsgrad- und SO_2-Messungen — auch die NOx-Werte wurden gemessen — durchzuführen. Beim Kühlwasserauslauf an der Donau waren Dammverschlüsse zu installieren und eine Schwimmklappe zur Verhinderung von Wasserschlägen einzubauen. Die wasserrechtliche Genehmigung für den neu zu errichtenden Kraftwerksblock konnte bereits erwirkt werden. In zahlreichen Umspannwerken (Süd, Kendlerstraße, Gaudenzdorf, Südost, West, Heiligenstadt, Stadlau, Wiener Neudorf und Klosterneuburg) wurden wichtige Um- und Ausbauten vorgenommen. Zu erwähnen sind insbesondere die Einrichtungen im Zusammenhang mit der 380-kV-Kabelanlage in den Umspannwerken Süd und Kendlerstraße. Im Wasserkraftwerk Opponitz konnten die Umbauarbeiten in der 20-kV-Schaltanlage termingemäß fortgesetzt werden. Zur Sicherung der Stromversorgung des Ybbstals wurde provisorisch ein 110/20-kV-Umspanner, 20 MVA, installiert. Zur Verbesserung der Gleichstromversorgung der Verkehrsbetriebe wurde eine neue Bahnwand im Umspannwerk Penzing errichtet und der Umbau der Gleichrichter im Stützpunkt Rodaun abgeschlossen. Die Planungsarbeiten für die Unterwerke der U-Bahn-Linie U 3 wurden fortgesetzt, die Planung für das Unterwerk Philadelphiabrücke der U 6 wurde beendet. Auch im Jahre 1983 mußte der Netzausbau entsprechend dem Gesamtausbauprogramm der Elektrizitätswerke weitergeführt werden. In diesem Falle spielt die 380-kV-Kabelverbindung vom Umspannwerk Kendlerstraße zum Umspannwerk Süd eine dominierende Rolle. Die Verlegung dieses aufwendigen und für die Sicherheit der Stromversorgung Wiens überaus wichtigen Systems konnte nach Terminplan fortgesetzt werden. Für die Projekte „Fuß- und Radwegunterführung Oswaldgasse" und „Einlaufbauwerke zum Umspannwerk Süd" waren dabei besonders umfangreiche Vorarbeiten zu leisten. Auch zum Teil schwierige Trassierungsarbeiten und Grundablöseverhandlungen waren in diesem Zusammenhang erforderlich. Größere Kabellegungen im Zusammenhang mit Industrieaufschließungen, dem Straßen- und Wohnbau und zur Verbesserung der Stromversorgung waren im gesamten Versorgungsbereich auf der 20-kV-, 10-kV- und auf der 1-kV-Spannungsebene erforderlich. Insgesamt wurden im Jahre 1983 rund 512 km Kabel neu verlegt. Der Ausbau der Niederspannungsnetze wurde vor allem im Zuge von Mittelspannungskabellegungen weitergeführt. Die Umschaltung von 3 × 220 V auf 3 × 380/220 V ist bis auf wenige Inseln im gesamten Netz abgeschlossen. Die Anzahl der im Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerke angeschlossenen Zähler erhöhte sich im Jahre 1983 von 1,308.326 auf 1,312.472 Stück. Die Bauarbeiten zur Errichtung des neuen Kundendienstzentrums Spitalgasse mit geplantem Eröffnungstermin Juni 1984 liefen termingemäß weiter. Auch der Neubau des Garagen- und Bürogebäudes in der Rummelhardtgasse verlief nach Terminplan. Für den kaufmännischen Dienst der Elektrizitätswerke bedeutete die sehr kurzfristig durchzuführende Strompreissenkung zum 1. April 1983 eine starke Belastungsprobe, die aber durch den Einsatz aller Beteiligten bestanden werden konnte.

Bei den G a s w e r k e n war die Absatzentwicklung noch schlechter als bei den Elektrizitätswerken: Gegenüber dem Jahre 1982 mußte bei der Gasabgabe an Tarifabnehmer ein Rückgang von 4,5 Prozent — es wurden 595,2 Millionen m^3 Erdgas abgegeben — verzeichnet werden. Auch in diesem Falle ist die außergewöhnlich milde Witterung im ersten Quartal des Jahres 1983 die Hauptursache. Die maximale Tagesabgabe an Tarifabnehmer erfolgte am 15. Dezember mit 4,3 Millionen m^3.

Nach Fertigstellung der neuen Lagerhalle auf dem Gelände der Dienststelle Simmering konnte 1983 mit der Absiedlung des veralteten und verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Lagers am Döblinger Gürtel begonnen werden. Im Bereich des Gasrohrnetzes wurden 78,3 km Rohrleitungen — davon 13,3 km Hochdruckleitungen — verlegt und 938,4 km überprüft. Erstmals wurden im Bereich der Gaswerke Kunststoffrohre für Gasleitungen verlegt. Es handelt sich dabei um rund 450 m erdverlegte Innenleitungen mit Nennweiten DN 50 und DN 65, die auf ÖBB-Geländen wegen der dort herrschenden besonderen technologischen Gegebenheiten eingebaut wurden. Im Bereich des Kerngebäudes des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses Wien wurden im Zuge von Teilprüfungen der Gasinstallation 4.028 m Innenleitung, davon 112 Steigleitungen in Mantelrohrführung, überprüft. 10 Regleranlagen wurden in Betrieb genommen, 3 abgebrochen und 11 umgebaut. In der Behälteran-

lage Wienerberg wurde die Kesselanlage fertiggestellt und in Betrieb genommen. Der Abbruch des im Jahre 1982 außer Betrieb genommenen Behälters Baumgarten konnte im Jahre 1983 begonnen werden. Im Bereich der Dienststelle Simmering wurden die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung einer Butangas-Luft-Mischanlage abgeschlossen. Die Realisierung dieses Projektes ist allerdings von der zukünftigen Entwicklung des Erdgasabsatzes abhängig. Die Abbrucharbeiten im Bereich des Leichtbenzinbehälters wurden fortgesetzt, der Schornstein des ehemaligen Kesselhauses wurde vollständig abgebrochen. In der Dienststelle Leopoldau wurden drei Erdgasrohrstränge DN 700, PN 6, zwischen Hauptregelstation und Ausgangsverteiler fertiggestellt und zusammen mit dem Verteiler und den zugehörigen Meßeinrichtungen in Betrieb genommen. Die Erweiterungsarbeiten an der neuen Heizzentrale wurden mit der Aufstellung eines Kessels mit 3.488 kW Leistung fertiggestellt.

Im Jahre 1983 wurden 21.754 Heizgasanträge mit einem Anschlußwert von 652,4 MW gestellt. Im Vergleich mit dem Vorjahr nahm die Anzahl der genehmigten Heizgasanträge um 4,1 Prozent zu, der Anschlußwert nahm um 6,4 Prozent ab. Durch die Versuchsanstalt der Gaswerke wurden 190 Gasverbrauchseinrichtungen, Anlagen und Armaturen im Bereich der Anstalt oder am Aufstellungsort überprüft. Hiezu kamen noch 31 Nachkontrollen bezüglich erteilter Auflagen und 127 Geräteüberprüfungen am Aufstellungsort wegen abgelaufener Prüfmarke.

Bei den Verkehrsbetrieben hatte neben anderen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel, wie laufende Erneuerungen und Modernisierungen des Wagenparks, die Einführung neuer Linien und nicht zuletzt das ständig fortgesetzte Beschleunigungsprogramm, auch die Tarifreform des Jahres 1982 eine erfreuliche Zunahme der Zahl an Fahrgästen zur Folge. So wurden 1983 mit 552,5 Millionen Beförderungsfällen um 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr verzeichnet, wobei 82,1 Millionen Wagennutzkilometer geleistet werden mußten. Um das Beförderungsangebot auch bei vermehrter Inanspruchnahme durch die Bevölkerung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht aufrechterhalten und darüber hinaus noch notwendige Rationalisierungsmaßnahmen setzen zu können, mußte auch im Jahre 1983 ein umfangreiches Investitionsprogramm durchgeführt werden. Dieses umfaßte insbesondere Hochbauten, den Umbau von Straßenbahnwagen und die Neubeschaffung von Autobussen. Daß die seit 1982 erfogten laufenden Kostensteigerungen die Notwendigkeit einer Tarifanpassung mit Wirkung 1. Jänner 1984 zur Folge hatten, wurde bereits einleitend dargestellt. Die U-Bahn, Wiens modernstes öffentliches Verkehrsmittel, hat sich auch 1983 glänzend bewährt. Mit den im Betrieb allerdings sehr kostenintensiven Silberpfeilen wurden insgesamt 179,2 Millionen Beförderungsfälle erzielt. Für die neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 wurden bereits die eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren abgewickelt, für die U 6 war am 7. September 1983 bereits Baubeginn. An diesem Tag nahm Herr Bürgermeister Leopold Gratz im Beisein zahlreicher Ehrengäste und unter breiter Anteilnahme der Bevölkerung den ersten „Rammschlag" für den Bau der künftigen U-Bahn-Station Philadelphiabrücke vor. Auch für den ab Juni 1984 wirksamen Verkehrsverbund Ost-Region wurden bereits umgangreiche Vorarbeiten geleistet. In der Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe betrug der Fahrzeugausstoß im Jahre 1983 insgesamt — Schienen- und Straßenfahrzeuge — 3.094 Einheiten. Darin sind auch die programmgemäß durchgeführten Hauptuntersuchungen von 24 U-Bahn-Doppeltriebwagen enthalten. Zusätzlich wurden 1.363 Drehgestelle instand gesetzt, der Einbau von Kurzstreckenentwertern in 90 Beiwagen der Type c2 wurde abgeschlossen. Im Bereich der Zentralwerkstätte wurde in November mit der Errichtung einer eigenen U-Bahn-Prüfhalle begonnen. Die komplette Fertigstellung des Betriebsgebäudes Kagran erfolgt zum Jahresende.

Der Bestattung wurden 21.171 Bestattungsdurchführungen übertragen, der Anteil an Kremationen betrug 18,1 Prozent (3.841 Fälle). Außerdem wurde das Unternehmen im Jahre 1983 mit der Durchführung von 2.009 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen und mit 757 Überführungen in das In- und Ausland beauftragt. Dazu kamen noch verschiedene andere Leistungen, so daß der Städtischen Bestattung insgesamt 28.777 (1982: 28.566) Aufträge erteilt wurden. Der Fuhrpark hat eine Fahrleistung von rund 806.000 km zu verzeichnen, was eine tägliche Fahrleistung von ungefähr 3.198 km bedeutet. Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 48.736 (1982: 46.133) Särge erzeugt. Ein Teil der Sargproduktion ist für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt. Auf zwei ehemaligen „Sperrfriedhöfen", den Friedhöfen Gersthof und Pötzleinsdorf, konnte der im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für städtische Friedhöfe durchgeführte Umbau der Aufbahrungshallen abgeschlossen werden. Der Umbau der Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Meidling — ebenfalls ein ehemaliger „Sperrfriedhof" — war 1983 noch im Gange. Bei der Innenausgestaltung wurden bzw. werden jene Richtlinien und Maßstäbe, die sich das Unternehmen im Laufe der letzten Jahre setzte, beibehalten. Am Freitag, dem 11. November 1983, hat Herr Stadtrat *Hatzl* in Vertretung des Herrn Bürgermeisters im Rahmen eines feierlichen Festaktes die umgebaute Aufbahrungshalle 1 auf dem Wiener Zentralfriedhof wieder ihrer Bestimmung übergeben. Wie Herr Stadtrat *Hatzl* in seiner Rede hervorhob, ist es bei dieser Halle gelungen, ein kulturhistorisch wertvolles Bauwerk den Anforderungen der Gegenwart anzupassen. Im Anschluß daran nahm Kardinal Dr. *König* in Anwesenheit von Vertretern der evangelischen und altkatholischen Religionsgemeinschaften die Einsegnung des Altares im Aufbahrungsraum „K" der ehemaligen Kapelle vor. Im Sinne eines langfristigen Unternehmenskonzeptes wurden auch die im Jahre 1983 umgebauten bzw. instand gesetzten Aufbahrungshallen mit

Einrichtungen ausgestattet, die das Abspielen von Musikkassetten (Tonbandmusik) ermöglichen. Bisher sind die Hallen auf den Friedhöfen Großjedlersdorf, Gersthof, Baumgarten (Halle 2), Pötzleinsdorf und dem Wiener Zentralfriedhof (Halle 1) mit derartigen Einrichtungen ausgestattet. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß das Abspielen von Tonbandmusik bei Trauerfeiern von der Wiener Bevölkerung durchaus positiv aufgenommen wird. Der Gemeinderat hat am 21. Oktober 1983 den Ankauf eines unmittelbar an den Holzlagerplatz des Sargerzeugungsbetriebes angrenzenden Grundstücks genehmigt. Es konnte somit die wohl einmalige Gelegenheit, ein direkt an das Fabriksgrundstück angrenzendes Areal zu erwerben, genutzt werden.

Im Rahmen der Generaldirektion wurde die Mitte 1982 in Angriff genommene 1. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien im Frühjahr 1983 fertiggestellt und im April 1983 dem damals zuständigen Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie vorgelegt. Durch die Neuwahl des Wiener Gemeinderates vom 24. April 1983 und die daran anschließend erfolgte neue Ressorteinteilung der Stadtverwaltung wurde eine Neuvorlage an den nunmehr zuständigen Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie und in weiterer Folge an den Stadtsenat und an den Gemeinderat erforderlich. Der mittlerweile vergangene Zeitraum ließ eine Adaptierung dieser Fortschreibung auf Stand September/Oktober 1983 als notwendig erscheinen, die durchgeführt wurde.

Der in der Generaldirektion eingerichtete „Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung" (AKE) hat im Jahre 1983 insgesamt 295 Empfehlungen, davon 129 für zusammen fast 7.700 Wohnungen, abgegeben. Der Anschlußwert aller Empfehlungen beträgt 432 MW. Es sind dies die höchsten Werte seit Gründung der AKE im Jahre 1972. Gegenüber dem Vorjahr wurden um 32 Prozent mehr Empfehlungen abgegeben, der Anschlußwert stieg um 15 Prozent.

Die vom Energiewirtschaftlichen Referat der Generaldirektion jährlich erstellte Analyse der Energieversorgung geförderter Wohnbauvorhaben in Wien wurde für das Jahr 1982 vorgelegt. Diese Untersuchung hat gezeigt, daß sich die umwelt- und energiepolitisch angestrebte Entwicklung eines „Rückzuges vom Öl" mit einem weiteren Rückgang des Anteiles der Ölheizungen von 2,4 Prozent im Jahre 1981 auf 1,4 Prozent des Wärmeanschlußwertes der eingereichten Projekte im Jahre 1982 fortgesetzt hat. Im Jahre 1983 wurden 313 Wohnbauförderungsansuchen zur Errichtung von mehr als 5.600 Wohnungen mit einem Gesamtwärmeanschlußwert von 57 MW im Hinblick auf die im Wohnbauförderungsgesetz festgelegten Erfordernisse des Umweltschutzes bei der vorgesehenen Heizung überprüft. Dabei mußte nur in einem Fall mit 50 Wohneinheiten Einspruch erhoben werden. Zusätzlich konnten sechs Ansuchen positiv erledigt werden, für die nach einem Einspruch bei einer früheren Überprüfung die Planung auf eine umweltfreundliche Heizung geändert wurde. Auf Grund der derzeit vorliegenden vorläufigen Daten der Analyse des Jahres 1983 ist zu erwarten, daß sich auch der in den vergangenen Jahren gezeigte Trend zu einem immer niedrigeren Anteil der Ölheizungen bei Neubauten auch im Jahre 1983 fortgesetzt hat. Weiters wurde im Jahre 1983 die Energieversorgung von 22 Unternehmen im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion überprüft, um sicherzustellen, daß die auf diese Weise geförderten Bauvorhaben den energiepolitischen Intentionen der Stadt Wien entsprechen.

Von der Zentralverwaltung ist zu berichten, daß das Gesamtvolumen der von der zentralen Einkaufsabteilung im Jahre 1983 durchgeführten Bestellungen über 1,2 Milliarden Schilling betrug und damit um 4,4 Prozent höher als im Jahre 1982 war. Bestellungen für Investitionen und Bauvorhaben, die die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke im eigenen Wirkungsbereich tätigen, sind in diesem Betrag nicht enthalten. Von der zentralen Kollaudierungsabteilung wurden Bauarbeiten mit einer Kostensumme von rund 769 Millionen Schilling überprüft. Im Zuge der körperlichen Stichtagsinventuren wurden von der zentralen Materialbewirtschaftung 82.676 Warenposten aufgenommen. Der Inventurwert der Vorräte (ohne Halbfabrikate und Emballagen) in den Haupt- und Zentrallagern betrug rund 803 Millionen Schilling.

Bezüglich des Personals ist zu berichten, daß am 31. Dezember 1983 bei den Wiener Stadtwerken 14.991 aktive Mitarbeiter (ohne Lehrlinge) beschäftigt waren. Die Zahl der Beschäftigen hat damit gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 39 zugenommen. Bei den Teilunternehmungen ergab sich hiebei eine unterschiedliche Entwicklung. Bei den Elektrizitätswerken betrug der Zugang 29 Bedienstete, bei den Gaswerken 9 und bei den Verkehrsbetrieben 7. Die Bestattung hingegen hatte eine Abnahme um sechs Bedienstete zu verzeichnen. 1983 wurden 951 Mitarbeiter neu aufgenommen und 546 in den Ruhestand versetzt. In 452 Fällen wurde das Dienstverhältnis durch Kündigung, Dienstentsagung oder Tod gelöst. Am 31. Dezember 1983 betrug die Gesamtzahl der Pensionsparteien 14.703 und lag somit um 130 niedriger als 1982.

Im Wirtschaftsplan 1983 wurde der Sollstand für die Teilunternehmungen einschließlich Generaldirektion und Zentralverwaltung mit 15.243 festgesetzt. Die Anzahl der Dienstposten (Sollstand) war um 260 Bedienstete niedriger als 1982. Die Reduktion dieses Sollstandes ergibt sich als Saldo aus 277 Vermehrungen (Rohrnetzüberwachung, Linienverlängerungen und Linieneröffnungen, Aufstockung der Kontrollore für vermehrte Fahrgastkontrolle, Intervallverdichtungen) und 537 Einsparungen (Ende der Rohrsanierung, vermehrter Einsatz schaffnerloser Betriebsmittel, Neuregelung des Rechnungswagenschlüssels in den Garagenrevisionen). Am 31. Dezember 1983 betrug der Unterstand 252, das war der niedrigste Unterstand seit Jahren. Damit kann der Per-

sonalstand praktisch als ausgeglichen bezeichnet werden. Die wenigen offenen Stellen gab es praktisch nur im Bereich des Fahrdienstes und vereinzelt bei den Hilfskräften. Einzelne offene Stellen für qualifiziertes Personal konnten aus den vorhandenen Stellenbewerbungen in der Regel sofort besetzt werden. Ende 1983 waren bei den Verkehrsbetrieben insgesamt 88 Gastarbeiter beschäftigt, 74 kamen aus Jugoslawien und 14 aus Tunesien.

Die Wiener Stadtwerke boten 1983 wie schon in den Vorjahren Ausbildungsplätze in den Lehrberufen Bürokaufmann, technischer Zeichner, Starkstrommonteur, Elektromechaniker für Schwachstrom, Maschinenschlosser und Gas- und Wasserleitungsinstallateur an. Darüber hinaus wurden auch Lehrlinge für die Lehrberufe Kraftfahrzeugmechaniker und Betriebsschlosser eingestellt. Anfang 1983 standen 373 Lehrlinge in Ausbildung, und zwar 109 kaufmännische, 9 technische Zeichner-, 86 Starkstrommonteur-, 55 Elektromechaniker-, 51 Maschinenschlosser-, 41 Gas- und Wasserleitungsinstallateur-, 9 Betriebsschlosser- und 13 Kraftfahrzeugmechanikerlehrlinge. Im September 1983 wurden insgesamt 122 Lehrlinge aufgenommen, und zwar 35 Bürokaufmannlehrlinge und 1 technischer Zeichnerlehrling, weiters 14 Elektromechanikerlehrlinge für Schwachstrom, 22 Starkstrommonteurlehrlinge, 12 Maschinenschlosserlehrlinge, 15 Gas- und Wasserleitungsinstallateurlehrlinge, 11 Betriebsschlosserlehrlinge und 12 Kraftfahrzeugmechanikerlehrlinge. Die Ausbildung der Lehrlinge in den technischen Lehrberufen erfolgt in den ersten beiden Lehrjahren in den Lehrwerkstätten „Jugend am Werk" und anschließend bei den einzelnen Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke. Ihre Lehrzeit beendeten 1983 32 kaufmännische, 3 technische Zeichner-, 22 Starkstrommonteur-, 13 Elektromechaniker- und 11 Maschinenschlosserlehrlinge, somit zusammen 81 Lehrlinge. Ende 1983 betrug die Gesamtzahl der Lehrlinge bei den Wiener Stadtwerken 378. In einem umfangreichen Jugendbetreuungsprogramm, das die Stadt Wien alljährlich für die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten durchführt, um sie mit den kommunalen Einrichtungen vertraut zu machen, wurden Exkursionen und Vorträge veranstaltet.

Die Fortbildung der Bediensteten erfolgte durch interne Kurse und Seminare, in denen neueste Erkenntnisse vermittelt wurden. Die Vorbereitungskurse wurden wie in den vergangenen Jahren im Schulungszentrum der Wiener Stadtwerke abgehalten und umfaßten die für die vorgeschriebenen Dienstprüfungen notwendigen Stoffgebiete. Das Angebot enthält Seminare über Soziologie und Psychologie. 27 Mitarbeiter bestanden die Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes. 15 Fachbeamte des technischen Dienstes legten ihre Dienstprüfung ab, davon einer mit Auszeichnung, 86 Mitarbeiter absolvierten die Dienstprüfung für Fachbeamte des Kanzleidienstes, davon 7 mit Auszeichnung.

Das vom Herrn Bürgermeister unterfertigte Diplom zur Anerkennung langjähriger Dienstzeit und Remunerationen als Jubiläumsgabe erhielten 143 Mitarbeiter für das 40jährige und 256 Mitarbeiter für das 25jährige Dienstjubiläum. 1983 wurden 3 Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke durch ein Ehrenzeichen, das ihnen vom Herrn Bundespräsidenten verliehen wurde, für ihre Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Darüber hinaus wurden zwei leitenden Beamten von der Wiener Landesregierung Ehrenzeichen für die Verdienste um das Land Wien verliehen.

1983 wurden im Zusammenwirken mit den Bedienstetenvertretungen wieder zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die für die Bediensteten aller Teilunternehmungen eine materielle Besserstellung bewirkten. Es waren dies vor allem:

Die 22. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 bzw. die 5. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, die am 1. Februar 1983 Bezugserhöhungen zwischen 4,0 Prozent beim Höchstbezug und 5,1 Prozent beim niedrigsten Bezug brachten. Mit dieser Bezugsbewegung war eine analoge Erhöhung der Ausgleichszulagen für Bedienstete der Schemata II/IV, ferner der Zulage für Werkmeister, Betriebsbeamte und vergleichbare Bedienstetengruppen sowie der Nebengebühren verbunden. Dadurch ergaben sich jährliche Mehrkosten von etwa 193 Millionen Schilling.

Die Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien wurde mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1983 (Neufestsetzung des Kilometergeldes) geändert.

Für einzelne Bedienstetengruppen bei den Teilunternehmungen ergaben sich Verbesserungen, wie die Änderung der Nebengebühren der Betriebsbeamten des Stellwerkes Karlsplatz der Verkehrsbetriebe und eine Anpassung an geänderte organisatorische Voraussetzungen ab 1. Februar 1983; eine Regelung der Nebengebühren der Bediensteten der Garagenrevisionswerkstätten der Verkehrsbetriebe ab 1. März 1983, verursacht durch Organisationsänderung, die eine Einsparung von 82 Dienstposten brachte; eine Ausdehnung der Wohnungsbereitschaftsdienstzulage auf die Bediensteten der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der Verkehrsbetriebe im Zusammenhang mit der Organisation eines Bereitschaftsdienstes für die Schadensbehebung insbesondere bei der U-Bahn ab 1. April 1983; eine Erhöhung der Fahrdienstzulage für Verschubfahrer wegen der gestiegenen Anforderungen ab 1. Juli 1983; eine Gewährung der Schmutzzulage an Bedienstete der Druckerei ab 1. Juli 1983 und Stellenplanänderungen in einigen Bereichen der Wiener Stadtwerke.

Bei zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen aus den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht oder allgemeiner Art wirkte die Sektion für Personalangelegenheiten im Begutachtungsverfahren mit. Es wurden zum Beispiel Stellungnahmen abgegeben zum Entwurf der 39. ASVG-Novelle; einer Verordnung über Einrichtungen in Betrieben über die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes; einer Änderung der Arbeiterkammerwahl-

ordnung; eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert wird; eines Bundesgesetzes, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird; eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird; eines Landesgesetzes über das Wappen, das Siegel, die Farbe und die Flagge der Bundeshauptstadt Wien sowie zu zahlreichen internationalen Abkommen und Übereinkommen. Mit 1. April 1983 wurde eine Novelle des Arbeitnehmerschutzgesetzes wirksam, die insbesondere auf dem Gebiet des sicherheitstechnischen Dienstes und der betriebsärztlichen Betreuung Verbesserungen des Arbeitnehmerschutzes brachte. Diese Gesetzesnovelle erforderte im Zusammenhang mit der am 3. November 1983 erlassenen Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung über Einrichtungen in Betrieben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes zahlreiche organisatorische Vorbereitungsarbeiten, um den rechtzeitigen Vollzug im Bereich der Wiener Stadtwerke zu gewährleisten.

Auf dem Sektor der Kundeninformation und -betreuung wurden im Jahre 1983 sechs Ausgaben der Zeitschrift „24 Stunden für Wien" mit Informationsmaterial an jeweils 900.000 Haushalte im Stadtgebiet namentlich versendet. Des weiteren wurden drei Tonbildschauen mit dem Thema „Wandern mit den Verkehrsbetrieben" gestaltet. Auch wurde eine Zuggarnitur der U-Bahn im Kleinbahnformat entwickelt und in einer Auflage von 20.000 Stück verkauft. Neben den zahlreichen Werbungen für die Jahresnetzkarte und den Publikumshinweisen für „Leichter leben mit der U-Bahn" mußten drei Wanderheftchen der Verkehrsbetriebe neu aufgelegt werden. Zusätzlich wurden etwa 600 Anliegen von Kunden aus diversen Stadtwerkebereichen direkt behandelt und mündlich oder schriftlich erledigt.

Die Aufgabenschwerpunkte auf dem Sektor der Organisation, Revision und Datenverarbeitung lagen wie auch bisher bei koordinierenden und administrativen Tätigkeiten, weiters auf den Gebieten des Kopierwesens, der Büroautomation und Textverarbeitung, bei Vertragsverhandlungen bezüglich Verkauf von im Rechenzentrum entwickelten Softwareprodukten, bei Abkommen mit dem Verkehrsverbund über die Unterstützung durch die EDV der Wiener Stadtwerke sowie bei der Ausschreibung und Beschaffung von EDV-Geräten und der Erstellung der Betriebsbeschreibung über das zentrale Rechenzentrum.

Im Jahre 1983 wurden im Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke wesentliche Änderungen im Bereich der Hardware und Software vorgenommen, die durch die rasante Entwicklung auf dem EDV-Sektor bedingt waren. Allein auf dem Terminalsektor erhöhte sich der Stand der Bildschirme und Drucker von 181 auf 278. In der Folge mußte die Zentraleinheit IBM 3031 durch die leistungsfähigere und dem neuesten Stand der Technologie entsprechende Zentraleinheit IBM 3083 ersetzt, die Plattenspeicher IBM 3350 auf Geräte mit einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis IBM 3375 getauscht und umfangreiche Umstellungen bei den Datenbanken und Betriebssystemen durchgeführt werden, ohne den laufenden Betrieb einzuschränken. Neben diesen Arbeiten, die in erster Linie der Verbesserung und Erhöhung der Betriebssicherheit des EDV-Systems dienten, wurde auch die Neu- und Weiterentwicklung von EDV-Projekten vorangetrieben. Die EDV-Kommission genehmigte nach sorgfältiger Prüfung der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit 16 EDV-Großprojekte, von denen die Arbeiten für das geplante Kundendienstzentrum der Gas- und Stromverrechnung, der Aufbau eines Informationssystems über die vom Elektrizitätswerk betriebenen Hausanschlüsse, die Neuorganisation der Mietenverrechnung, die Arbeiten für den Verkehrsverbund (Fahrplanbuch, Tarifsimulation), die Erstellung der Aushangfahrpläne der Verkehrsbetriebe mit Hilfe einer EDV-gesteuerten Photosatzmaschine und die Umstellung der ersten Programme der Bezugsverrechnung auf Datenfernverarbeitung besonders hervorzuheben sind. Obwohl der Aufgabenumfang gestiegen ist und aus technischer Notwendigkeit Änderungen vorgenommen wurden, konnten durch eine entsprechende Einkaufspolitik die Kosten für die Hardware und Software im Vergleich zum Vorjahr etwa gleich gehalten werden. Grundlage für die fundierte Planung war, wie bisher, das mittelfristige EDV-Konzept, das mit einem Planungshorizont von fünf Jahren fortgeschrieben wurde.

Im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens sind 25 Verbesserungsvorschläge eingebracht worden. Davon wurden 12 als realisierbar befunden und durch den Ausschuß für das Vorschlagswesen mit insgesamt 58.900 S prämiiert. Die höchste Einzelprämie betrug 12.100 S.

Die Abteilung für Innenrevision legte 70 Ordnungs-, Organisationsprüfungen und sonstige Berichte vor, die auf Grund ständiger innerbetrieblicher Revisionen im Geschäftsbereich der Generaldirektion sowie sämtlicher Zentralverwaltungsabteilungen der Wiener Stadtwerke und in den Teilunternehmungen erstellt wurden. Anregungen mit finanziellen Auswirkungen zugunsten der Wiener Stadtwerke für Einsparungen konnten in der Höhe von 3,7 Millionen Schilling in Vorschlag gebracht werden.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten für das Jahr 1983 im Vergleich zum Jahre 1982 eine Zunahme des Gesamtstrombedarfes um 1,3 Prozent, und zwar von 6,272.172 1972 auf 6,353.629 MWh; davon erzeugten die kalorischen Kraftwerke 3,334.795 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 85.538 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war somit im Jahre 1983 um 2 Prozent kleiner als im Vorjahr und um 1,7 Prozent größer als im Jahre 1981. Die höchste Belastungsspitze konnte am 16. Dezember mit 1.221 MW registriert werden; sie war

um 28 MW höher als im Jahre 1982 und um 100 MW höher als im Jahre 1981. Den größten Tagesbedarf an elektrischer Energie wies der 15. Dezember mit 25.360 MWh auf. Die gesamte Fernwärmeabgabe betrug 716.394 MWh, was im Vergleich zum Jahre 1982 einer Steigerung um 5,4 Prozent bzw. 37.010 MWh entspricht. Die höchste Belastungsspitze konnte am 21. November mit 295 MWh, der größte Tagesbedarf an Wärme am 1. Dezember mit 6.556 MWh verzeichnet werden. Im Jahre 1983 hat sich die allgemeine, durch Rezessionserscheinungen geprägte wirtschaftliche Entwicklung entgegen den anfänglich optimistischen Erwartungen fortgesetzt. Von dieser Stagnation blieb auch die Elektrizitätswirtschaft nicht verschont. Hiezu kam, daß in der Heizperiode die Witterung außerordentlich mild war, wodurch die an sich gegebene Dämpfung der Verbrauchsentwicklung noch verstärkt wurde. Angesichts dieser besonderen Situation haben sich die Elektrizitätswerke ebenso wie die Niederösterreichischen Elektrizitätswerke AG (NEWAG) und in modifizierter Form auch andere Energieversorgungsunternehmungen veranlaßt gsehen, durch eine einmalige Aktion dem ungewöhnlich milden Winterwetter und der daraus resultierenden mäßigen Verbrauchsentwicklung dadurch Rechnung zu tragen, daß für jene Verbraucher, die Strom bzw. Gas hauptsächlich für Heizzwecke beziehen, ein Teilrechnungsbetrag einmalig um 30 Prozent gesenkt wurde. Bekanntlich hat die im März stattgefundene Festsetzung des OPEC-Preises mit 29 Dollar für 1 Barrel (159 Liter) Rohöl in Österreich per 15. März 1983 zu einer Rabatterhöhung durch die Mineralölfirmen und damit zur Senkung des Preises für Heizöl schwer von 3.100 S je Tonne auf 2.980 S je Tonne geführt. Diese Herabsetzung war Anlaß für den Beschluß des Wiener Stadtsenates nach § 9 des Statuts für die Unternehmungen der Stadt Wien vom 29. März 1983, die Arbeitspreise der Elektrizitätswerke ab 1. April 1983 einheitlich um 5 g je Kilowattstunde zu senken. Durch die ab 7. August 1983 begonnene stufenweise Rücknahme der Rabatte ist aber der Preis von Heizöl schwer von 2.980 S je Tonne bis zum Jahresende auf 3.433 S je Tonne gestiegen. Der Anteil der Energieerzeugung mit Wärmekraft und mit Wasserkraft in den eigenen Anlagen ist gegenüber 1982 um 1,7 bzw. 0,1 Prozentpunkte gesunken. Die Monate des größten Energiebedarfes waren der Dezember, November und Jänner. Die größten Verbraucher sind mit 41,3 Prozent an der Energieabgabe oder 2,623.213 MWh die Sonderabnehmer wie die Industrie oder öffentliche Anlagen, die Haushalte mit 32,1 Prozent oder 2,036.882 MWh sowie das Gewerbe und die Landwirtschaft mit 13,8 Prozent an der Energieabgabe oder 879.324 MWh.

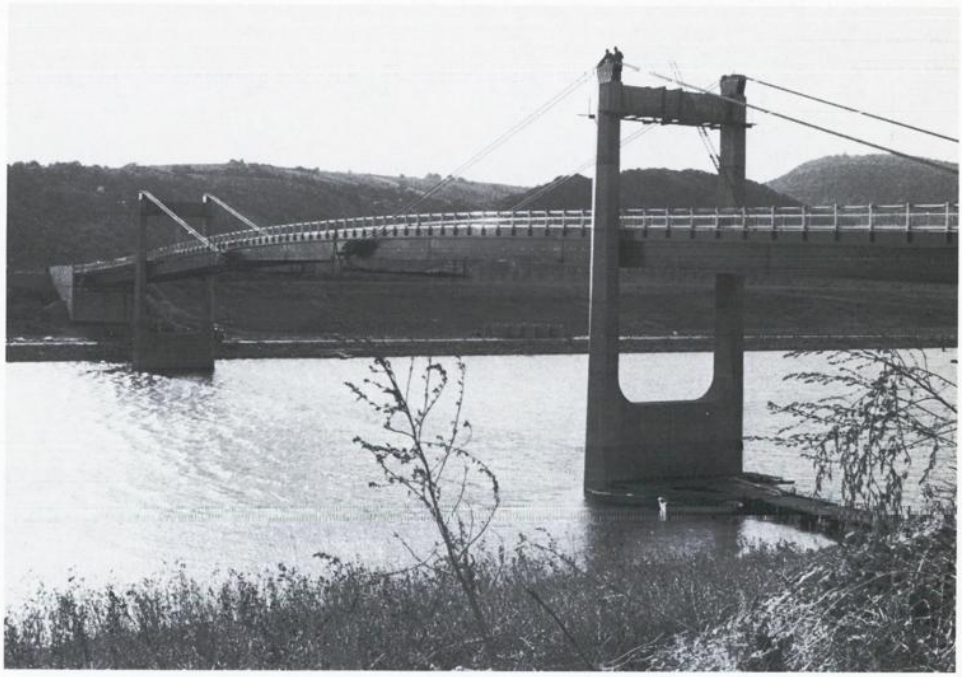
Im Zuge von Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an Betriebsanlagen wurde im Dampfkraftwerk Simmering für die Errichtung eines neuen Pumpenhauses zur Erweiterung der Kühlwasserversorgung zu Jahresbeginn ein Planungs- und Bauberatungsauftrag vergeben. Die Behördeneinreichungen hiezu wurden durchgeführt, die entsprechenden wasser- und baurechtlichen Bewilligungen erteilt, die Ausschreibungen für die Kühlwasserpumpen und Reinigungsanlagen getätigt. Zur Klärung der Frage der Stickoxidemissionen bei Öl- und Gasbetrieb wurden Messungen durchgeführt. In der 380-kV-Schaltanlage mußte ein Schalterpol des Kuppelumspannerfeldes 1 getauscht werden, da im Gehäuse des Schalterantriebes ein Riß mit SF6-Austritt entstanden war. Mit der Fertigstellung der 10-kV-Kabelverbindung für den 110/10-kV-Transformator 30 sind die Umbauarbeiten in der Anlage 4 abgeschlossen. In der Kondensatorreinigungsanlage für die Blockkraftwerke 4—6 wurde eine NH_3-Dosieranlage mit Entnahme aus Stahlflaschen für die Erfordernisse der kombinierten chemischen Fahrweise installiert. Bei einigen Prozeßrechnern waren die Neuprogrammierung von Meßwertprotokollen und Meldetexten, die Neuaufschaufelung und Umrangierung von Bionärsignalen und die Kontrolle und Neueinstellung von analogen Meßsignalen notwendig. Für die Schaltanlagen-Synchronisierung der 380/10-kV-Anlage wurde ein Prozeßrechner in Betrieb gesetzt. Weiters wurde ein Mikrocomputer mit selbstentwickeltem Programm zur Störungssuche installiert. Wegen der Einführung der kombinierten Fahrweise der Blöcke 1 und 5 wurden Geräte zur Messung der Konzentration von O_2 im Speisewasser eingebaut. Die Stromversorgung für die Lecküberwachung der Pipeline ÖMV — Kraftwerk Simmering wurde durch eine neue Akkumulatorenbatterie mit automatischem Ladegerät und Störungsüberwachung ersetzt. Entsprechend dem Revisionsprogramm wurden die erforderlichen Arbeiten an den Blockkraftwerk 1/2, 3, 5 und 6 durchgeführt. Die Revisionsarbeiten am Blockkraftwerk 4 mußten aus Termingründen zurückgestellt werden. Im Zuge der Revisionsarbeiten konnten alle aufgetretenen Mängel behoben werden, so daß die Kraftwerksblöcke zu Beginn des Winterbetriebes voll einsatzbereit waren.

Im Dampfkraftwerk Donaustadt wurden umfangreiche Revisionsarbeiten an beiden Blockkraftwerken planmäßig durchgeführt. Im Anschluß an die Revision des Blockes 2 im Frühjahr 1983 erfolgte die Umstellung der chemischen Fahrweise des Wasserdampfprozesses auf sogenannte „Kombifahrweise". Das Kraftwerk Donaustadt war zu diesem Zeitpunkt das erste kalorische Kraftwerk in Österreich, das diese Änderung in der chemischen Fahrweise durchführte. Bis dato sind durch diese Änderung im Blockbetrieb nur positive Betriebsergebnisse erzielt worden. Im August 1983 wurden, bedingt durch Arbeiten im Kühlwasserauslauf, beide Blöcke gleichzeitig abgestellt. Es wurden unter anderem Dammverschlüsse installiert und eine Schwimmklappe zur Verhinderung von Wasserschlägen bei Ausfall der Pumpen bei höheren Donauwasserständen eingebaut. Bei beiden Blöcken wurden auf Grund des neuen Dampfkesselemissionsgesetzes Wirkungsgrad- und SO_2-Messungen durchgeführt. Ebenso erfolgten Messungen der NO_x-Emissionen. Um bei Störungen bzw. Brennstoffwechsel den Ausstoß dunkler Rauchgase aus dem Schornstein auf schnellstem Wege zu registrieren, wurde im Werk

Die neue Roßauer Brücke über den Donaukanal konnte für den Verkehr freigegeben werden

Brückenbau

Eine neue Fußgängerbrücke führt von Floridsdorf, im Bereich der Überfuhrstraße, über die Neue Donau auf die Donauinsel

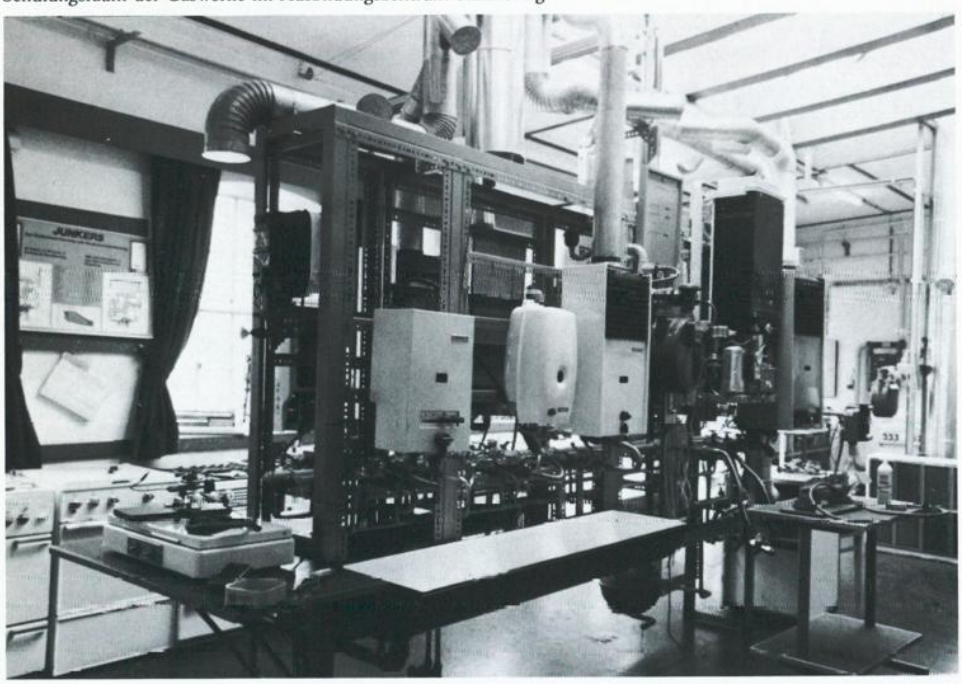


Amtsführender Stadtrat Johann Hatzl (Verkehr und Energie) besichtigt die Schaltzentrale des E-Werkes Simmering

Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke

Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Schulungsraum der Gaswerke im Ausbildungszentrum Simmering



Anläßlich des Papstbesuches wurden 285.000 Fahrgäste mit der U-Bahn problemlos zur Schlußveranstaltung in den Donaupark befördert

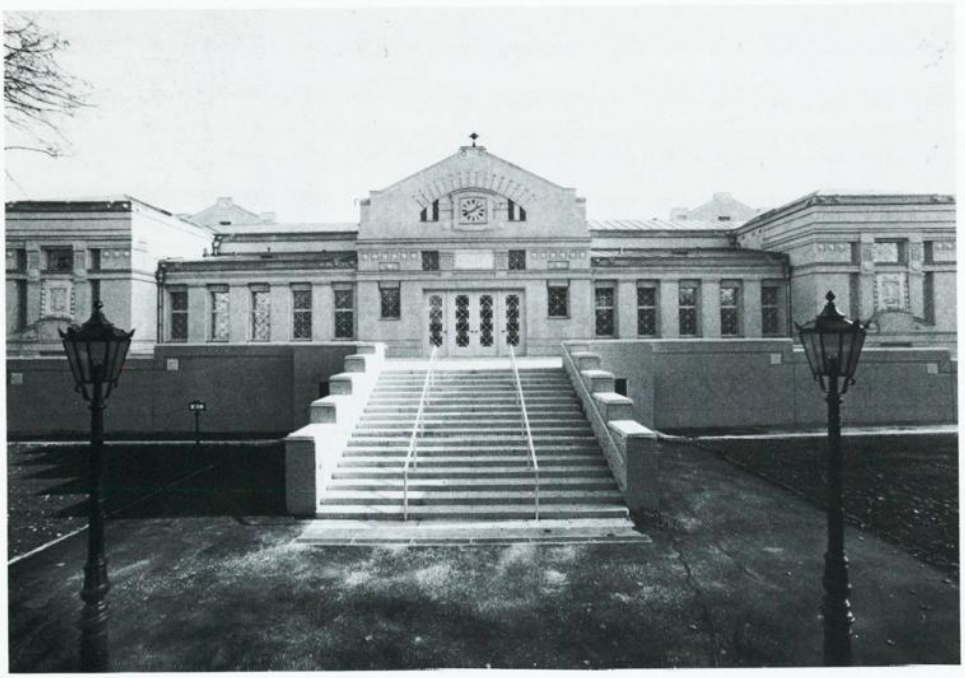
Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

In der Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe werden die städtischen Schienenfahrzeuge repariert

Die renovierte und modernisierte Halle 1 im Wiener Zentralfriedhof wurde durch Amtsführenden Stadtrat Johann Hatzl ihrer Bestimmung übergeben. Kardinal Dr. Franz König nahm die Einsegnung des Altars vor

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Die renovierte Halle 1 des Wiener Zentralfriedhofes



2 bereits eine Grenzwertmeldeeinrichtung installiert, die bei Erhöhung des Kohlenmonoxydwertes anspricht. Weiters wurde für die Beobachtung des Schornsteinmundes eine Fernsehanlage angeschafft. Die Übertragung erfolgt auf Monitor in beiden Blockwarten. Im Zusammenhang mit dem weiteren Kraftwerksaufbau wurden im Jahre 1983 Planungsvorarbeiten durchgeführt. Für die Kühlwasserentnahme des Blockes 3 konnte eine wasserrechtliche Genehmigung erwirkt werden.

An der Gasturbinenanlage im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde in der Zeit vom 25. April bis 15. Mai eine Kurzinspektion durchgeführt. Für den vorgesehenen Umbau des Gasturbinenkraftwerkes erfolgte ein Dauerlastversuch mit der Gasturbine, um die Belastungsgrenzen von Generator, Generatorschalter, Generatorableitung und Blocktrafo abschätzen zu können. Die Planvorbereitungen für den Umbau der Gasturbinenanlage und die Nachschaltung einer Dampfanlage mit Fernwärmeauskopplung wurden fortgesetzt. Ein Planungsauftrag zur Erstellung der Einreichunterlagen wurde vorbereitet.

Im Bereich der Umspannwerke, Unterwerke und Schaltstationen konzentrierten sich im Jahre 1983 die Arbeiten auf den weiteren Ausbau der 380-kV-Spannungsebene und auf die Verbesserung der Versorgungssicherheit durch den Ausbau der 110-kV-, 20-kV- und 10-kV-Anlagen. Weiters konnte die Stromversorgung der Straßenbahn durch die Erneuerung veralteter Anlagen verbessert werden. Im Umspannwerk Süd wurde im Jänner 1983 mit den Bauarbeiten für die 380-kV-Anlage begonnen. Inzwischen konnte der Rohbau fertiggestellt und das Dach isoliert werden. Die Auslieferung und die Montage der SF6-Anlage erfolgten ab Mitte Dezember. Die 380-kV-Schaltfelder für die Verbindung mit dem Umspannwerk Süd konnten im Umspannwerk Kendlerstraße im Sommer 1983 montiert und Anfang August bespannt werden. Die Arbeiten am Kabelkanal wurden abgeschlossen, und das System 509 ist bereits bis in den Kabelkeller verlegt. Im Umspannwerk Gaudenzdorf wurde der Umbau bzw. die Verstärkung der 110-kV-Schaltanlage abgeschlossen und diese im September 1983 in Betrieb genommen. Im Umspannwerk Wiener Neudorf wurden als Ersatz für 20-MVA-Umspanner neue Umspanner mit einer Leistung von 40/48 MVA aufgestellt, und zwar der Regelumspanner 1 im Februar, der Regelumspanner 4 im März und der Regelumspanner 2 im Dezember 1983. Die Detailplanung für das Umspannwerk Moosbrunn konnte 1983 abgeschlossen werden. Mit den Bauarbeiten an der 110-kV-Freiluftanlage und dem 20-kV-Gebäude wurde Anfang November 1983 begonnen. Im Umspannwerk West wurde der Ausbau der 10-kV-Anlage fortgesetzt; die 10-kV-Kabel können ab Februar 1984 auf die neuen Schaltfelder aufgeschaltet werden. Der dritte Regelumspanner, 110/10 kV, 32 MVA, wurde am 24. August 1983 in Betrieb genommen. Die Verstärkung der Schaltfelder der Leitungen 108/7 und 108/8 im Umspannwerk Südost wurde mit den Baumeisterarbeiten im Herbst 1983 begonnen und soll im Mai 1984 abgeschlossen werden. Im Umspannwerk Baden wurde das alte 20-kV-Gebäude abgebrochen. Die Betonstraßen wurden hergestellt und die Grünflächen neu angelegt. Die Arbeiten sind damit beendet. Im Umspannwerk Klosterneuburg wurde die Verstärkung der 10-kV-Anlage im Oktober 1983 abgeschlossen, mit den Vorbereitungsarbeiten für die Direktabspannung 110/10 kV wurde begonnen. Die Einreichungen für die Überführungsstation wurden vorgenommen, mit den Bauarbeiten soll im Frühjahr 1984 begonnen werden. Die Warte im Umspannwerk Michelbeuern wird derzeit nach der Erneuerung der Fernsteuertafeln neu gestaltet. Das 110-kV-Kabel 109/2 (Unterwerk Michelbeuern — Unterwerk Nord) wurde am 2. Februar 1983, das Kabel 102/9 (Unterwerk Gaudenzdorf — Unterwerk Süd) am 17. November 1983 in Betrieb genommen. In den Umspannwerken Heiligenstadt und Stadlau wurden 10-kV-Schaltfelder ausgebaut und in Betrieb genommen. Der Ausbau der Ybbstalversorgung wurde im Wasserkraftwerk Opponitz mit der Errichtung einer neuen 20-kV-Anlage und der provisorischen Aufstellung eines zweiten 110/20-kV-Umspanners fortgesetzt, der bis zur Inbetriebnahme des Umspannwerkes Kasten als Reserve für die 20-kV-Versorgung dient. Die Planung und die Grundverhandlungen für die Errichtung des Umspannwerkes Kasten wurden fortgesetzt.

Im Umspannwerk Ebenfurth wurde die Anlage für die Protokollierung adaptiert. Die Meldungen und die Meßwerte werden in das Umspannwerk Süd übertragen und dort protokolliert. Die neuen Fernwirkanlagen in den Umspannwerken Gaudenzdorf, Traiskirchen und Enzesfeld sowie im Unterwerk Sechshaus wurden 1983 in Betrieb genommen. Damit werden derzeit 33 Umspannwerke, fünf Unterwerke und zwei Schaltstationen von den Steuerstellenrechnern bearbeitet. Zur Verbesserung der Stromversorgung der Straßenbahn konnte im September 1983 im Umspannwerk Penzing eine neue Bahnwand in Betrieb genommen werden. Weiters wurde der Stützpunkt Rodaun in zwei Etappen umgebaut. Der erste Bauabschnitt ging im Oktober, der zweite im November 1983 in Betrieb. Die Planungsarbeiten für die Unterwerke der Linie U 3 wurden fortgesetzt, die Planung für das Unterwerk Philadelphiabrücke ist abgeschlossen, mit den Bauarbeiten für die Baugrubenumwehrung wurde bereits begonnen.

Im Zuge der Arbeiten an den Hoch- und Mittelspannungsnetzen standen bei den Untersuchungen der Netzplanung die bevorstehenden Änderungen der Netzkonfiguration im 380-kV- und 110-kV-Bereich im Vordergrund: Eingehende Untersuchungen befaßten sich demgemäß mit den erforderlichen Netzmaßnahmen im Zusammenhang mit einem weiteren großen Kraftwerksblock im Kraftwerk Donaustadt und im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gasturbinenanlage in Leopoldau für eine 150-MW-Dauerleistung sowie mit der Erhöhung der Kurzschlußleistung und den dadurch sinnvollerweise erforderlichen weiteren 110-kV-Netzunter-

teilungen und Beeinflussungsfragen im Zusammenhang mit der 380-kV-Freileitung vom Unterwerk Süd zum Unterwerk SO. Weiters wurde der Elektrizitätswerksteil des Energiekonzeptes der Stadt Wien entsprechend den neuen Planungsgegebenheiten aktualisiert. Im Rahmen des Arbeitskreises „Neuer Lastverteiler" wurde die Zusammenstellung der für die Gruppe B nötigen Daten ausgearbeitet. Eingehende Untersuchungen in Beachtung der erforderlichen Versorgungssicherheit wurden durchgeführt, um den maximal möglichen Verbundstrombezug bei verschiedenem Leistungsbedarf unseres Netzes zu ermitteln. Sehr genaue Studien befaßten sich mit dem Test des neuen Kurzschlußprogramms des Rechenzentrums, das bei Berücksichtigung der Vorbelastung sowohl symmetrische als auch unsymmetrische Fehler zu berechnen gestatten wird. Die Statistik des Mittelspannungsbereiches, die alle Schaltfelder in Umspannwerken und ihre Belastungen sowie die Regelleistungsumspanner und die Petersenspulen beinhaltet, wurde weitergeführt.

Das Ausbauprogramm 380 kV wurde mit den beiden Baulosen 508 und 509 plan- und termingemäß fortgesetzt. Verlegt wurden bisher 31.770 m Kabel und 42.128 m Kühlrohre. Im Zuge dieser Verlegungen wurden zur Unterbringung der Glasfaserkabel für den zukünftigen Differentialschutz 21.356 m Polyäthylenrohre mit eingebaut. Montiert wurden insgesamt 24 Verbindungsmuffengruppen und eine Sperrmuffengruppe samt der zugehörigen Crossbonding-Einrichtung. Beidseits der Wienerbergbrücke wurden über die Südbahn zwei Kabelbrücken von je 60 m zur Unterbringung der beiden Kabelsysteme errichtet. Für die Fortsetzung der Legung waren umfangreiche Vorarbeiten erforderlich: So wurden für die Fuß- und Radwegunterführung „Oswaldgasse" zwei Bohrungen beim Umspannwerk Süd von je 240 m Länge mit den zugehörigen Einlaufbauwerken ausgeführt. Für die 380-kV-Leitung vom Unterwerk Süd zum Unterwerk Südost waren Trassierungsarbeiten und Grundablösen durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Verbauung der Wienerberggründe waren auch Planungsänderungen notwendig.

Die neue Kabelverbindung 110 kV zwischen den Umspannwerken Süd und Gaudenzdorf wurde in Betrieb genommen. Anläßlich von Straßenbauten waren umfangreiche Kabelumlegungen in der Spittelauer Lände und Simmeringer Hauptstraße erforderlich. An den Kabeln 103/3 und 107/1 wurden Revisionsarbeiten durchgeführt und die Einläufe im Umspannwerk Kendlerstraße erneuert. Die Arbeiten zur Verstärkung der 110-kV-Freileitungen zwischen den Umspannwerken Südost, Wiener Neudorf und Traiskirchen wurden fortgeführt.

Im Zusammenhang mit Wohnbau, Straßenbau und Industrieaufschließungen wurden größere Kabellegungen (20 kV) im Hafen Albern im 11. Bezirk, Am Heidjöchl, in der Hardeggasse im 22. Bezirk und auf den Draschegründen im 23. Bezirk durchgeführt. Im Bereich des ÖBB-Zentralverschubbahnhofes Kledering waren ebenfalls umfangreiche 20-kV-Kabellegungen durchzuführen. Im Freileitungsnetz wurden zur Versorgung von Industriegebieten, Firmen, Siedlungen und Wohnhausanlagen rund 4 km Freileitungen neu errichtet, bei etwa 21 km die Leiterseile getauscht und rund 2 km Freileitungen abgetragen. 28 Mastschalter wurden neu eingebaut und 65 Abspanneranlagen neu errichtet.

Zur Verbesserung der Stromversorgung, zur Versorgung von Wohnungsneubauten sowie in Verbindung mit dem Straßenbau waren insbesondere im 2., 10., 21. und 22. Bezirk größere Kabellegungen (10 kV) notwendig. Außerdem waren diverse Kabellegungsarbeiten im Zuge des Neubaues des Pumpenhauses im Kraftwerk Simmering erforderlich.

Die Umschaltung von 3 × 220 V auf 3 × 380/220 V ist im Netz bis auf wenige Inseln abgeschlossen. Der Ausbau der Niederspannungsnetze wurde vor allem im Zuge von Mittelspannungskabellegungen weitergeführt. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit werden in zunehmendem Maße an beiden Straßenseiten Niederspannungskabel verlegt und Trennanschlußkästen eingebaut. Weiters wurden 8,5 km Niederspannungsfreileitungen neu errichtet, bei 36 km Freileitung die Leiterseile getauscht und etwa 72,5 km Freileitungen instand gesetzt. In Zusammenhang damit mußten 53 Mastschalter getauscht und 62 neu eingebaut werden. Die Gesamtzahl der Netzanschlüsse in den Netzen der Elektrizitätswerke betrug zum Jahresende 206.131 Stück.

Im Jahre 1983 wurden ferner 74 km Bahnkabel , das sind Kabel, die der Stromversorgung der Straßenbahn und der U-Bahn dienen, verlegt. Neben diversen Revisionen wurden umfangreiche Brandschutzarbeiten in den U-Bahn-Unterwerken durchgeführt. Für die künftigen Linien U 3 und U 6 erfolgten bereits vorbereitende Kabelumlegungen und Montagen.

Im Jahre 1983 gelangten 60,4 km Kabel für das Fernwirknetz zur Verlegung.

Der Zuwachs an Trafostationen betrug im 10-kV-Netz 85, im 20-kV-Netz 71 Stationen, ferner wurden zwei Stationen von 10 kV auf 20 kV und eine Station von 20 kV auf 10 kV umgeschaltet. Zu Jahresende 1983 standen im gesamten Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerke 8.710 Netzstationen mit 10.327 Netztransformatoren mit einer Nennleistung von zusammen 4,317.062 kVA in Betrieb.

An Anlagen der öffentlichen Beleuchtung waren etwa 13.300 Störungen zu beheben und 101.000 ausgebrannte Lampen zu tauschen. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Lampen und Leuchtstoffröhren erhöhte sich von 254.382 auf 258.338 Stück mit einem Anschlußwert von 16.510 kW.

Der kaufmännische Dienst der Elektrizitätswerke hatte sich im Jahre 1983 neben den vielen Routinearbeiten vor allem mit den Problemen der Brennstoffbewirtschaftung, der Tarifpolitik, der Anlagenbuchhaltung und der Ermittlung der Investitionsprämie im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Inve-

stitionsprämiengesetzes zu befassen. Hinsichtlich der Brennstoffbewirtschaftung mußten umfangreiche Überlegungen für eine völlig geänderte Einsatzplanung der Brennstoffarten Heizöl und Erdgas angestellt werden. So wurde einerseits der Erdgaseinsatz in den Kraftwerken aus Umweltschutzgründen forciert, außerdem mußte dem Abbau der Heizöllagervorräte unter dem Aspekt künftiger gesetzlicher Vorschriften erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Bedeutung einer kostenstrukturorientierten Tarifgestaltung der Strompreise wird besonders dann sichtbar, wenn verbrauchsmäßige Abschwächungstendenzen auftreten. Auf Grund der stagnierenden Verbrauchszuwachsmengen wird eine Teilabdeckung der fixen Kosten der Leistungsbereitschaft durch die Arbeitspreise schwieriger, was insbesondere für anlagenintensive Elektrizitätsversorgungsunternehmen betriebswirtschaftlich negative Auswirkungen mit sich bringen kann.

In der Anlagenbuchhaltung wurden die im Zuge der Einführung des Dialog-Computer-Systems 4200 erforderlichen Testarbeiten für die Maschinenprogramme fortgeführt, wobei der Schwerpunkt dieser zur Gewährleistung einer reibungslosen Funktion notwendigen Probeläufe vor allem im Bereich der Abschlußprogramme lag. Dieses Dialog-Computer-System ist insofern mit einer organisatorischen Änderung verbunden, als damit erstmals eine direkte Erfassung von Investitionen je Bauprojekt ermöglicht wurde. Durch die organisatorische Neugestaltung der Anlagenverrechnung kann einerseits einer Anregung des Kontrollamtes besser entsprochen und andererseits den von anderen Dienststellen angemeldeten Wünschen nach Hilfestellung in der Sachkreditevidenz nähergetreten werden. Allerdings hat die Umstellung von der lieferantenorientierten auf die bauprojektbezogene Erfassung der Investitionen zu einer erheblichen Ausweitung des Buchungsumfangs geführt. Eine zusätzliche Arbeitsbelastung ergab sich aus der Ermittlung der Investitionsprämie, die auf Grund des Investitionsprämiengesetzes als Alternative zur indirekten Investitionsförderung nach dem Einkommensteuergesetz geltend gemacht werden kann. Die Exekutierung dieser gesetzlichen Bestimmungen für die Anlagenverrechnung war mit erhöhten Arbeitsanforderungen verbunden. So mußten zunächst die angeschafften bzw. hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens nach beweglichen und unbeweglichen getrennt werden, da die unbeweglichen Anlagegüter von der Förderung nach dem Investitionsprämiengesetz ausgeschlossen sind. Die Ermittlung der Investitionsprämie und die Beweisführung bezüglich des Ausmaßes der Anspruchsberechtigung wurden durch den Umstand erschwert, daß auch die Finanzverwaltung noch auf keine praktischen Erfahrungen über die Handhabe dieser Gesetzesmaterie zurückgreifen konnte.

Von der Abteilung für Stromlieferungsaufträge und Tarife wurde die vertragliche und energieberatende Betreuung der Abnehmer 1983 in verstärktem Maße vorgenommen. Dadurch war es möglich, daß bei rund 25 Prozent der Sonderabnehmer von Scheinleistungs- (kVA) auf Wirkleistungsverträge (kW) umgestellt werden konnte. Hiezu kam, daß von der am 1. April 1983 vorgenommenen Strompreisänderung sämtliche Tarif- und Sonderabnehmer informiert werden mußten. Durch die Installation einer neuen Textverarbeitungsanlage wird in Zukunft eine Vertragsänderung erleichtert und die Anschlußpreisverrechnung elektronisch erfaßt.

Der kaufmännische Kundendienst hatte sich zusätzlich zu den vielen Routinearbeiten vor allem auch mit der am 1. April 1983 durchgeführten Strompreissenkung auseinanderzusetzen. Die organisatorische bzw. durchführungstechnische Bewältigung dieser Strompreissenkung war für die Gas- und Stromverrechnung mit jenen arbeitsmäßigen Belastungen verbunden, wie sie auch bei der Durchführung von Strompreiserhöhungen üblich sind.

Durch die für Juni 1984 ins Auge gefaßte Eröffnung des neuen Kundendienstzentrums ergab sich für den kaufmännischen Kundendienst eine Fülle von Vorbereitungsarbeiten, die ebenfalls neben dem laufenden Geschäftsbetrieb bewältigt werden mußten. Um in den Fachabteilungen sowie im Kundendienstzentrum selbst möglichst über Jahre hinaus eine reibungslose Bewältigung der Erfordernisse der Kunden durchzuführen, war es notwendig, die Arbeitsräume hinsichtlich der Einrichtungen von der Zweckmäßigkeit des eigentlichen Büroinventars über die Installierung von Telephon-, Gegensprech-, Rohrpostanlagen bis zur Zuordnung der EDV-Abfrage- und Einbaugeräte zu gestalten. Alle Planungen bzw. Vorkehrungen wurden in enger Zusammenarbeit mit der Bedienstetenvertretung, der Abteilung für Bauangelegenheiten, den Architekten, Lieferfirmen und nicht zuletzt mit den künftigen Benützern des neuen Hauses getroffen. Neben einer intensiven Schulung der Bediensteten ergaben sich im Hinblick auf die in zunehmendem Maße datenbankorientierte Organisation umfangreiche Aktivitäten auf dem Programmierungssektor. Durch die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage wuchs die Zahl der Zahlungsvereinbarungen und die damit verbundenen Ratenzahlungen weiter beträchtlich an. Ausgleichs- und Konkursanmeldungen sowie über die Gerichte im Klage- und Exekutionsweg einzubringende Außenstände führten im Bereich des Mahnwesens zu beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsbelastungen.

Im Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerke betrug die Anzahl der zum Jahresende angeschlossenen Elektrizitätszähler 1,312.472, wobei sich eine Zunahme von 4.146 Stück ergab. 17.610 Zähler wurden im Jahre 1983 neu angeschlossen, 13.464 Zähler aus aufgelassenen Anlagen eingeholt; 92.675 Zähler mußten getauscht werden. Die Anzahl der im Jahre 1983 neu angeschlossenen Elektroherde betrug 10.744 Stück (1982: 9.564 Stück); die Zahl der Anschlüsse von Heißwasserspeichern zeigt nach wie vor eine rückläufige Tendenz. Im Jahre 1983 wurden 10 Stück Wärmepumpen angeschlossen. Derzeit sind 121 Wärmepumpen im Versorgungsgebiet in Verwendung.

In der Beratungsstelle Mariahilfer Straße fanden sich 12.287 Besucher ein. Außerdem wurden 206 Vorträge abgehalten, zu denen insgesamt 6.001 Personen kamen. In der Zählerwerkstätte sind 58.125 Zähler, 3.730 Rundsteuerempfänger und 62 Schaltuhren repariert worden. 10.547 Zähler wurden in bezug auf ihre Meßgenauigkeit überprüft. Für die Großabnehmeranlagen wurde der Umtausch von Stromwandlern gegen solche mit höherer Kurzschlußfestigkeit fortgesetzt. 928 Bauprovisorien wurden neu angeschlossen und der Umbau von Scheinleistungs- auf Wirkleistungsanlagen sowie von Blindstrom-Doppeltarifzählung auf Einfachtarifzahlung verstärkt weitergeführt. Die Sommerzeitumstellung über Rundsteuerempfänger funktionierte einwandfrei.

Die Errichtung des neuen Kundendienstzentrums in der Spitalgasse und der Neubau des Garagen- und Bürogebäudes in der Rummelhardtgasse wurden im Jahre 1983 termingemäß weitergeführt. Bei einem Personalstand von 4.239 Bediensteten, einschließlich jener des Rechenzentrums und der Lehrlinge, sind 98 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden gekommen. Die Zahl der Unfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4. 11 Unfälle ereigneten sich auf dem Weg von bzw. zur Dienststelle. Von den 25 schweren Unfällen ereigneten sich im 22 im Betrieb. 3 schwere Unfälle sind sogenannte Wegunfälle. Die Wegunfälle sind ein besonderes Problem, da diese Art von Arbeitsunfällen und deren Ursachen außerhalb des Wirkungsbereiches des sicherheitstechnischen Dienstes liegen. Da sich als häufigste Unfallursache nach wie vor „Unachtsamkeit" herausstellte, war der sicherheitstechnische Dienst der Elektrizitätswerke vor allem bemüht, durch Vorträge, Unfallverhütungsfilme und Aufklärungsschriften auf die Gefahren und deren Vermeidung hinzuweisen. Weiters wurden gemeinsam mit dem betriebsärztlichen Dienst, dem Unfallverhütungsdienst der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und dem Arbeiter-Samariter-Bund vier Erste-Hilfe-Kurse abgehalten.

Von den gemäß Arbeitnehmerschutzgesetz eingesetzten Sicherheitsausschüssen hielten im Jahre 1983 die Ausschüsse für das Kraftwerk Simmering vier und für das Kraftwerk Donaustadt drei Sitzungen ab. Der zentrale Sicherheitsausschuß der Elektrizitätswerke trat einmal zusammen.

Im Jahre 1983 kam es in den Anlagen der Elektrizitätswerke zu zwei Bränden, die vom eigenen Personal gelöscht werden konnten. Die meisten Objekte wurden im Laufe des Jahres mehrmals, teilweise gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden. Alle Handfeuerlöscher wurden entsprechend der Ö-Norm von den Erzeugerfirmen überprüft. Es wurden Vorbereitungen für die Errichtung eines zentralen Brandschutzübungsplatzes im Kraftwerk Simmering getroffen.

Das chemische Laboratorium ist eine staatlich autorisierte Prüfstelle für Isolieröle und führt außer den Untersuchungen für den Bedarf der werkseigenen Anlagen auch solche für fremde Firmen gegen Bezahlung der festgesetzten Honorarsätze durch. Im Jahre 1983 wurden 6.896 Analysen durchgeführt. Zur Untersuchung gelangten Mineralölprodukte, vorwiegend Isolieröle (Neu- und Betriebsöle), Schmieröle und Heizöle. Diese Untersuchungen werden durchgeführt, um die Einhaltung der vorgeschriebenen Spezifikationen, die Beurteilung der richtigen Eigenschaften, die Verwendbarkeit bzw. Betriebstauglichkeit zu kontrollieren. Außerdem wurden sämtliche im Bereich der Elektrizitätswerke ausgeführten Konservierungs- und Anstreicherarbeiten und die zur Verwendung gelangenden Anstrichmittel überprüft, kontrolliert und beaufsichtigt.

Das physikalische Laboratorium ist ebenfalls eine staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs. Es hat insgesamt 3.108 Betriebsmittelprüfungen für die Wiener Stadtwerke, 1.503 Betriebsmittelprüfungen für fremde Firmen, 631 Prüfungen an Verbrauchsgeräten, 745 Prüfaufträge für Installationsmaterial sowie 215 Prüfungen von Glühlampen, Leuchten und Zubehör durchgeführt. Weiters wurden 9.911 Prüfzeichen und 3.039 Prüfezeichenurkunden ausgegeben. Die Betriebsmittelprüfungen wurden für die Teilunternehmen der Wiener Stadtwerke, diverse Magistratsabteilungen und auch für fremde Firmen durchgeführt; die Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial, Leuchten usw. dienen der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens.

Mit Wirkung ab 1. Jänner 1983 erfolgte eine Organisationsänderung im kaufmännischen Bereich des Unternehmens, und zwar eine Teilung in die Gruppe G „Kaufmännischer Kundendienst" mit Gas- und Stromverrechnung und Hauptkassa und in die Gruppe E „Kaufmännischer Dienst" mit allen anderen kaufmännischen Abteilungen. Gleichzeitig wurde die bisherige Bezeichnung der Gruppe C „Kundendienst" in Gruppe C „Technischer Kundendienst" umgeändert.

Gaswerke

Der Erdgasbezug der Wiener Stadtwerke betrug im Jahre 1983 1.009,963.498 m³, wovon eine Speichereinpressung von 81,863.733 m³ abgezogen und 238,600.317 m³ an Speicherentnahme zugerechnet werden müssen. Die Abgabe an Tarifabnehmer betrug 595,242.400 m³, der Meßverlust mit 3,2 Prozent 19,048.000 m³. Die nutzbare Gasabgabe belief sich somit auf 576,194.400 m³, wobei bei einem Selbstverbrauch von 636.726 m³ an die Tarifabnehmer insgesamt 575,557.674 m³ verkauft worden sind. Das sind um 4,5 Prozent weniger als 1982. Die Gasabgabe an Sonderabnehmer und Wiederverkäufer betrug 132,596.815 m³ (bezogen auf Normzustand)

und blieb damit praktisch unverändert. Im Jahre 1983 lag die tägliche Durchschnittstemperatur an 194 Tagen unter 12° C, was 2.993 Gradtagszahlen ergab. Die größte Stundenabgabe an Tarifabnehmer betrug 239.800 m³ und war am 15. Dezember von 7 bis 8 Uhr bei einer Tagesdurchschnittstemperatur von —3,6° C zu verzeichnen. Die größte Gasabgabe an Tarifabnehmer innerhalb von 24 Stunden konnte ebenfalls am 15. Dezember registriert werden und betrug 4,320.900 m³. Die durchschnittliche Gasabgabe an Tarifabnehmer betrug 789 m³ (1982: 823 m³) je Konsument, 832 m³ (1982: 867 m³) je Wohnungsgaszähler und 354 m³ (1982: 371 m³) je Einwohner im Versorgungsgebiet. Die größte Tagesabgabe an Tarif- und Sonderabnehmer betrug 5,021.200 m³ und war gleichfalls am 15. Dezember zu verzeichnen. Der nutzbare Behälterraum blieb mit 1,670.000 m³ unverändert. Der geometrische Behälterraum betrug 1,692.000 m³.

Im Jahre 1983 wurden im Versorgungsgebiet Hadersdorf-Weidlingau und Mauerbach Druckkontrollmessungen durchgeführt, für weitere Druckmessungen in Perchtoldsdorf und Breitenfurt die Meßpunkte festgelegt und die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Im südlichen Versorgungsgebiet wurden in 24 Gebiets- und Firmenregleranlagen Quantometer mit Belastungsschreibern installiert. Mit Hilfe dieser Meßeinrichtungen werden die Menge und der Zeitpunkt der Höchstabgabe festgehalten. Die Vermessung und Datenspeicherung für das Hochdruckrohrnetz wurde 1983 abgeschlossen, wobei das gesamte Versorgungsgebiet in acht Meßgebiete eingeteilt wurde. Um die Auswertung und Genauigkeit der Kapazitätsberechnungen zu verbessern, wird die Verbrauchsverteilung laufend zeichnerisch neu erfaßt.

Im Zuge des Ausbaues der Betriebsanlagen konnten im Werk Simmering die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für eine Butangas-Luft-Mischanlage abgeschlossen werden. Der Neubau einer Rohrlagerhalle wurde begonnen. Im Werk Leopoldau konnte die im Jahre 1981 begonnene Neuverlegung von drei Rohrsträngen PN 6 von der Hauptregelstation zum neuen Verteiler samt Anschaffung und Einbau von Meßeinrichtungen beendet werden. Der Ausbau der Heizzentrale einschließlich der Anschaffung von Überwachungs- und Meßeinrichtungen sowie einer Wasserenthärtungsanlage wurden abgeschlossen. Die Neuherstellung der Beleuchtung im nord- und ostseitigen Dienststellengelände wurde durchgeführt, mit dem Neubau der elektrischen Zentralstation begonnen. Absperreinrichtungen für die Hochdruck-Erdgasleitungen wurden angeschafft und eingebaut. Für ein interaktives graphisches System der Rohrbestandspläne wurden ein Gerät zur EDV-gerechten Aufarbeitung von Bestandsplänen und ein rechnergesteuertes Zeichengerät angeschafft.

Im Rohrnetz wurden 15.750 m Hauptrohrleitungen neu verlegt, davon 5.844 m Hochdruckleitungen über 0,1 bar Nenndruck und 9.906 m Niederdruckrohrleitungen bis 0,1 bar Nenndruck. Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen und wegen Straßenbauten wurden 62.559 m Hauptrohrleitungen gewechselt; davon waren 7.433 m Hochdruckrohrleitungen über 0,1 bar Nenndruck und 55.126 m Niederdruckleitungen bis 0,1 bar Nenndruck. Im Jahre 1983 wurden 1.469 Hochdruckrohrleitungen über 0,1 bar Nenndruck und 5.428 m Niederdruckrohrleitungen bis 0,1 bar Nenndruck, insgesamt also 6.897 m, vorwiegend aus Sicherheitsgründen außer Betrieb genommen. Die Konsumenten müssen über andere Rohrstränge versorgt werden. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes einschließlich Erdgas-Hochdrucktransportleitungen betrug Ende 1983 2,899.884 m; davon entfielen 469.729 m auf das Hochdruckrohrnetz über 0,1 bar Nenndruck und 2,430.155 m auf das Niederdruckrohrnetz bis 0,1 bar Nenndruck. Der Rauminhalt des gesamten Rohrnetzes machte Ende 1980 169.288 m³ aus, wovon 63.082 m³ auf das Hochdruckrohrnetz über 0,1 bar Nenndruck und 106.206 m³ auf das Niederdruckrohrnetz bis 0,1 bar Nenndruck entfielen.

Die Bauaufsicht prüfte 24.091 fremde Aufgrabungen. Im Zuge dieser Arbeiten wurden an 2.644 Stellen Gashauptrohre und an 5.675 Stellen Zuleitungen freigelegt.

Nach Gebrechenmeldungen wurden 58 durchgerostete Stahlrohre, 164 Rohrbrüche, 1.235 undichte Muffen, 438 undichte Zuleitungen, 187 undichte Rohrschellen und 116 undichte Armaturen aufgefunden und die Schäden behoben.

Im Jahre 1983 wurden 10 Regleranlagen neu in Betrieb genommen, 3 abgebrochen und 11 umgebaut. Am Ende des Jahres standen 136 Gebietsregleranlagen, 14 Gebiets- und Firmenregleranlagen sowie 152 Firmen- bzw. Wohnhausregleranlagen, insgesamt also 302 Regleranlagen, in Betrieb.

Bei den Behältern und Gasförderanlagen Brigittenau und Wienerberg wurden laufend Erhaltungs- bzw. Überholungs- und Ausbauarbeiten durchgeführt.

854 Zuleitungen wurden neu hergestellt und 1.265 instand gesetzt, vom Gashauptrohrnetz 281 nicht mehr benützte Zuleitungen getrennt. Bei der Herstellung von neuen Straßenbelägen und bei Hauptrohrlegungen mußten 826 Zuleitungen untersucht werden. Insgesamt bestanden am Jahresende 99.929 Zuleitungen.

Die Zahl der Gaszähler hat sich im Jahre 1983 durch 6.609 Neuaufstellungen und 10.556 Wegnahmen um insgesamt 3.947 auf 752.286 verringert, wobei jedoch die maximale Durchflußmenge auf 6,440.286 m³/h stieg. Davon waren am Jahresende 713.568 oder 94,9 Prozent Wohnungszähler. Ferner wurden 3 Münzgaszähler neu aufgestellt und 142 abmontiert. Am Jahresende standen in Waschküchen 5.228 Münzgaszähler, davon 3.745 in Gemeindebauten und 1.483 in Privatbauten, in Benützung. In den eigenen Werkstätten wurden 90.426 Gaszähler untersucht, davon 2.311 wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung durch eine Generalreparatur instand gesetzt. 17.249 Stück wurden justiert und 18.061 der amtlichen Eichung zugeführt. Außerdem

waren noch an weiteren 9.616 Gaszählern kleinere Reparaturen durchzuführen. Bei verschiedenen Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 2.530 Zähler repariert, 309 mußten kostenlos instand gesetzt werden, da die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war. 1983 wurden 75.032 Gaszählerfilter eingebaut, die einen weiteren Rückgang der Störungsanfälligkeit durch Staubeinwirkung bei den Gasgeräten bewirkten.

An 36.558 von zuständigen Fachfirmen verlegten Leitungsanlagen wurden von den Gaswerken Dichtheitsprüfungen durchgeführt, wobei sich in 1.073 Fällen Beanstandungen ergaben. Der Hausdienst wurde unter anderem zu 87.301 Zählerstandsablesungen, 19.041 Zählerüberprüfungen nach Reklamationen sowie 59.277 Ausstellungen von Benützungsbewilligungen herangezogen. Außerdem wurden 86.069 Funktionsüberprüfungen in Haushalten sowie Gewerbe- und Industriebetrieben vorgenommen. Um die Sicherheit beim Kunden zu gewährleisten, wurde die schwerpunktmäßig in bestimmten Gebieten durchgeführte Überprüfung von 5-l-Gasdurchlauferhitzern ohne Abgasanlage auch im Jahre 1983 fortgesetzt. Ende 1983 verwendeten 13.382 Gewerbe- und 6.367 Industriebetriebe Gas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 45.584 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. In den Fällen, in denen größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung von Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Im Jahre 1983 wurden 21.693 Heizgasanträge mit einer Nennbelastung unter 500 kW erledigt, davon werden alle 21.693 mit einer Gesamtnennbelastung von 512.288,87 kW genehmigt, zu Ablehnungen ist es somit nicht gekommen. Eine Nennbelastung über 500 kW lag bei 61 Anträgen vor, wobei alle mit einer Gesamtnennbelastung von 140.067,10 kW genehmigt wurden. Auf Grund der erteilten Genehmigungen konnten 2.763 Gasheizkessel, 15.001 Kombithermen und 7.916 Einzelheizöfen an das Gasnetz angeschlossen werden.

Dem Gebrechenbehebungsdienst gingen 92.781 Störungsmeldungen zu. Zu den 28.785 behobenen Störungen und Gebrechen kamen 437 Fälle, in denen an Zuleitungen Arbeiten durchzuführen waren. 63.559 Fälle betrafen Ein- und Abschaltungen sowie Untersuchungen der Anlagen. Von den Störungen und Gebrechen entfielen unter anderem 10.922 auf Gasgeräte, 13.571 auf Gaszähler und deren Verbindungen und 3.670 auf Zu-, Verteil- oder Innenleitungen. Der Rostanfall bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen von 306 Zuleitungen ergab ein Gewicht von 98 kg.

Die Todesfälle waren 16 Unfälle durch Abgase und 3 Fälle mit zweifelhafter Ursache. In 85 Fällen erkrankten Personen, und zwar 75 durch Abgase, 3 durch Zündschläge, weitere 3 bei zweifelhaften Unfällen sowie 3 bei Selbstmordversuchen.

Der Werbe- und Beratungsdienst mit der Informationsstelle in der Mariahilfer Straße führte 13.532 Beratungen durch.

Die „Behördlich autorisierte Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke" prüfte 164 Gasgeräte und Armaturen. Weiters wurden im Versorgungsgebiet 127 Geräte mit abgelaufener Prüfmarke sowie 19 Anlagen zur Erteilung von Einzelgenehmigungen überprüft und zahlreiche andere Prüfungen, Kontrollen, Versuche, Heizwertbestimmungen und Arbeiten verschiedener Art vorgenommen.

Die Entwicklung im Bereich der Sonderabnehmer zeigte im Jahre 1983 den gleichen positiven Trend wie im Vorjahr. Der Schwerpunkt des Zuwachses lag wieder bei den Blockheizwerken, und zwar mit 41 Anlagen für Wonbauten und 24 Anlagen für Betriebe und öffentliche Institutionen. Es konnten wieder mit einer Reihe von Industriebetrieben Gaslieferverträge abgeschlossen werden. Als Sonderabnehmer wurden 52 Industrieanlagen, 52 Gärtnereien und 358 Blockheizanlagen betreut, wobei 3.204 Erhebungen und 3.031 Geräteprüfungen sowie 118 Erhebungen für Heizgasanträge über 500 kW Nennwärmebelastung erfolgten. Insgesamt waren 198 Anlagen mit Gebläsebrennern am Aufstellungsort zu überprüfen, außerdem 156 Abgassammler und 67 Einzelfänge mit insgesamt 1.043 Geräteanschlüssen. Dabei wurden unter anderem 183 schadhafte Geräte und 150 Mängel an Abgasklappen festgestellt. Zur Behebung von Zugstörungen war die Errichtung von 10 Beistellfängen, die Montage von 51 Fangaufsätzen und die Sanierung von 68 Abgassammlern und Einzelfängen erforderlich.

Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz ist im Gesamtbetrieb (Straßenbahn, Stadtbahn, U-Bahn und Autobus) gegenüber dem Vorjahr um rund 3,4 Prozent auf 552,5 Millionen gestiegen. Es sei jedoch dazu bemerkt, daß das Vorjahresergebnis einen im Zusammenhang mit der Tarifregulierung 1982 stehenden, ergebnisverbessernden und somit vergleichsstörenden Nachkauf von Fahrausweisen enthält. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes weist das Ergebnis 1983, verglichen mit dem um diesen Nachkauf bereinigten Ergebnis von 1982, sogar eine Frequenzzunahme um 4,4 Prozent auf. Somit war auch im Jahre 1983 eine ausgesprochen günstige Frequenzentwicklung festzustellen, die insbesondere auf die attraktive Tarifgestaltung, ferner auf die Verbesserungen im Verkehrsnetz (erstmals ganzjähriger Betrieb des U-Bahn-Grundnetzes), aber auch auf verstärkte Kontrollen zurückzuführen ist. Die im Liniennetz aller Betriebszweige (Straßenbahn, Stadtbahn, U-Bahn und Autobus) durchgeführten Änderungen hatten zur Folge, daß die Wagen-Nutzkilometer im Gesamtbetrieb gegenüber 1982 per Saldo um

1,202.948 km (— 1,4%) gesunken sind, während die Platzkilometer um 170,314.832 km (+ 1,3%) gestiegen sind.

Die Fahrgastfrequenz im Schienenbetrieb (Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn) ist im Jahre 1983 um 3,1 Prozent auf 453,4 Millionen Beförderungsfälle gestiegen. Die Wagen-Nutzkilometerleistung ist wegen des Mehreinsatzes großräumiger Fahrbetriebsmittel um 3,5 Prozent auf 62,0 Millionen Kilometer zurückgegangen. Durch Fortführen von Rationalisierungsmaßnahmen konnten insgesamt 15 Bedienstete eingespart werden. Per Jahresende wurden 19 Straßenbahnlinien ganztägig und weitere 14 Straßenbahnlinien im Abend-, Samstag-, Sonntag- und Feiertagsverkehr im Einmannbetrieb geführt. Auf 28 Straßenbahlinien waren schaffnerlose Beiwagen eingesetzt. Die Stadtbahnlinien G und GD konnten ab Juli schon ausschließlich mit Zügen der Wagentype E_6 (C_6) betrieben werden.

Im einzelnen wurden folgende Betriebsmaßnahmen getroffen: Ab 10. Jänner wurden auf der Linie T von den insgesamt 14 Zügen 8 Züge im Einmannbetrieb geführt. Ab 18. Jänner wurde die gesamte Gleisanlage in der Autokaderstraße gesperrt. Wegen einer Demonstration im Bereich Kärntner Straße — Burgtheater wurden am 26. Jänner die Ringlinien in der Zeit von 17 bis 19.30 Uhr eingestellt und in den äußeren, nicht betroffenen Streckenteilen kurzgeführt. Die Linie 5 wurde ab 31. Jänner mit 17 E_1-Geamatic-Gelenktriebwagen betrieben. Am 20. März wurden die Linien 2 und 44 wegen des Wiener Ökumenischen Stadtkreuzweges, der vom Stephansplatz zur Kalvarienberggasse führte, in der Zeit von etwa 15.30 bis 17 Uhr gekürzt. In der U-Bahn-Station Schottenring wurde am 4. April ein Zusatzsignal in Betrieb genommen, das dem Fahrer eines Zuges der Linie U 4 in Fahrtrichtung Hütteldorf die Einfahrt eines Zuges der Linie U 2 anzeigt und so der Anschlußvermittlung dient. Wegen Umbauarbeiten zwischen den Stationen Rathaus und Schottenring wurde die Linie U 2 vom 2. Mai bis 21. August werktags ab 20.45 Uhr bis Betriebsschluß, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig eingestellt und von einem Schienenersatzverkehr mit Autobussen zwischen Schottenring und Karlsplatz ersetzt. Anläßlich der Eröffnung der Wiener Festwochen wurden am 7. Mai die Ringlinien in der Zeit von 16 bis 22 Uhr im Bereich Stadiongasse — Schottentor eingestellt. Ab 6. Mai mußte an fünf Wochenenden jeweils ab Freitag 20 Uhr bis Sonntag Betriebsschluß der Stadtbahnverkehr zwischen den Stationen Meidling-Hauptstraße und Währinger Straße wegen Bauarbeiten eingestellt werden, wodurch auf der Straßenbahnlinie 8 eine Intervallverdichtung erforderlich war. Wegen eines Blasmusikfestes wurde am 4. Juni der Straßenbahnverkehr am Ring in der Zeit von 15 bis 16 Uhr zwischen Babenbergerstraße und Schottentor eingestellt. Die hievon berührten Linien wurden in den äußeren, nicht betroffenen Streckenteilen kurzgeführt. Am 22. Juni wurde der Verbindungsbogen Nußdorfer Straße—Friedensbrücke wegen Brückenbauarbeiten ab 20 Uhr gesperrt, die Stadtbahnlinie GD im Abendverkehr ebenfalls nur zwischen Meidling-Hauptstraße und Heiligenstadt betrieben. Am 1. und 4. August ab etwa 21 Uhr wurde wegen Gleisbauarbeiten im Bereich Augasse die Straßenbahnlinie D zwischen Börse und Nußdorf eingestellt und ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Ab 5. August befuhren die Züge der Linie D in beiden Fahrtrichtungen die Gleise in der Augasse. Die Gleisschleife in der Augasse nächst Althanstraße war ab diesem Zeitpunkt ebenfalls befahrbar und ermöglichte ein Wenden der Züge aus beiden Richtungen.

Auf Grund des Papstbesuches und anläßlich des Katholikentages wurden zwischen 9. und 13. September verschiedene Verkehrsmaßnahmen getroffen: So wurden vom 9. bis 12. September die innerstädtischen Autobuslinien 1 A, 2 A und 3 A zur Gänze eingestellt. Am 9. September mußte in der Zeit von 18.45 und 20.47 Uhr die U-Bahn-Station Stephansplatz aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Am 10. September wurde die Ringstraße von 13 bis 19.15 Uhr zwischen Julius-Raab-Platz und Schottentor für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Die betroffenen Linien wurden in dieser Zeit kurzgeführt bzw. abgelenkt; für die Linie J wurde jeweils am Ottakringer und Erdberger Ast ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Da sich der Schluß der Jugendveranstaltung im Stadion verzögerte, wurden die Betriebszeiten mehrerer Straßenbahn- und Autobuslinien sowie der U-Bahn Linien U 1 und U 4 verlängert. Für die Veranstaltung im Donaupark am 11. September wurden auf der U- Bahn-Linie U 1 in beiden Fahrtrichtungen rund 285.000 Fahrgäste befördert. Das kürzeste Zugsintervall betrug zeitweise 90 Sekunden. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde die Linie 42 vorübergehend eingestellt und die Linie 9 zwischen Mariahilfer Straße, Westbahnhof und Bahnhof Hernals kurzgeführt. Am 12. September wurden wegen verschiedener Veranstaltungen im Rahmen des Papstbesuches diverse Straßenbahn-, Autobus- und U-Bahn-Linien in dichteren Intervallen geführt; am 13. September wurde die Linie 38 A zum Kahlenberg verstärkt geführt.

Am 29. September und am 3. Oktober ab etwa 20 Uhr wurde wegen Gleisbauarbeiten in der Grinzinger Allee—Straßergasse— Himmelstraße die Straßenbahnlinie 38 eingestellt und ein Schienenersatzverkehr zwischen Schottentor und Grinzing eingerichtet. Vom 30. September ab Betriebsbeginn bis 2. Oktober Betriebsschluß wurde wegen Abhaltung des Ottakringer Kirtages die Linie J zwischen Josefstädter Straße und Erdberg kurzgeführt, im Streckenabschnitt zwischen Josefstädter Straße und Ottakring ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Wegen des Österreichischen Friedensmarsches 1983 wurde am 22. Oktober der Straßenbahnverkehr am Ring in der Zeit von 12 bis 17 Uhr zwischen Schwarzenbergplatz—Schottenring eingestellt. Die davon betroffenen Linien wurden kurz- bzw. abgelenkt geführt. Am 26. Oktober mußte für die Straßenbahnlinie 2 wegen

eines Festzuges im Bereich Elterleinplatz—Neuwaldegg in der Zeit zwischen 14.30 bis 15.30 Uhr zwischen Hernalser Gürtel und Neuwaldegg ein Schienenersatzverkehr eingerichtet werden. Am 12. November wurde, bedingt durch Umbauarbeiten im Bahnhof Michelbeuern, der Stadtbahnbetrieb zwischen Nußdorfer Straße und Friedensbrücke ganztägig eingestellt und ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Vom 21. bis 24. November wurde auf Grund von Gleisbauarbeiten in der Linzer Straße die Linie 52 ausschließlich zwischen Burgring und Bahnhof Rudolfsheim betrieben, im nicht befahrenen Streckenteil ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen geführt.

Als Fortsetzung des Beschleunigungsprogramms wurde für die Linie 71 im Bereich Rennweg—Grasbergergasse bis Simmeringer Hauptstraße—Döblerhofstraße ein selbständiger Gleiskörper geschaffen. Überdies wurden die Lichtsignalanlagen der neuen Situation angepaßt. Durch die Verlegung der Gleise von der Liechtensteinstraße in die Augasse wurde die Linie D vom Individualverkehr getrennt, was eine beträchtliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit zur Folge hat. Um den Betrieb der Linie 49 reibungsloser zu gstalten, wurden im Streckenabschnitt innerhalb des Gürtels an besonders kritischen Stellen Bodenmarkierungen und Halteverbotstafeln angebracht. In der Josefstädter Straße und in der Neulerchenfelder Straße konnten durch die Anbringung von Sperrflächen und durch die Aufstellung von Halteverbotstafeln Verkehrsverbesserungen für die Linie J erzielt werden. In weiterer Folge wurde die Leistungsfähigkeit bei den Linien 49, 62, 71 und D durch Änderungen der Lichtsignalanlagen gesteigert.

Anläßlich der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, der Wiener Festwochen, des Muttertages, des Allerseelen- und Vorweihnachtsverkehrs, von Veranstaltungen im Stadion und auf den übrigen Sportplätzen, in der Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz, in der Kurhalle Oberlaa, im Radstadion, auf Grund des Papstbesuches, verschiedener Ablenkungen durch Demonstrationen, des Prater- und des „Volksstimme"-Festes, des „Tages der offenen Tür" sowie des Bäder- und Ausflugsverkehrs war ein größerer Wageneinsatz erforderlich. Schülerverstärkungsfahrten wurden auf den Linien 10, 31, 31/5, 32 und 38 geführt.

Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn, ausgenommen jene am 1. November, wurde am Montag, dem 31. Oktober, mit 152.171 Wagen-Nutzkilometern, auf der Stadtbahn am Freitag, dem 14. Jänner, mit 14.430 Wagen-Nutzkilometern und auf der U-Bahn am Sonntag, dem 11. September (Papstbesuch), mit 45.352 Wagen-Nutzkilometern erzielt.

Die saisonbedingten periodischen Frequenzzählungen (Schaffnerzählungen) wurden wieder durchgeführt, außerdem im März, Juli und Oktober Fahrgastzählungen auf der Schnellbahn zu Verrechnungszwecken durchgeführt.

Die Betriebsüberwachung hat mit Hilfe von 116 Kontrolloren, 129 Revisoren und 180 zusätzlich geschulten Fahrscheinprüfern insgesamt 594.918 Wagenkontrollen mit 121.501 meldepflichtigen Vorgängen durchgeführt. Hiebei wurden 8,253.929 Fahrgäste kontrolliert, wobei in 107.903 Fällen Mehrgebühren eingehoben bzw. eingefordert wurden. Die Anzahl der kontrollierten Fahrgäste stieg gegenüber 1982 um 13,5 Prozent, die Mehrgebühren verminderten sich um 1,8 Prozent. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die die Mehrgebühren nicht sofort zahlen konnten oder wollten, um 16,8 Prozent gestiegen. Die bereits bewährten Kontrollen unter der Bezeichnung „Planquadrat" sowie die Bereichs- und Marktkontrollen wurden auch weiterhin durchgeführt.

Neben den normalen Platzdiensten zu den Hauptverkehrszeiten waren Beamte der Betriebsüberwachung bei verschiedenen Sonderveranstaltungen, wie Ringablenkungen im Zusammenhang mit Demonstrationen, Faschingsumzug der Wirtschaftskammer, Wiener Festwochen, kirchlichen Umzügen, Katholikentag, Sportveranstaltungen im Stadion und der Stadthalle, tätig. Der betriebseigene Funkwagendienst im Einsatz bei Verkehrsunfällen und Betriebsereignissen, bei Störungen, Umleitungen usw. hat sich besonders bewährt. Im Lastenverkehr wurden für das Unternehmen und private Baufirmen insgesamt 2.719 Fahrten geleistet.

Im Jahre 1983 konnten 416 Männer und 34 Frauen für den Fahrdienst aufgenommen werden. Dem steht ein Abgang durch Kündigung, Pensionierung oder Tod von insgesamt 240 Bediensteten gegenüber. 594 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, davon 377 für den Fahrdienst der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn und 217 für den Schaffnerdienst. Außerdem wurden 3.544 Bedienstete als Stellwerkswärter, für den Zentralfriedhofsverkehr, als Staplerfahrer, für den Kontrolldienst und als Fahrscheinprüfer sowie in Wiederholungsschulungen ausgebildet. Am Jahresende 1983 standen 35 Straßenbahnlinien, 2 Stadtbahnlinien und 3 U-Bahn-Linien in Betrieb.

Die Fahrgastfrequenz im Autobusbetrieb ist um 4,7 Prozent auf 99,1 Millionen Beförderungsfälle und die Wagennutzkilometerleistung um 5,5 Prozent auf 20,1 Millionen Kilometer gestiegen.

Im einzelnen wurden folgende wesentlichen Betriebsmaßnahmen getroffen: Die Busse der Linie 24 A (Fahrtrichtung Invalidensiedlung) befuhren ab 10. Jänner aus kundendienstlichen Gründen die Gleiskörper in der Prandaugasse und in der Wagramer Straße. Außerdem wurden zu Schulbeginnzeiten die Autobusse dieser Linie ab Breitenleer Straße über Afritschgasse—Am Freihof—Kraygasse zum Kagraner Platz bei Bedarf erweitert geführt. Ab 15. Jänner wurden die Autobusse der Linie 26 A aus kundendienstlichen Gründen an Samstagen ab etwa 14.30 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen über eine erweiterte Fahrstrecke in Richtung Eßling ab Erzher-

zog-Karl-Straße — Salbeigasse über Zschokkegasse — Plankenmaisstraße — Aspernstraße — Murmanngasse zur Erzherzog-Karl-Straße und in Richtung Zentrum Kagran ab Aspernstraße — Oberdorferstraße über Aspernstraße — Plankenmaisstraße zur Erzherzog-Karl-Straße geführt. Die Autobusse der Linien 23 A und 24 A wurden aus verkehrstechnischen Gründen ab 2. Juli in Richtung Am Heidjöchl bzw. Invalidensiedlung über Prandaugasse — Attemsgasse — Donaufelder Straße zur bestehenden Fahrstrecke Kagraner Platz geführt. Zur besseren linienmäßigen Erschließungh der Teufelsfeldsiedlung wurde ab 5. September die Linie 24 A zur Busschleife Neu-Eßling verlängert. ab 19. Oktober wurde aus verkehrstechnischen Gründen die Schleifenfahrt bei der Kurzführung Leopoldau der Linie 27 A in Richtung Leopoldau (ab Eipeldauer Straße/Josef-Baumann-Gasse über Josef-Baumann-Gasse — Zehdengasse — Eipeldauer Straße zur Anfangstelle Leopoldauer Straße) geändert geführt. Ab 21. November wurden die Autobusse die Linie 18 A in Richtung Stadionbrücke teilweise kurzgeführt. Ab 6. Dezember wurde die Autobuslinie 15 A von der bisherigen End- und Anfangstelle Schönbrunn bis Schloß Schönbrunn verlängert. Aus verkehrstechnischen Gründen wurden ab 20. Dezember die Autobuslinien 7 A, 14 A und 68 A im Bereich der U-Bahn-Station Reumannplatz geändert geführt.

125 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, und zwar 115 für den Autobuslenkerdienst und 10 für den Verschublenkerdienst. Außerdem wurden 1.529 Bedienstete auf anderen Gebieten ausgebildet, und zwar 1.499 als Lenker auf Sondertypen und 30 als Lenker in Wiederholungsschulungen. Die größte Fahrleistung im Autobusbetrieb wurde am Dienstag, dem 13. September (Papstbesuch), mit 57.746 Wagennutzkilometern erzielt. Ende 1983 standen 48 Autobuslinien in Betrieb.

Die Abteilung für Betriebsangelegenheiten und elektrische Streckenausrüstung der U-Bahn hat 1983 folgende Arbeiten durchgeführt: In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Magistratsabteilungen, den Elektrizitätswerken und mit Zivilingenieuren wurden für die Linien U 3 und U 6 Linienvarinaten untersucht und Kostenschätzungen aufgestellt. Auf Grund der Erfahrungen, die man aus dem Schwallventilatorbetrieb des Grundnetzes gewonnen hat, wurden Überlegungen mit dem Ziel angestellt, kostengünstigere Lösungen für die U 3 zu erzielen. Für die Entwicklung der künftigen Signalanlagen ist es gelungen, eine weitere Firmengruppe zu interessieren, um effizientere Anlagen für die weitere U-Bahn-Bauphase zu erhalten. Im Jahre 1983 konnte die Baukanzlei der Station Michelbeuern fertiggestellt werden; mit dem Bau der Station selbst wurde im Juli begonnen. An den elektrischen Anlagen des U-Bahn-Grundnetzes wurden bei den Linien U 1 und U 4 Restarbeiten zum Abschluß gebracht, und zwar die Traktionsstromschaltanlagen zur Herausschaltung der Bahnsteigstromschienen, die Stromschienenstoßüberbügelungen und das Nachführen von Meldungen in die Leitstellenrechner. Weiters wurden auf diesen beiden Linien für die Zugsabfertigung zusätzliche Haltepunkte für zwei Doppelwagenzüge mit Monitoren und Fernsehkameras ausgestattet. Eine neue Klimaanlage im Relaisraum Schottenring gewährleistet einen reibungslosen Betrieb. In der Leitstelle wurden die zentralen nachrichtentechnischen Einrichtungen den erfolgten Erweiterungen (wie z. B. Lautsprecher in den Abstellanlagen Hütteldorf und im Zentrum Kagran) angepaßt. Das zentrale Brandmeldekonzept wurde überarbeitet und teilweise realisiert, der Tunnelfunk um je einen Kanal für die Feuerwehr und für die Polizei erweitert.

Die Abteilung für bautechnische Angelegenheiten der U-Bahn hat 1983 folgende Arbeiten durchgeführt: Auf der Linie U 2 wurden in der Passage Mariahilfer Straße und in der Wendeanlage am Karlsplatz Restarbeiten vorgenommen. Für die Linie U 3 wurden zur Vorbereitung der Bauarbeiten der U 3 im Bereich der Linie U 4 diverse Arbeiten ausgeführt. Dazu zählen die Errichtung eines Relaisraumes bei der Station Schottenring, der Bau eines zweiten Aufganges in der Station Landstraße zur Gigergasse und Gleisbauarbeiten bei den Stationen Landstraße und Schwedenplatz. Auf der Linie U 4 wurden im Stellwerk Friedensbrücke Adaptierungsarbeiten ausgeführt, im Bereich Meidlinger Hauptstraße bis Karlsplatz ein Brandschutzspritzputz im Deckenbereich angebracht. Im Bereich Unter St. Veit — Ober St. Veit wurden bauliche Vorkehrungen zur Sicherung der U-Bahn-Trasse gegen den Absturz von Kraftfahrzeugen bei der Baumgarten- und Guldenbrücke getroffen. Für die Linie U 6 wurde im Oktober 1983 mit den Vorarbeiten für den Einbau von Aufzügen in der Station Gumpendorfer Straße begonnen. Am 4. Juli konnte mit dem Bau der Station Michelbeuern begonnen werden. Ferner wurde die Baukanzlei fertiggestellt. Die eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren für die Linien U 3 und U 6 wurden eingeleitet bzw. durchgeführt, die Ausschreibungs- und Einreichplanung konnte für den U-Bahn-Betriebsbahnhof Erdberg zu rund 50 Prozent ausgeführt werden. Weiters erfolgten bei der zukünftigen Linie U 6 Variantenuntersuchungen für die Station Längenfeldgasse und Planungen für den Aufzugseinbau in den Stationen der Gürtelstammstrecke.

Der Wagenpark der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn umfaßte zu Jahresbeginn 1983 einen Gesamtstand von 1.533 Personenfahrzeugen, der sich aus 700 Straßenbahntriebwagen, 599 Straßenbahnbeiwagen, 53 Stadtbahntriebwagen, 45 Stadtbahnbeiwagen und 136 U-Bahn-Doppeltriebwagen zusammensetzt. Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit bzw. Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 43 Triebwagen der Typenreihe C_1, L_3, L_4 und N_1 sowie 38 Beiwagen der Typenreihen 1, 1_3 und N_2 ausgeschieden. Zwei Zweirichtungs-Gelenktriebwagen der Type E_6 und 8 Gelenkbeiwagen der Type C_6 wurden abgeschafft. Zu Jahresende umfaßte der Wagenpark demnach 1.462 Personenfahrzeuge, und zwar 678 Straßenbahntriebwagen, 584 Straßenbahnbeiwagen, 34 Stadtbahntriebwagen, 30 Stadtbahnbeiwagen und 136 U-Bahn-Dop-

peltriebwagen. Beim Straßenbahnbetrieb betrug der Stand an sechsachsigen Gelenktriebwagen per 31. Dezember 1983 483 Wagen, das sind 71,2 Prozent aller Straßenbahn-Personentriebwagen; im Stadtbahnbetrieb wurden ab Mitte des Jahres 1983 ausschließlich sechsachsige Trieb- und Beiwagen (34 Gelenktriebwagen und 30 Gelenkbeiwagen) eingesetzt. Bei den Straßenbahn-Personenfahrzeugen sind alle Wagen mit Stahlaufbauten ausgerüstet. Für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb standen 672 Triebwagen und 584 Beiwagen zur Verfügung; von den Triebwagen waren 458 für den Einmannbetrieb verwendbar.

Im Wagenpark der Autobusse wurden 19 Normalbusse der Type GS LU 200 M11 in Fortsetzung des Bauprogrammes als Ersatz für auszuscheidende, überalterte Autobusse und zwei Gelenkbusse der Type GU 230 M18 vorerst für Schulungszwecke für den Schienenersatzverkehr der Straßenbahnlinie J und T in Betrieb genommen. Zur Einsatzerprobung wurde ein Gelenkbus der Type GU 240 M18 mit Flüssiggasmotor von der Herstellerfirma leihweise zur Verfügung gestellt und in Betrieb genommen. Die neuen Autobusse sind für den Einmannbetrieb mit Funk- und Tonbandgeräten sowie mit automatischen Rollbandapparaten zur Fahrzielanzeige vorne und an der Seite ausgestattet. Die Normalbusse sind mit Flüssiggasmotor, die Gelenkbusse (ausgenommen der Versuchsbus) mit Motoren für Diesel-Flüssiggas-Mischbetrieb ausgerüstet. An Sonderfahrzeugen wurden zwei Pkw, fünf Kombiwagen, eine Kehrmaschine (aufgebaut auf Steyr-Fahrgestell 791), ein Schweißwagen, ein Straßenbahnrüstwagen, ein Lkw für Mastentransport, ein Oberleitungsrüstwagen, drei Kleintraktoren, ein Elektrofahrersitzschlepper und drei Elektro-Deichselhubwagen in Betrieb genommen. Mit dem Einbau einer automatischen Autobuswaschanlage in der Garage Raxstraße wurde die Erneuerung der Waschanlagen in den Garagenrevisionen abgeschlossen. Insgesamt standen 391 Autobusse zur Verfügung, davon sind 67 Doppeldeckerbusse, 136 Gelenkbusse, 169 Normalbusse und 19 Citybusse.

In der Wagenhalle des Bahnhofes Michelbeuern wurde zur gründlichen Reinigung der Drehgestelle der neuen Stadtbahnzüge ein Waschplatz eingebaut, im Bahnhof Simmering mit der Herstellung der Fundamente für die Aufstellung von Stahlsilos zur Lagerung von Streusplitt begonnen. Für die Unterbringung der Erhaltungsstelle für Hochbau wurden in den Objekten des ehemaligen Betriebsbahnhofes Koppreiter umfangreiche Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Ab April 1983 wurden die Arbeiten für die Errichtung einer beheizbaren Revisionshalle am Bahnhof Brigittenau vorgenommen. Ende 1983 erfolgte die Fertigstellung des Betriebsgebäudes Zentrum Kagran. Nach umfangreichen Planungs- und Vorbereitungsarbeiten und nach Erteilung der eisenbahnrechtlichen Baugenehmigung wurde im November 1983 mit dem Bau einer U-Bahn-Prüfhalle in der Zentralwerkstätte begonnen. In der Wohnhausanlage Wehlistraße wurden ab dem Frühjahr 1983 Generalinstandsetzungsarbeiten nach § 18 des Mietengesetzes durchgeführt.

Bedingt durch den Baubeginn der U 3 im Jahre 1984 im Abschnitt Landstraße war es notwendig, die Linienführung der Linie J bis zur Oper zu kürzen und die Linie T einzustellen. Die neugelegte Trassenführung beginnt bei der Kärntner Straße — Richtung Karlsplatz — Bösendorferstraße und wird nach Kreuzung der Gleisanlage der Linie 65 (Akademiestraße) in das Gleis 2 der Ringlinien eingebunden. Die Gleisbauarbeiten waren am 22. Oktober beendet. Zur Entflechtung des Individual- und des öffentlichen Verkehrs in der Liechtensteinstraße wurde in der Augasse eine Doppelgleistrasse auf eigenem Bahnkörper in Seitenlage verlegt, im Bereich Auplatz eine Gleisschleife mit Umkehrmöglichkeit in beiden Fahrtrichtungen errichtet. Um den Netzzusammenhang, aber auch die Einschub- und Einziehfahrten zu gewährleisten, wurde eine zweigleisige Verbindung von den Gleisanlagen in der Augasse in die Doppelgleistrasse der Heiligenstädter Straße einerseits und in das Vorfahrgleis der Glatzgasse andererseits errichtet. Um eine bessere Ausnützung der Stellflächen des Bahnhofes Favoriten zu erzielen, wurde für die Gleise 8—12 der Halle V vom Zufahrtsgleis aus der Gudrunstraße eine Gleisharfe eingebaut; außerdem wurde eine Zufahrt zum Gleis 7 errichtet. Auf der Simmeringer Hauptstraße wurde im Bereich der Rinnböckstraße die Doppelgleistrasse nach einem S-Bogen in westlicher Richtung in Seitenlage bis zur ONr. 5 verlegt. Die Doppelgleistrasse mündet nach einem weiteren S-Bogen in die Altlage. Die Gleisbauarbeiten waren am 5. Mai beendet. Um die Einschub- bzw. Einziehfahrten am Bahnhof Simmering zu vereinfachen, wurden vor dem Bahnhof zwei Gleisverbindungen ausgebaut und eine doppelte Kreuzungsweiche für die Zufahrt von der Stadt und vom Zentralfriedhof sowie ein Gleisbogen bei der Halle I eingebaut. Die neuen Gleisanlagen wurden am 25. November in Betrieb genommen. In der Lainzer Straße von ONr. 131 bis zur Fasangartengasse wurde die Doppelgleistrasse zur Seite der Jagdschloßgasse verlegt. Im Bereich der Jagdschloßgasse wurde zusätzlich im Gleis 2 eine Haltestelleninsel errichtet. Die Bauarbeiten waren am 23. November beendet. Weiters wurde wegen der Eröffnung der neu gebauten Ameisbrücke die Doppelgleistrasse in der Linzer Straße von der Diesterweggasse bis zur Einwanggasse auf die Seite der geraden ONr. und nach der Einwanggasse auf die gegenüberliegende Seite bis vor die Ameisgasse verlegt. Um einen größeren Stauraum im Kreuzungsbereich Ameisgasse zu erzielen, wurde die Doppelgleistrasse in weiterer Folge in einem S-Bogen bis zur Rottstraße geführt. Für die Linie 9 wurde der Teilbereich der Gleisschleife Wallrißgasse von Salierigasse einschließlich des Gleisbogens Schöffelgasse neu verlegt, außerdem wurde das Gleis 2 in der Gentzgasse von der Innocenz-Lang-Gasse bis zur Weinhauser Gasse erneuert. In der Zentralwerkstätte mußten insgesamt 905 (1982: 1.110) Schienenfahrzeuge (601 Triebwagen und 304 Beiwagen), 2.189 (1982: 2.261) Kraftfahrzeuge (darunter 1.377 Autobusse) und 1.363 (1982: 1.329) Drehgestelle deponiert werden. Die Gründe dafür,

daß eine geringere Anzahl an Schienenfahrzeugen ausgestoßen wurde, bestehen einerseits in der Verringerung der Gesamtwagenanzahl und andererseits in der Verlängerung des Zeitraumes zwischen den Hauptuntersuchungen auf acht Jahre. Der geringen Abnahme der Zahl an reparierten Autobussen steht eine wesentliche Zunahme der Zahl an Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen als Folge eines intensivierten Wartungs- und Erhaltungsprogrammes durch die Kraftfahrzeugwerkstätte gegenüber.

Bis zum Jahresende ereigneten sich im Straßenbahn-, Stadtbahn- und U-Bahnbetrieb insgesamt 4.308 (1982: 4.370) und im Autobusbetrieb 1.266 (1982: 1.120) U n f ä l l e. An Haftpflichtentschädigungen und Renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden wurden insgesamt 11,4 Millionen Schilling gezahlt und Schadenersatzansprüche in der Höhe von 14,1 Millionen Schilling geltend gemacht.

Städtische Bestattung

Der Bestattung wurden im Jahre 1983 21.171 Bestattungen zur Durchführung übertragen, wobei der auf Kremationen entfallende Anteil 3.841 Fälle oder 18,1 Prozent betrug. Weitere Aufträge betrafen 2.009 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen sowie 757 Überführungen in das In- und Ausland. Überführungen im Wege des Flugtransportes wurden nach Ägypten, Australien, Bulgarien, Chile, in die Budesrepublik Deutschland, nach Dänemark, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Indonesien, in den Irak und Iran, nach Israel, Italien, Lybien, in die Niederlande, nach Norwegen, Nigeria, auf die Philippinen, nach Rumänien, in die Schweiz, nach Syrien, in die Türkei, UdSSR und USA übernommen. Überführungen auf dem Landweg wurden in die Bundesrepublik Deutschland, ČSSR, nach Italien, Jugoslawien, in die Schweiz und nach Ungarn durchgeführt. Einschließlich verschiedener anderer Leistungen wurden der Städtischen Bestattung im Jahre 1983 insgesamt 28.777 (1982: 28.566) Aufträge erteilt. Davon hat das Unternehmen 660 Aufträge zu eigenen Lasten durchgeführt, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufgekommen wären.

Der Anteil, den die Städtische Bestattung an Wiener Bestattungen hat, liegt bei 95,3 Prozent, den restlichen Anteil führten Pächter von Konzessionen der Städtischen Bestattung in den an Wien angrenzenden Gemeinden beziehungsweise Erfüllungsgehilfen des Unternehmens durch. Mit 2.943 Fällen fielen im Monat März die meisten Aufträge an, während die wenigsten Aufträge im Monat Oktober mit 2.127 Bestattungsfällen zu verzeichnen waren.

Der Fuhrpark erbrachte eine Fahrleistung von rund 806.000 km, das waren um 13.000 km mehr als im Vorjahr. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 28 km, wobei die tägliche Leistung von etwa 3.198 km der Entfernung Wien—London—Wien entspricht.

Das Unternehmen verfügte Ende 1983 über 20 Fourgons, 15 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 17 sonstige Fahrzeuge für Wirtschafts-, Mannschafts- und Kurierfahrten.

Im S a r g e r z e u g u n g s b e t r i e b wurden 48.736 Särge, und zwar um rund 2.600 mehr als im Vorjahr, hergestellt. Ein Teil der Produktion ist für den Verkauf an Bestatter in den Bundesländern bestimmt. Die Anzahl der dem Unternehmen erteilten Aufträge für künftige Bestattungsdurchführungen (Lebzeitenaufträge) betrug per 31. Dezember 1983 2.238.

Am 3. März konnte die Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Gersthof, die seit Anfang September 1982 gesperrt war, nach Abschluß der Instandsetzungsarbeiten wieder in Betrieb genommen werden. Es war dies die zweite Aufbahrungshalle in Wien — nach jener auf dem Friedhof Großjedlersdorf —, in der die technischen Voraussetzungen für das Abspielen von Musikkassetten (Tonbandmusik) geschaffen wurden. Es ist vorgesehen, in Hinkunft bei allen Hallen, die umgebaut beziehungsweise instand gesetzt werden, die Voraussetzungen für den Einsatz von Tonbandmusik zu schaffen. Nach der Installierung der entsprechenden Geräte konnte ab Ende Juni 1983 auch in der Aufbahrungshalle 2 des Friedhofs Baumgarten Tonbandmusik abgespielt werden. Ab 1. August steht die umgebaute Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Pötzleinsdorf für die Abhaltung von Trauerfeiern wieder zur Verfügung. Auf dem Friedhof Kahlenbergerdorf konnte die im 3. Quartal 1983 in Angriff genommene Generalinstandsetzung der Aufbahrungshalle abgeschlossen werden. Am 11. November übergab der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe „Verkehr und Energie", Johann *Hatzl*, in Vertretung des Bürgermeisters im Rahmen eines feierlichen Festaktes die Aufbahrungshalle 1 auf dem Wiener Zentralfriedhof, die seit 4. Februar 1980 wegen Umbauarbeiten gesperrt war, wieder ihrer Bestimmung. Nach Meinung von Experten ist es bei der Halle 1 gelungen, ein kulturhistorisch wertvolles Bauwerk den Anforderungen der Gegenwart anzupassen. Nach Fertigstellung des Umbaues stehen nunmehr neun Aufbahrungsräume zur Verfügung, deren Altäre nach Entwürfen namhafter österreichischer Künstler errichtet wurden.

Wie alljährlich wurden in den Aufbahrungshallen auf verschiedenen Wiener Friedhöfen von den Religionsgemeinschaften am 1. November Totengedenkfeiern abgehalten und bei den Mahnmalen für die Gefallenen der beiden Weltkriege von diversen Verbänden Gedenkfeiern veranstaltet. Für diese Feiern stellte das Unternehmen Aufbahrungsgegenstände sowie Personal zur Verfügung.

Ab April 1983 wurden in den drei Zeremonienräumen der Feuerhalle Wien-Simmering zusätzlich Dekorationen in Form von Seidenblumenarrangements zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme trug dazu bei, die Kremationsfeiern noch würdiger zu gestalten.

Im Bestreben, eine weitere Verbesserung des Kundendienstes zu erzielen, werden ab Mai 1983 die bei einer Kremationsfeier in der Feuerhalle Wien-Simmering abgegebenen Blumenspenden über Auftrag dann zum Transport übernommen, wenn die Urnenbestattung auf dem Wiener Zentralfriedhof oder dem Evangelischen Friedhof Wien-Simmering stattfindet. Ein Transport auf einen anderen Friedhof kann jedoch aus organisatorischen Gründen auch weiterhin nicht vorgenommen werden.

Da der Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen einer Preiserhöhung für die betriebseigenen Leistungen der Druckereien zugestimmt hat, wurden von den Partendruckereien die Preise für Trauerdrucksorten mit Wirkung per 1. Mai 1983 angehoben.

Für verschiedene Schulungen konnt im Jahre 1983 der bekannte Psychologe Hofrat Prof. Dr. *Mann* gewonnen werden, der Seminare für die im Totenabholdienst beschäftigten Bediensteten (Betriebsgehilfen) und für die auf den Friedhöfen tätigen Arrangeure und Zeremonienleiter abhielt. Verschiedene Bedienstete, die häufig in Kontakt mit Kunden stehen, wurden über das richtige Verhalten beim Telephonieren instruiert. Schließlich wurde auch ein Seminar für das Vorstandskollegium abgehalten, das im wesentlichen Fragen der Menschenführung und der Menschenbehandlung zum Inhalt hatte. Ferner wurden alle neu aufgenommenen Bediensteten von den unternehmenseigenen Schulungsreferenten in Kursen auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Das im Zentralgebäude untergebrachte Museum wurde von 929 Personen besucht, darunter von 627 Ausländern. Als prominentester Besucher konnte am 17. Februar 1983 Frau Bundesminister Dr. Hertha *Firnberg* begrüßt werden.

Am 21. Oktober 1983 genehmigte der Gemeinderat den Ankauf eines an den Holzlagerplatz des Sargerzeugungsbetriebes angrenzenden Grundstückes. Durch diese wohl einmalige Gelegenheit, ein direkt neben dem Fabriksgrundstück liegendes Areal zu erwerben, wird sich eine Reihe von Vorteilen in produktionstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht für den Sargerzeugungsbetrieb beziehungsweise das Unternehmen ergeben.

In der Schriftenreihe über das österreichische Bestattungswesen wurde ein Ergänzungsband zum dritten Teil („Auszeichnungen und Ehrungen") herausgebracht. Dieser Band enthält informative Unterlagen über Auszeichnungen sowie über Orden, die für den österreichischen Bestatter im allgemeinen, vor allem aber für den Wiener Bereich Bedeutung haben. Auch dieser Ergänzungsband ist als Arbeits- und Schulungsbehelf für die Mitarbeiter des Unternehmens, aber auch für die Berufskollegen in den Bundesländern bestimmt.

Auch im Jahre 1983 konnten die bestehenden internationalen Kontakte mit anderen Bestattungsunternehmungen und Vereinigungen weiter intensiviert werden.

Das Unternehmen wurde mit folgenden Bestattungsdurchführungen besonderer Art betraut (Anführung in zeitlicher Reihenfolge): Max *Böhm,* Schauspieler; Franz *Glaserer,* Amtsführender Stadtrat i. R.; Professor Herbert *Löwy,* Chefredakteur-Stellvertreter der „Arbeiter-Zeitung"; Oberschulrat Alois *Jaklitsch,* Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Margareten; Professor P. Dr. Eugen *Török* SP, Priester; Mizzi *Tesar,* Schauspielerin; Kaplan Pater Heinrich Paulus *Böhmer* SCJ, Herz-Jesu-Priester; Franz *Hruby,* ehemaliger Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Ottakring; Franz *Stangler,* Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag von 1949 bis 1974 und Obmann des Klubs der ÖVP-Abgeordneten; Markgraf Sandor *Pallavicini,* Patrizier von Genua, ehemaliger Kommandant des Malteser Hospitaldienstes; Universitätsprofessor Primarius Dr. Hans *Heegen,* Vorstand der Herzstation des Hanusch-Krankenhauses; Dr. Walter *Taubert,* Domdechant zu St. Stephan; Dr. Otto *Kutil,* Obersenatsrat i. R.; Pater Stephan *Büringer* OSFS; Geistlicher Rat Dr. Josef Aloys *Dörflinger* S.A.C.; Ökonomierat Dr. Rudolf *Rasser,* ehemaliger Präsident der Raiffeisenbank; Hofrat i. R. Rudolf *Berdach,* Oberstleutnant a. D.; Dr. Eva *Seeliger* geb. *Pawlik,* Europameisterin im Eiskunstlauf; Prälat Anton *Wesely,* Domkapitular und Domkapellmeister und Kirchenmeister; Kommerzialrat Erwin *Klein,* Industrieller; Kommerzialrat Walter Michael *Palmers;* Universitätsprofessor Dr. Friedrich *Heer,* Dramaturg und Konsulent des Burgtheaters; Dr. Dieter *Seefranz,* Fernsehmoderator; DDr. Bruno *Pittermann,* Vizekanzler a. D., ehemaliger Bundesparteivorsitzender der SPÖ; Professor Ferdinand *Spany,* Kunsthändler, Kunsthistoriker und Kunstförderer; Bernardus M. *Lap,* Generaldirektor der österreichischen Philips-Industie-GesmbH.; Kommerzialrat Wilhelm *Klein,* Generaldirektor i. R.; o. Universitätsprofessor Dr. Engelbert *Broda;* Philipp *Frankowsky,* Generaldirektor i. R. der Wiener Stadtwerke; Joe *Trummer,* Schauspieler; Pater Innozenz M. *Krub,* Erzbischöflicher Konsistorialrat; Professor Karl Anton *Fleck,* akademischer Maler; Angelika *Hauff-Nagl,* Kammerschauspielerin; Ing. Hans *Trilety,* technischer Direktor der Wiener Festwochen; Professor Hermann *Kosel,* akademischer Maler.

Fremdenverkehrsverband für Wien

Im Fremdenverkehrsjahr 1982/1983 stieg das Gesamtergebnis gegenüber dem Vergleichszeitraum 1981/1982 um 3,4 Prozent auf 4,781.920 Übernachtungen, in der Hotellerie betrug das Plus 4,3 Prozent, die Ausländernächtigungen stiegen um 4,9 Prozent. Am auffälligsten ist dabei die mit 34,6 Prozent enorme Frequenzsteigerung aus den USA. Die Amerikaner haben damit den Inlandstourismus nach Wien (— 1,9%) überholt und rangieren daher in der Bilanz direkt hinter dem „Spitzenreiter" Deutschland, dessen Nächtigungsaufkommen mit — 2,4 Prozent leicht rückläufig ist. Erfreulich sind auch die Ergebnisse aus Italien (+ 7,1%), Ungarn (+ 20,6%), Japan (+ 12%) und Spanien (+ 22,9%). Die Frequenz der Schweizer Gäste ist ebenfalls um 7,8 Prozent gestiegen. Rückläufig entwickelte sich das Aufkommen aus Großbritannien (— 1,6%), Frankreich (— 14,7%), Schweden (— 18,5%), den Niederlanden (— 12,1%) und Belgien (— 6,1%). Innerhalb der Wiener Hotellerie schlug sich die positive touristische Entwicklung bis vor kurzem nur bei den Fünf- und Vier-Sterne-Hotels nieder, während die Mittelklasse-Betriebe und die einfachen Gasthöfe deutliche Rückgänge zu verzeichnen hatten. 1982/1983 konnten diese „benachteiligten" Kategorien stark aufholen: Die Luxus- und Erstklaß-Betriebe verzeichneten ein Plus von 2,0 Prozent, die Drei-Sterne-Hotels plus 3,4 Prozent, die Ein- und Zwei-Sterne-Betriebe sogar 13,8 Prozent. Der Anteil der Spitzenhotellerie am Wiener Fremdenverkehr lag 1982/1983 bei 56,8 Prozent (1981/1982: 58,1%). Unter den Hoffnungsmärkten ist Japan die Nummer 1. Dieser sehr ausbaubare touristische Markt wird seit dem Vorjahr besonders intensiv betreut, wozu die Stadtverwaltung ein Sonderbudget zur Verfügung stellte.

Im Rahmen der vom Wiener Fremdenverkehrsverband im Namen und auf Rechnung der Stadt Wien veranstalteten offiziellen Wien-Präsentationen stand das Jahr 1983 ganz im Zeichen Japans. Vom 18. bis 30. Jänner 1983 wurde die von Los Angeles transferierte Wien-Ausstellung in einem der größten Kaufhäuser *Tokios, Mitsukoshi,* gezeigt. Bei der Wien-Aktion in Tokio gab es weit über eine halbe Million Besucher. Die erfolgreiche Präsentation „Wien — Tradition und Übergang 1858—1938" fand bei den japanischen Besuchern besten Anklang und größtes Interesse. Die Ausstellung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes und eine Verkaufsausstellung der Wiener Handelskammer mit Wiener Produkten wurden von Finanzstadtrat Hans *Mayr* und Handelskammerpräsident Abg. Ing. Karl *Dittrich* eröffnet.

Außerdem wurde vom Mitsukoshi-Konzern mit Unterstützung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes eine Ausstellung mit dem Titel „200 Jahre Musik in Wien" zusammengestellt. Diese Präsentation wurde mit Leihgaben des Historischen Museums der Stadt Wien (Einrichtung des Johann-Strauß-Zimmers aus der Praterstraße) und der Wiener Stadt- und Landesbibliothek sowie des Salzburger Marionettentheaters bereichert. Speziell für die Aktion in Tokio wurden die Wiener Mozart-Sängerknaben eingeflogen, die mit ihrem Programm auch im Fernsehen auftraten und für die kaiserliche Familie in der österreichischen Botschaft eine Matinee gaben. Professor Hans *Kann* gab mehrere Konzerte auf einem original Schubert-Klavier und erntete großen Erfolg. Auch das von Mitsukoshi abgehaltene kulinarische Wien-Festival wurde unter der Regie von Fernsehkoch Franz *Zodl* und Patissier Johann *Kaiser* von der Kurkonditorei Oberlaa ein voller Erfolg: Es wurden dreimal so viele Speisen produziert wie geplant, weshalb die Wiener Küche bei Mitsukoshi auch nach Beendigung der Ausstellung noch auf der Speisekarte blieb.

Vom 11. bis 16. Februar 1983 wurde die Aktion im Mitsukoshi-Kaufhaus von *Nagoya* weitergeführt, in dem sie von Handelskammer-Vizepräsident Professor Dr. h. c. Manfred *Mautner-Markhof* im Namen beider beteiligten Institutionen eröffnet wurde. Die dritte Stadt der Ausstellungstournee in Japan war *Osaka,* wo die Wien-Ausstellung vom 12. bis 17. April 1983 wiederum bei Mitsukoshi gezeigt wurde. Die Eröffnung nahm Landtagspräsident Hubert *Pfoch* vor. Insgesamt haben damit über eine Million Japaner die Ausstellung gesehen.

Vom 27. Mai bis 6. Juni 1983 stand die Stadt *Münster* in Westfalen ganz im Zeichen Wiens; das „Rendezvous mit Wien" wurde anläßlich des 300-Jahr-Jubiläums der Errettung Wiens vor den Türken veranstaltet, an der Münsteraner beteiligt waren. Die Schaufenster in der Altstadt waren mit Wiener Motiven dekoriert. Es wurde eine Ausstellung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes mit einer neuen Multivisionsschau in der Bürgerhalle des Rathauses gezeigt, weitere Präsentationen gab es in der Universitätsbibliothek, im Stadtmuseum („Münster, Wien und die Türken 1683—1983"), in Galerien und in verschiedenen Banken. Die Commerzbank zeigte die von der Wiener Handelskammer konzipierte Ausstellung „300 Jahre Wiener Kaffeehaus". Professor Hans *Kann* gab am 27. Mai einen Konzertabend in der Rüstkammer des Rathauses, die städtischen Bühnen brachten Wiener Operettenmusik.

In *Dijon,* der alten Hauptstadt des ehemaligen Herzogtums Burgund, war Österreich 1983 Ehrengast bei der „Foire Internationale et Gastronomique". Aus diesem Anlaß lud die Stadt Dijon zur Präsentation einer Wien-Ausstellung ein, die die Österreich-Schau bei der Messe im Kulturbereich ergänzen sollte. Es wurde dazu eine neue Ausstellung mit dem Titel „Wiener Impressionen" konzipiert, die einen Querschnitt der Wiener Kultur und Lebensart durch die Jahrhunderte zeigt. Sie wurde vom 15. bis 26. November 1983 dem Publikum präsentiert und durch die Multivisionsschau ergänzt. Die Eröffnung nahm die Dritte Präsidentin des Wiener Landta-

ges, Erika *Krenn,* gemeinsam mit dem Bürgermeister von Dijon, Robert *Poujade,* im Beisein des österreichischen Botschafters in Frankreich, Dr. Erik *Nettel,* vor.

Die große Ausstellung „Wien — Tradition und Übergang 1858—1938" wurde im Anschluß an die Japan-Tournee nach *Australien* transportiert, wo sie von Jänner bis Mai 1984 in Sydney, Melbourne und Adelaide gezeigt wird.

In enger Zusammenarbeit mit der Wiener Fremdenverkehrswirtschaft beteiligte sich der Wiener Fremdenverkehrsverband weiters an 16 Fach- und Publikumsveranstaltungen, die vom Fachbeirat für Ausstellungsbeteiligungen empfohlen wurden.

In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung (ÖFVW), Austrian Airlines und anderen Fluggesellschaften konnten insgesamt 60 Agentenstudienreisen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 950 Personen aus Europa, den USA, Kanada, Lateinamerika, Südafrika und dem Fernen Osten in Wien betreut werden.

Im Bereich der vom Verband eingesetzten Tonbildschauen wurden in der zweiten Jahreshälfte 1983 wesentliche Erweiterungsarbeiten begonnen, die im Februar 1984 abgeschlossen sein werden: Überspielung der Show „Willkommen in Wien" auf U-Matic in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch und Transkodierung auf die in den Einsatzländern gängigen Systeme; Erstellung einer zehnminütigen Kurzfassung der Kongreß-Dia-Show und Überspielung dieser und der 22minütigen Originalfassung auf U-Matic und ebenfalls Transkodierung auf die notwendigen Systeme und Sprachen. Das Bildmaterial wurde teilweise erneuert und aktualisiert. Von der „Japan-Dia-Show" gelangten 300 Kassetten an japanische Reiseveranstalter und Wiederverkäufer zur Verteilung.

1983 wurden in Wien (wie 1982) etwa 500 Kongresse, Symposien, Tagungen, Messen und Ausstellungen abgehalten. 90 Kongresse fanden unter internationaler Beteiligung statt (um 20 mehr als 1982), womit Wiens Platz unter den fünf beliebtesten Kongreßstädten der Welt gesichert ist. Besonders in den touristischen Neben- und Zwischensaisonen konnte eine große Anzahl von Veranstaltungen registriert werden. 1983 haben die Großkongresse in Wien entscheidend zur positiven Nächtigungsbilanz beigetragen. Es waren dies vor allem der Kiwanis-Kongreß mit 10.000 Teilnehmern, der Psychiatriekongreß mit 5.000 Teilnehmern und der Chemotherapiekongreß mit rund 6.000 Teilnehmern, der Herzschrittmacherkongreß mit rund 3.500 Teilnehmern und der Kunsthistorikerkongreß mit 2.000 Teilnehmern. Die meisten Tagungen meldeten Teilnehmerzahlen zwischen 500 und 1.000 Personen.

Daß es Wien über Jahre hinaus gelang, die gute Position im Kongreßgeschäft zu halten und auszubauen, ist besonders erfreulich, wenn man bedenkt, daß welt- und europaweit die Anzahl der Kongresse und Tagungen zurückgeht. So wurden 1980 in Europa noch 3.254, 1981 nur 2.983 und 1982 nur noch 2.826 Kongresse gezählt. Die Gesamtzahl der Kongresse und Tagungen wird in Wien 1984 leicht rückläufig sein. Großkongresse mit über 2.000 Teilnehmern zeichnen sich nicht ab, jedoch eine große Zahl medizinischer Kongresse in der Größenordnung bis zu 1.000 Teilnehmern. Da die Kapazität durch die Betriebsaufnahme des Konferenzzentrums im Donaupark Ende 1986 oder Anfang 1987 beträchtlich steigt, ist es dringend notwendig, zusätzliche Mittel in größerem Ausmaß für die Kongreßakquisition und das Kongreßmarketing zur Verfügung zu stellen. Dies hat den Wiener Fremdenverkehrsverband veranlaßt, dem Finanzministerium eine Beteiligung des Bundes am Wiener Kongreßbüro vorzuschlagen. Mit — im Vergleich zu der Summe von Einzelsubventionen des Bundes für diverse Kongreßveranstaltungen — bescheidenen Mitteln könnte das derzeit von Stadtverwaltung und Handelskammer allein getragene Kongreßbüro des Wiener Fremdenverkehrsverbandes einen wesentlichen Beitrag zur Nachfragesteigerung in diesem Bereich leisten.

Das Kongreßbüro hat 1983 an neun Kongressen und Präsentationen teilgenommen. Bei der JCMC (Chicago) wurde das Kongreßbüro von „Vienna Med Congress" und bei der Meeting World (New York) auf Grund eines internen Abkommens von den Kongreßbetrieben der Stadt Salzburg vertreten. Unter Federführung des Kongreßbüros wurde im März 1983 ein Kongreßworkshop in London abgehalten. An vier Jahreskongressen 1983 bewarb sich der Fremdenverkehrsverband erfolgreich um Kongresse dieser Organisationen in den nächsten Jahren. Auf Grund der guten Erfolge von „Vienna Med Congress" soll nun auch ein Verein „Vienna Tech Congress" gegründet werden, der Akquisition und Betreuung technischer Kongreßveranstaltungen im weitesten Sinne zur Aufgabe haben wird.

Der Kongreßkalender 1984 konnte erstmals mit der neuen EDV-Anlage des Verbandes erstellt werden. In einer Auflage von 2.700 Stück wurde er im Spätherbst 1983 an alle Außenstellen der ÖFVW, an Incoming-Reisebüros, an die Hotellerie usw. versandt. Die zweite Ausgabe 1984 dieses Druckwerkes ist für April 1984 vorgesehen. Unter Zuhilfenahme der neuen EDV-Anlage können nun auch bereits für Wien fixierte Kongreßveranstaltungen nebst allen dazu verfügbaren Daten (Termin, Veranstalter, Teilnehmerzahl u. a. m.) bis 1991 jederzeit abgerufen werden. Auch die Bearbeitung der 6.500 Veranstalter umfassenden Kongreßdatei erfolgt nun (bisher extern) über den neuen Computer im Haus.

Der angekündigte Wien-Incentive-Prospekt wurde in deutscher, englischer und französischer Sprache fertiggestellt und steht Wiener Anbietern für die Bewerbung der Zielgruppe Incentiveveranstalter und

Incentivehäuser zur Verfügung. Die „Kongreßfibel" für Kongreßveranstalter wurde für englisch- und französischsprachige Märkte überarbeitet und gedruckt. Gemeinsam mit der Wiener Anbietergruppe der International Congress and Convention Association wurde eine „ICCA-Wien-Broschüre" aufgelegt und an präsumtive Kongreßveranstalter in Europa und Übersee versandt.

Das Kongreßbüro des Wiener Fremdenverkehrsverbandes wurde in den Vorstand der Europäischen Vereinigung der Kongreßstädte (EFCT) gewählt. Ein 52seitiger Katalog, der das Angebot der 67 Mitgliederstädte vorstellt, wurde in Überseemärkten, auf denen es die „Destination Europa" zu verkaufen gilt, zum Einsatz gebracht.

1983 wurden in der Werbung vor allem zwei Themen verarbeitet: das Jubiläum „300 Jahre Wiener Kaffeehaus" und das erste Wiener Operetten-Festival als neuer Akzent der Wintersaison. Das Thema Kaffeehaus hatte geradezu ungeheure Popularität und Breitenwirkung; Pressepräsentationen fanden im Februar und März 1983 in Amsterdam, Köln, Zürich, Bern, Genf und München statt. Eine ursprünglich nur für den innerösterreichischen Gebrauch vorgesehene, bei der Wiener Frühjahrsmesse 1983 gezeigte Ausstellung der Wiener Handelskammer zum Thema Kaffeehaus wurde mehrmals in Deutschland und in der Schweiz eingesetzt. Journalistengruppen aus acht Ländern lernten im Rahmen ihrer Besichtigungstouren Wiener Kaffeespezialitäten kennen. Auslagen von ÖFVW-Zweigstellen und Reisebüros wurden speziell zum 300-Jahr-Jubiläum gestaltet. In der Schweiz konnte in Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer, der Merkur AG und dem Schweizerischen Verband alkoholfreier Gaststätten im September 1983 die Großaktion „300 Jahre Wiener Kaffeehaus. Wir feiern mit!" abgewickelt werden. Ein gemeinsam mit der Wiener Handelskammer herausgegebener Sonderprospekt machte in vier Sprachen und einer Gesamtauflage von 275.000 Stück auf die in Wien stattfindenden Jubiläumsveranstaltungen aufmerksam.

Für das erste Wiener Operetten-Festival und seinen gesellschaftlichen Höhepunkt, den *Maskenball* am Hofe von Kaiserin Maria Theresia, begann die Werbung im Sommer 1983 (das Festival findet jeweils im Februar statt). Als Ergebnis der noch unter Kulturstadtrat Helmut *Zilk* geführten Kooperationsgespräche mit Bundestheaterverband, Volksoper, Theater an der Wien, Raimundtheater, Kulturamt und Bund österreichischer Gastlichkeit wurde ein Vorprogramm des Festivals (vier Sprachen, Auflage 200.000) herausgegeben, dazu kamen zwei Plakate (je ein Bogen, Auflage je 1.000 Stück) sowie Inserate in der Fachpresse. Im Herbst 1983 wurde das Operetten-Festival zum „Aufhänger" von Präsentationen der Wiener Wintersaison 1983/84 in Kopenhagen, London, Frankfurt, Mailand und Brüssel gemacht und dort mit großem Erfolg auch musikalisch von Mirjana *Irosch,* Sigrid *Martikke,* Harald *Serafin,* Herbert *Mogg* und Uwe *Theimer* vorgestellt. Auf Wunsch des Kulturamtes betreute der Verband schließlich auch die Herausgabe des Hauptprogramms des Festivals (16seitige Broschüre) sowie die Werbung in Wien mit Transparenten, Plakaten und Menükarten.

Unter den ständigen Agenden des Verbandes zählen Einladungen von Reisejournalisten zu den wichtigsten. 1983 wurden insgesamt rund 450 Medienvertreter in Wien betreut. An der Spitze standen die Vertreter italienischer Medien mit 100 Personen, gefolgt von US-Journalisten (88 Personen) und Presseleuten aus Deutschland (58 Personen). Im Zusammenhang mit den Großaktionen Wiens in Japan recherchierten auch verstärkt japanische Reporterteams in Wien (26 Personen). Neben den bereits erwähnten Pressekonferenzen zu den Themen Kaffeehaus bzw. Operetten-Festival wurden weitere Pressetermine in Turin, Mailand und Venedig wahrgenommen, außerdem führte die Arbeitsgemeinschaft Städtetourismus im Mai 1983 Pressegespräche und Reisebüro-Workshops in Mailand und Rom durch, die vom Wiener Fremdenverkehrsverband in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung Mailand koordiniert wurden. Wie gewohnt leistete das Presseteam des Verbandes bei Radio- und TV-Aufnahmen vielfältige organisatorische und redaktionelle Hilfe. Um die Bedeutung des japanischen Marktes für Österreich bzw. Wien stärker bewußtzumachen, wurde gemeinsam mit der Wiener Handelskammer eine kleine Gruppe Wiener Wirtschafts- bzw. Tourismusjournalisten zur Eröffnung der Wien-Präsentation in Tokio (Jänner 1983) eingeladen. Im Herbst 1982 war in Wien mit starker Unterstützung des Verbandes der japanische Kinofilm *„Wiener Geschichten"* mit dem Pop-Trio „Tanokin" gedreht worden. Die Investition an Arbeit und Budgetmitteln hat sich für Wien gelohnt: Der Film wurde bis Februar 1983 von rund 2,3 Millionen zahlenden Besuchern gesehen.

Wie im Vorjahr wurde auch für die Wintersaison 1983/84 eine Insertionsserie konzipiert, in der vor allem mit den besonderen Wettbewerbsvorteilen Wiens geworben wurde. Kuponanzeigen wurden in Deutschland, Italien und erstmals auch in Spanien eingeschaltet. Anbieter (Hotels, Reiseveranstalter) waren in den Inseratentexten gegen Kostenbeteiligung mit konkreten Preisbeispielen vertreten. In Italien und Spanien erfolgte die Bearbeitung des umfangreichen Kuponrücklaufes durch die ÖFVW-Zweigstellen, für Deutschland wurde das „follow-up" selbst betreut, wobei erstmals der neue, hauseigene Computer eingesetzt werden konnte. Dies ermöglichte, jedem Einsender mit einem „persönlichen" Brief zu antworten und die Adressen rationell zu speichern. Die kooperierenden Anbieter erhielten weiters die Kuponadressen zur Nachbearbeitung.

Bei der Produktion von Werbe- und Informationsmaterial mußten die Auflagen diverser Druckwerke wesentlich erhöht werden. Vom neuen Stadtplan wurde eine Gesamtauflage von 1,5 Mil-

lionen Stück in sieben Sprachmutationen gedruckt. Die Ausprägung des neuen graphischen Erscheinungsbildes wurde fortgesetzt: Alle Druckwerke tragen nunmehr den neuen „Wien-Balken", in dem der Name der Stadt in den sechs Sprachen Deutsch, Englisch, Italienisch, Französisch, Spanisch und Japanisch wiedergegeben ist. Der japanische Schriftzug wird bei Bedarf gegen einen arabischen oder hebräischen ausgetauscht. Es ist vorgesehen, diesen „Wien-Balken" als Markenzeichen der Stadt, mit dem Internationalität bzw. weltweite Bekanntheit signalisiert und ein Großteil der Wien-Besucher in ihrer Muttersprache erreicht wird, über den Bereich des Wiener Fremdenverkehrsverbandes hinaus einzusetzen — als „Herkunftszeichen" von Produkten, Kulturinstitutionen, Veranstaltungen usw.

Neu im Produktionsprogramm waren 1983 die Fertigstellung der Kunstposterserie, die nunmehr sechs Sujets umfaßt, und ein in jüdischen Kreisen sehr gut aufgenommenes Plakat mit dem Titel *„Heritage and Mission: Jewish Vienna"*, das vor allem vom Jewish Welcome Service unter Leitung von Dr. Leon *Zelman* bei PR-Aktionen verwendet wird. Die Eindruckprospekte zu den Themen Advent und Fasching wurden neu gestaltet und zusätzlich in einer sechsteiligen Kombination zur allgemeinen Winterwerbung gedruckt. Das Plakat „Demels Wiener Mehlspeisen", zuvor bereits mit der „Silbernen Margerite" ausgezeichnet, erhielt im Frühjahr 1983 den „Tourist-Austria-Werbe-Grand-Prix" (1. Preis der Jury) zuerkannt.

Um im neuen Medium Bildschirmtext (BTX) früher als viele Konkurrenzstädte präsent zu sein, wurde auch ein eigenes Wiener BTX-Programm für Deutschland erarbeitet. Das Programm wurde bereits im neuen CEPT-Standard verfaßt, der mit der für 1984 vorgesehenen Aufnahme des BTX-Vollbetriebes in Deutschland verbindlich wird. Das Wiener Programm wurde unter den Aspekten aktuelle Information und Abstimmung auf das graphische Erscheinungsbild Wiens realisiert und erhielt im Jänner 1984 den 1. Preis (Goldmedaille) des Wettbewerbes „Goldene Reisekutsche" zugesprochen, wobei es als Spitzenleistung unter den 17 zur Bewertung eingereichten BTX-Programmen bezeichnet wurde.

Im Rahmen des „Projektes Gästebewertung" wurden die dritte und vierte Welle einer Repräsentativerhebung bei Wien-Besuchern mit Unterstützung des Instituts für Empirische Sozialforschung durchgeführt. Weitere Arbeitsbereiche waren — wie bisher — die Herausgabe der Pressedienste des Verbandes, die Veranstaltungsredaktion (Monatsprogramm und Jahresvorschauen), der schriftliche Auskunftsdienst, der 1983 rund 11.800 Anfragen beantwortete, und die Mitarbeit im Praterbeirat.

Seit mehreren Jahren lädt der Wiener Fremdenverkehrsverband Vertreter der verschiedenen touristischen Branchen, der mit touristischen Belangen befaßten Behörden, Ämter und anderen Institutionen und Fachjournalisten zu *„Jour fixe"* genannten Diskussionsveranstaltungen unter dem Vorsitz von Vizebürgermeisterin Gertrude *Fröhlich-Sandner* ein.

Der 18. Jour fixe am 12. Oktober 1983 im Wappensaal des Rathauses war dem Thema Messeplatz Wien gewidmet. Die Direktoren der Wiener Messe AG, Dr. Reginald *Földy* und Gerd A. *Hoffmann*, präsentierten ihr Konzept der „Wiener Internationalen Messen", die die bisherigen Hauptakzente Frühjahrs- und Herbstmesse sukzessive ablösen werden. In der Diskussion wurden vor allem die Möglichkeiten stärkerer Kooperation zwischen Messeleitung und Wien-Tourismus erörtert, darunter der Komplex Messen und Kongresse.

Statt weiterer Jours fixes und zur Aktualisierung des mittelfristigen Wiener Fremdenverkehrskonzeptes wurde am 21. November 1983, ebenfalls im Rathaus, die Wiener Fremdenverkehrsenquete 1983 unter dem Motto „Bettenschwemme — Gästeflaute?" abgehalten. Nach der Begrüßung durch Vizebürgermeisterin Gertrude *Fröhlich-Sandner* und dem Einleitungsreferat von Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut *Krebs* teilte sich das Plenum in drei Arbeitskreise, die sich mit Marketing (Vorsitz: Dir. Dr. Helmut *Zolles*), Werbung (Vorsitz: Präsident Prof. Dr. h. c. Manfred *Mautner-Markhof*) und den aktuellen Attraktionen Wiens (Vorsitz: Botschafter Dr. Wolfgang *Schallenberg*) befaßten. Nach einem gemeinsamen Essen auf Einladung von Bürgermeister Leopold *Gratz* verabschiedete das Plenum die Zusammenfassung der Ergebnisse der drei Arbeitskreise in Form 18seitiger Entschließungen.

Der Wiener Fremdenverkehrsverband hat 1983 37 ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt; 28 Hostessen, großteils nur während der Sommermonate tätig, betreuten in den fünf Informationsstellen 1983 rund 484.000 Besucher. Die Tourist-Information in der Opernpassage war wieder die am stärksten frequentierte Informationsstelle des Wiener Fremdenverkehrsverbandes (rund 233.000 Auskünfte). Bei den Vermittlungen war der stärkste Zuwachs (rund 1.400 Reservierungen oder 24% mehr) in der Informationsstelle Flughafen zu verzeichnen, bedingt durch die günstigere Unterbringung nach dem Umbau. In den Informationsstellen West und Süd konnten je 11 Prozent mehr Vermittlungen vorgenommen werden. Die Reduzierung um 19 Prozent bei der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) war auf die Einstellung des Personenverkehrs der DDSG zwischen Linz und Wien an Montagen durchzuführen.

Seit Mitte 1983 verfügt der Verband über einen Computer. Neben der Textverarbeitung (drei Bildschirmarbeitsplätze) können die für die Arbeit des Verbandes wichtigen rund 13.000 Adressen von Reisebüros, internationalen und nationalen Organisationen, Einzelkunden usw. gespeichert werden. Auch die Kongreßdatei — bisher extern computerisiert — kann nun im Haus geführt werden. Damit kann die Bearbeitung von Kon-

greßveranstaltern, Reisebüros, Einzelkunden usw. individueller und gezielter erfolgen und der Versand rascher durchgeführt werden.

Die Einnahmen aus der Ortstaxe bilden die Grundlage des Budgets des Verbandes und wurden im Voranschlag 1983 mit 35 Millionen Schilling angenommen. Die Betriebe führten tatsächlich jedoch rund 38 Millionen Schilling ab. Diese Mehreinnahmen und weitere vier Millionen Schilling aus der Rücklage wurden von der Fremdenverkehrskommission in Anbetracht der unsicheren Wirtschaftslage bzw. Fremdenverkehrsentwicklung für zusätzliche direkte und indirekte Werbemaßnahmen (z. B. Bewerbung des Operetten-Festivals, Auflagenerhöhungen und Herstellung zusätzlicher Druckwerke, verstärkte Journalistenbetreuung, Durchführung einer Winterinsertion usw.) freigegeben. Von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellte Sondermittel ermöglichten die Durchführung der offiziellen Auslandsveranstaltungen der Stadt Wien. Die Wiener Handelskammer hat wie in den vergangenen Jahren die Hälfte der Kosten für die vom Verband herausgegebenen Hotellisten und Gastronomieverzeichnisse übernommen. Die Stadt Wien und die Wiener Handelskammer stellten paritätisch Mittel für den Auskunftsdienst (je 0,8 Millionen Schilling) und für die Kongreßförderung (je 2,75 Millionen Schilling) zur Verfügung.

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien

Die bereits seit mehreren Jahren zu beobachtende Zunahme der Zahl der von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) betreuten Personen hielt auch im Jahre 1983 an. Im einzelnen erhöhte sich die Zahl der aktiven Beamten im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 857 auf 38.476, die Zahl der Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen stieg um 13 auf 21.816. Die Zahl der anspruchsberechtigten Angehörigen nahm um 637 zu und betrug damit im Jahresdurchschnitt 39.682. Die Gesamtzahl der geschützten Personen war daher mit 99.974 um 1.407 höher als im Vorjahr.

Die finanzielle Situation der Anstalt entwickelte sich entgegen den ursprünglichen Prognosen weiterhin günstig. Der Gebarungsüberschuß belief sich auf 35,07 Millionen Schilling, der vor allem der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde. Der Überschuß resultiert zum Teil aus geringeren Aufwandsteigerungen und zum Teil aus höheren Erträgen.

Für Leistungen an Anstaltsmitglieder und deren Angehörige wurden im Jahre 1983 670,1 Millionen Schilling ausgegeben, das sind um 47,9 Millionen oder 7,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Kostenentwicklung der einzelnen Leistungssparten zeigte folgendes Bild: Die Ausgaben für ärztliche Hilfe stiegen gegenüber dem Jahre 1982 um 5,4 Prozent und für Zahnbehandlung und Zahnersatz um 5,7 Prozent. Eine steigende Tendenz gegenüber dem Vorjahr weist die Steigerungsrate für Anstaltspflege mit 8,9 Prozent auf, während für die erweiterte Heilfürsorge eine Steigerung von 5,0 Prozent gegenüber dem Jahre 1982 festzustellen war. Eine weiter leicht sinkende Tendenz wiesen die Kosten für Heilmittel auf. Während im Jahre 1982 die Steigerungsrate noch 3,0 Prozent betrug, sank sie im Jahre 1983 auf 2,6 Prozent. Die Kosten für die Gesundenuntersuchungen haben sich um 2,5 Prozent erhöht, wobei die Anzahl dieser Untersuchungen im Jahre 1983 auf 3.089 — gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 24,8 Prozent — angestiegen ist.

Im Sanatorium Hera ergab sich bei den Verpflegstagen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3.219 auf 45.672. Intern zeigte sich hiebei eine leichte Abnahme der Zahl von Operationen sowie an geburtshilflichen Fällen, während die Zahl der ambulanten operativen Eingriffe angestiegen ist. Die Gesamtzahl der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulatorien der verschiedenen Fachrichtungen lag mit 520.705 um 90.980 oder 21,1 Prozent höher als im Vorjahr. Hievon entfielen 201.376 auf die Zahnambulatorien und 319.329 auf die sonstigen Fachambulatorien.

Im Erholungsheim Raxblick waren insgesamt 1.207 Patienten untergebracht, für die 19.722 Verpflegstage geleistet wurden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Abnahme um 48 Patienten bzw. einen Rückgang um 1.144 Verpflegstage. Der Anteil der Selbstzahler an der Gesamtpatientenzahl stieg im Jahre 1983 von 27,2 Prozent im Jahre 1982 auf 34,0 Prozent. Außerdem wurden im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge weiteren 1.023 Personen — das sind um 120 Personen weniger als im Vorjahr — Zuschüsse für Erholungsaufenthalte im Gesamtausmaß von 19.248 Tagen gewährt. 1.876 Fälle (42.433 Verpflegstage) waren in Vertragseinrichtungen der KFA untergebracht, in 281 Fällen (5.837 Verpflegstage) wurden Zuschüsse gewährt.

Das seit dem Jahre 1981 stillgelegte Kindererholungsheim Seebenstein wurde im Jahre 1983 verkauft. Auch für die rund 100.000 m² große Liegenschaft „Wällischhof", die für die KFA nicht mehr verwertbar war, konnte ein Käufer gefunden werden.

Wie in den Vorjahren setzte die KFA wieder beträchtliche Mittel zur Fortführung ihrer Investitionstätigkeit ein. Im Sanatorium Hera wurden als Voraussetzung für den Ausbau des Dachgeschosses eine Generalsanierung der Fundamente sowie eine Neuinstallation sämtlicher Steigstränge und der Bau einer Ringleitung im Keller vorgenommen. Weiters wurden die Kellerräume des Hauses in 9, Löblichgasse 10, saniert und die Wäscherei, die sich im Kellergeschoß befindet, trockengelegt. Schließlich wurden 180 Fenster gegen 3fach verglaste Isolierglasfenster ausgetauscht und die Materialverwaltung im Zuge einer Neueinrichtung auf Computer umgestellt.

Im Erholungsheim Raxblick wurde der Neubau des Personalwohnhauses, der im Jahre 1982 begonnen wurde, abgeschlossen. Weiters wurde in der Küche eine Lüftungsdecke neu installiert und eine neue Be- und Entlüftungsanlage errichtet. Schließlich konnte auch das Espresso umgebaut sowie innen völlig neu gestaltet und eingerichtet werden. Seither erfreut es sich besonderer Beliebtheit bei den Patienten. In der Zentrale der KFA wurden die WC-Anlagen vollständig umgebaut.

In Bad Tatzmannsdorf wurde der von den Kurbetrieben im Herbst 1982 begonnene Zubau zur bestehenden Dependance des Kurhotels beendet; somit standen der KFA im Jahre 1983 25 Einbettzimmer mit Dusche und WC zur Verfügung. Die Kurbetriebe Bad Tatzmannsdorf haben im Vorjahr die Palette der Kuranwendungen auf Erkrankungen des asthmatischen Formenkreises erweitert und sind in die KFA mit dem Angebot herangetreten, auch Patienten mit Erkrankungen der Atmungsorgane kurmäßig zu behandeln. Gleichzeitig haben sie auch das Ersuchen gestellt, einen für diese Patienten vorgesehenen Erweiterungsbau, so wie dies bereits im Jahre 1982 geschehen ist, vorzufinanzieren. Die KFA hat diesen Vorschlag auf Grund der überaus positiven

Auswirkungen durch die Beteiligung am ersten Zubau wieder aufgenommen und das in Rede stehene Bauvorhaben in Form einer Vorauszahlung von Verpflegstagen vorfinanziert. Dadurch konnten weitere Einbettzimmer mit Dusche und WC zur Verfügung gestellt werden. Mit der in Badgastein in Aussicht genommenen Errichtung eines eigenen Kurhauses konnte im Jahre 1983 noch nicht begonnen werden, da das Projekt für die Errichtung einer Interessentenstraße von der Gemeinde Badgastein noch immer nicht vorgelegt wurde. In den verschiedenen Kurorten standen für die Unterbringung und Betreuung der von der KFA entsandten Patienten wieder die bewährten Vertragseinrichtungen zur Verfügung.

Sachverzeichnis

A

Seite

Abgabenhauptverrechnung ... 84
Abgabenrechnungs- und Kassendienst ... 84
Abwasserüberprüfungen, Industrie-, Gewerbe- ... 218
Adoptionsstelle ... 97
Agrarstatistische Erhebungen ... 69
Akademie für Sozialarbeit ... 102
Allgemeinbildende Pflichtschulen, Verwaltung ... 109
Allgemeine Personalangelegenheiten ... 38
Altbausanierung ... 188
Altglas, Einsammlung ... 227
Altstadterhaltung ... 120, 186, 188
Amtsärztliche Untersuchungsstelle ... 155
Amtsblatt der Stadt Wien ... 234
Amtsgebäude, -räume
— städtische, Organisation und Kontrolle der Instandsetzung, Vergabe (Amtsraumlenkung) ... 27
— Verwaltung ... 205
Amtsvormundschaft ... 92
Anstaltenamt ... 159
Arbeitskreis Energie ... 285
Archivbibliothek ... 121
Audiothek ... 122
Aufforstungen ... 230
Augenärztliche Untersuchungsstelle für Schulkinder ... 157
Ausflugsaktionen ... 137
Auslandsfleischuntersuchung ... 55
Auslandspresse, Betreuung ... 233
Ausschreibungsfragen, Beratung aller technischen Dienststellen des Magistrates und der technischen Unternehmungen ... 34
Ausstellungen, Eröffnungen ... 12, 118, 121, 122, 234, 302
Autobusbetrieb, Fahrzeugfrequenz ... 294
Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) ... 30

B

Bäckerei, städtische ... 91
Bäder
— öffentliche, hygienische Überwachung ... 151
— städtische, Betrieb, Erhaltung, Erweiterung bestehender Anlagen ... 224
Bauangelegenheiten, rechtliche ... 65
Bauarbeiten
— Auftragnehmerkataster ... 36
— Bearbeitung der Vergebungsakte ... 34
Baubehördliche Angelegenheiten, allgemeine ... 188
Baugewerbe, konzessionierte, Befähigungsprüfungen ... 37
Baugrunduntersuchungen ... 258
Baukostenbeiträge, Bewilligung von Stundungen und Ratenzahlungen ... 202
Baumschutz, allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten ... 45
Baupolizei ... 194
Baurechtsbestellungen ... 196
Baurechtsverwaltung ... 211
Baureifgestaltung von Liegenschaften, Abschluß von Übereinkommen und Festsetzung von Entschädigungen ... 207
Baustoffe, Prüfung ... 268
Baustoffpreise, Evidenthaltung aller Bewegungen ... 36
Bau- und Brennstoffbeschaffung, Ankauf und Einlagerung, Abgabe an städtische Verbrauchsstellen ... 90
Bebauungspläne ... 182
Bedürfnisanstalten, öffentliche ... 228
Bestattung, städtische ... 299
Beförderungsdienst für Behinderte ... 135
Behinderte, Beratungs- und Betreuungsdienste ... 131, 158
Behindertenzentrum ... 136
Beleuchtung, öffentliche ... 264, 290
Benennung von städtischen Gebäuden ... 12
Berufsbildende Pflichtschulen, Verwaltung ... 112
Beschleunigungsprogramm ... 296
Besoldungsamt ... 41
Bestattung, städtische ... 299
Bestattungsfeiern besonderer Art ... 300
Betriebliches Vorschlagswesen (BVW) ... 15, 28, 287
Betriebsbaugebiete, Aufschließung ... 216
Betriebsüberwachung, Verkehrsbetriebe ... 296
Bettenstand, systemisierter ... 167
Bevölkerungsstatistik ... 69
Bezirksentwicklungsplanungen ... 174
Bezirksjugendsingen ... 106
Bezirksmuseen ... 120
Bildende Kunst ... 118
Bildung ... 103
Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen ... 102
Blindenbeihilfegesetz, Vollziehung ... 135
Bodenmarkierungen, Erhaltung, Planung und Bauausführung von dauernden Anlagen ... 274
Brände, technische Hilfeleistungen ... 239
Brennstoffe für städtische Dienststellen ... 89
Brückenbau ... 257
Büchereien, städtische ... 107
Buchhaltungsdienst ... 81, 84
Bundesstraßen, Errichtung, Erhaltung und Verwaltung ... 256
Bürger der Stadt Wien, Ernennungen ... 24
Bürgerdienst ... 235
Büro des Magistratsdirektors ... 14
Bürokaufmannslehrlinge ... 22

C

Chemisches Laboratorium ... 292
„Club 21" ... 132
„Club Bassena" ... 131

D

Dauersozialhilfebezieher ... 129
Denkmal-, Stadtbildpflege ... 120, 249
Detailmärkte, Wiener ... 52

Dienstaufsicht ... 22, 37
Dienstkraftwagenbetrieb ... 29, 228
Dienstposten, Schaffung, Streichung und Bewertung ... 33
Dienstrecht
— allgemeine Angelegenheiten ... 38
— Wiener Stadtwerke ... 286
Dolmetsch- und Übersetzungsdienst ... 13
Donauhochwasserschutz, technische Angelegenheiten ... 225
Druckerei und technische Dokumentation ... 180
Drucksortenkomitee ... 28

E

Ehe- und Familienberatungsstelle ... 97
Ehe- und Familientherapie, Institut ... 97
Ehrengräber ... 300
Ehrenzeichenkanzlei (MDE) ... 13
Ehrungen, Verleihungen, Preise ... 13, 119
Eichrechtliche Vorschriften, Überwachung ... 51
Eisenbahnangelegenheiten, rechtliche ... 65
Elektrizitätswerke ... 282, 287
Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte ... 265
Elternschulen ... 93
Energieangelegenheiten, rechtliche ... 65
Energieeinsparungsgruppe ... 259
Energieversorgung
— Elektrizitätswerke ... 287
— Gaswerke ... 292
Energiewirtschaftliches Referat ... 285
Enteignungsverfahren, Durchführung ... 66
Entsorgungsbetriebe Simmering ... 217
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst ... 84
Ernährungswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 63
Eröffnungen, Grundsteinlegungen ... 12
Ersatzvornahmen, bauliche ... 186
Erwachsenenbetreuung ... 130
Erziehungsauskunft, telephonische ... 99
Erziehungshilfe, Institut ... 98
„Essen auf Rädern" ... 136

F

Fachschulen der Stadt Wien ... 115
„Fahrt ins Grüne" ... 138
Familienplanung, Beratungsstellen ... 98, 157
„Ferienspiel" ... 105
Feuerpolizei ... 191
Feuerwehr und Katastrophenschutz ... 235
Film
— förderung ... 118
— vorführungsstelle ... 119
Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten ... 73
Finanzwirtschaft und Haushaltswesen ... 75
Fischerei ... 46
Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ... 182
Fleischaufbringung, errechnete ... 56
Fleischbeschau ... 54
Flüchtlingsbetreuung ... 132
Flugblätter, Presse- und Informationsdienst ... 234
Förderungspreise der Stadt Wien ... 119
Forste der Stadt Wien, Verwaltung, Fläche ... 229
Forstamt ... 229
Fremdenverkehr
— behördliche Angelegenheiten ... 109, 301
— Statistik ... 70
Fremdenverkehrsverband ... 301
Fremdsprachige Vorschulung, Schulversuch ... 110
Friedhöfe, städtische ... 279
Friedhofsgärtnerei, städtische ... 281
Fuhrpark ... 226

G

Ganztagsschule, Schulversuch ... 111
Gartenanlagen, öffentliche, Entwurf und Erhaltung ... 223
Gaswerke ... 283, 292
Gaszähler, Anzahl, Wartung ... 293
Gebrechenbehebungsdienst, Gaswerke ... 294
Gehörtests bei Kindern ... 157
Gemeinderat
— Veränderungen ... 9
Geriatrisches Tageszentrum ... 133
Gesamtholzeinschlag, Forste der Stadt Wien ... 230
Geschlechtskrankheiten, Verhütung und Bekämpfung ... 150
Gesundenuntersuchungen ... 156
Gesundheitsamt ... 147
„Gesundheitsbericht für Wien" ... 159
Gewässeraufsicht ... 226
Gewässeruntersuchungen ... 151
Gewerbeangelegenheiten ... 51
Gewerbeangelegenheiten, technische ... 191
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens ... 63
Großmarkt Wien-Inzersdorf ... 52
Grundbau, technische Fachstelle ... 257, 258
Gründe, für städtische Zwecke, Freimachung ... 210
Grundstücksangelegenheiten, rechtliche und administrative ... 207
Grundstücksangelegenheiten, technische ... 196
Grundverkäufe, -ankäufe ... 209

H

Hallenbäder ... 224
Handarchiv, Presse- und Informationsdienst ... 234
Hauptwerkstätte für Instandsetzung, Anschaffung und Erprobung von Fahrzeugen und Geräten ... 228
Hausdienst, Gaswerke ... 294
Hausinspektoren ... 207
Heilstätten- und Kurbedürftige, Zentralaufnahmestelle ... 129
Heime der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche ... 99
Heimhilfe- und Hauskrankenpflege ... 136
Heizkontrolle in Objekten der Hoheitsverwaltung ... 261
Heizwerkstätte ... 264

Hilfe für Behinderte ... 134
Hilfe in besonderen Lebenslagen ... 129
Historisches Museum der Stadt Wien ... 123
Holzeinschlag ... 230
Hygiene, Bau-, Arbeits-, Verkehrs- und Wohnungshygiene ... 152
Hygiekontrolle, Zentrale ... 59
Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien ... 151

I

Impfungen ... 149
Individualhilfe, spezielle, Erwachsenenbetreuung ... 130
Industrie- und Gewerbeabwasserprüfungen ... 218
Infektionskrankheiten, anzeigepflichtige ... 147
Institut
— für Ehe- und Familientherapie ... 97
— für Erziehungshilfe ... 98
— für Heimerziehung ... 103
— für Sozialtherapie ... 100
Integrierte Gesamtschule, Schulversuch ... 111

J

Jugendamt ... 92
Jugendbetreuung, außerschulische ... 103
Jugenderholung, Verein ... 101
Jugendinformationszentren — „info-centers" ... 100
Jugendsportaktionen ... 125
Jugendzahnkliniken ... 158

K

Kanalbetrieb ... 217
Kanalisation ... 216
Kartographische Arbeiten und Aufträge der Stadt Wien, Mitwirkung ... 200
Kfz-Werkstätten, Revisionsstelle ... 274
Kindergärtnerinnen, Bildungsanstalt ... 102
Kinderpflegeschule ... 103
Kinderpsychologische Station ... 99
Kindertagesheime ... 100
Kinderwohngemeinschaften ... 99
Kleingartenverwaltung ... 212
Koordinationsbüro (MD-KOB) ... 16
Kontaktbesuchsdienst ... 137
Körperbehinderte, Untersuchungsstelle, Berteuung ... 158
Kraftfahrangelegenheiten, Referat ... 275
Kraftfahrlinienverkehr, Änderungen ... 71
Kraftfahrrechtsangelegenheiten, Bearbeitung von Berufungen ... 71
Krankenanstalten, städtische
— Erhaltung ... 159
— Verbindungsdienst ... 130
Krankenanstaltenstatistik ... 69
Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien ... 169
Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien 306
Krankenhilfe ... 129
Krankenpflegeschulen ... 168
Kulturamt ... 117
Kuratorium
— psychosoziale Dienste ... 135
— Wiener Pensionistenheime ... 139

L

Landaufenthaltsaktionen der Stadt Wien 137
Landesbildstelle Wien ... 108
Landesfahrzeugprüfstelle ... 276
Landesgesetzblatt für Wien, Herausgabe ... 234
Landesjugendreferat ... 105
Landeskultur, rechtliche Angelegenheiten ... 44
Land- und Forstwirtschaftsinspektion ... 44
Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Ertrag ... 230
Landwirtschaftsbetrieb ... 229
Lebensmittelpolizei ... 48
Lebensmittelpreise
— Beobachtung und Überwachung ... 50
— Lebendvieh- und Fleischgroßmarkt ... 58
Lebensmitteluntersuchungen ... 59
Lebensmitteluntersuchungsanstalt ... 53, 58
Lehrlingsausbildung ... 22, 286
Leichen- und Bestattungswesen ... 153
Liegenschaftsverwaltung ... 210
Literatur, Förderung ... 117
Luftfahrtangelegenheiten, rechtliche ... 65

M

Magistratsdirektion ... 11
Marktamt ... 46
Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ... 53
Maschinentechnik ... 259
Materialbewirtschaftung, Wiener Stadtwerke ... 285
Mietzinsbeihilfe ... 129
Mikrozensus ... 69
„Mobile Krankenschwestern" ... 155
Modeschule der Stadt Wien ... 108
Müllanfall ... 227
Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, Leistung ... 227
Museen der Stadt Wien ... 123
Musiklehranstalt, städtische ... 107
Musikpflege ... 117
Mütterberatungsstellen, städtische ... 60, 93, 157

N

Netzpläne, Hoch- und Tiefbau, Mitwirkung bei der Verfassung ... 35
Nichtseßhafte, Sonderbetreuung ... 133
Notstandspolizeiliche Maßnahmen, im Rahmen von Ersatzvornahmen ... 186
Nutzbauten, Errichtung ... 244

O

Obdachlose, Heime ... 207
Öffentliche Bedürfnisanstalten ... 228
Öffentliche Beleuchtung ... 264, 290
Öffentliche Uhren ... 265
Ohrenärztliche Untersuchungsstelle für Schulkinder ... 158
Ombudsmann, Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime ... 171
Opferfürsorge ... 138
Österreichische Raumordnungskonfrenz (ÖROK) ... 173

P

Pädagogisches Institut ... 115
Pädagogische Zentralbücherei ... 116
Pädiatrische Kardiologie ... 157
Pensionistenheime, Wiener Kuratorium ... 139
Pensionistenklubs ... 137
Personalangelegenheiten, allgemeine ... 38
Personenstandsangelegenheiten ... 59
Pflanzenschutzdienst ... 224
Pflegefamilien ... 16
Pflegeheime, städtische ... 166, 167
Physikalisches Laboratorium ... 292
Plandruck, -karten, Herstellung ... 180
Planungsgemeinschaft Ost ... 173
Präsidialbüro ... 12
Preisbeobachtung und -überwachung ... 50
Preise der Stadt Wien ... 119
Preisstatistik ... 50, 70
Prekariumswohnungen ... 132
Presse- und Informationsdienst ... 233
Projekt „Begleitlehrer" ... 112
Psychiatrische Krankenhäuser ... 163, 167
Psychohygiene ... 156
Psychosozialer Dienst ... 135

R

Raucherberatungsstellen ... 150
Rathaus-Korrespondenz (rk) ... 233
Rechnungsabschluß 1982 ... 80
Rechnungsamt ... 81
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten ... 71
Rechtsgutachten, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten ... 33
Rechtsmittelbüro ... 32
Rechtsvorschriften, Wiener, Bereinigung ... 22
Reinigungsdienst ... 136
Remunerationen, Referat ... 15
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst ... 169
Revitalisierung, Altstadterhaltung ... 120, 186, 188
Rezeptprüfungsstelle ... 155
Rohrnetz
— Gas ... 293
— Wasser ... 221
Ruhebezüge, Zahl der Empfänger ... 42
Rundfahrten Modernes Wien ... 235

S

Sanitäre Aufsicht ... 153
Sanitätsberufe, Evidenzhaltung und Überwachung der Berufsausübung ... 154
Sanitätsrechtsangelegenheiten ... 140
Sargerzeugungsbetrieb ... 299
Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 44
Schlachthof ... 58
Schlachttier- und Fleischuntersuchung ... 54
Schlichtungsstelle, zentrale ... 202
Schulärztlicher Dienst ... 157
Schulgebäude, Ausgestaltung, Neubauten ... 109
Schulversuche ... 110
Schulverwaltung, städtische ... 109
Schutzwasserbau ... 226
Schwangerenberatungsstellen ... 156
Sehtests bei Kleinkindern ... 157
Seniorenwoche ... 159
Sicherheitstechnischer Dienst, Elektrizitätswerke ... 292
Sofortmaßnahmen, Referat ... 23
Sondertransporte, Referat ... 275
Sozialamt ... 127
Sozialarbeit, Akademie ... 102
Soziale Dienste ... 128
Sozialer Notruf ... 138
Sozialhilfe, allgemeine ... 128
Sozialhilfekosten, Ersatz ... 129
Sozialpaß ... 137
Sozialtherapie, Institut ... 100
Sozialversicherung ... 140
Sportangelegenheiten ... 124
Sportförderung ... 125
„Sportplatz der offenen Tür" ... 125
Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ... 60
Stadtbaudirektion (MD-BD) ... 34
Stadtbild- und Denkmalpflege ... 120
Stadtentwicklungsplan für Wien ... 173
Stadterneuerung ... 185
Stadtgartenamt ... 223
Stadtgestaltung ... 177
Stadthaushalt ... 75
Stadtinformation ... 235
Stadtreinigung und Fuhrpark ... 226
Stadtstrukturplanung ... 173
Stadt- und Landesarchiv, Wiener ... 121
Stadt- und Landesbibliothek, Wiener ... 122
Stadtvermessung ... 198
Stadtwerke, Wiener ... 281
— Elektrizitätswerke ... 287
— Gaswerke ... 292
— Leistungen ... 282
— Städtische Bestattung ... 299
— Verkehrsbetriebe ... 294
— wirtschaftliche Situation ... 281
Standesämter ... 61
Statistisches Amt der Stadt Wien ... 67

Stenographenbüro ... 13
Stiftungen ... 139
Stipendienwerk der Stadt Wien ... 120
Straßenpflege ... 227
Straßenstandangelegenheiten, Marktamt ... 51
Straßenverkehrsbehörde ... 272
Straßenverwaltung und Straßenbau ... 251
Streetworker ... 98

T

Technische Grundstücksangelegenheiten ... 196
Technische Verkehrsangelegenheiten ... 269
Textverarbeitung, Organisation ... 33
Theaterangelegenheiten ... 118
Theater, Förderung ... 118
Tierkörperverwertung und Thermochemische Fabrik GmbH ... 57
Tierseuchen, anzeigepflichtige, Verhütung und Bekämpfung ... 54
Trinkwasseruntersuchungen ... 151
Tropenreisende, Untersuchungs- und Beratungsstelle ... 159
Tuberkulose, Verhütung und Bekämpfung ... 149
Tuberkulosehilfe, wirtschaftliche ... 139

U

U-Bahn-Bau ... 278
Übersetzungsdienst ... 13
Uhren, öffentliche ... 265
Umweltschutz ... 213
Unfälle
— Elektrizitätswerke ... 292
— Gaswerke ... 294
— Verkehrsbetriebe ... 299
Unternehmungen, städtische, s. Stadtwerke ... 281

V

Verbindungsdienst, Jugendgerichtshof ... 96
Verein Wiener Jugenderholung ... 101
Verfassung und Verwaltungsorganisation ... 9
Verkehr
— Ausarbeitung von Planungsgrundlagen ... 174, 271
— Regelung und Sicherung, Lichtsignale, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen ... 273
Verkehrsangelegenheiten, rechtliche ... 71
Verkehrsangelegenheiten, technische ... 269
Verkehrsbetriebe ... 294
— Betriebsüberwachung ... 296
— Frequenz ... 295
Verkehrseinrichtungen, Errichtung, Erhaltung, Betrieb ... 273
Verkehrslichtsignalanlagen, Referat ... 273
Verkehrsorganisation ... 271
Verkehrspermanenzstelle ... 270
Verkehrsplanungen ... 272
Verkehrssicherheit, Referat ... 270
Verkehrsstrafsachen, Berufungen ... 71
Verleihungsbehörde, Kulturamt ... 119
Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke—Gaswerke ... 294
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien ... 268
Veterinäramt ... 53
Veterinäramtliche Untersuchungen ... 58
Veterinärwesen, allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten ... 45
Verwaltungsakademie (MD-VA) ... 19
Verwaltungsorganisation (MD-VO) ... 24
Verwaltungsrevision (MD-VR) ... 22
Verwaltungstechnik (MD-VT) ... 32
Viehmarkt ... 57
Vollstreckungsdienst ... 84
Volksanwaltschaft ... 23
Volksbildung ... 104
Volkszählung ... 67
Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien ... 80
Voranschlag, Fremdenverkehrsverband ... 305
Vorschlagswesen, betriebliches (BVW) ... 15, 28, 287
Vorsorgemedizinischer Fachdienst ... 156

W

Wagenpark
— Autobusse ... 298
— Straßenbahn, Stadtbahn, U-Bahn ... 297
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten ... 61
Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft ... 265
Wäschepflegedienst ... 136
Wäschereiangelegenheiten, Arbeitskreis ... 171
Wasserbau ... 225
Wassergewinnung und -abgabe ... 218
Wasserleitungskraftwerke, Energieabgabe ... 219
Wasserrechtsangelegenheiten ... 44
Wasser- und Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 44
Wasserversorgung, hygienische Überwachung und Begutachtung ... 151
Wasserwerke ... 218
Wasserwirtschaftsfonds ... 222
Weihnachtspaketeaktion ... 138
Werbe- und Beratungsstelle, Gaswerke ... 293
Werkstättenzentrum ... 135
„wien aktuell" ... 233
Wiener Kuratorium, Pensionistenheime ... 139
Wiener Rechtsvorschriften, Bereinigung ... 22
Wiener Stadt- und Landesarchiv ... 121
Wiener Stadt- und Landesbibliothek ... 122
Wiener Stadtwerke ... 281
Wild, Bestand ... 231
Wirtschaftsangelegenheiten ... 73
Wissenschaft, Förderung ... 117
Wohnbauförderung 1968
— allgemeine Angelegenheiten ... 204
— technische Prüfung der Anträge ... 186

Seite

Wohnbauprogramm, Stadtgestaltung 177
Wohnbaustatistik 69
Wohnbeihilfe, Referat 202
Wohngebäude, städtische, Verwaltung 205
Wohngemeinschaften, verhaltenstherapeutische 132
Wohnhausbau, städtischer, Bauausführung 184
Wohnhäuser, Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche 186
Wohnhäuser, städtische
— Instandhaltung, Gebrechensbehebung 187
— Verwaltung 205
Wohnstraßen 254
Wohnungen, gemeindeeigene, Zuweisung 201
Wohnungsberatungszentrum 205
Wohnungsuchende, Vormerkung 201
Wohnungstauschanzeiger, amtlicher 234
Wohnungsunternehmen, gemeinnützige, aufsichtsbehördliche Tätigkeit über diese 204
Wohnungsverbesserungsgesetz
— allgemeine Angelegenheiten 184, 201
— Prüfungen von Arbeiten in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht 186, 204
Wohnungswesen
— allgemeine und rechtliche Angelegenheiten 201

Z

Zählerwerkstätte 292
Zentralaufnahmestelle für Heilstätten- und Kurbedürftige 129
Zentraler Einkauf 85
Zentrale Liegenschaftsevidenz 197
Zentrale Schlichtungsstelle 202
Zentralexpedit des Magistrates 29
Zentralgewerberegister 65
Zentrallager 91
Zentralwäscherei 171
Zentralwerkstätte, Verkehrsbetriebe 298
Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten 33
Zufuhren, Agrumen 52